

**Über die Verhältnisse zwischen der Führung der deutschen  
Arbeiterbewegung und Marx/Engels (1847–1852)**

*Verschmelzung und Harmonie oder Kontroversen und Bruch?*

**Dissertation**

zur Erlangung des Grades  
einer Doktorin der Philosophie (Dr. phil.)  
am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften  
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Gülser Güner

Berlin, März 2023

Erstgutachter: Prof. Dr. Christian Volk, Humboldt-Universität zu Berlin

Zweitgutachter: Prof. Dr. Bernd Ladwig, Freie Universität Berlin

Datum der Disputation: 13. Februar 2024

Ich erkläre gegenüber der Freien Universität Berlin, dass ich die vorliegende Dissertation selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasst habe. Alle Hilfsmittel, die verwendet wurden, habe ich angegeben. Diese Dissertation wurde in gleicher oder ähnlicher Form in keinem früheren Promotionsverfahren angenommen oder abgelehnt.

## Inhaltsverzeichnis

<b>A. Konflikte zwischen der deutschen Arbeiterführung und Marx/Engels vor der Revolution von 1848/1849.....</b>	<b>1</b>
<b>I. Einführung.....</b>	<b>1</b>
1. Problemstellung und Untersuchungsgegenstand .....	1
2. Arbeitshypothese.....	5
3. Stand der Forschung.....	14
4. Gliederung, Methode und Vorgehensweise der Arbeit.....	22
4.1. Gliederung der Arbeit .....	22
4.2. Methode der Arbeit.....	22
4.3. Auswahlgründe des Untersuchungszeitraums.....	26
4.4. Auswahlgründe des Untersuchungsgegenstands.....	28
<b>II. Vorgeschichte der Konflikte zwischen der deutschen Arbeiterführung und Marx/Engels.....</b>	<b>32</b>
1. 1838–1842: Politische Debatten unter deutschen Arbeitern im Ausland.....	33
1.1. Weitling als Theoretiker der gesamten deutschen Arbeiterbewegung .....	36
1.2. Weitling: „Wir deutschen Arbeiter wollen eine Stimme erheben“ .....	38
2. 1842: Marx als „Zensor“ gegen „Einschmuggeln“ kommunistischer Ideen.....	46
3. 1843: Strategiedebatten im Bund der Gerechtigkeit: Revolution oder Reform..	51
4. 1844: Marx/Engels’ „Geschäft“ mit „wissenschaftlichem“ Kommunismus.....	52
5. 1845: Londoner Konflikt zwischen Weitling und Schapper .....	58

5.1. Schappers Reformismus gegen revolutionäre Linie Weitlings .....	62
5.2. Marx/Engels' kräftige Hilfeleistung zu Schappers Reformismus .....	66
<b>III. Erste Hälfte von 1846: Konflikt zwischen Weitling und Marx.....</b>	<b>69</b>
1. Marx/Engels' Korrespondenzkomitee gegen revolutionären Kommunismus....	69
2. Der „Knäuel“ der Bourgeoisie wandte sich mit Marx/Engels gegen Weitling ..	71
3. Marx unterstützt die Bourgeoisie unter dem „wissenschaftlichen“ Gewand .....	77
4. Weitlings Ablehnung der Abhängigkeit des Proletariats von der Bourgeoisie ..	79
5. Marx' Verbotsversuch gegen kommunistische Propaganda von Weitling .....	80
6. Marx richtet seine Waffen gegen Angehörige kommunistischer Bewegung .....	82
<b>IV. Zweite Hälfte von 1846: Streit zwischen dem Bund und Marx/Engels .</b>	<b>85</b>
1. Londoner Bundesgemeinde gegen Monopolanspruch von Marx/Engels.....	86
2. Marx/Engels' Unwillen gegen Einberufung des Kommunistenkongresses .....	92
3. Konflikte zwischen Engels und der „Schneiderclique“ in Paris.....	97
4. Marx/Engels' Zorn über die Selbstständigkeit der Londoner Bundesführung .	101
5. Beweggründe für Türöffnung der Londoner Bundesführung für Marx/Engels	104
<b>V. Erste Hälfte von 1847: Verschmelzung oder konträre Standpunkte? </b>	<b>108</b>
1. Bundesführung: Kampf gegen den Einfluss der Bourgeoisie auf Proletarier ..	110
2. Engels' Werbungen für Bourgeoisie vor dem 1. Bundeskongress .....	113
3. Engels' umstrittene Wahl zum Pariser Delegierten .....	117
4. Dokumente des 1. Kongresses des Bundes der Kommunisten.....	119
5. Keine Verschmelzung zwischen Bundesführung und Marx/Engels.....	124
<b>VI. Zweite Hälfte von 1847: Kontroversen zwischen dem Bund und</b>	
<b>Marx/Engels .....</b>	<b>125</b>
1. Marx/Engels' „wissenschaftliche“ Werbungen für Bourgeoisie .....	126
1.1. Marx' Inschutznahme der Bourgeoisie gegen Kritik der Sozialisten.....	127
1.2. Marx/Engels' Angriffe gegen Hess' Eintreten für arbeitende Klassen .....	129
1.3. Marx/Engels' Attacke auf Heinzens revolutionäre Propaganda .....	137
2. Konflikte zwischen Marx/Engels und „Straubingern“ vor dem 2. Kongress...	146
2.1. Engels' „höllischer Streich“ und seine „Grundsätze des Kommunismus“ ..	146
2.2. Revolutionäre Opposition gegen Marx/Engels und Bundesführung .....	152
3. Der 2. Kongress des Bundes der Kommunisten .....	163
3.1. Exkurs: Religionsverständnis von Weitling und Marx im Vergleich.....	166

3.2. Konträre Standpunkte zu den Bewegungen des Kontinents von 1847 .....	173
3.3. Engels' Begeisterung für koloniale Erfolge der Bourgeoisie und Marx' Verteidigung der „gute[n] Seite“ der „direkten Sklaverei“ .....	178
4. Anfang 1848: Konträre Standpunkte von Marx/Engels und Bundesführung...	180
4.1. Engels: „Mit den Bourgeois können sie viel, gegen die Bourgeois nichts“.	180
4.2. Bundesführung: „Keine Unterdrückten und keine Herrscher“ .....	182
<b>VII. Das Manifest: das Zerrbild der Theorie des Kommunismus .....</b>	<b>184</b>
1. Das Manifest stellt sich dem „Märchen“ des Kommunismus entgegen .....	184
2. Marx/Engels' Theorie: „Versicherung“ gegen revolutionären Kommunismus	187
3. Marx/Engels im Wartezimmer der „historischen Gesetzmäßigkeit“ .....	189
4. Verherrlichung der „höchst revolutionäre[n] Rolle“ der Bourgeoisie .....	194
5. Proletariat: „ein bloßes Zubehör der Maschine“ und der „Totengräber“ der Bourgeoisie? .....	197
6. Ist der „brod- und arbeitslose Arbeiter“ das „Lumpenproletariat“? .....	201
7. Angriffe auf revolutionäre Kräfte der arbeitenden Klassen und Besitzlosen...	205
8. Marx' Revolutionstheorie: bürgerliche Krisen- und Verelendungstheorie .....	207
9. Marx/Engels kämpfen „gemeinsam mit der Bourgeoisie“ .....	209
10. Das Manifest: kein „Zeugnis der Verschmelzung“ mit der Arbeiterführung...	213
<b>B. Konflikte zwischen der deutschen Arbeiterführung und Marx/Engels während der Revolution von 1848/1849.....</b>	<b>218</b>
<b>I. Die Revolution in Paris und der Arbeiteraufstand in Köln .....</b>	<b>218</b>
1. War die Pariser Februarrevolution von 1848 „politisch“ oder „sozial“? .....	219
2. Kölner Arbeiteraufstand gegen „Börsen-Männer“ und „Geldspekulanten“ .....	224
3. Engels' Angst vor den Selbstbestimmungsbestrebungen der Arbeiter .....	237
4. Reaktion des Großbürgertums auf den Kölner Arbeiteraufstand .....	244
4.1. Marx' Diktaturermächtigung zur Kontrolle der Bundesmitglieder .....	248
4.2. Marx' Kampf gegen organisierte Wiederkehr der Kommunisten .....	251
<b>II. Arbeiter und Besitzlosen unter kommunistischer Führung .....</b>	<b>262</b>
1. April 1848: Die Gründung des Kölner Arbeitervereins .....	263
2. Das politische Programm der Zeitung des Kölner Arbeitervereins (ZAV) .....	266
2.1. Arbeiterverein kämpft „für die Rechte und die Interessen der Arbeiter“ ..	266

2.2. Arbeiterverein kämpft für „ganze Freiheit“, nicht für „Pressfreiheit“.....	268
2.3. Für Arbeiterverein sind „Geldaristokraten“ die „gefährlichsten von Allen“	269
3. Marx/Engels' Versuchung zur Kontrolle der deutschen Arbeiterbewegung....	272
4. Marx/Engels: Mitbegründer der bürgerlichen Demokratischen Gesellschaft ..	276
<b>III. Frühling 1848: Konflikte zwischen Arbeiterführung und Marx .....</b>	<b>278</b>
1. Arbeiterverein unterstützt Willich gegen Marx und seine „Demokraten“ .....	278
2. Arbeiterrepublik versus konstitutionelle Monarchie.....	280
3. Standpunkt der deutschen Arbeiterführung zu den indirekten Wahlen .....	282
4. Gottschalks Ausschluss durch Marx aus dem Bund der Kommunisten.....	289
5. Auflösung der Zentralbehörde durch Marx' diktatorische Vollmacht.....	293
6. Der erste Bruch zwischen Moll/Schapper und Marx .....	296
7. Marx' Rechtfertigungsversuche für die ‚Erlöschung‘ des Bundes .....	298
<b>IV. Marx/Engels' Neue Rheinische Zeitung (NRhZ).....</b>	<b>300</b>
1. NRhZ als „Sprachrohr“ der Interessen der Bourgeoisie.....	301
2. Motto der NRhZ: Krieg gegen Russland für Unitärstaat in Großdeutschland .	305
3. Vertritt NRhZ „den Standpunkt des Proletariats“ oder ist sie „in den Händen eingefleischter Geldaristokraten“? .....	312
<b>V. Gottschalks Einheitsfrontversuch „gegen die Tyrannei der Großen“</b>	<b>317</b>
1. Arbeitervereins Forderung nach Waffen zum „Kampf gegen die Tyrannei“...	317
2. Gottschalks Vorbereitungen für eine Einheitsfront der revolutionären Kräfte	319
3. Engels' Appell an Arbeiter für Demut und seine Horrorbilder .....	321
4. Gottschalks Rolle auf dem Frankfurter Demokraten- und Arbeiterkongress...	325
<b>VI. Pariser Junirevolution von 1848 und politische Standpunkte .....</b>	<b>328</b>
1. Pariser Junirevolution von 1848 .....	329
2. Standpunkt von Marx/Engels zur Pariser Junirevolution.....	330
2.1. Engels als Erzähler der militärischen Siege der Generale der Bourgeoisie .	336
2.2. Engels' Desinformationen über die Pariser Junirevolution von 1848 .....	340
3. Solidarisierung der deutschen Arbeiterführung mit Pariser Junirevolution.....	347
<b>VII. Kampf der „Adels- und Geldaristokraten“ gegen Kommunisten</b>	<b>350</b>
1. Verleumdungen gegen Kölner Arbeiterverein und Andreas Gottschalk.....	351
1.1. Verhaftung Gottschalks, den Bourgeoisie „auf Tod und Leben“ verfolgte .	354

1.2. Engels' Freude über Gottschalks Verhaftung: „zum Glück“ verhaftet! .....	357
2. Disput zwischen Weitling und Marx: Revolution versus Reform .....	361
3. Marx/Engels' Kampf gegen Einheitsfrontversuch der revolutionären Kräfte..	365
3.1. „Losschlagen“ in Berlin und Verleumdung gegen Bakunin in der NRhZ...	369
3.2. August 1848: Marx auf der preußischen Nationalversammlung versus Weitling auf dem Arbeiterkongress .....	377

### **VIII. Herbst/Winter 1848: Kampf der Kommunisten für**

#### **Verselbstständigung der Arbeiterbewegung ..... 379**

1. Aufruf von Moll und Schapper zur Organisierung der Arbeiter und Bauern...	380
2. Molls Aufruf zum Barrikadenaufbau versus Marx' Aufruf zur Gehorsamkeit	384
3. Marx' Rechtfertigung gegen die Kritik der „Feigheit“ .....	390
4. Molls politische Bilanzziehung aus den Ereignissen des 25. September 1848	392
5. Organisation der deutschen Arbeiterbewegung durch Weitling und Moll.....	394
5.1. Weitlings Rolle auf dem 2. Demokraten- und Arbeiterkongress in Berlin..	399
5.2. Unterhandlungen der Kommunisten zu einem „Kommunistenkongress“ ...	401
5.3. Der endgültige Bruch zwischen Marx und Moll .....	406
6. Stephan Borns praktischer Unterschied zu Marx/Engels .....	409

### **IX. Herbst/Winter 1848/1849: Konflikte zwischen Marx und der**

#### **Arbeiterführung..... 413**

1. Als Präsident des Arbeitervereins kämpft Marx gegen Arbeiterführung.....	414
1.1. Marx' Appelle an die Bourgeoisie: Setzt „den revolutionären Terrorismus“ ein und macht den Bauern „zum Werkzeug in der Hand“ .....	417
1.2. Marx eilt mit Steuerverweigerungskampagne der Bourgeoisie zur Hilfe....	420
1.3. Bürgerliche Forderungen auf der Tagesordnung des Arbeitervereins.....	422
2. Gottschalks und Marx' Reden vor Gericht.....	425
2.1. Gottschalks Eintreten für arbeitende Klassen und Besitzlose .....	425
2.2. Marx' Parteinahme für bürgerliche Herrschaft .....	428
3. Streit zwischen Marx und Arbeiterführung über Februarwahlen von 1849.....	431
4. Marx' Maßregeln gegen Kommunisten im Kölner Arbeiterverein .....	435
4.1. Zensurkommission gegen Kritik der Arbeiterzeitung an „Geldsäcken“.....	435
4.2. Vom kämpferischen Kölner Arbeiterverein zum harmlosen Lesezirkel .....	439

**X. Winter/Frühling 1849: Kampf der Kommunisten um Organisation der Arbeiterbewegung..... 441**

1. Weitlings Beitrag zur Organisation der deutschen Arbeiterbewegung ..... 442
2. Marx im Feuer der Kritik der Kommunisten..... 447
  - 2.1. Weitlings Kritik an „Intelligenz“ und ihren „Bündnisgenossen“ ..... 447
  - 2.2. Gottschalks Kritik an Marx' irreführenden Schriften in der NRhZ ..... 448
  - 2.3. Kampf der „Freiheit Arbeit“ gegen das „Organ der Verleumdung“ NRhZ. 456
3. April 1849: Austritt des Kölner Arbeitervereins aus bürgerlichen Verbänden 462
4. Schärfende innere Streitigkeiten und Spaltung des Kölner Arbeitervereins .... 464
5. Konträre Standpunkte zum badischen „Revolutionskrieg“ ..... 467

**C. Konflikte zwischen der Arbeiterführung und Marx/Engels nach der Revolution von 1848/1849 .....479**

**I. Herbst/Winter 1849/1850: Verschärfung der Konflikte ..... 479**

1. Konflikte im Londoner Flüchtlingskomitee, im Arbeiterverein und im Bund. 480
2. Marx' rätselhafter Wiedereintritt in die Zentralbehörde des Bundes..... 485
3. Weitlings politische Tätigkeiten versus Marx' literarische Geschäfte..... 488
  - 3.1. Republik der Arbeiter: „die Partei der Arbeit unter einer Fahne“ ..... 488
  - 3.2. NRhZ-Revue: ein „literarisches und kaufmännisches Unternehmen“ ..... 491
  - 3.3. Exkurs: Ist Marx der Autor der Schriften über Französische Revolution?.. 495

**II. Erste Hälfte von 1850: Theoretische politische und organisatorische Kontroversen zwischen der Arbeiterführung und Marx/Engels ..... 503**

1. Warten oder Vorbereiten auf die Revolution? ..... 504
2. Kritik an Marx/Engels' bourgeoisiefreundlicher Strategie ..... 509
  - 2.1. Weitling: „keine Verschmelzung mehr mit widerstrebenden Elementen“ .. 509
  - 2.2. Bundesführung: Nie wieder zum „Anhängsel“ der Bourgeoise..... 511
3. Die „Weltgesellschaft der Kommunistischen Revolutionäre“ ..... 517
4. Staatliche Repressalien gegen den Einfluss der Kommunisten auf Arbeitervereine in Deutschland und der Schweiz..... 523
5. Revolutionäre Zentralisation gegen Krone und Großbürgertum ..... 529
6. Seltsamkeiten der „Juniansprache“ und deren Autorschaftsfrage ..... 536



<b>III. Zweite Hälfte von 1850: Der Weg zum „vollständigen Bruch“ der</b>	
<b>„Proletarierpartei“ mit Marx/Engels.....</b>	<b>539</b>
1. Ausschaltungsversuche von Marx/Engels gegen August Willich .....	540
2. „Staatsstreich im Kleinen“ von Marx/Engels am 15. September 1850.....	548
2.1. „Oppositionspartei der Zukunft“ oder Revolutionspartei der Gegenwart ...	554
2.2. Eduard Wiss' Kritik an „reaktion[er]“ Revolutionstheorie von Marx.....	559
3. Stellungnahmen der Bundesgemeinden zum Bruch mit Marx/Engels.....	565
<b>IV. 1851/1852: Revolutionäre Pläne der Bundesführung und</b>	
<b>Durchkreuzungsversuche von Marx/Engels .....</b>	<b>572</b>
1. Marx/Engels' Isolierung versus Willich/Schappers Anerkennung in London .	573
2. Exkurs: Marx/Engels' literarische Geschäfte für ihr zukünftiges Kapital .....	575
3. Partei Marx: „Hochschule der Verleumdung und Verdächtigung aller Leute“	577
3.1. Marx' „vollständiges Spioniersystem“ gegen die Führung des Bundes .....	578
3.2. Februar 1851: Marx' Provokation gegen die Zusammenarbeit der	
französischen und deutschen Kommunisten .....	579
3.3. Deutsche Revolutionsanleihe und ihre Widersacher Marx/Engels .....	591
3.4. Marx' „Kölner Bannbulle gegen Willich und Konsorten“ .....	594
4. Die Verhaftungswelle in Deutschland und Frankreich .....	603
5. Marx' Verbindungen zu Polizeiagenten János Bangya und Hermann Ebner ..	613
6. Der „sogenannte Kommunistenprozess“ in Köln und andere Prozesse .....	621
7. Antwort der Kommunisten auf Marx' Diffamierungen in Enthüllungen.....	627
<b>V. Fazit.....</b>	<b>634</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>656</b>
<b>Quellen- und Literaturverzeichnis.....</b>	<b>657</b>

„Die Namen Republik und Konstitution,  
So schön sie sind, genügen nicht allein;  
Das arme Volk hat nichts im Magen,  
Nichts auf dem Leib und muß sich immer plagen;  
Drum muß die nächste Revolution,  
Soll sie verbessern, eine soziale sein.“

Wilhelm Weitling – 1838 – *Die Menschheit*

„Die Natur hat uns nicht Alle gleich gemacht, wie sie überhaupt nicht Alles gemacht hat, so wie wir es  
uns wünschen; aber die Mittel gab sie uns, den Unvollkommenheiten abzuhelfen.“

Wilhelm Weitling – 1842 – „*Der Socialismus*“ – *Junge Generation*

„Wir haben die feste Überzeugung, daß nicht der *praktische Versuch*, sondern die *theoretische Ausführung* der kommunistischen Ideen die eigentliche *Gefahr* bildet, denn auf praktische Versuche, und seien es *Versuche in Masse*, kann man durch *Kanonen* antworten, sobald sie gefährlich werden, aber *Ideen*, die unsere Intelligenz besiegt, die unsere Gesinnung erobert, an die der Verstand unser Gewissen geschmiedet hat, das sind Ketten, denen man sich nicht entreißt, ohne sein Herz zu zerreißen, das sind Dämonen, welche der Mensch nur besiegen kann, indem er sich ihnen unterwirft.“

Karl Marx – 1842 – *Rheinische Zeitung*

## **A. Konflikte zwischen der deutschen Arbeiterführung und Marx/Engels vor der Revolution von 1848/1849**

### **I. Einführung**

#### **1. Problemstellung und Untersuchungsgegenstand**

Karl Marx (1818–1883) bedauerte 1860 in seiner Rechtfertigungsschrift *Herr Vogt*, dass die „Jurisprudenz“ ihn dazu geführt habe, über die „halbvergeßnen und längst verschollnen Geschichten“ des *Bundes* etwas zu schreiben (MEW 14, S. 438). Er hätte also wohl über den *Bund*, der vermeintlich „ein sehr wichtiges Kapitel seines politischen Lebens“ gewesen sei (Walter 1966, S. 66), lieber kein Wort geschrieben, wenn Techows Briefe, die Carl Vogt (1817–195) im Jahre 1859 veröffentlicht hatte und in denen unerfreuliche Wahrheiten für Friedrich

Engels (1820–1895) und ihn selbst in Bezug auf die Konflikte mit der Führung der deutschen Arbeiterbewegung ans Licht kamen, ihn dazu nicht gezwungen hätten.<sup>1</sup>

An der erwähnten Stelle schrieb Marx weiter, dass Engels und er selbst vor der Revolution von 1848/1849 eine Reihe teils gedruckter, teils lithographierter „Pamphlets“ veröffentlicht hatten, um „die Geheimlehre“ des *Bundes der Gerechtigkeit*<sup>2</sup> „einer unbarmherzigen Kritik“ zu unterwerfen. Marx behauptete hier, die Führung des *Bundes* habe demzufolge „die wissenschaftliche Einsicht in die ökonomische Struktur als einzig haltbare theoretische Grundlage“ begriffen, sei Ende 1846 „infolge dieser Wirksamkeit“ mit ihm und Engels in Verbindung getreten und habe „eins ihrer Mitglieder“ zu ihnen geschickt, um sie zum Beitritt in den *Bund* aufzufordern (MEW 14, S. 439).

Auch Engels fühlte sich anscheinend genötigt, fast 40 Jahre später über den *Bund* etwas zu schreiben, nachdem die Herausbildung und Tätigkeit des *Bundes* im Frühjahr 1885 das erste Mal vom Historiker Georg Adler in seinem Buch behandelt worden waren, da dieser dort die Auflösung des *Bundes* durch Marx ausgerechnet mitten in der Revolution von 1848/1849 erwähnt hatte. Engels las das Buch, machte dabei Notizen, aber in seinen Notizen schrieb er weder für noch gegen die Aussagen Adlers ein Wort (Rokijanski 1979, S. 339). Stattdessen gab er nach der Veröffentlichung von Adlers Buch in demselben Jahr seine Version der *Geschichte des Bundes der Kommunisten* heraus.

In seiner Version der *Geschichte des Bundes* behauptete Engels wie Marx, dass Joseph Moll (1813–1849) im Frühjahr 1847 ihn und Marx deshalb „mehrmals“ zum Beitritt in den *Bund* aufgefordert habe, weil die Londoner Führung des *Bundes* von der „allgemeinen Richtigkeit“ der Auffassungsweise von Marx/Engels überzeugt gewesen sei. „Gegenüber der Unhaltbarkeit

---

<sup>1</sup> Gustav Techow (1813–1890), der in der Badischen Revolution von 1848/1849 mit August Willich (1810–1878) aus der Führung der revolutionären Arbeiterbewegung in einem Bündnis gegen Großbürgertum und Monarchie zusammengekämpft hatte und nach der Revolution der Führung der *Revolutionären Zentralisation* angehörte, traf sich im Herbst 1850 in London mit Marx/Engels und schrieb dann über diese Begegnung ausführlich an Alexander Schimmelpfennig (1824–1865), der ebenfalls der Führung der *Revolutionären Zentralisation* angehörte. Techows Briefe enthalten „eine recht genaue Chronologie“ der „Zuspitzung der Gegensätze“ zwischen der deutschen Arbeiterführung und Marx/Engels (Förder 1988, S. 268). Vogt veröffentlichte 1859 Techows Briefe „unverstümmelt, nur mit Auslassung einiger Eigennamen“ (Vogt 1859, S. 141). Marx ging zwar 1860 im Rahmen seiner Schrift *Herr Vogt* auf die Techow’schen Ausführungen ein (MEW 14, S. 435ff.), aber sein Versuch, den Bericht Techows zu widerlegen, „mislang nämlich gründlich“ (Schieder 2018, S. 68). Marx’ Streitschrift *Herr Vogt* wurde erstmals 1927 nachgedruckt und kam erst mit der Ausgabe 1960 in MEW. Diese Schrift wurde insofern eine historische Quelle, als Marx hier Aussagen zu seiner politischen Biografie machte, die merkwürdigerweise „selten“ kritisch hinterfragt wurden (Nippel 2018, S. 93).

<sup>2</sup> Seidel-Höppner korrigiert 2014 in ihrem Werk *Wilhelm Weitling* die Bezeichnung der sich 1836 in Paris vom *Bund der Geächteten* abspaltenden neuen Organisation, die entgegen der landläufigen Forschungsmeinung nicht der *Bund der Gerechten* hieß, sondern deren Name im dazugehörigen Statut der *Bund der Gerechtigkeit* lautete (Seidel-Höppner 2014, S. 73ff.). Auch in der von Weitling zwischen 1850 und 1855 herausgegebenen Zeitschrift die *Republik der Arbeiter* hieß der Name der Organisation der *Bund der Gerechtigkeit* (RdA 1852, S. 413).

der bisherigen theoretischen Vorstellungen, gegenüber den daraus sich herleitenden praktischen Abirrungen“ sehe man in London mehr und mehr ein, dass Marx und er mit ihrer neuen Theorie recht gehabt hätten (MEW 21, S. 214ff.). Engels versteigt sich 1891 in seinem Artikel *Der Sozialismus in Deutschland* sogar zu der Behauptung, dass das *Kommunistische Manifest* „eine Verschmelzung“ der reiner[n] Arbeiterbewegung und der „theoretische[n] Bewegung“, die „aus dem Zerfall der Hegelschen Philosophie“ entsprungen sei. Diese „Verschmelzung“ sei also „eine Verschmelzung, vollendet und besiegelt im Glutofen der Revolution“ (MEW 22, S. 248). Und auch die Mitglieder des *Bundes der Kommunisten* hätten in der Revolution von 1848/1849 einen „Führer“ gehabt, nämlich Marx, „dem sich alle willig unterordneten“ (MEW 21, S. 16).

Die Behauptungen von Marx/Engels lassen die folgenden Fragen offen: Wie lassen sich also dann die Konflikte zwischen Marx/Engels und der Führung der deutschen Arbeiterbewegung, wie Wilhelm Christian Weitling (1808–1871), Moses Hess (1812–1875), Andreas Gottschalk (1815–1849), August Willich, Joseph Moll und Karl Schapper (1812–1870), erklären, wenn diese von der „allgemeinen Richtigkeit“ der Theorie von Marx/Engels überzeugt gewesen wären und zwischen beiden Parteien eine „Verschmelzung“ stattgefunden hätte?

Und warum wurden die führenden Mitglieder des *Bundes* von Marx/Engels durch zahlreiche Intrigen aus dem *Bund* gedrängt und ausgeschlossen, wenn diese von der „allgemeinen Richtigkeit“ der Theorie von Marx/Engels überzeugt gewesen wären und alle Mitglieder des *Bundes* sich in der Revolution von 1848/1849, wie Engels behauptete, ihrem „Führer“ Marx „willig unterordneten“? Und warum schloss dann die Führung der deutschen Arbeiterbewegung Marx/Engels im September 1850 aus dem *Bund der Kommunisten* aus, wenn sie von der „allgemeinen Richtigkeit“ ihrer Theorie überzeugt gewesen wäre und sich ihrem „Führer“ Marx „willig“ untergeordnet hätte?

Obwohl Engels ganz genau wusste, „welch himmelweiter Unterschied“ (Kluchert 1985, S. 122) zwischen ihrem „wesentlich verschiedene[n]“ Kommunismus (MEW 21, S. 211) und dem revolutionären Kommunismus bestand, machte er 1885 wissentlich eine „allzu sehr harmonisierende“ Darstellung (Kluchert 1985, S. 125), um die Konflikte zwischen ihrem „demokratischen“ Kommunismus (MEW 4, S. 26) und dem „nichtdemokratischen“<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Marx/Engels bezeichneten sich in ihren damaligen öffentlichen Erklärungen als „demokratische Kommunisten“, wie z. B. in einem Brief vom 17. Juli 1846 an den Führer der englischen Chartistenbewegung F. O'Connor (MEW 4, S. 24ff.). Nach Boris Nicolaevsky wollten Marx/Engels mit dieser Bezeichnung „zwischen ihnen und den nichtdemokratischen Kommunisten“, sprich revolutionären Kommunisten, „eine Grenze“ ziehen (Nicolaevsky 1961, S. 221).

Kommunismus, nämlich dem revolutionären Kommunismus, zu verschleiern. Doch gegen Engels' Darstellung sprechen zahlreiche politische Kontroversen.

Da ich hier eine Forschungslücke festgestellt habe, bilden die Konflikte in den Verhältnissen zwischen der Führung der deutschen Arbeiterbewegung und Marx/Engels vor, während und nach der Revolution von 1848/1849 den Untersuchungsgegenstand meiner Dissertation. Der Fokus der Arbeit liegt dabei auf den theoretischen, politischen und ideologischen Gründen der Kontroversen zwischen der Führung der deutschen Arbeiterbewegung und Marx/Engels.

Die von Marx/Engels aufgestellte These der Verschmelzung von „wissenschaftlichem“ Kommunismus und der deutschen Arbeiterführung stellt die vorliegende Dissertation grundsätzlich infrage und will daher der Frage nachgehen, ob im Zeitraum von 1847 bis 1852 zwischen den Obengenannten überhaupt eine Verschmelzung stattfindet. Wenn nicht, will die Arbeit untersuchen, was der hauptsächliche Grund und der Ausgangspunkt aller Konflikte zwischen der Arbeiterführung und Marx/Engels ist. Die Arbeit will auch der Frage nachgehen, ob das *Kommunistische Manifest* von 1848, wie zu gern behauptet wird, die „Urkunde der Verschmelzung“ der Theorie von Marx/Engels mit der Führung der deutschen Arbeiterbewegung ist; und ob dieses *Manifest* die politischen Ziele der Führung der deutschen Arbeiterbewegung ausdrückt. Die Doktorarbeit will auch quellenkritisch untersuchen, ob politische Konflikte zwischen der Führung der deutschen Arbeiterbewegung und Marx/Engels schon von Anfang an ihren Verhältnissen innewohnten. Wenn ja, wird die Frage nach den ausschlaggebenden Gründen der Konflikte ins Zentrum der Untersuchung gestellt. Ebenfalls will die Arbeit der Frage nachgehen, inwieweit die politischen Ziele, Absichten und Bestrebungen der Führung der deutschen Arbeiterbewegung auf der einen Seite und von Marx/Engels auf der anderen Seite hinsichtlich ihrer Haltung zur Bourgeoisie und Verselbstständigung des Proletariats auseinandergingen, und ob der vollständige Bruch zwischen der Führung der Arbeiterbewegung und Marx/Engels im September 1850 auf ihre entgegengesetzten Standpunkte zur Bourgeoisie und zum Proletariat zurückzuführen ist.

Es ist daher von großer Bedeutung, kritisch zu hinterfragen, ob Marx/Engels gegenüber der Führung der Arbeiterbewegung „die wissenschaftliche Einsicht“ vertreten (MEW 14, S. 439), oder ob sie entsprechend der von ihnen „beabsichtigte[n] Principien-Änderung“ des Kommunismus (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 236) ihre „gezwungene[n] Antithesen“ (RdA 1854, S. 108) gegen die Thesen des revolutionären Kommunismus, der eine radikale Veränderung der vorhandenen gesellschaftlichen Verhältnisse bezweckte, ins Feld führten, um ihre Unterstützung der Bourgeoisie zu rechtfertigen und die bürgerliche Herrschaft zu legitimieren.

## 2. Arbeitshypothese

Die Konflikte zwischen der Führung der deutschen Arbeiterbewegung und Marx/Engels bewertet die vorliegende Dissertation als einen Entscheidungskampf zweier gänzlich unterschiedlicher Linien und Konzeptionen über die Strategie und Taktik der Kommunisten in der Revolution in Deutschland. Den fundamentalen Gegensatz zwischen Marx/Engels und der Führung der organisierten deutschen Arbeiterbewegung sieht die Arbeit in der Frage, ob Kommunisten und arbeitende Klassen in der Revolution von 1848/1849 zum Anhängsel des Bürgertums werden oder ob sie eine unabhängige und selbstständig handelnde Partei bleiben und für ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse kämpfen müssten. Auch beim Konflikt zwischen Wilhelm Weitling und Karl Marx im Jahr 1846, der fälschlicherweise „oft als eine persönliche Auseinandersetzung“ dargestellt wird, handelt es sich in Wirklichkeit um „entscheidende Fragen“ (Lichtheim 1969, S. 178), wie der Standpunkt der Kommunisten zur Bourgeoisie und zu den arbeitenden Klassen und Besitzlosen.

Während die Führung der revolutionären Arbeiterbewegung sowohl gegen den Feudalismus als auch gegen die Bourgeoisie antrat und nicht für die Interessen der bürgerlichen Klasse, sondern für die Interessen der arbeitenden Klassen und Besitzlosen zu kämpfen bezweckte, versuchten Marx/Engels die Kommunisten zur Unterstützung der Bourgeoisie zu überreden. Diese „prinzipielle Differenz“ (Meyer 1999, S. 246) war also der Ausgangspunkt aller Konflikte und spielte im andauernden Kampf im *Bund* immer wieder die ausschlaggebende Rolle. Der intensive Kampf zwischen der Führung der deutschen Arbeiterbewegung und Marx/Engels führte dann schließlich im September 1850 zum Ausschluss von Marx/Engels aus dem *Bund der Kommunisten*.

In nichtwenigen Arbeiten wird es behauptet, dass Marx seine politische Taktik in der Revolution von hegelscher Philosophie abgeleitet habe (Sperber 2020, S. 60). Demnach sei die Geschichte der Menschheit ein immer fortschreitender Prozess. So sei der Kapitalismus im Vergleich zum Feudalismus fortschrittlicher. Aus diesem Grund habe Marx in der Revolution die Bourgeoisie unterstützt. Diese Erklärung ist in der Forschung auch die gängige Erklärung für Marx' Unterstützung der Bourgeoisie. Da aber die vorliegende Dissertation diese Erklärung nicht besonders überzeugend findet, geht sie nicht aus dem philosophischen Hintergrund von Marx, sondern aus der politischen- und sozialgeschichtlichen Realität der damaligen Zeit aus, um die Gründe der Unterstützung von Marx für die Bourgeoisie zu erklären.

Die Arbeit sieht in Marx' Unterstützung für die Bourgeoisie lediglich politische Gründe. Denn der revolutionäre Kommunismus war in derzeit eine konkrete Macht unter den arbeitenden

Klassen und Besitzlosen und gleichzeitig ein „Schreckgespenst“ für die herrschenden Klassen. Zahlreiche neuere Studien über die Revolution von 1848 belegen, dass arbeitende Klassen und Besitzlosen in Europa zu keiner Zeit im 19. Jahrhundert „so in Bewegung geraten und so rebellisch“ geworden waren, wie in den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts (Conze 1954, S. 334). Selbst Marx gesteht 1848 diese nackte Realität schon am Anfang seines *Manifests* mit folgenden Worten: „Ein Gespenst geht um in Europa - das Gespenst des Kommunismus“ (MEW 4, S. 461). Gegen dieses bei herrschenden Klassen Angst und Schreck hervorrufende „Gespenst“ des revolutionären Kommunismus bot Marx der Bourgeoisie seinen bourgeoisiefreundlichen Kommunismus an, der die Bourgeoisie unter dem Deckmantel der Wissenschaft als „höchst revolutionär“ bezeichnet (ebd., S. 464), ihre Herrschaft als historisch notwendig legitimiert und öffentlich ankündigt, gemeinsam mit ihr zu kämpfen (ebd., S. 492). Dabei nutzte Marx Argumente der hegelschen Geschichtsphilosophie aus und übertrug diese unter dem pseudowissenschaftlichen Gewand auf die politisch aktuelle Realität, um die Unterstützung der Bourgeoisie zu rechtfertigen und die bürgerliche Herrschaft zu legitimieren. Als Weitlings kommunistische Schriften Anfang 1842 in Deutschland und Europa allgemein bekannt wurden, brachte Marx, wie aus seinem Leitartikel in der *Rheinischen Zeitung* vom 16. Oktober 1842 zu ersehen ist, seine unverkennbare antikommunistische Absicht deutlich zum Ausdruck. Nachdem Marx 1842 mit 24 Jahren zum Hauptredakteur der von bürgerlichen Kaufleuten gegründeten *Rheinischen Zeitung* wurde, unterrichtete und alarmierte er in diesem Blatt die zeitungslisenden Biedermänner über die „eigentliche Gefahr“ bildende „*theoretische Ausführung* der kommunistischen Ideen“ (MEW 1, S. 108), da durch Weitlings Schriften die „alles Eigentum durchaus allgemein machen“ wollende Theorie der „Communisten“ auch in Deutschland bekannt wurde.<sup>4</sup>

Dieser revolutionären Theorie geht es darum, „das Prinzip der Gleichheit“ so auszulegen, dass es nicht nur die „Abschaffung von Privilegien“, sondern auch „einen allgemeinen Angriff auf das Privateigentum“ umfasst (Stedman Jones 2012, S. 39ff.). Dieses grundlegende Prinzip des revolutionären Kommunismus wurde von Marx als „Gleichmacherei“ verschmäht. Er fühlte sich von Anfang an berufen, den „rohen“ Kommunismus (MEW 4, S. 489), sprich den revolutionären Kommunismus, der zur damaligen Zeit faktisch das drohende „Schreckgespenst“ für die herrschenden Klassen Europas bildete (Stedman Jones 2012, S. 52), in einen bourgeoisiefreundlichen Kommunismus zu verwandeln.

---

<sup>4</sup> Die *Augsburger Allgemeine Zeitung* warnte am 7. Mai 1841 in der Nr. 127 ihre Leser vor den Gefahren des revolutionären Kommunismus: [https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10504344\\_00579\\_u001/1](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10504344_00579_u001/1) (abgerufen am 7.11.2022).

So hatte Marx in seinem Leitartikel in der *Rheinischen Zeitung* vom 16. Oktober 1842 die Entstellung der Lehre des revolutionären Kommunismus selbst angesagt. Nach Marx bilde „nicht der *praktische Versuch*, sondern die *theoretische Ausführung* der kommunistischen Ideen die eigentliche *Gefahr*“. Denn auf praktische Versuche könne man „durch *Kanonen*“ antworten, sobald sie „gefährlich“ werden, aber „*Ideen*“, die seien „Dämonen, welche der Mensch nur besiegen kann, indem er sich ihnen unterwirft“. Um die kommunistischen Ideen zu „besiegen“ und „ihr Herz zu zerreißen“, müsse man sich ihnen unterwerfen (MEW 1, S. 108). Dies war im Jahr 1842 Marx' hauptsächliche „Geheimlehre“ (MEW 14, S. 438).

Die kristallklare Absicht von Marx ist also, wie er 1842 noch unverhüllt und ganz offen bekundete, die in der damaligen Zeit existierende und unter den arbeitenden Klassen und Besitzlosen Europas eine konkrete Macht gewordene kommunistische Lehre zu entstellen und so ihr „Herz zu zerreißen“, damit sie für die Bourgeoisie keine Gefahr bildet (MEW 1, S. 108). Da Marx in seinen Schriften die Lehre des revolutionären Kommunismus theoretisch bekämpfen wollte, gewann er das volle Vertrauen der Bourgeoisie und wurde von ihr finanziert. Die Geldaristokraten trafen aus ihrer Perspektive die richtige Wahl, indem sie Marx die führende Rolle in ihrem Projekt einräumten und ihn als Vertreter eines „wissenschaftlich“ bekleideten Projekts gegen den wirklich existierenden Kommunismus ins Feld führten.

Ab 1844 begann Marx mit der Entstellung der Lehre des revolutionären Kommunismus, was er schon 1842 unverhohlen zum Ausdruck brachte. In seinen Studien versuchte er hauptsächlich die auf dem Privateigentum beruhende bürgerliche Gesellschaft als einzig mögliche Alternative in Deutschland zu legitimieren und zu rechtfertigen. Bekanntlich holte Marx dabei Argumente aus dem Lager der hegelschen Geschichtsphilosophie, für die die Geschichte der Menschheit ein immer fortschreitender Prozess und der Kapitalismus im Vergleich zum Feudalismus fortschrittlicher sei, um die „Prinzipien-Änderung“ des revolutionären Kommunismus in Gang zu setzen und ihn theoretisch zu bekämpfen. Beispielsweise bezeichnete Marx in der *Deutschen Ideologie* die Bourgeoisie als die „revolutionierende Klasse“ und „die Vertreterin der ganzen Gesellschaft“ (MEW 3, S. 47), während die revolutionären Kommunisten die Bourgeoisie die „gefährlichste von Allen“ benannten und gegen sie kämpften (ZAV 1848, S. 79f.).

Als Männer der Bourgeoisie bezweckten Marx/Engels gegen den „rohen“ Kommunismus (MEW 4, S. 489), sprich gegen den wirklich existierenden revolutionären Kommunismus, der in derzeit die herrschenden Klassen faktisch in Angst und Schrecken versetzte, eine bourgeoisiefreundliche Lehre und Organisation zu schaffen. So beschäftigten sie sich mit den „Prinzipien-Änderung[en]“ des Kommunismus, indem sie philosophische Argumente aus dem



Lager der hegelischen Geschichtsphilosophie holten und diese dann als „Antithesen“ gegen die Thesen des revolutionären Kommunismus ins Feld führten (RdA 1854, S. 108). Diese „Antithesen“ benannten sie dann den „wissenschaftlichen“ Kommunismus. Die von Marx/Engels „beabsichtigte[n] Principien-Änderung[en] in der Behandlung der deutschen Communisten“ (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 236) beinhalten in der Tat die Unterstützung der Bourgeoisie und die Entstellung der Theorie der real existierenden kommunistischen Bewegung in sich.

Mit der „Principien-Änderung“ bezweckten Marx/Engels, die Lehre des revolutionären Kommunismus zu verfälschen, wovor Weitling schon im Jahr 1845 die Kommunisten warnte. Er sprach „immer wieder über die Gefahren, die von Marx und Engels ausgehen“ (Khella 1995, S. 134). In den Londoner Debatten von 1845 warnte Weitling die Kommunisten vor der Entstellung der Lehre des revolutionären Kommunismus durch bürgerliche „Gelehrten“ mit den Worten: „Aus dem Christentum hat man alles gemacht; unsere Pflicht ist es, achtzugeben, daß es mit dem Kommunismus nicht ebenso geht“ (BdK 1, S. 234).

Nachdem Marx/Engels sich zuerst zu demokratischen und philosophischen (MEW 1, S. 494ff.) und dann zu „wissenschaftlichen“ Kommunisten erklärt hatten, schlichen sie unter diesem Deckmantel in den *Bund der Gerechtigkeit* ein, um die Kommunisten zur Unterstützung der Bourgeoisie zu überreden. So versuchte Marx 1846 im Konflikt mit Weitling die Unterstützung der Bourgeoisie unter dem Deckmantel des „wissenschaftlichen“ Kommunismus in der Arbeiterbewegung durchzusetzen (BdK 1, S. 307f.). Seine wahre Absicht verhüllte er mit einem pseudowissenschaftlichen Gewand, damit sie für die Führung der Arbeiterbewegung richtig erschien.

Den Begriff „Wissenschaft“ nutzten Marx/Engels als ein Manipulationsmittel, um die Führung der Arbeiterbewegung zur Unterstützung der Bourgeoisie zu überreden, damit sie bei der Revolution nicht selbstständig ihre eigenen Ziele verfolgt. Es ist daher von Grund auf unzutreffend zu behaupten, dass Marx/Engels von der theoretischen Analyse ausgehend die bürgerliche Herrschaft in Deutschland „als historisch notwendig“ erkannt und dann entsprechend dieser Theorie der Arbeiterbewegung die Aufgabe gestellt hätten, und dass sie aus „historischer Notwendigkeit“ die bürgerliche Klasse unterstützen müssten (Engelberg 1978, S. 96).

Ganz im Gegenteil: Marx/Engels' Ausgangspunkt ist hier nicht ihre theoretische Analyse, sondern ganz und gar ihr eiskalter politischer Zweck. Denn es ist eine historische Tatsache, dass Marx 1842 in der *Rheinischen Zeitung* und später im *Vorwärts* und Engels 1843 in der Chartisten-Zeitung *Northern Star* anfangen, sich für die Bourgeoisie eifrig einzusetzen, bevor

sie ihren „wissenschaftlichen“ Kommunismus erfanden. Ihr Ausgangspunkt ist hier also nicht theoretisch, sondern ganz und gar politisch. Sie stehlen zuerst nämlich das Minarett, verschaffen sie sich erst dann dazu einen passenden Mantel, um es zu verhüllen.

Bei ihrem Kampf gegen den revolutionären Kommunismus missbrauchten Marx/Engels in ihren Schriften, die sie in den 1840er Jahren schrieben, den Begriff „Wissenschaft“, indem sie ihren bourgeoisiefreundlichen Kommunismus als „wissenschaftlichen“ Kommunismus bezeichneten, mit Moses Hess gesprochen, um ihn durch diese „wissenschaftliche“ Hülle „heilig, unantastbar und unkritisierbar“ zu machen (Mönke 1964, S. 81). Sie hatten den politischen Zweck, den Einfluss der verschiedenen Gestaltungen des kommunistischen Prinzips von Babeuf bis Weitling auf die sich konstituierende deutsche Arbeiterbewegung zurückzudrängen und sie zu bekämpfen. So versuchten sie 1846 im Konflikt mit Weitling, ihr Engagement für die Bourgeoisie mit der vermeintlichen „Wissenschaftlichkeit“ ihrer Theorie zu legitimieren.

Marx/Engels nutzten ihren sogenannten „wissenschaftlichen“ Kommunismus „als einen Kampfbegriff, wie lumpenproletarisch, utopisch etc.“ und verwendeten ihn gegen revolutionäre Sozialismusauffassungen, „um andere Begriffe abzuwerten oder zu bekämpfen“. Sie versuchten hier, „ihre Konzeption mit allen bekannten Mitteln destruktiver Polemik“ durchzusetzen (Na’aman 1979, S. 11). Um ihre politischen Gegner totzuschlagen, stellten sie die vermeintliche „Wissenschaftlichkeit“ ihrer Theorie als „Ewigkeitsanspruch“ und behaupteten, dabei die „absolute Wahrheit“ in der Hand zu haben (ebd., S. 30).

Mit Hilfe ihres „wissenschaftlichen“ Kommunismus wollten Marx/Engels sowohl das politische Handeln der Kommunisten als auch des Proletariats von der geschichtlichen Entwicklung abhängig machen. Ihr bourgeoisiefreundlicher Kommunismus visualisierte seine Entwicklungsmöglichkeiten am Horizont der Zukunft und entwertete dabei die Gegenwart, um den Aktionsplan der revolutionären Kommunisten im „Hier und Jetzt“ abzuschaffen (Stedman Jones 2012, S. 65).

Nach dem Konflikt mit Weitling im Jahr 1846 gelang es Marx/Engels, die Londoner Führung des *Bundes* vor der Revolution von 1848/1849 für die Unterstützung der Bourgeoisie kurzweilig zu gewinnen. Seitens Marx/Engels beruhte die Zusammenarbeit mit der Londoner Führung keinesfalls auf einem „gemeinsamen Bekenntnis zur Gütergemeinschaft“ (ebd., S. 65f.), da sie in ihren Augen „primitiv“ war, wie aus der Auseinandersetzung zwischen Weitling und Marx im Jahr 1846 bekannt ist, sondern ganz und gar darauf, dass die Londoner Führung vor der Revolution von 1848/1849 geneigt war, die Bourgeoisie kurzfristig zu unterstützen.

Die Londoner Führung des *Bundes* ließ sich also kurzzeitig von Marx/Engels überreden, dass die kapitalistische Herrschaft für die schnellere Erreichung zur Gütergemeinschaft eine notwendige Stufe sei. Das war ihre „bitterste Enttäuschung“ (Fehling 1922, S. 70) und wurde gleich am Anfang der Revolution von 1848/1849 erst von Joseph Moll und dann von Karl Schapper aus der Londoner Führung des *Bundes* als Fehler erkannt. Trotz der kurzweiligen scheinbaren „Einigung“ der Londoner Führung mit Marx/Engels vor der Revolution von 1848/1849 standen doch ihre Auffassungen weit auseinander. Die Londoner Führung fühlte sich während des kurzlebigen Zusammengehens mit den „Marxistischen“ nicht „zu Hause“ (ebd., S. 69). Die „Vereinbarung“ zwischen Moll/Schapper aus der Londoner Führung und Marx/Engels vor der Revolution von 1848/1849 hielt daher nach „the very first weeks of the revolution“ (Nicolaevsky 1961, S. 225) die „starken Belastungen“ nicht aus und ging zu Grunde (Kluchert 1985, S. 117), da die politischen Ziele von Moll/Schapper mit den politischen Zielen von Marx/Engels keinesfalls in Einklang standen.

Auch der Ausgangspunkt der Unterstützung der Bourgeoisie war für Moll/Schapper nicht im Geringsten derselbe wie für Marx/Engels. Für Moll/Schapper stellte die kurzlebige politische Unterstützung der Bourgeoisie ganz und gar nicht die Akzeptanz der „Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus“ dar. Denn Schapper begründete beispielsweise seine politische Unterstützung für die Bourgeoisie nicht mit „Wissenschaft“ wie Marx/Engels, sondern „mit dem fehlenden kommunistischen Massenbewusstsein, mit subjektiven Bedingungen“ (Brandenburg 1977, S. 155). Nach Marx/Engels dagegen müssten Kommunisten die Revolution den ökonomischen Entwicklungsgesetzen des Kapitalismus überlassen.

In der Tat waren Marx/Engels, wie die „Herren Bourgeois“, sehr realistisch. Sie hatten, wie die „Herren Bourgeois“, aus der Julirevolution von 1830 in Frankreich gut gelernt, dass die Bourgeoisie den Kampf gegen die Aristokratie zusammen mit den Arbeitern vermeiden sollte. So suchte das Großbürgertum „nur bedingt den Konflikt mit den alten Mächten“ (Leuschner 1970, S. 5) und versuchte, „den Aufschwung der modernen Industrie mit dem Staate zu verknüpfen“ (Stommel 1949, S. 4). Die Bourgeoisie hatte aus den Vorgängen in Frankreich gelernt, wie der liberale Industrielle und Bankier David Hansemann (1790–1864) mit Blick auf die Pariser Julirevolution von 1830 in seiner berühmten Denkschrift an den preußischen König Wilhelm III. schrieb: „Die geringeren Volksklassen als solche bilden im Staate keine dauernde politische Macht, diese kann stets nur die vorübergehende sein, als Instrument einer klügeren Partei“ (RhBA I/1, S. 48). Während Hansemann „für seine Klasse die konstitutionelle

Monarchie“ verlangte (Bock 1988, S. 131), denunzierte er den „Aufstand der geringeren Volksklasse“ als die „erste“ aller „Gefahren“, die „den Staat bedrohen“ (RhBA I/1, S. 48).

Marx kannte sicher den von Hansemann 1830 an den König geschriebenen Brief auswendig, wie er 1847 in seiner Polemik mit Karl Heinzen Folgendes schrieb:

[Die Herren Bourgeois] wissen besser, wo sie der Schuh drückt. Sie wissen, daß der *Pöbel* in Revolutionen frech wird und zugreift. Die Herren Bourgeois suchen daher soviel als möglich ohne Revolution auf gütlichem Weg das *absolute* Königtum in *bürgerliches* [Königtum] zu verwandeln (MEW 4, S. 352).

„Die Herren Bourgeois“, die „soviel als möglich ohne Revolution auf gütlichem Weg das *absolute* Königtum in *bürgerliches* [Königtum] zu verwandeln“ suchten, bezeichneten Marx/Engels in ihren zahlreichen Artikeln und in ihrem *Manifest* als „höchst revolutionär“ (ebd., S. 464), obwohl sie wie die „Herren Bourgeois“ zu gut wussten, dass in Deutschland nicht „der Wille zu kompromissloser Konfrontation, sondern die Bereitschaft zu einvernehmlichen Vereinbarungen mit dem politischen Gegner“ (Schieder 1994, S. 20f.) von Anfang an die Politik der „Herren Bourgeois“ bestimmte.

Weitling hatte schon 1830 das Unvermögen der deutschen Bourgeoisie zur politischen Tätigkeit persönlich miterlebt. Er beobachtete im September 1830 bei der Massenerhebung in Leipzig das Verhalten der Bourgeoisie und äußerte sich später verächtlich über die bürgerliche Bewegung, in der niemand wisse, was er wolle. Die Bourgeoisie habe 1830 in Leipzig trotz all ihrer akademischen Weisheit im „entscheidenden Augenblick“ wie „ein rechter Stoffel“ gehandelt (Weitling 1955, S. 278f.). Trotz dieser Tatsache haben Marx/Engels in ihrem *Manifest* absichtlich den Versuch unternommen, die Kommunisten und Arbeiter davon zu überreden, dass nur die Bourgeoisie „höchst revolutionär“ sei (MEW 4, S. 464), und dass „die Kommunistische Partei“ in Deutschland „gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie“ kämpfen solle (ebd., S. 492).

Doch dieses Ziel von Karl Marx und Friedrich Engels war definitiv nicht das Ziel der revolutionären deutschen Kommunisten. Sicherlich hatten weder Wilhelm Weitling noch Andreas Gottschalk, Moses Hess, August Willich, Karl Schapper und Joseph Moll vor, ihr Blut und das Blut der arbeitenden Klassen und Besitzlosen für die Machtergreifung der Bourgeoisie zu opfern. So geriet die Führung der revolutionären Arbeiterbewegung mit Marx/Engels, die unter dem Deckmantel des „wissenschaftlichen“ Kommunismus die Interessen der Bourgeoisie mit allen Mitteln verteidigten, unweigerlich in antagonistische Konflikte.

Die Führung der deutschen Arbeiterbewegung brach mit Marx/Engels, da diese in der Revolution von 1848/1849 Schulter an Schulter mit dem Bürgertum standen. In der Revolution 1848/1849 verlangten sie in der *Neuen Rheinischen Zeitung (NRhZ)* die volle Unterstützung der Bourgeoisie. Die Kritik, die Gottschalk am 25. Februar 1849 in der Zeitung des Kölner Arbeitervereins *Freiheit Arbeit (FA)* in scharfsinniger Form an der Marxschen Unterstützung der „Kapitalherrschaft“ ausübte, war in diesem Sinne gänzlich zutreffend und zeigte hervorragend den Kern des ausschlaggebenden Konflikts:

Wozu aber eine Revolution, wozu sollten wir, Männer des Proletariats, unser Blut verspritzen, müßten wir wirklich, wie Sie, Herr Prediger [Karl Marx], uns verkünden, um der Hölle des Mittelalters zu entgehen, uns freiwillig in das Fegfeuer einer dekrepiten Kapitalherrschaft stürzen, um von dort in den nebelhaften Himmel Ihres ‚kommunistischen Glaubensbekenntnisses‘ zu gelangen? (FA 1849, S. 52).

Nachdem die revolutionäre Proletarierpartei eingesehen habe, führte Gottschalk seine Kritik an Marx fort, dass sie „von keiner andern Klasse“ als ihrer „eigenen irgend Etwas zu erwarten“ habe, habe sich Marx immer noch sehr konsequent mit allen Mitteln gegen die Selbstständigkeit der Arbeiter eingesetzt und für das Zusammengehen mit der Bourgeoisie weiter gepredigt (ebd., S. 51f.).

Die Historiker des *Instituts für Marxismus-Leninismus* schreiben im Vorwort der *Marx-Engels-Werke (MEW)* dagegen, dass Marx/Engels in der Revolution von 1848/1849 für ein Bündnis der proletarischen Revolutionäre „mit den kleinbürgerlichen Demokraten“ eingetreten seien (MEW 4, S. X) und die „Führer der kleinbürgerlichen Demokratie“ unterstützt hätten (MEW 5, S. VII). Sie verraten merkwürdigerweise aber niemals, wer die Vertreter der „kleinbürgerlichen Demokraten“ waren (MEW 6, S. XV), mit denen Marx/Engels angeblich ein Bündnis einträten. Zu den Vertretern der „kleinbürgerlichen Demokraten“ zählten etwa Friedrich Hecker (1811–1881), Gustav Struve (1805–1870), Karl Heinzen (1809–1880), Georg Herwegh (1817–1875), Gottfried Kinkel (1815–1882), Philipp Becker (1809–1886), Alexander Schimmelpfennig und Gustav Techow, mit denen also in der Tat definitiv nicht Marx/Engels, sondern Weitling, Gottschalk und insbesondere Willich, nämlich die revolutionäre Führung der deutschen Arbeiterbewegung, trotz der Unentschlossenheit und Inkonsequenz der demokratischen Republikaner in einem Bündnis gegen das Großbürgertum und die Krone, nämlich „gegen die Tyrannei der Großen“ (ZAV 1848, S. 102) in der Badischen Revolution, zusammenkämpften.

Doch Marx/Engels unterstützten „die beiden rheinisch-großbürgerlichen Bankier Camphausen und Hansemann“ (Nipperdey 1991, S. 599), standen mit ihnen zusammen im Bündnis mit der Krone und „mussten“ sie deswegen neben dem revolutionären Kommunismus auch die „kleinbürgerliche Demokratie“, wie Engels selbst gesteht, „bekämpfen“ (MEW 21, S. 19). Während Marx/Engels das „Kleinbürgertum“ und die Arbeiter, die in ihren Augen lediglich „Straubinger“ waren, verachteten, hatten sie „einen gewissen Respekt vor der großen Bourgeoisie“ (Na’aman 1965, S. 80), sodass sie diese in ihrem *Manifest* für „höchst revolutionär“ erklärten (MEW 4, S. 464).

Während Marx/Engels in der Revolution von 1848/1849 ihre politische Tätigkeit in erster Linie darauf richteten, ihre *Neue Rheinische Zeitung* als „Sprachrohr“ der Interessen der Bourgeoisie zu nutzen (Herres 1998c, S. 272), engagierten sich die Vertreter der revolutionären Arbeiterbewegung unabhängig von Marx/Engels im revolutionären Sinne für die Organisation der arbeitenden Klassen und Besitzlosen in Deutschland. Da die Anführer und Mitglieder des *Bundes der Kommunisten* keinesfalls „politische Erfüllungsgehilfen von Marx/Engels“ waren (Schieder 1983, S. 338), waren die unversöhnlichen politischen Gegensätze zwischen ihnen unvermeidlich. So zerbrach die scheinbare „Einheit“ des sogenannten „wissenschaftlichen“ Kommunismus und der deutschen Arbeiterbewegung gleich „an der harten Wirklichkeit“ der Revolution von 1848/1849 (Fehling 1922, S. 71).

In der Revolution setzten Marx/Engels ihre ganze Kraft für einen „hypergroßdeutschen Wirtschaftsraum“ (Conze/Groh 1966, S. 39) ein. Sie wollten deswegen keinesfalls zulassen, dass die politischen Entwicklungen und das Bündnis von Kommunisten und demokratischen Republikanern, nämlich das Bündnis „gegen die Tyrannei der Großen“ (ZAV 1848, S. 102), ihr „großdeutsches Konzept, d.h. das gesamte Deutschland, Preußen, Österreich usw., als die Basis, auf der sich die kapitalistische Entwicklung Deutschlands zu vollstrecken hat“ (Conze/Groh 1966, S. 39f.), in Gefahr bringen. Sie machten es in der *Neuen Rheinischen Zeitung* und in ihren Briefen deutlich und zeigten auch durch ihr Verhalten, dass es für sie legitim war, mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln gegen die politischen Entwicklungen und Revolutionäre zu kämpfen, die dieses Konzept in Gefahr bringen könnten, wie z. B. Weitling, Gottschalk und Willich.

Da Marx/Engels für die Durchsetzung eines hypergroßdeutschen Wirtschaftsraums eintraten, betrachteten sie in der Revolution die Entstehung einer selbstständigen Arbeiterbewegung als eine Gefahr für die kapitalistische Entwicklung Deutschlands. Deswegen war ihre politische Strategie in der Revolution von 1848/1849 neben der Unterstützung der Bourgeoisie auch die

Verhinderung der Entwicklung einer unabhängigen proletarischen Partei. Da Marx/Engels den Sieg der bürgerlichen Klasse in den Mittelpunkt ihres Interesses stellten, hatten sie von Anfang an vor, den Aufbau einer revolutionären Organisation in Deutschland zu verhindern, die für die deutsche Bourgeoisie gefährlich werden könnte.

Marx kämpfte gegen die Kommunisten, indem er ihre Kampforganisation durch von ihm selbst erteilte „Diktaturermächtigung“ lahmlegte (Schieder 1991, S. 39f.), um der Bourgeoisie den Weg zur Herrschaft frei zu räumen. Wer also mit der Bourgeoisie nicht „Hand in Hand“ (Adler 1885, S. 213) gehen wollte und nicht daran glaubte, dass die Bourgeoisie und die Arbeiter in der Revolution gemeinsame Interessen hätten, wurde von Marx mit Hilfe seiner selbst geschenkten „diskretionären Vollmacht“ (BdK 1, S. 714) aus dem *Bund* ausgeschlossen.

Weil Marx/Engels gegen „die Verschwörer von Profession“, sprich gegen die kommunistischen Revolutionäre, eine „unüberwindliche Abneigung“ (Mayer 1934, S. 371) empfanden, disqualifizierten sie die revolutionären Tätigkeiten, die ihrem politischen Ziel, nämlich der Herrschaft der Bourgeoisie, widersprachen. So brandmarkten sie Revolutionäre als „kleinbürgerlich“, „rückständig“, „putschistisch“, „abenteuerlich“, „utopistisch“, oder als „Revolutionsspieler“. „Utopist sein“ heißt doch in der Marx'schen Terminologie, mit Hugo Ball gesprochen, Ideen äußern, „deren Wirklichkeit dem Marxismus widerspricht“ (Ball 1919, S. 164).

### **3. Stand der Forschung**

Das Archiv der Zentralbehörde des *Bundes der Kommunisten* ist nicht erhalten geblieben. Es fehlen nicht nur ihre Sitzungsprotokolle, sondern auch der überwiegende Schriftwechsel mit den Gemeinden an der Basis (Förder 1988, S. 252). In Bezug auf die Vollständigkeit und die wissenschaftliche Dokumentation gibt es daher immer noch keine zufriedenstellende Studie über das innere Leben und die Aktivität des *Bundes* (Nicolaevsky 1956, S. 234f.).

Trotzdem wird die Geschichte des *Bundes der Kommunisten* fälschlicherweise in der sozialwissenschaftlichen Forschung als besonders gut erforschter Gegenstand angenommen. Die vorliegende Dissertation will diese Behauptung infrage stellen. Denn die konfliktreichen Verhältnisse zwischen der revolutionären Arbeiterbewegung und Marx/Engels wurden in der Forschung bisher nicht aufgearbeitet, ja nicht einmal als Untersuchungsgegenstand erkannt. So herrscht wohl in keiner anderen Frage der Geschichte der Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland so viel „Verwirrung“ und es gibt in der Literatur so viele „Entstellungen“ wie in der Geschichte des *Bundes* (Kowalski 1962, S. 5).

Bei der marxistisch ausgerichteten Forschung steht die Gegenüberstellung von „utopischem Denken“ bei Weitling und „wissenschaftlich-analytischer Methodik“ bei Marx im Vordergrund (Moritz 1981, S. 105). Dabei werden Weitlings Gedanken als „historisch überholt“ erklärt. Er könne den „fortgeschrittenen europäischen Verhältnissen der Bewegung nur schaden“ (Mielcke 1931, S. 194f.), weil er sich gegen „ein Bündnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie“ stelle. So übersehe Weitling, dass es in Deutschland zunächst darum gehe, dem Bürgertum in der Revolution zum Sieg zu verhelfen (Kaufhold 1955, S. XLIV).

Weitling ist heute nicht nur dem öffentlichen Bewusstsein als „der erste deutsche Theoretiker des Kommunismus“ (Kaler 1971, S. 33) weitgehend unbekannt, auch seine politischen Schriften sind u.a. im Bereich der Politologie „unterrepräsentiert“ (Knatz/Marsiske 1989, S. 10). Es ist bemerkenswert, dass das „utopische Weitling“-Bild in den Köpfen marxistischer Forscher mit der Revolution in Russland den ersten Verdacht von Historikern, wie Wolfgang Joho, erweckte (Joho 1932, S. 3ff.). Dieses Bild wurde dann vor allem mit der chinesischen Revolution ernsthaft in Zweifel gezogen; denn im Gegensatz zur Theorie von Marx/Engels kam das Industrieproletariat im 20. Jahrhundert nicht in hochentwickelten kapitalistischen Ländern Europas mit einer gleichzeitigen Weltrevolution an die Macht, sondern arbeitende Klassen und Besitzlosen ergriffen unter der Führung der Kommunistischen Parteien in unentwickelten Ländern, wie Weitling vorhersagte, die politische Macht durch Guerillakriege und Volkskriege (Lenk 1981, S. 50).

Als Erster erwähnte Wilhelm Fehling 1922 in seiner Dissertation *Karl Schapper und die Anfänge der Arbeiterbewegung bis zur Revolution von 1848* die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Führung der deutschen Arbeiterbewegung und Marx/Engels. Fehling bezeichnete diese Auseinandersetzungen als tiefe ideologische Widersprüche zwischen dem „Handwerkerkommunismus“ der Führung des *Bundes der Gerechtigkeit* und der „Lehre“ von Marx/Engels. Er ist der Meinung, dass die Ursachen für die inneren Widersprüche im *Bund* in den gegensätzlichen politischen Standpunkten beider Parteien gegenüber der Bourgeoisie zu suchen seien (Fehling 1922, S. 68f.).

Aufgrund der revolutionären Umwälzungen in der sogenannten „Dritten Welt“ entstanden in den 1950er Jahren in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) erste Forschungen zu der totgesagten Theorie Weitlings und den Kampf- und Machterfahrungen der arbeitenden Klassen und Besitzlosen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Europa. Man kann sagen, dass die revolutionären Umwälzungen in der „Dritten Welt“ den Beton durchlöcherten, den die



Marxisten auf Weitling, Gottschalk und Willich, nämlich auf die deutschen Vertreter des revolutionären Kommunismus, gegossen hatten.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) begann gegen Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre eine neue Forschung zu den Arbeiterbewegungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Europa. Die politischen Schriften Weitlings wurden in den 1970er Jahren, in denen dank der Studentenbewegung die politische Atmosphäre in der BRD revolutionär wie nie zuvor war, neu veröffentlicht. Die Diskussionen über die politische Theorie Weitlings, seinen Platz in der kommunistischen Bewegung überhaupt sind nach mehreren Jahrzehnten des Verschweigens erst „mit Beginn der Studentenrevolte“ also „näher in das Blickfeld der Forschung“ (Drünert 1979, S. 2) in der BRD gerückt.

Die Arbeiten der russischen Archivare und Historiker O. Maenchen-Helfen und B. Nicolaevsky gehören zu den wenigen Werken, „die der Existenz eines Konfliktes“ im *Bund der Kommunisten* Beachtung schenken. Insbesondere die Arbeiten von Nicolaevsky sind wichtig für die Feststellung des inneren Kampfes im *Bund*. Er hält die Verhältnisse zwischen den „Theoretikern“ Marx/Engels und den „Praktikern“ Moll/Schapper aus der Londoner Führung für problematisch und erkannte in der Forschung das völlige Fehlen einer systematischen Reflektion über deren Verhältnisse (Nicolaevsky 1961, S. 225ff.).

Nicolaevsky wird dabei von Shlomo Na'aman unterstützt, der die These der Konflikte zwischen „den Londonern“ und Marx/Engels aufgreift. Der Bruch zwischen der Führung der Arbeiterbewegung und Marx/Engels im September 1850 bleibe ihm unverständlich, wenn „von einer irrationalen Einschätzung des *Bundes*“, nämlich von einer „Verschmelzung“ zwischen der Theorie von Marx/Engels und der Führung der deutschen Arbeiterbewegung ausgegangen werde (Na'aman 1965, S. 5ff.). Ebenfalls erkennt Wolfgang Schieder den großen Einfluss der revolutionären Kommunisten auf die Arbeiterbewegung in der Revolution an und bemerkt, dass sich die revolutionäre Tätigkeit der Kommunisten in den Arbeiterorganisationen ohne Marx' Wissen und gegen seinen Willen vollzog (Schieder 1983, S. 338).

Für die marxistische Geschichtsschreibung ist es dagegen selbstverständlich, dass die Mitglieder des *Bundes der Kommunisten* unbedingte Anhänger von Marx/Engels gewesen seien. So nimmt sie nur die Aussagen von Marx/Engels als feststehende Wahrheiten an und schließt dann daraus, dass diese die Wahrheit gesagt hätten. Doch der Versuch, Marx/Engels zu revolutionären Arbeiterführern zu erheben, ist ein „aussichtsloses Unterfangen“ und muss zwangsläufig in Widersprüche führen, denn dieser Versuch misst ihnen eine Rolle zu, „die sie nie gespielt haben“ (Schieder 1965, S. 265f.).

Während Historiker, wie Richard Hunt, Alexander Brandenburg und Gerhard Kluchert, sich auch den o.g. Historikern anschließen und die Meinung vertreten, dass die grundlegenden theoretischen und politischen Differenzen zwischen der Führung der deutschen Arbeiterbewegung und Marx/Engels eine gemeinsame „Verschmelzung“ unmöglich machten (Hunt 1974, S. 16ff.; Brandenburg 1977, S. 242ff.; Kluchert 1985, S. 117ff.), betrachtet fast die gesamte marxistische Geschichtsschreibung das kurzfristige Zusammengehen der Londoner Bundesleitung mit Marx/Engels als „gesetzmäßige und historisch notwendige Verschmelzung“ des fortgeschrittenen Teils der deutschen Arbeiterbewegung mit dem „wissenschaftlichen Kommunismus“ (BdK 1, S. 15f.; Lewiowa 1980, S. 48ff.; Hundt 1993, S. 282).

Die *Institute für Marxismus-Leninismus* veröffentlichten in den Jahren 1970, 1982 und 1984 eine dreibändige Dokumentenpublikation über den *Bund der Kommunisten*. In diesen drei Bänden wurden fast immer die vermeintlichen Harmonien zwischen Marx/Engels und der Führung der revolutionären Arbeiterbewegung in den Vordergrund gestellt, während Kontroversen zwischen ihnen immer noch im Dunkeln liegen und nur konturenhaft fassbar sind. Beispielsweise hat die von Marx in die Welt gesetzte Behauptung, Willich und Schapper hätten einen „Sonderbund“ gebildet (MEW 14, S. 440), zu dem Ergebnis geführt, dass in der dreibändigen Edition *Bund der Kommunisten* zahlreiche Dokumente der Proletarierpartei nicht oder „nur in den Anmerkungen“ aufgenommen worden sind. Ihre monografische Darstellung fehlt fast gänzlich, obwohl sie nach dem Bruch mit Marx/Engels im September 1850 den „eigentlichen“ *Bund der Kommunisten* bildete (Schieder 2018, S. 197).

Nach der marxistischen Geschichtsschreibung soll die dreibändig herausgegebene Quellenpublikation über die *Geschichte des Bundes der Gerechtigkeit* und die des *Bundes der Kommunisten (BdK)* fast eine lückenlose Dokumentation darstellen (BdK 1, S. 56ff.). Obwohl sich die drei Bände der *BdK* auf reiche Quellen und Archivmaterial stützen, werden hier doch die wichtigen Dokumente nur verkürzt oder gar nicht veröffentlicht, wie z.B. die Konflikte zwischen Marx und Gottschalk, die in den Protokollen der Komiteesitzungen des Kölner Arbeitervereins leicht erkennbar sind, wurden in der *BdK* entweder gar nicht erwähnt oder sehr verkürzt wiedergegeben. Während das Ausmaß der revolutionären Tätigkeiten von Weitling, Gottschalk und Willich in der Arbeiterbewegung von den *BdK*-Autoren durch die Auslassung vieler Protokolle stark reduziert wurde, wurden bürgerlich journalistische Aktivitäten von Marx/Engels in Köln allzu stark hervorgehoben.

Die marxistische Literatur, die den Fußstapfen von Marx/Engels folgte und ihre Thesen bis zum Überdruß wiederholte, hat so sehr die Wahrheit und die Methode gepachtet, dass sie nur für

Marx-Engels-Zitate empfänglich ist. Für sie gibt es nur reibungslose Verhältnisse zwischen Marx /Engels und der „elementaren“ Arbeiterbewegung. Für sie sei der *Bund der Kommunisten* der „Boden der Verschmelzung“ von „wissenschaftlichem“ Kommunismus und der „elementaren“ Arbeiterbewegung (Schmidt 1987, S. 10), und diese „Verschmelzung“ sei eine „Notwendigkeit“ gewesen (Hundt 1988, S. 181). So betrachtet Karl Obermann das *Manifest* als „die Vereinigung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung“ (Obermann 1953, S. 75). Ebenfalls will Herwig Förder wissen, dass das *Manifest* die erste Vereinigung von „wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung“ sei (Förder 1960, S. 277).

Sofia Lewiowa sieht es als beispielhaft für die Anfangsetappe der Arbeiterbewegung und ihr „langes und mühevolleres Suchen nach einer revolutionären Theorie“ (Lewiowa 1980, S. 49), dass die Londoner Führung des *Bundes* mit ihrer Einladung von Marx/Engels in den *Bund* ihren „endgültigen“ Übergang zum „wissenschaftlichen Kommunismus“ geschafft hätte (Lewiowa 1965, S. 89). Auch Martin Hundt behauptet, dass sich „Schapper und seine Freunde“ in diesem Prozess immer mehr „den Ansichten“ von Marx/Engels annäherten und am Ende dieses Prozesses den „wissenschaftlichen“ Kommunismus übernahmen. Sie hätten sich diesen „verlässlichen Führern“ anvertraut (Hundt 1993, S. 265). Hundt glaubt noch zu wissen, dass die Arbeiterbewegung auf den „wissenschaftlichen“ Kommunismus lange gewartet und auch Weitling als Vorbedingung bewusst isoliert hätte, um sich mit dem „wissenschaftlichen“ Kommunismus zu vereinigen. Der von Marx/Engels vertretene „wissenschaftliche“ Kommunismus und die revolutionäre Arbeiterbewegung hätten nach Hundt aus der „historischen Notwendigkeit“ heraus und aus dem „bewussten Bedürfnis ... nach Vereinigung“ aufeinander zugestrebt (Hundt 1973, S. 49f.).

So will die marxistische Geschichtsschreibung für die von Engels aufgestellten Thesen eine Grundlage schaffen, dass die „Verschmelzung“ des „wissenschaftlichen“ Kommunismus und der „elementaren“ Arbeiterbewegung im *Bund* ihren Abschluss gefunden habe und die „Verschmelzung“ des „wissenschaftlichen“ Kommunismus mit einer kleinen „Vorhut der Arbeiterklasse“ das bedeutendste Ergebnis der Arbeiterbewegung in der Revolution von 1848/1849 gewesen sei (BdK 1, S. 15). In der Geschichtsschreibung wurde die „deutschen Handwerker-Arbeiter“ zu einer Legende verklärt, da man in ihnen „eine Basis der frühen deutschen Arbeiterbewegung und des Marxismus“ sehen wollte. Dabei wurde die „sozialgeschichtliche Realität ebenso ausgeklammert“ wie der „Dissens“ zwischen der revolutionären Führung der deutschen Arbeiterbewegung und Marx/Engels (Meyer 1999, S. 144f.). Die Geschichte des *Bundes der Kommunisten* wurde so auf eine „Geschichte der

Zustimmung oder Abweichung des von der wissenschaftlichen Theorie vorgegebenen richtigen Weges“ reduziert (Brandenburg 1995, S. 220). Diese bis in den Kanon der Schulbildung hineinreichende Annahme erweist sich jedoch bei genauerer Untersuchung als haltlos.

Der russische Historiker David Rjazanov stellte schon 1922 fest, dass Engels' Version der Geschichte von der Gründung des *Bundes der Kommunisten*, „die von Engels mit leichter Hand aufs Papier geworfen, bis heute herumgeistert und von einem Buch ins nächste gerät, nichts anderes ist als eine Legende, die der Analyse nicht standhält“ (Rjazanov 1973, S. 60). Wenn also auf die Geschichte des *Bundes* ein kritischer Blick geworfen wird, ist deutlich zu erkennen, dass die Beziehungen zwischen der Arbeiterführung und Marx/Engels keineswegs ein reibungsloser „Selbstentmündigungsvorgang“ der Arbeiterführung gewesen waren (Brandenburg 1995, S. 220).

Obwohl eine große Menge an Literatur über Marx/Engels und vor allem über ihre Werke die Regale der Bibliotheken der Welt füllen, gibt es merkwürdigerweise ungleich weniger Literatur über ihre politischen Tätigkeiten insbesondere während der Revolution von 1848/1849, in der Marx/Engels von der revolutionären Arbeiterführung wegen ihrer Unterstützung zum Bürgertum bekämpft wurden. Diese historische Tatsache wird von der marxistischen Geschichtsschreibung verstellt, indem sie Marx/Engels mit dem Ruhmesglanz der einzig wirklichen Revolutionäre in Deutschland umgibt. Doch Marx/Engels' Rolle in der kommunistischen Bewegung muss „ganz aus den Bedingungen des 19. Jahrhunderts heraus“ und „ohne Berücksichtigung des späteren ‚Siegeszugs des Marxismus‘“ untersucht werden. Denn zu ihren Lebzeiten war ein ganz anderes Bild von ihnen vorherrschend als in späterer Zeit (Schieder 2018, S. 12f.).<sup>5</sup>

Die auf Marx/Engels zentrierte Sicht verengt den zahlreichen Historikern das Verständnis für neue Fragestellungen der Arbeiterbewegung. So rechtfertigen die Wortführer der „Marx-Legende“ (Ball 1919, S. 164) die Tatsache, dass Marx/Engels in der Revolution von 1848/1849 die politischen Ziele der Bourgeoisie unterstützt hatten. Nach diesen Historikern müssten Kommunisten und die Arbeiter zunächst einmal der Bourgeoisie bei ihrem Machteroberungskampf unter die Arme greifen. Dies sei bei der Revolution von 1848/1849 die einzig richtige „revolutionär-proletarische Strategie und Taktik“ gewesen. Diese „konsequente revolutionäre Politik“ ziele auf „die entschiedene Durchsetzung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse“ (Förder 1960, S. 60ff.). Trotzdem macht die auf Marx/Engels fixierte

---

<sup>5</sup> In der aktuellen Marx-Biografie von Gareth Stedman Jones (2017) ist teilweise das historisch angemessene Vorgehen zu finden. Stedman Jones gibt in seinem Buch den Eindruck, den Marx des 19. Jahrhunderts zu erforschen (Stedman Jones 2017, S. 5).

Geschichtsschreibung doch oft „einen raschen Sprung“ von Januar 1848 bis Ende des Jahres 1849 (Balsler 1962, S. 203), um sich mit der bourgeoisiefreundlichen Strategie von Marx/Engels in der Revolution von 1848/1849 nicht gründlich auseinandersetzen zu müssen.

Conze/Groh betrachten daher alle Versuche, dem „Einfluss“ und der „Wirkung“ von Marx/Engels „einen wesentlichen Beitrag zur deutschen Revolution von 1848/1849 zuzuschreiben“, als „gescheitert“ (Conze/Groh 1966, S. 39). Maenchen-Helfen stellt 1955 fest: „Unser Marx ist ein genialer Karl Kautsky, ein anständiger Menschewik.“ Um es „mit einem Wort zu sagen: Eine kommunistische Biografie von Marx muß eine Lüge sein“ (Maenchen-Helfen 1955; zit. nach Herres 2018, S. 9f.).

Die in der Literatur festgeschriebene Fiktion, dass Marx/Engels die Führung des *Bundes der Gerechtigkeit* durch ihren „wissenschaftlichen“ Kommunismus stark beeinflusst und für ihre theoretischen Ansichten gewonnen hätten, bevor sie in diese Organisation eintraten, stellt die vorliegende Dissertation grundsätzlich infrage. Es soll gezeigt werden, dass diese Behauptungen entweder auf Unkenntnis der Fakten und Dokumente oder auf einer bewusst geplanten Entstellung beruhen. In der Realität waren vor, während und nach der Revolution von 1848/1849 nicht Marx/Engels, sondern Weitling, Gottschalk und Willich die Hauptakteure der kommunistischen Bewegung. Sie hatten einen weitaus größeren Einfluss auf die revolutionäre Arbeiterbewegung und entwickelten sich getrennt von Marx/Engels (Lattek 2006, S. 3ff.).

Richard Hunt zeigt in seiner zweibändigen Marx-Biografie überzeugend, dass Marx/Engels von den 1840er Jahren bis zum Ende ihres Lebens keine Kommunisten, sondern „tough-minded democrats“ waren (Hunt 1974, S. 16). Nach Hunt sei der „einzige Fehler von Marx/Engels“, dass sie ihren Liberalismus nicht öffentlich und offen zeigen konnten, was sie aber in ihrer privaten Korrespondenz zum Ausdruck brachten (ebd., S. 179). Doch das war m. E. keinesfalls ein Fehler von Marx/Engels, sondern das war ihre bewusste Strategie; denn sie mussten sich ja als „die anerkannten Vertreter“ deutscher Kommunisten (MEW 4, S. 24ff.) bezeichnen, um die bürgerliche Herrschaft unter dem Deckmantel des „wissenschaftlichen“ Kommunismus legitimieren und rechtfertigen zu können und um den revolutionären Kommunismus zu bekämpfen.

„Über den Bund ist schon viel gesprochen worden“, schreibt Martin Hundt in der Einleitung seiner über 800-seitigen *Geschichte des Bundes der Kommunisten* und behauptet, dass sein Werk „der erste Versuch einer allseitigen Darstellung“ der Geschichte des *Bundes der Kommunisten* gewesen sei (Hundt 1993, S. 13). Dagegen erhebt Alexander Brandenburg nicht

zu Unrecht den Einspruch, dass Hundt mit seinem „keineswegs“ gründlichen und „sehr selektiv“ ausgewerteten Werk „auf keinen Fall“ das letzte Wort zum *Bund der Kommunisten* geschrieben habe (Brandenburg 1995, S. 221).

Was also immer noch fehlt, ist eine Forschung, die die treibenden Kräfte der Arbeiterbewegung im von der vorliegenden Dissertation untersuchten Zeitraum zu begreifen sucht und auch jene bisher fehlende und bewusst außer Acht gelassene Seite des *Bundes der Kommunisten* darstellt. Denn die Geschichte des *Bundes* ist keine Geschichte der Rezeption des sogenannten „wissenschaftlichen“ Kommunismus und dessen Aufgehen in der Arbeiterbewegung.<sup>6</sup>

Das Anliegen meiner Dissertation behandelt daher eine interessante Fragestellung, nämlich die Fragestellung nach den Verhältnissen zwischen Marx/Engels und der deutschen Arbeiterführung um das Revolutionsjahr 1848. Diese Fragestellung wurde in der Forschung schon anklang, aber bisher nicht beleuchtet wurde. So leistet meine Arbeit zur Schließung dieser Forschungslücke einen Beitrag.

Im Gegensatz zu den Arbeiten, in denen ein positives Bild von Marx/Engels und dagegen ein gänzlich negatives Bild der Führung der deutschen Arbeiterbewegung gezeichnet werden, bewertet die vorliegende Arbeit die Verhältnisse zwischen der deutschen Arbeiterführung und Marx/Engels umfassend neu. Eine umfassende Neubewertung der Verhältnisse zwischen der deutschen Arbeiterführung und Marx/Engels ist deswegen notwendig, da eine Neubewertung auch neue Forschungsaspekte öffnen und neue wissenschaftliche Erkenntnisse beinhalten kann, um Wertvolles und Gründliches bezüglich der Theorie des Sozialismus aufzunehmen und Unwesentliches und Verfälschtes zu verwerfen.

Die vorliegende Arbeit verortet auch die im Konflikt stehenden Ansichten der Arbeiterführung und Marx/Engels in ihren spezifischen historischen Situationen, deren soziale und politische Hintergründe und Umfelde bei der Arbeit ebenfalls eine Berücksichtigung finden.

Die vorliegenden Untersuchungen fußen auf den überlieferten Dokumenten des *Bundes*, der reichhaltigen zeitgenössischen Publizistik, amtlichen und halbamtlichen Berichten, Briefen, Erinnerungen, Biografien und zeitgenössischer Literatur. Um die Gründe der Konflikte zwischen der Führung der deutschen Arbeiterbewegung und Marx/Engels verstehen zu können, werden bei dieser Arbeit nicht nur die Schriften und Briefe von Marx/Engels, die hauptsächlich

---

<sup>6</sup> Die vorliegende Arbeit sieht es nicht als ihre Aufgabe an, die allgemeine Geschichte des *Bundes der Kommunisten* zu untersuchen, sondern sie zielt darauf ab, die Kontroversen in den Verhältnissen zwischen der Führung der deutschen Arbeiterbewegung und Marx/Engels vor, während und nach der Revolution unter einem kritischen Blick zu analysieren.

im ausgewählten Zeitraum (1847–1852) geschrieben wurden, sondern die Dokumente und Schriften der Führung der deutschen Arbeiterbewegung in vollem Umfang in die Analyse einbezogen.

Die Zeitungen des *Kölner Arbeitervereins* von 1848/1849 und die von Weitling in den Jahren von 1850 bis 1855 in den USA herausgegebene Zeitschrift *Republik der Arbeiter*, die bisher merkwürdigerweise bei der Forschung fast kaum zu Rate gezogen wurden, obwohl in diesen Primärquellen wertvolle Hinweise über das Innenleben *des Bundes* und „viele Beweise für den Gegensatz und die Reibungen“ (Czobel 1928, S. 432) zwischen der Führung der revolutionären Arbeiterbewegung und Marx/Engels (Stein 1921, S. 88ff.) zu finden sind, werden in der vorliegenden Dissertation in die Analyse einbezogen.

Auch einige Teile aus der 2012 eingereichten Diplomarbeit „*Der Ausschluss Wilhelm Weitlings aus dem Kommunistischen Korrespondenzkomitee*“, in der ich die Konflikte zwischen Weitling und Marx im Jahr 1846 untersuchte, wurden in der Dissertation zitiert und in die Arbeit mit einbezogen, um die Kontinuität der politisch/theoretischen Antagonismen und Konflikte zwischen der Führung der deutschen Arbeiterbewegung und Marx/Engels aufzuweisen.

#### **4. Gliederung, Methode und Vorgehensweise der Arbeit**

##### **4.1. Gliederung der Arbeit**

In der vorliegenden Dissertation werden die Konflikte zwischen der Führung der revolutionären Arbeiterbewegung und Marx/Engels vor, während und nach der Revolution von 1848/1849 in drei Hauptteilen (A, B und C) untersucht. Der Hauptteil A, in dem die Konflikte vor der Revolution von 1848/1849 untersucht werden, besteht aus 7 Kapiteln. Der Hauptteil B, in dem die Konflikte während der Revolution behandelt werden, und der gleichzeitig auch den Schwerpunkt der Arbeit bildet, besteht aus 10 Kapiteln. Der letzte Hauptteil C, in dem die Konflikte nach der Revolution von 1848/1849 erforscht werden, besteht aus 5 Kapiteln. Am Anfang jedes Kapitels wird eine kurze Einführung in die behandelten Fragen in dem jeweiligen Kapitel gegeben. In der Arbeit werden die Konflikte zwischen der Arbeiterführung und Marx/Engels in der zeitlichen Reihenfolge dargelegt.

##### **4.2. Methode der Arbeit**

Um zu analysieren, wie und warum die Konflikte zwischen der Führung der deutschen Arbeiterbewegung und Marx/Engels entstanden sind, müssen im Forschungsprozess auch die sozial/politischen Bewegungen des damaligen Europas und Deutschlands, in denen die Konflikte stattfanden, erkannt werden. Denn jedes Phänomen kann nur in Bezug auf andere

Phänomene verstanden werden. Hier sind das Erkennen und Erstellen der Zusammenhänge für die Analyse des Gegenstands einer wissenschaftlichen Arbeit von entscheidender Bedeutung.

Bei der Analyse der Konflikte zwischen der Arbeiterführung und Marx/Engels werden auch der soziale und politische Hintergrund und das Umfeld, in dem die Konflikte stattfanden, berücksichtigt. Denn es geht hier nicht nur um die Konflikte der Ideen der Theoretiker, sondern auch um die Standpunkte der Theoretiker zu den sozialen Kämpfen der Zeit. Der Blick der Dissertation richtet sich demgemäß nicht nur auf die Kontroversen zwischen den Ideen von Marx/Engels und die der revolutionären Kommunisten, sondern auch auf ihre Standpunkte zu den sozialen Bewegungen und Klassen der damaligen Zeit.

Es ist wichtig, theoretische und politische Konflikte in ihren zeitgenössischen Kontext einzuordnen und mit ihren Hintergründen zu lesen und zu analysieren. Wie der britische Historiker und Politikwissenschaftler Quentin Skinner betont, muss nicht nur nach dem, was Theoretiker schreiben, sondern auch danach, warum sie dies schreiben, gefragt werden (Skinner 2017, S. 61). Denn ohne dies zu berücksichtigen, bleibt die Analyse des Untersuchungsgegenstandes unzureichend. Die vorliegende Arbeit bevorzugt daher bei der Analyse der Konflikte zwischen der Arbeiterführung und Marx/Engels die kontextbezogene Methode von Skinner. Denn Skinner hebt insbesondere die Zusammenhänge des von Historikern untersuchten Zeitraums hervor. Mit Zusammenhängen meint er das „political life“, das die politischen Probleme und Fragen aufwerfe, auf die Theoretiker derzeit zu antworten suchten. Nach Skinner müsse dieses „political life“ als die „ideological superstructure“ der Texte untersucht werden (Skinner 1978, S. Xf.).

Im Gegensatz zur klassischen politischen Ideengeschichte, die die Ideengeschichte als eine recht unhistorische, zeitlose Auseinandersetzung mit den ewigen Fragen betrachtet, ist Skinner der Meinung, dass man Ideengeschichte stets in spezifischen historischen Situationen verorten und danach versuchen müsse, über die Gedanken vergangener Akteure nachzudenken, um sich ihre Absichten zu vergegenwärtigen. Um seinen Standpunkt zu verallgemeinern, schlägt Skinner vor, dass sich der Vorgang einer Interpretation oder Analyse nicht ausschließlich auf das konzentriere, „was Menschen sagen“, sondern nachdrücklicher auf das, „was sie tun, was ihre grundlegenden Absichten waren, als sie sagten, was sie sagten“ (Skinner 2017, S. 61). „Der Kern meiner Methode besteht in dem Versuch“, so fasste er es 1996 in seiner großen *Studie Reason and Rhetoric in the Philosophy of Hobbes* in einem Satz zusammen, „historische Texte so innerhalb von Kontexten zu verorten, daß wir in der Lage sind, genau zu bestimmen, was ihre Autoren taten, als sie diese schrieben“ (Skinner 2007, S. 80).



Nach Skinner sollten theoretische Schriften nicht als überzeitliche Betrachtungen angenommen werden, sondern als Objekte, die zu einer bestimmten Zeit, für ein bestimmtes Publikum, vor dem Hintergrund bestimmter Probleme geschaffen wurden. Er bettet das politische Denken der Theoretiker in den Zusammenhang des politischen Lebens und Handelns einer Gesellschaft ein, in der diese ihre Theorien schaffen. Denn es gibt keine Theorie, die von Zeit und Raum unabhängig ist. Er untersucht dabei insbesondere die Umbrüche und Veränderungen der Gesellschaft in Krisenzeiten, in denen Theoretiker ihr politisches Denken bildeten.

Genau in diesem Punkt gewinnt die Sprache der Theoretiker an Bedeutung. So konzentriert sich Skinner hauptsächlich auf die Sprache der theoretischen Texte, die in Krisenzeiten geschrieben wurden. Diese Texte wurden laut Skinner entweder für die Legitimierung und Rechtfertigung der bestehenden Gesellschaft oder Modifizierung und Veränderung der Gesellschaft geschrieben. Nach Skinner sind „Begriffe“ also „Werkzeuge“ oder sogar Waffen in der ideologischen Auseinandersetzung, um die Veränderung oder Legitimierung der politisch-sozialen Wirklichkeit zu verstehen (Skinner 1985, S. 55).

Die vorliegende Arbeit schließt sich hier an Skinner und stellt die These auf, dass Marx/Engels in dem von dieser Arbeit untersuchten Zeitraum politisch/theoretische Texte schrieben, um die auf dem Privateigentum beruhende bürgerliche Gesellschaft als einzig mögliche Alternative in Deutschland zu legitimieren und zu rechtfertigen, während die Theoretiker der Arbeiterführung politisch/theoretische Texte für eine Neugestaltung und Umwandlung der politischen und sozialen Grundlagen und Einrichtungen der Gesellschaft zugunsten der arbeitenden Klassen und Besitzlosen schrieben.

Dem hervorragenden Theoretiker des revolutionären Kommunismus Wilhelm Weitling war das Problem bewusst. Ihm war bewusst, dass „das Bewusstsein sehr viel mit der Sprache“ zu tun hat (Knatz 1991, S. 30f.). So drückte er fast 180 Jahre vor Skinner die Bedeutung der politischen Sprache aus. Schon 1841 spricht Weitling in der Zeitschrift *Hülferuf* von Männern „der bezahlten Weisheit“, von den „Herren des Geldes, des Papierses und der Gewalt“, denen die Wissenschaften nur dazu dienen, „Irrthum und Vorurtheil unter den Massen zu verbreiten“ (Hülferuf 1841, S. 62). „Die Aufopferung für das Vaterland, die Pflicht der Vertheidigung desselben, die Nationalität sind keine ewigen Wahrheiten“, schreibt er 1843 in seinem Werk *Das Evangelium der armen Sünder* (Weitling 1971, S. 97).

Um zu verhindern, dass bürgerliche Gelehrten sich an die Spitze der Arbeiterbewegung setzen, begann er 1843 im Züricher Gefängnis mit seinem umfangreichen Werk *Grundzüge einer allgemeinen Denk- und Sprachlehre* und setzte es 1845 in London fort (Weitling 1991, S. 58ff.).

Knatz/Marsiske betrachten Weitlings Werk der *Denk- und Sprachlehre*, in dem Weitling sich mit „Wahrnehmungsphysiologie und erkenntnistheoretischen Fragen“ beschäftigte, „als sein philosophisches Hauptwerk“ (Knatz/Marsiske 1984, S. 91).

Da der „Ausgangspunkt einer politischen Theorie [...] immer das Anliegen, eine bestimmte, fraglich gewordene gesellschaftliche Praxis, Situation oder Überzeugung [...] zu kritisieren, zu modifizieren oder zu rechtfertigen“ ist (Rosa 1994, S. 209), weist Weitling im Vorwort seines Werkes *Grundzüge einer allgemeinen Denk- und Sprachlehre* auf den sozial und politisch motivierten Ausgangspunkt seiner Beschäftigung mit der Sprache und mit dem Denken auf und hebt nachdrücklich hervor, dass seine Beschäftigung mit der Sprache nicht fachwissenschaftlicher, sondern politischer Natur ist. Weitling wollte nämlich verhindern, dass „Nebelphilosophen“, „Demagogen“ und „Sophisten“<sup>7</sup>, die der Sache der arbeitenden Klassen und Besitzlosen nicht mit dem Herzen zugetan sind, sich an die Spitze der Arbeiterbewegung stellen (Weitling 1991, S. 58ff.).

Nach Weitling zeigen sich „die Begriffsverwirrungen“ am verwickeltesten „bei allen spekulativen Ideen, welche eine Erkennung des Menschlichen Wesens und eine Reform der gesellschaftlichen Organisation bezwecken“:

Alles, was auf diesem Wege geschehen ist, wurde teils durch sich selbst, teils durch die Gegensätze anderer in ein unabsehbares Labyrinth geworfen, in welchen sich zurecht zu finden für den Wahrheitsforscher keine kleine Aufgabe ist (ebd., S. 63).

Weitling gibt die Begriffe „Freiheit, Gleichheit, Vernunft, Geist, Seele, Tugend, Laster, gut, böse“ als Beispiele, um zu zeigen, welche „Konfusion“ ausnahmslos über diese Begriffe herrscht. Mittels der Anwendung solcher „dunklen Begriffe“ können „Intrige und Sophistik“ selbst unter den Parteigängern geschaffen werden: „Kleide man Lügen, Sophistik und Intrigen nur in schöne, dem Geschmack der Vorurteile zusagende Phrasen, so ist man immer der Täuschung eines großen Teils seiner Leser oder Zuhörer gewiß“ (ebd., S. 65).

Nicht nur unter dem Volk, sondern auch unter den „hervorleuchtenden Philosophen, *unter den berühmtesten Philosophen*“ herrsche „die befremdendste Verwirrung“. Auch nicht allein in der metaphysischen Philosophie wimmele es von Begriffsverwirrungen, man könne sagen, in allen Schriften wimmele es davon, deren „Inhalt eine Erkennung des menschlichen Wesens, eine Kritik oder eine Reform der Gesellschaft“ bezwecke. Ideen, wie die kommunistische Lehre, die

---

<sup>7</sup> Sophisten sind Vertreter einer Gruppe griechischer Philosophen und Rhetoren des 5. bis 4. Jahrhunderts v. Chr., die als berufsmäßige Wanderlehrer Kenntnisse besonders in der Kunst des Streitgesprächs verbreiteten. Kommunisten und demokratische Republikaner, verwendeten diesen Begriff abwertend und bezeichneten Marx als ein „Sophist“ (Heinzen 1848, S. 89).

nach „Anerkennung“ und „Verwirklichung“ streben, sind daher „mit einer Menge Begriffsverwirrungen zu kämpfen“ (ebd., S. 63f.). Dazu gibt Weitling ein erklärendes Beispiel und bezieht sich dabei auf seinen Konflikt mit Marx im Jahr 1846 in Brüssel:

Ich stritt mich einst mit einem zu den Koryphäen zählenden Philosophen um den Wert von Systemen herum. Dieser verwarf durchweg alle Systeme und alles Systememachen. Ungeduldig über den langen fruchtlosen Wortstreit fragte ich ihn endlich, was er denn eigentlich unter System verstehe. Nach einer Zögerung von einigen Sekunden antwortete er: *‚Etwas, das immer fortdauern soll‘*. Ich erwiderte ihm darauf, daß ich darunter nicht verstehe, daß seiner Erklärung nach das ja auch die *Ewigkeit*, der *unendliche Raum* und die *unsterbliche Seele* sein könne, daß ich aber diese Begriffe mit System nicht klassifizieren könne; ich aber versteh unter System *eine Ordnung von Gedanken, geordnet zu dem Zweck, dadurch eine Idee leicht faßlich und verständlich zu machen* (ebd., 66f.).<sup>8</sup>

Durch die „gegebene Erklärung“ von Weitling habe die „Oppositionslust“ des Mannes „den Boden“ verloren (ebd.). „Das Factum“ war für Weitling, so schrieb er in einem Brief vom 16. Mai 1846 an Hermann Kriege über seinen Konflikt mit Marx, dass der mit Marx/Engels in Korrespondenz stehende „Knäuel“ der Bourgeoisie sich „mit M[arx] und E[ngels]“, die sich als „kommunistisch“ vorgaben, gegen revolutionäre Kommunisten wandte (Seidel-Höppner 2014, S. 955).

### 4.3. Auswahlgründe des Untersuchungszeitraums

Der Fokus der Arbeit richtet sich auf die Krisenzeiten der Geschichte in Deutschland und Europa, in denen die Konflikte zwischen der deutschen Arbeiterführung und Marx/Engels stattfinden. Nach Joho betrachtet Weitling die Krisenzeiten in der Geschichte als „Knotenpunkte“ und „Eruptionen“, die sie „mit einem Ruck um ein großes Stück vorwärtsstoßen“ (Joho 1932, S. 107). Tatsächlich hat die Kampfgeschichte der arbeitenden Klassen und Besitzlosen mehrmals bewiesen, dass versteinerte gesellschaftliche Verhältnisse in der Regel nur an diesen Knotenpunkten durch Revolutionen gelockert und in Bewegung

---

<sup>8</sup> Engels behauptete Jahrzehnte später in einem Brief an Bebel vom 26. Oktober 1888, dass Weitling 1846 „seine utopistischen Systemausarbeitungen und sonstigen großen Werke“ publizieren wolle, was Marx und er selbst „grade in dem Augenblick kritisieren und bekämpfen mußten“ (MEW 37, S. 118). Weitling schrieb dagegen, dass 1846 in Brüssel „die Systemgegner gerade die großartigste Systemarbeit in wohlbezahlten Übersetzungen“ vornahmen (BdK 1, S. 308), während sie das Publizieren seiner Systemarbeiten zu verhindern suchten. Schon 1845 schrieb Weitling in einem Artikel in der *Jungen Generation*, was er mit dem System meinte: „Wir müssen also Systeme haben, um uns und andern anschaulich zu machen, was wir wollen, und daß das, was wir wollen, möglich ist. Ohne das können wir keine Propaganda machen, können nicht überzeugen, und ohne das werden wir nicht fähig im Augenblicke zu beurteilen, welchen Nachteil oder Vorteil unsere Sache von plötzlich eintretenden Verhältnissen haben kann“ (Weitling 1967, S. 377). Deshalb sollten nach Weitling in der Sprache Begriffe in eine „gut geordnete Klassifikation“ gebracht werden (Weitling 1991, S. 70). Kommunisten könnten dadurch in den politischen Diskussionen mit ihren Gegnern Gehör und Geltung für ihre Sache verschaffen.

gesetzt werden. Die arbeitenden Klassen können in diesen entscheidenden Knotenpunkten der Geschichte, nämlich in Revolutionen oder in Kriegen, die bestehende unterdrückerische und ausbeuterische Ordnung ins Wanken bringen. Sie können nur „in Revolutionen“ den Mut fassen, wie Marx wissend und warnend über den „Pöbel“ schrieb, gegen ihre Unterdrücker „frech“ zu werden und anzugreifen (MEW 4, S. 352).

Weitling betont 1842 in den *Garantien der Freiheit und Harmonie* die entscheidende Rolle der Krisenzeiten, nämlich die Revolutionen und Kriege wie folgt:

Durch Krieg und Revolution wurden die Religionen verbreitet; durch Krieg und Revolution wechselten sich die Dynastien; durch Krieg und Revolution erzwang man die Anerkennung der Kirchenreformation (Weitling 1842, S. 230).

„In den Zeiten der Ruhe“, schreibt er, „laßt uns lehren und in den Zeiten des Sturms handeln“ (ebd., S. 239). Denn in langdauernden gesellschaftlichen „Normalphasen“ schlummern arbeitende Klassen und Besitzlose. Sie wachen nur in Knotenpunkten der Geschichte auf, an denen die revolutionären Akten der Besitzlosen eine entscheidende Rolle spielen. Die Jahre von 1524/1525, in denen die sozialen Bestrebungen der Bauern besonders in der ersten Phase ausschlaggebend waren, betrachtet Weitling als einen der solchen „Knotenpunkte“ der Geschichte (Joho 1932, S. 107). Im 16. Jahrhundert war, schreibt er schon 1838 in seinem ersten Werk *Die Menschheit wie sie ist und wie sie sein sollte*, „der politische Horizont Deutschlands mit wichtigen Begebenheiten schwanger“ (Weitling 1845a, S. 52). Über die Rolle von Thomas Münzer (1489–1525) und vom Bauernkrieg in diesem Knotenpunkt schreibt er Folgendes:

Thomas Münzer, ein evangelischer Prediger in Sachsen, lehrte Gütergemeinschaft, vertrieb die Reichen aus den Städten und verschaffte sich großen Anhang. [...] Der Schneider Johann von Leiden führte in derselben Zeit zu Münster in Westphalen ebenfalls die Gütergemeinschaft ein, vertrieb die Reichen aus der Stadt [...]. In demselben Jahrhundert wütheten in Schwaben, Franken und Oesterreich Heere aufrührischer Bauern, durch den Uebermuth der Priester und Großen aufgereizt, gegen ihre Tyrannen, deren Klöster, Schlösser und Burgen sie verbrannten (ebd., S. 52f.).

„Diese Beispiele beweisen indeß“, schlussfolgerte er, „welchen elektrischen Zauber die Lehre der Gütergemeinschaft schon damals, trotz der Unvollkommenheit, mit der man sie lehrte, auf die Massen ausübte“ (ebd.).

Weitling vergisst nicht Martin Luther, der „zur selbigen Zeit“ für die Rechtfertigung und Legitimierung des Systems der Herrschenden arbeitete. Luther eiferte zwar „gegen die Missbräuche und Anmaßungen des Papstes und der Priester“, sah aber nicht allein „der

Tyrannie der Großen“ durch die Finger, sondern munterte sie auf und unterstützte sie.“ Luther gab nämlich „den Fürsten den Rath, die aufrührerischen Bauern wie das Vieh zu erschlagen“. So wurde der Bauernkrieg durch die Fürsten unterdrückt und „die Reformation durchzuckte damals wie ein milder Lichtstrahl die finstere Welt“. Das Volk „blickte scheu um sich, um den Eingang des neuen Paradieses zu erspähen; aber es sah nur Schwerter und Kronen, deren blutiger Schimmer seine Augen schmerzte“. Und seine „Wimpern senkten sich wieder zu neuem Schläfe“:

Armes betrogenes aber gutmüthiges Volk! – Schläfe fort bis dich die Trompeten und Sturmglocken zum jüngsten Gericht rufen. Dann kehre sie weg, die Männer von Wittenberg und Rom, die den Thronen und Geldsäcken, zum Hohn deiner Blöße, das Wort reden (ebd., S. 53f.).

Die letzte Reformation durchzuckte damals „wie ein milder Lichtstrahl die finstere Welt“ und die „Wimpern“ des armen Volkes senkten sich wieder zu neuem Schläfe. Doch „[a]ller Herzen schlagen ungeduldig den nächsten Ereignissen entgegen“, schrieb Weitling zum Schluss (ebd., S. 54). Mit „den nächsten Ereignissen“ meinte er wohl den nächsten Knotenpunkt der Geschichte. Wie die Reformationszeit betrachtet Weitling die 30er und 40er Jahre des 19. Jahrhunderts als einen Knotenpunkt der Geschichte. Da auch die vorliegende Arbeit die Revolutionsjahre von 1848/1849 als einen Knotenpunkt der Geschichte betrachtet, wählt sie den Zeitraum von 1847 bis 1852 als Untersuchungszeitraum aus.

#### **4.4. Auswahlgründe des Untersuchungsgegenstands**

Es muss gegen erstarrte Denkweisen einen Kampf geben, denn nicht nur Organisationen und Kampfformen, sondern auch Theorien sind Werkzeuge. Theorien, wenn sie über einen längeren Zeitraum nicht erfolgreich sind, müssen durch aussagekräftige Theorien ersetzt werden. Das ist m.E. wahre Wissenschaft. Der Rest ist reiner Glaube. Dies gilt insbesondere für sogenannte „wissenschaftliche“ Revolutionstheorie von Marx/Engels.

Bekanntlich behaupten Marx/Engels, dass sich der Klassenantagonismus in den industriell entwickelten Ländern aufgrund der Produktionsverhältnisse mit historischer Notwendigkeit verschärfen und in eine „kommunistische Revolution“ übergehen müsse. Nach Marx/Engels werde „[d]ie kommunistische Revolution [...] eine in allen zivilisierten Ländern, d.h. wenigstens in England, Amerika, Frankreich und Deutschland gleichzeitig vor sich gehende Revolution sein“ (MEW 4, S. 374). Es hat jedoch bisher nie solche Revolution gegeben und es wird auch nie eine solche Revolution geben. Im Gegensatz zu ihren bloßen Behauptungen fanden die Revolutionen im 20. Jahrhundert doch nicht in den industriell fortgeschrittenen, sondern in den halbfeudalen Ländern statt.

Marx/Engels setzen ihre Sozialismustheorie mit der Gewissheit der Naturwissenschaften gleich. Für sie ist eine „Revolution“ nur „ein reines Naturphänomen“, das „nach physikalischen Gesetzen“ geleitet werde (MEW 27, S. 190). Die Verwirklichung der Revolution, der Umsturz des Kapitalismus und der Übergang zur kommunistischen Gesellschaft wurden von ihnen als obligatorische Notwendigkeit vorgegeben. Das Proletariat werde sich den Gesetzen der Geschichte entsprechend langsam in diese Richtung bewegen; kommunistische Gesellschaft sei unvermeidlich. Das Proletariat brauche keine Führung, keinen Willen und keine Organisation. Allein die Gesetze der Geschichte würden den Arbeitern das Paradies schenken.

Doch Marx/Engels und ihre Sozialismustheorie sind selbst unter das Rad der Geschichte gefallen. Es gilt als sehr unwahrscheinlich, dass die Revolutionstheorie von Marx/Engels eine Zukunft hat. Diese Theorie hat mittlerweile für arbeitende Klassen und Besitzlosen ganz und gar nichts zu sagen. Die Sozialismustheorie von Marx/Engels fügte m.E. der sozialistischen Bewegung großen Schaden zu. Denn es hat u.a. die Menschen in unterschiedlichem Maße zum passiven Warten auf den Sozialismus veranlasst.

Marx/Engels versuchten in ihrem *Manifest* die Bourgeoisie als „höchst revolutionär“ vorzugeben (MEW 4, S. 464), obwohl die Bourgeoisie in damaliger Zeit „reaktionärer, aggressiverer und imperialistischer als der Feudalismus“ (Khella 1995, S. 125) und daher, wie die deutsche Arbeiterführung 1848 feststellte, die „gefährlichste von Allen“ war (ZAV 1848, S. 79f.).

Die Bezeichnung der Bourgeoisie als „höchst revolutionär“ hatte nicht nur in Deutschland, sondern später auch insbesondere in anderen Ländern der Welt verheerende Konsequenzen. Beispielsweise fand 1925 im vom türkischen Staat besetzten Teil Kurdistans ein Aufstand statt. Der kurdische Aufstand wurde vom türkischen Staat niedergeschlagen. Dabei wurden 33 Führer des Aufstandes hingerichtet, tausende kurdische Bauern ermordet und Zehntausende in den westlichen Teil der Türkei deportiert. Dieser Aufstand wurde sowohl vom türkischen Regime als auch von Marxisten wie beispielsweise der *Kommunistischen Partei der Türkei* (TKP) sowie von der *Dritten Internationale* als „rückständig“ etikettiert (Bruinessen 2003, S. 389ff.). Dagegen hielten sie den türkischen Staat, der diesen Aufstand blutig niederschlug, als Vertreter der Bourgeoisie für „revolutionär“ und „fortschrittlich“ (Tunçay 1989, S. 85). Die theoretischen Wurzeln dieser politischen Haltung sind m. E. auf Marx/Engels zurückzuführen, die die Bourgeoisie 1848 in ihrem *Manifest* als „höchst revolutionär“ begrüßen.

Marx/Engels klassifizieren Gesellschaften nach dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte. Was sie unter der Entwicklung der Produktivkräfte verstehen, ist im Wesentlichen technische

Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft. Sie stellen dann die These von der Gleichzeitigkeit der Revolution in den kapitalistisch fortgeschrittenen Ländern auf. Nach Marx, wie er in der *Deutschen Ideologie* schreibt, sei eine proletarische Revolution nur in einer weit entwickelten Phase des Kapitalismus als die Tat des Industrieproletariats auf einmal und gleichzeitig möglich, „was die universelle Entwicklung der Produktivkraft und den mit ihm zusammenhängenden Weltverkehr voraussetzt“ (MEW 3, S. 35). So macht er schon 1845 die Revolution des Proletariats von einem hohen Entwicklungsstand der kapitalistischen Produktivkräfte, die einen langen Prozess benötige, abhängig.

Die Behauptung von Marx/Engels, eine Revolution setze unbedingt kapitalistische Entwicklung eines Landes voraus und breche erst in den ökonomisch fortgeschrittenen Ländern Westeuropas gleichzeitig aus, ist eine absichtlich gestellte „gezwungene Antithese“ gegen die These der revolutionären Kommunisten (RdA 1854, S. 108), die die Entwicklung der Produktivkräfte und eine weit entwickelte Phase des Kapitalismus für die Revolution der arbeitenden Klassen und Besitzlosen nicht voraussetzen. Sowohl die revolutionären Kommunisten damaliger Zeit als auch die politische Praxis des ganzen vergangenen 20. Jahrhunderts haben Marx/Engels eindeutig widerlegt. Nach Marx/Engels' Revolutionstheorie hätte es im 20. Jahrhundert keine sozialistische Revolution geben dürfen, aber es gab sie. Auch die Revolutionen fanden nicht in höchst entwickelten kapitalistischen Ländern statt, wie Marx/Engels behaupteten, sondern in relativ unentwickelten Ländern, wie in Russland und China.

Die wissenschaftliche Qualität der Thesen über das Proletariat im *Manifest* mussten sogar einige Marxisten bezweifeln. Sie mussten feststellen, dass die „theoretische Überlegenheit des Wissenschaftlichen Sozialismus“ in der Revolution von 1848/1849 praktisch/politisch nicht wirksam wurde (Knatz 1984, S. 40). Die sogenannte „theoretische Überlegenheit“ des „wissenschaftlichen“ Kommunismus zeigte auch später nirgendwo seine politische Wirksamkeit. Die Diagnose von Marx/Engels, das Proletariat werde mit Notwendigkeit ein revolutionäres Bewusstsein entwickeln, ist „keine wissenschaftliche Prognose, sondern eine völlig unbegründete Prophezeiung“ (Kolakowski 1977, S. 422). Dieses Urteil kann ebenfalls auf die historische Sendung des Proletariats, auf die Deutung der Revolution als Folge des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen usw. zutreffen.

Weitlings revolutionäre Propaganda ist hingegen von vornherein durch die gegenseitige Bedingtheit von theoretischen Ideen und praktischen Verwirklichungen gekennzeichnet. Er hatte nämlich den Mut, seine politischen Forderungen der Probe der Wirklichkeit auszusetzen,

und in der Verwirklichung fand er das Feld, auf dem er seine Revolutionstheorie gegebenenfalls modifizieren und vervollkommen konnte. „Mehr denn je“, schreibt Seidel-Höppner, „sondiert er die Gültigkeit einer Theorie an den unter vorgefundenen Verhältnissen geronnenen praktischen Erfahrungen“ (Seidel-Höppner 2014, S. 1469).

„Ein ganzes Menschenalter bevor in Russland erstmals Kommunisten die Staatsmacht eroberten“ (Marsiske 1997, S. 24), schreibt Marsiske in diesem Sinne, stellte sich Weitling, nachdem der Versuch der Kommunisten der *Kolonie Communia* in der Mitte des 19. Jahrhunderts gescheitert war, in seinem Artikel *Vorbild und Wirklichkeit* in der Zeitschrift *RdA* vom 24. Juni 1854 die Schwierigkeiten vor, mit denen die Kommunisten bei dem Aufbau des Sozialismus in einem Land konfrontiert sein müssten:

Ein socialistisch organisirter und unter den andern Staaten isolirt dastehender Staat würde enorme Ausgaben für seine Vertheidigung gegen etwaige Uebergriffe der Nachbarstaaten nöthig machen. Derselbe könnte nicht ohne die Gefahren und Kosten einer stehenden Armee und – wenn er vom Meere begrenzt ist – nicht ohne eine bedeutende Kriegsflotte bestehen. Er müßte entweder die Nachbarstaaten seiner Organisation unterwerfen können oder sich so einschränken und einrichten, daß diese ihn duldeten. Derselbe könnte seine socialistischen Ausgleichungsmaßregeln nicht auf den ganzen Handel ausdehnen. Er würde sich Transaktionen in der Ausfuhr und Einfuhr unterwerfen müssen, welche einen, nach gerechten, gleichen Grundsätzen geregelten Austausch im Innern stören. Die Eigenthumsrechte der Außenwelt würden auf seine innere Organisation mit einwirken und zu störenden Modifikationen Anlaß geben (RdA 1854, S. 201f.).

Die Probleme des Aufbaus des Sozialismus in einem Land schilderte Weitling „hellseherisch bis in die Einzelheiten“ und fasste seine Gedanken darüber zusammen (Seidel-Höppner 2014, S. 1470):

Die bedeutenden Kosten stehender Heere, einer Flotte, der Bau und die Erhaltung von Festungen, eine Armee von Grenzjägern und Mauthbeamten blieben doch hier auf Seite eines isolirt dastehenden, socialistischen Staates, sowie die dadurch leichter erregte und genährte Unzufriedenheit des Volkes. Nebenher noch die Gefahren eines solchen Zustandes für die jungen Freiheiten und Institutionen des Landes und die stete Aussicht nach Innen und nach Außen mit den angedeuteten ökonomischen Reformen einen Friedensbruch herbeizuführen (RdA 1854, S. 202).

Die „Klarheit und Weitsicht“ von Weitlings Analyse, stellt Marsiske fest, sucht „nicht nur unter seinen Zeitgenossen ihresgleichen“. Die Erfahrungen mit einer nur wenige Dutzend Mitglieder umfassenden kommunistischen Kolonie in den USA führten Weitling zu „Schlussfolgerungen,



die sich erst viele Jahrzehnte später in größerem Maßstab bestätigen sollten“ (Marsiske 1997, S. 24).

Mir ist bewusst, dass bisher im Gang der Ideengeschichte meistens nicht die besten oder überzeugendsten Ideen, sondern die Ideen, die die tatkräftige Unterstützung der Herrschenden bekommen hatten, durchsetzen konnten. Der durch konkrete historische Widerstandskämpfe geprägte Charakter des politischen Denkens des revolutionären Kommunismus wurde nach der Niederschlagung der Kommune im Jahr 1871 von Herrschenden und von dem sich als „Sozialdemokratie“ bezeichneten Marxismus in Europa gänzlich unterdrückt und verdrängt. „Im Lauf von drei Jahrzehnten“ gelang es dem Marxismus, den Namen des Vertreters des revolutionären Kommunismus, nämlich den Namen Blanquis, mit Walter Benjamin gesprochen, „fast auszulöschen, dessen Erzklang das vorige Jahrhundert erschüttert hat“ (Benjamin 1980, S. 700). Das Gleiche gilt auch für Weitling, der einer der „klügsten Köpfe und begabtesten Führer“ des revolutionären Kommunismus im 19. Jahrhundert war (Marsiske 1997, S. 24). Seine „emanzipatorisch bis militant revolutionäre Schriften gehören neu entdeckt zu werden“ (Khella 1995, S. 95). Die vorliegende Dissertation sieht daher ihre Aufgabe darin, an den Rand gedrängte und unterdrückte Thesen des revolutionären Kommunismus ans Tageslicht zu tragen, die möglicherweise interessante und zukunftsweisende Ideen und Vorschläge zur Lösung der gegenwärtigen Probleme der kommunistischen Lehre enthalten können.

## **II. Vorgeschichte der Konflikte zwischen der deutschen Arbeiterführung und Marx/Engels**

Um die Kontinuität der politisch/theoretischen Gegensätze zwischen der Führung der deutschen Arbeiterbewegung und Marx/Engels darzulegen, geht die Arbeit im Kapitel II auf die Vorgeschichte der Konflikte der deutschen Arbeiterbewegung mit Marx/Engels ein. So werden in diesem Kapitel zuerst die theoretischen, politischen und organisatorischen Arbeiten von Weitling im Zeitraum von 1838–1845 und die politischen Standpunkte von Marx/Engels in demselben Zeitraum in einem Vergleich geschildert und analysiert. Hier wird gezeigt, dass der revolutionäre Kommunist Weitling in diesem Zeitraum als Theoretiker und Organisator der gesamten deutschen Arbeiterbewegung den Herrschenden ein Dorn im Auge war, während Marx bei der bürgerlichen *Rheinischen Zeitung* als Hauptredaktor tätig war und dort einen antikommunistischen Standpunkt vertrat.

Im Folgenden werden die staatgefundenen ersten politischen Strategiediskussionen über Revolution im *Bund der Gerechtigkeit* behandelt. Hier werden insbesondere zwei politische Linien, die in den im Jahr 1845 geführten Debatten zwischen Weitling und Schapper im *Bund*

*der Gerechtigkeit* erschienen, in Vergleich gesetzt und analysiert. Hier wird dargelegt, dass Weitling die arbeitenden Klassen und Besitzlosen durch ihre eigenen revolutionären Tätigkeiten zu erziehen und auf die Revolution vorzubereiten bezweckte, während Schapper durch lang angelegte friedliche Propaganda und Aufklärung der arbeitenden Klassen den Weg zum Kommunismus bahnen wollte. Das Kapitel II setzt sich ebenfalls mit dem Standpunkt von Marx/Engels zu den Strategiediskussionen zwischen Weitling und Schapper und ihrer Hilfeleistung zu Schappers Reformismus auseinander.

### **1. 1838–1842: Politische Debatten unter deutschen Arbeitern im Ausland**

Gleich nach seiner Machtergreifung im Jahr 1830 begann das französische Bürgerkönigtum im Kampf gegen die Bewegungen der arbeitenden Klassen und Besitzlosen, die in den Arbeiteraufständen von 1830 blutig eroberten Freiheiten durch Arbeitsbuchzwang, Koalitionsverbot, Zensur und Einschränkung der Pressefreiheit und Drosselung des Vereinsrechts abzubauen.

Aus den Arbeiteraufständen von 1830 zog nicht nur der deutsche Bankier David Hansemann, sondern auch der französische Kommunistenführer Louis-Auguste Blanqui (1805–1881) Bilanz. Nach Blanqui habe das Volk 1830 das größte Opfer gebracht, aber sei leer ausgegangen, da Bourgeoisie und Finanzaristokratie seinen Sieg für ihre Interessen ausnutzten. Trotz alledem war nach Blanqui im Juli 1830 jedoch etwas Bedeutendes geschehen, was die Herrschenden, wie David Hansemann, in Angst und Schrecken versetzte. Was 1830 geschehen war, beschrieb Blanqui wie folgt:

Das Volk ist plötzlich wie mit einem Donnerschlag auf die politische Bühne getreten, hat sie im Sturm erobert, und obwohl es augenblicklich wieder verjagt wurde, hat es sich nicht unterworfen, sondern vielmehr seine Demission widerrufen. Zwischen Volk und Mittelklasse begann ein erbitterter Krieg. Nicht mehr die oberen Klassen und die Bourgeoisie kämpften gegeneinander. Diese mußte sogar die ehemaligen Feinde zu Hilfe rufen, um besser standhalten zu können (Blanqui 1832; zit. nach Bravo 1971, S. 255).

Das „Volk“ hatte in der Revolution von 1830 „seine Unterdrücker erkannt“; sein „Ressentiment“ hatte sich verändert und veränderte sich weiter bis hin zur „Revolte“ (ebd.). Diese eintretende Erwachung über den etablierten Kapitalismus brachte Arbeiter zum Kommunismus, der „seit den Tagen der Taboriten und Thomas Münzers“ (Ball 1919, S. 128) und seit der Ermordung des französischen Kommunisten François Noël Babeuf (1760–1797) in Europa verloren war. Babeuf hatte den wiederentdeckten Kommunismus und die Revolution „eng miteinander“ verbunden (Bravo 1971, S. 249). Nach seiner Ermordung im Jahr 1797

herrschte jahrelang eine Grabesstille unter den arbeitenden Klassen und Besitzlosen in Europa. Erst durch die Julirevolution von 1830 in Frankreich wurde die nach der Ermordung des französischen Kommunisten Babeuf begonnene und mehr als 30 Jahre andauernde Grabesstille gebrochen. So begann der revolutionäre Kommunismus in Europa eine konkrete Macht zu werden.

Die babouvistische Lehre<sup>9</sup> des Kommunismus kam Mitte der 1830er Jahre in Paris auf dem Wege der Konspirationen Buonarrotis auch zu Weitling, der die kommunistische Lehre in den 1830er und 1840er Jahren in Deutschland „zum ersten Mal offen wieder verkündigte“ (Ball 1919, S. 128) und „neben Blanqui und Bakunin einer der großen Gestalten der Sozialrevolution des 19. Jahrhunderts“ darstellte (Meyer 1999, S. 246). Mario Bravo sieht „Weitlings Verdienst“ darin, dass er „Arbeiterbewegung, Sozialismus und Revolution“ zusammengeführt hatte (Bravo 1971, S. 262). Ebenso wie Buonarroti und Blanqui verband auch Weitling „die ideologische Arbeit ... mit einer ständigen, in die Breite und Tiefe gehenden Kleinarbeit auf organisatorischem Gebiet“ (ebd., S. 265).

Engels will dagegen die philosophische Bewegung als den ausschlaggebenden Faktor des deutschen Kommunismus annehmen. Er schreibt 1845, dass der deutsche Sozialismus und Kommunismus „mehr als jeder andere von theoretischen Voraussetzungen ausgegangen“ sei (MEW 2, S. 232).

Gegen Engels' allzu eifrige Ansprüche auf die Inhaberschaft des deutschen Kommunismus erhebt Weitling 1846 in der zweiten Auflage des *Evangeliums* seinen Einspruch:

Manche, die sich auch Kommunisten nennen, beeifern sich, den Leuten weiß zu machen, die deutsche Philosophie habe den Kommunismus ausgebildet: dazu gehört ein wenig viel Unverschämtheit. Die deutsche Philosophie hat nichts ausgebildet, als deutsche Begriffsverwirrung (Weitling 1971, S. 136f.).

Weitling schreibt auch 1849 in der Vorrede zur 3. Auflage der *Garantien der Harmonie und Freiheit*, dass die ersten deutschen politischen Gruppierungen mit sozialistisch-

---

<sup>9</sup> Der Babouvismus bezeichnet die kommunistisch-revolutionäre Lehre und Bewegung von François Noël Babeuf. Ursprünglich bezeichneten Kommunismus und Babouvismus daher dieselbe politische Richtung. Anfang der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts lebte diese Bewegung durch das Wirken des Mitkämpfers Filippo Michele Buonarroti (1761–1837) wieder auf (Höppner 1987, S. 23). Die Entwicklung der Ideen Babeufs zur „geschlossenen Theorie“ war hauptsächlich sein „Verdienst“. Das 1828 erschienene Buch *Conspiration pour l'égalité, dite de Babeuf* fand starke Resonanz. Aus der gleichen Quelle gingen der Neobabouvismus, „der hervorragendste Vertreter des französischen revolutionären Sozialismus seiner Zeit, Blanqui“, und auch Weitling hervor (Bravo 1971, S. 250f.). Babeufs Lehre wirkte auf Weitling besonders stark. Nach Joho sei Babeuf wohl überhaupt eine im innersten verwandte Natur Weitlings. Wie Babeuf sei auch Weitling „von dem Drang der Befreiung der Menschheit bis zur Selbstaufopferung beseelt, völlig uneigennützig und in der Verfolgung seines Ziels von fanatischer Gläubigkeit erfüllt“ (Joho 1932, S. 27f.).

kommunistischen Zielsetzungen zuerst in Paris und später in London und der Schweiz entstanden seien. Über die Bildung der politischen Organisationen der deutschen Arbeiter im Ausland schreibt er, dass weder „die Kaufleute in den Freimauerklubs noch die Pfaffen und Professoren in den Sonntags- und Abendschulen“, sondern „die Anstrengungen deutscher politischer Flüchtlinge“ einen Teil des Proletariats aus dem „grauenhaften Zustand gerissen“ hatten (Weitling 1955, S. 290).<sup>10</sup> Es war für ihn selbstverständlich, dass „der Kommunismus keine abstrakte Philosophie, sondern revolutionäre Praxis darstellt“ (Khella 1995, S. 94).<sup>11</sup>

Auch Weitlings enger Kampfgenosse August Becker (1812–1871) erhebt 1847 seine Stimme in der Schweiz gegen die Behauptungen der „Pfaffen und Professoren“. Auf „das Klarste“ geht nach Becker aus der Geschichte des deutschen Sozialismus und Kommunismus hervor, dass Weitling und andere Handwerksarbeiter und nicht die Herren Marx und Engels „die eigentlichen Begründer, wenigstens Veranlasser des deutschen Kommunismus“ sind (Becker 1932, S. 7).

So war der *Bund der Geächteten* eine 1834 entstandene erste illegale Organisation deutscher Emigranten und Handwerksarbeiter in Paris. Anfangs ging es bei den Programmdiskussionen im *Bund der Geächteten* um die Menschen- und Bürgerrechte. Doch die Arbeiter unter Weitlings Führung begegneten 1837 den *Humanisten* „mit dem größten Misstrauen“ (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 78). Die politischen Meinungsunterschiede zwischen den deutschen Emigranten und revolutionären Arbeitern im *Bund der Geächteten* verschärften sich und führten dann zu dessen Spaltung.

Die Propaganda der revolutionären Arbeiter hatte zur Folge, dass sich die deutschen Arbeiter in Paris vom Liberalismus abkehrten. So gründeten die deutschen Arbeiterführer, wie Weitling, Schapper und Moll, im Jahr 1837 den *Bund der Gerechtigkeit*.<sup>12</sup> Weitling wurde bald Leiter einer Gemeinde und später auch Mitglied der *Volkshalle*, die das oberste Entscheidungsorgan des *Bundes der Gerechtigkeit* bildete (Weitling 1955, S. 292). Durch seine 1838 als das Manifest des *Bundes der Gerechtigkeit* aufgenommene programmatische Schrift, *Die*

---

<sup>10</sup> Träger der politischen Arbeiterorganisationen waren insbesondere aus Deutschland ins Ausland ausgewanderte junge Handwerksarbeiter (Kowalski 1962, S. 38f.), wie Schneider, Tischler, Schuhmacher, Schlosser, Seifensieder und Bürstenbinder, deren ökonomische und soziale Situation in Deutschland in erster Linie besonders gefährdet und durch Arbeitslosigkeit bedroht worden waren (Bergmann 1975, S. 37f.).

<sup>11</sup> Marx versuchte in seiner Streitschrift *Herr Vogt* dagegen, den *Bund der Gerechtigkeit* für sich zu vereinnahmen, indem er behauptete, dass der *Bund der Kommunisten* 1836 zu Paris gestiftet worden sei, „ursprünglich unter anderem Namen“ (MEW 14, S. 439f.).

<sup>12</sup> Weitling spottete, dass der Humanismus der Bourgeoisie nicht von dem Worte Homo, der Mensch, abzuleiten sei, sondern von Humaine, wie einer der vornehmsten Schneider von Paris hieß. Wer ein Humanist sei, hat einen Anzug von Humaine zu tragen (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 78). Im Jahr 1845 schrieb Engels aus London für die *Rheinischen Jahrbücher zu der gesellschaftlichen Reform* dagegen, dass die Demokratie und die humanistischen Ideale der Menschheit ein „proletarisches Prinzip“ seien (MEW 2, S. 613).

*Menschheit wie sie ist und wie sie sein sollte*, wurde Weitling auch der theoretische Leiter des *Bundes* (Rytkönen 1979, S. 35).

### **1.1. Weitling als Theoretiker der gesamten deutschen Arbeiterbewegung**

Die revolutionäre Lehre Weitlings ging von den Existenzbedingungen der arbeitenden Klassen und Besitzlosen aus. Seine erste Schrift, *Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte*, richtete er an die Mehrheit der Gesellschaft. Er lehrte sie, sich ihrer Kraft bewusst zu werden. Mit der Broschüre *Menschheit*, die „als das erste deutsche kommunistische Manifest“ zu nennen ist (Nettlau 1922, S. 363), gab Weitling dem *Bund der Gerechtigkeit* zugleich ein festumrissenes Programm und wurde so zum „kollektiven Autor“ der illegalen Organisation (Schäfer 1979, S. 179). In der *Menschheit* hält Weitling weder soziale Reformen noch politische Verfassungsprogramme der liberalen Bourgeoisie als Übergangsmaßnahmen für geeignet (Weitling 1971, S. 145f.).

In Anlehnung an Babeuf bekennt sich Weitling zu einer revolutionären Hegemonie des Proletariats und lehrt in seinem Werk, sich „auf die Bibel stützend, die gewalttätige Revolution“ (Rytkönen 1979, S. 39). Jesus tritt in seinem Werk als Revolutionär auf. Über Jesus hinaus sucht Weitling in der Geschichte der arbeitenden Klassen und Besitzlosen nach anderen Vorbildern wie Thomas Münzer, Johann von Leiden (1509–1536), die Väter der Gütergemeinschaften waren, an die er den Kampf des arbeitenden Volkes in seiner Zeit bindet (Weitling 1971, S. 176). Er interpretiert den Kampferfahrungsschatz der arbeitenden Klassen und Besitzlosen originell und wendet ihn den Verhältnissen in der deutschen Arbeiterbewegung dementsprechend an, womit er gleichzeitig seine Gemeingültigkeit darlegt. So beruft er sich auf den deutschen Bauernkrieg des 16. Jahrhunderts und vor allem auf Thomas Münzer (Bravo 1971, S. 266).

Weitlings besondere Stärke beruht in „geschickter, instinktsicherer“ Propaganda, die „Tradition und Religion“ als kommunistisches Propagandamittel zu schätzen weiß. Er wusste recht gut, wie die Kommunisten sich am besten bei den arbeitenden Klassen Gehör verschaffen konnten (Rytkönen 1979, S. 34f.). Er berücksichtigt „die Psychologie“, das „Bildungsniveau“ und die „religiösen Gefühle“ der arbeitenden Klassen und Besitzlosen, an die er sich wendet, und benutzt das ihnen „vertraute Instrumentarium“, um die Revolution gegen die Feinde der arbeitenden Klassen und Besitzlosen gegen ihre schlimmsten Unterdrücker zu propagieren (Bravo 1971, S. 268).

Mit der Broschüre *Menschheit* von 1838 hatte Weitling einen bedeutenden propagandistischen Erfolg und wurde dank dieser publizistischen Tätigkeit „der Lehrmeister“ der organisierten deutschen Arbeiterbewegung. Sein Werk war in der damaligen Zeit „das Grundwerk“ der deutschen Arbeiterbewegung (Rytkönen 1979, S. 34f.). Durch dieses Werk wurden die Gütergemeinschaft und der Kommunismus unter dem Einfluss der französischen Neobabouvisten zum Glaubensbekenntnis des *Bundes der Gerechtigkeit*.

Nach seiner Gründung im Jahr 1837 organisierte sich der *Bund der Gerechtigkeit* zuerst im Ausland und kurz danach in Deutschland in verschiedenen Formen, da die politischen Verhältnisse in Deutschland nicht gestatteten, wie in Paris und in anderen Orten Europas unabhängige Arbeiter- und Handwerkervereine zu gründen. Aus diesem Grund mussten die Kommunisten eine andere Taktik einschlagen, und da gab es nur zwei Wege: Entweder mussten sie sich lediglich mit illegalen Gemeinden begnügen und damit auf eine „breite, legale Agitationsfläche“ verzichten oder aber sie konnten gleichzeitig auch versuchen, sich in bestehenden, von „Philanthropen und liberalen Aufklärungsfreunden“ gegründeten Hilfs- und Fürsorgeeinrichtungen einzunisten und illegale Zellen zu bilden. Diese „Zellenbautaktik“ gelang den Kommunisten z.B. im Berliner Handwerkerverein (Stein 1937, S. 109). Hier arbeitete der *Bund* in strenger Illegalität wie in öffentlichen Arbeitervereinen und in Gesangs-, Turn-, Lese- und Bildungsvereinen (Birker 1973, S. 20ff.), die mit den illegalen Gemeinden der Organisation eng verzahnt waren.

Am 12. Mai 1839 unternahm die *Gesellschaft der Jahreszeiten* unter der Führung von Auguste Blanqui und Armand Barbès (1809–1870) in Paris eine „ähnliche bewaffnete Erhebung“ wie die *Gleichen* im Mai 1796 unter der Führung von Babeuf (Grünberg 1921, S. 254). Nach der Erhebung blieb auch der *Bund der Gerechtigkeit* von der „sofort einsetzenden polizeilichen Verfolgungswelle“ in Paris nicht unberührt. Schapper wurde verhaftet und im Dezember 1839 „wegen mangelnder Beweise und fehlender Ausweispapiere“ aus dem Land ausgewiesen (Seidel-Höppner 2014, S. 160f.). Er und andere Mitglieder des *Bundes* gingen dann nach London, wodurch „der deutsche Kommunismus gleichsam nach London verpflanzt“ wurde (Weitling 1955, S. 293f.). Weitling blieb zunächst bis 1841 in Paris,<sup>13</sup> um die „verbleibenden Mitglieder“ des *Bundes der Gerechtigkeit* zu sammeln (Brugger 1932, S. 59), und ging dann in die Schweiz.

---

<sup>13</sup> In Paris erschien 1841 Weitlings Liedersammlung *Volks-Klänge*, ein „erste[s] deutsche[s] Liederbuch kommunistischer Tendenz“ (Seidel-Höppner 2014, S. 196).

## 1.2. Weitling: „Wir deutschen Arbeiter wollen eine Stimme erheben“

Weitling kam 1841 im Auftrag des *Bundes der Gerechtigkeit* zuerst nach Genf, wie sein Genosse August Becker 1847 schrieb, um „für unsere Sache in der Schweiz zu wirken und Vereine und ein Monatsblatt zu gründen“ (Becker 1932, S. 45f.). In der Schweiz betrieb Weitling weiter die Taktik, Zellen des *Bundes der Gerechtigkeit* und Speiseanstalten in den bestehenden Arbeiterbildungsvereinen einzurichten und neue Arbeitervereine zu gründen. Er wirkte in den Arbeitervereinen in verschiedenen Städten in der Schweiz als Theoretiker, Agitator und Organisator und besaß eine große Autorität unter den Arbeitern. In der Schweiz hörte Weitling mit seinem Handwerk auf und widmete sich ganz der Sache der arbeitenden Klassen und Besitzlosen. Er schrieb 1844 im Vorwort seiner *Kerkerpoesien* dazu Folgendes:

Es war nicht Widerwille gegen mein Handwerk, was mich veranlaßte, schriftstellerische Versuche zu machen, es war weder Ehrgeiz noch persönliches Interesse. Nein, das war es nicht! - Ich fand in der Literatur eine ungeheure Lücke noch nicht ausgefüllt, hielt die Ausfüllung derselben für das dem Wohle der Gesellschaft Allernothwendigste, und machte mich nur (sie!) an die Arbeit, weil ich sah, daß sie, so viel mir bekannt war, kein anderer deutscher Schriftsteller unternahm (Weitling 1844, S. VIII).

Vom September 1841 bis Mai 1843 gab Weitling in Genf und Bern die Zeitschriften, *Der Hülfesruf der deutschen Jugend* und dessen Nachfolger *Die Junge Generation*, heraus, die als die „ersten politisch selbständigen Journale“ der deutschen Arbeiter gelten (Seidel-Höppner 2014, S. 1559).<sup>14</sup> „Herausgegeben und redigiert von einigen deutschen Arbeitern“ (*Hülfesruf* 1841, S. 1), wie es unter ihrem Titel stand, waren diese Zeitschriften „eine Kollektivarbeit, boten Raum für die verschiedenen Meinungen und Strömungen bei den exilierten Handwerkern, Arbeitern und Intellektuelle“ und stellten „ein demokratisches Diskussionsforum“ der verschiedenen Auffassungen dar. Gemeinsam ist den Mitarbeitern der Zeitschriften Weitlings die „Überzeugung“, dass die Gesellschaftsordnung geändert werden müsse (Joho 1958, S. 49).

*Der Hülfesruf* hatte 1.000 Abonnenten in der Schweiz, in Paris und in London (Haefelin 1986, S. 73). Mit dem *Hülfesruf der deutschen Jugend*, so Kowalski, „beginnt die Geschichte der selbstständigen deutschen Arbeiterpresse“ (Kowalski 1967, S. LIV). Im Untertitel des *Hülfesrufs* wird der politische Standpunkt des Blattes hervorgehoben: „Gegen das Interesse Einzelner, insofern es dem Interesse Aller schadet, und für das Interesse Aller, ohne einen Einzigen

---

<sup>14</sup> Weitlings Zeitschriften hatten ständig mit Beschlagnahmen und Verboten durch Schweizer und ausländische Behörden zu rechnen. So ließen etwa die französischen Behörden 1842 an der Grenze 1200 Exemplare der *Junge Generation* beschlagnahmen und verbrennen (Joho 1958, S. 48).

auszuschließen“ (Hülferuf 1841, S. 17). In der ersten Nummer des *Hülferufs* verfasst Weitling den Artikel, *Aufruf, welche der deutschen Sprache angehören*, „in einem meisterhaften Stil“ (Kowalski 1967, S. LVII):

Auch wir wollen eine Stimme haben in den öffentlichen Beratungen über das Wohl und Wehe der Menschheit; denn wir, das Volk in Blusen Jacken, Kitteln und Kappen, wir sind die zahlreichsten, nützlichsten und kräftigsten Menschen auf Gottes weiter Erde. Auch wir wollen eine Stimme erheben für unser und der Menschheit Wohl: damit man sich überzeuge, daß wir recht gute Kenntnis von unseren Interessen haben, und, ohne von lateinischen, griechischen und kunstgemäßen Ausdrücken aufgeschwollen zu sein, recht gut, und zwar auf gut Deutsch zu sagen wissen, wo uns der Schuh drückt (Hülferuf 1841, S. 3).

Im Programmartikel drückt Weitling das Ziel der Zeitschrift deutlich aus, dass Kommunisten „das Volk in Blusen, Jacken, Kitteln und Kappen“ wachrütteln und aus seinem politischen Stumpfsinn und Untertanengeist befreien wollen. Hier wendet er sich gegen die Bevormundung der „zahlreichsten, nützlichsten und kräftigsten Menschen“ und verlangt für arbeitende Klassen und Besitzlosen eine Stimme, „denn wir haben noch nie eine gehabt“. Im Programmartikel wendet er sich auch gegen die nationale Überheblichkeit und Franzosenfeindschaft deutscher Nationalisten und gegen die Kriegstreiberei beiderseits des Rheins. Er fordert ebenfalls Frauen auf, den *Hülferuf* zu abonnieren, denn die Zeitschrift sei auch ihnen gewidmet. Auch die Frauen „oder doch die große Mehrzahl“ von ihnen teile die Lage der Arbeiter, und ihre Lage sei sogar „öfters noch schlimmer“ als die Lage der Arbeiter (Hülferuf 1841, S. 3ff.).

*Die junge Generation* wurde von Weitling ab Januar 1842 als Fortsetzung des *Hülferufs* herausgegeben. Hier beruft sich Weitling auf eine ganze Schar von Sozialtheoretikern und setzt sich kritisch mit Plato, Campanella, Morus, Babeuf, Buonarroti, Cabet, Owen, Saint-Simon, Fourier, Considerant und Dezamy auseinander. Dabei verteidigt und begrüßt er jede, auch seinen „eigenen Auffassungen entgegenlaufende theoretische Regung der Arbeiter oder im Interesse der Arbeiter“ (Kowalski 1967, S. LXIX). Dagegen entlarvt er die Klassenhaltungen der bürgerlichen Freiheits- und Gleichheitsparolen, indem er den „Widerspruch“ zwischen der liberalen Politik der Zeit und dem liberalen Ideal „feinnerviger als andere Sozialisten“ reflektiert. Seidel-Höppner schreibt dazu Folgendes:

[Weitling] verfolgt die historische Metamorphose der kapitalistischen Widersprüche, in der ursprüngliche Wohltat in Plage umschlägt: Warenüberfluss Armut erzeugt, Wunderwerke der Maschinerie Arbeiter brotlos machen, wissenschaftliche Glanzleistungen Schatten werfen, in denen das Volk verdummt und verroht. Das große Lob der freien Konkurrenz hält er für Selbstbetrug. Er zeigt, wie das freie Spiel der Kräfte, von dem man sich persönliche Freiheit



und die spontane Harmonisierung der Interessen erhofft, den Kampf aller gegen alle entfesselt, die sozialen Vorrechte der Starken zementiert, die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft und alle sozialen Beziehungen verwüstet.<sup>15</sup>

In der *Jungen Generation* entwickelt Weitling seine Revolutionstheorie weiter. Insbesondere in dem im August 1842 publizierten Aufsatz *Die Bastille von Paris* ist die Grundlage für seine revolutionstaktischen Überlegungen zu finden. Weitling greift hier in die Debatte über die Anlage eines militärischen Befestigungsringes um Paris ein und zieht die Bilanz aus den jüngsten Niederlagen des französischen Proletariats im offenen Straßenkampf oder Barrikadenkampf gegen das Militär.

*Die Bastille von Paris* bilde, so Weitling, „die Scheidegrenze zwischen den politischen und den sozialen Revolutionen in Frankreich“; nach ihrer Errichtung sei „mit der bisherigen Revolutionstaktik nichts mehr auszurichten“, man müsse folglich an eine andere Taktik denken, die notwendigerweise „die Sozialrevolution“ herbeiführe. Mit der neuen Taktik würden die Straßenschlachten sich „in einen Guerillakrieg“ verwandeln. Der Guerilla werde „in allen Winkeln und Orten erscheinen, wo man ihn am wenigsten vermutet, und überall in wenigen Minuten angreifen, siegen und verschwinden“ (Weitling 1967, S. 257ff.).

In seinem Artikel analysiert Weitling die Niederschlagung des Straßenkampfes und des Barrikadenkampfes für das arbeitende Volk und zieht daraus Bilanz. Er schlägt als Bedingung der „Revolutionierung der Volksmassen“ eine „Konfliktstrategie“, nämlich einen „Guerillakrieg“, vor, welcher nicht unähnlich wie diese Konfliktstrategie „zum Kernbestand der Guerillakriegsführung und des Volkskrieges“ (Lenk 1981, S. 50) im 20. Jahrhundert gehört. Nach Lenk habe Weitling das Verdienst, die von den französischen Revolutionären empfangenen Anregungen schon während seiner Pariser Zeit zu einer durchaus „originellen Theorie der Revolution verarbeitet zu haben“ (ebd., 52). Lenk bezeichnet Weitling deshalb als „den deutschen Blanqui“ (ebd., 48).

Weitlings Ideen waren „die treibende Kraft“ in der Organisation der deutschen Arbeiter im Ausland (Stein 1937, S. 109). Als die Wirkung seiner kommunistischen Schriften auf deutsche Arbeiter in der Schweiz größer wurde, versuchten die Junghegelianer im Jahr 1842, in der Arbeiterbewegung in der Schweiz philosophisch zu intervenieren. Sie hatten vor, die Schweiz für den „atheistischen“ Junghegelianismus zu erobern (Na’aman 1978, S. 19f.). So begann ein Meinungskampf zwischen den Kommunisten, den Schülern von Weitling, die den politischen

---

<sup>15</sup> Seidel-Höppner schreibt 2008 anlässlich des 200. Geburtstags von Wilhelm Weitling den Artikel *Der liberale Selbstbetrug* in der *Zeit* vom 09.10.2008: <http://www.zeit.de/2008/42/A-Weitling> (Zugriff am 18.07.2019).

Atheismus ablehnten, und den Anhängern von Arnold Ruge und Marx, bzw. den Junghegelianern.<sup>16</sup> Das Thema des Meinungskampfs war die Frage nach dem Weg zur Befreiung des Proletariats: War der richtige Weg zur Befreiung Gütergemeinschaft, Solidarität und Kommunismus oder das menschliche Bewusstsein und Atheismus? (Haefelin 1986, S. 74ff.) Dieser Kampf führte in manchen Vereinen zu Spaltungen in der Schweiz. Doch die Kommunisten hielten in den Arbeitervereinen die wichtigen Positionen in ihrer Hand (Schraepfer 1972, S. 76).

Der revolutionäre Kommunismus wurde in der Schweiz stets heftigen Anfeindungen ausgesetzt. Weitling und seine Genossen wussten aber sowohl die Mittel der objektiv-sachlichen Argumentation als auch des polemischen Angriffs gezielt für den Kommunismus einzusetzen. Sie waren bestrebt, wie August Becker 1843 in seinem Werk *Was wollen die Kommunisten* zeigt, den vielstimmigen Dämonisierungsversuchen des Kommunismus entgegenzuwirken und eine schlüssige Darlegung einer kommunistischen Plattform zu geben, wobei sie besonders strittige Fragen wie die der Organisation der Gütergemeinschaft, des Atheismus oder des Verhältnisses des Proletariats zur Bourgeoisie zu beantworten suchten.

Die Kommunisten bekämpften in der Schweiz auch „die patriotisch-nationale Richtung“ von hegelianischen „Jungdeutschen“, die den Kommunisten vorwarfen:

Ihr haltet nichts auf Nationalität; ihr vernachlässigt die Vaterlandsliebe, ihr nennt euch Kommunisten. Das ist unrecht; ihr solltet eure Stammeseigentümlichkeit festhalten, die Vaterlandsliebe pflegen und euch junge Deutsche nennen; denn das Hemd ist uns näher als der Rock (Becker 1843, S. 41).

August Becker antwortete offen, da nur die Kommunisten es wagen, wie in Frankreich „diesem Unsinn entgegenzutreten“ (ebd., S. 43):

Wir halten den Nationalstolz überhaupt für eine Narrheit. [...] Nationalstolz ist ein so lächerlicher Zopf, als Junkerstolz, Bauernstolz und Bettelstolz – und was das Schlimmste ist, ein Zopf, der die Menschen blind und verrückt macht und, wie der Weichselzopf, sehr schwer auszurotten ist (ebd., S. 42).<sup>17</sup>

Die operative Publizistik von Weitling und seinen Genossen zeichnete sich dadurch aus, dass sie sich in der Argumentationsstrategie auf die unterschiedlichen Anforderungen der aktuellen

---

<sup>16</sup> „Ruge und Hegel“, schreibt Weitling 1851 in der *Republik der Arbeiter*, „befriedigen die Leute meiner Richtung nicht“. Dagegen sollten sich Feuerbachs Werke, wie *Religion der Zukunft* und *Wesen des Christentums*, „in jeder deutschen Familie und in jedem Verein“ befinden (RdA 1851, S. 28).

<sup>17</sup> Der „Weichselzopf“ ist die historische Bezeichnung für einen Zopf aus verfilzten Kopffaaren. Diesen Begriff verwendet hier Becker im übertragenen Sinne als Krankheitssymptom für nationalistische Gedanken.

und ideologischen Auseinandersetzungen genau einzustellen wusste. So behandelt Weitling 1838 in seinem Werk *Menschheit* die Feinde und die realen Kräfte der Revolution. Für Weitling sind die Feinde des Volkes alle Reichen und Mächtigen, nämlich Kapitalisten, Kaufleute, Adel, Feudalherren. Die „Werkzeuge der Revolution“ (Joho 1932, S. 53) sind dagegen

[d]ie Männer der Arbeit und Entbehrung sowie jene, welche beides nicht fühlen, es aber mittels Aufopferung von Hab und Gut den Anderen zu erleichtern suchen, das sind die Männer, die mit unseren Fahnen ziehen, die in unseren Reihen kämpfen werden (Weitling 1845a, S. 22).

Neben der vielseitigen agitatorischen und propagandistischen Tätigkeit arbeitete Weitling 1842 an seinem Werk, den *Garantien der Harmonie und der Freiheit*, und veröffentlichte es am Ende des Jahres.<sup>18</sup> Auch in den *Garantien* sieht Weitling nicht eine bestimmte Schicht, sondern alle Armen sowie diejenigen, die sie unterstützen wollen, als die realen Kräfte der Revolution. Das Problem, das gelöst werden muss, besteht nach Weitling darin, das arbeitende Volk mit den Kommunisten zu verbinden.

Die Spaltung der Gesellschaft in Reiche und Arme bildet in den *Garantien* die Grundlage seines Denkens. Diese Einteilung gilt auch für alle anderen Nationen. Er stellt hier der Internationalen der Mächtigen die Internationale der Armen und Entrechteten entgegen (Weitling 1842, S. 74ff.). Er betrachtet die „Gegenwart“ hier „ganz unter dem Standpunkt der Klassenscheidung“ und ordnet Nation und Staaten dieser Frage unter (Joho 1932, S. 53f.). Für Weitling ist die Phrase von der Verteidigung des Vaterlands eine Lüge der Herrschenden:

Wer also ein Vaterland hatte, hatte auch ein Eigentum oder doch die Freiheit und die *Mittel*, Eigentümer zu werden; wer diese *nicht* hat, hat *kein* Vaterland. Das merkt euch, ihr Vaterlandsverteidiger! (Weitling 1842, S. 74).

Weitling stellt fest, dass der wahre Feind der innere Feind ist. Er fragt: „Was aber haben wir heute von den fremden Feinden zu befürchten, daß wir nicht auch alles von den Inneren zu befürchten hätten?“ (ebd., S. 75). „Auf den äußeren Feind aber macht man uns jedes Mal aufmerksam“, bemerkt er, „wenn wir den inneren wittern“. Solange die Gesellschaft in Ungleichheit lebe, solange ein Volk aus Herren und Knechten bestehe, sei es völlig gleich, „wer die Herrschaft ausübt, ob Hinz oder Kunz“ (ebd., S. 79).

In den *Garantien* entwickelt Weitling seine Revolutionstheorie weiter. Hier betrachtet er die Anarchie und die Konfiskation des Privateigentums durch die ärmsten Klassen als das letzte

---

<sup>18</sup> Dank der vereinten Anstrengungen der Kommunisten von Paris, Genf, La Chaux-de-Fonds und Lausanne wurde der Druck der *Garantien* in einer Auflage von 2000 möglich gemacht. „Etwa 300 Arbeiter teilten sich, jeder nach seinen Kräften, in sämtliche Druckkosten und nahmen dafür Bücher“ (Weitling 1955, S. 297). Um seinem Werk den Druck zu ermöglichen, erlernte Weitling das Setzer-Handwerk (Schwerz 1944/1945, S. 25).

und sicherste Mittel, das die „Unordnung schnell auf den höchsten Gipfel“ treibe, um die „zahlreichsten und ärmsten Klassen“ für die Revolution zu gewinnen. Dafür müsse jedoch „eine Moral gepredigt werden, die Niemand zu predigen“ wage; eine Moral, „die das blutige Schlachtfeld in den Straßen“ in einen „fortwährenden Guerillakrieg“ verwandle und der Organisation „ganze Legionen Streiter zuführen“ werde. Diese Moral, die kein Respekt vor dem Privateigentum der herrschenden Klassen habe, könne lediglich unter den in den großen Städten „wimmelnden“ und in das „grenzenloseste Elend hinausgestürzten, der Verzweiflung preisgegebenen Massen wirksam gelehrt werden“ (ebd., S. 240ff.).

Weitlings enger Mitarbeiter Sebastian Seiler (1810–1890) schreibt 1843 in seinem Werk *Schriftsteller Wilhelm Weitling und der Kommunistenlärm in Zürich*, dass Weitlings Revolutionstheorie auf den Erfahrungen beruhen, die er in den großen Städten gemacht habe. Er habe nach einer zeitweisen Unterbrechung der Arbeiten in großen Städten „die vereinzelt Aufstände und Attentate, die planmäßigen Plünderungen ... die zahlreichen Brandstiftungen, so wie die unerhört sich mehrenden Diebstähle“ als „kleine Vorpostengefechte eines allgemeinen Krieges gegen das Eigentum“ gesehen (Seiler 1843, S. 15).

Weitling schreibt 1843 noch sein Werk *Das Evangelium der armen Sünder*, um „den sozialen Kern des Christentums herauszuschälen und die entscheidende ideologische Waffe des Gegners in die eigene Faust zu bekommen“ (Seidel-Höppner 1987, 165f.). Er ruft hier zu: „Arme Sünder und Sünderinnen! dies Evangelium ist für Euch! Machet daraus ein Evangelium der Freiheit“ (Weitling 1971, S. 8).<sup>19</sup>

Sein enger Genosse und Freund Niels Lorents Petersen (1814–1894) wollte von Weitling, dass dieser in seinen Schriften sich „auch an das weibliche Geschlecht“ wenden solle: „Wende dir doch auch an das weibliche Geschlecht, wirkt auf das Gefühl bei Ihnen, und sie werden sich vielleicht Empfänglicher zeigen als das hochmeinende Männliche“ (Petersen 1843; zit. nach Lahme 1984, S. 182).

Die „radikalsten Umtriebe in Worten, Versammlungen und Schriften“ der deutschen Kommunisten in der Schweiz waren den auswärtigen Regierungen „immer ein Dorn im Auge“.

---

<sup>19</sup> Die erste Auflage des *Evangeliums* stand bereits wenige Wochen nach ihrem Erscheinen im Jahr 1845 auf der Liste der „staatsgefährdender Druckschriften“. Der Vertrieb dieser Druckschriften wurde von den Zensurbehörden „in sämtlichen Bundesländern“ in Deutschland verboten. Nach den Akten des Außenministeriums wurden sie wegen der „übertriebensten communistischen Grundsätze“ gegen die entschädigungslose Beschlagnahme und Vernichtung verfügt. Diese Grundsätze richteten sich „gegen die wichtigsten staatlichen und sozialen Einrichtungen“ und gelten „in hohem Grade“ als gemeinschädlich und gemeingefährlich, da sie die Sinnesweise und Leidenschaften der „Ungebildeten und Besitzlosen im Volke“ ansprachen (Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 75).

Insbesondere die agitatorische und organisatorische Tätigkeit Weitlings, der „eine ganz vortreffliche Spürnase für alle Gebiete der Agitation und Propaganda besaß“ (Brugger 1932, S. 164), beunruhigte die konservativen und bürgerlichen Kreise sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland. Er gewann für die Behörden „an Bedeutung und Gefährlichkeit“. Man sah allmählich in Weitling „den Repräsentanten des Kommunismus, um den sich alles scharte, und man führte alle revolutionären Umtriebe auf ihn zurück“ (Joho 1932, S. 71).

Die Vorankündigung der Veröffentlichung des *Evangeliums* brachte Weitling 1843 nicht nur die Verfolgung durch die Zürcher Polizei, sondern auch die Verurteilung in einem ersten „Kommunistenprozess“ der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ein. Da Weitling hier schrieb, der *Herr* habe „von liebenden Frauen sich aushalten lassen“, warf die Zürcher Regierung ihn für zehn Monate ins Gefängnis (Ball 1919, S. 162). Das betreffende Kapitel im Buch war überschrieben:

Es zogen auch viele Weiber mit Jesus und den Aposteln im Lande herum, worunter auch die Sünderin Maria Magdalena [...], sowie das Weib des Pflegers Herodis. [...] Von diesen Weibern wurden [...] Jesus und die Jünger unterstützt (Weitling 1845b, S. 101).

Weitlings Genosse Petersen ahnte in seinem Brief vom 8. Juni 1843 an Weitling, wie die herrschenden Klassen auf die Veröffentlichung Weitlings *Evangelium* reagieren würden:

Auf das neue Evangelium bin ich sehr begierig, da wirst du mit die Pfaffen in Wurf kommen [,] sie werden über Religionsgefahr schreien [,] der härteste Kampf, aber der unausbleiblich kommen musste [,] ist jetzt durchzumachen, die religiösen Vorurtheilen zu zernichten, so lange der Mensch noch an den Himmel glaubt, taucht er nicht für die Erde, den er wird seine Bestimmung nicht nachstreben [,] er wird sein Recht nicht erkennen (Petersen 1843; zit. nach Lahme 1984, S. 182).

Petersens Brief konnte Weitling nicht bekommen, da er aufgrund einer Denunziation in der Nacht vom 8. auf den 9. Juni 1843 auf dem Heimweg von einer Vereinssitzung in Zürich festgenommen und inhaftiert wurde (Barnikol 1929, S. 279).

Die „gesamte schweizerisch-deutsche, man kann sagen europäische Presse“, schreibt Sebastian Seiler, „fiel über Weitling her“. Während des Prozesses versuchten die schweizerischen Blätter, wie *Beobachter aus der östlichen Schweiz*, gegen Weitling den Hass zu erregen, indem sie einige Titelaufschriften aus dem *Evangelium eines armen Sünders* schrieben, wie zum Beispiel: „Der fehlende Jesus“, „Jesus zieht mit sündigen Mädchen und Weibern im Lande herum und wird von ihnen unterstützt“, „Jesus predigt den Krieg“ oder „Jesus hat keinen Respekt vor dem Eigentum“ (Schwerz 1944/1945, S. 29).

Weitling wurde von der Staatsanwaltschaft der „weltberühmten Musterrepublik Zürich“ allen europäischen Mächten „als ein revolutionärer Ungeheurer“ dargestellt, da er durch seine Schriften allein im Stande sei, so lauteten die Worte der amtlichen Erklärung der Staatsanwaltschaft, „die nahe Gefahr einer gewaltsamen Umwälzung aller sozialen Verhältnisse herbeizuführen“ (Seiler 1843, S. 4).<sup>20</sup> Seine Manuskripte und Briefe wurden bei seiner Verhaftung beschlagnahmt und der Regierung ausgehändigt, die sie durch eine Kommission, an deren Spitze der bekannte Staatsrechtslehrer Johann Caspar Bluntschli (1808–1881) stand, prüfen ließ (Schlüter 1907, S. 60). Bluntschli war der Führer der Konservativen in Zürich und trat „als einer der heftigsten Gegner des Kommunismus“ auf (Schwerz 1944/1945, S. 29). Die Kommission unter Bluntschlis Leitung hatte den Auftrag, „die Verhältnisse der Kommunisten in der Schweiz näher zu prüfen“ und darüber „einen umfassenden Bericht“ zu erstatten (Bluntschli 1843, S. 1f.).

Die Anklagen gegen Weitling waren recht zahlreich. Sie lauteten auf Anstiftung zu Verbrechen gegen das Eigentum, Anstiftung zum Aufruhr, „Versuch der Religionsstörung im 2. Grad und der Übertretung des Gesetzes der Fremdenpolizei“. Doch Weitling bekundete „im Verhör scharfen Verstand und große Energie“ und hatte es leicht, zu beweisen, dass er nur eine abweichende Auslegung des Neuen Testaments vorgebracht habe. Luther habe den Kreuzzug gegen die aufrührerischen Bauern gepredigt, Zwingli habe hart an den Wiedertäufern gehandelt und Calvin habe einen Freund auf den Scheiterhaufen gebracht. Alle diese „haben nur das Recht der Bibelauslegung“ benutzt. Er erklärte in seiner Verteidigung, dass „die Auslegung der Bibel von den Gelehrten nur theoretisch“, aber „nicht praktisch“ betrieben wurde (Schwerz 1944/1945, S. 29).

Auf den Vorwurf, er habe die christliche Religion gefährdet und Gott verflucht, antwortete Weitling 1843 in seiner politischen Verteidigungsrede vor Gericht, dass die Religion an sich für niemanden gefährlich sei und auch niemand sie in Gefahr bringen könne. Er würde sich schämen, wenn er sagen würde, dass seine Religion, seine Meinung, seine Überzeugung durch die Meinung oder Überzeugung anderer gefährdet werde. Das könne nicht sein! Das sei trügerisch; solche Gedanken würden Menschen in die Irre führen. Seine Äußerungen über die christliche Religion seien für das Christentum nicht gefährlich. Dagegen seien sie für Privilegien und Interessen der Priester, Konservativen und herrschenden Klassen gefährlich;

---

<sup>20</sup> Weitling dokumentierte seine Erfahrungen in der Haft unter dem Titel *Gerechtigkeit – ein Studium in 500 Tagen: Bilder der Wirklichkeit und Betrachtungen eines Gefangenen*, um arbeitende Klassen und Besitzlosen „auf die Übel unserer Gerechtigkeitspflege“ aufmerksam zu machen (Weitling 1929, S. 16). Der Kirchenhistoriker Ernst Barnikol publizierte als Erster im Jahr 1929 Weitlings als verschollen geltende Schriften, wie *Gerechtigkeit*.

denn diese versuchen, ihre Privilegien und Interessen hinter religiösen Formalitäten zu verstecken. Es sei daher richtig, dass in seinen Äußerungen eine wirkliche Gefahr für die Interessen und Privilegien der Priester und der herrschenden Klassen bestehe (Weitling 1929, S. 69f.). In demselben Jahr 1843 veröffentlichte Bluntschli Weitlings beschlagnahmte Schrift, „welcher der Kommunismus seine erste Verbreitung in Deutschland zu danken hat, da dieselbe von den Schweizer Behörden ausgehend, einige Zeit kein Zensur-Hindernis fand“ (Weitling 1955, S. 298). So wurde diese Schrift, wenn auch wider Willen der Schweizer Behörden, in kurzer Zeit zum besten Agitationsmittel der Kommunisten, die auf Regierungskosten eine Sammlung von Materialien erhielt, die sonst nur wenigen zugänglich gewesen wäre.

## **2. 1842: Marx als „Zensor“ gegen „Einschmuggeln“ kommunistischer Ideen**

Da die soziale und politische Lage in den 1840er Jahren außerordentlich gespannt war, war die Gleichsetzung des Proletariats mit den „gefährlichen Klassen“ also „praktisch universal verbreitet“. Der Begriff „communistes“ wurde erst in den Jahren 1839/1840 in Frankreich in der politischen Diskussion verwendet. Der zunächst auf die Gruppe der Babouvisten bzw. Blanquisten beschränkte Begriff „communistes“ wurde dann zum politischen Identitätsbegriff für die große Mehrzahl der organisierten Arbeiter Frankreichs (Stedman Jones 2012, S. 52). Der zur damaligen Zeit in Paris lebende deutsche Dichter Heinrich Heine drückte 1842 die Aktualität des vom Bürgertum gefürchteten revolutionären Kommunismus mit den folgenden Worten aus: „Communismus ist der geheime Name des Furchtbaren Antagonisten, der die Proletarierherrschaft in allen ihren Konsequenzen dem heutigen Bourgeoisie Regimente entgegengesetzt“ (Heine 1842; zit. nach Seidel-Höppner 2014, S. 166).

Auch in Deutschland wurde der Kommunismus in kurzer Zeit das drohende „Schreckgespenst“ für herrschende Klassen. So rief Ende 1841 das rheinische Großbürgertum die *Rheinische Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe* ins Leben, um sich ein publizistisches Sprachrohr für seine politischen und ökonomischen Interessen zu verschaffen (Asmus 1977, S. 143). Die „reichsten Leute von Köln“ (Heinzen 1874, S. 428), wie Gustav Mevissen (1815–1899)<sup>21</sup>,

---

<sup>21</sup>Mevissen hatte 1841 ein Bankgeschäft in Köln eröffnet, war Präsident der Rheinischen Eisenbahn sowie Vorsitzender der Kölner Handelskammer und leitete später als Direktor den Schaffhauserischen Bankverein, der für die rheinländische Industrialisierung große Bedeutung erlangte. Mevissen schrieb im August 1847 in einem Brief über sein Verhältnis zur *Rheinischen Zeitung*, dass Ende 1841 in Köln „ein halb Dutzend junge Männer“ zusammentraf, um eine Zeitung herauszugeben (RhBA II/1, S. 330ff.). Mevissen schilderte Marx später mit Bewunderung, dass dieser mit 24 Jahren als Redakteur der *Rheinischen Zeitung* „dominierend, ungestüm, leidenschaftlich und voll grenzenloser Selbstsicherheit“ aufgetreten sei (Koenen 2017, S. 236f.).

David Hansemann<sup>22</sup>, Ludolf Camphausen (1803–1890)<sup>23</sup>, Dagobert Oppenheim (1809–1889), und Georg Jung (1814–1886)<sup>24</sup>, wollten, dass das Blatt zuerst das Leben „mit der Wissenschaft“ sichtbar vermittelt und „vom abstrakten Gelehrtentum absehend, das Zeitbewusstsein überall, wo es vorhanden, zum Hervortreten“ anrege (RhBA II/1, S. 330f.).<sup>25</sup> Demgemäß ließen die kapitalistischen Geldgeber am Anfang von 1842 zuerst das „junge siedende Blut“, nämlich Junghegelianer, u.a. Moses Hess und Karl Marx, in der Zeitung arbeiten (Caspary 1902, S. 69). Während Hess als Chefredakteur des Blattes arbeitete, organisierte er in Köln Versammlungen, um über die soziale Frage zu diskutieren. In dem Kreis der Zeitung stand jedoch „Hess mit seinen sozialistischen Ideen allein“ (Stommel 1949, S. 13). Er fühlte sich in der bürgerlichen Umgebung „fremd und verloren“ und konnte mit „Geldaristokraten“ nicht ohne Probleme leben (Silberner 1964, S. 14). Während Marx 1842 noch ein Liberal und unverhüllter Antikommunist war, vertrat Hess in derselben Zeit „kommunistische Gedanken“ (RhBA II/1, S. 4). Er veröffentlichte Weitlings Aufsatz „Die Regierungsform des kommunistischen Prinzips“<sup>26</sup> aus der *Jungen Generation* vom August 1842 in der *Rheinischen Zeitung* vom 28. September 1842, sprach Weitlings Ideen „Genialität und Originalität“ zu und stellte ihn in der Zeitung vor (Hess 1961, S. 194).

Nach der Veröffentlichung Weitlings Artikel in der *Rheinischen Zeitung* vom Ende September 1842 wurde Hess in den Augen der deutschen Bourgeoisie endgültig verdächtig und war für das Blatt nicht geeignet. Der leitende Redakteur der *Augsburger Zeitung* kritisierte die Veröffentlichung Weitlings Aufsatz in der *Rheinischen Zeitung*, indem er schrieb, dass dieses Blatt mit dem Kommunismus sympathisiere. Die aus der Geschäftswelt stammenden

<sup>22</sup> Hansemann war ein Wollhändler, Fabrikant, Staatsmann und Wirtschaftspolitiker, der von März bis September 1848 in der preußischen Regierung in Berlin als Finanzminister tätig war.

<sup>23</sup> Als Bankier gehörte Camphausen dem Großbürgertum im Rheinland an. Er war von einer dringend notwendigen Umgestaltung der preußischen Monarchie zur Verhinderung einer Revolution überzeugt. Um der Gefahr einer Revolution der Arbeiter und Besitzlosen zu entgehen, wurde er von März bis Juni 1848 zum preußischen Ministerpräsidenten (Berghausen 1995, S. 45ff.).

<sup>24</sup> Die Garanten Dagobert Oppenheim und Georg Jung hatten enge Kontakte zu den führenden großbürgerlichen Kreisen und wichtigen Bankhäusern in der Stadt Köln. Sie nutzten diese Verbindungen bei der Gründung der *Rheinischen Zeitung* (Berghausen 1995, S. 47).

<sup>25</sup> Die Gründung der Zeitung wurde auch „von den preußischen Behörden begrüßt“, weil sie ein Gegenpol zum lokalen Monopolisten Kölnische Zeitung, die eine Neigung zum Katholizismus und rheinischem Partikularismus hatte, zu werden versprach (Nippel 2018, S. 14).

<sup>26</sup> Auch die in Hamburg herausgegebene Zeitschrift *Telegraph für Deutschland* veröffentlichte 1842 im Augustheft Weitlings Aufsatz „Die Regierungsform des kommunistischen Prinzips“. Der *Telegraph für Deutschland* repräsentierte „ein intellektuelles Zentrum“ der demokratisch/republikanischen Opposition in Deutschland. Um die Mitte der 1840er Jahre nahm sie „eine ausgesprochen radikale Tendenz“ an; sie widmete „der sozialen Frage breiten Raum“ und besprach „wohlwollend sozialistische Bestrebungen“. Zu den Hauptmitarbeitern der Zeitschrift gehörte bis Frühjahr 1845 Weitlings Genosse Georg Schirges (1811–1879), der 1841 nach Hamburg kam und Mitarbeiter der *Börsen-Halle*, der *Jahreszeiten* und des *Telegraphs* wurde. „Offenbar Schirges ist es zu danken“, so Andréas/Mönke, „daß der *Telegraph* zahlreiche Berichte über die Arbeiterbewegung, Auszüge aus kommunistischen Schriften und Adressen“ des *Bundes der Gerechtigkeit* brachte (Andréas/Mönke 1968, S. 135f.).



„vernünftigen“ Aufsichtsratsmitglieder, die nur für die wirtschaftlichen Interessen ihrer Geldgeber engagiert waren, reagierten auf die Veröffentlichung Weitlings Artikel in der *Rheinischen Zeitung*, indem sie Hess sofort ausbooteten und den willigen 24-jährigen Marx, der sich dafür Georg Jung und Dagobert Oppenheim „selbst angeboten“ hatte (Nippel 2018, S. 15), am 1. Oktober 1842 zum Chefredakteur der *Rheinischen Zeitung* mit einem Jahresgehalt von 600 Talern ernannten (Asmus 1977, S. 153ff.).

Marx nahm am 16. Oktober 1842 in seinem ersten Artikel, den er als Redakteur der *Rheinischen Zeitung* schrieb, zum ersten Mal öffentlich zum Kommunismus Stellung und gewann dadurch im Gegensatz zu Hess das volle Vertrauen der Bourgeoisie. Er wies in seinem Artikel die Kritik des leitenden Redakteurs der *Augsburger Allgemeinen Zeitung*, die *Rheinische Zeitung* sympathisiere mit dem Kommunismus, entschieden zurück und kündigte dagegen an, den Kommunismus theoretisch zu bekämpfen, da die „eigentliche Gefahr“ in der „*theoretische[n] Ausführung*“ der kommunistischen Ideen liege. Nach Marx könne man auf praktische Versuche „durch *Kanonen* antworten, sobald sie gefährlich werden“, aber die Ideen, die deutsche Intelligenz besiegen und ihre Gesinnung erobern, seien „Ketten, denen man sich nicht entreißt, ohne sein Herz zu zerreißen“, das seien „Dämonen“, welche der Mensch nur besiegen könne, indem er sich ihnen unterwerfe (MEW 1, S. 108).

Für den Kommunismus hatte Marx gewiss „keine Sympathien“ (Silberner 1964, S. 32). Als Chefredakteur hatte er es aus eigener Überzeugung abgelehnt, Kommentare mit sozialistischen Tendenzen in der Zeitung abzdrukken. Solange er Chefredakteur sei, würde er „das Einschmuggeln kommunistischer und sozialistischer Dogmen“ unbarmherziger zensieren als der „Zensor“, wie er in einem Brief vom 30. November 1842 an Arnold Ruge seine politische Haltung offenlegte (MEW 27, S. 412). Als „doktrinärer Mittelpunkt“ des Blattes wollte Marx eifrig die Zeitung von allen kommunistischen Ideen freihalten, denn er erwartete nur von der Bourgeoisie „eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse“ und glaubte daran, dass die Konfrontation zwischen „Habenichtsen“ und der Mittelklasse „friedlich“ ablaufen könnte (RhBA II/1, S. 277).

*Die Rheinische Zeitung* trat unter Marx' Leitung konsequent „für eine konstitutionelle Regierung“ auf. So gewann Marx in kurzer Zeit das Vertrauen der Bourgeoisie und trennte sich zunächst einmal im Interesse des deutschen Großbürgertums „von seinen junghegelianischen Gefährten, denn diese übten ihre zunehmende Kritik an den bestehenden Zuständen“ aus (Schraepfer 1972, S. 128). Marx war „als Sprecher des Kapitals“ und „als Leiter seiner Presseorgane“ sehr erfolgreich (Khella 1995, S. 134) und erfüllte seine Aufgabe recht gut.

Nachdem er die Redaktion übernahm, verdoppelte sich sofort der Aktienanteil der Großbourgeoisie, und die Abonnentenzahl des Blattes stieg binnen weniger Monate von 885 auf 4.000 (Hubmann 2009, S. 162).

Als Marx Redakteur des Blattes war, schrieben die Vertreter der Bourgeoisie, wie Camphausen, Hansemann, Oppenheim, Mevissen und Heinrich Claessen, die Marx alle auch persönlich kannte, für die Zeitung. Mevissen lieferte im Jahre 1842 „der *Rheinischen Zeitung* eine Reihe von Aufsätzen über englische Zustände, rheinische Autonomie, rheinische Kommunalverfassung etc.“. Auch Camphausen war einer ihrer Mitarbeiter und „dem ganzen jüngeren Kreis nahe befreundet“ (RhBA II/1, S. 330ff.). Camphausen, der während der Revolution von 1848/1849 „am weitesten“ gewillt war, der preußischen Regierung entgegenzukommen (Repgen 1955, S. 14), stand mit Marx „in recht engem Verhältnis“. Unter Marx' Leitung war also die von den „großbürgerlichen Interessenten gewünschte politisch-praktische Tendenz“ in der *Rheinischen Zeitung* „dominierend“, und das Blatt wurde in ganz Deutschland zum „Inbegriff der bürgerlichen Oppositionspresse“ (Asmus 1977, S. 153ff.).

Silberner schreibt, dass Moses Hess 1842 im Gegensatz zu Marx seine Hauptaufgabe darin sah, in die liberale *Rheinische Zeitung* die kommunistischen Ideen einzuführen. Das war eine schwere Aufgabe für Hess, denn außer ihm waren alle Mitarbeiter des Blattes, vor allem aber Marx, „Gegner des Kommunismus“, und deswegen durfte das Wort „sozial“ nicht ausgesprochen werden (Silberner 1964, S. 25). Während Hess kommunistisch-sozialistische Ideen in die Zeitung einzuführen versuchte, verbot ihm Marx als Vertrauensmann der Bourgeoisie seine Schriften (RhBA II/1, S. 389).

Wie bereits erwähnt wurde, veröffentlichte der Schweizer Lokalmagistrat und konservative Politiker Bluntschli im Jahr 1843 Weitlings beschlagnahmte Schrift unter dem Titel *Die Kommunisten in der Schweiz nach den bei Weitling vorgefundenen Papieren, wörtlicher Abdruck des Kommissionalberichtes an die Hohe Regierung des Standes Zürich*.<sup>27</sup> So trug Bluntschli ungewollt zur kommunistischen Propaganda bei, da er bei der Abfassung des Berichtes das Wesentliche aus den beschlagnahmten Manuskripten und Unterlagen Weitlings wörtlich in das Protokoll aufgenommen hatte. Weitlings Mitarbeiter August Becker schreibt 1843:

---

<sup>27</sup> Das Buch fand einen erheblichen Absatz und wurde sogar schon bald neu aufgelegt. Die Käufer waren vor allem Arbeiter. Denn wenn diese Druckschrift von Spitzeln oder der Polizei bei Verdächtigen gefunden wurde, konnte daraus kein Vorwurf gemacht werden, da es sich um eine amtliche Druckschrift handelte. Nach der Veröffentlichung dieses Berichts wurde Weitlings Kommunismus „in politischer Hinsicht zum Schreckgespenst“ (Herres 2018, S. 60).

Ja, ihr Arbeiter, der Schneidergeselle Weitling hat dem Staatenretter Bluntschli einen Maulkorb angelegt, er hat ihm gezeigt, daß man den Religionsspieß zur Abwechslung auch einmal herumdrehen könne. Die Gefahr, ihr Züricher! ist vorbei! Darum lobet Alle den Herrn Weitling!“ (Becker 1843, S. 50).

Moses Hess' Dankadresse an Bluntschli im August 1843 bestätigt, dass dieser wider seinen Willen bei der Verbreitung des Kommunismus in Deutschland durch seinen Bericht über die Kommunisten in der Schweiz große Hilfe geleistet hatte:<sup>28</sup>

Stein hat den französischen Sozialismus bei den Deutschen, Bluntschli hat den deutschen Sozialismus bei den Regierungen denunziert. Die beiden Jünger der alten Borniertheit verfehlten ihren Zweck so sehr, dass sie verhinderten, was sie bewirken wollten, nämlich die Angst vor dem Sozialismus, und bewirkten, was sie verhindern wollten, nämlich seine Verbreitung (Hess 1843; zit. nach Zlocisti 1921, S. 122).

Hess amüsierte sich mit Bluntschli, indem er ihm wegen seiner Beihilfe zur Verbreitung des Kommunismus in der Schweiz und in Deutschland eine Dankadresse schrieb:

Sie haben sich durch die erwähnte Schrift, wenn auch wider Willen, um die Sache des Kommunismus große Verdienste erworben. Durch die Verbreitung Ihrer Schrift in den Schweizer Kantonen und in den deutschen Staaten sind die Unwissenden, ja selbst die Unwilligen zu einer schärferen Diskussion und Betrachtung getrieben worden. In Betrachtung nun, dass öffentliche Verfolgungen gegen ein Prinzip nur für dasselbe Propaganda machen, votieren wir Ihnen in pleno unseres Ausschusses einen feierlichen Dank für Ihre Publikation. Auch er bieten wir uns, Aktenstücke zur Vervollständigung Ihres Kommunistengemäldes mitzuteilen, falls eine zweite Ausgabe Ihres vielgelesenen Schriftchens nötig werden sollte (ebd., S. 122f.).

Für Hess sind die Zwecke der Kommunisten durch die Veröffentlichung dieses Berichts mehr gefördert als gehemmt worden. Die deutsche Kommunistengesellschaft habe sich in kurzer Zeit um ca. 300 neue Mitglieder vermehrt, und die ehemalige republikanische deutsche Assoziation sei ganz kommunistisch geworden (ebd., S. 123). Auch Otto Brugger sah die „höhnischen Dankadressen“, die „die deutschen Kommunisten in Paris und in London an Dr. Bluntschli“ gesandt hatten, als ein Zeichen dafür, dass Bluntschlis Bericht „einen solchen Erfolg“ unter den deutschen Arbeitern und Besitzlosen haben könne (Brugger 1932, S. 189).

---

<sup>28</sup> Auch die in Hamburg herausgegebene Zeitschrift *Der Telegraph für Deutschland* schrieb im September 1843 in der Nummer 150, 152 und 155 in der Artikelserie *Dr. Bluntschli und die Communisten*, dass Bluntschli mit der Veröffentlichung Weitlings Schriften das bare „Gegenteil“ erreicht habe, was er damit eigentlich beweisen wollte: <https://digitale-sammlungen.llb-detmold.de/periodical/pageview/6964713> (abgerufen am 20.12. 2021).

### 3. 1843: Strategiedebatten im Bund der Gerechtigkeit: Revolution oder Reform

Im Jahr 1843 beginnen im *Bund der Gerechtigkeit* die Debatten über die Strategie und Taktik der Revolution. Der von Bluntschli veröffentlichte Briefwechsel der Sektionen des *Bundes der Gerechtigkeit* zeigt, dass im *Bund* Einwände gegen revolutionäre Ansichten Weitlings erhoben wurden. Dabei handelt es sich um die von Bluntschli beschlagnahmten Antwortschreiben zweier Korrespondenten, die im Frühjahr 1843 vor Weitlings Verhaftung verfasst worden waren (Bluntschli 1843, S. 106ff.).

Im ersten Brief vom 19. Februar 1843 aus Paris äußerte Hermann Ewerbeck (1816–1860) sein Argument gegen Weitlings Revolutionstheorie, die die Gewaltmittel zur Verwirklichung der Revolution legitimierte. Dagegen appellierte Ewerbeck an „Ehre“ und „Gewissen“ der Menschen. Seiner Ansicht nach müssten Kommunisten für die Verwirklichung des Kommunismus die Mittel verwenden, die die Menschen „veredeln“, und nicht „unmoralisch“ seien. Er lehnte Weitlings Revolutionstheorie ab, weil sie nach seiner Meinung die Mehrheit des Volkes vom Kommunismus abstoßen würde. Dagegen schlug er Weitling vor, Étienne Cabet (1788–1856) zu studieren, da dieser von „solchen Dingen“, die gerade Weitling propagiere, „nichts wissen“ wolle (BdK 1, S. 158ff.). Offenkundig stand Ewerbeck Anfang der 1840er Jahre selbst unter starkem Einfluss Cabets. Seine „Furcht vor dem plündernden Proletariat“ beinhaltete in sich doch auch die Furcht „vor einer Revolution“ (Breuille 1989, S. 150). Im zweiten Brief vom 21. Februar 1843 aus Paris, dessen Verfasser unbekannt ist, wurde Weitlings Revolutionstheorie ebenfalls kritisiert. Der Verfasser des Briefes betrachtete die städtischen Besitz- und Arbeitslosen, die Weitling in seinem Werk *Garantien* durch Legitimation der Konfiskation in die revolutionäre Bewegung zu integrieren suchte, als „Halunken“ und „Auswurf der Menschheit“ (Bluntschli 1843, S. 111f.).

Aus den bis 1843 überwiegend schriftlich durchgeführten politischen Auseinandersetzungen ist zu erkennen, dass Weitling der Pariser und Londoner Gemeinde des *Bundes der Gerechtigkeit* vorschlug, auch die Konfiskation des Privateigentums durch ärmere Klassen als revolutionäre und berechtigte Aktion zu legitimieren, um dadurch das sogenannte „Lumpenproletariat“ für die Revolution zu gewinnen (ebd., S. 106ff.).

Weitling entwickelte seine Revolutionstheorie stets „in intensiver Auseinandersetzung mit der ihn umgebenden Wirklichkeit“ (Marsiske 1990, S. 17). So suchte er mit seiner Theorie eine revolutionäre Antwort auf die Probleme des Proletariats des 19. Jahrhunderts zu formulieren, die den Kommunismus zur „Massenbewegung“ öffnen könnte, und stützte sich dabei auf die Erfahrungen der neobabouvistischen Strömungen der 1840er Jahre in Frankreich (Meyer 1999,

S. 257ff.). „Weitlings revolutionärer Arbeiterkommunismus“ wurde nach Meyer „vor dem Hintergrund der sozialen Bewegungen“ seiner Zeit formuliert, zu denen „die massenhafte Delinquenz der Unterklassen und die Subsistenzunruhen der ländlichen und städtischen Armut“ ebenso gehörten wie „die Koalitionen und Aufstände der Arbeiter“ (ebd., S. 267f.). Es ist daher festzustellen, dass Weitling mit seiner Revolutionstheorie eine Konsequenz aus der Aussichtslosigkeit der offenen Straßen- oder Barrikadenkämpfe von 1839 in Paris zu ziehen versuchte, ohne in „Reformismus und Aufklärungskonzepte“ zu verfallen (ebd., S. 267).

Dagegen vertrat vor allem die Londoner Bundesgemeinde in den schriftlich durchgeführten Diskussionen von 1842/1843 „den pazifistisch- und aufklärerischen Kommunismus“ (Brandenburg 1977, S. 112). Sie predigte einen friedlichen und auf einer langfristigen Aufklärungsarbeit basierenden Kommunismus und lehnte Weitlings Revolutionstheorie ab. Denn die misslungenen Revolutionsversuche und insbesondere die Niederschlagung des Revolutionsversuchs von 1839 in Paris hatten also zur Folge, dass sich pazifistische Gedanken in Bezug auf die politische Strategie und Taktik der Kommunisten in den folgenden Jahren insbesondere in der Londoner Bundesgemeinde ihre Anfänger fanden (Mader 1989, S. 40f.).

In den Bundesgemeinden in der Schweiz, Frankreich und Deutschland, in denen der revolutionäre Einfluss Weitlings „stärker fühlbar war“ (Rytkönen 1979, S. 103), fand dagegen die pazifistisch/aufklärerische Lehre fast kaum Platz. Nach der Verhaftung Weitlings im Jahr 1843 wurden die hauptsächlich schriftlich durchgeführten politischen Diskussionen im *Bund der Gerechtigkeit* um ein kommunistisches Programm für die Arbeiterbewegung unterbrochen (Barnikol 1929, S. 279). Die politischen Debatten setzten sich erst nach Weitlings Entlassung aus der Haft und seiner Ankunft Ende August 1844 in London fort, die noch zu behandeln sind.

#### **4. 1844: Marx/Engels' „Geschäft“ mit „wissenschaftlichem“ Kommunismus**

Marx ging Ende 1843 nach Paris, um mit den nationalökonomischen Studien zu beginnen, nachdem die liberal-bürgerliche *Rheinische Zeitung* von der preußischen Regierung verboten worden war. Um dem selbstständigen Auftreten der Arbeiter mit einem eigenen, über die Forderungen des Bürgertums hinausgehenden Programm vorzubeugen, fing er in Paris mit seinen Studien an. Da die Angst der Bourgeoisie wuchs, dass die bevorstehende Revolution in Deutschland „eine Pöbelrevolution“ werden könnte (Obermann 1955, S. 53), eilte Marx, in Paris einen bourgeoisiefreundlichen Kommunismus zu erfinden.

Laut eines Briefs von Marx' Schwiegermutter Caroline von Westphalen vom 17. Oktober 1843 an ihre Tochter Franziska von Westphalen sei Marx mit seiner Frau wegen eines Geschäfts auf dem Weg nach Paris gewesen:

Welchem Geschäft er sich dort zu widmen beabsichtigt, schreibt sie mir nicht, nur soviel fügt sie hinzu, daß es ein großes Unternehmen sei, an dem sehr viele angesehene Kaufleute in Cöln Theil nähmen (Gemkow 2008, S. 522).

Marx begann in Paris mit seinem „Geschäft“, an dem „viele angesehene Kaufleute“ aus Köln teilnahmen. Zuerst schrieb er für die von Arnold Ruge herausgegebene Zeitschrift die *Deutsch-Französischen Jahrbücher*. Bei der Herausgabe dieser Zeitschrift erklärten sich „Kaufleute in Cöln“ für die finanzielle Hilfe bereit. Die Ankündigung des Geldes wurde „in Folge einer langen Debatte“ unter Kaufleuten verfasst. Hier hieß es, Marx' spezielle Freunde seien fast alle „einstimmig der Meinung gewesen“, dass die „Geldsendung“ an Marx „einzig und allein“ dazu bestimmt sein solle, ihn persönlich für die Opfer, die er „unserer gemeinschaftlichen Sache“ gebracht habe, zu entschädigen. Georg Jung wollte zwar, dass Marx die Summe (1.000 Taler) nur „für die Erhaltung der Schrift“ anwenden müsse. Er konnte sich jedoch mit seiner Meinung nicht durchsetzen; denn der Großbürger Gustav Mevissen schrieb in einem Brief vom 20. März 1844 an Jung, dass die Geldsendung an Marx nicht als „Unterstützung“ gedacht werden solle, da sie so „unpraktisch und zwecklos“ sei. Der Großbürger Mevissen selbst betrachtete die Geldsendung an Marx logischerweise als ein bürgerliches „Unternehmen“ mit ihm. Gerade deswegen könne dieses „Unternehmen“ nicht als „Unterstützung“ gesehen werden. Die Geldsendung an Marx müsse also „kaufmännisch anders betrieben werden“ (Dowe 1970, S. 57f.).

Die „vermögenden Arbeitgeber und Gönner“ von Marx entschädigten ihn also „durch eine großzügige Umlage“ in den Jahren seines Exils in Paris (Koenen 2017, S. 237). Trotzdem brachte die Geldsendung des Kölner Großbürgertums zu *Deutsch-Französischen Jahrbüchern* keinen Erfolg. Denn die Herausgeber der Zeitschrift, bei der u.a. Heine, Herwegh, Jacoby, Marx, Engels und Ruge mitarbeiteten, erfuhren von Seiten der deutschen Kommunisten und der französischen Intellektuellen „eine Ablehnung“ (Ball 1919, S. 146). Sie hatte in Paris weder bei den deutschen noch bei den französischen Kommunisten Anklang gefunden und musste bald mit der Publikation aufhören.

Marx beteiligte sich kurz danach an der Redaktion des in Paris erscheinenden deutschen Wochenblattes *Vorwärts*, das auch ein weiteres „konstitutionelles Oppositionsblatt“ des

Bürgertums war (Schraepler 1972, S. 139f.).<sup>29</sup> Das Blatt schrieb im Untertitel, dass es eine „*Pariser Signale aus Kunst, Wissenschaft, Theater, Musik, Literatur und geselligem Leben*“ werde. Marx wollte auch in diesem Blatt, wie er 1843 in einem Brief an Ruge schrieb, keine „dogmatische Fahne“ des „wirklich existierenden Kommunismus“, nämlich die Lehren von „Cabet, Dezamy, Weitling etc.“, die er für „eine dogmatische Abstraktion“ halten wollte, nicht „aufpflanzen“. Die Aufhebung des Privateigentums und der Kommunismus lagen nicht in seinem Interessengebiet. Marx wollte sich „um die andre Seite, um die theoretische Existenz des Menschen“ kümmern. Er wollte nämlich die „Religion, Wissenschaft etc. zum Gegenstand“ seiner Kritik machen. Da der ideologische Kampf der deutschen Bourgeoisie sich gegen Religion und Kirche richtete, die das Bürgertum als die wichtigsten ideologischen Stützen des Feudalsystems betrachtete, bildeten sie auch in den Augen von Marx „das Hauptinteresse des jetzigen Deutschlands“ (MEW 1, S. 344).

Die Partnerschaft mit Ruge<sup>30</sup> schlug sich im Frühling 1844 in Feindschaft um, nachdem Marx ausgerechnet in diesem Jahr entdeckt hatte, dass er mit seinen ‚kommunistischen‘ Schriften Geld verdienen könnte.

Marx brauchte immer große Mengen an Geld. Denn es ist längst kein Geheimnis mehr, dass er einen verschwenderischen Lebensstil führte. Schon in seinen Studienzeiten lebte Marx gern auf großem Fuß. Während seines Studiums in Berlin musste sein Vater in einem Brief vom 9. Dezember 1837 seinem neunzehnjährigen Sohn schreiben<sup>31</sup>: „Als wären wir Goldmännchen,

---

<sup>29</sup> Der *Vorwärts*, ein zweimal in der Woche erscheinendes „konstitutionelles Oppositionsblatt“, wurde von Heinrich Börnstein, einem geschickten Geschäftsmann und Theateragenten, herausgegeben. Zu den Geldgebern des Blattes zählte u.a. der Komponist und königliche Generalmusikdirektor in Berlin, Giacomo Meyerbeer, der am preußischen Hofe sehr angesehen war (Schraepler 1972, S. 139f.).

<sup>30</sup> Als Mitglied einer verbotenen Verbindung wurde Arnold Ruge 1824 verhaftet. Nach einem Jahr Untersuchungshaft wurde er 1826 zu einer 15-jährigen Festungsstrafe verurteilt. Ruge wurde durch den König im Frühjahr 1830 begnadigt. Er hatte sich auch in der Revolution von 1848/1849 stark engagiert und wurde als Vertreter der radikalen Linken in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt, weswegen er ab 7. Juli 1849 vom vereinigten Kriminalamt der Stadt Leipzig „wegen aufrührerischer und hochverräterischer Handlungen“ steckbrieflich gesucht wurde (Wermuth/Stieber 1854, S. 107).

<sup>31</sup> Marx studierte erst an der Bonner und kurz danach an der Berliner Universität. Es liegt aber alles „im Dunkeln“, welche Vorlesungen und Seminare er insbesondere in Berlin belegt hatte. Es ist dagegen aktenkundig bekannt, dass Marx am 6. April 1841 seine Dissertation seltsamerweise an die Fakultät in Jena übersandte, wo er jedoch nicht studierte. Noch seltsamer war es, dass eine Woche darauf die Fakultät die vorgelegte Dissertation schon „einstimmig“ angenommen hatte. So wurde Marx am 15. April 1841 „in absentia“ promoviert. Auch die Übersendung des Diploms erfolgte „bereits 3 Tage“ darauf (Grünberg 1926, S. 232ff.). Marx promovierte also nicht in Berlin, wo er studiert hatte, sondern in Jena, wo er am leichtesten durchkam. Er machte an der Jenaer philosophischen Fakultät seine „Promotion in absentia“ und ließ sich lieber eine Pseudo-Doktorurkunde per Post aus Jena schicken (Rasche 2013, S. 198), da er „nicht durch die Leistung, sondern mit Geld ‚den Doktor‘ erwerben“ wollte (Schroeder 2018, S. 9ff.). Wohl aus diesem Grund publizierte er auch später nie seine Promotionsarbeit. Seltsamerweise ist das Original der Marx’schen Doktorarbeit verschollen. Was allein noch existiert, ist eine von unbekannter Hand angefertigte Abschrift, die 1927 als Vorlage für die Erstveröffentlichung der Arbeit im Rahmen der historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) diente. Im Druck kam die Doktorarbeit von Marx lediglich auf 144 Seiten (MEW 40, S. 257ff.).

verfügt der Herr Sohn in einem Jahre über beinahe 700 Taler gegen alle Abrede, gegen alle Gebräuche, während die Reichsten keine 500 ausgeben“ (MEW 40, S. 639). Sein Vater schreibt später auch folgendes: „So sind wir jetzt im vierten Monat des Justizjahres und schon hast Du 280 Thaler gezogen. So viel habe ich diesen Winter noch nicht verdient“. Der Vater war also wegen des verschwenderischen Lebensstils seines Sohnes verzweifelt, da er nicht den reichen Menschen angehörte und noch dazu 7 Kinder und eine Frau zu Hause zu ernähren hatte.

Marx' Schwäche für das Geld war bei allen bekannt. Das machte ihn für die Forderungen der Bourgeoisie empfänglich. Auch Marx sah selbst in der Angst der Bourgeoisie vor dem existierenden revolutionären Kommunismus, der in derzeit unter den arbeitenden Klassen und Besitzlosen eine konkrete Macht war, für sich eine Gelegenheit. Karl Heinzen schreibt, dass der Kommunismus für Marx „der ‚avancierteste Standpunkt‘“ war, um mit seinen ‚kommunistischen‘ Schriften Geld verdienen zu können (Heinzen 1874, S. 432). Marx gab sich also als Kommunisten aus, weil das Geschäft mit dem sogenannten „wissenschaftlichen“ Kommunismus für ihn sehr lukrativ war. Der Großbürger Gustav Mevissen betrachtete die Geldsendung seiner Klasse an Marx als ein bürgerliches „Unternehmen“ mit ihm. Gerade deswegen bezeichnete er die Geldsendung an Marx logischerweise als „kaufmännisch[es]“ Unternehmen (Dowe 1970, S. 57f.).

Nach der Beendigung der Zusammenarbeit mit Ruge startete ein „Bewunderer von Marx aus Köln“ für ihn eine Geldkampagne, die Marx etwa 7.000 Frank einbrachte.<sup>32</sup> Mit dieser Summe hätten Marx und seine Familie in Paris „mehrere Jahre sorglos“ leben können (Mäuer 2007, S. 27). Da die preußische Regierung jedoch seine Ausweisung aus Frankreich durchgesetzt hatte, musste er Anfang 1845 nach Brüssel übersiedeln. Hier beschäftigte er sich weiter mit der politischen Ökonomie, um einen für das Großbürgertum ungefährlichen, von ihm akzeptierten und finanziell unterstützten Weg zu einem bourgeoisiefreundlichen Kommunismus auszuarbeiten.

In der gleichen Zeit, im Februar 1844/1845, beteiligte sich Engels an „kommunistischen“ Versammlungen in Elberfeld, an denen mehrere „angesehene Bürger und Beamten Elberfelds“ teilnahmen. Zu diesen Versammlungen wollten auch die Proletarier einmal „eine Deputation

---

<sup>32</sup> Im Jahr 1844 machte der durchschnittliche Jahresverdienst eines Bergarbeiters in Frankreich etwa 551 Frank (Tyszka 1914, S. 6ff.). In Deutschland verdiente ein Arbeiter um 1850 wöchentlich 2 bis 3 Taler. Sein Jahresgehalt war mindestens 100 Taler (Engelsing 1966, S. 79). Marx gab „100 Taler“ (MEW 27, S. 129), was etwa dem Jahreseinkommen von einem Arbeiter entsprach, auf seiner dreiwöchigen Reise im August/September 1848 nach Berlin und Wien aus.



von vier Personen aus ihrer Mitte“ absenden, „welche ihnen über die communistischen Debatten Bericht abstaten sollten“. Ihr Auftreten wurde jedoch sogleich von den staatlichen Behörden verboten (Rheinische Jahrbücher 1845, S. 36), während Engels mit den angesehenen Bürgern und Beamten Elberfelds öffentlich über den „Kommunismus“ auf diesen Versammlungen debattierte.

In seinen Redebeiträgen warnte er die „Bürger und Beamten Elberfelds“ vor den Gefahren einer „socialen Revolution“ und erklärte ihnen, wie sie vorgebeugt werden könne. Eine „sociale Revolution“ sei nach Engels „der offene Krieg der Armen gegen die Reichen“, und solch ein Kampf drohe „heftiger und blutiger werden zu wollen als alle seine Vorgänger“ (ebd., S. 78f.). Wenn also „die Brodlosigkeit“ so weiter steige, bestehe die Gefahr eines „praktische[n] Communismus.“ Deswegen, so schlug Engels den angesehenen Bürgern und Beamten Elberfelds vor, „werden wir uns vor allen Dingen mit den Maßregeln zu beschäftigen haben, wodurch wir einer gewaltsamen und blutigen Umwälzung der socialen Zustände vorbeugen können.“ Und da gebe es „nur ein Mittel“, nämlich „die friedliche Einführung oder wenigstens Vorbereitung des Communismus“:

Wollen wir also nicht die blutige Lösung des socialen Problems, wollen wir nicht den täglich größer werdenden Widerspruch zwischen der Bildung und der Lebenslage unserer Proletarier sich bis zu der Spitze steigern lassen, wo nach allen unseren Erfahrungen über die menschliche Natur die brutale Gewalt, die Verzweiflung und Rachgier diesen Widerspruch lösen wird, [...] dann müssen wir es uns angelegen sein lassen, das Unsrige zur Vermenschlichung der Lage der modernen Heloten beizutragen (ebd., S. 80f.).

Während Engels die „Bürger und Beamten Elberfelds“ vor der Gefahr eines „praktische[n] Communismus“ warnte, gab Moses Hess vom Mai 1845 bis zum Juni 1846 in Elberfeld als Monatshefte den *Gesellschaftsspiegel* heraus.<sup>33</sup> Hess war, wie alle anderen revolutionären Kommunisten, nicht gerade ein eifriger Befürworter der bürgerlichen Zivilisation. In einem anonym erschienenen Artikel im ersten Heft des *Gesellschaftsspiegels* wurde die „zivilisierte Welt“ der Bourgeoisie kritisiert. Der politische Liberalismus biete keine Lösung der arbeitenden Klassen, die gerade am meisten in den „freiesten“ Staaten Europas leiden. Die „freie Konkurrenz“, für die Marx/Engels sich leidenschaftlich einsetzten, wurde hier als die „letzte Ursache aller gesellschaftlichen Leiden“ bezeichnet (Silberner 1963, S. 91). Die Auflage

---

<sup>33</sup> Heinrich Bürgers und Roland Daniels, die „alten“ Freunde von Marx/Engels, beschwerten sich über die „Flausen“ von Hess in einem Brief vom 11. August an Marx, dass dieser ganz verrückt über die hiesige „Revolution“ sei (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 282f.).

der Zeitschrift war nicht groß, sie war aber unter den Werktätigen des Rheinlands sehr populär und wurden meistens von ihnen gelesen (ebd., S. 97).

Weitling bezeichnete 1845 den *Gesellschaftsspiegel* als „die Kommunistische Zeitung“ (BdK 1, S. 230). Die Zeitschrift beschrieb ihren Zweck im Untertitel, ein „Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart“ zu sein. Sie setzte sich zum Ziel, alle Krankheiten des gesellschaftlichen Körpers zu analysieren, die sozialen Verhältnisse aller Klassen zu beleuchten. Dabei solle die Lage der arbeitenden Klassen besonders berücksichtigt werden, da sie das Schlimmste sei. Daher mache sich das Blatt zur Pflicht, die Vertretung der schutzlosen arbeitenden Klassen gegen die Macht und die Übergriffe der Kapitalisten zu übernehmen (Silberner 1963, S. 88f.).

Wie bereits erwähnt wurde, widmete sich Marx 1845 in Brüssel den bürgerlichen nationalökonomischen Studien weiter. Er rezipierte hier zielklar und konsequent die philosophische, staatsrechtliche, ökonomische und historische Literatur von bürgerlichen Quellen. Denn Marx' Freunde erwarteten von ihm „sehnlichst“ seine „Nationalökonomie“ (BdK 1, S. 287). Für die Studien ermutigte Joseph Weydemeyer (1818–1866) in einem Brief von 30. April 1846, der auch „eine Bourgeois-Broschüre“ wie Marx schreiben wollte, dass dieser mit seiner „Nationalökonomie recht bald fertig“ sein solle. Marx solle Weydemeyer nur Bescheid sagen, wie es mit seinen Geldverhältnissen aussehe und wieviel Geld er haben wolle (ebd., S. 314).

Weydemeyer besuchte Marx in Brüssel und schilderte in einem Brief vom 21. Februar 1846 an seine Verlobte Luise Lüning die genussvollen Tage und das sorglose Leben von Marx und seiner Familie in Brüssel, was sie nach einem „durchspielten Abend“ mit wenigen Stunden Schlaf gemeinsam unternommen hatten:

[Wir] verbummelten dann den folgenden Tag in Gesellschaft seiner Frau und seinem Schwager – gemeint ist Edgar von Westphalen – auf die kostbarste Weise. Des Morgens früh zogen wir erst in eine Bierkneipe, fuhren dann mit der Eisenbahn nach einem nahen Örtchen Villevoorde, wo wir zu Mittag aßen, und kehrten dann in der übermütigsten Laune mit dem letzten Zug wieder zurück (Andréas/Mönke 1968, S. 131).

Wie in Paris wurde auch in Brüssel der Lebensunterhalt von Marx und seiner Familie durch die Kölner und westfälische Bourgeoisie, wie Oppenheim, Mevissen, Camphausen, Dagobert und Jung, weiter finanziert. So besuchte ihn 1845/1846 in Brüssel „der wohlhabende Kölner Rentier“ Georg Jung, der öfter Marx Geld mitbrachte (Herres 2018, S. 59, 66). Ebenfalls David Oppenheim und Gustav Mevissen sandten Marx 1.000 Taler, um ihn „von der finanziellen Last“

zu befreien (RhBA II/1, S. 348). Auch Jenny Marx bekam 1845 in Brüssel nach der Geburt ihrer zweiten Tochter von ihrer Mutter Caroline von Westphalen die Haushaltgehilfin Helene Demuth als „das beste Geschenk, was sie ihr schicken könnte“ (Zimmermann 1984, S. 79).

### **5. 1845: Londoner Konflikt zwischen Weitling und Schapper**

Weitling versuchte am 25. Januar 1844 während des Gottesdienstes aus dem Züricher Gefängnis, in dem er monatelang in Einzelhaft saß, zu entfliehen, was ihm nicht gelungen war. Auf den 23. Mai 1844, den Tag Weitlings Freilassung, planten etwa 60 Kommunisten von Zürich, Vevey, Lausanne und Basel, ihn auf der Landstraße mit Gewalt zu befreien, um seine Auslieferung nach Deutschland zu verhindern. Da die staatlichen Behörden wohl durch ihre Spione über diese Befreiungsaktion erfuhren, wurde Weitling zwei Tage vorher, also am 21. Mai 1844, um 4.00 Uhr, aus dem Gefängnis abgeführt und mit Gewalt in einen geschlossenen Wagen geschleppt. Er zerschlug zwar im Wagen die Scheiben, um sich zu befreien. Ihm wurden aber Hände und Füße gebunden, sodass er an die Preußen ausgeliefert werden konnte (Schwetz 1944/1945, S. 30). Laut *Telegraphen für Deutschland* wurden auch 60 deutsche Kommunisten „ohne gerichtliche Vernehmung“ aus dem Kanton Zürich verwiesen (Seidel-Höppner 2014, S. 1648f.).

In Preußen „scheute man sich“, mit einem so „gefährlichen Apostel des Kommunismus das Heer zu ‚verseuchen‘“, man ließ ihn also nach Magdeburg in seine Heimat ziehen (Buddensieg 1934, S. 20). Weitling wurde auch dort von den Behörden geschunden und eingesperrt, man verbot ihm den Besuch aller Herbergen und Wirtshäuser, ja sogar seiner Mutter. Obwohl sie in der Nähe von ihm wohnte, durfte er mit ihr nicht sprechen (Schlüter 1907, S. 60). Er wurde dann von Magdeburg nach Hamburg ausgeliefert. Die Zeitung des Hamburger Arbeitervereins gab 1844 eine Schilderung von Weitlings Transportierung aus der Schweiz nach Deutschland, nachdem er durch Befehl der preußischen Regierung von Hamburg nach London eingeschifft worden war:

Man knebelte ihm Hände und Füße, ja man verstopfte ihm den Mund, damit er nicht um Hilfe rufe. [...] In Baden und Württemberg fand Weitling von Seiten der Beamten eine mildere, in Bayern dagegen wieder eine verschärfte Behandlung. Man legte ihm hier Handschellen an und gab ihm von einem Bureau zum andern eine bewaffnete Eskorte mit [...]; er lebte eine Langzeit in Magdeburg auf freiem Fuß. Doch schien seine Anwesenheit und die Sympathien, welche er im Volke fand, Besorgnis zu erregen; man suchte sich seiner zu entledigen (Laufenberg 1911, S. 97).

Zwischen 18.–23. August 1844 blieb Weitling in Hamburg, kontaktierte in dieser Zeit die Mitglieder des *Bundes der Gerechtigkeit* und brachte seine im Gefängnis geschriebenen Gedichte zu Julius Campe, um sie drucken zu lassen, bevor er nach London abfuhr (Moritz 1981, S. 54). Weitling traf sich vor seiner Einschiffung nach England im August 1844 in Hamburg mit Georg Schirges, der bekanntlich die Zeitschrift der *Telegraph für Deutschland* redigierte.<sup>34</sup> Noch vor Ende des gleichen Jahres ergriff Schirges zusammen mit Joachim Friedrich Martens (1806–1877) von der Hamburger Bundesgemeinde die Initiative zur Gründung eines Bildungsvereins für Arbeiter in Hamburg. Der Arbeiterverein konstituierte sich im Februar 1845 und wurde sogleich kommunistischer Tendenzen beschuldigt (Andréas/Mönke 1968, S. 135f.).

Der *Telegraph für Deutschland* schrieb im September 1844 im Leitartikel, dass „eine Menge Volks“, darunter „ausgesehene Männer“ Magdeburgs, Weitling bis „zum Schiff“ begleitete (Seidel Höppner 2014, S. 1649). Nach der Ankunft Weitlings in London veranstalteten der deutsche Arbeiterverein, die französische kommunistische und die englische Owenisten-Gruppe am 22. September 1844 zum feierlichen Empfang Weitlings ein großes Fest, „um Wilhelm Weitling, den Führer der deutschen Kommunisten, willkommen zu heißen, der vor kurzem in diesem Land eingetroffen ist, nachdem er in der Schweiz und in Preußen wegen seiner Tätigkeit für die kommunistische Sache Gefängnishaft und Verfolgung erdulden mußte“ (BdK 1, S. 182). So berichtete die Londoner Wochenzeitschrift *The New Moral World* von der Ankunft Weitlings. Das Fest war die „erste größere öffentliche Versammlung in London“, bei der Arbeitervertreter verschiedener Nationen anwesend waren (Fehling 1922, S. 59).

Weitling hob hier besonders hervor, dass vor einiger Zeit das Wort des Kommunismus in der Literatur eine kleine „unkultivierte Pflanze in einer öden Wildnis“ gewesen sei. Aber jetzt „wimmeln“ in den Blättern die Kritiken und Berichte über Kommunisten und Kommunismus. Auch die deutschen Blätter, die längere Zeit die Berührung mit dem Kommunismus vermieden hätten, seien mit dem befüllt. Er setzte seine Rede wie folgt fort:

Unsere Philosophen der neuen Schule sind folglich Kommunisten, ja, sogar ein Teil unserer Widersacher beginnt, sich als Sozialisten zu bezeichnen, um vor der Öffentlichkeit in einem gefälligeren Gewand die Einseitigkeit ihrer Ideen über politische Reform zu verbergen (BdK 1, S. 183).

---

<sup>34</sup> In einem Konfidentenbericht stand, dass Georg Schirges der „Communisten-Partei“ angehöre. „Schirges ist [...] durch und durch Communist und webt für die Verwirklichung des communistischen Hirngespinstes“ (Österr. Staatsarchiv, Abt. Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Mainzer Informationsbüro, Bericht vom 18. April 1845, Nr. 814, fol. 568v.; zit. nach Andréas/Mönke 1968, S. 135f.).

Mit den „Philosophen der neuen Schule“, die vor kurzem „Widersacher“ der Kommunisten waren, aber gerade begonnen hatten, sich „als Sozialisten“ zu bezeichnen, meinte Weitling sicherlich Marx/Engels, da diese gerade in dieser Zeit anfangen, sich als philosophische Kommunisten zu nennen.<sup>35</sup>

Karl Schapper hielt ebenfalls auf dem Fest im September 1844 eine Begrüßungsrede, in der er Weitling deutlich zu verstehen gab, dass die neubabouvistisch/revolutionäre Lehre für den *Bund der Gerechtigkeit* nicht mehr beanspruchen könne, die zentrale Doktrin zu sein. Damit nahm Schapper die Auseinandersetzung von 1843 wieder auf. Ein Ausschnitt der in der Wochenzeitschrift *The New Moral World* erschienenen Begrüßungsrede verdeutlicht seine politische Richtung:

Die deutschen Kommunisten stimmten mit den englischen Sozialisten in der Auffassung überein, dass Gemeinschaften allein durch friedliche Mittel und freie Diskussion errichtet werden können. Sie benötigten nur Rede- und Veröffentlichungsfreiheit im Ausland, dann könnten sie des Erfolges sicher sein. [...] Ihre Sache sei die der Vernunft, Wahrheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit und könne nur durch deren Ausbreitung verwirklicht werden (ebd., S. 184).

Die Meinungsunterschiede in den Reden von Weitling und Schapper sind nicht zu übersehen. Die Londoner Führung des *Bundes* hatte schon Anfang der 1840er Jahre die Chartisten, so Engels, „wegen des spezifisch englischen Charakters ihrer Bewegung als unrevolutionär“ betrachtet und deswegen beiseitegelassen. Engels legte jedoch größten Wert darauf, dass die Londoner Führung des *Bundes* der Chartistenbewegung näherkam. Er brüstete sich später, dass er sie mit Chartisten „in Verbindung“ gebracht habe (MEW 21, S. 210). Er machte also mit seiner Vermittlerrolle zwischen der Londoner Gemeinde des *Bundes der Gerechtigkeit* und der Chartistenbewegung Fortschritte, sodass Schapper in seiner Rede auf dem Fest von 1844 wagte, öffentlich Weitlings Rede zu widersprechen.

Ab 1843 beobachtete Engels die Chartistenbewegung mit äußerster Aufmerksamkeit und nahm in Manchester den Kontakt mit der Führung dieser Bewegung auf. Als ein ständiger Leser der Chartisten-Zeitung *Northern Star* lernte er George Julian Harney (1817–1897) kennen, der in der Redaktion dieser Zeitung arbeitete. Er bekundete Harney sein lebhaftes Interesse für die

---

<sup>35</sup> So schrieb Engels im November 1843 in seinem Artikel *Fortschritte der Sozialreform auf dem Kontinent* im Blatt der Chartisten *The New Moral World*, dass „die deutsche Philosophie“ [...] nach langen und mühseligen Umwegen schließlich und endgültig beim Kommunismus“ angelangt sei (MEW 1, S. 480ff.). Die „Partei“, der er angehöre, trete „für den Kommunismus“ ein. Sie sei „eine philosophische“, habe „in ihrem Ursprung weder mit französischen noch englischen Kommunisten“ zu tun und gehe „aus der Philosophie“ hervor (ebd., S. 492).

Chartistenbewegung und begann, für ihr Blatt zu schreiben. Im November 1843 schrieb Engels in einem Artikel in der owenistischen Zeitung *The New Moral World* Folgendes:

Was die besonderen Lehren unserer Partei betrifft, stimmen wir mit den englischen Sozialisten erheblich mehr überein als mit irgendeiner anderen Partei. Ihr System ist wie das unsere auf philosophischen Prinzipien gegründet; sie kämpfen wie wir gegen religiöse Vorurteile [...] von den englischen Sozialisten werden wir noch viel lernen müssen. [...] Außerdem darf ich sagen, daß ich englischen Sozialisten begegnet bin, mit denen ich fast in jeder Frage übereinstimme (MEW 1, S. 495f.).<sup>36</sup>

Dagegen habe Engels „Einwände“ gegen die französischen Blanguisten, weil sie die Regierung „mit Gewalt“ zu stürzen beabsichtigen. Und die französischen Kommunisten hätten ihre Gewaltbereitschaft gegen die Herrschenden in ihrem Land „durch ihre ständige Politik der Geheimbündelei bewiesen“ (ebd., S. 486), was Engels auch strikt ablehnte.

Weitlings Ankunft in London schaffte die Möglichkeit, über die längst vorhandenen und durch Engels' Einmischen verschärften Konfliktpunkte im *Bund der Gerechtigkeit* zu diskutieren. Max Nettlau berichtet, dass Weitling 1845 zu den Debatten ein aus 19 Fragen bestehendes Programm formulierte. Die Debatten fanden monatelang im Londoner Arbeiterverein statt. Die Mitglieder des *Bundes* diskutierten meistens in wöchentlichen Sitzungen (Nettlau 1922, S. 364), in denen die Fragen der Voraussetzungen und Verwirklichungsbedingungen der Revolution, sowie das Verhältnis von Aufklärung, Propaganda und revolutionärer Aktion behandelten. Nach Alexander Brandenburg zeige die Zentrierung der Diskussionen auf die Fragen nach der aktuellen Möglichkeit, den Kommunismus zu verwirklichen, nach der Notwendigkeit einer kommunistischen Revolution, auf die Probleme kommunistischer Aufklärung und Propaganda und auf die Frage nach der Entwicklungsrichtung kommunistischer Theoriebildung „die theoretische Leistungsfähigkeit“ der Führung des *Bundes* (Brandenburg 1977, S. 113f.). Schapper war bei den Debatten Weitlings Hauptgegner. Neben Heinrich Bauer beteiligten sich auch Joseph Moll und Hermann Kriege (1820-1850) aktiv an den Diskussionen. Aus dem Protokollbuch geht hervor, dass mehr als zehn Mitglieder des Londoner Arbeitervereins an den Debatten aktiv teilnahmen (BdK 1, S. 238f.).

---

<sup>36</sup> Engels schmeichelte Weitling in demselben Artikel vom November 1843 in der *New Moral World*, indem er ihn als „Begründer des deutschen Kommunismus“ und als „Führer der Partei“ vorstellte. Engels vermutete, dass Weitling „zweifelloos sehr bald die ganze Arbeiterklasse Deutschlands vereinigen“ werde (MEW 1, S. 490ff.).

### 5.1. Schappers Reformismus gegen revolutionäre Linie Weitlings

Bei den Londoner Diskussionen fragten die Kommunisten nach der Erfüllung der gegenwärtigen Bedingungen einer kommunistischen Revolution und machten von der Beantwortung dieser Frage „die Bestimmung der Aufgaben“ des *Bundes der Gerechtigkeit* „in der nächsten Zukunft abhängig“ (Brandenburg 1977, S. 114). Es ging bei den Londoner Debatten von 1845 darum, auf der Basis einer politischen Bewertung der Gegenwart einen Plan für ein kollektives Handeln der Kommunisten in der bevorstehenden Revolution in Deutschland auszuarbeiten (Förder 1960, S. 54). Deutlich zeichneten sich zwei Linien in den Londoner Diskussionen ab. Auf der einen Seite standen Karl Schapper sowie Joseph Moll, Heinrich Bauer und die Mehrheit der Londoner Bundesgemeinde, auf der anderen Seite Wilhelm Weitling und Hermann Kriege.

Auf der Tagesordnung standen nicht Utopien und Systeme, sondern „die Aktualität einer kommunistischen Revolution“. Diese Aktualität wurde von der Führung der Londoner Bundesgemeinde jedoch infrage gestellt (Meyer 1989, S. 179). Schapper betrachtete die Verwirklichung des Kommunismus in der Gegenwart als unmöglich und begründete seine These mit den fehlenden Kenntnissen und dem „Mangel an Aufklärung“ (BdK 1, S. 216). Für ihn war der Kommunismus der Endpunkt und das Ergebnis eines Kampfes der Meinungen (ebd., S. 220). Dieser Meinungskampf ziehe zur Aufklärung der gesamten Menschheit und zur friedlichen Durchführung des Kommunismus fort. Den Grund für die Nichtverwirklichung des Kommunismus sah Schapper im „nicht gehörig“ ausgebildeten Verstand (ebd., S. 217). Die arbeitenden Klassen seien lange Zeit aus der Aufklärung ausgeschlossen. Aber zum Glück beginnen die Philosophen, so Schapper, endlich über den Kommunismus zu sprechen. Der Kommunismus könne nur durch den Kampf der Ideen in der Gesellschaft wurzeln und daher müsse zuerst die große Mehrheit „von der Wahrheit durchdrungen“ sein, dann mache sich alles von selbst (ebd., S. 218).

Schapper vertritt hier gegen Weitling die bürgerliche Aufklärungsideologie. Demnach solle zuerst die Menschheit durch Verbreitung von Wissen aufgeklärt werden. Seine Erklärungen zeigen eindeutig, dass er die friedliche Aufklärungspropaganda als ein besonders geeignetes Mittel für den Weg zur Überwindung des gesellschaftlichen Übels sieht.

Für Weitling war es doch ein Argument der Gegner, das Schapper ins Feld führte, dass die Menschheit für den Kommunismus nicht reif sei. Die „ewige Friedenspropaganda“ stumpfe nach Weitling „den Mut und den Eifer“ ab und sei daher „überhaupt höchst langweilig“. Die „Dornenkrone des Märtyrers“ hingegen gewinne mehr Herzen als alle „Lorbeerkränze“ der

Redner. Er lehne dabei die friedliche Propaganda nicht ab; er sei aber dafür, dass es neben der friedlichen Propaganda auch revolutionäre Aktionen geben sollte. Denn nach Weitling müssten die Kommunisten alle möglichen Mittel gebrauchen, um sich zu stärken, solange sie nur wenige seien (BdK 1, S. 226f.). Wenn jedoch die von Schapper ins Feld geführte Meinung allgemeine Unterstützung fände, sei all die bisherige Arbeit der Kommunisten für nichts:

Das heißt ein ewiges Verschieben von heute auf morgen, von morgen auf übermorgen; denn dasselbe, was von heute gilt, kann auch von morgen gelten. So drehen wir uns denn immer in der alten Leier und kommen zu nichts [...]. Die Menschheit ist notwendig immer reif oder wird es nie. Letzteres ist die Redensart unserer Gegner. Wollten wir ihr folgen, so müssten wir die Hände in den Schoß legen und warten, bis uns die gebratenen Tauben in den Mund fliegen (Nettlau 1922, S. 368).

Für Weitling ist es eine Zeitverschwendung, die Revolution bis auf die Aufklärung aller Menschen zu verschieben, denn es sei technisch unmöglich, die Menschheit vor der Revolution aufzuklären. Nach Weitling müssten die Kommunisten für den Kommunismus „ordentlich“ arbeiten, da „die bloße Propaganda hilft nichts“ (BdK 1, S. 218).

„Für Weitling“, schreibt Wolfgang Joho, „ist Schapper der Mann, der sich im entscheidenden Augenblick hinter Argumenten verschanzt und in sein geistiges Schneckenhaus zurückzieht“. Der „Kommunist Weitling“ grenze sich noch in einem anderen wichtigen Punkt von dem „Demokraten und Reformier Schapper“ ab: Er erkenne zu gut, was nur „Geistesrevolutionäre und nur philosophisch Radikale“ leicht vergessen, dass die geistige Befreiung eine materielle Befreiung voraussetze (Joho 1932, S. 106). Weitling betonte in der Debatte mit Schapper ausdrücklich, dass ohne „Essen und Trinken“ keine Aufklärung möglich sei: „Dem Hungrigen von Aufklärung predigen ist Unsinn“ (BdK 1, S. 223f.). Die „Reichen und Gelehrten werden dem Kommunismus huldigen“, setzte Weitling seine Rede fort, jedoch wenn „der Reiche auch gut für den Kommunismus“ spreche, so sei es ihm doch nicht ganz recht, denn die „Nichtsbesitzenden haben das meiste Interesse für den Kommunismus“ (ebd., S. 232).

Gegen die Tendenzen des revolutionären französischen Kommunismus, die Weitling vertrat, sprach sich Schapper weiter aus. Nach Schapper solle man sich vor „Revolutionen“ hüten. Man dürfe „nicht auf einmal vom A auf das Z springen“. Mit anderen Worten müsse man also die Entwicklung aus der notwendigen Vorschaltung einer bürgerlichen Revolution ausgehen, denn nach Schapper sei die Menschheit für den Kommunismus noch nicht „reif“ (Nettlau 1922, S. 368ff.). Für Wolfgang Joho gehört Schapper „zu dem Kreis der Hegelianer, die geistig wohl revolutionär waren“, aber wenn es um die Umsetzung dieser revolutionären Ideen gehe, hätten



sie „allzu leicht Angst vor ihrer eigenen Courage“ und zögen nicht die „praktischen Konsequenzen“. Für Schapper sei *der Bund der Gerechtigkeit* mehr ein Diskutierclub als eine Organisation zum Zweck der Vorbereitung der Revolution (Joho 1932, S. 105).

Gegen Schappers Einwände, dass das Volk nicht „reif“ für den Kommunismus sei, bemerkte Weitling zuerst, dass in den Sitzungen über die Begriffe „Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit“, die als das Ziel der Kommunisten erklärt wurden, viel gesprochen wurde, obwohl diese Begriffe von deren Benutzern nicht klar definiert wurden. Er fuhr mit seiner Rede fort:

Die Phrase der Nichtreife ist immer die nächste Waffe der Gegner jedes Fortschritts. Und dann will man hier alles nach der Mehrzahl berechnen. Das ist ganz falsch. Wir sind ja nicht einmal hier einig, woher soll dann die Einigkeit der ganzen Menschheit kommen? [...] Wenn in der Aufklärung alles heil liegt, wie können wir dazu gelangen, wo haben wir die Mittel einer Aufklärung, wie sie uns nötig scheint? Abgesehen von der Zensur und sonstigen Hindernissen haben Millionen und aber Millionen gar keine Zeit, uns zuzuhören. [...] Sie [Aufklärung] beschränkt sich immer nur auf einen kleinen Teil (BdK 1, S. 221).

So begründete Weitling seine These, dass „das Dogma“ von der Nichtreife des Proletariats nicht als Beweis gegen Kommunismus dienen könne. Er betonte ausdrücklich, dass er in den Diskussionen weder eine Revolution einfordere noch dagegen predige. Er spreche lediglich über die Auswirkungen einer möglichen Revolution. Er stellte fest, dass alle Länder ihre Freiheiten „einzig und allein durch Revolution“ erlangen (ebd., S. 221 ff.). Er setzte seine Kritik gegen die bürgerliche Aufklärung, für die sich Schapper einsetzte, wie folgt fort:

Die Aufklärung hat gar nichts für uns errungen in politischer Beziehung außer durch Revolution, und immer erst nach der Revolution wirkte die Aufklärung [...]. Die Aufklärung auf friedlichem Wege ist eine Illusion; was erstrebt werden soll, setzt sich nur im Kampf durch. [...] Aber die Revolution, das ist ein prächtiges Einigungs- und Aufklärungsmittel, da gibt es Sprech- und Preßfreiheit, so viel man will (ebd., S. 223 f.).

Ein ganzes Jahr lang hatte Schapper 1845 in der Diskussion mit Weitling „jede Anwendung von Gewalt“ verworfen. Dagegen versuchten Moll, Bauer und andere Mitglieder des *Bundes* vergeblich, eine Überbrückung der Standpunkte Weitlings und Schappers zu finden (Fehling 1922, S. 66). Am 14. Januar 1846 beschlossen Schapper und die Mehrheit der Londoner Bundesgemeinde, Weitlings Fragekatalog nicht weiter zu diskutieren (BdK 1, S. 238). Die Ansichten näherten sich einander einigermaßen im Laufe der Diskussion, soweit es um das Wesen des Kommunismus ging. Dennoch blieben die Meinungsunterschiede enorm in der Frage, ob die kommunistische Gesellschaft friedlich oder auf dem Wege eines gewaltsamen Umsturzes zu verwirklichen sei (Rytkönen 1979, S. 105).

Die am Vorabend einer Revolution geführten Diskussionen verdeutlichen daher zwei politische Linien im *Bund der Gerechtigkeit*: Schapper vertritt die erste Linie, die auf die Vorbereitung der arbeitenden Klassen auf den Kommunismus durch friedliche Propaganda abzielte. Weitling vertritt dagegen die zweite Linie, die die arbeitenden Klassen und Besitzlosen durch ihre eigenen revolutionären Tätigkeiten zu erziehen und auf die Revolution vorzubereiten bezweckte. Schappers Auffassung, die von der Mehrheit der Diskussionsteilnehmer in London unterstützt wurde, zielt darauf, „die Arbeiterbewegung zu einer aufgeklärt-kommunistischen Massenbewegung zu entwickeln“ (Brandenburg 1977, S. 123). Er lehnt gewaltsame Aktionen und revolutionäre Propaganda ab und schließt im Gegensatz zu Weitling nicht aus, die Bourgeoisie zu unterstützen. Aus den Londoner Debatten von 1845 ist festzustellen, dass Weitling gegenüber der Londoner Führung des *Bundes* „eine revolutionäre Taktik“ vertritt (Cornu 1968, S. 172). Meyer stellt fest, dass die Londoner Bundesführung, nämlich Schapper, Bauer und Moll, in den Diskussionen von 1845 „einen dezidiert antirevolutionären Standpunkt“ vertritt. Demnach seien der Kommunismus und Revolution unvereinbar und die allgemeine Aufklärung der Massen bilde den einzigen Maßstab der Reife für den Kommunismus (Meyer 1999, S. 246f.).<sup>37</sup>

So wurde Weitlings Programm, das erstens „den Kommunismus als unmittelbares Masseninteresse“ definierte und zweitens von der „Reife der Epoche für den Kommunismus“ ausging, von der Mehrheit der Londoner Bundesgemeinde über Bord geworfen. Bekanntlich definierte Weitling den Kommunismus als die historische Bewegung der arbeitenden Klassen und Besitzlosen, als ihre Widerstände und Kämpfe gegen Unterdrückung und Ausbeutung und als die Errungenschaften dieser Kämpfe. In den Londoner Debatten wurde auch „die Aktualität“ der Revolution infrage gestellt. Die Auffassung, dass alle Zeiten zur Verwirklichung des Kommunismus geeignet seien und dass die Verwirklichung der Revolution nicht an die Existenz einer entwickelten Arbeiterklasse zu binden sei, wurde von der Mehrheit der Londoner Bundesgemeinde ebenfalls abgelehnt (Meyer 1989, S. 179). Dieser „antirevolutionäre [...]“

---

<sup>37</sup> Nach Förder habe Weitling vergeblich in den programmatischen Diskussionen versucht, „seine Anschauungen durchzusetzen“. Immer „traten nun aber schwerwiegende Differenzen zwischen ihm und den Londoner Kommunisten zutage“ (Förder 1960, S. 53), denn Weitling fehle das Verständnis für den „gesellschaftlichen Entwicklungsprozess“ und für die „Rolle des Klassenkampfes“ gänzlich. Er fasse die Revolution „im Grunde in völlig utopischer Weise“ auf und vertrete in den Londoner Diskussionen „nur eine scheinrevolutionäre, stark anarchistisch gefärbte Auffassung“, die in Bezug auf die derzeitigen deutschen Verhältnisse „reines Abenteuerium“ sei (ebd., S. 58f.). Dagegen versucht Förder in seiner Interpretation Schappers Reformismus und Passivität mit allen Mitteln zu rechtfertigen, um Marx/Engels zu retten, während er Weitling wegen „putschistischen Abenteuern“ zurechtwies (ebd., S. 60). Nach Mohl habe die Londoner Führungsgruppe des *Bundes* Weitling zu verstehen gegeben, dass sein „vorproletarischer Gleichheitskommunismus“ dank „der Erfolge der Chartistenbewegung“ theoretisch und praktisch überwunden sei (Mohl 1972, S. XVIII). Auch Kaufhold glaubt zu wissen, dass die Opposition von Schapper, Bauer und Moll dank der „großartig[en] Chartistenbewegung“ längst „über den Kommunismus Weitlings hinausgegangen“ sei (Kaufhold 1955, S. XXXVII).

Standpunkt“ war, wie sich dann zeigte, „empfänglich“ für die von Marx/Engels verbreitete „Entwicklungsideologie“ (Meyer 1999, S. 247).

Weitling blieb in London 17 Monate. Wie Behörden- und Spitzelberichte dokumentieren, wurde Weitling gleich nach seiner Ankunft in London im August 1844 auf Veranlassung des preußischen Innenministeriums durch die preußische Gesandtschaft in London überwacht (Barnikol 1929, S. 209ff.). Im Rahmen der Observierung Weitlings setzte auch eine intensive Bespitzelung des Arbeitervereins ein, in dem Weitling Mitglied war und regelmäßig verkehrte. Die preußischen Behörden zogen es sogar in Betracht, den Londoner Arbeiterverein zu sprengen, sie wussten jedoch, dass die Sprengung des Vereins in der Wirklichkeit erfolglos sein würde. Denn die Arbeiter würden „bald wieder auf Mittel und Wege“ sinnen und diese auch finden, so heißt es in einem Schreiben des preußischen Außenministers an das Innenministerium vom Februar 1846, „das Gift ihrer Grundsätze und Bestrebungen den für dieselben Empfänglichen anderweit einzuhauchen“ (Barnikol 1929, S. 222).

Während seines Aufenthalts in London machte sich Weitling an die Ausarbeitung seines schon erwähnten Werkes *Grundzüge einer allgemeinen Denk- und Sprachlehre*. Franz Mehring kritisiert Weitling, da dieser nicht versuche, in London „seinen Gesichtskreis durch das Studium der großen Industrie und des modernen Proletariats zu erweitern“. Weitling arbeite „an einer Denk- und Sprachlehre“, statt sich „in die englische Arbeiterbewegung zu stürzen“. So könne er sich in seiner Isolierung mit „Schapper und den anderen Genossen“ des *Bundes der Gerechtigkeit*, die „im Leben der englischen Weltstadt geistig frisch“ geblieben seien, nicht mehr verständigen (Mehring 1908, S. XXXV). Doch wenn der traditionell reformistische Charakter der englischen Arbeiterklasse vor Augen geführt wird, wird es verständlich, warum die reformistischen Auffassungen Schappers in der Londoner Bundesbehörde die Oberhand gewannen. Im Gegensatz zu französischen Blanquisten neigten die englischen Chartisten nie dazu, radikal zu werden. Daher ist es selbstverständlich, dass ein Revolutionär wie Weitling im Jahr 1845 in London schwer Fuß fassen konnte (Güner 2012, S. 33).

## **5.2. Marx/Engels' kräftige Hilfeleistung zu Schappers Reformismus**

Es ist gewiss, dass Marx/Engels mit äußerster Aufmerksamkeit die Debatten zwischen Weitling und Schapper folgten. Sie wurden über die politischen Debatten in London auch durch Hermann Ewerbeck aus Paris gründlich informiert. Er schrieb im Juni 1845 an Marx, dass Hermann Kriege in der Londoner Diskussion Weitling unterstütze und mit ihm „sehr harmonisieren“ solle. Dagegen sei Weitling mit den anderen in London „ziemlich entzweit“. So sei Schapper derjenige, „der die Führung innehat“. Ewerbeck beklagte sich darüber, dass Bundesmitglieder

in Paris ihn als einen „Verleumder“ bezeichneten. Er glaubte aber, für Weitling alles getan zu haben, was er tun könne; „versöhnliche Briefe, Unterstützung, gute Ratschläge“. „Alles umsonst“, schrieb Ewerbeck, denn Weitling gebe seine revolutionären Ideen nicht auf. Deswegen schlug er Marx vor, dass dieser Weitling für zwei Monate nach Brüssel einlade (BdK 1, S. 239f.).

Marx bekam in der gleichen Zeit auch einen Brief von Hermann Kriege, der bekanntlich bei den Londoner Debatten auf Weitlings Seite stand. Kriege fragte in seinem Brief vom 9. Juni 1845 Marx Folgendes:

Mein lieber Marx, wo sind diese englischen Arbeiter, für die der Engels so schwärmt? Ich habe Gelegenheit gehabt, mit den Häuptern der hiesigen Sozialisten bekannt zu werden, ich sage Dir, die schmalsten Philister, die man sehen kann (ebd., S. 240f.).

Dagegen opponiere Weitling gegen das „ewige Deklamieren“, gegen die Redensarten, wie „*Menschheit, Vernunft, Herz, Wille, Moral, Ehre, Freiheit, Gleichheit etc.*“. Weitling sehe jedoch, so Kriege, „nur in der Gemeinschaft etwas sehr Bestimmtes, Einfaches“ und spreche „von Aufhebung des Privateigentums, wo andere vom Reich der Menschheit faseln, das nicht eher beginnen könne, als die Majorität der Menschen sich dafür entschieden (!)“. Weitling sei, so stellt Kriege fest, „durch und durch revolutionär, kennt keinen Verbrecher, keine Moral, keine Ehre“ und das ist es vorzüglich, „was ihm Feinde bringt“ (ebd., S. 241f.). Wohl war Krieses Brief, in dem er die Lage in London realistisch bewertete, ein weiterer Grund für die Angriffe, die Marx/Engels auf Weitling und Kriege im Frühjahr 1846 starteten.

Beunruhigt durch Krieses Brief und auf Empfehlung von Ewerbeck machten sich Marx/Engels im Sommer 1845 für eine sechswöchige Reise auf den Weg nach London (Schraeppler 1972, S. 181), um der Londoner Bundesleitung zu Hilfe zu eilen, die derzeit mitten im erwähnten theoretisch/politischen Konflikt mit Weitling stand.<sup>38</sup> „Der Boden für eine Annäherung“ von Marx/Engels und der Londoner Bundesgemeinde sei nach Engelberg und Förder „schon im Jahre 1845“ bereitet worden. Marx/Engels leisteten Schapper bei seinem Auftreten gegen Weitling mehrere Male Hilfe (Engelberg 1988, S. 62; Förder 1969, S. 53). Weitling hatte daher nicht Unrecht, als er ein Jahr vorher im September 1844 feststellte, dass vorherige

---

<sup>38</sup> Marx/Engels hatten in London auch mit den Chartisten, Vertretern der bürgerlichen Bewegung anderer Länder und Führern des *Bundes der Gerechtigkeit* ein Treffen organisiert. In der Versammlung wurde Engels' Vorschlag angenommen, eine öffentliche Zusammenkunft der in London lebenden bürgerlichen Demokraten der verschiedenen Nationalitäten einzuberufen (MEW 2, S. 672). Unmittelbar darauf wurde Schapper 1846 der Gründer der Fraternal Democrats (Schraeppler 1972, S. 181). Später übernahm er auch die Führung im linken Flügel der Bewegung. Ebenso wurde der Chartistenführer Harney Mitglied der Allianz (MEW 21, S. 212f.).

„Widersacher“ des Kommunismus begannen, sich als Sozialisten zu bezeichnen (BdK 1, S. 183).

Im Jahr 1845 schrieb Engels in seinem Bericht über das *Fest des Jahrestages der ersten Französischen Republik*, dass die proletarischen Parteien das Wort Demokratie „auf ihre Fahnen“ schreiben sollten. Er glaubte im September 1845 sogar zu wissen, dass im Jahre 1846 „alle europäischen Demokraten mehr oder weniger klare Kommunisten“ werden würden. Das „Chartistenmeeting“ feierte ihn anscheinend als einen Vertreter der philosophischen Schule und ließ ihn dabei seine wahre Ansicht ausdrücken, dass die „Demokratie [...] heutzutage der Kommunismus“ sei (MEW 2, S. 613).

Wie im vorherigen Jahr hielt Weitling im September 1845 auf dem Fest in London auch eine Rede, in der er das Proletariat erneut vor nationalen Vorurteilen warnte:

In Zeiten der Bewegung, wenn die Privilegien unsrer einheimischen Feinde große Gefahr laufen, bemühen diese sich, unsre Vorurteile über die Grenzen unsres natürlichen Vaterlandes hinauszuleiten und uns glauben zu machen, daß die Leute jenseits unsrem gemeinsamen Interesse feindselig sind. Welch ein Betrug! Wenn wir ruhig über die Sache nachdenken, so sehen wir sehr bald ein, daß unsre allernächsten Feinde unter uns selbst, in unsrer eignen Mitte sind. [...] Die Herrscher der Nationen sagen uns, unsre Brüder seien grausam und raubsüchtig; aber wer ist raubsüchtiger als die, die uns regieren, die uns in den Waffen unterrichten lassen, die um ihrer eignen Privilegien willen uns zum Kriege reizen und in den Krieg führen? [...] Nationalvorurteile, Blutvergießen, und Räubereien werden von uns also bloß um des kriegerischen Ruhmes willen begünstigt? Was hat unser Interesse zu gewinnen von solchem dummen Ruhm? (BdK 1, S. 250f.).

Engels schrieb über dieses Fest für die *Rheinischen Jahrbücher* einen umfassenden Bericht, in dem er Weitlings Rede über nationale Vorurteile der Arbeiter kritisierte, ohne seinen Namen zu nennen. In seinem Bericht behauptete er im Gegensatz zu Weitling, Arbeiter hätten keine nationalen Vorurteile, sie seien „von Natur aus frei von nationalen Vorurteilen“. Arbeiter seien „im Wesentlichen humanitär“ und „antinationalistisch“ (MEW 2, S. 614). Etwa zwei Jahre später, in der Revolution von 1848, entpuppte sich Engels selbst als ein leidenschaftlicher Russen- und Slawenhasser und behauptete zusammen mit Marx in der *NRhZ*, dass „der Russenhass die erste revolutionäre Leidenschaft“ bei den Deutschen sei. Er forderte einen „Kampf, unerbittlichen Kampf auf Leben und Tod“ gegen Slawentum und Russland (MEW 6, S. 286).

### **III. Erste Hälfte von 1846: Konflikt zwischen Weitling und Marx**

Im Kapitel III wird der im Frühling 1846 in Brüssel zwischen Weitling und Marx stattgefundenene Konflikt über die Strategie und Taktik der Kommunisten in der Revolution analysiert. In der Analyse werden die Gründe der wesentlichen Streitpunkte, die in theoretischen, ideologischen, politischen und organisatorischen Ansichten von Weitling und Marx liegen, unter die Lupe genommen. Hier wird die These vertreten, dass Marx mit diesem am Vorabend der Revolution stattgefundenen Konflikt Weitling, der Mitbegründer, Organisator und theoretischer Kopf der organisierten deutschen Arbeiterbewegung war und ihr eine kommunistische, auf eine soziale Revolution zielende Programmatik gab, aus der Führungsschicht der Arbeiterbewegung auszuschließen und dagegen seinen bourgeoisiefreundlichen Kommunismus in den *Bund der Gerechtigkeit* und in die deutsche Arbeiterbewegung einzuschwärzen bezweckte.

#### **1. Marx/Engels' Korrespondenzkomitee gegen revolutionären Kommunismus**

Marx/Engels sahen im Frühjahr 1846 ihre dringendste Aufgabe darin, den von ihnen als „primitiven“ und „rohen“ Kommunismus etikettierten revolutionären Kommunismus zu bekämpfen. Dazu dachten sie, dass eine „Einrichtung des Vereins von Nutzen sein“. So begannen sie mit der Gründung eines Komitees (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 82f.). Da die Mitglieder des *Bundes der Gerechtigkeit* im Ausland eine rege Korrespondenz miteinander unterhielten, benannten Marx/Engels ihr Komitee das *Korrespondenzkomitee* (Schraepfer 1972, S. 151). Sie gründeten im Frühjahr 1846 das *Kommunistische Korrespondenzkomitee* und veröffentlichten folgend „eine Reihe teils gedruckter, teils lithographierter Pamphlets“, um „die Geheimlehre“ des *Bundes der Gerechtigkeit*, so bezeichneten Marx/Engels die Lehre der Kommunisten, „einer unbarmherzigen Kritik zu unterwerfen“ (MEW 14, S. 439).

Doch es gab von 1836 bis 1847 eine geheime Organisation der Kommunisten (Schäfer 1985, S. 48), aber keine „Geheimlehre des Bundes“. Dagegen hatten Marx/Engels selbst eine „Geheimtheorie“, wie sie in den 1850er Jahren in London von Revolutionären öfter als Kritik hören mussten, die der „ordinärste bürgerliche Liberalismus“ sei (MEW 14, S. 450), den sie unter dem Mantel des sogenannten „wissenschaftlichen“ Kommunismus den revolutionären Kommunisten zu servieren versuchten. Revolutionäre Kommunisten hatten dagegen keine „Geheimtheorie“. Die Zeitschriften, Broschüren und Bücher des *Bundes der Gerechtigkeit* gingen nicht nur „durch die Hände der Arbeiter, fielen nicht nur in die Hände der Polizei, auch Journalisten und Gelehrte bekamen sie zu Gesicht“. Bekanntlich alarmierte Marx schon 1842 die bürgerlichen Biedermänner in der *Rheinischen Zeitung* über die „alles Eigentum durchaus

allgemein machen“ wollende Theorie der „Communisten“, die erst durch Weitlings Schriften in Deutschland bekannt wurde.<sup>39</sup>

Bei der Gründung des *Korrespondenzkomitees* 1846 in Brüssel ging es Marx/Engels in erster Linie um die Bekämpfung der „alles Eigentum durchaus allgemein machen“ wollende Theorie der Kommunisten. Mit der realen Arbeiterbewegung hatte das *Korrespondenzkomitee* gar nicht zu tun. Fast alle deutschen Emigranten, die sich zu dem Komitee zusammenschlossen, waren Literaten oder Journalisten (Schraepfer 1972, S. 152), die entweder aus bürgerlichen Verhältnissen stammten oder von der Bourgeoisie unterstützt wurden.

Die Sozialisten und Kommunisten gingen nicht auf die von Marx/Engels zugedachte Rolle ein und lehnten es ab, mit ihnen zusammenzuarbeiten. In einem Brief vom 5. Mai 1846 an Pierre-Joseph Proudhon (1809–1865) erklärten Marx/Engels, dass sie durch ihr Komitee mit ihm in Kontakt treten wollten, um einen internationalen schriftlichen Erfahrungsaustausch und eine Diskussion zwischen Sozialisten und Kommunisten in Gang zu bringen (MEW 27, S. 442).<sup>40</sup> Proudhon lehnte es ab, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Auch Cabet, wie Engels in einem Brief vom 19. August 1846 an Marx schrieb, sei ihnen gegenüber „zu misstrauisch“, weil er es als eine Falle betrachte, „um seinen Namen zu missbrauchen“ (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 27).

Marx nahm Verbindungen mit seinen „alten“ Freunden Carl d’Ester (1813–1859), Roland Daniels (1819–1855) und Heinrich Bürgers (1820–1878) auf, die zu dem alten Kölner Kreis der *Rheinischen Zeitung* im Jahr 1842/1843 gehörten. Die Absicht von Marx/Engels, in Köln ein *Korrespondenzkomitee* zu gründen, ließ sich nicht verwirklichen (ebd., S. 281). Dagegen behauptete Engels später, dass Marx und er selbst in diesen Jahren „beide schon tief in der politischen Bewegung“ säßen und „unter der gebildeten Welt, namentlich Westdeutschlands, einen gewissen Anhang und reichliche Fühlung mit dem organisierten Proletariat“ hätten

---

<sup>39</sup> *Augsburger Allgemeine Zeitung*, Nr. 127, 7. Mai 1841: [https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10504344\\_00579\\_u001/1](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10504344_00579_u001/1) (abgerufen am 7.11.2022).

<sup>40</sup> Marx hatte in seinem Brief an Proudhon außerdem versucht, Karl Grün (1818–1887), der wegen seiner radikalen Ideen von der preußischen Regierung verfolgt wurde und sich deswegen seit 1844 in Paris niedergelassen hatte, in den Augen von Proudhon herabzusetzen, weil dieser im Gegensatz zu Marx/Engels die Bourgeoisie nicht als „höchst revolutionär“ (MEW 4, S. 464) und „die gefährlichste Feindin der existierenden Regierungen“ in Deutschland (ebd., S. 41), sondern folgerichtig gegen arbeitende Klassen und Besitzlosen eine Verbündete der Monarchie betrachtete. So ist Grün in den Augen von Marx „nichts weiter als ein literarischer Hochstapler, eine Art Scharlatan, der mit modernen Ideen hausieren möchte“. Nach Marx versuche Grün, seine Unwissenheit hinter hochtrabenden und anmaßenden Redensarten zu verbergen, aber es sei ihm lediglich gelungen, sich durch seinen Galimathias lächerlich zu machen. Außerdem sei dieser Mensch „gefährlich“. Proudhon solle sich „vor diesem Schmarotzer“ hüten (MEW 27, S. 444). Proudhon ließ sich jedoch von Marx’ Verleumdungen gegenüber Grün nicht beirren und stellte sich entschieden auf Grüns Seite.

(MEW 21, S. 212).<sup>41</sup> Doch die ab Januar 1846 von Marx/Engels angeschriebenen potenziellen Ansprechpartner in den verschiedenen Städten reagierten meist zurückhaltend.

Da Marx/Engels im Sommer 1845 in London Weitling zu ihrem bourgeoisiefreundlichen Kommunismus nicht überreden konnten, luden sie ihn nach Brüssel ein, in der Hoffnung, dass dieser seine prinzipielle Ablehnung der Unterstützung der Bourgeoisie in das Gegenteil verwandeln würde. So fuhr Weitling im Februar 1846 von London nach Brüssel.

## **2. Der „Knäuel“ der Bourgeoisie wandte sich mit Marx/Engels gegen Weitling**

Die Taktik der Kommunisten in der bevorstehenden Revolution stand auch in Brüssel zur Debatte. Daher ist der im Frühling 1846 in Brüssel stattgefundenen Konflikt zwischen Weitling und Marx als eine Fortsetzung des zuvor behandelten Konflikts zwischen Weitling und Schapper im Jahr 1845 in London zu betrachten (Güner 2012, S. 6).<sup>42</sup> In den Brüsseler Diskussionen ging es Marx einzig und allein um die Frage nach dem Vorrang der Bourgeoisie und um die „Sichtung“ in der kommunistischen Partei (BdK 1, S. 301ff.). So brüllte er gegenüber Weitling, der am 30. März 1846 an der Sitzung des von Marx/Engels geleiteten *Brüsseler Korrespondenzkomitees* teilnahm und dort die von Marx geforderte Unterstützung der Bourgeoisie durch Kommunisten entschieden ablehnte, mit den folgenden Worten: „Niemals noch hat die Unwissenheit jemandem genützt!“ Dann unterbrach Marx in der erwähnten Sitzung Weitlings Rede und schlug „in voller Wut mit der Faust auf den Tisch“ (Annenkow 1971, S. 239).

---

<sup>41</sup> Ebenfalls behaupten die Historiker des *Instituts für Marxismus-Leninismus* beim ZK der SED, das Kommunistische Korrespondenzkomitee sei jener Zeit zu einem „politisch-organisatorischen Zentrum“ der sozialistischen Bewegung geworden (BdK 1, S. 18) und habe „eine hervorragende Rolle bei der Verschmelzung des wissenschaftlichen Kommunismus mit dem Bund der Gerechtigkeit“ gespielt (ebd., S. 1034).

<sup>42</sup> Das erste Dokument zum Konflikt zwischen Weitling und Marx ist ein vom 31. März 1846 datierter, unmittelbar nach der Sitzung vom 30. März niedergeschriebener, jedoch nicht so bekannter Brief Weitlings an Moses Hess. Der russische Historiker Emil Kaler veröffentlichte 1887 in Zürich die erste Weitling-Biografie und brachte in seinem Buch auch den größten Teil dieses wichtigen Briefs vom 30. März 1846, der den Konflikt zwischen Weitling und Marx dokumentierte, ans Tageslicht (Barnikol 1929, S. 269). Das bekannteste zweite Dokument ist das erst 1880 veröffentlichte Buch vom russischen Schriftsteller Pawel Annenkow (1813–1887). Er war als ein Freund von Marx auf dem Treffen ein Zeuge des Konflikts (Förder 1960, S. 61) und erwähnte ihn in seinen Memoiren. „Hochbeglückt“ veröffentlichte Kautsky im Februar 1883 diese Arbeit unter dem Titel *Eine russische Stimme über Karl Marx* im Heft 5 der *Neuen Zeit* (Kautsky 2020, S. 537). Das letzte Dokument ist ein auf den 25. Oktober 1888 datierter Brief von Engels an Bebel. In diesem Brief äußerte sich schließlich Engels über den eben erwähnten auf den 31. März 1846 datierten Brief Weitlings an Hess (MEW 37, S. 117f.). Abgesehen von diesem Brief brachte Engels 1885 in seiner Geschichte des *Bundes der Kommunisten* keine inhaltlichen Argumente gegen theoretische Ansichten von Weitling, sondern betonte lediglich „soziopsychologische Faktoren“ (Knatz 1984, S. 34). Weitling suche „überall Rivalen, heimliche Feinde“. Er bilde sich ein, dass er „ein Rezept zu Verwirklichung des Himmels auf Erden fertig in der Tasche“ trage, und fürchte sich davor, dass jeder es ihm stehle. Er überwerfe sich schon in London „mit den Leuten des Bundes“ und auch in Brüssel „konnte er mit niemand auskommen“, obwohl insbesondere Marx und seine Frau ihm „mit fast übermenschlicher Geduld“ entgegengekommen seien (MEW 21, S. 213f.).



Marx attackierte am 30. März 1846 Weitling mit der Frage nach der theoretischen Begründung seiner Propaganda, da „viele Arbeiter“ durch revolutionäre Propaganda von Weitling „Arbeit und Brot“ verloren hätten. Er beschuldigte dafür Weitling und verlangte von ihm stattdessen eine „streng wissenschaftliche Idee“:

Sagen Sie uns doch, Weitling, der Sie mit Ihren kommunistischen Predigten in Deutschland so viel Lärm gemacht und der Sie so viele Arbeiter gewonnen haben, die dadurch Arbeit und Brot verloren, mit welchen Gründen rechtfertigen Sie Ihre revolutionäre und soziale Tätigkeit, und worauf denken Sie dieselbe in Zukunft zu gründen? (BdK 1, S. 303).

Auf Marx' „schroffe Frage“ antwortete Weitling, dass es nicht sein Ziel ist, „neue ökonomische Theorien“, die „von der leidenden Welt und Drangsalen des Volkes weit entfernt“ sind,<sup>43</sup> zu schaffen, sondern diejenigen anzunehmen, die, wie „die Erfahrungen in Frankreich“ gelehrt hatten, „am besten geeignet sind, den Arbeitern die Augen zu öffnen über ihre entsetzliche Lage“, die die Arbeiter lehrten, keinen Versprechungen Glauben zu schenken und ihre Hoffnungen nur auf sich selbst zu setzen, indem sie sich in demokratischen und kommunistischen Gemeinschaften organisierten (ebd., S. 304f.).

Da Marx seine „Oppositionslust“ (Weitling 1991, S. 67) gegen revolutionäre Kommunisten nicht eindämmen konnte, wollte er sich mit Weitlings Antwort nicht zufriedengeben. Er wollte mit seiner Frage doch wissen, ob Weitling seine revolutionäre Tätigkeit auf einer „wissenschaftlichen“ Grundlage begründe.<sup>44</sup>

In seiner Antwort wies Weitling darauf hin, dass er keine wissenschaftliche Begründung dazu benötige, um sich auf die Seite der arbeitenden Klassen und Besitzlosen zu stellen. Gegen obszöne Angriffe von Marx wehrte er sich, indem er erklärte, dass ein Mensch, der Hunderte von Menschen im Namen der Idee der Gerechtigkeit, der Solidarität und der gegenseitigen brüderlichen Hilfe um eine Fahne gesammelt habe, nicht ein inhaltsloser, müßiger Mensch genannt werden könne und dass vielleicht seine bescheidene Vorbereitungsarbeit wichtiger für

---

<sup>43</sup> Die fast gleiche Kritik übte auch Andreas Gottschalk am 25. Februar 1849 in der Zeitung des Kölner Arbeitervereins *Freiheit Arbeit* an Marx aus, dass es Marx „nicht Ernst mit der Befreiung des Proletariats“ sei. „Das Elend des Arbeiters, der Hunger des Armen“ habe für ihn „nur ein wissenschaftliches, ein doktrinäres Interesse“. Er sei „nicht ergriffen, von dem, was die Herzen der Menschen“ bewege (FA 1849, S. 52).

<sup>44</sup> Michail Bakunin (1814–1876), der derzeit auch in Brüssel lebte, kritisierte Marx und seine Gruppe, dass sie die eigenständige Initiative des Proletariats unterdrückten und dagegen den Versuch unternommen, den Arbeitern ihre Theorie zu oktroyieren (Bakunin 1924, S. 242). Bakunin konnte die „Fessel in der preußischen Pedanterie des Hegelianismus“ erst durch die Hilfe von Weitling brechen (Zlocisti 1921, S. 105), den er Anfang der 1840er Jahre in der Schweiz kennenlernte. Bakunin wollte Weitling den Hegelianismus beibringen (RdA 1951, S. 28). Am Ende der Debatte entfernte sich Bakunin doch selbst vom Hegelianismus und wurde dank Weitling Revolutionär (Seidel-Höppner 2014, S. 580ff.).

die gemeinsame Sache sei als die Kritik der neuen ökonomischen Theorien, die „von der leidenden Welt und Drangsalen des Volkes weit entfernt“ seien (BdK 1, S. 304f.).

Nach Marx sei es dagegen „ein Betrug“, das Volk aufzuwiegeln, ohne ihm „eine feste, durchdachte Grundlage“ für seine Tätigkeit zu geben. Sich besonders in Deutschland an die Arbeiter zu wenden, ohne eine „streng wissenschaftliche Idee“ und „positive Lehre“ vorzuweisen, komme „einem leeren und gewissenlosen Spiel mit Predigten“ gleich. In einem „zivilisierten Land“ wie Deutschland könnten Leute „ohne eine positive Lehre“ nichts ausrichten und hätten auch bisher nichts ausgerichtet „außer Lärm, schädlichen Revolten und dem Untergang der Sache selbst“ (ebd., S. 304).<sup>45</sup>

Die Auffassung, die Marx hier generell vertritt, ist die repräsentative These der bürgerlichen Aufklärung. Wie die Aufklärung an ihre selbsterfundene Lüge glaubend behauptet, dass vor der Aufklärung alles dunkel gewesen sei,<sup>46</sup> so sieht Marx auch in den seit Tausenden Jahren andauernden Kämpfen und Widerständen der arbeitenden Klassen und Besitzlosen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, in denen sie hin und wieder die Macht ergriffen, öfter jedoch Niederlagen erlitten und dabei hunderttausende Opfer zu erleiden hatten (Güner 2012, S. 43), lediglich „schädliche Revolten“ und nichts anderes „außer Lärm“, da sie keine „wissenschaftlich fest durchdachte Grundlagen für ihre Tätigkeit“ hätten. Nach Marx sollten sich die Kommunisten in Deutschland nicht an die Arbeiter wenden, solange sie keine „streng wissenschaftliche Idee“ und „positive Lehre“ in ihren Händen hätten. Und diejenigen, die wie Weitling „mit ihren kommunistischen Predigten“ in Deutschland so „viel Lärm gemacht“ und dadurch „so viele Arbeiter gewonnen haben“, müssten mit ihrer revolutionären Tätigkeit

---

<sup>45</sup> Die Berliner Polizei beäugte 1846 auch, wie Marx, sehr misstrauisch, dass infolge des Verkehrs der deutschen kommunistischen Handwerksarbeiter mit Frankreich und mit der Schweiz, Weitlings „Schriften, welche den Aufruhr predigten“, im Handwerkerverein „heimlich verbreitet“ worden seien. Untersuchungen der Berliner Polizei „gegen Gesellenverbindungen“ im Jahre 1846 hatten ergeben, dass im Handwerkerverein „social-revolutionaire Gedanken in einem erhöhten Grade verbreitet“ gewesen seien (Hachtmann 2004, S. 162).

<sup>46</sup> Zur Charakterisierung der Mitte des 18. Jahrhunderts einsetzenden Zeitalters wurde der Begriff der Aufklärung verwendet, der als Bemühen um auf Vernunft basierende wie ethische Autonomie des Menschen gefeiert wurde. Das Programm der Aufklärung war „die Entzauberung der Welt“ (Horkheimer/Adorno 1988, S. 9). Die bürgerliche Aufklärung fand für sich eine eigene Definition: Nach dieser Selbstdefinition sei die Aufklärung die Bewegung, die nicht im Namen des Gottes, sondern im Namen der Vernunft einen Wandel von Bewusstsein und eine Veränderung der Institutionen bestimmte; das heißt, die Vernunft wurde nun als die bestimmende Größe in der Wirtschaft, im Recht, im Staat, in der Kunst und in den Wissenschaften sowie in der Ethik und Religion betrachtet. Die bürgerliche Aufklärung startete die Geschichte der Menschheit allein mit sich selbst. Nach dieser Geschichtsschreibung sei vor der Aufklärung alles dunkel gewesen, die Menschheit habe sich in einem kindlichen Zustand befunden und nicht ihren eigenen Kopf benutzt, sondern sei von göttlichen Mächten beherrscht. Erst mit der Aufklärung sei die Sonne der menschlichen Vernunft aufgegangen. Nun sei der Mensch das erste Mal in seiner Geschichte der Herr über sich selbst. Wenn es tatsächlich einen ontologischen Gott aus Fleisch und Blut gegeben hätte, wäre diese Behauptung der bürgerlichen Aufklärung zutreffend gewesen.

aufhören, denn wegen ihrer „schädlichen“ kommunistischen Tätigkeit hätten die Arbeiter ihre „Arbeit und Brot“ verloren (BdK 1, S. 303f.).

Was in Marx' Augen „schädlich“ ist, findet Weitling für die Verwirklichung der Freiheit und Gleichheit unentbehrlich, denn die Freiheit setzt sich „nur im Kampf durch“ (ebd., S. 223). Für Weitling ist wichtig, dass das „arbeitende Volk“ mit seinem Unterdrückungszustand nicht einverstanden ist und dass es in einem realen revolutionären Krieg mit allen Mitteln gegen seine Unterdrückung und für seine Befreiung kämpft. Unter Revolution versteht er vornehmlich den bewaffneten Aufstand des Proletariats, der zwar durch eine Agitation vorbereitet werden könne, doch die Gewalt sei nicht durch friedliche Agitation zu ersetzen. Denn die Abschaffung des Eigentums sei das Hauptziel der Revolution und erfordere Gewalt (Weitling 1955, S. 259).

Weitling, der „in Deutschland damals eine ziemlich große Arbeiterpartei hinter sich“ hatte<sup>47</sup>, wie Marx selbst dem Liberalen Annenkow zugesteht (BdK 1, S. 303), steht definitiv auf dem Gebiet der Politik, mit der er in die Realität intervenieren will. Er lehnt entschieden den sogenannten „wissenschaftlichen“ Kommunismus ab, der zwangsläufig in einen Reformismus münden muss und daher weder wissenschaftlich noch revolutionär ist. Denn für Weitling handelt es sich bei der Politik um „nackte Interessen“ in dem Realen. Das „Leitmotiv“ seiner politischen Tätigkeit ist der Gegensatz zwischen den Mächtigen und dem arbeitenden Volk.

Die „Herstellung der Gegensätze des arbeitenden Volkes“ gegen die „Mächtigen“ ist dagegen bei Aufklärern, wie Marx, nirgends als „Leitmotiv“ zu treffen. Weitlings Vorbild ist „die Wirklichkeit“. Er zieht das „Leitmotiv“ seiner Politik aus der Realität (Joho 1932, S. 54) und gründet seine revolutionäre Politik „im Hier und Jetzt“ (Knatz 1984, S. 37).

Im Gegensatz zu Marx, der die Geschichte der Widerstandstradition der arbeitenden Klassen und Besitzlosen als „viel Lärm“ ablehnt und stattdessen ein neues ungeschriebenes Kapitel lediglich für das Industrieproletariat zu öffnen vorgibt, sieht Weitling die Kommunisten ebenfalls als die Vertreter der geschichtlichen Widerstandstraditionen und Kampferfahrungen der Enteigneten aus den dem Kapitalismus vorausgehenden Klassengesellschaften (Güner 2012, S. 43f.). Daher betrachtet er den gegenwärtigen Kampf der arbeitenden Klassen und Besitzlosen als deren Nachfolge zum Wege ihrer „Verselbstständigung“. Er bindet die gegenwärtige Bewegung, die gleichzeitig für arbeitende Klassen ein „Lern- und

---

<sup>47</sup> Deutsche Arbeiter waren 1846 überall, in der Schweiz, in London, in Paris. Sie waren die typischen Anhänger des französischen revolutionären Kommunismus und so brachten sie, wenn sie nach Deutschland zurückkehrten, einen reichen Fundus neuer Erfahrungen und Ideen mit. Sie hatten z.B. „Unterschichten-Krawalle“ mit sozialrevolutionären Forderungen aufgeladen, die sie in Frankreich kennengelernt hatten (Breuille/Sachse 1984, S. 188).

Wahrnehmungsprozess“ ihrer Interessen und Bedürfnisse ist, an ihre geschichtliche Widerstandstradition (Meyer 1974, S. 333). Denn die „Kommunisten im revolutionären Kampf wissen nur zu gut, die Geschichte in Waffen zu verwandeln“ (Kaypakkaya 1992, S. 196f.).<sup>48</sup>

Von Weitlings Auffassung wollte Marx nichts wissen. Denn sein Beharren auf „Wissenschaftlichkeit“ der kommunistischen Lehre hatte doch in der Realität eiskalte politische Gründe (Brandenburg 1977, S. 152; Meyer 1974, S. 355). Mit der ‚Wissenschaft‘ versuchte Marx, seine Befürwortung für eine Bourgeoisie-Herrschaft und seine Ablehnung gegenüber einer von der Bourgeoisie unabhängigen und selbstorganisierten Arbeiterbewegung zu legitimieren, indem er die Bourgeoisie-Herrschaft als „notwendig“ hinstellte und die selbstorganisierte Arbeiterbewegung hingegen als „schädlich“ missbilligte (BdK 1, S. 304). Während bei Weitling die selbstständige politische Organisation der Arbeiter und Besitzlosen im Vordergrund stand, schaltete Marx „jede zielstrebige Organisation“ der Arbeiter mit dem Vorwand „a priori“ aus (Zlocisti 1921, S. 255), dass es erst eine „streng wissenschaftliche Idee“ und „positive Lehre“ geben müsse.

Doch revolutionäre Kommunisten, wie Weitling, reflektierten schon Anfang der 1840er Jahre „über die soziale Funktion der Wissenschaft, über deren kognitiven Status“ und „über die Rolle der Intellektuellen“ (Sandkühler 1984, S. 136). Weitling bildete bereits 1844 die Verbindung zwischen dem Kommunismus und der Wissenschaft grundsätzlich anders als Marx. Er schrieb darüber Folgendes:

Der Kommunismus ist die Wissenschaft, die Theorie und Praxis aller Wissenschaften zum Wohle der Gesellschaft in Harmonie zu bringen, alle Wissenschaften im Interesse der Gesellschaft zu leiten, also nicht wie heute im Interesse einiger Individuen. Der Kommunismus wird uns zeigen, warum es jetzt so viele Arme, Brotlose, Unglückliche und Verbrecher gibt. Der Kommunismus wird uns lehren, wie es möglich ist, Einer des Andern Last zu tragen und welche Vorteile uns ein solcher Zustand bringt. Der Kommunismus wird uns lehren, wie wir es machen müssen, um neben unserer täglichen Arbeitszeit auch Zeit für unsere Bildung und Erholung zu gewinnen. Er wird uns lehren, auf welche Weise wir der Nahrungssorgen, des Brotneides und aller daraus entstehenden Übel loswerden (Weitling 1977, S. 134).

Von der Verbindung zwischen dem Kommunismus und der Wissenschaft, die Weitling bereits 1844 gebildet hatte, wollte Marx 1846 in Brüssel nichts wissen. Seine Vorwürfe gegen Weitling gipfelten in dem Satz: „Niemals noch hat die Unwissenheit jemandem genützt!“ (BdK 1, S.

---

<sup>48</sup> Ibrahim Kaypakkaya war ein revolutionärer Kommunist türkischer Herkunft, der im Alter von 24 am 18. Mai 1973 vom türkischen Staat durch Folter in Diyarbakır ermordet wurde, weil er sich u.a. auch für die Rechte des kurdischen Volkes einsetzte.

303). Mit seinem Unwissenheitsvorwurf gegen Weitling hatte Marx nicht vor, ihn zu belehren oder aufzuklären. Er kam in den Diskussionen mit Weitling zum Punkt, dass Weitling für die „Verwissenschaftlichung“ der Politik nicht zu gewinnen war (Schäfer 1985, S. 47). Doch von einer Ablehnung der Wissenschaft ist bei Weitling keine Spur zu finden (Seidel-Höppner 1986, S. 16). Aber er wusste, dass die „Verwissenschaftlichung“ der Politik, wie Marx es tat, notwendigerweise zur Unterstützung der Bourgeoisie führen würde. Da Weitling in diesem Punkt nicht zu gewinnen war, musste Marx den Vorwurf der „Unwissenheit“ erheben, um die Dämonisierung Weitlings Ansichten legitimieren zu können (Schäfer 1985, S. 47f.).

Wenn man jedoch auf die theoretisch-politischen Schriften Weitlings und deren Einfluss auf die damalige Arbeiterbewegung sowie seine Position in den Arbeiterorganisationen einen Blick wirft, ist nicht zu übersehen, wie unzutreffend und anmaßend diese Behauptung ist. Schäfer bemerkt, dass der als ‚unwissend‘ hingestellte Weitling im Jahr 1846 „zehn Arbeiterbewegungsjahre älter“ war als Marx. Das bedeutet: „[D]er in jeder Hinsicht Ältere war sehr klassenbewußt, sehr erfahren in der Praxis der geheimen sowie der öffentlichen Parteiorganisation.“ Weitling, „ständig unter materieller Not leidend, vom Repressionsapparat als gefürchteten Staatsfeind kontrolliert und von den Polizeiorganen verfolgt“, hörte nie auf, neben seiner organisatorisch/politischen Tätigkeit „literarisch schöpferisch“ zu sein (ebd., S. 77f.).

Mit seinem Unwissenheitsvorwurf gegen Weitling schien Marx auch vergessen zu haben, dass er Weitling noch etwa zwei Jahre zuvor, am 10. August 1844, im Pariser *Vorwärts* als den „Theoretiker des europäischen Proletariats“ begrüßte:<sup>49</sup>

Was den Bildungsstand oder die Bildungsfähigkeit der deutschen Arbeiter im Allgemeinen betrifft, so erinnere ich an Weitlings geniale Schriften, die in theoretischer Hinsicht oft selbst über Proudhon hinausgehen, so sehr sie in der Ausführung nachstehen. [...] Man muß gestehen, daß das deutsche Proletariat der Theoretiker des europäischen Proletariats, wie das englische Proletariat sein Nationalökonom und das französische sein Politiker ist (MEW 1, S. 404f.).

---

<sup>49</sup> Jedes Mal, bevor Marx mit den ideologischen Angriffen auf seine Gegner begann, würdigte er scheinheilig die theoretische oder politische Tätigkeit seiner Gegner. Das geschah auch mit Proudhon, bevor er von Marx als „religiös“ verklemmt, „kleinbürgerlich“ und „spießrisch“ denunziert wurde, da er bekanntlich im Gegensatz zu ihm die bürgerliche Gesellschaft nicht als eine Vorbedingung des Sozialismus betrachtete. So beabsichtigte Marx in seiner Streitschrift *Elend der Philosophie* auf Proudhons *Philosophie des Elends*, ihn zu „vernichten“, weil dieser in seinem Werk *Philosophie des Elends* dem arbeitenden Volk seiner Zeit, nämlich den Bauern und Handwerkern, zeigte, wie sie, „ohne erst den sauberen Fortschritt des Großkapitalismus abzuwarten, zum Sozialismus hätten kommen können“ (Landauer 1919, S. 42). Proudhon antwortete auf Marx' Angriffe nicht öffentlich. In einem Brief bemerkte er nur, dass er das „Libell eines Doktor Marx“, die *Misère de la philosophie* als Antwort *à la philosophie de la misère*, erhalten habe. Es sei „ein Gewebe von Grobheiten, Verleumdungen, Fälschungen und Plagiaten“ (Proudhon 1875; zit. nach Ball 1919, S. 149).

Auch Engels berichtete schon im März 1845 in der *New Moral World*, dass Ludwig Feuerbach (1804–1872) niemals so viel Freude an irgendeinem Buch gehabt habe wie an dem ersten Teil von Weitlings *Garantien*. So habe Feuerbach große Lust, seine „nächste Arbeit Weitling zu widmen“ (MEW 2, S. 515). Der „hervorragendste Vertreter“ der „deutschen Philosophen“ Feuerbach schrieb in einem Brief vom 15. Oktober 1844 an Friedrich Kapp, dass er Weitlings *Garantien der Harmonie und Freiheit* gelesen habe. Feuerbach drückte hier seine Verwunderung aus, indem er Weitling als „einen Propheten seines Standes“ bezeichnete:

Ich verdanke seine Bekanntschaft einem jungen, theoretisch in den Kommunismus eingeweihten Handwerker. Wie frappierte mich auch der Ernst, die Haltung, der Bildungstrieb dieses Handwerklers! Was ist der Troß unserer akademischen Burschen gegen diesen Burschen! (Feuerbach 1844; zit. nach Schäfer 1985, S. 30).

Es ging im Konflikt zwischen Weitling und Marx nicht um die wissenschaftliche Begründung der Theorie des Kommunismus, sondern ganz und gar um die politische Haltung der Kommunisten gegenüber den arbeitenden Klassen und der Bourgeoisie (BdK 1, S. 307). Das zeigt deutlich die Zusammenarbeit von Marx/Engels mit Schapper/Moll aus der Londoner Bundesgemeinde an. Sie arbeiteten mit Moll/Schapper zusammen, nicht wegen der wissenschaftlichen Qualität ihrer Theorie, da Engels Ende 1846 in einem Brief an Marx selbst schrieb, dass Moll/Schapper „keine Theorie haben“ (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 67), sondern wegen ihrer momentanen Akzeptanz der Unterstützung der Bourgeoisie (Brandenburg 1977, S. 153). Als Moll/Schapper in der Revolution von 1848/1849 ihre Unterstützung für die Bourgeoisie zurückzogen, wurden sie von Marx/Engels ebenfalls angegriffen.

### **3. Marx unterstützt die Bourgeoisie unter dem „wissenschaftlichen“ Gewand**

Zielbewusst nahm Marx schon 1842 in der *Rheinischen Zeitung* zum „Communismus“ Stellung, wie verschiedentlich erwähnt wurde, dass er die Studien dazu benutzen bezweckte, um dem Kommunismus, der ja nur durch die „theoretische“ Entstellung seiner revolutionären Lehre für die Bourgeoisie ungefährlich zu machen ist, „sein Herz zu zerreißen“.

Wir haben die feste Überzeugung, daß nicht der *praktische Versuch*, sondern die *theoretische Ausführung* der kommunistischen Ideen die eigentliche *Gefahr* bildet, denn auf praktische Versuche, und seien es *Versuche in Masse*, kann man durch *Kanonen* antworten, sobald sie gefährlich werden, aber *Ideen*, die unsere Intelligenz besiegt, die unsere Gesinnung erobert, an die der Verstand unser Gewissen geschmiedet hat, das sind Ketten, denen man sich nicht entreißt, ohne sein Herz zu zerreißen, das sind Dämonen, welche der Mensch nur besiegen kann, indem er sich ihnen unterwirft (MEW 1, S. 108).

Die Bourgeoisie wollte also in den 1840er Jahren ganz und gar und um jeden Preis eine revolutionäre Initiative seitens der Kommunisten und der arbeitenden Klassen verhindern. So kam Marx' bourgeoisiefreundlicher Kommunismus zu Tage. Wie Weitling 1844 bemerkte, begannen „Philosophen der neuen Schule“ sich als Kommunisten zu bezeichnen, die vor kurzem „Widersacher“ des Kommunismus waren, „um vor der Öffentlichkeit in einem gefälligeren Gewand die Einseitigkeit ihrer Ideen über politische Reform zu verbergen“ (BdK 1, S. 183). Der revolutionäre Kern von Weitlings Kritik an dieser Lehre war, dass Marx' Lehre, wie Weitling in Brüssel formulierte, „von der leidenden Welt und den Drangsalen des Volkes weit entfernt“ ist (ebd., S. 305). Der entscheidende Punkt von Marx' Lehre liegt letztlich darin, dass sie „die Verwirklichung des Kommunismus zu einem Problem der historischen Zeit machte und nicht der Lebenszeit“ (Meyer 1999, S. 249).

Die politische Taktik in der Revolution, die Marx gegen Weitling 1846 ins Feld führte, wurde, obwohl gerne das Gegenteil behauptet wird, nicht von einer geschichtsphilosophischen Konstruktion oder von einer wissenschaftlichen Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse abgeleitet (Obermann 1953, S. 68ff.; Förder 1960, S. 53ff.), sondern diese wurden von Marx ausgenutzt, um seiner bourgeoisiefreundlichen Strategie eine vermeintlich wissenschaftliche theoretische Basis zu geben. Nicht Marx' „wissenschaftliche“ Theorie bestimmte also sein politisches Handeln und führte zur Unterstützung der Bourgeoisie, sondern sein politisches Handeln, nämlich die Unterstützung der Bourgeoisie, gab seinem „wissenschaftlichen“ Kommunismus den ausschlaggebenden Inhalt.

Marx griff Weitling an, weil dieser in der Tat mit der Bourgeoisie nicht Hand in Hand gehen wollte. In Polemiken gegen Weitling machte Marx seine Unterstützung der Bourgeoisie, mit Moses Hess gesprochen, durch die „wissenschaftliche“ Hülle „heilig, unantastbar und unkritisierbar“ (Mönke 1964, S. 81).

Weitling und Hess waren also die Ersten, die im „wissenschaftlichen“ Kommunismus von Marx „eine Rechtfertigungslehre für das Bündnis von reformistischen Arbeiterfraktionen, Intelligenz und bürgerlicher Bewegung“ erkannten (Meyer 1999, S. 249). Für den sogenannten „wissenschaftlichen“ Kommunismus sind keinesfalls die „inneren Widersprüche der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft“, wie gern behauptet wird, als die „Bedingungen des Sturzes des Kapitalismus und des Sieges des Kommunismus“ entscheidend (Obermann 1953, S. 66), sondern er ist lediglich eine Rechtfertigungslehre des Kapitalismus.

Marx/Engels gehen von einem ganz konkreten politischen Ziel aus, die Bourgeoisie mit Hilfe ihrer bourgeoisiefreundlichen Theorie und sogar im Namen des Kommunismus für

„revolutionär“ zu erklären und ihre Herrschaft mit voller Kraft zu unterstützen. Sie rehabilitieren die Bourgeoisie „als revolutionär“ und legitimieren „ihre Herrschaft als Konsequenz“ (Khella 1995, S. 25). Sie treten „für die freie, ungehinderte Entwicklung des Kapitalismus“ ein, verleihen der Bourgeoisie „das Prädikat revolutionär“ und bieten ihr das Proletariat als „Bündnispartner“ an (ebd., S. 134).

Doch ein Bündnis kann nur zwischen zwei gleichberechtigten Mächten zustande kommen. Die Bündnispartner sollten über mehr oder weniger ähnliche Machtkonstellationen im Bündnis verfügen, was im sogenannten „Bündnis“ vom Proletariat mit der Bourgeoisie nicht der Fall ist. In Wirklichkeit war das Proletariat in den Augen von Marx/Engels nur ein politisches Anhängsel und ein „exploitierter Arm der Bourgeoisie“ (MEW 4, S. 499). Nach Engels würden die arbeitenden Volksklassen „notwendigerweise ein Instrument in der Hand des Bürgertums“ bleiben, denn „das arbeitende Volk“ in Deutschland brauche wie in Frankreich und England, so schrieb er im April 1846, „die Herrschaft des Bürgertums“ (MEW 2, S. 580). Daher ist es eine bittere Ironie, von einem sogenannten „Bündnis“ zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu sprechen.

#### **4. Weitlings Ablehnung der Abhängigkeit des Proletariats von der Bourgeoisie**

Wie in den Londoner Debatten von 1845 war auch in den Brüsseler Streitgesprächen von 1846 die „Hauptsache“ die Frage nach der Taktik der Kommunisten am Vorabend der Revolution in Deutschland. Die Anschauungen und Argumente von Weitling, die in den Londoner Sitzungen den Kern der Debatten bildeten, wurden in Brüssel von Marx bekanntlich als „unwissenschaftlich“ abgestempelt (Förder 1960, S. 53). Weitling schrieb am 31. März 1846, also gleich nach dem Konflikt mit Marx vom 30. März, an Hess: „[W]ir täten besser, alle unsere Eigenheiten gegen unsere Feinde zu wenden und diese Eigenheiten besonders zu unterstützen, welche in diesem Kampfe Verfolgungen hervorrufen.“ Dieser Ansicht sind Marx/Engels nicht, und „darin werden sie von ihren reichen Anhängern bestärkt“. Das Kriterium von Marx' politischem Standpunkt brachte er in seinem Brief an Hess in den Punkten 5 und 6 kristallklar zum Ausdruck:

5. Der ‚Handwerkerkommunismus‘ ... [muß] bekämpft werden, das Gefühl muß verhöhnt werden, das ist bloß so ein Dusel, keine mündliche Propaganda, keine Konstituierung von geheimer Propaganda, überhaupt das Wort Propaganda auch in Zukunft nicht mehr gebrauchen.
6. Von der Verwirklichung des Kommunismus kann zunächst nicht die Rede sein, die Bourgeoisie muß erst ans Ruder kommen (BdK 1, S. 307).



Weitling lehnte Marx' Konzept ab, das den Kommunisten verbietet, in Deutschland Propaganda zugunsten der Interessen der arbeitenden Klassen und Besitzlosen zu betreiben. Bekanntlich ging Weitling in der Debatte mit Marx davon aus, dass die Volksherrschaft als soziale Grundlage ökonomische Gleichheit voraussetzen müsse. Ohne sie sei jeder Versuch zum Scheitern verurteilt, Demokratie zu praktizieren (Weitling 1955, S. 358ff.). Scharfsinnig stellte er fest, dass die Bourgeoisie keinesfalls revolutionär war; sie war entweder, wie in Frankreich und England, längst an der Macht, oder sie teilte sich schon die Macht mit der feudalen Klasse in einigen Ländern Europas. Deswegen sollten die Kommunisten die Taktik Babeufs übernehmen, indem sie arbeitende Klassen und Besitzlosen unter ihrer eigenen Fahne versammeln und durch Propaganda und revolutionäre Aktion eingreifen (BdK 1, S. 304). Bekanntlich entwickelte Weitling seine politischen Ansichten aus den Erfahrungen der neobabouvistischen, nämlich blanquistischen Strömungen der 1840er Jahre in Frankreich. Seitdem galten zunehmend alle als Kommunisten, „die eine egalitäre Gesellschaftsordnung errichten wollten“ (Nippel 2018, S. 21). Diese Ansichten Weitlings werden von Marx auch in den späteren Jahren als „albern fad und von Grund aus reaktionär“ (MEW 34, S. 303) angeprangert.

Nach diesem Konflikt mit Weitling mussten sich Marx/Engels endlich eingestehen, dass „einem ersprießlichen Zusammenwirken mit ihm unüberwindliche Schwierigkeiten im Wege standen“ (Mayer 1934, S. 247). Obwohl nicht Weitling, sondern Marx/Engels eindeutig ein Bündnis mit dem Bürgertum schließen wollten, wurde merkwürdigerweise Weitling vorgeworfen, dass er versucht habe, die „konsequente Trennung von proletarischer und bürgerlicher Ideologie“ zu verhindern (Kaufhold 1955, S. XL).

Doch Weitling war fest entschlossen, „die Masse unter die Fahnen des Kommunismus“ (Weitling 1955, S. 301), aber definitiv nicht unter die der Bourgeoisie zu sammeln. Deshalb ist „Wilhelm Weitling der Begründer des deutschen Kommunismus“, während Karl Marx als der „Begründer der deutschen Sozialdemokratie“ bleibt (Ball 1919, S. 165).

### **5. Marx' Verbotsversuch gegen kommunistische Propaganda von Weitling**

Der Konflikt zwischen Weitling und Marx hat einen „Schlüsselcharakter“; denn er stand mit Marx' Forderung nach der „Verwissenschaftlichung“ der Politik der Arbeiterbewegung in einem direkten Zusammenhang (Schäfer 1985, S. 47f.). Wie Weitling in seinem schon erwähnten Brief vom 31. März 1846 an Hess feststellte, dass Marx mit dieser Politik die Unterstützung der Kommunisten für die Bourgeoisie festzulegen und überdies eine „Sichtung“ in der kommunistischen Partei vorzunehmen bezweckte (BdK 1, S. 307).

Marx/Engels wollten von ihnen als nicht „tauglich“ etikettierte revolutionäre Ansichten Weitlings, die die Unterstützung der Bourgeoisie ablehnten, durch die „Sichtung in der kommunistischen Partei“ kritisieren und ihre Verbreitung verhindern. Deswegen lehnten sie alle „nicht-schriftlichen Formen der Agitation“, insbesondere die für die proletarische Öffentlichkeit überaus wichtige „mündliche Propaganda“, strikt ab (Schäfer 1985, S. 47ff.), da die Stärke der revolutionären Agitation und Propaganda für den Zeitpunkt des Ausbruchs der proletarischen Umwälzung entscheidend wirkte und daher für den Machtanspruch der Bourgeoisie gefährlich war. Bemerkenswerterweise verbot auch der Deutsche Bundestag am 6. August 1846 „alle kommunistischen Vereine“, und die preußische Regierung folgte dieser Verordnung (Valentin 1968, S. 312).

Nach Weitling sollten Kommunisten ihre politischen Tätigkeiten in erster Linie der Organisation der Agitation widmen. Er stellte in seinem Brief vom 31. März 1846 an Hess scharfsinnig fest, dass Marx/Engels die „Sichtung“ als ein „Riegel“ gegen die revolutionäre Agitation und Propaganda der Kommunisten richten wollten. Marx/Engels rechtfertigten die „Sichtung“ als das „wichtigste, was im Interesse des Kommunismus“ getan werden könne. Doch Weitling stellte fest: „Wer die Macht hat, sich bei den Geldmännern Autorität zu verschaffen, der hat auch die Mittel, die anderen zu verdrängen, und tut wohl, sie anzuwenden“ (BdK 1, S. 307). Nach seinen zweimonatigen Erfahrungen mit Marx in Brüssel schrieb Weitling an Hess Folgendes:

Ich sehe in Marxens Kopf weiter nichts als eine gute Enzyklopädie, aber kein Genie. Sein Einfluß ist ein durch Persönlichkeiten gemachter. Reiche Leute machten ihn zum Redakteur, voilà tout [das ist alles]. Allerdings haben aufopfernde reiche Leute ein Recht, in den Schriften, die sie unterstützen wollen, zu sichten oder sichten zu lassen. Dies recht liegt ja in ihrer Macht, das tun zu können, aber der Schriftsteller hat auch eine Macht, wenn er auch noch so arm ist, nämlich die, seine Überzeugung nicht dem Einflusse des Geldes zu opfern. [...] Ich glaubte, wir täten besser, aufs Volk zu wirken und hauptsächlich einen Teil desselben zur Verbreitung unserer volkstümlichen Schriften zu konstituieren. Doch dieser Ansicht sind Marx und Engels nicht, und darin werden sie von ihren reichen Anhängern bestärkt (BdK 1, S. 308).

Kommunistische Revolutionäre waren in Sachen Partei und Organisation demokratisch eingestellt. Wie Weitling war auch Hess „gegen autoritäre Strukturen, widersetzte sich Überprüfungen der Parteimitglieder“ und lehnte jede interne Parteizensur ab. Als Weitling ihm berichtete, dass Marx/Engels eine Resolution verabschiedeten, in der eine Sichtung der Parteimitgliedschaft gefordert wurde, „um die Missliebigen von den Geldquellen trennen und

alle nicht voll mit Marx übereinstimmenden Richtungen des Kommunismus bekämpfen zu können“ (Rosen 1983, S. 176), stellte sich Hess auf die Seite von Weitling.

Mit der „Sichtung“ bezweckten Marx/Engels, den anderen politischen Strömungen des Kommunismus, die sich nicht von der „revolutionären“ Bourgeoisie beeindruckten ließen, keine „Existenzberechtigung“ zu zugestehen (RhBA II/1, S. 68). Da Marx/Engels, wie Gottschalk 1849 bemerkte, der Richtigkeit ihrer Revolutionstheorie „nicht allzu sehr vertrauen“ konnten, führten sie „die kleinen Mittel, die unwürdigen Verbindungen“ immer ins Feld und bedienten sie „nicht eben turnierfähiger Waffen“ (Gottschalk 1849, S. 51f.), wie die „Sichtung in der Kommunistischen Partei“, um „die andern zu verdrängen“, die ihre Überzeugungen „nicht dem Einfluss des Geldes“ opfern wollten (BdK 1, S. 307).

## **6. Marx richtet seine Waffen gegen Angehörige kommunistischer Bewegung**

Den Scheingrund zum Bruch mit Weitling brachten Marx/Engels am 11. Mai 1846 zur Tagesordnung der Sitzung. Das Thema war die Besprechung eines von ihnen verfassten Zirkulars gegen Hermann Kriege, der Anfang Oktober 1845 zusammen mit den Mitgliedern des *Bundes der Gerechtigkeit* eine Gemeinde in New York, als *Muttergemeinde* für die USA gründete.<sup>50</sup> Neben der Wochenzeitung *Volks-Tribun* schuf Kriege mit den Bundesmitgliedern in den USA entsprechend der Tradition des *Bundes* eine öffentliche breitere Organisation, *Sozialreform-Assoziation*, wo sich naturgemäß „sehr verschiedenartige Elemente“ der Volksklassen versammelten. In den Bundesgemeinden von Paris, London und der Schweiz herrschte „große Freude über einen endlich sichtbaren Beginn von Bundestätigkeit“ in den USA, vor allem „über ein eigenes Organ“, da die Wochenzeitung *Volks-Tribun* von den Mitgliedern des *Bundes der Gerechtigkeit*, ab Anfang Januar 1846 von Kriege redigiert, herausgegeben wurde (Hundt 1993, S. 223ff.).

Obwohl Marx/Engels keine Mitglieder des *Bundes der Gerechtigkeit* waren, sahen sie sich in einem arroganten Ton berechtigt, sich in Angelegenheiten des *Bundes* in Übersee einzumischen. Im „Zirkular gegen Kriege“ behaupteten sie, dass das von Kriege veröffentlichte Wochenblatt *Volks-Tribun* keine kommunistische Tendenz vertrete, sondern seine Tendenz „im höchsten Grade kompromittierend sowohl für die kommunistische Partei in Europa als auch in Amerika“ sei, da Kriege in seinem Blatt die Agitation für Zehnstundentag mache, obwohl er als Repräsentant des deutschen Kommunismus in New York gelte. So wurde Kriege von

---

<sup>50</sup> Wie in dieser Arbeit zuvor behandelt wurde, unterstützte Hermann Kriege in der Londoner Diskussionen von 1845 Weitlings revolutionäre Linie gegen die reformistische Linie Schappers im *Bund der Gerechtigkeit*.

Marx/Engels vorgeworfen, u.a. ein „Heuchler“ und „[f]eige“ zu sein und einen „hohlen Schädel“ zu haben (MEW 4, S. 3ff.).

Doch das Wirken des *Bundes der Gerechtigkeit* im Jahre 1846 in den USA umfasste bereits auch die Agitation für den Zehnstudentag. Das stand in Übereinstimmung mit der *Reform Assoziation*, die auf ihrem zweiten Kongress im Juni 1846 ebenfalls diese Forderung in ihr Programm aufgenommen hatte. Neben der Agrarreform bestand ihr Ziel in der Organisierung der Arbeiter gegen die „vom Kapital gepachteten Parteien“. *Der Bund der Gerechtigkeit* in den USA schloss 1846 ebenfalls „den Kampf gegen die Sklaverei“ ein (Hundt 1993, S. 228).

Dagegen ist Marx, wie er in einem Brief vom 28. Dezember 1846 an Annenkow schreibt, ein energischer Befürworter und leidenschaftlicher Verteidiger der „gute[n] Seite der Sklaverei“. Er verteidigt, rechtfertigt und legitimiert auf der Seite des europäischen, bürgerlichen, weißen Mannes stehend die „direkte Sklaverei“ als „eine ökonomische Kategorie von höchster Bedeutung“ (MEW 27, S. 458).

Wie am 30. März 1846 wehrte sich Weitling auch am 11. Mai 1846 zusammen mit dem Bundesmitglied Louis Heilberg gegen die Absicht von Marx/Engels, Angehörige der kommunistischen Bewegung zu bekämpfen, statt sich gegen die Monarchie und das Bürgertum zu wenden. Er schrieb in einem Brief vom 16. Mai 1846 an Hermann Kriege, dass er nicht einsehe, „warum das Interesse einer Partei, die wie die kommunistische in Europa so zahlreiche und mächtige Feinde zählt, erfordern sollte, ihre Waffen nach Amerika zu richten“. Noch weniger sehe er ein, welches Interesse eine Partei haben könne, „dorthin ihre Waffen gegen sich selbst zu richten“ (Seidel-Höppner 2014, S. 954).

In seinem Brief an Kriege bemerkte Weitling bezüglich der stattgefundenen Auseinandersetzungen mit Marx/Engels, dass er in Brüssel „die Leute als ausgefeimte Intriganten“, nämlich Marx/Engels, kennengelernt habe. „Das Factum“ war für Weitling, dass der mit Marx/Engels in Korrespondenz stehende „Knäuel“ der Bourgeoisie sich „mit M[arx] und E[ngels]“, die sich als „kommunistisch“ vorgaben, gegen Kriege und ihn wandte. Er stehe in Brüssel gegen eine „Masse Intriguen“ des ganzen bürgerlichen „Knäuels“ also „ganz allein mit Heiß“. Im „Kopf der ungeheuren geldbeschwerten Ligue von vielleicht zwölf oder zwanzig Mann“, so Weitling, spukt „Nichts als Kampf gegen mich ‚Reaktionär‘“. So scheute Marx nicht, Weitling als „einen Spion und Verräther“ zu bezeichnen (ebd., S. 955).

Hermann Kriege wurden von Marx/Engels „Liebesduselei“, „religiöse Tändeleien und metaphysische Fanfaronnaden“ vorgeworfen. Die Tendenz von Kriege's Blatt sei „nicht

kommunistisch“. Die „kindisch-pomphafte Weise“ und „phantastische Gemütsschwärmerei“ seien „in höchstem Grade kompromittierend für die kommunistische Partei“ und würden „in höchstem Grade demoralisierend auf die Arbeiter“ wirken, „falls sie von ihnen adoptiert“ werden. Sie müssten deswegen von Marx/Engels bekämpft werden (MEW 4, S. 3ff.). Während Marx/Engels die „Erweckung des Solidaritätsgefühls und revolutionären Leidenschaft“ als „phrasenhaften ‚wahren Sozialismus‘ und Revolutionsmacherei“ gänzlich verhöhnten (Nettlau 1919, S. 401), behaupteten sie, dass ihre bürgerlichen national-ökonomischen Ideen „den Kommunistenstolz der Unfehlbarkeit“ besitzen (MEW 27, S. 324).

Da Marx/Engels ganz genau wussten, dass Menschen generell auf emotionalem Weg am meisten zu beeinflussen sind, versuchten sie mit allen Mitteln, den Kommunisten diesen Weg zu verbieten, während sie selbst in der Revolution von 1848/1849 in ihrer *Neuen Rheinischen Zeitung* „gefühlmäßige Erregung“ (Kühn 1961, S. 114ff.), wie Hass und Mitleid, zugunsten der Bourgeoisie als eine Form ihrer Publizistik reichlich verwendeten. Marx/Engels attackierten 1846 „das Prinzip der Liebe“, das in der Tat „das Prinzip der Solidarität“ ist. Sie versuchten, dieses Prinzip den deutschen Kommunisten zu verbieten, da die Liebe die „Anhänglichkeit, Zusammenwirken, Bereitschaft“ heißt. Sie heißt auch „Opfer für die Gesamtheit“ zu bringen. Liebe heißt Solidarität und „Eintreten für den Anderen“, für die „Gemeinschaft“ und „gegenseitige Hilfe“ (Na’aman 1979, S. 23f.).

Doch schon 1838 schreibt Weitling in der *Menschheit*, woran die Kommunisten festhalten sollten: „Ihr habt Christi Gebot der Nächstenliebe, das ist der Proberstein, an welchem ihr die Echtheit aller andern erkennen könnet“ (Weitling 1845a, S. 18). Marx/Engels attackierten gerade deswegen das Prinzip der Nächstenliebe, also das Prinzip der Solidarität, welches das Proletariat am meisten stärkte. Sie prangerten bewusst das Prinzip der Solidarität als „Liebesduselei“ an (MEW 4, S. 3ff.), weil das Prinzip der Nächstenliebe den revolutionären Kommunisten, mit Weitling gesprochen, „Heere mit kräftigen Armen“ stellt und es dagegen bei den herrschenden Klassen „keine Spur zu finden“ ist (Weitling 1845a, S. 50ff.).

Weitling verweigerte seine Zustimmung zu von Marx/Engels „beabsichtigte[r] Principien-Änderung in der Behandlung der deutschen Communisten“ (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 236), weil er wusste, dass die von ihnen „beabsichtigte Principien-Änderung“ die Unterstützung der Bourgeoisie und das Verbot der kommunistischen Propaganda in sich beinhaltete. Er verweigerte auch die Zustimmung zu dem Zirkular gegen Hermann Kriege. Bis Ende Mai 1846 blieb Weitling in Brüssel, bevor er nach Deutschland fuhr, um sich mit den Bundesmitgliedern zu treffen (ebd., S. 236f.).

Aus einigen Briefen von Bundesmitgliedern geht hervor, dass Weitling sie über den Verlauf des Konflikts mit Marx/Engels brieflich informiert hatte. So schrieb Hess schon am 6. Mai 1846 an Marx, also vor dem endgültigen Bruch am 11. Mai 1846 zwischen Weitling und Marx/Engels, er habe von Weitling einen Brief bekommen, in dem er „sehr über seine ökonomischen Verhältnisse“ in Brüssel klage. Hess wollte hoffen, dass Marx’ „Feindseligkeiten“ gegen Weitling sich „nicht bis zum hermetischen Verschluss“ seines „Geldbeutels“ erstrecken würden (ebd., S. 185f.). Nach dem endgültigen Bruch Weitlings mit Marx/Engels schrieb Hess am 20. Mai 1846 an Marx, dass Weitlings „Mißtrauen“ gegen Marx/Engels „den höchsten Gipfel“ erreicht habe:<sup>51</sup>

Ihr habt ihn ganz toll gemacht, und wundert Euch nun darüber, daß er es ist. Ich mag nichts mehr mit der ganzen Geschichte zu thun haben; es ist zum Kotzen. Scheiße nach allen Dimensionen. Wenn die Partei sich ihrer Schriftsteller nicht annehmen will oder kann, so müssen diese, wenigstens die, die man verläßt, sich zu helfen suchen wie sie können (ebd., S. 208f.).

Hess schrieb zum Schluss, dass er mit Marx’ „Partei nicht mehr zu tun haben“ will (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 211), denn „Parteiangelegenheit“, so Hess, „hält mich noch mit ihm [Weitling] verbunden“ (Hess 1959, S. 155ff.).

#### **IV. Zweite Hälfte von 1846: Streit zwischen dem Bund und Marx/Engels**

Das Kapitel IV handelt von den politischen Konflikten zwischen dem *Bund der Gerechtigkeit* und Marx/Engels nach dem Ausschluss Weitlings aus der Führungsschicht des *Bundes*. Hier wird auf historischen Dokumenten basierend dargelegt, dass auch in der zweiten Hälfte von 1846, nämlich nach dem Ausschluss Weitlings immer noch ernstzunehmende politische und ideologische Konflikte zwischen Marx/Engels und dem *Bund der Gerechtigkeit* bestehen. In diesem Kapitel werden die Machenschaften von Marx/Engels gegen Bundesmitglieder und ihr Zorn über die Selbstständigkeit der Londoner Bundesführung dargelegt. Das Kapitel setzt sich auch mit dem Unwillen von Marx/Engels gegenüber der Einberufung eines Kommunistenkongresses auseinander. Die Beweggründe der Bundesführung für die Aufnahme von Marx/Engels in den *Bund* und die Gründe der kurzfristigen Annäherung der Londoner Führung und Marx/Engels werden ebenfalls in diesem Kapitel unter die Lupe genommen. Hier

---

<sup>51</sup> Nach dem Konflikt mit Marx schrieb Weitling am 24. Mai 1846 ein letztes Mal an ihn, dass dieser sein „Manuscripts“ ihm so schnell wie möglich zurücksende, da er bald Brüssel verlassen werde. Weitling wollte auch keinesfalls, dass Marx einen „Auszug“ aus seinen „Manuscripts“ irgendwo erscheinen lasse (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 210). Andréas/Mönke vermuten, dass dieses „Manuscript“ die von Weitling während seines Engländeraufenthaltes (1844/1845) verfasste Schrift *Gerechtigkeit, ein Studium in 500 Tagen* sein könnte (Andréas/Mönke 1968, S. 54).

wird die These vertreten, dass die Londoner wegen der revolutionären Opposition gegen sie im *Bund* Marx/Engels nötig hatten. Auch für Marx/Engels waren die Londoner die „Erträglichsten“ der „Straubinger“ im *Bund der Gerechtigkeit*, mit denen sie die Gelegenheit hatten, in die Arbeiterführung einzuschwärzen, wie folgend in diesem Kapitel belegt wird.

### **1. Londoner Bundesgemeinde gegen Monopolanspruch von Marx/Engels**

Marx beabsichtigte, den ideologisch/politischen Einfluss des revolutionären Kommunismus auf die deutsche Arbeiterbewegung zu eliminieren. Nach dem Konflikt mit Weitling glaubte er, dass er seinen bourgeoisierefreundlichen Kommunismus in die Arbeiterbewegung nun einführen könnte. Die „Isolierung Weitlings“ sei nach Engelberg „eine wichtige Vorbedingung für die Verschmelzung von revolutionärer Arbeiterbewegung und wissenschaftlichem Sozialismus“ gewesen (Engelberg 1988, S. 62). Doch im Gegensatz zu fast allen Gemeinden des *Bundes der Gerechtigkeit*, auf die Weitlings Einfluss von Bedeutung war, stellte sich nur die Londoner Bundesgemeinde zeitweilig auf die Seite von Marx/Engels und versuchte, sich an die neuen Situationen anzupassen (Andréas 1969, S. 17), obwohl auch sie erhebliche Probleme mit dem sogenannten „wissenschaftlichen“ Kommunismus von Marx/Engels hatte.

Nachdem Weitling „abgetan“ worden war (Nettlau 1922, S. 384), schrieb der ahnungslose Schapper am 6. Juni 1846 im Namen der Londoner Bundesgemeinde an Marx, dass die von Weitling erhaltenen Nachrichten sich selbst und seine Genossen „im höchsten Grade“ entrüsten mussten, da dieser schreibe, dass Marx/Engels die Arbeiter aus ihrem Verein, dem Korrespondenzkomitee, ausgeschlossen hätten. Hier sah Schapper „eine Beleidigung“, weil das bedeuten könne, dass die „Gelehrten“ den Arbeitern nichts anvertrauen, eine „Art Gelehrten-Aristokratie gründen“ und das Volk von ihrem Göttersitz herab regieren. Aber der Brief, den er neulich von Marx erhalten habe, zerstreue dieses Misstrauen zwischen den „Gelehrten“ und Arbeitern (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 219). Da der Brief, den Marx an Schapper schickte, nicht überliefert ist, ist es nicht klar, welche Argumente Marx in seinem Brief ins Feld führte, um das Misstrauen der Londoner Bundesbehörde gegen die „Gelehrten“ zu zerstreuen.

Doch Weitling schrieb die Wahrheit, denn Marx/Engels beabsichtigten durchaus, die Gründung des *Korrespondenzkomitees* gegenüber Schapper und der Londoner Bundesgemeinde geheim zu halten, obwohl sie 1845 während der Londoner Diskussion Schappers Reformismus gegen Weitling kräftig unterstützt hatten (Kunina 1965, S. 431). Marx/Engels schrieben für die Bildung eines *Korrespondenzkomitees*, wie zuvor erwähnt wurde, tatsächlich nur an die „Gelehrten“, wie Cabet, Proudhon und Harney, der ein aufrichtiger Anführer der

Chartistenbewegung in England war und auch gute Beziehungen zur Londoner Bundesgemeinde hatte.

Engels bat am 5. März 1846 Harney darum, Mitarbeiter des *Korrespondenzkomitees* zu werden, ohne jedoch Schapper und die Londoner Bundesgemeinde deshalb ins Vertrauen zu ziehen. Harney gab Engels in seinem Brief vom 31. März 1846 jedoch eine sehr klare Antwort:

[B]evor ich ordnungsgemäß die Pflichten übernehme, die Du von mir erwartest, muß ich in einem Punkt Gewißheit haben – nämlich, daß Euer Plan von den altbewährten unbestechlichen Märtyrern der deutschen Bewegung gebilligt ist. Ich muß Dir mitteilen, daß ich vor einigen Wochen Mitglied der *Deutschen Gesellschaft* [Londoner Arbeiterverein] bin [...]. Wenn nun Euer Plan der Gesellschaft nicht bekannt gemacht werden sollte oder zumindest einem oder zweien ihrer vertrauenswürdigsten Mitglieder, so würde ich zögern, mich Euch anzuschließen; denn wenn Eure Maßnahmen bekannt würden, käme ich in eine schiefe Lage, würde vielleicht sogar als ein Verschwörer gegen die Interessen des Volkes betrachtet (BdK 1, S. 298).

Harneys Aussagen beweisen eindeutig, dass Marx/Engels ihren Plan gegenüber „den altbewährten unbestechlichen Märtyrern der deutschen Bewegung“ geheim halten wollten. Doch Harney hatte eine Bedingung für die Zusammenarbeit mit Marx/Engels: Sie sollten nämlich den Vorschlag zuerst zur Londoner Bundesgemeinde bringen. Er wollte ohne Bewilligung von Schapper und Moll nichts unternehmen. Es sah also gar nicht „rosig“ für „die Brüsseler Philosophen“ aus (Kuhnigk 1980, S. 120).

Erst nach Harneys Mahnung baten Marx/Engels Schapper darum, ein Korrespondenzkomitee in London zu gründen. Nur vor diesem Hintergrund kann verstanden werden, warum Marx/Engels an Schapper schrieben. Engels sagte allerdings kein Wort über Harneys Brief vom 30. März 1846, in dem Harney an Marx/Engels schrieb, dass „ohne Arrangement mit Schapper“ ihnen die Türen verschlossen bleiben würden. Kein Wort fiel auch 1885 bei Engels darüber, dass Marx und er selbst erst nach Harneys Warnung Schapper schrieben, um in die Arbeiterbewegung „einen Fuß in die Türspalte“ zu bekommen. Bei Engels fällt ebenfalls kein Wort darüber, dass Schapper ihnen die Tür zu jener deutschen Arbeiterbewegung öffnete (ebd., S. 120f.).

Nach Harneys deutlich mahnendem Brief an Engels wurde Schapper nun von Marx/Engels aufgefordert, ein Komitee in London zu gründen. Auffallend ist dabei, dass Marx/Engels nicht die Londoner Bundesgemeinde, sondern nur Schapper zur Mitarbeit aufforderten. Dieser lehnte es jedoch ab, „allein“ mit ihnen in Korrespondenz zu treten. So informierte Schapper die „tüchtigsten hiesigen Kommunisten“ über das *Korrespondenzkomitee* (BdK 1, S. 347).



Nachdem Weitling abgetan worden war, hoffte Schapper darauf, dass er von seinen „neuen deutschen Philosophen“ für das Proletariat ein „wirkliches System“ bekam (Nettlau 1922, S. 384f.). In dem zuvor erwähnten Brief vom 6. Juni 1846 schrieb Schapper Marx auch seine politischen Ansichten. Demnach sehe er die Aufgabe der Kommunisten darin, das Volk aufzuklären und Propaganda für die Gütergemeinschaft zu machen (BdK 1, S. 348). Schapper sehe „mit Freuden“ ein, dass auch Marx/Engels „dieselben Ansichten“ hätten. Unter den „selben Ansichten“ mit Marx/Engels versteht Schapper Folgendes:

Wenn die geistige Revolution, welche jetzt angefangen hat, beendet ist, wird die physische von selbst kommen, wenn die Gewalthaber nicht nachgeben. Unsere Aufgabe ist das Volk aufzuklären, und Propaganda für die Gütergemeinschaft zu machen; Ihr wollt dasselbe, also reichen wir uns die Hände, und wirken mit vereinter Kraft für eine bessere Zukunft (ebd., S. 347f.).

Doch Marx/Engels standen keinesfalls mit der Londoner Bundesgemeinde auf einem „gemeinsamen Bekenntnis zur Gütergemeinschaft“ (Stedman Jones 2012, S. 66), da bekanntlich die Gütergemeinschaft in ihren Augen ‚primitiv‘ war und sie sich mit Leib und Seele für die bürgerliche Herrschaft einsetzten. Dagegen sahen Schapper und die Londoner Führung es als ihre Aufgabe, die Gütergemeinschaft zu verwirklichen (BdK 1, S. 348).

Die beginnende kurzfristige ‚Zusammenarbeit‘ zwischen der Londoner Bundesgemeinde und Marx/Engels beruhte also für Marx/Engels allein darauf, dass die Londoner Bundesgemeinde die Unterstützung der Bourgeoisie nicht so entschieden ablehnte wie die anderen Bundesgemeinden.<sup>52</sup> Engels brachte es in einem Brief vom Ende Dezember 1846 an Marx ganz offen zum Ausdruck, dass die „Straubinger“ in London im Vergleich zu anderen „Straubingern“ für sie „immer noch die Erträglichsten“ waren (MEW 27, S. 70f.). Wie das November Rundschreiben von 1846 zeigte, beruhte die kurzfristige ‚Zusammenarbeit‘ beider Parteien auf der politischen Unterstützungserklärung der Londoner Bundesgemeinde für die Bourgeoisie. Bald würde „eine neue Periode“ beginnen, schrieb Schapper im November-Rundschreiben, die „so großartig“ sein würde, wie nur die Geschichte aufzuweisen habe, wenn die Kommunisten „eine Vereinigung der radikalen Bourgeoisie mit dem Proletariat zustande bringen würden“ (BdK 1, S. 431).

Marx forderte im Frühsommer 1846 in seinem Antwortschreiben an Schapper auf, „gegen den philosophischen und emotionalen Kommunismus“, sprich gegen Hermann Kriege in den USA,

---

<sup>52</sup> Die Londoner Bundesgemeinde schrieb schon am 17. Juli 1846 an Marx, dass sie mit der Schweiz keine Verbindung mehr hatte: „[D]ie Anhänger Weitlings scheinen dort gegen uns gewirkt zu haben – sie haben die Korrespondenz mit uns abgebrochen“ (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 254).

zu kämpfen (BdK 1, S. 350). Schapper und seine Freunde vertraten aber, wie Weitling und im Gegensatz zu Marx/Engels, die neben ihrem sogenannten „wissenschaftlichen“ Kommunismus keiner anderen kommunistischen Strömung die „Existenzberechtigung“ zugestehen wollten (RhBA II/1, S. 68), einen „pluralistischen Standpunkt“ (Kluchert 1985, S. 117), der sich mit dem offen bekundeten Anspruch von Marx/Engels auf einzige Vertretung des Kommunismus schwer vertrug.

So ging die Londoner Bundesgemeinde in ihrem Antwortschreiben vom 17. Juli 1846 auf die Kritik von Marx/Engels gegen Kriege ausführlich ein. Schapper fragte hier, ob das Vorgehen von Marx/Engels gegen Kriege nicht etwas zu hart sei. Er kritisierte sie, denn ihr Auftreten gegen Kriege habe „wahrlich nichts Gutes gestiftet“ und daher das Verhältnis von Arbeitern und „Gelehrten“ belastet (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 252f.). Schapper schlug sich also, wie Mehring bemerkte, nicht auf Marx' Seite, sondern „auf Krieges Seite“ (Mehring 1960, S. 146). Nicht nur Schapper, sondern alle Kommunisten schlugen sich wie Weitling „auf Krieges Seite“.

New Yorker Resolutionskomitee gab im Juni 1846 im Blatt *Volks-Tribun* auf das Pamphlet der „Synode von kommunistischen Seelsorgern in Brüssel“ im Namen von 345 Mitgliedern eine sarkastische Antwort. Das gewählte New Yorker Komitee bespöttelt die Anmaßung der Verfasser des Pamphlets, nämlich Marx/Engels, als „Schöpfer und Beförderer des Kommunismus in den verschiedenen Ländern Europas“ gelten zu wollen, obwohl „dieses Verdienst“ bekanntlich allein „Arbeitern gebührt und vor allen Einem, unserm wackern Bruder Wilhelm Weitling“, der „die Herzen der Arbeiter in Flammen und die Köpfe der Gelehrten in Tätigkeit zu setzen wußte“, und sich „jenen antikommunistischen Beschlüssen“, nämlich dem Pamphlet von Marx/Engels, widersetzt habe (Seidel-Höppner 2014, S. 953f.).

Dementsprechend kritisierte auch Schapper Marx/Engels, dass diese die „verdammte Gelehrten-Arroganz noch in einem hohen Grad“ besitzen. Das zeige ihr Auftreten gegen Hermann Kriege. Solche Streiche, wie Marx/Engels gemacht hatten, „bringen Zwiespalt und Feindschaft“ zwischen Arbeitern und „Gelehrten“ hervor. Die Londoner Bundesgemeinde fand Marx/Engels' Verhalten gegen Kriege eindeutig „unkommunistisch“ (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 252f.)<sup>53</sup> und schickte ihnen einen Brief von den Gemeinden des *Bundes der Gerechtigkeit* in den USA,

---

<sup>53</sup> In einem Brief vom 25. Oktober 1881 an Bernstein erzählte Engels immer noch vom „beschränkteste[n] Weitlingsche[n] ‚Gelehrten‘-haß“ (MEW 35, S. 229). Dagegen beweist Seidel-Höppner in ihrer Arbeit basierend auf den zahlreichen Quellen, dass Weitling doch „nicht DEN INTELLEKTUELLEN IM BOURGEOIS, sondern den BOURGEOIS IM INTELLEKTUELLEN“ ablehnt (Seidel-Höppner 1988, S. 144ff.).

damit sie wissen sollten, was die Bundesgemeinden in den USA über ihr Verhalten denken. Die Bundesmitglieder aus den USA schrieben über die Haltung von Marx/Engels Folgendes:

[G]lauben denn die gelehrten Herren, die in Brüssel von ihrem philosophischen Thron ihr Anathema sit [sei verflucht] gegen jeden schleudern, der nicht ihrer Meinung ist, glauben denn die, daß sie die Gescheitheit mit Löffeln gefressen haben. – Wer sind denn jene Leute welche sagen: Kriege ist kein Kommunist, weil er nicht unserer Meinung ist; wir kennen sie ja gar nicht, wir haben noch wenig oder gar nichts von ihrem Wirken gehört, während Kriege, der kein Kommunist sein soll, mit uns lebt, mit uns Freund und Bruder ist, mit uns für den Kommunismus eifrig wirkt (ebd., S. 253).

Nachdem die Londoner Bundesgemeinde Marx/Engels wegen ihres „unkommunistisch[en]“ Benehmens gegenüber Hermann Kriege ihre Position klargemacht hatte, begann sie, den Monopolanspruch von Marx/Engels in der kommunistischen Bewegung zu kritisieren:

Ihr habt Recht, wenn Ihr die philosophische und sentimentale Richtung des Kommunismus bekämpft, sobald sie sind oder werden und sich ausschließlich geltend machen wollen, aber *Ihr* müßt auch vermeiden einseitig zu werden, und Ihr werdet es, wenn Ihr die Möglichkeit des Kommunismus bloß auf die wachsende Noth der Arbeiter und die Vervollkommnung der Maschinen etc. gründen wollt (ebd., S. 252).

Nach der Londoner Bundesgemeinde könnte die Theorie von Marx/Engels, die „die Möglichkeit des Kommunismus bloß auf die wachsende Noth der Arbeiter und die Vervollkommnung der Maschinen etc. gründen“ wollte, als ein „theoretisches Rohmaterial“ für die Theoriebildung der Arbeiterbewegung benutzt werden. Alle anderen vorhandenen Theorien würden jedoch ebenfalls auf ihren Nutzen für die Arbeiterbewegung befragt und in der Rezeption den theoretischen Bedürfnissen der Arbeiter angepasst werden (Brandenburg 1977, S. 163). Schapper setzte seine Kritik an Marx/Engels wie folgt fort:

Laßt den Philosophen seinen Kommunismus wissenschaftlich entwickeln, laßt ihn zeigen daß wir bis jetzt die Natur des Menschen noch nicht erkannt hatten – und so Unrecht hat der Philosoph doch nicht –, laßt ihn zeigen, daß die Harmonie zwischen dem Menschen, der Gesellschaft und der Natur wiederhergestellt oder besser ins Leben gerufen werden muß; [...] verdammt nicht den Sentimentalen, wenn er von der allgemeinen Bruderliebe schwärmt; [...] und verdammt nicht geradezu, sondern sucht zu bessern; laßt selbst den religiösen Kommunismus sich geltend machen, verdammt ihn nicht schlechtweg, sondern sucht kaltblütig seine Unhaltbarkeit nachzuweisen (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 252).

Schappers Aussagen machen deutlich, dass die Londoner Bundesgemeinde trotz der Trennung von Weitling weiterhin an seiner Konzeption einer kommunistischen Partei als

Zusammenfassung aller kommunistischen Richtungen festhielt. Demnach sollen die Kräfte der Revolution, die entweder aus ideellen oder materiellen Gründen gegen jede Unterdrückung und Ausbeutung sind, gemeinsam an dem Sturz der politischen Gewalten arbeiten.

Daher betrachtet die Londoner Führung auch die Revolutionstheorie von Marx/Engels nur als eine weitere Möglichkeit für die kommunistische Theoriebildung, aber sicher nicht als eine Theorie, die unter den anderen kommunistischen Theorien das „Monopol“ beanspruchen darf. Hier besteht „eine qualitative Differenz“ zwischen der „arbeiterkommunistischen“ Theorie (Brandenburg 1977, S. 163f.) und der „wissenschaftlichen“ Theorie von Marx/Engels. Die sogenannte „wissenschaftliche“ Theorie von Marx/Engels ist nach Londoner Bundesgemeinde eine unter mehreren Möglichkeiten und hat daher keinen Anspruch auf ausschließliche Geltung als Theorie der Arbeiterbewegung. Im Gegensatz zu den Behauptungen von Marx/Engels zeigen Schappers Aussagen unzweideutig, dass die Londoner Bundesgemeinde keinesfalls vom Inhalt des „wissenschaftlichen“ Kommunismus überzeugt war. Schapper macht klar, dass Marx/Engels kein Recht darauf haben, von anderen zu verlangen, dass alle „den Kommunismus auffassen sollen“, wie diese es tun (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 252).

Es ist bemerkenswert, dass in derselben Zeit, im Sommer 1846, gerade die bürgerlichen Zeitungen für den bourgeoisiefreundlichen Kommunismus von Marx/Engels eintraten. Die *Kölnische Zeitung* schrieb am 10. August 1846, dass nicht „die Tendenz“ der *Trierschen Zeitung*, sondern die von Marx vertretene Auffassung „kommunistisch“ sei. Denn die *Triersche Zeitung* wolle nicht „vorarbeiten“, sondern „vorbeugen“. Auch die *Aachener Zeitung* war mit der *Kölnischen Zeitung* in derselben Meinung. So warnte das Oberzenssurgericht Anfang August 1846 die *Triersche Zeitung*, weil die Redaktion das Bestreben zeige, „auf mehr oder minder versteckte Weise durch eine grelle Darstellung der Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft“ aufzureizen und einer Umgestaltung derselben im kommunistischen Sinne, die ohne Umsturz der bestehenden staatlichen Verhältnisse nicht denkbar ist“ vorzuarbeiten, (RhBA II/1, S. 69).

Die *Triersche Zeitung* (1840–1851) schrieb für ihre eigene Funktion am 2. April 1847 Folgendes: „Da in den deutschen Kammern nur der Besitz vertreten ist, während die Besitzlosen stumm gemacht sind, so muß es ein Volksvertreter, der die Forderungen der Zeit erkennt, für seine erste Pflicht halten, ‚seinen Mund für die Stummen aufzuthun‘, und sich freiwillig zum Organe für die Klagen des Proletariats zu machen“ (Triersche Zeitung vom 2.4.1847; zit. nach Gailus 1984, S. 103).

Die *Triersche Zeitung*, die die „erste sozialistische Tageszeitung“ in Deutschland war (Dowe 1972, S. 55ff.), wurde 1848 im *Manifest* von Marx/Engels als „schmutzige, entnervende

Literatur“ eingestuft (MEW 4, S. 488), weil sie in der Tat ein „führendes Oppositionsblatt“ in Deutschland war, sozialistische Autoren beschäftigte und der Diskussion sozialer Fragen immer mehr Raum gab (Stedman Jones 2017, S. 257). Der Ausgangspunkt der Erwägungen des Blattes war „die Erkenntnis“, dass „im Wirtschaftsleben die so viel gepriesene Freiheit des Gewerbes, die Freiheit der Konkurrenz nichts anderes als die Despotie der Reichen, den Ruin der mittleren Schichten und grenzenlose Elend der Armen“ verursache (Dowe 1972, S. 73).

## **2. Marx/Engels' Unwillen gegen Einberufung des Kommunistenkongresses**

Wie bereits behandelt wurde, informierte Weitling die Bundesmitglieder in Deutschland und in den USA über den Konflikt zwischen ihm und Marx/Engels. Wahrscheinlich schlug Weitling den Bundesmitgliedern auch die Organisierung eines Kongresses vor. Kaufmann Heinrich Zulauffs aus Elberfeld schrieb am 28. Juni 1846 an Engels, dass der Bruch zwischen Weitling/Hess und Marx/Engels von Bundesmitgliedern schon „vorausgesehen“ worden sei. Ebenfalls war ihnen die von Marx/Engels „beabsichtigte Principien-Änderung in der Behandlung der deutschen Communisten“ bekannt. Nach dem Bruch mit Marx machte Weitling wahrscheinlich eine Reise nach Deutschland, um über den Bruch mit Marx/Engels und über die von ihnen „beabsichtigte Principien-Änderung“ des deutschen Kommunismus mit Bundesmitgliedern zu sprechen (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 236f.).<sup>54</sup>

So wandte sich das Bundesmitglied Gustav Adolph Köttgen (1805-1882) in einem Rundschreiben vom 24. Mai 1846 „im Auftrage mehrerer Kommunisten“ aus Elberfeld/Wuppertal an Kommunisten in Deutschland. Im Rundschreiben schlug er zur Festigung der „Partei“ einen Kongress vor, an dem alle Kommunisten teilnehmen müssten und der aus technischen Gründen am besten in der Nähe der belgischen Grenze stattfinden sollte, um „Marx und Weitling teilnehmen lassen zu können“, was ihm wichtig scheinete (BdK 1, S. 342f.).

Wie alle Kommunisten vertritt Köttgen hier die Ansicht, dass die Organisierung eines Kongresses die theoretische und politische Kluft der Kommunisten, in der sie sich befanden, zu überwinden, die Unterschiede zwischen ihnen zu korrigieren und ihre Einheit zu gewährleisten dienen könnte. Er forderte im Rundschreiben auch eine systematische Erweiterung der kommunistischen Propaganda. So schlug er vor, dass die Kommunisten regelmäßige Geldbeiträge leisten müssen, um den Schriftstellern ein erträgliches Leben zu gewähren, damit sie gute wohlfeile, leicht verständliche Bücher liefern (ebd., S. 343). Es ist zu

---

<sup>54</sup> Der *Telegraph für Deutschland* berichtete im Oktober 1846 in der Nummer 161, dass Weitling sich „jetzt in der Gegend von Trier“ aufhalte und sein Handwerk treibe (Seidel-Höppner 2014, S. 1650).

vermuten, dass Köttgen diesen Anspruch für Weitling forderte, denn bekanntlich war einer der Streitpunkte zwischen Marx und Weitling, dass Marx durch die „Sichtung“ die Veröffentlichung der kommunistischen Propagandaschriften Weitlings zu verbieten beabsichtigte (Schlüter 1907, S. 39).

Marx/Engels schrieben darauffolgend im Namen des *Brüsseler Korrespondenzkomitees* in einem Brief vom 15. Juni 1846 an „eine Gruppe von Kommunisten in Elberfeld“, dass sie selbst das Organisieren eines Kongresses der Kommunisten für nicht „sinnvoll“ halten. Stattdessen forderten sie die Kommunisten auf, an bürgerliche Freiheiten anzuknüpfen und an Petitionen für bürgerliche Rechte und Freiheiten zu beteiligen. Dieser Auffassung entsprechend schlugen Marx/Engels den Kommunisten vor, sich energisch für die Bourgeoisie in Deutschland einzusetzen und dabei „keine langweiligen moralischen Skrupel“ zu haben (BdK 1, S. 351ff.):

Petitioniert lieber, wie die Bourgeois in Trier thun wollen, für progressive Vermögens-Steuer und [...] schließt Euch ihnen einstweilen in öffentlichen Demonstrationen an, verfährt jesuitisch, hängt die deutschtümliche Ehrlichkeit, Treuherzigkeit und Biederkeit an den Nagel, und unterzeichnet und betreibt die Bourgeoispetitionen für Preßfreiheit, Konstitution usw. Wenn das durchgesetzt ist, bricht eine neue Ära für die k[ommunistische] Propaganda an (ebd., S. 352f.).<sup>55</sup>

Auch Kaufmann Heinrich Zulauff unterstützt seine Freunde Marx/Engels und findet Köttgens Rundschreiben „erbärmlich“, da dieser im Rundschreiben die Teilnahme von „Marx und Weitling“ am Kongress vorsetze und zugleich „regelmäßige Jahres-Beiträge zur Unterstützung der bedürftigen kommunistischen Schriftsteller und zur Verbreitung dieser Ideen“ auffordere (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 236f.).

Marx/Engels' Vorhaben ist offensichtlich: Sie schlagen Köttgen vor, dass die Kommunisten lieber für die Bourgeoisie arbeiten sollten, statt ihren eigenen Kongress zu organisieren. Sie halten einen kommunistischen Kongress für „noch nicht an der Zeit“ und auch würde dies nach Marx/Engels die „nächsten Jahre nicht geschehen können“. Die Kommunisten müssten sich lediglich mit der brieflichen Verständigung und der regelmäßigen Korrespondenz begnügen (BdK 1, S. 353).<sup>56</sup>

---

<sup>55</sup> Petitionen, die sich gegen einzelne Beschlüsse der Nationalversammlung wandten oder ihre Entscheidungsscheu kritisierten, hatten in der Tat eine Legitimierungsfunktion der bestehenden Ordnung. So erkannten die bürgerlichen Wortführer im Vorfeld der Märzrevolution das Petitionsrecht als eine Möglichkeit, „um eine beständige lebendige Wechselwirkung zwischen der regierten Nation und ihren Vertretern oder Wortführern“ zu erhalten und dadurch „das Vertrauen und die Tatkraft des Volkes“ für sie zu gewinnen (Best 1984, S. 169).

<sup>56</sup> Marx forderte merkwürdigerweise sogar in zwei Stellen in seinem Brief, es sei nötig, dass die Kommunisten in Elberfeld die „Namen der Komitee Mitglieder“ ihres Kommunistenvereins mitteilen sollten (BdK 1, S. 353).

Dagegen schickten Marx/Engels in derselben Zeit, am 17. Juli 1846, an den Führer der Chartistenbewegung O'Conner, mit dem die Londoner Bundesgemeinde über dessen Landplan „nicht einverstanden“ war und ihn „für abscheulichen Unsinn und eine kannibalische Dummheit“ hielt (BdK 1, S. 455), im Namen der „deutschen demokratischen Kommunisten zu Brüssel“ eine Grußadresse, um seinen „glänzenden Wahlerfolg“ und „großartigen Sieg“ zu gratulieren. In ihrer Adresse betrachteten Marx/Engels Demokraten, Bourgeoisie und Arbeiter der ganzen Welt als „fast identisch“ und titulierten sich selbst als „die anerkannten Vertreter vieler deutscher Kommunisten in Deutschland“ (MEW 4, S. 24ff.).

Aus einem Brief von Schapper am 17. Juli 1846 an Marx ist herauszulesen, dass Marx ihm von dem Plan zur Organisation eines Kongresses berichtete. Allerdings verschwieg Marx dabei gänzlich, dass Köttgen diesen Vorschlag im Namen vieler Kommunisten in Elberfeld/Wuppertal gemacht hatte. Obwohl Marx die Idee eines Kommunistenkongresses in der Realität „noch nicht an der Zeit“ fand (MEW 4, S. 21), gab er in seinem Brief an Schapper vor<sup>57</sup>, dass nicht Köttgen und Wuppertaler Kommunisten, sondern er selbst und seine Freunde „die Zusammenberufung eines kommunistischen Congresses“ beabsichtigen würden. Marx, der im Vergleich zu Schapper heimtückisch war und seine wahren Ansichten ihm gegenüber verheimlichte, wollte durch seinen Täuschungsversuch wohl wissen, wie die Londoner Bundesgemeinde auf einen kommunistischen Kongress reagieren könnte.

Durch seine Unwahrheit erfuhr Marx, dass die Londoner Bundesgemeinde sich über den Kommunistenkongress „am meisten erfreut hat“, da sie ihn, wie andere Bundesgemeinden, „für das einzige Mittel“ hielt, „Kraft und Einigkeit“ in die kommunistische Propaganda zu bringen. Die Londoner Bundesgemeinde war der Meinung, dass alle Richtungen des Kommunismus auf dem Kongress sich geltend machen müssten. Denn die Einheit der Kommunisten könne nur durch eine „kaltblütige und brüderliche“ Diskussion geschaffen werden (MEGA<sup>2</sup> II/2, S. 252f.).

Während Marx/Engels den Kommunisten energisch empfahlen, dass sie lieber „wie die Bourgeois“ für die „Konstitution“ petitionieren, für sie „jesuitisch“ arbeiten und dabei „keine langweiligen moralischen Skrupel machen“ sollten (MEW 4, S. 21f.), warnte die Londoner Bundesgemeinde die Kommunisten vor „Petitionen“, solange sie „noch nicht organisiert sind“ (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 254). Während Marx/Engels jedes Organisieren und jede Propaganda der

---

<sup>57</sup> Obwohl die veröffentlichten Dokumente eindeutig zeigen, dass Köttgen den Kongressvorschlag machte, behaupten die Marx'schen Historiker der *BdK*, wie Marx gegenüber Schapper vorgab, dass der Kongress „von Marx/Engels angeregt worden“ sei (BdK 1, S. 1054). Auch Martin Hundt behauptet, ohne es zu beweisen, dass die Idee zur Einberufung eines Kongresses „offenbar“ zuerst nicht im Bund, sondern im Brüsseler Kommunistischen Korrespondenzkomitee entstanden sei (Hundt 1993, S. 274ff.).

Kommunisten, die zur Stärkung und Einheit der Kommunisten dienen könnten, kräftig bekämpften und einen kommunistischen Kongress für „noch nicht an der Zeit“ hielten (MEW 4, S. 21), wollte die Londoner Bundesgemeinde keinesfalls mit der Organisation der Kommunisten warten, „bis der Sturm losbricht“:

Sollen wir warten mit unserer Organisation, bis der Sturm losbricht! Dann wird es zu spät sein, im Sturm kann nichts mehr organisiert werden; wir werden dann kämpfen und die Republikaner, die Reformisten etc. werden ernten, was wir gesät haben (BdK 1, S. 381).

Die Londoner Gemeinde wusste aus ihrer revolutionären Erfahrung heraus ganz genau, dass „im Sturm“ also „nichts mehr“ organisiert werden kann. Deswegen wollte sie sich so schnell wie möglich, bevor „der Sturm“ losbricht, organisieren und einigen. Sie plante „sobald als möglich“ den Kommunistenkongress zu organisieren, da jede Zögerung Gefahr bringen könne. Der Kongress müsse noch 1846 gehalten werden, „wenn es nur immer möglich ist“, schrieb Schapper an Marx (ebd., S. 381f.).

Die Londoner Bundesgemeinde hielt einen kommunistischen Kongress für nötig. So schrieb Schapper am 28. August 1846 an ein Mitglied des *Bundes* in Leipzig, dass Kommunisten beabsichtigen, Anfang nächsten Jahres in London einen großen kommunistischen Kongress zu halten, an welchem „Männer aus allen Ländern Europas und aus Amerika Anteil nehmen werden“. Auf diesem Kongress müssten ihre „Grundsätze diskutiert und eine Vereinigung der Kommunisten und Sozialisten aller Länder“ zur Stunde gebracht werden (BdK 1, S. 401f.).

Als Marx/Engels von den Vorbereitungen eines Kommunistenkongresses in London wohl durch Harney erfuhren, ließen sie die Korrespondenz mit den Londonern einschlafen, weil sie mit dem Plan eines Kommunistenkongresses nicht einverstanden waren. Schapper schrieb deswegen Anfang September 1846 an Marx/Engels, dass er und seine Genossen „sehr erstaunt“ über ihr „langes Stillschweigen“ seien. Er fragte ahnungslos, ob Marx/Engels ihren „Plan“ doch „am Ende nicht wieder aufgegeben“ hätten. Der nichtsahnende Schapper, der nicht wusste, dass der Plan eines Kommunistenkongresses in der Tat Weitling, Hess, Köttgen und anderen Kommunisten gehörte, bat Marx/Engels vergeblich, „sobald als möglich Nachricht zu geben“ (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 303).

Noch ein Grund für die „spürbare Abkühlung“ im Verhältnis zwischen den Londonern und den Brüssellern war die Adresse, die vom Londoner Arbeiterbildungsverein, hinter dem die Londoner Bundesgemeinde stand, im September 1846 zur schleswig-holsteinischen Frage erlassen wurde (Kluchert 1985, S. 121f.) Die Adresse warnte die deutschen Proletarier offen davor, sich mit ihrem Blut für die nationale Einigung einzusetzen, die doch nur der Bourgeoisie



zugutekomme, „die mehr als Eure Fürsten Eure Unterdrücker sind“ (BdK 1, S. 409). Verständlicherweise gefiel Marx/Engels die Adresse der Londoner Bundesgemeinde mit ihren „Schimpfereien“ auf die Bourgeoisie gar nicht (MEW 27, S. 48).

In dieser Zeit verlangten Marx/Engels von ihren Geschäftsfreunden für ihren Plan Geld, wie der Zigarrenfabrikant Georg Weber (1816–1891) in einem Brief an Marx schrieb (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 277). Da Marx jedoch das Gefühl hatte, dass er von der Bourgeoisie für seine Studien nicht so kräftige finanzielle Unterstützung bekam, wie er sich wünschte, bezeichnete er in einem Brief an Weydemeyer das Geld, das er von der Bourgeoisie bekam, als „Betteleien“ (ebd., S. 272). Weydemeyer erinnerte Marx dagegen in seinem Antwortbrief vom 9. August 1846 an die bürgerliche Unterstützung für Marx im Jahre 1843. Marx sei damals „von Parteileuten unterstützt“ worden und werde „jetzt ebenfalls“ unterstützt. Damals habe Marx „die Unterstützung, wie sie geboten wurde, als Parteiunterstützung“ gern genommen. Da Marx jetzt die finanzielle Unterstützung der Bourgeoisie noch mehr benötige, aber das Gefühl habe, dass er nicht genügend bekomme, wie er wolle, bezeichne er sie dieses Mal „als Parteibettelei“. Das fand allerdings Weydemeyer ungerecht (ebd., S. 290). Auch Ewerbeck riet Marx in einem Brief, dass er den Kontakt mit Bourgeois, die doch wenigstens „edlen Willen und Geld besitzen“, weiter beibehalte; eben, weil ja alles „jetzt auf Publizierung“ der Sachen von Marx ankomme. Marx/Engels bräuchten ja die „Geldkräfte“ (BdK 1, S. 394). Weitling hatte also keinesfalls Unrecht, als er schrieb, dass „reiche Leute“ die Schriften von Marx unterstützen (ebd., S. 308).

Schapper schrieb im September 1846 für die von Hermann Püttmann in der Schweiz herausgegebene und von den Mitgliedern des *Bundes der Gerechtigkeit* finanziell unterstützte Zeitschrift *Prometheus*,<sup>58</sup> dass die Kommunisten Anfang 1847 in London einen „großen kommunistischen Kongress“ zu halten beabsichtigen, an dem „Männer fast allen Ländern Europas und Amerikas“ Anteil nehmen würden. Auf dem Kongress würden „die Grundsätze“ der Kommunisten diskutiert und eine „Vereinigung aller Kommunisten und Sozialisten aller Länder“ zustande gebracht werden, denn „der Geist des Jahrhunderts“ brause mächtig einher, und die Kommunisten „wissen nicht, wie bald er sich Bahn brechen wird“. Deswegen müssten sie „gefasst sein“ (BdK 1, S. 405).

---

<sup>58</sup> Die in Hamburg herausgegebene Zeitschrift *Jahreszeiten* berichtete Ende Februar 1847 von Püttmans Zeitschrift. Demnach wolle Püttmann „mit seinem Prometheus“ nur Sozialisten wie Fourier, Owen, Cabet, Dézamy und Weitling, die den Mut haben, „die sozialen Übel an der Quelle zu bekämpfen“, ein Organ geben (Seidel-Höppner 2014, S. 1660f.).

Der liberale Professor Bruno Hildebrand (1812–1878) nahm im Jahr 1846 auf Einladung von Karl Schapper an einer „Communistenversammlung“ im Londoner Arbeiterverein teil. In seinen Erinnerungen schrieb er, dass Schapper „mit einem gewissen inneren Stolze“ auf sein „Professortum“ herabgesetzt habe, obwohl er gegenüber ihm „durchaus gemessen, aber freundlich“ gewesen sei (Hildebrand 1846; zit. nach Grünberg 1925b, S. 455). Hildebrand bemerkte in Schappers Rede „eine starke communistische Färbung“ und seine Kritik an der Bourgeoisie. Nach Hildebrand sei Schapper „ein Feind der Liberalen und der Geldaristokratie und ging sogar soweit, daß er den Kommunisten riet, sich lieber an ihre offenen Feinde, die Jesuiten als an ihre heimlichen Feinde die Geldliberalen anzuschließen, die durch Verfassungen usw. die politische Herrschaft der Geldmacht ausdehnen wollten“ (ebd., S. 457). Aus den Aussagen Hildebrands geht deutlich hervor, dass Schapper trotz seiner episodischen gewaltfreien Ansichten gegenüber dem Bürgertum einen klaren Abstand hatte und im Gegensatz zu Marx/Engels keineswegs von einer „revolutionären“ Bourgeoisie ausging.

### **3. Konflikte zwischen Engels und der „Schneiderclique“ in Paris**

Nach dem Brüsseler Konflikt mit Weitling begab sich Engels im August 1846 nach Paris, um die „Knoten“ und „Straubinger“, so benannte er Kommunisten und Arbeiter, für den bourgeoisiefreundlichen Kommunismus zu gewinnen.<sup>59</sup> Am Anfang schrieb er aus Paris an Marx: „Der Rest der Weitlingianer, eine kleine Schneiderclique, steht nämlich im Begriff hier herausgeschmissen zu werden“ (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 30).

Doch seine Propaganda kam an die Pariser Bundesgemeinde nicht heran. Der von ihm vorgetragene bourgeoisiefreundliche Kommunismus fiel in Paris auf keinen fruchtbaren Boden. Da dortige deutsche Arbeiter stark unter dem Einfluss des revolutionären Kommunismus standen, bereiteten sie Engels keine Freude. In ständigen, unermüdlichen Diskussionen war es Engels immer noch nicht gelungen, die „Straubinger“ zu den vermeintlichen Vorteilen der Unterstützung der Bourgeoisie zu überreden. Er stellte am Ende kapitulierend fest, dass es für ihn keine leichte Aufgabe war, in der traditionsreichen und gewichtigen Pariser Sektion die

---

<sup>59</sup> Der Leiter der Pariser Bundesgemeinde Ewerbeck, der in jener „ganz zum Werkzeug Friedrich Engels“ wurde (Fehling 1922, S. 65), wünschte sich schon längst, dass Engels nach Paris umziehe (BdK 1, S. 358). Denn er pauke mit den „Straubingern“, wie er in einem Brief vom 15. Mai 1846 an Marx schrieb, alle acht Tage Naturlehre, Geschichte und Geografie. So sei endlich der „unselige Messer und Gabelkommunismus“, der wie eine Pest eingebrochen sei, im steten Schwinden gewesen. Dagegen sei die menschlich freie, nationalökonomische, ästhetische Lebensansicht im Zunehmen gewesen (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 203). In seinem Brief vom 27. Juli 1846 an Marx freute sich Ewerbeck darauf, dass nun „die Londoner in dieser Weise zu wirken, für gut befinden“. Marx solle ihm baldigst sein neues System des Kommunismus schicken (BdK 1, S. 388).

Partei der Weitlingianer schnell „herauszubugsieren“ (MEW 27, S. 32), wie er am Anfang seines Pariser Aufenthalts in seinen Briefen an Marx triumphierend behauptet hatte.

Die historischen Quellen beweisen, dass seine Triumphe „leeres Gerede“ sind. In seinen Lebenserinnerungen schreibt Stephan Born (1824–1898), dass Engels in Paris „auf die eigentlichen Arbeiterkreise keinen Einfluss“ ausüben konnte, da er im Umgang mit den deutschen Arbeitern in Paris nicht den richtigen Ton getroffen habe. Engels sei in den Augen von Arbeitern immer „der reiche Bourgeoissohn“ gewesen, der sich anmerken ließ, dass an ihn die Sorge des Lebens nie herantrat, weil er „allmonatlich seinen Wechsel von seinem Vater“ erhielt (Born 1898, S. 49). Auch Engels Briefe aus Paris bestätigen Borns Aussagen, dass er mit großem Hochmut auf die kommunistischen Arbeiter herabblickte. Im „intime[n]“ Briefwechsel zwischen Marx und Engels (Nettlau 1919, S. 392) tauchen die Arbeiterkommunisten in der Regel u.a. als „Knoten“, „Straubinger“, „Kerls“ oder „Esel“ auf (MEW 27, S. 68ff.).

Engels’ „Siege“ in Paris beruhten in der Realität auf „Manipulation“ oder auf „Täuschung“ (Stedman Jones 2017, S. 270). In den Pariser Diskussionen entwickelte Engels eine Strategie: Einerseits verbreitete er überall die „niemals bewiesene Behauptung“ über angebliche „Plagiate“ Weitlings (Schraepler 1972, S. 190), um die Arbeiter von Weitling abzulösen, indem er seine selbst produzierten Verleumdungen über Weitling als „allgemein[en]“ Glauben der Arbeiter zu verkaufen versuchte. So schrieb er, dass „die Arbeiter hier allgemein“ geglaubt hätten, dass Weitling *Garantien* „nicht allein gemacht“ und „auch die Hauptsache von der *Menschheit wie sie ist und sein soll*“ von anderen abgeschrieben hätte (MEW 27, S. 39).

Da seine Verleumdungskampagne gegen Weitling erfolglos war und ihn noch beliebter unter Pariser Arbeitern machte, fing Engels andererseits in organisierten Diskussionsabenden an, mit den Mitgliedern der Pariser Bundesgemeinde über die Kommunismus-Definition verschiedener Strömungen der Arbeiterbewegung zu diskutieren. In einem Kreis von kommunistischen Arbeitern hatte er anfänglich die ganze Gruppe gegen sich, als er aber in der Gruppe von der Notwendigkeit einer gewaltsamen Revolution sprach (Mayer 1934, S. 251f.), um sie zu gewinnen, wiederholte er Weitlings Ideen, die die deutschen Arbeiter in Paris schon gut kannten. Er musste „die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution“ vorläufig akzeptieren (Brandenburg 1977, S. 173ff.) und sie auch als seine eigene Meinung vorgeben, um die Unterstützung der kommunistischen Arbeiter in Paris zu gewinnen.

Engels gestand selbst in „privatem“ Brief vom Ende Dezember 1846 an Marx, dass er in Paris „unter diesen Umständen den W. W[eitling] hier ganz laufen lassen“ musste (BdK 1, S. 442).

So schrieb er die von Weitlingianern gut gekannte „höchst simple Definition“ des Kommunismus von Weitling ab:

1. die Interessen der Proletarier im Gegensatz zu dem Bourgeois durchzusetzen; 2. dies durch Aufhebung des Privateigentums und Ersetzung desselben durch die Gütergemeinschaft zu tun;
3. kein anderes Mittel zur Durchführung dieser Absichten anzuerkennen als sie gewaltsame demokratische Revolution (MEW 27, S. 61).

Weil die von Engels gemachte Definition des Kommunismus, mit Ausnahme des Wortes „demokratisch“, von Weitling abgeschrieben worden war, wurde sie von der Pariser Bundesgemeinde mit 13 gegen 2 Stimmen in einer Gemeindesitzung aufgenommen (Brandenburg 1977, S. 172). Da das Treffen jedoch von der Polizei gewöhnlich bespitzelt wurde, geriet Engels wegen der notgedrungenen Übernahme der Definition vom Weitling'schen Kommunismus ins Visier der französischen Behörden. Er sei beschuldigt worden, zusammen mit Ewerbeck „die Chefs einer gefährlichen Clique“ zu sein (MEW 27, S. 68). Diese gefährliche „Clique“ waren zweifellos Weitlingianer, mit denen Engels in der Wirklichkeit nichts zu tun hatte und sie wahrhaftig bekämpfte.

Engels glaubte zu wissen, dass die „Straubinger“ bei ihrem Verhör der Polizei über ihn Geständnisse gemacht hätten, als eine Anzahl deutscher Arbeiter als Teilnehmer „an revolutionären Krawallen im Faubourg St. Antoine“ verhaftet worden waren. Bald dachte Engels auch, dass er von Spitzeln verfolgt worden sei. Doch er war keinesfalls geneigt, sich wegen dieser „Straubinger“, an deren „Besserungsfähigkeit er ohnehin zweifelte“, ausweisen zu lassen (Mayer 1934, S. 252). So verließ er sofort seine Aufklärungsaktion und sein billiges Wohnviertel und zog in das „Börsenviertel“, wo die Wohlhabenden und Börsenmänner wohnten (Born 1898, S. 54).

Er hatte definitiv „keine Lust“, sich „wegen Straubingers schassen zu lassen“, und gestand der Polizei seine Dankbarkeit in einem Brief an Marx, dass sie ihn „aus der Straubingerei gerissen und ihm die Genüsse dieses Lebens in die Erinnerung gebracht hat“. Aus Engels' Briefen an Marx ist herauszulesen, dass die „Straubinger“ ihm ganz gleichgültig waren. Sie zu verbessern, hoffte er bestimmt nicht. Er dachte nicht daran, sich für sie den Ärgernissen einer Ausweisung auszusetzen (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 65f.):

Wenn die verdächtigen Individuen, die mich seit vierzehn Tagen verfolgen, wirklich Mouchards sind, wie ich es von einigen sicher weiß, so hat die Präfektur in der letzten Zeit viel Entreebillets für die Bälle Montesquieu, Valentino, Prado pp. ausgegeben. Ich verdanke Herrn Delessert ganz

hübsche Grisettenbekanntschaften und viel Pläsier, denn ich wollte die Tage und Nächte ausnutzen, die meine letzten in Paris sein (ebd., S. 66).

Engels erklärte den „Straubingern“, dass er nicht mehr bei ihnen schulmeistern könne und deswegen sehr zufrieden sei. Während Engels „die Tage und Nächte“ in vollen Zügen genoss, von Ball zu Ball flanierte und sich um die Bekanntschaften mit „hübschen“ Frauen kümmerte,<sup>60</sup> wurde in der gleichen Zeit im Herbst 1846 in Paris wegen der massenhaften Straßendemonstrationen gegen die drohende Brotverteuerung „eine Masse“ deutscher Kommunisten verhaftet, die ganz „aus Straubingern“ bestand (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 65). Im Herbst 1846 fanden in Paris mehrere Verhaftungen von Bundesmitgliedern statt, und zahlreiche deutsche Kommunisten wurden infolge der von der preußischen Polizei übermittelten Angaben über die Pariser Bundesgemeinde mit Ausweisung bedroht. Auch die öffentlichen deutschen Arbeiterversammlungen wurden von der französischen Polizei streng überwacht (Andréas 1969, S. 17).

Wegen der polizeilichen Verfolgungen gegen die Pariser Kommunisten wurde im November 1846 die bis dahin in Paris quartierte Volkshalle, das oberste Entscheidungsorgan des *Bundes der Gerechtigkeit*, das ab Juni 1847 als Zentralbehörde benannt wurde, von Paris nach London verlagert (Kluchert 1985, S. 123). Der Grund für die Verlagerung der Volkshalle sei die Sicherheit der einzelnen Mitglieder gewesen. Auch die schriftlichen Unterlagen seien in London weit besser gewährleistet als in Paris (BdK 1, S. 476). So traten Schapper und Moll erst ab November 1846 in diese neu gewählte Volkshalle ein. Martin Hundt behauptet, dass der Sitz der Volkshalle bereits im Juli 1846 von Paris nach London verlegt worden sei (Hundt 1993, S. 261). Er hat aber dafür keine triftigen Beweise. Der Briefverkehr zwischen der Londoner Bundesgemeinde und Marx/Engels geschah im Sommer wohl ohne das Wissen und die Genehmigung der Pariser Volkshalle und daher statutenwidrig. Um das zu legitimieren, erklärte Hundt die Londoner Bundesgemeinde frühzeitig als die Londoner Volkshalle. Doch die Londoner schickten erst im November 1846 ihre erste Ansprache an den *Bund*.

Als der Grund für die Verlagerung der Volkshalle wird bei dieser Arbeit die Erfolglosigkeit der „Aufklärungsaktion“ von Engels gesehen. Er konnte also hinsichtlich der unter dem Einfluss von Weitlings Ideen stehenden Gemeinden des *Bundes der Gerechtigkeit* in Paris keine Erfolge erzielen (Friedenthal 1981, S. 318), denn auf Weitling schwörende „Straubinger“ und insbesondere die „Schneiderclique“, wie Engels sie benennen wollte, in deren Mitte Weitlings

---

<sup>60</sup> Engels' Haltung war als „Bourgeoissohn“ (Born 1898, S. 49) ganz üblich, da zu dieser Zeit die Suche der Männer des Bürgertums nach sexuellen Abenteuern mit Prostituierten und Fabrikarbeiterinnen alltäglich war.

Ideen am lebendigsten waren (Mayer 1934, S. 250), entsprachen keineswegs dem Proletariertypus, auf den Engels für die Verwirklichung seines Zukunftsideals zählte und ihn mit der Bourgeoisie auf der Bühne der Demokratie gern zusammentanzen sehen wollte.

Trotz „Geduld“ und „Terrorismus“ gelang Engels also nicht, obwohl er später das Gegenteil behauptete, „die große Menge“ an seine Seite zu ziehen. Er beschwerte sich in jener Zeit in einem Brief an Marx, dass die „Straubinger“ immer noch fürchterlich gegen ihn „bellen“ (BdK 1, S. 425). Deutsche Kommunisten und Arbeiter in Paris widmeten diesem „Fabrikantensohn“, der mit seiner „großbürgerliche[n] Lebensform“ (Stadelmann 1962, S. 159) immer prahlte, immer „mehr oder minder Wuth“ und sogar „eine Prügelei mit Sch[erzer]“, nämlich mit dem Leiter der Pariser Bundesgemeinde, wie Marx im März 1848 aus Paris Engels berichtete (MEW 27, S. 119). Da Paris das Zentrum des revolutionären Kommunismus war, konnte Engels hier keinen Fuß fassen und die Arbeiter für die Unterstützung der Bourgeoisie nicht gewinnen. So kamen die polizeilichen Verfolgungen gegen die Pariser Kommunisten im November 1846 Marx/Engels sehr gelegen; denn dadurch wurde die bis dahin in Paris quartierte Volkshalle von Paris nach London verlagert. Marx/Engels waren mit der Verlagerung der Volkshalle zufrieden, da im Gegensatz zu Pariser „Straubingern“ die Londoner „Straubinger“ aus ihrer Sicht „immer noch die Erträglichsten“ für sie waren (ebd., S. 70f.).

#### **4. Marx/Engels' Zorn über die Selbstständigkeit der Londoner Bundesführung**

Nachdem die Volkshalle nach London verlagert worden war, versuchte die Londoner Bundesführung, im November 1846 durch ein Rundschreiben im gesamten *Bund der Gerechtigkeit* eine programmatische Diskussion über die Aufgaben der Kommunisten in den bevorstehenden Kämpfen einzuleiten. Sie wollte im *Bund* durch einen Bundeskongress innere Festigkeit schaffen, bevor sie mit anderen Kommunisten in einem allgemeinen Kommunistenkongress ins Gespräch kam (BdK 1, S. 432).

So forderte die neue Bundesleitung alle Mitglieder zur aktiven Teilnahme an Diskussionen und Aktivitäten auf. Jede Bundesgemeinde wurde verpflichtet, einen Abgesandten zum Bundeskongress im Mai 1847 zu senden, auf dem ein neues Programm beraten und verabschiedet werden sollte. Die Londoner Bundesleitung beklagte, dass seit langem in Fragen des Programms des *Bundes* keine Einigkeit bestehe. Dieser Missstand solle durch „ein einfaches kommunistisches Glaubensbekenntnis, das allen zur Richtschnur“ dienen könnte, behoben werden (ebd., S. 431). Sie fragte in diesem Zusammenhang nach der „Stellung des Proletariats der hohen und der niederen Bourgeoisie gegenüber“, um in diesem Punkt „die

Gesinnungen der Mitglieder“ zu erfahren, da es notwendig sei, das Verhältnis der Kommunisten zum Bürgertum zu klären (ebd., S. 435).

Als ihre eigene Meinung empfahl die Londoner Bundesleitung den Bundesmitgliedern, Kontakt mit den Vertretern der Bourgeoisie zu knüpfen. Sie legte ihre Empfehlung den Gemeinden zur Diskussion vor. Die Gemeindevorsteher sollten nach beendeter Diskussion die Bundesleitung von den politischen Positionen der Mitglieder in Kenntnis setzen. Über die ausschlaggebende Frage, wie sich das Proletariat zur „hohen Bourgeoisie“ zu stellen habe, wurde im November-Rundschreiben keine Entscheidung getroffen, weil es über diese entscheidende Frage zwischen Bundesmitgliedern „erhebliche ideologische Differenzen“ und „Meinungsverschiedenheiten“ gab. Der Kongress solle daher dazu dienen, Klarheit über das Verhältnis der Kommunisten zur Bourgeoisie zu schaffen (ebd. S. 435f.).

Außerdem sollten die im *Bund* vertretenen verschiedenen Strömungen, deren ständige Auseinandersetzung die Organisation zu sprengen drohte, ausgeglichen und die politischen Uneinigkeiten unter den Mitgliedern des *Bundes* begraben werden. Deswegen wurden prinzipielle theoretische Fragen im November-Rundschreiben von 1846 fast kaum berührt. Offensichtlich wollte die Bundesleitung, wie Förder, Brandenburg und Kluchert denken, über theoretische Differenzen hinweg erst einmal zur formalen Einheit gelangen (Förder 1960, S. 131; Brandenburg 1977, S. 165ff.; Kluchert 1985, S. 124). „Der Zersplitterung und Teilnahmslosigkeit“ wollte Schapper Schranken setzen und „die Fäden zwischen den einzelnen Gemeinden fester knüpfen“ (Fehling 1922, S. 65). Der geplante Kongress sollte also durch das einfache „Glaubensbekenntnis“ ein gemeinsames Dach schaffen, unter dem die verschiedenen Gruppen nebeneinander existieren könnten.

Da Marx/Engels 1846 faktisch keine Mitglieder des *Bundes der Gerechtigkeit* waren und seit Spätsommer 1846 die Korrespondenz mit der Londoner Bundesgemeinde wegen deren Vorbereitung eines allgemeinen Kommunistenkongresses einseitig einschlafen ließen, berichtete die Londoner Leitung Marx/Engels von der Adresse eines Bundeskongresses nicht. Obwohl die Bundesleitung in ihrem Schreiben vom 11. November 1846 an das *Brüsseler Korrespondenzkomitee* kein Wort über die internen Angelegenheiten des *Bundes* verlauten ließ, erfuhren Marx/Engels wohl durch Harney von der Organisation des Bundeskongresses (Brandenburg 1977, S. 174ff.).

Das Ziel der Bundesleitung widersprach eindeutig in vielerlei Hinsicht dem Plan von Marx/Engels, die bekanntlich neben ihrem bourgeoisiefreundlichen Kommunismus keiner anderen kommunistischen Strömung die „Existenzberechtigung“ zugestehen wollten (RhBA

II/1, S. 68). Marx/Engels, die „keinerlei Erfahrung als Revolutionäre aufzuweisen hatten“ (Stein 1937, S. 118), waren sehr wütend über die Londoner Bundesleitung, die selbstständig einen Bundeskongress einzuberufen plante (Schraepler 1972, S. 194).

Mitte November 1846 schrieb Engels Marx einen Brief, der es wert ist, hier ausführlich zitiert zu werden, denn dieser Brief zeigt die wahren Gefühle, Meinungen und Vorhaben von Marx/Engels gegenüber der Londoner Führung des *Bundes* und die politischen Spannungen zwischen ihnen. Engels gab in seinem Brief seiner Wut über die selbstständige Entscheidung des Kongressplans der Bundesführung unverhohlenen freien Lauf (MEW 27, S. 69f.). So sollten Marx/Engels die „Kerls“, sprich die Londoner Kommunisten, schriftlich nicht „verhöhnern“, da diese eben „keine Schriftsteller“ seien. „Gegen Literaten“ könnten sie „als Partei auftreten, gegen Straubinger nicht“. „Theoretische [...] Differenzen“ seien mit diesen „Kerls“ auch „kaum möglich, da sie keine Theorie“ hätten. Was die „Straubinger“ in den Augen von Engels nur tun, schreibt er weiter: „[Sie] erlassen bloß von Zeit zu Zeit Proclame, die kein Mensch zu sehen bekommt und wonach kein Hahn kräht.“ Nachdem seine Wut nachließ, plante Engels kühn, welche Strategien Marx und er selbst gegen die Londoner „Straubinger“ entwickeln sollten:

Übrigens haben wir zwei Methoden uns ihrer, wenn sie rebellen, zu entledigen: entweder offen zu brechen oder bloß die Korrespondenz einschlafen zu lassen. Ich wäre für Letzteres, wenn ihr letzter Brief eine Antwort zulässt die, ohne ihnen zu derb vor den Kopf zu stoßen, lau genug ist, um ihnen die Lust zum schnellen Antworten zu nehmen (ebd. S. 70).

Wenn sie mit den „Kerls“ offen brechen würden, könnten sich diese „Dusel“, fürchtete Engels, „gegen uns geltend machen“. Die „Straubinger“ würden es also verbreiten, dass sie „von den gelehrten Herren gerne lernen wollen, wenn sie was Ordentliches hatten usw.“. Engels, der den Abbruch der Beziehungen erwog, aber schließlich zu bedenken gab, dass ein „direkter Bruch mit den Kerls“ ihnen „keinen Gewinn und keine Glorie“ einbringe, schrieb weiter:

Schließlich sind die Leute immer ein paar 100 Mann stark, durch H[arney] bei den Engländern akkreditiert, durch den ‚Rheinischen Beobachter‘ pp. in Deutschland als wütende und keineswegs ohnmächtige kommunistische Gesellschaft ausposaunt; dazu immer noch die erträglichsten der Straubinger und gewiß das beste, was sich, solange in Deutschland keine Veränderung, aus Straubingern machen läßt. [...] Es ist immer besser, sie nun ruhig laufen zu lassen, sie nur in Masse, en bloc anzugreifen, als einen Streit hervorzurufen, bei dem wir uns nur schmutzige Stiefel holen können (ebd.).



Die „Straubinger“ in London waren für Marx/Engels im Vergleich zu jenen in Paris und der Schweiz immerhin die „Erträglichsten“, mit denen sie einen „Anknüpfungsversuch“ an die deutsche Arbeiterbewegung machen könnten, um dort ihre bourgeoisiefreundliche Lehre zu verbreiten:

Die Geschichte mit den Londonern ist ärgerlich eben wegen Harney, und weil sie von allen Straubingern die einzigen waren, mit denen man geradeheraus, ohne arriere-pensee [Hintergedanken] einen Anknüpfungsversuch machen konnte. Wollen die Kerls aber nicht, eh bien [nun], mögen sie laufen! (ebd., S. 69).

Marx/Engels hätten nun aus dieser Geschichte gelernt, dass mit den „Straubingern“, solange nicht in Deutschland „eine ordentliche Bewegung“ existiere, nichts anzufangen sei, „selbst mit den Besten nicht“, denn man sei ja ohnehin nie sicher ihnen gegenüber. Deswegen wäre die beste Lösung für sie, dass sie den Schriftverkehr mit den Londonern ganz einschlafen lassen. Wenn sie die Korrespondenz einmal planmäßig schlafen lassen, so gehe das ganz gut. Der „Bruch kommt allmählich und macht keinen Eklat“ (ebd., S. 70f.).

Die Beziehungen zwischen der Bundesleitung und Marx/Engels schien Ende 1846 auf einem Tiefpunkt angekommen zu sein. Marx behauptete 1860 in seiner Streitschrift dagegen, dass die Führung des *Bundes* Ende 1846 infolge der „Wirksamkeit“ ihrer literarischen Arbeiten mit ihm und Engels in Verbindung getreten und „eins ihrer Mitglieder“ zu ihnen geschickt habe, um sie zum Beitritt in den *Bund der Gerechtigkeit* aufzufordern (MEW 14, S. 439). Doch er schrieb selbst am 28. Dezember 1846 einen längeren Brief, was er den Londoner Kommunisten gegenüber aussparte, an den bürgerlichen Pawel Annenkow, in dem er ihm seine Konflikte mit den Londoner Kommunisten offenbarte. Er brüstete sich Annenkow gegenüber, „eine starke Gruppe innerhalb der deutschen kommunistischen Partei“ nehme es ihm gerade „übel“, dass er sich „ihren Utopien und Deklamationen“ widersetze (MEW 27, S. 462).

### **5. Beweggründe für Türöffnung der Londoner Bundesführung für Marx/Engels**

Die überlieferten Dokumente zeigen deutlich, dass Marx/Engels ab Spätsommer 1846 mit den Londonern die Korrespondenz unterbrochen hatten und sie auf die Antworten ihrer Briefe warten ließen. Schapper schrieb wiederholt, aber Marx/Engels schwiegen sich ihm gegenüber aus. Als Schapper am 11. November endlich einen sehr schmeichelhaften Brief an Marx schickte, fand Engels das „ganz gut“, „wenn man sie einmal 6–10 Wochen auf Antwort hat warten lassen“ (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 66f.).

Engels' Plan schien also Erfolg zu haben. Es lohnte sich für Marx/Engels, durch Unterbrechung der Korrespondenz den Widerstand der Londoner gegen die „Vereinigung“ des Proletariats mit der Bourgeoisie zum Schwanken zu bringen. So meldete sich die Bundesleitung Anfang 1847 bei Marx/Engels, um die seit dem Spätsommer 1846 abgebrochene Korrespondenz wiederherzustellen (BdK 1, S. 451). Dazu musste die Londoner Bundesführung Marx/Engels Zugeständnisse machen. So hielt die Bundesführung im November-Rundschreiben von 1846 „eine Vereinigung der radikalen Bourgeoisie mit dem Proletariat“ zum ersten Mal für möglich. So würde bald „eine neue Periode“ beginnen, schrieb Schapper, die „so großartig“ sein würde, wie nur die Geschichte aufzuweisen habe, wenn die Kommunisten „eine Vereinigung der radikalen Bourgeoisie mit dem Proletariat“ zustande bringen würden (ebd., S. 431).

Da der *Bund der Gerechtigkeit* Anfang 1847 mit seinen geheimen Netzen in Deutschland und in anderen Städten Europas „die erste deutsche Organisation mit der Zielsetzung einer Emanzipation des vierten Standes“ verkörperte (Wernicke 1999, S. 79), bekam die Bundesführung für ihren Vorschlag zu einer „Vereinigung der radikalen Bourgeoisie mit dem Proletariat“ keine Zustimmung von den Bundesgemeinden, sondern heftige Kritik und Desinteresse am erwähnten November-Rundschreiben von 1846. Daher war das Verhältnis der Londoner Führung des *Bundes* also nicht nur zu Marx/Engels „sehr gespannt“ (Brandenburg 1977, S. 174), sondern auch zu den Bundesgemeinden in Frankreich, Deutschland, der Schweiz und in den USA. Es gab nämlich im *Bund* eine sehr starke Opposition gegen die Bundesleitung wegen ihrer vorübergehenden Neigung zur Unterstützung der Bourgeoisie durch die Kommunisten.

Die Londoner Bundesführung fürchtete eine mögliche „Rückkehr“ zu den revolutionären Grundsätzen Weitlings (Stedman Jones 2017, S. 269) und hatte daher „Marx und seinen Kreis nötig“ (Fehling 1922, S. 66), um sich selbst gegen die einflussreiche revolutionäre Opposition im *Bund* zu stärken. Gegen die offenkundige Opposition der Pariser, Hamburger und Schweizer sah sich die Londoner Bundesleitung ihrerseits gezwungen, mit Marx/Engels die abgebrochene Korrespondenz wiederaufzunehmen und Moll mit einer Vollmacht nach Brüssel zu schicken. Nach Martin Hundt soll Moll ein Bündnis der Londoner Bundesleitung mit Marx/Engels vorgeschlagen haben, „gerichtet gegen diejenigen Kräfte im eigenen Bunde, die auf veralteten Positionen“ (Hundt 1993, S. 281), sprich auf revolutionären Positionen, beharrten. Diese „veralteten Positionen“ hätten nach Hundt „die rückständigen Gemeinden in Paris und der Schweiz, sowie die Bundesmitglieder in den USA“ vertreten (ebd., S. 283). Ebenfalls schlossen sich die Bundesgemeinden in Amsterdam und in Deutschland wie u.a. Hamburg, Berlin und

Leipzig der Opposition gegen die reformistische Linie der Bundesleitung an, was Martin Hundt wissentlich verschweigen will.

Die Bundesleitung musste also eine Entscheidung treffen. Entweder musste sie mit der revolutionären Opposition oder mit Marx/Engels übereinkommen. Sie erkannte zwar die Notwendigkeit, die unterschiedlichen Kräfte der deutschen Kommunisten zu einigen, ließ sich jedoch vorübergehend von der Illusion leiten, dass nicht Weitling, sondern Marx/Engels zur Lösung der theoretischen und organisatorischen Probleme der Partei einen Beitrag leisten würden, weil Schapper, Moll und Bauer annahmen, dass sie selbst nicht imstande seien, diese Aufgabe zu übernehmen. Nach Carl Grünberg sei die Bundesleitung „bald von ihrer eigenen Unfähigkeit“ überzeugt, „die begonnene Aktion aus der eigenen Kraft zu Ende zu führen“. So habe sie 1847 Moll nach Brüssel und Paris geschickt, um Marx/Engels zum Eintritt in den *Bund der Gerechtigkeit* aufzufordern (Grünberg 1921, S. 265). Auch Fehling ist der Meinung, dass Schapper Weitlings Platz nach dem Zerwürfnis mit ihm durch Marx/Engels zu erfüllen hoffte und zu wissen glaubte, dass die theoretische Lücke, die nach der Verdrängung Weitlings entstand, mit Marx/Engels gefüllt werden könnte. So schickte die Bundesführung Moll Anfang 1847 nach Brüssel. Das sei in Wahrheit eine „Bankrotterklärung der eigenen Versuche“, den *Bund* den neuen Verhältnissen entsprechend umzugestalten (Fehling 1922, S. 66).

Nicht nur die Bundesführung benötigte jedoch die „Gelehrten“ Marx/Engels. Die „Gelehrten“ benötigten noch mehr die Londoner Führung, die die „Erträglichsten der Straubinger“ waren (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 66f.). Außerdem waren ihre Organisationsbemühungen mit dem *Korrespondenzkomitee* nicht sonderlich erfolgreich (Schieder 1991, S. 36). Engels behauptete 1885 dagegen, dass er selbst und Marx schon 1845 „reichlich Fühlung mit dem organisierten Proletariat“ gehabt hätten und „tief in der politischen Bewegung“ gewesen seien (MEW 21, S. 212). Als konkrete Beispiele gab er jedoch nur die Vereinnahmung der *Deutschen Brüsseler Zeitung* 1847 und die Visapräsidenschaft von Marx in der bürgerlichen Demokratischen Gesellschaft in Brüssel an. Im Übrigen sprach er nur noch von „literarischer Einflussnahme in alle Himmelsrichtungen“ (Kuhnigk 1980, S. 120).<sup>61</sup>

Engels gab selbst Ende 1846 nach seinem erfolglosen „Anknüpfungsversuch“ an die Arbeiterbewegung in Paris in einem Brief an Marx zu, dass nur die Londoner „von allen Straubingern die einzigen“ seien, mit denen Marx und er selbst „ohne Hintergedanken einen

---

<sup>61</sup> Auch Gustav Mayer glaubt zu wissen, dass die Bundesführung beschlossen habe, in aller Form die Mithilfe von Marx/Engels für die „unaufschiebbar gewordene theoretische Neuorientierung“ und politische Neuorganisation des *Bundes* in Anspruch zu nehmen (Mayer 1934, S. 277). Martin Hundt behauptet ebenfalls, dass das „unerschütterliche Bestreben“ der Londoner zum Eintritt von Marx/Engels beigetragen habe (Hundt 1993, S. 279).

Anknüpfungsversuch“ machen könnten, weil nur die Londoner für sie immer noch die „Erträglichsten der Straubinger“ seien (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 66f.). So machten sich Marx/Engels unter diesen Umständen daran, den *Bund der Gerechtigkeit* zu unterwandern, um sich wenigstens eine bescheidene Massenbasis zu verschaffen. Sie zogen also in den *Bund* „mit dem vorgefassten Plan“ ein, „ihn von innen her aufzubrechen“ (Khella 1995, S. 98). Karl Schapper spielte in diesem „Deal“ zwischen Marx/Engels und der Londoner Bundesleitung die Hauptrolle. Er war 1847 für Marx/Engels „ein willkommener Wegbreiter“ gewesen, der ihnen die Tür des *Bundes der Gerechtigkeit* öffnete (Kuhnigk 1980, S. 10). Fakt ist, dass „ohne die Initiative und Billigung“ von Schapper die Tür des *Bundes der Gerechtigkeit* für Marx/Engels geschlossen geblieben wäre, denn Schapper „hatte die ‚Bataillone‘ in der Hand und dem stand das organisatorische Instrumentarium zur Verfügung“ (ebd., S. 119).

Unter diesen Umständen schickte die Londoner Bundesführung Anfang 1847 Moll zu Marx/Engels, um mit ihnen „in Unterhaltung zu treten“ und ihnen „einen mündlichen Bericht über den hiesigen Zustand der Dinge abzustatten“ (BdK 1, S. 451).<sup>62</sup> Immerhin war die von Schappers Hand geschriebene und vom 20. Januar 1847 datierte Vollmacht für Moll „noch sehr vorsichtig abgefasst“ (Mehring 1960, S. 146). Die von Schapper von Hand geschriebene<sup>63</sup> und neben ihm auch von Heinrich Bauer, Carl Pfänder, Friedrich Doepel und Albert Lehmann unterschriebene Vollmacht war sehr allgemein gefasst. Moll sollte danach nur „einen mündlichen Bericht über den hiesigen Zustand der Dinge“ abstatten und genaue Auskunft „über alle Gegenstände von Wichtigkeit“ geben (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 327). Es war jedoch für die Londoner Bundesführung „nicht leicht“, so schrieb Mayer in seiner Engels-Biografie, „einen solchen Beschluß der Mehrzahl der übrigen Mitglieder mundgerecht zu machen“ (Mayer 1934, S. 277). Es ist festzustellen, dass es außer Erzählungen von Marx/Engels über ihren Eintritt in den *Bund* weder ein Protokoll noch irgendwelche Erwähnungen in den späteren Bundesdokumenten gibt (Hundt 1993, S. 282).

Marx schilderte 1860 in seiner Streitschrift *Herr Vogt* seinen und Engels' Eintritt in den *Bund der Gerechtigkeit*, indem er behauptete, dass sie von Moll aufgefordert worden seien, in die

---

<sup>62</sup> Polizeiberichten zufolge existierten in dieser Zeit „fast in allen bedeutenden Städten Deutschlands Bundesgemeinden,“ welche miteinander durch die Bundesleitung in London „in der geheimsten, wohl organisierten Verbindung standen“ und welche diese Verbindung „in unsichtbarer Weise, von Königsberg in Preußen bis Paris, von Wien bis London, und von London bis nach Marseille und zur Schweiz unterhielten“. Rund 500 Mitglieder in 30 Ortsgruppen bekannten sich zum *Bund* (Wermuth/Stieber 1853, S. 54f.).

<sup>63</sup> Obwohl Schapper den schriftlichen Verkehr mit Marx im Namen der Bundesleitung führte, behauptete Engels, dass Karl Pfänder zu der vermeintlichen theoretischen Annäherung der Bundesführung an Marx/Engels in bedeutendem Maße beigetragen hätte (MEW 21, S. 214). Die Vollmacht, die Moll nach Brüssel mitnahm, stammte von Schappers Hand und wurde zuerst von ihm unterschrieben.

Organisation einzutreten. Infolge der „Wirksamkeit“ ihrer literarischen Arbeiten, schrieb er, habe die Londoner Bundesführung Moll zu ihnen gesandt, um Engels und ihn zum Eintritt in den *Bund* aufzufordern, ein Ersuchen, dem sie „nach der Erfüllung einiger Bedingungen Folge“ geleistet hätten (MEW 14, S. 439). Auch Engels behauptete im Jahr 1885, auf seinen fast 40 Jahre zurückliegenden Erinnerungen basierend, dass die Londoner Führung des *Bundes* sie „mehrmals zum Eintritt“ in den *Bund* aufgefordert habe (MEW 21, S. 214). Doch über den Verlauf der Gespräche Molls mit Marx/Engels sind keine Dokumente überliefert. Es gibt nur bloße Aussagen von Marx/Engels (Hundt 1993, S. 281), die bekanntlich Jahre später aus einem retrospektiven Blick von Engels entstanden und daher keinen wissenschaftlichen Wert haben (Rjazanov 1973, S. 60). Auch die überlieferte Vollmacht für Moll lässt die Eintrittsforderung in den *Bund* nicht erkennen. Moll sollte demnach vielmehr „in Unterhandlung“ mit Marx/Engels treten (BdK 1, S. 451). Die *Ansprache* des *Bundes* vom Februar 1847 enthält ebenfalls keine Hinweise auf den Eintritt von Marx/Engels im Februar 1847 (ebd., S. 452ff.).

Nach dem Besuch Molls kontaktierte Marx umgehend seinen „alten“ Freunden, um mit ihnen über „wichtige Sachen“ zu sprechen. So schrieb er am 7. März 1847 an Roland Daniels und forderte dringend ein Zusammenkommen, denn dabei ginge es um „wichtige Sachen“, die „nicht per Post mitgeteilt werden können“ (MEW 27, S. 464). Nachdem Marx/Engels ihren Platz im *Bund* gesichert hatten, nahmen sie auch ihre Freunde in Brüssel und Köln in den *Bund* auf (Hundt 1993, S. 282). So wurde z.B. Victor Tedesco (1821–1854) als Freimaurer und Liberaler vor dem ersten Kongress des *Bundes* im Juni 1847 von Marx/Engels in den *Bund der Gerechtigkeit* aufgenommen (Kern 2014, S. 298ff.).<sup>64</sup> Wie Weitling schrieb, zogen „die gelehrten Kritiker à la Marx und dieser letztere hauptsächlich“ Leute in den *Bund*, „welche von uns früher nicht aufgenommen worden wären“ (RdA 1852, S. 413).

## V. Erste Hälfte von 1847: Verschmelzung oder konträre Standpunkte?

Marx schrieb in seiner schon erwähnten Streitschrift *Herr Vogt*, dass Engels und er selbst 1846 in Brüssel „eine Reihe teils gedruckter, teils lithographierter Pamphlets“ veröffentlichten, um „die wissenschaftliche Einsicht in die ökonomische Struktur der bürgerlichen Gesellschaft als einzig haltbare theoretische Grundlage“ aufzustellen. Infolge dieser Wirksamkeit sei die Bundesführung mit ihnen in Korrespondenz getreten und habe Anfang 1847 eins ihrer Mitglieder zu ihnen gesandt, um sie zum Eintritt in den *Bund* aufzufordern (MEW 14, S. 439).

---

<sup>64</sup> Rudolf Kern vermutet, dass Marx und Tedesco sich erst im März oder April 1846 kennenlernten. Marx nahm ihn ins neu gegründete Korrespondenzkomitee und gleich danach in den *Bund der Gerechtigkeit* auf (Kern 2014, S. 278).

Auch Engels behauptete 1885 in seiner *Geschichte des Bundes*, dass Marx und er selbst „mündlich, brieflich und durch die Presse auf die theoretischen Ansichten der bedeutendsten Bundesmitglieder“ einwirkten. Ihre theoretischen Arbeiten hätten zu der stillen Umwälzung beigetragen, die sich unter den Londoner Leitern vollzog. Gegenüber der Unhaltbarkeit der bisherigen theoretischen Vorstellungen, gegenüber den daraus sich herleitenden praktischen Abirrungen sehe man in London mehr und mehr ein, dass sie mit ihrer neuen Theorie recht gehabt hätten. So habe ihnen Moll bei seinem Besuch im Frühjahr 1847 versichert, die Londoner Bundesführung sei von der allgemeinen Richtigkeit ihrer Auffassungen überzeugt gewesen (MEW 21, S. 213f.).<sup>65</sup>

Engels glaube aber doch nicht, wie er ein paar Seiten zuvor in demselben Buch schrieb, dass „im ganzen *Bund* damals ein einziger Mann war, der je ein Buch über Ökonomie gelesen hatte“ (ebd., S. 211). Engels war auch fest davon überzeugt, dass mit diesen „Kerls“, sprich mit der Londoner Bundesgemeinde, theoretische „Differenzen“ „kaum möglich“ seien, „da sie keine Theorie“ hätten (BdK 1, S. 443). Auch Marx behauptete 1852 nach seinem Ausschluss aus dem *Bund*, dass Schapper „nie auf die Ehre Anspruch“ gemacht habe,<sup>66</sup> „eigene Ideen“ zu besitzen. Was er habe, sei das eigentümliche Missverständnis fremder Ideen, die er als „Glaubensartikel“ und „Phrase“ sich angeeignet habe (MEW 8, S. 413).

Es ist daher angebracht, an dieser Stelle zu fragen, wie denn dann Marx/Engels also behaupten konnten, dass die Bundesleitung von der Richtigkeit der „neuen Theorie“ der Produktionsverhältnisse der Gesellschaft überzeugt gewesen sei, wenn in der damaligen Zeit, wie sie auch gleichzeitig behaupteten, „im ganzen *Bund*“ kein einziger Mann „je ein Buch über Ökonomie gelesen hatte“ und daher kein einziger Mann die Voraussetzung für die „wissenschaftliche Einsicht in die ökonomische Struktur der bürgerlichen Gesellschaft“ besaß (MEW 14, S. 439). Kuhnigk findet nicht zu Unrecht höchst fraglich, wie Schapper und Moll, die keine ökonomische Bildung hatten, das erst noch „im Entstehen begriffene Systemgebäude“ der „neuen Theorie“ von Marx/Engels auf seine „reale Tauglichkeit und vor allem auf die behauptete exakte Wissenschaftlichkeit“ hin prüfen und von der Richtigkeit der Theorie

---

<sup>65</sup> Engels behauptet, dass sein und Marx' Einfluss durch die Tätigkeit von Carl Pfänder und Friedrich Lessner (1825–1910), die „an Befähigung zu theoretischer Erkenntnis bedeutend überlegen“ gewesen wären als die anderen, sowohl in den Londoner Gemeinden als auch innerhalb dortigen Arbeiterbildungsvereins gewachsen sei (MEW 21, S. 214). Dieser von Engels „mehr als schönfärbender“ und „die Tatsachen arg verstellender Bericht“ macht die „Falschen zu den Handelnden“ (Kuhnigk 1980, S. 121), denn Lessner gehörte zu jener Zeit eindeutig nicht zur Führung des *Bundes*. Er hatte nicht einmal an beiden Bundeskongressen von 1847 teilgenommen, obwohl er damals in London lebte.

<sup>66</sup> Für Engels/Marx war das Wort „Schapper“ ein Synonym für „Dummheit“. Bei ihnen fällt allerdings kein Wort darüber, dass allein Schapper ihnen die Tür zum *Bund der Gerechtigkeit*, d.h. zu der kommunistischen Arbeiterbewegung, öffnete (Kuhnigk 1980, S. 121).

überzeugt gewesen sein könnten (Kuhnigk 1980, S. 119f.). Das Urteil von Marx/Engels über die theoretischen Fähigkeiten der im *Bund* organisierten Kommunisten ist ein offenes „Eingeständnis der Differenz“ der Theorie von Marx/Engels und der Bundesführung (Brandenburg 1977, S. 175). Sie widersprechen sich mit ihrer eigenen Behauptung, dass die Bundesführung von der Richtigkeit ihrer Theorie überzeugt gewesen sei.

Im Kapitel V werden die politischen Standpunkte der Arbeiterführung und Marx/Engels zur Bourgeoisie und zu den arbeitenden Klassen in der ersten Hälfte von 1847 anhand der historischen Dokumente des *Bundes*, wie dem Rundschreiben der Londoner Arbeiterführung vom Februar 1847, Engels' *Grundsätze des Kommunismus* und die Dokumente des 1. Kongresses des *Bundes* vom Juni 1847, analysiert. Die Analyse zeigt die theoretischen und politischen Differenzen in diesen Dokumenten und widerlegt Marx/Engels' Behauptung von einer Verschmelzung des „wissenschaftlichen“ Kommunismus mit der Arbeiterbewegung.

### **1. Bundesführung: Kampf gegen den Einfluss der Bourgeoisie auf Proletarier**

Obwohl in der Novemberansprache von 1846 die Bundesbehörde eine politische Annäherung des Proletariats an die „radikale“ Partei der Bourgeoisie für „wünschenswert“ fand und den Bundesmitgliedern empfahl, „mit den Radikalen in Verbindung zu treten“, war es also immer noch ihr eigener Vorschlag und kein Beschluss der Bundesführung:

Sind wir imstande, eine Vereinigung der radikalen Bourgeoisie mit dem Proletariat zustande zu bringen, so wird bald eine neue Periode beginnen, die so großartig sein wird, wie nur die Geschichte aufzuweisen hat (BdK 1, S. 432).

Über die ausschlaggebende Frage, wie sich das Proletariat zur „hohen Bourgeoisie“ zu stellen habe, wurde keine Entscheidung getroffen, weil es darüber „erhebliche ideologische Differenzen“ und „Meinungsverschiedenheiten“ im *Bund* gab (ebd., S. 435). Die Streitigkeiten gingen weiter, die eingeforderten Berichte liefen nicht ein. Zahlreiche Gemeinden hatten es nicht einmal für nötig gehalten, überhaupt zu antworten (Fehling 1922, S. 66). Die Bundesbehörde gestand im Rundschreiben vom Februar 1847 offen, dass ihre Annäherung an die bürgerlichen Gelehrten Marx/Engels unter Mitgliedern des *Bundes* keine Zustimmung gefunden hatte. Sie sprach ihre Enttäuschung über den Misserfolg aus:

Als wir die Leitung der Geschäfte übernahmen, hofften wir, von allen Seiten auf das kräftigste unterstützt zu werden; unsere Hoffnung ist aber getäuscht worden, und von mehreren Orten haben wir noch nicht einmal Briefe und Adressen erhalten (BdK 1, S. 452).

Deswegen war die Sprache des Rundschreibens vom Februar 1847 im Vergleich zum November-Rundschreiben von 1846 nun äußerst radikal. Es ist hier ein Vorschlag zum Bündnis der Kommunisten mit der Bourgeoisie nicht zu finden. Das Februar-Rundschreiben, das nach der Reise Molls in Brüssel und Paris im Januar 1847 geschrieben wurde, äußerte sich gegen die „ökonomische Prädestination“ der Revolutionstheorie von Marx/Engels (Kuhnigk 1980, S. 120), die in der Wirklichkeit den Zweck hatten, die politischen Selbständigkeitsbemühungen des Proletariats in der Revolution zu hindern, indem sie ihnen predigten, dass die Bourgeoisie zuerst „ans Ruder“ kommen und die Macht übernehmen solle, da nur sie revolutionär sei und die Produktivkräfte entwickle.

Dagegen war die Bundesführung der Meinung, dass die Kommunisten sich immer „den Bedürfnissen“ der arbeitenden Klassen anschließen und Kommunisten nicht zwingen sollten, sich „Gesetzen zu unterwerfen, welche ihrem Geist widerstreben“. So forderte die Bundesführung Bundesmitglieder auf, bei dem näherstehenden Ausbruch der Revolution „dahin zu wirken, daß die provisorische Regierung mit Männern besetzt würde, welche den Grundsätzen des Kommunismus huldigen“ (BdK 1, S. 453).

Das Februar-Rundschreiben von 1847 schlägt heftigere Töne an als das vorherige und ruft zum Kampf auf. Die Bundesleitung wollte, dass die Kommunisten in der Revolution nicht „ohne Tatkraft“ alles ruhig zusehen, sondern „Einfluss auf den Gang der Begebenheiten“ ausüben. Sie wollte nicht, dass die Kommunisten „feig den Nacken unter das Joch beugen“, sondern sie wollte, dass die Kommunisten sich „in die vordersten Reihen der Streiter“ stellen und überall „die Grundsätze des Kommunismus“ sowohl durch Worte als auch durch die Muskete verbreiten (ebd., S. 452). Weit entfernt sind die Äußerungen der Bundesleitung im Rundschreiben vom Februar 1847 „vom Ton des kommenden Manifests“ von Marx/Engels (Na’aman 1965, S. 11).

Da die Bourgeoisie das arbeitende Volk „unter den Despotismus des Geldsacks“ bringen wolle, sei die „heilige Pflicht“ der Kommunisten, nicht der Bourgeoisie zur Hilfe zu eilen, sondern „Streitkräfte so schnell als möglich zu organisieren und die Proletarier dem Einfluss der seichten Liberalen zu entziehen“ (BdK 1, S. 453). Dieses Ziel der Bundesführung war das Gegenteil davon, was Marx/Engels bezweckten. Die Bundesführung stellte bedauernd fest, dass die Kommunisten „leider noch immer keine feste Partei“ bilden und „keine gewissen festen Anhaltspunkte“ haben. Sie übte hier Kritik an einem „zu oft“ geschehenen Anschluss der Kommunisten an die bürgerlichen Parteien aus. Die Kommunisten müssten doch damit aufhören, sich an die bürgerlichen Parteien anzuschließen. Sonst werden sie, stellte die



Bundesführung fest, „nie zu etwas kommen“. Sie forderte die Kommunisten auf, sich mit ihrer eigenen Fahne an die „Spitze der Bewegung“ zu stellen. Denn nicht die Bourgeoisie, sondern nur „allein das Proletariat Europas“ könne die Befreiung der Menschheit erlangen. Deswegen müsste das Proletariat alle seine Kräfte aufbieten, um seine „Partei gehörig zu organisieren“ (ebd., S. 454).

Nicht die Herrschaft der Bourgeoisie, sondern die Verwirklichung der Gütergemeinschaft war das Ziel der Bundesführung im Februar-Rundschreiben von 1847. Sogar Martin Hundt musste gestehen, dass im Februar 1847 der Bundesführung die „Einsicht in die Notwendigkeit einer bourgeois-liberalen Anfangsphase der künftigen Revolution“ immer noch gefehlt hatte. Die Bundesführung hatte reichliche „Missachtung“ gegen den Kapitalismus und wollte im Gegensatz zu Marx/Engels „eine wirkliche Etablierung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ nicht zulassen. Das Februar-Rundschreiben von 1847 verweigerte also der kapitalistischen Gesellschaft „von vornherein das Lebensrecht als politisch herrschende Ordnung“ (Hundt 1993, S. 286f.).

Während Marx/Engels die bürgerliche Gesellschaft an die Stelle der feudalen Gesellschaft gesetzt sehen wollten, setzte sich die Bundesleitung für die Gütergemeinschaft ein, denn sie teilte wie alle kommunistischen Strömungen die Idee, dass der Kommunismus eine Angelegenheit der Proletarier sei und von ihnen im revolutionären Kampf verwirklicht werden müsse. Obwohl die Londoner Bundesgemeinde im Jahr 1845 in der Auseinandersetzung mit Weitling dessen Revolutionstheorie zum Teil abgelehnt hatte, bewahrte sie seine Einsicht, dass der Kommunismus eine Aufgabe des Proletariats sei und von ihm im revolutionären Kampf verwirklicht werden müsse. Denn sie lernten aus ihren eigenen Kampferfahrungen, dass die Ausprägung der kommunistischen Theorie von den in den Kämpfen der arbeitenden Klassen gemachten Erfahrungen abhängig ist. Die Londoner Führung sah daher einen direkten Zusammenhang zwischen den Kämpfen der arbeitenden Klassen und dem Kommunismus (Brandenburg 1977, S. 160ff.). Demnach würden die Kampferfahrungen der arbeitenden Klassen die kommunistische Theorie bilden. Die Bundesführung war aufgrund der aktuellen Probleme der Widerstandsbewegung offen für neue theoretische Grundlegungen und taktische Orientierungen des Kommunismus. Deswegen beschäftigte sie sich mit dem Studium der Philosophie Feuerbachs. Sie ließ sich jedoch kurzweilig von Marx/Engels überreden, dass die Unterstützung der Bourgeoisie ein notwendiger und erster Schritt auf dem Weg zur Gütergemeinschaft sei (ebd., S. 155).

Die Bundesführung stellte in ihrem Februar-Rundschreiben von 1847 den Gemeinden die Frage zur Debatte, auf welche Weise die Gütergemeinschaft am schnellsten und leichtesten eingeführt werden könne, ob mit oder ohne Übergangsperiode, in großen oder erst in kleinen Versuchen, gewaltsam oder friedlich. Auf dem geplanten Bundeskongress im Mai 1847 sollte über diese Fragen dann ein Einvernehmen erzielt werden (BdK 1, S. 452ff.). Bei dieser Frage ging das Rundschreiben mit keinem Wort auf den ökonomischen Entwicklungsstand des Landes ein (Kluchert 1985, S. 125). Die „Untersuchung der objektiven ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen“ und „jedes Eingehen auf die besonderen historischen Entwicklungsbedingungen der einzelnen Länder“ fehlten im Februar-Rundschreiben von 1847 (Förder 1960, S. 133).

Was Marx/Engels von der Bundesleitung gern hören wollten, fehlte also im Februar-Rundschreiben. Dies war nämlich, was Marx in seiner Streitschrift gegen Proudhon im *Elend der Philosophie* ins Feld führte, die Annahme einer historisch gesetzlichen Entwicklung, die den Kommunismus zu einer „gesellschaftlichen Naturerscheinung macht“ (Na’aman 1965, S. 10). Eine Naturerscheinung braucht logischerweise weder einen Willen noch revolutionäre Intervention und Organisation (Sieferle 1979, S. 77). Solange das Proletariat noch nicht genügend entwickelt sei, so behauptete Marx gegen Proudhon, um sich als Klasse zu konstituieren, solange die Produktivkräfte im Schoße der Bourgeoisie selbst nicht genügend entwickelt seien, um die materiellen Bedingungen durchscheinen zu lassen, die zur Befreiung des Proletariats und zur Bildung einer neuen Gesellschaft notwendig seien, seien die Sozialisten und Kommunisten nur Utopisten (MEW 4, S. 143).

## **2. Engels’ Werbungen für Bourgeoisie vor dem 1. Bundeskongress**

Während die Bundesführung die Einführung der Gütergemeinschaft als die „heilige Pflicht“ festsetzte und demgemäß die schnelle Organisierung der „Streitkräfte“ des Proletariats als die dringendste Aufgabe der Kommunisten bezeichnete, um „die Proletarier dem Einfluss der seichten Liberalen zu entziehen“ (BdK 1, S. 453), stand auf der politischen Tagesordnung von Marx/Engels die Aufgabe, die Kommunisten so schnell wie möglich von der Unterstützung der Bourgeoisie zu überreden. Dementsprechend begannen sie im Winter und Frühjahr 1847 gleich nach dem Besuch Molls, durch eine Reihe teils gedruckter, teils lithographierter Pamphlete, die sie den Kommunisten als „wissenschaftliche“ Schriften darzubieten versuchten, zu veröffentlichen (MEW 14, S. 439), um ihre energische Unterstützung für die Bourgeoisie „vor der Öffentlichkeit in einem gefälligeren Gewand“ anzubieten (BdK 1, S. 183).

Am Vorabend der Revolution ging es bei den schriftlichen Polemiken von Marx/Engels gegen

ihre Gegner hauptsächlich um die Machteroberung der Bourgeoisie und deren Unterstützung durch die Kommunisten und Volksklassen. So begann Engels vor dem Junikongress des *Bundes* in seinen Artikeln in der *Brüsseler Zeitung* und in der Zeitschrift *The Northern Star* für die Bourgeoisie energisch weiter zu werben. Im März 1847 predigte er in seinem Artikel *Die Preußische Verfassung*, dass in Deutschland aufgrund der ökonomischen Entwicklungsstufe die Bourgeoisie zur Herrschaft kommen müsse (MEW 4, S. 30ff.). Die begonnene „revolutionäre Bewegung“ also „nur die Bourgeoisie direkt“ interessiere. Die „erste Rolle gebührt der Bourgeoisie“ (ebd., S. 35), da sie „revolutionär“ und „die gefährlichste Feindin der existierenden Regierungen“ in Deutschland sei (ebd., S. 42).

Engels kräftigte im April 1847 in seinem Artikel *Der Status quo in Deutschland* seine Unterstützung für die Bourgeoisie und erklärte dagegen den „wahren“ Sozialisten den Krieg, weil sie im Gegensatz zu ihm und Marx die Bourgeoisie nicht als „fortschrittlich“ oder „revolutionär“, sondern als „am meisten auf die Masse des Volks“ drückende Klasse und den Gegner der Kommunisten und arbeitenden Volksklassen betrachteten (ebd., S. 41f.). Er nahm in seinem Artikel die deutsche Bourgeoisie gegen die Angriffe der „wahren“ Sozialisten in Schutz und etikettierte dagegen die „wahren“ Sozialisten als „durch und durch reaktionär“, die aufhören sollten, „mit ihrem Geschrei gegen die Bourgeoisie“ anzutreten. Es sei die „hohe Zeit“ für „die deutschen Kommunisten“, mit denen Engels sicher Marx und sich selbst meinte, „endlich diese ihnen zugemutete Verantwortlichkeit für die reaktionären Taten und Gelüste der wahren Sozialisten abzulehnen“ (ebd., S. 42).

Engels war bewusst, dass keine einzige Strömung in der kommunistischen Bewegung die Bourgeoisie unterstützte. Im Gegensatz zu den „Ultrakommunisten“ und „wahren“ Sozialisten stellte er sich erneut auf die Seite der Bourgeoisie (ebd., S. 41). Das war doch eine offene „Liebeserklärung an die Bourgeoisie“, obwohl Martin Hundt es vehement bestreitet (Hundt 1993, S. 298). Auf dem von Engels gezeichneten Bild der deutschen Gesellschaft in seinem Artikel *Status quo* sind nur zwei gegenüberstehende Klasse zu sehen: Auf der einen Seite steht die einzig „revolutionäre“ Bourgeoisie unterstützt von Kleinbürgern, Bauern und Arbeitern, wie Engels es sich wünschte, auf der anderen Seite die Träger der staatlichen Macht, also der Adel, die Kirche und die Bürokratie.

Bei seinem Versuch, die Bourgeoisie als die einzig „revolutionäre“ Klasse und daher die „gefährlichste Feindin“ der Monarchie zu präsentieren, macht Engels in seinem *Status quo* im Einzelnen eine Reihe von Behauptungen, die teils einseitig und schief sind, teils schlicht und einfach der historischen Realität widersprechen (MEW 4, S. 42ff.). Um die Unterstützung der

Bourgeoisie zu rechtfertigen, führt er die Behauptung ins Feld, dass weder die Bauern noch die Arbeiter in der Lage seien, für ihre eigenen Interessen zu kämpfen. Sie seien also nur dafür da, für die Interessen der Bourgeoisie zu sterben. Sie seien im Gegensatz zur Bourgeoisie nicht in der Lage, für ihr eigenes Interesse selbstständig zu handeln und sich aus eigener Kraft zu befreien. Die Bauern seien nach Engels „aller historischen Initiative durchaus unfähig“ (ebd., S. 48). Den Bauern, die Engels als „die miserabelste Klasse“ zu keiner Zeit in die Geschichte „hineingepfuscht“ sehen wollte (ebd., S. 47), sprach er „eine eigenständige politische Rolle“ gänzlich ab (Dipper 1980, S. 24).<sup>67</sup>

So waren die Bauern in den Augen von Engels außerdem konservativ, sobald ihnen die herrschende Klasse nur einige Konzessionen mache. Je nach Wirtschaftslage schlossen sie sich dem Adel oder der Bourgeoisie an. Gerade in diesem Schwanken sah Engels die große Gefahr für die Bourgeoisie. Zum Glück hätte nach Engels die Mehrheit der Bauern angefangen, sich unter das Kommando der Bourgeoisie zu stellen. Ihnen bleibe also nur, den heroischen Entschluss zu fassen, endlich dem Adel die Gefolgschaft zu verweigern und zu endgültigen Rekruten der Bourgeoisie zu werden (MEW 4, S. 48). Engels' negatives Urteil über die Bauernschaft findet hier seine Wurzeln offensichtlich in seiner „Begeisterung“ für den Kapitalismus und dessen ‚Zivilisation‘ (Kluchert 1985, S. 136).

Nach Engels sei das Proletariat wie die Bauern ebenso wenig im Stande, die Herrschaft in Deutschland anzutreten. Die Arbeiter seien also „nicht reif genug, um in Deutschland als herrschende Klasse auftreten zu können“ (MEW 4, S. 50). Da Engels den Bauern und Arbeitern die Fähigkeit abspricht, für ihre eigenen Interessen zu kämpfen, lässt er sie nur den Weg wählen, für die Interessen der Bourgeoisie ihr Blut zu opfern. Den deutschen Arbeitern und Bauern weist er in seinem Szenario nur die Opferrolle zu. Er will gezielt die Bauern und Arbeiter

---

<sup>67</sup> Engels will hier von den Bauernkriegen und Bauernaufständen, die im 16. Jahrhundert in Deutschland eine bedeutende Rolle spielten, nichts wissen. Auch die Bauernaktionen, die in der ersten Märzhälfte von 1848 stattfanden, widerlegen seine bloßen Behauptungen. In der Märzhälfte von 1848 erhob sich eine „große Bauernrevolution“ in weiten Gebieten, besonders Südwestdeutschlands, der hessischen Staaten, dann auch Thüringens und Frankens. Sie richtete sich gegen den grundherrlichen Adel und gegen die großen Standesherrn, besonders vehement aber auch gegen die „staatlichen Domänen“, wie der Bauernkrieg im 16. Jahrhundert (Nipperdey 1991, S. 601f.). Die „Aufhebung aller Feudallasten“ war 1848 die Hauptparole der Bauern. Die Bauern bedienten sich „abgestufter Kampfmittel“ und praktizierten, je nach den Umständen, angemessene „Eskalationsstufen von Militanz“. Wenn die Grundherren sich weigerten, den Forderungen nachzukommen, so wurde gezielt Gewalt angedroht. Und wenn die Adelspartei sich den Verhandlungen entzog oder sie wenig „Konzessionsbereitschaft“ zeigte, dann wurde diese Gewalt eingesetzt. In der Regel wurden dann die „Symbole der Feudalherrschaft, die Rentämter und Herrensitze demoliert, die Rent- und Grundbücher beschlagnahmt, verbrannt oder, wie in einem Fall, eingemauert“. Die „agrarischen Unterschichten“ forderten Beibehaltung der Wald- und Weidenutzungsrechte, Herabsetzung der Landpacht, höheren Tagelohn bis hin zur Aufteilung von Großgrundbesitz (Gailus 1984, S. 89ff.). Die besitzlosen, oft auch arbeits- und nahrungslosen Klassen, die Marx bewusst mit dem Etikett „Lumpenproletariat“ versah, waren in der Tat die „gefährlichen“ Volksklassen für die Herrschenden.

glauben lassen, dass die Bourgeoisie die einzige Klasse sei, die in Deutschland einen „Fortschritt“ machen und regieren könne. Sie sei die „faktisch“ leitende Klasse in Deutschland, weil sie allein die wirtschaftliche Stärke habe (ebd., S. 46).

Bei Engels führen alle Wege zur Bourgeoisie. So gibt er vor, dass allein die Bourgeoisie die Klasse sei, die in Deutschland einen großen Teil der anderen Klassen an ihren Interessen beteilige, ein konkretes Ziel vor Augen habe, einigermaßen organisiert sei, einen Feldzug besitze und daher auch Aussicht auf Erfolg habe. Allein sie brauche die politische Herrschaft als notwendiges Instrument, um ihre eigenen materiellen Interessen durchzusetzen (ebd., S. 44f.).

Hier ist unschwer zu erkennen, wie sehr Engels als ein reicher „Bourgeoissohn“ (Born 1898, S. 49) die Bourgeoisie in Deutschland an der Macht sehen will. Gleichzeitig gibt er Marx und sich selbst als „die anerkannten Vertreter“ deutscher Kommunisten (MEW 4, S. 24ff.) aus und erklärt auch im Namen der Arbeiter, dass die Interessen der Arbeiter „im Wunsch nach gutem Lohn für gute Arbeit“ im Kapitalismus liegen würden. Dieser Wunsch binde das Proletariat ganz an ihre jeweiligen Arbeitgeber „und macht so jede einzelne Fraktion der Arbeiter zu einer Hilfsarmee“ der Bourgeoisie (ebd., S. 49). Engels will hier das Proletariat glauben lassen, dass es auf Bourgeoisie angewiesen sei und deshalb unter ihrer Führung stehen müsste. Er will gleichzeitig auch den Kommunisten eine „Einheitsfront“ (Kluchert 1984, S. 143) mit der Bourgeoisie einreden.

Nach Engels sei nur die Bourgeoisie in der Lage, „zur Vertreterin der Interessen der ganzen Nation“ zu werden (MEW 4, S. 50), weil sie nicht nur ihre eigenen Interessen, sondern auch die Interessen der Arbeiter und Bauern vertrete. Er will hier Kommunisten dazu überreden, dass keine einzige Klasse außer der Bourgeoisie in der Lage sei, die „Interessen der ganzen Nation“ zu vertreten (ebd., S. 51). Engels wirbt 1847 in seinen Artikeln in der *Brüsseler Zeitung* ununterbrochen bis zum Überdruß für die „Partei der Bourgeoisie“, dass sie „die einzige“ sei, die „Chance auf Erfolg“ habe (ebd. S. 52).

Engels schrieb in seinem Artikel *Der Status quo in Deutschland* ebenfalls, dass die Bourgeoisie die politische Herrschaft als notwendiges Instrument brauche, um ihre eigenen materiellen Interessen durchzusetzen (ebd., S. 44f.). In demselben Artikel behauptete er auch, dass die Bourgeoisie auch die Interessen der Volksklassen vertrete (ebd., S. 51.). Diese zwei Aussagen von Engels stehen, wie oft bei ihm der Fall ist, ganz und gar im Widerspruch. Es ist korrekt, dass die Bourgeoisie die politische Herrschaft braucht, um ihre eigenen materiellen Interessen durchzusetzen. Es ist aber definitiv unzutreffend, wozu Engels die arbeitenden Klassen

überreden wollte, nämlich, dass die Bourgeoisie die Interessen aller Klassen in Deutschland vertrete. Nach Engels sei doch „allein die Bourgeoisie“ in der Lage, in der Revolution „eine führende Rolle“ zu spielen und die Macht zu ergreifen. Deswegen müssten die Kleinbürger und Bauern sich durch die Bourgeoisie „bevormunden lassen“ (ebd., S. 53).

In seinem folgenden Artikel *Schutzzoll oder Freihandel* im Juni 1847 wollte Engels ebenfalls den Arbeitern glauben machen, dass das Proletariat erst der Bourgeoisie zur Hilfe kommen müsste, damit sie den Adel umstürze (ebd., S. 58f.). Die arbeitenden Klassen müssten also zuerst „zur Durchsetzung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie“ kräftig beitragen (Kluchert 1984, S. 144). Mit der Herrschaft des Bürgertums würden auch die Arbeiter zu dem unendlich wichtigen Fortschritt gelangen, dass sie allesamt als eine Klasse mit ihren besonderen Interessen und Grundsätzen der Bourgeoisie „zu Leibe rücken“ würden. Bis dahin jedoch sollten die Arbeiter die „revolutionäre“ Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen die Monarchie energisch unterstützen (MEW 4, S. 59ff.).

An dieser Stelle ist angebracht, auf Engels' Äußerungen einzugehen. Es ist korrekt und die Kampfgeschichte der arbeitenden Klassen gegen herrschende Klassen beweist auch mit unzähligen Beispielen, dass herrschende Klassen im Vergleich zu arbeitenden Klassen und Besitzlosen häufiger eine „Chance auf Erfolg“ hatten, und arbeitende Klassen und Besitzlosen fügten sich mehrfach der aufsteigenden Klasse. Die Kampfgeschichte der arbeitenden Klassen und Besitzlosen beweist jedoch gleichzeitig auch, was Engels bewusst verschweigt, nämlich, dass sie sich nicht immer der aufsteigenden, ausbeuterischen und unterdrückenden Klasse fügten. Denn sie ahnten wohl aus ihrer eigenen Erfahrung, dass die neue herrschende Klasse, die aufsteigt, viel gefährlicher für sie sein würde als die alte herrschende Klasse, die zu Grunde geht.

Es ist hier besonders wichtig zu bemerken, dass im 19. Jahrhundert die Intellektuellen der zu Grunde gehenden Aristokratie, wie Blanqui, Bakunin und Willich, sich auf die Seite der arbeitenden Klassen und Besitzlosen stellten und für ihre Sache kämpften, während die Intellektuellen der aufsteigenden Bourgeoisie wie Marx und Engels unter den arbeitenden Klassen die Interessen der Bourgeoisie propagierten, als ob diese auch deren Interessen seien.

### **3. Engels' umstrittene Wahl zum Pariser Delegierten**

Engels fuhr im Spätsommer 1846 nach Paris, um die Pariser deutschen Kommunisten für die Unterstützung der Bourgeoisie zu überreden. Er gründete hier seine „Fortschrittspartei“, obwohl er laut eigenen Aussagen Anfang des Jahres 1847 zusammen mit Marx in den *Bund der*

*Gerechtigkeit* eintrat. Es liegt nahe, dass die Pariser Bundesgemeinde trotz Ewerbecks Bereitwilligkeit Engels' Bundesmitgliedschaft wohl nicht anerkannte. So kam im Winter 1847 der von London geschickte „Emissär“, nämlich Joseph Moll, Engels zu Hilfe<sup>68</sup> und versuchte, Engels' „Fortschrittspartei“, die restlichen „Grünianer“ und die Partei der „Weitlingianer“ in Kontakt zu bringen (BdK 1, S. 478), wie das Rundschreiben des 1. Kongresses vom Juni 1847 berichtete.

Engels hatte jedoch auf „Straubinger“ und „Schneiderclique“ kaum Anziehungskraft. Laut Rundschreiben des ersten Kongresses gerieten Arbeiterkommunisten und Engels' „Fortschrittspartei“ in einer Gaustandsitzung in Paris wegen der Wahl eines Abgeordneten für den Junikongress in ein Zerwürfnis. Der Zwiespalt war rasch „unheilbar“ geworden. Um zu einer Wahl zu kommen, wurde es in den Gemeinden, in welchen angeblich die „Fortschrittspartei“ am stärksten vertreten sei, beschlossen, sich von den beiden Gemeinden, auf denen die Hauptstärke der revolutionären Kommunisten beruhte, zu trennen und für sich in Generalsitzung einen Kongressdeputierten zu wählen. So wurden die Pariser Kommunisten vor dem ersten Kongress aus dem *Bund* praktisch entfernt (ebd., S. 478f.).

Ein Bericht über den Zwiespalt zwischen den Pariser Kommunisten und Engels lieferte auch Stephan Born, der im Spätherbst 1846 in Paris Engels kennenlernte und gleich danach dessen ständiger Begleiter wurde. In seinen Lebenserinnerungen bestätigte Born, dass es bei der Wahl des Kongressdeputierten gegen Engels „eine starke Opposition“ gab. Da Engels kaum Ahnung habe, Kontakt mit Arbeitern zu knüpfen, griff Born in diesem Moment dem „reichen Bourgeoissohn“ durch ein „Präsidial-Kunststück“ unter die Arme in einer Sitzung des *Bundes*, wo ein Abgeordneter zum Kongress in London ernannt werden musste. Born ließ sich erst zum Vorsitzenden der Sitzung wählen. Als Vorsitzender erklärte er dann durch sein „Präsidial-Kunststück“ Engels für gewählt (Born 1898, S. 49). Mit seiner List sicherte Stephan Born Engels' Wahl zum Pariser Delegierten. So konnte Engels durch das „Präsidial-Kunststück“ von Born in Paris als Delegierter für den Londoner Bundeskongress im Juni 1847 gewählt werden. Born bekam dann als Gegenleistung eine Stelle in der Buchdruckerei, die für den Druck der Aktien der unter Rothschilds Führung neu gegründeten Nord- und Paris-Lyon-Mittelmeerbahn zu sorgen hatte (Quarck 1970, S. 39).<sup>69</sup>

---

<sup>68</sup> Der „Emissär“ könnte hier laut Belaussowa mit großer Wahrscheinlichkeit Joseph Moll sein, der im oben genannten Zeitraum sowohl Marx in Brüssel als auch Engels in Paris besuchte, um für die Reorganisationsprobleme des Bundes der Gerechtigkeit eine Lösung zu finden (Beloussowa 1965, S. 65).

<sup>69</sup> In Engels' Briefwechsel mit Marx traten seine Intrigen u.a. gegen Hess oder Weitlingianer, die im Vergleich zu Engels unter den Arbeitern in Paris gewisse Achtung und Verehrung genossen, in den Vordergrund. Ihre Stellung

Der erste Kongress fand zwischen 2. bis 9. Juni 1847 in London statt. Er begann mit der „Prüfung der Vollmachten“. Da Engels nicht durch die „normale Wahl“, sondern durch einen unrechtmäßigen Weg sich für den Londoner Bundeskongress wählen ließ, gestaltete sich die Mandatsprüfung in seinem „Fall“ sehr „kompliziert“ (Hundt 1993, S. 301). Der Londoner Junikongress erklärte sich jedoch „nach Untersuchung der vorgebrachten Rechtfertigung“ beider Parteien mit der Handlungsweise der drei Gemeinden einverstanden, in denen Engels’ „Fortschrittspartei“ Mehrheit habe, weil die Partei der Weitlingianer überall den *Bund* in seiner Entwicklung aufgehalten habe, worüber man auch in London und der Schweiz Erfahrungen gemacht habe. So wurde einstimmig der Ausschluss der Pariser „Weitlingianer“ aus dem *Bund* und „Zulassung des Deputierten der Pariser Majorität“, nämlich nur Engels, zum Kongress beschlossen (BdK 1, S. 478). Auf dem Kongress wurde der *Bund der Gerechtigkeit* in den *Bund der Kommunisten* umbenannt. Auch der Name „Volkshalle“ verschwand aus den Statuten und wurde durch die „Zentralbehörde“ ersetzt. Am Kongress nahmen etwa 12 bis 15 Kongressteilnehmer aus drei Städten teil (RhBA II/1, S. 382f.), nämlich mehrere Delegierte aus London, Wilhelm Wolff (1809–1864) aus Brüssel und Engels aus Paris.<sup>70</sup>

#### 4. Dokumente des 1. Kongresses des Bundes der Kommunisten

Die Dokumente des 1. Kongresses des *Bundes* galten bis Ende 1968 als verschollen. Es gab nur die Darstellungen von Engels, der in seiner Schilderung die Ergebnisse des Junikongresses von 1847 mit denen des zweiten Kongresses vom Dezember 1847 zusammengemischt hatte. Erst Ende 1968 wurden Statutenentwurf, Programmentwurf und Rundschreiben des ersten Kongresses des *Bundes* von Bert Andréas veröffentlicht (Andréas 1969, S. 15ff.).

Der Programmentwurf des *Kommunistischen Glaubensbekenntnisses* wurde zwar von Engels niedergeschrieben, jedoch nicht allein verfasst. So widersprechen zwar die ersten 5 Punkte des *Entwurfs des Kommunistischen Glaubensbekenntnisses* vom Juni 1847 im Allgemeinen der politischen Linie des *Bundes der Gerechtigkeit* nicht. Diese 5 Punkte bezwecken nämlich die

---

zu besiegen, war für Engels nicht immer eine leichte Aufgabe. Er war dafür auf Borns Hilfe angewiesen. Engels erwähnt in einem Brief vom Oktober 1847 an Marx, dass Born ein „Kerl“ sei, der von allen für ihre Sachen am „zugänglichsten“ sei und auch in London im zweiten Kongress „gute Dienste“ leisten werde, „wenn er noch etwas präpariert“ werde (MEW 27, S. 98). In der Revolution trennten sich jedoch ihre Wege, denn während Born wollte, dass die Bourgeoisie einige harmlose, reformistische Zugeständnisse für die Arbeiter machen sollten, fanden Marx/Engels es vermutlich gefährlich, da sie wussten, dass „der Pöbel in Revolutionen frech wird und zugreift“ (MEW 4, S. 352).

<sup>70</sup> Marx nahm am Kongress nicht teil. Er war wahrscheinlich zu jener Zeit noch kein Mitglied des *Bundes* und hatte wohl die Absicht, erst einmal das Ergebnis des Kongresses abzuwarten, denn die Brüsseler Bundesgemeinde wurde laut einer Notiz von Marx nach dem Juni-Kongress 1847, also erst am 5. August 1847 gebildet (MEW 4, S. 593). Marx gab selbst an, dass er wegen des Geldmangels am Kongress nicht teilnehmen könne (MEW 27, S. 82). So schickte er den „braven, aber doch nicht eben überragenden Wolff“ zum Kongress nach London (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 127).



Einführung der Gütergemeinschaft. Der Geist des bourgeoisiefreundlichen Kommunismus von Marx/Engels ist aber in den Punkten 6 bis 16 deutlich zu spüren. Beispielsweise wurde auf die Frage 6, wie die Gütergemeinschaft zu erreichen sei, die Antwort gegeben, dass die Kommunisten durch „Aufklärung und Vereinigung des Proletariats“ ihr Ziel erreichen würden. Die Frage 6 wurde bei der Frage 14 nochmals behandelt, da die auf diese Frage gegebene Antwort, „durch Aufklärung und Vereinigung des Proletariats“, von anderen Kongressdelegierten als Verwerfung der Revolution betrachtet und kritisiert wurde (BdK 1, S. 474).

In seiner Antwort auf die Kritik der revolutionären Kommunisten grenzte sich Engels von der als „Verschwörung“ und „Putschismus“ über Bord geworfenen Revolution unzweideutig ab. Sowohl Engels als auch Marx waren also nicht „ein Mann der Barrikade“ und „von der Warte höherer ökonomischer Einsicht“ sahen sie überall auf „Verschwörerlinge und Putschisten mit Verachtung“ herab (Schieder 1950, S. 254f.). So lehnte Engels die von ihm als „Verschwörung“ stigmatisierte Revolution ab, die auf „Willen“ und „Führung“ der kommunistischen Parteien beruht. Er glaubte zu wissen, dass eine Revolution durch „objektiv gesellschaftliche Prozesse“, nämlich „durch die Entwicklung der Verhältnisse“, nun „allmählich“ vor sich gehen müsse (BdK 1, S. 474):

Wir sind nicht nur von der Nutzlosigkeit, sondern sogar von der Schädlichkeit aller Verschwörungen überzeugt. Wir wissen ebenfalls, dass Revolutionen nicht absichtlich und willkürlich gemacht werden, sondern dass sie überall und zu jeder Zeit die notwendige Folge von Umständen sind, welche von dem Willen und der Leitung einzelner Parteien wie ganzer Klassen ganz und gar nicht abhängen (ebd., S. 473).

Engels' starke Abneigung gegen „Verschwörungen“ und „vorsätzliche und willkürliche“ Handlungen, sprich gegen „Wille“ und „Führung“ der Kommunisten, richtete sich hier gegen die politische Linie des *Bundes der Gerechtigkeit*, nämlich gegen die politische Position Blanquis bzw. Weitlings (Hollander 2010, S. 56), denn die Mitglieder des *Bundes der Gerechtigkeit* unterhielten immer noch „freundschaftliche Beziehungen“ zu der damals von Blanqui und Barbès geleiteten *Société des Saisons* (Lichtheim 1969, S. 177).<sup>71</sup>

„Nichts ist historisch weniger zutreffend“, stellt Meyer fest, als die Gleichsetzung von „Blanquismus“ und „Putschismus“ (Meyer 1999, S. 252), wie Marx/Engels in jeder Gelegenheit es gerne taten. Ganz im Gegenteil zur Behauptung von Marx/Engels verknüpften

---

<sup>71</sup> Am 14. April 1856 hielt Marx bei einem Bankett der Chartistenbewegung in London eine Rede. Er behauptete in seiner Rede, dass „Dampf, Elektrizität und Spinnmaschine“ revolutionärer seien und einen viel gefährlicheren Charakter hätten „als selbst die Bürger Barbès, Raspail und Blanqui“ (MEW 12, S. 3).

Blanquisten doch die „revolutionäre Ideologie und Arbeiterbewegung“ in den 1830er und 1840er Jahren „am engsten miteinander“ (Bravo 1971, S. 253), wo „die Volksmassen so zahlreich auf der Straße und im Aufstand“ begriffen waren, „wie nie sonst in der Geschichte dieses Jahrhunderts“ (Meyer 1999, S. 252). Das Hauptinteresse der Blanquisten galt weder den bürgerlichen Freiheiten noch nationalen Forderungen, sondern zielte in erster Linie auf eine Veränderung der politischen und sozialen Grundlagen und Einrichtungen der Gesellschaft. Der revolutionäre Kommunismus, den Blanqui vertritt, war insbesondere in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter den arbeitenden Klassen eine konkrete Macht. Marx/Engels hielten jedoch nicht die Blanquisten, sondern die Chartisten für die Erretter der Menschheit (MEW 4, S. 414ff.).

In der Antwort auf die Frage 16, wie der Übergang aus dem jetzigen Zustand in die Gütergemeinschaft zu bewerkstelligen sei, vertrat Engels im Programmentwurf des *Kommunistischen Glaubensbekenntnisses* erneut seine vorherige reformistische Position. Demnach sei die erste Grundbedingung zur Einführung der Gütergemeinschaft und zur politischen Befreiung des Proletariats „eine demokratische Verfassung“ (BdK 1, S. 473f.). Diese Antwort ist „vage genug“, um alle Optionen zu umfassen. Laut Hollander ist es möglich und sogar sehr wahrscheinlich, dass Engels mit „politischer Befreiung“ die Gewährung einer „demokratischen Verfassung“, das heißt die Gewährung des allgemeinen Wahlrechts, durch eine reformwillige oder ängstliche Bourgeoisie beabsichtigte „– in effect, the granting of the Charter“ (Hollander 2011, S. 57).

Die besitzenden Klassen würden jedoch, so führte Engels fort, das „unterdrückte“ Proletariat „wahrscheinlich in fast allen Ländern“ zur Revolution zwingen. Nach Engels ist also das Proletariat selbst nicht in der Lage, eine Revolution zu machen. Nur die besitzenden Klassen können es „gewaltsam“ in eine Revolution hineinjagen (BdK 1, S. 473f.). Aber eine reformorientierte Bourgeoisie könnte nach Engels die Revolution „überflüssig“ machen (Hollander 2011, S. 58), was Engels sich wohl sehr wünschte. Denn er wusste ganz genau, dass die industrielle Entwicklung und die liberalen politischen Reformen die Voraussetzungen und die Möglichkeit einer sozialen Revolution fast unmöglich machen würden. Den Kommunisten gegenüber behauptete er jedoch mit Marx zusammen, dass das Gegenteil richtig sei.

Doch Engels' Behauptung, dass allein die Industrie die Voraussetzungen und die Möglichkeit einer sozialen Revolution selbst schaffen würde und dass das Proletariat eine historische Aufgabe zu erfüllen habe, lag den Mitgliedern des *Bundes* fern. Die Passagen des Programmentwurfs, die sich „mit dem Weg in die neue kommunistische Gesellschaft“

beschäftigen, widersprechen vollkommen Engels' Behauptung (Kluchert 1984, S. 144), dass allein die Industrie die Voraussetzungen einer sozialen Revolution schaffe und so die Führungsrolle der Kommunistischen Partei überflüssig mache.

Das *Glaubensbekenntnis* ist nur als „vorläufiges Ergebnis einer noch nicht abgeschlossenen Programmdiskussion“ (Fehling 1922, S. 68) zu betrachten. Der Entwurf eines kommunistischen *Glaubensbekenntnisses* wurde zwar von Engels niedergeschrieben, er wurde jedoch von ihm nicht allein verfasst. Dieses Schriftstück kann daher lediglich als vorläufiges Ergebnis einer noch nicht abgeschlossenen Programm-Diskussion betrachtet werden. Es handelt sich hier um einen „Kompromiss“ zwischen Marx/Engels und der Londoner Bundesleitung (Schraepfer 1972, S. 201). Auf dem ersten Kongress konnte Engels nichts dagegen tun, dass das Ziel der Kommunisten nicht die Unterstützung der Bourgeoisie, sondern die Einführung der Gütergemeinschaft werden sollte.

Engels konnte in der Wirklichkeit auch in den Statuten des *Bundes der Kommunisten* fast nichts ändern. In seiner *Geschichte des Bundes der Kommunisten* schrieb er 1885 vor allem in der Statutenfrage jedoch dem Kongress größere Fortschritte zu, als dies tatsächlich der Fall war (MEW 21, S. 215). Denn der erste Artikel der neuen Statuten lautet, dass der *Bund* „die Entsklavung der Menschen durch die Verbreitung der Theorie der Gütergemeinschaft und die baldmöglichste Einführung derselben“ bezwecke (BdK 1, S. 466).

Laut Statuten baute sich der *Bund* in Gemeinden, Kreisen, leitenden Kreisen, Zentralbehörde und Kongress auf. Die Zentralbehörde war die vollziehende Gewalt des *Bundes* und als solche dem Kongress Rechenschaft schuldig. Sie stattete alle drei Monate einen Bericht über den Zustand des ganzen *Bundes* ab. Die Mitglieder der Kreisbehörden und der Zentralbehörde wurden auf ein Jahr gewählt, sie waren wieder wählbar und von ihren Wählern jederzeit absetzbar. Als die gesetzgebende Gewalt des *Bundes* sollte sich der Kongress jedes Jahr im August versammeln und nach jeder Session ein Manifest im Namen der Partei erlassen (ebd., S. 466ff.).

Der Teil der Statuten, der über Aufbau und Gliederung des *Bundes* handelt, kann also unmöglich der Grund der Ablehnung sein. Denn fast jede Bestimmung trägt deutliche Spuren früheren Wortlautes. Der Widerstand der auf dem Kongress anwesenden Bundesmitglieder richtet sich gegen etwas Anderes. Sie sind nämlich gegen „die geistige Entmündigung“ durch Marx/Engels. Deswegen starteten sie eine „heftige Opposition“ sowohl gegen den Programmentwurf als auch „gegen die Einführung“ der Statuten und verhinderten „einen

entscheidenden Beschluss“ auf dem Junikongress des *Bundes*. So kam der erste Kongress überein, nicht „definitiv“, sondern „nur konstituierend“ zu erscheinen (Fehling 1922, S. 68).

Nach dem Ende des Junikongresses schickte die Londoner Zentralbehörde den *Entwurf des kommunistischen Glaubensbekenntnisses* und der neuen Statuten mit einem Rundschreiben an die Gemeinden „zur Diskussion, zur Abfassung und Einsendung von Abänderungsvorschlägen und Zusätzen an die Zentralbehörde“ (BdK 1, S. 485). Die Bundesmitglieder sollten die Statuten und das *Glaubensbekenntnis* ausführlich diskutieren und „alle Zusätze und Abänderungen“, welche sie für ratsam hielten, so bald als möglich zusenden, damit die Zentralbehörde „dieselben ordnen und dem nächsten Kongress zur Beratung“ vorlegen könne (ebd., S. 488). Es ist bemerkenswert, dass zwischen Februar und Juni 1847 merkwürdigerweise „keine Zeile“ von den „Berichten der Gemeinden und Kreise an die Volkshalle, von den Vorarbeiten für Programm und Statut“ überliefert wurden (Hundt 1993, S. 284).

Im Rundschreiben berichtete die Zentralbehörde, dass sie auf dem Kongress die nötigen Maßregeln getroffen habe. Demnach habe sie Emissäre ausgesickt, die Verbindungen wiederhergestellt, den allgemeinen Kongress berufen und einzelne, dem Bestehen des Ganzen gefährliche Mitglieder entfernt. Bei dieser Entfernung verlor die Pariser Sektion die Hälfte ihrer Mitglieder. Aber die Zentralbehörde glaubte zu wissen, durch die Ausgrenzung der Weitlingianer die „hemmenden Elemente beseitigt“ und durch diesen Kampf „die Gemüter zu erneuter Tätigkeit belebt“ zu haben (BdK 1, S. 478). Die Zentralbehörde des *Bundes* berichtete auch, dass die Lage des *Bundes* in der Schweiz „nicht so erfreulich“ sei, wie sie es sich wünsche, da in der Schweiz die Partei der Weitlingianer „von Anfang an die vorherrschende“ sei (ebd., S. 480) und deswegen aus dem *Bund* abgeschnitten werden müsse. Zu gleicher Zeit habe die Zentralbehörde Schritte getan, um andere Elemente der kommunistischen Bewegung, die bisher dem *Bund* fremd waren, in den *Bund* zu ziehen. Diese Schritte seien von dem besten Erfolg gewesen (ebd., S. 481).

Weitling schrieb 1852 dagegen über die von Marx und „Konsorten bewirkten Trennungen in der Schweiz, Frankreich und Deutschland“ wie folgt:

Die strenge Einheit des Bundes dauerte aber nur so lange, bis Karl Marx – welcher sich im Jahre 1844 noch verächtlich über den Wert solcher Verbindungen ausdrückte, selbst Mitglied des Bundes wurde. Mit einem Angriff gegen Herrmann Kriege's Wirken in Amerika beginnend, bestrebte er sich seit dieser Zeit jeden neben ihm im Bunde stehenden Agitator zu bekämpfen. Er und Konsorten bewirkten Trennungen in der Schweiz, Frankreich und Deutschland, in Folge eines Ausschluß-Dekretes, nach welchem W. Weitling (damals schon in Amerika), sowie die

Schweizer-Kommunisten und die Hälfte der Pariser aus dem Bund geschlossen wurden (RdA 1852, S. 413).

Die Umwandlung des *Bundes der Gerechtigkeit* in den *Bund der Kommunisten* war also „kein Fortschritt“, sondern „ein großer Rückschlag“ im europäischen und weltweiten revolutionären Prozess. Diese Wende hatten „in erster Linie“ Marx/Engels zu verantworten (Khella 1995, S. 103). Die Zentralbehörde glaubte jedoch zu wissen, dass sie durch die Aufnahme von Marx/Engels in den *Bund* die Zukunft des *Bundes* gesichert habe. So sei der *Bund* „aus einer Periode des Verfalls siegreich“ hervorgegangen (BdK I, S. 485). Die Zentralbehörde war „in der festen Überzeugung“, dass sie mit Marx/Engels gegen die „Desorganisation der ganzen kommunistischen Partei deutscher Zunge“ kämpfte und sie unschädlich machte. Sie glaubte noch zu wissen, dass sie so „die Existenz“ des *Bundes* und die „Stärke der Organisation“ wieder sicherstellte (ebd., S. 486). Insbesondere Schapper, der die Tür des *Bundes* für Marx/Engels geöffnet hatte, glaubte im Juni 1847 naiverweise daran, dass er den Verfall des *Bundes* durch den Ausschluss von „Weitlingianern“ aus dem *Bund* und durch den Eintritt von Marx/Engels in den *Bund* verhindert habe. Er glaubte noch mit großer Ahnungslosigkeit daran, dass der *Bund* mit der Aufnahme von Marx/Engels in den „grollenden Massen des Proletariats“, die sich in Bewegung setzen und „mit lauter und deutlicher werdenden Stimme ihre Befreiung aus den Fesseln der Geldherrschaft“ fordern würden (ebd., S. 487), eine entscheidende Rolle spielen würde.

### **5. Keine Verschmelzung zwischen Bundesführung und Marx/Engels**

Entsprechend dem Beschluss des 1. Kongresses vom Juni 1847 erschien im September in London die einzige Nummer der *Kommunistischen Zeitschrift* mit der Kampfparole im Titelkopf: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ In dem von Schapper verfassten Leitartikel *Proletarier* wurde die Aufgabe der Zeitschrift unterstrichen: „Für die Befreiung des Proletariats zu wirken“, und damit dasselbe so bald als möglich zu Stande komme, alle arbeitenden Volksklassen zur Vereinigung aufzumuntern. Die Gütergemeinschaft blieb auch im September 1847 das Hauptziel der Zentralbehörde des *Bundes der Kommunisten* (BdK 1, S. 504).

Neben Schapper schrieb auch Marx' Anhänger Wilhelm Wolff im September 1847 in der *Kommunistischen Zeitschrift* den Artikel *Der preußische Landtag und das Proletariat in Preußen, wie überhaupt in Deutschland*, indem er zuerst die Kritik der revolutionären Kommunisten an der „Bündnispolitik“ von Marx/Engels mit der Bourgeoisie wiedergab:

Aber, höre ich viele unter uns ausrufen, welches Interesse haben wir Proletarier an den Kämpfen der Bourgeoisie? Sind nicht gerade die Bourgeois unsere schlimmsten Feinde? [...] Was geht es

uns an, ob das Bürgertum, die Bourgeoisie zur Herrschaft kommt oder nicht? Ja ist es nicht vielmehr notwendig und nützlich für uns, ihren Sieg zu verhindern (ebd., S. 517).

Nachdem Wolff die Kritik der Revolutionären an der Unterstützungspolitik von Marx/Engels für das Bürgertum kurz zusammengefasst hatte, fing er an, den revolutionären Kommunisten vorzuwerfen, sie seien von ihrem „Hass gegen die Bourgeoisie“ blind geworden und hätten weder die gegenwärtige Lage des Proletariats noch die Mittel zu seiner „gründlichen Befreiung“ ins Auge gefasst. Das Proletariat habe nach Wolff „ein Interesse“ an der bürgerlichen Bewegung (ebd., S. 518f.):

Bedenken wir aber, daß die Bourgeoisie zur Begründung ihrer Herrschaft politische Freiheiten braucht, die das ‚absolute‘ Königtum beharrlich verweigert, und daß wir Proletarier alsdann jene größeren politischen als Hebel zum schnelleren Umsturz des Bestehenden benutzen können, so ergibt sich, daß wir allerdings ein Interesse an der jetzigen politischen Bewegung [sprich an der bürgerlichen Bewegung] haben, daß es unser Vorteil erheischt, die Beseitigung jenes Königtums beschleunigen zu helfen (ebd. S. 520).

Doch es gibt im September 1847 in Schappers Schriften keine Hinweise darauf, dass die Zentralbehörde zur Einsicht in die ausschließliche Richtigkeit des „wissenschaftlichen Kommunismus“, nämlich zur Unterstützung der Bourgeoisie, gelangt ist (Brandenburg 1977, S. 199f.). Trotz aller „Fortschritte“, die bis Juni 1847 erreicht worden wären, habe es nach Hundt immer noch „utopische Auffassungen“ im *Bund* gegeben. So muss Hundt zugeben, dass der *Bund* bei weitem noch nicht einmal die „Stufe der theoretischen Entwicklung erklimmen“ habe, da „vor allem der Weitlingianismus“ trotz massenhafter Ausschlüsse vielen alten Bundesmitgliedern „wie ein Klotz am Bein“ hinge (Hundt 1973, S. 88).

## **VI. Zweite Hälfte von 1847: Kontroversen zwischen dem Bund und Marx/Engels**

Im Kapitel VI werden die bisher fast kaum zur Analyse gezogenen Schriften von Marx/Engels in der *Brüsseler Zeitung* in der zweiten Hälfte von 1847 behandelt. Denn in diesen Schriften nehmen Marx/Engels die Bourgeoisie gegen die Kritik der demokratischen Republikaner, der Sozialisten und Kommunisten in Schutz und greifen stattdessen diese an. Sie nutzten das von Adalbert von Bornstedt herausgegebene Blatt für ihre eigenen Pläne, da sie durch die Dokumente des Juni-Kongresses des *Bundes* wussten, dass die Bundesleitung in London von der Unterstützungspolitik der Bourgeoisie nicht überzeugt war, sondern an der „Gütergemeinschaft“ festhielt, die „sogar an der ersten Stelle in den neuen Statuten“ stand. Marx/Engels wussten weiterhin, dass die Redaktion der vom Kongress beschlossenen

*Kommunistischen Zeitschrift* „in den Händen der Londoner“ lag (Andréas/Grandjonn/Pelger 1981, S. 46).

Auch Engels' Pariser Machenschaften sind im Kapitel VI weiter geschildert und seine *Grundsätze des Kommunismus*, die die Prinzipien des revolutionären Kommunismus entstellen und so das eigentliche Fundament des *Manifestes* bilden, werden hier ausführlich zur Analyse gezogen. Folgend wird die revolutionäre Opposition der Bundesgemeinden gegen Marx/Engels und die Bundesleitung dargelegt. Einen weiteren Schwerpunkt des Kapitels VI bildet der 2. Kongress des *Bundes*. Hier werden wiederum die Ansichten von Marx/Engels und der Arbeiterführung zur Bourgeoisie, zu den arbeitenden Klassen, zu den Bewegungen des Kontinents von 1847, zur Revolution, zur Religion und Sklaverei und zu den nationalen Kriegen zu einem Vergleich gezogen und festgestellt, dass auch in der zweiten Hälfte von 1847, also nach dem zweiten Kongress des *Bundes* im Dezember 1847, keine Verschmelzung zwischen der Bundesführung und Marx/Engels stattfand.

### **1. Marx/Engels' „wissenschaftliche“ Werbungen für Bourgeoisie**

Sowohl in ihren „geschichtlichen Vorlesungen“ im Brüsseler Arbeiterverein als auch in ihren Artikeln in der *Brüsseler Zeitung*<sup>72</sup> widmeten Marx/Engels also auch in der zweiten Hälfte von 1847 ihre ganze Konzentration definitiv darauf, dass die Kommunisten und die Arbeiter in Deutschland die Bourgeoisie unterstützen müssten. In den Köpfen von Marx/Engels hatte die Unterstützung der Bourgeoisie durch Kommunisten und Volksklassen einen felsenfesten Platz und sie wiederholten es am Vorabend der Revolution in allen von ihnen geschriebenen Artikeln bis zum Überdruß. Wie der konservative römische Staatsmann Cato den Satz, „Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Karthago zerstört werden muss!“ wiederholte, wiederholten auch Marx/Engels in ihren Artikeln, dass die Bourgeoisie revolutionär sei, und dass die Volksklassen und Kommunisten sie unterstützen müssten. So warfen sie in der *Brüsseler Zeitung* in Sand in

---

<sup>72</sup> Die *Deutsche Brüsseler Zeitung* war ein konstitutionelles bürgerliches Blatt. Nach Ende der liberalen *Rheinischen Zeitung* 1843 wurden bis 1845/1846 von Seiten der bürgerlich konstitutionellen Opposition verschiedene, in Deutschland zu verwirklichende „Zeitungspläne“ erwogen und besprochen (Andréas/Grandjonn/Pelger 1981, S. 9ff.). Bornstedt, der auch den 1844 in Paris gegründete *Vorwärts*, wo auch Marx schrieb (Schraepler 1972, S. 169), redigierte, wusste von dem Bedürfnis der Bourgeoisie und gründete daher die *Deutsche Brüsseler Zeitung* mit Unterstützung der „finanzkräftigen Kreise“. Das Blatt sollte „für bürgerliche Freiheiten, besonders Pressefreiheit, und für die Trennung von Kirche und Staat“ in Deutschland eintreten. So öffnete sie ihre Spalten überwiegend allen Vertretern der Bourgeoisie. Engels schrieb 1885 in seiner Geschichte, dass Marx und er sich selbst der Zeitung, in der sie „ein Organ“ gehabt hätten, bis zur Februarrevolution „bemächtigten“ (MEW 21, S. 212). Es wurde behauptet, dass das Blatt „faktisch“ das Organ des *Bundes der Kommunisten* gewesen sei (Konjuschaja 1961, S. 29f.). Doch die *Brüsseler Zeitung* war „faktisch“ nicht das Organ des *Bundes der Kommunisten*, aber wohl das Organ von Marx/Engels. Am engsten war die Verbindung des Blattes mit der *Pariser Reforme*, deren Besitzer Ferdinand Flocon auch in Marx/Engels Nähe stand. Die *Brüsseler Zeitung* erschien 1847 zweimal wöchentlich in einer Auflagenhöhe von etwa 300 Exemplaren, und der Preis eines Jahresabonnements betrug 32 Franken (Andréas/Grandjonn/Pelger 1981, S. 59).

die Augen der Kommunisten und der arbeitenden Klassen, indem sie die Bourgeoisie als ihre mächtigsten Verbündeten vorgaben.

### **1.1. Marx' Inschutznahme der Bourgeoisie gegen Kritik der Sozialisten**

Mit ihren Artikeln in der *Brüsseler Zeitung* konzentrierten sich Marx/Engels ganz und gar auf die Unterstützung der Bourgeoisie durch Kommunisten und servierten es den Kommunisten als „wissenschaftliche Theorie“. Sie setzten sich hier auch zur Aufgabe, den revolutionären Kommunismus zu bekämpfen, indem sie „alles Derartige als phrasenhaften ‚wahren Sozialismus‘ und ‚Revolutionsmacherei‘ etc. blutig“ verhöhnten (Nettlau 1919, S. 401). Generell propagierten sie in ihren Schriften eine Strategie der „Anpassung an die industrielle oder liberale Bourgeoisie“ (Hollander 2011, S. 61).

Anfang September 1847 richtete Marx in seinem Artikel *Der Kommunismus des Rheinischen Beobachters* in der *Deutschen Brüsseler Zeitung* scharfe Angriffe gegen die *Zeitung Rheinischer Beobachter*, weil in dieser Zeitung am 25. Juni 1847 ein Artikel veröffentlicht worden war, in dem der anonyme Autor, der niemand anderes als Karl Grün war, durch die Beispiele aus Frankreich und England, wo die Bourgeoisie schon längst an der Macht war, nachwies, dass von einer „Repräsentation“ der Bourgeoisie keine Besserung zu erwarten sei.

Marx zitierte zuerst Grüns Kritik am Liberalismus aus seinem Artikel im *Rheinischen Beobachter*, in dem geschrieben wurde, dass der Liberalismus von Volkswahl und Volksrechten spreche. In Wahrheit aber schicke er das Volk nur vor, um seinen Gegner einzuschüchtern. Die Bourgeoisie brauche das Volk nur für „Kanonenfutter“ in der Revolution, um an die Macht zu kommen (MEW 4, S. 192). Marx zitierte in seinem Artikel die folgende Kritik von Grün:

Der Liberalismus hat vorweg den Vorteil, dass er sich dem Volke in leichteren und gefälligeren Formen nähert als die Bürokratie. Er spricht von Volkswohl und Volksrechten. In Wahrheit aber schiebt er das Volk nur vor, um damit die Regierung einzuschüchtern; es gilt ihm nur als Kanonenfutter in dem großen Sturme gegen die Regierungsgewalt. Die Staatsgewalt an sich zu reißen, das ist die wahre Tendenz des Liberalismus, das Volkswohl ist ihm nur Nebensache (ebd., S. 193).

Sobald die Bourgeoisie und der Liberalismus kritisiert wurden, fühlte sich Marx verständlicherweise selbst angegriffen und beeilte sich umgehend, sie in Schutz zu nehmen.



Denn in der Tat waren Marx/Engels und ihre speziellen Freunde<sup>73</sup> die einzigen „wissenschaftlichen“ Kommunisten, die sich für die Interessen und Bedürfnisse der Bourgeoisie einsetzten. Dagegen waren sämtliche Strömungen der kommunistischen Bewegung sowohl gegen die Monarchie als auch gegen die Bourgeoisie. Sie betrachteten beide Klassen als reaktionär, unterdrückerisch und ausbeuterisch.

So übernahm Marx in seinem Artikel selbst die Verteidigung der Bourgeoisie gegen die Kritik vom „wahren“ Sozialisten Karl Grün. Er hielt die Kritik Grüns an der Bourgeoisie, sie nütze das Volk für ihre Zwecke aus, für „höchst illusorisch“ und wies sie sofort als „plumpe Anbiederung“ zurück (ebd., 193f.).<sup>74</sup> Er verband seinen Angriff gegen die Zeitung *Rheinischer Beobachter* mit einem erneuten Angriff auf die „wahren“ Sozialisten, die, wie er zu wissen glaubte, durch ihre fortwährende Kritik gegen die Bourgeoisie der Regierung Vorschub geleistet hätten (ebd., S. 191).

In der Wirklichkeit schrieb Karl Grün, der in den vierziger Jahren ein einflussreicher Journalist in der sozialistischen Bewegung in den deutschsprachigen Ländern war (Sperber 2018, S. 192), im April 1847 in seinem Artikel in der *Trierschen Zeitung*, dass der preußische Staat mit der Einberufung des *Vereinigten Landtags* nur die Wünsche der liberalen Bourgeoisie befriedigen wolle, um sich dann mit ihr zu verbinden und so der radikalen Opposition das Wasser abzugraben.<sup>75</sup> Der preußische Liberalismus sei aber noch nicht das Volk. Grün machte durch seine Artikel die Arbeiter darauf aufmerksam, dass sie an der Verwirklichung der von dem deutschen Bürgertum versprochenen Reform zweifeln müssen. Er schreibt in der *Trierschen Zeitung* vom 11. 7 1847: „[D]as Volk will gerne auch einmal zu Wort kommen, es will keine

---

<sup>73</sup> Zu den speziellen Freunden von Marx/Engels gehörte auch Victor Tedesco, der seinem „Lehrmeister Marx durch seine aktive Rolle im Kampf gegen dessen sozialistische und kommunistische Gegner“ einen „echten Freundschaftsdienst“ erbrachte (Kern 2014, S. 280), indem er Grün wegen seiner „kommunistischen Propaganda“ denunzierte, davon er seinem Freund Marx in einem Brief mit voller Begeisterung berichtete. Nachdem Grün im April 1847 wegen seiner Beteiligung an den deutschen Arbeiterversammlungen in Paris aus Frankreich ausgewiesen worden war, ließ er sich im September 1847 in Lüttich nieder, wo auch Tedesco lebte. Grün arbeitete dort als Buchdrucker und bemühte sich um Aufnahme in die dortige Freimaurerloge. Seine Bemühungen vom Dezember 1847 bis Mitte Februar 1848 sollten jedoch jedes Mal durch die Intrige der Logenmitglieder Tedescos vereitelt werden. Laut Abschlussbericht des Ausschusses wurde Grüns Aufnahme abgelehnt, da er „wegen kommunistischer Propaganda aus Preußen verbannt“ wurde und auch seine Geldmittel für die Aufnahme „sehr beschränkt“ seien (ebd., S. 281). Tedesco meldete im Februar 1848 Marx seinen Erfolg mit voller Begeisterung: „Ich habe alle Auskünfte über ihn so erteilt, daß er einstimmig zurückgewiesen wurde“ (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 387).

<sup>74</sup> Doch Engels fand die Instrumentalisierung des Proletariats durch das Bürgertum notwendig. Er drückte es im Februar 1846 eindeutig aus, dass die arbeitenden Volksklassen „notwendigerweise ein Instrument in der Hand des Bürgertums“ sein müssten (MEW 2, S. 580). Auch Marx selbst forderte in der Revolution von 1848/1849 die Bourgeoisie auf, Bauern „Werkzeuge in der Hand“ zu machen (MEW 6, S. 121).

<sup>75</sup> Als der erste Vereinigte Landtag im April 1847 zusammentrat, wo die Existenzaufstände der arbeitenden Klassen und Besitzlosen in Deutschland am heftigsten stattfanden, „war der Kommunismus in der Bevölkerung schon allgemein bekannt“ (Stommel 1949, S. 85). Die Angst der Regierung und der Bourgeoisie und ihre Warnungen vor einer „Pöbelrevolution“ führten zur Konstituierung des Vereinigten Landtags.

Repräsentanten, kein allgemeines Stimmrecht, keine Urversammlungen“ (Grün 1847; zit. nach Stommel 1949, S. 83). Das Volk habe materielle Bedürfnisse, wie Brot und Arbeit.

Grüns Artikel betrachten Marx/Engels als „wirklich ekelhaft“ (MEW 27, S. 82), da sie selbst eine eindeutige Position vertreten, dass „die Kommunisten“ und Arbeiter sich mit der Bourgeoisie „verbinden“ müssten. So gebe die Herrschaft der Bourgeoisie dem Proletariat „ganz neue Waffen“ zum Kampf in die Hand. Sie verschaffe ihm sogar „eine ganz andere Stellung, eine Stellung als anerkannte Partei“ (MEW 4, S. 193).

Für Marx/Engels war die Bourgeoisie dagegen die einzig „revolutionäre“ Klasse, die die Aristokratie stürzen könnte. In seinem erwähnten Artikel wollte Marx „gar nicht einmal darauf eingehen“, dass „die Aristokratie nicht anders gestürzt werden kann als durch die Bourgeoisie“ (ebd., S. 202). Marx bestrebe einzig und allein, dass die „Proletarier, die kleinen Bauern und der Pöbel“ nicht für ihre eigenen Interessen kämpfen, sondern „die besten Unterstützer der Bourgeoisie“ sein sollten. Sie müssten sich nicht für ihre eigenen Interessen und für die Gütergemeinschaft einsetzen, sondern sie müssten sich unter der Führung der Bourgeoisie mit einer „Konstitution nebst allgemeinem Stimmrecht, Assoziationsfreiheit, Pressefreiheit“ (ebd., S. 202f.) zufriedengeben. So führte Marx die Kommunisten und Arbeiter bewusst in die Irre, dass sie mit „bürgerlichen Honoratioren und Eigentümern“ (Gailus 1990, S. 46) ein „Bündnis“ machen müssten.

Wie Andreas Gottschalk im Februar 1849 in seiner Polemik gegen Marx formulierte, gab es jedoch für Kommunisten und arbeitende Klassen außer der von Marx „als notwendig hingestellten Möglichkeit einer Bourgeois Herrschaft auch noch andere Möglichkeiten, z. B. eine neue Revolution, eine Permanenz derselben“ (FA 1849, S. 52). Dies brachte auch Moses Hess Ende 1847 in seiner Artikelserie in der *Brüsseler Zeitung* entschieden zum Ausdruck und zog dabei die Wut von Marx/Engels auf sich.

## **1.2. Marx/Engels' Angriffe gegen Hess' Eintreten für arbeitende Klassen**

Marx war auch im Jahr 1847 am meisten in den bürgerlichen Kreisen in Brüssel aktiv. Als Vertreter der deutschen „Demokraten“ beschloss er am 27. September 1847 mit insgesamt 120 Belgiern, Deutschen, Schweizern, Franzosen, Polen, Italienern und auch einem Russen in Brüssel die „Association democratique“ [Demokratische Gesellschaft], „einen Verein von Reformfreunden“ nach dem Muster der Londoner Fraternal Democrats, zu gründen (Mehring 1960, S. 148). Die deutschen bürgerlichen Demokraten wollten zum Ende August 1847 von Moses Hess und Louis Heilberg gegründeten Brüsseler Arbeiterverein ein Gegengewicht

schaffen (Andréas 1978, S. 11).<sup>76</sup> Am 7. und 15. November 1847 trat die Brüsseler Demokratische Gesellschaft, die nach Marx „die Demokratie in allen Ländern zu befördern strebt“ (MEW 4, S. 511), für die Vereinigung aller Nationen auf. Es gab die Hoffnung, aus dieser Organisation eine starke, „wohlorganisierte demokratische Partei“ zu machen (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 135). Marx wurde am 15. November 1847 auf der Gründungsversammlung zum Vizepräsidenten gewählt. Neben ihm saßen im Vorstand der Vertreter der internationalen Bourgeoisie: der Belgier Lucien Jottrand, der mit Marx die Vizepräsidentschaft teilte, der Franzose Jacques Imbert und der Pole Lelewel (BdK 1, S. 609f.). Die *Demokratische Gesellschaft* wurde 1847/1848 zum Mittelpunkt der bürgerlichen Bewegung in Europa (Kunina 1965, S. 435).

Außerdem nahm Marx als „weitaus talentiertester Repräsentant der deutschen Demokratie“ auch am vom 16. bis 18. September 1847 in Brüssel tagenden Kongress der „Ökonomen, Fabrikanten, Handeltreibenden etc.“ teil (MEW 4, S. 299ff.). Der Kongress, auf dem propagiert wurde, dass der Freihandel überall die Arbeit von Fesseln befreien und die Lösung fast aller wirtschaftlichen Probleme beschleunigen werde, wurde von der belgischen Freihandel Assoziation angeregt. Am Kongress nahmen 174 Männer hauptsächlich aus Europa teil, die von hohem gesellschaftlichem Ansehen, nämlich Gelehrte, Industrielle, Kaufleute, Staatsmänner oder Verwaltungsbeamte, waren (Schippel 1904, S. 528).

Die *Augsburger Allgemeine Zeitung*, die damals wohl das „beachtteste deutsche Blatt“ war, druckte am 26. September 1847 eine „giftige Notiz“ des *Mannheimer Journals* mit einer langen Liste der am Kongress beteiligten Vereine, Universitäten, Parlamente, Handelskammern und Zeitungen. Die Korrespondenz der *Augsburger Allgemeinen Zeitung* aus Brüssel berichtete, dass der Kongress die Freihändler versammelte, die „Europa zugunsten der großen englischen Capitalisten vollends auspumpen wollen“. Zahlreiche Männer könnten sich auf dem Kongress drei Tage lang mit solchen „hohlen Phrasen“ bewirten. Alles sei im Großen und Ganzen ein Gewebe von Gemeinplätzen und Widersprüchen gewesen (Mannheimer Journals 1847; zit. nach Schippel 1904, S. 528f.).

---

<sup>76</sup> Im August 1847 gründete Moses Hess zusammen mit Louis Heilberg den *Brüsseler Arbeiterverein*. Zu dessen Vorsitzendem wurde Hess gewählt, da er „das Vertrauen“ des *Bundes* hatte (Zlocisti 1921, S. 229). Später behauptete Marx, dass er den Brüsseler Arbeiterverein zusammen mit Engels gegründet hätte (MEW 19, S. 181). In diesem Brüsseler Arbeiterverein diskutierten auch Marx und seine speziellen Freunde „ganz parlamentarisch“ (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 116). Zu diesem Zweck ließ Marx Wilhelm Wolff einmal in der Woche hier „geschichtliche [...] Vorlesungen“ gegen Entgelt von 10 Franken halten, was etwa dem Wochenlohn eines gelernten Arbeiters in Brüssel entsprach (Andréas/Grandjonc/Pelger 1981, S. 29f.). Michail Bakunin, der in jener Zeit auch in Brüssel im Exil lebte, kritisierte in einem Brief an Georg Herwegh Marx und seine speziellen Freunde, dass sie die eigenständige Initiative des Proletariats unterdrückt und dagegen den Versuch unternommen haben, den Arbeitern ihre Theorie zu oktroyieren (Herwegh 1898, S. 12f.).

Die Zollpolitik war sicher eine Sache der Bourgeoisie. Auf der Tagesordnung der bürgerlichen Klasse stand in dieser Zeit die Frage, ob das Kapital sich durch den Freihandel oder durch die Schutzzölle vergrößern kann. Während die Handelsbourgeoisie für eine freihändlerische Zollpolitik war, bezweckte die Industriebourgeoisie eine schutzzöllnerische Politik (Hansen 1906, S. 471). Marx/Engels schlugen sich in dieser Frage auf die Seite der Handelsbourgeoisie. So gab Engels Anfang Oktober 1847 in seinem Artikel in der Zeitschrift *The Northern Star* im Großen und Ganzen seine Zustimmung für den Freihandel. Demnach sollten die Herren den Freihandel durchbringen, es werde gut sein, aber sie sollten gleichzeitig andere Maßnahmen zugunsten der arbeitenden Klassen überlegen. Sonst werden sie, so warnte er die „Herren der Bourgeoisie“, vor dem „Aufstand Ihrer eigenen Arbeiter“ fürchten (MEW 4, S. 303).

Am letzten Tag des Kongresses wurde die Frage diskutiert, ob die Verwirklichung des allgemeinen Freihandels den arbeitenden Klassen nützlich sein werde (ebd., S. 299ff.). Marx wollte an dem Tag eine Rede gegen den Protektionismus und für den Freihandel halten. Wegen der begrenzten Zeit und zahlreicher Redner blieb er jedoch an der Redeschlange stecken. Er gab dann einigen Journalisten, vermutlich Engels, „das Resümee seiner beabsichtigten Rede“. In seinem Beitrag stimmte Marx den Rednern zu, die für den Freihandel sprachen. Er stimmte zu, dass unter der Handelsfreiheit die Produktivkräfte anwachsen würden und Steuern, die dem Land durch die Schutzzölle auferlegt worden seien, verschwinden würden. Und er stimmte zu, dass unter der Handelsfreiheit alle Waren zu einem niedrigeren Preis würden verkauft werden. Unter der Handelsfreiheit würden „die Gesetze der politischen Ökonomie“ zwar „das Elend“ verursachen, sie seien aber nicht zu verurteilen. Das „Elend“ des Volkes sei zwar bedauerlich, aber gleichzeitig eine „ganz unvermeidliche Erscheinung“ (ebd., S. 308), sozusagen ein „unvermeidlicher“ Kollateralschaden.

Marx gibt im Resümee seiner beabsichtigten Rede seine volle Zustimmung für den Freihandel und behauptet, dass Handelsfreiheit den Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat auf die Spitze treibe und so die Revolution beschleunige. Er stimme also nur in diesem „revolutionären Sinne“ für das System der Handelsfreiheit (ebd., S. 458):

[W]ir sind für den Freihandel, weil durch den Freihandel alle ökonomischen Gesetze mit ihren höchst verblüffenden Widersprüchen in einem größeren Maßstabe und auf einem größeren Gebiet, auf der ganzen Erde wirksam werden, und weil aus der Vereinigung aller dieser Widersprüche zu einer Gruppe sich unmittelbar gegenüberstehender Widersprüche der Kampf hervorgehen wird, der mit der Emanzipation des Proletariats endet (ebd., S. 308).

In der Demokratischen Gesellschaft wurde von November 1847 bis Januar 1848 öffentlich ein Programmentwurf diskutiert. Darin wurden vor allem der Freihandel und eine *Fédération de l'Europe* gefordert. Marx meldete sich am 9. Januar 1848 in der Sitzung der Brüsseler Demokratischen Gesellschaft über den Freihandel mit einer einstündigen Rede zu Wort (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 145). Seine Rede über die Frage des Freihandels wurde auf Vorschlag des Ehrenpräsidenten J. L. Labiaux, der ein Handelsreisender und ebenfalls ein Freund des französischen Generals Mellinet war, auf Kosten der Brüsseler Demokratischen Gesellschaft veröffentlicht (Kuypers 1962, S. 447).

Auch Moses Hess schrieb über den Handelskongress der Bourgeoisie und vertrat im Gegensatz zu Marx auf der Seite der arbeitenden Klassen und Besitzlosen stehend den kommunistischen Standpunkt. Die Teilnehmer des Kongresses waren, so schrieb Hess, entweder die Herrschenden selbst oder ihre Vertreter. Sie diskutierten untereinander über die Probleme ihres eigenen Systems. Der Kongress war also eine Gelegenheit der Handels- und Industriebourgeoisie, aber definitiv nicht eine Sache der arbeitenden Klassen. Der Zweck des „Kongresses von Nationalökonomern“ war, „dem Freihandel Vorschub zu leisten“. Auf dem Kongress wurde scheinheilig über die Frage diskutiert, ob dieses System oder das entgegengesetzte, das System der Schutzzölle, im Interesse der ganzen Gesellschaft, im Interesse der Arbeiter vorzuziehen sei. „Die Herren Ökonomen“ haben auf dem Kongress „nur den äußeren Schein angenommen“, „als diskutierten sie die beiden Systeme“. In der Tat aber war es, so Hess, „von vornherein bei Ihnen ausgemacht, daß sie nur das System des Freihandels adoptieren wollten“ (Hess 1921, S. 207). Hess hielt es für „vollends nur leerer Schein und pure Heuchelei“, dass sie die beiden Systeme sogar im Interesse der Arbeiter zu diskutieren vorgaben (ebd., S. 208).

Hess stellt hier kristallklar fest, dass weder die „Schutzzölle“ noch der „Freihandel“ den Interessen der Arbeiter dienen könnten; denn der Unterschied zwischen beiden bestehe eben nur darin, dass „letztere überall durch den Freihandel, also direkt, erstere dagegen indirekt, durch Schutzzölle, das Ziel der Bourgeoisie, die Ausbeutung der Arbeiter, am besten erreichen zu können glauben“ (ebd., S. 209).<sup>77</sup> Wer heute „die ‚Idee‘ der freien Konkurrenz“ als

---

<sup>77</sup> Ebenfalls Weitling fand die Debatten über den Freihandel oder Zollschutz allgemein einen „Unfug“. In seinem Artikel *Was hältst Du vom Schutzzoll und vom Freihandel* von 1850 schrieb er, dass „die Männer“ aus dem Lager der Handelsbourgeoisie und der der Industriebourgeoisie diese Debatte „zum Vorteile der Geldmänner unter dem Deckmantel des Vorteils der Arbeiter“ betrieben, um „dem Sozialismus entgegen zu wirken“. In diesen beiden Lagern, so Weitling, wird „leeres Stroh gedroschen“, „an welchem die Arbeiter herumkauen und dabei nicht merken sollen, wer ihnen denn eigentlich die Körner frisst“ (RdA 1850, S. 5).

„Freiheitprinzip“ vorgebe, so stellt Hess fest, sei kein Revolutionär, „das sieht jedes Kind an“ (ebd., S. 227).

Wenn die „gelehrten oder ungelehrten Systemmacher“, die „ohne Rücksicht auf die existierenden Kämpfe“<sup>78</sup> und nicht im Interesse des Proletariats auf dem Freihandel-Kongress die Frage stellten (ebd., S. 209), ihre Frage auf einer Arbeiterversammlung gestellt hätten, so führte Hess fort, hätte diese Frage ganz andere Bedeutung. Denn die Arbeiter wollten nicht mehr schön klingende Redensarten von Bruderliebe, Freiheit und Gleichheit hören und die Kastanien für die Bourgeoisie aus dem Feuer holen, sondern sie wollten endlich an sich selbst denken und alle ihre Herren, Aristokraten oder Bourgeois „zum Teufel“ schicken (ebd., S. 210).

Hess stellte in seiner Artikelserie *Die Folgen einer Revolution des Proletariats* vom Oktober/November 1847 in der *Deutschen Brüsseler Zeitung* mit einer klaren Sprache die „eigentliche Lebensfrage“ der Kommunisten fest, ob die bevorstehende Revolution „wieder den Herren Bourgeois allein, oder ob sie dem Volke, den Arbeitern heilsam“ werde. Er wollte auch klarstellen, „welche Maßregeln die Proletarier zu ergreifen haben, nachdem sie durch den Sturz der herrschenden Klasse die politische Macht errungen haben“ (ebd., S. 207).

Die liberale Bourgeoisie wolle von der Seite der Proletarier und Kommunisten keinen Widerstand gegen ihre bürgerlichen „ewigen Wahrheiten“. Die Proletarier und Kommunisten müssten ihnen doch den faktischen Beweis liefern, dass es mit „ewigen Wahrheiten“ zu Ende sei, von dem Augenblick an, „wo das Proletariat die Mittel in den Händen hat, die Privatindustrie aufzuheben“ (ebd., S. 229). Nach Hess müsse eine Revolution nicht von der Bourgeoisie, sondern „vom wirklichen Volke, von den Arbeitern, von den Proletariern“ ausgehen und das Proletariat die politische Herrschaft erringen.

Hess wusste ganz genau, dass die Verwirklichung des Ziels Kampf bedeutete und dieser Kampf sich fortsetzen müsste, nachdem der revolutionäre Akt vollgezogen war. Für Hess setze eine Revolution des Proletariats vor allem einen Kampf voraus, „bei dem es sich nicht bloß um abstrakte Prinzipien, sondern um fühlbare und greifbare Interessen, um bedrohte Existenz der ganzen arbeitenden Klasse handelt“. Eine Revolution des Proletariats setze es auch voraus,

---

<sup>78</sup> Hess bezieht sich in seinem Artikel auf die aktuellen „existierenden Kämpfe“, die Existenzaufstände in Europa, also die breiteste Volksbewegung der Jahre von 1846/1847, in denen aus allen Gegenden Deutschlands mehr oder minder Aufstände gemeldet wurden. Die arbeitenden Volksklassen stürmten insbesondere im Frühjahr im April und Mai 1847 u.a. in Berlin, Stettin, Magdeburg, Posen, Breslau, Halle, Eisleben, Landsberg, Ulm, Nürnberg, München, Stuttgart die Lebensmittelläden und Marktstände und demonstrierten gegen die herrschenden Zustände (Stommel 1949, S. 85). In Berlin rief die aus den Vorstädten in das Zentrum drängende Masse „Revolution“ und schlug die Scheiben des Palais des Prinzen von Preußen ein. Nach der Niederschlagung der Volksbewegung wurden schwere Strafen verhängt (Gailus 1984, S. 77ff.).

dass „die große Mehrzahl der Arbeiter“ schon gleichmäßig in ihrer Existenz bedroht sei, dass die Arbeiter wissen, „welchen Feind“ sie bekämpfen, und dass sie endlich „die Mittel in Händen“ haben, ihn zu besiegen. So „können und müssen“ nach einer Revolution des Proletariats Maßregeln von den Arbeitern ergriffen werden, „um für alle Zeiten die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen, die Macht des Geldes zu brechen, [und] seinen Einfluß zu vernichten“ (ebd., S. 214). „Eine Revolution“, „das ist stillschweigende Bedingung“, müsse vorhergehen und es müsse mit „schlagenden Gründen“ den „Herren“ der Bourgeoisie bewiesen werden, dass „sie sich den revolutionären Maßregeln zu unterwerfen haben, welche eine von den Arbeitern eingesetzte Zentralverwaltung“ ergreifen werde (ebd., S. 219.), denn die deutsche Bourgeoisie sei schon „zu feig“ geworden, um sich zum Zweck einer Revolution mit den „besitzlosen Untertanen“ zu vereinigen:

Die deutsche Bourgeoisie, welche schon von den verbotenen Früchten dieser bürgerlichen Revolution [1830] genossen hat, um noch eine ähnliche Revolution in jugendlicher Unschuld und Begeisterung durchzukämpfen, zu wenig jedoch, um ohne eine solche Revolution die politische Herrschaft zu erobern – die deutsche Bourgeoisie [...] zu feig jedoch und zu schlapp, um sich mit dem unter ihr stehenden Volke zu dem Zwecke einer Revolution zu verbinden (ebd., S. 229).<sup>79</sup>

„Von dem Augenblick an“ werden die „Proletarier und Kommunisten“, so Hess, die Bourgeoisie als „Feinde“ betrachten, die „nicht theoretisch“, sondern „praktisch unschädlich“ zu machen sei (ebd., S. 228f.). Hess wies in seinem Artikel auf de Saint-Just hin,<sup>80</sup> der sagte, dass „eine Revolution“ nicht „mit Rosenwasser“ gemacht werde, „am wenigstens eine Revolution des Proletariats“. Aber „nicht die Proletarier“, sondern „die Konterrevolutionäre, die Bourgeois“ und ihre „Regierungen“ hätten die Ursache vor den „Schattenseiten“ einer solchen Revolution, nämlich vor „Tyrannei, ‚Diktatur‘, ‚Terrorismus‘ u. dgl., zu befürchten“ (ebd., S. 225). Für Hess schein die deutsche Bourgeoisie dazu verdammt zu sein, auf dem Stillen Ozean deutscher Misère zwischen Furcht und Hoffnung so lange hin und her zu lavieren, bis der Sturm von Westen losbreche und die Wogen des Proletariats, aus der Tiefe herauf schäumend, über Königtum, Adel und die Bourgeoisie zusammenschlagen. Er appellierte hier

---

<sup>79</sup> Lademacher vermutet, dass Hess manche Vorschläge, die er in seinen Artikelreihen machte, aus Theodore Dezamys *Code de la Communauté* übernahm (Lademacher 1960, S. 221). Dézamy war zu Beginn der 1840er Jahre einer der wichtigsten babouvistischen Kommunisten in Frankreich. Er rief die Proletarier zum revolutionären Kampf gegen ihre Unterdrücker auf. Seine Lehre galt zu jener Zeit als eine der „beharrlichsten und konsequentesten“ Lehren (Bravo 1971, S. 252).

<sup>80</sup> Louis-Antoine-Léon de Saint-Just (1767–1794) war ein französischer Politiker zur Zeit der Französischen Revolution. Er war in der Zeit von 1793/1794 enger Freund und Kollege von Maximilien de Robespierre und hatte Einfluss auf die französische Politik. Am 27. Juli 1794 wurde er zusammen mit Robespierre (1758–1794) und dessen Anhängern gestürzt und am nächsten Tag guillotiniert.

direkt und offen an Kommunisten, arbeitende Klassen und Besitzlose, dass sie die deutsche Bourgeoisie und die deutsche Misère ihrem Schicksal überlassen und ihren Blick auf jenen herannahenden Sturm und seine Folgen richten sollten (ebd., S. 230).

Einige Historiker behaupten, dass Hess in seiner Artikelserie *Die Folgen einer Revolution des Proletariats* Auffassungen vertreten habe, die auf der Marx'schen Linie lagen. Nach Zlocisti habe Hess seine Artikelserie „ganz im Geiste“ von Marx geschrieben (Zlocisti 1921, S. 229). Doch sie war also „alles andere“ als „ganz im Geiste“ von Marx. Hess' Artikelserie beweist mehr als deutlich, dass seine politische Position sich „wesentlich“ von der politischen Position von Marx/Engels unterschied (Ros 1983, S. 582). Gerade deswegen schrieb Engels aus Paris Briefe an Marx in Brüssel, dass dieser „dem Moses seinen Klatsch“ untersagen und öffentlich gegen ihn auftreten müsse (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 121).

Obwohl Hess in seinem ersten Artikel angekündigt hatte, dass er in der *Brüsseler Zeitung* über die bevorstehenden Diskussionen bezüglich der zu befolgenden politischen Strategie weiter berichten werde, brach seine Artikelreihe im November 1848 schlagartig ab, da Marx nach Engels' Alarmierung es verhinderte, dass die *Deutsche Brüsseler Zeitung* weitere Beiträge von Hess veröffentlicht. Marx verhinderte ebenfalls die Veröffentlichung der in der Brüsseler Bundesgemeinde stattgefundenen Programmdiskussionen in der *Brüsseler Zeitung* (Silberner 1966, S. 279).

Marx/Engels waren also von Hess' Beitrag, wie aus Engels' Briefen an Marx eindeutig herauszulesen ist, gar nicht begeistert. Nachdem die erste Folge über die *Folgen der Revolution des Proletariates* erschienen war, äußerte sich Engels „sichtlich verärgert“ (Ros 1983, S. 583) und „rümpfte“ gleich die Nase (Zlocisti 1921, S. 232). Er stellte in einem Brief vom 25./26. Oktober 1847 an Marx die schwierige Frage, „welcher Teufel“ denn diesen „armen Moses“ geritten habe, dass er nicht aufhöre, „in dem Blatt seine Phantasien über die Folgen einer Revolution des Proletariats darzulegen“ (MEW 27, S. 99).

Engels war über Hess' Schriften recht beunruhigt, da er sich in der Zeit, in der Hess seine Artikelserie schrieb, in Paris befand, um die Arbeiter zur Unterstützung der Bourgeoisie zu überreden. Er schrieb in einem Brief vom 23./24. November 1847 an Marx nochmal, dass dieser endlich etwas unternehmen solle, damit Hess' Artikel nicht in der *Brüsseler Zeitung* veröffentlicht werden könnten. Offensichtlich standen ihm Hess' Schriften im Wege, die Arbeiter zur Unterstützung der Bourgeoisie zu führen. Seinen Groll gegen Hess drückte Engels wie folgt aus:



Ich habe schon lange absolut nicht begreifen können, warum Du dem Moses seinen Klatsch nicht untersagt hast. Hier richtet mir das eine Teufelsconfusion und die langwierigsten Gegenreden bei den Arbeitern an. Ganze Kreissitzungen sind darüber verloren gegangen, und in den Gemeinden ist nicht einmal gegen diesen ‚flauen‘ Kohl durchzugreifen möglich, namentlich vor der Wahl war daran nicht zu denken (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 121).<sup>81</sup>

Anfang 1848 spitzten sich die Konflikte zwischen Marx/Engels und Hess derartig zu, dass Engels in einem am 14. Januar 1848 datierten Brief an Marx seine wiederholte Erwartung aussprach, Marx werde öffentlich gegen Hess auftreten: „Wenn die Geschichte mit Mosi [Hess] dahin führt, daß Du ihn in der *Br[üsseler]Z[ei]tung* attackierst, so soll sie mich sehr freuen“ (MEW 27, S. 112).

Es ist hier nicht schwer zu erkennen, was Marx/Engels an den Artikeln von Hess missfiel. Im Allgemeinen bildete sich hier „ein scharfer Gegensatz“ zwischen Hess und Marx/Engels (RhBA II/1, S. 68) in der Frage nach dem Standpunkt zur Bourgeoisie. Hess stand also ihnen offensichtlich „bei den Straubingern im Wege“ (Zlocisti 1921, S. 236f.). Der „sanguinische“ Hess (MEW 27, S. 21), den Engels in einem Brief vom 7. März 1845 an Marx abschätzig benannte, setzte sich entschieden gegen die von Marx/Engels als unabdingbar vorgegebene Unterstützung der Bourgeoisie durch Kommunisten und Arbeiter ein. Aus diesem Grund schlossen Marx/Engels die Tür der *Brüsseler Zeitung* für Hess' Artikel zu (Silberner 1966, S. 279f.). Nicht also wegen Hess' Doktrin „auf einen verschwommenen humanistischen Kommunismus“ und seinen philosophischen „Phrasen“ (Cornu 1967, S. 27), wie Cornu grundlos behauptete, sondern ganz im Gegenteil, wegen seiner entschiedenen Ablehnung der Unterstützung für die Bourgeoisie sahen sich Marx/Engels genötigt, Hess die Tür des Blattes zu schließen.

Was Marx/Engels an Hess' Artikelserien noch missfiel, war sein Engagement für arbeitende Klassen und Besitzlosen und sein offenes Auftreten gegen die von Marx/Engels als die einzig „revolutionäre“ Klasse vorgegebene „Herren Bourgeois“, die wegen ihrer Angst vor einer

---

<sup>81</sup> Es ist hier passend, Engels' sexistische Aussagen über Hess und seine Frau Sybille Pesch zu erwähnen. Denn nach dem Erscheinen der erwähnten Artikelserie von Hess in der *Brüsseler Zeitung* setzte Engels sexistische Gerüchte über Hess' Frau in die Welt. Er wollte mit seinen bloßen Gerüchten den Eindruck erwecken, als ob er mit Sybille Pesch eine Affäre gehabt hätte. Nachdem Hess auf Engels' sexistische Gerüchte entsprechend reagiert hatte, berichtete dieser in einem Brief an Marx, dass die Geschichte mit „Mosi“ ihn ungeheuer amüsiert habe, obwohl es ihm ärgerlich sei, dass sie auskomme, da er die Geschichte in Paris „in der Besoffenheit“ Stephan Born erzählt habe. Es müsste jedoch kostbar gewesen sein, „Moses mit Pistolen drohend in ganz Brüssel seine Hörner affichierend“ zu sehen. Engels fand es nur schade, dass der „gehörnte Siegfried“ Hess seinen unglücklichen Zustand nicht im Arbeiterverein öffentlich zu Protokoll gegeben habe. Er stellte Hess im Gegenzug seiner angeblichen Affäre mit Sybille Pesch seine „gegenwärtigen, vergangenen und zukünftigen Mätressen“ frei, damit Hess „seine Revanche“ nehme (MEW 27, S. 109f.).

„Pöbelrevolution“ (Obermann 1955, S. 53) mit dem Feudallager in einen Kompromiss eingehen. Bei diesem Streben wurde die Bourgeoisie von Marx/Engels energisch unterstützt. Für Hess war dagegen die „proletarische Revolution“ der einzige Weg, um „die deutsche Misère zu beseitigen“ (Hess 1921, S. 230). Nach Hess hatten die Kommunisten nicht die Aufgabe, die Bourgeoisie an die Macht zu tragen, sondern sie hatten die einzige Aufgabe, die proletarische Revolution zu organisieren und anzuführen.

### 1.3. Marx/Engels' Attacke auf Heinzens revolutionäre Propaganda

Während Marx/Engels ihre Kritik an den Sozialisten und Kommunisten, die die Bourgeoisie nicht für revolutionär, sondern für reaktionär wie die Monarchie hielten, „unvermindert“ fortsetzten (Kluchert 1984, S. 147), eröffneten sie gleichzeitig einen neuen Angriff gegen den demokratisch-republikanischen Schriftsteller Karl Heinzen, da dieser mit seinen Schriften die revolutionäre Kraft des Volkes in Deutschland zu erwecken suchte:

Volk! wo bist du? Ich finde dich nicht. Ich finde nur eine Masse menschenähnlicher Geschöpfe, deren Hauptbestreben dahingeht, seine eignen Feinde zu ernähren, stark zu machen, zu verherrlichen. Volk, du gibst deine Söhne her, damit Werkzeuge vorhanden sind, deine Fesseln zu schmieden und dich nötigenfalls zu morden! (Heinzen 1847, S. 166).

Marx/Engels nahmen an diesen Ausführungen von Heinzen Anstoß und traten gegen ihn an. So entstand in der *Brüsseler Zeitung* eine Polemik zuerst zwischen Engels und Heinzen. Engels kritisierte Heinzen in seinem Artikel *Die Kommunisten und Karl Heinzen* vom 3. Oktober 1847,<sup>82</sup> weil dieser vor allem die „Notwendigkeit einer sofortigen Revolution“ mit der revolutionären Beteiligung der Bauern ausspreche (MEW 4, S. 310). Heinzen schwatze noch über die Aufhebung des Privateigentums (ebd., S. 322), rufe Bauern zur revolutionären Gewalt gegen Fürsten und versuche Flugblätter in diesem Sinne in Deutschland zu verbreiten (ebd., S. 312), statt sich mit „national-ökonomische[n] Studien“ zu beschäftigen (ebd., S. 322).

Heinzen analysiere also die deutschen Verhältnisse nicht, stattdessen rufe er nur: „Schlagt drein, schlagt drein, schlagt drein!“ Er richte „seine revolutionären Moralpredigten“ an die kleinen Bauern<sup>83</sup> und hoffe sogar „im neunzehnten Jahrhundert“ immer noch „auf das Dreinschlagen

---

<sup>82</sup> Auch Stephan Born schrieb Ende September 1847 wohl auf Engels' Auftrag gegen Heinzen. Born wollte in seiner von Marx/Engels sehr gelobten Schrift keinesfalls von einer Revolution hören. Bourgeoisie und Proletariat müssten nach Born zusammen die „preußische Konstitution“ friedlich gewinnen, und die Bourgeoisie müsse ihre eigene Ordnung herstellen (BdK 1, S. 548f.). Diese Broschüre fand Engels ganz im gleichen Sinne seiner Theorie (MEW 4, S. 324).

<sup>83</sup> Engels Behauptung, Heinzen richte seine revolutionäre Propaganda „vor Allen an die kleinen Bauern“, hält Heinzen selbst für „eine rein aus der Luft gegriffene Lüge“. Nach Heinzen bilden die großen Städte den Fokus der Revolution, denn sie haben „den Vortheil einer Konzentrierung der unzufriedenen Massen“ voraus (Heinzen 1848, S. 44).

der Bauern“ (ebd., S. 313). Heinzens „blutdürstige[r] Radikalismus“ (ebd., S. 310) und seine „Weltverbesserungsschwärmereien“ (ebd., S. 315) gefielen Engels gar nicht, da dieser „ohne Kenntnis und Berücksichtigung der Verhältnisse Aufforderungen zur Revolution in die Welt“ hinausbrülle und in seinen Broschüren zum „sofortigen Aufstand“ auffordere. Das fand Engels für die „Interessen der deutschen Demokratie im höchsten Grade schädlich“ (ebd., S. 312).

Engels' Aussagen drücken in der Tat die ewige Angst der Besitzenden vor einer Störung der Ruhe und Ordnung durch Besitzlosen aus. Er wollte keinesfalls, dass Heinzen durch „seine revolutionären Moralpredigten“ also die „Interessen der deutschen Demokratie“, sprich die Interessen der deutschen Bourgeoisie, in Gefahr bringt. Wie die deutsche Bourgeoisie zielte auch Engels darauf ab, mit der absoluten Monarchie auf gesetzlichem Wege über die Konzessionen in eine konstitutionelle Monarchie zu verhandeln. Dagegen könnte das gewaltsame Vorgehen der Bauern gegen ihre Feudalherren zur Erzwingung der Abschaffung der Feudallasten auch für die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse gefährlich werden. So sah Engels in diesem „Dreinschlagen“ die Gefahr für die besitzende Bürgerklasse.

Heinzen wollte tatsächlich, dass das Volk „endlich rebellisch“ werden müssten. Er bildete sich aber nicht ein, dass er „durch bloße Flugschriften die Revolution hervorrufen“ könne.<sup>84</sup>

Aber ich rechnete darauf, daß die teutsche Untertänigkeit durch den rücksichtlosen Ausdruck revolutionärer Gesinnung, wenn er beständig an ihr Ohr drang, endlich rebellisch werden müsse und mein Beispiel nicht ohne Nachahmung bleiben könne. Ich wollte die Kühnheit so weit treiben, daß sie keinen anderen Übergang zulassen konnte, als zur Tat (Heinzen 1874, S. 108f.).

Engels behauptete Heinzen gegenüber, dass Bauern zu schwach und niemals fähig seien, zu handeln und eine revolutionäre Initiative zu ergreifen. Außerdem seien Bauern seit 600 Jahren in demokratischen Bewegungen jedes Mal reaktionär aufgetreten (MEW 4, S. 312f.).<sup>85</sup> Er hält hier nicht nur die Bauern, sondern generell die arbeitenden Volksklassen, die in dieser Zeit politisch aktiv waren, für „reaktionär“ und „unfähig“ zum selbstständigen Auftreten für ihre

---

<sup>84</sup> Marx/Engels verhinderten, dass Heinzens Antwort auf ihre Angriffe in der *Deutschen Brüsseler Zeitung* abgedruckt wurde. Der Redakteur des Blattes Bornstedt lehnte die Veröffentlichung Heinzens Schrift mit der Begründung der „Unwürdigkeit“ ab. So veröffentlichte Heinzen seine Kritik an Marx/Engels als Broschüre (Heinzen 1848, S. 9f.).

<sup>85</sup> Engels' Behauptung wurde durch zahlreiche wissenschaftliche Studien längst widerlegt. Diese Studien haben bewiesen, dass im März und April 1848 zahlreiche Bauernbewegungen und Hungeraufstände in vielen Orten Deutschlands stattgefunden hatten. In vielen Teilen Preußens brachen Unruhen aus; in Schlesien, „wo die Bewegung besondere Schärfe“ annahm, in Brandenburg, Pommern, Ostpreußen und in der Provinz Sachsen. Im Königreich Sachsen und in Mecklenburg erfolgten ebenfalls „bäuerliche Protestaktionen, die nur mit Waffengewalt unterdrückt werden konnten“ (Dorphalen 1970, S. 340f.). Nachdem die reale Gefahr der bäuerlichen Protestaktionen für die Bourgeoisie schon längst vorbei war, schrieb Engels erst 1892 selbst in der englischen Einleitung zur *Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft*, dass die Kräfte, die die Revolution vorantrieben, die Bauern und Plebejer seien (MEW 22, S. 301).

eigenen Interessen. Dagegen lobt er das zur „Krone aller modernen Demokratie“ gewordene „industrielle Proletariat der Städte“ (ebd., S. 313),<sup>86</sup> erstens, weil das Industrieproletariat damals in Deutschland faktisch fast kaum existierte und daher keine faktische Gefahr für die Bourgeoisie bildete, und zweitens, weil er mit der Glorifizierung des Fabrikarbeiters bezweckte, den Handwerksarbeitern, die nicht in die Fabrik gehen wollten, diesen Status als wünschenswert zu zeigen und sie so in die Fabrik zu steuern. Denn während Handwerksarbeiter gegen das „bloße Lohnverhältnis“ kämpften und in großen Fabriken nicht zum „unselbständige[n] Lohnarbeiter“ werden wollten (Stadelmann 1983, S. 28f.), waren die Fabrikarbeiter in Deutschland „passive onlookers at the 1848 Revolution“ (Hamerow (1958, S. 18, 36, 79). Marx/Engels hatten also den Zweck, Handwerksarbeiter zu „zivilisieren“, um einer Anpassung an die Lebensbedingungen und Kultur der bürgerlichen Gesellschaft Vorschub zu leisten (Bakunin 1924, S. 178).

So versuchte Engels in seinem Artikel gegen Heinzen auf dem Privateigentum beruhende bürgerliche Gesellschaft als einzig mögliche Alternative in Deutschland zu legitimieren. Er wollte Heinzen dazu überreden, dass die „Demokratie“ in allen „zivilisierten Ländern die politische Herrschaft des Proletariats zur notwendigen Folge“ habe (MEW 4, S. 317). So würden die Kommunisten „selbst als Demokraten“ auftreten. Heinzen ließ sich jedoch von Engels' Phrasen nicht beeindrucken, da „jeder vernünftige Mensch sich aus der Lage der Dinge leicht überzeugen“ werde, ohne „mit ‚nationalökonomischen Studien‘ zu prahlen“, dass im Moment „eine ‚soziale‘ Revolution so gut bevorsteht, wie eine politische“ (Heinzen 1848, S. 56).

Nach Engels sei dagegen nur die Bourgeoisie in der Lage, „Deutschland“ zu retten. Deswegen müsse sie von den arbeitenden Klassen und Kommunisten unterstützt werden. Er predigte hier nochmals, dass die Interessen der Bourgeoisie und die der Kommunisten gleich seien. Solange „die Demokratie noch nicht erkämpft ist, solange kämpfen Kommunisten und Demokraten also zusammen, solange sind die Interessen der Demokraten zugleich die der Kommunisten“ (MEW 4, S. 316f.). Es ist höchst bemerkenswert, dass für Engels die „Differenzen“ zwischen „Kommunisten und Demokraten“ nur von „rein theoretischer Natur“ seien. Engels könne diese Differenzen „theoretisch“ ganz gut diskutieren, er wolle aber keinesfalls, dass diese theoretische Diskussion die „gemeinschaftliche Aktion“ der „Kommunisten und Demokraten“, nämlich die Herrschaft der Bourgeoisie „irgendwie“ stören dürfe (ebd., S. 317).

---

<sup>86</sup> Wie es gegenwärtig für alle bekannt ist, scheiterte schon längst die bloße Behauptung von Marx/Engels, dass die Fabrikarbeiter im technologisch fortgeschrittenen Industriesystem Westeuropas die einzig revolutionäre Klasse darstellten (Hamerow 1958, S. 18, 36, 79).

Heinzen könne nicht wissen, so referierte Engels Heinzen weiter, dass Deutschland sich nie befreie, wenn die neue Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse in Deutschland nicht „im Interesse der Bourgeoisie und der freien Konkurrenz“ stattfinde. Zuerst solle also die Bourgeoisie grenzenlos frei konkurrieren (ebd., S. 314). Heinzen fordere jedoch in seinen *Neun Punkten* u.a. „Maßregeln zur Beschränkung der Konkurrenz, der Anhäufung großer Kapitalien in den Händen einzelner, Beschränkung oder Aufhebung des Erbrechts“. Hier tadelte Engels ihn erneut und stellte sich ganz auf die Seite der Gegner von Heinzen, nämlich die der „Ökonomen der Bourgeoisie“, die diese Maßregel als „reaktionär“ betrachteten, und gab ihnen „vollkommen Recht“. Wie die „Ökonomen der Bourgeoisie“ fand Engels auch alle Maßregeln, die „gegen die freie Konkurrenz“ gerichtet sind, „reaktionär“ (ebd., S. 313f.).

Dagegen kritisierte Karl Schapper aus der Zentralbehörde des *Bundes* in der *Kommunistischen Zeitschrift* die Angriffe von Marx/Engels gegen demokratische Kräfte des Volkes. Während Marx/Engels in ihren Schriften in der *Brüsseler Zeitung* Heinzen angriffen, wollte die Zentralbehörde des *Bundes* „die Hand zur Vereinigung nicht ausschlagen“. Denn nach Schapper machte die „Vereinigung“ aller demokratischen Kräfte die „Einigkeit“ des Proletariats stark, und nur sie könne allein zum Ziel führen (BdK 1, S. 507):

Anstatt alle vereinigt Hand ans Werk zu legen, um einen demokratischen Staat zu errichten, in dem jede Partei suchen kann, durch Wort und Schrift die Majorität für sich zu gewinnen, feinden wir uns an über das, was geschehen soll und nicht geschehen soll, wenn wir einmal gesiegt haben (ebd., S. 506).

„Der einzige Unterschied“ zwischen Kommunisten und „Bürger Karl Heinzen“ sei nach Schapper, dass Heinzen seine demokratischen Forderungen „als die Grundlage der neuen Gesellschaft“ ansehe, während Kommunisten sie nur „als die Grundlage einer Übergangsperiode“ betrachten. Daher sei es vernünftig, alle Kräfte zu vereinigen,

um das von Karl Heinzen Verlangte zu erreichen; sind wir da angekommen und das Volk ist damit zufrieden und will stehenbleiben, so wollen wir uns seinem Willen unterwerfen [...]; wir wollen daher keineswegs ihn noch angreifen; im Gegenteil, wir werden die Hand zur Vereinigung nicht ausschlagen (ebd., S. 507).

Während Schapper Heinzens Maßregeln „zur Beschränkung der Konkurrenz, der Anhäufung großer Kapitalien in den Händen einzelner, Beschränkung oder Aufhebung des Erbrechts“ unterstützte und „als die Grundlage einer Übergangsperiode“ zur Gütergemeinschaft betrachtete (ebd., S. 506f.), sahen Engels und die „Ökonomen der Bourgeoisie“ diese

Maßregeln, da sie „gegen die freie Konkurrenz“ gerichtet waren, als „reaktionär“ an (MEW 4, S. 313f.).

Engels erstellte im hier behandelten Konflikt mit Heinzen seine Definition des Kommunismus. Demnach sei der Kommunismus „aus der großen Industrie und ihren Folgen, aus der Herstellung des Weltmarkts, aus der damit gegebenen ungehemmten Konkurrenz, aus den immer gewaltsameren und allgemeineren Handelskrisen“ hervorgegangen. Bevor Heinzen deswegen über den Kommunismus etwas sagen wolle, so belehrte Engels ihn, solle dieser „national-ökonomische Studien“ machen, statt wie eine „Stubenhocker-Marotte“ nur zu „schwätzen“, denn der Kommunismus sei ja „der theoretische Ausdruck der Stellung des Proletariats“ und „die theoretische Zusammenfassung der Bedingungen der Befreiung des Proletariats“ (ebd., S. 322).

Doch Heinzen ist Weitlings Definition des Kommunismus bekannt. Demnach ist die „kommunistische Gesellschaft“ nicht nur ein Ziel, sondern auch „die revolutionären Aktionen und Klassenkämpfe der Volksmassen“ sowohl in der Gegenwart als auch in der Geschichte (Lenk 1981, S. 52.). Der Kommunismus ist in Weitlings Augen „so alt wie die Welt“ (Weitling 1931, S. 58).<sup>87</sup> So nimmt Weitling im Namen der Kommunisten das historische Erbe der seit Tausenden Jahren andauernden Kampftradition der arbeitenden Klassen und Besitzlosen in den Schatzkammer der Kommunisten (Weitling 1971, S. 176).

Heinzen machte daher Engels gegenüber klar, dass er Weitlings Auffassung vom Kommunismus doch kannte. Wenn er bloß Weitling zitiere, der gescheiter sei als Engels und gewiss für einen Kommunisten gelten könne, so warnte er Engels, gerade der junge Engels sehr in Verlegenheit mit seiner Anmaßung. In seiner Streitschrift stellte Heinzen Engels' bloße Behauptungen grundsätzlich infrage:

Aber, Herr Engels, wer hat Ihnen das Recht dazu und wer hat Ihnen ein kommunistisches Monopol erteilt? Sind Sie der Hüter und Hohepriester des Heiligtums, von dem Sie ausschließen und in welches Sie hineinlassen können, wen Sie wollen? (Heinzen 1848, S. 51).

Heinzen erkannte Engels' Vorhaben richtig; dieser wollte nur Marx und sich selbst als „die Hauptrepräsentanten des teutschen Kommunismus“ gelten lassen (ebd., S. 5) und glaubte 1847

---

<sup>87</sup> Eine ähnliche Auffassung vertritt in den 1930er Jahren auch der türkische Kommunist und Theoretiker Hikmet Kıvılcımlı (1902–1971). Auch für ihn ist der Kommunismus nicht nur ein zukünftiges Ziel, sondern er „lebt in allen Ecken und Kanten der Geschichte“, denn „trotz all der endlosen ‚Zerstörungsbemühungen‘ können die Tradition, Brauchtum und kollektives Handeln der Kräfte des ursprünglichen Kommunismus aus dem Gang der Geschichte nicht beseitigt werden“ (Kıvılcımlı 1996, S. 331). Auch der ägyptische Historiker Karam Khella vertritt die Ansicht, dass der Sozialismus „eine Geschichte von weit über 4000 Jahren“ habe. „Die erste soziale Revolution mit kommunistischer Stoßrichtung“ wurde nach Khella in Ägypten ausgerufen (Khella 1995, S. 89).

in Brüssel „den Stempel der Echtheit“ empfangen zu haben (ebd., S. 52). Er schenkte jedoch Marx/Engels die von ihnen sehr erwünschte Anerkennung gerade deswegen nicht. Wie es scheint, hielt Heinzen sie keinesfalls für „echte Kommunisten“ und machte gleichzeitig unmissverständlich klar, wer also in der Wirklichkeit der „Repräsentant[...] *des deutschen Kommunismus*“ war:

Gibt es einen wirklichen, einen ganzen Repräsentanten *des deutschen Kommunismus*, so heißt er [...] Wilhelm Weitling. Dieser Schneider allein ist das Haupt. Vor diesem Schneider flüchten die ‚Philosophen‘ durch ein Nadelöhr. Sie haben bloß eine gelehrtere und philosophische Bildung voraus und diese hat ihnen bisher zur Erhaltung eines Nimbus gedient, der den Unkundigen imponierte. Ist der Nimbus zerstreut, so bleibt nichts übrig als Jungen, Narren und Taschenspieler (ebd., S. 76).

Nach Heinzen habe Engels nie einen eigenen Gedanken gehabt und bestehe von oben bis unten nur aus dem, was er an französischem oder englischem Tisch aufschnappe und einstecke: „Herr Engels, jede Zeile ist ein Plagiat, jedes Glied ist ein angesetztes Stück Komptoir- oder Fabrikstatistik“ (ebd., S. 38). Wie es klar wird, ist Engels in den Augen von Heinzen kein „echter“ Kommunist ist, geschweige denn der Hauptrepräsentant der Kommunisten. Da Engels selbst „auf so einen Angriff“ Heinzens „gar nicht antworten“ konnte, rief er Marx dringend zur „Hülfe“ (Heinzen 1874, S. 435) und forderte ihn auf, dass dieser gegen Heinzen schreiben solle. Sonst würde Engels Heinzen „höchstens durch Ohrfeigen“ antworten (MEW 27, S. 98).

Nach Engels' Hilferuf nahm Marx ihn gegen Heinzen „in Schutz“ (Heinzen 1848, S. 6). Er startete im November 1847 mit einer längeren Artikelserie *Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral* in der *Brüsseler Zeitung* einen neuen Angriff gegen Heinzen. So nutzte Marx auch die Gelegenheit, um den Kommunisten noch einmal die vermeintliche Notwendigkeit der Unterstützung der Kommunisten für die Bourgeoisie und ihre Herrschaftsform in Deutschland einzureden. In seiner Artikelserie fand Marx es bedauerlich und ein „Pech“, dass die Bourgeoisie in Deutschland sich „so sehr verspätet“ habe. Denn sie beginne gerade ihren Kampf mit der absoluten Monarchie, um ihre politische Macht zu begründen, befinde sich jedoch gleichzeitig im Gegensatz zum Proletariat, ehe sie sich noch als Klasse politisch konstituiert habe (MEW 4, S. 351).

Das war tatsächlich ein „Pech“ für die deutsche Bourgeoisie. Sie konnte nicht mehr das Proletariat gegen den Adel als ihren treuen ahnungslosen Verbündeten betrachten. Es wäre für sie sehr gefährlich gewesen, gegen ihre zwei Feinde gleichzeitig einen Kampf aufzunehmen. So traf die deutsche Bourgeoisie schon 1830 die Entscheidung, mit der Monarchie in einen

Kompromiss einzugehen, um eine „Pöbelrevolution“ zu verhindern. Daher forderte der Industrielle David Hanseemann, wie schon verschiedentlich erwähnt wurde, mit Blick auf die französische Julirevolution von 1830 in einer Denkschrift den preußischen König dringend zu umfassenden verfassungs- und gesellschaftspolitischen Reformen auf, „um der Gefahr revolutionärer Umwälzungen beizeiten vorzubeugen“ (Mommsen 1998, S. 11). Er machte den König durch seine Denkschrift an ihn „auf die Gefahr“ der „niederen Klassen“ aufmerksam (Stommel 1949, S. 4).

Die deutsche Bourgeoisie wusste also schon 1830, dass der „gefährliche Geist der geringeren Volksklassen“ und ein „Pöbel-Aufstand“ für sie gefährlich werden könnten. Hanseemann, den Marx während der Revolution von 1848/1849 in seiner *Neuen Rheinischen Zeitung* energisch unterstützte, fand die „Pöbelherrschaft die schauderhafteste aller Gewalten“ (RhBA I/1, S. 12f.) und wollte dagegen ein konstitutionelles „Regierungssystem“, das der Bourgeoisie einen echten Anteil an der Staatsgewalt einräume und auf dieser Weise ein festes Band zwischen dem preußischen Staat und dem Bürgertum knüpfe. Künftig müsse sich der preußische Staat statt auf Adel vor allem auf die Bourgeoisie stütze (ebd., S. 21). Die Bourgeoisie war allgemein der Auffassung, dass es darauf ankommen müsse, revolutionären Entwicklungen zuvorzukommen, wie sie Frankreich seit 1789 durchgemacht habe, und zwar „durch eine Politik rechtzeitiger Reformen“ (Mommsen 1998, S. 13f.).<sup>88</sup>

Marx kannte die Vertreter der Bourgeoisie persönlich, da er 1842/1843 der Chefredakteur der von diesen Männern finanzierten *Rheinischen Zeitung* war, kannte ihre Sorgen und teilte sie auch. So schrieb er in seiner Polemik mit Heinzen, dass die „Herren Bourgeois“, und sicher er selbst auch, über die „Naivität“ von Heinzen lächeln würden, denn wie die „Herren Bourgeois“ wusste Marx auch schon längst davon, dass „der Pöbel in Revolutionen frech wird und zugreift“. Die ‚Frechheit‘ des ‚Pöbels‘ könnte für die Bourgeoisie und ihre Herrschaft, die Marx/Engels mit ihrer ganzen Kraft unterstützten und ihre bourgeoisiefreundliche Theorie deren Entwicklung widmeten, in einer Revolution sehr gefährlich sein. Dieser Gefahr wollten Marx/Engels um jeden Preis entgehen. So bezweckten sie, den „Herren Bourgeois“ bei der Verwandlung der absoluten Monarchie in eine konstitutionelle Monarchie „so viel als möglich ohne Revolution auf gütlichem Weg“ (MEW 4, S. 352) unter die Arme zu greifen.

Das Großbürgertum und Marx/Engels waren also bestrebt, in Deutschland eine bürgerliche Herrschaft unter der Form der konstitutionellen Monarchie zu erlangen. Jede Entwicklung lasse

---

<sup>88</sup> Es wird behauptet, dass Marx die Französische Revolution von 1789 als Modell für seine Revolutionstheorie genommen habe. Sie sei die Quelle seiner Revolutionstheorie (Sperber 2013, S. 392ff.). Die vorliegende Arbeit hält diese Behauptung für absolut fraglich.



sich, so schrieb Marx im November 1847 in seiner Polemik gegen Heinzen, in einer Reihe von verschiedenen Entwicklungsstufen darstellen. Es sei eine Fortentwicklung, wenn ein Volk „von der absoluten Monarchie zur konstitutionellen Monarchie“ laufen würde. Denn das Volk verneine dadurch „sein früheres politisches Dasein“ (ebd., S. 336).<sup>89</sup>

Wie die Bourgeoisie hatten auch Marx/Engels keinesfalls den Glauben, die Französische Revolution von 1789 in Deutschland zu kopieren. Diesen Glauben hatte aber der aufrichtige und „naive“ Demokrat Heinzen, der seine revolutionäre Agitation an die Bauern richtete und sie aufforderte, Fürsten durch revolutionäre Gewalt zu stürzen.

Marx versuchte in seinem Artikel, Heinzens Kritik gegen Engels und sich selbst zu resümieren. Demnach habe Heinzen ihnen vorgeworfen, „die Arbeiter im Unklaren zu halten, und auszunutzen“ (ebd., S. 321). Doch Heinzen, der ein aufrichtiger demokratischer Republikaner war, drückte seine Kritik noch schärfer und deutlicher als Marx' Resümee aus:

[B]ei den Vorbereitungen zur Revolution, wirken sie [Marx/Engels] verderblich, verwirren sie die Köpfe, zersplittern sie die Kräfte, lenken sie den Sturm von den Bresche punkten ab, [...] demoralisieren sie die Gesinnung der auf die Revolution Verwiesenen, helfen sie durch Quertreibereien aller Art die Zeit der Entscheidung hinauszuschieben (Heinzen 1848, S. 46).

Da Heinzen den „kritischen“, d. i. Marxschen, d. i. sophistischen, d. i. fahnenflüchtigen Kommunismus nicht als den ‚wahren‘ erkannt und respektiert“ habe, wollten Marx/Engels ihm es als „Borniertheit“ aufhalsen (ebd., S. 75).

Obwohl der Gegensatz zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat in Deutschland „bereits relativ stark ausgeprägt“ war (Bleiber 1965, S. 73), verkündete Marx Ende 1847, dass die Bourgeoisie und das Proletariat Hand in Hand gehen müssten. Er wagte dabei zu behaupten, dass die Arbeiter die „Bourgeoisieherrschaft“ der „absolute[n] Monarchie“ vorziehen würden. Er scheute sich davor nicht, sogar im Namen der Arbeiter zu sprechen:

[Die Arbeiter] wissen, daß durch die revolutionäre Bewegung der Bourgeoisie gegen die feudalen Stände und die absolute Monarchie ihre eigne revolutionäre Bewegung nur beschleunigt werden kann. Sie wissen, daß ihr eigener Kampf mit der Bourgeoisie erst anbrechen kann an dem Tag, wo die Bourgeoisie gesiegt hat. [...] Sie können und müssen die *bürgerliche Revolution* als eine Bedingung der *Arbeiterrevolution* mitnehmen (MEW 4, S. 352).

---

<sup>89</sup> Marx' Anhänger Weydemeyer schrieb ihm auch, dass der „Durchgang durch eine konstitutionelle Verfassung“ nicht zu vermeiden sei: „Wir müssen die Herrschaft der Bourgeoisie auch durchmachen; diese Entwicklung ist durch die faktischen Zustände bedingt [...]. Nur wenn die Bourgeoisie durch eine unbeschränkte konstitutionelle Verfassung ihre Herrschaft begründen und sich ihre Grenzen selbst machen kann, ist eine großartige industrielle Bewegung möglich“ (Weydemeyer 1846; zit. nach Förder 1960, S. 81).

In seiner Streitschrift gegen Heinzen gab Marx die Errichtung der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung nicht nur als einen Fortschritt vor, sondern er wagte auch zu behaupten, dass in einem solchen Regime die Arbeiterklasse sich ungehindert entwickeln könne und zur gegebenen Zeit den proletarischen Sozialismus an die Stelle des bürgerlichen Kapitalismus setzen würde. Als „glänzendes Beispiel“ gab er das englische Proletariat unter der Führung der „englischen Chartisten“. Sie hätten „ihren Feinden“, nämlich der Bourgeoisie, „zum Sieg über die Tories verholfen“. Als Gegenleistung bekämen sie „Sitze im Parlament“. Marx wünschte sich auch für Deutschland, dass das Industrieproletariat durch friedlichen Weg im bürgerlichen Parlament „Sitze“ bekommt (ebd., S. 352f.).

Diese von Marx/Engels in die Welt gesetzte höchst fragwürdige Revolutionstheorie wurde von Heinzen scharfsinnig kritisiert. So könne Heinzen zwar die Wichtigkeit der industriellen Verhältnisse für die allgemeine Entwicklung anerkennen, er könne die Wahrheit zugeben, dass die materiellen Interessen beim Ausbruch von Revolutionen ein entscheidendes Moment sind. Aber er könne, so führte Heinzen seine Polemik gegen Marx fort, es nur eine „Borniertheit“ nennen, wenn man die Revolution selbst „in unserer Zeit nur aus der Fabrik“ hervorgehen lasse und die Lage der Dinge, namentlich in Deutschland, so verkenne, dass man die ganze Entwicklung nur an die Reaktion der „Bourgeoisie“ knüpfe (Heinzen 1848, S. 22f.):

Die Kommunisten, welche die Politik nur anerkennen, wo sie in die Fabriken hineinreicht oder aus den Fabriken herauskriecht, wollen vom Dasein einer privilegierten Gewalt nichts wissen, Ihnen zufolge gibt es keine andre Gewalt als diejenige, welche die ‚Bourgeois‘, namentlich durch Vermittlung der Deputiertenkammern, ausüben (ebd., S. 20).

Die Behauptung von Marx/Engels, dass das Privateigentum von selbst aufgehoben werde, hält Heinzen für „eine kindische Lächerlichkeit“ (ebd., S. 19) und stellte ihre Revolutionstheorie infrage, indem er ihre Sonderart kurz, bündig und auch lustig zum Ausdruck brachte:

Wir haben weiter nichts erfahren, als das der Kommunismus eine hauptsächlich durch ‚Maschinen‘ und ‚Kritik‘ betriebene ‚Bewegung‘ ist, welche mit Hülfe des willkürlich angenommenen Bankerotts aller Privatindustrie zur Aufhebung des Eigentums führen soll. Vor der Hand halte ich keinen Bankerott für so ausgemacht, als den des Kommunismus. Zuerst kam die Prophezeiung, dass die Privatindustrie ohne irgendwelche fremde Wirkung von sich aus zu Grunde gehen werde (ebd., S. 75f.).

Es ist an dieser Stelle nötig, zu bemerken, dass es bei den hier behandelten schriftlichen Arbeiten von Marx/Engels im Jahr 1847 in der *Brüsseler Zeitung* hauptsächlich darum geht, die Kommunisten davon zu überreden, dass bei der Verwirklichung des Kommunismus nicht

die Kampfpraktiken des Proletariats, sondern die formulierten Einsichten und Erkenntnisse des „wissenschaftlichen“ Kommunismus entscheidend seien, die unter allen Umständen die bürgerliche Gesellschaft als eine Vorstufe zum Kommunismus bestimmten.

## **2. Konflikte zwischen Marx/Engels und „Straubingern“ vor dem 2. Kongress**

Wie bereits erwähnt wurde, verlegte Engels im August 1846 seinen Wohnsitz nach Paris, um die dortigen von ihm als „Straubinger“ und „Schneiderclique“ bezeichneten deutschen Kommunisten für ein Bündnis mit der Bourgeoisie zu überreden. Doch wie Weitling hatte auch Hess dort tiefe Wurzeln, und er war unter Pariser Arbeitern sehr beliebt, bekannt und vertrauenswürdig. Während Hess in Paris als anerkannter Vorkämpfer des Kommunismus galt, war Engels in den Augen der Arbeiter ein Neuling und arroganter „Bourgeoissohn“ (Born 1898, S. 49).

Im Oktober 1847 reiste Hess nach Paris, um an der Diskussion über den Entwurf des *Glaubensbekenntnisses* im *Bund* teilzunehmen. Mit seiner Teilnahme an den Diskussionen wurde der von der Zentralbehörde an die Pariser Bundesgemeinde geschickte Entwurf vollkommen korrigiert (MEW 27, S. 98) und ein neuer Entwurf des *Glaubensbekenntnisses* vorgelegt. Hess wählte für den neuen Entwurf die Form des Katechismus, die damals für die Programmklärungen kommunistischer und ihnen nahestehender Gruppen üblich war, nämlich Fragen und Antworten.

Dieser Entwurf wurde von der Pariser Gemeinde ohne Anwesenheit von Engels aufgenommen (Silberner 1966, S. 273), da die Ansichten, die Hess sowohl in seiner schon behandelten Artikelserie *Über die Folgen einer Revolution des Proletariats* als auch im Entwurf des *Glaubensbekenntnisses* vertrat, für die Pariser Kommunisten bekannt waren und auch ihrem Verständnis vom Kommunismus entsprachen. So kehrte Hess wieder nach Brüssel zurück.

### **2.1. Engels' „höllischer Streich“ und seine „Grundsätze des Kommunismus“**

Nachdem Hess Paris verlassen hatte, kam Engels von Brüssel nach Paris zurück und stellte fest, dass „bei den Straubingern höllische Confusion“ herrsche (MEW 27, S. 98).<sup>90</sup> Er beschwerte sich bei Marx über Hess und die Lage in Paris:

Hier richtet mir das eine Teufelskonfusion und die langwierigsten Gegenreden bei den Arbeitern an. Ganze Kreissitzungen sind darüber verlorengegangen, und in den Gemeinden ist nicht

---

<sup>90</sup> Inzwischen schien der politische Zustand der drei Gemeinden in Paris, die Engels vor dem ersten Kongress für seine „Fortschrittspartei“ gewonnen hätte, nicht stabil zu sein. Eine der drei Gemeinden erklärte sich im Oktober 1847 gegen Engels' kommunistisches Prinzip. Die übrig gebliebenen zwei Gemeinden wollten sich „mit den ausgestoßenen Weitlingianern“ wiedervereinigen (BdK 1, S. 581).

einmal gegen diesen ‚flauen‘ Kohl durchzugreifen möglich, namentlich vor der Wahl war daran nicht zu denken (ebd., S. 104).

Es war, wie Engels selbst zugab, für ihn riskant, öffentlich Moses Hess und dem von ihm verfassten *Glaubensbekenntnis* entgegenzutreten (MEW 27, S. 98), weil er „keine Chance“ sah, in den Gemeinden seinen Entwurf durchzusetzen (Brandenburg 1977, S. 192). So versuchte er ein neues Glaubensbekenntnis zu entwerfen. Da Engels selbst auf die von ihm geschilderte Weise rechtswidrig als Delegierter zum Bundeskongress in London gewählt worden war, konnte er den Inhalt des Hess’schen Programmentwurfs weiterhin verheimlichen und stattdessen seinen eigenen Entwurf „hinter dem Rücken der Gemeinden“ nach London schicken. So spielte Engels nicht ohne Schadenfreude, „dem Mosi“ und seinem *Glaubensbekenntnis* „einen höllischen Streich“. Das dürfe „aber natürlich kein Teufel merken“, schrieb er dann an Marx, „sonst werden wir alle abgesetzt, und es gibt einen Mordsskandal“ (MEW 27, S. 98).

Zu einem „Mordsskandal“ ist es nicht gekommen, denn am 14./15. November 1847 wurde Engels zum Delegierten der Pariser Kommunisten für den 2. Kongress des *Bundes* gewählt.<sup>91</sup> Nach seinen eigenen Aussagen brauchte er dieses Mal gar nicht zu intrigieren:

Gestern Abend war Deputiertenwahl. Nach einer höchst konfusen Sitzung wurde ich mit 2/3 gewählt. Ich hatte diesmal gar nicht intrigiert, war auch wenig Gelegenheit dazu. Die Opposition war bloß scheinbar; ein Arbeiter wurde zum Schein vorgeschlagen, aber die ihn vorschlugen stimmten für mich (ebd., S. 101).

---

<sup>91</sup> Während Engels den revolutionären Arbeitern und Kommunisten gegenüber, nach seinen eigenen Aussagen „einen sehr unverschämten Ton angewöhnt“ hatte (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 82), hatte er sich gegenüber den bürgerlichen Liberalen, wie Louis Blanc oder Ferdinand Flocon, sehr respektvoll verhalten (MEW 27, S. 94). So wandte er sich an die Aufgabe, mit dem liberalen Flügel des französischen Bürgertums feste Beziehungen zu knüpfen, wie er sie schon mit den Chartisten in London hatte. In einem Brief von 25./26. Oktober 1847 an Marx erzählte Engels von seiner Unterredung mit Louis Blanc, den er „sehr artig und ganz kordial“ fand. Bei seinem Gespräch mit Blanc stellte sich Engels als offizieller Abgesandter „der Londoner, Brüsseler und rheinischen deutschen Demokraten“ und als „chartistischer Beauftragter“ vor. Der Chef dieser „fortgeschrittensten Fraktion der deutschen Demokratie“ sei Marx gewesen. Sein Buch gegen Proudhon sei auch das Programm dieser „fortgeschrittensten Fraktion der deutschen Demokratie“ gewesen (ebd., S. 93). Nach Engels wünsche sich Blanc „nichts dringender“, als mit Marx/Engels in „die engste Verbindung“ zu treten. Engels habe ihm als Gegenzug versichert, dass er und seine „Partei“ mit ihm „in allen praktischen und Tagesfragen“ übereinstimmten, dass sie „in den rein theoretischen Fragen dem gleichen Ziel“ zustrebten, und dass „die in seinem ersten Band verkündeten Prinzipien sich in vielen Punkten“ mit ihren Prinzipien deckten (ebd., S. 97). Bei Flocon war Engels ebenfalls gewesen. Er schenkte ihm auch sein Vertrauen, indem er ihm versicherte, dass seine Partei und er in Brüssel diskutierten, „an welche Fraktion der Französischen Demokratie“ sie sich wenden sollten. Sie seien dann einmütig der Einsicht gewesen, dass sie „von vornherein mit der Reforme in Verbindung treten“ müssten (ebd., S. 95f.). Engels’ Haltung zeigt deutlich, dass er nicht den *Bund der Kommunisten*, sondern die bürgerlich-liberalen Demokraten ernstnahm. Denn er verlor bei seinen Unterredungen mit Blanc und Flocon kein einziges Wort über den *Bund der Kommunisten*, obwohl er in der Zeit ein Mitglied des *Bundes* war und angeblich für diese Organisation arbeitete.

Engels verheimlichte auf die selbst von ihm geschilderte Weise den Inhalt des Hess'schen Programmentwurfs (ebd., S. 98). Silberner vermutet, dass Engels für seine *Grundsätze des Kommunismus* aus dem Hess'schen *Glaubensbekenntnis* doch „einige Absätze“ übernommen habe (Silberner 1966, S. 273). Er benutzte sie wohl als einen Deckmantel, in dem er seine bourgeoisiefreundlichen Einsichten verhüllte, um sie gegenüber den Kommunisten und Arbeitern glaubhaft zu machen.

Engels' *Grundsätze des Kommunismus*, die er als die „Antithesen“ gegen die Thesen des revolutionären Kommunismus ins Feld führte, bestehen zu großen Teilen aus einer Geschichte der industriellen Entwicklung und enthalten fünfundzwanzig Fragen. Er fragte am Anfang, was das Proletariat sei. Nach seiner Definition sei das Proletariat erst im neunzehnten Jahrhundert „durch die industrielle Revolution“ entstanden (MEW 4, S. 363). Engels wiederholte hier Marx' Definition, die er 1844 in seiner Abhandlung *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* machte. Demnach bilde das Proletariat „aus der Auflösung des Mittelstandes“ der feudalen Gesellschaft hervorgehende Menschenmasse, die „erst durch die hereinbrechende *industrielle* Bewegung“ sich zu entwickeln beginne (MEW I, S. 390f.). Durch diese neue Definition des Proletariats reduzierte Marx das Proletariat nun nur auf Industrieproletariat.<sup>92</sup>

Um nochmals darauf hinzuweisen, wie Marx/Engels durch ihre „Antithesen“ die Inhalte der Begriffe des revolutionären Kommunismus entstellten, ist es hier angebracht, einige Beispiele anzuführen. Wolf Schäfer weist beispielsweise auf den Unterschied zwischen dem Begriff der *Arbeiterbewegung* bei Marx und den Arbeiterbewegungen in der *Mannheimer Abendzeitung* hin. Nach Schäfer habe das Wort *Arbeiterbewegung* bis in die fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts im allgemeinen Sprachgebrauch „eine ganz einfache und konkrete Bedeutung“; sie wurde nämlich 1854 im Grimm'schen *Wörterbuch* als „Aufruf der Arbeiter, Arbeiterkrawall“ notiert. „Die ‚befürchteten Arbeiterbewegungen‘ sind also nichts anderes als Krawalle der Arbeiter.“ Diese Arbeiter sind aus Fleisch und Blut, sie sind konkret und können hungern und sterben. Wie Schäfer bemerkt, hat der Begriff *Arbeiterbewegung* „im Marxschen Kontext“ dagegen „schon einen ganz anderen Sinn“ (Schäfer 1985, S. 263).

Das Wort *Arbeiterbewegung* verweist bei Marx auf eine „*universelle Seele*“, die dem wiederum „*industriellen* Aufstand“ innewohnt (MEW 1, S. 408). Wie Marx startete auch Engels die Geschichte des Proletariats in seinen *Grundsätzen* erst mit der „industriellen Revolution“. Demnach seien die Proletarier diejenigen, die in den größeren Fabriken arbeiten (MEW 4, S.

---

<sup>92</sup> Doch erst im wilhelminischen Deutschland (1890-1914) wurde es akzeptabel, die Identität des Proletariats klassenmäßig zu beschreiben. Bis dahin waren diejenigen, die sich einfach als „Lohnarbeiter“ bezeichneten, in der Minderheit; Fabrik- und Landarbeiter waren selten zu finden (Grandjonec 1975, S. 83f.).

368ff.). Die Mehrheit der Arbeiter, die in den 1840er Jahren nicht in einer Fabrik arbeitete, war in diesem Sinne auch in den Augen von Engels kein richtiges Proletariat.

Dagegen teilt Weitling die Gesellschaft in Arme und Reiche. Auf der einen Seite stehen die „Müßiggänger“ und die „Umsonst Fresser“, es ist dabei unwesentlich, ob sie Feudalherr oder Kapitaleigner sind. Auf der anderen Seite stehen das „arbeitende Volk“ und die Besitzlosen. Es ist dabei auch unwichtig, ob sie Handwerker, Bauern, Proletarier, Arbeitslose sind (Weitling 1971, S. 127ff.). Denn es gab in der Zeit nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Paris, London, Brüssel oder Berlin keine Arbeiter in dem Sinne von Marx/Engels, die die Kämpfe der arbeitenden Klassen lediglich „auf den Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital“ reduzierten (Meyer 1989, S. 179). Die meisten Deutschen im Ausland arbeiteten „in kleineren Fabriken oder in ganz kleinen Werkstätten“ (Grandjonc 1975, S. 83f.).

Blanquisten erklärten sogar schon Anfang 1834 in ihrer Zeitschrift *Libérateur*, dass sie „den französischen Arbeitern und Bauern“ den Namen „Proletarier“ geben, weil sie „keinerlei Unterschied zwischen ihrer Lage und der der römischen Proletarier“ sehen. Denn „Proletarier“ tragen alle Lasten der Gesellschaft, ohne irgendeinen ihrer Vorteile zu genießen“ (Thomas 1903, S. 209). Dieses Proletariat gehörte zur „gefährlichen Klassen“, da es das Privateigentum ablehnte. Das war in den 1840er Jahren „praktisch universal verbreitet“ (Stedman Jones 2012, S. 52). Die Zeitschrift bezeichnete sich als das „Journal der Unterdrückten“. Sie werde sich bemühen, „in einfachen, klaren und präzisen Worten“ zu erklären, „warum das Volk unglücklich ist und warum es aufhören soll, es zu sein.“ Sie werde „die Natur der Beziehungen“ darlegen und über die soziale Frage, die fast allein schon die ganze politische Ökonomie ausmacht und von der die patentierten Professoren sich wohl hüten, ein Wort zu sagen“ (Thomas 1903, S. 209).

In seinen *Grundsätzen des Kommunismus* antwortete Engels auf die Frage 15 und 17, ob „die Abschaffung des Privateigentums“ vor dem Kapitalismus durch eine Revolution möglich sei, mit einem klaren „Nein“. Die proletarische Revolution werde also nur in der Lage sein, Privateigentum abzuschaffen, wenn die notwendige Menge der Produktionsmittel geschaffen werde (MEW 4, S. 371f.). Die Tätigkeit und die Organisierung der kommunistischen Partei unter den arbeitenden Klassen und der Wille der politischen Akteure der Revolution spielten in Engels' „Revolutionsmodell“ keine positive Rolle. Allein die Produktivkräfte und Verkehrsmittel, die große Industrie und Maschinerie seien für eine proletarische Revolution erforderlich. So müsse die bürgerliche Herrschaft zuerst gegründet werden, „weil sie der einzige Gesellschaftszustand ist, in dem die große Industrie aufkommen kann“ (ebd., S. 368). In Engels'

Augen sind die Revolutionen überall und zu jeder Zeit „die notwendige Folge von Umständen“. Sie seien daher „von dem Willen und der Leitung einzelner Parteien und ganzer Klassen durchaus unabhängig“. Wenn Kommunisten versuchen, „absichtlich und willkürlich“ eine Revolution zu machen, ist es nach Engels sowohl „schädlich“ als auch „nutzlos“ (ebd., S. 372). Für Engels werde eine Revolution, wie er in seinen *Grundsätzen des Kommunismus* auf die Frage 19 antwortete, in einem einzigen Land nicht zustande kommen. Die große Industrie habe schon den Weltmarkt geschaffen und dadurch alle Völker der Erde, „und namentlich die zivilisierten, in eine solche Verbindung miteinander“ gebracht. Die große Industrie habe dann „in allen zivilisierten Ländern“ die gesellschaftliche Entwicklung gleichgemacht. Die kommunistische Revolution werde daher „eine in allen zivilisierten Ländern, d.h. wenigstens in England, Amerika, Frankreich und Deutschland gleichzeitig vor sich gehende Revolution sein“.<sup>93</sup> Sie werde sich in jedem dieser Länder rascher oder langsamer entwickeln, je nachdem das eine oder das andre Land eine ausgebildeterere Industrie, einen größeren Reichtum, eine bedeutendere Masse von Produktivkräften besitze. Sie werde daher „in England am raschesten und leichtesten“ durchzuführen sein (ebd., S. 374). Für Engels brauche die proletarische Revolution also nur Bourgeoisie und ihre Industrie. So machte er die Revolution von der „industriellen Entwicklung“ (Siefert 1979, S. 73ff.) und von der Bourgeoisie abhängig.

In seinen *Grundsätzen des Kommunismus* schrieb Engels noch, dass die Aufhebung des Privateigentums auf friedlichem Wege möglich sei. Denn das Proletariat werde nicht von den Kommunisten, sondern „von den Gegnern der Kommunisten auf eine Revolution mit aller Macht hingearbeitet“ (MEW 4, S. 372). Nach Engels solle das Proletariat statt einer Revolution den Kampf um eine „demokratische Verfassung“ aufnehmen (ebd., S. 379). Er vergisst hier nicht, erneut zu betonen, dass in Deutschland zuerst der Kampf zwischen Bourgeoisie und absoluter Monarchie ausgefochten werden müsse, in dem die Unterstützung der Bourgeoisie Pflicht aller Kommunisten sei. Erst nach dem Sieg der Bourgeoisie könne das Proletariat den Kampf um eine „demokratische Verfassung“ aufnehmen. Für Engels bedeutete die sogenannte „bürgerliche Revolution“ nichts anderes als durch „so viel als möglich ohne Revolution auf gutlichem Weg“ (ebd., S. 352) den „monarchischen Absolutismus“, mit Schieder gesprochen, in den „parlamentarischen Verfassungsstaat auf monarchischer Grundlage“ (Schieder 2018, S. 26) zu verwandeln.

Auch Hollander stellt fest, dass in Engels' *Grundsätzen* „kein [...] Hinweis auf die Aussicht

---

<sup>93</sup> Von dem Land „Amerika“, das in Engels Augen für eine „kommunistische Revolution“ sehr reif sei, hält Weitling nichts. „Kein Land ist weniger revolutionär“ für ihn „wie das amerikanische, denn es ist rein materialistisch“ (RdA 1853, S. 290).

oder die Erwünschtheit einer gewaltsamen Revolution des Proletariats“ zu finden ist. Vielmehr plädierte Engels dafür, wie auch in dieser Arbeit schon behandelt wurde, dass die politische Befreiung des Proletariats durch eine „demokratische Staatsverfassung“ verwirklicht werde (Hollander 2011, S. 182ff.). Nach Engels sei das Proletariat selbst nicht in der Lage, eine Revolution zu machen. Die besitzenden Klassen würden „in fast allen zivilisierten Ländern“ das Proletariat „gewaltsam“ in eine Revolution hineinjagen (MEW 4, S. 372). Nur eine reformorientierte Bourgeoisie könnte dagegen durch die Staatsverfassung eine Revolution der arbeitenden Klassen und Besitzlosen „überflüssig“ machen (Hollander 2011, S. 58).

Am Ende seiner Ausführungen wiederholte Engels seine politische Absicht, dass es in Deutschland im „Interesse der Kommunisten“ liege, die Bourgeoisie „sobald als möglich“ an die Herrschaft bringen zu helfen, um „sie sobald wie möglich wieder zu stürzen“. Der Kampf zwischen der Bourgeoisie und der absoluten Monarchie stehe aber noch bevor. Daher könnten die Kommunisten und das Proletariat nicht auf den entscheidenden Kampf zwischen sich und der Bourgeoisie anfangen, sondern sie müssten sich mit der Bourgeoisie verbinden, solange sie zu schwach seien (MEW 4, S. 379f.).

Nachdem Engels seinen Programmentwurf in „fürchterlicher Eile“ beendet hatte, titulierte er „das Ding“ als *Kommunistisches Manifest* und schickte es in einem Brief vom 23./24. November 1847 an Marx, bevor er zum zweiten Kongress nach London fuhr (MEW 27, S. 107). Marx benutzte dann bei der Abfassung des *Manifests* diese flüchtig „hingeworfenen Skizzen“ von Engels (Mayer 1934, S. 157).

In manchen Darstellungen ist der Eindruck erweckt worden, Engels in seinen *Grundzügen des Kommunismus* und Marx in seinem *Manifest* hätten genau das aufgeschrieben, „was der Kongress sagen wollte“. Sie hätten in keiner Weise beabsichtigt, etwas hineinzuschmuggeln (Hundt 1993, S. 387). Was Engels allerdings gleich auf dem Weg zum zweiten Kongress an Marx schrieb, widerlegt gänzlich diese bloße Behauptung von Hundt.

Engels schrieb nämlich in seinem Brief vom 23./24. November 1847 an Marx, die Themen der *Grundsätze des Kommunismus*, etwa der Kommunismus, das Proletariat, ihre Entstehungsgeschichte, Unterschied von früheren Arbeitern, Entwicklung des Gegensatzes des Proletariats und der Bourgeoisie, Krisen, Folgerungen und „schließlich die Parteipolitik der Kommunisten soweit sie vors Publikum gehört“ seien „bis auf einige ganz kleine Kleinigkeiten“ so durchzusetzen, dass „wenigstens nichts“ gegen ihre Ansichten drinsteht (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 122).



Obwohl Engels dem Programmentwurf von Hess „einen höllischen Streich“ spielte (MEW 27, S. 98), war er doch mit seinem eigenen Entwurf immer noch nicht zufrieden, denn es war ihm nicht ganz gelungen, seine Bündnispolitik mit der Bourgeoisie durchzusetzen. Er brachte zwar den „Entwurf von Hess zu Fall“ und verfasste einen eigenen Entwurf, der jedoch auch von „Konzessionen an die straubingerische Mentalität“ wimmeln musste (Zlocisti 1921, S. 233). Denn die „Straubinger“ wollten ganz und gar nicht die Bourgeoisie unterstützen und von bürgerlichen „Deduktionen“ hören. Die eklektische Struktur des *Manifests* zeigt, dass Marx/Engels die „Parolen“ und „Kampfesrufe“ der „Straubinger“ stückweise auch ins Papier bringen mussten (Friedenthal 1981, S. 321), um ihren eigenen bourgeoisiefreundlichen Ansichten einen Deckmantel zu verleihen.

## **2.2. Revolutionäre Opposition gegen Marx/Engels und Bundesführung**

Die Programmdiskussion des *Bundes der Kommunisten* zwischen den beiden Kongressen verlief in Wirklichkeit, wie sogar Hundt zugeben musste, „widersprüchlich und alles andere als geradlinig“ (Hundt 1993, S. 361). Die „Mehrheit“ der Bundesmitglieder misstraute der bourgeoisiefreundlichen Linie, auf die sich Marx/Engels orientierten (Khella 1995, S. 117). Da das Echo der bürgerlichen Ansichten von Marx/Engels bei den Bundesmitgliedern nicht wirksam war, musste sich die Zentralbehörde mit einem Rundschreiben vom 14. September 1847 erneut an die Bundesmitglieder wenden. In diesem Rundschreiben konnte die Zentralbehörde „nicht sehr erfreuliche Nachrichten“ mitteilen, da sie nach dem ersten Kongress nur „von dem Kreis Bruxelles“, wohl von Marx, bestimmte Antwort auf die politischen Fragen bekommen habe. Sie fragte sich nach dem Desinteresse der Bundesmitglieder an der „neuen Grundlage“ der politischen Strategie des *Bundes* (BdK 1, S. 529f.).

Es wurde im Rundschreiben berichtet, dass die Hamburger Bundesgemeinde die Zentralbehörde wegen ihrer Angriffe gegen die Weitlingianer und deren statutenwidrigen Ausschluss in Paris und in der Schweiz kritisiert habe. So erhielt im September 1847 die Hamburger Bundesgemeinde, „in der die Ideen Weitlings noch sehr verbreitet waren“, einen Verweis der Bundesleitung (Voss-Louis 1987, S. 21). Die Zentralbehörde teilte auch mit, dass viele Mitglieder aus der Leipziger Bundesgemeinde gegen die Zentralbehörde opponiert und deswegen sich zurückgezogen hatten (BdK 1, S. 532ff.). Es ist zu bemerken, dass die Hamburger Bundesgemeinde unter der Leitung von Joachim Friedrich Martens und die Leipziger Gemeinde unter der Leitung von Ottokar Weller (1823–1886) stand. Sie waren beide bekanntlich treue Anhänger von Weitling. So forderte die Zentralbehörde im Rundschreiben

vom September 1847 erneut alle Bundesgemeinden auf, sich endgültig von den Anhängern Weitlings zu trennen.

Doch nur die Londoner Bundesgemeinde, deren Mitglieder die neuen Statuten „einstimmig“ angenommen und eifrig über das *Glaubensbekenntnis* diskutierten, erhielt von der Zentralbehörde ein besonderes Lob. Die Londoner Zentralbehörde lobte auch Marx aus der Brüsseler Bundesgemeinde, da er „kräftig“ arbeite (ebd., S. 537ff.).

Hier ist es vonnöten, auf die Bundesgemeinden, die die Unterstützung der Bourgeoisie durch Kommunisten ablehnten und aus diesem Grund entweder aus dem *Bund der Kommunisten* ausgeschlossen oder die Verbindungen abgebrochen wurden, einen kurzen Blick zu werfen.

Berlin gehörte zu den ersten „Bastionen“ des *Bundes der Gerechtigkeit* in Deutschland. Die Berliner Bundesgemeinde wurde von dem nach fünfjähriger Wanderschaft 1842 von Paris in seine Heimatstadt Berlin zurückgekehrten Schneider Christian Friedrich Mentel (1822–1897) und dem Schuhmacher August Hätzel (1815–?) „in tiefster Illegalität“ gegründet (Wernicke 1978, S. 63f.). Sie kehrten aus der französischen Hauptstadt „mit dem ausdrücklichen Auftrag nach Berlin“ zurück, um hier eine lokale Organisation des *Bundes der Gerechtigkeit* zu gründen (Hachtmann 2004, S. 162).

Mentel und Hätzel schlossen sich auch dem 1844 gegründeten Berliner Handwerkerverein an. Es gehörte zur „Tradition“ der revolutionären französischen sowie deutschen Organisationen, politisch harmlose öffentliche Vereine zu gründen oder solchen Vereinen beizutreten, in denen für die illegale Organisation Anhänger geworben werden konnten. Demgemäß begann der *Bund der Gerechtigkeit* in den vierziger Jahren, in Paris, Lyon, London und mehreren Orten der Schweiz und Deutschland Gemeinden zu gründen. 1846 gab es besonders in Deutschland viele Orte, wo zwar keine statutengemäßen Gemeinden, aber Stützpunkte von einzelnen Bundesmitgliedern existierten (Wernicke 1978, S. 63ff.).

Der Berliner Bundesgemeinde, die sich an den Theorien Weitlings orientierte, gehörten 1846 gut dreißig Mitglieder an. Trotz ihrer geringen Zahl gehörte die Hälfte der Gesellenvertreter des Handwerkervereins dem *Bund* an. So hatten sie einen „erheblichen politischen Einfluss“ auf die Berliner Handwerksarbeiter (Hachtmann 2004, S. 162). Im November des Jahres 1846 wurde der Zulauf der Teilnehmer, die sich an vom *Bund* organisierten Diskussionen beteiligten, so groß, dass die Berliner Bundesgemeinde eine Mittwochrunde, wo über politische Themen diskutiert wurde, außerhalb der Vereinslokale organisierte (Wernicke 1999, S. 112).

Die Versammlungen der Berliner Kommunisten alarmierten bereits Anfang Dezember 1846 die Polizei. Denn solange Schriftsteller und Buchdruckereibesitzer über soziale Fragen debattieren, kann dies noch als „intellektuelle, rein theoretische Erörterung“ betrachtet werden; „aber, wenn Schneider-, Schuhmacher-, und Tischlergesellen mit anderen Handwerkern“ selbstständig „brisante Themen“ besprechen, könnte dies nach dem Gesetz des preußischen Staates „auf die Vorbereitung eines Aufstandes hindeuten“ (ebd., S. 113).

So wurden am 9. Dezember 1846 wichtige Mitglieder des *Bundes der Gerechtigkeit*, darunter Mentel und Hätzel, auf der öffentlichen Versammlung wegen „Hochverrat“ und unerlaubter Verbindungen festgenommen.<sup>94</sup> Doch die Kommunisten ließen sich durch die Justiz nicht einschüchtern und machten ihre revolutionäre Propaganda weiter nach Weitlings Beispiel: „am Arbeitsplatz, zu Hause und in der Herberge“. Wie Weitling in seinem letzten Aufsatz vor seiner Verhaftung *Hilf dir selbst, so wird dir Gott helfen!* schrieb: „Wenn die Regierungen großartige Vereine oder deren Gründung verhindern sollten, so bilde jedes zersprengte Mitglied für sich einen eigenen Verein. In den Werkstätten, beim Essen, und in euren Schlafkammern können sie euch das Wort nicht verbieten“ (Weitling 1843, S. 69). Im Berliner Handwerkerverein, dessen Mitgliederzahl 1847 3.000 zählte, spielten vier führende Berliner Vertreter des *Bundes* eine politisch aktive Rolle. Bei den Wahlen zur Generalversammlung im April 1847 wurden mehr als zehn Mitglieder des *Bundes* gewählt.<sup>95</sup> Obwohl alle offiziellen Stellungnahmen die wirkliche Bedeutung des Geschehens abzuwerten versuchten, bekam die Bourgeoisie nach diesem Ereignis große Angst vor dem arbeitenden Volk und drängte den preußischen Innenminister, „aus ihren Reihen eine Art Bürgerwehr zu rekrutieren, um den ‚Pöbel‘ im Zaun zu halten“ (Wernicke 1978, S. 84).

Der Berliner Handwerkerverein stand in Verbindung zum Hamburger Handwerkerverein, in dem Joachim Friedrich Martens aus der Hamburger Bundesgemeinde politisch aktiv war. Der

---

<sup>94</sup> Auf dem Juni-Kongress 1847 wurde mit Besorgnis vermerkt, dass im Verlauf einer polizeilichen Aktion mehrere leitende Mitglieder verhaftet worden seien (BdK 1, S. 479). Mentel machte über den *Bund* in Paris, London und Berlin und über seine gesamte Bundestätigkeit seit 1840 eine ausführliche Aussage und nannte dabei 120 Namen (Hundt 1993, S. 290).

<sup>95</sup> Auch nach der Verhaftung mehrerer Mitglieder des *Bundes der Gerechtigkeit* im Dezember 1846 und dem bekannten Berliner Kommunistenprozess im Sommer 1847 scheint der Einfluss der Berliner Kommunisten nicht wesentlich zurückgegangen zu sein. Bereits Anfang April 1847 konnten sie laut eines Berichts des Berliner Polizeidirektors während eines Festes des Handwerkervereins Geldspenden für die inhaftierten Mitglieder des *Bundes* sammeln (Hachtmann 2004, S. 162). Die Mitglieder des Handwerkervereins kümmerten sich auch um die aus der Haft entlassenen Köpfe des *Bundes*. Der Vereinschor brachte Müller am Abend seiner Freisprechung ein Ständchen dar. Der Gesangslehrer Hätzel vertrat den Handwerkerverein. Nur Mentel, dessen Zusammenbruch in den Verhören große Wut bei den Mitgliedern des *Bundes* hervorrief, hatte seine Rolle im *Bund* ein für alle Mal ausgespielt (Wernicke 1999, S. 115).

Leiter des *Mainzer Informationsbüros*<sup>96</sup> schickte noch im Januar 1848 einen Bericht nach Wien, in dem über die Hamburger Vereinsmitglieder Informationen gegeben wurden:

Von größter Wichtigkeit und Bedeutung sind die hiesigen sozialistischen Vereine. Dahin gehört der in den Zeitungen schon oft genannte ‚Handwerkerverein‘ [...]. Derselbe hat mit dem Berliner Handwerkerverein ganz dieselbe Tendenz und steht mit demselben in geheimen Verkehr. Er zählt über 400 Mitglieder und gibt dem Berliner Verein seiner Einrichtung nach, übertrifft denselben noch in mancher Beziehung (Mainzer Informationsbüro; zit. nach Schraepler 1972, S. 302).

Die Hamburger Bundesgemeinde, die während längerer Zeit die erste und einzige Bundesgemeinde in Deutschland war, wurde 1839 von Joachim Friedrich Martens und Friedrich Hoffmann, die engsten Anhänger und zuverlässigen Freunden von Weitling waren, gegründet<sup>97</sup> (Seidel-Höppner 2014, S. 1185). Als Weitling 1844 aus Preußen ausgewiesen wurde und auf der Reise nach England sich etwa eine Woche in Hamburg aufhielt, bildete er in dieser kurzen Zeit zusammen mit Martens auch den *Verein zur Hebung der arbeitenden Klasse*. Das „geistige Rüstzeug des Hamburger Arbeiterzirkels waren die Schriften Weitlings.“ „Das Gift wirkte“, sagte von ihnen später Jakob Audorf, „schnell verbreitete sich die Tendenz jener Bücher“, da die Sprache in Weitlings Schriften verständlich war, dass „sie kaum ihre Wirkung verfehlen konnte“ (Laufenberg 1911, S. 95). Die diesem Verein nächstliegende Zeitung *Tagwächter* teilte die Gesellschaft wie Weitling in zwei Klassen:

Ihr findet in unserm Staate zwei Menschenklassen, die eine, mit Grundbesitz oder belegten baren Capitals versehen, lebt vom Ertrag dieser beiden Besitzarten, die andere [...], das seid ihr, die Proletarier Hamburgs (Tagwächter 1846; zit. nach Breuille/Sachse 1984, S. 218f.).

So ist es nicht zu verwundern, dass der Verein bald ins Blickfeld der Polizeibehörden und bürgerlichen Vereine geriet. Ihnen war klar, dass der Verein kommunistischen Tendenzen huldigte und nur eine Abzweigung der Kommunisten bildete. So änderten die Kommunisten 1846 aus taktischen Gründen den Vereinsnamen in *Bildungsverein für Arbeiter*. Dadurch wollten sie den Eindruck erwecken, dass der einzige Zweck des Vereins die Bildungsarbeit sei (Laufenberg 1911, S. 91ff.). Mit dieser Taktik konnte der Verein eine gewisse Selbstständigkeit bewahren. Im Jahr 1847 zählte dieser Verein 600 Mitglieder (Andréas 1969, S. 27). Er war im

---

<sup>96</sup> Das Entsetzen vor der französischen Julirevolution von 1830, der Sturm auf die Frankfurter Hauptwache von 1830/1831 und die Verbreitung der kommunistischen Agitation Anfang der vierziger Jahre veranlasste den Staatskanzler Fürst Metternich, eine zentrale Polizeistelle zu errichten, die die oppositionellen Bewegungen überwachen sollte. So wurde 1841 das Mainzer Informationsbüro (M.I.B) gegründet (Hanisch 1976, S. 3).

<sup>97</sup> Martens erklärte selbst in einer auf dem Stiftungsfest vom 5. März 1848 gehaltenen Rede, dass der Arbeiterverein „nur durch solche Leute geschaffen ist, welche die Notwendigkeit solcher Vereine gerade in der Fremde“ kennengelernt hatten (Laufenberg 1911, S. 97).

besten Sinne des Wortes „eine Kulturstätte der revolutionären Gedanken“. Elemente der politischen Bildungsarbeit wurden in Redeübungen sowie in allgemeinen Veranstaltungen über philosophische und soziale Themen versteckt. In kurzer Zeit expandierte der Verein so stark, dass er sogar dreimal ein größeres Vereinslokal suchen musste (Laufenberg 1911, S. 103).

An den politischen Diskussionen, die sich hauptsächlich um kommunistische Fragen drehten, nahm der Weitlingianer Martens aktiv teil. Friedrich Lessner (1825–1910) erinnert sich an ihn. Demnach sei Martens ein sehr tüchtiger Agitator, spreche fließend zu Herzen gehend zu Arbeitern, die er mit neuen Hoffnungen und Gefühlen beseelte und aufrichtete (Lessner 1975, S. 48f.). „Wenn das Bürgertum gehofft hatte“, so bewertet Laufenberg den Verein Ende 1847, „den Geist und das innere Leben des Vereins entscheidend beeinflussen“, sah es sich hier ein für die Jahre vor der Revolution „völlig getäuscht“. Denn die kommunistische Leitung des Vereins sprach von der „Mündigkeitserklärung des Arbeiters“; in der Mitte des Vereins „erscheint der vielfach als rechtlos dastehend betrachtete Arbeiter als emanzipiert von den Vorurteilen; er ist es, der sich selbst regiert“. Die Kommunisten riefen hier in begeisterten Worten zum Kampf gegen die „Geldmacht“, zur „Organisation der Arbeit und nieder mit dem Kapital“ (Laufenberg 1911, S. 103f.).

Auch in Amsterdam gründeten im Herbst 1846 drei Handwerker Balthasar Dohl, Christian Gödecke und Schneider Bruggeman eine Bundesgemeinde. Kurz danach gründeten sie Mitte Februar 1847 auch den öffentlichen Arbeiterverein, dessen Leitung Gödecke übernahm, der seit langem in Amsterdam lebte und in kurzer Zeit in die Öffentlichkeit trat. Die politische Aktivität der Amsterdamer Bundesgemeinde zielte nicht nur auf die Deutschen der arbeitenden Klassen, sondern auch auf die aktive Teilnahme an der niederländischen Politik. Deswegen gründeten die Kommunisten den Amsterdamer Arbeiterverein und nahmen auch Kontakt zu dem heimischen radikalen Oppositionsblatt des Landes auf (Stein 1937, S. 138f.).

Weitlings Schriften gehörten hier zu den Studienobjekten der Bildungsabende. Als Gödecke Anfang 1848 von der Polizei vernommen wurde, verteidigte er seine kommunistischen Ansichten vor dem Gericht und gab ihnen einen deutlichen Ausdruck. Demnach sei das Ziel der Vereinigung, auf dem Prinzip der wirtschaftlichen und sozialen Gleichheit eine Gütergemeinschaft zu errichten (ebd., S. 140ff.).

Die Ideenwelt der Arbeiterführer bewegte sich hier keinesfalls in den Bahnen des sogenannten „wissenschaftlichen“ Kommunismus. Ganz im Gegenteil, Gödecke stimmte „vollkommen mit Weitling überein“ und war entschieden dagegen, dass das Proletariat die Bourgeoisie unterstützen müsse. So musste das im Frühjahr 1847 aus London nach Amsterdam geschickte

Mitglied des *Bundes* Hanke allein versuchen, mit der Bourgeoisie in Amsterdam „Führung“ zu bekommen (ebd., S. 144ff.), um der Linie von Marx/Engels in Amsterdam Geltung zu verschaffen.

Da die u.a. oben genannten Bundesgemeinden sich gegen die Unterstützung der Bourgeoisie richteten, ließen die Intensität und Resultate der Programmdiskussion nach dem 1. Bundeskongress zu wünschen übrig (Brandenburg 1977, S. 190), wie ein am 18. Oktober 1847 verfasstes Schreiben Schappers an Marx auch bestätigt. Außer in London und Brüssel führten die Bundesgemeinden in Paris, Hamburg, Mainz, Amsterdam, Berlin, Stuttgart, Leipzig, Lyon und in der Schweiz eine revolutionäre Opposition gegen die Unterstützung der Bourgeoisie und gegen das Bündnis der Zentralbehörde mit Marx/Engels. Die Zentralbehörde versuchte, diese revolutionäre Opposition und ihr Desinteresse an den bourgeoisiefreundlichen Ansichten von Marx/Engels mit dem „faulen“ Fleisch „an manchen Stellen“ zu etikettieren.

Aus verschiedenen Dokumenten des *Bundes* geht hervor, dass die Zentralbehörde der Meinung war, die Opposition, die sie als das „faule Fleisch“ im *Bund* sehen wollte, lieber herauszuschneiden (BdK 1, S. 580). So war sie im Sommer und Herbst 1847 mit statutenwidrigen Ausschlüssen sehr schnell bei der Hand. Bedeutende Bundesmitglieder der Pariser und Mainzer Bundesgemeinden, wie Johann Georg Reininger und Andreas Scherzer, die ebenfalls „zu den führenden Weitlingianern“ gehörten (Hundt 1993, S. 175), wurden aus dem *Bund* statutenwidrig ausgeschlossen. Reininger, der „ein sehr wichtiges“ Bundesmitglied (Wermuth/Stieber 1853, S. 13) und „einer der Tätigsten“ im Vorstande des *Bundes* in Paris war (Wermuth/Stieber 1854, S. 99), forderte in einem Schreiben an die Bundesmitglieder „zum Abfall von London“ auf (Hundt 1993, S. 339).

Schapper schrieb an Marx weiter, dass es in Paris „zum Bruch“ gekommen war. Eine von den drei Gemeinden, für die Engels behauptete, gewonnen zu haben, erklärte sich „gegen das kommunistische Prinzip“ von Engels. Die übrig gebliebenen zwei Gemeinden wollten sich dagegen „mit den ausgestoßenen Weitlingianern“ wiedervereinigen. Sobald Engels Paris verließ, kam es erstaunlicherweise in Paris immer wieder zum „Bruch“, sodass fast seine ganze Gemeinde sich „gegen das kommunistische Prinzip“ von Engels erklärte. Die übrigen Gemeinden waren „mit den ausgestoßenen Weitlingianern wegen Wiedervereinigung in Unterhandlung getreten“ (BdK 1, S. 581).

Mit einem kindischen Stolz berichtete Schapper am 18. Oktober 1847 Marx weiter, dass in den Gemeinden in Paris „alle weiteren Unterhandlungen“ mit Weitlingianern „aufs Strengste“ untersagt wurden. Er berichtete außerdem, dass „die ausgestoßenen Weitlingianer“ aus Paris

schon nach Mainz geschrieben und die Zentralbehörde wegen ihrer Zusammenarbeit mit Marx/Engels „auf die gemeinste Weise“ kritisiert hatten. Die Weitlingianer hatten die Mainzer Gemeinde aufgefordert, sich von der Zentralbehörde in London zu trennen und sich ihnen anzuschließen (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 368). Schapper wollte auch den Leiter der Hamburger Gemeinde Martens, der gegen die Zentralbehörde „gräßlich räsioniere“, ohne weiteres „zum Teufel jagen“ (BdK 1, S. 581), da in der von Martens geleiteten Hamburger Bundesgemeinde, die die Zentralbehörde als die „alte Clique“ bezeichnete, bekanntlich auch „Weitlings Theorien“ herrschten (Hundt 1993, S. 317).

In der Schweiz war ebenfalls „der Teufel los“. Der schwedische Schriftsetzer Gustaw Oebom, der Vorsteher der Berner Bundesgemeinde, die „die dirigierende Gemeinde für die Schweiz war“, verfasste einen Beschluss, um die Zentralbehörde zu ermahnen, dass sie den *Bund* wiedervereinigen müsse. In diesem Beschluss wurden die Weitlingianer gelobt und die Londoner dagegen „fürchterlich geschimpft“. Die Berner Bundesgemeinde bedrohte die Zentralbehörde mit dem Austritt. Schapper fürchtete, dass die Trennung in Bern, da sie „die dirigierende Gemeinde“ in der Schweiz sei, die „üblen Folgen“ für sie haben könne (BdK 1, S. 582).

Im Beschluss der Berner Bundesgemeinde wurden auch Marx/Engels kritisiert. Die Bundesmitglieder äußerten sich bemerkenswerterweise gegen eine Aufnahme von Marx/Engels in den *Bund*. Schapper zitierte aus dem Brief Oeboms, um Marx/Engels für die Gefährlichkeit dieser revolutionären Opposition zu überzeugen:

[D]ie Gelehrten seien an allem schuld, man müsse diese Gauner aus unserer Mitte verjagen, einen Gelehrten in den Bund aufnehmen, das wäre gleich einer Anzeige unserer Verhältnisse an die Polizei, denn unter zehn Gelehrten seien immer neun Verräter (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 370).<sup>98</sup>

Auch Peter Götrek (1798–1876) aus der Stockholmer Bundesgemeinde aus Schweden äußerte sich gegen die Unterstützung der Bourgeoisie. Seine Broschüre, die etwa Ende Oktober 1847 erschien, handelte mehr oder weniger von den Ansichten aller schwedischen Bundesmitglieder. Martin Hundt schreibt, dass Götrek in seiner Broschüre, besonders im dritten Abschnitt (BdK 1, S. 572ff.), „auf Texte der verschiedensten utopistischen Kommunisten“ angewiesen war (Hundt 1993, S. 348). Die von Hess 1845 gegründete Kölner Bundesgemeinde (Stommel 1949, S. 91), die 1847 durch Gottschalk, Willich und Fritz Anneke (1818–1872) vertreten war, stand ebenfalls gegen die Unterstützung der Bourgeoisie durch Kommunisten und Arbeiter.

---

<sup>98</sup> Hier fehlen die Originaldokumente der Pariser und Berner Gemeinde des *Bundes*. Sie sind nicht überliefert. Die betreffenden Informationen sind aus Schappers Schreiben an Marx zu entnehmen.

Auch Karl Heinzen schrieb Ende 1847 in seinen Polemiken gegen Marx, dass „Boshafte, boshaftere, boshafteste Kommunisten“, sprich revolutionäre Kommunisten, gegen Marx einen „Steckbrief“ erlassen haben, den er „glücklicher Weise“ aufgefangen habe. Der Steckbrief beschuldige „Sophist“ Marx „der Verleugnung des wahren Kommunismus“ und „des Verraths an der Partei“. Er habe sich „gegen ihn eingeleiteten Untersuchung durch seine Flucht in die allgemeine Bewegung entzogen“. Heinzen wollte die weitere Kritik und das „Signalementheile“ des Steckbriefs nicht mitteilen, da er „an keiner Boshaftigkeit Theil“ haben wolle (Heinzen 1848, S. 89).

Mit Ausnahme der Londoner und Brüsseler Bundesgemeinden waren also fast alle Bundesgemeinden in Deutschland, in Europa und in den USA gegen die Unterstützung der Bourgeoisie durch Kommunisten. Hundt behauptet, dass diese Gemeinden entweder vom „wahren“ Sozialismus oder von „anarchistischen Gedanken des neubabouvistischen Arbeiterkommunismus“ beeinflusst worden seien (Hundt 1993, S. 337). Doch sie standen in der Realität unter dem politischen Einfluss von durch Weitlings Ideen ergriffenen Mitgliedern. Die Bildung des *Bundes der Kommunisten* ergab sich in der Tat nur aus einer politischen Vereinbarung zwischen Marx/Engels und Moll/Schapper. Die zeitweilige Annäherung an Marx/Engels betrifft daher nur die Londoner Zentralbehörde, aber nicht die anderen Bundesgemeinden. Unter diesen Umständen, da zu jener Zeit eine große „Verwirrung“ im *Bund* herrschte, fand Schapper im bereits erwähnten Schreiben vom 18. Oktober 1847<sup>99</sup> an Marx es „unumgänglich notwendig“, dass dieser am nächsten Kongress teilnehme, wo entschieden werden müsse, ob der ganze *Bund* in die Brüche fallen oder ob das „faule Fleisch“, welches sich an manchen Stellen zeige, herausgeschnitten werden solle (BdK 1, S. 580).

Es wäre also Schapper „sehr lieb“, „wenn Marx zum Kongress kommen könnte“. Er versprach sogar im Namen der Zentralbehörde alles zu tun, was in ihren Kräften stehe, um Marx' Reisekosten abzunehmen. Schapper habe Marx „absichtlich“ die Übersicht der revolutionären Opposition im *Bund* gegeben, damit er verstehe, dass er notwendigerweise auf dem Kongress erscheinen müsse. Schapper gesteht hier eindeutig zu, dass nur „London und Brüssel“ also „im gegenwärtigen Augenblicke die Pfeiler des ganzen Bundes“ bildeten (ebd., S. 582). Nur die Bundesgemeinden in London und Brüssel bestünden auf dem Boden der Beschlüsse des ersten

---

<sup>99</sup> Schapper stellte in demselben Brief fest, dass die Briefe von Marx „seit dem unangenehmen Missverständnis“, das, wie Schapper hoffen wollte, vergessen sei, „höchst abgemessen und kalt“ schienen. Es lässt sich dahinstellen, um welches „Missverständnis“ es sich diesmal handelt. Die Kritik von Marx/Engels, nämlich die Zentralbehörde hätte ihnen „Ursache zur Kälte“ gegeben, wies Schapper zurück (BdK 1, S. 580).



Kongresses. Das ist der beste Beweis dafür, dass vom Kongress nur die bourgeoisiefreundliche Linie von Marx/Engels profitierte.

Auch Engels war bewusst, dass der Kongress im Dezember 1847 für sie „entscheidend“ sein musste, „da wir diesmal“, so sicher schrieb er in seinem Brief vom 23./24. November 1847 an Marx, „alles nach unseren Wünschen haben werden“ (MEW 27, S. 104).<sup>100</sup> Aber anscheinend hatte er immer noch Bedenken, ohne Marx und Tedesco auf dem Kongress zu erscheinen. Bevor er zum Kongress nach London fuhr, fragte er deswegen in einem weiteren Brief vom 24. November 1847 an Marx, ob er und Tedesco aus Brüssel zum Kongress kommen könnten. Wenn nicht, könne er „doch nicht allein hin und kongressieren, das war ja Unsinn“. Wenn die beiden nicht am Kongress teilnehmen könnten, so „fällt die Geschichte ins Wasser“ und müsse der Kongress ein paar Monate aufgeschoben werden (ebd., S. 101). Gegenüber Schapper/Moll hielten Marx/Engels ihre Pläne selbstverständlich geheim.

Marx reiste gegen Ende November 1847 nach London, nicht nur, um am zweiten Kongress des *Bundes* teilzunehmen. Er brachte gleichzeitig von der Brüsseler Demokratischen Gesellschaft, in der er „mit äußerster Energie“ arbeitete (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 135), auch ein Mandat mit, das ihn zur Unterhandlung mit dem Londoner Fraternal Democrats berechtigte. Es handelte sich damals „um die Einberufung eines Kongresses der Nationen nach Brüssel im Jahre 1848“ (Beer 1913, S. 407).

Am 29. November 1847 veranstalteten die Fraternal Democrats in London eine Gedenkfeier zu Ehren des siebzehnten Jahrestages des polnischen Aufstandes. Marx setzte hier die Brüsseler Demokratische Gesellschaft mit den englischen Chartisten in Verbindung (MEW 27, S. 472f.). Schapper war nun derjenige Mann, der den „Doktor Marx“ als Vertreter der Brüsseler demokratischen Verbindung in diesen Kreis öffentlich einführte (Fehling 1922, S. 69f.). Laut Engels teilte Schapper auf der erwähnten internationalen Versammlung vom 29. November mit, dass die Brüsseler Demokratische Gesellschaft den deutschen Demokraten und einen ihrer Vizepräsidenten Herrn Marx, „writer on political economy and social philosophy“, nach London geschickt habe, um eine Korrespondenz zwischen der Brüsseler Demokratischen Gesellschaft und den Fraternal Democrats in London herzustellen und ferner die Einberufung

---

<sup>100</sup> Diesem sehr wichtigen Brief fehlen noch zwei Seiten. Engels gab Marx noch weitere Taktiken für den Kongress. Er sollte „wenigstens“ sorgen, so Engels, dass „Moses“ während ihrer „Abwesenheit keinen Unsinn macht“ (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 122). Er wollte auch, dass Marx Stephan Born in Brüssel etwas einpauke, damit Born in London auf dem Kongress „die Rede ganz gut“ mache. Auch war es für Engels „gut“, dass „die Deutschen durch einen Arbeiter“, Born, von Marx eingepaukt, „repräsentiert“ würden. Anscheinend waren die Arbeiterkommunisten in den Augen von Engels nicht genug „Arbeiter“ und „Deutsch“. Engels fand außerdem notwendig, dass „dem Lupus“ Wilhelm Wolff die „übertriebene Bescheidenheit absolut ausgetrieben werden“ müsse, da der „brave Kerl“ Wolff, so Engels, „einer der Wenigen [sei,] die man in den Vordergrund poussiren muß“ (MEW 27, S. 107f.).

eines Kongresses der Nationen Europas in Brüssel vorzubereiten. Es ging hier also nicht um das europäische Proletariat, sondern ausdrücklich um the „family of European nations“ (MEW 4, S. 413).

The Fraternal Democrats waren vor, während und nach der Revolution keinesfalls revolutionär. „In all of the addresses of the Fraternal Democrats in 1848, the only specific advice to British workers was to have large meetings, proclaim the charter, and sign the petition“ (Weisser 1981, S. 15). Sie standen mit den bürgerlichen Zeitungen Europas in Verbindung, wie „the French Debat Social and Reforme; and the Deutsche Brüsseler Zeitung“ (Weisser 1971, S. 58). The Fraternal Democrats widmeten sich der öffentlichen Bildung und der von der Regierung erlaubten Propaganda. Sie agierten legal und öffentlich und verzichteten strikt auf revolutionäre Tätigkeit.

Sowohl Marx als auch Engels hielten auf der Veranstaltung der Fraternal Democrats eine Rede, die dann am 4. Dezember 1847 im englischen Blatt *Northern Star*, am 5. Dezember in der französischen Zeitung *La Reforme* und am 9. Dezember 1847 in der *Brüssel Zeitung* veröffentlicht wurde. Als Vizepräsident der Brüsseler Demokratischen Gesellschaft versicherte Marx in seiner Rede den Chartisten, dass die Demokraten in Brüssel die Chartisten für „die wirklichen Demokraten“ hielten, und wenn die Chartisten ihre sechs Punkte durchsetzen würden, würden sie „die Bahn für die Freiheit aller“ öffnen. So bezeichnete er in seiner Rede die Chartisten als „die Befreier der Menschheit“.<sup>101</sup> In England sei der Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie am meisten entwickelt, daher werde „der entscheidende Kampf“ zwischen diesen beiden Klassen immer unvermeidbarer. Die Chartisten seien in diesem Kampf die Vertreter des Proletariats. Dieser Kampf werde „mit dem allgemeinen Triumph der Demokratie“ enden (MEW, S. 414).

Engels erzählte auf der Versammlung ebenfalls, dass „der erste entscheidende Schlag, der den Sieg der Demokratie, die Befreiung aller europäischen Länder zur Folge“ haben werde, „von den englischen Chartisten“ ausgehen werde. Er sei mehrere Jahre in England gewesen und habe sich während dieser Zeit „offen der chartistischen Bewegung“ angeschlossen (ebd., S. 417). Er

---

<sup>101</sup> Es ist auffallend, dass folgende Marx' Aussagen, die in *Northern Star* zu lesen sind, in *MEW 4* nicht zu finden sind: „The Democrats of Belgium felt that the Chartists of England were the real Democrats, and that the moment they carried the six points of their Charter, the road to liberty would be opened to the whole world. Effect this grand object, then, you working men of England,' said the speaker, and you will be hailed at the saviors of the whole human race.“: <https://ncse.ac.uk/periodicals/ns/issues/vm2-ncseproduct1447/> (abgerufen am 10.12.2018).

sei sehr „stolz, sich einen Chartisten zu nennen“. Mit seinen eigenen Aussagen sei er „mit Haut und Haaren“ („name and all“) Chartist.<sup>102</sup>

Doch Julian Harney als eine führende Person der Chartistenbewegung drückte schon 1846 aufrichtig seinen eindeutigen Zweifel an seiner eigenen Bewegung und gleichzeitig an der scheinheiligen Erwartung von Marx/Engels bezüglich eines baldigen Kommens einer Revolution in England aus (BdK 1, S. 298). Harney schrieb in einem Brief vom 30. März 1846 an Engels, dass die Chartisten „die Revolution bei öffentlichen Versammlungen“ zwar begrüßen können, „aber das ist alles“. Denn trotz aller Gespräche über „Bewaffnung“ im Jahr 1839 bewaffneten sie sich nicht, und sie würden auch weiter nicht bewaffnen (MEGA<sup>2</sup> III/1, S. 523f.). Harney zufolge schrieb Engels ihm auch „alle revolutionären Tugenden“ zu, indem er ihn u.a. als „revolutionär“, „energetisch“, „proletarisch“ und „kommunistisch“ bezeichnete.

Als ein aufrichtiger Demokrat gab Harney Engels' Schmeicheleien jedoch keinen Preis und erklärte, dass anerkannte „Anführer“ einen „großen tierischen Mut besitzen, Schmerz und Tod verachten und auch Waffen und Militärwissenschaft nicht völlig unwissend sein“ sollten:

No chief or leader that has hitherto appeared in the English movement has these qualifications; we have never had a Barbès<sup>[103]</sup> for instance. In these qualifications. I am decidedly deficient, I know nothing of arms, have no stomach for fighting, and would rather die after some other fashion than by bullet or rope (ebd., S. 524).

Warum verdrehten Marx/Engels dann die Wahrheit und plädierten, dass der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat in England am heftigsten sei und die Befreiung Europas von den englischen Chartisten ausgehen müsse (MEW 4, S. 417f.), obwohl selbst der führende Vertreter dieser Bewegung Julian Harney sich ihnen gegenüber genau im Gegenteil äußerte?

Wie Marx/Engels generell die politisch aktiven Volksklassen ihrer Zeit, nämlich Bauer, Tagelöhner, Handwerksarbeiter, für „reaktionär“ und „unfähig“ und dagegen das zu jener Zeit in Deutschland faktisch fast kaum existierende und daher für die Bourgeoisie keine reale Gefahr bildende Industrieproletariat für „revolutionär“ erklärten, hielten sie auch die *Chartisten*, die keine Revolution des Proletariats, sondern lediglich eine Reform des englischen Parlaments

---

<sup>102</sup> Engels' Aussagen, dass er „mit Haut und Haaren“ („name and all“) Chartist sei, sind auch in *MEW 4* nicht zu finden: <https://ncse.ac.uk/periodicals/ns/issues/vm2-ncseproduct1447/> (abgerufen am 10.12.2018).

<sup>103</sup> Barbès wurde in den 1830er und 1840er Jahren Mitglied mehrerer illegaler Gesellschaften in Frankreich, so der radikalen *Société des droits de l'homme* und später der *Société des saisons*, die er zusammen mit Louis-Auguste Blanqui anführte. An der Seite von Blanqui spielte er eine führende Rolle während des Aufstandes, der am 12. Mai 1839 in Paris stattfand (Schraepler 1972, S. 62). Nach der Niederlage des Aufstandes wurde er verhaftet und zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Er kam durch die Revolution von 1848/1849 frei, ging nach Paris, um sich an der Revolution zu beteiligen.

innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft bezweckten (Stephens 1887, S. 4), für die Befreier der Menschheit (MEW 4, S. 414ff.). Denn nach Marx/Engels müssten sich die deutschen Arbeiter wie die Engländer unter der Führung der Bourgeoisie, wie Marx im September 1847 in der *Brüsseler Zeitung* plädierte, mit einer „Konstitution nebst allgemeinem Stimmrecht, Assoziationsfreiheit, Pressefreiheit“ (ebd., S. 202) zufriedengeben. Nur dies könnte „eine Revolution im wörtlichen Sinne überflüssig“ machen (Hollander 2011, S. 182).

### 3. Der 2. Kongress des Bundes der Kommunisten

Marx nahm am zweiten Kongress des *Bundes der Kommunisten* auch deswegen teil, weil Engels und Schapper ihn dazu dringlich aufforderten. Engels, der am Kongress als Pariser Delegierter seiner „Fortschrittspartei“ teilnahm (Brandenburg 1977, S. 184), schrieb in seinem schon erwähnten Brief vom 14./15. November 1847 an Marx, wenn dieser nicht komme, könne er „doch nicht allein hin und kongressieren, das war ja Unsinn“ (MEW 27, S. 101). Schapper fand es auch wegen der starken revolutionären Opposition im *Bund* gegen das Bündnis zwischen der Zentralbehörde und Marx/Engels „*unumgänglich notwendig*“, dass Marx am Kongress teilnehme (BdK 1, S. 580ff.).

Der 2. Kongress tagte vom 29. November bis zum 8. Dezember 1847 in London. In etwa zehntägigen „heißen Debatten“ (Fehling 1922, S. 69) hätten Marx/Engels ihre „neue Theorie“ vertreten. So seien nach Engels aller „Widerspruch und Zweifel erledigt“ gewesen und der Kongress habe ihre „neuen Grundsätze einstimmig angenommen“ (MEW 21, S. 215f.).<sup>104</sup> Doch hier fehlen das wichtige Rundschreiben und die Dokumente des Kongresses völlig. Anders als beim 1. Kongress sind vom 2. Bundeskongress nur die Statuten,<sup>105</sup> nicht aber die Beschlüsse überliefert (Andréas/Grandjonc/Pelger 1981, S. 11).

Der wichtigste Punkt des 2. Kongresses war die Entscheidung über das Parteiprogramm. Aber gerade hier fehlen bemerkenswerterweise die Dokumente. Über den Verlauf der Programmdiskussionen sind also keine Überlieferungen vorhanden. Auch die Autoren der BdK bestätigen, dass vom 2. Kongress „keine unmittelbaren Zeugnisse, wie Protokolle, Teilnehmerlisten oder ausführlichen Berichte überliefert“ sind (BdK 1, S. 1083). Das bisher unbekanntes Rundschreiben vom 15. Dezember 1847, das wohl nach dem 2. Kongress verfasst

---

<sup>104</sup> Der „volle Erfolg“ des Kongresses ist auch für Hundt eine zweifellose Wirklichkeit. Endlich sei im zweiten Kongress „das zehnjährige Suchen“ des *Bundes* nach „einem wissenschaftlichen Programm“ beendet (Hundt 1993, S. 371).

<sup>105</sup> Von den auf diesem Kongress beschlossenen Statuten ist kein Original überliefert. Ein Exemplar, das sich in den Archiven der „Proletarierpartei“ unter der Führung Willich befand, geriet im Jahre 1851 in die Hände der Polizei. Dieses Exemplar bildete die Grundlage für den Abdruck bei Wermuth/Stieber (BdK 1, S. 1085).

und von Schapper und Engels unterschrieben worden war, tauchte erst 2019 „für die wahnwitzige Summe von 450.000 Euro im Auktionshandel“ auf (Herres 2020, S. 121). Das im Auktionshandel kürzlich aufgetauchte achtseitige Rundschreiben ist wahrscheinlich das einzige überlieferte Exemplar. Der Händler hat jedoch nur ein Foto der ersten und letzten Seite öffentlich gemacht.<sup>106</sup>

Trotz der Ausschlüsse aller opponierten Bundesgemeinde ist es Marx/Engels also auf dem Kongress auch nicht gelungen, ihren programmatischen Text, der nichts anders als die Unterstützung der Bourgeoisie durch Kommunisten als Kernidee beinhaltete, durch die Kongressteilnehmer verabschieden zu lassen. Beschlossen wurde nur, dass Marx auf der Basis vorliegender Materialien eine endgültige Fassung erstellen solle. „Unklar“ ist jedoch immer noch, um welche Textvorlagen es sich hier handelte (Nippel 2018, S. 36). Schon die zehntägige Dauer des 2. Kongresses weist darauf hin, dass der Kongress nicht die formelle Bestätigung einer bereits erreichten völligen Übereinstimmung der Mitglieder der Zentralbehörde, die in Engels Augen „immer noch die Erträglichsten“ von „Straubingern“ waren (MEW 27, S. 70f.), mit Marx/Engels gewesen sein kann (Andréas 1969, S. 22), denn die endgültige Genehmigung des Entwurfs verzögerte sich „wahrscheinlich auch dadurch, daß ein Teil der Mitglieder noch opponierte“ (Schraepler 1972, S. 204).

Es ist wohl anzunehmen, dass es schwere Auseinandersetzungen um die von Marx/Engels als Bedingung diktierte Unterstützung der Bourgeoisie durch die Kommunisten gegeben haben mussten. Denn obwohl Eccarius in London lebte, soll er „eine Vollmacht des Kreises Hamburg gehabt haben“ (Hundt 1993, S. 373), da kein Mandat der in der Opposition stehenden Hamburger Bundesgemeinde auf dem Kongress anwesend war. So vertrat Eccarius, „den man durch Schmeicheleien zu gewinnen wusste“ (RdA 1851, S. 155), auf dem Kongress die Hamburger Bundesgemeinde. Die hohe Belobigung für die vermeintliche theoretische Einsicht, die Engels 1885 in seiner *Geschichte* für Pfänder und Eccarius spendete (MEW 21, S. 214), resultierte „sicher aus der Unterstützung“, die Pfänder/Eccarius bei den „schwierigen Programmdebatten des Kongresses“ Marx/Engels gewährten (Hundt 1993, S. 373).

Aus der langen Dauer des Kongresses kann daher geschlossen werden, dass es Marx/Engels nicht einmal gelungen war, sogar die Zentralbehörde des *Bundes* zu einer fortdauernden und festen Unterstützung der Bourgeoisie zu überreden. Trotz vieler Geständnisse der Zentralbehörde des *Bundes* stand in Statuten immerhin, dass der Zweck des *Bundes* „der Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten, auf

---

<sup>106</sup> (<https://inlibris.at/?s=schapper&cat=6,5&lang=de->, abgerufen am 29.07.2021.).

Klassengegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft, und die Gründung einer neuen Gesellschaft ohne Klassen und ohne Privateigentum“ ist (BdK 1, S. 626).

Da Marx/Engels den *Bund* jedoch von den „alten konspiratorischen Traditionen und Formen“ befreien wollten, musste die von ihnen als „veraltet“ eingestufte Organisationsform des *Bundes* „durch eine neue zeit- und zweckgemäße“ Form ersetzt werden (MEW 21, S. 214f.). Nach dem zweiten Kongress hatte der *Bund der Kommunisten* fast nichts mehr von seinem „konspirativen“, sprich revolutionären Charakter an sich, der für den *Bund der Gerechtigkeit* „so wesentlich“ war (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 138f.). Marx/Engels hatten in ihren Köpfen ein Organisationsmodell, das eher dem der Chartisten in England entsprach. Für ihre Pläne zählten nur kleine Kreise, „die dem Bürgertum angehörten“ (Schraepler 1972, S. 163).

Carl Grünberg schrieb, dass „die alten konspirativen Eierschalen“ des *Bundes* „bis auf geringe Reste“ abgestreift wurden (Grünberg 1921, S. 269f.). Da Marx/Engels die illegalen revolutionären Organisationen für die Bourgeoisie für gefährlich hielten, arbeiteten sie „planmäßig für den Zweck, eine im Untergrund tätige, straff organisierte revolutionäre Bewegung aufzulösen“ (Khella 1995, S. 133). Dementsprechend beharrten sie schon auf dem ersten Kongress des *Bundes* im Sommer 1847 darauf, den *Bund* „von den alten konspiratorischen Traditionen und Formen zu befreien“ (MEW 8, S. 585) und alles abzuschaffen, was noch „aus der Konspirationszeit übrig“ geblieben war. So wurden die Organisationsstrukturen des *Bundes* offengelegt und eine Kampforganisation der Kommunisten, wie Engels selbst schrieb, „in eine reine Propagandagesellschaft“ verwandelt (MEW 21, S. 215).

Marx schrieb in einem Brief vom 10. November 1877 an Wilhelm Blos, dass Engels und er erst in den *Bund* „nur unter der Bedingung“ eingetreten seien, dass „alles aus den Statuten entfernt wurde, was dem Autoritätsglauben förderlich“ sei (MEW 34, S. 308). Doch der *Bund* hatte im Gegensatz zu Marx' Behauptungen eine „kollektive“ und „demokratische Führungstradition“ (Schieder 1991, S. 39f.). Marx musste „alles aus den Statuten“ entfernen, was eine kollektive Führung voraussetzte, um seine „unumschränkten Diktatur“ im *Bund der Kommunisten* zu etablieren (Adler 1885, S. 211). So schloss er mit seiner „diskretionäre[n] Gewalt“ (BdK 1, S. 714) auch später die revolutionären Kommunisten aus dem *Bund* aus, die seine bourgeoisiefreundlichen Ansichten bekämpften.

Nach marxistischen Geschichtsschreibern wäre dagegen mit dem 2. Kongress Anfang Dezember 1847 die Gründung des *Bundes der Kommunisten*, „der ersten revolutionären Partei

der Arbeiterklasse“, vollendet (ebd., S. 1083). Die angeblich „rückständigen Gemeinden in Paris und der Schweiz“ (Hundt 1993, S. 283) sowie in den USA und ebenfalls in Hamburg, Berlin, Amsterdam wurden aus dem *Bund* endlich ausgeschlossen. Doch trotz fleißiger Säuberungen kam Engels bei den „Straubingern“ sogar Anfang 1848 immer noch nicht recht an, das musste er sich selbst eingestehen. Engels fluchte auch nach dem zweiten Kongress über die Unbrauchbarkeit der „Straubinger.“ Denn sie seien eben „Straubinger“. Er schrieb nach dem 2. Bundeskongress am 14. Januar 1848 aus Paris an Marx und beklagte sich über die „Straubinger“ in Paris, dass es immer noch mit dem *Bund* miserabel gehe: „Die Weitlingerei und Proudhonisterei sind wirklich der kompletteste Ausdruck der Lebensverhältnisse dieser Esel und daher ist nichts zu machen“ (BdK 1, S. 651).

Engels blieb also sein Bemühen versagt, die „Straubinger“ in Paris zu seiner bourgeoisiefreundlichen Revolutionstheorie zu überreden. Deswegen sah er den Ausschluss als eine „Notwendigkeit“, um den *Bund* von seinen alten „konspiratorischen Traditionen und Formen zu befreien“ (MEW 21, S. 214f.). Damit meinte er wohl das Erbe des revolutionären Kommunismus und seine militante Organisationsform. Mit dieser Aussage gestand Engels ein, dass seine Bemühungen in Paris gescheitert waren. Er konnte die deutschen Kommunisten in Paris für die Unterstützung der Bourgeoisie nicht gewinnen. Trotzdem war es Marx/Engels gelungen, „Trennungen in der Schweiz, Frankreich und Deutschland“ zu bewirken (RdA 1852, S. 413) und „die Gemeinden in London und Brüssel zu vereinigen“ (Schraeppler 1972, S. 205). Am Vorabend der Revolution zerstückelten sie den *Bund* und verwandelten sie den Rest in ein in der Revolution untaugliches Instrument, damit er für die Bourgeoisie keine Gefahr bildet.

### **3.1. Exkurs: Religionsverständnis von Weitling und Marx im Vergleich**

Max Nettlau veröffentlichte 1919 die Protokolle des Londoner Arbeitervereins über Marx/Engels Auftreten Ende November und Anfang Dezember 1847 auf dem 2. Kongress des *Bundes der Kommunisten* (Nettlau 1919, S. 392ff.). Diese Zeit ist auch für die Vorgeschichte des *Manifests* von Marx/Engels von Bedeutung, soll daher hier behandelt werden.

Da Marx sich gerade auf dem 2. Kongress gegen das Religionsverständnis von Weitling aussprach und der Standpunkt der Kommunisten zur Religion auch ein Grund für den Konflikt zwischen der revolutionären Arbeiterführung und Marx/Engels war, ist es hier angemessen, das Religionsverständnis von Weitling und Marx näher zu behandeln.

Marx stellte auf dem 2. Kongress das Buch *Die Geheimnisse des christlichen Atertums* von Georg Friedrich Daumer (1800–1875) den Kongressteilnehmern vor.<sup>107</sup> Nach Marx weise Daumer in seinem Werk nach, „daß die Christen wirklich Menschen geschlachtet und im Abendmahl Menschenfleisch gegessen und Menschenblut getrunken haben“. „Es erklärt sich hieraus“, so rechtfertigte und legitimierte Marx Folterungen und Verfolgungen von Römern gegen Christen, „warum die Römer [...] die Christen verfolgt haben“ (ebd., S. 398).

Auch in den Londoner Debatten von 1844 wurde die von Weitling vorgeschlagene Frage nach der Rolle der Religion in der revolutionären Tätigkeit diskutiert. Bekanntlich lehnte Weitling hier den politischen Atheismus erneut als ein „einseitiges Prinzip“ ab. Nach seiner Ansicht werde es „zu allen Zeiten“ Leute geben, die sich über Religion und Moral gerne hören lassen. Der „Probestein muß aber immer sein: ist es auch für alle gut?“ (Nettlau 1922, S. 382).

Gegen die religiöse Ideologie zu kämpfen, hieß für Marx, gegen das Christentum zu kämpfen. Er wollte deswegen im Dezember 1847 die Delegierten des 2. Kongresses des *Bundes* glauben lassen, „daß das Höchste im Christentum das Menschenopfer“ sei. Marx wollte also ausgerechnet auf dem 2. Kongress des *Bundes* den Delegierten „echtes, wahres, spezifisches“ Christentum, das Daumer in seinem Buch geschildert habe, zeigen: Dieses Christentum beziehe sich

auf martervolle und mörderische Gewaltsamkeiten, auf Blut und Tod auf Weltverneinung und Selbstzerstörung; alles in ihm ist finster, lebensfeindlich und fürchterlich, ist darauf angelegt einen wilden, fieberhaften, Wahnsinn der Negation zu entzünden, der, wenn seiner alles Maßes entbehrenden Entwicklung und Äußerung keine Schränke gesetzt wird, in faktische Barbarismen der allerextremsten Art notwendig ausschlagen muss (Daumer 1847; zit. nach Nettla 1919, S. 399).

Marx machte dem Christentum nicht etwa deswegen Vorwürfe, weil die Christen angeblich Menschen geschlachtet und im Abendmahl Menschenfleisch gegessen und Menschenblut getrunken hätten (ebd., S. 398), sondern er griff das Christentum aus ganz konkreten politischen Gründen der damaligen Zeit an. Er griff nämlich auf das Christentum an, weil Weitling in seinem Werk *Evangelium der Armen Sünder* sich „auf die Bibel stützend, die gewalttätige Revolution“ propagierte (Rytkönen 1979, S. 39), aus dem historischen Jesus einen politischen „Revolutionär“ herauschälte (Schieder 1963, S. 279), der die irdische Gewalt für die Befreiung

---

<sup>107</sup> Doch der Verfasser Daumer gab selbst zu, dass „jenes verrufene Buch“ also „so gut als gar keine Anerkennung und Benützung“ gefunden hat. Es wurde „von den Parteien, zu denen ich gehörte oder gerechnet wurde und auf deren Bestimmung und Unterstützung ich gezählt hatte, fast nur durchaus antipathisch beiseitegeschoben, ignoriert, ja förmlich desavouiert“ (Daumer 1847; zit. nach Nettla 1919, S. 399). Trotz Marx' großer „Sympathie für das Buch“ fand es in der Realität, so Nettla, doch „keine größere Verbreitung“ (ebd.).



der Arbeiter und Besitzlosen einsetzte und daher „der wirkliche Revolutionär“ war (Joho 1932, S. 77). Weitling machte nämlich die Lehre des Christentums zum Mittel, um „die Augen“ des Proletariats zu öffnen (Weitling 1977, S. 41), weil arbeitende Klassen und Besitzlosen der damaligen Zeit als Buch wohl nur die Bibel zu Hause hatten.

Weitling will im Gegensatz zu Marx die positive Seite des Christentums zugunsten des Kampfes der arbeitenden Klassen hervorheben. So sieht er in ihm das, was Marx nicht sehen will. Für Weitling ist das Christentum „die Religion der Freiheit, der Mäßigkeit und des Genusses, und nicht die der Unterwerfung, der Verschwendung und Entbehrung“ (Weitling 1971, S. 17). Er reduziert das Christentum auf „das Prinzip der Nächstenliebe“. Dieses Prinzip betrachtet er für die Revolution als unentbehrlich (ebd., S. 142). Weil Weitling politisch und revolutionär denkt, ist die Lehre des Christentums für ihn eine irdische Befreiungsideologie der arbeitenden Klassen.<sup>108</sup> Dazu schreibt er im November 1841 im *Hülferuf* Folgendes:

Die von Christus gegründete Lehre war doch also mehr politisch als religiös, wenigstens war sie beides zugleich. Die Aufgabe, die er sich gestellt hatte, war ein Reich über der ganzen Erde, Freiheit aller Nationen, Gemeinschaft der Güter und der Arbeit aller Derer, die sich zum Reich Gottes bekennen. Und das ist es gerade, was die heutigen Kommunisten wieder aufgenommen haben (Hülferuf 1841, S. 35f.).

Es handelt sich bei der Religionsauffassung Weitlings um eine umfassende Gesellschaftskritik. Daher ist er gegen einen „sinnlosen Atheismus“ (Barnikol 1929, S. 118f.), da er die Religion für Befreiung der arbeitenden Klassen und Besitzlosen und die Macht des Glaubens für die Revolution nutzen will. Für Weitling ist die Lehre des Christentums ein Mittel, um „die Augen“ der Arbeiter und Besitzlosen zu öffnen:

Mein ‚Evangelium der armen Sünder‘ hielt ich für eins der geeignetsten Mittel, durch seine Verbreitung die Führer der heuchlerisch-pfäffischen Aristokratenpartei zu entlarven und dem Rest die Augen zu öffnen. Es hatte den Zweck, da überall am Glauben festhalten zu machen, wo er das geistige und materielle Interesse des Nächsten nicht gefährdet, und jede Ausbeutung desselben zum ausschließlichen Vorteil einiger zu vereiteln (Weitling 1977, S. 41).

Für Weitling sind die Gefühle und Emotionen der Menschen wichtig, wenn es sich um die Revolution handelt. Er hebt auch 1845 bei den Londoner Diskussionen die Wichtigkeit des Gefühls hervor, denn „durch Gefühl ist möglich, was durch den Verstand bei vielen Menschen unmöglich ist“ (Nettlau 1922, S. 367). Er schreibt auch später in seinem Werk *Klassifikation*

---

<sup>108</sup> Auch Blanqui bewertete 1837 in seinem Werk *Histoire de l'économie politique* die Einflüsse des Christentums positiv, „vor allem wegen der Wirkung gegen das ‚egoistische‘ Gefühl der ‚Nationalität‘, wegen der Gleichheit aller Menschen vor Gott und wegen der Abschaffung der Sklaverei“ (Strube 2015, S. 114).

*des Universums*, dass „in den edlen Gefühlen des Herzens die Kraft liegt, die das Wesen des Kommunismus bedingt, und daß der Verstand diese Gefühle am nützlichsten leitet, der es sich zur Aufgabe macht, sie zu pflegen und zu verstärken“. Ihm ist bewusst, „daß es immer Phantasien geben wird, die daran ihre Gefühle ketten, daß es unklug ist, in Bekämpfung der feindlichen Meinungen, höhnisch gegen die religiösen Gefühle zu verstoßen“ (Weitling 1931, S. 17).

Weitlings Ziel ist es definitiv nicht, die Religion zu bekämpfen, sondern die Macht der Religion für den Kommunismus zu nutzen. Aus diesem Grund nimmt Weitling, anders als Marx und bürgerliche Aufklärer, keine Protestposition der Religion gegenüber ein. „Aufdringen“ soll man keinen Glauben, „freilassen sei das Beste. Denn es wird zu allen Zeiten Leute geben, „die sich über Religion und Moral gern hören lassen.“ Der „Probestein muß aber immer sein: ist es auch für alle gut?“ (BdK 1, S. 233f.).

Doch Weitling denkt dies nicht etwa deswegen, weil er von der Existenz eines übernatürlichen Wesens überzeugt ist, sondern aus einerseits taktisch-politischen, andererseits weltanschaulichen Gründen. In seiner Auffassung geht der Atheismus inhaltlich in der totalen Negation auf, die sich konsequenterweise auch auf das Gefühl und den Glauben ausdehne. Ihm ist bewusst, „daß es unklug ist, in Bekämpfung feindlicher Meinungen, höhnisch gegen die religiösen Gefühle zu verstoßen“. Das sei für den Kommunismus gefährlich:

[Der] Verstand sagt uns, daß der größte Feind, den sich der Kommunismus auf den Hals ziehen kann, das beleidigte religiöse Gefühl ist. [...] Die religiösen Menschen können im Zustande des Kommunismus alles behalten, was sie jetzt an religiösen Formen und Gebräuchen für schön befinden. Der Kommunismus stellt ihnen nur die Bedingung, daß dieses nicht auf Kosten anderer geschehe (Weitling 1931, S. 17).

Weitling schreibt seine Gedanken zur Religion mit einer kühlen und sachlichen Klarheit (Barnikol 1929, S. 118) und fragt, wenn der Glaube den Menschen Freude bietet, „für die wir nicht extra arbeiten und leiden müssen, warum nehmen wir ihnen dann die Freude weg“? Nach Weitling wird der Glaube auch unter den Bedingungen des vollkommenen Kommunismus in abgewandelter Form im privaten Bereich eine Rolle spielen (Weitling 1929, S. 40).

Als eine gegebene historische Tatsache bewertet Weitling die Religion. Nach seiner Ansicht ist die Religion eine besondere Form der Ideologie und kann – nachdem sie erst einmal in die Existenz gerufen worden ist – in jeder Epoche vorkommen, die der Ideologie Möglichkeiten bietet. Jedes historische Zeitalter formt demzufolge jede Religion innerhalb der eigenen Dynamiken.

Es geht Weitling nicht darum, gegen die feudale Klasse die bürgerliche Klasse zu unterstützen, da er beide als unterdrückerisch und ausbeuterisch sieht, ihm geht es einzig und allein um die Revolution der Besitzlosen, um die gesellschaftliche Wiedergeburt des Volkes und um die Verkündung der Gleichheit aller (Weitling 1967, S. 160ff.). Es geht ihm darum, die religiöse Ideologie als eine politische Waffe von Arbeitern und Besitzlosen im Kampf gegen herrschende Klassen einzusetzen, wie die Herrschenden ihrerseits dasselbe tun. Denn die religiöse Ideologie ist in der Lage, aus den arbeitenden Klassen und Besitzlosen politische Akteure zu machen. Wie Weitling kräftig feststellt, kann die Religion sowohl von Unterdrückern als auch von Unterdrückten als ein politisches Mittel in ihrem Kampf eingesetzt werden (Weitling 1977, S. 41). Für Weitling ist wichtig, dass die arbeitenden Klassen mit ihrem Unterdrückungszustand nicht einverstanden sind. Für ihn war entscheidend, dass sie in einem realen revolutionären Krieg mit allen Mitteln gegen ihre Unterdrückung und für ihre Befreiung kämpfen (Güner 2012, S. 64). Denn „die Mittel, die zum Zweck führen, liegen nicht in unserer Wahl, wir können nur anwenden, was unsere Gegner uns nicht vorenthalten können“ (Weitling 1967, S. 312). „[W]ir müssen“, so Weitling, „jedes Mittel zur Hand nehmen, was uns zum Ziele führen kann“ (BdK 1, S. 231). Er empfiehlt daher, „jeden Strohalm der Hoffnung“ (Joho 1932, S. 108) für die Befreiung der Arbeiter und Besitzlosen zu ergreifen.

In seinem Werk *Evangelium* weist Weitling auf die Unzulänglichkeiten der bürgerlich/philosophischen Religionskritik hin. Er kritisiert hier die bürgerlichen Philosophen der Aufklärung, die für die Zerstörung der Religion plädierten, und lehnt den politischen Atheismus als ein „einseitiges Prinzip“ ab (BdK 1, S. 233f.):

Die Religion muß zerstört werden, um die Menschheit zu befreien, dies war der Grundsatz Voltaire's und Anderer. Laménais und vor ihm viele christliche Reformatoren, wie Karlstadt, Thomas Münzer und Andere, zeigten, daß alle demokratischen Ideen der Ausfluß des Christentums seien. Die Religion muß also nicht zerstört, sondern benützt werden, um die Menschheit zu befreien. [...] aus der Bibel, kann man Alles machen, was man will. Amen (Weitling 1845b, S. 17, 106).<sup>109</sup>

Tatsächlich war die philosophische Religionskritik im 18. und insbesondere im 19. Jahrhundert eine wirkungsvolle Waffe der bürgerlichen Klasse im Kampf gegen den Feudalismus in Europa. Die Bourgeoisie setzte im Kampf um die politische Macht u.a. ihre philosophischen Waffen

---

<sup>109</sup> Der „atheistische Fanatismus“, schreibt Weitling 1851 in der *RdA*, fanatisiere bisher mehr „mit dem Maule als mit der That“ und verleugne „oft die Nothwendigkeit für eine Sache Opfer zu bringen“. Er predige wohl auch Revolution, halte aber „seinen Kadaver hübsch in der Schußweite, wenn es zum Klappen kommt“ (RdA 1851, S. 28).

gegen die theologischen Waffen der feudalen Klasse ein. Die philosophischen Waffen des Bürgertums waren Begriffe wie *Freiheit*, *Vernunft* oder *Emanzipation*.<sup>110</sup> Marx teilt mit der Religionskritik der bürgerlichen Aufklärung dasselbe Fundament. Die von Marx verwendeten Argumente der Religionskritik wurden überwiegend von Intellektuellen der Bourgeoisie im politischen Kampf gegen die Kirche und die feudale Klasse als ideologisches Mittel entwickelt. Die erste Religionskritik von Marx findet sich in der Vorrede zu seiner Dissertation. In dieser Schrift offenbart sich Marx 1841 als ein konsequenter bürgerlicher Aufklärer (Güner 2012, S. 60f.). Er kritisiert hier beispielsweise das Mittelalter, dass es „die Zeit der realisierten Unvernunft“ sei (MEW 40, S. 261), und verkündet sein Lob für den griechischen Aufklärer Epikur. Das Programm von Marx findet hier seinen Platz in der „Aufklärung“ (Post 1969, S. 77). Später setzt er seine Religionskritik in der *Rheinischen Zeitung* fort. Im Zentrum der Marx'schen Religionskritik steht die Gegenüberstellung der Philosophie zur Religion. So schreibt er in einem Artikel alle guten Eigenschaften der Philosophie und schlechten hingegen der Religion zu:

Ihr [Verteidiger der Religion] sprecht ohne Studium, sie [Philosophie] spricht mit Studium, ihr wendet euch an den Effekt, sie wendet sich an den Verstand, ihr flucht, sie lehrt, ihr versprechet Himmel und Welt, sie verspricht nichts als Wahrheit, ihr fordert den Glauben an euern Glauben, sie fordert nicht den Glauben an ihre Resultate, sie fordert die Prüfung des Zweifels; ihr schreckt, sie beruhigt (MEW 1, S. 99).

In der Vorrede zur *Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* schreibt Marx 1844, dass die Kritik der Religion den Menschen von Täuschungen befreie. Diese Kritik bewirke, dass er sich wie ein von der Täuschung befreiter, rationaler Mensch benehme, der seine eigene Wirklichkeit forme und auch so denke. Somit werde er seine eigene Sonne, nämlich um sich selbst, umkreisen. Religion ist eine täuschende Sonne, die den Menschen umkreise, solange der Mensch sich nicht selbst umkreise:

Die Kritik hat die imaginären Blumen an der Kette zerpfückt, nicht damit der Mensch die phantasielose, trostlose Kette trage, sondern damit er die Kette abwerfe und die lebendige Blume breche. Die Kritik der Religion enttäuscht den Menschen, damit er denke, handle, seine

---

<sup>110</sup> Die Bourgeoisie kämpfte in der Französischen Revolution im 18. Jahrhundert als neue aufsteigende herrschende Klasse um ihre wirtschaftliche und politische Freiheit gegen den Adel und die Kirche, die an der Macht waren. Denn die Handelsbourgeoisie vermehrte durch den Kolonialismus neu eröffnete wirtschaftliche Quellen ihren Reichtum und forderte neue politische Konstellationen und Machtverlagerungen. Der Aufstieg der Bourgeoisie zur wirtschaftlichen Macht in die wichtigsten Stellungen der Verwaltungen, in die Führung des geistigen Lebens auf den Gebieten der Wirtschaft, Philosophie, Literatur und Presse stand in eigenartigem Widerspruch zu ihrer politischen Machtlosigkeit. Als die Bourgeoisie die politischen Verhältnisse zu ändern versuchte, wehrte sich die politische Macht in den Händen haltende feudale Klasse, zu der auch die Kirche gehörte, gegen diesen politischen Machtanspruch (Reding 1957, S. 22f.).

Wirklichkeit gestalte wie ein enttäuschter, zu Verstand gekommener Mensch, damit er sich um sich selbst und damit um seine wirkliche Sonne bewege. Die Religion ist nur die illusorische Sonne, die sich um den Menschen bewegt, solange er sich nicht um sich selbst bewegt (ebd., S. 379).

Mit den bürgerlichen Denkern des 18. und des 19. Jahrhunderts vertritt Marx dieselbe Auffassung, dass die Religion eine primitive Entwicklungsstufe des Denkens sei. Nach Marx sei die religiöse Ideologie eine feudalistische Ideologie. Sie sei zu einem Anachronismus geworden, entspreche der geschichtlichen Realität nicht mehr und müsse durch die Philosophie aufgehoben werden. Demnächst überlasse die Philosophie wiederum ihren Platz der Wissenschaft. Ein Zeitraum ohne Religion stehe unweigerlich bevor. Marx hält den Gottesglauben für aufhebungsbedürftig. Wenn die Produktionsmittel und der Staat vergesellschaftet seien, dann würden die Religionen sterben (Marx/Engels 1951, S. 41). So verkündet er im *Manifest* sein Lob für die Bourgeoisie, dass sie das Leben durchsichtig gestalte und „die religiösen Illusionen“ zerstöre (MEW 4, S. 464f.). Doch die bürgerliche Klasse zerstörte die religiösen Illusionen, um von ihr neu geschaffenen unzähligen neuen Illusionen Platz zu machen (Güner 2012, S. 67).

Marx betrachtet die „herrschenden Ideen einer Zeit“, wie die Moral, die Religion, als „stets nur die Ideen der herrschenden Klasse“ (MEW 4, S. 480). Da die Religion nach seiner Meinung lediglich als klassenbedingt angesehen und ihr nur ein negativer Sinn zugeschrieben wird, ist die Religion für ihn nur rückständig und unterdrückerisch.

Doch die religiöse Ideologie ist keine monolithische Ideologie. Es ist auch in der Religion möglich, die revolutionären Zustände von den rückständigen Zuständen objektiv zu trennen. Es ist zwar eine Tatsache, dass Religion oft im Dienst der herrschenden Klassen stand. Allerdings gab es auch zahlreiche Fälle, wie z.B. die Befreiungstheologie in den 1960er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Lateinamerika zeigte, in denen Religion Stimulans im Kampf gegen Unterdrückung war (Güner 2012, S. 61). Wie Weitling feststellt, kann die Religion sowohl von Unterdrückern als auch von Unterdrückten als politisches Werkzeug im Kampf eingesetzt werden. Aufgrund ihres dualen Charakters kann die Religion sowohl die bestehende Ordnung legitimieren als auch eine revolutionäre Rolle gegen den Umsturz dieser Ordnung spielen, wie auch das Beispiel des religiös geprägten kurdischen Aufstandes von 1925 gegen die koloniale Unterdrückung des türkischen Staates zeigte (Bruinessen 2003, S. 389ff.).

Es ist hier darauf hingewiesen, dass diese Situation nicht nur der Religion, sondern auch vielen anderen Ideologien widerfahren ist. Auf dieser Grundlage warnt Weitling in den Londoner

Debatten von 1845, dass Kommunisten aus der misslichen Lage des Christentums durch die Herrschenden lernen und sehr vorsichtig sein sollten, damit eine solche Situation dem Kommunismus nicht widerfährt. Ausgehend vom Doppelcharakter der Religion argumentiert er hier, dass die Unterdrücker das Christentum nach Belieben zu ihrem eigenen Vorteil nutzen und die Kommunisten es für die Interessen der unterdrückten Menschheit nutzen sollen (Nettlau 1922, S. 383). Daher schließt er aus, dass die Religion vom Wesen nach immer rückständig sei. Weitling bewertete 1852 die negative Wirkung von Marx und „Konsorten“ in Bezug auf den politischen Atheismus auf den *Bund*, dass „die gelehrten Kritiker a la Marx und dieser letztere hauptsächlich“ den „Atheismus“ lehrten und den „Unkundigen“ über Hegel und die hohe Bedeutung der deutschen Philosophie erklärten (RdA 1852, S. 413). Genauso handelte Marx auf dem zweiten Kongress des *Bundes der Kommunisten*, indem er plädierte, dass „die Kritik der Religion das wichtigste“ sei, was die deutsche Philosophie von allem geleistet habe (Nettlau 1919, S. 399).

### **3.2. Konträre Standpunkte zu den Bewegungen des Kontinents von 1847**

Am 30. November 1847 forderte der Präsident Joseph Moll auf dem 2. Kongress des *Bundes der Kommunisten* „einige anwesenden Bürger des Kontinents“, nämlich Marx/Engels, auf, „Nachrichten über Bewegungen des Kontinents zu geben“. Obwohl der Vorschlag von Moll auf dem Kongress „einstimmig“ angenommen wurde, sprachen weder Marx noch Engels über die „Bewegungen des Kontinents“ von 1847, da sie es „überflüssig“ fanden, darüber zu sprechen (Nettlau 1919, S. 395). Es ist hier deswegen angemessen, auf die Bewegungen der Jahre 1846/1847, über die zu sprechen Marx/Engels „überflüssig“ fanden, einen Blick zu werfen.

Die Bewegungen der Jahre 1846/1847, darüber Joseph Moll und Bundesmitglieder auf dem Kongress des *Bundes* doch diskutieren wollten, waren Massenaufstände des Proletariats, die später in Frankreich und Deutschland unter verschiedenen Klassenkonstellationen in die 1848er Revolution mündeten. Die Aufstände in Frankreich wurden erst ab Herbst 1846 von einer Subsistenzkrise und von Lebensmittelrevolten größten Ausmaßes überzogen, „deren Träger gegen die spekulative Erhöhung des Brotpreises und die Kapitalisierung des Getreidehandels rebellierende ländliche Massenarmut und Teile des städtischen Proletariats und Subproletariats waren“. Die Aufstände breiteten sich zyklisch aus und erreichten ihren Höhepunkt Mitte Januar 1847 in Zentralfrankreich (Meyer 1999, S. 278):

Übersetzung dieser sozialen Bewegungen in Reformismus und in das politische Projekt einer bürgerlich-demokratischen Revolution hat vergessen gemacht, daß im Jahre 1848 der

Kommunismus auf der Tagesordnung stand, wenn man darunter die Summe der materiellen Bedürfnisse der Massen und die Forderung nach Garantie des Existenzrechts versteht (ebd., S. 152).

Wie Weitlings Genosse August Becker, der von Anfang Juni bis Mitte Oktober 1847 in der *Mannheimer Abendzeitung* schrieb, brachte die nackte Realität zum Ausdruck: „Der Kommunismus liegt in der Luft“ (Bravo 1981, S. 303). Becker schrieb schon 1843 in seinem Werk *Was wollen die Kommunisten*, dass „nicht bloß deutsche Handwerksbursche, die sich zum Kommunismus bekennen“, sondern überall, „als läge es in der Luft“, die Leute, „die den Kultus des Mammons satthaben“, sich zum Kommunismus bekennen. Denn die heutigen „socialen Zustände“ seien so auffallend schlecht, „daß Leute aus allen Klassen davon berührt werden“ (Becker 1843, S. 21). Die „kommunistischen Umtriebe“, schrieb die zeitgenössische Presse von 1847, hätten „zum Ziel, die niedrigsten Klassen der Bevölkerung zu revolutionieren“ (ebd., S. 308). Hunger war dabei „ein wesentlicher Faktor“ der Revolutionsbereitschaft und Neigung zur Auflehnung (Nipperdey 1991, S. 603). Auch die „kapitalistische Form des Umgangs mit den knappen Ressourcen“ war eine große Problematik, „an der sich die Empörungen entzündeten“ (Gailus 1984, S. 76). Der alleinige Grund für die Aufstände lag jedoch nicht in ökonomischen Krisen, sondern vielmehr in der wachsenden politischen Organisierung der arbeitenden Klassen und Besitzlosen durch revolutionäre Kommunisten.

Die Blanquisten beteiligten sich an den 1846/1847 in ganz Frankreich ausgebrochenen und auf die Hauptstadt Paris ergreifenden Hungeraufstände aktiv und unterstützten die Forderungen der armen Bauern. An den Subsistenzrevolten beteiligten sich auch „unter den kommunistischen Handwerker-Arbeitern des Bundes nur Weitlingianer“, so stellt Meyer fest, die „die Bedeutung dieser Form von Sozialrevolten gesehen und anerkannt“ hatten (Meyer 1999, S. 150). Die herrschenden Klassen ließen Kommunisten und Arbeiter totschießen, verprügeln oder verhungern. Zahlreiche Weitlingianer wurden wegen der Teilnahme an diesen massenhaften Verteuerungsprotesten verhaftet und aus Frankreich abgeschoben.

Engels, der in dieser Zeit in Paris lebte, erwähnte nebenbei in einem Brief vom Dezember 1846 an Marx, dass wegen der Beteiligung an diesen Demonstrationen in Paris „eine Masse verhafteter Deutscher“, bestehend aus „Straubingern“, abgeschoben wurde (MEW 27, S. 68). Er selbst schlenderte während dieser Zeit in Paris von Ball zu Ball und wusste die Rente, die ihm sein Vater in Barmen zahlte, wohl zu nutzen, um „mit den Weibern“ zu amüsieren, bis er kaputt sei, wie er in einem Brief vom 9. März 1847 an Marx schrieb (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 88). Das Elend der Arbeiter kümmerte Engels nicht, und er fand die spekulative Erhöhung der

Getreidepreise daher ein „revolutionäres Handeln“ der preußischen Bourgeoisie. Denn wenn „Getreide zu einem einigermaßen niedrigen Preis zu haben wäre“, so schrieb er Ende Februar 1847, „hätten die preußische Bourgeoisie dem König mit Sicherheit nicht so viel Widerstand“ entgegengesetzt (MEW 4, S. 34).

Im Jahre 1847 berief die von der Finanznot getriebene preußische Regierung den Vereinigten Landtag ein, von dem sie eine Anleihe für den Bau der Ostbahn verlangte. Der bürgerliche Landtag lehnte die Anleihe ab. So musste die Regierung die Arbeiten am Bau der Ostbahn einstellen und mehrere tausend Arbeiter entlassen. Die revolutionäre deutsche Presse kritisierte, dass die Bourgeoisie wie immer nicht die Interessen des Proletariats, sondern nur ihre eigenen, dem Proletariat feindlichen Interessen im Auge habe. Gegen diese Kritik nahm Marx in einem schon erwähnten Artikel *Der Kommunismus des „Rheinischen Beobachters“* in der *Brüsseler Zeitung* vom 12. September 1847 die Bourgeoisie erneut in Schutz. Er behauptete hier, dass der bürgerliche Vereinigte Landtag mit der Verweigerung der Anleihe ganz richtig gehandelt habe (ebd., S. 194f.).

Dasselbe behauptete Marx auch, als der Vereinigte Landtag den Vorschlag der Regierung ablehnte, die für die Arbeiter der großen Städte äußerst drückende Mahl- und Schlachtsteuer abzuschaffen und den finanziellen Ausfall durch eine den besitzenden Klassen aufzuerlegende Einkommensteuer zu ersetzen. Er schrieb, dass das Proletariat bei der ganzen Sache gar nicht oder nur momentan interessiert sei. Die Regierung habe aber davon nur den Vorteil, denn bei der Einkommensteuer trete sie in den Hintergrund und zwingt die Bourgeoisie dazu, die gehässige Tätigkeit des Lohndrückens allein zu übernehmen. Aber selbst, wenn das Proletariat an der Sache interessiert gewesen wäre, hätte der Landtag „unter keinen Umständen“ der Regierung Gelder bewilligen dürfen (ebd., S. 195f.).

Mit dieser „Argumentation“, schreibt sogar Mehring dazu, haben Marx/Engels „dem Vereinigten Landtag zu großer Ehre“ verholfen, da sie behaupteten, dass der bürgerliche Vereinigte Landtag mit der Ablehnung der Einkommensteuer revolutionäre Absichten verfolge. Nach Mehring könne es keinen Zweifel geben, dass „Marx/Engels [sich] geirrt haben, als sie das Votum des Vereinigten Landtags gegen die Einkommensteuer als eine revolutionäre Maßregel der Bourgeoisie verteidigten“ (Mehring 1963, S. 205).

Doch Marx/Engels hatten sich sicherlich nicht „geirrt“, als sie die „Einkommensteuer als eine revolutionäre Maßregel der Bourgeoisie verteidigten“, wie Mehring glauben machen will, sondern sie haben sich zielbewusst auf die Seite der Bourgeoisie gestellt und wie immer ihre Interessen verteidigt. Denn, wie Mehring dann selbst schreibt, es ging „aus den Reden und



Abstimmungen des Vereinigten Landtags“ klar hervor und es war „die Tatsache“, dass der Vereinigte Landtag „mit der Ablehnung der Einkommensteuer keineswegs die revolutionären Absichten verfolgte wie mit der Ablehnung der Anleihe für die Ostbahn, sondern nur die reaktionäre Tendenz, die Ausbeutungs- und Unterdrückungsinteressen der besitzenden Klassen zu schützen“ (ebd., 1963, S. 205f.).

In Deutschland fanden allein im Jahr 1847 ca. 200 Aufstände statt. Die massenhafte Rebellion gegen die Teuerung der notwendigsten Nahrungsmittel dauerte knapp einen Monat. Etwa 158 von 189 Proteste fanden in den Monaten April und Mai 1847 statt, als die Preise für Grundnahrungsmittel wie Kartoffeln und Brotgetreide auf die dreifache Höhe im Vergleich zu Normaljahren anstiegen (Gailus 1984, S. 77). „Ledige Handwerkspurschen“ waren „in 20 von 58 Fällen“ die Hauptbeteiligten. In mindestens 14 Fällen waren die Hauptbeteiligten die Bürger, die aber keineswegs „gute, ehrbare, wohlgesinnte“ Bürger, sondern „Pöbel“ und „Gesindel“ waren (Wirtz 1984, S. 39):<sup>111</sup>

Von den Protestbeteiligten waren viele vermutlich die meisten – wiederum Handwerker, die dem vormärzlichen Deklassierungsprozess am stärksten ausgesetzt waren. Auch im Frühjahr 1848 kamen Bauern, die oft auch Handwerker waren, hinzu. Hochverschuldet, vom Verlust des Hauses und ihres Landes bedroht, suchten sie die Lösung ihrer Probleme in Protestaktionen (ebd., S. 40).

In Berlin stürmten die hungernden und wütenden Arbeiter und Besitzlosen wegen der ständig steigenden Lebensmittelpreise am 21. April 1847 die Lebensmittelläden und Marktstände. Die aus den Vorstädten in das Zentrum drängende Masse rief „Revolution“ und schlug die Scheiben des Palais des Prinzen vom Preußen ein. Sie beherrschten am 21./22. April 1847 etliche Stadtteile Berlins. An diesen Tagen hatte das Volk „eindeutig die Initiative in der Hand“. Dabei wurden die Marktstände zerstört, die wucherischen Händler bestraft und die Marktpolizisten zur Seite gedrängt. Die Mitglieder des *Bundes* beteiligten führend an diesen Aufständen und betrieben in diesen Tagen in den Gesellenherbergen, in den Arbeitsstätten „ganz offen politische Propaganda“ (Wernicke 1978, S. 84f.). Das preußische Militär marschierte am 23. April 1847 an allen wichtigen Punkten der Stadt, erstickte die Demonstrationen und nahm bei Zusammenstößen mehr als 300 Arbeiter, Arbeitslose und Frauen fest. Nach der

---

<sup>111</sup> Nach Stommel wurden 1847 in den herrschenden Kreisen am meisten über die sozialen Fragen gesprochen, was bis dahin „nie“ der Fall war. Nach der Überwindung der Hungersnot durch die gute Ernte wurde immer seltener über die soziale Reform gesprochen, da „keine direkte Gefahr eines Arbeiteraufstandes“ mehr zu fürchten war (Stommel 1949, S. 89).

Niederschlagung der Volksbewegung wurden schwere Strafen verhängt. Fast die Hälfte aller Verhafteten wurde zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verurteilt (ebd., S. 81f.).

Auch die Stuttgarter Bundesgemeinde beteiligte sich aktiv an den Hungerrevolten vom 3. Mai 1847, bei denen den verhassten Gerichtsbeamten die Fensterscheiben eingeworfen und hereinrückendes Militär mit Steinen abgewehrt wurde. Dabei spielten Mitglieder des *Bundes* „eine aktive Rolle“ und wurden verletzt sowie verhaftet. Umfangreiche Ermittlungen und Gerichtsverfahren wurden gegen rund zehn Kommunisten eingeleitet (Hundt 1993, S. 339). Auch in anderen Städten Deutschlands, wie u.a. Nürnberg, Münster, Braunschweig, Halle und Ulm, kam es zu ähnlichen Bewegungen (RhBA II/1, S. 208).<sup>112</sup>

Die deutschen Kommunisten in Amsterdam beteiligten sich ebenfalls im Sommer 1847 an den Verteuerungsprotesten. Gegen diese Proteste wurde das Militär eingesetzt, es gab auch Tote und Verwundete. Die Amsterdamer Polizei notierte, dass Gödecke, der bekanntlich ein entschiedener Weitlingianer war und den Amsterdamer Arbeiterverein leitete, bei seiner Vernehmung „das Verhalten der Plünderer“ mit folgenden Worten verteidigte: „Sie haben von ihrem Recht Gebrauch gemacht, etwas zu erhalten, was sie sonst auf keine andere Weise erhalten könnten“ (Stein 1937, S. 145).

In dieser Zeit widmete sich Weitlings Freund August Becker in seinen Artikeln in der *Mannheimer Abendzeitung*,<sup>113</sup> die ihre Spalten der „proletarischen Bewegung“ und dem „proletarischen Kommunismus“ öffnete, von Ende Juni bis Mitte August 1847 dem „Brotkrawall“. Becker berichtete in seinen Artikeln über die allgemeine Erhöhung der Getreide- und Brotpreise und über den Proteststreik der Metallarbeiter, der Ende Juni 1847 in der Gegend um Mülhausen ausbrach. Bei der gewaltsamen Unterdrückung der Proteststreiks hatte es auf der Seite der „Proletarier“ zehn Tote und vierzig Verletzte, auf der Seite des Militärs einen verletzten Offizier gegeben (Bravo 1981, S. 320ff.). Fast überall wurde die „Ruhe nur durch Militärgewalt hergestellt“ (Stommel 1849, S. 86). Bei diesen Ereignissen stellte sich die „Mehrheit der ortansässigen Kleinbürger“, nämlich die Mittelklasse und Bourgeoisie, „auf die Seite der Sicherheitstruppen“ (Stadelmann 1962, S. 41).

---

<sup>112</sup> In Ulm hatten die Aktionen im April 1847 schwere Zusammenstöße mit dem Militär zur Folge, bei denen ein Bäcker Geselle eine tödliche Kopfwunde erlitt (Gailus 1984, S. 83).

<sup>113</sup> Die *Mannheimer Abendzeitung* widmete den Nachrichten aus Frankreich im Allgemeinen viel Raum. Allein in den ersten fünf Monaten des Jahres 1847 erschienen 102 Berichte aus Frankreich, fast alle aus Paris (Bravo 1981, S. 321). August Becker schrieb in dieser Zeit für dieses Blatt aus der Schweiz und stand dort im Zentrum der kritischen Aufmerksamkeit der konservativen Presse, die in ihm einen der Rädelsführer der „kommunistischen Umtriebe“ Weitlings erblickte, „deren Ausstrahlung auf Deutschland zu befürchten war“ (ebd., S. 303).

Was die hier angeführten Angriffe wohl gravierender machte und nachhaltigere politisch-psychische Spuren im bürgerlichen Denken hinterließ, war die Tatsache, „dass jetzt nicht bewegliche Habe, transportable Ware, sondern gewissermaßen die Grundfesten bürgerlichen Selbstverständnisses, die feststehenden Häuser, Handelshäuser, Vorratslager, das sorgsam bewachte, akkumulierte und gewinnbringend eingesetzte Handelskapital das Ziel von Angriffen wurde“. Das ging schon, so wurde allenthalben beklagt, „in Richtung Güterteilung“, war „rohester Communismus“ (Gailus 1984, S. 82).

An den Kaufmann und Bankier Mevissen schrieb im Januar 1847 sein Schwager König, der die der Familie gehörige Fabrik im Rheinland leitete, dass das Volk kein Interesse an der bürgerlichen Politik habe. Er fürchtete sich sehr davor, „einer gesellschaftlichen Revolution“ entgegenzugehen (RhBA II/1, S. 141f.). Ganz offensichtlich, stellt Gailus fest, hatte das Erlebnis der zahlreichen „Angriffe auf das Eigentum“ die Bourgeoisie tiefer beunruhigt als „die eigentlichen Repräsentanten des Ancien Regimes“ (Gailus 1984, S. 86). Wohl aus diesem Grund lehnten sowohl Marx als auch Engels auf dem 2. Kongress des *Bundes* ab, über die „Bewegungen des Kontinents“ von 1847 zu sprechen, da sie auch darunter ganz andere Ansichten hatten als die Zentralbehörde des *Bundes*.

### **3.3. Engels' Begeisterung für koloniale Erfolge der Bourgeoisie und Marx' Verteidigung der „gute[n] Seite“ der „direkten Sklaverei“**

Da Engels unter den Bewegungen von 1847 nur die bürgerliche Bewegung versteht, macht er auf dem 2. Kongress des *Bundes der Kommunisten* „die Entdeckung Amerikas“ zum Gegenstand seiner Rede. Nach Engels sei durch die „Entdeckung“ Amerikas von Christoph Columbus (1451–1506) der Grund zu einer „gänzlichen Befreiung aller Völker“ gelegt worden. So hätten von Europäern aus Amerika geholte „ungeheure Schätze“ den Ruin der alten Aristokratie und dadurch die Entstehung der Bourgeoisie zur Folge (Nettlau 1919, S. 395). Engels findet es hier wohl auch „überflüssig“, auf dem Kongress des *Bundes der Kommunisten* die Ausbeutung und Ausrottung der Völker Amerikas auszusprechen. Stattdessen sprach er, als ob in Amerika niemand gelebt hätte, als Columbus den Kontinent „entdeckt“ hätte.

Marx war ebenfalls begeistert von den Erfolgen der Bourgeoisie in den USA. Wie schon erwähnt wurde, verteidigte er in einem Brief vom 28. Dezember 1846 an Annenkow „die gute Seite“ der „direkten Sklaverei“ für die Bourgeoisie, dabei dachte er bestimmt nicht an die Schwarzen. Auf der Seite der Bourgeoisie stehend rechtfertigte Marx die „direkte Sklaverei“ als „eine ökonomische Kategorie von höchster Bedeutung:“

Die direkte Sklaverei [...] der Schwarzen in Surinam, in Brasilien, in den Südstaaten Nordamerikas [ist] der Angelpunkt unserer heutigen Industrie ebenso wie die Maschinen, der Kredit etc. Ohne Sklaverei keine Baumwolle; ohne Baumwolle keine moderne Industrie. Erst die Sklaverei hat den Kolonien ihren Wert gegeben, erst die Kolonien haben den Welthandel geschaffen, der Welthandel ist die notwendige Bedingung der maschinellen Großindustrie. So lieferten denn auch die Kolonien der Alten Welt vor dem Negerhandel nur sehr wenige Produkte und änderten das Antlitz der Welt nicht merklich. Mithin ist die Sklaverei eine ökonomische Kategorie von höchster Bedeutung (MEW 27, S. 458).

Der Verfasser obiger Zeilen verrät augenscheinlich, auf wessen Seite er steht. Während Marx seiner bürgerlichen Ansicht entsprechend der Sklaverei als „eine ökonomische Kategorie von höchster Bedeutung“ und als „die notwendige Bedingung der maschinellen Großindustrie“ betrachtete und von den amerikanischen Freiheiten träumte, verurteilte Weitling als revolutionärer Kommunist 1849 im Vorwort zur dritten Auflage seiner *Garantien der Harmonie und Freiheit* die amerikanische Freiheit, in der die „Farbigen“ versklavt werden, wie folgt:

Und selbst noch heute seufzen Millionen unglückliche Farbige unter dieser Erbschande der Menschheit und das in der ihrer Freiheiten wegen so hochgepriesener Republik der Vereinigten Staaten. Schöne Freiheit das! Zum Teufel mit solch einer Freiheit und solch einer Republik (Weitling 1955, S. 306).

Die „Entdeckung von Amerika“ hat nach Engels „das Emporkommen der Maschinen“ zur Folge. Erst „durch das Emporkommen der Maschinen“ werde „der barbarische Zustand anderer Länder fortwährend ruiniert“ und in die „Zivilisation hineingerissen“. Und erst „dadurch ist der Kampf nötig geworden“. In Engels Augen existierte in der Geschichte der Menschheit vor dem „Emporkommen der Maschinen“ kein „Kampf der Besitzlosen gegen die Besitzenden“ (Nettlau 1919, S. 396) und kein Kampf des Proletariats gegen Unterdrücker und Ausbeuter.

Im rückblickenden Aufsatz *Die Bewegungen von 1847* von Januar 1848, in dem er deutlich darlegt, was er unter dem Begriff der Bewegungen von 1847 verstehen wollte, berichtete Engels triumphierend über die Siege der Bourgeoisie, die im Jahr 1847 überall in den fünf Kontinenten der Welt von Sieg zum Sieg gerannt sei. In Deutschland war das Jahr 1847 „ein vortreffliches Jahr für die politischen Geschäfte“ der preußischen Bourgeoisie (MEW 4, S. 496).

Die Bewegung in Italien sei eine „entschiedene“ bürgerliche Bewegung (ebd., S. 497). Die Schweizer Bourgeoisie hätte in fast allen Kantonen schon freies Spiel für ihren Handel und ihre Industrie (ebd., S. 498). Auch in Belgien habe die Bourgeoisie in den Wahlen von 1847 einen „entschiedenen Sieg“ errungen. In Amerika habe die Bourgeoisie ebenfalls „große Fortschritte

gemacht“ (ebd., S. 501). In England herrschten ohnehin seit 160 Jahren „einzelne Fraktionen der Bourgeoisie“ (ebd., S. 500).

Nachdem Engels mit großer Freude festgestellt hatte, dass die Bourgeoisie 1847 in Europa und Amerika sehr erfolgreich war, ging er nach Asien und diagnostizierte auch dort mit ganzem Vergnügen, dass die bürgerliche „Zivilisation“ selbst in den „barbarischsten Ländern“ sogar „glorreiche Fortschritte“ mache:

Selbst in ganz barbarischen Ländern macht die Bourgeoisie Fortschritte. In Rußland entwickelt sich die Industrie mit gewaltigen Schritten. [...] Und all diese glorreichen Fortschritte der ‚Zivilisation‘ in der Türkei, in Ägypten, in Tunis, in Persien und anderen barbarischen Ländern, worin bestehen sie anders als in den Vorbereitungen für das Aufblühen einer zukünftigen Bourgeoisie (ebd., S. 501f.).

Wohin Engels also blickte, sah er nur „gewaltige Fortschritte“ der Bourgeoisie (ebd., S. 502). Es war gewiss, dass das Jahr 1847 für die Bourgeoisie auf der Welt ein erfolgreiches Jahr war. Mit den „Bewegungen des Kontinents“ (Nettlau 1919, S. 398) meinten Moll und Schapper jedoch keinesfalls die Bewegungen der Bourgeoisie, worüber Engels gern sprach, sondern sie meinten die Kämpfe des Proletariats im Jahr 1847, die in vielen Städten Frankreichs und Deutschlands vom Militär blutig niedergeschlagen wurden. Da jedoch sowohl Marx als auch Engels auf dem Boden der Bourgeoisie standen und ihren Blick nur auf deren Erfolge und Siege fixierten, standen die Kämpfe des Proletariats in Europa keinesfalls auf ihrer Tagesordnung. Sie fühlten sich also von den Bewegungen der arbeitenden Klassen und Besitzlosen nicht angezogen. Deswegen sprach sich Marx auf dem Kongress des *Bundes der Kommunisten* gegen das Christentum, dessen Lehre Weitling nutzte, um die Augen der Arbeiter und Besitzlosen zu öffnen, nur gehässig aus, und Engels freute sich über die glorreichen Siege der Bourgeoisie auf der ganzen Welt.

#### **4. Anfang 1848: Konträre Standpunkte von Marx/Engels und Bundesführung**

##### **4.1. Engels: „Mit den Bourgeois können sie viel, gegen die Bourgeois nichts“**

Engels beschäftigte sich in seinem schon erwähnten Artikel *Die Bewegungen von 1847* in der *Brüsseler Zeitung* vom 23. Januar 1848 ausführlich mit den „hervorragendsten“ Bewegungen der Bourgeoisie der ganzen Welt von 1847. „Die Fortschrittspartei“ war in Engels Augen „überall die Partei der Bourgeois“. Wohl deswegen nannte er seine eigene Partei in Paris die

„Fortschrittpartei“. <sup>114</sup> Er war sehr begeistert von der „Verstärkung der Bourgeoisie“ und freute sich anscheinend sehr darüber, dass das Jahr 1847 „ein brillantes Jahr für die Bourgeoisie“ gewesen sei. Er verwies hier triumphierend auf die „gewaltigen Fortschritte“ des Bürgertums in der ganzen Welt und forderte das Bürgertum auf, gegen ihre Feinde weiter „mutig“ aufzutreten (MEW 4, S. 499f.).

Engels verlor auch für arbeitende Klassen ein paar Worte. Er stellte ihnen Aufgaben, was sie in der Revolution machen müssten:

Sie werden der exploitierte Arm der Bourgeoisie bleiben, sie werden diesen ihre Schlachten schlagen, ihre Kattune und Bänder weben und ihr Proletariat rekrutieren. Was wollen sie anders machen? Besitzer wie die Bourgeoisie, haben sie vorderhand fast alle Interessen gemein mit den Bourgeoisie. Alle politischen Maßregeln, die sie stark genug sind durchzusetzen, nutzen den Bourgeoisie nicht viel mehr als ihnen selbst. Aber sie sind schwach gegenüber den Bourgeoisie, weil diese reicher sind und den Hebel aller politischen Macht [...] in ihren Händen haben. Mit den Bourgeoisie können sie viel, gegen die Bourgeoisie nichts (ebd., S. 499).

In allen Schriften der 1840er Jahre von Marx/Engels ist von der Selbstständigkeit der Arbeiter keine Rede. So plädiert Engels auch hier für eine Strategie der Unterwerfung der arbeitenden Klassen der Bourgeoisie. Dabei vergisst er nicht, die arbeitenden Volksklassen zu bedrohen. Sie könnten mit dem Bürgertum „viel“ gewinnen. Falls sie sich jedoch dem Bürgertum stellen würden, dann könnten sie nichts gewinnen. Das ist eine seit tausenden Jahren gekaute klassische Phrase der Herrschenden, die Engels noch einmal den Arbeitern gegenüber ins Feld führte: „Mit den Bourgeoisie können sie viel, gegen die Bourgeoisie nichts“ (MEW 4, S. 499).

Neben Bedrohung machte Engels erhebliche Werbung für die Herrschaft der Bourgeoisie und für deren Unterstützung durch Kommunisten und Arbeiter. In einem Moment merkte er wohl, dass er für die Bourgeoisie zu viel Werbung machte, und dass er sehr von der Bourgeoisie begeistert war. Sofort musste er beschwören, dass seine Freunde und er selbst „keine Freunde der Bourgeoisie“ seien. Sie hätten also der Bourgeoisie nur einmal erlaubt, ihre Herrschaft „höchstens einige Jahre“ zu genießen. Denn die Bourgeoisie arbeite mit ihrer Herrschaft im „Interesse der Kommunisten“ und bahne ihnen „überall den Weg“. Und „nichts [sei] augenscheinlicher“, als dass die Bourgeoisie nur „den Demokraten und Kommunisten“ den

---

<sup>114</sup> Schieder weist darauf hin, dass es vor, während und auch noch nach der Revolutionszeit von 1848/1849 in Deutschland unter „Parteien“ „nicht fest organisierte politische Gruppierungen“, sondern fast ausschließlich „politische Gesinnungsgemeinschaften“ verstanden wurde. Deswegen wurde etwa von der Partei des Fortschritts, der „Partei der Ordnung“ oder der Umsturzpartei gesprochen, obwohl schon von der „liberalen Partei“, der „konservativen Partei“ oder der revolutionären Partei die Rede war. Damit wurde hier aber wieder nicht eine bestimmte Organisation, sondern die Anhänger politischer Richtungen gemeint (Schieder 1991, S. 13).

Weg öffnen würde, als dass sie „höchstens einige Jahre unruhigen Genusses“ erobern würden, um „alsdann sofort wieder gestürzt zu werden“. Deswegen müssten die Kommunisten und das Proletariat die Bourgeoisie zur Herrschaft tragen, um sie „alsdann sofort wieder“ zu stürzen (ebd., S. 502). Die „Herren vom Kapital“ sollten nur „mutig“ fortkämpfen, da die Kommunisten und Arbeiter ihre „Herrschaft nötig“ hätten (ebd., S. 503). Mit einer bloßen „Rhetorik“ (Hollander 2011, S. 187) beendete Engels seinen Artikel: „Der Henker steht vor der Türe“ (MEW 4, S. 503).

Es ist wichtig, auf Engels widersprüchliche Aussagen, die Herrschaft der Bourgeoisie dauere „höchstens einige Jahre“ und die Bourgeoisie werde nur „eine kurze Zeit herrschen“ (ebd., S. 502), aufmerksam zu machen. Denn er schrieb zuvor selbst in demselben Artikel, dass in England schon „seit 1688“, nämlich seit über 160 Jahren, „einzelne Fraktionen der Bourgeoisie“ herrschen (ebd., S. 500). Einerseits gibt er vor, dass die proletarische Revolution „höchstens“ in einigen Jahren vor der Tür stehe. Andererseits will er, dass der „Henker“ der Bourgeoisie auf die von dem „wissenschaftlichen“ Kommunismus festgelegte historische Zeit warten solle, bis die Gesetze der Geschichte dem Proletariat Befehle erteilen. Engels Aussagen stehen also in auffälligem Widerspruch mit sich selbst, wie bei Engels öfter der Fall ist.

#### **4.2. Bundesführung: „Keine Unterdrückten und keine Herrscher“**

Die Zentralbehörde des *Bundes* veranstaltete in London vor dem Erscheinen des *Manifests* und kurz vor dem Ausbruch der Februarrevolution 1848 in Paris das 8. Stiftungsfest des Londoner Arbeiterbildungsvereins. Die dort gehaltenen Reden dokumentieren deutlich, dass der bourgeoisiefreundliche Kommunismus auch von den Mitgliedern der Londoner Zentralbehörde, die in Engels Augen „immer noch die Erträglichsten“ waren (MEW 27, S. 70f.), nicht vorgezogen wurde. Schappers Bericht über das Stiftungsfest war daher als Ganzes von „revolutionärer Aufbruchsstimmung“ geprägt (Kuhnigk 1980, S. 149). Er machte hier im Namen der Zentralbehörde des *Bundes* eine politische Bewertung der letzten 10 Jahre.

Auf dem Fest sprach Schapper, dass die Bourgeoisie nicht freiwillig auf ihre Privilegien verzichten werde und bezeichnete daher die Revolution als den einzigen Weg zur Befreiung des Proletariats. Das Ziel der Revolution sei die Beseitigung der Klassen und des Privateigentums, denn „sooft bisher eine politische Revolution gemacht ward, hatte sie nur die Verdrängung der alten, herrschenden Klasse und ihre Ersetzung durch neue Tyrannen zum Zwecke“ (BdK 1, S. 663). Er führte seine Rede wie folgt fort:

Wir aber wollen, daß es keine Unterdrückten und keine Herrscher mehr gebe; wir wollen, daß alle frei, alle gleich seien, daß alle nach dem Maße ihrer Bedürfnisse teilnehmen an dem großen

reichen Mahle der Natur. [...] Erreichen aber werden wir dieses Ziel unseres Strebens nicht ohne gewaltsamen, heftigen Kampf [...] Wir dürfen uns nicht schmeicheln, auf friedlichen Wege die Bourgeois zum Aufgeben ihres Gottes, des Geldkastens, zu bewegen. Nein, nur mit dem letzten Schlage auf dem Kopf, nur wenn der Tod den Griff seiner Krallen entklammert [!], läßt der Bourgeois von seinem Geld (ebd. S. 663f.).

Schapper kehrte auf dem Fest augenscheinlich in seine alte revolutionäre Zeit vor 1839 in Frankreich zurück und übte Selbstkritik an seinen zehnjährigen nicht-revolutionären Jahre in London aus:

Ich leugne es nicht, auch ich habe einst an die Möglichkeit einer friedlichen Bewegung geglaubt; auch dieser Verein hat es früher offen gesagt: nur durch die Mittel der friedlichen Assoziation, der Propaganda usw. wollen wir wirken.<sup>[115]</sup> Aber wir sind zurückgekommen von dieser Illusion; wir haben einsehen gelernt, daß die Bourgeois, in deren Interesse wir zumeist diese friedliche Umgestaltung der Dinge gewünscht, nichts davon wissen wollen, daß der Proletarier auch seinen gebührenden Anteil habe an den Gütern dieser Erde. Nun so sei es denn: wollt ihr Bourgeois es nichts anders, so wollen wir Revolutionäre sein und wollen euch bekämpfen mit den Waffen in der Hand [...]; darum heiße Revolution fortan unsere Losung: wir wollen offen bekennen, wir wollen den Bourgeois die Freude ihrer kurzen Herrschaft nicht unvergällt lassen; sie sollen es hören und wissen, daß die ‚modernen Barbaren‘ im Anzüge sind (ebd., S. 664).

Neben Schapper sprach auf dem Festmeeting auch Bauer, der in seiner Rede betonte, dass die Zeiten vorüber seien, wo das bloße Wort *Revolution* ein „Schreckgespenst“ gewesen sei. Heutzutage erwecke das Wort in den Herzen von Millionen „Freude und Hoffnungen“ und gebe ihnen Kraft und Mut in ihren Entbehrungen. Für die Millionen Nichtbesitzender sei die Revolution der letzte „Rettungsanker“, das letzte Mittel, das zur Befreiung vom unerträglichen Joch des Elends führe (ebd., S. 666).

Auch Bauers Rede bekräftigt die These, dass die Londoner Bundesführung das Eintreten für die Revolution und die politische Aufklärung der „Nichtbesitzenden“ vorantreiben und nicht wie Marx/Engels auf die Entwicklung der Produktivkräfte durch den Kapitalismus warten wollte. Im Gegensatz zu Marx/Engels betonte Bauer „die soziale Revolution“. Er setzte seine Rede wie folgt fort:

Was aber die soziale Revolution ist und will? Sie will einen gesellschaftlichen Zustand herbeiführen, in dem es jedem möglich ist, seine Kräfte vollkommen zu entwickeln, seine

---

<sup>115</sup> Schapper bezog sich hier, wie in dieser Arbeit schon behandelt wurde, auf die fast ein Jahr dauernden Londoner Diskussionen von 1845, in denen er seine pazifistischen und aufklärerischen Ansichten gegen revolutionäre Ansichten von Weitling ins Feld geführt hatte (BdK 1, S. 216ff.).



Bedürfnisse vollkommen zu befriedigen, wo keiner auf Kosten des anderen ein Vorrecht hat noch einen Besitz, wo alle der gemeinschaftlichen Sache ihre Arbeit hingeben, weil die Mittel zur Arbeit auch allen gemeinschaftlich sind und weil die Arbeit selbst nicht, wie heute, eine Lohnarbeit für ein äußeres Stück Erwerbnis, sondern die Befriedigung des inneren Tätigkeitsdranges ihr eigener Zweck ist, ihr eigener Lohn – *kurz, die soziale Revolution will alle zu Menschen machen* (ebd., S. 667).

Der kritische Ton der Äußerungen der Zentralbehörde des *Bundes* gegen die Bourgeoisie ist nicht zu übersehen. Trotzdem ließ sie sich von Marx/Engels kurzweilig überreden, dass die Herrschaft der Bourgeoisie „höchstens einige Jahre“ dauere, dass die Bourgeoisie nur „eine kurze Zeit herrschen“ werde (MEW 4, S. 502), dass die bürgerliche Herrschaft für die schnellere Erreichung zur Gütergemeinschaft eine notwendige Stufe sei. Das war die „bitterste Enttäuschung“ von Joseph Moll und Karl Schapper (Fehling 1922, S. 70) und wurde gleich am Anfang der Revolution von 1848/1849 erst von Moll und dann von Schapper als ein schwerer Fehler begriffen.

## **VII. Das Manifest: das Zerrbild der Theorie des Kommunismus**

Im letzten Kapitel des Hauptteils A wird sich mit den Antithesen des „wissenschaftlichen“ Kommunismus, die Marx/Engels in ihrem *Kommunistischen Manifest* gegen die Thesen des revolutionären Kommunismus ins Feld führen, in zehn wesentlichen Punkten kritisch auseinandergesetzt. Denn das von Marx/Engels absichtlich ausgewählte Pathos des ersten Satzes im *Manifest*, „Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus“, verdunkelt die Klarheit ihrer folgenden Aussagen und verhindert die Beachtung auf ihre Botschaft.<sup>116</sup> So ist das Ziel dieses Kapitels, die bourgeoisiefreundlichen Botschaften und die Entstellungen der Lehre des revolutionären Kommunismus in den in folgenden Abschnitten behandelten Aussagen im *Manifest* darzustellen.

### **1. Das Manifest stellt sich dem „Märchen“ des Kommunismus entgegen**

In ihrem einleitenden ersten Absatz schreiben Marx/Engels, dass die Herrschenden in Europa Angst vor dem „Gespenst vom Kommunismus“ haben. Davor hätten nicht nur die „Mächte des alten Europas“, also Aristokratie, sondern auch die „Oppositionspartei“, nämlich die Bourgeoisie, große Angst. Die letztere mache sogar den „fortgeschritteneren Oppositionsleuten“ den „brandmarkenden Vorwurf des Kommunismus“ (MEW 4, S. 461).

---

<sup>116</sup> Richard Hunt bemerkt, dass das *Manifest*, wie „viele berühmte“ Texte von Marx/Engels, in der Tat „zweideutige Texte“ sind, die nur „mit Hilfe von zeitgenössischen Aufsätzen und Briefen, die fast unbekannt sind, aufgeklärt werden“ können (Hunt 1974, S. XIII).

Marx meinte hier mit dem „brandmarkenden Vorwurf des Kommunismus“ wohl den Belgier Lucien Jottrand, mit dem Marx die Vizepräsidentschaft der bürgerlichen Brüsseler Demokratischen Gesellschaft teilte. Denn Jottrand kritisierte in einem Artikel vom 6. Februar 1848 in der Zeitschrift *Debat Social* „gewisse Demokraten“ deshalb, weil sie die Chartisten als „Befreier der Menschheit“ begrüßen.<sup>117</sup> Wie schon behandelt wurde, war also gerade derjenige „gewisse Demokrat“ niemand anderes als Marx, der schon Ende November 1847 in London die Chartisten begrüßte: „you will be hailed at the saviors of the whole human race“.<sup>118</sup>

Als ein bürgerlich-liberaler Belgier sind für Jottrand nachts alle Katzen grau. Es gibt für Jottrand keinen Unterschied zwischen Blanquisten und Chartisten, die in seinen Augen sehr gefährliche kommunistische Bewegungen sind. Dagegen kennt Marx doch den ausschlaggebenden Unterschied zwischen diesen beiden Bewegungen<sup>119</sup>, weswegen er nicht die revolutionären Blanquisten, sondern die reformistischen Chartisten als die Erretter der Menschheit begrüßt.

Marx wollte Jottrand beruhigen, indem er ihm in seinem Antwortschreiben vom 13. Februar 1848 in der *Brüsseler Zeitung* versicherte, dass der deutsche Kommunismus, damit meinte er seinen „wissenschaftlichen“ Kommunismus, „weit entfernt“ vom „utopischen“ Kommunismus und gleichzeitig auch dessen „entschiedenste[r] Gegner“ ist (ebd., S. 512). Mit dem „utopischen“ Kommunismus meinte er den damaligen „wirklich existierenden Kommunismus“ (MEW 1, S. 344), nämlich die „sozialrevolutionär bekleideten kommunistischen Strömungen“, deren „herausragende Vertreter“ Babeuf, Blanqui und Weitling waren. Diese repräsentierten weit mehr den sozialen Prozess und die Bestrebungen der arbeitenden Klassen und Besitzlosen des 19. Jahrhunderts (Meyer 1999, S. 280) als der sogenannte „wissenschaftliche“ Kommunismus von Marx/Engels.

So sah Marx auch im *Manifest* es als nötig an, nochmals hervorzuheben, dass die „Oppositionspartei“ den „fortgeschrittenen Oppositionsleuten“, zu denen sich Marx gehörig

---

<sup>117</sup> [https://belgica.kbr.be/BELGICA/search.aspx?SC=GALERIE&QUERY=Deutsche+Brusseler+Zeitung+&QUERY\\_LABEL=#/Detail/\(query:\(Id:'0\\_OFFSET\\_0',Index:1,NBResults:1,PageRange:3,SearchQuery:\(FacetFilter:%7B%7D,ForceSearch:!f,Page:0,PageRange:3,QueryGuid:'9e92186c-e132-44ba-b841-7d32004eee56',QueryString \(abgerufen am 07.12.2018\)\).](https://belgica.kbr.be/BELGICA/search.aspx?SC=GALERIE&QUERY=Deutsche+Brusseler+Zeitung+&QUERY_LABEL=#/Detail/(query:(Id:'0_OFFSET_0',Index:1,NBResults:1,PageRange:3,SearchQuery:(FacetFilter:%7B%7D,ForceSearch:!f,Page:0,PageRange:3,QueryGuid:'9e92186c-e132-44ba-b841-7d32004eee56',QueryString (abgerufen am 07.12.2018)).)

<sup>118</sup> <https://ncse.ac.uk/periodicals/ns/issues/vm2-ncseproduct1447/> (abgerufen am 10.12.2018).

<sup>119</sup> Die Chartisten und die Blanquisten waren in den 1840er Jahren in mehreren Hinsichten weit voneinander entfernt. Während die Chartisten sich auf bürgerliche Rechte, wie öffentliche Versammlungen und Meinungsfreiheit sowie Massendemonstrationen und die in der Tat zur Legitimierung des bestehenden Systems dienenden Petitionen konzentrierten, bildeten die Blanquisten illegale Kampforganisationen, um das bestehende System gewaltsam umzustürzen. Sie propagierten dabei, dass eine bessere Welt für das arbeitende Volk möglich ist. Während die chartistischen Anführer auf öffentlichen Versammlungen gute Redner oder gute Journalisten, aber meistens „faul“ und „ichbezogen“ waren, waren die Blanquisten „diszipliniert, asketisch und widmeten sich ganz ihrer Sache“ (Weisser 1971, S. 52).

fühlte, doch ungerecht den „brandmarkenden Vorwurf“ des Kommunismus mache, den er entschieden ablehne.

Marx/Engels stellen im *Manifest* die „Tatsache“ fest, dass der Kommunismus „bereits von allen europäischen Mächten als eine Macht anerkannt“ wird. Sowohl die Aristokratie als auch die Bourgeoisie erkennen also den Kommunismus „als eine Macht“ an. Es ist hier vonnöten zu fragen, ob auch Marx/Engels selbst, wie alle „europäischen Mächte“, den Kommunismus öffentlich „als eine Macht“ anerkennen und „das Gespenst des Kommunismus“ ernstnehmen.

Sie stellen zwar fest, der „Kommunismus wird bereits von allen europäischen Mächten als eine Macht anerkannt“, sie erkennen selbst jedoch ihn öffentlich nicht „als eine Macht“ an. Alle europäischen „Mächte“ haben vor diesem „Gespenst“ schreckliche Angst, aber das von ihnen geschriebene *Manifest* stellt sich doch, wie sie wortwörtlich geschrieben haben, „dem Märchen vom Gespenst des Kommunismus“ entgegen. Deswegen sehen sie die „hohe Zeit“ endlich angekommen, „ihre Anschauungsweise, ihre Zwecke, ihre Tendenzen“ dazu „vor der ganzen Welt offen“ darzulegen und „dem Märchen vom Gespenst des Kommunismus“ selbst entgegenzustellen (MEW 4, S. 461).<sup>120</sup> Sie wollen nämlich den Herrschenden Europas die Versicherung geben, dass der bei den Herrschenden Angst und Schreck hervorrufende revolutionäre Kommunismus nicht eine „Macht“, sondern nur ein „Märchen“ sei. Deswegen fordert das *Manifest* die Bourgeoisie dringend auf, ihre Ängste abzulegen.

Doch die „Angst der herrschenden Klassen“ vor dem Erfolg des revolutionären Kommunismus war in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts „ein europäisches Phänomen“ (Droz 1983, S. 111) und deshalb keinesfalls grundlos. Wie schon in dieser Arbeit verschiedentlich zur Sprache gebracht wurde, trat nach der Julirevolution von 1830 das „Gespenst des Proletariats“ als „akute Angstvision“ bei Herrschenden und Besitzenden auf. Im *Journal des Débats* vom November 1831 hatte der Pariser Journalist Girardin ausgesprochen, was in der bürgerlichen Öffentlichkeit lange nachhallte: „Die Barbaren, welche die Gesellschaft bedrohen, sind nicht im Kaukasus oder in den Steppen der Tartarei, sie sind in den Vororten unserer Industriestädte“ (Koenen 2017, S. 274).

Marx/Engels wussten in der Wirklichkeit ganz genau, dass das „Gespenst“ des revolutionären

---

<sup>120</sup> Es gibt in der deutschen Grammatik eine feste Regel, dass das Verb den Satz regiert. Das Verb „selbst entgegenstellen“ wurde in dem Satz, der die politische Haltung von Marx/Engels im *Manifest* m.E. am besten ausdrückt, in der von Samuel Moore und Friedrich Engels 1888 herausgegebenen englischen Ausgabe des *Manifests* seltsamerweise nicht als „oppose“, sondern als „meet“ übersetzt: „It is high time that Communists should openly, in the face of the whole world, publish their views, their aims, their tendencies, and meet this nursery tale of the Specter of Communism with a Manifesto of the party itself“ (Marx/Engels 2008, S. 31). Diese falsche Übersetzung ist immer noch unhinterfragt in Umlauf.

Kommunismus auf jeden Fall unter den arbeitenden Klassen greifbarer als sonst wo war. Wie der Zeitgenosse Karl Heinzen schrieb, konnte „jeder vernünftige Mensch sich aus der Lage der Dinge leicht überzeugen“, dass „eine ‚soziale‘ Revolution so gut bevorsteht, wie eine politische“ (Heinzen 1848, S. 56). Die Bourgeoisie fürchtete sich also keinesfalls ohne Grund generell davor, dass die bevorstehende Revolution in Deutschland „keine Juli-, sondern eine Pöbelrevolution“ werden könnte, wie u.a. der bürgerliche Adolf Stahr Ende 1842 schrieb (Obermann 1955, S. 53). Nach der Veröffentlichung von Bluntschlis Bericht über den Weitling'schen Kommunismus im Jahr 1843 blieb auch bei Herrschenden in Deutschland eine „panische Angst vor dem Kommunismus“ bestehen (Stedman Jones 2012, S. 50). Da auch Marx/Engels die „panische Angst“ der Herrschenden teilten, behaupteten sie gerade deswegen schon auf der ersten Seite ihres *Manifestes* das Gegenteil, indem sie vorgaben, dass der Kommunismus keine „Macht“, sondern nur ein „Märchen“ sei (MEW 4, S. 461).

## **2. Marx/Engels' Theorie: „Versicherung“ gegen revolutionären Kommunismus**

Wie Marx im Schreibprozess des *Manifestes* dem belgischen bürgerlichen Jottrand in einem bereits erwähnten Artikel vom 13. Februar 1848 in der *Brüsseler Zeitung* selbst offenbarte, wollten Marx/Engels mit ihrem bourgeoisiefreundlichen Kommunismus den Herrschenden die „Versicherung“ geben, dass ihr Kommunismus der „entschiedenste Gegner“ des von ihnen als „utopisch“ etikettierten revolutionären Kommunismus ist. Obwohl bei den von Jottrand zitierten Paragrafen eindeutig von „gewisse[n] Demokraten“ die Rede ist, gibt Marx vor, dass *Debat* also „offenbar“ von den „deutschen Kommunisten“ spreche, die, so Marx, „weil die politische Entwicklung ihres Vaterlandes ihnen nicht erlaubt, weder eine deutsche Alliance noch eine deutsche Association libérale zu stiften, aus Verzweiflung dem Kommunismus in die Arme sinken“ (MEW 4, S. 512).

Was Marx den revolutionären Kommunisten wissentlich vorenthält, und das Gegenteil behauptet, gesteht er Jottrand eindeutig zu, dass die politische und ökonomische Entwicklung des Kapitalismus in einem Land generell die Arbeiter vom Kommunismus fernhält, und bedauert, dass deutsche Arbeiter, da der Kapitalismus in Deutschland nicht so entwickelt ist, „aus Verzweiflung dem Kommunismus in die Arme sinken“.

Um Jottrand zu beruhigen, erklärte Marx ihm die besonderen Merkmale seines Kommunismus, der mit Engels Worten „wesentlich verschiedner“ war (MEW 21, S. 211) von dem revolutionären Kommunismus, der zur damaligen Zeit in Europa die arbeitenden Volksklassen in Bewegung setzte und in den herrschenden Klassen dagegen Angst und Schreck hervorrief. Marx trat gegen diesen bei Herrschenden Angst und Schreck hervorrufenden revolutionären

Kommunismus entschieden auf:

Wir bemerken dem ‚Debat‘, daß der deutsche Kommunismus, der entschiedenste Gegner alles Utopismus ist und, weit entfernt, die geschichtliche Entwicklung auszuschließen, sich vielmehr auf sie [geschichtliche Entwicklung] begründet, diese Versicherung geben wir einstweilen dem ‚Debat social‘ zurück im Austausch gegen seine Versicherung [...]. Versteht der ‚Debat‘ unter Kommunismus das Hervorheben der Klassengegensätze und des Klassenkampfes? So ist nicht der Kommunismus *kommunistisch*, sondern die politische Ökonomie, die bürgerliche Gesellschaft (MEW 4, S. 512).

Der bürgerliche Belgier sollte sich also keine Sorgen machen, denn erstens stamme der Kommunismus aus Frankreich und England „und nicht aus Deutschland“. Zweitens versicherte Marx ihm, dass „der deutsche Kommunismus“, damit meinte er seinen bourgeoisiefreundlichen Kommunismus, „der entschiedenste Gegner“ des von ihm selbst als „Utopismus“ etikettierten revolutionären Kommunismus sei und daher „weit entfernt, die geschichtliche Entwicklung auszuschließen, sich vielmehr auf sie begründet“. So setze sein Kommunismus für die Revolution eines Landes zwangsläufig die „geschichtliche Entwicklung“ vor, die in der Tat die „Versicherung“ gegen jede Revolution der arbeitenden Klassen und Besitzlosen bedeutet. Marx war also aus gutem Grund sicher, dass nicht er selbst, sondern die deutschen Arbeiter im Ausland „aus Verzweiflung dem Kommunismus in die Arme sinken“. Sein Kommunismusverständnis, so versicherte Marx Jottrand erneut, halte nicht das „Hervorheben der Klassengegensätze“, sondern „die politische Ökonomie“ und „die bürgerliche Gesellschaft“ für wirklich „*kommunistisch*“.

Weitling warnte wohlwissend schon 1845 die Kommunisten vor Entstellung der Lehre des Kommunismus: „Aus dem Christentum hat man alles gemacht; unsere Pflicht ist es, achtzugeben, daß mit dem Kommunismus nicht ebenso geht“ (Nettlau 1922, S. 383).

Der konservative Politiker Bluntschli gab in seinem berühmten Buch *Die Kommunisten in der Schweiz nach den bei Weitling vorgefundenen Papieren* aufrichtigerweise doch zu, dass das „Prinzip der Gleichheit, dessen einfache logische Folge der Kommunismus ist, [...] einmal nicht bloß in der Theorie, sondern während der französischen Revolution im wirklichen Leben geherrscht“ hat (Bluntschli 1843, S. 12). Die Feindseligkeit von Marx/Engels gegen die Prinzipien des revolutionären Kommunismus beruht hier auf dem Prinzip der „Rechtsgleichheit“ von Babeuf, die nicht nur „in politischen Dingen“, sondern auch in den „Vermögensverhältnissen“ und in „allen sozialen Zuständen“ gelten soll (ebd., S. 2f.). Wie Babeuf geht auch Weitling von dem Prinzip einer Rechtsgleichheit aus. Er folgt demselben von

Babeuf eingeschlagenen Gedankengang und führt denselben konsequent und entschlossen durch. Die bloß politische Reform, „selbst die politische [bürgerliche] Revolution erscheint ihm ungenügend, als eine schwachsinnige Torheit. Er greift tiefer und verlangt nicht allein politische, sondern vorzugsweise ökonomische Rechtsgleichheit“ (ebd., S. 4f.), was Marx/Engels in ihrem *Manifest* als „Gleichmacherei“ verhöhnten (MEW 4, S. 489).

### 3. Marx/Engels im Wartezimmer der „historischen Gesetzmäßigkeit“

Marx/Engels geben in ihrem *Manifest* vor, dass die Entwicklung der Produktivkräfte allein den Kapitalismus überwinden würde. Arbeiter müssten nur zusehen, bis die kapitalistische Entwicklung der Produktivkräfte für die Revolution bereit ist. Wie der „Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor“, schrieben sie im *Manifest*, habe die Bourgeoisie dem Proletariat durch die Größe des von ihr bewirkten materiellen Fortschritts „die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod“ bringe (MEW 4, S. 467f.). Ebenso habe sie die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden, nämlich die Proletarier (ebd., S. 468). So seien der Niedergang der Bourgeoisie und der Aufstieg des Proletariats „gleich unvermeidlich“ (ebd., S. 474). Wenn der Sieg des Proletariats irgendwann in der Zukunft unvermeidbar ist, sollten die zwischenzeitlichen Revolutionsversuche vermieden werden.

Gustav Landauer, der sich während der Novemberrevolution 1918/1919 an der Münchner Räterepublik im April 1919 beteiligte und nach deren gewaltsamer Niederschlagung in der Haft ermordet wurde, widerlegte in seinem *Aufruf zum Sozialismus* die Argumentation im *Manifest*, dass die „Fortschrittslaufbahn“ des Proletariats vom Mittelalter über die Gegenwart zur Zukunft ein Lauf sei, der sich „mit der Notwendigkeit eines Naturgesetzes“ vollziehen solle:

Die großen, ungeheuren, fast unendlichen Menschenmassen, die Proletarisierten, haben wirklich fast nichts mehr für den Sozialismus zu tun. Sie müssen nur warten, bis es so weit ist (Landauer 1919, S. 40).

Dieser „exemplarische Unsinn“ ist nach Landauer ohne Frage „die wahre Meinung“ von Marx/Engels. Demnach entwickle der Kapitalismus ganz und gar den Sozialismus aus sich heraus, die sozialistische Produktionsweise „erblüht“ aus dem Kapitalismus (ebd., S. 41). Doch für Landauer übt der Kapitalismus nicht die „Entwicklungsfreundlichkeit“, sich „langsam und brav in den Sozialismus umzuwandeln“ und tut auch nicht das „Wunder“, in seinem „platzenden Zusammenbruch den Sozialismus zu gebären“. Doch der Sozialismus erwächst nicht als „Blüte des Kapitalismus“, sondern er muss also erkämpft werden (ebd., S. VIII).

Das *Manifest* zeigt deutlich, dass Marx/Engels dem Kommunismus eine bürgerliche Perspektive brachten. Demnach unterscheiden sich die Kommunisten, so im *Manifest*, von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, dass sie „theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht“ in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate des historischen Prozesses voraushaben. Das einzige Unterscheidungsmerkmal sei also die theoretische „Einsicht“ in historische Prozesse (MEW 4, S. 474).

Die „wissenschaftlichen“ Kommunisten des *Manifestes* sind nach dieser neuen Identität nicht mehr diejenigen, die zusammen mit dem Proletariat in die gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnisse intervenieren, um sie zu ändern, sondern diejenigen, die die „theoretische Einsicht“ in historische Prozesse voraushaben. Die neue bourgeoisiefreundliche Identität der Kommunisten, die Marx/Engels im *Manifest* gezeichnet haben, ist niemals für Herrschende eine Bedrohung. Ganz im Gegenteil, die „wissenschaftlichen“ Kommunisten des *Manifestes* haben ein freundliches Verhältnis zur Bourgeoisie, und daher sind sie für diese gar nicht gefährlich. Da sie keinesfalls „Weltverbesserer“ sind, wollen sie die bestehende Ordnung nicht stürzen, dafür sind nach ihrer Meinung nur die Entwicklungsgesetze der Geschichte verantwortlich. Die „wissenschaftlichen“ Kommunisten des *Manifestes* haben nur die „Einsicht“, die historischen Prozesse zu verstehen, zu analysieren und zu kritisieren. Doch die „theoretische Einsicht“ heißt hier die Legitimierung und Rechtfertigung der bürgerlichen Herrschaft mit der Hilfe der vermeintlichen Gesetze der historischen Abläufe.

Die Revolutionstheorie der „wissenschaftlichen“ Kommunisten sei „keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien“ gegründet, die von diesem oder jenem „Weltverbesserer erfunden oder entdeckt“ sei, sondern sie sei „nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung“ (ebd., S. 474f.).

Was ist also für Marx/Engels die „wirkliche Bewegung“ und wer ist der Vertreter „eines existierenden Klassenkampfes“, wie sie nämlich sagen, „einer unter unsern Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung“? Wessen Bewegung betrachten Marx/Engels als die „wirkliche“ und „geschichtliche“ Bewegung, die den „jetzigen Zustand“ aufhebt? Ist sie die Bewegung der arbeitenden Klassen oder die der Bourgeoisie? Sowohl Marx als auch Engels geben in ihren bei dieser Dissertation behandelten zahlreichen Artikeln eine sehr klare Antwort auf diese Frage, dass sie allein und einzig die Bourgeoisie in der Lage sehen, die den damaligen Zustand aufhebe. Sie sehen auch in ihrem *Manifest* nur die Bourgeoisie als eine „Tatsache“ und

als die Vertreterin der „wirkliche[n] Bewegung“ an. Sie bezeichnen im *Manifest* die bürgerliche Bewegung als eine „unter unsern Augen“ vor sich gehende geschichtliche Bewegung.

Engels schrieb 1847 unermüdlich, dass das Volk in der Revolution „nur eine sekundäre Rolle“ spielen könne; „die erste Rolle gebührt der Bourgeoisie“. Er wünschte sich nur die „Eroberung der politischen Macht durch die Bourgeoisie Preußens“ und hatte keinen Zweifel daran, „daß das Volk unter den gegenwärtigen Umständen die Bourgeoisie unterstützen“ werde (MEW 4, S. 35). Er erzählte Anfang 1848 in seinem Artikel *Die Bewegungen von 1847* wiederum mit voller Begeisterung von den Erfolgen der weltweiten „bürgerlichen Bewegung“, aber erwähnte mit keinem Wort die Bewegung des Proletariats (ebd., S. 496ff.), obwohl die kommunistische Bewegung in den 1840er Jahre des 19. Jahrhunderts in Europa genauso wie die bürgerliche Bewegung eine Tatsache war und obwohl 1847 zahlreiche Aufstände des Proletariats stattfanden. Auch in den Augen von Marx war nicht das „Hervorheben der Klassengegensätze“, sondern „die politische Ökonomie“ und „die bürgerliche Gesellschaft“ wirklich „kommunistisch“ (ebd., S. 512).

Marx/Engels stellten in ihrem *Manifest* die Behauptung auf, dass dem Kapitalismus der Kommunismus folge. Deswegen müssten die Kommunisten im Wartezimmer der historischen Entwicklungsgesetze der Geschichte auf das Ende des Kapitalismus warten und bis dahin die Bourgeoisie unterstützen,<sup>121</sup> da die Bourgeoisie als „willenloser und widerstandsloser Träger“ des Fortschritts der Industrie gezwungen und verpflichtet sei, zur politischen Entwicklung des Proletariats beizutragen (ebd., S. 473f.).

Der Kommunismus im *Manifest* ist nicht eine Frage der Gegenwart, sondern „eine Frage der Zukunft“. Die Revolution wird hier nicht als der politische und organisierte Akt der Kommunisten und der arbeitenden Klassen und Besitzlosen gedacht, sondern als historische Notwendigkeit. Die Arbeiter sollten ein „ewiges Vertrauen auf die historische Gesetzmäßigkeit“ haben und daher sich einen bequemen „Warteplatz“ im Wartezimmer der Geschichte nehmen (Lucet 2018, S. 84), bis ihre Revolution „sowieso naturnotwendig“ komme (Kellermann 2018, S. 64).<sup>122</sup>

---

<sup>121</sup> Marx/Engels setzten schon 1845 in der *Deutschen Ideologie* für die Revolution des Proletariats einen hohen Entwicklungsstand der kapitalistischen Produktivkräfte voraus, die einen sehr langen Prozess benötige (MEW 3, S. 34f.)

<sup>122</sup> Otto Brügger will die „Überlegenheit“ des „wissenschaftlichen“ Kommunismus gegenüber dem „Utopismus“, sprich dem revolutionären Kommunismus, darin sehen, dass der „wissenschaftliche“ Kommunismus zu beweisen suche, dass „die immanenten Entwicklungsgesetze“ des Kapitalismus „unfehlbar“ zur sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaft hinführen würden (Brügger 1932, S. 85).



Nach Marx/Engels sollte sich die „Organisation der Proletarier zur Klasse, und damit zur proletarischen Partei“ aufgrund ökonomischer Gesetzmäßigkeiten gleichsam von selbst vollziehen (MEW 4, S. 471). Der Kapitalismus, der in irgendeiner Weise im Verborgenen „die Fundamente des Neuen“ produzieren sollte, erzeuge „selbsttätig“ seinen eigenen „Totengräber“ in Form des Proletariats. Mit der Revolution des Proletariats würden die Fundamente des Neuen „automatisch“ in Freiheit gesetzt werden (Klages 1962, S. 274).

Mit diesen leeren Prophezeiungen wollten Marx/Engels Kommunisten und Arbeiter irreführen und sie zum Glauben bringen, dass mit der Durchsetzung des auf Arbeitsteilung beruhenden modernen Industriesystems zugleich auch die Stunde des Proletariats schlagen würde. Die wissenschaftliche Qualität der Thesen über das Proletariat im *Manifest* wurde später sogar von Marxisten bezweifelt. Kolakowski stellt fest, dass die Behauptung von Marx/Engels, das Proletariat werde mit Notwendigkeit ein revolutionäres Bewusstsein entwickeln, „keine wissenschaftliche Prognose, sondern eine völlig unbegründete Prophezeiung“ sei. Dieses Urteil könne ebenfalls auf die historische Sendung des Proletariats, auf die Deutung der Revolution als Folge des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen usw. zutreffen (Kolakowski 1977, S. 422).

Das Proletariat, das nach Marx/Engels irgendwann und sozusagen von sich aus, einfach von „absolut gebieterischer Not“ getrieben (MEW 2, S. 38) zum Aufstand überlaufen würde, „orientiert sich mit logischer Notwendigkeit ad hoc auf den Klassenkampf und auf die Revolution“ (Klages 1962, S. 272), sobald ihm die Wissenschaft die Unvermeidlichkeit der Revolution verspricht:

Mit der Entwicklung der großen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst hinweggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihren eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich (MEW 4, S. 474).

Im *Manifest* stellten Marx/Engels die Prophezeiung auf, dass die Revolution des Proletariats nicht auf seinem eigenen Kampf beruht, sondern die objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung sie als unausweichlich vorprogrammieren. Der „Untergang“ der Bourgeoisie und der „Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich“. Die Revolution komme mit historischer Notwendigkeit und universaler Reichweite. Bis dahin könne das Proletariat gar nichts unternehmen, da ein Eingreifen des Proletariats in den festgelegten Gang der Geschichte nicht möglich wäre (ebd., S. 463ff.). So konnten Marx/Engels durch ihre „wissenschaftliche“ Revolutionstheorie die damaligen Freiheits- und Gleichheitsbestrebungen

des Proletariats unter der Führung der revolutionären Kommunisten als „utopisch“, „verschwörerisch“ und sogar „schädlich“ etikettieren (ebd., S. 372).

Nach der Revolutionstheorie von Marx/Engels habe das Proletariat aus der historischen Notwendigkeit heraus erst die Aufgabe, der Bourgeoisie zum Sieg zu verhelfen, denn die bürgerliche Herrschaft stelle sich als die Schwelle zur proletarischen Revolution dar. Das Proletariat könne in der bürgerlichen Gesellschaft seinen Platz als von der Bourgeoisie „anerkannte Partei“ einnehmen (ebd., S. 193) und die ihm von der Geschichte zugewiesene Entwicklungsetappe erreichen. Dank der ökonomischen Entwicklung müssten Kommunisten und Arbeiter nicht mehr aktiv eine kommunistische Gesellschaft anstreben, sondern sie als natürliche, felsenfeste Entwicklungsstufe im historischen Prozess begreifen. Die Entwicklungsgesetze der Geschichte würden ihnen das Paradies schenken. So werden im *Manifest* die Hoffnungen der arbeitenden Klassen und Besitzlosen auf eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung „an eine zukünftige Fata Morgana“ gebunden, für deren Verwirklichung die „volle Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise“ garantieren würde (Khella 1995, S. 127).

Nach diesem eschatologischen Standpunkt habe die Bourgeoisie keine andere Wahl als Selbstvernichtung. Wenn das kapitalistische Ausbeutungssystem ganz etabliert sei, verwandele es sich dann „nach physikalischen Gesetzen“ (MEW 27, S. 190) und ohne eine äußere Intervention der Kommunistischen Partei und der arbeitenden Klassen in das Reich der Freiheit.

In einer Welt, in der faktisch alles zum Nachteil der arbeitenden Klassen und Besitzlosen steht, wie die Ökonomie, das Recht, die Gewalt, das Eigentum, öffneten die Entwicklungsgesetze der Geschichte von Marx/Engels für sie die Tür des Paradieses, für das arbeitende Klassen und Besitzlosen sich keine Mühe zu machen brauchen. Marx/Engels ersetzen hier den Gott, der bisher der Befreier des Proletariats und der Besitzlosen war und ihnen das Paradies versprach, durch die historischen Entwicklungsgesetze der Gesellschaft, die nun als die Befreier des Proletariats und der Besitzlosen hervortreten und ihnen das Paradies versprechen. Diese altbekannte Logik ist den arbeitenden Klassen und Besitzlosen nicht fremd, denn sie suchen meistens ihre Befreier nicht in sich selbst, sondern sehr häufig außer sich, entweder in Gott, in Heiligen oder in großen Männern. Bei Marx/Engels treten an deren Stelle von nun an unvermeidliche Gesetze der Geschichte, die sie nun als die Befreier des Proletariats vorgeben. Kategorisch gibt es also keinen Unterschied zwischen dem Gott und den Entwicklungsgesetzen der Geschichte. Auf diese altbekannte, von Herrschenden suggerierte Logik setzten Marx/Engels ihr Spiel. Pierre Ramus kritisierte 1906 die Theorie der Gesetzmäßigkeit der

historischen Entwicklung von Marx/Engels und erhoffte sich, dass das Proletariat in seinem Kampf sämtliche seiner Feinde, wie diese „heimtückischen Versucher“ und „die Locker mit dem Sirenengesang der ‚historischen Entwicklung‘, des ‚gesetzlichen Klassenkampfes‘“ überwinden werde (Ramus 1906, S. 40).

#### **4. Verherrlichung der „höchst revolutionäre[n] Rolle“ der Bourgeoisie**

Der erste Abschnitt des *Manifests* beginnt mit einem Abriss der Menschheitsgeschichte. Demnach ist die „Geschichte aller bisherigen Gesellschaft“ also die Geschichte von „Klassenkämpfen“

Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz, Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf (MEW 4, S. 462).

Gegen den obigen Satz im *Manifest* wurde der Vorwurf des Plagiats erhoben. W. Tscherkesow (1846–1925) zitiert dafür einen Spruch des Ökonomen Adolphe Blanqui, Bruder des Kommunisten und Revolutionärs Auguste Blanqui (Bernstein 1922, S. 60). Auch Gerd Koenen schreibt, dass weder bei Adam Smith noch bei David Ricardo oder irgendeinem anderen der bürgerlichen britischen Ökonomen „das Phänomen der ‚Industrie‘ im Mittelpunkt“ stehe, „geschweige denn dass ihnen das Wort einer ‚industriellen Revolution‘ in den Sinn gekommen wäre“. Vielmehr war „es ein französischer Ökonom, sinnfälligerweise Adolphe Blanqui,“ ein Bruder von Auguste Blanqui, der 1837 in seiner *Geschichte der politischen Ökonomie* diese Formulierung erstmals verwendete (Koenen 2017, S. 250).

Tscherkesow schrieb 1906 in seinem Werk *Die Urheberschaft des Kommunistischen Manifests* auch, dass Marx für das geschichtliche Teile aus dem 1843 veröffentlichten Werk *Principe du socialisme/e de la démocratie au XIXe siècle* von Victor Considerant verwendet hatte. Nach Tscherkesow hegten deswegen „die Männer von 1848“ für Marx/Engels „eine tiefe Verachtung“, weil sie die „Quellen ihrer Wissenschaft“ wohl kannten (Tscherkesow 1906, S. 20). Kautsky, der zusammen mit Bernstein Marx/Engels in Schutz nahm, musste zugeben, dass der analytische Teil der gesellschaftlichen Entwicklung und der gesellschaftlichen Zustände, wo Marx/Engels bei u.a. Stirner, Smith, Blanc und auch Condorcet reichliche Anleihen machten, nicht original und keine großen Entdeckungen von ihnen waren, wie sie damals behauptet hatten (Kautsky 1906, S. 693ff.).

Auch die Aussagen im *Manifest*, wie „Abschaffung des Privateigentums“ oder „gewaltsamer Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung“ (MEW 4, S. 493), gehören zur revolutionären

kommunistischen Bewegung. Ebenso das Motto „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“, das fälschlicherweise immer mit Marx in Verbindung gebracht wird, war bereits im September 1847 in der *Kommunistischen Zeitschrift*, die von Schapper in London herausgegeben wurde, aufgetaucht (Grünberg 1921, S. 250). „Ähnliche Formulierungen“ waren sogar schon einige Jahre zuvor in Frankreich aufgekommen (Nippel 2018, S. 34).<sup>123</sup> Marx/Engels verwendeten diese Aussagen in ihrem *Manifest* als Aushängeschild, um ihre bourgeoisiefreundlichen Ansichten und ihre bürgerlichen Zwecken zu verdecken. So kam die eklektische Zusammensetzung des *Manifests* zustande.

Marx/Engels akkreditierten in ihrem *Manifest* der Bourgeoisie, wie in ihren vorherigen Schriften, eine „höchst revolutionäre Rolle“, die sich in beeindruckenden „Umwälzungen der Produktions- und Verkehrsweise“ und auch in einem „entsprechenden politischen Fortschritt“ manifestiere (MEW 4, S. 464). Bourgeoisie habe in kaum hundert Jahren „massenhaftere und kolossalere Produktivkräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen“ (ebd., S. 467). So haben Marx/Engels in ihrem *Manifest* den Versuch unternommen, die Kommunisten dazu zu überreden, dass die Bourgeoisie eine „in der Geschichte höchst revolutionäre Rolle gespielt“ habe und immer noch spiele (ebd., S. 464).

Gegen die Thesen des revolutionären Kommunismus erfanden Marx/Engels „Antithesen“, indem sie gegen die damals existierende revolutionäre Bewegung der arbeitenden Klassen und Besitzlosen einen hypothetischen „wissenschaftlichen“ Kommunismus prognostizierten, um die existierende revolutionäre Bewegung zu verdrängen und zu sabotieren. Sie holten dabei Argumente aus der bürgerlichen Geschichtsphilosophie, die die Geschichte der Menschheit als einen fortschreitenden Prozess betrachtet. Die Argumente der bürgerlichen Geschichtsphilosophie wurden von Marx/Engels auf die politisch aktuelle Realität übertragen, um die Bourgeoisie als „höchst revolutionär“ vorzugeben (ebd., S. 464).

Bernstein sieht die „wesentliche Eigenschaft der sozialen Entwicklungslehre“ von Marx/Engels darin, dass sie „den Ton“ auf den „organischen Zusammenhang des Politisch-Sozialen“, im Gegensatz zu der Lehre des revolutionären Kommunismus, mit „der Produktionsverhältnisse“ lege. Von diesem Standpunkt aus hatten Marx/Engels in ihrem *Manifest*, wie Eduard Bernstein

---

<sup>123</sup> Marx/Engels mussten in den 1840er Jahren diese Aussagen ins *Manifest* aufnehmen. Nach der Niederschlagung des revolutionären Kommunismus bei der Kommune von 1871 fand Engels sie veraltet und nicht mehr zeitgemäß (MEW 22, S. 518ff.).

zugibt, „Stellung genommen gegen radikale Sozialisten ihrer Tage, die für revolutionäre Kommunisten galten“ (Bernstein 1922, S. 115f.).<sup>124</sup>

Marx/Engels legitimierten ebenfalls das Verlangen der aufstrebenden europäischen Bourgeoisie nach Weltherrschaft mit ihrem bourgeoisiefreundlichen Kommunismus und gaben der kolonialen Expansion des Kapitalismus die theoretische Rechtfertigung. Demnach habe die Bourgeoisie „die barbarischsten Nationen“, wie z.B. China, durch die „wohlfeilen Preise ihrer Waren“, durch die „unendlich erleichterte Kommunikation“ also „in die Zivilisation“ reiße (MEW 4, S. 466). In der Wirklichkeit jedoch riss die Bourgeoisie „die barbarischsten Nationen“ mit dem Opiumkrieg, mit militärischer und blutiger Gewalt „in die Zivilisation“. So öffnete der erste Opium-Krieg des britischen Empire gegen China von 1839 bis 1842, der nur vor 5 Jahren der Verfassung des *Manifests* beendet war, mit Gewalt den chinesischen Markt für die Opiumhändler der britischen Ostindienkompanie.<sup>125</sup> Die „revolutionäre Rolle der Bourgeoisie“, die Marx/Engels in ihrem *Manifest* unterstellen, „ist ein entscheidender Irrtum“, da die Bourgeoisie in der Tat „reaktionärer, aggressiver und imperialistischer als der Feudalismus“ ist (Khella 1995, S. 125).

Die „Lobhudelei der Bourgeoisie“ im *Manifest*, so Bernstein, „kein Lohnschreiber derselben eindrucksvoller hätte schreiben können“ (Bernstein 1898, S. 492) als Marx/Engels. Nach Vögelin schrieb „kein aufgeklärter Progressivist [...] jemals“ so ein „Lob“ über die „Errungenschaften der Bourgeoisie“ (Vögelin 1950, S. 297). Sogar Hundt gesteht, dass „viele Passagen“ des *Manifests* mit dem „Lob des Kapitalismus befüllt“ ist (Hundt 1994, S. 501).

Marx/Engels selbst wussten sehr gut, dass in der Wirklichkeit weder die aufstrebende Bourgeoisie noch das entstehende Bildungsbürgertum weder in der Welt noch in Deutschland revolutionär waren. Denn wie Hansemann 1830 in seinem schon verschiedentlich erwähnten Brief an den preußischen König unzweideutig ausdrückte, hatte die Bourgeoisie seit der Julirevolution von 1830 große Angst vor „Pöbeln“ (RhBA I/1, S. 48), die in einer Revolution „frech“ werden und angreifen könnten (MEW 4, S. 352). Außerdem waren „viele

---

<sup>124</sup> Zu radikalen Sozialisten gehörte Wilhelm Weitling, den Marx „scharf“ bekämpfte, da dieser nach Bernstein „in seiner Agitation den Arbeitern mit übertriebenem Radikalismus den Kopf verdrehte“. Bernstein denkt, dass „Weitlings Ideen mit vielen Schlagworten Ähnlichkeit“ haben, die „von Anhängern des Bolschewismus den Arbeitern gepredigt werden“ (Bernstein 1922, S. 116).

<sup>125</sup> Im Sommer 1839 fuhren die Briten mit 16 Kriegsschiffen, die über 540 Kanonen und 4.000 Mann Besatzung verfügten, nach China und besetzten Hongkong als Operationsbasis. Im Sommer 1841 eroberten die britischen Imperien mit Truppenverstärkung aus Indien mehrere chinesische Küstenstädte. Im August 1842 wurde China mit dem Vertrag von Nanking u.a. zur Duldung des britischen Drogenhandels in China gezwungen, was immer mehr zum wirtschaftlichen und kulturellen Niedergang Chinas führte. 1842 waren von 416 Millionen Chinesen nur 2 Millionen drogenabhängig, bis 1881 war die Bevölkerung auf 370 Millionen gesunken, von denen 120 Millionen opiumsüchtig waren ([http://de.academic.ru/dic.nsf/dewiki/406622/Erster\\_Opiumkrieg](http://de.academic.ru/dic.nsf/dewiki/406622/Erster_Opiumkrieg) (abgerufen am 11.04.2017)).

Unternehmer“ also „faktisch abhängig von den Privilegien, Subventionen und Monopolen, die ihnen merkantilistisch orientierte monarchische Regierungen gewährt hatten, um durch Wirtschaftsförderung ihre politische Macht zu vergrößern“. Und auch „in den ‚gebildeten Ständen‘ wurden aufklärerische Ideen für gewöhnlich nur in nicht-revolutionäre Reformansprüche“ umgesetzt (Kocka 1987, S. 25f.).

Es ist hier wichtig, auf die in jeder revolutionären Epoche wieder auftretende Tatsache zu verweisen, dass die herrschenden und ausbeuterischen Klassen mit ihren Interessenskonflikten untereinander aufhören und sich schnell einigen, wenn ihre Herrschaft durch eine „Pöbelrevolution“ in Gefahr gerät. Die historische Tatsache, dass der Adel und die Bourgeoisie gute Verbündete sind, wenn es um die Unterdrückung der arbeitenden Klassen geht, ist den Arbeitern und Besitzlosen aus ihren eigenen Erfahrungen gut bekannt. Nachdem Marx/Engels in ihrem *Manifest* der Bourgeoisie, die zuerst an die Macht kommen, Fabriken errichten und Proletarier produzieren müsste, mehr als genug Anerkennung, Begeisterung, Lob und Respekt beschert hatten, verloren sie auch für das in der damaligen Zeit in Deutschland politisch unbedeutendes Industrieproletariat ein paar Worte, indem sie das Industrieproletariat als „Totengräber“ der Bourgeoisie bezeichneten (MEW 4, S. 472ff.).

### **5. Proletariat: „ein bloßes Zubehör der Maschine“ und der „Totengräber“ der Bourgeoisie?**

Einerseits gibt das *Manifest* vor, dass das Industrieproletariat „eine wirklich revolutionäre Klasse“ und „Totengräber“ der Bourgeoisie sei. Andererseits sei es „ein bloßes Zubehör der Maschine, von dem nur der einfachste, eintönigste“, am leichtesten erlernbaren „Handgriff“ verlangt werde (MEW 4, S. 468f.). Mit der Beschreibung als „ein bloßes Zubehör der Maschine“ vermitteln Marx/Engels in ihrem *Manifest* den Arbeitern das Gefühl der Ohnmacht vor der Bourgeoisie, die allein und einzig als die revolutionäre Kraft in der Lage sei, die tiefgreifenden Änderungen zu machen.

Wieviel Ernst und Witz hinter diesem Totengräber-Märchen des *Manifests* stecken, ist dahingestellt. Es bleibt also dahingestellt, wie das Proletariat, das nur „ein bloßes Zubehör der Maschine“ sei, „von dem nur der einfachste, eintönigste, am leichteste[n] erlernbare Handgriff verlangt wird“, schaffen könnte, zur „wirklich revolutionäre[n] Klasse“ und zum „Totengräber“ der Bourgeoisie zu werden. Diesem bloßen „Zubehör der Maschine“ schenken Marx/Engels in ihrem *Manifest* nur leeres Lob, um die deklassierten Massen zugunsten der Bourgeoisie zur Fabrik zu steuern.

Marx/Engels erklären in ihrem *Manifest* die „Bildung des Proletariats zur Klasse“ zum Zweck ihres bourgeoisiefreundlichen Kommunismus (ebd., S. 474), da die Bourgeoisie in damaliger Zeit in der Realität große Probleme hatte, für ihre Fabriken Arbeiter zu finden, obwohl die Fabrikarbeiter in einer relativ besseren sozialen Lage „als alle anderen Schichten der Arbeiterklasse“ standen, ihre Löhne im Vergleich zu Handwerksarbeitern höher waren, ein relativ gesichertes Minimaleinkommen besaßen und leichter als die vom Meister abhängigen Handwerksarbeiter zur Gründung einer Familie schreiten konnten. Trotzdem wehrten sich die Handwerksarbeiter dagegen, Fabrikarbeiter zu werden und kämpften entschlossen darum, frei und unabhängig zu bleiben (Wernicke 1978, S. 68f.). Trotz ihrer schlechten Lebensumstände kamen sie sicher nicht von selbst auf die Idee, in die Fabrik zu gehen, um ihre Arbeitskraft gegen Geldeinkommen an Dritte zu verkaufen. Da es immer Alternativen zur Lohnarbeit gab, lief also dieser Prozess nicht automatisch. Die Menschen benutzten eine Reihe von anderen Auswegen. Viele mussten das Land verlassen, um in anderen Orten der Welt ein neues Leben zu gründen. Andere mussten etwas stehlen, um zu überleben. Es gab aber auch politische Massenaufstände (Offe 2006, S. 157). Für einen freien Menschen war die Verwandlung in einen Fabrikarbeiter kaum besser als Sklaverei, und wer nicht vom Hunger getrieben wurde, versuchte diesem Schicksal zu entgehen (Brandenburg 1977, S. 233).<sup>126</sup>

Da die Bourgeoisie für ihre Massenproduktion dringend Fabrikarbeiter brauchte, legten Marx/Engels die „Bildung des Proletariats zur Klasse“ als das Ziel der „wissenschaftlichen“ Kommunisten fest (MEW 4, S. 474) und erklärten nun lediglich Fabrikarbeiter zum revolutionären Proletariat, obwohl Deutschland „im Vormärz noch überwiegend ein Bauerland“ war (Mommsen 1964, S. 41) und im Jahr 1849 die Landbevölkerung in Preußen 64% zählte (Jansen 1928, S. 5). Marx/Engels beschreiben also in ihrem *Manifest* keine realen Umstände, sondern sie konstruieren nur ein Industrieproletariat, das in Deutschland konkret nicht existierte. In diesem Sinne kritisierte der demokratische Republikaner Hermann Becker (1820–1885) das *Manifest* im August 1848, ohne zu wissen, dass es ein Produkt von Marx/Engels war:

---

<sup>126</sup> Der kapitalistische Industrialisierungsprozess in Deutschland brachte Desorganisation und Mobilisierung aller Schichten der Gesellschaft mit sich, sodass immer mehr Menschen durch diesen Prozess ihr eigenes Arbeitsvermögen nicht mehr anwenden konnten. Besonders in Deutschland wurde die Lebensgrundlage der arbeitenden Volksklassen von Grund auf zerstört (Offe 2006, S. 157f.). Auch die Bauernbefreiung durch Aufhebung der Grundherrschaft hatte zur Folge, dass freie Bauern das Land verließen, auf unwirtschaftlich kleinen Höfen verblieben oder in Verschuldung fielen. Die Aufhebung des Zunftzwangs im Handwerk führte ebenso in Verbindung mit der Abwanderung vom Lande zu steigender Arbeitslosigkeit (Tennstedt 1981, S. 28ff.). Hier waren selbstverständlich am meisten Handwerksarbeiter von diesen radikalen Veränderungen betroffen.

Da mir aber das Manifest bekannt geworden, so sah ich der Sache etwas tiefer auf den Grund [...]; denn die Grundanschauung, von der das Manifest ausgeht, ist, soweit sie Deutschland betrifft, eine irrige [...]. Das Proletariat, welches der Verfasser des Manifests im Auge hat, ist in Deutschland so dünn gesät [...] daß es, wenn es ganz und gar seine Klassenstellung so begreife, wie das Manifest sie bezeichnet, doch ganz erfolglos seine kommunistischen Forderungen stellen würde (Becker 1848; zit. nach Hackenberg 1899, S. 54).

Während das Industrieproletariat, das „in Deutschland so dünn gesät“ war und sich ins kapitalistische System gern integrieren ließ, von Marx/Engels wegen seiner Bravheit gegenüber der Bourgeoisie gelobt wurde, waren Handwerksarbeiter und Bauern in ihren Augen „reaktionär“, weil sie nicht in die Fabrik gehen und ein „bloßes Zubehör der Maschine“ und „Arbeitsinstrumente“ werden wollten (MEW 4, S. 468f.).

Marx/Engels bezweckten, dass die Bourgeoisie ans „Ruder“ komme. Der kapitalistische „Fortschritt der Industrie“ müsse zuerst „die bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute, und Rentiers, die Handwerker, und Bauern“ in das Industrieproletariat verwandeln. Die „proletarische Revolution“ dürfe erst nach diesem gesellschaftlichen Formationsprozess in Frage kommen. Nach ihrer Auffassung seien alle Schichten der damaligen Gesellschaft, die für ihre Existenz kämpfen, „nicht revolutionär, sondern konservativ“. Denn sie seien vom geschichtlichen Prozess zum „Untergang“ verurteilte Schichten der alten Gesellschaft, die „das Rad der Geschichte“ zurückdrehen, indem sie die Bourgeoisie bekämpfen, „um ihre Existenz“ „vor dem Untergang zu sichern“ (ebd., S. 471f.).<sup>127</sup> So erklärten sie in ihrem *Manifest* Handwerksarbeiter für „nicht revolutionär“ und sogar „reaktionär“. Und wenn Handwerksarbeiter und Bauer die Bourgeoisie unterstützen und sich ganz brav auf dem Weg zur Fabrik machen würden, um sich auf den Standpunkt des Industrieproletariats zu stellen, erst dann wären sie also in den Augen von Marx/Engels „revolutionär“ (ebd., S. 472).

Zahlreiche Untersuchungen belegen dagegen, dass Handwerksarbeiter in der Revolution von 1848/1849 sowohl in Europa als auch in Deutschland eine wichtige Rolle bei der Organisation der Aufstände gespielt hatten (Stadelmann 1962, S. 5). „All over Europe, therefore, it was the

---

<sup>127</sup> Wenn von Marx/Engels' Auffassung ausgegangen wird, kommt man zwangsläufig zu dem Schluss, dass alle Bewegungen der „alten Gesellschaft“ in der Welt, sei es in Lateinamerika, in Asien und in Afrika, die um ihre Existenz kämpfen, „reaktionär“ sein müssten. So wurde beispielsweise der im vom türkischen Staat besetzten Teil Kurdistans 1925 stattgefundenen Aufstand sowohl vom kemalistischen Regime in der Türkei als auch von Marxisten, wie der *Kommunistischen Partei der Türkei* (TKP), sowie von der *Dritten Internationale* als „reaktionär-religiös“ gebrandmarkt (Bruinessen 2003, S. 389ff.), denn aus ihrer Sicht sei der Kapitalismus, den das kemalistische Regime vertrat, „fortschrittlich“. Die von diesem Regime unterdrückten Kurden dagegen, die gegen dieses Regime kämpften, seien „reaktionär“.



artisans, not the factory workers, who became the street fighters of the Revolution in the mid-nineteenth century” (Gouldner 1983, S. 524). Handwerksarbeiter „roamed through the streets of central Europe, demonstrating, rioting, demanding bread, threatening mill owners, stoning factories” (Hamerow 1961, S. 135). Die „besser gestellte“ Industriearbeiter beteiligten sich dagegen an den Aktionen nicht. Sie standen auf der Seite der Ordnungskräfte, als es zu Kämpfen zwischen der Bürgerwehr und der Tagelöhner und Erdarbeiter kam. Beispielsweise galten 1848 in Berlin die Maschinenbauarbeiter, auf die Marx/Engels bewusst ihren ganzen angeblichen „revolutionären“ Plan beuten, als „Aristokraten“ der Berliner Arbeiterschaft (Noyes 1966, 15f.). Dagegen organisierten Handwerksarbeiter „das bewaffnete Handwerkercorps“ in Berlin (Bergmann 1984, S. 298).

Die Behauptung von Marx/Engels, dass die Revolutionäre nur aus dem Fabrikproletariat abstammen könnten, und dass nur dies einzig und allein Revolutionär sei, entspricht der damaligen Realität offensichtlich nicht. Denn „faktisch“ war „die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts eine Bewegung gewerblicher Arbeiter“. Und in der Mitte gewerblicher Arbeiter, die sich überhaupt für die Arbeiterbewegung in der einen oder anderen Form engagierten, stellten „Handwerksgesellen und andere handwerklich geprägte Arbeiter die große Mehrheit“ (Kocka 1986, S. 341).

Das Fabrikproletariat bestand größtenteils aus entwurzelten Bauern, die durch Überbevölkerung aus ihren Dörfern getrieben worden waren und daher kein „Zusammengehörigkeitsgefühl“ und „kein klares Ziel“ besaßen. Vor allem fehlte dem Fabrikproletariat „ein kollektives Gefühl der sozialen Unzufriedenheit“. In einem expandierenden Sektor der Wirtschaft beschäftigt, hatte es nicht die materiellen und seelischen Nöte durchlitten, denen die Handwerker ausgesetzt waren. Noch dazu war es „zahlenmäßig schwach und politisch uninteressiert“ (Hamerow 1983, S. 129). In Europa wurde in den 1840er Jahren das Wort *Proletariat* nicht mit dem zahlenmäßig schwachen und politisch uninteressierten Industrieproletariat, sondern mit dem politisch aktiven, arbeitenden Volke assoziiert (Stedman Jones 2012, S. 47). Sie waren in den Augen von Herrschenden „gefährliche“ Volksklassen (Gouldner 1983, S. 530).<sup>128</sup> Marx/Engels entstellten bewusst die Bedeutung des Proletariats, indem sie es auf das Industrieproletariat reduzierten, um u.a. den Kampf der politisch aktiven Schichten des Proletariats, wie Handwerksarbeiter, Bauern, Tagelöhner zu diskriminieren. So wurden mit dieser Definition die politisch aktiven Schichten des Proletariats auf einmal als „reaktionär“ eingestuft (MEW 4, S. 472).

---

<sup>128</sup> Die revolutionäre Militanz, die Marx für die Fabrikarbeiter gepredigt hatte, ließ in Westeuropa genau mit der Niederschlagung der Pariser Kommune und ebenfalls mit dem Niedergang der Handwerksarbeiter deutlich nach, als sich das Fabriksystem ausbreitete (Gouldner 1983, S. 530).

## 6. Ist der „brod- und arbeitslose Arbeiter“ das „Lumpenproletariat“?

Als Ideologen des bürgerlichen Fortschritts appellierten Marx/Engels in ihrem *Manifest* an das Fabrikproletariat und gaben es „sozial wie politisch, als den Kern der Arbeiterklasse“ an, so bedeutungslos dieses schwache und politisch uninteressierte Industrieproletariat im Vergleich zu den Handwerksarbeitern, Bauern, Gesellen, Heimarbeitern und Tagelöhnern auch war (Kocka 1986, S. 345). Doch nicht das kaum vorhandene Industrieproletariat, sondern die deklassierten Besitzlosen wurden mit dem fortschreitenden Kapitalismus zu einer „drohenden Gefahr für das Bürgertum“ (Jansen 1928, S. 9). Gerade deswegen verdammt Marx/Engels diese in damaliger Zeit politisch aktiven Teile des Volkes und stigmatisierten sie in ihrem *Manifest* als „Lumpenproletariat“ (MEW 4, S. 472).

Das Bürgertum drückte jedoch die Besitzlosen vor allem in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in immer tieferes Elend hinunter; es versuchte sie gleichzeitig mit Hilfe von seinen Ideologen gegen seine feudalen Gegner zu mobilisieren. Wenn die Besitzlosen jedoch sich gegen das Elend wehrten, schlug das Bürgertum sie jedes Mal mit ungeheurer Gewalt zurück. Wie Gottschalk im Februar 1849 in einem öffentlichen Brief an Marx feststellte, interessierte Marx das „Elend des Arbeiters“ und der „Hunger des Armen“ nicht (FA 1849, S. 52). Das Elend der Besitzlosen war in den Augen von Marx nur die Folge des naturgesetzmäßigen Ablaufs der ökonomischen Entwicklung und dafür müssten die Kapitalisten keine Verantwortung tragen.

Um die politisierten Volksklassen der damaligen Zeit als „reaktionär“ zu etikettieren, da sie mit ihrem Kampf gegen das bestehende System für die Herrschenden eine konkrete Gefahr bildeten, übertrugen Marx/Engels in ihrem *Manifest* die Befreiungsmision dem abstrakten in derzeit konkret kaum existierenden Industrieproletariat, das sie wiederum von der vollen Entfaltung der Produktivkräfte in Deutschland abhängig machten. Während Marx/Engels also in ihrem *Manifest* das in derzeit praktisch fast kaum existierende Industrieproletariat als „wirklich revolutionär“ begrüßten, kriminalisierten sie die für die Bourgeoisie gefährlichen Volksklassen als „Lumpenproletariat“ (MEW 4, S. 472)

Stedman Jones zufolge war in den 1840er Jahren die „Gleichsetzung des Proletariats mit den ‚gefährlichen Klassen‘, mit einer räuberischen Ablehnung des Privateigentums praktisch universell verbreitet“. Diese „städtische Armut“ wurde nun unter eine „separate und durch und durch negative moralische Kategorie, auf das Lumpenproletariat, subsumiert“. Dieses, so hieß es, sei „kriminell und zu allem bereit“ (Stedman Jones 2012, S. 52). Marx/Engels übernahmen also diese von Herrschenden geprägte Beschreibung des Proletariats, um die Organisierung einer politisch ernstzunehmenden Partei gegen die Bourgeoisie zu verhindern:

Das Lumpenproletariat, diese passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft, wird durch eine proletarische Revolution stellenweise in die Bewegung hineingeschleudert, seiner ganzen Lebenslage nach wird es bereitwilliger sein, sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen (MEW 4, S. 472).

Entsprechend der von ihnen beabsichtigten „Prinzipien-Änderung“ des Kommunismus zogen Marx/Engels (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 236) eine „Grenzlinie“ zwischen subproletarischen Schichten und dem zukünftigen Industrieproletariat. Die „Grenzlinie“, die Marx/Engels zwischen dem so genannten Industrieproletariat und dem Rest des Proletariats gezogen hatten, war schon ein praktisches Hindernis für die Vereinigung der sozialen Kämpfe der ländlichen und städtischen Volksmassen (Meyer 1999, S. 149).<sup>129</sup> Diese „Prinzipien-Änderung“ des Kommunismus richteten Marx/Engels gegen Weitlings Programm, das bekanntlich auch *„die noch nicht produktiv ins Kapital einbezogenen proletarischen Schichten“* umfasste und die sozialen Forderungen und Kämpfe der arbeitenden Klassen und Besitzlosen in der damaligen Zeit berücksichtigte (Meyer 1989, S. 179).

Wie bereits behandelt wurde, zog Weitling die sozialen Forderungen und Kämpfe der arbeitenden Klassen und Besitzlosen seiner Zeit in Betracht und versuchte, die „Delinquenz der Unterklassen“, die in derzeit ein massenhaftes Verhalten des Proletariats darstellte, als revolutionäre und berechtigte Aktion zu legitimieren, um dadurch die städtischen Unterschichten für die Revolution zu gewinnen (Meyer 1999, S. 267f.). Nach Meyer formulierte Weitling seinen revolutionären Kommunismus „vor dem Hintergrund der sozialen Bewegungen seiner Zeit“, wo die massenhaften „Subsistenzrevolten“ in Frankreich und Deutschland begannen. Zu diesen Bewegungen gehörten „die massenhafte Delinquenz der Unterklassen und die Subsistenzunruhen der ländlichen und städtischen Armut“ sowie die Koalitionen und Aufstände der Arbeiter (ebd., S. 268f.).

Nach Weitling müssten Kommunisten vor allem „den Darbenden die Befriedigung ihrer Bedürfnisse“ erklären und darum müssten sie damit anfangen, „dem Proletarier den Respekt vor dem Eigentum“ auszutreiben, ihn „gegen das Geldwesen revolutionär“ zu machen und ihm einprägen, „daß er kein Verbrecher ist, wenn er aus Notdurft eher stiehlt, als bettelt oder darbt, sondern ein braver Kerl“ (BdK 1, S. 223f.). Denn für Weitling sind die „verächtlichsten Diebe“

---

<sup>129</sup> Diese von Marx/Engels aufgebaute „Grenzlinie“ zwischen subproletarischen Schichten und „Industrieproletariat“ trennt die „künftige deutsche Arbeiterbewegung von den subproletarischen Schichten“ immer noch. Mit Hilfe dieser „Grenzlinie“ werden Industrieproletarier „zu einer von der Arbeiteraristokratie geführten Integrationsbewegung“ gemacht und die Unterschichten als „Lumpenproletariat“ und „passive Verfaulung“ diskriminiert (Meyer 1999, S. 149).

die, „welche den Armen bestehlen; und die verächtlichsten Mörder sind die, welche den Schwachen morden“ (Weitling 1971, S. 168).

Eduard Wiss (1822–1887), der 1854 in Weitlings Zeitschrift *Die Republik der Arbeiter* (RdA) eine lange Artikelserie unter dem Titel *Die Elementaren Richtungen der Zeit* veröffentlichte, kritisierte entsprechend den Ansichten Weitlings den Begriff „Lumpenproletariat“ im *Manifest* (RdA 1854, S. 132), wo „der Verbrecher“ der „äußerste Ausdruck des Lumpenproletariats“ ist und wo „der arme, brod- und arbeitslose Arbeiter“ also „mit dem Verbrecher zusammengeworfen“ wird.

Der „Lump“ sei jedoch nach Wiss im Sinne der herrschenden Gesellschaft jeder, der kein Geld habe und keine Arbeit oder keinen Kredit finde, um sich Geld zu erwerben. In diesem Pariastande, dem jeder verfallen könne, dem bei einer Handelskonjunktur oft Tausende von Arbeitern verfallen, sei bloß die Alternative übriggelassen, in erbarmungsloser Not zu Grunde zu gehen, sich zum Bettler zu erniedrigen oder sich „als Verbrecher gefürchtet zu machen“. Wo liege hier wohl, so stellt Wiss seine Frage, „das höhere menschliche Selbstbewusstsein, die größere, revolutionäre Kraft?“ (ebd. S. 132f.). Nach Wiss habe weder Marx noch niemand sonst das Recht, „eine willkürliche Trennung zwischen Proletariat und ‚Lumpenproletariat‘ mit biedermännischer Selbstgerechtigkeit und mit der grausamen Moral der Bourgeoisie zu statuieren“ in einem schwankenden Gesellschaftssystem, wo der Wind eines Zufalls „Tausende von Proletariern zu ‚Lumpenproletariern‘, Tausende von diesen zu arbeitenden Proletariern macht“ (ebd., S. 133).

Wiss hält es für „geradezu selbstmörderisch“, wenn die kommunistische Partei die verhassten Klassenunterschiede wie eine „wahre Prädestination“ festhält, statt eine vielfach gemischte Partei zu schaffen und die fähigen Kämpfer aus allen Klassen zu erobern (ebd., S. 123):

[Wir haben] nicht mit einer Klasse, sondern mit der Parthei der Arbeiter und Arbeitswilligen, der materiellen, wie der geistigen, im Gegensatz zur Parthei des Privat-Eigenthums (nicht der Klasse der zufälligen Privat-Eigenthümer), zur bewußten Part des Monopols [zu tun]. In diese beiden großen Heerlager sondert sich die alte absterbende und die neue werbende Gesellschaft. Wir kämpfen gegen das herrschende industrielle System, mögen dessen Vertreter unter den Bourgeois, oder unter einem Theil der Arbeiterklasse selbst zu finden sein (ebd., S. 157).

Wiss ist es gelungen, mit seiner glänzenden Kritik die dogmatische Konzeption des Proletariats und des Lumpenproletariats im *Manifest* zu widerlegen:

Was sollen wir ferner von der anderen rohen, wegwerfenden Klassifizierung des ‚Lumpenproletariats‘ sagen; es hat uns diese Marxische Phrase immer in den Ohren geklungen,

als hörten wir einen preußischen Gardeleutnant von der ‚Canaille‘ sprechen. Was ist denn der Lumpenproletarier? Der Arbeiter, der keine Arbeit hat (ebd., S. 132).

Wiss wusste, dass die „edelsten Partheifreunde“ nämlich „im Zuchthaus“ saßen. Er wusste, dass Kommunisten und revolutionäre Arbeiter „im Sinne der alten Gesellschaft ‚Verbrecher‘ und ‚Lumpen‘“ sind. Er setzte seine Kritik an Marx fort:

Herr Marx dagegen stößt mit ‚biedermännischer‘ Süffisance die Unglücklichsten der Unglücklichen von sich in eine eigene Klasse und brandmarkt sie mit der Schuld, welche nach aller menschlichen Gerechtigkeit die alte Gesellschaft zu tragen hat (ebd. S. 138).

Die Handwerksarbeiter, die „den Prozess der Verselbstständigung der Arbeiterbewegung“ politisch einleiteten (Brandenburg 1977, S. 231), wurden im *Manifest* als „reaktionär“ eingestuft.<sup>130</sup> Dagegen wurde das Industrieproletariat, das in den 1840er Jahren innerhalb des Proletariats unbedeutend und unpolitisch war und unter den unmenschlichen Bedingungen in den Fabriken ganz brav und diszipliniert arbeitete, als Vorbild genommen.

Denn die ‚Revolutionstheorie‘ von Marx/Engels benötigte dringend das Industrieproletariat, um die realen und berechtigten Kämpfe der arbeitenden Klassen zu kriminalisieren. So schafft Marx das Industrieproletariat als „ein theoretisches Konstrukt“ (Schieder 1991, S. 23). Nachdem Marx/Engels alle politisch aktiven Teile des Proletariats als „reaktionär“ und „rückständig“ erklärt hatten, hatten sie das nicht existierende Industrieproletariat als „wirklich revolutionäre Klasse“ auserwählt (MEW 4, S. 472), um zu den Voraussetzungen für eine kapitalistische Industrialisierung einen Beitrag zu leisten. Doch in Wirklichkeit war die Arbeiterbewegung, die aus der Revolution hervorging, „zuerst und zuletzt eine handwerkliche Bewegung“ (Hamerow 2016, S. 141).

Die von Marx/Engels in die Welt gesetzte höchst fragwürdige ‚Revolutionstheorie‘ wurde 1848 auch von Heinzen kritisiert. Er traf mit seiner Kritik ins Schwarze:

Die Bourgeoisie muß erst herrschen und durch ihr Herrschen ein Fabrikproletariat fabrizieren, welches revolutioniert, um seinerseits zu herrschen. Teutschland hat keine Aussicht zur Revolution; [...]. Es hat weder Veranlassung noch Recht zum Revolutionieren, denn es trägt bloß den Untertanen-, nicht den Fabrik-Stempel; es muss geduldig hungern und verhungern, bis aus Teutschland ein England geworden (Heinzen 1848, S. 21).

---

<sup>130</sup> Die Gefallenenlisten der Revolution von 1848/1849 zeigen eindeutig, dass alle sozial und politisch, das heißt demokratisch oder bereits sozialistisch eingestellten Handwerksarbeiter aus den ökonomisch und sozial stark gefährdeten Handwerkzweigen kamen (Bergmann 1975, S. 35).

Es ist für Heinzen eine „Borniertheit“, dass Marx/Engels die Revolution nur mit dem Fabrikarbeiter und mit der Bourgeoisie begrenzen. Nach Heinzen ignorieren sie damit „die Lage der Dinge“ in Deutschland, indem sie die „ganze Entwicklung nur an die Reaktion der Bourgeoisie“ knüpfen (ebd., S. 22f.).

### **7. Angriffe auf revolutionäre Kräfte der arbeitenden Klassen und Besitzlosen**

Marx/Engels wollten die real existierende kommunistische Bewegung „mit ihrem Manifest zerstören“ (Khella 1995, S. 127), da diese Bewegung die deutsche Bourgeoisie bekämpfte. So griffen Marx/Engels in ihrem *Manifest* auch den „wahren Sozialismus“ an, da dieser jede Gelegenheit ausnutze, um die Bourgeoisie anzugreifen. Er diene so „den deutschen absoluten Regierungen mit ihrem Gefolge von Pfaffen, Schulmeistern, Krautjunkern und Bürokraten als erwünschte Vogelscheuche gegen die drohend aufstrebende Bourgeoisie“. Der „wahre Sozialismus“ war also gegen das, wofür Marx/Engels kämpften; er war, schrieben sie in ihrem Manifest, „gegen den Liberalismus, gegen den Repräsentativstaat, gegen die bürgerliche Konkurrenz, bürgerliche Preßfreiheit, bürgerliches Recht, bürgerliche Freiheit und Gleichheit“. So verliere der deutsche Sozialismus „seine Unschuld, als er gegen den Liberalismus zu predigen begann“. Der „deutsche Sozialismus“ habe vergessen, dass „die moderne bürgerliche Gesellschaft in Deutschland“ erst zu erkämpfen sei. So habe er sich „mit der Reaktion“ verbündet. Die Literatur des „deutschen Sozialismus“ sei „eine schmutzige entnervende Literatur“ (MEW 4, S. 486f.)

In den Augen von Marx/Engels sei die Kritik an der Bourgeoisie „notwendig reaktionär“ und gleichzeitig eine Falle der Monarchie, da die „Reaktion“ die bürgerliche Bewegung, die in Deutschland endlich „ernsthafter“ wurde, schwächen wolle. Die absolute Monarchie biete dem „wahren“ Sozialismus „so erwünschte Gelegenheit“, der Bourgeoisie gegenüber den „sozialistischen Forderungen“ zu stellen. Marx/Engels waren absolut dagegen, dass der „wahre“ Sozialismus „die sozialistischen Forderungen“ stelle. Da der „wahre“ Sozialismus es jedoch tue, diene er den deutschen absoluten Regierungen „als erwünschte Vogelscheuche“ gegen die „drohend aufstrebende Bourgeoisie“. Er sei „eine Waffe“ in der Hand der Regierungen „gegen die deutsche Bourgeoisie“ (ebd., S. 487). In den Augen von Marx/Engels gehörten in Deutschland „mit sehr wenigen Ausnahmen“, mit denen sie sicherlich ihre eigenen Liebeserklärungen an die Bourgeoisie meinten, sozialistisch und kommunistisch zirkulierte Schriften dem „Bereich dieser schmutzigen, entnervenden Literatur“ an (ebd., S. 488). Sie warfen hier allgemein der revolutionären Literatur vor, welche die Bewegungen des Proletariats begleitet, dass sie „dem Inhalt nach notwendig reaktionär“ sei (ebd., S. 489).

Mehring wies den Vorwurf von Marx/Engels im *Manifest*, die „wahren“ Sozialisten hätten der Monarchie in die Hände gearbeitet, erstaunlicherweise zurück. Niemand von den „wahren“ Sozialisten sei „zur Regierung übergelaufen“; sie hätten „in diesem Punkt geradezu das reinsten Gewissen“. Sie seien „Männer, die mehr oder weniger aufrichtige und ehrliche Sympathie für die arbeitenden Klassen empfanden, die für das Wohl dieser Klassen zu entbehren und zu kämpfen wussten“ (Mehring 1963, S. 204f.):

Entscheidend ist in erster Reihe, daß die Vertreter des ‚wahren‘ Sozialismus, soweit sich ihre Spuren in den Revolutionsjahren verfolgen lassen, durchaus in der schärfsten politischen Opposition zum Absolutismus und Feudalismus gestanden haben (Mehring 1902, S. 390f.).

Wie Mehring aufrichtig zugibt, verteidigten Marx/Engels den bürgerlichen „Liberalismus“ als „revolutionär“, wo er „reaktionär war“, während die von ihnen diffamierten und angegriffenen „wahren“ Sozialisten den Liberalismus „in Grund und Boden“ verurteilten (Mehring 1960, S. 121). Auch nach Hammacher bekämpfte der „wahre“ Sozialismus jedenfalls „den zeitgenössischen Liberalismus“ (Hammacher 1911, S. 72). Der Grund der Heftigkeit, mit der Marx/Engels gegen den „wahren“ Sozialismus vorgingen (Zlocisti 1921, S. 234), lag Stein zufolge in der Wirklichkeit, dass die Anhänger des „wahren“ Sozialismus „der illegalen Arbeit des Vormärz Hilfe leisteten“. Die „wahren“ Sozialisten vertraten wie die revolutionären Kommunisten die Auffassung, dass die Lage des Proletariats durch die Herrschaft der Bourgeoisie nicht verbessert werde und der bürgerlich politische Verfassungskampf den arbeitenden Klassen und Besitzlosen keine durchgehenden Verbesserungen ihrer Lage bringe. Es gelte deshalb das Hauptaugenmerk nicht dem bürgerlichen Kampf um die Verfassungsordnung, sondern den unmittelbaren gesellschaftlichen Verbesserungen zu widmen (Stein 1937, S. 112).

Da die „wahren“ Sozialisten die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft kritisierten und ihre Kritik in erster Linie gegen Bourgeoisie und Liberalismus, nämlich gegen die neue aufstrebende und daher viel gefährlichere Macht richteten und sich von der ‚wissenschaftlich‘ verkleideten Unterstützung der Bourgeoisie nicht überreden ließen, eröffneten Marx/Engels als Befürworter der bürgerlichen Gesellschaft ihren Feldzug gegen sie. Ohne seinen Namen zu nennen, wurde Moses Hess im *Manifest* als Vertreter des „wahren Sozialismus“ heftig angegriffen, da dieser, wie Weitling, Gottschalk und Willich, im Gegensatz zu Marx/Engels damit nicht einverstanden war, dass das Proletariat in dem von der Bourgeoisie umzäunten Garten der „Demokratie“ mit ihr zusammentanze.

Um die Interessen der Bourgeoisie kämpften Marx/Engels mit allen, auch unfairen Mitteln, besonders, wenn ihnen frühere Freunde, wie Moses Hess, in die Quere kamen. Das Hauptproblem zwischen Hess und Marx/Engels lag also in der grundverschiedenen politischen Haltung gegenüber der Bourgeoisie. Hess' Ziel war nicht das „ewige Warten“ auf den „dialektischen Schritt des Geschichtsprozesses“, was Marx/Engels den Kommunisten als die einzige Alternative anboten. Für Hess war wichtig, dass der „gegenwärtige Zustand eine Änderung“ verlange (Hess 1962, S. 24).

In den Augen von Marx/Engels vertritt Hess einen völlig falschen Sozialismus, weil er sich „gegen den Liberalismus, gegen den Repräsentativstaat, gegen die bürgerliche Konkurrenz, bürgerliche Preßfreiheit, bürgerliches Recht, bürgerliche Freiheit und Gleichheit“ stellte, wofür Marx/Engels sich mit voller Kraft einsetzten. So erklärten sie in ihrem *Manifest* Hess für einen Feind und griffen ihn massiv an (MEW 4, S. 487). Marx/Engels warfen Hess vor, dass er „eine Waffe in der Hand der Regierungen“ sei. Mit ihrem Vorwurf hatten Marx/Engels vor, gegen Hess einen Rufmord zu begehen und ihn kleinzumachen, um u.a. auch „ihre Position im *Bunde* zu stärken“ (Zlocisti 1921, S. 236).

Doch in der schon behandelten Artikelserie ist nirgendwo zu erkennen, dass Hess „eine Waffe in der Hand der Regierungen“ sei. Es ist hier deutlich zu erkennen, dass er sich entschieden sowohl „gegen die deutsche Bourgeoisie“ als auch gegen die Monarchie positionierte (Hess 1921, S. 220). Zur Verteidigung von Hess gegen Marx/Engels' Diffamierungen in ihrem *Manifest* trat sogar Mehring auf. Hess halte doch „an der revolutionären Auffassung der Arbeiterfrage“ immer fest (Mehring 1902, S. 390f.). Die Behauptungen des *Manifests* seien „arg übertrieben, soweit es auf die Sache“, und „ganz ungerecht, soweit es auf die Personen ankam“ (Mehring 1960, S. 121f.).

## **8. Marx' Revolutionstheorie: bürgerliche Krisen- und Verelendungstheorie**

Im ersten Teil des *Manifests* wird behauptet, dass „die Epoche der Bourgeoisie“ die Klassengegensätze vereinfacht habe. So spalte sich die ganze Gesellschaft mehr und mehr in „Bourgeoisie und Proletariat“ (MEW 4, S. 463). Die „wachsende Konkurrenz der Bourgeois unter sich“, die daraus hervorgehenden „Handelskrisen“ und die immer rascher sich entwickelnde, „unaufhörliche Verbesserung der Maschinerie“ würden die Lebensstellung der Arbeiter dagegen immer „unsicherer“ machen. Sie würden beginnen, „Koalitionen“ gegen die Bourgeoisie zu bilden, um ihren „Arbeitslohn“ zu behaupten (ebd., S. 470). So ersthe die Organisation der Proletarier „immer wieder, stärker, fester, mächtiger“. Sie erzwingen die



Anerkennung einzelner Interessen der Arbeiter in Gesetzesform, indem sie die Spaltung der Bourgeoisie unter sich benutze, wie z.B. die Zehnstunden-Bill in England (ebd., S. 471).

In ihrem *Manifest* trugen Marx/Engels eine Prognose vor: Demnach stehe die in zwei Klassen gespaltene bürgerliche Gesellschaft über kurz oder lang vor einer Alternative; nämlich entweder weitere Verelendung und Rückfall in die Barbarei (ebd., S. 468)<sup>131</sup> oder der „gewaltsame Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung“ (ebd., S. 493). Diese Alternative implizierte in sich ebenfalls die verdeckte Bedrohung, dass das Schlechte auch durch das Schlimmste ersetzt werden könnte (ebd., S. 470). Gleichzeitig verkündeten sie, dass sich aus der allgemeinen Verelendung eine bessere Gesellschaft ergeben sollte. Demnach müsse sich der Klassenantagonismus in den industriell entwickelten Ländern aufgrund der Produktionsverhältnisse mit historischer Notwendigkeit schnell verschärfen und in eine revolutionäre Situation übergehen. Marx/Engels wollten in ihrem *Manifest* den Arbeitern die Verelendung als unvermeidlich beweisen und zum Trost die Weltrevolution verheißen (ebd., S. 468ff.).

Doch diese bürgerliche Verelendungstheorie, die Anfang der 1840er Jahren „nun so oft“ zuhören war, wurde bereits 1842 von Weitling in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift, *Die Junge Generation*, in einem Artikel *Die Wertfälschung im heutigen System* wie folgt kritisiert:

Wenn einmal die Menschheit durch die lange Sklaverei so schwach und elend wird, daß sie feiger Weise Hungers stirbt, dann für sie Hopfen und Malz verloren. Auf solche erbärmlichen, entkräfteten, schachmatten, ausgesaugten, feigen Kreaturen rechnet nicht. Diese wird nie das Elend dahin bringen, den Dingen aus eigenem Antriebe eine andere Wendung zu geben. Diesen geht es wie den Pferden, sie kennen ihre Kraft nicht mehr, und ziehen sich zu Tode in den Karren, für ein bisschen Häckelstroh; aber hauet ihnen die Stränge ab, mit welchen sie angespannt sind, und zeigt ihnen den Hafersack, so laufen sie mit euch durchs Feuer, wenn sie dazu noch die Kraft haben. Gesundheit und Kraft gehört aber zu jedem großen Unternehmen. Eine stärkere Vermehrung des allgemeinen Elends schwächt aber sowohl das Eine als das Andere (Die Junge Generation 1842, S. 132).

In seiner schon erwähnten Artikelserie richtete auch Eduard Wiss 1854 in der *RdA* eine scharfsinnige Kritik an der Verelendungstheorie von Marx/Engels im *Manifest*. Er kritisierte

---

<sup>131</sup> Engels Artikel *Die Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie* in den *Jahrbüchern* (1844) gab Marx den Stoff für seine Theorie. Er stellte in seinem Artikel die Verelendungstheorie auf und behauptete, dass die durch die Konkurrenz hervorgerufenen ökonomischen Krisen die Klassenkämpfe verschärfen würden, „bis die Welt in Millionäre und Paupers, in große Grundbesitzer und arme Tagelöhner geteilt ist“. Dann stehe die große Revolution vor der Tür. Der Kommunismus müsse von selbst aus der dialektischen Entwicklung des kapitalistischen Systems hervorgehen (MEW 1, S. 522ff.).

Marx, dass dieser im Manifest mit seiner „Verelendungstheorie“ die ganze Kulturgeschichte der Menschheit lediglich aus Klassengegensätzen des Besitzes erkläre und dabei Adam Smith abschreibe und ihn zuweilen groß drucke.<sup>132</sup> Aber „ein Trank aus Wahrheit und Trug gemischt“, habe immer „die Gefahr, in seiner Wirkung unwachsamen Köpfe“ zu verwirren. Es sei zwar wahr, dass der Besitz zu allen Zeiten den Menschen eine gewisse Macht gegeben habe. „Was habe aber dem Besitz gegeben?“, fragte Wiss. Für ihn reichen allein die ökonomischen Kategorien zur Erklärung der sozialen Ordnung wie auch der sozialen Klassenverhältnisse nicht aus. Dafür seien die sozialen „Machtverhältnisse“ ausschlaggebend:

Der Stärkere an Körperkraft brandschatzt den Schwächeren, ob er ihm seinen Besitz mit Gewalt, durch List oder durch Steuern nimmt; der Pfaffe, mächtig über die Gemüter, gewinnt den Besitz seiner Gemeinde und dieser Besitz gibt ihm neue Macht; der Staatsmann, mächtig über die Geister, lässt sich den Besitz gesetzlich in die Hände geben und verhöhnt dann mit dieser Macht des Besitzes das Gesetz und den Geber (RdA 1854, S. 116).

Verbinde sich die Macht des Besitzes je mehr mit der Macht der physischen Gewalt und der Klugheit, desto trostloser werde die Lage des besitzlosen Volkes. Dem Volk werde so Geist, Willenskraft und Körper verkrüppelt. Da kommen an seinen lebendigen Leichnam „die philosophischen Würmer“ heran und erzählen von dem Leben des Todes, von noch schärferer Entwicklung der Klassengegensätze (ebd.).

Wenn man beispielsweise auf Irland blicke, wo ein Volk durch das große Kapital systematisch zur tiefsten, massenhaftesten Armut niedergedrückt sei, sei keine Spur einer ernsthaften, bewussten sozialen Bewegung zu finden. Es sei eine Tatsache, dass ganz Irland ausgewandert sei, „bisher nach Amerika und jetzt nach Australien“. Die „Autopsie dieses Volkes“ spreche besser als „Journalistenphrasen“ von Marx. Menschen in Irland gehen „am Hungertyphus zu Grunde“ oder wandern aus, ohne „durch Handelskrisen“ zur Revolution getrieben zu werden (ebd., S. 132). Wiss stellt fest, dass die „Revolutionstheorie“ im *Manifest* mechanistisch, deterministisch und gar und ganz konservativ und reaktionär ist (ebd., S. 108f.).

## **9. Marx/Engels kämpfen „gemeinsam mit der Bourgeoisie“**

Im letzten und sehr kurzen Abschnitt des *Manifests*, der nur eine Seite umfasst, proklamierten Marx/Engels die Unterstützung der „wissenschaftlichen“ Kommunisten für die Bourgeoisie

---

<sup>132</sup> Auch nach Mehring sei die Verelendungstheorie im *Manifest* zuallererst „von bürgerlichen Ökonomen“ aufgestellt worden. Er gab zu, dass sie von Marx/Engels ins *Manifest* eingenommen wurde. Aus diesem Grund habe das *Manifest* sich „noch nicht hinlänglich von den Anschauungen der bürgerlichen Verelendungstheorie freigemacht“ und die Reaktion des Proletariats gegen die verelendenden Tendenzen der kapitalistischen Produktionsweise im Lichte der Interessen der Bourgeoisie „zu einseitig“ betrachtet (Mehring 1960, S. 157).

offen und laut (MEW 4, S. 492). Sie wollten hier die „Stellung der Kommunisten“ gegenüber der Bourgeoisie durch ihre „Antithese“ von Grund auf ändern, um die Kommunisten für die politischen Zwecke der Bourgeoisie in Bewegung zu setzen.

Im ersten Abschnitt lieferten Marx/Engels eine Beschreibung der Bourgeoisie als „höchst revolutionär“ weltverändernder Kraft ab (ebd., S. 464) und luden die Kommunisten und Arbeiter im letzten Abschnitt des *Manifests* zur weltgeschichtlichen Bühne ein, um „gemeinsam mit der Bourgeoisie“ zu kämpfen (ebd., S. 492). Doch in der Wirklichkeit trennte vor der Revolution von 1848/1849 eine tiefe Kluft das arbeitende Volk von der Bourgeoisie, was Marx/Engels diese Tatsache dem Volk verschwiegen und stattdessen für ein Zusammengehen der Arbeiter mit der Bourgeoisie plädierten. Sie kannten diesen Gegensatz und versuchten deswegen mit aller Kraft, gegen eine Trennung der proletarischen Bewegung von der Bourgeoisie zu wirken.

Durch ihre Antithese verleihen Marx/Engels den Kommunisten eine bourgeoisiefreundliche Identität, indem sie die Kommunisten für die Verbündeten und Unterstützer der Bourgeoisie erklärten. Die bourgeoisiefreundlichen Kommunisten des *Manifests* bedrohen nicht die Bourgeoisie; ganz im Gegenteil, sie bieten der Bourgeoisie ihre volle Unterstützung an. Die bourgeoisiefreundlichen Kommunisten des *Manifests* tragen auch keine persönliche Verantwortung für die Enteignung der Bourgeoisie, und selbst das Proletariat werde nur die Rolle spielen, die die Geschichte ihm zugeteilt habe (Stedman Jones 2012, S. 21), nämlich „die Erkämpfung der Demokratie“ (MEW 4, S. 481). Das *Manifest*, so Hollander, „justifies communist support for constitutional reform measures and calls for cooperation between the bourgeoisie and the proletariat“ (Hollander 2011, S. 176).

Die Kommunisten des *Manifests* schreiben, dass sie überall „jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände“ unterstützen. In ihren Augen war jedoch „die revolutionäre Bewegung“ mit der Bourgeoisie identisch und „die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände“ waren nichts anderes als die feudalen gesellschaftlichen und politischen Zustände. So betonte das *Manifest*, wie die vorherigen Schriften von Marx/Engels, dass in Deutschland zunächst einmal die Bourgeoisie ihre Herrschaft durchsetzen müsse (MEW 4, S. 493).

Dagegen lehrt Weitling die Arbeiter und Besitzlosen, wie er 1846 im Konflikt mit Marx formuliert, dass sie „ihre Hoffnung nur auf sich selbst setzen“ müssen (BdK 1, S. 304). Er propagiert aus den Erfahrungen in Frankreich heraus die Trennung der Arbeiter von der Bourgeoisie und betrachtet es als die Aufgabe der Kommunisten, die Instrumentalisierung des

Proletariats in der Revolution zu verhindern: „damit wir endlich, wenn man uns wieder mit Gewalt in die Revolution hinausstößt, dieselbe für unser Interesse zu benutzen verstehen“ (Weitling 1955, S. 366).

Da Weitling politisch denkt, hält er vom Kampf um die Aufhebung des Feudalismus, um die Demokratie und die bürgerlichen Freiheiten, ohne den Nutzen dieser Freiheiten für den Kampf des Proletariats zu leugnen, nicht viel; denn sie berühren die wahren Interessen des Proletariats wenig. Für revolutionäre Kommunisten sind die Orientierung und Teilnahme des Proletariats an der Revolution in Deutschland die Bedingung, weil sie die „Verselbstständigung des Proletariats“ nur in seinem Kampf um sein eigenes Interesse sehen. Nach Kowalski liegen die geschichtliche Bedeutung Weitlings und sein Verdienst gerade darin, dass er das Proletariat „auf ideologischem Gebiet“ von der Bourgeoisie abgrenzt (Kowalski 1962, S. 164). Im Gegensatz zu Marx/Engels beginnt Weitling mit dem Kampf, um die arbeitenden Klassen und Besitzlosen ideologisch, organisatorisch und politisch aus dem „Schlepptau der Bourgeoisie“ zu lösen (Seidel-Höppner 1961, S. 151).

Marx/Engels versuchten im *Manifest* einerseits den Nachweis zu erbringen, dass der Kapitalismus, die freie Konkurrenz, also die Herrschaft des Bürgertums nicht durch den revolutionären Akt der Kommunisten und Arbeiter, sondern durch die Gesetzmäßigkeit der Geschichte, sozusagen von sich selbst also irgendwann in die Herrschaft des Proletariats umschlagen müsse. Eine festgesetzte bürgerliche Gesellschaft müsse als Voraussetzung für eine proletarische Revolution gesehen werden, die wiederum nach dem Vorantreiben der sozialen und ökonomischen Entwicklung durch die Bourgeoisie innerhalb eines sehr längerfristigen Prozesses zu Stande kommen würde (ebd., S. 471ff.). Andererseits wollten sie die Kommunisten und Arbeiter dazu überreden, dass „die deutsche bürgerliche Revolution“ also „nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution“ sein könne. Deswegen müssten Kommunisten und Arbeiter in der Revolution für die Herrschaft der Bourgeoisie kämpfen, um sie „unmittelbar“ danach zu stürzen (ebd., S. 493).

Ausschlaggebend war an dieser Formulierung das Adjektiv „unmittelbar“. Die bürgerliche Revolution sei hier ein „kurzes Intermezzo bis zur proletarischen“ (Sieferle 1979, S. 77). Diese Pointierung der Entwicklung steht in offensichtlichem Widerspruch zu dem Verhalten und Aussagen von Marx/Engels vor, während und nach der Revolution selbst. Solche Aussagen wie diese stimmen mit den längerfristig angelegten Revolutionserwartungen von Marx/Engels und mit deren Theorie der „Vervollkommnung der Maschinen“ nicht überein. Zahlreiche Aussagen des *Manifestes* stehen mit diesem Adjektiv „unmittelbar“ in Widerspruch. Im *Manifest* wird

z.B. „die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft insgesamt im Zeitraffer“ dargestellt, und „Entwicklungen werden als geschehen antizipiert, von denen kaum das erste Anzeichen sichtbar sind“. Hier wird die „kommunistische Revolution“ als „Resultat der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft“ betrachtet (ebd., S. 77f.).

Hunt und Schieder sind der Meinung, dass das Adjektiv „unmittelbar“ eine Konzession von Marx/Engels an den „ungeduldigen deutschen Arbeiterführern“ im *Bund* sei (Hunt 1974, S. 185ff; Schieder 2018, S. 28). Doch solche Aussagen sind nicht nur im *Manifest* zu finden, sondern sie sind wie erwähnt auch in ihren anderen Texten anzutreffen. So behauptete Engels schon in seinen *Grundsätzen des Kommunismus*, dass die Kommunisten und das Proletariat die Bourgeoisie „sobald als möglich“ an die Herrschaft bringen zu helfen, um „sie sobald wie möglich wieder zu stürzen“ (MEW 4, S. 379). Genauso behauptete er weiter im Januar 1848 in seinem Artikel *die Bewegungen von 1847*, dass die Herrschaft der Bourgeoisie „höchstens einige Jahre“ dauere und so werde sie nur „eine kurze Zeit herrschen“ (ebd., S. 502). Diese Aussagen von Marx/Engels sind m.E. keine „Zugeständnisse“ für die Zentralbehörde des *Bundes*, sondern sie sind ihre Täuschungs- und Manipulationsmittel, um die Zentralbehörde des *Bundes* für die Unterstützung der Bourgeoisie zu gewinnen.

Diese Aussagen sind als bloße Floskeln zu verstehen. Denn die Kampfgeschichte der arbeitenden Klassen und Besitzlosen hatte mehrmals das Gegenteil bewiesen, nämlich, dass alle gesellschaftlichen Zustände in der Regel nur durch Revolutionen gelockert und in Bewegung gesetzt werden können. Wenn ein System sich etabliert hat, dann ist es unmöglich, es zu stürzen. Es gibt in der Geschichte „Knotenpunkte“ und „Eruptionen, die sie mit einem Ruck um ein großes Stück vorwärtsstoßen“ (Joho 1932, S. 107). Die arbeitenden Klassen können also nur in diesen „Knotenpunkten“ der Geschichte, nämlich in Revolutionen oder in Kriegen, wie Weitling darauf hinweist (Weitling 1842, S. 230), die bestehende unterdrückerische und ausbeuterische Ordnung zum Wanken bringen.

Im zweiten Abschnitt des *Manifests* verkünden Marx/Engels, dass die „Proletarier“ in der Revolution „nicht ihre Feinde“, nämlich die Bourgeoisie, sondern nur „die Feinde“ der Bourgeoisie, nämlich nur die Aristokratie, bekämpfen müssten (MEW 4, S. 470), bis sich die ganze geschichtliche Bewegung in den Händen der Bourgeoisie konzentriere und jeder errungene Sieg ein Sieg der Bourgeoisie sei. Erst nach der Verstärkung und Etablierung der politischen und ökonomischen Herrschaft der Bourgeoisie könne das Proletariat für seine Unterstützung einige Zugeständnisse, wie die „Anerkennung einzelner Interessen der Arbeiter in Gesetzesform“ (ebd. S. 471), innerhalb des kapitalistischen Systems bekommen.

Es wäre m. E. ein Witz, zu behaupten, dass das Proletariat gemeinsam mit seinem eigenen „Feind“, nämlich zusammen mit der Bourgeoisie, gegen den Feind ihres Feindes, also gegen die Aristokratie, eintreten müsse, um sie nach der Errichtung der bürgerlichen Gesellschaft gleich wieder zu stürzen. Doch wenn die reale Gefahr für die Bourgeoisie einmal vorbei ist, dann können die Arbeiter gegen sie absolut nichts machen. Wenn die Bourgeoisie erst den Sieg über den Adel errungen hat, dann hat sie logischerweise einen Feind weniger und tritt noch stärker als vorher gegen Arbeiter auf. Dagegen werden die arbeitenden Volksklassen am Ende des Tages noch schwächer als zuvor.

In einigen ganz wenigen Stellen im *Manifest* sind doppelsinnige Aussagen zu treffen, wo die Revolution als gewaltsame Aktion, Zerschlagen der Ketten und Griff nach der Macht durch das Proletariat verstanden wird. Die Aussagen, wie „Abschaffung des Privateigentums“ oder „gewaltsamer Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung“ (ebd. 4, S. 493), die Engels von Weitling abgeschrieben hatte, spielen im *Manifest* m.E. eine Manöverrolle zur Manipulation der „Straubinger“, die nur Parolen, Kampfesrufe, aber nicht ökonomische „Deduktionen“ hören wollten (Friedenthal 1981, S. 321). Doch Marx/Engels mussten „bis auf einige ganz kleine Kleinigkeiten“ durchsetzen, dass gegen ihre Ansichten, nämlich gegen die Unterstützung der Bourgeoisie, „wenigstens nichts“ im *Manifest* steht, wie Engels in einem Brief an Marx während des Schreibprozesses des *Manifests* sein Vorhaben deutlich formulierte (MEW 27, S. 107ff.).

#### **10. Das Manifest: kein „Zeugnis der Verschmelzung“ mit der Arbeiterführung**

Engels behauptete 1891 in seinem Artikel *Der Sozialismus in Deutschland*, dass das *Manifest* „eine Verschmelzung“ vom „wissenschaftlichen“ Kommunismus mit der Arbeiterbewegung darstelle. Dies sei also „eine Verschmelzung, vollendet und besiegelt im Glutofen der Revolution“ (MEW 22, S. 248). Gegen Engels' Behauptung spricht in der Tat vieles dafür, dass selbst die Zentralbehörde des *Bundes* dem *Manifest* „keine sehr hohe Wertschätzung“ entgegenbrachte, denn in den Protokollen des Londoner Arbeitervereins ist eine Diskussion über das *Manifest* nicht zu lesen (Kuczynski 1995, S. 63f.). Die Mitglieder der Zentralbehörde des *Bundes*, die in Engels Augen „immer noch die Erträglichsten“ von „Straubinger[n]“ waren (MEW 27, S. 70f.), behandelten das *Manifest* nach Kuczynski „mit einer gewissen Distanziertheit“. Nach Kuczynski sei „die Sache wochenlang verschleppt“ worden und auch nach dem Erscheinen des *Manifests* habe sich niemand darum weiter „bekümmert“. Die Zentralbehörde habe das Manuskript des *Manifests* „milde ausgedrückt, reichlich diktatorisch“ behandelt (Kuczynski 1995, S. 63f.).

Es kann daher auch nicht überraschen, dass Gödecke, der Leiter der Amsterdamer Bundesgemeinde, im Sommer 1848 im Amsterdamer Kommunistenprozesses das Programm des *Manifests* von Marx/Engels entschieden ablehnte (Stein 1937, S. 144). Auch Weitling unterbrach den Abdruck des *Manifestes* sofort, dessen beide erste Teile während seiner Abwesenheit im November 1851 in der *Republik der Arbeiter* unter dem Titel *Bourgeoisie und Proletariat* von Koch, der mit Marx schriftlich verkehrte, fast vollständig abgedruckt wurde, ohne dessen Autoren anzugeben. Der Abdruck wurde „abgebrochen“, nachdem Weitling die Zeitschrift mit einer gewissen Verspätung erhielt und so den ihm bekannten Inhalt las (Bravo 1979, S. XXII).

Wie Engels behauptete auch Marx: „Nach heftigen mehrwöchentlichen Debatten wurde das von Engels und mir abgefaßte ‚Manifest der Kommunistischen Partei‘ angenommen“ (MEW 14, 439). Doch es gibt triftige Gründe, daran zu zweifeln, und es spricht vieles dafür, dass das von Marx/Engels abgefasste *Manifest* von den Mitgliedern des *Bundes* weder diskutiert noch angenommen wurde. Denn der Entwurf hätte zuerst statutengemäß allen lokalen Gemeinden des *Bundes* „zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt“ werden müssen, bevor er Gültigkeit erlangte (BdK 1, S. 467). „Das ist nicht geschehen“ (Schieder 1991, S. 39f.).

Bekanntlich beauftragte der 2. Kongress Ende 1847 Marx (MEW 14, 439), dass er für das *Manifest* mit Hilfe von Kongressabschlüssen ein Vorwort und ein Nachwort schreibe. Marx hatte jedoch lange gewartet und sich „keineswegs beeilt“, den auf dem Kongress übernommenen Auftrag „zügig“ abzufertigen (Schieder 1991, S. 38). Er hielt also augenscheinlich die Fertigstellung des *Manifests* nicht für so wichtig, wie er selbst und vor allem Engels es dann später in der Rückschau darstellten (MEW 22, S. 57f.).

Am 24. Januar 1848 drohte die Zentralbehörde des *Bundes* den „Bürger Marx“ mit weiteren „Maßregeln gegen ihn“, der auf dem 2. Kongress die „Abfassung“ der „ihm vom Kongress zugestellten Dokumente“ übernommen hatte, wenn er diese Dokumente nach London nicht zurücksende (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 384). Aus diesem Schreiben geht eindeutig hervor, dass der Bundeskongress allein Marx mit der Abfassung eines Manifests beauftragt hatte. Es sollte „ein einfaches kommunistisches Glaubensbekenntnis“ der Kommunistischen Partei sein (BdK 1, S. 431), denn der 1. Kongress beschloss bekanntlich in den Artikeln 33 und 36 der Bundesstatuten, dass der Bundeskongress sich „im Monat August jedes Jahres“ versammelt und dass der Kongress „nach jeder Session außer seinem Bundesschreiben ein Manifest im Namen der Partei“ erlässt (ebd. S. 629). Es steht fest, dass dieses Manifest „ein Auftragswerk“ des Bundeskongresses war, dass Marx es entsprechend den ihm gegebenen Bundesdokumenten

schreiben musste, und dass es „statutengemäß schon auf dem nächsten Kongress“, also im August 1848, durch ein neues ersetzt werden sollte (Kuczynski 1995, S. 37).

Marx wartete aber weiter, bis die Revolution ausbrach. Jetzt hatte er freie Bahn, das Programm ganz nach seinen Wünschen zu schreiben. Ihm wurde jedoch von dem Kongress „eine solche Aufgabe“ gar nicht gestellt und auch ein „solches Erzeugnis“ war gar nicht erwünscht, denn „das wuchs über den gesteckten Rahmen der Kongressbeschlüsse hinaus“ (Na’aman 1965, S. 13f.). Doch Marx lieferte ein Programm, in dem die Unterstützung der Bourgeoisie durch die Kommunisten mit Hilfe der Entwicklungsgesetze der Geschichte legitimiert und gerechtfertigt wurde. Damit hatte der Bundeskongress ihn jedoch sicher nicht beauftragt.

Marx wurde allein mit der Abfassung des *Manifests* beauftragt. Er hatte dabei jedoch sämtliche Hilfe von Engels bekommen, wie ein Brief von ihm an Marx vom 23./24. November 1847 bewies (MEW 27, S. 107). Da die von Arbeiterführern des *Bundes* Marx vorgelegten Kongressmaterialien „unbekannt“ (Schieder 2018, S. 41) und ebenso die „schriftlich fixierten Protokolle der Programmdiskussionen“ merkwürdigerweise verschollen sind (Brandenburg 1977, S. 194), ist es nicht zu überprüfen, ob Marx das *Manifest* entsprechend den Parteidokumenten verfasste. Die „äußerst lückenhafte Quellenüberlieferung, wie auch die Zusammenschau der erhalten gebliebenen Quellen und der sich widersprechenden Erinnerungen von Beteiligten“, ermöglichen es nicht, schreibt Kuczynski, „alle wesentlichen Fragen eindeutig zu beantworten“ (Kuczynski 1995, S. 35).

Obwohl das *Manifest* kein *Manifest der Kommunistischen Partei*, sondern ein *Manifest* von Marx/Engels war, behauptete Marx im Herbst 1849 bei einer Begegnung mit Weitling in London ihm gegenüber, dieser müsse „es doch auch anerkennen“, dass das *Manifest* „von der ganzen kommunistischen Parthei“ ausgehe. Da Weitling zu gut wusste, wie das *Manifest* zustande kam, erwiderte er Marx wie folgt:

Davon weiß ich kein Wort: Wenn es von der ganzen Parthei ausginge, so mußte ich auch davon wissen. Ich bin zur Abfassung dieses Manifestes nicht eingeladen worden und zähle doch gewiß mit zur Parthei (Rokitjanski/Worobjowa 1980, S. 314).

Wie Weitling in seinem Notizheft schrieb, schien seine Erwiderung Marx gar nicht zu gefallen, sodass dieser „dabei ein sehr unwilliges Gesicht mit einer fast wüthenden aber schnell unterdrückten Bewegung“ machte.

Marx/Engels behaupteten 1872 im Vorwort des *Manifests*, das Manuskript „wanderte wenige Wochen vor der Februarrevolution nach London zum Druck“ (MEW 18, S. 95). Doch laut Nettlau wurde erst in der Sitzung vom 29. Februar 1848 beschlossen, dass „das Geld für die



Druckkosten des *Manifests* aus der Gesellschaftskasse vorgeschossen werden soll” (Nettlau 1919, S. 394). Auch Thomas Kuczynski führt den Nachweis, dass das *Manifest* erst nach dem 1. März 1848 gedruckt worden sein kann. Das bedeutet, dass es auf keinen Fall vor dem 29. Februar 1848 gedruckt wurde (Kuczynski 1995, S. 62f.). Da eine postalische Zustellung des Beschlusses nicht existiere, vermutet er, dass Marx derjenige gewesen sei, der das *Manifest* Ende Februar nach London selbst brachte. Kuczynskis These basiert auf einem polizeilichen Dokument, das bestätigt, dass Marx’ Freund Jottrand in der Versammlung der Brüsseler Demokratischen Gesellschaft vom 29. Februar 1848 mitgeteilt habe, Marx sei nach London abgereist. Diese Mitteilung zeigt, wie das *Manifest* in London gelandet ist (ebd., S. 67).

Bert Andréas hält es ebenfalls für möglich, dass Marx „das Manuskript selbst nach London gebracht“ und den letzten Abschnitt des *Manifests* unmittelbar nach der Pariser Februarrevolution von 1848 geschrieben habe (Andréas 1978, S. 12ff.). Marx reiste wohl in der Mitternacht vom 28. Februar 1848 oder am Morgen vom 29. Februar nach London und kehrte wieder am Morgen vom 3. März nach Brüssel zurück. Ihm reichten anderthalb bis zwei Tage, um das *Manifest* abzugeben und die wohl in mündlicher Absprache erteilte „Diktaturermächtigung“ für sich selbst zu holen (Schieder 1991, S. 39f.).

Nach Herres war das *Manifest* „weder in seiner Wirkungslosigkeit noch in seinen Kernaussagen charakteristisch für den Sozialismus und den Kommunismus, die in den 1840er Jahren in Europa als politische oder soziale Bewegung in Erscheinung traten“ (Herres 1998c, S. 260). Es ist bemerkenswert, dass das *Manifest* vom 3. März 1848 bis 28. Juli 1848 (Meiser 1991, S. 117) dank der Zustimmung des Inhabers Karl von Braunschweig (1804–1873) in der *Deutschen Londoner Zeitung* fast fünf Monate lang fortsetzend gedruckt wurde (Dénes 1966, S. 64).<sup>133</sup> Die erste Ausgabe des *Manifests* erschien anonym und blieb während und nach der 1848 Revolution unbedeutend.

Das *Manifest* wurde weder bei seinem ersten Erscheinen noch in den 1850er und 1860er Jahren irgendwo bekannt, „geschweige denn gedruckt“. Es war „praktisch“ vergessen (Schieder 1965, S. 267). So schreibt beispielsweise Wolf Schäfer, dass in den 1860er Jahren August Bebel und Eduard Bernstein immer noch Arbeiter kennengelernt hatten, die Weitlings Sympathisanten gewesen waren und auch seine Schriften gelesen hatten (Schäfer 1971, S. 201).

---

<sup>133</sup> Der „Diamantenherzog“ Karl von Braunschweig war ein Verwandter von Marx’ Schwiegervater Johann Ludwig von Westphalen (1770–1842). In seinem Blatt *Deutsche Londoner Zeitung* gewährte er Marx die Publikation des *Manifests* (Dénes 1966, S. 64).

„Die eigentliche Wirkungsgeschichte des Manifests“, stellt Herres fest, „begann erst 1872“ (Herres 2020, S. 121). Marx etablierte sich nämlich erst nach der Niederschlagung der Pariser Kommune von 1871 „quasi über Nacht“ als „großer revolutionärer Architekt des ‚wissenschaftlichen‘ Sozialismus“ (Stedman Jones 2012, S. 28). Der revolutionäre Kommunismus wurde so nach der blutigen Niederschlagung der Pariser Kommune durch Einflüsse reformistischer Tendenzen, zu deren theoretischen Vätern Marx/Engels zu zählen sind, in der Arbeiterbewegung zurückgedrängt. Die erste deutsche Auflage des *Manifests* erschien dann im Jahr 1872 in Leipzig mit dem Vorwort von Marx/Engels. In Frankreich, wo das Zentrum der Revolution im 19. Jahrhundert war, und anderen Ländern wurde das Buch frühestens erst in den 1880er Jahren gedruckt (Schieder 1965, S. 267).

„Leidet lieber in der modernen bürgerlichen Gesellschaft, die durch ihre Industrie die materiellen Mittel zur Begründung einer neuen, euch alle befreienden Gesellschaft schafft, als daß ihr zu einer vergangenen Gesellschaftsform zurückkehrt, die unter dem Vorwand, eure Klassen zu retten, die ganze Nation in mittelalterige Barbarei zurückstürzt!“

Karl Marx – „*Montesquieu*“ *Neue Rheinische Zeitung* vom 21./22. Januar 1849

„Wozu aber eine Revolution, wozu sollen wir, Männer des Proletariats, unser Blut verspritzen, müßten wir wirklich, wie Sie Herr Prediger [Marx] uns verkünden, um der Hölle des Mittelalters zu entgehen, uns freiwillig in das Fegfeuer einer dekrepiten Kapitalherrschaft stürzen, um von dort in den nebelhaften Himmel Ihres ‚kommunistischen Glaubensbekenntnisses‘ zu gelangen. [...] [D]as arbeitende Volk soll wissen, dass Sie [Marx] weder sein Freund noch der Freund der Revolution sind und sein können.“

Andreas Gottschalk – „*An Herrn Karl Marx*“ *Freiheit Arbeit* vom 25. Februar 1849

## **B. Konflikte zwischen der deutschen Arbeiterführung und Marx/Engels während der Revolution von 1848/1849**

### **I. Die Revolution in Paris und der Arbeiteraufstand in Köln**

Das erste Kapitel von Hauptteil B beginnt mit der Schilderung und Bewertung der ersten Wochen der Pariser Februarrevolution von 1848, da Karl Marx und die führenden Mitglieder des *Bundes der Kommunisten*, wie u.a. Karl Schapper, Sebastian Seiler und Ernst Dronke sich in diesem Zeitraum in Paris befanden. Hier werden die entgegengesetzten Standpunkte von Marx/Engels und der revolutionären Arbeiterführung zum bewaffneten Widerstand in den ersten Wochen der Revolution geschildert. Folgend wird der gleich nach der Pariser Februarrevolution von Gottschalk, Willich und Anneke aus der Kölner Bundesgemeinde organisierte und durchgeführte Kölner Arbeiteraufstand vom 3. März 1848 gegen „Börsen-Männer“ und „Geldspekulanten“ ausführlich behandelt und analysiert.

Auch die Ängste des Großbürgertums und Marx/Engels vor den Selbstbestimmungsbestrebungen der Arbeiter und ihre Reaktionen auf den Kölner Arbeiteraufstand werden in diesem Kapitel dargelegt. Dieses Kapitel befasst sich auch mit der Frage, wie Marx/Engels in den ersten zwei Monaten der Revolution auf die Selbstbestimmungsbestrebungen der Kommunisten und Arbeiter reagierten. Hier wird gezeigt, dass Marx als das Projekt der Moderne gegen die Führung der organisierten Arbeiterbewegung

Maßnahmen ergriff, indem er bei der Londoner Bundesbehörde die Diktaturermächtigung allein für sich selbst zur Kontrolle der Bundesmitglieder erwarb und seinen Kampf gegen die bewaffnete und organisierte Wiederkehr der Kommunisten nach Deutschland startete.

### **1. War die Pariser Februarrevolution von 1848 „politisch“ oder „sozial“?<sup>134</sup>**

Die Pariser machten nicht nur in sommerlichen Zeiten Revolution, wie etwa im Juli 1789, als sie die Bastille stürmten. Sie revolutionierten auch in winterlichen Zeiten, als das Militär am 23. Februar 1848 in Paris auf friedliche Demonstranten schoss. So steigerte sich „die Temperatur zur Julihitze“ und am 23./24. Februar 1848 waren die Straßen von Paris voller Barrikaden (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 143f.). Das Militär zog sich nach kurzen, heftigen Barrikadenkämpfen zurück und am Abend befand sich die Residenz des Königs in den Händen der Aufständischen. In den Straßen, so beschreibt der Staatsrechtler Lorenz von Stein, der seinen Untersuchungsbericht *Der Socialismus und Communismus im heutigen Frankreich* nach fast zweijährigem Aufenthalt in Paris mit diskreter Unterstützung der preußischen Regierung verfasste (Koenen 2017, S. 277), „sah man überall die Blouse, diese Uniform des Proletariats“ (Stein 1848, S. 10ff.).

Der König Louis Philippe floh mit seiner Familie nach England. Das Bundesmitglied und ein begabter Journalist Ernst Dronke (1822–1891) schilderte als Zeitzeuge Paris als das revolutionäre Zentrum Europas:

Die Stadt trug noch an allen Mauern die Spuren des Kampfes. Die Barrikaden waren für die Zirkulation geöffnet, aber nicht abgetragen; des Nachts flammten Wachtfeuer in den Straßen und Gruppen von pulvergeschwärzten Kämpfern, eine Patronentasche über die Bluse und ihre kaum erkaltete Flinte zur Seite, lagen hier, ihre kurzen Pfeifen rauchend, auf dem aufgerissenen Pflaster, um die vorüberkommenden, wie in einem Kriegslager mit einem drohenden ‚Qui vive‘ zu empfangen. Paris von Truppen entblößt, war machtlos in den Händen des Proletariats (Dronke 1850; zit. nach Singer 1986, S. 126).

Das Bundesmitglied Sebastian Seiler erinnerte sich ebenfalls an die gewaltigen Demonstrationen, die sich mit Tausenden Fahnen bewegten (Seiler 1850, S. 5). Die bürgerliche Trikolore wehte über dem Palais Royal und den Tuilerien. Dagegen zeigte sich „die rote Fahne der proletarischen Revolution“ in blanquistischen Hochburgen. Revolutionäre und sozialistische Klubs sprossen schlagartig aus dem Boden (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen

---

<sup>134</sup> Die Ausdrücke wie „gesellschaftlich“ und „sozial“ hatten im 19. Jahrhundert die gleiche Bedeutung. Sie wurden verwendet, um eine Revolution der arbeitenden Klassen und Besitzlosen zu äußern. Die Ausdrücke wie „politisch“ und „bürgerlich“ sind dagegen gleichbedeutend, und mit ihnen war die politische Machtergreifung der Bourgeoisie gemeint.

1963, S. 150). „Die Pariser sind an Clubs gewöhnt“, schreibt der Staatsrechtler Lorenz von Stein, wie 1830 „entstand auch 1848 folglich mit der Revolution eine Unzahl von Clubs“ (Stein 1848, S. 20). Ernst Dronke bestätigt, dass nur innerhalb eines Monats „weit über einhundert Arbeiterklubs mit fast 200.000 Mitgliedern“ gebildet wurden (Dronke 1850; zit. nach Singer 1986, S. 137). Jeden Tag erschienen neue Zeitungen, Broschüren, Flugblätter. Paris war von einem perlenden politischen Leben erfüllt. Die Bourgeoisie bildete sofort eine provisorische Regierung (Schraepfer 1972, S. 221), die nur durch einen Kompromiss zwischen den Flügeln der Bourgeoisie gegen den Druck der arbeitenden Klassen und Besitzlosen in Paris zustande gekommen war. Diese Regierung proklamierte dann die Republik.

Alle in Paris lebenden Revolutionäre hielten öffentliche Sitzungen und dachten, dass die in Paris angezündete revolutionäre Flamme sich nicht auf Frankreich begrenzen, sondern auch die anderen Länder Europas in Brand setzen wird (Seiler 1850, S. 5, 21). In dieser Zeit wurde die Frage des revolutionären Krieges zu einer der wichtigsten im Kampf der Parteien. Die Blanquisten, „getreu der Tradition Babeufs“, vertraten in diesem Kampf Babeufs „Idee des revolutionären Krieges, mit all der Leidenschaft, die ihr bestes Erbteil war“ (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 151). Sie trugen dazu bei, dass Babeufs Ideen, „die anders rein intellektuelle Konstruktionen geblieben wären, aufgegriffen, bereichert, vertieft und an der gesellschaftlichen Wirklichkeit des ‚Bürgerkönigtums‘ in Frankreich“ überprüft wurden. Aus ihnen wuchsen „die stärksten Arbeitervereinigungen“ empor (Bravo 1971, S. 253). Die Pariser Arbeiter entfalteten unter der Führung der Blanquisten die größte Militanz und forderten die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die Organisation der Arbeit durch Assoziation.

Den Blanquisten, den „Veteranen der geheimen Gesellschaften“, waren die Gefahren der bürgerlichen Konterrevolution bewusst (Dronke 1850; zit. nach Singer 1986, S. 123ff.). Nachdem Blanqui am 26. Februar 1848 durch die Macht der Februarrevolution aus einer dreizehnjährigen Haft nach Paris zurückkehrte, eröffnete er zielsicher im Bankenviertel einen politischen Klub mit dem Namen *société républicaine centrale*, der „bald nur unter dem Namen ‚Klub Blanqui‘ bekannt war“. Blanqui war „der Theoretiker und Praktiker, der unermüdliche Organisator und schließlich auch der Märtyrer“ des revolutionären Kommunismus (Bravo 1971, S. 253) und fand „in den Herzen der Arbeiter den vollsten Wiederklang“ (Dronke 1850; zit. nach Singer 1986, S. 144). Er begann mit seinem „Feldzug“ gegen die bürgerliche provisorische Regierung und schmiedete „aus einer immer steigenden Kritik der

Regierungsakte die Waffen der Revolution im Volk“ (ebd., S. 131). Das Bundesmitglied Dronke<sup>135</sup> schreibt dazu Folgendes:

Das revolutionäre Paris hat alle die glänzenden Namen der alten Demokratie, Ledru-Rollin, Louis Blanc und die doktrinären Systemprediger, abgenutzt befunden. [...] In dem heutigen Paris ist Blanqui der Mann, der in den Herzen der Arbeiter den vollsten Wiederklang findet, und die Bedeutung dieses Namens, – Blanqui hat ihn in jener Sitzung vom 26. Febr[uar] ausgesprochen: Die Revolution in Permanenz! (ebd., S. 144).

Dronke zufolge stellte Blanqui in diesen revolutionären Februartagen fest, dass die Republik zur Beute der Stellenjäger der Bourgeoisie geworden sei. Diese würden in der Revolution nur ein Mittel sehen, um an den Platz der alten royalistischen Beutelschneider ihre eigenen Kreaturen zu setzen. „Um die Revolution zu retten“, bedürfe es der Männer, welche ihr ganzes Leben an die Revolution gesetzt haben. „Um die Revolution zu retten“, bedürfe es noch anderer Mittel. Die Ohnmacht und die Ratlosigkeit der provisorischen Regierung selbst würden am sichersten zur Revolution führen. „Um die Revolution zu retten“, so Blanqui, „müssen wir sie permanent machen! Wir müssen [...] das Volk in den Klubs revolutionär organisieren“ (Dronke 1850; zit. nach Singer 1986, S. 130).

Für Blanqui hat die bürgerliche provisorische Regierung „nur eine ephemere Gewalt in den Händen“; die Revolution aber, „welche erst in den unermesslichen Volksschichten Wurzel“ geschlagen habe, werde dann auch die Regierung und die Nationalversammlung „unter die revolutionäre Herrschaft der Klubs“ zwingen. Dann haben „wir“, so Blanqui, „nicht bloß die Regierungsgewalt“, sondern „wir haben“ auch, „was aller Macht widersteht, die Gewalt der Revolution“. „In diesem Bekenntnis“, stellt Dronke fest, „liegt die Erklärung der ganzen revolutionären Tätigkeit Blanquis in den ersten Monaten der Republik“. Er zögerte nämlich nicht, „diese revolutionäre Taktik ins Werk zu setzen“ (ebd., S. 130f.).<sup>136</sup>

Gerade wegen ihres entschiedenen sozialistischen Charakters schreckte die Februarrevolution von 1848 ein großer Teil der chartistischen Arbeiter und deren Führer ab, die Marx gegen Ende

---

<sup>135</sup> Der mit Hilfe von „Willich und Consorten“ aus dem Gefängnis entflozene Journalist Ernst Dronke, den Engels „einem neuen Examen“ unterworfen und seine „Ansichten“ vorgetragen habe, scheint doch seine revolutionären Ideen nicht aufzugeben, obwohl er Engels gegenüber sich „einverstanden erklärte“, wie Engels schrieb, „alle seine früheren Schriften“ ihm gegenüber zu revozieren (MEW 27, S. 121f.).

<sup>136</sup> Im Februar 1848 verleumdete die Pariser Bourgeoisie Blanqui, er solle im Jahr 1839 ein königlicher Denunziant gewesen sein (Dronke 1850; zit. nach Singer 1986, S. 133ff.). Nach der Niederschlagung der Pariser Kommune von 1871 verbreitete auch Engels als der viertgrößte Bourgeois Manchesters seine Gerüchte gegen Blanqui, während dieser im Gefängnis saß. Demnach sei Blanqui, so schrieb er im Juni 1874, „wesentlich [...] nur dem Gefühl nach, mit den Leiden des Volks sympathisierend“, aber er habe „weder eine sozialistische Theorie noch bestimmte praktische Vorschläge sozialer Abhülfe“. In seiner politischen Tätigkeit fasse Blanqui „jede Revolution als den Handstreich einer kleinen revolutionären Minderzahl“ auf (MEW 18, S. 529).

1847, also noch vor zwei Monaten, in London als Befreier der Menschheit begrüßte (MEW 4, S. 414). Die Februarrevolution versetzte die Chartisten „in Zweifel“ (Stephens 1887. S. 29). Während die Blanquisten in Paris die Arbeiter und Besitzlosen in Bewegung setzten und „Revolution in Permanenz“ riefen, standen die Chartisten in London „etwas still“, wie die Londoner Bundesgemeinde am 8. März 1848 kritisch berichtete (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 395).

Engels, der immer sehr „stolz“ war, „sich einen Chartisten zu nennen“, und der auch seit langem bei jeder Gelegenheit wiederholte, dass die Befreiung aller europäischen Staaten von den „englischen Chartisten“ ausgehen müsse, erwähnte in seinem Artikel *Revolution in Paris* vom 27. Februar 1848 die Blanquisten mit keinem Wort. Nach Engels habe die „Bourgeoisie“ allein „ihre Revolution gemacht“ (MEW 4, S. 417f.).

Doch Proudhon unterstrich am 31. Juli 1848 in seiner berühmten Rede vor der Pariser Nationalversammlung den Abgeordneten, dass der „Socialismus“ schon seit zwanzig Jahren das Volk aufrege. Der „Socialismus“ allein habe die Februarrevolution erzeugt. Denn die „parlamentarischen Zwistigkeiten“ der Bourgeoisie konnten „die Massen nicht in Bewegung“ setzen (Proudhon 1848; zit. nach Stein 1848, S. 179f.). Auch zeitgenössische Beobachter bewerten die Februarrevolution vorwiegend als eine soziale Revolution. Selbst für unparteiische Zeitgenossen hatte das soziale Element bei der Februarrevolution einen ausschlaggebenden Charakter. Sogar Alexis de Tocqueville, Aristokrat und gleichzeitig Erzfeind Blanquis, schrieb in seinen Erinnerungen folgendes: „Der Sozialismus wird das wesentliche Merkmal der Februar-Revolution [...] bleiben. Aus der Ferne gesehen, wird die Republik dabei nur als ein Mittel und nicht als ein Ziel erscheinen“ (Tocqueville 1893; zit. nach Geiss 1972, S. 253).

Ohne triftige Argumente für seine Behauptung zu bringen, insistierte Engels doch weiter darauf, dass die „Bourgeoisie“ allein „ihre Revolution gemacht“ habe (MEW 4, S. 417f.). Erst dann hätten sich auch die Arbeiter „an diesem Kampfe“ beteiligt. Das „französische Proletariat“ habe ohne eine politische Führung sich „durch diese glorreiche Revolution wieder an die Spitze der europäischen Bewegung“ gestellt. Nur „das Volk“ habe also am 22. Februar angefangen, „Widerstand zu leisten“. Er schrieb bewusst in passiver Form, um den Namen der politischen Organisatoren der Revolution, nämlich die Blanquisten, zu vermeiden. „Barrikaden“ seien „errichtet“, „Wachposten erstürmt“ und „Schienen aller Eisenbahnen losgerissen“ worden. All dies soll nach Engels ohne die Organisation der politischen Akteure der arbeitenden Klassen und Besitzlosen zu Stande gekommen sein. In seinem Artikel sind die Blanquisten, die in der Realität die Arbeiter in Paris organisierten, nicht zu finden (ebd., S. 528ff.).

Doch nicht die „Bourgeoisie“ oder ein namenloses „Volk“ und „Proletariat“ allein macht die Revolution, wie Engels gern glauben machen will, sondern die Blanquisten spielten bei dieser Revolution die ausschlaggebende Rolle.

Die Nachrichten der *Kölnischen Zeitung*, deren Pariser Korrespondent der „etwas vom Kommunismus angewehrte [...]“ Karl Grün war, machten im Gegensatz zu den Berichten von Engels doch realistische Bilder von der Februarrevolution. Sowohl die preußische Regierung als auch die deutsche Bourgeoisie reagierten sofort auf Grüns Nachrichten aus Paris. Die „Aufmerksamkeit der Handhabung der Zensur“ wurde zur Hilfe gerufen, um die Schilderung des Volkes in Paris und der „vermeintlichen Errungenschaften desselben als etwas glorreiches und heilbringendes“ zu beenden (RhBA II/1, S. 484), denn die Vertreter der deutschen Bourgeoisie hielten die Februarrevolution für die „Widerwertigkeit eines schrecklichen, kaum noch für möglich gehaltenen Durchbruchs der rohesten Elemente“ (ebd., S. 469).<sup>137</sup>

Otto Camphausen, der Bruder des preußischen zukünftigen Ministerpräsidenten Ludolf Camphausen, den Marx/Engels während der Revolution leidenschaftlich unterstützten, war der Meinung, dass die Februarrevolution in Frankreich „von Ideen ausgegangen und getragen“ sei, „die fast einen völligen Umsturz aller bisherigen Grundlagen der Gesellschaft bedingen, die mit der ‚Organisation der Arbeit‘ beginnen, um mit der Vernichtung des Eigentumsrechts aufzuhören“, was er selbst als einen „Wahnsinn“ betrachten wollte (ebd., S. 717f.).

Es ist bemerkenswert, dass der Name Blanqui und Blanquisten in Engels' Schriften über die Revolution in Frankreich kaum auftaucht.<sup>138</sup> Während Engels die Namen der politischen Akteure der Bourgeoisie immer vollständig aufzählte, vermied er politische Vertreter der Arbeiter und Besitzlosen mit den Namen zu nennen. Obwohl selbst die Vertreter der Bourgeoisie zugeben, dass die Pariser Februarrevolution „von Ideen ausgegangen und getragen“ sei, „die fast einen völligen Umsturz aller bisherigen Grundlagen der Gesellschaft bedingen“ (ebd., S. 718), verleugneten Marx/Engels den proletarischen Charakter der Februarrevolution und die politische Rolle der Blanquisten in der Revolution und behaupteten, dass die „Bourgeoisie“ allein „ihre Revolution gemacht“ habe (MEW 4, S. 417f.).

---

<sup>137</sup> Joseph Hansen sammelt in den zweibändigen Büchern *Rheinische Briefe und Akten* (RhBA) den Briefwechsel der führenden Vertreter der deutschen Bourgeoisie, wie etwa Mevissen, Camphausen, Hansemann. Diese Briefe beweisen zweifellos, dass die deutsche Bourgeoisie, wie zuvor verschiedentlich erwähnt wurde, mindestens seit der Julirevolution im Jahr 1830 in Frankreich keinesfalls revolutionär gestimmt war und dass sie große Angst vor einer „Pöbelrevolution“ hatte.

<sup>138</sup> Wie es beispielsweise unmöglich ist, die letzten 40 Jahren der Geschichte der kurdischen Befreiungsbewegung, ohne die PKK und Abdullah Öcalan zu schreiben, ist es auch genauso unmöglich, eine Geschichte der Februar- und Junirevolution 1848 in Frankreich ohne Blanqui und Blanquisten zu schreiben.



## 2. Kölner Arbeiteraufstand gegen „Börsen-Männer“ und „Geldspekulanten“

Köln wurde im 19. Jahrhundert zur führenden Handels-, Banken- und Verkehrsmetropole im Rheinland. Mit rund 88.000 Zivileinwohnern und 4.000 Soldaten war Köln die Hauptstadt des Rheinlands und die drittgrößte Stadt der preußischen Monarchie. Sie war gleichzeitig das Zentrum der Großbourgeoisie (Na'aman 1965, S. 17). Seit Beginn der preußischen Herrschaft am Rhein waren die Kölner Großbürger ständig in wirtschaftliche und politische Entscheidungsprozesse der preußischen Administration eingebunden. Der Kontakt zu den preußischen Behörden aufgrund der Unternehmensgründungen und die persönlichen Beziehungen zu führenden Beamten ließen das Kölner Großbürgertum zum Wortführer der liberalen Bewegung werden (Berghausen 1995, S. 51f.). Die „Oppositionsbewegung“ in Deutschland, die von „Kaufleuten und Unternehmern vom Typ der Hansemann, Camphausen und Mevissen“ geprägt wurde, hatte im Rheinland „schon einen eindeutig großbürgerlichen Charakter“ (Schieder 1983, S. 20). Die „Oppositionsbewegung“ des Großbürgertums zielte darauf ab, die absolutistische Monarchie möglichst ohne eine Revolution auf gutlichem Weg in eine konstitutionelle Monarchie zu verwandeln (Reppen 1955, S. 5).

Doch Köln war gleichzeitig auch die einzige preußische Stadt, in der „ein gewaltsames Auftreten“ (Czobel 1925, S. 304) unter der Leitung der Kommunisten gegen die herrschende Ordnung stattfand. Eher als anderswo in Deutschland loderte in Köln „die Flamme der Revolution“ empor. Schon am 3. März 1848, also vor der Berufung des Vorparlaments am 5. März in Frankfurt am Main, vor dem Sturz Metternichs am 13. März in Wien und auch vor dem Berliner Aufruhr am 18. März 1848, hatten die Kölner Kommunisten die *Forderungen des Volkes* in Köln formuliert und in die Öffentlichkeit getragen (Stein 1921, S. 26).<sup>139</sup>

In den 1840er Jahren begleitete den Aufstieg der Bourgeoisie in Köln auch Massenarmut. Überlange Arbeitszeiten, die Ausdehnung der Frauen- und Kinderarbeit, niedrige Löhne sowie Unterernährung charakterisierten allgemein die Lage der arbeitenden Klassen und Besitzlosen im Rheinland. Im Jahre 1848 hatte Köln etwa 88.000 Einwohner. 25.000 Personen davon, ungefähr 30 % der Kölner Bevölkerung, standen auf den Unterstützungslisten für die Armen (Schraepler 1972, S. 239f.). Die „Kluft“ zwischen den „bürgerlichen Demokraten“ und den arbeitenden Klassen war daher in Köln sehr „tief“ (Stommel 1964, S. 66).

---

<sup>139</sup> In dieser Arbeit wurde zuvor ausführlich behandelt, dass das Wort „Kommunismus“ für die deutsche Bourgeoisie seit langem „das Hauptschreckwort“ war (MEW 5, S. 282). Obwohl der Bruch zwischen bürgerlichen Demokraten und Kommunisten in Köln schon seit 1844 in aller Munde war (Stommel 1949, S. 63f.), plädierten Marx/Engels 1848/1849 in Köln für ein „Bündnis“ zwischen Bourgeoisie und Kommunisten.

Wegen der Lebensmittelverteuerung und der breiten Arbeitslosigkeit kam es schon 1846 in Köln zu Konflikten zwischen Soldaten und den Arbeitern. In diesem „günstigen Augenblick“ setzte die illegale Propagandatätigkeit der Mitglieder des *Bundes der Gerechtigkeit* ein. Gedruckte Flugblätter brachten die Polizei auf den Verdacht, dass die Kölner Kommunisten über eine geheime Druckerei verfügten (Stommel 1949, S. 63ff.). Es ist zu vermuten, dass 1847 im Rheinland eine Gemeinde des *Bundes* gegründet wurde. Moses Hess war hier die treibende Kraft. In einem Brief vom 5. September 1847 schrieb Andreas Gottschalk an Hess, der zu dieser Zeit im Pariser Exil lebte:

Endlich ist's uns gelungen, ein Kränzchen hier einzurichten, das nach meinem Geschmack ist [...] Zweimal in der Woche kommen wir zusammen, lesen und singen und disputieren und treiben den Detailhandel der Propaganda (Hess 1959, S. 174).

Im Jahr 1847 gehörten neben Gottschalk auch einige Offiziere, wie August Willich, Fritz Anneke, Jean Joseph Jansen (1825–1849) und Karl Bernigau (?–1849)<sup>140</sup>, die sich wegen ihrer revolutionären Tätigkeit aus dem militärischen Dienst entfernt wurden und sich dann ganz in den Dienst der entstehenden sozialistisch-kommunistischen Bewegung stellten, zu den Begründern der Kölner Bundesgemeinde (Stommel 1949, S. 66f.).

Dr. Gottschalk hatte seit 1840 in den ärmeren Vierteln der Stadt als uneigennütziger Helfer und Freund der in Not Geratenen gewirkt. Sein Ansehen unter den arbeitenden Klassen und Besitzlosen war so groß, dass er bald von ihnen als eine unbestrittene Autorität angesehen wurde (Schraepfer 1972, S. 240f.). Er mied jedoch ein öffentliches Auftreten bis zum Arbeiteraufstand am 3. März 1848, da er „im Stillen“ zu wirken bevorzugte (Stommel 1964, S. 61ff.). Gottschalk war ein entschiedener Kommunist, der „unbeirrt seinen Weg ging“ (Stommel 1949, S. 62). Schon als Student war er mit den sozialistisch-kommunistischen Systemen Frankreichs vertraut und bekannte sich „offen als Kommunist“. An den Versammlungen von „kommunistisch-ästhetischen Klübbchen“, wie Fritz Annekes Frau Mathilde Anneke sie nannte, nahmen Arbeiter und Frauen teil (Anneke 2004, S. 94), wobei Gottschalk Reden über Kommunismus und geschichtliche Themen hielt (Stein 1937, S. 112). Sein großes Vorbild war August Blanqui (Stommel 1964, S. 75). Als Gottschalk Anfang 1849 in Paris war, wie Herwegh

---

<sup>140</sup> Während der Badischen Revolution im Mai/Juni 1849 beteiligte sich Jansen am 21. Juni 1849 am Gefecht bei Weghäusel. Kurz danach wurde er gemeinsam mit Bernigau, dessen Adjutant er war, von preußischen Soldaten gefangen genommen, misshandelt und nach Heidelberg verschleppt. Am 31. Juli 1849 wurde er auf die Festung Rastatt gebracht. Am 24. August verurteilte ihn das preußische Kriegsgericht zum Tode. Am 20. Oktober 1849 wurden Karl Bernigau und Jean Jansen erschossen (Czobel 1925, S. 326ff.).

aus seiner Rede vom 20. März 1849 bezeugt, besuchte er Blanqui im Gefängnis (Herwegh 1898, S. 317).

Willich gehörte „in den Kreis um Weitling“ (Schraepler 1972, S. 410). Er war Premierleutnant und Kompaniekommandeur der 7. Artilleriebrigade in Wesel. Wegen Ungehorsams wurde er im Januar 1847 nach Kolberg strafversetzt (Kühn 1934, S. 39). Laut eines Berichts des Preußischen Innenministers verfolgte der „sogenannte“ Bürgerverein, der „als Vorbereitungsschule für das Auftreten in den öffentlichen Stadtverordneten-Versammlungen“ dienen sollte, unter Willichs Leitung „ganz andere Zwecke“ (Obermann 1959, S. 1059). Willich hielt hier „einen Vortrag über die Stiftung einer ‚Bruderschaft‘ für die arbeitende Klasse“; er setzte sich „überhaupt mit Mitgliedern der niedrigsten Stände in Rapport und übte auf sie Einfluss im Sinne sozialistischer Schulen“. Nach seiner Verdrängung aus der Armee wegen seiner revolutionären Tätigkeit schrieb Willich im Jahr 1847 Briefe an Regierungsrat, in denen er seinen Wunsch äußerte, „ein Handwerk zu treiben“, da es „immer besser“ sei, als „gewöhnlicher Arbeiter zu leben“ und „keinen Vorzug“ vor seinen „anderen Brüdern“ zu haben. So begann er in Köln mit einer Zimmermannslehre (Koszyk/Obermann 1975, S. 108ff.). Seine früheren Offizierskameraden waren schockiert, als sie Willich auf dem Weg zur Arbeit im Schurzfell und mit geschulterter Axt sahen. Doch es machte einen „gewaltigen Eindruck“ auf Arbeiter, dass er als Adliger und langjähriger Offizier das Leben eines einfachen Arbeiters führte. Nach seiner Ankunft in Köln wurde zu seinen Ehren ein „Festessen von 50 Kommunisten“ veranstaltet. Die Öffentlichkeit kannte ihn als radikalen Politiker und Offizier, der „Augenblicke der Mutlosigkeit“ durchmachte. Willich kämpfte für die „grundlegende soziale Umgestaltung“, die er für nötig hielt (Dlubek 2003, S. 931f.). Er wurde 1847 zum „Vorstand“ der Kölner Bundesgemeinde (RhBA II/1, S. 506).

Anneke war Willichs persönlicher Freund und Gesinnungsgenosse. Er leitete 1844/1845 einen Leseverein für Offiziere, den er mit verbotenen und „destruktiven“ Schriften versah, wodurch er nach der Ansicht seiner Ankläger „augenscheinlich auf jüngere Offiziere hatte einwirken wollen“ (Czobel 1925, S. 314). Aufgrund eines ehrengerichtlichen Verfahrens musste Anneke wegen „kommunistischer Gesinnung“ und „Umgang mit Kommunisten“ den Dienst aufgeben. Vor dem gleichen Ehrengericht wurden auch August Willich und einige Offiziere, die sich auf die Seite Annekes stellten, aus dem Heer ausgestoßen (Kühn 1934, S. 34ff.).

Die Kölner Bundesgemeinde entfaltete ab 1847 „eine rege Tätigkeit“ sowohl unter den Arbeitern und Besitzlosen als auch in der Armee, obwohl ihre Mitgliederzahl „kaum zwanzig“ überschritten haben dürfte (Schraepler 1972, S. 240f.). In der Bundesgemeinde blieb der

revolutionäre Kommunismus dominierend. Sie stand daher keinesfalls unter dem Einfluss des bourgeoisiefreundlichen Kommunismus von Marx/Engels. Der „edle Willich“, Gottschalk und Anneke vertraten in Köln „die Interessen der unteren Klassen“ (Morell 1848, S. 34). Sie waren, so Stein, „Männer vom Geiste Weitlingscher Proletariatsdiktatur, die Marx kühl abwägender Geschichtsbetrachtung unfreundlich gegenüberstanden“ (Stein 1921, S. 59). Sie begnügten sich nicht damit, die Bourgeoisie mit voller Kraft zu unterstützen. Ganz im Gegenteil, sie machten sowohl unter der Armee als auch unter den arbeitenden Klassen und Besitzlosen revolutionäre Propaganda.

Schon Anfang 1848 läutete ein anonymes Flugblatt ohne Orts- und Namensgabe den Sturm ein. Darin heißt es:

Der gesetzliche Kampf unmöglich! Es ist also der heimliche, verdeckte Kampf das letzte Mittel, das uns geblieben [...] seine Einrichtung und Vorbereitung ist die Aufgabe dieses Jahres [...]. Das ist eine Verschwörung des ganzen Volkes. [...] Wo daher zwei von uns zusammensitzen, sie sprechen Von Revolution [...]. Wenn es aber überall im Volke glüht und glimmt, wenn der zündende Funke fällt: dann heraus, ihr wilden Schmiedegesellen, ihr ruhigen Gießer, ihr bleichen Weber! Dann reckt Brust und Arme, ihr gequälten Fabrikarbeiter! Dann, ihr Setzer, gießt die Lettern in Kugeln (Quarck 1970, S. 28).

Vor der Pariser Februarrevolution von 1848 wurden auch in den Wirthäusern und auf den Straßen in Mannheim Flugschriften verteilt, in denen folgendes gefordert wurde:

Tod den Tyrannen! Krieg den Reichen! Aufrichtung des Prinzips der Gleichheit! [...] Wo immer fünf von Euch beisammensitzen, sei Euer Gespräch kein anderes als: Wie ist es möglich, eine Revolution zustande zu bringen (Obermann 1953, S. 107).

Als praktische Revolutionäre war es Willich, Gottschalk, Anneke, Bernigau und Jansen nicht fremd, „Volksbewaffnung“ und „Freischaren“ zu organisieren oder einen „Guerillakrieg“ zu führen (Friedenthal, 1981, S. 369). Czobel weist darauf hin, dass neben allgemeiner Volksbewaffnung auch die erhobene Forderung der Kölner Kommunisten nach Abschaffung des stehenden Heeres „damals Nirgends“ vorkommt. Die Kölner Bundesgemeinde sah eine ihrer Hauptaufgaben darin, „eine revolutionäre Agitation in der preußischen Armee, in erster Linie unter den rheinländisch-westfälischen Truppen, zu entfalten“ (Czobel 1925, S. 322.). Diese Agitation blieb auch nicht wirkungslos. Es gelang Willich und Anneke durch ihre Freunde in der Armee, „Propagandaschriften unter das Militär“ zu bringen (Obermann 1953, S. 111). So wurde die Kölner Bundesgemeinde Anfang 1848 durch ihre Verbindungen mit der Armee zum Mittelpunkt der revolutionären Propaganda (Czobel 1925, S. 322f.).

Gerade deswegen war das Großbürgertum im Rheinland sehr beunruhigt, als sich die Nachricht in Köln verbreitete, dass in Paris in den Kämpfen vom 26. bis 28. Februar 1848 Arbeiter und Besitzlosen unter der Führung der revolutionären Kommunisten den Sturz der Julimonarchie und die Proklamation der Republik erzwungen hatten. Der Großbürger Gustav Mevissen schrieb am 28. Februar 1848 aus Köln dem führenden Vertreter der Bourgeoisie David Hansemann, dass die Bewegungen der „niederen Volksklassen“ in Köln sehr bald gefährlich werden könnten, wenn den „Wühlereien der Kommunisten-Cliquen“ nicht „zeitig“ vorgebeugt werden könnte (Hansen 1906, S. 331ff.).

Die Führer der rheinischen Bourgeoisie waren in den vierziger Jahren hauptsächlich Camphausen, Hansemann und Mevissen (Nathan 1912, S. 8). Sie gehörten alle in der Revolution von 1848/1849 derselben Parteirichtung an, die sich für eine Konstitutionelle Monarchie zielte. Die Vertreter des rheinischen Großbürgertums, die vor der Februarrevolution gegen den absolutistischen Staat „wortradikal“ polemisierten, waren nach dem französischen Umsturz „merkwürdig kleinlaut, vorsichtig, ja zaghaft“ (Reppen 1955, S. 14). Je reger die sozialistisch-kommunistische Agitation im Rheinland wurde, umso heftiger wurde die Feindschaft der Bourgeoisie. Was die Bourgeoisie am meisten in Erregung setzte, war der sozialistische Grundsatz, dass die Forderungen der arbeitenden Klassen und Besitzlosen Vorrang vor den politischen Forderungen der Bourgeoisie hatten (Stommel 1964, S. 65f.). Sie war zwar bereit, den revolutionären Eifer der Massen zugunsten ihrer politischen Ziele, nämlich moderater Verfassungsreformen und auch der Schaffung eines vereinigten Deutschlands auszubeten (Hammen 1949, S. 835). Sie hatte jedoch von Anfang an eine tiefverwurzelte Angst vor einer sogenannten „Pöbelrevolution“. Daher war die Bourgeoisie mindestens seit der Julirevolution von 1830 nicht gewillt, sich mit dem arbeitenden Volk zu verbinden. Es war offensichtlich, dass sie auf „gütlichem Wege“, möglichst ohne Revolution, allmählich die absolutistische Monarchie in eine konstitutionelle Monarchie zu verwandeln bezweckte.

David Hansemann, der führende Vertreter der Bourgeoisie, die Marx/Engels in ihrem am 3. März 1848 in London veröffentlichten *Manifest* für „höchst revolutionär“ erklärten, richtete gleich nach der Pariser Februarrevolution, nämlich am 1. März 1848, seine „Hoffnung“ und sein „Flehen“, wie er es 1830 auch tat, erneut an den „erhabenen Könige“. Nach seiner Ansicht könne Deutschland nur durch den König, „durch die hohenzollernsche Dynastie“, „vor den Gefahren von außen, vor den Gefahren der Anarchie bewahrt werden“ (RhBA II/1, S. 480). So schrieb auch der Fabrikant Heinrich Merckens am Morgen des 3. März 1848 ziemlich

bekümmert an seinen Freund Ludolf Camphausen in Berlin: „Die Vulkane rauchen stärker und stärker. [...] Mit einem Worte, es gärt und kocht überall“ (ebd., S. 492f.).

Das rheinische Großbürgertum war gut ausgebildet und kannte daher den Konflikt zwischen den besitzenden und den nichtbesitzenden Klassen. Die Bourgeoisie, die Marx/Engels scheinheilig als „höchst revolutionär“ vorgaben und die Arbeiter und Kommunisten zu einem „Bündnis“ mit ihr zu bringen bezweckten (MEW 4, S. 464), hatte eine fürchterliche Angst vor den Kommunisten und arbeitenden Klassen. Die Angst des deutschen Großbürgertums vor den Kommunisten und arbeitenden Klassen war nicht unbegründet, denn als die Wellen der Februarrevolution bis ins Rheinland schlugen, wurden die revolutionären Kommunisten in Köln sofort aktiv.

Als die revolutionäre Flutwelle unwiderstehlich wurde, wollte die Führung der Kölner Bundesgemeinde „natürlich den Tanz eröffnen helfen“, so meinte Willich, „der vom Artillerie Offizier zum Zimmerer-Lehrling avancierte“ (Günther 1848; zit. nach Herres 1998d, S. 75).<sup>141</sup> Willich war als Vorstand der Kölner Bundesgemeinde besonders geneigt, „gewaltsame Entscheidungen“ über die Interessen der Arbeiter und Besitzlosen herbeizuführen. Die Kölner Bundesgemeinde wollte inmitten des allgemeinen Aufruhrs, der sich durch die Ereignisse in Paris und in Köln bemerkbar machte, die Forderungen der Arbeiter sichtbar machen und ihre Ideen in Köln verwirklichen (RhBA II/1, S. 505f.).

Spitzelberichten zufolge soll Willich am 28. Februar und am 1. März illegale Zusammenkünfte in einem als Versammlungsraum eingerichteten Pferdestall geleitet haben, an denen die beachtenswerte Zahl von ca. 130 Personen teilgenommen habe (Becker 1963, S. 16). Nach dem Bericht des *Frankfurter Journals* hatten sich „zahlreiche Arbeiter“ bereits vor dem 3. März aufstand immer abends „in [einer] abgelegene[n] Scheune“ versammelt. Dort sollen Gottschalk, Anneke und Willich „die communistischen Lehren“ und „Gewaltanwendung“ propagiert haben.<sup>142</sup> Nicht nur Arbeiter, sondern auch Soldaten aus der Armee nahmen an diesen Versammlungen teil (Kühn 1934, S. 174f.). Schon am 2. März war in Köln gerüchteweise bekanntgeworden, dass am folgenden Tag gegen Abend eine große Volksmenge aus Anlass der geplanten Stadtratssitzung vor das Rathaus ziehen wolle, um den Stadtrat eine

---

<sup>141</sup> Der Kölner Lehrer Alexander Günther schrieb am 19. 3. 1848 über den Arbeiteraufstand vom 3. März 1848 in der Modezeitung *Jahreszeiten* einen ausführlichen Artikel. Über einen Zeitraum von drei Jahren berichtete Günther monatlich aus Köln über Geschehnisse in Kultur, Gesellschaft und Politik (Herres 1998d, S. 71ff.).

<sup>142</sup> In diesen revolutionären Tagen forderten „die sonst so feschingslustigen Kölner“ sogar kein Karneval auf, denn „die Zeit“ war „ernst, sehr ernst“ und sie wollten nicht „den Narren spielen“ (Zimmermann 1851, S. 21).

Petition mit den Volksforderungen zu überreichen und auf die Übernahme derselben zu drängen.

Der Kölner Stadtchronist Fuchs schildert die März-Ereignisse aus seiner Sicht. Er schilderte die Kölner Ereignisse mit großer Zurückhaltung. Demnach seien am 2. März 1848 junge Menschen „aus der untern Volksklasse“ durch die Straßen gelaufen und hätten dabei „Koth, Matten und Körben“ geschmissen. Sie hätten später auch „Steine in die Fenster des Markt Empfanglokals, und auch in die des darüber gelegenen Stadtsecretariats“ geworfen hätten. So habe das Militär einige Jungen verhaftet.<sup>143</sup>

Die Bourgeoisie war also über die Vorbereitungen der Kommunisten auf die Demonstration genau unterrichtet, von welcher Seite „der Tumult“ in Szene gesetzt werde. Der Bankier August Camphausen wusste durch Spitzelberichte von Plänen der Kommunisten und berichtete das umgehend seinem Bruder Ludolf in Berlin. Er schrieb in einem Brief vom 2. März 1848 in Köln an seinen Bruder: „Morgen soll [...] eine großartige Versammlung stattfinden, woran [...] sehr gebildete, vielleicht auch ungebildete Leute teilnehmen werden“ (RhBA II/1, S. 494). Andere Briefe der bürgerlichen Persönlichkeiten sprechen ebenfalls von einer geplanten Aktion von Kommunisten am 3. März 1848. Gustav Mevissens Freund G. Mallinckrodt aus Köln gibt ein deutliches Bild der Zustände in einem Brief vom 5. März 1848, gerichtet an seinen Sohn Gustav, der zu Amsterdam im Hause Deichmann und Co. tätig war. Demnach habe sich am 2. März 1848 das Gerücht verbreitet, dass am Abend des folgenden Tages anlässlich der Gemeinderatsitzung eine Demonstration stattfinden werde. Aufgeregt von einigen bekannten Personen sollten 2.000 bis 3.000 Menschen „aus den niedrigsten Ständen“ vor das Stadthaus rücken und dem Stadtrat Forderungen vorlegen. Mallinckrodt bedauerte, dass die Bourgeoisie die Planung der „Pöbel“- und „Communistendemonstration“ nicht verhindern konnte (ebd., S. 517f.).

Der Gemeinderat traf sich am 3. März 1848 am Nachmittag zu einer Sitzung im Rathaus und bereitete eine liberale Petition als das beste Mittel vor, um die Aufregung zu beschwichtigen. So wurde beschlossen, eine Petition an den Kölner Abgeordneten im Vereinigten Landtag zu schicken. Damit sollten unpassendere Schritte und Äußerungen, nämlich der Aufruhr der arbeitenden Klassen unter der Leitung der Kölner Bundesgemeinde, verhindert werden

---

<sup>143</sup> Der Kölner Stadtchronist Fuchs schildert die Ereignisse im *IV. Band der Stadtchronik 1845 - 1854*, im *Archiv der Stadt Köln*. Die Berichte von Fuchs wurden 1937 unter dem Titel *Augenzeugenberichte über die Kölner Märzereignisse des Jahres 1848* in *Bulletin of the International Institute of Social History* veröffentlicht: [https://www.jstor.org/stable/pdf/44627250.pdf?refreqid=excelsior%3A953e6800572c5ee67d6e3e2fe280d0c2&ab\\_segments=&origin=](https://www.jstor.org/stable/pdf/44627250.pdf?refreqid=excelsior%3A953e6800572c5ee67d6e3e2fe280d0c2&ab_segments=&origin=) (abgerufen am 02.11.2021).

(Obermann 1953, S. 17). Während der Gemeindegemeinschaft zogen die Kommunisten einen großen Demonstrationenmarsch vor das Rathaus. So erschien „ein Gefolge von einigen Tausend Mann, meistens der arbeitenden Klasse angehörend“ am Kölner Rathaus (Günther 1848; zit. nach Herres 1998d, S. 75). Sie waren über 5.000 Menschen, überwiegend „Handwerksgesellen in Sonntagstracht, Pöbel, unterste Schicht, fremdes Gesindel“. An ihrer Spitze befanden sich Gottschalk, Willich und Anneke von der Führung der Kölner Bundesgemeinde. Gottschalk trat ins Rathaus und drängte sich mit der für die damalige Zeit fast „unvorstellbaren Begleitmusik“, nämlich mit einer hinter ihm stehenden Arbeitermenge, in die Gemeinderatssitzung (Stommel 1964, S. 78).<sup>144</sup>

Der Gemeinderat hatte die Sitzung unterbrochen, und der Oberbürgermeister Steinberger gestattete dem Arbeiterführer Gottschalk, an Ort und Stelle zu reden. Nach einer anonym erschienenen Broschüre mit dem Titel *Der sogenannte Aufruhr zu Köln am 3. März 1848*, die mit Sicherheit von Gottschalk geschrieben wurde (RhBA II/1, S. 497), las Gottschalk dort im Namen einer „großen[n] Zahl Männer aus der arbeitenden Klasse“ die Petition der *Forderungen des Volkes* vor und hielt dabei eine revolutionäre Rede:

Fünfunddreißig Jahre sind dahingegangen, seitdem das deutsche Volk sein Blut für die deutsche Freiheit vergossen, und heute noch knirscht es in seinen Ketten; seit zweiunddreißig Jahren erfreuen wir uns der Segnungen des Friedens, und Tausende verhungern. Doch das Reich der Lüge und der Heuchelei ist am Ende. Das Licht, welches im Westen so herrlich aufgegangen, es hat auch hier die Herzen erwärmt und entzündet, und das Volk, zum Bewußtsein seines Rechts erwacht, hat mir den ehrenvollen Auftrag erteilt, [...] die Wünsche vorzutragen, ohne deren Befriedigung die Ruhe in das bürgerliche Leben nicht wieder einkehren wird (Gottschalk 1848, S. 2f.).

Zunächst forderte Gottschalk in seiner Rede das Übliche, nämlich allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wählbarkeit, unbedingte Pressefreiheit und freies Vereinigungsrecht. Er vergaß dabei auch nicht, den bürgerlichen Charakter dieser Rechte zu kritisieren:

[W]as bedeutet die Teilnahme an der Gesetzgebung dem, der seine Arbeit nicht verlassen kann, ohne seinen Lohn und seinen Erwerb zu kürzen? Was bedeutet unbedingte Pressefreiheit dem, der nicht lesen gelernt oder dem weder Zeit noch Mittel zum Lesen geblieben? Was bedeutet

---

<sup>144</sup> In den Zentren der Revolution wie u.a. Berlin und Köln wurde während des Frühlings und Sommers 1848 in Ansätzen eine „Revolutionskultur“ herausgebildet. Die „kollektive Besetzung der öffentlichen Räume“ brachte der proletarischen Bewegung nämlich eine Entfaltung (Gailus 1990, S. 84). Auch in Hamburg veranstaltete am 5. März 1848 der Hamburger Arbeiterverein, der das „revolutionäre Zentrum der jungen deutschen Arbeiterbewegung“ war, ein großes Arbeiterfest, an dem sich mehr als 2000 Personen beteiligten (Obermann 1953, S. 116). Wie schon erwähnt wurde, stand hinter dem Arbeiterverein die Hamburger Bundesgemeinde, in der „Weitlings Theorien“ herrschten (Hundt 1993, S. 317).



endlich das uralt-deutsche Recht des Waffentragens dem, der nur sein Elend und eine faulende Baracke zu schützen hat? (ebd., S. 3).

So appellierte Gottschalk an den Gemeinderat, dass er nicht im Namen des Volkes, denn dieser Name „ist von den bevorrechteten Klassen zu oft missbraucht worden“, sondern „im Namen jenes würdigsten aller Stände, der für den Schweiß seiner Arbeit nicht hat, womit seine Blöße zu decken oder seinen Hunger zu stillen“ spreche. Kurzum, er vertrete die Forderungen des vierten Standes. „Die Männer der That“ riefen im Saal inzwischen laut: „[D]as Bitten ist vorbei, wir fordern, wir lassen uns nicht anführen“ (ebd., S. 5):

Was aber haben diese Männer gewollt? Was sie auch noch heute wollen, nicht die Freiheiten einer Klasse, nicht die Freiheiten und Vorrechte eines Lehn-Geld- und staatsgelehrten Adels, sondern die Freiheit für Alle. [...] Freiheit für Alle werden wir erringen, dafür bürgen die Geschichte und das Erwachen der Völker. Wir werden zur Herrschaft der Brüderlichkeit der Freiheit Gleichheit und Arbeit gelangen, und hoch über dem Kothe, mit dem die unwissende und deshalb feige Besitzlust die Volksfreunde bewirft, mögen sie das Banner erheben: es ist nicht die Freiheit, die das Elend drohend umschleicht, es ist die Tyrannei (ebd., S. 16).

Der Gemeinderat wusste nichts mit der Petition anzufangen. In der Gemeinderatssitzung fungierte Marx' „alter Freund“ Carl d'Ester als Protokollführer (Koszyk 1961, S. 46). Als d'Ester versuchte, eine „liberale Petition“ verabschieden ließ, protestierte Gottschalk „recht massiv“ dagegen.<sup>145</sup> Im Verlauf einer allgemeinen Unruhe rief schließlich das Ratsmitglied Marx' Freund Oppenheim aus dem Nebenzimmer: „Lassen Sie uns nur Alles gewähren, morgen können wir doch tun, was wir wollen!“ (Kühn 1934, S. 34). Franz Raveaux (1810–1851)<sup>146</sup>, den Marx/Engels mit ihrer energischen Unterstützung in ihrem Blatt *NRhZ* zu Frankfurter Nationalversammlung schickten, wies die *Forderungen des Volkes* als „unerfüllbar“ zurück (RhBA II/1, S. 514). Der Gemeinderat wollte die *Forderungen* nur in abgeschwächter Form akzeptieren, beziehungsweise lehnte sie ganz ab. Doch Gottschalk gab nicht nach, er präziserte die *Forderungen des Volkes* in der Polemik mit Raveaux und d'Ester:

Was wir nicht wollen, ist eine auf dem Geldbesitz beruhende Verfassung, wie die nunmehr beseitigte Charte Frankreichs. Was wir nicht wollen, ist die Herrschaft einer Oligarchie, einer Camarilla, der Börsen-Männer und Geldspekulanten (Kühn 1934, S. 34).

---

<sup>145</sup> Martin Hundt stellt die bloße Behauptung auf, dass die *Forderungen des Volkes* durch die Mitwirkung von d'Ester und Bürgers geschrieben worden seien, da Willich, Gottschalk und Anneke „keine Theoretiker“ seien (Hundt 1993, S. 444). Auch Becker scheut sich nicht, zu behaupten, dass die *Forderungen* nicht von Gottschalk, sondern von einem anderen Bundesmitglied verfasst worden seien (Becker 1963, S. 18f.).

<sup>146</sup> Franz Raveaux war Zigarrenhändler in Köln. Nach der Revolution von 1848 war er einer der Vertreter der Bourgeoisie in der Frankfurter Nationalversammlung.

In seiner Rede wies Gottschalk auch darauf hin, dass sich in der Geschichte nur „zwei Nationen“ gebildet hatten, nämlich „die Nationen von Arm und Reich“ (RhBA II/1, S. 501). Aus dem Gemeinderat geriet Claessen in Panik und rief Gottschalk: „Was Sie verlangen, würde uns in heillose Konflikte stürzen, es würde die Einheit zerstören, mit der wir doch Hand in Hand gehen müssen“ (Stommel 1964, S. 75).

Die Bourgeoisie wollte mit den Arbeitern und Besitzlosen „Hand in Hand“ gehen, aber wenn die Letzteren ihre Forderungen stellten, dann war es in den Augen der Herrschenden ‚Zerstörung der Einheit‘. Die *Forderungen*, die nicht nur „das Übliche“, sondern auch ganz radikale Forderungen waren (Nipperdey 1991, S. 598), waren Prinzipien, „welche Konstitutionelle und Liberale noch im Innersten verabscheuten“ (Stadelmann 1962, S. 70). Während Gottschalk in der Gemeinderatsitzung die *Forderungen des Volkes* erklärte, verteilten Willich, Anneke und andere Kommunisten vor dem Rathaus Flugblätter mit den sieben *Forderungen des Volkes* in zahlreichen Exemplaren unter den dort versammelten Arbeitern und Besitzlosen und verlasen sie laut. Sie lauteten wie folgt:

1. Gesetzgebung und Verwaltung durch das Volk. Allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wählbarkeit in Gemeinde und Stadt.
2. Unbedingte Freiheit der Rede und Presse.
3. Aufhebung des stehenden Heeres und Einführung einer allgemeinen Volksbewaffnung mit vom Volke gewählten Führern.
4. Freies Vereinigungsrecht.
5. Schutz der Arbeit und Sicherstellung der menschlichen Bedürfnisse für alle.
6. Vollständige Erziehung aller Kinder auf öffentliche Kosten.
7. Friede mit allen Völkern (RhBA II/1, S. 496).<sup>147</sup>

Willich gab dann zu jedem Punkt der *Forderungen des Volkes* eine nähere Begründung vor dem Rat und das Volk stimmte „laut und heftig“ bei (Zimmermann 1851, S. 20f.). Er hielt hier mehrere Reden und versuchte auch auf die Truppe zu wirken.<sup>148</sup> So sagte Willich, dass der uniformierte Bürger so gut zum arbeitenden Volk wie der nichtuniformierte gehöre. Besonders wandte er sich gegen den Fremdenhass und die Neigung zur Maschienenstürmerei. So hatte er mit den Arbeitern „in einer fast halbstündigen Rede auseinander[gesezt]“, dass die Maschinen nicht die Feinde, sondern die Freunde des Menschen seien, indem sie das Arbeiten

---

<sup>147</sup> Die 7. Forderung stand laut Hansen nicht in den gedruckten Flugblättern. Sie wurde wohl in der von Gottschalk überreichten Liste, die dem Protokoll handschriftlich und unterzeichnet beigelegt wurde, erhalten (RhBA II/1, S. 496). Die Forderungen kamen nicht zum Tragen, denn am folgenden Tag wurde die Petition samt den Unterschriften „von unbekannter Hand eskamotirt“, d.h. sie verschwand spurlos (ebd., S. 514.).

<sup>148</sup> Nach dem Beginn der Märzrevolution wurden die Soldaten von Anneke in den Zeitungen des Kölner Arbeitervereins immer wieder davor gewarnt, ihre Waffen gegen das Volk zu richten. Bei der Gehorsamsverweigerung am 3. März vertraten die Offiziere der Kölner Garnison Anschauungen, die denen Annekes vollkommen entsprachen. Oberst Engels klagte in einem Brief vom 6. März 1848 über die 7. Kompanie der zweiten Abteilung des 8. Artillerie-Regiments der preußischen Armee. Diese Kompanie habe eine starke Sympathie für die Arbeiter, „was sich bestätigte, indem sich diese Mannschaften bei den Schlägereien gegen Leute des Infanterie-Regiments mehr dem Pöbel anschlossen“ (Kühn 1934, S. 232).

unendlich erleichterten, dass sie aber freilich, wenn sie nur für das Säckel eines einzelnen arbeiteten, vorläufig, bis die ganze Arbeitereinrichtung geregelt sei, vielen zum Schaden gereichten; dass man aber deshalb nicht die Maschinen verwerfen dürfe, sondern die Arbeit vernünftig regeln, sie gegen das Kapital schützen müsse (RhBA II/1, S. 502).

Während Gottschalk mit dem Gemeinderat verhandelte, vermehrte sich die Volksmasse auf dem Rathausplatz immer mehr, wie sie Köln „noch nie in Aktion gesehen hatte“ (Dlubek 2003, S. 933). Gegen 21.00 Uhr rückte das Militär auf den Platz, um ihn zu räumen. Als „Trommelschlag“ verkündet wurde, stürzte eine große Menschenmenge ins Rathaus und hielt den Gemeinderat belagert. Die Eindringenden waren zum Teil „mit Dolchen“ bewaffnet. An eine Fortsetzung der Beratungen war nicht zu denken, denn der Gemeinderat war nicht mehr beschlussfähig. Die Stühle wurden zerbrochen, Fenster eingeschlagen. Aus Furcht machte sich Einer nach dem Andern von den Stadträten „aus dem Staub“ (Zimmermann 1851, S. 22). Sie stießen auseinander; Einer der Ratsherren versteckte sich im oberen Stockwerk im Stroh; einige Stadträte versteckten sich in dem Glockenturm oder flüchteten durch das Fenster, wobei sich Einer beide Beine brach. So ging dieser „Kölner Fenstersturz“ in die Geschichte ein (RhBA II/1, S. 507).

Ein Bataillon Infanterie und ein Polizeiaufgebot vertrieben dann die versammelten Arbeiter und Besitzlosen vom Rathausplatz (Czobel 1925, S. 304). Da blieb jedoch Willich stehen, „trat dem Militär gewissermaßen entgegen“ (RhBA II/1, S. 507) und wurde dabei „ohne alle Veranlassung“ verhaftet. Zu Mitternacht versammelten sich Arbeiter wieder vor dem Rathaus, um ihn zu befreien. Darüber hinaus forderte die Polizeidirektion das Militär, Willich in ein Arresthaus zu transportieren, um seine Befreiung aus dem Gefängnis zu verhindern (Kühn 1934, S. 175). Am folgenden Morgen, so berichtete Mallinckrodt in seinem schon erwähnten Brief vom 5. März 1848 an seinen Sohn, wurden alle „Hauptträdelsführer“, nämlich Gottschalk, Annecke und Willich, arretiert und der Justiz geliefert. Er glaubte zu wissen, dass „alle guten Bürger um die Regierung scharen werden, sie gegen Pöbelherrschaft und Communisten zu schützen“ (RhBA II/1, S. 523f.).

Die illegale Propaganda der Kölner Bundesgemeinde hatte Erfolge in der Kölner Garnison, wie der Kölner Arbeiteraufstand vom 3. März 1848 zeigt. An diesem Tag weigerten sich auch vier Offiziere der Kölner Garnison, ihre Waffen gegen ihre Mitbürger zu richten. Weitere fünf Offiziere weigerten sich ebenfalls, die von ihnen verlangte Erklärung abzugeben, dass sie ihre Pflichten unbedingt erfüllen würden (Stommel 1949, S. 80). Das Heer war im März 1848 zu schwach, aus der Sicht der Regierung auch z.T. zu „unzuverlässig“, um Gewalt gegen das

aufständische Volk durchzusetzen (Czobel 1925, S. 322). Hansen stellt fest, dass im März 1848 „besonders die Reservisten sich von der revolutionären Aufregung angesteckt zeigten“ (Hansen 1918, S. 101). Das war gewiss „eine Folge der Propaganda des Kreises um Anneke und Willich“ (Stommel 1949, S. 80) und der mit ihnen „in Verbindung stehenden Offiziere“ (Czobel 1925, S. 323). In einem in Rheinland verbreiteten Flugblatt von 1848 stand:

[E]in grosser Theil des Militärs ist für die Republik. Erhebt Euch in Masse und die, welche Euch jetzt mit den Waffen in der Hand gegenüberstehen, werden regimentenweise zu Euch übergehen, zu Euch, zu dem Volke, zu welchem sie gehören, von welchem sie ihr Brod erhalten.<sup>149</sup>

Ab Mitte März 1848 fanden in Köln fast täglich Versammlungen statt, auf denen volles Assoziationsrecht, Volksrepräsentation, Volksbewaffnung, da „Waffen zu tragen“ zu jener Zeit zur politischen „Mündigkeit“ gehörte (Seypel 1985, S. 80), Amnestie für politische Gefangene, da Willich, Gottschalk und Anneke zu diesem Zeitpunkt im Gefängnis saßen, verlangt wurde. Der Kölner Stadtchronist Fuchs schreibt, dass sich herumziehende Personen in Konditorladen und Wirtshäusern hatten aufstischen lassen, ohne zu zahlen, und dass Bürger auf der Straße wegen Geldes bedroht worden seien (RhBA II/1, 597f.). Auch die Terminologie der Bourgeoisie wurde von Arbeitern in den durch materielle Not und Verarmung gekennzeichneten eigenen Kontext „übersetzt“. So wurde „Pressefreiheit“ als Freiheit von allen „Pressionen“, nämlich als Erlaubnis zu freiem Jagen und Holzschlag, verstanden. Auch die „Republik“ wurde mit Abgabefreiheit gleichgesetzt (Lautenschlager 1915, S. 63).

Gegen Willich, Gottschalk und Anneke wurde ein Verfahren wegen „Anreizung zum Aufruhr und Stiftung einer verbotenen Verbindung“ geleitet. Doch die staatlichen Behörden mussten am 21. März 1848 die Führung des Arbeiteraufstandes dank der revolutionären Geschehnisse in Berlin in Freiheit setzen, was bei den bürgerlichen Kreisen „große Angst“ für die Nacht erregte, da Willich, Gottschalk und Anneke gleich wiederbegannen, „das Volk zu arrangieren und aufzuregen“, wie Mevissens Gattin am 22. März an ihre Freundin Frau Koenigs mit voller Sorge schrieb. Sie wusste Schlimmes zu berichten, dass die „Leute“ schon anfangen, „in die Häuser zu gehen und Geld zu fordern, einstweilen noch einige Taler, allein wenn sie einmal diese Lust geschmeckt, wie wird es dann gehen“? „Die Anarchie“ wolle doch „überall ausbrechen“ (RhBA II/1, S. 616f.). Frau Mevissen hatte also gewiss mit seinen Sorgen recht, denn der Weg, den die aufständischen Arbeiter einschlugen, war jedenfalls „gesetzwidrig“.

---

<sup>149</sup> Das Flugblatt wurde in *Dokumenten zur Geschichte des Jahres 1848* in *Bulletin of the International Institute of Social History* veröffentlicht: <https://www.cambridge.org/core/journals/bulletin-of-the-international-institute-of-social-history/article/dokumente-zur-geschichte-des-jahres-1848/A8D25D1F97982ACB3B421479468E71CC> (abgerufen am 2.11.2021).

Doch „ihre Ansichten“ fanden außer bei der Bourgeoisie „in sehr vielen Herzen Sympathien“ (Günther 1848; zit. nach Herres 1998d, S. 76).

Die „obrigkeitlich erzwungenen, untertänigen Verhaltensweisen“ der arbeitenden Klassen und Besitzlosen in ruhigen Zeiten verkehrten sich in der Revolution in ihr Gegenteil:

[S]elbstbewusste, mit Kokarden geschmückte Citoyens sah man nun auf den Straßen flanieren, Stolz und Respektlosigkeit waren zu sehen, auch Übermut und Aufsässigkeit breiteten sich aus, wo zuvor Gehorsam, Ehrerbietigkeit, Einschüchterung, Subalternität den Ton im öffentlichen Verkehr bestimmten (Gailus 2013, S. 13).

Das Kölner Großbürgertum fühlte sich nun in „seiner“ Stadt nicht mehr sicher. Mevissen schrieb am 21. März 1848 an Hansemann: „Wir müssen jetzt den Augenblick ergreifen und eine Konstitution mit der Krone vereinbaren“ (RhBA II/1, S. 623). Franz Raveaux sprach in diesen Tagen gegen die Revolution der Straße deutlich aus. Demnach müsse Ruhe „bald wiederhergestellt werden, da die Unruhe Misstrauen in alle Gemüter gesät“ habe. Deutschland wolle „seine Dynastien“, denn sie seien „die geschichtlichen Träger der Civilisation und Cultur“. Es sei notwendig, der „Anarchie den Kopf zu zertreten“ (Langewiesche 1988, S. 43ff.). So wurde am 24. März 1848 vom Gemeinderat beschlossen, die täglich stattgefundenen Volksversammlungen in Köln für „nicht bindend“ zu erklären (Mettele 1998, S. 301f.).

Engels fand die „Geschichte in Köln“ deswegen sehr „unangenehm“, da die arbeitenden Klassen und Besitzlosen sich unter der Führung der revolutionären Kommunisten in Bewegung setzten. Sie wollten im Gegensatz zu Marx/Engels mit der Bourgeoisie nicht „Hand in Hand“ arbeiten, sondern sie drohten dem Bürgertum. Für Engels hatte die „Sache“ in Köln deshalb „unvernünftig dumm angefangen“. Wie fremd Marx/Engels und ihre drei „alten Freunde“ Daniels, d’Ester und Bürgers, die „in sehr nahem Verhältnis“ zur Bourgeoisie standen (Czobel 1925, S. 331)<sup>150</sup>, dem Arbeiteraufstand gegenüberstanden, zeigt Engels’ Brief vom 8./9. März 1848 an Marx:

Unsre *alten* Freunde in Köln scheinen sich sehr zurückgehalten zu haben. Der kleine d’E[ster], D[aniels], B[ürgers], waren einen Augenblick da, gingen aber gleich wieder fort, obwohl der kleine Dr. im Stadtrat gerade nötig war (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 133f.).

---

<sup>150</sup> Bürgers und d’Ester beteiligten sich eifrig an den bürgerlich-parlamentarischen Vorbereitungen. So ging d’Ester als Abgeordneter der königlichen Nationalversammlung nach Berlin, und Bürgers ließ sich in das am 31. März 1848 zusammengetretene bürgerliche Frankfurter Vorparlament wählen, während Gottschalk und Anneke bald nach ihrer Freilassung Anfang April 1848 mit der Gründung des Kölner Arbeitervereins begannen (Czobel 1925, S. 331ff.).

Im Gegensatz zu Engels Behauptung, ihre alten Freunde seien „einen Augenblick“ da gewesen und gingen aber „gleich wieder fort“, geht aus der anonym erschienenen Broschüre Gottschalks über „den sogenannten Aufruhr“ klar hervor, dass d’Ester an der Sitzung des Gemeinderats doch teilgenommen hatte. Die „alten Freunde“ von Marx/Engels standen mit Gottschalk und seinen Genossen „gar nicht in Verbindung“ (Stommel 1964, S. 67f.). Ganz im Gegenteil, Gottschalk geriet auch mit Marx/Engels’ altem Freund d’Ester in Konflikt, als dieser behauptete, dass die bereits gefassten Beschlüsse des Gemeinderats mit der Forderung der „Aufhebung der Zensur“ schon die „unbedingte Pressefreiheit“ anstrebten (Gottschalk 1848, S. 2ff.).

Der Kölner Arbeiteraufstand zeigt erneut ganz klar, dass die revolutionären Kommunisten ganz andere Ziele verfolgten als Marx/Engels und ihre alten Freunde. Der Kölner Arbeiteraufstand vom 3. März 1848 wird weder von Marx/Engels noch von ihren „alten Freunden“ vorbereitet. Die Anführer des Arbeiteraufstands, nämlich Willich, Gottschalk und Anneke, stehen in offener Opposition zur bourgeoisiefreundlichen Politik von Marx/Engels. Willich, Gottschalk und Anneke bezeichnen sich als Kommunisten, aber „nie im Marxschen Sinne“ (Stommel 1964, S. 79).<sup>151</sup> Der von Kölner Kommunisten organisierte Arbeiteraufstand verläuft „nicht nach dem liberalen Programm“. Die Bewegung ist hier „über den Rahmen von Gemeinderats- und Bürgerpetitionen hinausgegangen“ (Obermann 1953, S. 115).

Der Kölner Arbeiteraufstand verschärfte die Gegensätze zwischen der Arbeiterführung und Marx/Engels und sie mussten in der Revolution immer schärfer hervortreten, denn während Marx/Engels die Arbeiterbewegung den bürgerlichen Bestrebungen unterzuordnen bezweckten, legten die revolutionären Kommunisten in Köln „den Grundstein“ zur Verselbstständigung der proletarischen Bewegung (Schraepfer 1972, S. 243f.).

### **3. Engels’ Angst vor den Selbstbestimmungsbestrebungen der Arbeiter**

Infolge der französischen Februarrevolution von 1848 nahmen die arbeitenden Klassen und Besitzlosen in Deutschland an der Revolution aktiv teil. Die erste Revolutionswelle im März 1848 enthüllte sofort, dass es in Deutschland „keine sozial homogene Trägerschicht der Revolution und keine einheitlichen, allgemein akzeptierten Zielperspektiven“ gab (Langewiesche 1980, S. 534f.). Im Jahr 1848 gaben die bäuerlichen Revolten, die im Frühjahr die größte Durchschlagskraft erlangten, sowie die Bewegungen der städtischen Besitzlosen der

---

<sup>151</sup> Obermann behauptet, dass Marx/Engels im März 1848 in Köln eine vorbereitende Rolle des Arbeiteraufstandes gespielt hätten (Obermann 1953, S. 111ff.). Stommel hielt in seiner Dissertation diese Behauptung für „nicht haltbar“ (Stommel 1949, S. 98f.).

Revolution Schubkraft und Dynamik. Die Straßen und Plätze wurden zu politisierten Räumen der arbeitenden Klassen und Besitzlosen.

Die Revolution von 1848/1849 in Deutschland wird von Marx/Engels und ihre Nachfolger immer wieder gern als eine „bürgerliche Revolution“ bezeichnet. Diese Bezeichnung lässt leicht vergessen, dass im Revolutionsjahr von Kommunisten viele soziale Forderungen aufgestellt wurden, wie u.a. nach auskömmlichen Löhnen, nach sozialer Absicherung im Alter oder Invaliditätsfall oder auch nach einem sozialen Parlament. Wichtiger noch ist, dass auf den Barrikaden fast ausschließlich Angehörige der arbeitenden Klassen und Besitzlosen standen, die Marx/Engels nicht zur „Arbeiterklasse“ zählen wollten. „Nicht Gehrock und Zylinderhut beherrschten das Bild an und auf der Barrikade, sondern die flache Proletariermütze, die leinene Blouse und der Arbeitskittel“ (Gailus 2013, S. 12). Nach dem Kölner Arbeiteraufstand war überall im Rheinland der Aufruhr wach. In den Kreisen Solingen kam es am 16. und 17. März zu Zerstörungen mehrerer Häuser von Fabrikanten (RhBA II/1, S. 584ff.). Auch in Elberfeld griffen die Aufständischen Fabriken und staatliche Einrichtungen an (Dowe 1970, S. 138).<sup>152</sup> Die kommunistische Propaganda, die der von Moses Hess herausgegebene *Gesellschaftsspiegel* dort betrieben hatte, fiel auf einen fruchtbaren Boden (Schraepler 1972, S. 245).

Im März und April 1848 fanden auch zahlreiche Bauernrebellionen in vielen Orten Deutschlands statt. In vielen Teilen Preußens brachen Aufstände aus; in Schlesien, „wo die Bewegung besondere Schärfe“ annahm, in Brandenburg, Pommern und Ostpreußen. Im Königreich Sachsen und in beiden Mecklenburgs erfolgten ebenfalls „bäuerliche“ Aktionen, „die nur mit Waffengewalt unterdrückt werden konnten“ (Dorphalen 1970, S. 340f.). Die Agrarbevölkerung, die von Marx/Engels in ihrem *Manifest* als „reaktionär“ etikettiert und ignoriert wurde, stand durchaus organisiert und massenhaft auf der Seite der Revolution. Unter Bauern setzte so „ein Sturm auf die grundherrlichen Rentämter ein, um die Gültbücher und Urkunden“ zu vernichten, mit denen nach Ansicht der Bauern ungerechtfertigte Abgaben belegt wurden (Wirtz 1981, S. 179). Sie zwangen Fürsten unter Gewaltandrohung zu schriftlichem Verzicht auf die ererbten grundherrlichen Rechte, stürmten das Rentamt der Fürsten, zerstörten das Mobiliar und ließen Akten und Urkundenbücher in Flammen aufgehen. Mit revolutionärer

---

<sup>152</sup> Die unmittelbare „spontane Selbsthilfeaktion“ der arbeitenden Klassen und Besitzlosen beherrschte die Märzbewegung. Nach Gailus kann diese Zeit „als Ausbruch aus dem Alltagsleben oder als revolutionäre Euphorie“ der Besitzlosen gekennzeichnet werden (Gailus 1984, S. 105f.). Während die Bourgeoisie in Versammlungen und Parlament durch ihre Redebeiträge die höhere Politik trieben, waren die politischen Ausdrucksmöglichkeiten der Besitzlosen notwendigerweise eine andere als die der Bourgeoisie: Katzenmusiken, Straffaktionen, symbolhafte Demolierungen, volkstümliche Selbstjustiz gegen Repräsentanten des Ancien Regimes, aber auch bürgerlich-liberale „Vereinbarer“ sowie spektakuläre Sympathiekundgebungen für die „Volksfreunde“ (ebd., S. 95ff.).

Gewalt versuchten die verarmten Bauern sich von der Last der feudalen Abgaben zu befreien (Gailus 1984, S. 89ff.).

Sowohl Engels als auch Marx schrieben vor der Revolution, wie in dieser Arbeit zuvor behandelt wurde, zahlreiche Artikel, in denen sie die Bauern als „reaktionär“ einstufte. Demnach seien sie zu schwach und niemals fähig, zu handeln und eine revolutionäre Initiative zu ergreifen, weil sie seit 600 Jahren in demokratischen Bewegungen jedes Mal reaktionär aufgetreten seien (MEW 4, S. 312f.). Nachdem die bäuerliche Revolutionswelle vorbei war, schrieb Marx nun in seinem Artikel *Der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Feudallasten* in der *NRhZ* vom 30. Juli 1848, dass die Bauern die „natürlichsten Bundesgenossen“ der Bourgeoisie seien (MEW 5, S. 283).

Dipper hält Marx' Behauptung, nämlich die Bezeichnung der Bauer als die „natürlichsten Bundesgenossen“ der Bourgeoisie, für eine „arge Täuschung“. Da das Bürgertum in seiner Mehrheit „ganz und gar nicht revolutionär“ gestimmt gewesen sei, schockierte es sie generell „zutiefst“, so schreibt Dipper, „wie die Bauern ihre Emanzipation selbst in die Wege“ leiteten. So warnte die Bourgeoisie überall vor der Gewalt, die von aufständischen Bauern angewendet wurde, und distanzierte sich von der „Gewalttaten der Landleute“. Überall, wo es nötig schien, wurden von der Bourgeoisie „in aller Eile“ Bürgergarden und Studentenwehren gegründet, „um die Städte gegen die anrückenden Bauernhaufen zu verteidigen“. Dipper stellt fest, dass die Aktionen von Bauern und Bürgertum in der Revolution wegen der Angst des Bürgertums vor den „Gewalttaten der Landleute“ gänzlich voneinander unabhängig gelaufen sind (Dipper 1980, S. 164f.).

Auch in Berlin wurden Hunderte von Barrikaden errichtet, und es kam am 18. März zu blutigen Straßen- und Häuserkämpfen. Die ganze Bevölkerung Berlins war in Aufruhr, nachdem die preußischen Truppen auf die Demonstration geschossen hatten. Dabei kamen mehr als 300 Menschen ums Leben. Unter den 270 identifizierten Märzgefallenen der Berliner Kämpfe waren 180 Handwerksarbeiter, Tischler, Schlosser, Schneider und Lehrlinge (Seidel-Höppner 2014, S. 1099). Nur die von Marx/Engels hochgeschätzten Fabrikarbeiter blieben in diesen revolutionären Wochen und Monaten des Jahres in Industriegebieten unpolitisch und ruhig (RhBA II/1, S. 646). Marx/Engels schätzten das in derzeit dünn gesäte sogenannte Industrieproletariat absichtlich sehr hoch, da dieses sich dem Bürgertum zugehörig fühlte und auch dementsprechend handelte.

In diesen Märztagen tauchten in Berlin die Forderungen Weitlings Dreipunktprogramms vom *Nothruf an die Männer der Arbeit und Sorge*, wie die Forderungen nach einer „wohlfeilen



Regierung“, nach Arbeit für jeden, der arbeiten will, und nach „Versorgung der Invaliden der Arbeit“, schon vor seiner Ankunft in Deutschland in den Berliner Arbeiterversammlungen auf.<sup>153</sup> Diese Forderungen werden von zahlreichen Kommunisten, wie u.a. Christian Hätzel, Johann Christian Lüchow (1820–?),<sup>154</sup> Ludwig Bisky (1817–1863) und Julius Brill (1816–1882), „die zehn Jahre durch die Schule des *Bundes der Gerechtigkeit*“ gegangen waren, in den Volksversammlungen vorgetragen. Denn diese Forderungen gehörten „seit einem Jahrzehnt zum programmatischen Grundbestand des *Bundes der Gerechtigkeit*“ (Seidel-Höppner 2014, S. 1106). So griff Brill in der großen Volksversammlung am 26. März Thesen und Forderungen von Weitling auf und verlangte unter großem Beifall nach einer „wohlfeilen Regierung“, nach dem Ersatz des stehenden Heeres durch Volksbewaffnung, nach der Progressivsteuer, nach der Bildung eines Arbeitsministeriums aus Sachverständigen und nach allgemeinem Wahlrecht. Es gehe darum, die ganze Gesellschaft umzugestalten (Wolff 1851, S. 436f.). „Auch wenn die Geschichtsschreibung das nicht wahrnehmen will“, schreibt Seidel-Höppner, sind es „Weitlings Forderungen von 1838“, die in den Berliner Märztagen von Kommunisten „erstmalig in öffentlichen Arbeiterversammlungen“ vorgetragen wurden (Seidel-Höppner 2014, S. 1106).

In Berliner Märztagen waren Lüchow und Hätzel mit anderen Kommunisten wie u.a. Müller und Michaelis „unter den Revolutionären der ersten Stunde“. Gleich nach den Märztagen versuchten sie als eine kleine Gruppe revolutionärer Arbeiter in wenig geräuschvoller, aber doch ernster Arbeit die solide Grundlage für eine organisierte Arbeiterbewegung zu legen. Die Kommunisten traten in diesen Tagen der Bourgeoisie gegenüber mit der „Schaffung eines politischen Kristallisationspunktes des Arbeiters“. Lüchow, mit dem Weitling während seines Berliner Aufenthalts zusammenwohnte, gründete beispielsweise das Komitee der Berliner Schneidergesellen mit und nahm „führend an der Berliner Streikbewegung“ teil (ebd., S. 1106f.). Schon vor Stephan Born rief Lüchow am 29. März zusammen mit Hätzel den *Central-Arbeiter-Club* ins Leben und gehörte „als Initiator und provisorischer Präsident“ zu den „Geburtshelfern der ersten legalen Berliner Arbeiterorganisation“, die sich „als politische Bewegung“ verstand (ebd., S. 1140).<sup>155</sup>

---

<sup>153</sup> Nach einem Bericht der *Mainzer Informationsbüro* wurden schon am Vorabend der Revolution von 1848/1849, also im Januar 1848, 300 Exemplare des Weitlings *Evangeliums des armen Sünders* nach Deutschland heimlich gebracht. Diese Broschüre sei allgemein verbreitet gewesen, obwohl sie nicht vom Buchhandel vertrieben werden durfte (Obermann 1968, S. 1026).

<sup>154</sup> Als Werkführer arbeitete Lüchow in einem Herrenkleidermagazin und wie Hätzel in der Redaktion der vom Handwerkerverein gegründeten *Deutschen Arbeiterzeitung*. Lüchow veröffentlichte revolutionäre Gedichte und Flugschriften (Seidel-Höppner 2014, S. 1140).

<sup>155</sup> Gerhard Becker will wissen, dass die „Organisationsbestrebungen der Arbeiter“ im Frühling 1848 ohne Wirkung der Kommunisten schon im Gange gewesen seien. So sei es Born gelungen, „sich an die Spitze dieser spontanen Arbeiterbewegung zu setzen“ (Becker 1988, S. 213).

Dank des „energischen“ Auftretens von Hätzel siegte das sogenannte „Kettensystem“ über die Fürsprecher der großen Volksversammlungen. Es wurde beschlossen, als Keimzelle einer allumfassenden Arbeiterverbindung eine Kette kleiner Klubs um und durch die ganze Stadt zu bilden. Der „Knotenpunkt dieser Kette“ sollte ein Zentralklub sein, zu dem sich vorläufig die Versammlung selbst konstituierte. Er nannte sich sogleich volltönend *Provisorischer Zentralklub der Vereinten Bezirksklubs der Arbeiter Berlins* (Friedensburg 1923, S. 60). Am 6. April 1848 wurde in Berlin die erste Arbeiterversammlung einberufen (Adler 1885, S. 157). Auch das zeigte es sich erneut klar, dass Kommunisten und Arbeiter ein „ganz verschiedenes Ziel verfolgten“ (ebd., S. 165) als die Bourgeoisie und Marx/Engels.

Ebenfalls wurden die etwa 600 Mitglieder des Hamburger Arbeiterbildungsvereins von Weitlings Anhänger beeinflusst. Faktisch stand die Hamburger Arbeiterbewegung, in der die Kommunisten die wichtigsten Positionen nahmen, unter der Leitung von Martens. Als gute Schüler von Weitling lehnten auch die Hamburger Kommunisten die „Anbiederungsversuche der Bourgeoisie“ entschieden ab. Sie schalteten sich gleich nach der Revolution aktiv in den Kampf um die Schaffung einer überregionalen Arbeiterorganisation ein. Anlässlich des dritten Stiftungsfestes des Hamburger Arbeitervereins kritisierte Martens am 21. Februar 1848 den Hamburger Senat, dass dieser eine unabhängige Arbeiterbewegung zu unterdrücken suche. Die Arbeiter stellten auf der Kundgebung die Forderung in der Parole: „Organisation der Arbeit und nieder mit dem Kapital“. Unter der Führung von Martens entwickelten Mitglieder des Hamburger Arbeitervereins ab März 1848 Pläne zur Einberufung eines überregionalen Arbeiterkongresses (Voss-Louis 1987, S. 22). Im Mai 1848 war Martens in Berlin, um mit dem Zentralkomitee für Arbeiter, der Voreinsatz des Zentralkomitees der *Arbeiterverbrüderung*, über diesen Problemkreis Absprachen zu treffen. Offensichtlich gab es eine politische Kooperation zwischen den Bundesmitgliedern in Hamburg und Berlin auch während der Revolution, nachdem Marx/Engels sie auf dem 2. Kongress vom Dezember 1847 aus dem *Bund* entweder ausgeschlossen oder ihre Verbindungen stillgelegt hatten. Denn zwischen Hamburger und Berliner Arbeiterverein „bestanden bereits seit längerer Zeit Kontakte“ (Voss-Louis 1987, S. 26).

Das von der Bourgeoisie unabhängige Agieren der Arbeiter sowohl in Köln als auch in anderen Städten Deutschlands erregte bei Marx/Engels große Besorgnis, denn die bürgerlichen Forderungen und Zielsetzungen, für die sie sich einsetzten, stießen bei den Arbeitern und Bauern zu einem großen Teil nicht nur auf Gleichgültigkeit, sondern auch ein „Antikapitalismus“ breitete sich durch ihre Bewegung aus, die gerade gegen „die Reichen“,

gegen „Gutswirtschaft und Großgrundbesitz, gegen die modern wirtschaftenden Pächter und Großbauern, eben gegen die Eigentümerfraktion der Gesellschaft“ gerichtet war (Gailus 1984, S. 91). Nun war es für Marx/Engels doch schwer, den Arbeitern in Deutschland zu predigen, dass sie „zunächst nichts für ihre spezifischen Sorgen und Anliegen“ zu tun hätten (Na’aman 1965, S. 21), sondern dass sie sich nur für den Sieg der Bourgeoisie einsetzen sollten. Es gab nur einige unbedeutende Arbeitervereine in Deutschland, die zwar „leicht zu leiten“ seien, aber diejenigen, die diese Vereine leiten, wie Dronke im April 1848 an Marx schrieb, müssten „gehörig“ kontrolliert und „sehr unter Aufsicht“ gehalten werden (BdK 1, S. 776f.).<sup>156</sup>

Engels schrieb in einem Brief vom 15. April 1848 an Marx, die „Reichsten“ seien momentan „die Geplagtesten und Geängstetsten“. Die „Panic“ sei namenlos. Die Bourgeoisie fordere „Vertrauen“ (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 150). In einem Brief vom 25. April 1848 schrieb Engels weiter an Marx seine tiefe Besorgnis über die Selbstständigkeitsbestrebungen der Arbeiter, die er als ein Hindernis für ihre Unterstützungspolitik zur Bourgeoisie betrachtete:

Die Arbeiter fangen an, sich etwas zu regen, noch sehr roh, aber massenhaft. Sie haben sofort Koalitionen gemacht. Das aber ist *uns* gerade im Wege (MEW 27, S. 126).

Nach Engels müssten doch die Bauern und Arbeiter, wie er unzählige Male und sogar noch drei Monaten zuvor in einem in dieser Arbeit bereits behandelten Artikel vom 23. Januar 1848 schrieb, nicht für ihre eigenen Interessen, sondern für die Interessen der Bourgeoisie handeln, sie müssten in ihre Armee marschieren und für ihre Interessen sterben; sie dürften auf keinen Fall sich verselbstständigen und auch nicht für ihre eigenen Forderungen kämpfen. Sie dürften in der Revolution nur ein „exploitierter Arm der Bourgeois“ sein (MEW 4, S. 499). Da sie jedoch das nicht tun, sieht Engels es „*uns* gerade im Wege“ (MEW 27, S. 126).

Da bei Engels’ Aussagen Widersprüche nie fehlen, gibt es in diesem Punkt auch reichliche Widersprüche. Denn einerseits bestätigt er in seinen Aussagen, dass es massenhafte Arbeiterbewegung gibt, und dass die Arbeiter sofortige Koalitionen machen, was Engels für sich als ein Hindernis „gerade im Wege“ sieht. Andererseits schreibt er im Jahr 1884 über das „Frühjahr 1848“, wo er behauptet, „das Proletariat, in gleichem Verhältnis unentwickelt, herangewachsen in vollständiger geistiger Knechtung, unorganisiert und noch nicht einmal fähig zu selbständiger Organisation“ gewesen sei (MEW 21, S. 17f.). Da die Arbeiter „unorganisiert“ seien, behauptet er in einem Brief vom 22. Februar 1887 weiter, „schlossen wir uns der demokratischen Partei an als dem einzig möglichen Mittel, das Ohr der Arbeiterklasse

---

<sup>156</sup> Ernst Dronke besuchte im April 1848 im Auftrag von Marx/Engels einige Arbeitervereine in Deutschland, um zu erfahren, ob sie „leicht zu leiten“ seien (BdK 1, S. 776f.).

zu gewinnen“ (MEW 36, S. 598). Sie hätten sich also gerade deswegen unter die „Fahne“ der „Demokratie“ gestellt, da die Fahne der Demokratie „überall den spezifisch proletarischen Charakter im Einzelnen“ hätte. Außerdem seien die „paar hundert vereinzelt Bundesmitglieder“ in der „ungeheuren, plötzlich in die Bewegung geschleuderten Masse“ verschwunden. Die Lage in Deutschland zeige so, dass die Verhältnisse in Deutschland für ein selbstständiges Auftreten des *Bundes der Kommunisten* in der Revolution noch nicht reif gewesen seien. Wegen der „unorganisierten“ Massen und der zahlenmäßigen und organisatorischen Schwäche des *Bundes* hätten Marx/Engels sich „der demokratischen Partei“ angeschlossen (MEW 21, S. 18).

In Engels' Aussagen gibt es zahlreiche Unstimmigkeiten. Erstens war doch der Entschluss von Marx/Engels zur Teilnahme an der Bourgeoisie keineswegs eine unerwartete Änderung ihrer Taktik und auch kein Manöver, das ihre angeblich wahren Absichten verschleiern sollte (Hundt 1993, S. 467ff.), sondern Marx/Engels erzielten von Anfang an definitiv nicht, in Deutschland eine feste Organisation des *Bundes der Kommunisten* oder eine Organisation der Arbeiter zu gründen. Ganz im Gegenteil, sie hatten von Anfang an vor, die Führung der Arbeiterbewegung für die Unterstützung der Bourgeoisie zu überreden. Aus diesem entscheidenden Grund hatten sie Konflikte mit Weitling, Hess und später auch mit Gottschalk, Moll, Willich und Schapper, die für die Interessen und Bedürfnisse der arbeitenden Klassen und Besitzlosen kämpften und daher der Unterstützung der Bourgeoisie durch die Kommunisten entgegentraten.

Nichts ist unzutreffender als die Aussage Engels, die Bundesmitglieder seien „vereinzelt“ und „verstreut“ gewesen und der *Bund der Kommunisten* habe sich gegenüber der „losgebrochenen Bewegung der Volksmassen als ein viel zu schwacher Hebel“ erwiesen (MEW 21, S. 218). Denn erstens standen die Bundesmitglieder in der Tat nicht zufällig „vereinzelt“, sondern die unter dem Einfluss von Marx stehenden Bundesmitglieder wurden von ihm bewusst „atomisiert, unorganisiert, allein“ nach Deutschland geschickt (Na'aman 1965, S. 14). Zweitens kam es Marx/Engels auch „nicht ungelegen“ (Korsch 1974, S. 382), als der *Bund* sich gegenüber der „losgebrochenen Bewegung der Volksmassen als ein viel zu schwacher Hebel“ erwiesen habe (MEW 21, S. 218), denn sie hatten, wie in dieser Arbeit zuvor behandelt wurde, selbst dazu ziemlich viel beigetragen. Sie hatten nämlich von Anfang an den Plan, die Organisation der Kommunisten zu zerstückeln und die Arbeiter und Kommunisten der Bourgeoisie unterzuordnen, um für die Bourgeoisie den Weg zur politischen Macht freizumachen, was noch in der vorliegenden Arbeit zu behandeln ist.

#### 4. Reaktion des Großbürgertums auf den Kölner Arbeiteraufstand

Die Bourgeoisie reagierte auf den von der Kölner Bundesgemeinde organisierten Aufstand sehr „verängstigt“ (Seyppe 1991, S. 50). Während „die wüsten Auftritte“ vor dem Rathaus fortdauerten, eilten die Wortführer des Großbürgertums, etwa Mevissen, Oppenheim, Claessen, Nacken, Mallinckrodt, eine Versammlung zu organisieren, auf der beschlossen wurde, „Ordnung und Aufrechterhaltung der Ruhe“ in Köln zu schaffen.<sup>157</sup> Einige „kommunistische Anklänge“, die sich auf der Versammlung geltend machen wollten, fanden, wie Camphausens Schwager Advokat Nacken in einem Brief vom 4. März 1848 an diesen schrieb, „entschiedene Mißbilligung“. Ebenso sehr wurden „fast allgemein die wüsten Auftritte im Rathaus getadelt“ (RhBA, II/1, 515f.).

Das Kölner Großbürgertum sah sich mit einem Arbeiteraufstand unter der Führung der Kommunisten konfrontiert, dessen „Forderungen sich nicht einfach in das eigene politische Programm einordnen ließen“ (Reppen 1955, S. 19f.).<sup>158</sup> Valentin stellt fest, dass die verkündeten Losungen des Kölner Aufstandes nicht nur die bürgerlichen Freiheiten enthielten, sondern auch spezielle Forderungen der kommunistischen Arbeiter. Sie enthielten nämlich „etwas anderes als die üblichen Märzforderungen“ und waren „besonders scharf zugespitzt“. Sie seien „als der erste kommunistische Versuch in Deutschland“ anzusehen und hätten deshalb „weit mehr als lokale Bedeutung“ (Valentin 1968, S. 416). Der Arbeiteraufstand vom 3. März 1848 in Köln war eine wahre „Schrecksekunde“ für die Bourgeoisie (Schieder 1950, S. 238), dessen Wirkung auf die öffentliche Meinung „ungewöhnlich groß“ war (Stadelmann 1962, S. 70).<sup>159</sup> Denn in einem Machtaufstand des „niedrigsten Pöbels“ (RhBA II/1, S. 515) steckte in sich eine Gefahrenpotenzial für das Großbürgertum, dass sie „mit immer weitergehenden Forderungen den Eigentumsbestand des besitzenden Bürgertums“ angreifen könne (Seyppe 1991, S. 52).

---

<sup>157</sup> Mallinckrodt schrieb an einen Bekannten in Magdeburg, dass der „Pöbellauf“ vom 3. März, einer von ca. 5.000 Menschen zumeist aus „niedereren Ständen“ besuchten Kundgebung vor dem Rathaus, bei dem es zu „Tumulten“ gekommen war, von Kommunisten angezettelt worden sei (RhBA II/2, S. 335). Diese hier zum Ausdruck gebrachte Furcht der Bourgeoisie vor dem „Pöbel“ veranlasste das Großbürgertum zur Gründung der Bürgerwehr, wie der Kölns Stadtchroniker Fuchs 1848 bemerkte, um die „Verletzung des Eigentums, Plünderungen und sonstigen Exzessen“ zu verhindern (Seyppe 1985, S. 82).

<sup>158</sup> Doch die Bourgeoisie nutzte den Aufstand auch aus, über den sie ihre Abscheu äußerte, um seine eigenen Forderungen der Monarchie gegenüber Geltung zu verschaffen. So verlangte sie die sofortige Wiedereinberufung des Vereinigten Landtages, um das Verfassungswerk zu vollenden (RhBA II/1, S. 516).

<sup>159</sup> Hundt glaubt zu wissen, dass die „Kölner Demonstration vom 3. März“ sich „fast ausschließlich auf Grundforderungen der bürgerlich-demokratischen Revolution“ beschränke (Hundt 1993, S. 444). Auch Becker stellt die bloße Behauptung auf, Gottschalk wolle mit seiner Rede in der Sitzung „die revolutionäre Aufregung“ schnell beenden. Er wirft Gottschalk vor, dass dieser im Rathaussaale „von der Kölner Bourgeoisie“ im Namen der „Humanität“ nur die „wirtschaftlichen Zugeständnisse“ erwartet hätte (Becker 1963, S. 18f.). Stommel hielt Beckers Behauptung für eine bloße „Entstellung des Zitates“ (Stommel 1964, S. 71).

So agierten die „vornehmlich verfassungspolitisch orientierte Bewegung bürgerlicher Schichten“ (Reppen 1955, S. 77) zusammen mit den Regierungskräften gegen Kommunisten „als Blok“ (Seyppel 1991, S. 52) und ergriffen gegen sie in Köln „harte Maßnahmen“ (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 161). Die beiden Flügel des Bürgertums, Demokraten wie Liberale, hatten wie üblich eine gemeinsame feindliche Haltung gegenüber dem „Pöbelauflauf“ vom 3. März, der „von Kommunisten angezettelt“ war (RhBA II/1, S. 536), und organisierten in kurzer Zeit ihre Bürgerwehr,<sup>160</sup> um „Exzessen“ vorzubeugen (ebd., S. 671). Diese Bewilligung erfolge jedoch, wie der Regierungspräsident an Kölner Oberbürgermeister schrieb, „unter der ausdrücklichen Bedingung“, dass zu Mitgliedern der Bürgerwache nur durchaus „zuverlässige Bürger“ zugelassen werden (ebd., S. 600). So zeigte sich Otto Camphausen in einem Brief vom 20. März 1848 sehr froh, dass die „Bewaffnung der Bürger“ vollendet sei, „bevor die Masse das Gelüste ergreift, sich ebenfalls Waffen auszubitten“ (ebd., S. 609f.). Dagegen verlangte am 20. März eine Delegation der Volksversammlung die allgemeine Volksbewaffnung. Für die Kölner Bundesgemeinde, die die Bewegung in eine soziale Revolution einzuleiten suchte, war die Freiheit erst noch zu erkämpfen. So forderte sie eine „allgemeine Volksbewaffnung“ (Gottschalk 1848, S. 2f.).

Nach dem Arbeiteraufstand ließ der Kölner Regierungspräsident in der Presse eine „amtliche Bekanntmachung“ veröffentlichen, in der der Kölner Arbeiteraufstand scharf verurteilt wurde. In diesem Bericht wurde der „fast nur aus der arbeitenden Klasse“ bestehende Aufstand als eine „Bedrohung“ der bürgerlichen Gemeindevertretung hingestellt. Demnach habe der Gemeinderat „von dieser Menge bedroht, deren Haltung und Äußerungen den festesten Vorsatz verkündeten, den Gemeinderat zu ihrem Willen zu zwingen“ (Obermann 1953, S. 113f.):

Es hat eine Anzahl von Personen gewagt, den in Ausübung seines Berufes im Rathause versammelten Gemeinderat nicht mit Bitten, sondern mit ‚Forderungen des Volkes‘ zu bestürmen, und versucht, eine Genehmigung von Anträgen durch Gewalt zu erzwingen, die in ordnungsmäßigem, gesetzlichem Wege bei den loyalen Vertretern der Stadt in keiner Weise Eingang finden konnten (ebd., S. 114).

---

<sup>160</sup> Nachdem das königliche Patent vom 19. März die Zulassung der Berliner Bürgerwehr verfügt hatte, kam es auch in Köln zur Gründung der Kölner Bürgerwehr (Seyppel 1985, S. 85). Der Zweck der Bürgerwehr war nach einer Bekanntmachung von 21. März: „der Schutz der gesetzlichen Freiheit, die Erhaltung des Friedens und der Eintracht unter allen Mitgliedern der bürgerlichen Gesellschaft, die Abwehr jeder Störung der öffentlichen Ordnung“ (RhBA II/1, S. 612ff.). Das Militär war durch die revolutionäre Propaganda von u.a. Willich und Anneke aus der Kölner Bundesgemeinde nicht mehr unbedingt ein verlässlicher Partner bei der Sicherung von „Ruhe und Ordnung“. So forderte am 25. März eine Soldatenversammlung die Abschaffung des Drills sowie der Militärgerichte (Seyppel 1991, S. 187).

Der Bericht erzählte vom „furchtbaren Geschrei der tobenden Menge“ und ihrem „Ungestüm“, verurteilte die „unglaubliche Anmaßung und Gewaltsamkeit der Führer jener verblendeten Menge“ und „die Gesinnungen und Tendenzen“, die dieser Bewegung zu Grunde lagen (RhBA II/1, S. 507). Otto Camphausen schrieb am 9. März 1848 sehr bedenklich an seinen Bruder Ludolf Camphausen in Berlin, dass „das kommunistische Element“ zwar beseitigt, aber in dem „besseren Teil der Gesellschaft“ die politische Aufregung ungemein groß sei (ebd., S. 549).<sup>161</sup>

Die beiden rheinischen Bankiers Ludolf Camphausen und David Hansemann, die führenden Vertreter der rheinischen Bourgeoisie, reisten gleich nach der Februarrevolution nach Berlin ab, um dort ein bürgerliches Ministerium in der königlichen Regierung zu etablieren. Einer von Camphausens Biographen schreibt über seine Stellung zu der Märzrevolution folgendes:

[D]a kam die ‚schwere Zeit‘, die er 1846 vorausgesagt hatte. Sie rief [...] ihn hinaus zum Dienst am Staate. An erster Stelle setzte er seinen Namen ein für die gesunde Würde der Monarchie und der staatlichen Autorität (Schwann 1915, S. 282f.).

Die preußische Bourgeoisie war also von Anfang an dazu bestimmt, mit der königlichen Regierung einen Kompromiss zu schließen. Sie hatte niemals vor, mit der Monarchie zu brechen. Daher suchte die Bourgeoisie eine Kompromissformel mit der Monarchie (Langewiesche 1980, S. 546f.). Demnach könnten Gesetz und Autorität nicht aufgegeben werden, um eine „Pöbelrevolution“ zu verhindern. Die Souveränität würde bei der Krone bleiben; Reformen und Verfassungsinnovationen würden von der Verhandlung zwischen der preußischen Nationalversammlung und dem König ausgehen. Die Errichtung einer Gewaltenteilung zwischen dem König und einem künftigen Parlament bildete das gemäßigte Ziel der Bourgeoisie (Hammen 1949, S. 836). Sie wollte grundsätzlich „im Sinne eines geordneten und dosierten Drucks friedlicher Bürgerberatungen“ wirken, um dem als „Verhandlungspartner“ akzeptierten „preußischen Herrscherhaus berechenbar zu bleiben“ (Seyppel 1991, S. 53). Denn die Volksmassen waren „in Bewegung“ gekommen und drohten damit, über die Bourgeoisie und ihre Forderung nach einer konstitutionellen Monarchie hinauszugehen (Obermann 1953, S. 116).

Die „Führer der rheinischen Bourgeoisie“ spielten in Berlin „eine entscheidende Rolle“ (Schieder 1983, S. 322). So herrschte mit dem 18. März nicht nur in Köln, sondern auch in Berlin die „preußische Großbourgeoisie in Gestalt des Ministeriums Camphausen-Hansemann“

---

<sup>161</sup> Roland Daniels beschreibt Köln in seinem schon erwähnten Brief vom 21. März 1848 an Marx als Zentrum der „bewussten Bourgeoisie“, die „einsieht, daß sich in der Revolution andere ihr verhaßte Elemente geltend machen könnten.“ Sie wusste, dass bei einer Revolution „das Eigenthum Schaden leiden“ könnte (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 404).

(Na'aman 1965, S. 17). Am 29. März wurden nämlich der Bankier Ludolf Camphausen zum Ministerpräsidenten und der Bankier David Hansemann zum Finanzminister berufen. Großbürgerliche Reformen und Zurückdrängung der sozialen Revolution waren die Ziele des Ministeriums Camphausen-Hansemann (Mettele 1998, S. 300).

Es ist interessant zu wissen, dass Marx gerade gegen Ende Februar/Anfang März 1848, nämlich ausgerechnet in der Zeit, in der sich die Kölner Kommunisten mit ihren Vorbereitungen auf die Revolution bemerkbar machten und deswegen die Kölner Bourgeoisie in Angst und Schrecken versetzten, laut belgischen Behörden eine große Summe in Brüssel erhielt. Marx bekam also „von einem Deutschen“ die Summe von 6.000 Francs, nachdem er in London bei Schapper und Moll höchst persönlich sein *Manifest*, in dem Marx „Geldsäcke“ für „höchst revolutionär“ erklärte (MEW 4, S. 464) und Kommunisten zur weltgeschichtlichen Bühne einlud, um „gemeinsam mit der Bourgeoisie“ zu kämpfen (ebd., S. 492), eingereicht und dort die „in mündlicher Absprache“ erteilte (Andréas 1978, S. 109f.) „Diktaturermächtigung“ zur Kontrolle der Bundesmitglieder erhalten hatte (Schieder 1991, S. 39f.).

Der preußische Gesandte in Belgien berichtete in den ersten Märztagen nach Berlin, dass „von einem Deutschen“ die Summe von 6.000 Francs in Bank-Ballots gebracht, auf der Bank diese Summe in bares Geld umgetauscht und das Geld „dem bekannten Karl Marx“ ausgehändigt worden sei, welcher diese Summe in das Lokal der *Demokratischen Gesellschaft* getragen habe. Die Identität des deutschen Mannes, von dem Marx das Geld in Brüssel bei der Bank erhalten hatte, bleibt seltsamerweise bis heute immer noch unbekannt. Über die Herkunft des Geldes wurde erst in der zweiten Märzhälfte eine Erklärung abgegeben. Demnach habe Marx im Februar 1848 „von seiner Mutter“ 6.000 französischen Francs bekommen (Andréas 1978, S. 119f.).

Doch es ist anzunehmen, dass Marx insbesondere nach der Pariser Februarrevolution von seinen bürgerlichen Freunden in Köln über die Kölner Bundesgemeinde reichlich informiert wurde (Seyppel 1991, S. 121) und es liegt daher näher, dass Marx' Kölner Freunde ihn darum baten, gegen die gefährlichen Kommunisten in Köln aufzutreten. Denn sie waren nach der Februarrevolution alle bereit, ihre Geldsendung an Marx, die mindestens seit 1844 regelmäßig stattfand, zu verstärken. Als führender Vertreter des Großbürgertums betrachtete Gustav Mevissen 1844 die Geldsendung an Marx als ein bürgerliches „kaufmännisch[es] Unternehmen“ (Dowe 1970, S. 57f.).

Die Legende, dass Marx eine erhebliche Summe von seiner Mutter bekommen habe und von diesem Geld für Waffenkäufe gespendet habe, entspricht nicht im Geringsten der historischen



Realität. Diese Legende wurde später wohl im Auftrag von Marx auch durch seine Gattin und seine Anhänger in Amerika wegen der Kritik Willichs an Marx verbreitet. J. Weydemeyer, A. Cluß und A. Jacobi stellten im *Belletristischen Journal* und in der *New Yorker Criminalzeitung* vom 25. November 1853 die bodenlose Behauptung auf, Marx habe mit diesem Geld Waffenkäufe finanziert (BdK 3, S. 306), um „Marx’ Opferbereitschaft“ für die Revolution zu belegen (Andréas 1978, S. 13). Auch Jenny Marx erzählte in ihren autobiographischen Aufzeichnungen diese Legende weiter. Da ihre autobiographischen Aufzeichnungen erst in den 1960er Jahren veröffentlicht wurden (Marx 1965, S. 207), ist die Legende immer noch in der Welt in Umlauf.

Wenn Marx die ihm von seiner Frau und seinen speziellen Freunden „zugeschriebene Absicht“ für die Finanzierung der Waffenkäufe gehabt hätte, ist es dann erklärungsbedürftig, warum er zwei Wochen später in Paris entschieden gegen die Gründung einer bewaffneten Truppe auftrat (Andréas 1978, S. 14). Aus Daniels’ Brief vom 21. März 1848 an Marx zu erfahren, was er mit dem Geld, dessen Quelle höchst umstritten ist, tatsächlich machen wollte. Marx beabsichtigte nicht, im März 1848 mitten in der Revolution in Paris Waffen zu kaufen, sondern er wollte bei der Börse einen Wechsel auf Fould<sup>162</sup> kaufen. Deswegen suchte er auch bei seinem Freund Daniels Rat. Dieser schrieb ihm, dass er Marx’ Vorhaben nicht gut finde, da er gerade das Gerücht aus Paris bekommen habe, dass Fould bankrottieren wolle. Da Fould „unsicher“ sei, riet Daniels Marx ab, „einen Wechsel auf ihn“ zu kaufen (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 404).

#### **4.1. Marx’ Diktaturermächtigung zur Kontrolle der Bundesmitglieder**

Es liegt näher, dass Marx insbesondere nach der Pariser Februarrevolution von seinen bürgerlichen Freunden in Köln über die „stärkste Gemeinde des *Bundes* in ganz Deutschland“ (Seyppel 1991, S. 121) und über deren Führung, Willich, Gottschalk und Anneke, reichlich informiert wurde. Demgemäß beeilte er sich so schnell wie möglich, um „in full control of the Communist League in the early days of the German revolution“ (Noyes 1966, S. 114) in die Hand zu nehmen. So machte er eine kurze Reise nach London, um der Zentralbehörde seine Bedingungen zu diktieren und sich als die einzige verantwortliche Person für den *Bund der Kommunisten* zu deklarieren.

---

<sup>162</sup> Achille Fould (1800-1867) war ein französischer Bankier, Finanz- und Staatsmann. Er übernahm die Leitung des Pariser Bankhauses Fould, Oppenheim & Co. Unter der Regierung von Louis-Philippe I. wurde Fould zum Mitglied des Generalkollegiums für Handel ernannt. Nach der Pariser Februarrevolution ließ sich Fould im September in Paris in die Konstituierende Nationalversammlung wählen, wo er dem konservativen Verein der Rue de Poitiers beitrug und sich dem Präsidenten Louis-Napoléon Bonaparte anschloss (<http://www.retrobibliothek.de/retrobib/seite.html?id=105910&imageview=true> [abgerufen am 22.07.2017]).

Marx behauptet jedoch in seiner Streitschrift *Herrn Vogt*, dass die Zentralbehörde beim Ausbruch der Februarrevolution ihm „die Oberleitung“ des *Bundes* übertragen habe (MEW 14, S. 439). Auch Engels schrieb erst 1885 seine Version der Verlegungsgeschichte der Zentralbehörde, deren Zeuge nur er selbst ist, dass die Londoner Zentralbehörde nach der Februarrevolution 1848 „sofort“ ihre „Befugnisse an den leitenden Kreis Brüssel“ übertragen habe. Die neue Brüsseler Zentralbehörde habe an demselben Tag beschlossen, „sich ebenfalls aufzulösen, ihre sämtlichen Vollmachten an Marx zu übertragen und ihn zu bevollmächtigen“ (MEW 21, S. 216).

Es ist nicht zu übersehen, dass die Aussagen von Marx und Engels über die Marx übertragene Vollmacht widersprüchlich sind, denn während Marx behauptete, dass ihm „die Oberleitung“ des *Bundes* von der Londoner Zentralbehörde übertragen worden sei, schrieb Engels in seiner Version, dass das Brüsseler Komitee beschlossen habe, „ihre sämtlichen Vollmachten an Marx zu übertragen und ihn zu bevollmächtigen“ (ebd.).

Zu den Behauptungen von Marx/Engels gibt es keine originalen Dokumente, sondern nur ihre bloßen Aussagen und den in referierter Form aufgefassten Beschluss des Brüsseler Komitees mit den Unterschriften von Marx, Engels, Gigot und Steingens. Über das sogenannte Brüsseler Komitee schrieb Born in seinen Erinnerungen folgendes: „In Brüssel existierte [...] ein deutscher Verein [...]. Kommunismus und Kommunisten waren [dort] übrigens nur Worte, die niemand banden, über die man tatsächlich kaum sprach“ (Born 1898, S. 72). Es fehlt also jede Spur eines Beweises für die Existenz eines schriftlichen Beschlusses der Londoner Zentralbehörde.<sup>163</sup>

Laut Polizeidirektoren Wermuth/Stieber brachte Marx selbst „den bekannten Beschluß vom 3. März 1848 zu Stande“ (Wermuth/Stieber 1854, S. 80). Nach einem polizeilichen Dokument teilte Marx' Freund Jottrand am 29. Februar 1848 in der Versammlung der Brüsseler Demokratischen Gesellschaft mit, dass Marx nach London abgereist sei. Er reiste nämlich in der Mitternacht vom 28./29. Februar nach London, um die Londoner zu einem Beschluss zu erzwingen. Er kehrte wieder am 2./3. März von seiner Reise aus London nach Brüssel zurück. Ihm reichten sicher anderthalb bis zwei Tage, um die „in mündlicher Absprache“ (Andréas 1978, S. 109f.) erteilte „Diktaturermächtigung“ zu holen (Schieder 1991, S. 39f.). Es bleibt hier

---

<sup>163</sup> Martin Hundt behauptet, dass die Londoner Zentralbehörde den „nicht überlieferten“ Beschluss „maximal drei Tage“ nach der Pariser Februarrevolution in London angenommen habe (Hundt 1993, S. 420). Das ist jedoch nur Hundts Arbeitshypothese, und er hat dafür keinen Beweis in der Hand. Im Gegensatz zu Hundts Behauptung schrieb die Amsterdamer Bundesgemeinde am 2. März 1848 immer noch „an die Zentralbehörde des *Bundes der Kommunisten* in London“ (BdK 1, S. 712).

jedoch erklärungsbedürftig, ob diese „mündliche Absprache“ überhaupt stattfand und wenn ja, wer sie Marx erteilte. Edgar Bauer<sup>164</sup> schrieb 1852 in seinen *Konfidentenberichten* über Marx’ „dictatorische Gewalt“ folgendes:

Seine Freunde gaben Marx eine Vollmacht mit, welche die communistische Centralbehörde in der Person Marxens nach Paris verlegte und dem letzteren überhaupt dictatorische Gewalt gab, das Centrum der Partei an irgendeinem beliebigen Ort zu fixieren (Bauer 1989, S. 28)

So wurde Marx zum „unumschränkten“ Diktator des *Bundes der Kommunisten* ernannt (Adler 1885, S. 211). Es ist besonders fragwürdig, warum er für sich Sondervollmachten verlangte, welche die bisherige Bundesführung nicht besessen hatte, die vor der Intervention von Marx/Engels angeblich undemokratisch gewesen sei. Mit seiner „diskretionäre[n] Gewalt“ konnte Marx „alle Bundesangelegenheiten“ (BdK 1, S. 714) nach eigener Willkür entscheiden. So war der übrig gebliebene *Bund* „in der Hand eines einzelnen“ (Na’aman 1965, S. 14), und Marx hatte „volle Kontrolle“ über ihn (Noyes 1966, S. 114).

Die statutenwidrige Bevollmächtigung von Marx stand offensichtlich mit der „kollektiven“ und „demokratischen Führungstradition“ des *Bundes* im Widerspruch (Schieder 1991, S. 39f.). Nach dem Status des *Bundes* kann nur ein allgemeiner Kongress als „gesetzgebende Gewalt“ des *Bundes* die Verlegung der Zentralbehörde entscheiden. Da ein solcher Kongress nicht stattfand, war diese Verlegung, wie auch das *Manifest*, eindeutig statutenwidrig, denn laut des Artikels 34 der Bundesstatuten bestimmt nur der Kongress „jedes Mal den Ort, an dem die Centralbehörde für das kommende Jahr ihren Sitz haben soll und den Ort, an dem Kongress sich zunächst versammeln wird“ (BdK 1, S. 628f.).

Gegen Mitternacht am 3. März 1848 kam die Brüsseler Polizei ins Hotel Bois Sauvage, wo Marx und seine Familie nach der Abgabe ihrer Wohnung blieben, mit einem Durchsuchungsbefehl und nahm kurz nach zwei Uhr morgens vom 4. März 1848 Marx fest. Auch Jenny Marx wurde eine Stunde später bei der Rückkehr von Jottrands Haus verhaftet (Andréas 1978, S. 29). Er und seine Frau verbrachten einige Stunden im Gefängnis, da die belgischen Behörden bekanntlich auf Marx’ Konto die große Summe von 6.000 Talern verdächtig fanden. Am 4. März wurden sie jedoch freigelassen.

Jenny Marx erzählte in ihren Erinnerungen, dass sie unter entwürdigenden Umständen von der Polizei ins Gefängnis gebracht worden sei (Marx 1965, S. 208). Ihr Gatte Karl Marx prangerte

---

<sup>164</sup> Edgar Bauer war der Bruder von Bruno Bauer. Dem sogenannten Doktorklub gehörte er zusammen mit Marx an und war 1842 einer der fleißigsten Korrespondenten der von Marx redigierten *Rheinischen Zeitung*. Edgar Bauer wurde auch mit Engels nahe befreundet, als dieser 1841/1842 in Berlin seiner Militärpflicht nachkam (Bauer 1989, S. XII).

öffentlich die Behandlung seiner Frau an, die „trotz ihrer Zugehörigkeit zur preußischen Aristokratie [...] mit Straßenmädchen zusammen in einen dunklen Saal gesperrt“ worden sei. „Zwei Stunden lang saß“ Marx' Gattin Jenny „in strenger Haft“ (MEW 4, S. 536f.). Auch Engels schrieb in einem Brief vom 5. März an den Redakteur des *Northern Stars*, dass Jenny Marx im Gefängnis „eine Gesellschaft von Prostituierten der niedrigsten Sorte vorfand, mit denen sie die Nacht verbringen mußte“. Doch die auf Marx zurückgehenden Berichte über eine besonders schikanöse Behandlung seiner Ehefrau sind mit Skepsis zu betrachten. Nach dem Protokoll im Gefängnis habe der Wachtmann Madame Marx nur „für 15 Minuten“ eine Gemeinschaftszelle anweisen müssen. Danach habe er sofort eine Schlafstatt in einer Zweibettzelle herrichten können. Es ist wohl zu vermuten, dass er von „Madame Marx“ dafür ein reichliches Trinkgeld bekam (Raddatz 1975, S. 134f.).

Noch an demselben Tag fuhr Marx mit der unumschränkten Diktaturermächtigung in der Hand mit einer Kutsche nach Paris. In seinem Rechtsfertigungsschrift *Herr Vogt* behauptete Marx, dass sein guter Freund Ferdinand Flocon (1800–1860), der neue Ministerpräsident der bürgerlichen Regierung Frankreichs, ihn und seine Familie nach Paris eingeladen habe (MEW 14, S. 618). Er datierte hier die Einladung auf den 1. März 1848 (ebd., S. 676). Doch in der Wirklichkeit stammen Flocons Zeilen vom 10. März 1848 (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 389), als Marx bereits in Paris war.

Marx wurde also offensichtlich nicht von französischen Regierungsmitgliedern gerufen, wie er dies 1860 behauptete, sondern ihm wurde am 10. März 1848 lediglich bestätigt, dass er in Frankreich willkommen war. Die Moskauer Herausgeber der Marx/Engels Werke (MEW), die den Brief veröffentlichten, sahen das richtige Datum, änderten jedoch wohl aus Angst nichts. Stattdessen „veröffentlichten sie neben dem Brief das Faksimile des Originals“, so Grandjonec, „um ihr Gewissen zu beruhigen“. Dort jedoch „entziffert jeder, der lesen kann: 10. März“ (Grandjonec 1993; zit. nach Obschernitzki 2003, S. 89). Da Flocons Einladung auf den 10. März 1848 datierte, bleiben hier die Fragen offen, ob hier eine Täuschungsabsicht vorliegt und von wem Marx und seine Familie mitten im Krieg mit einer Kutsche ganz bequem nach Paris befördert wurden.

#### **4.2. Marx' Kampf gegen organisierte Wiederkehr der Kommunisten**

Joseph Moll, Karl Schapper und Heinrich Bauer von der Londoner Zentralbehörde waren schon mit einigen Bundesmitgliedern in Paris, als Marx am 5. März mit seiner Diktaturermächtigung dort erschien. Auch der Herausgeber der *Brüsseler Zeitung* Adalbert von Bornstedt, den Marx in Brüssel in den *Bund der Kommunisten* aufgenommen hatte, war schon in Paris. Bornstedt

ging, da er in Paris seine Seite von Konstitutionellen zu Republikanern wechselte, zu dem berühmten Dichter Georg Herwegh und forderte ihn auf, „zu Ehren der Februarrevolution“ eine Dankadresse an das französische Volk auszuarbeiten und ihn in einer Versammlung zur Annahme vorzulegen. So fand am 6. März 1848 eine von über 4.000 Personen besuchte Versammlung statt, wo u.a. Marx, Moll und Schapper anwesend waren. Hier forderten mehrere deutsche Kommunisten, etwa Schapper Wallau und Seiler, die Bildung eines Vereins, „damit man zur rechten Zeit, die Waffen in der Hand, ins Vaterland“ ziehen könne, „um sich für dessen Freiheit zu schlagen“. Schapper sprach hier aus, dass es dringend nötig sei, endlich auch in Massen für das deutsche Proletariat aufzustehen (BdK 1, S. 715ff.). Marx hielt hier keine Rede und verschwieg seine wahren Ansichten.

Doch nach Schappers Unterstützungsrede für den bewaffneten Freiheitskampf musste Marx schnell dagegenhandeln und ihn dazu drängen, seine Meinung zu ändern. So wurde die Zentralbehörde am 7. März in Paris gebildet, wo Marx sich förmlich zum „Präsidenten“ des sich erneut konstituierenden Zentralkomitees wählen ließ. „Man hat mich zum Präsidenten und Schapper zum Sekretär ernannt“, informierte er in einem Brief vom 8. März Engels in Brüssel (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 132). Seine „Führungsposition“ war vorher „keineswegs“ von den Statuten des *Bundes* vorgesehen. Der *Bund* hatte vor Marx/Engels' Eintritt in den *Bund*, wie alle erhaltenen Verlautbarungen ausweisen, eine kollektive Führung (Schieder 2018, S. 45). Den Statuten des *Bundes der Kommunisten* zufolge besteht eine „Zentralbehörde“ aus „wenigstens fünf Mitgliedern“, die keinen „Präsidenten“ hat (BdK 1, S. 467).

Marx trat am 7. März 1848 mit vielen Privilegien als der alleinige Präsident an die Stelle der Zentralbehörde, um den *Bund* besser in der Hand zu haben und um die für die Bourgeoisie gefährlich werdenden revolutionären Strömungen im *Bund*, wie die Kölner Bundesgemeinde, zu bekämpfen und die Bundesmitglieder gegebenenfalls auszuschließen. Als weitere Mitglieder der Zentralbehörde wurden Friedrich Engels, Heinrich Bauer, Joseph Moll, Karl Wallau und Wilhelm Wolff berufen. In der neuen Zentralbehörde waren nämlich nur die Londoner und die Brüsseler vertreten (MEW 4, S. 609). So wurde die von Schapper vertretene Auffassung über einen bewaffneten Zug nach Deutschland von Marx bekämpft (Na'aman 1965, S. 14), obwohl der bewaffnete Kampf „von mehreren Mitgliedern“ des *Bundes der Kommunisten* unterstützt wurde, die so bald wie möglich in die Heimat zurückkehren und an der beginnenden Revolution in Deutschland teilnehmen wollten (Lewiowa 1980, S. 53).

Am 8. März wurden 6.000 Demonstranten vor dem Pariser Stadthaus von einem sozialistischen Mitglied der Provisorischen Regierung empfangen. Die Dankadresse wurde

feierlich Mitgliedern der französischen provisorischen Regierung überreicht. Gleich danach wurde die Aufstellung einer Truppe von Freiwilligen mit dem Namen *Deutsche Demokratische Legion* beschlossen, die den Kämpfern für eine Republik in der Heimat mit den Waffen in der Hand zu Hilfe kommen sollte. Während die militärische Leitung der Expedition bei den drei ehemaligen Offizieren Börnstein, Corvin und Löwenfels lag, wurde die politische Führung dem bekannten Freiheitsdichter Georg Herwegh übertragen, der mit der Legion „die Erfahrung einer Revolution und tapfere Kämpfer von den Pariser Barrikaden“ nach Deutschland bringen wollte (Herwegh 1849, S. 14ff.).

Auf der Versammlung vom 8. März trat Marx mit „schneidend-scharfer“ Polemik gegen die Schaffung einer bewaffneten Armee entgegen. Von seinem „Eifer“ und von seiner „Wucht“ fortgerissen, ignorierte er in der Versammlung die Zurufe, die ihn als „Feigling“ verdächtigten (Rühle 1928, S. 174). Der Zeitgenosse Sebastian Seiler schrieb, dass Marx sich auf der Pariser Versammlung vom 8. März 1848 „entschieden gegen jede bewaffnete Einimpfung einer deutschen Republik“ aussprach (BdK 1, S. 1100). Er bekämpfte „scharf“ eine bewaffnete und organisierte Wiederkehr nach Deutschland (Tönnies 2013, S. 63).<sup>165</sup> Edgar Bauer schrieb über Marx' Vorwand für die Zurückhaltung von einem bewaffneten Einmarsch nach Deutschland Folgendes:

Marx wendete alle seine Beredsamkeit an, um diese Freischaaren zurückzuhalten. Hier in der Hauptstadt Frankreichs, sagte er, müsse die allgemeine Freiheit erstritten werden; hier sei der Kampf nicht etwa vorüber, sondern beginne erst; man müsse die revolutionäre Kraft nicht in abenteuerlichen Zügen zersplittern, sondern dieselbe für die in Paris bevorstehende entscheidende Schlacht aufsparen (Bauer 1989, S. 28).

Marx' Rede ist in vollem Widerspruch mit seinem politischen Handeln. Denn er sprach einerseits, dass die Revolution nicht an den Grenzen Frankreichs haltmachen, sondern ganz Europa in Brand stecken würde. Andererseits wollte er Kommunisten mit allen Mitteln hindern, nach Deutschland zu gehen. Warum wollte er denn die Kommunisten mit allen Mitteln hindern, nach Deutschland zu gehen, wenn die Revolution nicht an den Grenzen Frankreichs haltmachen, sondern ganz Europa in Brand stecken würde? (BdK 1, S. 1100).

Am Tag der großen Versammlung vom 8. März, an dem die Aufstellung einer Truppe von Freiwilligen beschlossen wurde, die für eine Republik in Deutschland mit den Waffen in der

---

<sup>165</sup> Auch Jenny Marx eilte ihrem Gatten zur Hilfe. Sie schrieb am 17. März 1848 an Weydemeyer mit der dringenden Bitte um Veröffentlichung, dass der Deutsche Arbeiterklub „nichts gemein haben mit der deutschen demokratischen Assoziation“, die „von preußischen abgedankten Offizieren“ sektionsweise eintrainiert wird. Es sei nötig, „sich entschieden von dieser Gesellschaft“ zu unterscheiden (Weber 1973, S. 63f.).

Hand kämpfen sollte, gründete Marx mit Schapper zusammen einen *Club der deutschen Arbeiter*, um die bewaffneten Freiheitskämpfer von ihrem revolutionären Marsch nach Deutschland abzuhalten. Marx wollte auf jeden Fall verhindern, dass die Mitglieder des *Bundes* in Paris, wie Engels schrieb, in die „Fänge“ der „Revolutionsspieler“ gerieten (MEW 21, S. 218), nämlich bewaffnet und organisiert nach Deutschland zurückkehrten. So entwarf Marx die nicht überlieferten Statuten dieses Vereins und warb in Zeitungsanzeigen öffentlich für ihn (Andréas 1978, S. 14).<sup>166</sup> Engels schrieb in seiner Geschichte, dass sie „einen deutschen kommunistischen Klub“ stifteten, worin sie „den Arbeitern rieten, der Legion fernzubleiben, dagegen einzeln nach der Heimat zurückzukehren“ (MEW 21, S. 218). Emma Herwegh berichtete „von einem Theil der Communisten“, nämlich von Marx und seiner Gruppe, die „entschieden gegen den Plan von Herwegh“ waren. Diese sagten sich sofort von dem Demokratischen Verein los und bildeten einen „Separatclub“ (Herwegh 1849, S. 9).

In der Sitzung der Zentralbehörde des *Bundes* vom 9. März forderte Marx von den Mitgliedern des *Bundes der Kommunisten*, dass sie ihm ihre richtigen „Namen und Adressen abgeben sollen“, bevor sie nach Deutschland gehen. Marx' seltsame Forderung fand unter den Bundesmitgliedern keine Zustimmung. Da Marx auf Bundesmitglieder kaum Einfluss hatte, nutzte er Schappers Einfluss aus. So wurde hierüber diskutiert und schließlich beschlossen, dass jedes Bundesmitglied nur den Bundesnamen, unter dem er im *Bund* bekannt war, und seine Adresse angebe (MEW 4, S. 609). Es ist von Bedeutung zu fragen, warum Marx ausgerechnet die richtigen Namen und Adressen der Mitglieder des illegal organisierten *Bundes der Kommunisten* wissen wollte und was er damit vorhatte.

Marx ergriff auch weitere Maßnahmen, etwa indem er Adalbert von Bornstedt, den er in Brüssel in den *Bund* selbst aufgenommen hatte, um dort seine Gefolgsleute zu vermehren, „umgehend aus dem *Bund*“ ausschloss, da der konstitutionelle Monarchist Bornstedt seine Seite in Paris wechselte und sich dort als Republikaner erklärte.<sup>167</sup> Marx warf deswegen Bornstedt vor, „sich als Lumpen“ zu benehmen (MEW 27, S. 119). Engels stimmte dem Ausschluss Bornstedts mit

---

<sup>166</sup> Das Leben des am 8. März 1848 von Marx gegen deutsche demokratische Republikaner gegründeten „Separatclubs“ (Herwegh 1849, S. 9), dessen sechs Artikel und ihre Inhalte nicht überliefert sind, dauerte nur einen Monat. Marx warb öffentlich durch Zeitungsanzeigen für seinen *Club* und gab gedruckte Mitgliedskarten. Ende März hatte der *Club* 400 Mitglieder, während Herwegs Verein 1.500 Mitglieder hatte (Hundt 1993, S. 427f.).

<sup>167</sup> Nach Mehring sei aus den Berliner wie Wiener Archiven bekannt geworden und könne keinem Zweifel unterliegen, dass Bornstedt „im Sold der österreichischen wie preußischen Regierung“ gestanden habe (Mehring 1960, S. 137). Auch Nicolaevsky/Maenchen bestätigen, dass Bornstedt in den dreißiger und vierziger Jahren „tatsächlich als Konfident für die Polizeibehörden mehrerer deutschen Staaten“ gearbeitet habe (Nicolaevsky/Maenchen 1963, S. 130). Da Bornstedt 1847 ein konstitutioneller Monarchist war, holte Marx ihn in den *Bund* (Dénes 1966, S. 51). Als Bornstedt 1848 in Paris in die republikanisch/demokratische Bewegung überlief (Koszyk 1958, S. 173f.), wurde er nun aus dem *Bund* ausgeschlossen (MEW 27, S. 119).

Begeisterung zu, denn dieser „Kerl“ habe sich als „unzuverlässig“ erwiesen, sodass man ihn wirklich „beseitigen“ müsse (ebd., S. 122).

Als sich die Nachrichten von der zunehmenden politischen Mobilisierung und ersten Zugeständnissen an die Forderungen des Volkes in Baden und anderen deutschen Staaten häuften, konkretisierte sich das anfangs eher generell formulierte Ziel der Assoziation, jede Bewegung in Deutschland zu unterstützen. So machte sie am 15. März ihre Pläne öffentlich, aus Freiwilligen, Arbeitern eine bewaffnete Legion zu formieren, die Aufstände in Deutschland unterstützen wolle. Am 16. März übten ihre Mitglieder erstmals in einer ehemaligen Reithalle den Gebrauch von Waffen. So formierten sich in kurzer Zeit zwischen 800 bis 1.000 Freiwillige als die „deutsche demokratische Legion“, „um bei Bedarf mit bewaffneter Hand in die deutsche Bewegung eingreifen zu können“ (Ruttmann 2001, S. 100ff.). Bald machte sich eine erste Marschkolonnie selbständig und verließ am 24. März Paris. Unter dem Kommando der Offiziere von Alexander Schimmelpfennig, der Kampfgenosse von August Willich, waren ebenfalls Freiheitskämpfer aus Paris aufgebrochen (Krausnick 1993, S. 124ff.). Unterwegs bekamen sie etwa 250 Gewehre, 160 Sensen, 50 Pistolen, Säbel sowie Munition (Ruttmann 2001, S. 104f.).<sup>168</sup> Emma Herwegh schrieb, dass „die Theilnahme unter dem Volke“ groß gewesen sei (Herwegh 1849, S. 18). Die Blanquisten, die, mit Dronke gesprochen, „einzige revolutionär-kommunistische Kraft“ waren, unterstützten und begleiteten die bewaffneten deutschen Freiheitskämpfer (Dronke 1850; zit. nach Singer 1986, S. 126ff.).<sup>169</sup>

Entsprechend seiner Mission hatte Marx in Paris nichts anders zu tun, als sich den von ihm als „Revolutionsspielerei“ abgewerteten bewaffneten Aufstand widerzusetzen (MEW 21, S. 218), wo es gerade mit der deutschen Revolution Ernst wurde. Er schickte im Namen der Zentralbehörde des *Bundes* an Étienne Cabet ein „rein vertrauliches“ Schreiben<sup>170</sup>, als die erste

---

<sup>168</sup> Nur etwa die Hälfte der zirka 1.000 Freiwilligen, die sich bis Mitte April in Straßburg einfand, verfügte über Gewehre, darunter viele von zweifelhafter Qualität. Der Rest hatte sich, soweit sie nicht irgendwo eine Pike, einen alten Säbel oder eine Pistole aufgetrieben hatten, mit der klassischen Revolutionswaffe, nämlich der Sense, ausgerüstet (Hundt 1993, S. 435).

<sup>169</sup> In Engels Augen hätten nicht Blanquisten, sondern „die Leute der Réforme (Ledru-Rollin, Flocon, L. Blanc, Albert, Arago)“ am meisten die Arbeiter vertreten und seien „Kommunisten, ohne es zu wissen“ (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 145).

<sup>170</sup> Cabet veröffentlichte den Text nicht. Im Text distanzierte sich Marx von allen Maßnahmen, Ankündigungen und Proklamationen anderer deutscher Organisationen, die darauf gerichtet seien, von französischen Bürgern Kleidung, Geld und Waffen zu erbitten (MEW 5, S. 6f.). Doch er war trotzdem als „Präsident“ des *Bundes* „Kollateralgewinner von Herweghs Projekt“ (Nippel 2018, S. 44f.). Marx/Engels sprachen „mehrfach mit Flocon“. So schrieb Engels 1885, dass ihr „alter Freund Flocon“ auch für sie „dieselben Reisebegünstigungen, die den Legionären zugesagt waren“ erwirkte (MEW 21, S. 218). Es ist anzunehmen, dass auch an sie eine Pauschalsumme ging. Außerdem bekamen Marx/Engels Ende März 1848 in Paris von der französischen Regierung einen Reisepass, der für ein Jahr lang gültig war (Herres 2018, S. 98).



Kolonne am 24. März Paris in Richtung Straßburg verließ. Mit diesem Schreiben wollte Marx seine Distanzierung von den bewaffneten Revolutionären verstärken.

Der Kampf von Marx/Engels gegen bewaffnete Revolutionäre umfasste den gesamten *Bund*. In Brüssel versuchte Engels bis zu seiner Abreise am 20. März 1848, „die Gemüter unter Kontrolle“ zu halten. Gigot und Tedesco aus der Gruppe von Marx/Engels konnten in Brüssel doch nicht verhindern, dass die Bundesmitglieder, wie Weitlings Genosse Niels Lorents Petersen, Schio, Seiler und Löh auf einer Bundesversammlung die Zentralbehörde aufforderten, bis 25. März eine Nachricht über die Beteiligung an der bewaffneten Legion zu senden (Hundt 1993, S. 436). Gigot flehte die Zentralbehörde an, „rettet die hiesige provisorische Verwaltung durch Eure influence personelle“ (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 407). Auch Wilhelm Wolff aus Marx/Engels' Gruppe schrieb über die bewaffnete Legion, indem er ihr vorwarf, dass sie „der reaktionären und konstitutionellen“ Partei „vortrefflich in die Hände“ gearbeitet hätte (ebd., S. 426).

Aus einem Brief des Bundesmitglieds Sebastian Seiler vom 25. März 1848 an Marx ist herauszulesen, dass Seiler „eine förmliche Wuth“ von Marx/Engels und ihren speziellen Freunden auf sich zog, da dieser für einen bewaffneten Kampf aussprach. So bekomme er in Paris wegen seiner Befürwortung des bewaffneten Aufstandes „saugrobe Warnungsbriefe“ aus Brüssel. Demnach solle er als „‘Kommunist‘ à la Bacounine über die Gränze geschafft werden“. Seiler wollte nun von Marx wissen, warum „eine solche Hetzjagd“ gegen ihn hervorgerufen wurde. Marx wisse zu berechnen, „wie viel persönlicher Haß sein Pulver bei dieser Jagd verschoß.“ Seiler könne doch selbst seine Handlungen „vor einem Bourgeois-Gericht“ verantworten und was seine „Grundsätze“ betreffe, so zogen sie ihm schon „das Anathema der Kommunistenfresser“ zu, „noch ehe so Mancher an die Nothwendigkeit einer ökonomischen Revolution dachte.“ Seiler wollte von Marx wissen, warum man ihm also nach seiner Abreise von Brüssel nach Paris „so heroisch den Hals“ brechen wolle“ (ebd., S. 413).

Karl Schapper, der sich kurz zuvor für den bewaffneten Kampf ausgesprochen hatte, half aber nun eifrig bei der „Hetzjagd“ von Marx/Engels gegen Kommunisten, die den bewaffneten Kampf begrüßten, indem er am 26. März 1848 im Auftrag von Marx von Paris nach London fuhr, um der unter den Mitgliedern der Londoner Gemeinden herrschenden Tendenz, sich unverzüglich Waffen zu verschaffen und nach Deutschland zu gehen, entgegenzutreten. Doch das war gar nicht so einfach, da das „sehr einflussreiche“ Bundesmitglied Louis Heilberg den bewaffneten Kampf unterstützte und sich für ihn im Londoner Arbeiterverein aussprach (Hundt 1993, S. 336). In einem Brief vom 28. März 1848 schrieb Schapper, dass sogar der Londoner

Arbeiterverein „einstimmig“ beschlossen habe, „Geld und Subskriptionen aufzutreiben“, mit „Waffen und Gepäck“ nach Paris zu ziehen und von da nach Deutschland zu gehen.<sup>171</sup> „Hier sind die Leute nicht mehr zu halten“, berichtete Schapper aus London. Er sehe sich aber „leider“ genötigt, „kaltes Wasser“ über den dortigen „Enthusiasmus“ zu gießen. Schapper wollte in London auch von dem „Diamantenerzog“ Karl von Braunschweig Geld auftreiben, was ihm nicht gelungen war (BdK 1, S. 741f.).

Marx versuchte, ebenfalls in der Schweiz die Revolutionsbegeisterung der Bundesmitglieder zu löschen. Doch die Kommunisten in der Schweiz waren unter den deutschen Arbeitern am stärksten organisiert. Ihre Arbeitervereine waren die ältesten deutschen Handwerker- und Arbeitervereine im Ausland. So zeigten sich die Mitglieder der deutschen Arbeitervereine der Schweiz von Anfang an vor allem entschlossen, notfalls mit der Waffe in der Hand in Deutschland zu kämpfen (Schneider 1904, S. 7ff.).

August Gebert vom leitenden Kreis des *Bundes* in der Schweiz schrieb Ende 1848 aus Besançon an Engels, der sich in derzeit in der Schweiz befand, dass die Bundesmitglieder aus eigenem Antrieb für die Erhebung in Baden „alle Kampffähigen zu begeistern“ suchten. Sie hätten im Frühjahr 1848 erst einen Brief aus Paris bekommen, worin sie aufgefordert wurden, sich zu bewaffnen. Dann untersagte ihnen aber die Zentralbehörde des *Bundes*, sich am bewaffneten Kampf zu beteiligen (ebd., S. 887). Nach Gebert war es „erstens zu spät, zweitens wider unsere Überzeugung; und man würde mich als Verräter betrachtet haben, wenn ich es hätte verhindern wollen“. Er war der Meinung, dass „durch Petitionieren, Parlamentieren“ (ebd., S. 886f.), was Marx den Kommunisten dringend empfahl (MEW 4, S. 20f.), „nichts erreicht werden“ könnte. „Dieses“, so Gebert, „haben wir zur Genüge kennengelernt“. Darum solle man suchen, in den Vereinen es dahin zu bringen, alle, „die waffenfähig, sich zu verpflichten, an den nächsten Kämpfen teilzunehmen“ (BdK 1, S. 886f.).

Auch das Bundesmitglied Bergmann berichtet in einem Brief an die Zentralbehörde des *Bundes*, dass er im März 1848 zwei Briefe von Bundesmitgliedern des Kreises La Chaux-de-Fonds in der Schweiz erhalten habe, in denen betont worden sei, dass nun die Zeit gekommen sei, zu zeigen, dass die Kommunisten nicht bloß schöne Worte für ihre Grundsätze haben, sondern dass sie im Stande sind, „mit der Waffe in der Hand auch zu handeln“ (ebd., S. 763). Es sei notwendig, zu wissen, „in welchem Sinn“ die Kommunisten Propaganda machen müssten. Denn wenn sie nicht „die Oberhand“ erhalten oder „die Umwälzung“ nicht in ihren

---

<sup>171</sup> Von den 700 Arbeitern, die kurz vor der Revolution Mitglieder des Londoner Arbeitervereins waren, blieben nur 179 in London. Davon waren 84 Arbeiter auch Mitglieder des *Bundes* (Lattek 2006, S. 38).

Sinn vonstattengehe, suchen ihre Gegner „das Volk wie bisher wissenschaftlich zu belehren“. Doch nach Bergmann soll das Volk aufgemuntert und „mit in den Kampf“ gezogen werden. Sonst hätten die Kommunisten „dann wieder das alte Lied das Volk würde dann wieder als Mittel benützt, wo es der Zweck sein sollte“ (ebd. S. 765).

Wilhelm Liebknecht, der in derzeit in Paris lebte und sich „leicht für das Abenteuer gewinnen“ ließ (Liebknecht 1896, S. 43ff.), äußerte sich fast vier Jahrzehnte später negativ zu seiner damaligen Sympathie für den bewaffneten Kampf. Jedoch hinderte ihn in der damaligen Zeit „nur eine schwere Erkrankung“ daran, von Anfang an am bewaffneten Kampf in Baden teilzunehmen (Mehring 1897, S. 422).<sup>172</sup> Als ein junger Anhänger des bewaffneten Zuges schickte Liebknecht deutschen Zeitungen einen Bericht. Am 1. April 1848, als sich die bewaffneten Freiwilligen aus Paris Richtung Deutschland auf den Weg machten, reiste auch eine Gruppe von Bundesmitgliedern ohne Aufsehen zur Grenze (Schraepler 1972, S. 233). Liebknecht informierte in der *Düsseldorfer Zeitung* die Leser über den Abmarsch der deutschen bewaffneten Freiheitskämpfer und hob Folgendes hervor:

Auch die kommunistischen Deutschen verlassen heute Paris. Sie ziehen jedoch nicht wie die deutschen Demokraten brüderlich und gesellig in geschlossenen Reihen, sondern jeder auf seine Faust, vereinzelt, und nach verschiedenen Punkten (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 157).

Marx schickte die Bundesmitglieder mit Hilfe seiner Diktaturermächtigung also „atomisiert, unorganisiert, allein“ nach Deutschland (Na’aman 1965, S. 14). Sein Benehmen rechtfertigte er auch später, indem er behauptete, dass nur vereinzelt nach Deutschland heimreisende Arbeiter wirklich der Revolution gedient hätten. Er brüstete sich Ende Oktober 1848 in der *NRhZ*, dass er der Organisierung des bewaffneten Kampfes in öffentlichen Volksversammlungen in Paris entschieden gegenübergetreten habe, ohne die Ungunst der aufgeregten Massen zu scheuen, denn sie seien „*Utopisten*, die sich für *Revolutionäre*“ versahen (MEW 5, S. 443). In Engels Augen war dieses Unternehmen, das „die deutschen Arbeiter in bewaffnete Legionen formieren wollte“, ein „Schwindel“ (MEW 19, S. 98). „Wir widersetzten uns dieser Revolutionsspielerei“, so Engels, „aufs entschiedenste“ (MEW 21, S. 218).

---

<sup>172</sup> Wilhelm Liebknecht verließ nach der Genesung seiner Krankheit Paris, ging in die Schweiz und beteiligte sich schließlich doch im September 1848 am bewaffneten Aufstand in Baden. Er wurde gefangen genommen, saß in badischen Gefängnissen, bis ihn die Mairevolution von 1849 befreite. Er trat als Kanonier in die Volkswehr ein und befand sich unter den revolutionären Kräften (Mehring 1897, S. 422).

Die legale Abreise der Bundesmitglieder wurde nicht nur von dem preußischen Agenten in London, sondern auch dem österreichischen Gesandten in Paris ihren Regierungen berichtet. Ebenfalls Marx gab die legale Abreise von Bundesmitgliedern merkwürdigerweise durch eine Pressekorrespondenz, die zwischen 5. und 9. April in den Zeitungen Berlins, Triers, Mannheims, Leipzigs, Breslaus, Düsseldorfs, Wiens, Braunschweigs und weiterer Städte erschien, an die Öffentlichkeit weiter (Hundt 1993, S. 457). Marx war es also gelungen, unter seinem Einfluss stehende Bundesmitglieder unbewaffnet und allein nach Deutschland zu schicken, während sich die bewaffneten Freiheitskämpfer in geschlossenem, kriegerischem Zuge nach Deutschland zur Erweckung der Revolution eilten. Das gesamte deutsche Volk schaute damals teils voller Freude, teils mit Entsetzen auf die bewaffnete Legion am Rhein, während Marx/Engels sie mit den schärfsten Worten verurteilten und sie als Abenteuerliche, „geradezu Verbrecherische“ abstempelten (Pfitzner 1931, S. 234f.).

Wie Marx/Engels verurteilte auch das deutsche Großbürgertum die bewaffneten Freiheitskämpfer. Immer wieder appellierten die Vertreter des Großbürgertums an die Deutschen in Frankreich, dass diese „friedlich und unbewaffnet“ in die Heimat zurückkehren sollten (Ruttman 2001, S. 110). Die „privilegierten und patentierten Volksvertreter zu Frankfurt“, so kritisierte Emma Herwegh 1848, wollten die demokratischen Republikaner deswegen nicht nur von dem gesamten deutschen Volk fernhalten, „sondern auch zugleich lebendig begraben“ (Herwegh 1849, S. 55).

So beschloss der Frankfurter Bundestag nach dem Protokoll vom 23. März 1848, für Militärangelegenheiten „Vorkehrungen“ zu treffen, um die Gefahr des „in feindlicher Absicht“ bezweckten Heranziehens von „Tausenden bewaffneter Arbeiter“ von Paris über die deutsche Grenze abzuwehren (Schraepler 1972, S. 225f.). Die Gegenpropaganda hatte gewirkt. Bereits am 26. März, als Freiheitskämpfer noch mitten in Frankreich waren, erreichte die Angst- und Panikmache ihren ersten Höhepunkt. „Brennend und plündernd“ sei „das ‚sozialistische Raub-Gesindel‘ über die Rheingrenze nach Baden eingefallen“ (Krausnick 1993, S. 128). So blieb die deutsche Presse mit derartigen Falschmeldungen eine Stütze der Monarchie und des Großbürgertums.

In einem von demokratischen Republikanern verteilten Flugblatt von 1848 wurde dagegen das Volk vor diesen Falschmeldungen gewarnt und auf demokratisch/republikanische Forderungen aufmerksam gemacht:

[W]eder für einen herrischen Soldatenkaiser noch für einen heuchlerischen König der Geldsäcke sollen die Blousenmänner geblutet haben! Nein! [...] Sobald nur die Völker einmal Ernst

gemacht, sobald die Unterdrückten die Faust geballt, da floh dies feige Herrschervolk aus seinen Residenzen wie ein Gespenst verscheucht. Dann waren alle ihre Rüstungen vergeblich, ihre Söldner ohnmächtig, ihr Untergang gewiss. [...] Das Volk ist allmächtig, wenn es will, allmächtig, wenn es einig ist. Es wird siegen über die treulosen Diplomaten, siegen über die üppigen Höflinge, siegen trotz dem Trug scheinheiliger Pfaffen, siegen trotz allem Widerstreben der engherzigen Geldherrn! Das Brod und die Freiheit, die die Fürsten uns und unsern Brüdern vorenthielten, wir wollen im Kampf sie erringen. [...] Fordern wir, angesichts dem flatternden Freiheitsbanner von Paris, das was des Volkes Recht ist. Weigert man es, so greifen wir zu den Waffen, es zu erobern.<sup>173</sup>

Die bürgerliche Mehrheit im Frankfurter Vorparlament unternahm alles, um demokratische Bestrebungen zurückzudrängen, und nutzte ihre erlangte Position aus, um sich mit Bundestag und Fürsten über „ein konstitutionelles monarchisches Regime zu verständigen“ (Obermann 1953, S. 100). Als Friedrich Hecker (1811–1881)<sup>174</sup> Ende März 1848 auf dem Vorparlament in der Paulskirche in Frankfurt forderte, das Parlament müsse ein aus der Revolution hervorgegangener, von den monarchischen Regierungen unabhängiger Zentralpunkt der Nation werden und sich zum permanenten Organ erklären, wich die konstitutionelle Mehrheit zurück. Der Antrag auf Permanenz wurde abgelehnt und die radikalen süddeutschen demokratischen Republikaner und ihre Oppositionsführer Friedrich Hecker und Gustav Struve wurden nicht in den 50er-Ausschuss des Vorparlaments gewählt, der eine Nationalversammlung vorbereiten sollte.

Am 2. April 1848 verließ die von Hecker und Struve vertretene demokratisch/republikanische Minderheit das Vorparlament als Zeichen des Protestes gegen die Politik des Großbürgertums, das mit der preußischen Krone eine gemeinsame Regierung gegen die Revolution bildete. Nach dieser Niederlage riefen die demokratischen Republikaner am 12. April 1848 zu einer Erhebung auf (Obermann 1973, S. 125f.). Ein an die Rheinländer gerichtetes Flugblatt von 1848 zeigt Differenzen zwischen dem konstitutionellen Großbürgertum und den demokratischen Republikanern:

---

<sup>173</sup> Das *Internationale Institut für Sozialgeschichte* besitzt eine Sammlung von Plakaten, Handzetteln, Flugblättern, Pamphleten usw. aus der Revolution von 1848/1849: <https://www.cambridge.org/core/journals/bulletin-of-the-international-institute-of-social-history/article/dokumente-zur-geschichte-des-jahres-1848/A8D25D1F97982ACB3B421479468E71CC> (abgerufen am 2.11.2021)

<sup>174</sup> Der Abgeordnete Hecker machte sich schon im Januar 1848 in der Badischen Kammer „zum Anwalt der Arbeiter“. Es wurde dank ihm „zum ersten Male Arbeiterinteressen in einer deutschen Kammer zur Diskussion“ gestellt (Obermann 1953, S. 100). Ein Mitglied des Bundes der Kommunisten berichtete Ende März 1848 aus Baden auch, dass dort „bedeutende Verhaftungen“ vorgefallen seien. Zwei Bundesmitglieder saßen mit anderen 3 Wochen im Arrest. Sie konnten durch Intervention von Itzstein und Hecker freigelassen werden (BdK 1, S. 746).

Wer jetzt noch von Constitution spricht, ist ein Volksverräther, der nur die gekrönten Schufte retten will. Wer jetzt den Franzosenhass predigt, ist ein ebensolcher Volksverräther. Die Franzosen wollen Euch nicht beherrschen. Wie sie Euch vor 30 Jahren von schlechten Gesetzen befreit, so wollen sie Euch jetzt von schurkischen Regenten befreien. Sie werden uns helfen in Erringung der Freiheit und sich mit unserer Freundschaft und mit der Freundschaft freier Männer begnügen. Wer jetzt noch von ‚gesetzlicher Entwicklung‘ [...] spricht, ist ein Volksverräther [...]. Dreissig Jahre haben sie uns betrogen, dreissig Jahre haben wir geduldet und gehofft. Lasset uns endlich handeln und nicht mehr bitten. Wer bittet, ist ein Feigling und Volksverräther! Entfaltet die republikanische Fahne! Bemächtigt Euch der Zeughäuser und legt die Waffen nicht nieder, bis die Republik gesichert ist.<sup>175</sup>

Die große Mehrheit der deutschen Kommunisten, die im Gegensatz zur Londoner Zentralbehörde des *Bundes* nicht unter dem Einfluss von Marx/Engels stand, bildete ein Bündnis mit den demokratischen Republikanern und nahm an der bewaffneten Erhebung teil (Berg 1981, S. 97). Die radikale *Mannheimer Abendzeitung* forderte offen, dass die „deutschen Brüder“ aus Frankreich bewaffnet nach Hause zurückkehren (Ruttman 2001, S. 109). Nach seiner Freilassung aus dem Gefängnis reiste August Willich aus der Kölner Bundesgemeinde am 28. März 1848 auf „Aufforderung“ nach Heidelberg, um dort eine Volksartillerie zu organisieren (BdK 1, S. 744). Wie Willich einige Monate später aus Besançon Fritz Anneke in Köln berichtete, war er kurz nach seiner Ankunft von Hecker und Struve in die Organisation und Leitung der Kolonnen hineingezogen worden (Koszyk/Obermann 1975, S. 180ff.). Willich beteiligte sich mit einer bewaffneten Arbeiterkompanie an den revolutionären Kräften, die vor allem im südwestlichen Deutschland neben Hecker und Struve entsprechend ihrem eigenen Prinzip mit den Waffen in der Hand kämpften (ebd., S. 147).

Als Botschafter der bewaffneten Freiheitskämpfer verließ ebenfalls Michail Bakunin am 31. März 1848 Paris in Richtung Süddeutschland, da er die Aufgabe hatte, eine Reihe von Aufträgen zu erledigen. Innerhalb weniger Tage traf er sich mit einem halben Hundert deutscher republikanischer Demokraten, frische alte Bekanntschaften auf und knüpfte neue Beziehungen. Er traf sich in Süddeutschland auch mit Willich (Morell 1848, S. 132). Bakunin verließ nach einem ungefähr einwöchigen, von Volksversammlungen, Klubsitzungen und privaten Besprechungen erfülltem Aufenthalt diesen über Nacht so lebendig gewordenen Mittelpunkt des deutschen Volkes und begab sich auf dem sicher mit dem bewaffneten

---

<sup>175</sup> Dieses Flugblatt befindet sich im Besitz des *Internationalen Instituts für Sozialgeschichte* <https://www.cambridge.org/core/journals/bulletin-of-the-international-institute-of-social-history/article/dokumente-zur-geschichte-des-jahres-1848/A8D25D1F97982ACB3B421479468E71CC> (abgerufen am 2.11.2021).

Aufmarsch zusammenhängenden Umweg über Mainz, Mannheim und Heidelberg nach Köln, wo er am 12. April 1848 eintraf und am nächsten Tag, am 13. April 1848, an der von revolutionären Kommunisten organisierten Gründungsversammlung des Kölner Arbeitervereins teilnahm (Pfitzner 1931, S. 231ff.).

Der Aufstand in Baden zielte darauf ab, die Revolution über die Ziele der Bourgeoisie, nämlich über die konstitutionelle Monarchie, hinauszutreiben und eine demokratische Republik in Deutschland zu gründen. Die königlich/bürgerliche Regierung wusste wohl, dass ein einziger glücklicher Schlag die ungeheuersten Folgen hätte haben können; sie wusste nämlich, wie unsicher sie saß. Deswegen schickte sie 60.000 Soldaten gegen die bewaffneten Freiheitskämpfer (Morell 1848, S. 132). Die revolutionären Kräfte gerieten gegen Ende April im Schwarzwald in Grenznähe in einen vorbereiteten Hinterhalt württembergischer Truppen und wurden nach kurzem Gefecht zersprengt. Etwa die Hälfte wurde gefangengenommen, die andere flüchteten nach Frankreich (Hundt 1993, S. 435). So erlitten revolutionäre Kräfte eine schwere Niederlage, dass sie, unter anderem auch Willichs Arbeiterkompanie, in Frankreich Zuflucht suchten. Aber die Kolonnen, die auf französisches Gebiet übertraten, waren „nicht entmutigt“. Ihre Teilnehmer waren nach wie vor bereit, die Revolution zum Sieg zu führen und für diesen Sieg, wenn es sein musste, ihr Leben einzusetzen (Obermann 1973, S. 125ff.).

## **II. Arbeiter und Besitzlosen unter kommunistischer Führung**

Das Kapitel II fokussiert sich auf die Kölner revolutionäre Arbeiterbewegung, die sich nach dem Kölner Arbeiteraufstand vom 3. März 1848 und nach der Freilassung der Kölner Arbeiterführung im Rheinland zu organisieren begann. Zuerst wird hier die Gründung des Kölner Arbeitervereins im April 1848 unter der Führung von Andreas Gottschalk geschildert. Folgend wird das politische Programm der *Zeitung des Kölner Arbeitervereins* (ZAV) ausführlich dargelegt und analysiert. Hier wird dokumentarisch dargelegt, dass der Kölner Arbeiterverein „für die Rechte und die Interessen der Arbeiter“ kämpft, dass er sich für „ganze Freiheit“, nicht also für „Pressfreiheit“ einsetzte, und dass er im Gegensatz zu Marx/Engels die „Geldaristokraten“ für die „gefährlichsten von Allen“ hielt. Außerdem werden hier die Gründe des Mannheimer Scheiterns der ersten Versuchung von Marx/Engels zur Erlangung der Kontrolle über die deutsche Arbeiterbewegung unter die Lupe genommen. Das Kapitel II setzt sich ebenfalls mit der Rechtfertigung von Marx/Engels für ihre Mitgründerposition der bürgerlich Demokratischen Gesellschaft nach ihrer Ankunft in Köln kritisch auseinander.

## 1. April 1848: Die Gründung des Kölner Arbeitervereins

Wie zuvor behandelt wurde, brachten die staatlichen Behörden die Anführer der Kölner Arbeiteraufstandes vom 3. März 1848, Willich, Gottschalk und Anneke wegen „Anreizung zum Aufruhr und Stiftung einer verbotenen Verbindung“ ins Gefängnis. Doch diese drei Arbeiterführer kamen am 21. März 1848 durch die Macht der Berliner revolutionären Ereignisse vom 18./19. März wieder auf freien Fuß (RhBA II/ 1, S. 617). Bekanntlich reiste Willich auf „Aufforderung“ der Führung des Revolutionskriegs nach Heidelberg. Er organisierte dort ein Arbeiterbataillon und nahm am Krieg in Baden teil (Koszyk/Obermann 1975, S. 147). Gottschalk und Anneke blieben in Köln und intensivierten ihre ganze politische Agitation weiter innerhalb der arbeitenden Klassen und Besitzlosen. So nahm in Köln eine revolutionäre Arbeiterbewegung, die im Aufstand vom 3. März 1848 „in ersten Umrissen hervorgetreten, dann jedoch ihrer sozialistischen Führer beraubt worden war“, ihren Anfang und begann nach den Barrikadenkämpfen in Berlin vom 18./19. März 1848 und nach der Freilassung der Arbeiterführung, sich im Rheinland zu organisieren (Herres 1998a, S. 40).

Am 5. April 1848 bewilligten der König und sein Ministerpräsident Camphausen 1 Million Taler aus der Staatskasse zur Errichtung von Unterstützungskassen für Kaufleute und Fabrikanten (RhBA II/2, S. 13). Andreas Gottschalk forderte gerade an demselben Tag „alle Gesinnungsgenossen“ auf, einen „demokratisch-sozialistischen Klub“ zu gründen. Am nächsten Tag wurde in der *Kölnischen Zeitung* Gottschalks Anzeige veröffentlicht:

Ich beabsichtige mit Unterstützung mehrerer Freunde einen demokratisch-sozialistischen Klub zu eröffnen und ersuche alle Gesinnungsgenossen und alle, die sich für eine entschiedene, fortschreitende Behandlung der Tagesfragen interessieren, ihre Teilnahme durch baldige Einzeichnung in die bei mir offenliegende Liste bekunden zu wollen. Eine vorbereitende Versammlung wird stattfinden, sobald Hundert gezeichnet haben.<sup>176</sup>

Den Kölner Kommunisten gelang es, einen „demokratisch-sozialistischen“ Arbeiterverein als „Widerpart zur bürgerlichen Demokratie“ zu gründen (Pfitzner 1931, S. 234), da sie die Auffassung vertraten, dass die Arbeiter sich eine eigene Organisation schaffen müssten, wenn sie ihre politischen und ökonomischen Interessen gegen ihre Gegner vertreten wollten. Auf der Gründerversammlung des Kölner Arbeitervereins am 13. April 1848, an der etwa 300 Personen meist aus Arbeiterkreisen teilnahmen, betonte Gottschalk, dass der „Klub“ sich mit den Interessen der arbeitenden Klassen beschäftigen wolle, da diesen die richtige Einsicht in

---

<sup>176</sup> *Kölnische Zeitung* vom 6.4.1848, <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/periodical/zoom/8272031> (Zugriff am 10.06.2022).



ihre eigenen Verhältnisse am meisten nottue (RhBA II/2, S. 82ff.).<sup>177</sup> Nach einer lebhaften Diskussion wurde der Name der Organisation als „Arbeiterverein“ einstimmig angenommen. Hess und Renard waren unter den Vertretern der 51 Gewerke die einzigen „Gelehrten“. Hess wurde in der Gründerversammlung als „Vertreter der Gelehrten“ in das Zentralkomitee des Arbeitervereins gewählt (ZAV 1848, S. 1f.). Im Vorstand waren „fast 50 Vertreter von Handwerksgruppen und ein Vertreter der Fabrikarbeiter“ vereinigt (Herres 1998a, S. 40).

Es ist bemerkenswert, dass Michail Bakunin einen Tag vor der Gründerversammlung des Arbeitervereins in Köln ankam. Er beabsichtigte, in Köln ein klares Bild über das Maß der revolutionären und freiheitlichen Bewegung zu bekommen und nahm daher an der Gründerversammlung teil. Hoffnungsvoll schaute er auf die Bewegung der arbeitenden Klassen in Köln. Im Hinblick auf diese Anfänge festigte sich in Bakunin die Überzeugung, dass hier die demokratische Revolution in zwei bis drei Monaten ausbrechen werde, „was das rasche Anwachsen des jungen Vereins“ schon in den nächsten Wochen zu rechtfertigen schien (Pfitzner 1931, S. 233f.).

Der Kölner Arbeiterverein machte sich zur Aufgabe, in stetem Hinblick auf die politischen Ereignisse auch die sozialen Fragen der Arbeiter und Besitzlosen zu lösen:

Wir wollen Garantien haben für die Rechte und die Interessen der Arbeiter, damit jede frei lebe, sich wohl befinde und seiner Freiheit sich freue; damit wir etwas werden, die wir durch Anzahl und Nützlichkeit alles sind; [...] die Einigkeit gibt Stärke, und stark müssen wir sein, damit wir die Ergebnisse und erkämpften Rechte der deutschen Revolution gegen jeden neu auftauchenden Despotismus verteidigen können (ZAV 1848, S. 4).

In einem gewerkschaftlich ausgerichteten Programm, das in einer Arbeiterversammlung vom 22. April 1848 zusammengestellt wurde, erhob der Arbeiterverein Forderungen, wie die Wiedereinstellung der bisher entlassenen Arbeiter, geregelte Arbeitszeiten, Bezahlung von Mehrarbeit, keine Bestrafung von Arbeitern, die sich verspäteten, durch Nacharbeit oder Strafgeelder, Unterstützung von Frauen und Kindern erkrankter Arbeiter, ein Mindestlohn von 20 Silbergroschen und die Einsetzung eines Schiedsgerichts, in dem Arbeiter und Fabrikanten in gleicher Anzahl vertreten sein sollten, um Streitfälle zu schlichten (ebd., S. 4f.). Dies waren alle „starke Anklänge einer sozialen Revolution“ (Gailus 2013, S. 20).

Der Kölner Arbeiterverein organisierte sich auf breiter Basis, um die Interessen der Arbeiter wirkungsvoller vertreten zu können. So wurden seine eigenen Sektionen nach Berufsgruppen

---

<sup>177</sup> Die bürgerlichen Organisationen, wie der Bürgerverein und die Demokratische Gesellschaft, bildeten sich erst „in der zweiten Hälfte des April im Wahlkampf und nach den Wahlen im Mai“ heraus (RhBA II/2, S. 82ff.).

gegliedert. Diese Sektionen hatten bei der herrschenden Krise in Köln viel zu tun. Sie arbeiteten Lohntarife aus, versuchten Normen für den Arbeitstag festzusetzen und kümmerten sich um die Arbeitsbedingungen. Es war daher zu verstehen, dass viele Arbeiter mit ihren täglichen Sorgen und Nöten zu der Vereinsleitung kamen. So gewann der Arbeiterverein rasch Zulauf (RhBA II/2, S. 320).

Alle Schichten des arbeitenden Volkes bildeten die politischen Akteure der damaligen sozialen Bewegungen, waren „die Kerntruppen von Aufständen und Rebellionen“ und organisierten sich im Kölner Arbeiterverein:

Die Versammlungen [...] waren jedes Mal überfüllt. Vor der mit einer roten Fahne geschmückten Tribüne saßen die Arbeiterin in ihren Blusen, rote Schärpen um die Brust manche mit roten Jakobinermützen auf dem Kopf, viele Frauen, sehr viele ungelernete Arbeiter, Lastträger und Schiffer, die von der Arbeitslosigkeit besonders hart getroffen waren (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 161).<sup>178</sup>

Der Kölner Arbeiterverein war bestrebt, die Stimme der Arbeiter, Bauern und Besitzlosen zu werden. Während die Teilnehmerzahl der Gründungsversammlung am 13. April erst 300 betrug, hatte er in den ersten Wochen seines Bestehens derart gewaltigen Zustrom erhalten, dass Gottschalk in der Komiteesitzung vom 8. Mai die Mitgliederzahl auf 5.000 angeben konnte. Allein durch die Initiative Annekes wurden sechs weitere Filialvereine gegründet. Anfang Juli, vor der erneuten Verhaftung Gottschalks und Annekes, hatte der Arbeiterverein 7.000 bis 8.000 Mitglieder (Stein 1921, S. 37ff.). Die sich jetzt überall organisierenden Arbeiter nahmen auf diese Weise zum ersten Male am politischen Geschehen teil und stellten eigene Forderungen auf. Die Arbeiterbewegung wirkte „als außerparlamentarische, soziale Oppositionsgruppe“ (Conze 1963, S. 328).

Das Erfolgsgeheimnis der revolutionären Kommunisten lag darin, dass sie Tausende von Arbeitern, Handwerkern, Tagelöhnern und städtischen Besitzlosen in kurzer Zeit nicht im Rahmen der liberalen Phrasen, sondern auf der Basis der konkreten politischen und ökonomischen Interessen der Arbeiter organisierten (Schraepler 1972, S. 274), indem sie die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter in den Vordergrund stellten. Der Kölner Arbeiterverein, der von revolutionären Kommunisten geleitet wurde, galt im

---

<sup>178</sup> Die Sitzungsberichte des Kölner Arbeitervereins wurden bis zur Festnahme Gottschalks Anfang Juli fast lückenlos in der *Zeitung des Arbeitervereins* veröffentlicht. Wie zu der Zeit üblich, erschienen alle Artikel in der Zeitung anonym (ZAV 1848, S. 7). Das Blatt veröffentlichte auch Artikel aus gleichgesinnten Zeitungen, wie aus dem *Trierer Volksblatt* oder aus der *Deutschen Volkszeitung* sowie aus dem Blatt *Volksfreund* in Berlin.

Frühling 1848 nicht nur „als der stärkste Arbeiterverein in Deutschland“, sondern auch „als ein politisch führendes Zentrum der Arbeiterbewegung“ (Obermann 1953, S. 285).

An der Spitze des Kölner Arbeitervereins stand Gottschalk, der nach Willichs Abschied auch den Vorstand der Kölner Bundesgemeinde übernahm. Neben ihm wirkten vier Sekretäre, darunter auch Fritz Anneke. Etwa eine Woche nach der Gründung des Arbeitervereins beschloss die Komiteesitzung am 18. April 1848 die Herausgabe einer Zeitung, die den Titel *die Zeitung des Arbeitervereins zu Köln (ZAV)* tragen und zunächst wöchentlich einmal erscheinen sollte, um nun auch all diejenigen zu erreichen, die den Versammlungen fernblieben, und um überhaupt die Agitation in die breite Masse tragen zu können (ZAV 1848, S. 6f.).

## **2. Das politische Programm der Zeitung des Kölner Arbeitervereins (ZAV)**

### **2.1. Arbeiterverein kämpft „für die Rechte und die Interessen der Arbeiter“**

Die erste Nummer der *Zeitung des Arbeitervereins*, deren Redaktion Gottschalk übernahm, erschien am 23. April 1848. Das Blatt begründete seine politische Haltung durch verständliche theoretische Abhandlungen, die sich durch mehrere Nummern hindurchzogen und „ganz auf das Gefühl des Arbeiters“ zugeschnitten waren (Fehling 1922, S. 75). Von der 1. bis zur 14. Nummer des Blatts des Kölner Arbeitervereins, bis zur Verhaftung Gottschalks, beginnen fast alle Ausgaben mit einem heftigen Angriff an den bekannten Vertretern der Bourgeoisie in Köln. Im Kölner Arbeiterverein musste der Gedanke an eine sich über ganz Deutschland erstreckende politische Kampforganisation auf fruchtbaren Boden fallen. Nicht umsonst hatte Gottschalk immer wieder auf die „Notwendigkeit des Zusammenschlusses“ hingewiesen (Stein 1921, S. 49f.). Während seiner Präsidentschaft richtete Gottschalk sein besonderes Augenmerk darauf, den Kontakt zu anderen Arbeiterorganisationen herzustellen oder aufrechtzuerhalten.<sup>179</sup>

In der ersten Nummer des Blattes wurden die Arbeiter in den Hauptstädten Deutschlands und Frankreichs, die „den Opfertod für die Freiheit“ nicht gescheut und „heldenmütig“ gekämpft hatten, gewürdigt. Die Arbeiter sollten jetzt „diesen Sieg“ nutzen, um ihr Ziel zu erfüllen:

Arbeiter aller Gewerke, [...] haltet fest zusammen! Vereinigt Euch zur Beratung Eurer Interessen! Keine despotische Gewalt hindert Euch mehr, Eure Angelegenheiten gemeinsam zu besprechen, Eure Beschwerden öffentlich vorzubringen und Männer aus Eurer Mitte zu wählen, welche das Recht haben, Gesetze im Interesse der Arbeiter zu geben, damit auch Eure Klasse

---

<sup>179</sup> So stand der Kölner Arbeiterverein u.a. mit Arbeitervereinen von Mainz, Hanau, Frankfurt, Düsseldorf, London in mehr oder weniger engem brieflichen Kontakt (ZAV 1848, Nr. 1, 2, 6, 9, 9, 7, 9, 15, 16).

endlich ihren gerechten Anteil erlange an den Früchten des Lebens, die sie selbst hervorbringt!  
(ZAV 1848, S. 1).

In allen Artikeln wurde der ausbeuterische Charakter der neu aufsteigenden und daher noch gefährlichen Klasse, nämlich der Bourgeoisie, hervorgehoben. Revolutionäre Kommunisten ersetzten das französische Wort „Bourgeoisie“, da das Wort Bourgeoisie „nicht auf die deutschen Verhältnisse“ passe, durch deutsche Wörter, wie „Adels- und Geldaristokraten“, „Geldritter“, „Geldadel“, „Geldsäcke“ oder „Geldmensen“. Sie übersetzten die Bourgeoisie deutlich durch Gebrauch des Wortes „Geldaristokratie“ (ebd., S. 85).

Der Kölner Arbeiterverein kämpfte nicht nur für die politischen, sondern auch für die ökonomischen Interessen der arbeitenden Klassen. An die Fabrikbesitzer wurde schließlich noch folgende Drohung gerichtet: „Wir erwarten, daß Sie [...] Forderungen genehmigen werden in Ihrem eigenen Interesse zwischen der Not unseres Elends und einer raschen Tat der Verzweiflung bleibt uns keine Wahl. Die Verantwortlichkeit kommt über Sie“ (RhBA II/2, S. 79f.). Der Kölner Arbeiterverein sah seine Hauptaufgabe in der „entschiedenen und allseitigen Vertretung der Interessen des Arbeiterstandes“. Der Arbeiterverein, der eine Mischung aus politischem Klub und Bildungsverein mit Ansätzen zu einer gewerkschaftlichen Vertretung war, entwickelte sich zu einem unabhängigen politischen Akteur, der sich mit seinen „sozialrevolutionären“ Standpunkten (Dowe 1970, S. 146) sowohl gegen die Monarchie als auch gegen die „Geldaristokratie“ positionierte.

Andreas Gottschalk betonte in der Komiteesitzung des Arbeitervereins vom 25. April 1848 im Gegensatz zu Marx/Engels erneut, dass dem Arbeiter „nicht bloß die Zukunft“ gehöre, sondern dass er auch jetzt schon mehr als irgendein anderer Stand befähigt sei, der Vertreter des deutschen Volkes zu sein. Das Ziel der Arbeiter müsse „nicht bloß die Verbesserung ihrer Zustände, sondern auch den Sieg der Arbeit zu erreichen“ sein (ZAV 1848, S. 21). So stellt Becker richtig fest, dass Gottschalk „niemals ein Anhänger der Ideen“ des *Manifestes* von Marx/Engels war und „das strategische und taktische Programm“ des *Manifestes* (Becker 1963, S. 32), nämlich die Unterstützung der Bourgeoisie, entschieden ablehnte.

Der Arbeiterverein vertrat in jeder Beziehung die Interessen der arbeitenden Klassen und Besitzlosen. So sah sich Gottschalk selbst in der Komiteesitzung vom 18. Mai 1848 genötigt, auf den Zweck des Arbeitervereins erneut hinzuweisen. Da Anneke zuvor eine Delegation an

den Stadtrat zwecks Abschaffung der Schlacht- und Mahlsteuer<sup>180</sup> angeregt hatte, sagte Gottschalk laut Protokoll, dass „der Zweck des Arbeitervereins ein höherer als die Abschaffung der Schlacht- und Mahlsteuer oder anderer einzelner Übelstände der heutigen Regierungs- und Verwaltungsverhältnisse“ sei. So stand am 28. Mai 1848 in der Vereinszeitung: „Zweck des Arbeitervereins ist der Sieg, ist die Herrschaft der arbeitenden Klassen“ (ZAV 1848, S. 49).

## 2.2. Arbeiterverein kämpft für „ganze Freiheit“, nicht für „Pressfreiheit“

Zuerst ging Gottschalks enger Mitarbeiter Jean Joseph Jansen auf einer Sitzung des Kölner Arbeitervereins darauf ein, wie die Arbeiter die Begriffe der Freiheit und der geschriebenen Gesetze und Rechte verstehen sollten. „Wir“ wollen, so Jansen, „Freiheit für Alle; aber wir begnügen uns nicht mit Abfällen der Freiheit, mit denen man uns, wie den Hund mit einem hingeworfenen Brocken, abspesen will“. Er lehnte hier „einzelne Stückchen“ der Freiheit ab:

Wir wollen die ganze Freiheit, wir sind nicht zufrieden mit einzelnen Stückchen Freiheit, wie Pressfreiheit, Vereinigungsfreiheit und derlei Freiheiten. [...] Verfolgen wir nicht mutig den Sieg, den die Arbeiter, unsere Brüder in Berlin, auf den Barrikaden so löwenkühn erfochten haben, so lasst uns schon lieber unsere Nacken wieder feig unter das Joch der Fürsten und Geld-Tyrannen beugen (ZAV 1848, S. 17).

Arbeitende Klassen wollten nicht in Hunger und Elend leben. Die aufsteigende „Geldaristokratie“ dagegen hatte nur Interesse an der Pressefreiheit und Redefreiheit. Dagegen predigte Engels entsprechend den Interessen und Bedürfnissen der „Geldaristokratie“, dass die „deutschen Arbeiter [...] vor allen Dingen diejenigen Rechte zu erkämpfen“ hätten, nämlich nur „Freiheit der Presse, der Vereinigung und Versammlung“ (MEW 21, S. 18).

Doch wie Weitling schon 1845 in den Londoner Diskussionen ausdrücklich betonte, ist die Rede von der Pressefreiheit, ohne „Essen und Trinken zu haben“, für arbeitende Klassen und Besitzlosen ein „Unsinn“ (BdK 1, S. 223f.). Ebenfalls schrieb Eduard Wiss 1854 in der *Republik der Arbeiter (RdA)*, dass die Lösung der „Magenfrage [...] die erste und dringendste Aufgabe des Kommunismus“ sei; denn das Bedürfnis neuer Gesellschaftsformen entspringe immer aus materiellen und moralischen Übeln zugleich, die in ihrer Gesamtheit eine unheilbare Lockerung der alten Verhältnisse herbeiführen (RdA 1854, S. 157).

---

<sup>180</sup> Die Mahl- und Schlachtsteuer war eine in Preußen durch Gesetz vom 30. Mai 1820 neu geregelte indirekte Steuer. Sie wurde im Allgemeinen an den Stadttoren von den einzuführenden Brotfrucht- und Mehlsorten bzw. vom Vieh und vom Fleisch erhoben. So traf sie insbesondere die ärmere städtische Bevölkerung hart. Der aufgrund des Dreiklassensystems gewählte Kölner Gemeinderat wollte auf eine Einnahmequelle wie die Mahl- und Schlachtsteuer nicht verzichten, deren Beseitigung die Einführung einer die wohlhabenden Schichten belastenden Einkommensteuer notwendig gemacht hätte (Stein 1921, S. 42).

Genau in diesem Sinne sprach auch Jean Joseph Jansen am 24. April 1848 auf der Versammlung des Kölner Arbeitervereins, dass die von den Kommunisten bezweckten Freiheit sich weder mit „Geldsäcken“ noch mit den „Vorrechten des Adels und der Geburt“ verträgt. Die „ganze Freiheit“ verträgt sich nicht mit „angesehenen Personen“ oder damit, dass „hochgeborene Menschenkinder in den übertriebenen Genüssen schwelgen“, während Tausende nicht wissen, „womit sie ihren Hunger stillen und ihre Blöße bedecken sollen“. Kommunisten kämpfen auch dagegen, dass die Arbeitersöhne „drei Jahre als müßige Spielpuppen“ dienen sollen, dass diese „theure Spielerei des Soldatenkrams vom armen Arbeiter“ bezahlen werde und dass besitzende Klassen die Arbeiter „als Kanonenfutter“ für ihre eigenen Interessen nutzen. Nur „wer Etwas besitzt“, so sprach Jansen auf der Arbeiterversammlung, „wird geschützt, wer aber Nichts hat, dem schenkt der Staat auch nichts“. Doch keiner solle dem Andern Untertan sein. Keiner solle vom Andern abhängig sein. Es solle Keiner darben, wenn Andere zu Tische sitzen (ZAV 1848, S. 18).

### **2.3. Für Arbeiterverein sind „Geldaristokraten“ die „gefährlichsten von Allen“**

Da der Kölner Arbeiterverein sich definitiv nicht als „exploitierter Arm der Bourgeois“ ansah – diese Rolle hielt Engels für Arbeiter als geeignet – (MEW 4, S. 499), unterstützte der Verein nicht die „Geldsäcke“. Ganz im Gegenteil griff der Arbeiterverein im Interesse der arbeitenden Klassen in die Politik ein. So wurde die Bourgeoisie einen Tag nach der Vereinsgründung in dem Aufruf heftig angegriffen. In einem an den führenden Vertreter des Großbürgertums des Rheinlands und neuen Reichministerpräsidenten Camphausen, den Marx/Engels bei Wahlen von 1848 und 1849 kräftig unterstützten, gerichteten offenen Brief forderte der Arbeiterverein, die Steuern auf Grundnahrungsmittel abzuschaffen. Der Arbeiterverein beurteilte auch die von Camphausen beschlossene Einrichtung von Unterstützungskassen für Kaufleute und Fabrikanten, um sie finanziell zu fördern:

Wir wollen aber Euer Hochwohlgeboren ergebenst darauf aufmerksam gemacht haben, daß es noch eine überwiegend große Klasse der Arbeiter und Handwerker gibt, die für die Lasten, welche sie 35 Jahre hindurch allein getragen, auch eine Staatsunterstützung beansprucht und beanspruchen darf, und zwar eine solche, die ihr direkt nicht erst durch den zweifelhaften Umweg der Kaufleute und Fabrikanten zugeht (RhBA II/2, S. 44f.).

Die Leitung des Arbeitervereins sprach in der ersten Versammlung sein „Misstrauen“ gegenüber Camphausen, den das arbeitende Volk in Köln nur zu gut kannte, „freimütig“ aus, weil die „Maßnahmen“ seiner noch so kurzen Verwaltung gezeigt hätten, dass er „keinen Grund“ habe, „für die arbeitenden Klassen“ „Sympathien“ entgegenzubringen. „Herr

Ministerpräsident Camphausen“ bewillige nur „für Kaufleute und Fabrikanten über eine Million des baren Volksvermögens“:

Wir dürfen wohl fragen: Wer bedurfte wohl mehr der Unterstützung des Staates, die reichen Kaufleute und Fabrikanten oder die darbenden, entblößten Handwerker? (ZAV 1848, S. 2).

Der Führung des Arbeitervereins war bewusst, wie das System der Monarchie „das Vermögen des Volkes zur Dotation von Adelsmajoraten und zur Stiftung von Fideikommissen mit feudaler Leibeigenschaft benutzte“, glaubte doch jetzt auch die Bourgeoisie, die Zeit sei endlich gekommen, mit dem Geld der ganzen Nation „bevorrechtete Einrichtungen eines industriellen Adels mit industrieller Leibeigenschaft zu schaffen“ (ebd., S. 2f.).

Auch in dem Aufruf *Was wir wollen* wurde das Bündnis zwischen dem Großbürgertum und der Krone heftig angegriffen:

Da wackeln die dick angefressenen Geldsäcke von ihren Kisten und Kasten, und wollen uns sagen, was wir wollen. – Die brauchen wir aber nicht, wer bis jetzt gegen uns war, ist auch jetzt unser Freund nicht. Die Amtmänner, Polizeidiener und Schandarmen werden auf einmal so freundlich, grüßen uns und sind voll Artigkeiten [...]. [Aber] wir wissen recht gut, daß ihr guter Wille nicht weit her ist, und daß man uns wiederum nur benutzen will, um den Reichen und den Bedrückern des Volkes festen Boden zu verschaffen. [Wir] brauchen keine Amtmänner und keine Professoren, auch keine von denen, die nichts Höheres kennen, als ihr Geld und nochmal ihr Geld (Anneke 1848, S. 31).<sup>181</sup>

Der Vorstand des Kölner Arbeitervereins warnte den Ministerpräsident Ludolf Camphausen, dass es noch „eine überwiegend große Klasse der Arbeiter und Handwerker“ gebe, die auch eine Staatsunterstützung beanspruche, und forderte „ähnliche Summen“ direkt für „Handwerker- und Arbeiterstände“ (ZAV 1848, S. 2f.). So wurden fast in jeder Komiteesitzung des Arbeitervereins die „verschiedenen Angriffe“ von der Bourgeoisie oder von den staatlichen Behörden, welche gegen die Arbeitervereine in Deutschland gerichtet waren, vom Kölner Arbeiterverein „mit kräftigen Worten“ zurückgewiesen (ebd., S. 77).

In der Generalversammlung des Arbeitervereins vom 4. Juni 1848 wurde eine von Anneke verfasste Protestadresse an den Frankfurter Senat wegen der Ausweisung der Leiter des Frankfurter Arbeitervereins angenommen. Nach der Adresse habe der Senat dem Leiter des Frankfurter Arbeitervereins vorgeworfen, „Aufwiegler und Wühler“ zu sein, und so dem Gemeinwohl „höchst verderbliche Grundsätze“ verbreitet zu haben. Mit diesen Vorwürfen, so

---

<sup>181</sup> Die nötigen Kommasetzungen und einige Wörter, die in dieser Schrift oft fehlen, werden von der Verfasserin dieser Arbeit selbst hinzugefügt, um das Verständnis des Schreibens zu verbessern.

die Adresse, liefere der Senat nochmals den Beweis, „trotz des prunkenden Namens *Senat der freien Stadt Frankfurt* keineswegs im Namen und Interesse eines freien Volkes, sondern vielmehr im Namen und Interesse einer Kaste, der Geldaristokratie“, zu regieren, deren Streben bei allen schönen Worten dahingehe, „das Volk zu unterdrücken, oder in der Unterdrückung zu erhalten“ (ebd., S. 71).

Der Kölner Arbeiterverein schickte ebenfalls ein Protestschreiben an die sogenannte Bürgerschaft zu Frankfurt, „auf deren Antrag“ die Leiter des Frankfurter Arbeitervereins ausgewiesen wurden. In seinem Schreiben bezeichnete der Kölner Arbeiterverein das Großbürgertum als „Wölfe in Schafkleidern“ und ergriff Partei für die ausgewiesenen Leiter, indem er betont, dass die Bürgerschaft unter „Gemeinwohl“ nur ihre „Vorrechte“ und „die Knechtung“ sowie „die Unterdrückung des arbeitenden Volks“ verstehe. Doch diese Vorrechte müssten zerstört, diese Knechtung, diese Unterdrückung müsse gebrochen werden, wenn das wahre Gemeinwohl, das Wohl aller, begründet werden solle. Das Volk wisse, dass es „selbst die Gesetzgebung und die Regierung in die Hand nehmen muss, um seine Freiheit und seine Rechte sicherzustellen“. Hier stand das Verlangen nach einem „einzigem großen Bund der ganzen arbeitenden Klasse“ ganz im Vordergrund (ebd., S. 74).

Die ausgewiesenen Leiter des Frankfurter Arbeitervereins bedankten sich für die Unterstützung des Kölner Arbeitervereins, indem sie folgendes schrieben:

Unsere Feinde, welche bis jetzt noch Thronen, wie in Parlamenten die Gewalt in Händen haben, [...] versuchten dadurch, [...] uns unseres Vereinsrechtes zu berauben. Sie wollten die Freiheit, welche das Arbeitervolk mit seinem Blut in den Straßen von Paris, Wien und Berlin erobert hat, zum Privilegium für die sogenannten ‚gebildeten Stande‘ machen und den Arbeitern nach wie vor nur das Recht des Mühens, des Hungers, des Elends zu erkennen. Aber wir werden diesen neuen Unterdrückern dieselbe Kraft und Entschiedenheit zeigen, mit denen unsere Brüder in den Hauptstädten ihren Fürsten entgegengetreten sind (ebd., S. 82).

Die Arbeiter wollten den „neuen Unterdrückern“, nämlich der „Geldaristokratie“, wie ihre Brüder in Paris und Berlin, ihre „Kraft und Entschiedenheit“ zeigen. Die „Klarheit“, mit der die „Ablösung des Feudalismus durch die Industriebherrschaft des Großbürgertums herausgestellt wird“, soll in diesen Schriften besonders hervorgehoben werden (Stein 1921, S. 39).

In dem Artikel *Naturgeschichte der Liberalen* im Blatt des Arbeitervereins vom 18. Juni 1848 wurde betont, dass die bürgerlichen Parteien in Deutschland seit Jahren bestehen und die Namen wie „Philister, Liberale Volksmänner oder Humanisten“ haben:



Der liberale spricht viel von Freiheit, will aber von der Freiheit selbst nichts wissen. Überhaupt geht sein ganzes Bestreben dahin, ans Ruder zu kommen, er träumt Tag und Nacht von Ministerstellen; dann aber spielt er den kleinen Napoleon, spreizt wie ein Pfau und schämt sich wieder seiner Beine, d.h. seines Ursprungs. Die Liberalen sind jetzt überall in Deutschland ans Ruder gekommen. Dieses ans-Ruder-kommen [der Bourgeoisie] nennen sie die deutsche Revolution und Freiheit (ZAV 1848, S. 85).

Ein gewisser „Geldadel“ bilde „den Kern und die Kraft der Bourgeoisie“, und der übrige Teil der Klasse bestehe hauptsächlich etwa aus Künstlern, Gelehrten und Staatsbeamten, die sich „für den Abfall seines Überflusses“ an diesen anschließen. Den revolutionären Kommunisten war es bewusst: „Der Bourgeoisie steht, nachdem der Geburtsadel keine Bedeutung mehr hat, das sogenannte Volk gegenüber“ (ebd., S. 83f.). Kommunisten kämpften nur für arbeitende Klassen, die „im Schweiß ihres Angesichtes für viele unnütze und schwächliche Herren“ arbeiten; die „mit dem kleinsten Maße des Lohnes“ vorliebnehmen und „an Genuss des Lebens“ kaum zu denken wagen. Diese tragen allerdings ihre Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Ihnen weihen Kommunisten ihre Kräfte; zu ihnen zu gehören, sei ihr Stolz (ebd., S. 84).

### **3. Marx/Engels' Versuchung zur Kontrolle der deutschen Arbeiterbewegung**

Bevor Marx nach Deutschland eilte, gab er im Namen der Zentralbehörde des *Bundes* die *17 Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland* bekannt, die am 25./26. März 1848 als zweiseitiges Flugblatt verbreitet und von mehreren deutschen bürgerlichen Zeitungen nachgedruckt wurden (Herres 2020, 128). Das Programm der *17 Forderungen* verlangte an erster Stelle die Schaffung einer „einigen unteilbaren Republik“ (MEW 5, S. 3), die Beseitigung der politischen Macht der Fürsten und des Feudalismus. Bemerkenswerter Weise nahm Marx schon in der zweiten Nummer der *NRhZ* vom 2. Juni 1848 diese Forderung zurück. Er stelle nicht „das utopische Verlangen“, dass a priori eine einige unteilbare deutsche Republik proklamiert werde. Die deutsche Einheit wie die deutsche Verfassung könnten nur als Resultat aus einer Bewegung hervorgehen, worin ebenso sehr die inneren Konflikte als der Krieg mit dem Osten zur Entscheidung treiben würden (ebd., S. 42). Die *17 Forderungen*, die Marx in Paris in Eile aufs Papier brachte, waren rein bürgerliche Forderungen. Ihre Durchsetzung lag daher nicht „im Interesse des deutschen Proletariats“ (ebd., S. 3ff.), was das Programm von sich behauptete, sondern ganz und gar im Interesse des deutschen Großbürgertums. Die Bourgeoisie wurde in den *17 Forderungen* „relativ glimpflich“ behandelt (Dorphalen 1970, S. 346).

Die *17 Forderungen* wurden von beiden Seiten, die sich bald trennen sollten, unterzeichnet. Sie erschienen mit den Unterschriften von Karl Marx, Friedrich Engels und Wilhelm Wolff auf

der einen Seite und Heinrich Bauer, Karl Schapper und Joseph Moll auf der anderen Seite im Druck und blieben „deren einzige öffentliche Handlung“. So trat der bisher geheime *Bund der Kommunisten* „erstmalig öffentlich mit identifizierbaren Führungspersönlichkeiten“ als *Kommunistische Partei in Deutschland* hervor (Nicolaevsky 1961, S. 222). Die *17 Forderungen* stellten ein öffentliches Programm dar, das den bisher illegalen *Bund der Kommunisten* nach dem Willen von Marx/Engels „entbehrlich“ machen sollte (Schieder 1991, S. 138).

Nach einer Bemerkung von Hermann Becker (1820–1885) seien die *17 Forderungen* „gegen die sechs *Forderungen des Volkes* verbreitet“ worden, die während des Kölner Arbeiteraufstandes vom 3. März von Gottschalk aufgestellt worden waren. Marx habe dem „roten Becker“ erklärt, seine „Forderungen seien viel weniger, um ihrer Ausführung willen, als gegen Gottschalks verschwommene Redensarten aufgestellt“ worden. Die *17 Forderungen* wurden also „im Gegensatz zu Gottschalks Forderungen“ verbreitet (Becker 1848; zit. nach Kühn 1934, S. 108).

Anfang April 1848 verließ Marx, begleitet von Engels und Dronke, mit Plänen im Kopf Paris und reiste nicht direkt nach Köln, wo „Carls Geschäfte“, wie seine Schwiegermutter Caroline von Westphalen in einem Brief berichtet, ihn „schnell“ dorthin riefen und „wo er von Paris aus hin berufen war“ (Gemkow 2008, S. 523), sondern auffallenderweise zuerst nach Mainz. Das hatte bestimmte Gründe. In Köln war bereits „a well-developed workers’ movement, the leaders of which were hostile to Marx“ (Noyes 1966, S. 116). Der Kölner Arbeiteraufstand vom 3. März 1848, der von Gottschalk, Anneke und Willich aus der Kölner Bundesgemeinde geführt wurde, bestätigte die Befürchtungen von Marx/Engels. Das Schreckensbild der Durchkreuzung der bürgerlichen Herrschaft erschien plötzlich als Realität. Alle Hoffnungen von Marx/Engels auf das Zusammengehen der Kommunisten mit der Bourgeoisie schienen durch die Kölner Bundesgemeinde gefährdet. Marx fuhr gerade deswegen zuerst nicht nach Köln, sondern nach Mainz, um dort ein organisatorisches Gegengewicht zur Arbeiterbewegung in Köln aufzubauen, wo nach dem großen Arbeiteraufstand vom 3. März 1848 unter der Leitung der Kölner Bundesgemeinde eine organisierte Arbeiterbewegung existierte, die der Bourgeoisie gegenüber gewiss nicht nahestand wie er selbst.

Marx/Engels wollten die deutsche Arbeiterbewegung in Mainz zentralisieren, wie sie zuvor den *Bund der Kommunisten* unter dem „Präsidenten“ Marx zentralisiert hatten, um die deutsche Arbeiterbewegung unter Kontrolle zu halten. So wurde der Mainzer Arbeiterverein Ende März 1848 von Carl Wallau, Johann Schickel, Adolf Cluss, Phillip Johann Neubeck und Friedrich

Jakob Schütz gegründet (Hundt 1993, S. 458). Gleich danach wurde am 5. April 1848 ein Aufruf, „dessen eigentlicher Urheber“ (ebd., S. 460) wohl Marx war, veröffentlicht. Im Aufruf wurde vorgeschlagen, Mainz „vorläufig zum Mittelpunkt für sämtliche Arbeitervereine zu wählen“ (BdK 1, S. 751). Der Mainzer Aufruf hatte in erster Linie das Ziel, die Arbeiter, die für ihre eigenen Interessen kämpfen wollten, in die bürgerliche Bewegung einzubeziehen. So schlug der Mainzer Aufruf weiter Folgendes vor:

Sämtliche Arbeitervereine Deutschlands müssen ferner so schnell als möglich miteinander in Verbindung treten und darin bleiben. Wir schlagen Euch vor, Mainz vorläufig zum Mittelpunkt für sämtliche Arbeitervereine zu wählen und mit dem unterzeichneten Vorstände in Korrespondenz zu treten, damit wir uns über einen gemeinsamen Plan verständigen und so bald als möglich auf einer Zusammenkunft von Abgeordneten aller Vereine den Sitz des Zentralkomitees etc. definitiv bestimmen können (ebd., S. 751f.).

Im Auftrag von Marx versuchte Wolff bei seiner Rundreise in Berlin und Köln Häzel und Gottschalk dazu zu überreden, die Arbeitervereine „an den Mainzer Verein anzuschließen“ (Dowe 1970, S. 141f.). Nach einem Tag seiner Gründung teilte der Kölner Arbeiterverein in einem Gegenaufruf vom 14. April 1848 an die Mainzer mit, dass das Berliner Volk durch seinen „glorreichen Barrikadenkampf“ vom 18./19. März 1848 bewiesen habe, dass es seine „politische Mündigkeit“ erlangt habe und dass es an der Zeit sei, „alle die Versprechungen, welche mit den Anstrengungen und dem Blute von Hunderttausenden auf den Schlachtfeldern“ besiegelt worden, „nicht allein auf dem Papier, sondern auch in der Wirklichkeit bestehen zu lassen“:

Es waren nicht den stolzen Aristokraten, nicht die hochmütigen Beamten und goldgierigen Bourgeois, die auf den Barrikaden Geschichte machten; es waren Leute aus dem Volke, Arbeiter, diese so langen niedergetretenen Menschen, die mit ihrem Blute den jungen Baum der Freiheit düngten. Durch sie ist eine neue Bahn in Deutschland angebrochen, eine schöne Morgenröte erglänzt, und der helle sonnige Tag der freien unumschränkten Geistesbewegung wird ihm folgen (ZAV 1848, S. 4).

Im Aufruf wurde besonders hervorgehoben, dass der Kölner Arbeiterverein nicht für die bürgerlichen Forderungen und Interessen, sondern „für die Rechte und die Interessen der Arbeiter“ kämpfe und gleichzeitig „die Ergebnisse und erkämpften Rechte der deutschen Revolution“ gegen „jeden neu auftauchenden Despotismus“, nämlich gegen die Bourgeoisie, zu verteidigen bezwecke.

Wie der Gegenaufruf des Kölner Arbeitervereins vom 14. April deutlich zeigt, wurde der Anspruch der Mainzer, sich als das Zentralkomitee der deutschen Arbeitervereine zu stellen,

sowohl von Hätzel in Berlin als auch von Gottschalk in Köln nicht ernst genommen (Hundt 1993, S. 463),<sup>182</sup> da sie doch gute Gründe hatten, „Mainz als Zentralpunkt“ nicht anzuerkennen, obwohl Marx' Anhänger Wolff im Bericht über seine Rundreise seine Gespräche mit Hätzel und Gottschalk positiv bewertete (Koszyk/Obermann 1975, S. 150ff.).

Die Mainzer Bundesgemeinde behauptete in einem Brief vom 23. April 1848 an die Zentralbehörde ebenfalls, dass „die Kommunisten die Führung des Arbeiterbildungsvereins“ in Mainz erlangt und sogar „den Vorstand faktisch in der Hand“ gehabt hätten, sodass „der Verein als ganz in unserm Sinne geleitet betrachtet werden muß“ (BdK 1, S. 766). Doch laut eines Briefs des Bundesmitglieds Schickel, der für die „Sache“ des *Bundes* sehr „tätig“ war (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 437f.), sei dieser „Arbeiter-Bourgeoise-Verein“ in den Händen der bürgerlichen Partei und daher deren Anhängsel. Diese „schwarz-rot-goldenen Esel“, so Schickel, seien „gemeine, feige, jedoch großmäulige Schweinehunde“. Da er beständig im Verein mit ihnen zu kämpfen habe, sei er dort „nicht sehr beliebt“ (BdK 1, S. 754). Der Plan von Marx/Engels, den „Arbeiter-Bourgeoise-Verein“ in Mainz als „provisorisches Zentralkomitee der deutschen Arbeitervereine“ zu machen (ebd., S. 770), scheiterte.

So musste der Mainzer Verein spätestens am 17. Mai 1848 die selbsttitulierte Bezeichnung „provisorisches Zentralkomitee der deutschen Arbeitervereine“ ablegen (Becker 1963, S. 65). Ernst Dronke wusste durch seinen Aufenthalt in Mainz, dass der „Zentralisierungsplan ins Stocken geraten war“ (Hundt 1993, S. 463f.). Denn die Arbeiter hatten kein Interesse an dem „Zentralisierungsplan“ von Marx' *17 Forderungen*, die von den Problemen des arbeitenden Volkes nichts wissen wollten. Dronke kannte das Problem und schlug daher „eine Petition in der Art der Chartisten“ vor. Diese sei in allen Städten zur Unterzeichnung für das „soziale Parlament“<sup>183</sup> auszulegen, da verschiedene Arbeiterklubs „sehr ungeduldig“ seien. Er wusste, dass Marx/Engels' *17 Forderungen* „nicht so berücksichtigt werden [würden], wohl aber eine Arbeiterpetition von sechs bis acht Punkten“ (BdK 1, S. 780).<sup>184</sup>

---

<sup>182</sup> Der von Cluß und Wallau unterzeichnete Aufruf ist wahrscheinlich von Wilhelm Wolff (Schraepfer 1972, S. 263) im Auftrag von Marx verfasst worden, wie auch Becker „sicher“ annimmt (Becker 1963, S. 64). Der Aufruf wurde in der ersten Hälfte Aprils 1848 in Zeitungen wie der *Mainzer Zeitung*, dem *Mannheimer Abendblatt* oder den *Konstanzer Seeblättern* abgedruckt (BdK 1, S. 1108).

<sup>183</sup> Es stand in der *BdK* „sog. Parlament“, was später in verschiedenen Büchern „als sogenanntes Parl., was aber sinnlos ist“, ausgeschrieben wurde. Dagegen wurde damals doch dauernd von einem „sozialen Parlament“ gesprochen (Na'aman 1965, S. 23).

<sup>184</sup> Eine positive Reaktion auf seine Gedanken erhielt Dronke von Marx/Engels sicher nicht. Denn nicht die Interessen und Forderungen der Arbeiter, sondern die der Bourgeoisie standen auf ihrer politischen Tagesordnung. Da Dronke „ein Literat“ war und die „alte und bewährte Tradition“ des *Bundes der Gerechtigkeit* ihm fehlte, bestand er nicht auf seiner „vernünftigen Meinung“. Der „traditionslose“ Dronke fügte sich in diesem Punkt „geschmeidig“ und stand in drei Wochen in der Redaktion der *Neuen Rheinischen Zeitung* (Na'aman 1965, S. 23f.).

In der damaligen Arbeiterbewegung war die Forderung nach einem Arbeiterparlament und einer sozialen Charta üblich. Diese Forderung wurde nicht nur von der englischen und französischen Arbeiterbewegung, sondern u.a. auch von der Kölner Bundesgemeinde unter der Leitung von Willich, Gottschalk und Anneke, wie die *7 Forderungen* des Kölner Arbeiteraufstandes vom 3. März 1848 zeigen, gestellt (Na'aman 1965, S. 23). Auch Weitling forderte in der Revolution, dass die selbstverwaltete Organisation der sozialen Lebens- und Produktionsverhältnisse einem Sozialparlament übertragen werden solle (Seidel-Höppner 2014, S. 1200f.). Dagegen war es bei den von Marx in Paris im Gegensatz zu Gottschalks *Forderungen des Volkes* in Eile aufs Papier gebrachten *17 Forderungen*, die in der Revolution „unbemerkt“ blieben wie das *Manifest* selbst, sehr auffällig, dass „jeder Hinweis auf gewerblich-industrielle[n] Arbeitsschutz“ fehlte (Grünberg 1921, S. 279ff.).

#### **4. Marx/Engels: Mitbegründer der bürgerlichen Demokratischen Gesellschaft**

Ende April 1848 wurde die Kölner Demokratische Gesellschaft im Vorfeld der Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung gegründet. Die Demokratische Gesellschaft, deren Mitglieder höchstens 700 zählte, war Organisations- und Kommunikationsmittelpunkt der Kölner Bourgeoisie. Fast 40 % ihrer Mitglieder waren Bildungsbürger im engeren Sinn, meist Advokaten, Gerichtsreferendare und Publizisten, etwa ein Drittel waren Kaufleute, Fabrikanten und Handwerksmeister. Militärangehörige machten 18 % und Arbeiter und Handwerksgesellen weitere 12 % der Mitglieder aus (Seyppel 1991, S. 103ff.). Marx/Engels waren Mitbegründer der Demokratischen Gesellschaft und nahmen an ihren Generalversammlungen, Volksversammlungen und internen Beratungen teil (MEGA<sup>2</sup> III/7, S. 766ff.). Wie in Brüssel wurde Marx auch in Köln zum Präsidenten der Demokratischen Gesellschaft. Er vertrat hier die Ansicht, wie fast alle Mitglieder der Demokratischen Gesellschaft, dass die Themen wie die „sociale Frage“ noch nicht „an der Zeit“ sei (ZAV 1848, S. 60). Der „Gegensatz“ zwischen der Demokratischen Gesellschaft und dem Kölner Arbeiterverein bildete sich rasch schärfer aus und führte so, wie der Zeitgenosse Hermann Becker feststellte, „bis zur völligen Anfeindung“ (Hackenberg 1899, S. 54f.).

Dagegen behauptete Engels in einem Brief vom 27. Januar 1887 an die US-amerikanische Sozialreformerin Florence Kelley-Wischnewetzky in Bezug auf die Kölner Demokratische Gesellschaft: „[W]ir waren der am weitesten fortgeschrittenen Flügel der Partei“ in Köln. Er behauptete, dass ihre Tätigkeit in der bürgerlichen Demokratischen Gesellschaft der einzige Weg gewesen sei, um die Arbeiter zu erreichen. „Als wir im Frühjahr 1848 nach Deutschland zurückkehrten“, schrieb er weiter, „schlossen wir uns der demokratischen Partei an, als dem

einzig mögliches Mittel, das Ohr der Arbeiterklasse zu gewinnen“ (MEW 36, S. 598). Doch Marx/Engels richteten ihre ganze Aufmerksamkeit, wie Engels in einem Artikel vom 31. August 1848 in der *NRhZ* zugab, auf die Bourgeoisie. Er hob hier ihren politischen Standpunkt unmissverständlich hervor, dass sie niemanden „schärfer“ im Auge zu behalten „für dringend nötig“ gehalten hätten, „als gerade die Demokraten“ (MEW 5, S. 347).

Gerade deswegen, wie Ernst Czobel feststellt, überspringt Franz Mehring „die ersten Monate der Revolution“ in Köln und gruppiert alle politischen Kräfte summarisch unter die „Kölner Demokratie“ (Czobel 1928, S. 431), um die scharfen und antagonistischen Konflikte zwischen der revolutionären Führung der deutschen Arbeiterbewegung und Marx/Engels unbeachtet und unbewertet zu lassen. Beschreibung der Lage der „Demokratie“ in Köln beginnt bei Mehring erst mit der Herausgabe der *NRhZ* von Marx/Engels. Nach Mehring bilde die „Kölner Demokratie“ eine Einheit (Mehring 1960, S. 179ff.). So sucht er durch seine Darstellung den Eindruck zu erwecken, dass die „Kölner Demokratie“ eine „unter Marxens unbestreitbarer Führung stehende ideelle und politische Einheit“ bilde, die nur aus organisatorisch-technischen Gründen in verschiedene Vereine „gegliedert“ und nicht gespalten sei (Czobel 1928, S. 431).

Mehring nehme, so setzt Czobel seine gerechte Kritik an Mehring fort, die „Kölner Demokratie“ mit „Unrecht für eine Einheit“, denn die sogenannte „Kölner Demokratie“ sei sowohl organisatorisch als auch politisch nicht einheitlich gewesen. Bei einem Vergleich von Arbeiterverein und Demokratischer Gesellschaft sei sehr deutlich zu sehen, dass die sogenannte „Kölner Demokratie“ aufgrund unterschiedlicher sozialer Zusammensetzungen „fast kaum Gemeinsamkeiten“ habe. Während die *Demokratische Gesellschaft*, deren politischer Standort durch bürgerliche Intellektuelle, wie Schneider, Borchardt, Weyll und Marx gekennzeichnet war und ihr Arbeitsfeld in Fragen, die um das bürgerliche Verfassungsproblem und die Einheit Deutschlands kreisten (ebd. S. 431f.), befasste sich der Kölner Arbeiterverein unter der Führung der Kommunisten Gottschalk, Willich und Anneke mit den politischen, organisatorischen und ökonomischen Interessen und Bedürfnissen der arbeitenden Klassen und Besitzlosen.

Mehring verleugnet in seinen Schriften die Existenz der Kölner Bundesgemeinde und deren Kampf gegen die bourgeoisiefreundliche Politik von Marx/Engels, indem er, wie Erst Czobel darauf hinweist, Andreas Gottschalk in seinen Schriften mit keinem Wort erwähnt. Mehring behauptet, der Kölner Arbeiterverein sei von Karl Schapper und Joseph Moll gegründet worden (Mehring 1960, S. 175). Er bringt jedoch für seine bloße Behauptung keinesfalls auswertbare Beweise ein.

### **III. Frühling 1848: Konflikte zwischen Arbeiterführung und Marx**

Im Kapitel III werden die politischen Konflikte zwischen der Arbeiterführung und Marx/Engels im Frühling 1848 in Köln untersucht, nachdem Marx/Engels im April 1848 in Köln ankamen und die bürgerlich Demokratische Gesellschaft mitgründeten. Die Konfliktpunkte zwischen der Arbeiterführung und Marx/Engels zeigten sich im in diesem Kapitel untersuchten Zeitraum in der Positionierung zum revolutionären Krieg in Baden, im Standpunkt zur Arbeiterrepublik und zur konstitutionellen Monarchie und in der politischen Haltung zu den indirekten Maiwahlen 1848 in Deutschland. Diese Konfliktpunkte und deren Gründe werden im Kapitel III basierend auf zeitgenössischen Dokumenten ausführlich behandelt und analysiert.

Nach der Darstellung und Analyse der entgegengesetzten Positionen der Arbeiterführung und Marx/Engels werden die Vergeltungsmaßnahmen von Marx gegen die Kölner Arbeiterführung behandelt. Diese Maßnahmen, die Marx mit Hilfe von seiner diktatorischen Vollmacht in die Praxis einsetzte, beinhalteten neben dem Ausschluss Gottschalks aus dem *Bund* auch die Auflösung der noch vor zwei Monaten in Paris gegründeten Zentralbehörde. Da Gottschalk die Bourgeoisie nicht als „Bündnispartner“, sondern als Gegner betrachtete, schloss Marx Gottschalk durch seine diktatorische Vollmacht aus dem *Bund* aus, um seine Wirkung auf den Kölner Arbeiterverein zu eliminieren. In diesem Kapitel wird auch der durch die Auflösung der Zentralbehörde entstandene erste Bruch zwischen Moll/Schapper und Marx/Engels behandelt. Anschließend werden mit den Rechtfertigungsversuchen von Marx/Engels für die Auflösung der Zentralbehörde auseinandergesetzt.

#### **1. Arbeiterverein unterstützt Willich gegen Marx und seine „Demokraten“**

Die revolutionäre Führung des Kölner Arbeitervereins beeinflusste im Mai und Juni 1848 das immer stärker werdende politische Hervortreten der Arbeiter, mit Anneke gesprochen, gegen die „Reaktion in der Gestalt der Bourgeois, der Bürokratie und des Junkertums“. Anneke schrieb in einem Brief vom 6. Juni 1848 an Hammacher mit voller Begeisterung: „Bourgeoisie, Bürokratie usw. ist hier gleich Null, das Proletariat Alles. Es ist entschieden sozialrepublikanisch und bereit, seinen Willen mit allen Kräften ins Leben treten zu lassen“ (RhBA II/2, S. 213). Mit dieser revolutionären Führung der Arbeiterbewegung machten Marx/Engels „keine besonders guten Erfahrungen“ (Adler 1885, S. 232). Von Anfang an waren nämlich starke Gegensätze zwischen der Leitung des Arbeitervereins und Marx/Engels vorhanden, die sich „nicht überbrücken ließen“ (Schraepler 1972, S. 276).

Bekanntlich verschanzte sich August Willich am 25. April 1848 nach dem misslungenen badischen Aufstand mit etwa 300 Mann auf der Schusterinsel. Hier wurde ein demokratisch

republikanischer Zentralausschuss gebildet, als dessen Wortführer Gustav Struve und Karl Heinzen auftraten. Nach der Zurückdrängung der revolutionären Kräfte wurde jedoch durch den Druck der französischen und Schweizer Behörden die Insel geräumt. Viele der Freiheitskämpfer aus der Schweiz gingen mit Willich nach Besançon und bildeten dort den Kern der von Willich kommandierten Arbeiterkompagnie. „Wir existieren“, schrieb Willich in einem Brief vom 8. Juni 1848 an Philipp Becker, einen der maßgeblichen Organisatoren der badischen Volkswehr, „von dem Ertragen einiger Subskriptionen, einer Sendung von 600 Fr. durch Martin<sup>185</sup> in Paris, dem Ertrage der Kuverte“. Die Arbeiterkolonne in Besançon existierte durch die Unterstützung der blanquistischen illegalen Organisation (Koszyk/Obermann 1975, S. 161). Willich bekam auch von Karl Heinzen finanzielle Unterstützung (ebd., S. 167). Für den „Mann des arbeitenden Volkes“, nämlich für Willich, erklärten ebenfalls Anneke und Gottschalk in einem am 1. Juni in der Kölner Arbeitervereinszeitung veröffentlichten Artikel ihre Unterstützung. Sie erklärten öffentlich, dass sie „Stolz“ auf Willichs Freundschaft seien,

daß wir ihn lieben und achten nicht bloß wegen seiner ausgezeichneten Gaben des Geistes und des Herzens, sondern weil wir selbst in der Theilnahme an jenem [...]. Unternehmen seinen edeln, wahrhaft ritterlichen Sinn wiedererkennen, der für eine gute Sache nicht mit bloßen Worten ficht, sondern auch mit seinem Blute einsteht, der für das Volk kämpft, der vom Volke niemals läßt, selbst wenn es unterliegt und Haß, Verachtung und Verleumdung statt Lorbeer und Lohn in Aussicht sind (ZAV 1848, S. 62).

Gottschalk und Anneke forderten diejenigen auf, die mit ihnen in „Gesinnung“ übereinstimmen und „ihrer Gesinnung sich nicht schämen“, Willich und seine Genossen zu unterstützen. Gegen Ende Mai 1848 forderte Anneke in einer Versammlung des Arbeitervereins zur geldlichen Unterstützung für die „Vorkämpfer der Freiheit“ auf, da „[u]nser Freund Willich“, so Anneke, unter bitteren Umständen „mit 320 Mann in Besançon“ stehe. So wurde im Kölner Arbeiterverein für die Arbeiterkompagnie eine Geldsammlung gestartet, die eine „ganz ansehnliche Summe“ erreichte (ebd., S. 61f.).<sup>186</sup>

Anneke stellte denselben Antrag auch in einer Generalversammlung der Demokratischen Gesellschaft. Da Marx seine Feindseligkeit gegen bewaffnete Arbeiter auch in Köln fortsetzte, kam es noch vor dem Erscheinen der *Neuen Rheinischen Zeitung* zu einem heftigen Streit zwischen Anneke und Marx. Anneke gab später über diesen Konflikt eine Erklärung ab:

---

<sup>185</sup> Alexandre Martin (1815–1895) war ein französischer Arbeiter und Mitglied blanquistischer Organisation (Koszyk/Obermann 1975, S. 161).

<sup>186</sup> Willich bedankte sich in einem Antwortbrief vom 6. Juli 1848 an Anneke für die Unterstützung. Er wusste jedoch nicht, dass Anneke am 6. Juli schon mit Gottschalk im Gefängnis war. Er betonte hier erneut die „Notwendigkeit der Einheit der Arbeiter“ und warnte sie vor den „nationalen Fehden“ (Koszyk/Obermann 1975, S. 180ff.).



Ich stellte in der Sitzung des Ausschusses der demokratischen Gesellschaft am 29. Mai den Antrag, [...] um einen Brief von Karl Bruhn<sup>187</sup> vorzulesen, worin die traurige Lage von 320 deutschen Republikanern, darunter Willich, die, nachdem sie an dem Kampfe in Baden teilgenommen, jetzt ganz hilf- und mittellos in Besançon leben, geschildert wird, und um diejenigen in der Versammlung, [...] zu einer Unterstützung für sie aufzufordern. Nach vielem Hin- und Herreden wurde zur Abstimmung geschritten, und mein Antrag mit sämtlichen Stimmen gegen meine abgelehnt. Die Gründe, welche von verschiedenen Rednern gegen den Antrag vorgebracht wurden, kommen im Wesentlichen auf folgende hinaus: Es könne, wenn man dem Antrage nachgebe, den Anschein haben, als ob man das Unternehmen der badischen Republikaner billige, oder doch wenigstens, als ob man deren Ansichten teile (FA 1849, S. 105).

Nach längerer Debatte lehnten Marx und seine „Demokraten“ Annekes Antrag einstimmig ab, den bewaffneten Arbeitern Hilfe zu leisten (ZAV 1848, S. 60). Darüber hinaus trat Anneke aus Protest aus der Demokratischen Gesellschaft aus. Als Grund seines Austritts gab er „die Halbheit und Unentschiedenheit der Gesinnung und die Unentschlossenheit des Charakters“, welche er dort vorherrschend fand, so wie „die augenscheinliche Feindseligkeit und Missachtung derselben gegen den Arbeiterverein“ an (FA 1849, S. 105f.). Da in der Demokratischen Gesellschaft auch soziale Themen, wie die Lage der arbeitenden Klassen und Besitzlosen und ihre Forderungen, als eine die Einheit der Gesellschaft untergrabende Gefahr betrachtet wurden, wurden sie nicht auf die Tagesordnung gebracht. Anneke kritisierte im Juni 1848 ebenfalls, dass bei der Demokratischen Gesellschaft den Frauen der Zutritt verwehrt worden sei. Aus Annekes Protest ist zu schließen, dass Frauen im Gegensatz zur Demokratischen Gesellschaft im Arbeiterverein zugelassen waren (Mettele 1998, S. 317f.).

## **2. Arbeiterrepublik versus konstitutionelle Monarchie**

Die Rückberufung des Kronprinzen durch das Ministerium Camphausen verursachte laut Protokoll der Komiteesitzung des Kölner Arbeitervereins vom 15. Mai 1848 eine heftige Aufregung.<sup>188</sup> Einige, darunter auch Joseph Moll, sprachen sich gegen die Rückberufung des Kronprinzen aus. Moll habe auch „auf Unterzeichnung der Verwahrung“ bestanden. So vertrat

---

<sup>187</sup> Karl Bruhn (1803–1877), der zwischen 1824 und 1829 Jura studiert hatte und von 1829 bis 1834 preußischer Kanonier gewesen war, wurde um 1835 in Paris Mitglied des *Bundes der Geächteten*, für den er seit 1836 in Deutschland eine Anzahl örtlicher Gruppen schuf. Im Dezember 1841 wurde er in seiner Abwesenheit zum Tode verurteilt (BdK 2, S. 563). Er diente 1848 wie Willich als Oberst in der Truppe der Revolutionäre in Süddeutschland und beteiligte sich aktiv auch an der Septemberrevolution 1848 in Frankfurt am Main. Danach lebte er zeitweise unter anderem Namen in Hamburg, stand im Kontakt mit Weitling und spielte eine führende Rolle in den Arbeitervereinen (Wermuth/Stieber 1854, S. 32f.).

<sup>188</sup> Der Prinz von Preußen musste in den Märztagen nach England flüchten. Das Ministerium Camphausen bat in einem Schreiben an den König „um sofortige Rückkehr des Prinzen nach Berlin“ (Becker 1963, S. 53).

Moll hier vorübergehend eine ähnliche Position mit Marx/Engels, indem er nur die Rückberufung des Prinzen problematisiert, nicht jedoch ebenso Camphausen.<sup>189</sup>

Da die Versammlung auch Gottschalks Ansicht zu dieser Frage wissen wollte, machte dieser seinen politischen Standpunkt erneut klar (ZAV 1848, S. 39). Wer die Beseitigung der Monarchie entscheiden wolle, so Gottschalk, werde sich nicht mit der Verbannung einer untergeordneten Person begnügen, sondern er werde vielmehr die gänzliche Abschaffung des Königtums, er werde die Republik verkünden. Wer dagegen die Monarchie wolle, „die konstitutionelle Monarchie“, für den gebe es nur Minister, die er zur Rechenschaft ziehen könne. Gottschalk sei allerdings der Ansicht, „daß gegen das Ministerium Camphausen so Vieles vorliege, daß man unverweilt einen Akt der Anklage gegen dasselbe bringen müsse“:

Der Minister, der in der Dringlichkeit des Augenblickes die müßigen reden des Vereinigten Landtages veranlasste, der eine durch ein indirektes Wahlsystem verfälschte gesetzgebende Volksversammlung einzuschwärzen sucht, der die unveräußerlichen Rechte der freien Rede und der freien Presse beeinträchtigt, der unsern Mitbürgern in der Armee das Recht der Vereinigung und der gemeinsamen Beschwerde in Frage gestellt, der in diesem Falle so schneidend die Volksgefühle verletzt hat, gegen einen solchen Minister liegt Genügendes vor, um einen Anklageakt gegen ihn zu rechtfertigen (ebd., S. 39f.).

Gottschalk hielt die Maßregel des Protestes gegen die Rückberufung des Prinzen „für kleinlich, weil sie nur die Spitze des Systems umgeht, um eine untergeordnete Person derselben anzugreifen“. Denjenigen, die sich nur gegen die Rückberufung des Kronprinzen aussprachen, fehlen nach Gottschalk „Mut und Entschiedenheit“, die „konstitutionelle Monarchie“ und deren Grundlage, „die Erblichkeit des Thrones und die Heiligkeit der Staatsform in Frage“ zu stellen. Für Gottschalk war daher der Protest gegen die Rückberufung nur eine halbe Sache, weil dieser Protest an der Staatsform der Monarchie nicht rüttelt. So hielt er den Protest, der nur den „Prinzen als für die Vorfälle des 18./19. März allein verantwortlich“ machte, für „kleinlich“ (ebd., S. 40f.).

Gerhard Becker will Gottschalks Ansichten als eine vorbehaltlose Zustimmung zur Monarchie deuten (Becker 1963, S. 35). Doch es scheint eher das Gegenteil gemeint zu sein; hier kritisiert Gottschalk die Unterzeichner des Protestes wie u.a. Marx, Engels, Schapper und Moll dafür,

---

<sup>189</sup> Diese kurzweilige Unterstützung für die Bourgeoisie war für Moll und Schapper die „bitterste Enttäuschung“ (Fehling 1922, S. 70). Wie in dieser Arbeit zuvor ausführlich behandelt wurde, waren Marx/Engels der Ansicht, dass die Proletarier sich nicht für ihre eigenen Interessen einsetzen müssten. Sie müssten sich aber unter der Führung der Bourgeoisie mit einer „Konstitution nebst allgemeinem Stimmrecht, Assoziationsfreiheit, Pressefreiheit“ zufriedengeben (MEW 4, S. 202).

dass sie gegen den Prinzen und die absolute Monarchie als Staatsform nur protestieren, aber nicht deren Abschaffung und die Errichtung einer Republik verlangen und durchsetzen wollen. Da die Bereitschaft unter dem arbeitenden Volk wuchs, „der Revolution eine radikale Richtung zu geben“ (Herres 1998a, S. 71), forderte Gottschalk am 4. Juni in der Vereinszeitung öffentlich die Einführung der Arbeiterrepublik. Gegenüber den in Berlin und Frankfurt sich konstituierenden Versammlungen, die nur aus „Maulhelden“ zusammengesetzt seien, setzte er sich stark für die Verstärkung der Arbeitervereine ein, wo „Männer der That“ zusammenkamen, die für die Befreiung der „geknechteten Klasse“ ihre „Existenz zu opfern fähig“ wären. Er bezweckte, die „Vereinigung aller Arbeiter in ganz Deutschland“ herbeizuführen, um die arbeitenden Klassen und Besitzlosen zu einer großen, starken, in sich eng vereinigten Partei zu organisieren. Nur so könne diese Partei „alle Übergriffe der Reaktion abwehren“. Für Gottschalk war es wichtig, in den arbeitenden Klassen und Besitzlosen das Bewusstsein rege zu machen, dass diese „Wahrung ihrer Interessen nicht mehr irgendeinem bevorrechteten Stande“ überlassen dürften, dass sie vielmehr „durch den Sieg der Freiheit auch wirklich zur Teilnahme an der Gesetzgebung, mit einem Worte zur Leitung der ganzen Gesellschaft“ mitberufen sein müssten (ZAV 1848, S. 69):

Wir verlangen die Beteiligung des ganzen Volkes an Gesetzgebung und Verwaltung, wir verlangen eine Arbeiterrepublik, d. h. eine solche, in der es unmöglich für den Müßiggang bleibt, auf Kosten der Arbeit zu leben. [...] Wir verachten die Bestechungen, welche nur auf Kosten des Schweißes und des Blutes der Arbeiter möglich sind. Wir wollen keine Auszeichnungen, die uns zu Sklaven stempeln, wir wollen keine Ehrenstellen, die zur Ausbeutung des Volks bestimmt sind. Wir wollen frei sein und uns die Zustimmung des Volkes freimütig zu erwerben und nicht auf Schleichwegen widerrechtlich zu erhaschen suchen (ebd., S. 69f.).

Während Gottschalk die Versammlungen zu Berlin und zu Frankfurt nicht als die Vertreter der Interessen der arbeitenden Klassen und Besitzlosen betrachtete, besitze nach Marx das Volk „zur Vertretung seiner Rechte zwei Versammlungen“, nämlich „eine zu Berlin und eine zu Frankfurt“ (MEW 5, S. 166), wie er am 5. Juli 1848 ausgerechnet nach den Verhaftungen von Gottschalk, Anneke und anderen führenden Mitgliedern des Kölner Arbeitervereins in seiner *NRhZ* noch einmal kräftig unterstrich.

### **3. Standpunkt der deutschen Arbeiterführung zu den indirekten Wahlen**

Das deutsche Parlament in Frankfurt sollte nach dem Willen der Bourgeoisie die zukünftige Zentralgewalt Deutschlands bilden. Der Wahlmodus dafür war durch den Regierungsentwurf

des „Gesetz[es] über die Berufung der konstituierenden National-Versammlung“ als indirekte Wahlen festgelegt (Huber 1975, S. 583). Aus diesen Konzeptionen lässt sich leicht erkennen, dass der Wille des arbeitenden Volkes unterdrückt worden war. Ganz offen trat der Gegensatz zwischen Gottschalk und Marx in dieser Frage zutage, nämlich in der politischen Haltung zu den Wahlen der konstitutionell-monarchistischen Versammlung in Berlin und der Nationalversammlung in Frankfurt am Main.

Die Konflikte zwischen der revolutionären Führung des Kölner Arbeitervereins und Marx/Engels wurden wegen der Landtagswahlen in Preußen besonders heftig, wobei die Frage auftauchte, ob das Proletariat die Bourgeoisie unterstützen solle. Bei dieser Frage stellten sich Marx/Engels ganz auf die Seite der Bourgeoisie. Nach ihrer „Konzeption“ habe die Bourgeoisie in Deutschland einen revolutionären Charakter. Es liege im Interesse des deutschen Proletariats, die Bourgeoisie zu unterstützen. So traten im „Handeln“ und in der „politischen Tat“ zwischen dem Arbeiterverein und Marx/Engels mitten in der Revolution erneut unversöhnliche „Gegensätze“ hervor (Fehling 1922, S. 71),<sup>190</sup> die von Anfang an in den Verhältnissen der Führung der deutschen Arbeiterbewegung und von Marx/Engels innewohnten.

Schon in der zweiten Generalversammlung des Kölner Arbeitervereins vom 24. April 1848 sprach sich Gottschalk für eine direkte Wahl aus.<sup>191</sup> Dagegen sei jedes andere Wahlsystem schlecht, „weil es geradezu dem Volke die Beteiligung an der Gesetzgebung raubt“. Was die Minister dem Volk aufdrängen wollen, sei „jenes schändliche Wahlsystem, welches vor achtzehn Jahren die Engländer durch einen Volksaufstand entfernt haben“. Sollten die Minister „in ihrer Unkenntnis der Volksgesinnung auf der Durchführung des indirekten Wahlsystems beharren“ und sich anmaßen, so Gottschalk, „als gesetzgebender Körper des preußischen Volkes sich dazustellen“, so würde er die Tausenden, welche dem Arbeiterverein angehören, auffordern, mit ihm zusammen „gegen die rechtlichen Befugnisse einer Versammlung zu protestieren, die es wagen wollte, den Volkswillen so zu verfälschen und sich als Vertreterin desselben hinzustellen“. In der Komiteesitzung des Arbeitervereins vom 1. Mai, am Tage der

---

<sup>190</sup> Nach Gustav Mayer sei Gottschalk nicht in der Lage gewesen, seine „voluntaristischen Antriebe“ zu zügeln und sich „der sozialen Analyse“ unterzuordnen. Denn er fordere bei jeder sich bietenden Gelegenheit, dass die Arbeiter der bürgerlichen Klasse gegenüber ihre „Selbstständigkeit“ betonen müssten. So habe Gottschalk „mit allgemeinen politischen Richtlinien“ von Marx/Engels nichts zu tun und stehe „keineswegs auf dem Boden des Kommunistischen Manifests“ (Mayer 1934, S. 297).

<sup>191</sup> Gottschalk hielt an die 4.000 Stimmberechtigten des Arbeitervereins auf der zweiten Generalversammlung am 24. April eine Rede. Er berichtete dort, dass ein reicher Fabrikant seine Arbeiter auffordere, durch ihre Unterschrift sich gegen die direkte Volkswahl auszusprechen. Man bedrohe sie mit Entlassung, als sie sich weigerten, zu unterzeichnen (ZAV 1848, S. 9).

Urwahlen, kritisierte Gottschalk erneut die Demokratische Gesellschaft dafür, sie habe durch ihre Beteiligung die indirekten Wahlen legalisiert (ZAV 1848, S. 9f.).<sup>192</sup>

Die Kommunisten kämpften nicht nur in Köln, sondern auch in ganz Deutschland für das „direkte Wahlrecht“. Sie kämpften überall gegen das von Camphausen/Hansemann vorgelegte Wahlsystem, das keine direkten Wahlen garantierte und so das arbeitende Volk wie zuvor ohnmächtig lassen bezweckte. Gustav Adolph Schlöffel (1828–1849) organisierte in Berlin mit Hätzel und Lüchow eine Kampagne für das direkte Wahlrecht. Sie wollten die arbeitende Bevölkerung mobilisieren, um dem bürgerlichen Ministerium Camphausens „mit einer mächtigen Massendemonstration“ das direkte Wahlrecht abzutrotzen (Seidel-Höppner 2014, S. 1142). Die von der „communistisch-republikanischen Partei [...] geplante Demonstration von 70.000 Menschen“, so schrieb *Hamburger Jahreszeiten* im April 1848, „für direkte statt indirekte[r] Urwahlen“, scheine „mit der gleichzeitigen Aktion der badischen Republikaner“ abgestimmt gewesen zu sein, um die Republik zu proklamieren (ebd., S. 1662).

So fuhr auch Bakunin am 20. April 1848, nachdem er an den Versammlungen der Kölner Arbeiterverein teilgenommen hatte, von Köln nach Berlin. Er wurde jedoch unmittelbar nach seiner Ankunft in Berlin am 21. April 1848 von der Berliner Polizei festgenommen. Bei dieser Verhaftung spielte die Befürchtung bei den Behörden mit, er könnte eine Verbindung zwischen dem bewaffneten Kampf in Süddeutschland und den Berliner demokratischen Republikanern herstellen (Pfitzner 1931, S. 270). Die Demonstration scheiterte am Demonstrationsverbot der Regierung und Divergenzen im oppositionellen Lager. Als Gustav Schlöffel am 20. April 1848 trotz des Verbots eine große Massenkundgebung aufrief, um „das direkte Wahlrecht“ zu ertrotzen (Mehring 1897, S. 353), ließen sich zehn Komiteemitglieder, darunter auch Stephan Born, mit dem Schlöffel „in einem scharfen Gegensatz“ stand, wegen der „Drohung der Camphausen-Administration“ einschüchtern und verließen die Wahlkommission (Seidel-Höppner 2014, S. 1142). Am 21. April 1848 wurde Schlöffel als einer der Hauptorganisatoren der Massendemonstration verhaftet und am 10. Mai 1848 wegen „versuchten Aufruhrs“ zu sechs Monaten Zuchthaus verurteilt.<sup>193</sup>

Schlöffel, der im April 1848 in Berlin die Zeitung *Volksfreund* herausgab und dessen Exemplare teilweise „unentgeltlich“ an Arbeiter verteilte, forderte wie die Kölner Arbeiterführung den

---

<sup>192</sup> Bekanntlich votierte die Kölner Bourgeoisie für die indirekten Wahlen (Dowe 1970, S. 149).

<sup>193</sup> Als treuer Anhänger Weitlings war Schlöffel von der Universität Heidelberg wegen Verbreitung „aufrührerischer Schriften“ im Odenwald relegiert worden, und die Universität Berlin, wo er sein Studium fortsetzen wollte, hatte seine Immatrikulation verweigert. Doch er lebte bis zu seiner Verhaftung in Berlin so „ganz in der proletarischen Agitation“ (Mehring 1897, S. 353).

Kampf gegen „die Geldsäcke“. Entsprechend den Grundsätzen Weitlings kämpften Hätzel, Lüchow und Schlöffel in Berlin für „eine selbstständige Organisation der Arbeiter“ (ebd., S. 1105f.). Schlöffel rief in einer Arbeiterversammlung zur Einigung der Arbeiter, „zum Kampf gegen den Adel“ und ebenfalls „zum Kampf gegen die Bourgeoisie“ und gegen „die Macht der Geldsäcke“ auf (Wernicke 1978, S. 136). Er rief im *Volksfreund* „mit heftigen und kühnen Worten den Kampf aufs Messer“ (Mehring 1897, S. 353) zwischen „Geldsäcken“ und Besitzlosen. Schlöffel machte sich in Berlin, ganz im Sinne von Weitling „zu den Ärmsten der Armen niedersteigend“, zum „Wortführer der Arbeitslosen, der Notstandsarbeiter“, vor allem der mit „glühender Liebe“ an ihm hängenden „Rehberger“<sup>194</sup> und kämpfte „in der vordersten Reihe“ der revolutionären Bewegung. Stets drängte er „über die Grenzen des Erreichbaren hinaus“ (Friedensburg 1923, S. 53) und wurde „durch seine revolutionäre Tatkraft“ zum Arbeiterführer.

Schlöffel wurde jedoch von der Regierung Camphausens „kaltgestellt“. Ihm wurde vorgeworfen, dass er zu Gewalt gegen den damaligen Ministerpräsidenten Ludolf Camphausen aufgerufen und das Allgemeine Preußische Landrecht als „ureigene Frucht“ des „Polizeistaates“ und eines „spießbürgerlichen Untertanenbewusstseins“ bezeichnet hatte. (Hachtmann 2013, S. 32). Am 11. Mai wurde er „wegen eines äußerst scharfen“ Artikels gegen Ministerpräsident Camphausen zu einer sechsmonatigen Zuchthausstrafe in Magdeburg verurteilt (Mehring 1897, S. 353). Schlöffel floh drei Wochen vor Ablauf seiner Haft aus der Festung Magdeburg, beteiligte sich dann am Krieg in Baden und fiel im Juni 1849 an der Seite von Joseph Moll in einer Schlacht mit preußischen Soldaten (Wernicke 1999, S. 53ff.).

Karl Obermann bezeichnet Schlöffel zuerst als „eine[n] der mutigsten und ehrlichsten Kämpfer an der Seite des Proletariats“. Er sei jedoch, so bedauert dann Obermann, nicht von der „wissenschaftlichen Betrachtung der gesellschaftlichen Zusammenhänge“, sondern von „kleinbürgerlichen utopischen Vorstellungen“ ausgegangen (Obermann 1953, S. 166). Kurt Wernicke schreibt, dass Schlöffel „revolutionäre Tendenzen im Sinne des Gleichheitskommunismus von Babeuf“ hatte (Wernicke 1999, S. 53), um nicht zuzugeben, dass Schlöffel ein treuer Anhänger von Weitling war, der dessen politische Ideen verinnerlicht hatte und sie energisch in der von ihm herausgegebenen Zeitung *Volksfreund* propagierte. Es ist

---

<sup>194</sup> Nach Wilhelm Friedensburg waren unter der Bezeichnung von Rehberger die im Notstand arbeitenden beschäftigten Erwerbslosen zu verstehen (Friedensburg 1923, S. 53). Die Erwerbslosen, die Arbeiter ohne Arbeit, waren in den Augen von Stephan Born „ein Schandfleck des Arbeiterstandes“ (ebd., S. 78). Sie seien, ganz im Sinne des *Manifests* von Marx/Engels, die „passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft“ (MEW 4, S. 472). So schrieb Borns Blatt *das Volk* am 6. Juli 1848, der Pöbel, der der „Abschaum einer jeden Bevölkerung“ sei, müsse der Arbeiterorganisation mit aller Entschiedenheit ferngehalten werden (Das Volk 1848, S. 57f.).

richtig, dass Schlöffel im Gegensatz zu Marx/Engels und wie Weitling und die Führung der deutschen Arbeiterbewegung die revolutionären Tendenzen im Sinne des Gleichheitskommunismus von Babeuf verinnerlichte.

Auch Ottokar Weller<sup>195</sup> hatte in Leipzig mit seiner Zeitschrift *Volksfreund* ein „überaus mutiges journalistisches Unternehmen“, wo er, wie Gottschalk in Köln und wie Schlöffel in Berlin, als ein guter Schüler Weitlings „die ausbeuterische Rolle der Bourgeoisie“ entlarvte. Der immer wiederholte Appell an die Arbeiter, nur den eigenen Kräften zu vertrauen und jede bürgerliche Bevormundung abzulehnen, war „ein wesentliches Element“ Wellers Politik. Dies trat schon im März 1848 in der ersten Nummer Wellers Zeitschrift *Volksfreund* deutlich hervor:

[F]asset Mut, und werft die alte Genügsamkeit, das bloße Drohen von Euch bringt nichts [...] erhebt Euch! Zeigt den hohen Herren, was ihr seid, was ihr wollt! Schenkt euer Vertrauen, das seit Jahrtausenden Unwürdige mißbrauchten, euch selbst; hofft nicht von Anderen (Weber 1970, S. 55).

Weller schrieb für das Blatt des Kölner Arbeitervereins. In dem Artikel *Frankreichs neueste Revolution* vom 28. Mai 1848 verglich er u.a. die politische Lage in Deutschland mit Frankreich. Im Gegensatz zu Deutschland seien in Frankreich die ungeheuren Besitzungen an Wald, Ländereien, Schlössern der ganzen „Blutigelfamilie mit einem Schlage“ entrissen worden. Er kritisierte in seinem Artikel die „Geldritter“ wie folgt:

Das Volk hat eine neue Revolution mit Mut und Seelenstärke durchkämpft; es kann die Früchte dieser Revolution nicht in den Händen der Geldritter lassen, die sie zum zweiten Male noch geschickter auszubeuten müssten als 1830. [...] Die liberalen Maulhelden, [...] welche Tausende verzehren, während Tausende nichts haben, müssen zu nützlichen Menschen gemacht, oder, wollen sie das nicht, vernichtet werden. Auf jede Weise werden sie so wenigstens unschädlich. Sie alle sind unsere Feinde, gleichviel ob Anhänger des unumschränkten oder konstitutionellen Königtums (ZAV 1848, S. 55).

Die neue Revolution in Frankreich habe das Volk ans Ruder erhoben, und es sei einsichtsvoll genug, „um mit Energie alle seine Feinde, die Herren des Geldes, Könige und Bankiers, niederzuschmettern und ihnen das Raubhandwerk zu legen“. Das französische Volk habe für die Völker aller Länder gekämpft. Auch das deutsche Volk habe jetzt die wahre Regierung zu bilden, die keine Steuern, keine Polizei, keinen Zwang kenne. Das Volk müsse sich endlich selbst ernähren, „nachdem es so viele Jahrhunderte die zahllose Menge der privilegierten

---

<sup>195</sup> Weller, der „enge Beziehungen“ zu Weitling und Gottschalk hatte (Weber 1970, S. 98), lieferte 1849 mehrere Artikel unter dem Titel *Arbeiterfreundlichkeit* auch für Gottschalks Blatt *Freiheit Arbeit* (Hess 1959, S. 216f.).

Spitzbuben: Adel, Geistlichkeit und zuletzt die Mächtigen des Throns und der Börse hat ernähren müssen“. Am Ende seines Artikels betonte Weller, dass die arbeitenden Klassen „mit der Revolution“ ihr Recht einfordern und „es trotz aller Despoten des Himmels und der Erde“ erobern würden. Es ist höchst bemerkenswert, dass er seinen Artikel mit drei Leitsprüchen, die sich absolut gegen die Bourgeoisie richteten, beendet. Diese sind „Nieder mit der Geldherrschaft!“, „Es lebe die Freiheit!“ sowie „Kampf und Sieg!“ (ebd.).

Der Kölner Arbeiterverein gab Anfang Mai 1848, entsprechend der politischen Haltung der revolutionären Arbeiterführung in Deutschland, eine Erklärung ab, in der er den beiden bürgerlich/konstitutionellen Versammlungen, nämlich die Berliner und die Frankfurter Versammlungen, die Anerkennung verweigerte. Alle Arbeitervereine müssten in keiner Weise von den konstituierenden Versammlungen in Frankfurt und Berlin irgendwelche Notiz nehmen, da sie „nicht direkt aus dem Volke hervorgegangen“ seien. Der Aufruf, der von Präsidenten, Sekretären und dem „Comité des Arbeiter-Vereins“ unterzeichnet worden war, wurde von Gottschalk in der Sitzung vorgetragen. Er machte hier die bedeutende Feststellung, dass durch „die Erhebung des Volkes in den Hauptstädten“ jede „gesetzliche Macht in Frage“ gestellt worden sei. Man musste zu dem arbeitenden Volk, so Gottschalk, „nicht nur als Sieger, sondern auch als Urquell jeder Gesetzlichkeit“ zurückkehren, „um die Kraft für eine neue Gesetzgebung zu schöpfen“. Daher gebe es nur eine Volkswahl, nämlich die direkte Wahl, „die aus dem Volke unmittelbar, unverfälscht hervorgegangen“ sei (ebd., S. 19).

So verwahre sich der Arbeiterverein dagegen, dass irgendein Mann, der nicht in freier, offener Volksversammlung durch Stimmenmehrheit gewählt worden sei, sich den Namen und den Charakter eines Volksvertreters beilege. Der Arbeiterverein verwahre sich auch dagegen, dass eine Versammlung, die nicht in unmittelbarer Weise aus dem Volke hervorgegangen sei, sich den Charakter einer gesetzgebenden Volksversammlung beilege. Deren Beschlüsse werden als ungesetzliche betrachtet. Der Kölner Arbeiterverein erklärte sich dafür, dass er solche Missbräuche mit allen Mitteln entgegenwirken werden: „Wir sind vielleicht nur ein kleines Häuflein in einer großen verblendeten Menge. Mit uns sind aber Recht und Wahrheit; sie werden siegen“ (ebd.).

In dem schon erwähnten Aufruf *Was wir wollen* wurde das von der Bourgeoisie und der Krone angestrebte beschränkte Wahlrecht, das die arbeitenden Klassen davon ausschließt, ihre eigenen Vertreter zu wählen, ebenfalls kritisiert:

Da schwätzen sie von Parlament, daß das Volk, wir alle, wählen sollen, und wollen uns die 35 Fürsten oben dran stellen. Wenn wir einmal wählen, dann wählen wir nicht deshalb, daß die



Leute, die wir wählen, nichts zu sagen haben, sondern wir schicken deshalb unsere Vertreter, weil wir wissen, daß das Volk alles zu sagen hat, daß das Volk die Gesetze, nach denen es regiert sein will, selbst zu machen hat und es keine Vorschriften von einer Handvoll Leuten, die uns bis jetzt immer nur belogen und betrogen hat, haben will. Nein! Wenn wir ein Parlament zusammen wählen, so wollen wir keine Fürsten über uns, weil wir uns selbst regieren wollen und [...], weil sie unsere Blutsauger sind. [...] Darum Fort mit den Fürsten!!! (Anneke 1848, S. 31).

In dem Aufruf wurde die Demokratische Gesellschaft, die ihre Beteiligung an den indirekten Wahlen mit Ausreden zu rechtfertigen versuchte, ebenfalls kritisiert. Die Vertreter dieser Gesellschaft wollten die Arbeiter glauben machen, dass sie auch „das freieste Parlament“ bezwecken würden. Sie wollten „die 35 Fürsten nicht mehr“; sondern sie wollten „nur zum Schein einen Kaiser an der Spitze“. Doch die Arbeiter bräuchten „zum Schein“ nichts; was sie machten, „sei ohne Schein und ohne Lug und Trug“:

Wenn ihr uns zugesteht, daß wir unser Parlament selbst zu wählen haben, daß dieses Parlament alles zu sagen habe, weil es vom Volk und für das Volk ist, so müsst ihr uns auch zugestehen, daß ein „Hanswurst Kaiser“ oben dran unnütz ist. [...] Oder wollt ihr Euch vielleicht ein Hintertürchen offenlassen, daß ihr nach und nach die ganze Sauerei wieder hereinschleift, wie das die Herren 1831 in Paris getan? (ebd., S. 32).

In Paris seien damals „3000 der Bravsten“ in den Straßen für die Freiheit gefallen, und nichts habe es genützt, denn das Volk sei betrogen worden, und an seine Spitze habe man einen König gestellt. Der habe wiederum alles verpfuscht, sodass noch eine Revolution nötig geworden sei, die aber mit der Februarrevolution von 1848 „den ganzen Stall“ ausgeputzt habe (ebd., S. 32f.).

Auch der Londoner Arbeiterverein forderte in einem Schreiben vom 4. Juni 1848 an den Kölner Arbeiterverein, für die Verselbstständigung der arbeitenden Klassen zu kämpfen. Das Proletariat müsse „das herrschende Parthei im Staate werden und den alten gesellschaftlichen Zustand umstürzen“. Beide Arbeitervereine verwendeten in der Korrespondenz fast denselben Ausdruck „Sieg und die Herrschaft der arbeitenden Klassen“ (ZAV 1848, S. 83).

Während die deutsche Arbeiterführung die beiden monarchistisch/bürgerlichen Parlamente in Berlin und in Frankfurt als Vertreter des arbeitenden Volkes nicht anerkannte und ihnen keine „gesetzliche Gewalt“ zumaß, sprach Marx von der „revolutionäre[n] Natur der Nationalversammlung“ (MEW 5, S. 40) und unterstützte bei den indirekten Wahlen in Köln mit Leib und Seele die „rheinischen Führer der Bourgeoisie“, nämlich Camphausen und Hansemann, die Ende März 1848 mit Aristokraten das neue Ministerium bildeten, um, mit Mehring gesprochen, „die Früchte der Revolution unter Dach und Fach“ zu bringen. So

entstand das Gesetz vom 6. April 1848, dass „der Erlass aller Gesetze, die Feststellung des Etats und die Erhebung der Steuern von der Zustimmung der künftigen Volksvertreter“ abhängig seien, und das Gesetz vom 8. April, wonach durch das „indirekte Wahlrecht“ eine Versammlung gewählt werden solle, die „mit der Krone die künftige Staatsverfassung“ zu vereinbaren habe (Mehring 1963, S. 205f.).

Das Großbürgertum wurde von Marx/Engels „grundsätzlich als eigenständig handelnde Klasse und Partei“ (Herres/Melis 2016, S. 891) vorgegeben, dessen „augenblickliche Herrschaft“ in Preußen „eine notwendige Übergangsstufe zur Demokratie“ sei, wie Engels in der vierteiligen Artikelserie zur *Berliner Debatte über die Revolution* glauben machen wollte. Deutschland befinde sich „in einer revolutionären Bewegung“, in der die „Vereinbarungstheorie“, nämlich das Bündnis des Großbürgertums mit dem Adel, „die indirekten Wahlen“ und „die Herrschaft der großen Kapitalisten“ also „unvermeidliche Durchgangspunkte“ seien (MEW 5, S. 64ff.), solange der Vertreter des Großbürgertums Camphausen Ministerpräsident der preußischen Regierung sei. Erst nach dem Rücktritt Camphausens Ende Juni 1848 wurden „alle weiteren Wendungen der preußischen Politik“ in der *NRhZ* „als Weg in die Konterrevolution attackiert“ (Nippel 2018, S. 50).

#### **4. Gottschalks Ausschluss durch Marx aus dem Bund der Kommunisten**

Gottschalk hatte nach dem Arbeiteraufstand vom 3. März 1848 „eine Massenbewegung hinter sich“, die im Wesentlichen „einen sozialpolitischen und außerparlamentarischen Charakter besaß“ (Herres 1998a, S. 105). Seine politischen Aktivitäten unter „den niederen Schichten“ erregten bei der Bourgeoisie „Argwohn“ (Schraepler 1972, S. 249). Denn sie bestrebe einen Nationalstaat als bürgerlichen Klassenstaat auf Zeit, und bis dahin wollte sie ihn durch die monarchische Staatsspitze gegen „Exzesse der Arbeiter“ und gegen die „Gefahr einer Pöbelherrschaft“, die für Camphausen „am meisten zu fürchten“ war, absichern (RhBA II/1, S. 624). So beschwor der neue Ministerpräsident der königlichen Regierung Camphausen in einem Brief vom 1. April 1848 seiner Gattin, dass er „zur Rettung des Staates“ alles tun werde, was er vermöge (ebd., S. 700). Sein Bruder Otto dachte auch, dass das „Heil“ der Bourgeoisie „von der Kräftigung des Königtums“ abhängen (ebd., S. 718).

Wie die Bourgeoisie musste auch Marx mit „großer Sorge“ feststellen, dass Gottschalk den Arbeiterverein in eine Richtung führte, die die Bourgeoisie nicht als „Bündnispartner“, sondern als Gegner betrachtete und sie nicht unterstützen wollte (Schraepler 1972, S. 278). Gottschalk trieb Propaganda für ein selbstständiges Vorgehen der arbeitenden Klassen, war gegen ein „Hand-in-Hand-Gehen“ mit der „Geldaristokratie“ und lehnte daher die „Konzeption“ von

Marx entschieden ab, der den Arbeitern die Unterwerfung gegenüber der Bourgeoisie als die einzige und notwendige politische Taktik in der Revolution einzuimpfen versuchte. Daher sah sich Marx genötigt, gegen Gottschalk, der „der führende Vertreter einer gefährlichen linken Abweichung in der Arbeiterbewegung“ war (Obermann 1953, S. 271), Maßnahmen zu ergreifen. Da jedoch Gottschalk in Köln die Mehrheit der Arbeiter auf seine Seite zog (Silberner 1966, S. 285) und Marx gegen das „proletarische Charisma Gottschalks“ keine „Chance“ hatte (Schieder 1991, S. 47), musste er Gottschalk, dessen Anhängerzahl unter den arbeitenden Klassen ständig zunahm, ausschalten, um die arbeitenden Klassen der „Geldaristokratie“ unterzuordnen. Um dies zu erreichen, musste er die im Wege stehenden Gefahren wegräumen.

Laut Aussagen von Peter Gerhard Röser (1814-1865), die er am 30. Dezember 1853 während seiner Haft in der Berliner Strafanstalt Moabit machte, habe am 11. Mai 1848 eine Sitzung der Kölner Bundesgemeinde stattgefunden. Auf der Sitzung seien Marx, Engels, Gottschalk, Jansen, Barbier Bedorf, Schapper, Moll, Schuhmacher Müller und der Schneidergeselle Haude anwesend gewesen. Hier seien u.a. die Taktik und Strategie des Kampfes der Kommunisten bei den Wahlen festgelegt worden. Marx habe auf der Sitzung gegen Gottschalk „heftige Vorwürfe“ über „die Organisation des Arbeitervereins“ gemacht (Röser 1853; zit. nach Blumenberg 1964, S. 89). Er habe sich auch „entgegen den Wünschen“ der Sitzungsteilnehmer<sup>196</sup> für eine Beteiligung an den indirekten Wahlen zur preußischen Nationalversammlung ausgesprochen (Meyer 1951, S. 523) und die Beteiligung daran ebenfalls durch seine „diktatorische Vollmacht“ durchgesetzt (Fehling 1922, S. 72).

Gottschalk wurde in der von Heinrich Bürgers<sup>197</sup> geleiteten und von Joseph Moll protokollierten Sitzung durch Marx und seine Konsorten in die Enge getrieben:

Präsident Marx fragt Gottschalk, welches seine Meinung oder seinen Beschluß sei in Hinsicht des B[un]d[es]: welche Stellung er, Gottschalk, jetzt dem B[un]d gegenüber jetzt einzunehmen gedächte. Gottschalk erklärt seinen gegebenen Austritt zu wiederholen, da durch die Umwälzungen in den jetzigen Verhältnissen auch eine Umgestaltung der B[un]d[es]-Statuten

---

<sup>196</sup> Da Martin Hundt den *Bund der Kommunisten* auf Marx/Engels reduziert, behauptet er ohne jeglichen Grund, dass die führenden Bundesmitglieder sich für die bürgerliche „Wahlbeteiligung“, für den bürgerlichen „Parlamentarismus“ und für die „Ministerverantwortlichkeit“ eingesetzt hätten. Fakt ist jedoch, dass nicht die Mitglieder des *Bundes*, aber definitiv Marx/Engels „eine bürgerliche Gesellschaft“ bezweckten. Aus diesem Grund sind „viele Passagen“ des *Manifests*, wie auch Hundt selbst zugibt, mit dem „Lob des Kapitalismus befüllt“ (Hundt 1994, S. 501).

<sup>197</sup> Laut des Sitzungsprotokolls vom 11. Mai 1848 leitete Bürgers als Präsident die Sitzung. Sein Name taucht jedoch in Rösers Aussagen nirgendwo auf. Es bleibt hier die Frage offen, wie Bürgers auf einmal zum Präsidenten der Kölner Bundesgemeinde wurde (MEW 5, S. 484), denn es ist ja bekannt, dass nach Willichs Ausweisung Gottschalk der Leiter der Kölner Bundesgemeinde war.

verlangte und unter den bisherigen Statuten seine persönliche Freiheit gefährdet sei (MEW 5, S. 484).

Die „diskretionäre Gewalt“, die Marx, wie schon in der vorliegenden Arbeit behandelt wurde, ohne einen Kongressbeschluss sich selbst schenkte, hielt Gottschalk für statutenwidrig (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 167) und verweigerte daher die Anerkennung, da er wohl wusste, dass Marx durch seine „diskretionäre Gewalt“ die Kritik an seiner bourgeoisiefreundlichen Politik verhindern würde, solange er sie in der Hand hatte (Dowe 1970, S. 151). Um Gottschalk aus dem *Bund* auszuschließen, machte Marx in der Sitzung vom 11. Mai von seiner „diskretionäre[n] Gewalt“ Gebrauch.

Die gewaltsame Ausschaltung Gottschalks verrät auch Engels' Brief vom 29. Oktober 1889, den er mehr als vierzig Jahre später hinsichtlich Liebknechts Frage nach Gottschalk an ihn schrieb (MEW 37, S. 298). Engels schrieb hier mit voller Schadenfreude, dass Marx und er selbst auf der erwähnten Sitzung Gottschalk „ins Dilemma“ gestellt hatten, „entweder mit uns zu gehen oder gegen uns“ (ebd., S. 298). Gottschalk müsste entweder mit ihnen zusammen die Bourgeoisie unterstützen oder den *Bund* verlassen. Da Gottschalk sich nicht auf die Seite der Bourgeoisie stellte, machte Marx von seiner „diskretionäre[n] Gewalt“ Gebrauch und schloss ihn aus dem *Bund* aus.

Der Ausschluss Gottschalks aus dem *Bund* allein war jedoch für Marx keine endgültige Lösung, denn die große Mehrheit der Mitglieder der Kölner Bundesgemeinde, die gegen seine bourgeoisiefreundliche Politik eine scharfe Opposition führte, stand hinter Gottschalk. Die Kölner Bundesgemeinde war für Marx als Organisation „lästig“ geworden (Schraepler 1972, S. 266). So beschloss er auch die Auflösung der Kölner Bundesgemeinde, um den revolutionären Kommunisten in Köln „den Boden zu entziehen“ (Stedman Jones 2012, S. 26) und die Verselbständigungsbestrebungen der Arbeiter zu unterdrücken.

Hans Stein stellt fest, dass der Kölner Arbeiterverein eine Vorstufe zu dem „antimarxistischen Oppositionskern“ gewesen sei, der sich 1850 auch in London gegen Marx/Engels stellte:

Im Kölner Arbeiterverein saßen Männer vom Geiste Weitlingscher Proletariatsdiktatur, die Marxens kühl abwägender Geschichtsbetrachtung unfreundlich gegenüberstanden. Der Gründer selbst war beeinflusst von Blanqui, den er einmal den ‚edelsten, weil fähigsten Zeitgenossen‘ genannt hat.<sup>[198]</sup> Im Blanquismus und im Weitlingianertum gibt es gewisse gleich laufende

---

<sup>198</sup> In einer Verteidigungsschrift „An die Arbeiter Kölns und der Umgegend“ vom April 1849 (Stein 1921, S. 59).

Strömungen, die sich auf eine gemeinsame Wurzel, den Babouvismus zurückführen lassen (Stein 1921, S. 59).

In Köln fanden sich diese Richtungen zusammen und gaben dem Arbeiterverein ihren Charakter, der den Verein von der Bourgeoisie und von deren eifrigen Unterstützer Marx/Engels grundsätzlich trennte. Während der Revolution von 1848/1849 bildete der Kern der Kölner Bundesgemeinde den Schwerpunkt der revolutionären Opposition gegen Marx/Engels. Wie in dieser Arbeit zuvor behandelt wurde, führte der Kölner Arbeiterverein gegen die Bourgeoisie eine scharfe Kritik. Gottschalk und die Mitglieder der Kölner Bundesgemeinde, deren Einfluss in dem Arbeiterverein bis zu ihren Verhaftungen und Ausweisungen „durchaus bestimmend“ war, vertraten einen politischen Standpunkt, der, mit Czobel gesprochen, „grundverschieden von der von Marx befolgten Taktik war“ (Czobel 1928, S. 431). Gottschalk und seine Genossen kämpften gegen die Herrschaft der Bourgeoisie und setzten sich für eine Arbeiterrepublik ein. Sie suchten den Kölner Arbeiterverein von dem bürgerlichen Einfluss der unter Marxens Leitung stehenden Demokratischen Gesellschaft fernzuhalten, was ihnen bis zu ihren Verhaftungen und Ausweisungen auch gelang.

Trotz der Drohungen, Schlägereien (Reppen 1955, S. 246) und Ausschlüsse aus der Partei setzte sich im Arbeiterverein Gottschalks Meinung durch. Auf der Sitzung vom 14. Mai stellte sich die „bei Weitem überwiegende Mehrheit“ des Komitees auf den Standpunkt Gottschalks. So lehnte es die Mehrheit des Arbeitervereins ab, die Bourgeoisie bei Wahlen zu unterstützen, und boykottierte demgemäß die Wahlen. Es ist zu bemerken, dass Schapper und Moll, die nach ihrer Ankunft nach Köln umgehend in den Kölner Arbeiterverein eingetreten waren, gegen den Boykottbeschluss des Arbeitervereins nicht offen auftreten konnten (Dowe 1970, S. 151). Obwohl sie sich zeitweilig gegen den ganzen *Bund der Kommunisten* mit Marx und Engels verbündeten, wollten sie wohl bei den indirekten Wahlen die Bourgeoisie nicht unterstützen.

Nachdem Gottschalk wegen seiner Ablehnung der Unterstützung der Bourgeoisie von Marx zum Austritt aus dem *Bund der Kommunisten* gedrängt worden war, bemerkte er in der Komiteesitzung des Kölner Arbeitervereins vom 29. Mai 1848, dass man doch schnell einsehen gelernt habe, mit der Bourgeoisie noch gar nichts zu erreichen sei (ZAV 1848, S. 59). Es wäre „wahrlich überflüssig“, von den Versammlungen in Frankfurt und Berlin noch irgendetwas für Arbeiter zu erwarten. Die Arbeiter dürften sich „nur auf sich selbst“ verlassen:

Wenn das Volk Hungers stirbt, so ist es seine eigene Schuld, weil es noch nicht gelernt hat, sich zu vereinigen und seine Freunde von seinen verkappten Feinden zu unterscheiden, weil es sich noch mit Redensarten und Spielereien abfinden läßt. Erst wenn sich das Volk

zusammengescharrt haben wird, um keinem zu folgen, zu dem es nicht das vollste Vertrauen haben kann, erst wenn es seine Angelegenheiten selbst zu ordnen gelernt hat, erst dann wird es weder Hungernde noch Leidende in demselben geben (ebd., S. 60).

Gottschalk wies in der Versammlung des Kölner Arbeitervereins auch auf die Komiteesitzung vom 11. Mai hin, wo er mit Marx/Engels wegen ihrer Unterstützung für Camphausen bei den Maiwahlen 1848 in Konflikt geriet, da Gottschalk Camphausen für einen Mann „der Geldsäcke und der Reaktion“ hielt. Er machte in seiner Rede den politischen Standpunkt von Marx und sich selbst nochmals deutlich:

Als ich zu jener Zeit einige Redner des Tages darauf hinwies, daß sie sich mit den Arbeitern vereinigen müssten, weil das Ministerium Camphausen ein Ministerium der Geldsäcke und der Reaktion sei, antwortete man mir in ziemlich gelehrter Weise: ‚Die sociale Frage sei noch nicht an der Zeit.‘ Als ich an den indirekten Wahlen nicht teilnehmen wollte, sagte man, ich hätte einen politischen Fehler begangen, und jetzt wundert man sich und klagt darüber, daß das Ministerium Camphausen es gewagt hat, einen der Freiheit feindlichen Verfassungsentwurf der letzteren Versammlung zur Beratung vorzulegen (ebd.).

Wie die anderen revolutionären Kommunisten seiner Zeit lehnte Gottschalk das „Zusammengehen mit dem Bürgertum“ ab (Friedenthal 1981, S. 368) und führte „seine Agitation“ offen unter dem Banner „der Republik der Arbeit“ fort (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 164).

## **5. Auflösung der Zentralbehörde durch Marx' diktatorische Vollmacht**

Da Marx „bei der Verwirklichung seines politischen Konzeptes auf energischen Widerstand gerade von Mitgliedern des Kommunistenbundes stieß“ (Na'aman 1965, 18f.), löste er auch den übriggebliebenen Rest des *Bundes* in der zuvor erwähnten Sitzung vom 11. Mai 1848 auf, in der Gottschalk und die Kölner Bundesgemeinde ausgeschaltet wurden. Laut Rösers Aussagen wurde ebenfalls die Zentralbehörde, die etwa zwei Monaten zuvor noch von den Londonern und Brüssellern in Paris gebildet worden war, von Marx aufgelöst.<sup>199</sup> Nach Rösers Aussagen habe Marx gleich nach der Übersiedlung der Zentralbehörde des *Bundes der Kommunisten* von Paris nach Köln in einer eigens einberufenen Sitzung vom 11. Mai 1848 förmlich die Auflösung des illegalen *Bundes* beantragt. Da Schapper und Moll sich dem

---

<sup>199</sup> Auch, wenn Röser selbst an dieser Sitzung nicht teilnahm, da er zu diesem Zeitpunkt kein Mitglied des *Bundes* war, „müssen seine Aussagen doch im Kern als glaubhaft angesehen werden“ (Schieder 1991, S. 41). Denn er berief sich auf das Bundesmitglied Barbier Bedorf als Gewährsmann, der an der erwähnten Sitzung teilnahm. Insbesondere gewinnt der Verweis Rösers an Bedeutung, dass Marx sich dabei auf seine ominöse „diskretionäre Gewalt“ berufen habe. Denn es ist unmöglich, dass Röser diese ihm ungewöhnliche Diktaturermächtigung selbst erfindet (BdK 1, S. 968f.).

widersetzt hätten, „so habe Marx von seiner diskretionären Gewalt Gebrauch gemacht und den Bund aufgelöst“ (BdK 1, S. 968f.).

Es ist hier angemessen, auf die Auseinandersetzung der Historiker über die Glaubwürdigkeit Rösers Aussagen einen kurzen Blick zu werfen. Die Protokolle über das Verhör Rösers wurden zum ersten Mal von Boris Nicolaevsky im Preußischen Geheimen Staatsarchiv entdeckt und schon 1933 auszugsweise abgedruckt. Nicolaevsky und Maenchen-Helfen brachten im Anhang ihres Buches *Karl und Jenny Marx* etwa ein Drittel des Dokuments zum Abdruck. Das Buch wurde jedoch aus politischen Gründen sofort aus dem Handel gezogen. So wurde sein Inhalt kaum bekannt. So fand dieses wichtige Dokument lange Zeit keine Auswertung, obwohl sein Inhalt Fachhistorikern bekannt war.<sup>200</sup> Doch auf Grund seiner gründlichen Kenntnisse der Dokumente war Nicolaevsky schon 1933 davon überzeugt, dass „Rösers Angaben“ „in allen Punkten zuverlässig“ sind (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1933, S. 149). Denselben Standpunkt verteidigte Nicolaevsky 1956 auch in seinem Aufsatz *Toward a History of ,The Communist League‘, 1847–1852* (Nicolaevsky 1956, S. 234ff.).

Nicolaevsky verteidigte seine Position später ebenfalls (Nicolaevsky 1961, S. 210ff.). Das letzte Dokument der Zentralbehörde des *Bundes* im Revolutionsjahr 1848 war die *17 Forderungen der Kommunistischen Partei* von Ende März 1848. Dieses Dokument war in der Revolution von 1848/1849 das einzige Dokument, das mit den Unterschriften von Marx/Engels und Moll/Schapper im Druck erschien und blieb „their only public act“:

[T]o this day none has been found that could confirm the fact of the existence of the League as an organized entity or of its Central Committee, and certainly not after the middle of May, 1848. There are no resolutions, no declarations, no letters, no police reports, not even the smallest newspaper item referring to it. Neither is there any document showing the above-mentioned four members of the Central Committee taking a joint stand on any matter whatever (ebd., S. 221f.).

In der DDR-Geschichtsschreibung lösten Nicolaevskys Ansichten eine scharfe Auseinandersetzung aus. Auch der sowjetische Historiker Kandel hielt die Mitteilungen Rösers als die eines Verräters für unglaubwürdig und bezichtigte Nicolaevsky der Fälschung (Schraeppler 1972, S. 269). Röser war doch kein Verräter. Weitling schrieb 1852 in seiner Artikelserie über den Kölner Prozess, dass Röser zwar zugebe, Emissäre ausgesendet zu haben, er weigere sich jedoch, „außer Nothjung die Namen zu nennen“. So bemerkte Röser „auf die

---

<sup>200</sup> So erfolgten beispielsweise Hinweise bei Karl Obermann, der aber nur einige Angaben Rösers übernahm, ohne auf den Inhalt des Dokuments näher einzugehen. Obermann ist der Ansicht: „Zu wenig Beachtung gefunden hat bisher der Zigarrenarbeiter Röser“. Er habe „wesentlich dazu beigetragen, den Einfluss des Bundes der Kommunisten in der Arbeiterklasse zu verstärken“. Doch Obermann benutzt von dem reichen Material, das Rösers Aussagen bieten, nur einige Angaben. Dagegen ignoriert er viele wichtige Punkte (Obermann 1955, S. 47).

vom Präsidenten ausgesprochene Verwunderung, daß er sich mehrerer Punkte nicht mehr will erinnern können“ (RdA 1852, S. 371f.).

Auch die Veröffentlichung der Protokolle durch Werner Blumenberg im Jahr 1964 betätigt Weitling, dass Röser kein Verräter war. Röser sagte tatsächlich die Wahrheit, denn diese Aussagen wurden in den 1970er Jahren auch in der *BdK* veröffentlicht (BdK 1, S. 968ff; BdK 2, S. 449ff.). Es ist eine Tatsache, dass die große einschlägige Sammlung von Dokumenten über den *Bund* ab Mai 1848 in der Revolution von 1848/1849 keinerlei Aufzeichnungen über die Tätigkeit der Zentralbehörde des *Bundes* aufweist. Schon im Jahr 1885 schrieb Georg Adler, dass der *Bund der Kommunisten* „während der ganzen Revolutionszeit“ kein Zeichen von Leben hatte (Adler 1885, S. 212). Er schrieb nochmals an einer anderen Stelle seines Buches, dass die kommunistische Organisation sich „vollständig aufgelöst“ habe und auch die Bundesmitglieder „überallhin versprengt“ gewesen seien (ebd., S. 250). Engels las Adlers Buch und machte dabei 70 Notizen, erhob jedoch gegen Adlers Aussagen keinen Widerspruch. Er wusste wohl, dass es selbst Marx war, der in seiner Funktion als neu gewählter Präsident des Zentralkomitees des *Bundes* im Mai 1848 in Köln diesen Schritt beschloss (Stedman Jones 2012, S. 24f.).

Martin Hundt will die Auflösung der Zentralbehörde des *Bundes* als „Umstellung“ der gesamten Arbeit auf die *NRhZ*, „in die Vereine und in die demokratische Partei“ und als „ein absolut notwendiges und völlig legitimes Mittel proletarischer Emanzipation“ in der damaligen Zeit betrachten. Diese „Umstellung“ als Auflösung des *Bundes* zu bezeichnen, verrate nach Hundt „historisches Unverständnis“. Diese „Wende“ sei als „ein Lehrbeispiel politischer Kühnheit und revolutionärer Entschlusskraft in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung“ zu bewerten. Daher könne dieser „Schritt“ nicht als „Zeichen der Auflösung einer Organisation“ bewertet werden (Hundt 1993, S. 469). Der *Bund* sei in der Revolution trotzdem sogar durch „seine Mitglieder“ und durch „seine Auffassungen“ wirksam gewesen. Hundt behauptet, dass seine Einschätzung „genau den Tatsachen“ entspreche (Hundt 1987, S. 71), obwohl der „Zusammenhang“ der „Bundesorganisation“ irgendwie „verlorengegangen“ sei (Hundt 1993, S. 514).

Doch in der Wahrheit hatten Marx/Engels mit den wichtigsten Gemeinden des *Bundes*, wie u.a. Hamburg, Berlin, Paris, Schweiz, Amsterdam schon vor der Revolution, nämlich nach dem ersten Bundeskongress im Juni 1847, wegen der revolutionären Opposition gegen ihre bourgeoisiefreundliche Strategie die Verbindungen entweder abgebrochen oder stillgelegt, wie in dieser Arbeit zuvor behandelt wurde. Als Marx' Freund Wolff beispielsweise im April 1848



Hätzel in Berlin besuchte, so schrieb Wolff in einem Brief vom 18. April an die Zentralbehörde des *Bundes*, sagte Hätzel ihm offen, dass Berliner Bundesmitglieder von London „seit dem ersten Kongreßschreiben“, nämlich seit Juni 1847, „nichts mehr erhalten“ hatten (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 425).

Ausgerechnet zu der Revolutionszeit, in der alle Parteien und Gruppierungen in Deutschland volle Organisations- und Propagandamöglichkeiten hatten, löste Marx diesmal auch den übriggebliebenen Rest des *Bundes* und die Zentralbehörde auf, um ganz ungestört von revolutionären Kommunisten seine bourgeoisiefreundliche Politik den Arbeitern und Besitzlosen diktieren und sie zum Anhängsel der Bourgeoisie machen zu können.

## 6. Der erste Bruch zwischen Moll/Schapper und Marx

Laut Gerhard Rösers Aussagen über die bereits erwähnte Sitzung der Kölner Bundesgemeinde vom 11. Mai 1848 beantragte Marx auch die Auflösung der Zentralbehörde des *Bundes*, womit Schapper und Moll „aber nie einverstanden“ gewesen seien (Röser 1853; zit. nach Blumenberg 1964, S. 89).<sup>201</sup> „[A]fter a number of clashes with its ‚ultra-left‘ leaders“, zog Marx „in the first days of the revolution“ (Nicolaevsky 1956, S. 234) hier „kurzerhand eine längst abgelaufene Sondervollmacht aus der Tasche“ (Schieder 2018, S. 46f.), machte von seiner „diskretionären Gewalt“ Gebrauch (BdK 1, S. 969) und löste die Kölner Bundesgemeinde und die Zentralbehörde auf, die für Marx immer noch „schwer zu überblicken“ und zumal auch mit vielen Elementen „bestückt“ waren, die ihm „unzuverlässig“ und „widerspenstig“ zu sein schienen (Friedenthal 1981, S. 365).<sup>202</sup>

Die Auflösung bedeutete „einen groben Verstoß“ gegen die Statuten vom 8. Dezember 1847 (Schraeppler 1972, S. 270), die keinem Mitglied der Zentralbehörde das Recht einräumten, seine persönliche Machtstellung zur Auflösung der Zentralbehörde zu gebrauchen (MEW 4, S. 596ff.). Auch der selbstgeschenkte Beschluss vom 3. März 1848, der Marx „diskretionäre Vollmachten zur momentanen Zentralkommission aller Bundesangelegenheiten“ einräumte (Wermuth/Stieber 1853, S. 65), gab ihm keinesfalls die Erlaubnis zur Liquidierung der Kölner Bundesgemeinde und der Zentralbehörde. Doch sowohl Marx als auch Engels hatten sich „von

---

<sup>201</sup> Rösers Darstellung bekam Bestätigung auch durch die Aussage von Hätzel, den Moll Ende 1848 in Berlin kontaktierte, um den *Bund* zu reorganisieren (Wermuth/Stieber 1853, S. 52).

<sup>202</sup> Sofia Lewiowa bestreitet ganz und gar die Auflösung der Zentralbehörde und den Rest des übriggebliebenen *Bundes* und hält sie für „völlig unwahrscheinlich“ (Lewiowa 1980, S. 67). Sie kann jedoch den Grund der im Winter 1848 entstandenen Diskussion über Fragen der Organisation und Kampfziele des *Bundes* sowie den Beweggrund der Bildung einer neuen Zentralbehörde durch Moll Ende Oktober 1848 in London nicht erklären. Sie kann ebenfalls nicht erklären, warum Moll und Schapper die „Wiederherstellung der illegalen Bundesorganisation als dringende Aufgabe“ betrachteten (ebd., S. 68), wenn Marx, wie Lewiowa behauptet, die Zentralbehörde und die illegale Organisation der Kommunisten nicht aufgelöst haben sollte.

vornerein“ kaum an die Statuten gehalten. Statuten und Satzungen waren in ihren Augen „ohnehin kaum mehr zwar gelegentlich notwendiger, insgesamt aber lästiger bürokratischer Ballast“ (Schraepler 1972, S. 270).

Moll und Schapper wehrten sich „mit aller Entschiedenheit“ gegen die „Zerstörung ihres Lebenswerkes“ (Fehling 1922, S. 72). Zwei Monate später nach der Gründung der Zentralbehörde durch Moll/Schapper und Marx/Engels am 8. März 1848 in Paris kam es in der Sitzung vom 11. Mai 1848 wegen der Auflösung der Zentralbehörde durch Marx zu einem ersten Bruch zwischen ihnen. Mit Marx und Engels zu brechen, war wohl für Moll und Schapper „sehr schmerzhaft“ (Nicolaevsky 1961, S. 222f.); denn sie hatten die Verbindungen mit fast allen Bundesgemeinden u.a. in Paris, in der Schweiz, in Hamburg, in Berlin, unmittelbar vor der Revolution gebrochen, um mit diesen „Gelehrten“ den „Pfeiler“ des *Bundes* gegen „faules Fleisch“ (BdK 1, S. 582), nämlich gegen die revolutionäre Opposition, zu bilden, wie Schapper in einem zuvor erwähnten Brief vom 18. Oktober 1847 an Marx schrieb. Doch Moll und Schapper kamen immerhin aus der Tradition des alten *Bundes der Gerechtigkeit* und teilten jetzt mitten in der Revolution die bourgeoisierefreundliche Politik von Marx/Engels nicht mehr, die sie vor der Revolution vorübergehend unterstützten.

In einem Brief vom 18. Juni 1848 bewerteten deutsche Kommunisten in London die Niederlage der Chartisten vom 10. April 1848, indem sie bezeichnenderweise das Fehlen der durchgreifenden geheimen Propaganda einer Organisation als den Grund ihrer Niederlage feststellten (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 459).<sup>203</sup>

Durch die reaktionären Beschlüsse des Parlaments ist die Öffentlichkeit unpraktisch geworden. Durch die Resultate des zehnten April pp. (deren Folgen von manchen B[undes]-m[itgliedern] vorausgesehen wurden) haben unsere Brüder der [G]emeinde [L]ondon eingesehen, woran es fehlt. Eine durchgreifende geheime Propaganda kann dem Chartismus wieder auf die Beine helfen und die Massen fester ketten. Solange die Chartisten die äußere Bewegung durch inneren Zusammenhang nicht zu unterstützen suchen, ist kein durchgreifendes Resultat zu erwarten. Die geh[eime] Propaganda muß und wird hergestellt werden in kurzer Zeit (BdK 1, S. 806).

Wie dieses Dokument zeigt, hielt sogar die Londoner Bundesgemeinde nach der Niederlage der Chartisten im April 1848 in England, wo die kapitalistische Entwicklung im Vergleich zu

---

<sup>203</sup> Zur Niederschlagung der Chartisten-Demonstration vom 10. April 1848 schrieb der Zeitzeuge Lessner in seinen Erinnerungen, dass sich am 10. April 1848 Hunderttausende Arbeiter unter der Führung der Chartisten versammelten, um dem Parlament eine Petition selbst zu überreichen. An der Demonstration beteiligten sich auch die Mitglieder der Londoner Bundesgemeinde. Der Chartistenführer O’Conner riet auf der Demonstration von einem Massenzuge ab, da die Regierung bereit wäre, mit Waffengewalt entgegenzutreten. Durch diese „Abwiegung“ O’Connors verschwand die Einigkeit der Demonstranten, und dabei erschoss die Polizei mehrere Chartisten. So erlitten die Chartisten eine schwere Niederlage (Lessner 1975, S. 69f.).

Deutschland sehr hoch war, eine illegale Organisation und ihre illegale Propaganda für nötig. Die Londoner Bundesgemeinde sah nach der Niederlage der Chartisten im April 1848 in England, wo es Versammlungs-, Presse- und Organisationsfreiheit gab, eine illegale Organisation als notwendig an. Die Ansichten der Londoner Bundesgemeinde sind als Kritik an Marx' Auflösung der Zentralbehörde und des übriggebliebenen Restes des *Bundes* zu bewerten. Nicolaevsky sieht in den Kölner Konflikten generell zwei Hauptlinien, „die sich oft kreuzten, aber nicht verwechselt werden sollten“. Die erste Konfliktlinie bestehe zwischen der Zentralbehörde und der Kölner Bundesgemeinde unter Gottschalks Leitung:

In ideological and social-political content, the conflicts of this line were a continuation of the discussion that went on within the League of the Just in 1845–1846 over the political ideas of Weitling. [...] The Cologne ‚Community‘ of the League was dominated by People who, if not direct followers of Weitling, were nevertheless strongly influenced by his ideas (Nicolaevsky 1961, S. 222f.).

Die zweite Konfliktlinie bestehe zwischen den beiden Hauptfraktionen der Zentralbehörde des *Bundes*, nämlich Marx/Engels und Schapper/Moll. Nach dem Ausschluss Gottschalks und der Kölner Bundesgemeinde, die gegen die bourgeoisiefreundliche Politik von Marx/Engels im Vergleich zu Moll und Schapper eine wirkungsvolle revolutionäre Opposition führten, konnten Marx/Engels jetzt die isolierten Moll und Schapper zur Auflösung der Zentralbehörde erzwingen.

Marx verwaltete diese Konflikte hier sehr geschickt. Zuerst spielte er Moll und Schapper gegen Gottschalk und die Kölner Bundesgemeinde aus. So hatte er mit Hilfe von ihnen Gottschalk und die Kölner Bundesgemeinde ausgeschaltet. Schapper und Moll stimmten der Ausschaltung Gottschalks seitens Marx zu (Fehling 1922, S. 71). Danach waren Schapper und Moll zu Beginn ihres Bruches mit Marx sehr „isoliert“ (Nicolaevsky 1961, S. 222f.). Obwohl Schapper und Moll strikt gegen die Auflösung der Zentralbehörde waren, erklärte Marx sogar in der gleichen Sitzung nach der Ausschaltung Gottschalks und der Kölner Bundesgemeinde auch die Zentralbehörde für aufgelöst, da er auch Moll und Schapper für seine Pläne unzuverlässig hielt. Obwohl Marx selbst „zu allem fähig“ war, schrieb er in seinen Briefen an Engels, dass „Straubinger“, sprich deutsche Arbeiterkommunisten, „zu allem fähig“ seien (MEW 27, S. 351) und traue daher „keinem Straubinger“ (ebd., S. 357).

## **7. Marx' Rechtfertigungsversuche für die ‚Erlöschung‘ des Bundes**

Marx schrieb 1860 in Bezug auf den *Bund der Kommunisten*: „Während der Revolutionszeit in Deutschland erlosch seine Tätigkeit von selbst“ (MEW 14, S. 439f.). Hier verschwieg Marx

gänzlich seine alleinige Verantwortung für die Auflösung des *Bundes*. Denn der *Bund* „did not just dissolve of its own accord: it was dissolved by Marx“ (Noyes 1966, S. 119). Die „Tätigkeit“ der proletarischen Partei „erlosch“ nicht „von selbst“, wie Marx glauben machen will, sondern er brachte den *Bund* schon vor der Revolution durch mehrere geschickt geplante Manöver zum „Erliegen“ (Schraepler 1972, S. 267). Durch diese Eingriffe hörte der *Bund* faktisch schon vor der Revolution auf, ein organisatorisches Zentrum der Kommunisten zu sein. Es bildeten sich verschiedene Zentren, u.a. in London, Paris, Hamburg, und in der Schweiz (ebd., S. 271).

Die ‚Erlöschung‘ der „Tätigkeit“ des *Bundes* rechtfertigte Marx, indem er behauptete, dass „nun wirksamere Wege für die Geltendmachung seiner Zwecke offen[ge]standen“ hätten (MEW 14, S. 439f.). Auch nach Engels hörten „die Ursachen“ auf, „die den geheimen Bund notwendig gemacht hatten, hörte auch der geheime Bund auf, als solcher etwas zu bedeuten“ (MEW 21, S. 218).<sup>204</sup>

Doch die Existenz der illegalen Kaderpartei schließt keinesfalls die legale Massenorganisation aus. Es gehörte zur „Tradition“ der revolutionären französischen sowie deutschen Organisationen, politisch harmlose öffentliche Vereine zu gründen, in denen für die illegale Organisation Anfänger geworben werden konnten. Demgemäß waren die Mitglieder des *Bundes der Gerechtigkeit* in den 40er Jahren in öffentlichen Arbeitervereinen aktiv und gründeten ebenfalls illegale Gemeinden in Paris, Lyon, London und mehreren Orten der Schweiz und Deutschlands (Wernicke 1978, S. 63ff.). Denn unter den Bedingungen des revolutionären Kampfes bleibt den Kommunisten keine andere Möglichkeit, als beide Wege zu verfolgen. Die Auffassung der Kommunisten läuft darauf hinaus, einerseits die Massen zu offenem Kampf aufzurufen, andererseits sich in einer illegalen Organisation zusammenzuschließen, da sie ja von den Machträgern bekämpft, diffamiert und verfolgt werden. Marx/Engels, die die illegale revolutionäre Tätigkeit der Kommunisten als Verschwörung, Putschismus und kleinbürgerliches Abenteuerertum abstempelten, zeigten den Kommunisten nur den legalen parlamentarischen Weg. Daher besteht nicht nur in den Zielen, sondern auch in den Mitteln ein entscheidender Unterschied zwischen der Führung der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung und Marx/Engels.

---

<sup>204</sup> Born schreibt in einem Brief vom 11. Mai 1848 an Marx, da dieser vorher wohl wissen wolle, ob der *Bund* in Berlin noch bestehe, er könne darüber nichts berichten. Das Anerbieten, so Born, „für Deine Zeitung zu korrespondieren, nehme ich mit Dank an. Ich wünschte nur, Deinen Plan recht bald realisiert zu sehen“ (BdK 1, S. 784).

In der Ansprache, die nach der Revolution von dem reorganisierten *Bund der Kommunisten* im März 1850 in London veröffentlicht wurde, wurde in den Revolutionsjahren das plötzliche Verschwinden des *Bundes* aus der Weltfläche wie folgt kritisiert:

Zu gleicher Zeit wurde die frühere feste Organisation des Bundes bedeutend gelockert. Ein großer Teil der Mitglieder, in der revolutionären Bewegung direkt beteiligt, glaubte die Zeit der geheimen Gesellschaften vorüber und das öffentliche Wirken allein hinreichend. [...] Während die demokratische Partei, [...] sich in Deutschland immer mehr organisierte, verlor die Arbeiterpartei ihren einzigen festen Halt, blieb höchstens in einzelnen Lokalitäten zu lokalen Zwecken organisiert und geriet dadurch in der allgemeinen Bewegung vollständig unter die Herrschaft und Leitung der kleinbürgerlichen Demokraten (MEW 7, S. 244).

Die Märzansprache kritisierte, dass in der Revolutionszeit „die frühere feste Organisation des Bundes bedeutend gelockert“ wurde und dass er dadurch „vollständig unter die Herrschaft und Leitung“ der „Demokraten“ geriet. Fakt ist, dass Marx im Mai 1848 die Kölner Bundesgemeinde und die Zentralbehörde auflöste, nachdem er den größten Teil des *Bundes* schon vor der Revolution zum „Erliegen“ gebracht hatte. So glaubte Marx, dass er den Weg für seine bourgeoisiefreundliche Politik in der *Neuen Rheinischen Zeitung* frei machte.

#### **IV. Marx/Engels' Neue Rheinische Zeitung (NRhZ)**

Das Kapitel IV beschäftigt sich mit der in der Revolution von 1848/1849 von Marx herausgegebenen *Neuen Rheinischen Zeitung*. Zuerst werden die Konflikte zwischen Moses Hess und Karl Marx geschildert, da in Köln zwei voneinander völlig unabhängige Initiativen, nämlich einerseits von Hess, den die Bourgeoisie für gefährlich hielt, und andererseits von Marx, dem die Bourgeoisie ihr ganzes Vertrauen schenkte, für die Gründung einer Tageszeitung liefen. Die „Geldmänner“ wollten 1848, wie im Jahre 1842, ein „Organ der Demokratie“ zur Vertretung ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen schaffen. Die politische Tendenz, die Hess, Gottschalk und Anneke aus der Kölner Bundesgemeinde vertraten, war für sie unakzeptabel und gefährlich. Dagegen bekam Marx die notwendige Zustimmung des Großbürgertums und wurde am 26. Mai 1848 mit einem Jahresgehalt von 1.500 Talern zum Chefredakteur der *NRhZ* bestellt.

Die Behauptung von Marx/Engels, sie hätten in der Revolution von 1848/1849 durch die *NRhZ* die Führung der deutschen Arbeiter ausgeübt, wird in diesem Kapitel durch die Analyse der Artikel, die von Marx/Engels in der Revolution von 1848/1849 geschrieben wurden, und durch die Kritik der Kölner Kommunisten, die sie in der Zeitung des Kölner Arbeitervereins *Freiheit Arbeit* veröffentlichten, eindeutig widerlegt. Es wird gezeigt, dass Marx/Engels in der *NRhZ*

versuchten, die strategische und taktische Konzeption für die deutsche Bourgeoisie in allen innen- und außenpolitischen Fragen zu entwickeln. Es wurde hier ebenfalls nachgewiesen, dass sich die *NRhZ* in der Revolution von 1848/1849 als „Organ der Demokratie“ vom ersten Tage an für die entscheidenden politischen Ziele des Großbürgertums einsetzte, nämlich für den Krieg gegen Russland und für einen Unitärstaat in Großdeutschland, während sie gleichzeitig gegen Kommunisten und demokratische Republikaner, wie gegen Bakunin im Sommer 1848, falsche Meldungen verbreitete. Anschließend wird der Frage nachgegangen, ob die *NRhZ* „den Standpunkt des Proletariats“ vertritt oder ist sie „in den Händen eingefleischter Geldaristokraten“?

### **1. NRhZ als „Sprachrohr“ der Interessen der Bourgeoisie**

Unmittelbar nach den revolutionären Ereignissen vom 18./19. März 1848 in Berlin entstand in Köln bei Gottschalk und Anneke das Verlangen, die neue Pressefreiheit zugunsten der Arbeiter auszunutzen. In seinem Brief an Hess vom 26. März schrieb Gottschalk: „Vielleicht gelingt es hier, eine demokratische Zeitung auf Aktien zu begründen.“ Auch Anneke äußerte sich in ähnlichem Sinne (RhBA II/1, S. 662f.). Diese Mitteilung veranlasste Hess, sofort von Brüssel nach Köln zu reisen, um die Angelegenheit mit seinen Gesinnungsgenossen zu besprechen. Dagegen schrieb Georg Weerth fast zur gleichen Zeit, nämlich am 25. März 1848, an Marx, dass Marx' alte Freunde Daniels, Bürgers und D'Ester unabhängig von der Initiative Gottschalks von einer neuen Zeitung sprachen (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 414).

Die Unterzeichner riefen ihre Gesinnungsfreunde auf,<sup>205</sup> ihnen durch Subskriptionen die Mittel zur sofortigen Begründung einer Zeitung zu verschaffen, „deren Tendenz eine rein demokratische sein soll und welche zugleich die nicht mehr zu umgehende soziale Frage, d. h. die Frage über das Verhältnis von Kapital und Arbeit usw. nach ihrer ökonomischen und politischen Seite hin, jedoch keineswegs vom Standpunkt gewisser Theorien, Ideen, Prinzipien und Systeme, sondern lediglich vom praktischen Gesichtspunkte der gegebenen tatsächlichen Verhältnisse aus, gründlich erörtern wird“ (RhBA II/1, S. 703f.). So fand am Abend des 12. April 1848, gleich einen Tag nach der Ankunft von Marx/Engels in Köln, eine Versammlung zur Gründung der Zeitung statt, zu der Gottschalk, Heß und Anneke fünf Tage zuvor in einer Zeitungsanzeige aufgerufen hatten.

Auf dieser Versammlung kam es zwischen Hess und Marx zu einer Auseinandersetzung (Melis 2000, S. 25). Obwohl „deren konkreter Verlauf nicht überliefert ist“, ist es doch unschwer zu

---

<sup>205</sup> Am 7. April 1848 brachte die *Kölnische Zeitung* die von Hess, Anneke und Gottschalk unterzeichnete Anzeige: <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/periodical/zoom/8272041> (abgerufen am 21.11.2021).

vermuten, dass in Köln zwei voneinander völlig unabhängige Initiativen, nämlich einerseits als Vertreter des Kölner Arbeitervereins von Hess und andererseits als Vertreter der bürgerlichen Demokratischen Gesellschaft von Marx, für die Gründung einer Zeitung liefen. Hess und Marx hatten zwei grundverschiedene Ziele. Während Marx sich mit Leib und Seele für die Herrschaft der Bourgeoisie einsetzte, wollte Hess mit den „Geldaristokraten“ nichts zu tun haben, wie er schon 1841 klar ausdrückte (Mönke 1980, S. 85).

Nach dieser Auseinandersetzung informierte Marx' Anhänger Wilhelm Wolff am 18. April 1848 diesen, dass Hess, Anneke und Gottschalk den „Prospectus“ zu einer Zeitung erlassen hätten und „mit der Aufbringung der Aktien beschäftigt!!“ seien. Hess habe „wieder einmal schlaue operiert“, schrieb Wolff an Marx (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 422). Wolffs Aussagen bestätigen erneut, dass diese zwei Initiativen in Köln, nämlich die eine von Hess/Anneke/Gottschalk und die andere von Daniels/Bürgers/D'Ester, nämlich von Marx' speziellen Freunden, nicht nur unabhängig voneinander waren, sondern auch gegeneinander handelten.

Die „Geldmänner“ wollten 1848, wie im Jahre 1842, ein „Organ der Demokratie“ zur Vertretung ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen schaffen. Die politische Tendenz, die Hess, Gottschalk und Anneke aus der Kölner Bundesgemeinde vertraten, war für sie inakzeptabel. Die bekannten Persönlichkeiten der Bourgeoisie, die 1842 die ersten Aktionäre und Mitbegründer der *Rheinischen Zeitung* waren, übertrugen auch im April 1848 Heinrich Bürgers „die Sorge für die Redaktion, für das Engagement von Mitarbeitern und Korrespondenten“ (MEGA I/7, S. 813). Bürgers, der keinesfalls Kommunist war, schrieb später Folgendes: „Karl Marx begab sich von Paris nach Köln durch mich eingeladen, die Hauptredaktion der *Neuen Rheinischen Zeitung* zu übernehmen, nicht um die Zentralbehörde des Vereins der Kommunisten dorthin zu verlegen und eine kommunistische Revolution vorzubereiten“, wie es in Aufzeichnungen heißt, die Bürgers im Zusammenhang mit dem Kölner Kommunistenprozess von 1852 anfertigte (RhBA II/1, S. 705). Bürgers spielte sowohl bei der Initiierung des Zeitungsprojektes als auch bei der Vorbereitung der Herausgabe der *NRhZ* eine wichtige Rolle. Diese Darstellung wird auch durch einen Brief Heinrich Zulauffs vom 10. April 1848 an Hess gestützt, in dem dieser Hess fragte, ob es wahr sei, dass Bürgers das Unternehmen der Gründung einer *Rheinischen Zeitung* schon früher vorbereitet habe und schon nächstens damit hervortreten werde (Hess 1959, S. 184).

Die *Neue Rheinische Zeitung (NRhZ)* wurde von einer Reihe bürgerlich-liberaler und konstitutioneller Männer finanziert. Der größte Teil des Kapitals für die *NRhZ* kam von „wohlsituierten Geschäftsleuten und Freiberuflern“ (Sperber 2013, S. 230). Nicht nur

bürgerliche, sondern auch „konstitutionelle Gelder“ flossen in die *Neue Rheinische Zeitung* (Schraepfer 1972, S. 276f.). Marx schrieb selbst in einem Brief vom 11. September 1855 an Elsner, dass einige „sehr ‚konstitutionelle‘ Bürger“ Aktien für die *NRhZ* zahlten (Schwann 1959, S. 86). Es ist höchst merkwürdig, dass der Gesellschaftsvertrag der *NRhZ* „nicht überliefert“ ist. So ist „kaum etwas“ bekannt über die „Vollmachten“ und über die „Modalitäten der Geschäftsführung“ (Herres/Melis 2016, S. 884).

Da Moses Hess sich nicht auf die Seite der Bourgeoisie stellte, wurde er „ausgebootet“ (Nippel 2018, S. 47). Dagegen bekam Marx die notwendige Zustimmung des Großbürgertums und wurde am 26. Mai zum Chefredakteur der *NRhZ* bestellt. Engels schrieb darüber, dass Marx und er selbst „in 24 Stunden“ „das Terrain“ erobert hätten, (MEW 21, S. 18). Wie sie „das Terrain“ in Wirklichkeit erobert hatten, darauf gab Engels keinen Hinweis.<sup>206</sup>

Marx' Schwiegermutter Caroline von Westphalen schrieb dagegen in einem Brief vom 26. Juni 1848 an Werner von Veltheim, dass „Carls Geschäfte“ ihn „nach Cöln“ gerufen hätten, wo er „von Paris aus hin berufen war, um mit mehreren eine Zeitung“ herauszugeben. „Marx bekömt“ für seine „Geschäfte“, so Marx' Schwiegermutter, „jährlich fünfzehnhundert thaler“ und sei in den Revolutionsjahren sogar „auf 3 Jahre festgestellt“ (Gemkow 2008, S. 523). Dieses Jahresgehalt von 1.500 Talern war ein „Spitzengehalt, denn mehr als 400 Taler erzielten damals in Köln nur um 5% der Einwohner“. Ein Landesgerichtsrat erhielt ca. 1.000 Taler (Nippel 2018, S. 47f.). Mit 1.500 Talern entsprach Marx' Jahresgehalt „dem Gehalt eines Regierungsrats“ (Herres 2020, S. 129). Wie Nippel feststellte, baute „Marx [...] sich ausgerechnet im Revolutionsjahr mit der Zeitung eine bürgerliche Existenz“ auf, während ungefähr 30% der Kölner Bevölkerung auf den Unterstützungslisten für die Armen standen (Nippel 2018, S. 47f.).

So lebte Marx ausgerechnet in der Revolutionszeit von 1848/1849 auf großem Fuß. Er hielt Vorträge, schrieb Artikel und traf sich mit den Abgeordneten in der konstitutionellen preußischen Versammlung, blieb auf seinen Reisen nach Berlin und Wien in teuren Hotels und sammelte von der internationalen Bourgeoisie Geld für seine Zeitung (Raddatz 1975, S. 144).

In Köln widmeten sich Marx/Engels fast ausschließlich der publizistischen Unterstützung der bürgerlichen Politik. Am 1. Juni 1848 erschien die erste Ausgabe der *Neuen Rheinischen Zeitung* mit der Zustimmung der Kölner Bourgeoisie unter der Bedingung, dass die Zeitung

---

<sup>206</sup> Marx schreibt am 23. August 1848 an Friedrich Christian Hubert von Kühlwetter, dass er sich nach seiner Rückkehr nach Köln „im Monat April um das Bürgerrecht“ beworben habe. Der Stadtrat habe es ihm „ohne Anstand“ bewilligt (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 159), obwohl der damals von der preußischen Polizei erlassene Haftbefehl gegen ihn immer noch in Kraft war (Schraepfer 1972, S. 254). Er hatte das sicherlich den schützenden Händen der Bourgeoisie zu verdanken.



„im Sinne der deutschen Demokratie“ redigiert werden musste, welche die „Entscheidung über Monarchie oder Republik in Deutschland als offene Frage“ behandelte (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 168f.). Schon eine Woche nach Erscheinen des Blattes, am 8. Juni 1848, publizierte der Schöpfer der kapitalistischen Aktienwirtschaft Schaaffhausen zur Gründung der A. Schaaffhausen'schen Aktienbank in der Zeitung des angeblichen ‚Erfinders‘ des deutschen Kommunismus eine große Anzeige.<sup>207</sup>

Das Blatt richtete sich mit seiner „elaborierten Sprache, den zahlreichen historischen Vergleichen und literarischen Anspielungen“ (Nippel 2018, S. 51) an ein bürgerliches Leserpublikum und hatte dabei mit den Forderungen und Bedürfnissen der arbeitenden Klassen und Besitzlosen nicht im Geringsten zu tun (Schraepler 1972, S. 256). Dementsprechend brachte die *NRhZ* regelmäßig Börsenberichte aus den wichtigsten europäischen Hauptstädten, erwähnte dagegen ganz konsequent kaum die Kämpfe der Arbeiter und ihre Anstrengungen, sich eine selbstständige Organisation zu schaffen. Denn für die *NRhZ* war der Kampf nicht zwischen Besitzer und Besitzlosen, sondern zwischen „Zivilisation und Reaction“, zwischen der Bourgeoisie und dem Feudalismus, wie es in den Seiten des Blattes mehrmals ausgedrückt wurde (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 274).

Den Schwerpunkt der Berichte in der *NRhZ* bildeten Verhandlungen der Berliner und Frankfurter Versammlungen. Die Redaktion bewertete regelmäßig die stenographischen Sitzungsberichte dieser Versammlungen aus. Marx übernahm in seinem Blatt „die Rolle eines Kommentators“ (Schraepler 1972, S. 314). Im Mittelpunkt der Kommentare von Marx/Engels in der *NRhZ* standen Machtverhältnisse zwischen Aristokratie und Bourgeoisie (Melis 2000, S. 111). Sie übernahmen durch ihre Analyse der Machtverhältnisse und durch die Bewertung von politischen Sachverhalten gegenüber der „Feudalpartei“ die politische Beratung der Bourgeoisie. Dagegen beschimpften, verdächtigten und denunzierten sie in den Seiten der *NRhZ* demokratische Republikaner, Sozialisten und Kommunisten, die noch zu behandeln sind.

Die *NRhZ* war eine bürgerlich/politische Tageszeitung mit allen Merkmalen eines großen überregionalen Blattes. Jede Ausgabe der *NRhZ* enthielt ein Feuilleton und darüber hinaus Amtliche Nachrichten, Handelsnachrichten, Anzeigen von Heiratsgesuch, die Bekanntmachung der Versammlungen von Bürgervereinen und Gemeinderäte, Börsenkurse der Staatspapiere und Aktien, Zuschriften und Anzeigen.

---

<sup>207</sup> [http://www.deutschestextarchiv.de/book/view/nn\\_NRhZ008\\_1848?p=4](http://www.deutschestextarchiv.de/book/view/nn_NRhZ008_1848?p=4) (abgerufen am 28.08.2019).

Der „intellektuelle und akademische“ Sprachstil der Artikel und die zahlreichen Fremdwörter und „literarisch-historischen Anspielungen“ in den Artikeln verraten viel darüber (Sperber 2013, S. 234), wer die Leser dieser Zeitung waren und für wen sie herausgegeben wurde. Das Organ des Arbeitervereins zu Köln machte sich über die scholastische Sprache der *NRhZ* lustig und gab die Beurteilung, wie es in seiner 18. Nummer vom 23. Juli 1848 schrieb:

Und die Rheinische Zeitung? Votre Serviteur, Ihr Herren! Aber die Musik darin ist so hoch gesetzt, daß wir sie halt nicht pfeifen können. Die Neue Rheinische braucht einen Dolmetscher (ZAV 1848, S. 128).

Entsprechend dazu war die *NRhZ* viel zu teuer. Neben dem elaborierten Sprachstil verrät auch der Preis der Zeitung deutlich, auf welche Lesergruppe sie zielte. Der Abonnenten-Preis betrug für das Quartal in Köln 1 Taler, 15 Silbergroschen, für das übrige Preußen 2 Taler, 3 Silbergroschen, 9 Pfennig. Außerhalb Preußens kam noch der Portozuschlag hinzu. Ein Quartalabonnement entsprach damit etwa dem Wochenlohn eines Arbeiters. Im Vergleich dazu betrug das Vierteljahresabonnement der im Herbst 1848 erscheinenden demokratischen *Neuen Kölnischen Zeitung*, die von Fritz und Mathilde Anneke herausgegeben wurde, nur 22,5 Silbergroschen (Nippel 2018, S. 51).

## **2. Motto der NRhZ: Krieg gegen Russland für Unitärstaat in Großdeutschland**

Die Sehnsucht der deutschen Bourgeoisie nach einem mächtigen Großdeutschland wird durch die Protokolle des Frankfurter Parlaments klar bezeugt. In einer Ansprache, die den Charakter eines Vermächtnisses hatte, verkündete Georg Beseler<sup>208</sup> am 19. Mai 1848 in der Paulskirche, dass „das Bedürfnis nach Einheit“, dieses gleichzeitig das Bedürfnis „nach Macht und einer Weltstellung“ sei, im deutschen Volk viel stärker als zuvor geworden sei:

Meine Herren! Die deutsche Bewegung ist vorgedrungen bis an das Meer, und die Seeluft, meine Herren, welche von dort her weht, wird über dir deutschen Lande, eine Frische verbreiten und stärkend und belebend auf unsere Zustände einwirken. Meine Herren! Es ist das Bedürfnis nach Macht und einer Weltstellung, welches durchaus mit dem Streben nach Einheit verbunden ist und damit wir dieses erreichen, dürfen wir nicht bloß abstrakten Freiheitsbestrebungen nachjagen, sondern müssen auch als Nation zusammenhalten und handeln, daß wir auch in der Fremde geachtet sind, daß wir unsere Flagge geschützt hinsenden nach fremden Weltteilen. [...] [D]ieses Gefühl, dieses Streben nach Macht und nach einer Teilnahme an den großen Weltbegebenheiten, nach einer *selbstständigen* Teilnahme, sichert uns eine Zukunft in

---

<sup>208</sup> Georg Beseler (1809–1888) war ein deutscher Jurist, Hochschullehrer, preußischer Politiker, königlich preußischer Geheimer Justizrat und Mitglied des Preußischen Herrenhauses. In der Frankfurter Nationalversammlung war er ein führendes Mitglied im Verfassungsausschuss.

Deutschland, die, wenn sie eintritt, erst zeigen wird, welche ungeheuren Kräfte und Schätze in der Nation verborgen sind (Beseler 1849; zit. nach Wollstein 1977, S. 335).

Der Unitarismus war längst der Wunsch der deutschen Bourgeoisie. Sie hoffte 1848/1849 auf ein einiges Deutsches Reich und erstrebte auf Zeit einen Nationalstaat „abgesichert durch die monarchische Staatsspitze gegen sozialrevolutionäre Gefahren“ (Langewiesche 1980, S. 546f.). Die deutsche Bourgeoisie erstrebte ebenfalls, „eine territoriale Expansionspolitik zu betreiben“ (Droz 1983, S. 103). So wurde Russland bereits zu jener Zeit von der deutschen Bourgeoisie „als Hauptgegner“ bezeichnet (Wollstein 1977, S. 328). „Deutsche Macht wollten 1848 alle Seiten“ der Bourgeoisie (Pfitzner 1931, S. 205). Die Feindschaft gegen Russland und die Annahme, dass für Einheit und Freiheit ein Krieg gegen die östliche Großmacht notwendig sei, war allgemein. Der Kampfruf „Krieg gegen Russland“ war der Wunsch des deutschen Bürgertums (ebd., S. 235), um einen Unitärstaat in Großdeutschland zu bilden.

Dementsprechend befolgten auch Marx/Engels die politischen Hauptziele der Bourgeoisie, nämlich ein vereintes Großdeutschland und Krieg gegen Russland, und setzten ihre ganze Energie in der *NRhZ* für einen „hypergroßdeutschen Wirtschaftsraum“, basierend auf Deutschland, Preußen und Österreich, in dem die kapitalistische Entwicklung sich vollstrecken könnte (Conze/Groh 1966, S. 39f.). In der *NRhZ* machten Marx/Engels es sich zur Aufgabe, die deutsche Bourgeoisie über ihre wahren Interessen zu belehren, nämlich dass „nur der geeinte, große Wirtschaftsraum“ der „einzige, passende Boden für die kapitalistische Expansion angemessen“ sei (Na’aman 1965, S. 17f.).

Rückblickend schrieb Engels 1884, dass die Politik der *NRhZ* in der Revolution von 1848/1849 sich auf zwei Hauptziele konzentrierte: „eine einzige, unteilbare, demokratische deutsche Republik und Krieg gegen Russland.“ Diese Ziele hätten das „politische Programm“ der Zeitung gebildet (MEW 21, S. 19). Doch die Forderung nach einer „Republik“ (MEW 5, S. 3), die von Marx/Engels im April 1848 scheinheilig gestellt worden war, wurde schon eine Woche nach der Herausgabe der *NRhZ*, nämlich am 7. Juni 1848, in der *NRhZ* wieder zurückgenommen. Engels verschwieg im Jahre 1884, dass sie „das utopistische Verlangen“, nämlich die Forderung nach einer Republik, zurückgezogen hatten (ebd., S. 42). „Selbst nur vom bürgerlichen Standpunkt betrachtet“, schrieben Marx/Engels im Juni 1848 in der *NRhZ*, sei „die Einheit Deutschlands die erste Bedingung, um es aus der bisherigen Misere zu erretten und den Nationalreichtum zu erschaffen“. Sie garantierten einen Erfolg für das einheitliche Großdeutschland nur, wenn sich die deutschen Staaten gemeinsam zu einem Krieg gegen Russland bewegen würden. Die deutsche Einheit wie die deutsche Verfassung könnten nur als

Resultat aus einer Bewegung hervorgehen, worin ebenso sehr „die inneren Konflikte als der Krieg mit dem Osten zur Entscheidung“ getrieben werden (ebd., S. 42f.).

Gustav Landauer schrieb schon 1911, dass der Einheitswunsch schon seit 1815 „nichts weiter als eine Form der bourgeoisen Ausbeutung unter dem Schutz der Bajonette“ sei. Die politische Einheit in den Großstaaten sei die Herrschaft des Bürgertums. „Darum die Lust des Bourgeois am Einheitsstaat!“ (Landauer 1919, S. 26). Die Lust der Bourgeoisie am unitären Staat auf einem großen Territorium geht „durch jede Nummer“ der *NRhZ* bis zum Ende des Blattes im Mai 1849, wie Engels selbst schrieb (MEW 21, S. 22).

So schrieb Marx im Leitartikel der *NRhZ* vom 25. Juni 1848, „Deutschlands Einheit“ könne „nur aus der Zersplitterung der großen deutschen Monarchien“ hervorgehen. Die „Elemente zu dieser Einheit“ könnten auch nur im Krieg zusammenschmiedet werden. Er bezeichnete diesen Krieg bezeichnenderweise als den Krieg „der Zivilisation gegen die Barbarei“ (MEW 5, S. 105). Auch Engels wünschte sich in seinem Artikel vom 19. August 1848 sehr gerne einen Krieg gegen Russland. Er propagierte mit tiefster Leidenschaft, was der Krieg, den er gewünscht hätte, gewesen wäre:

Der Krieg mit Russland war der vollständige, offene und wirkliche Bruch mit unsrer ganzen schmachvollen Vergangenheit, war die wirkliche Befreiung und Vereinigung Deutschlands, war die Herstellung der Demokratie auf den Trümmern der Feudalität und des kurzen Herrschaftstraums der Bourgeoisie (ebd., S. 334).<sup>209</sup>

Erst in einem solchen Krieg, der die deutsche „Nation zur straffsten Zentralisierung ihrer Kräfte“ treiben würde (Mayer 1934, S. 308), erblickte Engels den vollständigen und wirklichen Bruch mit einer „schmachvollen Vergangenheit“ (MEW 5, S. 334), um ein Großdeutschland, in dem die kapitalistischen Verhältnisse sich zügellos entwickeln würden, zu bilden.

Deswegen wollten Marx/Engels keinerlei Kommunisten auf die politische Bühne Deutschlands zulassen, die das großdeutsche Konzept der Bourgeoisie gefährden könnten. So kämpften sie mit allen Mitteln gegen die Kommunisten, die dieses Konzept in Gefahr bringen könnten, wie etwa Weitling, Gottschalk und Willich. Bekanntlich warnte Weitling schon 1845 die Arbeiter vor nationalen Kriegen (BdK 1, S. 250f.). Auch Gottschalk fehlte das „nationale Moment ganz“ (Conze/Groh 1966, S. 39f.). Willich war ebenfalls gegen die „nationalen Fehden“

---

<sup>209</sup> In seinem Aufsatz *Marx und die Neue Rheinische Zeitung 1848-1849* behauptete Engels 1884, dass der Krieg gegen Russland von Marx und ihm selbst als ein „allgemeiner Krieg des revolutionären Europas“ gegen den Zarismus gesehen worden sei (MEW 21, S. 22). Doch in ihren zeitgenössischen Aufsätzen in der *NRhZ* ist von einem solchen europäischen Feldzug niemals die Rede, sondern im Allgemeinen nur von einem Krieg zwischen Deutschland und Russland (MEW 5, S. 202, 334, 335).

(Koszyk/Obermann 1975, S. 180f.). Dagegen waren Marx/Engels, mit Bakunin gesprochen, „ausgezeichnete deutsche Patrioten“ (Bakunin 1921, S. 69).<sup>210</sup>

Im Interesse der deutschen Bourgeoisie sprach Engels, den Krieg ausgesprochen rechtfertigend, ihm sogar eine Art Katharsis-Funktion zu, denn:

Nur der Krieg mit Rußland ist ein Krieg des revolutionären Deutschlands, ein Krieg, worin es die Sünden der Vergangenheit abwaschen, worin es sich ermannen, worin es seine eigenen Autokraten besiegen kann, worin es, wie einem die Ketten langer, träger Sklaverei abschüttelnden Volke geziert, die Propaganda der Zivilisation mit dem Opfer seiner Söhne erkauft und sich nach innen frei macht, indem es nach außen befreit (MEW 5, S. 202).

Marx/Engels gaben vor, dass ein „Krieg mit Russland“ unvermeidbar und gleichzeitig die einzig wirklich revolutionäre Unternehmung sei. Dies wiederholten sie immer wieder in Kommentaren und Leitartikeln. „Gelang es aber“, so Engels, „Deutschland zum Krieg mit Russland zu bringen, dann war es aus mit Habsburg und Hohenzollern, und die Revolution siegte auf der ganzen Linie“ (MEW 21, S. 22). Der Krieg musste um den nationalen Einheitsstaat willen geführt werden. „Der Zar wird die deutsche Revolution retten“, so schrieb auch Marx am 25. Juni 1848 im Leitartikel der *NRhZ*, „indem er sie zentralisieren wird“ (MEW 5, S. 79). Er sah im Abschlichten nationaler Kriege nur den Funken eines Großdeutschlands.

Dagegen vertritt Weitling den Gegenpol zu Marx/Engels. Er kritisierte schon 1842 nationale Kriege, für die Engels sich in der Revolution von 1848/1849 Tag für Tag in der *NRhZ* einsetzte. Weitling stellte scharfsinnig fest, dass Herrschende alle „Vorurteile und Leidenschaften“ der Arbeiter und Besitzlosen aufregen, um sie „im Namen der Vaterlandsliebe und der Nationalität zu einer willenlosen Maschine zu formen“. Sie ziehen „zu Hunderttausenden gegen den vermeintlichen fremden Feind, welcher auch nichts anderes ist als eine lebendige willenlose Maschine, aus Arbeitern bestehend, die man mit List und Gewalt vom Pflug und aus der Werkstatt gerissen, um mit ihnen ein blutiges Drama zu spielen“. Die „Beute des Sieges“ bei diesen Kriegen, stellte Weitling fest, teilen sich die Mächtigen, die Kriegskosten jedoch sind für das arbeitende Volk (Weitling 1842, S. 77f.).

Dem Nationalkrieg, für den Marx/Engels sich leidenschaftlich einsetzten, stellte sich Weitling entschieden entgegen und forderte Arbeiter und Besitzlosen stattdessen auf, diesen Krieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln. Während Marx/Engels in der Revolution von 1848/1849 tagtäglich

---

<sup>210</sup> Im Gegensatz zu Marx/Engels propagierte Born erstaunlicherweise in seiner Zeitung *Das Volk*, dass das Volk „niemals den Krieg“ wolle (Balser 1962, S. 50).

in ihrer *NRhZ* die deutsche Nation für den „Krieg gegen Russland“ hetzten, forderte Weitling das arbeitende Volk auf, die Waffen gegen ihre Unterdrücker zu richten:

[Früher] verteidigten die Völker das Land ihrer Väter selbst und brauchten keine Sklaven dazu, weil sie sich fürchteten, dieselben möchten die Waffen gegen ihre Unterdrücker kehren; heute haben sie es in der Kunst zu zähmen schon so weit gebracht, daß die Großen, Reichen und Mächtigen, wenn sie ein Interesse zu verfechten haben, ihre Herden Sklaven gegeneinander schicken und sich zu Hunderttausenden abwürgen lassen, ohne daß es denselben einfielen, einen nützlichen Gebrauch von den ihnen anvertrauten Waffen zu machen (ebd., S. 77).

Kristallklar enthüllt Weitling hier den nationalen Krieg, wie Joho feststellt, dass er „als Instrument im Interesse der Mächtigen der Erde“ ist. Er forderte hier, mit Joho gesprochen, „zur *Umwandlung des Krieges in den Bürgerkrieg* gegen die eigenen Mächtigen im eigenen Land“ auf. Weitling predigt hier „nicht Pazifismus, sondern Kampf um die Befreiung der großen Mehrzahl“ (Joho 1932, S. 54). Solange auf Erden die Ungerechtigkeit herrsche, sei nach Weitling der Krieg gegen sie notwendig; darum habe Jesus gesagt: „Ich bin nicht gekommen, Frieden zu senden, sondern das Schwert“ (Weitling 1842, S. 32).

Marx/Engels verdammten dagegen in ihren Hassartikeln gegen Russland das russische Volk. Als ein leidenschaftlicher Russen- und Slawenhasser predigte Engels in der *NRhZ*, dass „der Russenhass die erste revolutionäre Leidenschaft“ der Deutschen sei und dass sich die deutsche Bourgeoisie nur durch den Terrorismus gegen die slawischen Völker sicherstellen könnte. Er wollte unbedingt einen „Kampf, unerbittlichen Kampf auf Leben und Tod“ gegen Russland und das Slawentum und forderte zu einem „Vernichtungskampf und rücksichtslosen Terrorismus“ auf (MEW 6, S. 286), in dem Millionen Arbeiter im Interesse der bürgerlichen Herrschaft sterben könnten. Wie Marx/Engels waren zu jener Zeit fast alle Anhänger des nationalen Gedankens beseelt von einem „so [...] leidenschaftliche[n] Haß gegen die Slawen“ (Mommsen 1964, S. 117). Daher können sie vom Vorwurf des Rassismus nicht freigesprochen werden.

Engels verteidigte hier die Interessen des deutschen Bürgertums, „das sich in den slawischen Ländern der Monarchie ebenso zu Hause fühlte wie in Deutschland selbst, das die Städte dieser Länder bewohnte, ihre Industrie und ihr Handel beherrschte“. Das deutsche Großbürgertum wollte keinesfalls auf seine privilegierte Stellung in den slawischen Ländern der Monarchie verzichten. Ein „Verlust des ‚nationalen Besitzstandes‘ in den slawischen Provinzen schien diesem Bürgertum undenkbar“ (Rosdolsky 1964, S. 92). So bezeichnete Engels in seinem Artikel *Der magyarische Kampf* in der *NRhZ* vom 13. Januar 1849 die Südslawen in hochmütiger Verachtung als „Völkerabfälle“ und „Völkerruinen“ und sprach ihnen jede

historische Lebensberechtigung ab, da „ihre ganze Existenz“ in seinen Augen „überhaupt schon ein Protest gegen eine große geschichtliche Revolution“ sei (MEW 6, S. 172).

Er ließ seinen rassistischen Vorurteilen freien Lauf. „Der nächste Weltkrieg“ würde „ganze reaktionäre Völker vom Erdboden“ verschwinden machen. „Und das ist auch ein Fortschritt“ (ebd., S. 176). Engels plädierte in der *NRhZ*, mit Landauer gesprochen, „mit fanatischer Verbissenheit für die Unterdrückung der südslawischen Völker durch einen großen österreichischen Zentralstaat“ (Landauer 1911, S. 118). Von einer Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der unterdrückten Völker war Engels weit entfernt, wo es sich „um die Existenz, um die freie Entfaltung aller Ressourcen großer Nationen“, nämlich um die Klasseninteressen der deutschen Bourgeoisie handelt, dünkte es ihm absurd, aus bloßer „Sentimentalität“ (MEW 6, S. 276) auf die „kleinlichen Nationalborniertheiten“ Rücksicht zu nehmen (ebd., S. 171).<sup>211</sup>

Im Gegensatz zu Marx/Engels war Bakunin derjenige Revolutionäre, der im Dezember 1848 in Prag die Auflösung Preußens, Österreichs und des Osmanischen Reiches verlangte (Ball 1919, S. 196f.). In seiner Broschüre forderte Bakunin unter der Parole der demokratischen und sozialen Volksrevolution die allgemeine Völkerverbrüderung auf und rief die slawischen Völker zum Widerstand gegen den Zaren und das deutsch-preußische „knotogermanische“ Kaiserreich auf. Den „Geist und Inhalt“ der Broschüre fasst Bakunin wie folgt zusammen (Nettlau 1901, S. 9f.):

Trauet den nationalen Leidenschaften nicht, die man in euren Herzen zu beleben sucht, [...] um die Freiheit der Völker zu vernichten, indem man einen Bruderkrieg zwischen ihnen entfesselt. Man will die revolutionäre Solidarität zerbrechen, die sie vereinen soll, die ihre Kraft, ja die

---

<sup>211</sup> Nicht nur für slawische Völker, sondern auch für die einheimischen Völker Amerikas hatte Engels keine Sympathie. In seiner Polemik gegen Bakunin unterstützte er in der *NRhZ* vom 15. Januar 1849 ebenfalls den amerikanischen Besatzungskrieg, da Bakunin „den Amerikanern einen ‚Eroberungskrieg‘ zum Vorwurf“ mache. Nach Engels sei dieser Krieg „aber doch einzig und allein im Interesse der Zivilisation geführt“ worden. Er sah die Besetzung als Glück, dass „die energischen Yankees“ Kalifornien „den faulen Mexikanern entrissen“ hatten (MEW 6, S. 273). Ausgerechnet in den Revolutionsjahren von 1848/1849 wurde es von allen bürgerlichen Blättern bekannt gegeben und besonders hervorgehoben, dass die Goldvorkommen in Kalifornien wesentlich reicher seien als vermutet. So fand etwa Mitte 1848 ein starker Einwanderungsstrom u.a. aus Europa statt. Mit Vergnügen behandelte auch die *NRhZ* „oft, in Korrespondenzen und in Annoncen, die verschiedenen Reisemöglichkeiten nach Kalifornien“ (Hundt 1989, S. 217f.). In der *NRhZ* hielt das „Goldfieber“ bis Ende Februar 1849 an. Zwischen Mitte Januar und Mitte Februar 1849 erschienen noch mindestens zehn Korrespondenzen dazu, in der Beilage der *NRhZ* vom 31. Januar als einmaliger Fall sogar unter der Rubrik Kalifornien. Man bespreche nicht bloß „das Goldland“, man betaste es, man nehme es in die Hände. In Philadelphia sei „ein Goldklumpen 13 Pfund schwer“ angelangt, „der viele Neugierige zum Besuch reizt“. „Ein Kapitän Taylor, der eben zurückgekehrt ist, bringt 70.000 Dollars mit, die er in ein paar Wochen gesammelt.“ Die Kalifornische Quecksilber-Mine werde „fortwährend fleißig ausgebeutet“ und liefere „trotz des so hoch gestiegenen Arbeitslohnes noch ansehnlichen Profit“. In Kalifornien seien „auch Diamanten und Platin“ entdeckt worden. So würden die Einwanderer nur die Wahl haben, „welche Branche sie ausbeuten, oder ob sie in allen insgesamt sich versuchen wollen“ [http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn\\_NRhZ209b\\_1849.txt.xml](http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn_NRhZ209b_1849.txt.xml) (abgerufen am 28.08.2019).

Voraussetzung ihrer gleichzeitigen Befreiung ausmacht, man will sie zerbrechen, indem man im Namen eines engen Patriotismus sie gegeneinander aufhetzt. Reicht den Demokraten, den revolutionären Sozialisten Deutschlands, Ungarns, Italiens, Frankreichs die Hand; vereinigt euch aber in Herz und Tat mit ihren Opfern, den Völkern (Bakunin 1921, S. 92f.).

Marx/Engels kritisierten an Bakunins demokratischen Panslawismus in dem von Engels in beiden Namen verfassten Text *Der demokratische Panslawismus* in der *NRhZ* vom 15. Februar 1849, dass die Slawen „immer gerade die *Hauptwerkzeuge der Kontrerevolutionäre*“ (MEW 6, S. 280) seien, während „Franzosen, Deutsche, Italiener, Polen, Magyaren die Fahne der Revolution“ aufgepflanzt hätten. So teilt Engels in seiner Artikelserie die ganzen Völker Europas ein für alle Mal in „revolutionäre“ oder „kontrerevolutionäre“ Nationen ein (ebd., S. 281).

In Engels' Augen seien Slawen „geschichtlich gar nicht existierende ‚Nation‘“ (ebd., S. 275) und hätten „nie eine eigne Geschichte“ gehabt. Auch Kroaten seien „von Natur kontrerevolutionäre Nation“ (ebd., S. 279). Nachdem diese Völker ihre geschichtliche Chance vertan hatten, müssten sie von einer der großen historischen Nationen, wie die Deutschen, radikal assimiliert und kolonisiert werden. Somit müsste neben der wirtschaftlichen Zentralisation Deutschlands auch die politische erreicht werden (ebd., S. 279f.).

So wollte Engels in seiner bereits erwähnten Artikelserie die Leser davon glauben machen, dass die Slawen und die Russen die „kontrerevolutionärsten Nationen Europas“ seien (ebd., S. 286). Wenn aber die Slawen mit der expliziten Ausnahme Polens, da bei Marx/Engels ein „Pole und Revolutionär identische Worte geworden sind“ (ebd., S. 283), allesamt für Feinde der Revolution zu gelten hätten, dann müsse sich zum „Russenhaß“ auch „Tschechen- und Kroatenhaß“ gesellen und es könne nur Krieg als Mittel der Auseinandersetzung geben. Die „deutsche Nation“ könne gemeinsam mit Polen und Magyaren „nur durch den entschiedensten Terrorismus gegen diese slawischen Völker“ sich sicherstellen:

Wir wissen jetzt, wo die Feinde der Revolution konzentriert sind: in Rußland und den österreichischen Slawenländern; und keine Phrasen, keine Anweisungen auf eine unbestimmte demokratische Zukunft dieser Länder werden uns abhalten, unsere Feinde als Feinde zu behandeln [...]. Dann Kampf, „unerbittlichen Kampf auf Leben und Tod“ mit dem revolutionsverräterischen Slawentum; Vernichtungskampf und rücksichtslosen Terrorismus (ebd., S. 286).

In ihrer Zeitung gaben Marx/Engels in den Revolutionsjahren von 1848/1849 den Arbeitern und Besitzlosen keinesfalls Mut für ihre eigenen Interessen und gegen die herrschenden Klassen



zu kämpfen, sondern sie forderten diese in jedem entscheidenden Moment, „ruhig“ zu bleiben (MEW 5, S. 59). Dagegen verlangten sie von Arbeitern und Besitzlosen, mit Bakunin gesprochen, „im Namen eines engen Patriotismus“ (Bakunin 1921, S. 92f.), dass sie im Interesse der herrschenden Klassen einen „Vernichtungskampf und rücksichtslosen Terrorismus“ (MEW 6, S. 286) gegen die slawischen Völker führen sollten.<sup>212</sup>

### **3. Vertritt NRhZ „den Standpunkt des Proletariats“ oder ist sie „in den Händen eingefleischter Geldaristokraten“?**

Im Jahr 1848 widmeten Marx/Engels ihre ganze Energie der Herausgabe der *Neuen Rheinischen Zeitung (NRhZ)*, „die zu einem bedeutenden Sprachrohr“ (Herres 1998c, S. 272)<sup>213</sup> der Interessen der Bourgeoisie wurde. Die *NRhZ* war „wohl die entschiedenste Stimme“ (Koenen 2020, S. 186), die von Anfang an für „eine energische Diktatur“ der aus konstitutionellen bürgerlichen Liberalen und aus dem Adel gebildeten Regierung eintrat (MEW 5, S. 402). Marx/Engels rüsteten in der *NRhZ* die Vertreter der Bourgeoisie „mit den richtigen Losungen“ aus, um sie „vorwärtszutreiben“ und ihnen gegen ihre Feinde „Mut zu machen“ (Na’aman 1965, S. 17). Engels versuchte 1884 in seinem Artikel *Marx und die Neue Rheinische Zeitung 1848–1849*, dies zu rechtfertigen, indem er behauptete, dass das Proletariat in jenen Jahren „unentwickelt, herangewachsen in vollständiger geistiger Knechtung, unorganisiert und noch nicht einmal fähig zu selbständiger Organisation“ gewesen sei. Ein Auftreten mit der Propagierung des kommunistischen Programms käme dem Predigen „in der Wüste“ gleich und würde keinen Widerhall bei den Arbeitern finden (MEW 21, S. 17f.):

Damit war uns, als wir in Deutschland eine große Zeitung begründeten, die Fahne von selbst gegeben. Es konnte nur die der Demokratie sein (ebd., S. 18).<sup>214</sup>

Wenn sie sich nicht an die „Demokratie“ angeschlossen hätten, so rechtfertigte Engels die absolute Unterstützung der bürgerlichen Interessen in der *NRhZ*, „blieb uns nichts, als

---

<sup>212</sup> Engels’ Hass gegen slawische Völker war sogar 1882 immer noch lebendig. Er bewertete in seinem Brief vom 7. Februar 1882 an Kautsky die Belagerung und Unterwerfung der Region durch Imperien offensichtlich positiv und fragte sich selbst, ob er „gar keine Sympathien [...] für die kleinen slawischen Völker und Volkstrümmer“ habe, „die von den drei ins Slawentum eingetriebenen Keilen: dem deutschen, magyarischen und türkischen auseinandergesprengt sind?“ „In der Tat“ hatte er, so beantwortet Engels seine selbstgestellte Frage ganz aufrichtig, „verdammte wenig“ (MEW 35, S. 272).

<sup>213</sup> Karl Schapper erhielt von Marx die Aufforderung, die Stelle als „Korrektor“ der *NRhZ* „um 500 Taler jährlichen Gehalt“ anzunehmen. Es ist dabei anzumerken, dass Schapper später vor Gericht seine Arbeit bei der *NRhZ* nur „als berufliche Tätigkeit“ ansah. Dagegen bewertete er seine Arbeit im Kölner Arbeiterverein als politische Tätigkeit (Kuhnigk 1980, S. 154).

<sup>214</sup> Die *NRhZ* war nicht nur das Organ der deutschen „Demokratie“, sie war ebenfalls, wie sie in ihrer Auflage vom 19. Dezember 1848 selbst schrieb, das Organ „der europäischen Demokratie“ (MEW 6, S. 576). Aus diesem Grund informierte Marx die bürgerlichen Zeitungen Europas wie u.a. die *Debat social* in Brüssel und die *L’Alba* in Florenz unverzüglich über die bevorstehende Herausgabe der *Neuen Rheinischen Zeitung* und schlug vor, eine reguläre Verbindung miteinander herzustellen und Informationen auszutauschen (MEW 5, S. 566f.).

Kommunismus in einem kleinen Winkelblättchen dozieren und statt einer großen Aktionspartei eine kleine Sekte stiften“. Gleichzeitig stellte er in demselben Artikel die bodenlose Behauptung auf, die *NRhZ* sei das einzige Blatt gewesen, in dem die rheinischen Arbeiter ihre Interessen offen und entschieden vertreten sahen und keine andere deutsche Zeitung, weder vorher noch nachher, habe je die Macht und den Einfluss besessen, „so die proletarischen Massen zu elektrisieren“, wie die *NRhZ* (ebd., S. 18ff.).

Zuvor gab Engels die angeblich vollständige geistige Knechtung des Proletariats und seine Unfähigkeit zu selbständiger Organisation als Grund für ihren Anschluss an die Bourgeoisie in der Revolution von 1848/1849 an. Dann behauptete er gleichzeitig, dass dieses deutsche Proletariat „auf der politischen Bühne als äußerste demokratische Partei“ durch die *Neue Rheinische Zeitung* erscheine (ebd., S. 18).<sup>215</sup>

Engels behauptete weiter 1885 auch in seiner *Geschichte des Bundes der Kommunisten* einerseits, der *Bund* habe sich gegenüber der „losgebrochenen Bewegung der Volksmassen, als ein viel zu schwacher Hebel“ erwiesen, „ihre bisherigen Gemeinden“ hätten sich damit „größtenteils aufgelöst“ und so ginge „alle Fühlung“ mit dem *Bund* für sie verloren. Andererseits wurde von demselben Engels in denselben Zeilen ebenfalls behauptet, dass die Kommunisten in ganz Deutschland einen merklichen Einfluss ausgeübt hätten, indem sie eine große Tageszeitung, nämlich die *NRhZ*, herausgaben (ebd., S. 218).

Engels Aussagen drücken m.E. in vieler Hinsicht nicht die Realität der Zeit von 1848 aus. Denn erstens war der Entschluss von Marx/Engels, die Bourgeoisie zu unterstützen, keinesfalls erst nach der Revolution in Köln entstanden, da sie das Proletariat in Köln nach ihrer Ansicht „unentwickelt, herangewachsen in vollständiger geistiger Knechtung, unorganisiert und noch nicht einmal fähig zu selbständiger Organisation“ gefunden hätten,<sup>216</sup> und „die paar hundert

---

<sup>215</sup> Entgegen dokumentarisch belegter Tatsachen wiederholt die marxistische Geschichtsschreibung weiterhin bis zum Überdruß die Behauptungen von Engels. Demnach wären Marx/Engels, so Lewiowa, in ihren Artikeln in der *NRhZ* „immer von der Position proletarischer Revolutionäre“ ausgegangen, „wenn sie die strategischen und taktischen Aufgaben bestimmten, die Tagesereignisse beurteilten oder Losungen des revolutionären Kampfes aufstellten“. Die *NRhZ* sei die „erste selbstständige Tageszeitung des deutschen Proletariats“ gewesen (Lewiowa 1980, S. 73). Sie sei sogar „im Verlauf der Revolution zum Stab der proletarischen Partei“ geworden und hätte „faktisch die Funktion einer Zentralbehörde“ des *Bundes* ausgeübt (ebd., S. 59ff.). Auch Engelberg behauptet, die *NRhZ* sei in der Revolution von 1848/1849 ein „leitendes Organ“ der Bundesmitglieder gewesen (Engelberg 1978, S. 106). Becker will ebenfalls wissen, dass die *NRhZ* „die erste selbstständige Tageszeitung des deutschen Proletariats“ und „tatsächlich“ das legale demokratische „Massenorgan“ des *Bundes* gewesen sei. Daher sei das Blatt „das organische Zentrum der Kommunisten in Deutschland“ gewesen (Becker 1963, S. 25f.). Conze/Groh bewerten dagegen alle Versuche, die dem „Einfluss“ und der „Wirkung“ von Marx/Engels in der *NRhZ* „einen wesentlichen Beitrag zur deutschen Revolution von 1848/1849 zuzuschreiben“, als „gescheitert“ und daher „vollkommen verkannt“ (Conze/Groh 1966, S. 39).

<sup>216</sup> Im Gegensatz zu Engels Behauptungen belegen zahlreiche Studien über die deutsche Revolution von 1848/1849, dass „die Unterschicht in Deutschland“ zu keiner Zeit im 19. Jahrhundert „so in Bewegung geraten und so rebellisch“ geworden war „wie 1848“ (Conze 1954, S. 334).

vereinzelt Bundesmitglieder“ in der ungeheuren, „plötzlich in die Bewegung geschleuderten Masse“ verschwunden wären (ebd., S. 17ff.), sondern sie setzten sich, wie in dieser Arbeit zuvor ausführlich behandelt und analysiert wurde, von Anfang an für die Interessen und Bedürfnisse der Bourgeoisie ein. Der Entschluss von Marx/Engels, die Kommunisten und Arbeiter zur Unterstützung der Bourgeoisie zu zwingen, war keineswegs eine Änderung, nachdem die Konstituierung einer selbstständigen politischen Arbeiterorganisation scheiterte, sondern die Unterstützung der Bourgeoisie wurde von ihnen auch vor der Revolution als Bedingung des sogenannten „wissenschaftlichen“ Kommunismus vorgegeben. Die Kommunisten und Arbeiter müssten, so das *Manifest*, „gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie“ kämpfen (MEW 4, S. 492). Wenn die Bourgeoisie schon am „Ruder“ sei und ihre Herrschaft gegen ihre Feinde versichere, erst dann, so Engels, „würden wir, ihr gegenüber, die Opposition bilden“ (MEW 21, S. 22). Ihre Schriften vor der Revolution beweisen eindeutig, dass Marx/Engels in Deutschland von Anfang an „die Gründung der Bourgeoisie“ erzielten (MEW 6, S. 124).

Zweitens verschwanden „die paar hundert vereinzelt Bundesmitglieder“ nicht in der ungeheuren, „plötzlich in die Bewegung geschleuderten Masse“, sondern insbesondere Marx war derjenige, der ganz bewusst die unter seiner Macht stehenden Bundesmitglieder „atomisiert, unorganisiert, allein“ nach Deutschland schickte (Na’aman 1965, S. 14). Auch Engels war derjenige, der seine Angst vor den Selbstständigkeitsbestrebungen der Arbeiter offen ausdrückte. So schrieb er bekanntlich in einem Brief vom 25. April 1848 an Marx, nachdem die Kölner Bundesgemeinde den Kölner Arbeiteraufstand vom 3. März 1848 organisiert und den Kölner Arbeiterverein am 13. April 1848 gegründet hatte, dass die Arbeiter anfangen, „sich etwas zu regen, noch sehr roh, aber massenhaft“. Engels berichtete Marx ziemlich besorgt, dass die Arbeiter „sofort Koalitionen“ machten. Er wusste sehr gut, dass ihre „Koalitionen“ „aber [...] uns gerade im Wege“ stehen (MEW 27, S. 126).

Die *NRhZ* sei nach Engels, „das einzige Blatt, das innerhalb der damaligen demokratischen Bewegung den Standpunkt des Proletariats vertrat“ (MEW 19, S. 98).<sup>217</sup> Doch der redaktionellen Linie der *Neuen Rheinischen Zeitung* war von dem Kommunismus, von den Attacken auf die bürgerliche Klasse und von den Berichten über die sich organisierende Arbeiterbewegung eindeutig frei. Die Worte „Kommunismus“ oder „Kommunist“ kommen in

---

<sup>217</sup> Auch Engels’ Sekretär Kautsky wiederholt Engels, indem er behauptet, die *NRhZ* sei „das einzige Blatt Deutschlands“ gewesen, das „den kommunistischen Standpunkt“ im *Manifest* vertreten hätte (Kautsky 1965, S. 530). Kautsky verrät seinen Lesern den „kommunistischen Standpunkt“ der *NRhZ*, indem er den Abschnitt vom *Manifest* zitiert, in dem Marx/Engels die Unterstützung der Bourgeoisie durch den Kommunisten und Arbeiter und den gemeinsamen Kampf mit der bürgerlichen Klasse für nötig halten (MEW 4, S. 493).

der *NRhZ* „nicht ein einziges Mal“ vor (Raddatz 1975, S. 145f.). Dies stimmt ziemlich genau mit der politischen Positionierung von Marx/Engels überein, die stets behaupteten, dass die Arbeiter und Kommunisten der Bourgeoisie zur Macht verhelfen müssten. Im Gegensatz zu den revolutionären Kommunisten versuchten Marx/Engels in der Wirklichkeit eine aufsteigende, ausbeuterische, unterdrückerische, kolonialistische und daher noch gefährlichere Klasse, nämlich die Bourgeoisie, den arbeitenden Klassen als die „revolutionärste“ Klasse vorzuführen.

Marx/Engels propagierten in ihrer *NRhZ* getreu den Grundsätzen ihres *Manifests* das Zusammengehen mit der Bourgeoisie. So war das Blatt in Köln mit einer revolutionären Arbeiteropposition konfrontiert (Herres 2018, S. 112). Die *Zeitung des Arbeitervereins zu Köln* (ZAV) unter der Leitung Gottschalks, der selbst der revolutionären Linie Blanquis und Weitlings angehörte, übte an Max/Engels' Blatt eine scharfe Kritik aus. In dem Artikel *Die Welt ist voller Widersprüche* kritisierte die *Zeitung des Arbeitervereins* vom 11. Juni 1848 die *NRhZ*, die sich als ein *Organ der Demokratie* bezeichne, deren erstes Erscheinen jedoch schon „ein förmlicher Unterdrückungsakt des Proletariats und ein Verrath des Volkes“ sei (ZAV 1848, S. 80). Die Arbeiter müssten sich daher vor solchen „Demokraten“ hüten, die unter dem „Deckmantel der Volksfreundschaft auf die Ausbeutung der Arbeitskraft“ ausgingen, indem sie mit ihren eigenen Schriftsetzern Lohnschinderei treiben. Es sei widersprüchlich, dass die *NRhZ* sich als „Organ der Demokratie“ ankündigt, „während sie sich in den Händen eingefleischter Aristokraten, und zwar der gefährlichsten von Allen, der Geldaristokraten, befindet“. Die *NRhZ* trage daher „den pompösen Titel Organ der Demokratie“ nur „als Aushängeschild“. Denn ein Organ der Demokratie müsse „ganz besonders das Interesse des Arbeiters im Auge halten“, was die *NRhZ* anscheinend nicht tue (ebd., S. 79f.).

Die Leipziger Zeitung kommentierte am 6. Juni 1848 die Auseinandersetzung, die mit dem Erscheinen der *NRhZ* am 1. Juni 1848 zwischen den Schriftsetzern und Besitzern des Blattes zu Tage trat, genüsslich in seiner Extrabeilage wie folgt:

Sie [*NRhZ*] hatte schon am ersten Tage mit dem praktischen Socialismus der Setzer zu kämpfen. Diese wollten sich von den sieben Bourgeois nicht nach Gefallen exploitiren lassen und verlangten höheren Setzerlohn. Die Setzer sind alle in Gährung. Circulaire laufen von allen Enden ein. Sie haben an die hiesigen Druckereibesitzer ihre Forderungen gestellt.<sup>218</sup>

Die Kritik der Arbeiterzeitung traf die *NRhZ* zu einer Zeit, in der Marx/Engels ihre politische Stellung öffentlich darlegten, dass ihre Zeitung eine „mit Hilfe bürgerlicher Freunde und

---

<sup>218</sup> [https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10487144\\_00969\\_u001/1](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10487144_00969_u001/1) (abgerufen am 31. 08. 2019).

Gönner gegründete Zeitung“ war (Lichtheim 1969, S. 219). Der Historiker Rjazanov verheimlicht es auch nicht, dass es 1848 in Artikeln von Marx/Engels in der *NRhZ* nur um die Sachen der Bourgeoise und Bürokratie ging. Deswegen sei es vergeblich, dort die „Forderungen der Arbeiterklasse“ zu suchen (Rjazanov 1973, S. 78f.). Sogar Franz Mehring konnte sein Befremden nicht verbergen, als er 1902 die Artikel aus der *NRhZ* von 1848/1849 veröffentlichte. Er musste mit Entsetzen feststellen, „wie geringes Interesse“ die *NRhZ* „der damaligen deutschen Arbeiterbewegung“ geschenkt hatte. Trotz dieser Tatsache versuchte Mehring die Vertretung der Interessen der Bourgeoisie in der *NRhZ* (Mehring 1913, S. 81) mit der von Marx „abstrakt-philosophisch deduzierten“ und von Engels „in der Rückschau dogmatisierten These“ (Schieder 1965, S. 259) zu rechtfertigen. So sei 1848 die Unterstützung der Bourgeoisie, nicht aber der Aufbau einer proletarischen Organisation nötig gewesen (Mehring 1913, S. 82).

Die These, Marx/Engels hätten 1848 durch die *Neue Rheinische Zeitung* die Führung der deutschen Arbeiter ausgeübt, ist eine bloße Behauptung, die offensichtlich entweder nur von denen, die die Zeitung nie gelesen und Unkenntnis über die damalige Zeit gehabt hatten, oder von denen, die die Geschichte bewusst entstellen bezwecken, aufgestellt werden kann. Marx/Engels waren die politischen Ratgeber und Berater der Bourgeoisie. Sie entwickelten während der Revolution in der *NRhZ* die strategische und taktische Konzeption für die deutsche Bourgeoisie in allen innen- und außenpolitischen Fragen. Marx beriet beispielsweise Mitte November 1848 das Bürgertum in der *NRhZ*, als der Machtkonflikt zwischen dem Königtum und dem Bürgertum sich verschärfte: „Und wie besiegt man das Königtum in bürgerlicher Weise? Indem man es aushungert. Und wie hungert man es aus? Indem man die Steuern verweigert“ (MEW 6, S. 11). Als „Organ der Demokratie“ der deutschen Bourgeoisie konzentrierte sich das Blatt vom ersten Tage an auf die entscheidenden politischen Ziele des Großbürgertums und versuchte, für diese Ziele die Beihilfe der Arbeiter zu gewinnen. Auf der Seite der Bourgeoisie stehend behaupteten Marx/Engels in der *NRhZ* im Gegensatz zur Arbeiterführung, dass die „Reaktion“ nur von Bürokratie und Adel, von „der aristokratischen Partei“, der „Feudalpartei“, vom „absolutistischen Feudaladel“ (MEW 5, S. 64ff.), aber keinesfalls von der Bourgeoisie ausgehe.

„Wie leicht es in der Zeit“ ist, schreibt Gottschalk, „Fürsten und ihre Stützen zu kritisieren, beweist die Menge unserer *Rheinischen Zeitungen*“. Dabei habe aber Marx mit seiner „*Rheinischen Zeitung*“, mit seinem „ganzen persönlichen Auftreten nur Unfähigkeiten“ „geschützt, befördert“ und „in die revolutionäre Partei eingeschwärzt“ (FA 1849, S. 52).

## **V. Gottschalks Einheitsfrontversuch „gegen die Tyrannei der Großen“**

Das Kapitel V beschäftigt sich mit dem Einheitsfrontversuch des Kölner Arbeitervereins „gegen die Tyrannei der Großen“ im Zeitraum vom Frühsommer 1848. Es wird hier gezeigt, dass die Konflikte zwischen der Arbeiterführung und der Vertreter der Bourgeoisie nach dem Kölner Arbeiteraufstand vom 3. März verschärften. Das hatte zur Folge, dass die Bourgeoisie am 21. März 1848 die Bürgerwehr gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung in Köln gründete, während der Kölner Arbeiterverein unter Gottschalks Führung sich für die Abschaffung des stehenden Heeres und die allgemeine Volksbewaffnung einsetzte. Folgend werden Gottschalks Rolle in den Vorbereitungen für eine Einheitsfront der revolutionären Kräfte und seine Teilnahme am Frankfurter Demokraten- und Arbeiterkongress im Juni 1848 geschildert.

In diesem Kapitel wird ebenfalls gezeigt, dass Engels in dem hier behandelten entscheidenden Zeitraum vom Juni 1848 in seinen Schriften in der *NRhZ* arbeitenden Klassen und Besitzlosen keinesfalls Mut für den Kampf gegen die „Reaktion“ gab, sondern dass er ihnen mit der Gewalt des preußischen Militärs drohte und Gerüchte über dessen Stärke verbreitete, damit arbeitende Klassen und Besitzlosen „ruhig“ bleiben sollten. Durch die Analyse seiner Schriften in der *NRhZ* wird gezeigt, dass er die Arbeiter unaufhörlich vor einer Erhebung warnte, als das Misstrauen der Arbeiter sich gegen die bürgerliche Klasse in Köln breitmachte.

### **1. Arbeitervereins Forderung nach Waffen zum „Kampf gegen die Tyrannei“**

Der Kölner Arbeiterverein setzte sich entsprechend dem dritten Punkt der *Forderungen des Volkes*, die am 3. März 1848 auf dem Kölner Arbeiteraufstand gestellt worden war, für Abschaffung des stehenden Heeres und die allgemeine Volksbewaffnung ein. Diese Forderung des Kölner Arbeitervereins gab dem Kölner Festungskommandant schon am 3. April den Grund dafür, die Truppen nicht aus der Stadt zurückzuziehen (Dowe 1970, S. 163).

Bekanntlich wurde am 21. März in Köln eine Bürgerwehr gegründet, um die „gesetzliche [...] Freiheit, die Erhaltung des Friedens und der Eintracht unter allen Mitgliedern der bürgerlichen Gesellschaft und die Abwehr jeder Störung der öffentlichen Ordnung“ zu schützen (RhBA II/1, S. 612ff.). Die Bürgerwehr umfasste etwa 6.000 Männer in 28 Kompanien. Ihre Zusammensetzung war zum Teil heterogen; sie bestand aus Tagelöhnern, Handwerkern, „Gesindel“, Handwerksmeistern, Lehrern und Beamten. Auch das höhere besitzende Bürgertum zählten zu den Mitgliedern (Seyppel 1991, S. 191).

Die „Ordnung für die kölnische Bürgerwehr“, die bezeichnenderweise am 13. April 1848, am Tag der Gründungsversammlung des Kölner Arbeitervereins, vom Kölner

Regierungspräsidenten und Kommandanten Heinrich Wittgenstein erlassen wurde, betonte zwar das Recht eines jeden Kölner Bürgers, in die Bürgerwehr einzutreten. Nach der „Ordnung“ musste allerdings jede Kompanie „unter einem Bürgerhauptmann“ stehen. Es waren „vorwiegend Beamte und angesehene Kaufleute oder Fabrikanten“, die Ende März und Anfang April 1848 Bürgerwehrkompanien in den Stadtbezirken organisierten. Sie ließen sich als Bürgerhauptleute von den geworbenen Offizieren und Bürgerwehrleuten bestätigen. Die Ordnung war daher „das Instrument in der Hand des Kommandanten und der Bürgerhauptleute“ und bezweckte, „aus der Kölner Bürgerwehr eine Einrichtung der liberalen Bourgeoisie gegen die revolutionäre Volksbewegung“ zu machen (Obermann 1970, S. 144f.).

Dem Arbeiterverein gelang es immerhin, bei seiner Gründung am 13. April 1848 gleich seine 17 Bürgerwehrmänner aufzuweisen. Unverzüglich berichtete der Generalkommandant des VIII. Korps darüber, dass es in der Bürgerwehr „nicht an Wühlern“ fehle, „welche nur den günstigen Augenblick abwarten, um die ihnen verliehenen Waffen“ zu verwenden (RhBA II/2, S. 199). Doch der Kölner Arbeiterverein führte einen unbeirrten Kampf gegen die Diskriminierung seiner Mitglieder durch Hauptleute und Offiziere der Bürgerwehr (Obermann 1970, S. 146), wie beispielsweise in der 9. Kompanie, die, so der Zeitgenosse Hermann Becker, „teils aus ganz Reichen, teils aus ganz armen Leuten“ bestand, die sich „so schlecht miteinander vertrugen, dass es zu einer vollständigen Trennung“ kam (Kühn 1934, S. 52). Die Gegensätze in der 9. Kompanie, deren Führerstellen anfangs fast ausschließlich in der Hand des Bürgertums waren, führte bald zu Konflikten mit den Revolutionären, die später in der 9. Kompanie die Vorherrschaft gewannen. Als der „rote“ Republikaner Carl Wächter am 17. Mai 1848 die meisten Stimmen bei der Bürgerwehrwahl bekam, wurde er zum Hauptmann der 9. Kompanie (ebd., S. 56f.).

In der Komiteesitzung des Arbeitervereins vom 29. Mai 1848 wurde beschlossen, eine eigene Kompanie neben der Bürgerwehr zu errichten. Denn nach Gottschalk müsse das Volk sein Schicksal in seine eigenen Hände nehmen (ZAV 1848, S. 57). Die Forderung des Arbeitervereins nach Waffen war deshalb beliebt, weil die sogenannten „niedereren“ Volksklassen, sprich arbeitende Klassen und Besitzlose, faktisch von der Bewaffnung ausgeschlossen waren (Obermann 1953, S. 140). Gottschalk forderte dem Beschluss des Arbeitervereins entsprechend die Regierungspräsidenten auf, dem Arbeiterverein 6.000 Gewehre zu überlassen. Die staatlichen Behörden lehnten es aus Angst ab, den Arbeitern Waffen zu liefern (ZAV 1848, S. 69f.).

## 2. Gottschalks Vorbereitungen für eine Einheitsfront der revolutionären Kräfte

Nach seinem Ausschluss aus dem *Bund der Kommunisten* wandte sich Gottschalk am 19. Mai 1848 an alle Vereine, die für eine „sociale demokratische Republik“ kämpften, um Vorbereitungen auf einen Demokraten- und Arbeiterkongress zu treffen. Dieser Kongress sollte zur Bildung einer Einheitsfront als Gegenpol zum Bündnis von Adel und Großbürgertum dienen. So riefen die Marburger Vereine, die mit dem Kölner Arbeiterverein in Verbindung standen, am 30. Mai alle demokratischen Vereine, Arbeitervereine und Turnvereine zu einem Kongress am 14.–16. Juni in Frankfurt am Main auf. Gottschalk setzte sich stark für die Durchführung des geplanten Kongresses der Demokraten- und Arbeitervereine ein; denn er betrachtete ihn wohl als eine Dachorganisation und alternative „Bildung einer republikanischen Phalanx“ der revolutionären Kräfte (Stein 1921, S. 54ff.), die „mit den Waffen in der Hand“ vor allem im Südwesten Deutschlands unter der Führung von Willich, Hecker und Struve kämpften. Diese Dachorganisation könnte im Gegensatz zu den konstituierenden Versammlungen in Berlin und Frankfurt, die nur aus „Maulhelden“ zusammengesetzt waren, für Arbeiter etwas zustande bringen (ebd., S. 58). So wurde in den Komiteesitzungen des Kölner Arbeitervereins vom 10. und 11. Juni 1848 beschlossen, Gottschalk nach Frankfurt zu entsenden, damit er am Kongress, der vom 14. bis 16. Juni in Frankfurt stattfinden sollte, teilnehme. Auch die Vereinsmitglieder Anneke und Beckhausen begleiteten Gottschalk auf eigene Kosten (ZAV 1848, S. 83). Am Demokratenkongress beteiligten sich u.a. auch Karl Schapper und Joseph Moll.

Der Generalkommandant des VIII. Korps war durch seine Spione im Arbeiterverein über die Vorbereitungen „der Wühler“ gut informiert. Er berichtete am 9. Juni 1848 an seine Vorgesetzten Folgendes:

Ich bin überhaupt der Meinung, daß die Blicke der Wühler nach Frankfurt a. M. und Berlin gerichtet sind und in Köln die Bewegungen nach Maßgabe der Erfolge an jenen Orten in Gang gebracht werden sollen (RhBA II/2, S. 224).

Auch General Graf von Roon schrieb am 10. Juni 1848 an seine Gattin, dass in Köln und Aachen „die Umsturzpartei noch immer sehr rührig“ sei:

Wir haben die sichersten Anzeichen, daß zu Pfingsten oder kurz nachher, d.h. in den nächsten Tagen ein großer Schlag, ein Putsch im anarchistischen Sinne in allen großen Städten beabsichtigt wird, namentlich in Frankfurt und Köln. [...] Annecke und Gottschalk in Köln sowie ihre Spießgesellen in Aachen Düsseldorf usw. wollen gleichzeitig losbrechen, auch in Trier zieht sich wieder eine drohende Wolke zusammen. Dies Alles soll mit einem in Berlin



geführten Schlage gleichzeitig wirken, damit die Katastrophe allgemein und erfolgreich sei (Kühn 1934, S. 184).

Während Gottschalk und andere Delegierte sich auf den Weg zum Demokraten- und Arbeiterkongress in Frankfurt machten, erstattete der 2. Kommandant Oberst Engels am 11. Juni 1848 seinem Vorgesetzten den Bericht über die Aussagen von Gottschalk in der Arbeiterversammlung. Demnach habe Gottschalk, „nachdem die von Annecke beim Militär beantragten Gewehre“ abgeschlagen worden seien, von Wittgenstein<sup>219</sup> „6000 Gewehre für den Verein“ verlangt. „Man hoffe“, so soll Gottschalk gesagt haben, „daß diese Behörde ein Einsehen habe, und den Verein nicht zwingen, die Waffen mit Gewalt zu nehmen“ (ebd., S. 183). Oberst Engels berichtete auch, dass der Aufruhr in Köln über Nacht ausbrechen könne, da die „ständige Agitation die Gemüter in Bewegung“ halte. So müsse mit „Abfall eines Teils der Bürgerwehr und Übertritt zu den Aufständischen“ gerechnet werden. Die „Wühler“ rechneten damit, dass auch ein Teil des 25. Infanterie-Regiments auf ihrer Seite stehe (ebd., S. 197).

Auch vor Willich hatte die Bourgeoisie Angst, dass er mit seiner Arbeiterkompanie aus Besançon an den Rhein kommen und die Soldaten zum Abfall bewegen würde. Willich kritisierte in einem Brief vom 13. Juni an Annecke die bürgerliche *Demokratische Gesellschaft*, dass sie „nicht aus dem Volke, aus dem arbeitenden Volke“ ausgehe und deshalb „krank und schwächlich“ sei:

[D]er Handwerker und der Arbeiter allein sind noch gesund und tatkräftig, aber ermüdet sie nicht durch Hinhalten. Stellt das einfache: Was wir wollen? Hin, und dann dafür gekämpft. Nur durch die Waffe sind wir frei. Alles andere ist Überhäufung, alles andere ist Täuschung (Willich 1848; zit. nach Herres 1998a, S. 73).

Gerüchte über Waffenlieferungen an Gottschalk aus Lüttich und über Bezeichnungen der Plätze für den Bau von Barrikaden waren weit verbreitet. Gottschalks Stellvertreter Jansen soll in Gottschalks Auftrag die Frau von Gottfried Kinkel (1815–1882) in Bonn besucht und ihr gesagt haben, nur wer zu den Arbeitern halte, sei seines Lebens sicher, berichtete Gottfried Kinkels Frau Johanna Kinkel in einem Brief vom 11. Juni an seinen Mann (Dowe 1970, S. 164).<sup>220</sup> In diesen Tagen hatte die Bourgeoisie überall Angst, dass in den nächsten Tagen in Heidelberg,

---

<sup>219</sup> Der Regierungspräsident Heinrich Wittgenstein stand mit Marx im engsten Verkehr in Köln, als Marx 1842/1843 die *Rheinische Zeitung* redigierte (Kühn 1934, S. 88). Es ist zu vermuten, dass Marx auch 1848/1849 mit Wittgenstein im engsten Verkehr stand.

<sup>220</sup> Im Mai 1848 gründete Kinkel einen Bildungsverein zum „Schutz der Interessen des Handwerkerstandes und Hebung desselben in seiner materiellen und geistigen Stellung“ und übernahm die Redaktion eines demokratischen Presseorgans, der *Bonner Zeitung*. Schließlich begab er sich zu den Aufständischen in Baden, um „mit seiner Person, mit Leib und Leben“ für die Revolution bis zum Letzten einzustehen (Schraepfer 1972, S. 376f.).

Frankfurt am Main, Trier, Düsseldorf und auch in Köln die Republik proklamiert werden könnte, da in Köln sogar die Hälfte der Bürgerwehr für diese sei. Der Name der „Republik“ war der deutschen Bourgeoisie, wie Gottschalk im Gegensatz zum Weismachen von Marx/Engels schon gegen Ende März 1848 an Hess schrieb, „identisch mit Raub, Mord, Einfall der Russen“ (Hess 1959, S. 175f.).

### **3. Engels' Appell an Arbeiter für Demut und seine Horrorbilder**

Nicht nur der 2. Kommandant der Kölner Festung Oberst Friedrich Engels, sondern auch der Redakteur der *NRhZ* Friedrich Engels hatte Angst vor einem Arbeiteraufstand. So warnte der Redakteur Engels die Arbeiter in seinem Artikel *Köln in Gefahr* in der *NRhZ* vom 11. Juni 1848 vor einem Widerstand. Es ist bemerkenswert, dass Engels' Artikel an dem Tag veröffentlicht wurde, an dem die *Zeitung des Arbeitervereins* die *NRhZ* „ein förmlicher Unterdrückungsakt des Proletariats“ und „ein Verrat des Volkes“ benannte. Die *NRhZ* befinde sich „in den Händen eingefleischter Aristokraten, und zwar der gefährlichsten von Allen, der Geldaristokraten“ (ZAV 1848, S. 80).

Entsprechend der Benennung der Arbeiterzeitung forderte Engels in seinem Artikel von Arbeitern Demut gegenüber der „Reaktion“, da sie „einen großen Schlag“ vorbereite (MEW 5, S. 59). Als das Misstrauen der Arbeiter sich gegen die bürgerliche Klasse in Köln breitmachte, warnte Engels die Arbeiter unaufhörlich davor, dass eine Erhebung hirn- und zwecklos sowie unausführbar wäre. So zeichnete er in seinem Artikel ein unwahres Horrorbild, um die Arbeiter und Besitzlosen in Köln von einem Aufstand abzuhalten. Nach Engels sei es zwecklos, Widerstand zu leisten, da der Feind zu stark wäre. Auffallenderweise zählte er in seinem Artikel alle Waffen des Staates ziemlich detailliert bis zu Kugeln, um die Arbeiter entmutigen und dagegen den Staat als unbesiegbar darzustellen:

Die Kölner Forts sind vollständig armiert. Die Bettungen werden gestreckt, die Scharten geschnitten, die Geschütze sind da und werden aufgefahren. Jeden Tag von morgens 6 bis abends 6 Uhr wird gearbeitet. [...] Die Armierung der Ringmauer hat angefangen am Bayenturm und ist schon vorgerückt bis Bastion Nr. 6, das heißt bis zur Hälfte der Umwallung. Auf Abschnitt P. sind schon zwanzig Geschütze aufgefahren. [...] Sie brauchen nur umgedreht zu werden, um die Stadt zu beschießen. [...] Das Zeughaus, dem Regierungsgebäude gegenüber wird geräumt. Die Gewehre werden hübsch emballiert, sodaß es nicht auffällt und in die Forts gebracht. [...] Die Infanterie liegt schon teilweise in den Forts. Ganz Köln weiß, daß ihr vorgestern 5000 scharfe Patronen per Kompagnie ausgeteilt wurden (ebd., S. 60).

Für den „Fall eines Zusammenstoßes mit dem Volk“ seien nach Engels folgende Dispositionen getroffen:

Auf das erste Alarmzeichen rückt die 7. (Festungs-)Artilleriekompanie aus in die Forts. Die Batterie Nr. 37 rückt dann ebenfalls vor die Stadt. Diese Batterie ist schon vollständig ‚kriegsfeldmäßig‘ ausgerüstet. Die 5. und 8. Artilleriekompanie bleibt vorderhand in der Stadt. Diese Kompanien haben 20 Schuß in jedem Protzkasten. Die Husaren kommen von Deutz nach Köln herüber. Die Infanterie besetzt den Neumarkt, das Hahnentor und Ehrentor, um den Rückzug aller Truppen aus der Stadt zu decken, und wirft sich alsdann ebenfalls in die Forts (ebd., S. 61).

Engels fühlte sich verpflichtet, nochmals zu betonen, um seine bloßen Behauptungen, Erfindungen und Gerüchte glaubhaft zu machen, dass der *NRhZ* „diese Maßregeln“ angeblich „durch Briefe bestätigt“ worden seien. An einer „Überschwemmung“ der Rheinprovinz „mit Soldaten“ könne nicht gezweifelt werden, da die „Reaktion“ „einen allgemeinen großen Coup“ vorbereite (ebd.):

Der Ausbruch scheint hier in Köln auf den zweiten Pfingsttag festgesetzt zu sein. Das Gerücht wird geflissentlich verbreitet, daß es an diesem Tage ‚losgehen‘ werde. Man wird sich bemühen, einen kleinen Skandal hervorzurufen, um dann sofort die Truppen agieren zu lassen, die Stadt mit Beschießung zu bedrohen, die Bürgerwehr zu entwaffnen, die Hauptwähler einzusperren (ebd., S. 62).

Engels gehörte mit Sicherheit nicht den „Hauptwählern“ an und bedrohte deswegen die Arbeiter „ernstlich“ im Fall eines Arbeiteraufstandes mit der Gewalt des preußischen Militärs. Er hatte dabei nur Angst, dass die Bourgeoisie von einem Aufstand der Kölner Arbeiter Schaden bekommen könnte. Deswegen bat er die Arbeiter „dringend“ darum, „*die beiden Pfingsttage ganz besonders ruhig vorübergehen zu lassen*“ (ebd.).

Es ist selbstverständlich, dass die Herrschenden die Arbeiter und Besitzlosen nicht angreifen, solange diese sich gegen die Unterdrückungsverhältnisse nicht erheben und die Spielregel der Herrschenden akzeptieren. Die herrschenden Klassen greifen immer diejenigen an, die wagen, das von den herrschenden Klassen geregelte Spiel nicht mehr mitzuspielen und dagegen Widerstand zu leisten. Die Forderung des Arbeitervereins nach Waffen für Arbeitende Klassen und Besitzlosen war in Engels' Augen ein Verstoß gegen die Ordnung der Herrschenden. So drohte er in seinem Artikel ihnen, dass sie sich der Ordnung der Herrschenden fügen müssen. Wie Engels' Artikel zeigt, war das durchgängige „Charakteristikum der Artikel“ in der *NRhZ*, mit Raddatz gesprochen, „vielmehr zum Abwiegen revolutionärer Impulse als zum Aufwiegen der Massen“ zu bringen (Raddatz 1975, S. 146).

Die Revolution ist jedoch eine Zeitspanne, während der die alte Topik nicht mehr, die neue noch nicht feststeht. Revolution ist nämlich ein Weg „von einer relativen Stabilität über Chaos und Aufruhr“, in dem die arbeitenden Klassen und Besitzlosen Chance und Möglichkeiten zur Veränderung zugunsten ihrer Interessen haben könnten, zu einer anderen relativen Stabilität (Landauer 1907, S. 14). Genau in diesem entscheidenden „Knotenpunkt“ der Geschichte forderte Engels von den arbeitenden Klassen und Besitzlosen im Interesse der Herrschenden „Ruhe“ und „Besonnenheit“.

Der Zeitgenosse und Lehrer Alexander Günther, der mit dem Arbeiterverein sympathisierte, machte sich in der Zeitschrift *Jahreszeiten* über Engels' „Gerücht“ und über seine Warnung vor „Gesetzlosigkeit“ lustig (Günther 1848; zit. nach Herres 1998d, S. 83). Laut Günther wisse die *NRhZ* alles „genau“ zu berichten und ihre Leser auf den Pfingstmontag zur Ruhe zu gemahnen, weil, wie sie „bestimmt präsumieren zu dürfen glaube“, „das Fest zur Eröffnung des Tanzes“ wahrscheinlich anberaumt sei. Was das mutmaßlich von Engels selbst „in Aussicht gestellte Bombardement“ betrifft, hatte der Lehrer Günther „die Ehre, entschieden der entgegengesetzten Meinung zu sein“ (ebd., S. 84).

Günther scheint dabei Recht gehabt zu haben. Denn im Gegensatz zu den wissentlich verbreiteten Gerüchten von Engels, war das Heer in Köln zu schwach, z.T. auch aus Sicht der Herrschenden zu „unzuverlässig“, um Gewalt gegen das aufständische Volk durchzusetzen (Czobel 1925, S. 322). Laut Dieter Dowe lässt sich aus den Akten des 8. Armeekorps nachweisen, dass Oberst Engels am 11. Juni 1848 auf Befehl seiner Vorgesetzten den Soldaten Zurückhaltung vorschreiben ließe. Die Militärs wollten gerade in diesen Tagen im Gegensatz zu bloßen Behauptungen und Gerüchten von Engels „den Ausbruch von Unruhen vermeiden“. Den Truppen der Garnison in Köln wurde sogar der Besuch der am 12. Juni beginnenden Gereon- Kirmes verboten, „damit es hier keine Händel setzt“. Dazu sollten in den folgenden Tagen nur die „zuverlässige Unteroffiziere“ die bei Soldaten beliebtesten Wirtshäuser überwachen, so berichtete Oberst Engels am 11. Juni. Auch die Polizei hielt sich in diesen Tagen „merklich“ zurück (Dowe 1970, S. 164). Hansen stellt fest, dass „besonders die Reserven sich von der revolutionären Aufregung angesteckt zeigten“ (Hansen 1918, S. 101). Das war freilich „eine Folge der Propaganda des Kreises um Anneke und Willich“ (Stommel 1949, S. 80) und der mit ihnen „in Verbindung stehenden Offiziere“ (Czobel 1925, S. 323).

Gerade in diesen revolutionären Junitagen wurde es den Soldaten verboten, die Generalversammlungen des Arbeitervereins zu besuchen. Es ist an dieser Stelle vonnöten, den in der Vereinszeitung *ZAV* veröffentlichten Brief eines Soldaten, der die Versammlungen des

Arbeitervereins besuchte, ausführlich zu zitieren, da dieser zeigt, dass die Soldaten trotz des militärischen Verbots die Generalversammlungen dennoch besuchten. So schrieb einer von ihnen in der Vereinszeitung unter dem Pseudonym *Füselier Fürchtetichnicht* an die Soldaten in der Armee. Er stellte zuerst folgende Frage: „Warum durften wir, Soldaten, die Generalversammlung des Arbeiter-Vereins nicht besuchen, oder warum mußten wir von 3 bis 7 Uhr in der Kaserne bleiben?“ Gleich darauf beantwortete er selbst seine Frage wie folgt:

Weil Ihr dort gehört haben würdet: 1) daß alle Menschen gleichberechtigte Brüder sind; 2) daß ein Menschenmord ein Brudermord ist. Aber, werdet Ihr fragen: ‚Ist dies denn so gefährlich und schlimm, so steht's ja doch in der Bibel?‘ – Ei, freilich nicht, aber man fürchtet, Ihr könntet Euch Eures Christentums zur unrechten Zeit erinnern, etwa wenn der Herr [...] Oberst v. E[ngels] Euch beföhle, wehrlose und hungernde Arbeiter niederzuschießen, damit [...] der Herr Oberst General würde (ZAV 1848, S. 103).

Der Soldat *Füselier* nannte noch weitere Gründe für den Verbot des Besuches: Erstens würde es in der vom Arbeiterverein geforderten Republik nicht mehr das übliche Militär, sondern nur noch die Landwehr geben, die sich selbst ihre Offiziere wählen würde. Zweitens würden alle Diensttuenden mehr oder weniger das gleiche Gehalt bekommen. Drittens würden Steuern dann nicht mehr dazu benutzt werden,

um Ehrenzeichen, Orden, Waffenröcke, Helme und allerlei solchen kindischen und leeren Schnickschnack zu bezahlen, der noch keinen vor Hunger und Durst bewahrt hat, sondern um damit Erziehungshäuser zu gründen, worin alle Kinder und nicht bloß adlige Cadetten tüchtig erzogen werden können; und um damit Zufluchtsstätten für alte, schwache Arbeiter zu stiften, um damit Unterstützungskassen für alle Witwen und Waisen anzulegen, wie sie jetzt bloß für Offiziersweiber und ihre Fräulein bestehen (ebd.).

Der Soldat *Füselier* könne zwar gut verstehen, so schrieb er abschließend, dass Offiziere den Arbeiterverein ablehnten. Warum jedoch Unteroffiziere und Feldwebel, die es nach zwölfjährigem Dienst „höchstens zu einem Hundeposten auf der Chaussee oder im Arresthause oder auf der Post oder, wenn es hoch kommt, in einem Regierungsgebäude als Bote oder als Polizist bringen oder endlich mit allerhöchster Erlaubnis als Leiermann ohne Steuerabgabe durch das Land ziehen“, über „den Arbeiterverein, den Dr. Gottschalk und die Republik schimpfen“; dieses könnte und würde er nicht begreifen, „wenn es nicht mehr Dummköpfe als gescheite Leute in der Welt gäbe“ (ebd., S. 103f.).

Der Lehrer Alexander Günther berichtete am 22. Juni 1848 aus Köln, dass die staatlichen Repressionen gegen Soldaten und Offiziere im Militär, die den „politischen Club“, nämlich den

Arbeiterverein, besuchten, sie nicht davon abschreckten, „den Versammlungen beizuwohnen und sich an den Debatten zu beteiligen“, obwohl viele aus der Armee entlassen oder sogar verhaftet wurden (Günther 1848; zit. nach Herres 1998d, S. 87).

Da der 2. Kommandant Oberst Engels von der Existenz zahlreicher Soldaten wie „Füselier“ in der Armee wusste, schrieb er am 12. Juni 1848 an seinen Vorgesetzten über den Bericht von Redakteur Engels, dass eine „Menge“ von ihm angegebene „Data“ also „unrichtig und ungenau“ sind. Er fand aber selbstverständlich „vollkommen richtig“, dass Redakteur Engels die Arbeiter „flehentlich“ um Ruhe bat (RhBA II/2, S. 247). Der 2. Kommandant Engels berichtete am 14. Juni 1848 an seinen Vorgesetzten Korp weiter, dass die Ruhe in Köln nicht gestört sei, da „man die Rückkehr der Koryphäen der Wühlerpartei“, sprich Gottschalk und Anneke, von Frankfurt abwarten wolle. In Frankfurt sollen Gottschalk und Anneke „eine Zusammenkunft mit v. Willich“ haben, dessen Korps den Rhein herunterkommen solle, welches man bei Düsseldorf unterbringen wolle, bis man es brauche (ebd., S. 246f.).

#### **4. Gottschalks Rolle auf dem Frankfurter Demokraten- und Arbeiterkongress**

Am Demokraten- und Arbeiterkongress in Frankfurt nahmen insgesamt 234 Abgeordnete von Demokraten-, Arbeiter-, Turn- und ähnlichen Vereinen teil. Unter den 89 vertretenen Vereinen waren 19 Arbeitervereine. Weitlings Genosse Hermann Kriege, der von Marx 1846 aus dem *Bund* ausgeschlossen worden war, spielte auf dem Kongress eine bedeutende Rolle und wurde in den Zentralausschuss gewählt. Bei den Wahlen zum Zentralausschuss wurde Fritz Anneke als einer der Ersatzmänner für die Mitglieder Julius Fröbel und Hermann Kriege gewählt (Becker 1963, S. 73).

Eine der wichtigsten Persönlichkeiten des Kongresses war Gottschalk, „der mit der Schärfe“ seiner Ansichten „wesentlich dessen Verlauf prägte“ (Dowe 1970, S. 166ff.). Einer der Kongressteilnehmer verglich in seinen Memoiren Robespierre mit Gottschalk, der eine Disziplin wie Eisen und einen scharfen Verstand wie eine Guillotine habe (Schmidt 2002, S. 89). „Die Kaltblütigkeit, mit der er seine kommunistischen Ansichten als etwas Selbstverständliches in seine Auseinandersetzungen einflocht“, rief bei einem Kongressteilnehmer, einem Bankier, keine guten Gefühle hervor. Er urteilte später in seinen Erinnerungen über Gottschalk, dass „der herausfordernde kalte Diabolismus, den Gottschalk zur Schau trug, und der von der zu ihm gehörenden Gruppe als ein Parteisymbol aufgepflanzt wurde“, auf ihn „abstoßend“ wirkte (Dowe 1970, S. 167).

Gleich zu Anfang der Tagung beantragte Gottschalk „den Tendenzen des Arbeitervereins getreu“, dass der Kongress eine ablehnende Stellungnahme gegenüber den Parlamenten in Berlin und Frankfurt verabschiede (Stein 1921, S. 50f.). Der Kongress solle erklären, dass bisher „keine gesetzliche Gewalt in Deutschland“ bestehe. Er fand jedoch bei den Teilnehmern des Kongresses einen „heftigen Widerstand“, da die vielen Teilnehmer „keinen Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Nationalversammlungen“ hatten. Der Kongress nahm immerhin die von Gottschalk vorgeschlagene Formel an, in allen deutschen Provinzen demokratische Zentralvereine mit Berlin als Vorort zu bilden. Daraufhin wurde auch ein Zentralkomitee gewählt. Der Kongressbeschluss erforderte eine enge Zusammenarbeit aller demokratischer Vereine und die Schaffung geeigneter Organisationsformen. Außerdem nahm der Kongress auch noch den von Gottschalk gestellten Antrag an, dass der erste deutsche demokratisch/republikanische Kongress seine freie Verbrüderung mit allen Völkern erkläre, die die demokratisch/republikanische Verfassung bereits erlangt hatten oder noch erstrebten (Dowe 1970, S. 168f.).

Gottschalk kehrte am 18. Juni nach Köln zurück und nahm am gleichen Tag an der Komiteesitzung des Kölner Arbeitervereins teil, wo er seinen Bericht über den Kongress in Frankfurt vorlas. Hier sprach Gottschalk zum ersten Mal aus, er habe auf dem Kongress von Augenzeugen erfahren, dass in Berlin Ereignisse bevorstehen, „die die ganze Verfassung unseres Landes umgestalten werden, [und] uns nicht überraschen dürfen“ (ZAV 1848, S. 90). Am nächsten Tag fuhr Gottschalk nach Düsseldorf, um wohl für die Gründung eines Kreis Ausschusses Verhandlungen aufzunehmen und traf in der Stadt „alle drei als Wähler bekannte“ Kommunisten. In Aachen jedoch hatte er keinen Erfolg, da hier nach ganz kurzem Auftreten republikanisch/kommunistischer Tendenzen Anfang April „das liberale Bürgertum“ sich durchgesetzt hatte (Dowe 1970, S. 171).

Nach Gottschalks Rückkehr berichtete der 2. Kommandant Oberst Engels am 21. Juni 1848 an das Generalkommando des VIII. Korps, dass „Herr Gottschalk und Konsorten“ aus Frankfurt in Köln angekommen seien.<sup>221</sup> Er sei am nächsten Tag gleich nach Düsseldorf gereist, aber dann wieder nach Köln zurückgekehrt und am Abend habe er eine große Versammlung seiner Anhänger angesetzt, „um Bericht über seine Frankfurter Mission“ abzustatten. Der Oberst setzte seinen Bericht über Gottschalk wie folgt fort:

---

<sup>221</sup> Auch die *Leipziger Zeitung* schrieb am 20. Juni 1848, dass die Versammlung des Arbeitervereins nach Gottschalks Rückkehr „so zahlreich, wie sie es noch nie“ gewesen sei: [https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10487144\\_01201\\_u001/1](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10487144_01201_u001/1) (abgerufen am 12.08.2019).

Schon auf der Straße wurde er im Triumph von seinen Anhängern empfangen und auf ihre Schultern gehoben, in den Saal getragen worden, wo er vortrug, daß die Resultate der Frankfurter republikanischen Versammlung sehr günstig gewesen, daß die Entwicklung sehr nahe, da man jetzt stark genug sei, indem die Republikaner in Berlin 50.000, in Köln 15.000 Mann stark seien, man erwarte nur noch nähere Befehle vom Berliner Zentralkomitee (RhBA II/2, S. 266).

In der Komiteesitzung des Arbeitervereins vom 18. Juni stattete Gottschalk einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit auf dem Kongress ab. Der Beschluss des Kongresses zu einer Zusammenarbeit aller demokratischen und republikanischen Vereine umfasste auch die drei demokratischen Vereine in Köln, nämlich den Arbeiterverein, den Demokratischen Verein und den Verein für Arbeiter und Arbeitgeber Kölns. Gottschalk vermutete, dass „einer Verbindung des Arbeitervereins mit den beiden anderen Vereinen durchaus nichts entgegen“ stehe. So wurden Gottschalk und Jansen als Vertreter des Arbeitervereins für die Vereinigungsverhandlungen mit den anderen zwei Vereinen gewählt (ZAV 1848, S. 90).

Auf der Generalversammlung vom 25. Juni 1848, an der über 2.000 Mitglieder des Arbeitervereins teilnahmen, stellte Gottschalk „ganz im Sinne der Kongressbeschlüsse“ in Frankfurt den Antrag: „Die drei jetzt bestehenden vorgenannten Vereine möchten sich als solche auflösen, um dann einen einzigen großen Verein etwa unter dem Namen *republikanischer Verein* zu gründen“ (ebd., S. 101f.). Gottschalk habe nämlich vorgeschlagen, so stand es in der Anklageschrift des Staatsanwalts, die gegen Gottschalk und seine Genossen Ende Dezember 1848 erhoben wurde, die in Köln existierenden drei Vereine „in einen einzigen zu verschmelzen“. Die Majorität auf der Generalversammlung sei dafür gewesen; für den Fall, dass die beiden anderen Vereine auf eine solche Verschmelzung nicht eingehen würden, sollte ein gemeinschaftliches Komitee von sechs Deputierten der drei Vereine gebildet werden (Anneke 1848, S. 13). Wenn Zusammenschluss der Vereine zustande komme, so schrieb auch Anneke am 25. Juni 1848 an Hammacher, werden aus der *Demokratischen Gesellschaft* „die halben, unentschiedenen, konstitutionellen Elemente“ ausscheiden (RhBA II/2, S. 276).

Die Vertreter der drei Vereine Kölns trafen sich zu einer Besprechung. Marx vertrat dabei zusammen mit dem Kölner Advokat Schneider II die Demokratische Gesellschaft. Gottschalks Antrag auf einen Zusammenschluss der Vereine in Köln traf jedoch bei den Vertretern von beiden Vereinen, nämlich bei der Demokratischen Gesellschaft und dem Verein der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, „auf energischen Widerstand“. Der Grund für ihren Widerstand gegen einen Zusammenschluss war wohl ihre geringe Mitgliederzahl im Vergleich zum Arbeiterverein.



Marx, der nach der Verhaftung Gottschalks und Annekes den Arbeiterverein zum Anhängsel der Demokratischen Gesellschaft machte, lehnte am 24. Juni 1848 einen Zusammenschluss mit dem Arbeiterverein, dessen Mitgliederzahl über 7.000 erreichte und auf den Gottschalk den größten Einfluss hatte, kategorisch ab, da er Angst hatte, bei diesem Zusammenschluss die „spezifischen Interessen“ seines bürgerlichen Vereins, der höchstens 700 Mitglieder hatte, nicht gut vertreten zu können (Dowe 1970, S.172). Hermann Becker vom Verein der Arbeitnehmer und Arbeitgeber schrieb, dass die Demokratische Gesellschaft, „die nur so viel 100 als der Arbeiterverein 1000 Mitglieder zählte“, bei einem Zusammenschluss verschlungen worden wäre. Und der dritte Verein, nämlich sein Verein, wäre „zu einem Fialiaklub“ zusammengeschrumpft (Kühn 1934, S. 107).

In der Komiteesitzung des Arbeitervereins vom 26. Juni 1848 wurden verschiedene Ansichten hinsichtlich der Vereinigung geäußert. Während Anneke für einen Zusammenschluss der Vereine war, sprachen sich u.a. Gottschalk und Jansen diesmal für das Fortbestehen der gegenwärtigen Vereine und für die Bildung eines gemeinsamen Komitees aus. So wurde vorgeschlagen, jeweils mit zwei Deputierten aus drei Vereinen ein Komitee zu bilden, welches die Leitung der gemeinsamen Komitees Angelegenheiten übernehme (ZAV 1848, S. 101f.).

Schließlich wurde ein Ausschuss der Vereine der Rheinprovinz gegründet. Dort vertraten Gottschalk und Anneke den Arbeiterverein, Marx und Advokat Schneider II die Demokratische Gesellschaft und Hermann Becker und Schützendorf den Verein für Arbeiter und Arbeitgeber. Der Ausschuss wurde jedoch durch die Verhaftungen von Gottschalk und Anneke faktisch außer Kraft gesetzt. Marx nutzte in den kommenden Monaten die Verhaftungen und Ausweisungen der Arbeiterführung aus, um den Arbeiterverein seiner bürgerlichen Demokratischen Gesellschaft ganz unterzuordnen.

## **VI. Pariser Junirevolution von 1848 und politische Standpunkte**

Im Kapitel VI werden die Pariser Junirevolution von 1848 und die entgegengesetzten politischen Positionierungen der deutschen Arbeiterführung und Marx/Engels zur Junirevolution geschildert. Die insbesondere von Engels in den 1870er und 1880er Jahren aufgestellten Behauptungen, ihr Blatt *NRhZ* sei die „einzige“ Zeitung gewesen, die während der Junirevolution den Standpunkt des Pariser Proletariats verteidigt und seine Fahne hochgehalten habe, werden in diesem Kapitel durch die Analyse von Engels' Schriften, die er gleich nach der blutigen Niederschlagung der Junirevolution im Juni/Juli 1848 in der *NRhZ* schrieb, eindeutig widerlegt. Engels' Schriften in der *NRhZ* zeigen mehr als deutlich, dass er 1848 in seinen Schriften, im Gegensatz zu seinen späteren bodenlosen Behauptungen, die

militärischen Siege der Generale der Bourgeoisie bereitwillig erzählte und dagegen Desinformationen über die entscheidende Rolle der revolutionären Kommunisten in der Pariser Junirevolution von 1848 verbreitete. In diesem Kapitel werden ebenfalls die politische Haltung und Positionierung der deutschen Kommunisten zur Junirevolution basierend auf ihren zeitgenössischen Schriften und Dokumenten dargelegt und die praktische Solidarisierung der deutschen Arbeiterführung mit der Junirevolution geschildert.

### **1. Pariser Junirevolution von 1848**

Während die politische Atmosphäre in Köln durch den Kampf der Kölner Kommunisten und Arbeiter verschärft wurde, begannen die Pariser Kommunisten und Arbeiter am 23. Juni 1848 mit ihrem Aufstand. Nachdem die französische Regierung die Schließung der Nationalwerkstätten angekündigt und den Arbeitern den Weg zur Armee gezeigt hatte, fanden am 22. Juni in Paris Demonstrationen statt, die sich im Laufe des folgenden Tages zur Junirevolution entwickelten.<sup>222</sup> Nicht nur in Paris, sondern auch in anderen Städten Frankreichs, wie in Marseille, Nantes, Givors, Rouen und Lyon, fanden „auführerische Bewegungen“ statt (Neef 1983, S. 33). Die Kommunisten und Arbeiter stürmten durch den Palast und verbrannten den königlichen Thron auf dem Gelände der Bastille in Paris. So war am Abend vom 23. Juni fast der gesamte Osten von Paris unter der Kontrolle der Aufständischen, deren Zahl auf 40.000 bis 50.000 stieg. Am 24. Juni trat die französische Regierung zurück.

Die französische Nationalversammlung stattete sofort den Kriegsminister und General Cavaignac mit diktatorischen Vollmachten aus und ordnete den Belagerungszustand an. Bis zum 26. Juni wurde der viertägige Aufstand in Paris von Armee, Mobilgarde und Nationalgarde zerschlagen. Für die Bourgeoisie wurde nun der Mord „zur heiligen Pflicht“ und „derjenige, dessen Hände nicht vom Proletarierblut“ tropften, erschien „dem Bourgeois verdächtig“, so beschreibt die zeitgenössische Schriftstellerin Malwida von Meysenbug die Massaker in Paris in ihren Memoiren (Meysenbug 1921, S. 321). Der Commandant der Pariser Junirevolution Blanquist Emmanuel Barthélemy (1823–1855)<sup>223</sup> schreibt 1850, „we were determined to be

---

<sup>222</sup> Leipziger Zeitung, 27. Juni 1848 ([https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10487144\\_01211\\_u001/1](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10487144_01211_u001/1)) (abgerufen am 11.08.2019).

<sup>223</sup> Emmanuel Barthélemy nahm 1839 an dem Revolutionsversuch von Blanqui und Barbès in Paris teil. Er erschoss dabei einen Polizeiagenten, „der sich an einem Mitglied der Gesellschaft vergangen hatte“ (Meysenbug 1875, S. 208). Barthélemy wurde ins Gefängnis gesteckt, als er 17 Jahre alt war. Die Februarrevolution brachte ihm eine Amnestie, er kehrte nach Paris zurück, nahm an allen Bewegungen und Demonstrationen des Proletariats teil und übernahm eine führende Position in der Junirevolution (Liebknecht 1896, S. 61). Nach der Niederschlagung der Junirevolution wurde Barthélemy gefangen genommen. Als er vor das Kriegsgericht gebracht wurde, „war die erste Wut abgeklungen.“ So wurde Barthélemy zur „trockenen Guillotine“, nämlich lebenslänglich verurteilt (Liebknecht 1896, S. 61). Er befreite sich aus dem Gefängnis und entkam 1850 „nur mit Mühe und unzähligen Gefahren neuer Gefangenschaft“ nach London (Meysenbug 1875, S. 209).

bombarded rather than let our adversaries pass through our area” (Barthélemy 2016, S. 16).<sup>224</sup> Von Seiten des Staates starben etwa 1.500 Mann, darunter drei Generale. Die Zahl der gefallenen Kommunisten und Arbeiter wird auf 5.000 geschätzt. Etwa 15.000 Kommunisten und Arbeiter wurden zu Gefängnis oder Deportation verbannt (Beer 1931, S. 487ff.).

## 2. Standpunkt von Marx/Engels zur Pariser Junirevolution

Sowohl Marx als auch Engels behaupteten in Bezug auf die Pariser Junirevolution, dass die *NRhZ* die „einzig“ Zeitung gewesen sei, die den Standpunkt des Pariser Proletariats verteidigt und seine Fahne hochgehalten habe. Es vergehe kein Tag, an dem das Blatt nicht ausführlich zum Kampf der französischen Arbeiterklasse Stellung bezöge. So behauptete Marx am 22. Oktober 1848 in der *NRhZ*, dass seine Zeitung mit Ausnahme des englischen *Northern Star* das „einzig“ europäische Blatt gewesen sei, „welches den Mut und die Einsicht hatte, die Junirevolution richtig zu würdigen“ (MEW 5, S. 433).

Ebenfalls Engels schrieb später, dass die *NRhZ* den Pariser Junirevolution uneingeschränkt unterstützt habe. In seiner 1877 vorgelegten biographischen Skizze über Marx behauptete er, dass die *NRhZ* das „einzig Blatt“ selbst innerhalb der damaligen demokratischen Bewegung gewesen sei, das sich durch „seine rückhaltlose Parteinahme für die Pariser Juni-Insurgenten von 1848“ ausgezeichnet habe (MEW 19, S. 98). Er behauptete weiter 1884 in seinem Artikel *Marx und die Neue Rheinische Zeitung 1848–49*, dass die „Insurrektion der Pariser Arbeiter im Juni 1848“ in der *NRhZ* „auf dem Platze“ fände. Er scheute sich sogar nicht, die Behauptung aufzustellen, dass die *NRhZ* „das einzige Blatt in Deutschland und fast in Europa“ gewesen sei, „das die Fahne des zertretenen Proletariats“ in dem „Augenblicke“ „hochgehalten“ habe, „wo die Bourgeois und Spießbürger aller Länder die Besiegter“ mit dem „Wuste ihrer Verleumdungen“ erdrückten. Das Blatt sei vom „ersten Schuß an“ für die „Insurgenten“ eingetreten (MEW 21, S. 22).

Doch eine Untersuchung der Blätter der *NRhZ* zeigt mehr als deutlich, dass Marx/Engels nicht vom „ersten Schuß an“ unbedingt „für die Insurgenten“ eintraten, sondern sie nahmen während des Kampfes, wie fast alle anderen bürgerlichen Zeitungen in Deutschland, von dem Pariser Aufstand kaum Notiz. Während des Aufstands in Paris schrieb Marx über die Versammlungen in Berlin und Frankfurt und auch Engels über Italien zahlreiche Artikel.<sup>225</sup>

---

<sup>224</sup> In der Zeitschrift *Les Veillées du Peuple* wurde im März 1850 in London ein Artikel von Barthélemy über den Juniaufstand in überarbeiteter Form veröffentlicht, um die Zensur zu umgehen.

<sup>225</sup> Die *NRhZ* sah es als ihre Pflicht, für ihre Leser Berichte über Handeln, Wechselkurs, Börsen und Heiratsanzeigen, die die untrennbaren Bestandteile der Zeitung waren, in ihre Seiten zu bringen. [http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn\\_NRhZ024\\_1848.txt.xml](http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn_NRhZ024_1848.txt.xml) (abgerufen am 11.08.2019).

Nachdem der Arbeiteraufstand in Paris niedergeschlagen worden war, hörte die *NRhZ* erst für einige Tage mit der Beratung der preußischen Regierung- und Versammlungen auf und erwähnte beiläufig die „Insurrektion“ in der Extrabeilage vom 25. Juni 1848. Dabei erwähnte das Blatt mit keinem Wort den sozialistischen Charakter des Aufstandes. Engels ließ am 25. Juni 1848 einen Bericht des *Journals des Débats*, des alten Hofblatts über die am 22. Juni „vorgefallenen Unruhen“ abdrucken. Demnach lief die Arbeiterkolonne durch die Faubourgs St. Antoine, St. Marceau und mehrere andere Quartiere und vergrößerte sich während des Zugs „um einige hundert Müßiggänger“. Sie riefen aus: „*Nieder mit der exekutiven Kommission! Nieder mit der Nationalversammlung! Es lebe Napoleon! Es lebe der Kaiser!*“ Das sei „der einzige Ruf der Individuen“, die an dieser Demonstration teilnahmen (MEGA I/7, S. 177ff.).

Warum Engels ausgerechnet am 25. Juni 1848 – am Tag, an dem die Generalversammlung des Kölner Arbeitervereins unter Gottschalks Leitung mit über 2000 Mitgliedern in Köln stattfand – diese Meldung veröffentlichen ließ, ist nicht rätselhaft, da er wohl den Verdacht schüren wollte, als ob die „Individuen“ und „einige hundert Müßiggänger“ in Paris für den „Kaiser“ auf die Straße gegangen wären. Die *NRhZ* veröffentlichte an dem Tag gerade deswegen in ihrer Extrabeilage den bürgerlichen Verfassungsentwurf für die Französische Republik in mehreren Seiten.<sup>226</sup>

Ein anderes bürgerliches Blatt in Köln, nämlich die *Kölnische Zeitung*, war bei den Berichterstattungen über die Pariser Junirevolution objektiver als *NRhZ*. Die *Kölnische Zeitung* berichtete am 26. Juni 1848 in einem Artikel vom 23. Juni von der Schließung der Nationalwerkstätten. Demnach seien „viele Arbeiter entlassen“ worden. So stieg die „Barrikadenlust“ der Pariser Arbeiter hoch. Sie riefen, dass die „gegenwärtige“ Republik „keine Republik“ sei und wollten dagegen „eine demokratische, sozialistische Republik“. Die Arbeiter hätten „im Namen der roten Republik gekämpft“ und hielten insbesondere „das Programm von Barbès, Blanqui und Sobrier hoch“. Es sei eine „wichtige soziale Revolution“.<sup>227</sup> Auch nach einem Bericht vom 23. Juni im *Chemnitzer Tageblatt* vom 27. Juni 1848 riefen die Arbeiter: „Es lebe Barbès!“ Im *Brüsseler Observer* vom 27. Juni war in einem Bericht vom 24. Juni ebenfalls zu lesen, dass die Fahne der Insurgenten die „rote Republik“ sei (Neef 1983, S. 65ff.). In der *Hannoverschen Morgenzeitung* stand am 28. Juni 1848 ein Bericht vom 23. Juni:

Die Arbeiter wüten gegen die Dekrete der Nationalversammlung, die sie in die Sümpfe der Sologne oder in den Krieg schicken wollen. [...] [W]ir verlassen Paris nicht; wollen wir sterben,

<sup>226</sup> [http://www.deutschestextarchiv.de/book/view/nn\\_NRhZ026b\\_1848?p=2](http://www.deutschestextarchiv.de/book/view/nn_NRhZ026b_1848?p=2) (abgerufen am 18.11.2019).

<sup>227</sup> <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/periodical/zoom/8272738> (abgerufen am 10.11.2021).

so wollen wir in Paris sterben. Es lebe Blanqui! Es lebe Barbès! Nieder mit Marrast! Nieder mit der Nationalversammlung! Es lebe die demokratische Republik! (ebd., S. 64).

Dagegen verloren Marx/Engels in der *NRhZ* vom 27. Juni 1848 erst nach der „definitiven Niederlage“ (MEW 6, S. 133) also „nur zwei Worte“ über die Pariser Junirevolution:

Paris in Blut schwimmend, die Insurrektion entwickelt zur größten Revolution, die je stattgefunden, zur Revolution des Proletariats gegen die Bourgeoisie [...] der Sieg des Volks ist unzweifelhafter als je. Die französische Bourgeoisie hat gewagt, was nie die französischen Könige gewagt haben: Sie hat ihr Los selbst geworfen (MEW 5, S. 116).

Nachdem die Niederschlagung des Pariser Arbeiteraufstandes sicher war, erhob Engels in der *NRhZ* eine jämmerliche „Totenklage“ (Mayer 1934, S. 312). Diese „Totenklage“ war zweifellos nicht motiviert von den gefallenen Kommunisten und Arbeitern in Paris, sondern vom Kampf der Kommunisten gegen die bürgerliche Republik, da Engels und sein Freund Marx die Kommunisten und Arbeiter zum Kampf für die bürgerliche Herrschaft zu bringen bezweckten.

Weder Marx noch Engels wollten die von ihnen aufgebauten Brücken zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat verbrennen. So warnte Marx am 29. Juni 1848 in seinem Artikel die „Demokraten“, wohl Schapper und Moll, die er für die Unterstützung zu einer kürzeren bürgerlichen Herrschaft eingeredet hatte, vor einer Trennung der Arbeiter von der Bourgeoisie (MEW 5, S. 133ff.). Es könnte ja die Gefahr besonders naheliegen, dass die Arbeiter und Kommunisten in Deutschland nach dieser blutigen Schlacht in Paris die Kämpfe um eine bürgerliche Herrschaft in Frage stellen, diese Kämpfe für „inhaltlos, illusorisch, null“ erklären und es ablehnen könnten, sie zu unterstützen. „Der tiefe Abgrund“, der sich nach der Junischlacht zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat eröffnet hatte, so befürchtete Marx vor einer Scheidung der Prinzipien der sozialen und kommunistischen Partei von den Prinzipien der Bourgeoisie, dürfte „die Demokraten irren“ und sich „wähnen“ lassen, „die Kämpfe um die Staatsform seien inhaltlos, illusorisch, null“. Nur „schwache, feige Gemüter“ könnten nach Marx „die Kämpfe um die Staatsform“, nämlich die Kämpfe um die bürgerliche Herrschaft, in Frage stellen. Um dies zu verhindern, wollte er sicher gehen. So warnte Marx die „Demokraten“ vor der Trennung der Arbeiter von der Bourgeoisie (ebd., S. 136) und bekannte sich auch nach der „sozialen Prinzipien Schlacht“ zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat in Paris (Weitling 1955, S. 299) vorbehaltlos zur bürgerlichen Herrschaft:

Die Kollisionen, welche aus den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft selbst hervorgehen, sie müssen durchkämpft, sie können nicht wegphantasiert werden. Die beste Staatsform ist die,

worin die gesellschaftlichen Gegensätze nicht verwischt, nicht gewaltsam, also nur künstlich, also nur scheinbar gefesselt werden. Die beste Staatsform ist die, worin sie zum freien Kampf und damit zur Lösung kommen (MEW 5, S. 136).

Während Marx/Engels auch nach der „sozialen Prinzienschlacht“ zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat sich entschieden zur bürgerlichen Herrschaft bekannten, bewerteten die Vertreter der revolutionären deutschen Arbeiterführung die sozialen „Prinzienschlacht“ als einen Wendepunkt für Arbeiter. Nach Weitling sei die „Prinzienschlacht“ in Paris für die kommunistische Partei, nämlich für Blanquisten, als große moralische Siege zu betrachten; denn in diesem Kampf sei die notwendige Scheidung der Prinzipien der sozialen und kommunistischen Partei von den Prinzipien der Bourgeoisie zustande gekommen (Weitling 1955, S. 299). Auch Willich machte in einem Brief vom 6. Juli 1848 an Anneke, ohne zu wissen, dass dieser in derzeit schon im Gefängnis war, eine Bewertung der Junirevolution, indem er aus der Insurrektion einen „großen Gewinn“ zog:

[D]enn das, was früher theoretische Ansicht, daß *nur* aus dem arbeitenden Stande hervorgehen kann, ist zur festen Überzeugung geworden, daß nur der *vollendete Radikalismus* der Tat im Großen und Kleinen zum Ziele führen kann. Wenn Ihr handelt, dann nur unter dem radikalsten Kriegsgesetz. – Die Menschheit hat ein solches Erbteil an Schwäche, Feigheit und Niederträchtigkeit überkommen, daß nur die Furcht und Gewißheit *des Todes* die Äußerungen jener Eigenschaften paralisieren kann (Koszyk/Obermann 1975, S. 180f.).

Wie bereits erwähnt, analysierte Weitling Anfang 1849 in Hamburg die Pariser Junirevolution von 1848, die er in Paris selbst erlebt hatte. Hier legte er eine ontologische Zäsur zwischen den Interessen der Bourgeoisie und dem Proletariat fest:

Schon im [...] Juni kam es [...] zur sozialen Prinzienschlacht, in welcher sich die gärenden Elemente in zwei große Lager schieden und durch einen furchtbaren viertägigen Straßenkampf, der in der Geschichte seinesgleichen nicht hat, der Welt zeigten, daß die kommunistische Partei bereits eine Macht geworden war, welche selbst die vereinigte Partei monarchisch und republikanisch gesinnter Bourgeois auf die Dauer nicht niederhalten können, eine Macht, gegen deren Aufkommen alle politischen und privilegierten Mächte sich genötigt sahen, eine Allianz zu schließen, eine Allianz gegen den sozialen Kommunismus (Weitling 1955, S. 299).

Während Engels in der zweiten Hälfte Oktobers 1848 in Paris in seinem Reisetagebuch seine Zufriedenheit notierte, dass Paris durch die „Granaten Cavaignacs“ „in der Schule des Belagerungszustandes“ gar bald „honett, zahm, artig und gemäßigt“ geworden sei (MEW 5, S. 465), hatte Ernst Dronke, der ebenfalls in der gleichen Zeit in Paris war, eine zu Engels ganz entgegengesetzte Meinung. Er schrieb in der *NRhZ* vom 31. Oktober 1848 aus Paris, dass die

dezimierten Arbeiter zwar geschlagen, aber nicht besiegt seien. Wie Weitling und Willich stellte auch Dronke fest, dass das brutale Vorgehen der Bourgeoisie gegen die Arbeiter auch sein Gutes gehabt habe, denn dadurch seien die Brücken zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat verbrannt worden. Den Arbeitern seien über den wahren Inhalt der bürgerlichen Brüderlichkeit die Augen aufgegangen. Sie hätten nun den Unterschied zwischen der roten und trikoloren Republik erkannt.<sup>228</sup>

Die Pariser Junirevolution hat es noch einmal bestätigt, dass die Angst der Bourgeoisie vor dem Kommunismus, obwohl Marx/Engels in ihrem *Manifest* ihn scheinheilig als „Märchen“ bezeichneten, doch sehr ernst war. Die Junirevolution bestätigte noch einmal, dass der Kommunismus kein „Märchen“, sondern wie Kapitalismus eine Realität ist, und dass die Bourgeoisie nicht „höchst revolutionär“, sondern eine aufsteigende, ausbeuterische und unterdrückerische Klasse und daher die „gefährlichsten von Allen“ ist (ZAV 1848, S. 80), wie die Kölner Kommunisten ihn in der Arbeiterzeitung bezeichneten.

Die Junitage brachten erstaunlicherweise auch Georg Harney, den aufrichtigen demokratischen Chartistenführer, in der wöchentlichen Zeitschrift *The Northern Star* zur absoluten Solidarisierung mit der Junirevolution. Im Gegensatz zu Marx/Engels erklärte Harney seine eindeutige Parteinahme für die Pariser Junikämpfer und solidarisierte sich mit ihnen. Daher ist die von ihm verfasste Adresse die „einzige gleichzeitige Anerkennung der Pariser Juni-Insurgenten“ gewesen (Stephens 1887, S. 33), obwohl *The Northern Star* kein tägliches Blatt wie die *NRhZ*, sondern nur eine wöchentliche Zeitung war. Am 4. Juli 1848 wandte sich Harney in dieser Zeitung an das englische Proletariat und erklärte sich mit den Pariser Arbeitern solidarisch:

Brüder! Die Pflicht gebietet uns, Euch zur Verteidigung unserer Brüder, der Proletarier von Paris, dieser Opfer von Verrätern, Mördern und Verleumdern, aufzurufen. [...] Die Pariser Bourgeoisie hat die ersehnte ‚Schlacht‘ geliefert bekommen. Die Gründer der Republik wurden niedergemetzelt, Frauen und Kinder von den Bourgeois gemordet. Sie haben sich an den Vollust des Abschlachtens berauscht. Und jetzt, da sie eine Regierung des Bluts und des Schreckens aufgerichtet, da sie eine Einöde geschaffen, die sie ‚Friede‘ nennen, melden sich jubelnd ihren Mitschurken in anderen Ländern: ‚Die Ordnung herrscht in Paris!‘<sup>229</sup>

<sup>228</sup> [http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn\\_NRhZ134\\_1848.txt.xml](http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn_NRhZ134_1848.txt.xml) (abgerufen am 18.11.2019).

<sup>229</sup> *The Northern Star*, 8. Juli 1848: <https://ncse.ac.uk/periodicals/ns/> (abgerufen am 22.07.2019). Eine Woche später druckte Marx am 15. Juli 1848 Harneys Aufruf ohne Kommentar zur Parteinahme für die Junirevolution ab: [http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn\\_NRhZ045\\_1848.txt.xml](http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn_NRhZ045_1848.txt.xml) (abgerufen am 18.11.2019).

Am 8. Juli proklamierte Harney im Namen der Chartisten, dass „die Fahne der Roten Republik“ zur „Fahne des Proletariats von ganz Europa“ geworden sei und erklärte, dass die englischen und französischen Arbeiter die gleichen Aufgaben und Ziele haben:

Die rote Fahne, im Faubourg Saint-Antoine herabgerissen, ist nicht besiegt. Der Glaube, den sie symbolisiert, beschränkt sich nicht auf Paris, sondern lebt und wächst überall; und eine, ja fünfzig Niederlagen den Triumph dieses Glaubens nicht verhindern! (ebd.).

Harney ergriff im Gegensatz zu Marx/Engels für die Pariser Junikämpfer ohne Wenn und Aber Partei und stand „voll und ganz auf der Seite der Pariser Arbeiter“, nämlich auf der Seite der Blanguisten, die schon am 15. Mai 1848 die Macht zu ergreifen versuchten.<sup>230</sup> Er erklärte offen, dass die Forderungen der Pariser Arbeiter die Forderungen der Arbeiter in der ganzen Welt seien.

Zu diesem Aufruf von Harney mit dem Titel *an die Pariser Proletariat* fügte Marx nur einen einzigen sachlich journalistischen Satz zu: „Die ‚Fraternal Democrats‘ in London haben an die Arbeiter Großbritanniens und Irlands eine Adresse erlassen, aus welcher ich Ihnen folgende Stellen mittheile.“<sup>231</sup> Ohne einen einzigen Kommentar zur Parteinahme druckte er ihn dann erst am 15. Juli 1848 in der *NRhZ* ab. Daher ist Engels' Behauptung, die *NRhZ* sei vom „ersten Schuß“ an „unbedingt für die Insurgenten“ eingetreten und deswegen hätten „die Aktionäre“ die Zeitung verlassen (MEW 21, S. 22), unhaltbar. Die bürgerlichen Aktionäre warnten Marx/Engels, weil sie den erwähnten Artikel Harneys am 15. Juli 1848 in ihrer Zeitung abdruckten.<sup>232</sup>

Als die Kölner Bourgeoisie Marx für den Abdruck von Harneys Artikel ermahnte, ruderte er sofort zurück (Sperber 2020, S. 61)<sup>233</sup> und entschuldigte sich bei der Bourgeoisie für die Veröffentlichung von Harneys Aufruf *an die Pariser Proletariat*, indem er auf der Versammlung der Demokratischen Gesellschaft vom 4. August 1848 das Gegenteil behauptete.

---

<sup>230</sup> Barbés und Raspail aus der revolutionären Führung der *Geheimen Gesellschaften* wurden zuvor nach einem Versuch zur Machtergreifung am 15. Mai 1848 verhaftet. Dabei wurde auch Blanqui verhaftet.

<sup>231</sup> [http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn\\_NRhZ045\\_1848.txt.xml](http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn_NRhZ045_1848.txt.xml) (abgerufen am 18.11.2019).

<sup>232</sup> Außerdem schrieb Ferdinand Freiligrath, der bekannteste deutsche politische Dichter und gleichzeitig auch ein Mitglied des Arbeitervereins, in einem Brief vom 21. August 1848, dass die „Bourgeois wirklich des Willens“ seien und nach seinem Gedicht „vollends“ den Anschein haben, ihn verhungern zu lassen. Mit dem Gedicht meinte er sein im Juli 1848 veröffentlichtes Gedicht *Die Toten an die Lebenden*, das eine Reaktion auf die gewaltsame Niederschlagung des Pariser Juniaufstandes 1848 darstellt. Freiligrath bewertet seine Zeit ab Oktober 1848 bei der Redaktion der *Neuen Rheinischen Zeitung*, „durch die wir uns eben durchwinden“, als eine „eklige Phase“. In seinem Brief drückte er seine Unzufriedenheit mit den „Männern der Rheinischen Zeitung“, die ihn wegen seiner Solidarisierung mit der Pariser Junirevolution „nicht anstellen wollten“ (Koszyk/Obermann 1975, S. 200).

<sup>233</sup> Jonathan Sperber behauptet, dass Marx in Junitagen für „die Straßenkämpfe in Paris zwischen Arbeitern und Regierung“ Partei genommen habe und deswegen von anderen Demokraten im Rheinlande und Mitteleuropa kritisiert worden sei (Sperber 2020, S. 61).



Dort zog Marx aus der Junirevolution gerade die Folgerung, dass das Proletariat der Aufgabe nicht gewachsen gewesen sei, für ihre Interessen und gegen die Unterdrückung sich zu erheben. Er rechtfertigte die Vorgänge in Frankreich nach wie vor mit der Notwendigkeit einer politischen Koalitionsbildung mit der Bourgeoisie. In Paris hätten „die Verweigerung gegenseitiger Zugeständnisse sowie verkehrte Begriffe über das Verhältnis der Klassen der Bevölkerung [...] den Blutigen Ausgang herbeigeführt“. Die Lösung der jetzigen Gegensätze sei nur „durch Anwendung geistiger Waffen“ und „eine Ausgleichung auf gütlichem Wege zustande zu führen“. Marx schob hier eindeutig die Schuld auf die Kommunisten, dass sie im Juni 1848 mit „heterogensten Elementen“, sprich mit der Bourgeoisie, den Ausbeutern und Unterdrückern, keine Kompromisse gemacht hätten (RhBA II/2, S. 345).

Mit seinen Behauptungen wiederholte Marx nur die Aussagen des Antikommunisten Carl Cramer aus der Demokratischen Gesellschaft, deren Präsidentschaft sich Marx bekanntlich mit dem Advokaten Schneider II teilte. Vor Marx' Stellungnahme hatte sich Cramer schon in ähnlichem Sinne gegen die Pariser Junirevolution geäußert. Cramer sprach auch in einem Artikel im *Wächter am Rhein* seine „Befriedigung“ über Marx' Kritik am Pariser Aufstand aus. Als der Besitzer vom *Wächter am Rhein*, der das Organ der Kölner Demokratischen Gesellschaft war, begrüßte Cramer den Sieg über die „Anarchie“ und erklärte den Terror der Bourgeoisie „gegen die Ausrufer der roten Republik“ für berechtigt (WaR 1848, 1. Dz. Nr. 4). Auch der Bankier und Ministerpräsident Ludolf Camphausen, den Marx/Engels bereitwillig unterstützten, bewertete den Sieg der Bourgeoisie über die Pariser Junikämpfer als einen „großen Sieg der Zivilisation über die Barbarei“ (Hansen 1976, S. 286).

### **2.1. Engels als Erzähler der militärischen Siege der Generale der Bourgeoisie**

Engels begann ab dem 26. Juni 1848 in der *NRhZ* mit der „Schilderung des Kampfes“ (MEW 5, S. 118), nachdem er ein paar Worte über den Juniaufstand verloren hatte. Er schilderte in seinen Artikeln auffallenderweise seitenlang nur die militärischen Siege der französischen Generale, die im Dienst des bürgerlichen Staates die Arbeiter und Kommunisten brutal geschlachtet hatten. Engels bezeichnete diejenigen, die die Kommunisten und Arbeiter schlachteten, als „Helden“ (ebd., S. 113):

Um neun Uhr war das Faubourg Saint Jacques und das Faubourg Saint Marceau so gut wie genommen. Der Kampf war ungemein heftig gewesen. Hier kommandierte jetzt der General Bréa. Der General Duvivier im Hôtel de Ville hatte weniger Erfolg gehabt. Doch waren auch hier die Insurgenten zurückgedrängt. Der General Lamoricière hatte nach heftigem Widerstand

die Faubourgs Poissonnière, Saint Denis und Saint Martin bis zu den Barrieren freigemacht (ebd., S. 126).

Es ist hier vonnöten, kritisch zu hinterfragen, warum die „Helden“ von Engels' Schriften in der *NRhZ* die bürgerlichen Generale wie General Lamoricière, General Bréa und General Duvivier waren und warum er die ‚Heldentaten‘ der bürgerlichen Armee und Nationalgarde, insbesondere die Brutalität von Cavaignac, General Damesme, General Lamoricière, General Bréa und General Duvivier, seitenlang und bereitwillig schilderte. Engels rechtfertigt und legitimiert die Brutalität Cavaignacs, der aus Algerien nach Paris zurückkehrte, um die Pariser Kommunisten und Arbeiter zu massakrieren, da er dort mehr als genug geübt hatte, die ‚Barbaren‘ zu zivilisieren, mit der „geschichtlichen Verantwortlichkeit“ der Bourgeoisie, wie er in der *NRhZ* vom 1. Juli 1848 schrieb (ebd., S. 141).

Die Bourgeoisie führe, so schrieb Engels in seinem Artikel vom 28. Juni 1848 in der *NRhZ*, „mit klarem Bewußtsein einen Vernichtungskrieg“ gegen „die empörten Arbeiter“, die aber „ganz allein“ in diesem Kampfe standen. Er zitierte die Gräueltaten, die er nur als „Ereignisse des 23. und 24.“ betrachten wollte, ausgerechnet „aus einem Brief eines Kapitäns der republikanischen Garde“:

Das Blut fließt in Strömen, während sich zu gleicher Zeit ein fürchterliches Gewitter entladet. Soweit man sehen kann, ist das Straßenpflaster von Blut gerötet. [...] Wir bewachen die Gefangenen, die man jeden Augenblick hereinbringt. Es sind viele Verwundete darunter. Manche erschießt man sogleich (ebd., S. 127).

Es ist hier berechtigt, die Frage zu stellen, ob Engels mit dieser Schilderung der militärischen Siege der Bourgeoisie gerade den Eindruck bei den Kölner Arbeitern erwecken wollte, dass der Aufstand zwecklos sei.

In seiner Version der Kampfschilderung berichtete Engels beispielsweise von sieben Männern und zwei Frauen, die „zwei junge schöne Grisetten“ seien. Als die Nationalgarde begonnen habe, die Leute zu erschießen, habe „eine Grisette, ein großes schönes Mädchen in geschmackvoller Kleidung, mit nackten Armen, die Fahne [ergriffen], [sei] über die Barrikade [gestiegen] und [sei] auf die Nationalgarde zu[gegangen]“ (ebd., S. 119). Die „tapfre“ Nationalgarde habe dagegen sofort ein „wohlgenährtes“ Pelotonfeuer auf Menschenmassen eröffnet. Die „Lions und Börsenwölfe der zweiten Legion“ hätten eine „Heldentat“ gegen sieben Arbeiter und zwei „Grisetten“ ausgeführt und hätten alle ermordet (ebd., S. 120).

Im Gegensatz zu Engels schilderte die Zeitung *Locomotive*<sup>234</sup> die gleiche Situation objektiv und hatte eine sachliche Sprache. Sie benutzte dabei keine seltsamen Aussagen, wie „Grisetten“, „Mädchen in geschmackvoller Kleidung“ und ihre „nackten Armen“ sowie die „Heldentat“ der bürgerlichen „Lions und Börsenwölfe der zweiten Legion“ für die Kampfschilderung:

Auf St. Denis strecken die Kugeln fast alle Kämpfer hinter einer schlechten Barricade nieder; auch der Fahnenträger fiel; da ergriff eine Frau den Stiel. Mit dem Ausrufe: ‚Brod oder Tod!‘ Stellte sich auf die Barricade, bis sie getroffen niedersank. Aus den Häusern kamen die Leute herbei, die Verwundeten rafften sich auf und die Vertheidigung begann aufs Neue (*Locomotive* 1848, S. 287).

Engels führte seinen eingebetteten Journalismus auf der Seite der bürgerlichen Generale stehend fort. So ließe der General Lamoricière die Straßen der Faubourgs St. Denis und St. Martin, den Boulevard du Temple und die halbe Tempelstraße durch schweres Geschütz und durch rasche Truppenangriffe „fegen“. Er könne sich rühmen, bis abends „glänzende Erfolge“ erkämpft zu haben (MEW 5, S. 149). Nach zwölfstündigem Kanonieren und Granatenwerfen sei es Lamoricière „endlich“ gelungen, die Insurgenten aus ihren Stellungen zu „vertreiben“:

Die Kirche St. Gervais wurde genommen, die Straße Saint Antoine bis weit vom Stadthause gesäubert [...]. Durch diese Operation war das Viertel St. Antoine und der Bastillenplatz erobert. Die Eroberung der Brücke von Damiette erlaubte Duvivier, die Insurgenten von der Insel St. Louis und der ehemaligen Insel Louvier zu vertreiben (ebd., S. 150).

Engels befand, dass die „Barrikaden“ der Kommunisten und Arbeiter, die „letzte Festung, das Faubourg St. Antoine und ein Teil des Faubourgs du Temple“ „von merkwürdiger Stärke“ waren. Dabei verlor er kein einziges Wort, dass diese Pariser Armen- und Arbeiterviertel die Hochburg der Blanquisten waren, dass dort wenigstens „30.000 Deutsche[...]“, meistens Tischler, Schneider und Schuster, lebten und eine große Anzahl derselben sich dem Kampf angeschlossen hatte. Unter den Gefangenen, so berichtete *Leipziger Zeitung*, befanden sich 700 Deutsche, „die fast alle deportiert werden dürften“.<sup>235</sup> Dagegen schrieb die *NRhZ* am 24. Juli 1848, dass es sich um etwa 400 deutsche „Ouvriers“ handelte.<sup>236</sup> Doch sie waren nicht nur „Ouvriers“, sondern auch zudem Kommunisten. Die *NRhZ* schrieb mit keiner Silbe die Wahrheit, dass die blanquistischen Kommunisten, die den Arbeiteraufstand geleitet hatten und

---

<sup>234</sup> Das Blatt *Locomotive* wurde 1848 von den bekannten Journalist Wilhelm Held in Berlin herausgegeben. Es wurde im Januar 1849 verboten. In dem von Barnikol 1931 veröffentlichten Weitlings Adressbuch stand auch die Adresse des Herausgebers der *Locomotive* Wilhelm Held (Barnikol 1931, S. 51).

<sup>235</sup> [https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10487145\\_00053\\_u001/1](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10487145_00053_u001/1) (abgerufen am 18.11.2019).

<sup>236</sup> [http://www.deutschestextarchiv.de/nrhz/?d=nn\\_nrhz054\\_1848.txt.xml](http://www.deutschestextarchiv.de/nrhz/?d=nn_nrhz054_1848.txt.xml) (abgerufen am 18.11.2019).

unter denen sich auch Mitglieder der Pariser Bundesgemeinde befanden, die Marx/Engels bereits ein Jahr vorher aus dem *Bund* ausgeschlossen hatten.

Cavaignac habe, so machte Engels mit seiner Kriegsschilderung weiter, „wenig Lust“, seine Truppen „in dieses Gewirre von Barrikaden“ hineinzuschicken. Deswegen ließe er den General Perrot vom Faubourg du Temple her, den General Lamoricière vom Bastillenplatz her angreifen. „Da endlich“, stellte Engels mit großer Zufriedenheit fest, „kapituliert ein Teil der Insurgenten, während der andere, in seinen Flanken angegriffen, sich nach kurzem Kampf aus der Stadt zurückzieht“. Das sei „das Ende des Barrikadenkampfes vom Juni“ gewesen (ebd., S. 151).

Was jedoch in Engels eingebettetem bürgerlichen Journalismus keinesfalls zu finden war, ist in den anderen Zeitungen, wie u.a. *Leipziger Zeitung*, zu lesen:

Da sie [die Aufständischen], von den Truppen umringt, nicht entkommen konnten, so drohten sie in die zahlreichen in der Vorstadt St. Antoine liegenden Unterrichtsanstalten einzubrechen, und aus den darin erzogenen Knaben und Mädchen sich eine Brustwehr zu bilden. General Cavaignac, von diesen Vorhaben unterrichtet, ließ ihnen durch Entfernung der Truppen von einzelnen Punkten einen Ausgang öffnen.<sup>237</sup>

Die *Leipziger Zeitung* berichtete am 5. Juli in einer Korrespondenz vom 27. Juni aus Paris, dass „einer Anzahl Insurgenten“, nämlich etwa 1.500, gelungen sei, sich durch die Flucht aus der Vorstadt St. Antoine zu retten, nachdem ringsherum die Vorstadt mit beträchtlichen Truppenmassen umgeben war. „[E]ine nicht unbedeutende Zahl von Galeerensträflingen“, die sich unter den Insurgenten der Vorstadt St. Antoine befanden, wollten „um keinen Preis“ in die Hände von Cavaignac fallen.

Engels erzählte dagegen in seinen Kriegsschilderungen nur die ‚Heldentaten‘ der Generale der Bourgeoisie und zitierte sie Namen für Namen. Die Namen der wahren Helden der revolutionären Kommunisten und Arbeiter sind bei Engels’ Schriften nicht zu finden, obwohl sie die tatsächlichen und einzigen Helden waren. Denn während auf der Seite der Bourgeoisie 200.000 standen, waren auf der Seite der Kommunisten nur 40.000, die gegen eine Armee von 200.000, die eine ungeheure Übermacht hatte und im Gegensatz zu ihnen unvergleichbar gut ausgerüstet war, kämpften (Neef 1983, S. 22).

---

<sup>237</sup> [https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10487145\\_00053\\_u001/1](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10487145_00053_u001/1) (abgerufen am 18.11.2019).

## 2.2. Engels' Desinformationen über die Pariser Junirevolution von 1848

Es ist bemerkenswert, dass in den Schriften von Marx/Engels über die Pariser Junirevolution fast kaum der Name irgendeines „Kommunisten“ auftritt. Nach Marx sei in London am 10. April 1848 die „revolutionäre Macht der Chartisten“ gebrochen worden (MEW 6, S. 77). „Die Junirevolution“ sei dagegen „die Revolution der Verzweiflung“ (MEW 5, S. 118). Er schrieb nach der Niederschlagung der Junirevolution in der *NRhZ* vom 29. Juni 1848, dass das Volk in Paris ohne „andre Führer, ohne andre Mittel als die Empörung selbst“ der Bourgeoisie Widerstand geleistet habe (ebd., S. 133). Auch Engels schrieb, dass das führungslose und heldenlose „Volk“ (ebd., S. 125) vom 22. Juni bis 26. Juni 1848 nur aus der Verzweiflung heraus sich herumgeschlagen habe. Die Bourgeoisie habe militärische Führung, die Arbeiter hätten dagegen „gar keine militärische Direktion“. Sie schlugen sich „schweigend und verzweifelt gegen die kolossale Übermacht“ (ebd., S. 129). Die „Insurgenten“ seien nach Engels nur „man“, „Volk“ oder die „Arbeiterbevölkerung“ (ebd., S. 114ff.), aber keine Sozialisten, Kommunisten, geschweige denn blanquistische Kommunisten.

Der Blanquist Emmanuel Barthélemy, der kurz vor der Februarrevolution durch eine Generalamnestie aus dem Gefängnis freigelassen worden war, spielte in der Junirevolution eine führende Rolle und kämpfte „mit Löwenmut auf Seiten der Arbeiter“ (Meysenbug 1875, S. 209). Er befehligte die Aufständischen in Faubourg St. Antoine, wo die Blanquisten die „rote Fahne“ aufpflanzten. Was Engels bewusst verschwieg, schrieb sogar die königlich privilegierte *Berlinische Zeitung* vom 29. Juni 1848, nämlich, dass über die Natur der Revolution „niemand in Zweifel“ sein könne; sie sei „rein sozialistischer Art“.<sup>238</sup>

In seinen Erinnerungen berichtet ebenfalls Tocqueville, dass es den Aufständischen nicht etwa um die Änderung der Regierungsform, sondern um eine völlig neue Gesellschaftsordnung gegangen sei. Nach seiner Ansicht hätten die „falschen Theorien des Sozialismus“, damit meinte er gewiss die Blanquisten, dazu geführt, dass sich „ganze Volksteile“, sogar auch Frauen, gegen die Regierung erhoben haben (Tocqueville 1954, S. 203ff.).

In der Extrabeilage der *Augsburger Allgemeinen Zeitung* vom 27. Juni wurde über den sozialistischen Charakter der Junirevolution und deren politische Akteure berichtet. Laut eines Berichts dieses Blattes vom 23. Juni liefen die „Blousenmänner“ am Morgen vom 23. Juni unter dem Ruf „Nieder mit der Nationalversammlung!“ und „Es lebe Barbès!“ in den Straßen und errichteten Barrikaden. Der Pariser Korrespondent des Blattes berichtete weiter, er habe „mehrmals folgende Äußerungen gehört: ‚Wir wollen eine demokratische sozialistische

---

<sup>238</sup><http://opacplus.bsb-muenchen.de/title/6118763/ft/bsb10505447?page=1785> (abgerufen am 27.05.2019).

Republik, die Republik, wie sie jetzt ist, keine Republik.“<sup>239</sup> In der Ausgabe des Blattes vom 28. Juni stand ein Bericht vom 24. Juni über die zwei „blutige[n] Revolutionstage“ in Paris. Der Pariser Korrespondent bestätigte, dass „die Clubs“, wobei er insbesondere die blanquistische Organisation meinte, die nach dem 15. Mai aufgelöst, sich aber wieder von neuem konstituiert habe, „an der Spitze“ des Aufstandes seien. Die „Clubs“ sammelten sich in größeren Massen, erklärten „die Revolution in Permanenz“ und versuchten den Arbeiteraufstand zugunsten der „roten Republik“ auszubeuten. Es könne „jetzt keinem Zweifel unterliegen, daß der Aufstand lange vorher organisiert war“ und nicht mit dem „Gelde des Auslandes“ zu tun habe.<sup>240</sup>

Die *Leipziger Zeitung* berichtete am 24. Juni 1848 im Gegensatz zu Engels ebenfalls von den Vorbereitungen der Aufständischen, ihre Forderungen und den Namen ihrer Anführer, wie u.a. Blanqui und Barbés, die in derzeit im Gefängnis saßen:

Es stellt sich jetzt unverkennbar heraus, daß der Aufstand schon lange her vorbereitet war und keine andere als eine sozialistische Bedeutung hat. Die Insurgenten kämpfen mit den Lösungsworten: „Brot oder Tod!“ und „Eine demokratisch-soziale Republik!“<sup>241</sup>

Nach Engels jedoch rief „man“ nur „nach Barrikaden“, so in der Extrabeilage der *NRhZ* vom 26. Juni. Der östliche und südöstliche Teil von Paris, seien rasch, „aber wie es scheint noch ziemlich regellos und zusammenhanglos verbarrikadiert“ worden (MEW 5, S. 112). Das „Volk“, schrieb er am 28. Juni 1848 in der *NRhZ*, habe „ganz allein gegen die bewaffnete Bourgeoisie, gegen die Mobilgarde, die neuorganisierte republikanische Garde und gegen die Linientruppen aller Waffengattungen“ gekämpft (ebd., S. 121). Während zahlreiche Zeitungen den Pariser Aufstand objektiverweise als das „Werk“ der blanquistischen Kommunisten betrachteten, sahen Marx/Engels darin nur „Verzweiflung“ und „Hunger“, die die Arbeiter zur „Emeute“ drängten.

In einem Artikel in der *NRhZ* vom 1. August 1848 polemisierte Engels gegen die *Kölnische Zeitung* weiter, da dieses Blatt schrieb, in England existiere „kein Haß“ gegen „das, was man in Frankreich die Bourgeoisie“ nenne. Frankreich sei seit 1830 „das klassische Land des Hasses gegen die Bourgeoisie“ geworden (ebd., S. 284f.).<sup>242</sup> Die objektive Feststellung der *Kölnischen Zeitung* fand Engels „[s]onderbar“. Nach Engels forderten doch nur „die englischen Agitatoren in Meetings, in Broschüren, in Journalen“ seit nunmehr zehn Jahren „unter dem Beifall des

---

<sup>239</sup> [https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10504874\\_01504\\_u001/1](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10504874_01504_u001/1) (abgerufen am 26.11.2019).

<sup>240</sup> [https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10504874\\_01522\\_u001/1](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10504874_01522_u001/1) (abgerufen am 26.11.2019).

<sup>241</sup> [https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10487144\\_01235\\_u001/1](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10487144_01235_u001/1) (abgerufen am 01.09.2019).

<sup>242</sup> Auch Lorenz von Stein schrieb 1848 die Realität des französischen Proletariats, das vor allem „durchdrungen von der Meinung“ sei, dass „die Capitalien seine tödtlichen Feinde“ seien (Stein 1848, S. 15).

gesamten Proletariats zum glühendsten Haß gegen die Bourgeoisie“ auf. Dagegen hätten „die französische Arbeiter- und Sozialistenliteratur stets Versöhnung mit der Bourgeoisie gepredigt“ und sich dabei gerade darauf gestützt, dass die Klassengegensätze in Frankreich noch lange nicht so entwickelt seien wie in England. Und die Leute, wie Louis Blanc, Cabet, Caussidiere, Ledru-Rollin, hätten jahrelang, vor und nach der Februarrevolution, „Frieden mit der Bourgeoisie gepredigt“ (MEW 5, S. 285f.).

Das ist durchaus richtig, dass Louis Blanc, Cabet und Ledru-Rollin jahrelang, vor und nach der Februarrevolution, „Frieden mit der Bourgeoisie gepredigt“ hatten. Allerdings meinte die *Kölnische Zeitung*, wie Engels sehr gut wusste, aber verschwieg, sicherlich nicht Louis Blanc, Cabet und Ledru-Rollin, sondern einzig und allein die Blanquisten, die das Land Frankreich seit 1830 „das klassische Land des Hasses gegen die Bourgeoisie“ machten (ebd., S. 284f.). Wie Weitlings Kampfgenosse Andreas Scherzer in einem Brief vom 1. November 1853 an Weitling in New York allbekannte Wahrheit schreibt: „Blanqui ist Kommunist und der Schrecken der Bourgeois“ (RdA 1853, S. 413). Engels wusste diese nackte Wahrheit, erwähnte sie aber mit keinem Wort und behauptete absichtlich das Gegenteil.

Außerdem, wie im ersten Kapitel dieser Arbeit behandelt wurde, stand Engels selbst mit Ledru-Rollin, Cabet und insbesondere Louis Blanc, für dessen reformistische Zeitung *La Reforme* er ab Oktober 1847 in Paris schrieb, während seines Aufenthalts in Paris im engen Kontakt. In seinen Briefen an Marx machte er über diese Personen, die „stets Versöhnung mit der Bourgeoisie gepredigt“ hatten, ganz positive Bemerkungen.<sup>243</sup> So verhielt sich Engels gegenüber Louis Blanc sehr respektvoll und fand ihn „sehr artig und ganz kordial“ (MEW 27, S. 94), während er den deutschen revolutionären Arbeitern und Kommunisten gegenüber, die im engen Kontakt zu Blanquisten standen, nach seinen eigenen Aussagen „einen sehr unverschämten Ton angewöhnt“ hatte (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 82).

Engels behauptete in seinem erwähnten Artikel weiter, dass die Chartisten den „ausgebildetsten Klassenkampf“ entwickelt hätten, „den die Welt gesehen“ habe. Der „Klassenkampf der Chartisten“ werde nach Engels „mit viel größerer Ausdauer, von viel größeren Massen und auf einem viel größeren Terrain“ geführt als der Klassenkampf in Frankreich (MEW 5, S. 285ff.). Auch Marx glorifizierte England in einem Artikel in der *NRhZ* vom 30. November 1848. Demnach sei England ein Land, in dem „die Klassenkämpfe zwischen Bourgeoisie und

---

<sup>243</sup> Blanc schien Engels „nichts dringender zu wünschen“, als mit Marx/Engels „die engste Verbindung zu treten.“ So versicherte ihm Engels, dass er und seine „Partei“ mit ihm „in allen praktischen und Tagesfragen übereinstimmten“, dass sie „in den rein theoretischen Fragen dem gleichen Ziel“ zustrebten, und dass „die in seinem ersten Band verkündeten Prinzipien sich in vielen Punkten“ mit ihren Prinzipien deckten (MEW 27, S. 97).

Proletariat am weitesten entwickelt, am höchsten auf die Spitze“ getrieben seien. England habe „mehr als jedes andere Land seine eigene, selbständige Entwicklung“. So werde England, wenn seine Stunde geschlagen habe, „*dem Kontinent die Revolution diktieren*“ (MEW 6, S. 77f.).

Doch der Chartismus gab vom Jahre 1843 bis 1847 „kaum merkbare Lebenszeichen“. Erst die Französische Februarrevolution von 1848 brachte ihn „auf die Beine“ (Beer 1913, S. 406). Das dauerte aber nur eine kurze Weile. Nach dem 10. April 1848 ging es mit dem Chartismus sichtbar abwärts (Weisser 1981, S. 17). Die führende Person der Chartisten Feargus O’Conner (1794–1855) verhinderte am 10. April 1848 auf der berühmten Demonstration Hunderttausende Chartisten und Arbeiter zum Parlament zu marschieren, da die Regierung bereit wäre, mit Waffengewalt entgegenzutreten. Auch Ernest Jones (1819–1869) forderte auf der Demonstration die Chartisten auf, sie ordentlich zu beenden. Durch ihre „Abwiegelung“ verschwand die Einigkeit der Demonstranten und dabei erschoss die Polizei mehrere Chartisten. Die Chartistenbewegung erlitt hier eine schwere Niederlage (Lessner 1975, S. 70). Es ist offensichtlich, dass die Anführer der Chartistenbewegung, die nach Marx’ Ansicht „*dem Kontinent die Revolution diktieren*“ (MEW 6, S. 78), doch „not very revolutionary at all in 1848“ waren:

Englishmen could meet, speak their minds, and enjoy a free press, vote and petition. Foreigners needed revolutions to get these blessings. Therefore, this majority of Chartists did not believe that England was analogous to the Continent in having revolutionary potential because the pre-conditions were lacking (Weisser 1981, S. 24).

Die Chartisten taten nichts, die Chartist Convention und die Chartist Message führten zu nichts. Alles war laut dem aufrichtigen Chartistenführer Harney „nur ein Strohfeuer“ (MEGA<sup>2</sup> III/1, S. 526). Harneys Einschätzung über seine eigene politische Bewegung war durchaus realistisch. Denn als 1848 die Hauptstädte Europas „mit Geräuschen von Musketen und Kanonen hallten“, herrschte in Großbritannien eine ruhige Atmosphäre. Weisser zufolge sahen die Chartisten selbst die Revolution „als ein fremdes, unenglisches Phänomen“ an. England war frei von der Revolution, weil die Engländer die Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheiten genossen hätten (Weisser 1981, S. 25). Diese chartistische Sicht ist wichtig, um zu verstehen, warum in Großbritannien keine Revolution zustande kam. „Neither the Fraternal Democrats nor Feargus O’Connor nor his prominent Chartist friends nor his prominent Chartist enemies foresaw or wished for a revolution in England“ (ebd., S. 26).

Es ist eine historische Tatsache, dass in England sowohl die Chartisten als auch die sozialen Klassen einer sozialen Revolution verhältnismäßig fernstanden, während in Frankreich ab 1830



massive soziale Kämpfe der Arbeiter stattfanden und die revolutionären Blanquisten in diesen Kämpfen die Führungsrolle spielten. Gerade deswegen propagierten Marx/Engels als „Wahrheitsverdreher“ (Heinzen 1848, S. 69)<sup>244</sup> das Gegenteil, dass „die Klassenkämpfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat“ in England „am weitesten entwickelt“ und „am höchsten auf die Spitze“ getrieben seien und ausgerechnet England „*dem Kontinent die Revolution diktieren*“ werde (MEW 6, S. 77f.).

In Engels Polemiken gegen die *Kölnische Zeitung* tauchten demgemäß nirgendwo die tatsächlichen politischen Akteure des Revolutionsversuchs im Juni 1848 in Paris auf. Während andere Zeitungen, wie u.a. auch das Blatt *Neue Preußen* vom 30. Juni, von „kommunistischen Proletariats“ sprachen (Becker 1963, S. 80), verleugnete die *NRhZ* weiter die Führungsrolle der kommunistischen Blanquisten im Pariser Juniaufstand. Engels und Marx erwähnten kein einziges Mal die Kommunisten, ihre Organisationen und ihre Führungsrolle bei der Organisierung der Revolution, die seit Babeuf den Kämpfen der arbeitenden Klassen und Besitzlosen in Frankreich ihren Ton gaben. Sie sind bei Engels' Schriften über den Pariser Februar und die Juniaufstände vom Boden verschwunden.

Am 28. Juni 1848 musste Engels jedoch seinen Bericht über undisziplinierte Arbeiter und den unorganisierten Aufstand, den er zuvor geschrieben hatte, nach seiner Art modifizieren:

Nach unsren gestrigen Nachrichten mußten wir glauben, die Barrikaden seien ziemlich planlos angelegt worden. Die ausführlichen Berichte von heute stellen das Gegenteil heraus. Noch nie sind die Verteidigungswerke der Arbeiter mit solcher Kaltblütigkeit, mit solcher Planmäßigkeit ausgeführt worden (MEGA I/7, S. 197).

Es sei „überhaupt wunderbar“, so drückte Engels in der *NRhZ* vom 1. Juli 1848 seine scheinbare Verwunderung aus, „wie rasch die Arbeiter sich den Operationsplan aneigneten, wie gleichmäßig sie einander in die Hände arbeiteten, wie geschickt sie das so verwickelte Terrain zu benutzen wußten“. Dies wäre nach Engels „rein unerklärlich“, wenn nicht die Arbeiter schon in den „Nationalwerkstätten“ ziemlich militärisch organisiert und in „Kompagnien“ eingeteilt gewesen wären, sodass sie ihre „industrielle Organisation“ nur auf ihre kriegerische Tätigkeit zu übertragen brauchten, um sogleich eine vollständig gegliederte Armee zu bilden. Engels bezweckte hier die politische Führungsrolle der Kommunisten und Blanquisten während der Revolutionsversuche von 1830, 1834 und 1839, bei denen sie „kriegerische Erfahrungen“ gewonnen hatten, weiter zu verleugnen. Im Gegensatz zu dieser Tatsache behauptete er, dass

---

<sup>244</sup> Nach Heinzen suche Marx „sehr bezeichnend seine Hauptstärke im bloßen Spiel, im Antithesenspiel, im Wortspiel“, welches er dem Shakespeare abgelernt habe, und „auf dessen ‚kritische‘ Handhabung er sich in der Schule der hegel'schen Dialektik“ eingeübt habe (Heinzen 1848, S. 68f.).

die Arbeiter ihre Kampfkunst nun in den „Nationalwerkstätten“, die erst Anfang März 1848 errichtet wurden, gelernt hätten. Die „Arbeiter“ hätten die Junirevolution angeblich durch ihre „industrielle Organisation“ in „Nationalwerkstätten“ zustande gebracht (ebd., S. 224).

Doch der langjährige Kampf der Blanquisten änderte überwiegend die Mentalität der Arbeiter, nicht die erst im März 1848 gegründete „industrielle Organisation“ in „Nationalwerkstätten“, wie Engels grundlos behauptete. Das eingeschüchterte, unter einer permanenten Gewaltandrohung lebende arbeitende Volk gewann durch die Gegengewalt der Blanquisten massiv an Selbstvertrauen und stellte die Unterdrückungsverhältnisse in Frage.

Engels musste seine Desinformationen und Verleugnungen noch mit einer Lüge übersteigen. Statt die tatsächlichen politischen Akteure der Revolution zu nennen, erfand er diesmal einen hypothetischen führenden Akteur, um glaubwürdiger zu erscheinen. Zuerst zeigte er sich in seinem Artikel vom 1. Juli 1848 in der *NRhZ* „erstaunt“ über die kolossalen Dimensionen des Aufstandes, über den „heroischen Mut, die rasch improvisierte Organisation, die Einstimmigkeit der Insurgenten“. Dann verriet er seinen Lesern den Namen des Organisators des Pariser Arbeiteraufstandes. Demnach soll der „Schlachtplan der Arbeiter“ von „Kersausie“ gemacht werden (ebd., S. 222). In seinen folgenden Artikeln in der *NRhZ* berichtete Engels weiter von seinem fiktiven Held Kersausie:

Kersausie ist gefangen und in diesem Augenblick wohl schon erschossen. Erschießen können ihn die Bourgeois, aber ihm nicht den Ruhm nehmen, daß er zuerst den Straßenkampf organisiert hat. Erschießen können sie ihn, aber keine Macht der Erde wird verhindern, daß seine Erfindungen in Zukunft bei allen Straßenkämpfen benutzt werden. Erschießen können sie ihn, aber nicht verhindern, daß sein Name als der des ersten Barrikadenfeldherrn in der Geschichte fort dauert (ebd., S. 229f.).<sup>245</sup>

Die politischen Akteure des Volks in diesem „Heldenkampf“ seien nach Engels Kersausie und seine Freunde. Sie seien wiederum in diesem „beispiellosen Heldenkampf gefallenen Demokraten“.<sup>246</sup> Helden der Pariser Junirevolution seien nicht Blanquist Barthélemy und Kommunisten, sondern der „Demokrat“ Kersausie und seine „Demokraten“.

Doch die *Leipziger Zeitung* berichtete im Gegenteil zu Engels' Desinformationen, dass die „Verhaftung Kersausie's“ sich nicht bestätigt habe, „er hat an dem Kampfe keinen Theil genommen, so wie die ganze Gesellschaft der Droits de l'homme, die 35.000 Mitglieder stark,

---

<sup>245</sup> Die Herausgeber von *Marx/Engels Werke* verbreiteten Engels' Lüge weiter, sie wollten wohl mit Engels nicht in Widerspruch geraten, indem sie auch behaupteten, dass Théophile de Kersausie „den Plan des Juniaufstandes ausgearbeitet hatte“ (MEW 5, S. 523).

<sup>246</sup> [http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn\\_NRhZ033\\_1848.txt.xml](http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn_NRhZ033_1848.txt.xml) (abgerufen am 18.09.2019).

ruhig blieb und, wie sie sagt, sich für die Zukunft aufspart“.<sup>247</sup> Auch Jürgen Herres und François Melis, die Herausgeber der Gesamtausgabe von Marx/Engels im Jahr 2016, mussten endlich zugeben, dass laut „zeitgenössischer Presse“ Théophile de Kersausie, im Gegensatz zu Engels’ haltlosen Behauptungen, keinen „Schlachtplan der Arbeiter“ organisiert und durchgeführt habe. Die Enquetekommission, die die französische Nationalversammlung zur Untersuchung der Juniaufstand einsetzte, „konnte keine Zeugnisse zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen Kersausie ermitteln“ (MEGA I/ 7, S. 1219).<sup>248</sup>

Die Helden in der Pariser Junirevolution waren also weder Kersausie noch „Demokraten“, sondern einzig und allein die Blanquisten. Barthélemy schrieb im März 1850, es sei ihm bewusst gewesen, dass sich die Arbeiter „auf einen Entscheidungskampf mit der Armee und dem Staat“ vorbereitet hatten (Barthélemy 2016, S.13). Die Arbeiter in Paris fingen zuallererst mit dem Aufstand an. Das liegt nach Barthélemy in der Natur aller Aufstände. Am Abend des ersten Tages, am 23. Juni, gaben dann aber die blanquistischen Kommunisten dem Aufstand ihre Farben:

I roamed the neighborhood, which I found barricaded in a formidable way, except that here, just like at the gate, the defenders of these improvised fortresses were poorly armed, and almost entirely without ammunition. [...] Everywhere the men I questioned regarding the reason that had made them take up arms answered me [that they were responding to the closure of the National Workshops and the betrayal by the government]. This was the nature of the insurrection during the first day, and it was only in the evening that the socialist republicans, who were spread out across the barricades, subjected the events to their influence [giving the revolt a broader meaning] (ebd.).

Die Zeitung *Locomotive* berichtete am 27. Juni 1848 in einem Bericht vom 23. Juni über den furchtbaren Kampf in Paris. Die alte „Nationalgarde und das Militär“ seien einig und schlugen sich „gegen das Volk der Armuth“ (*Locomotive* 1848, S. 275). Von den Barrikaden und in den Straßen höre man den Ausruf: „Tod den Reichen.“ Das Blatt berichtete am 30. Juni 1848, was in der *NRhZ* nicht zu lesen war:

Männer, Frauen und Kinder kämpfen, einzelne Theile der bewaffneten Macht (besonders vom Militär, was seit 1834 nicht gesehen) gehen zum Volke rüber. Vielfach ertönt der Name Barbés aus den Reihen des Volkes. Einzelne Barricaden reichen bis ins zweite Stockwerk. Schon seit dem 24. schießt man mit Kartätchen. Die Bürger stehen gegen das übrige Volk [...]. Siegt das

---

<sup>247</sup> [https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10487145\\_00053\\_u001/1](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10487145_00053_u001/1) (abgerufen am 18.09.2019).

<sup>248</sup> Kersausie wurde am 22. April 1849 in der *NRhZ* erneut als „Chef der Junibarrikaden“ weiter begrüßt: [http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn\\_NRhZ279ii\\_1849.txt.xml](http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn_NRhZ279ii_1849.txt.xml) (abgerufen am 18.09.2019).

Volk, so wird eine sociale Humanitätsregierung unter Blanqui, Barbés u.s.w. die Menschenrechte gegen den Geldsack zur Geltung bringen. Unterliegt das Volk, so wird der Militairdespotismus zur Herrschaft kommen (ebd., S. 287).

Die Junikämpfer wurden von den Einwohnern der ganzen Armen- und Arbeiterviertel unterstützt, indem diese ihnen Essen und Wasser gaben. Um den Aufständischen Munition und Waffen heranzuschaffen, veranstaltete das arbeitende Volk außerdem „scheinbare Leichenbegräbnisse“ und führten „in den Särgen den Kämpfenden Waffen“ zu. „In Milchgefäßen und in Broten“ beförderten die Arbeiter „Patronen“. Auch „Frauen simulierten zum gleichen Zweck Schwangerschaft“ (Héritier 1897, S. 488f.). Die Schwester Blanquis wurde arretiert, „als sie den Insurgenten Munition bringen wollte“. Ihr ganzes Haus „war voll Munition“.<sup>249</sup> Dass Blanquisten selbst nach der „Junischlacht [...] trotz aller Anstrengungen“ von Louis Blanc und Ledru Rollin, „die einzig wirkliche *Partei*“ waren, schrieb der in Genf lebende Ernst Dronke auch Ende 1850 an Engels (MEGA<sup>2</sup> II/3, S. 684).

### **3. Solidarisierung der deutschen Arbeiterführung mit Pariser Junirevolution**

Es gibt zwischen der deutschen Arbeiterführung und Marx/Engels auch in Bezug auf die politische Positionierung gegenüber der Pariser Junirevolution eine signifikante Differenz. Revolutionäre Kommunisten begrüßten am 24. Juni 1848 die Pariser Junirevolution durch „Maueranschläge hochverrätherischen Inhalts“, so berichtete der Staatsprokurator, nachdem die ersten Nachrichten aus Paris über den Ausgang des Kampfes in Köln erreichten (RhBA II/2, S. 318). In der Komiteesitzung vom 26. Juni 1848 sprach Gottschalk über die Pariser Junirevolution, dass der Tag kommen werde, „wo die rothe Fahne der Arbeiter-Republic gegen die „blau-weiß-rothe Bourgeoisrepublik“ ziehen werde (ZAV 1848, S. 106). Die *Zeitung des Arbeitervereins zu Köln* unterstützte und solidarisierte sich mit den Pariser Arbeitern von Anfang an. Gottschalk äußerte sich am 2. Juli 1848, ein Tag vor seiner Festnahme, gegen die hemmungslosen Verleumdungen der Bourgeoisie entschieden, erklärte eindeutig seine Parteinahme für die Junikämpfer und warnte bürgerliche Zeitungen, die für die Niederschlagung der Junikämpfer triumphierten:

Triumphirt nicht zu früh; Ihr habt nur den Anfang des Kampfes gesehen; nur der Anfang Eures Todeskampfes ist Euch noch zu sehen vergönnt. Zwischen Euch und uns ist kein Friede mehr [...] Eure sogenannte heilige Ordnung hat uns und Tausende unseres Gleichen einem langsamen Hungertode überantwortet; wir ziehen den raschen Tod auf einer Barrikade durch Eure Kartätchen vor. [...] Statt Eurer ‚Ordnung‘, worin Tausende fleißige Arbeiter verhungern, damit

---

<sup>249</sup> [http://www.deutschestextarchiv.de/book/view/nn\\_NRhZ026b\\_1848?p=1](http://www.deutschestextarchiv.de/book/view/nn_NRhZ026b_1848?p=1) (abgerufen am 11.08.2019).

Wenige schwelgen, wollen wir eine ‚Unordnung‘ gewinnen, in der Keiner hungert oder elend ist [...] Ihr habt uns nicht eingeschüchtert. Statt langsam und Elend in feiger Entsagung zu verkommen, oder wie feile Skribler [Schreiberling] eine Herrlichkeit zu lügen, die nicht besteht, wollen wir erst Abrechnung halten, ja Abrechnung mit Euch. [...] Was unsere Vorfahren den römischen Rechtsverbrechern bereiteten, verlaßt Euch darauf, Euren zischenden Ratterzungen wird es nicht besser ergehen (ebd., S. 101f.).

Gottschalk ahnte auch die am Werk stehenden Kräfte, die ihn zu beseitigen beabsichtigten. Denn er war sowohl der Geldaristokratie als auch der Adelsaristokratie in Köln ein Dorn im Auge, da er „mit unerschütterlicher Freimut“ für „die soziale Republik“ kämpfte (Stein 1921, S. 55).

Die Kommunisten und Arbeiter gingen in Köln auf die Straße, um sich u.a. mit der Pariser Junirevolution zu solidarisieren. Die Solidarisierung der 9. Kompanie der Kölner Bürgerwehr mit dem Pariser Arbeiteraufstand verschärfte die politische Atmosphäre innerhalb der Kölner Bürgerwehr. Bekanntlich waren viele Mitglieder des Arbeitervereins in der 9. Kompanie. Der Hauptmann „rote“ Wächter „und etwa 20 gleichgesinnte Wehrmänner seiner 9. Kompanie erschienen am 23. und am 26. Juni beim Appell mit einem roten Bändchen im Knopfloch“ zum Rapport, um sich mit dem Pariser Juniaufstand zu solidarisieren (RhBA II/2, S. 289).

Dagegen unterzeichneten am 27. Juni 96 Bürgerwehrmänner dieser Kompanie ein Schreiben an den Kommandanten, um gegen den „roten“ Wächter und seine Genossen zu protestieren (Obermann 1970, S. 147). „Die Bedeutung des Bändchens sei unzweifelhaft“, so erklärte der Advokat Zimmermann, wo doch in Paris „die Partei der Anarchie die rote Fahne der Republik“ aufgesteckt habe. Die Gesinnung Wächters vertrage sich nicht mit der Bürgerwehr, denn deren „Fahne ist die schwarzrotgoldene des deutschen Vaterlands, sie führt die Waffen der konstitutionellen Monarchie“ (Seypel 1985, S. 97). Der Advokat Zimmermann und seine Freunde wollten „einen solchen Hauptmann als den Ihrigen nicht anerkennen“ und erklärten, dass sie „die neunte Kompanie verlassen und eine neue Kompanie bilden wollen“ (Obermann 1970, S. 147). Doch unter den in der 9. Kompanie Verbliebenen befanden sich viele Mitglieder des Arbeitervereins. So galt die 9. Kompanie weiter als die „rote Kompanie“ (Becker 1964, S. 138).

Am 28. Juni fand im Harffschen Saale eine stürmische Versammlung statt. Die Wogen der Erregung gingen hoch, als ein Arbeiter auftrat und über die bedrängte Lage der arbeitenden Klassen sprach. Es kam zu leidenschaftlichen Auftritten, in deren Verlauf die Arbeiter durch die Straßen zogen. Die Stadtchronik des Stadtsekretärs Fuchs berichtete am 28. Juni 1848, „ein

großer Haufe Volk“ habe sich vor Camphausens Wohnung gezogen und „unter Lärmen und Toben“ mit Ziegelsteinen etwa zwanzig Fensterscheiben eingeworfen:

In zwei benachbarten Straßen errichteten einzelne [...] mit dort vorfindlichen Fuhrkarren eine Art von Barrikaden, [um] das Heranziehen der Bürgerwehr zu verhindern. Diese war alsbald durch das Alarmzeichen unter die Waffen gerufen worden und eilte in großer Anzahl herbei. Mehrere Kompanien zogen zur Rheinstraße und sahen sich zum Teil genötigt, die durch viel Neugierige angewachsene Menschenmasse unter Trommelwirbel mit gefälltem Bajonett zu vertreiben, da die gütlichen Aufforderungen keine Folge leisteten, sie vielmehr mit Steinwürfen erwidert wurde. Mehrere Personen wurden verhaftet. Der Krawall hatte gegen 10 Uhr abends begonnen und allenthalben in der Stadt Besorgnis erregt. [...] Am folgenden Tage war wieder jenes Straßenskandals (RhBA II/2, S. 288).

Oberst Engels berichtete ebenfalls, dass die „Tumultanten“ immer wieder zu Camphausens Wohnung zogen, wo „Fenster zertrümmert und Schwärmer in das Haus“ geworfen wurden (Kühn 1934, S. 189). Truppen von der „gemusterten Trainsoldaten“ seien mit einer „roten Fahne“ durch die Straßen gezogen. Auch „die Rheinarbeiter“ hätten „einen ähnlichen Umzug“ gehalten (RhBA II/2, S. 288). Die Zeitung der Kölner Demokratischen Gesellschaft *Wärter am Rhein* (WaR) berichtete in bedauerlichen Tönen Ende Juni 1848, dass arbeitslose Schiffzieher und Fuhrleute von dem Lokal, das sie stark beschädigt hätten, nach einer Versammlung zum „Exminister“ Camphausen gezogen seien. Die „Vorfälle“ am 28. Juni hätten sich „leider“ am 29. Juni wiederholt. Es fänden wieder „Zusammenrottungen in der Nähe der Wohnung Campausens“ statt, und die Bürgerwehr müsste einschreiten:

Am Hause Camphausens zertrümmerte man mit Steinwürfen mehrere Fenster [...]. Die Lärmtrompete rief bald die ganze Bürgerwehr unter Waffen, welche bald die ganze Nachbarschaft von der zusammengelaufenen Menge befreite (WaR 1848, 1. Dz. Nr. 4).

Bei der Gelegenheit seien „einige Wehrmänner mit Steinwürfen“ schwer verletzt worden. Der bürgerliche Führer des 4. Banners ließ am 29. Juni die demonstrierenden Arbeiter aus den Straßen der Innenstadt verdrängen und bis in das Proletarierviertel verfolgen, wo die Bürgerwehr jedoch von Arbeitern mit Steinen zurückgeschlagen wurde. Das Blatt *WaR* erklärte entschieden, dass es weit entfernt sei, „solchen Skandalmachern und Steinwerfern das Wort zu reden“ und billigte es, „wenn mit den Waffen gegen sie eingeschritten wird“ (Becker 1963, S. 85f.).

Dass der „Volksunwillen gerade Ludolf Camphausen gegenüber sich Luft machte“, hält Hans Stein nicht für „verwunderlich“. Denn Camphausen war bekanntlich bis zum Ausbruch der Revolution Präsident der Kölner Handelskammer und er wurde Ende März 1848 preußischer

Ministerpräsident. So wurde er von Arbeitern als „der Sachwalter“ der rheinischen Bourgeoisie „in der preußischen Regierung“ angesehen (Stein 1921, S. 48f.). So bezeichnete die *Zeitung des Arbeitervereins zu Köln* in ihrer ersten Aufgabe im April 1848 Camphausen als den Vertreter „eines industriellen Adels“ (ZAV 1848, S. 2).

Marx/Engels dagegen unterstützten, wie Engels 1852 in seinem Aufsatz *Revolution und Konterrevolution in Deutschland* offen schrieb, die „liberale Bourgeoisie in Person zweier reicher Kaufleute“ (MEW 8, S. 44), nämlich Camphausen und Hansemann, während diese Personen von Kommunisten und Arbeitern bekämpft wurden. So riefen Marx/Engels die Arbeiter, wie sie es in entscheidenden Momenten immer wieder taten, zur Ruhe und Gehorsam. Die *NRhZ* berichtete nämlich am 30. Juni über die Kölner Arbeiterdemonstrationen von 28./29. Juni nur mit einem Satz und benutzte dabei den Terminus der Herrschenden. Demnach habe in Köln „ein unbedeutender Krawall vor dem Hause des Hrn. Camphausen“ stattgefunden.<sup>250</sup>

Doch das war kein „unbedeutender Krawall“, sondern „der schwerste Zwischenfall im Sommer“, wie sogar im *WaR* stand (*WaR* 1848, 1. Dz. Nr. 4). Die Kölner Bürgerwehr sei „niemals so eifrig und kriegerisch“ gewesen, wie an diesen Tagen (Becker 1963, S. 85), als sie gegen die Kommunisten und Arbeiter eingesetzt wurden. Die *Deutsche Zeitung* sah in den Junitagen in Köln bereits eine „rote Republik“. Sie schrieb am 6. Juli 1848, dass „man“ vorzugsweise in Köln „Besorgnis“ habe; denn die roten Bänder „mehrten“ sich selbst innerhalb der Bürgerwehr von Tag zu Tag und es sei so weit gekommen, dass „ganz große Trupps von allerlei Gesindel mit roten Fahnen“ durch die Gassen tobten und unter Trommelschlag die Republik ausriefen.<sup>251</sup>

## **VII. Kampf der „Adels- und Geldaristokraten“ gegen Kommunisten**

Das Kapitel VII, dessen Untersuchungszeitraum der Sommer 1848 ist, beschäftigt sich zuerst mit der Kampfansage der „Adels- und Geldaristokraten“ an die Kölner Arbeiterführung nach der Niederschlagung der Pariser Junirevolution. So wird die Hetzjagd gegen die Führung des Kölner Arbeitervereins unter die Lupe genommen. Folgend wird sich mit Engels' Freude über Gottschalks Verhaftung kritisch auseinandergesetzt, und es wird sein ewiger Hass gegen Gottschalk und die Arbeiterführung anhand seiner eigenen Aussagen dargelegt.

Auch der Konflikt zwischen Weitling und Marx im Juli 1848, der gleich nach der Niederschlagung der Pariser Junirevolution in Köln stattfand, wird in diesem Kapitel behandelt.

---

<sup>250</sup> <http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/> (abgerufen am 18.11.2019).

<sup>251</sup> [https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10505475\\_00053\\_u001/1](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10505475_00053_u001/1) (abgerufen am 28.11.2019).

So werden die Ansichten von Weitling und Marx über die Pariser Junirevolution in Vergleich gesetzt und analysiert. Das Kapitel VII setzt sich ebenfalls mit Marx/Engels' Feindseligkeit gegenüber dem Versuch einer Einheitsfront der revolutionären Kräfte kritisch auseinander. So werden die Veröffentlichung der Diffamierungen in der *NRhZ* gegen Bakunin, der zu den führenden Vertretern der revolutionären Kräfte zählte, und Bakunins Stellungnahme zu den Vorwürfen von Marx dargelegt.

Das Kapitel geht auch auf den Berliner Arbeiterkongress im August 1848 ein, auf dem Weitling und Kommunisten eine bedeutende Rolle spielten und aus dem die erste überregionale Vereinigung deutscher Arbeiterorganisationen, nämlich die *Allgemeine Arbeiterverbrüderung*, hervorging, während Marx sich mit seiner Werbereise zu den Geldmännern für Beschaffung des Geldes für seine Zeitung beschäftigte und in Berlin mehrere „Besprechungen mit Führungspersonlichkeiten“ der Bourgeoisie in der preußischen Nationalversammlung im August 1848 führte (MEGA I/7, S. 1645).

### **1. Verleumdungen gegen Kölner Arbeiterverein und Andreas Gottschalk**

Der im April 1848 von der Kölner Bundesgemeinde gegründete Kölner Arbeiterverein war im Juni 1848 mit mehreren tausenden Mitgliedern die führende Kraft der Kölner Arbeiter. Der aufrichtige Demokrat Hermann Becker, der seit 1848 auch für die liberalen Tendenzen verbreitende *Deutsche Allgemeine Zeitung* in Leipzig schrieb, berichtete am 22. Juni 1848 über den revolutionären Zustand in Köln wie folgt:

Übrigens hat man sich wohl nirgends so wenig mit sozialen Fragen beschäftigt, wie hier, obwohl die 6000 brotlosen Arbeiter gewiß dazu mahnen. So haben denn die Letzteren angefangen, auf eigene Hand sich mit der Verbesserung ihres Loses zu beschäftigen, und zwar ohne gerade auf die Zukunft der Besitzenden übergroße Rücksicht zu nehmen. Heute fanden sich an den Straßenecken Zettel, die entschieden Kommunismus predigen und die deutschen Brüder auffordern, wach zu sein, indem die Stunde der Erlösung bald schlagen werde. Es sind hier die ersten Anschläge dieser Art (Becker 1848; zit. nach Kühn 1934, S. 75).

Wie Marx verleugnete auch Engels die revolutionären Ereignisse in Köln und zeichnete stattdessen in seinem Artikel *Köln in Gefahr* in der *NRhZ* vom 11. Juni 1848 ein fiktives Bild. Demnach sei „Köln nie ruhiger“ gewesen „als gerade in der letzten Zeit“. Außer einem „unbedeutenden Auflauf vor dem Hause des Regierungspräsidenten“ Camphausen und „einer Schlägerei auf dem Heumarkt“ sei nichts vorgefallen (MEW 5, S. 61). Hier ist berechtigt zu fragen, warum er denn dann in demselben Artikel die Arbeiter „flehentlich“ um Ruhe bat (RhBA II/2, S. 247), wie der 2. Kommandant Engels berichtete.



Da der Kölner Arbeiterverein von Anfang an eine konkrete Gefahr für die Interessen der Bourgeoisie war, ließ sie über den Arbeiterverein und seine revolutionäre Leitung u.a. die „unwahrscheinlichsten Gerüchte“ und Verleumdungen verbreiten. Schon auf der zweiten Generalversammlung des Arbeitervereins vom 24. April 1848 verlangte Gottschalk von Arbeitern Wachsamkeit und Einigkeit gegen Verleumdungen und Bedrohungen der Bourgeoisie, die sowohl gegen ihn als auch gegen den Arbeiterverein gerichtet waren:

Seiet einig! Solange ein Tröpfchen Blut durch meine Adern rollt, solange auch nur ein Hauch meine Brust belebt, werde ich mit Euch sein, bis Ihr den Sieg der Arbeit erkannt habt, -Der Arbeit, die nicht mehr Elend, sondern Lebensgenuß ist (ZAV 1848, S. 9).

Gleich nach Gottschalks Rede startete die *Kölnische Zeitung* gegen ihn eine Hetzjagd. Demnach breche Gottschalk das notwendige Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf. Die Arbeiter sollten sich vom Gottschalk nicht missbrauchen lassen und sich auch nicht gegen die Eigentümerklasse provozieren lassen. Gottschalk sei ein „Schmeichler“, der den „Herren Arbeitern die tollsten Dinge in den Kopf“ setze. So wollten die Arbeiter nicht mehr arbeiten, sondern sie wollten jeden Abend in den politischen Vereinen liegen, kämen betrunken nach Hause und würden ihre Weiber und Kinder misshandeln, die sie verhungern lassen würden. Gottschalk wurde hier außerdem „der Vorbereitung ganz verruchter Anschläge“ bezichtigt (Schmidt 2002, S. 68f.). Ende April 1848 wurden von der Bourgeoisie gegen Gottschalk weitere Gerüchte verbreitet, denen zufolge ließe Gottschalk bei nächtlicher Weile 11.000 Flinten, welche ihm Abd-el-Kader zugesandt hätte, „furchtbare Arbeiterscharen in den Waffen“ üben. Außerdem hätte Gottschalk drei Guillotinen und vier Tonnen Gold besessen.<sup>252</sup> Alle Besitzenden betrachteten den Kölner Arbeiterverein und Gottschalk als „ruchloses Attentat gegen die Menschlichkeit“ (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 162).

In der Komiteesitzung vom 1. Mai 1848 erklärten einige Vereinsmitglieder, dass sich „Tausende und Abertausende“ dem Arbeiterverein noch anschließen würden, wenn nicht die Furcht unter einem großen Teil des Publikums bestände, der Präsident des Vereins, „der [als] ein gräulicher Kommunist“ bekannt sei, werde gegen jede Religion, besonders aber gegen die Christliche zu Felde ziehen, um sie wo möglich zu vertilgen (ZAV 1848, S. 22). Gottschalk bedankte sich zuerst den Rednern, die ihm Gelegenheit gegeben hätten, seine Grundsätze darzulegen. Man sage, Gottschalk sei „Communist“, d.h. ein Mensch, der das arme Volk in die Abgründe des Unglaubens führe, der ihm „den Trost der Hoffnung auf ein besseres Leben“ nehmen wolle:

---

<sup>252</sup> Bei seiner Verhaftung hatte Gottschalk nur 15 Silbergroschen bei sich (Kühn 1936, S. 85).

Ich antworte darauf, daß meine ungefähr neunjährige ärztliche Laufbahn in dieser Stadt dafür zeugen wird, daß ich immer bereit gewesen, wie es auch meine Pflicht gebot, jedem den Trost der Religion zu bieten, dem meine Kunst keine zu bieten hatte. Wie, meine Herren, ich, der ich mich erdreiste, im Namen des unterdrückten Volkes zu reden, ich sollte so grausam gewesen sein, ihm sein letztes Labsal, seinen letzten Trotz zu nehmen? Die Lüge ist zu verächtlich, als daß ich sie weiter berücksichtige und fordere ich Sie auf, da Gleichheit in unserem Verein herrscht, mich, Ihren Präsidenten, ebenso zur Ordnung zu rufen, wenn ich Ungehöriges gesprochen, als ich es mir mit Jedem von Ihnen erlauben würde (ebd., S. 23).

Man habe weitergesagt, Gottschalk sei ein Kommunist, „d.h. ein Feind der Lehre Jesu Christi“. Er antwortete darauf, indem er sein „kommunistische[s] Glaubensbekenntnis [...]“ klar darlegte. Hier ist nicht zu übersehen, dass Gottschalk auch in der Frage nach der Religion ähnliche Ansichten vertritt wie Weitling:

Ich halte sie [die Lehre Jesu Christi] mit ganzer Überzeugung [...] heiligste Lehre, weil sie das Erstgeburtsrecht der Juden aufgehoben und die Brüderlichkeit aller Menschen verkündet hat. Und Jesus Christus ist der Weltheiland, weil er Sünde und Elend diesseits und jenseits vernichten wollte, er ist ihr Heiland, weil er nicht für die Reichen, sondern für das arme Volk stand, lebte und litt; weil er die Geldwechsler aus dem Tempel peitschte, weil er den Schriftgelehrten, Pharisäern und stolzen Priestern entgegentrat, die die Lasten des armen Volkes nur vermehren helfen, die sie selbst nicht einmal mit dem Finger anrühren – weil er endlich den Armen, den Zöllnern und Sündern, den Fischern und Knechten, nicht aber den Reichen, den Müßiggängern und Schwelgern die Gnade und Erlösung bringen gewollt, weil er endlich für Euch, die Arbeiter, sein kostbares Blut vergossen (ebd.).

Zum Schluss seiner Rede fügte Gottschalk noch hinzu, sein „Vorbild“ sei Jesu Christi, er habe ihm nach seinen schwachen Kräften nachzufolgen gesucht und fürchte sich vor keiner Macht der Erde. Das sei sein Kommunismus. Die Arbeiter schenken Gottschalk für seine Rede einen langhaltenden, „von Lebehoch“ unterbrochenen Beifall.

Einer der ausschlaggebenden Faktoren für die Verleumdungen und Bedrohungen gegen den Kölner Arbeiterverein und Gottschalk war, dass der Kölner Arbeiterverein, der „aus der revolutionären Bewegung“ entstand, unter der Leitung Gottschalks „eindeutig die stärkste Organisation“ der Kommunisten im Rheinland war (Bilz 1995, S. 50) und sich entschieden gegen die „Adels- und Geldaristokraten“ richtete. So sprach Esser, der ebenfalls der Kölner Bundesgemeinde angehörte, in der Komiteesitzung vom 29. Mai 1848, dass die Feinde des Vereins, nämlich die „Adels- und Geldaristokraten“, die Gerüchte verbreiteten. Demnach sei der Verein „die Höhle einer Bande von Ruhestörern“, die nur die Gelegenheit abpasse,

„sengend und brennend gegen die ‚ordnungsliebenden Bürger‘“ loszuziehen (ZAV 1848, S. 57). Die Arbeiter traten jedoch trotz aller Verleumdungen der Herrschenden weiter scharenweise in den Arbeiterverein ein. So verbreiteten die Gegner des Vereins nun ein „noch gemeineres und tückisches Gerücht gegen Gottschalk“. Esser setzte seine Rede wie folgt fort:

[Er] sei erkauft und bestochen worden von der Regierung und den Bourgeois zu dem Zwecke, die Arbeiter so lange mit schönen Worten herumzuführen, bis die Reaktion wieder sich gekräftigt habe. Diese ‚Heuler‘ wissen nicht, was Freiheit ist; sie haben sich auch keine Mühe gegeben, es zu erfahren, denn sie sind mit einer Monarchie ganz zufrieden, weil sie in ihr die beste Unterstützung für ihren Schacher, den besten Schutz für ihren Säckel finden (ebd., S. 57f.)

Die „Adels- und Geldaristokraten“ verbreiteten weitere Gerüchte und Verleumdungen über Gottschalk auch nach seiner Verhaftung, er sei „der Geschichte überdrüssig“, wenn er jetzt wieder frei sei, würde er nach Amerika gehen. Die Arbeiterzeitung schrieb dagegen, die Arbeiter seien „gar zu klug und wacher“, als dass sie von solchen „dummen miserablen Lügen“ irgend Notiz nehmen werden (ebd., S. 105f.).

### **1.1. Verhaftung Gottschalks, den Bourgeoisie „auf Tod und Leben“ verfolgte**

Nach der Niederschlagung der Pariser Junirevolution äußerte sich Gottschalk, „dessen Wort beim Kölner Proletariat damals am meisten galt“ (Mayer 1934, S. 296), mehreren Freunden gegenüber, seine von der Bourgeoisie vorgeplante Verhaftung vorahnend, dass es für Arbeiter „ein harter Schlag“ sei, denn nun werde die „Reaktion“ in Deutschland noch „übermüthiger“ als vordem werden und „die ihr Verhassten auf alle mögliche Weise und nicht einmal nach Rechtsvorwänden aus dem Wege schaffen“. Als man ihn jedoch mehrmals bat, dass er sich auf einige Zeit aus der Stadt entfernen sollte, lehnte er es entschieden ab (ZAV 1848, S. 128).

Am 2. Juli 1848 wurden gegen sieben führende Mitglieder des Kölner Arbeitervereins Haftbefehle erlassen und eine gerichtliche Untersuchung wegen „Hochverrats“ eingeleitet. Um die Verhaftung reibungslos durchführen zu können, verhängte das Militär am 3. Juli 1848 eine Ausgangssperre. Die Gendarmen drangen früh am Morgen zwischen 6.00 und 7.00 Uhr in Gottschalks und Annekes Wohnungen und verhafteten sie (ebd., S. 105f.). Die bürgerliche *Deutsche Zeitung* schrieb am 6. Juli 1848, dass die „Hauptführer“ der „Umsturzpartei“, nämlich Gottschalk und „das tätigste Mitglied dieser Partei“ Anneke, festgenommen worden seien.<sup>253</sup> Sehr erleichtert schrieb General Graf von Roon am 5. Juli 1848 an seine Gattin, dass die „beiden Hauptwähler in Köln Anneke und Gottschalk“ auf Antrag des Untersuchungsrichters arretiert

---

<sup>253</sup> [https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10505475\\_00053\\_u001/1](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10505475_00053_u001/1) (abgerufen am 28. 11. 2019).

worden seien. Dabei seien ihre Papiere in Beschlag genommen. Es sollen sich „sehr belastende Momente“ ergeben haben. Er hoffe, dass sie nach diesen Verhaftungen „nun in Köln etwas Ruhe gewinnen“ würden (Kühn 1934, S. 197). Es gelang mehreren Arbeitern, zu flüchten. Nur das Mitglied des Kölner Arbeitervereins Esser wurde kurz nachher in Bremen „unter falschem Namen betroffen“ und „wie ein gemeiner Verbrecher unter mancherlei polizeilichen Schikanen“ nach Köln transportiert (Anneke 1848, S. 11).

Die Anklage gegen Gottschalk, Anneke und vier weitere schon entflozene Mitglieder des Arbeitervereins lautete: „Komplott zum Umsturz der bestehenden Regierung, zur Bewaffnung der Bürger gegeneinander, zur Erregung eines Bürgerkrieges, zur Verbreitung von Mord und Plünderung über die Stadt Köln und Reizen zu diesem Verbrechen.“ Diese Anschuldigungen stützten sich auf die Redebeiträge, die in der Volksversammlung vom 25. Juni 1848 gehalten wurden (ebd., S. 5).

Gottschalk wies in seiner erwähnten Rede vom 25. Juni darauf hin, dass man sich in Süddeutschland entschlossen habe, „an die Erringung der Republik Gut und Blut zu setzen“. Er glaube und hoffe, dass man auch im Rheinland „das heilige Feuer der Freiheit“ zum Kampf „gegen die Tyrannei der Großen“ entflammen könne. Die arbeitenden Klassen in Deutschland werden „die Freiheit der Republik erlangen“, und es werden „nicht viele Monate vergehen bis zu dem Augenblick, wo Deutschland nicht mehr ein geknechtetes, zerrissenes und armes Land“ sei, worin noch Tausende dem elendesten Lose preisgegeben seien, sondern wo es eine einige freie Republik sein werde (ZAV 1848, S. 102). Über die Inhaftierung von Gottschalk und Anneke berichtete der aufrichtige demokratische Republikaner Hermann Becker Folgendes:<sup>254</sup>

Ihre Verhaftung hat natürlich unter ihren Anhängern aus der arbeitenden Klasse gewaltigen Eindruck gemacht, und man sah die Leute heute auf den Straßen und Plätzen lebhaft gestikulierend beisammenstehen, besorgt auch für den Abend Ruhestörungen. Die Wache am Arresthause ist daher bedeutend verstärkt worden, und die Bürgerwehr wird nebst den Truppen in Bereitschaft stehen, um einem etwaigen Befreiungsversuch oder sonstigen Exzessen [...] sofort kräftig entgegenzutreten (Becker 1848; zitiert nach Kühn 1934, S. 78).

Die politische Haltung von Marx/Engels über die Festnahme Gottschalks und Annekes ist bemerkenswert. Während etwa der demokratische Republikaner Hermann Becker über die Verhaftungen von Gottschalk und Anneke gleich einen langen Artikel in der *Deutscher Allgemeiner Zeitung* schrieb, fand diese Verhaftungen in den Seiten der *NRhZ* nur mit einem

---

<sup>254</sup> Niemand durfte in den ersten Wochen Gottschalk im Gefängnis besuchen, und selbst die Zeitungen waren ihm verwehrt (Kühn 1934, S. 81). Gottschalk, Anneke und Esser wurden fast bis zum Prozess „von dem Direktor des Arresthauses ‚aus polizeilichen Rücksichten‘ in strengster Einzelhaft“ gehalten (Anneke 1848, S. 7).

kurzen Paragrafen ihren Platz. Während Becker sich auf die Seite der verhafteten Gottschalk und Anneke stellte (ebd., S. 77f.), schrieben Marx/Engels, dass ihnen angeblich „noch die bestimmten Nachrichten“ über „die Motive und die Art und Weise der Verhaftung“ gefehlt hätten. „Wir behalten uns daher“, so Marx/Engels, „unser Urteil vor“ (MEW 5, S. 165).

Laut der *Zeitung des Arbeitervereins zu Köln* vom 20. Juli 1848 äußerte sich Gottschalk über die höchst bizarre Urteilsvorbehaltung von Marx/Engels wie folgt:

Ich erkenne endlich in dem gegen mich eingeleitete Verfahren, in der Art und Weise desselben, wie in dem Vorenthalten der Rheinischen Zeitung nur das Walten einer mir feindlichen Partei und ich fürchte, ich werde der Untersuchungsbehörde wohl den Willen, nicht aber die Fähigkeit zutrauen dürfen, meine Angelegenheiten unbefangen zu leiten (ZAV 1848, S. 124).

Marx/Engels sprachen außerdem in ihrem sehr kurzen Bericht vom 3. Juli 1848 über die Verhaftung von Gottschalk und Anneke ihre Hoffnung aus, dass die Arbeiter „klug genug“ seien würden, sich nicht „durch eine Provokation zu einem Krawall verleiten zu lassen“. So riefen sie die Arbeiter beharrlich zur Ruhe und Gehorsam in jener Zeit, in der die Führung der Arbeiterbewegung festgenommen wurde. Wie der Kommandant Oberst Engels, warnten ebenfalls Marx/Engels im Klartext in der *NRhZ*, dass die Arbeiter, deren Anführer festgenommen worden waren, auf keinen Fall gegen diese Festnahmen protestieren dürften. Denn Marx/Engels und der preußische Oberst Engels sahen in den Protestaktionen der Arbeiter lediglich die „Provokation“ oder den „Krawall“ (MEW 5, S. 165). Am 5. Juli 1848 wurde in der *NRhZ* auf die Polizeiakten stützend diesmal berichtet, dass der Grund für Annekes Verhaftung eine „aufrührerische Rede“ sei, die er in der letzten Volksversammlung vom 25. Juni auf dem Gürzenich gehalten habe, in der er unmittelbar zu Komplotten gegen den Kaiser und seine Familie aufgefordert habe. Außerdem habe Anneke in seiner Rede aufgefordert, „die Ruhe des Staats durch Bürgerkrieg, durch gesetzwidrigen Gebrauch der bewaffneten Macht, durch öffentliche Verheerung und Plünderung zu stören“ (ebd., S. 166f.).

Gottschalk war für „Adel- und Geldaristokraten“ und daher auch für Marx/Engels ein Störfaktor. Seine Politik in Köln war für die Pläne von Marx/Engels ein großes Hindernis. Denn obwohl Marx die Kölner Bundesgemeinde und die Zentralbehörde im Mai 1848 aufgelöst hatte, gelang es ihm nicht, die politischen Aktivitäten der Kölner Kommunisten zum Stillstand zu bringen. Durch die Verhaftung Gottschalks wurde ein großes Hindernis, das im Wege von Marx/Engels stand, mit Hilfe von „Adel- und Geldaristokraten“ entfernt.

## 1.2. Engels' Freude über Gottschalks Verhaftung: „zum Glück“ verhaftet!

Die Heftigkeit der Gegensätze zwischen der deutschen Arbeiterführung und Marx/Engels in Köln geht besonders aus einem Engels' Brief vom 29. Oktober 1889 an Wilhelm Liebknecht hervor, der zuvor in einem Brief vom 26. Oktober 1889 Engels darum bat, „einige Notizen über Dr. Gottschalk und dessen in Cöln und außerhalb Cölns (1848) gespielte Rolle“ anzugeben. Liebknecht wollte wissen, wann Gottschalk die Äußerung tat: „Ich bin hier im Namen von 20,000 Proletariern, denen es ganz gleichgültig ist, ob wir Republik oder Monarchie haben? Auf dem Vorparlament? Und wann starb er?“ (Liebknecht 1963, S. 349). Engels schrieb hinsichtlich dieser Frage an Liebknecht Folgendes:

Über den Propheten Gottschalk kann ich Dir nur sehr wenig sagen, ich habe das Tier längst vergessen. [...] War ein für *damalige* Verhältnisse perfekter Demagoge, der den eben erst aufdämmernden Massen schmeichelte, auf alle ihre traditionellen Vorurteile einging, sonst ein totaler Hohlkopf [...] über alle Skrupel erhaben und somit jeder Gemeinheit fähig [...] er fabrizierte systematisch Legende über sich selbst (MEW 37, S. 298).

Ernst Czobel weist 1928 in seiner Arbeit *Der Kölner Arbeiterverein* auf die Schärfe der Gegensätze zwischen der revolutionären Arbeiterführung und Marx/Engels wie folgt hin:

Man sieht, die Schärfe des Gegensatzes, die Heftigkeit des Streites zwischen der Partei Marx einerseits und der Partei Gottschalk andererseits beeinflusste noch immer stark den Ton dieses Briefes, dessen Ungenauigkeiten weniger auf die Mängel des Gedächtnisses, als vielmehr darauf zurückzuführen sind, daß er noch wie in der Hitze des Gefechts, wie wenn der alte Streit wieder akut und offen geworden wäre, geschrieben ist (Czobel 1928, S. 434).

In einem feindlichen Ton bezeichnet Engels Gottschalk als einen totalen „Hohlkopf“ und „Demagogen“, der „über alle Skrupel erhaben und somit jeder Gemeinheit fähig“ gewesen sei (MEW 37, S. 298). Engels machte Gottschalk sachlich unbegründete Vorwürfe, indem er behauptete, dass Gottschalk durch seine Politik gegen die Bourgeoisie die feudale Klasse bedient zu haben. Er sah in Gottschalks Haltung, ähnlich wie die bürgerliche *Kölnische Zeitung*, „Schmeicheln“ der Massen, da Engels selbst die kommunistischen Arbeiter nur abwertete, indem er sie u.a. mit dem Etikett „Straubinger“, die „bornierten Hunde“, „eine Bande von Eseln“ (MEW 27, S. 190) versah. Seine Beschimpfungen und Demütigungen über die revolutionären Kommunisten, wie Weitling, Gottschalk, Willich und Hess, gelten in der politischen Literatur als „unantastbare Werturteile“ (Zjoeisti 1921, S. 239).

So verhöhnnte Engels Gottschalk immer noch mit voller Wut, obwohl nach den Auseinandersetzungen über vierzig Jahre vergangen waren. Engels' Brief war eine Art

Spiegelbild seiner Feindlichkeit und seines frischgebliebenen Hasses gegen einen kommunistischen Arbeiterführer, der sich für die Arbeiter opferte. In seinen böswilligen Unterstellungen verstieg sich Engels, wie bei ihm öfter der Fall ist, zu den unwahren Behauptungen, indem er schrieb, dass Gottschalk „schon sehr am Abnehmen“ war, als Marx und er selbst im April 1848 nach Köln kamen. Er scheute sich auch nicht, zu behaupten, dass beim Erscheinen der *NRhZ* Gottschalk schon fast verschollen gewesen sei:

Genug, er spielte in den ersten Märztagen eine gewisse Rolle in Köln. [...] Das war alles vor unsrer Zeit. Als wir im April nach Köln kamen, war er schon sehr am Abnehmen, und als wir uns zur definitiven Publikation der Zeitung wieder dort zusammenfanden, war er schon fast verschollen (MEW 37, S. 298).

Doch die historische Tatsache war das Gegenteil, denn zu dem von Engels erwähnten Zeitpunkt, nämlich im April 1848, hatte Gottschalk den Kölner Arbeiterverein mit 300 Arbeitern gegründet und er war im Juni 1848 der unbestrittene Arbeiterführer, den „die Kölner Bourgeois auf Tod und Leben verfolgten“ (Stommel 1964, S. 94), weil er zu dem von Engels erwähnten Zeitpunkt gerade seine heftigsten Angriffe gegen die Bourgeoisie durchführte (Schraepfer 1972, S. 277). In dieser Zeit „Marx was not therefore the leader of the chief working-class groups in Cologne“ (Noyes 1966, S. 118). In den Sitzungen des Arbeitervereins „hatten Gottschalk und seine Anhänger bis zu dessen Verhaftung immer die Führung“. Daher entspricht Engels' Aussage von „unser[em] Arbeiterverein“ keinesfalls der historischen Realität und dient daher nur zur Manipulation.

Es ist „zweifellos“, dass Marx/Engels nach der Verhaftung von Gottschalk und Anneke und nach der Flucht von Jansen versuchten, „die Oberhand im Arbeiterverein“ zu gewinnen (Czobel 1928, S. 434), was ihnen nicht gelungen war. Erst nach Molls Flucht und Schappers Verhaftung gelang es Marx/Engels im Herbst 1848, den Arbeiterverein zur Verfügung der Bourgeoisie zu stellen. Doch auch in dieser Zeit kämpfte eine starke revolutionäre Opposition im Arbeiterverein gegen ihre bourgeoisiefreundliche Politik.<sup>255</sup>

---

<sup>255</sup> Gerhard Becker behauptet, dass sich der Kölner Arbeiterverein durch den unmittelbaren Einfluss von Marx/Engels zu einer Massenorganisation des Proletariats in Deutschland entwickelt habe. Becker versucht in seiner Behauptung den Einfluss Gottschalks auf die Kölner Arbeiterbewegung in der Revolution von 1848/1849 abzuwerten, die vermeintliche Wirkung von Marx/Engels auf die Arbeiterbewegung dagegen möglichst auszuwerten. Er glaubt zu wissen, dass Gottschalks politische Konzeption aus einem „buntschillernden politischen Eklektizismus“ bestehe, „der in seiner Prinzipienlosigkeit und Widersprüchlichkeit“ seinesgleichen suche (Becker 1963, S. 33). Die Polemik, die Becker gegen „spalterische“, „arbeiterfeindliche“ und „versöhnlerische“ Gottschalk-Gruppe führt (ebd., S. 68f., 74, 91, 177ff., 193f.), hat in der Tat den Sinn, wie Schieder feststellt, Marx/Engels an Stelle von Gottschalk „zur Gloriette des erfolgreichen Arbeiterführers“ in Köln zu verhelfen. Doch diese Darstellung muss „ins Reich der historischen Legenden verwiesen werden“ (Schieder 1965, S. 263).

Engels behielt seinen abgrundtiefen Hass auf Gottschalk immer noch lebendig bei, indem er Gottschalks Verhaftung auch 1885 als ein „Glück“ bewertet. „Zum Glück für ihn“, so schrieb er, „wurde er und Anneke Anfang Juli verhaftet“ (MEW 37, S. 298). Doch die Verhaftungen von Gottschalk und Anneke waren weder für Gottschalk und Anneke und noch für die Kölner Arbeiterbewegung ein „Glück“, sondern die Verhaftungen waren gar und ganz „a tremendous stroke of fortune for Marx“ (Felix 1982, S. 339) und Engels. Denn die revolutionäre Arbeiterbewegung unter Gottschalks Leitung war in Köln ein großes Hindernis für die bourgeoisiefreundliche Politik von Marx/Engels. Nach der Verhaftung der Arbeiterführung war für sie der Weg frei. So versuchten Marx/Engels, den Kölner Arbeiterverein zum Anhängsel der Bourgeoisie zu machen.

Die „gewaltsame Ausschaltung Gottschalks“ (Fehling 1922, S. 72) wurde sowohl von der Bourgeoisie als auch von Marx/Engels als ein „Glück“ begrüßt. Ob Gottschalks Verhaftung ein reines zufälliges „Glück“ war, ist stark zu bezweifeln. Denn es spricht vieles dafür, dass seine Verhaftung ein gewolltes und geplantes Vorgehen der „Geld- und Adelsbourgeoisie“ war. Gottschalk wurde ins Gefängnis gesteckt, weil er es gewagt hatte, wie er 1849 in seiner Rede vor dem Gericht kristallklar formulierte, „für das Volk der Armen, der Arbeiter und der Geknechteten zu denken, zu fühlen und zu reden“ (Gottschalk 1849, S. 17).

Unter Gottschalks Leitung wurde die Forderungen der Bourgeoisie trotz der Wünsche von Marx/Engels im Kölner Arbeiterverein nicht unterstützt und sogar heftig angegriffen. Deswegen drängte die Bourgeoisie den Einfluss Gottschalks im Arbeiterverein zurück, indem sie ihn verhaftete.<sup>256</sup> Sie hoffte, dass durch diese Verhaftung die Bahn für das politische Konzept von Marx/Engels eröffnet werden würde. Demnach müssten die Kommunisten in Deutschland mit der „Geldaristokratie“ Hand in Hand zusammen gehen. Die Bourgeoisie musste jedoch in zwei Monaten sehen, dass sie sich täuschte. Moll und Schapper ließen sich zwar im Vergleich zu Gottschalk, Anneke und Willich von der bourgeoisiefreundlichen Politik von Marx/Engels zeitweilig überzeugen. Doch später gerieten auch Moll sowie Schapper mit dieser Politik in Konflikt.

Die Zerschlagung der revolutionären Leitung des Arbeitervereins hatte wichtige Konsequenzen für die Arbeiterbewegung in Köln und bedeutete „einen tiefen Einschnitt“ in der Geschichte

---

<sup>256</sup> Gerhard Becker stellt in seiner Arbeit mit Zufriedenheit fest, dass nach Gottschalks Verhaftung im Sommer 1848 endlich mit der „systematischen ideologischen Erziehungsarbeit“ im Kölner Arbeiterverein begonnen worden sei (Becker 1963, S. 93). Nach Martin Hundt habe die „Reaktion“ durch die Verhaftungen und Ausweisungen der Leitung des Arbeitervereins „selbst die günstigsten Voraussetzungen für eine Umgestaltung des Vereins zu einer klassenbewussten Massenorganisation“ geschaffen (Hundt 1993, S. 501).



des Kölner Arbeitervereins (Dowe 1972, S. 177). Drei Tage nach Gottschalks Verhaftung wurde Moll auf der Komiteesitzung vom 6. Juli 1848 zum Präsidenten gewählt. In seiner ersten Rede bedankte sich Moll bei den Mitgliedern, dass sie sich trotz Gottschalks Verhaftung ruhig verhalten hätten. Er brachte den Mitgliedern des Arbeitervereins seine „Hochachtung“ für ihr „ruhiges und besonnenes Benehmen“ dar und forderte die Mitglieder weiter auf, auch in Zukunft dafür zu sorgen, ruhig zu bleiben (ZAV 1848, S. 113). Es ist auffallend, dass derselbe Moll etwa drei Monate später nicht zu ruhigem Verhalten, sondern zum Widerstand aufrief, als die Polizei am 25. September 1848 diesmal ihn festnehmen wollte (Nicolaevsky 1961, S. 223).

Im Juli 1848 jedoch reduzierte Moll gleich die Mitgliederzahl des Komitees des Arbeitervereins von hundert auf zwanzig. Der Monatsbeitrag wurde auch erhöht und auf einen Silbergroschen festgesetzt (Becker 1963, S. 102). Im Gegensatz zu Gottschalk widmete sich Schapper in diesen Monaten mehr den abstrakten theoretischen Diskussionen, weniger jedoch den praktischen Forderungen der Arbeiter (McLellan 1973, S. 214f.). So beantragte er am 13. Juli „in den Comité-Sitzungen Fragen zu diskutieren“ und stellte den ersten Punkt zur Diskussion, „ob die Maschinen den Menschen nützlich wären oder nicht“ (ZAV 1848, S. 124f.). Derselbe Schapper, der vor zwei Jahren in einem Brief an Marx die Revolution mit der Metapher des Sturms verglich und schrieb, dass er in der Revolution nur „kämpfen“ werde (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 252ff.), widerspricht sich selbst, indem er im Sommer 1848 im Kölner Arbeiterverein abstrakte Seminare gab. Die Seminare von Schapper und Moll brachten im Arbeiterverein „wenig Wichtiges“. So verlor er viel von seiner vorherigen revolutionären Stoßkraft. Es machte sich eine „gewisse Gleichgültigkeit bemerkbar“. Das äußerte sich in dem „schlechten Besuch der Versammlungen und dann in gelegentlichen Entgleisungen der Vereinszeitung“ (Stein 1921, S. 61). Laut Protokoll der Komiteesitzungen sank die Mitgliederzahl des Vereins im Sommer 1848 drastisch (ZAV 1848, S. 176). Denn im Gegensatz zu Moll und Schapper hatte Gottschalk, so Dieter Dowe, sowohl persönlichen als auch politischen Einfluss auf die Kölner Arbeiter, sodass er dadurch „schwierige Klippen“ innerhalb des Vereins sicher umschiffen und die Arbeiter trotz ihrer unterschiedlichen ökonomischen und politischen Interessen zusammenhalten konnte (Dowe 1972, S. 177). In einem Artikel in der *Deutschen Zeitung* vom 18. August 1848 wurden die wachsende Desillusion und Desinteresse wegen der veränderten politischen Linie des Arbeitervereins wie folgt beschrieben:

Wenn es ein Zufall ist, so ist es jedenfalls ein merkwürdiger Zufall, daß seit den stattgefundenen Verhaftungen der Führer der Arbeitervereine die tiefste Ruhe in der ganzen Provinz und namentlich in Köln geherrscht hat. Gährungsstoff ist allerdings noch in Masse vorhanden, aber

es fehlt jetzt der Mann, der auf die willenslosen Schaare entschiedenen Einfluss übt und sie zu beherrschen weiß.<sup>257</sup>

Gottschalk habe sich für die Interessen der Arbeiter eingesetzt und so die Arbeiter in Bewegung gebracht, da seine politische Agitation auf ein bestimmtes, den Arbeitern fassliches und greifbares Ziel hingearbeitet habe. Mit Erleichterung stellte der Verfasser am Ende seines Artikels fest, dass mit Gottschalks Verhaftung alle unmittelbaren Unternehmungen einstweilen bei Seite gesetzt worden sei. Dagegen fand er es „ein großes Glück“, dass die *NRhZ* eine für Arbeiter unverständliche „Musik“ pfeife.

## 2. Disput zwischen Weitling und Marx: Revolution versus Reform

In den düsteren Tagen des Sommers 1848, in der letzten Juliwoche, erschien in Köln Wilhelm Weitling, der im Mai 1848 aus den USA über Paris<sup>258</sup> nach Deutschland zurückgekehrt war, um an der Revolution aktiv teilzunehmen (Schlüter 1907, S. 63). Er fuhr Anfang Juli aus Paris, durchreiste dann Deutschland und ließ Flugschriften abdrucken, die er „in Frankfurt und im Badischen, namentlich in Heidelberg“ verteilte (RdA 1851, S. 109). Die Polizeibehörden vermerkten in ihren Berichten, dass Weitling im Sommer 1848 in Deutschland mit einer Broschüre, nämlich mit seinem *Nothruf an die Männer der Arbeit und Sorge*, auftrat, „welche von kommunistischen Plänen und Organisationen strotzende Druckschrift Weitling anscheinend selbst auf seinen Querzügen in Deutschland in großen Massen verbreitete, um damit Propaganda zu machen“ (Wermuth/Stieber 1853, S. 27).

Die ersten Kontakte in Deutschland knüpfte Weitling zu den in Paris und in der Schweiz gewonnenen und bei der Revolution nach Deutschland zurückgekehrten Kommunisten (Seidel-Höppner 2014, S. 1101).<sup>259</sup> Die Direktoren der geheimen Polizei Wermuth/Stieber berichteten, dass Weitling im Sommer 1848 mit einem Magdeburger Pass in Berlin auftauchte und sich hier sofort „auch mit dem Schuhmachergesellen Hätzel in Verbindung“ setzte (Wermuth/Stieber 1853, S. 41ff.). Laut der Anklageschrift des Berliner Polizeipräsidiums habe Hätzel „zur Zeit der Anwesenheit Weitlings, der Abgeordneter zu dem 1848 hier abgehaltenen demokratischen Congress war, für den Bund gewirkt“ und zehn Gemeinden gestiftet zu haben (Seidel-Höppner 2014, S. 1622).

---

<sup>257</sup>[https://digipress.digitalesammlungen.de/view/bsb10505475\\_00445\\_u001/1?q=K%C3%B6lner%20Arbeitervere](https://digipress.digitalesammlungen.de/view/bsb10505475_00445_u001/1?q=K%C3%B6lner%20Arbeitervere) in (abgerufen am 27.11.2019).

<sup>258</sup> In den Pariser Tagen nahm Weitling u.a. mit Hermann Ewerbeck, Andreas Scherzer und Georg Herwegh Kontakt auf (Seidel-Höppner 2014, S. 1097ff.).

<sup>259</sup> Briefe und Notizen in Weitlings Adressbuch bezeugen seine stabilen Kontakte zu den Mitgliedern des *Bundes* (Barnikol 1931, S. 50ff.) und „ein vertrautes Verhältnis zu einflussreichen Wortführern der Arbeiterverbrüderung, meist Kommunisten und Sympathisanten“ (Seidel-Höppner 2014, S. 1101).

Mitte Juli nahm Weitling Kontakt auch mit dem Berliner Zentralkomitee für Arbeiter auf und sprach am 16. Juli auf einer vom Zentralkomitee einberufenen Volksversammlung in Berlin. Gleich danach fuhr er über Magdeburg zum Frankfurter Gesellenkongress, wo er nur am Eröffnungstag blieb. Von hier aus fuhr er nach Köln, wo er u.a. auch „den Kontakt zu Mathilde Franziska Anneke“, die Ehefrau des verhafteten Fritz Anneke, erneuerte (Seidel-Höppner 2014, S. 1102f.).<sup>260</sup> Es liegt bis heute im Dunkel, ob Weitling hier auch mit Moll und anderen Kommunisten Kontakt knüpfte, denn es ist auffällig, dass nach Weitlings Besuch in Köln insbesondere Moll und teilweise auch Schapper begannen, ihre politische Haltung allmählich zu radikalisieren.

Weitling hinterlegte bei seinem Kölner Besuch gegen Ende Juli 1848 seine Broschüre *Nothruf an die Männer der Arbeit und Sorge* in den Wirtshäusern in Köln und verschickte sie packenweise an mindestens vier weitere deutsche Städte. In dieser Broschüre entsprechen drei Grundsätze von Weitling den Forderungen der deutschen Arbeiter, die durch die Wirtschaftskrise, Existenzunsicherheit und Elend bedrängt waren. Die Kommunisten lesen in dieser Broschüre einen Weitling, der „die unter den Nägeln brennenden Probleme kurz und bündig“ den revolutionären Verhältnissen entsprechend auf neue Weise zu beantworten sucht (ebd., S. 1102). Seidel-Höppner weist auf einige Indizien hin, die darauf deuten, dass Weitlings Broschüre schon „vor seiner Rückkehr nach Preußen“ gelangt sein müsse. Gustav Schlöffel müsste die Broschüre früher erhalten haben. Denn die Metapher Weitlings Broschüre „Männer der Arbeit und der Sorge“ erschien schon im April 1848 in Schlöffels Blatt *Volksfreund*, also vor Weitlings Ankunft in Deutschland (ebd., S. 1105f.).

In Köln traf Weitling ebenfalls den aufrichtigen demokratischen Republikaner Hermann Becker und bat ihn, in der *Demokratischen Gesellschaft* eine Rede zu halten. Becker erwiderte Weitling, dass dieser keine Erlaubnis brauche, da die Rednerbühne jedem freistehe (Kühn 1934, S. 108). Es versteht sich von selbst, dass Marx über den Besuch Weitlings sich keinesfalls freute. Er war auch über Beckers freundliche Verhaltensweise Weitling gegenüber sehr empört und versuchte, mit allen Mitteln Weitlings öffentliches Auftreten zu verhindern. Marx hielt „in der Tat sofort“ Becker gegenüber einen „Vortrag gegen Weitling“ und erhob bei Becker mit den Worten Einspruch: „Haben wir an Gottschalkschen Unsinn nicht genug, müssen Sie noch Weitling aufs Tapet bringen.“ Aber Becker ließ sich von Marx nicht beirren und erwiderte, was

---

<sup>260</sup> Franziska Anneke gehörte den politisch aktiven Frauen der Revolution an, setzte sich auch in den USA für die Befreiung der Frauen ein und trat 1852 Weitlings *Arbeiterbund* bei (RdA 1852, S. 368). Sie schrieb auch für seine Zeitschrift *Republik der Arbeiter*.

er auch Weitling gegenüber sagte, dass jedem dieselbe Rednerbühne zugänglich sei (Hackenberg 1899, S. 53).

So hielt der „bekannte Kommunist“ Weitling, schrieb Carl Cramer aus der Kölner Demokratischen Gesellschaft am 21. Juli 1848 in seinem Blatt *WaR*, in der Generalversammlung einen Vortrag. Weitling wurde vor seiner Rede „mit lebhaftem Applaus“ empfangen. Nach seiner Rede jedoch schenkten ihm die bürgerlich/konstitutionellen Demokraten nur noch eine „Anstandsapplaus“, da er anscheinend nicht die von ihnen erwünschte Rede hielt. Cramer zufolge zog Weitling in seiner Rede die erste Bilanz der Februar- und Junirevolution und seiner Eindrücke von der politischen Lage in Deutschland. Verständlicherweise widersprachen sowohl Cramer als auch Marx Weitlings Ansichten schriftlich wie auch mündlich, denn dieser „belobt“ u.a. „die Kölnischen Wähler“, nämlich Gottschalk, Anneke, Willich, „wegen dem was sie bis dahin gethan hätten“ und „fordert aber auf, nicht stehen zu bleiben“. Weitling erklärte in seiner Rede weiter, dass die „Demokraten, Socialisten und Kommunisten“ unter dem Begriff „Demokratie“ nicht dasselbe verstehen. Und in Deutschland wäre auch so wenige Menge befähigt, zu erkennen, was von der „Demokratie“ von wahren Vorteil sei (*WaR* 1848, Nr. 9).

Da Weitling auch in Paris mit eigenen Augen die soziale „Prinzipienschlacht“ zwischen der bürgerlichen Republik und dem Proletariat sah (Weitling 1955, S. 299), vertrat er wie zuvor die politische Position, dass nach Revolutionen ein „provisorisches Gouvernement“, sprich die Herrschaft des Proletariats, errichtet werden müsse (Kühn 1934, S. 123). Marx meldete sich zuerst gegen Weitlings Rede zu Wort, fasste aber doch den Mut nicht, vor der Öffentlichkeit mit Weitling zu disputieren und verließ schon vor dem Abschluss Weitlings Vortrags den Saal. Hinterher schrieb er seine Ansichten. Obwohl Engels 1883 Marx bei seinem Begräbnis als „Mann der Wissenschaft“ frönte (MEW 19, S. 336), vertraute dieser doch seiner „Waffe einer glänzenden Kritik“ und seiner eigenen „Tapferkeit nicht allzu sehr“, wie Gottschalk feststellte (Gottschalk 1849, S. 51), mit den revolutionären Kommunisten vor der Öffentlichkeit zu diskutieren.

Statt Marx meldete sich Cramer, der auch ähnliche Ansichten mit ihm teilte, in der Versammlung zu Wort und behauptete, dass Weitling für eine „Gewaltherrschaft der Einzelnen“ spreche. Er lehne dagegen die Gewalt entschieden ab. Seiner Meinung nach sei nur die „allgemeine Wahl“ der richtige Weg, um „die Staatslenker“ zu ernennen (Kühn 1934, S. 123).

Marx unterstützte Cramers Rede am 4. August 1848 bei der folgenden Zusammenkunft der Demokratischen Gesellschaft, indem er versuchte, in einer längeren Rede den Beweis zu führen, dass die von Weitling angenommene Trennung der politischen und sozialen Interessen ebenso wenig als ein direktes Gegenüberstehen denkbar seien, dass vielmehr politische und soziale Interessen sich gegenseitig durchdringen müssten. Weitlings These, dass die soziale Entwicklung die politische aufhalte, sei ebenfalls „unwahr“ (RhBA II/2, S. 345).<sup>261</sup> Doch Weitling kannte ganz genau das Gesetz, dass ein wirtschaftlicher Aufschwung, der die Konservativen weniger konservativ macht, auch die Revolutionäre weniger revolutionär. Marx kannte sicher dieses Gesetz auch, und gerade deswegen behauptete er gegen Weitling das Gegenteil.

Der liberale Gegenbegriff zu *Revolution* war *Reform*, die Marx gegenüber Weitling befürwortete, da *Reform* friedlich-organische Entwicklung, wohl überlegtes, planvolles Handeln besonnener Bürger im Konsens, durch „Vereinbarung“ mit der traditionellen Staatsordnung beinhaltete. *Reform* bewegte sich „im Rahmen von Gesetz und Ordnung“ (Seyppel 1991, S. 130ff.). Wie schon ausführlich behandelt wurde, wusste Marx ganz genau, dass die Vertreter der deutschen Bourgeoisie, wie Camphausen, Hansemann, Mevissen etc., sich definitiv gegen eine Revolution stellten. Er wusste, dass die Interessen der Bourgeoisie in einem Kompromiss mit der Monarchie liegen, um einer „Pöbelrevolution“ das Wasser abzugraben.

Deswegen hielt Marx die von Weitling unterstützte Staatsform, die Diktatur des Proletariats,<sup>262</sup> nämlich die Herrschaft des Proletariats, laut Sitzungsprotokoll der Kölner Demokratischen Gesellschaft vom 4. August 1848 für „unpraktisch“ und „unmöglich“. So lehnte er die Idee der Herrschaft der Arbeiter als „Unsinn“ ab, die in der damaligen Zeit von allen revolutionären Kommunisten propagiert wurde. Nach Marx müsse eine „provisorische Regierung“ vielmehr aus „den heterogensten Elementen“ zusammensetzen, die „sich alsdann durch Ideenaustausch über die zweckmäßigste Art der Verwaltung“ einigen müssten (RhBA II/2, S. 345). Er lässt hier

---

<sup>261</sup> Es ist bemerkenswert, dass die Berichterstattung über den am 13. August 1848 stattgefundenen Kölner Demokraten Kongress, auf dem Marx auch eine lange Rede gegen Weitlings Ansichten gehalten hatte, in der *NRhZ* nicht veröffentlicht wurde (Kühn 1934, S. 126).

<sup>262</sup> Koenen weist darauf hin, dass der Begriff „Diktatur“ ursprünglich kein Synonym für „Despotismus“, „Tyrannei“, „Absolutismus“ oder „Autokratie“, sondern eher das Gegenteil war. Die „dictatura“ bezeichne in der späten römischen Republik ein „Verfassungsinstitut“, das vorsah, „in einer Krise von Staat und Gesellschaft die Macht für eine begrenzte Periode“ in die „Hände eines allgemein anerkannten Bürgers“ zu legen, und zwar „zum Schutze der Republik gegen eine äußere oder innere Bedrohung, die gerade zur Errichtung einer illegitimen und dauerhaften ‚tyrannis‘ hätte führen können“ (Koenen 2020, S. 182).

jedoch die Frage unbeantwortet, wie die Zusammenarbeit der „heterogensten Elementen“ und deren „Ideenaustausch“ eintreten würden.

Etwa nach einem Monat im September 1848 schrieb Marx dagegen wegen der politischen Krise zwischen dem Adel und der Bourgeoisie in der preußischen Regierung mehrere Artikel, worin er den Konflikt zwischen zwei ausbeuterischen und unterdrückerischen herrschenden Klassen, nämlich der Krone und der Bourgeoisie, als „legitim[en] Ausdruck der Revolution“ betrachtete. Hier zeigte er der Bourgeoisie als deren politischer Berater, wo ihre wahren Interessen liegen, und empfahl ihr, dass sie in dieser Krise „diktatorische“ Maßnahmen ergreifen müsse:

Jeder provisorische Staatszustand nach einer Revolution erfordert eine Diktatur, und zwar eine energische Diktatur. Wir haben es Camphausen von Anfang an vorgeworfen, daß er nicht diktatorisch auftrat, daß er die Überbleibsel der alten Institutionen nicht sogleich zerschlug und entfernte (MEW 5, S. 402).

Während Marx Weitlings Rede bezüglich der Pariser Junirevolution als „Unsinn“ betrachtete, da dieser der Meinung war, dass die Kommunisten nach Revolutionen ein „provisorisches Gouvernement“,<sup>263</sup> nämlich die Diktatur des Proletariats errichten müssten, warf derselbe Marx selbst am 14. September 1848 dem Vertreter der Bourgeoisie Camphausen vor, dass dieser „nicht diktatorisch auftrat“. Nach Marx braucht allein nur die Bourgeoisie „eine energische Diktatur“. Dagegen sollten die Kommunisten die Gegensätze nur „durch Anwendung geistiger Waffen“ und „eine Ausgleichung auf gutlichem Wege zustande [...] führen“ (BdK 1, S. 1122). Während Marx der Bourgeoisie diktatorische Maßnahmen gegen ihre Gegner anpries, hielt er die Arbeiterrevolution für einen Prozess, der sich nur von selbst und allein entwickeln könne.

### **3. Marx/Engels' Kampf gegen Einheitsfrontversuch der revolutionären Kräfte**

Erst nach der Verhaftung Gottschalks und Annekes wurde im Ausschuss der Demokratischen Gesellschaft die Frage diskutiert, ob sich nicht die beiden Vereine, nämlich der Kölner Arbeiterverein und die bürgerliche Demokratische Gesellschaft durch einen Mitgliederaustausch näherkommen könnten. Es entstanden Kontroversen, ob in den Versammlungen allgemeine Grundsätze der gesellschaftlichen Wissenschaft oder unmittelbar ins Leben greifende Fragen diskutiert werden sollten. Eine Einigung kam darüber nicht zustande (Kühn 1934, S. 108). Doch die in der Komiteesitzung des Arbeitervereins vom 14. Juli 1848 gestellte Frage, ob es wahr sei, dass die *Demokratische Gesellschaft* sich mit dem Arbeiterverein geeignet habe, bejahte Joseph Moll (ebd., S. 120).

---

<sup>263</sup> <http://digital.ub.uni-duesseldorf.de/ihd/periodical/titleinfo/3603012> (abgerufen am 02.12.2019).

Der Arbeiterverein verlor zwei Wochen nach der Verhaftung Gottschalks und Annekes seine Selbständigkeit. Marx wurde am 21. Juli in einer Generalversammlung der Demokratischen Gesellschaft per Akklamation in den sechs Mitglieder zählenden Kölner Kreisausschuss der demokratischen Vereine gewählt, der einen Kongress der rheinpreußischen Vereine vorbereiten und deren Aktivitäten koordinieren sollte (Seyppel 1991, S. 87f.). Die Demokratische Gesellschaft vereinte sich mit dem Arbeiterverein erst, nachdem die revolutionäre Führung des Arbeitervereins von der Bourgeoisie entweder ins Gefängnis gesteckt oder aus Köln vertrieben wurde.

Nicht mehr Gottschalk im Namen des Kölner Arbeitervereins, sondern Marx und Schneider II luden im Namen der bürgerlichen Demokratischen Gesellschaft die anderen Vereine im Rheinland zum 1. „Rheinischen Demokratenkongress“ am 13./14. August ein. Am Kongress nahmen aus 17 Vereinen 40 Deputierte teil (RhBA II/2, S. 356f.), darunter auch beispielsweise der Mülheimer Demokratische Verein, der sich „für die konstitutionelle Monarchie“ aussprach (Dowe 1970, S. 185). Als Mitglied des Kreisausschusses nahm Marx zusammen mit Engels am Kongress mit der Hoffnung teil, dass sie den Kölner Arbeiterverein davon abhalten könnten, sich gegenüber der Bourgeoisie zu verselbstständigen. So empfahl der Kongress am Ende des Tages den Kongressteilnehmern „einstimmig“ nur „ununterbrochenen Briefwechsel“ als „Mittel des gegenseitigen Verkehrs sowie Veröffentlichungen durch die demokratischen Blätter“ zu nutzen (BdK 1, S. 828ff.). So zeigte sich der Einfluss der bürgerlichen Demokratischen Gesellschaft nach der Zerschlagung der revolutionären Leitung des Kölner Arbeitervereins in den Beschlüssen des Kongresses auf die Arbeitervereine im Rheinland.

Der berühmte Dichter Ferdinand Freiligrath (1810–1876), der ein Mitglied des Kölner Arbeitervereins war und im Juni 1848 auf Gottschalks Einladung sein Gedicht *Trotz alledem* dort vortrug (ZAV 1848, S. 69), sah den Gesamtertrag des Kongresses unbedeutend. In einem Brief vom 21. August 1848 an seinen Verleger schrieb er über den Kongress, wie „die Männer der Rheinischen Zeitung“, nämlich Marx/Engels, auf dem Kongress Gottfried Kinkel angegriffen hatten:<sup>264</sup>

---

<sup>264</sup> Karl Schurz, der mit Gottfried Kinkel den Kongress besuchte, schrieb später über Marx, dass er „niemals“ einen Menschen „von so verletzender, unerträglicher Arroganz des Auftretens“ gesehen habe. Über den politischen Umgang von Marx mit Andersdenkenden schrieb er folgendes: „Keiner Meinung, die von der seinigen wesentlich abwich, gewährte er die Ehre einer einigermaßen respektvollen Erwägung. Jeden, der ihm widersprach, behandelte er mit kaum verhüllter Verachtung. Jedes ihm mißliebige Argument beantwortete er entweder mit beißendem Spott über die bemitleidenswerte Unwissenheit oder mit ehrenrühriger Verdächtigung der Motive dessen, der es vorgebracht“ habe (Schurz 1906, S. 143).

Am Demokraten-Kongress zu Köln hast Du nicht viel verloren. Außer Formfragen und Berichten der einzelnen Deputierten über Zustände und Stimmung in ihren resp[ektiven] Heimaten ist wenig vorgekommen. Die Männer der Rheinischen Zeitung zeigten sich wegen Kinkel von Bonn u.a. ziemlich exklusiv, dermaßen, daß es in einer ‚freundschaftlichen‘ Abendsitzung (am Sonntagabend) fast zur Holzerei gekommen wäre (Koszyk/Obermann 1975, S. 200).

Es ging bei dem Streit zwischen Marx/Engels und Kinkel nicht um die trockene Theorie, sondern es ging in diesem Streit im ganzen Sinne des Wortes um die politische Positionierung beider Parteien gegenüber dem deutschen Großbürgertum und den arbeitenden Klassen. Im Gegensatz zu Marx/Engels unterstützte Kinkel nämlich den demokratisch-republikanischen bewaffneten Kampf in Baden. Dies war der wahre Grund für Marx' Angriff auf ihn; denn wie in dieser Arbeit verschiedentlich erwähnt wurde, unterstützten Marx/Engels weder eine proletarische Revolution noch eine bürgerliche Revolution „vergleichbar mit der Französischen Revolution von 1789“ in Deutschland, wie zahlreiche Historiker gern das Gegenteil behaupten. Sperber behauptet beispielsweise, Marx ersehne eine Revolution, aber eine nach dem Muster von 1789 (Sperber 2013, S. 392ff.).

Es ist an dieser Stelle nötig, auf die politische Haltung von Marx über den *Centralmärzverein* hinzuweisen. Der Märzverein wurde Ende November 1848 von Abgeordneten der Linken in Berlin gegründet. Er versuchte, als Dachverband, der etwa 950 politischen Zweigvereine mit rund einer halben Million Mitgliedern hatte, eine entschiedenere Politik der Erhaltung der Märzerrungenschaften als die Nationalversammlung zu betreiben (Klessmann 1974, S. 283ff.). Vor allem in den Städten wurden die örtlichen Centralmärzvereine häufig von Arbeiter-, Turner-, Sänger- oder Schützenvereinen unterstützt. Die Anhängerschaft umfasste aber nicht nur die städtische Bevölkerung, sondern sie reichte auch in ländliche Kreise hinein. Die liberalen konstitutionellen Vereine des Großbürgertums schlossen sich dem Centralmärzverein nicht an. Denn sie betrachteten seine Initiative „mit großem Misstrauen“ als Versuch, „ihre Anhänger in ein radikales Fahrwasser zu ziehen“ (Mommsen 1998, S. 157).

Demgemäß distanzierte sich auch Marx vom Märzverein. In einem Brief, den Marx am 25. Dezember 1848 von einem Mitglied dieses Vereins aus Heidelberg bekam, wurde seine Ignoranz dem Verein gegenüber zum Ausdruck gebracht. „Es ist mir, wie auch Anderen aufgefallen“, so schrieb das Vereinsmitglied an Marx, „daß Ihr geschätztes Blatt von der wunderlichen und anachronistischen Erscheinung des Frankfurter *Märzvereins* bisher gar keine Notiz genommen hat“ (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 547). Am 11. März 1849 schrieb Marx selbst in der *NRhZ* über den *Centralmärzverein*, dass sein Blatt mit „den linkischen und äußersten linkischen



Mitgliedern“ des Vereins nichts zu tun haben wollte (MEW 6, S. 334f.). Denn Marx/Engels erzielten, wie die „Herren Bourgeois“, in einen Kompromiss mit dem Feudallager einzugehen und das absolute Königtum „so viel als möglich ohne Revolution auf gütlichem Weg in bürgerliches“ Königtum zu verwandeln (MEW 4, S. 352).

In der marxistischen Geschichtsschreibung wurde dagegen überall festgeschrieben, dass Marx/Engels in der Revolution von 1848/1849 nur die „kleinbürgerliche Demokratie“ und deren Vertreter kritisch unterstützt hätten. Niemals wurde aber namentlich genannt, wer die „Führer der kleinbürgerlichen Demokratie“ (MEW 5, S. VII) eigentlich waren. Die Vertreter der kleinbürgerlichen Demokratie waren u.a. Struve, Hecker, Kinkel, Heinzen, Techow und Schimmelpfennig, die in einem Bündnis mit den Kommunisten in Süddeutschland gegen die Krone und das Großbürgertum, mit Gottschalk gesprochen „gegen die Tyrannei der Großen“ zusammen kämpften (ZAV 1848, S. 102). Dagegen standen die Vertreter des Großbürgertums, wie Camphausen, Mevissen und Hansemann in einem Bündnis mit der Krone.

Marx/Engels unterstützten in der Revolution keinesfalls die „kleinbürgerliche Demokratie“ und deren Vertreter, sondern ganz und gar die führenden Vertreter des Großbürgertums, nämlich Camphausen und Hansemann, die gegen eine „Pöbelrevolution“ mit der Krone ein Bündnis schlossen und daher keinesfalls die Vertreter der „kleinbürgerlichen Demokraten“ waren (MEW 6, S. XV). Marx stand in starkem Gegensatz zu Kinkel und griff ihn massiv an, da Kinkel gegen die Krone und das Großbürgertum mit den Kommunisten zusammen kämpfte. Dieter Dowe gibt als Grund für Marx' Angriff auf Kinkel seinen „ethischen Sozialismus“ an (Dowe 1970, S. 185). Doch er ignoriert dabei ganz den hauptsächlich politischen Grund für Marx' Angriff auf Kinkel, nämlich Kinkels Unterstützung für den bewaffneten Kampf in Süddeutschland. Im Juni 1849 schloss sich Kinkel dem badisch-pfälzischen Aufstand an. Als Musketier in Willichs Arbeiterkompanie wurde er am 29. Juni 1849 bei einem Gefecht mit der preußischen Armee am Kopf verletzt und ins Gefängnis gebracht (Schurz 1906, S. 244ff.).

Durch Verhaftungen der Kölner Arbeiterführung und Marx' Angriffe auf Republikaner und Revolutionäre, wie auf Kinkel und Bakunin, wurde der Versuch unternommen, die alternative „Bildung einer republikanischen Phalanx“ der revolutionären Kräfte (Stein 1921, S. 54ff.), die unter der Führung von Willich, Hecker und Struve in Süddeutschland gegen die „Maulhelden“ der konstituierenden Versammlungen mit den Waffen in der Hand kämpften, zu verhindern.

### 3.1. „Losschlagen“ in Berlin und Verleumdung gegen Bakunin in der NRhZ

Vor seiner Verhaftung hielt Gottschalk auf der schon erwähnten Generalversammlung des Arbeitervereins vom 25. Juni 1848 eine bedeutende Rede über den bevorstehenden Kampf „gegen die Tyrannei der Großen“. Er ging hier auf die ihm gestellte Frage ein, „wie lange es noch bis zur Verwirklichung unseres Zieles dauern werde“. In seiner Rede wies Gottschalk darauf hin, dass man sich in Süddeutschland entschlossen habe, „an die Erringung der Republik Gut und Blut zu setzen“. Er glaube und hoffe, dass man auch im Rheinland „das heilige Feuer der Freiheit“ zum Kampf „gegen die Tyrannei der Großen“ entflammen könne. Die arbeitenden Klassen in Deutschland würden „die Freiheit der Republik erlangen“ werden und es würden „nicht viele Monate vergehen bis zu dem Augenblick, wo Deutschland nicht mehr ein geknechtetes, zerrissenes und armes Land“ sein werde, worin noch Tausende dem elendesten Lose preisgegeben seien, sondern wo es eine einige freie Republik sein werde. Es sei aber nötig, so Gottschalk, „daß wir unsere Kräfte nicht in einzelnen Exzessen und Emeuten zersplittern und schwächen“. Denn es erfordere einen weit größeren Mut in den Bedrängnissen des Lebens, „einem vorgesteckten Ziele stetig zuzustreben, als sein Leben an die rasche Entscheidung des Augenblicks zu setzen“ (ZAV 1848, S. 102). Gottschalk wusste Folgendes ganz genau:

Von Berlin hängt alles ab; für uns aber ist es notwendig, zu warten, bis die Berliner Bürger zu der Einsicht gekommen sind, daß weder das alte System noch eine konstitutionelle Verfassung [...] befähigt sind, dem Volke die Ordnung zu geben, in der allein Heil für alle ist. In jenem Augenblicke der richtigen Erkenntnis und der Entscheidung werden wir einig und feststehen, und der Sieg wird vor uns hergehen, denn wir haben uns ein Recht zu siegen erworben (ebd.).

Der Aachener Polizeidirektor berichtete unverzüglich seinen Vorgesetzten von Gottschalks Rede in der Generalversammlung. Demnach habe der „bekannte Kommunistenchef Dr. Gottschalk“ dort gesagt, von Berlin gingen die Bewegungen aus, und es würden nicht Monate und Wochen, sondern nur wenige Tage dazu nötig sein. Die Republikaner seien aber nicht zu einem einfachen Barrikaden-, sondern zu einem schweren Kampf berufen, der „Mut, Entschlossenheit und Ausdauer“ in höchster Grade erfordere. Es sei daher nicht zu raten, sich bis dahin in partielle Kämpfe einzulassen, welche die Kräfte ohne Resultat zersplitterten (RhBA II/2, S. 281f.). Auch verschiedene Polizeispitzel, die der erwähnten Versammlung beiwohnten, berichteten von Gottschalks und Annekes Reden, indem gesagt wurde, dass die Kölner Kommunisten abwarten sollten, bis „der Aufruf von den Zentralkommission in Berlin“ ausgehe (ebd., S. 315f.).

In der Komiteesitzung vom 26. Juni 1848 forderte Gottschalk von Arbeitern erneut „Geduld noch eine kurze Zeit, und Vereinigung“. Die Kölner Arbeiter müssten auf die Berliner Bevölkerung warten, die das Zeichen zum Losschlagen geben würden (ZAV 1848, S. 107.). Eine ähnliche Einstellung hatte auch Anneke. Er plante sogar, wie in seinem Brief vom 25. Juni 1848 an Hammacher zu lesen ist, nach Berlin zu gehen, um bei einer militärischen Entscheidung mitwirken zu können. Anneke dachte, der „letzte Kampf mit dem Absolutismus“ werde „vielleicht in wenigen Tagen“ eintreten. Das ganze Südwestdeutschland sei „durchweg republikanisch“ geworden. Sollte in Berlin nicht bald „die letzte entscheidende Revolution“ ausbrechen, so breche sie in Baden aus (RhBA II/2, S. 275f.).

Auch der Delegierte des Demokraten- und Arbeiterkongress J. P. Wegener schrieb in einem Brief vom 23. Juni 1848 seinem alten Freund Johann Philipp Becker, der auch ein maßgeblicher Organisator des badischen Aufstands war, dass er am Frankfurter Kongress teilnahm und dort u.a. Kriege, Freiligrath und Gottschalk kennenlernte. „Wir haben“ so Wegener, „den Zentralausschuß [...] dorthin gesetzt, [wo von] uns der erste Hauptschlag geschehen muß, nämlich nach Berlin.“ Die Berliner Abgeordneten des Kongresses stünden „an der Spitze“ von 60.000 demokratischen Studenten, Turnern und Arbeitern, „die nur auf die Organisation der Partei in ganz Deutschland warteten, um mit einem Schlag! Das Königtum zu vernichten!“ (Koszyk/Obermann 1975, S. 171ff.).

Der Kommandant Oberst Engels berichtet am 27. Juni 1848 aus Köln, dass Gottschalk von den Führern seines Vereins deswegen sehr heftig angegriffen worden sei, weil er die Entscheidung immer noch aufschiebe, anstatt dem Beispiel der Pariser zu folgen. Gottschalk antwortete den Arbeitern, man müsse auf Anweisungen von Berlin warten (Kühn 1934, S. 188). Oberst Engels berichtete am 28. Juni weiter, Anneke habe in einem Vortrag in der Vereinssitzung erklärt, dass man sich nicht durch die Resultate des Pariser Kampfes niederschlagen lassen müsste, die deutschen Republikaner und die „Ultrarepublikaner in Paris“ stünden in der nächsten Verbindung (RhBA II/2, S. 289). Offensichtlich kursierten revolutionäre Pläne. So fragte Willich bereits am 13. Juni in einem Brief an Anneke, ob es möglich sein solle, so Willich, „daß ich mit einigen Hundert nach Köln gelangen könnte“. Die Kölner sollten jedoch nur für die nötigen Waffen sorgen (Herres 1998a, S. 73).

Aus diesen Aussagen geht es klar hervor, dass nach dem Plan erst die Berliner Bevölkerung das Zeichen zum Losschlagen geben müsse. Es ist hier zu bemerken, dass sowohl Gottschalk als auch Anneke in ihren Reden in den Komiteesitzungen und Generalversammlungen des Arbeitervereins auf Berlin in diesem Sinne mehrfach hingewiesen hatten. Der im Frankfurter

Kongress im Juni 1848 auf Gottschalks Vorschlag in Berlin gegründete Zentralkomitee plante einen „bewaffneten Widerstand“, wie eine Anklage gegen Bakunin bestätigte (Pfitzner 1931, S. 270). Dem Berliner Untersuchungsrichter schien die spätere Dresdener Anklage gegen Bakunin die Unterlage für folgende Klagepunkte zu ergeben:

Während seiner Anwesenheit in Berlin im Jahre 1848 lebte Bakunin im intimsten Verkehre [...] und wurde zugezogen zu den geheimsten Beratungen der äußersten Linken [...], war behilflich bei der Organisation des demokratischen Zentralkomitees und überhaupt die Seele der revolutionären Bestrebungen, die damals in Berlin sich fixierten (Berlin St. A. Pr. Br. Berl. C Pol. Praes. Tit. 94 Nr. 63; zit. nach Pfitzner 1931, S. 280f.).

Wie schon erwähnt wurde, fuhr Bakunin am 20. April 1848, nachdem er an den Versammlungen der Kölner Arbeiterverein teilgenommen hatte, von Köln nach Berlin. Er wurde unmittelbar nach seiner Ankunft in Berlin am 21. April 1848 von der Berliner Polizei festgenommen. Bei dieser Verhaftung spielte die Befürchtung bei den Behörden mit, er könnte eine Verbindung zwischen dem bewaffneten Kampf in Süddeutschland und den Berliner demokratischen Republikanern herstellen. Bakunin wurde zwar wegen fehlender Beweismittel am nächsten Tag freigelassen, konnte jedoch nicht in Berlin bleiben. So fuhr er am 26. April mit einem falschen französischen Pass auf den Namen Neglinski lautend nach Breslau. In Breslau pflegte Bakunin seine Bekanntschaften mit den Führern des bewaffneten Kampfes in Süddeutschland weiter. Er fasste Ende Juni 1848 seinen Entschluss, wieder nach Berlin zu übersiedeln und dort seinen „unlegitimierten Aufenthalt“ zu genießen, da die Berliner Republikaner „fast unausgesetzt im Hotel Mylius“ tagten und „tatsächlich den bewaffneten Widerstand“ organisierten (ebd., S. 270).<sup>265</sup>

Bevor Bakunin von Breslau nach Berlin fuhr, um dort an den Vorbereitungen eines bewaffneten Widerstandes zu beteiligen, kam die rechtzeitige „schändliche Verleumdung“ von Marx in der *NRhZ* (Nettlau 1901, S. 10). Als es „mit der deutschen Revolution Ernst“ wurde, spann Marx in seiner Zeitung am 3. Juli 1848, also am selben Tag, an dem Gottschalk und Anneke festgenommen wurden, „Intrigen“ auch gegen Bakunin (Ball 1919, S. 196f.). Er stellte sich nämlich „zur Aufgabe“, neben dem energischen Einsatz für die vielfältigen Interessen der Bourgeoisie, auch gegen die führenden Vertreter der revolutionären Bewegung zu kämpfen. So fabrizierte Marx am 6. Juli 1848 in der von Kommunisten als „Organ der Verleumdungen und

---

<sup>265</sup> Weitling nahm im Sommer 1848 Kontakt mit Michael Bakunin in Berlin auf, den er 1842 in der Schweiz kennenlernte und ihn im revolutionären Sinne beeinflusste (Barnikol 1931, S. 51).

Schmähsucht“ bezeichneten *NRhZ* (FA 1849, S. 110) die folgende Meldung, die nicht aus Unkenntnis falsch dargestellt wurde, sondern absichtlich erlogen war:

In Bezug auf die Slaven-Propaganda, versicherte man uns gestern, sei George Sand in den Besitz von Papieren gelangt, welche den von hier verbannten Russen, M. Bakunin, stark kompromittierten, indem sie ihn als ein Werkzeug oder in jüngster Zeit gewonnenen Agenten Rußlands darstellen, den der größte Theil der Schuld der neuerdings verhafteten unglücklichen polnischen Patrioten treffe. George Sand hat diese Papiere einigen ihrer Vertrauten gezeigt.<sup>266</sup>

Nachdem Gottschalk verhaftet worden war, beeilte sich Marx, Bakunin als einen Polizeiagenten zu kolportieren, um den Proklamationsversuch einer demokratischen Republik in Berlin zu verhindern. Denn eine „Republik“ „a priori“ proklamieren zu wollen, bezeichnete er nach Marx als ein „utopistische[s] Verlangen“ (MEW 5, S. 42). Marx/Engels hielten sich fest am Zusammengehen der Bourgeoisie mit der Monarchie in einer konstitutionellen Regierung, um den allmählichen Übergang zur politischen Herrschaft der Bourgeoisie zu sichern. Camphausen erklärte schon am 30. Mai 1848, so stand es in der *NRhZ* vom 3. Juni 1848, dass das Ministerium sich darüber geeinigt habe, „aus der bestehenden Verfassung heraus mit den gesetzlichen Mitteln, die sie darbot, in die neue Verfassung“ zu übergehen, ohne das Band abzuschneiden, welches das Alte an das Neue knüpfte. In seinem Artikel *Camphausens Erklärung in der Sitzung vom 30. Mai* in der *NRhZ* vom 3. Juni 1848 hielt auch Marx den Weg, für den Camphausens Ministerium sich entschied, für den „unbestreitbar[en] richtige[n] Weg“ (ebd., S. 26f.).

In seinem Leitartikel *Die Berliner Debatte über die Revolution* in der *NRhZ* vom 14. Juni 1848 verteidigte auch Engels das Bündnis zwischen dem Großbürgertum und dem Adel, in dem er die konstitutionelle Phase als eine notwendige Übergangsstufe zur Demokratie vorgab. Er könne darauf nicht eingehen, „warum und inwiefern die augenblickliche Herrschaft der hohen Bourgeoisie in Preußen eine notwendige Übergangsstufe“ sei. Es hieß aber anerkennen, „daß Deutschland sich in einer revolutionären Bewegung befindet, in der das Ministerium Camphausen, die Vereinbarungstheorie, die indirekten Wahlen, die Herrschaft der großen Kapitalisten [...] unvermeidliche Durchgangspunkte“ seien (ebd., S. 65f.).

Bakunin las die bereits erwähnten Marx' Verleumdungen über ihn in der *NRhZ* und schrieb unverzüglich am 9. Juli 1848 einen Brief an George Sand, deren Namen Marx absichtlich für die Quelle seiner Verunglimpfung angab. Da Bakunin mit ihr von Paris her gut bekannt war, gab Marx ihren Namen an, um seine „gemeine Verleumdung gegen Bakunin“ (Herzen 1962, S. 200) glaubhafter zu machen. Bakunin bat in seinem Brief George Sand um eine dringende

---

<sup>266</sup> [http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn\\_NRhZ036\\_1848.txt.xml](http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn_NRhZ036_1848.txt.xml) (abgerufen am 11.01.2019).

Stellungnahme zur Sache. Er übergab seinen Brief vom 9. Juli 1848, den er an Georg Sand schickte, gleichzeitig auch der *Allgemeinen Oderzeitung*. Denn Bakunin sei diese Antwort sich selbst und seinen deutschen Freunden schuldig und hoffe, dass der Redakteur der *Allgemeinen Oderzeitung* ihm, der „keine andre Waffe besitzt als die Publicität“, die Spalte seiner Zeitung öffnen werde. Das Blatt druckte Bakunins Brief am 11. Juli 1848 ab:

Es ist mir schon seit einiger Zeit bekannt geworden, daß man über mich und den Zweck meines Aufenthaltes in Breslau verleumderische Gerüchte verbreitet. Es war mir schmerzlich, auf eine solche Weise verkannt zu werden; doch habe ich geglaubt schweigen zu müssen, weil ich erstens es unter meiner Würde hielt, auf heimliche, das offene Licht scheuende Verdächtigungen zu antworten – ; zweitens weil es in der Nothwendigkeit meiner Lage und im Interesse der von mir vertretenen Sache ist, zunächst so wenig Aufmerksamkeit zu erregen, wie nur irgend möglich; drittens aber – und das war der Hauptgrund – weil ich tief überzeugt bin, daß man in jetziger Zeit seine Gesinnung viel mehr durch Thaten als durch Worte beweisen müsse, da Jeder bald eine Gelegenheit haben wird wirklich zu zeigen, in wessen Dienste er steht und von welchem Geiste er beseelt ist.<sup>267</sup>

Er sei jetzt aber gezwungen, sein Schweigen zu brechen. Denn eine offene förmliche Anklage gegen ihn in der *Neuen Rheinischen Zeitung* fordere von ihm eine förmliche Antwort. Bakunin setzte sein Schreiben wie folgt fort:

Ich habe es mit einem mächtigen, unversöhnlichen Feinde zu thun, der mich, seitdem ich ihn in einer von mir öffentlich in Paris gehaltenen Rede angegriffen habe,<sup>[268]</sup> systematisch und unermüdlich verfolgt [...]. Bei den Regierungen stellt er mich als einen zu allen Verbrechen fähigen Demagogen hin und sucht gleichzeitig durch Verbreitung von Gerüchten, als: ich sei ein Agent; mich auch in der öffentlichen Meinung zu diskreditiren. Dadurch wähnt er wahrscheinlich mich zu ermüden und unschädlich zu machen, aber er soll und wird sich vergebens diese Mühe gemacht haben (ebd.).

Nachdem Bakunins Brief in der *Allgemeinen Oderzeitung* veröffentlicht worden war, übernahm Marx ihn und veröffentlichte ihn erst am 16. Juli 1848 in Kleinstdruck auf der letzten Seite der Beilage der *NRhZ*.<sup>269</sup>

Doch ebenfalls George Sand schickte am 20. Juli 1848 an Marx einen scharfen Widerruf, nachdem sie Bakunins Brief bekommen hatte. Marx druckte aber Sands Widerruf nicht zeitig. „Marx wusste sich geschickt zu helfen“. So druckte er Sands Dementi erst am 3. August 1848,

<sup>267</sup> [http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn\\_NRhZ046b\\_1848.txt.xml](http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn_NRhZ046b_1848.txt.xml) (abgerufen am 27.06.2019).

<sup>268</sup> Da Bakunin die feindliche Haltung von Marx zu Herwegh und zu bewaffneten Freiheitskämpfern kritisierte und während Herweghs Abwesenheit diesen verteidigte (Bakunin 1921, S. 90), zog er Marx' Feindschaft auf sich.

<sup>269</sup> [http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn\\_NRhZ046b\\_1848.txt.xml](http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn_NRhZ046b_1848.txt.xml) (abgerufen am 11.01.2019).

nach einem Monat seiner verleumderischen Gerüchte gegen Bakunin, in der *NRhZ* „mit der Bemerkung“ ab, dass „der kurze Artikel über Bakunin ‚zur Zeit seiner Abwesenheit‘ veröffentlicht worden sei“ (Herzen 1962, S. 199).

Die von Ihrem Korrespondenten mitgetheilten Thatsachen sind gänzlich falsch und haben nicht einmal den geringsten Schein der Wahrheit. Ich habe nie den geringsten Beweis von den Andeutungen besessen, welche Sie gegen Hrn. Bakunin, den das gefallene Königthum aus Frankreich verbannte, zu akkreditiren suchen. Ich bin niemals autorisirt gewesen, den geringsten Zweifel in die Loyalität seines Charakters und die Freimüthigkeit seiner Meinungen zu setzen (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 466).

*Freiheit Arbeit*, die Nachfolgerin der Zeitung des Kölner Arbeitervereins, erinnerte am 22. April 1849 ihre Leser an die Verleumdung der *NRhZ* gegen Bakunin, da nun die *NRhZ* erneut auch gegen Herwegh Verleumdungen verbreitete.<sup>270</sup> Marx behauptete am 10. April 1849 in der *NRhZ* nämlich, Herwegh habe die politischen Gefangenen zu Bruchsal nicht einmal mit einem Centime unterstützt. *Freiheit Arbeit* schrieb gegen die Verleumdung in der *NRhZ* Folgendes:

Diese Tatsache mag ebenso wahr sein als so manche, welche die *Neue Rheinische Zeitung* – man denke nur an Bakunin – gebracht hat; jedenfalls kann Herwegh aus dieser Unterlassungs-Sünde solange kein Vorwurf gemacht werden, als er trotz seines langjährigen Aufenthaltes in Paris, noch nicht die bequeme Manier gelernt hat, mit der die Männer der Rheinischen Zeitung sich Geld zu verschaffen wissen (FA 1849, S. 106).

Nach der Revolution brachte die englische bürgerliche Zeitung *Morning Advertiser* 1853 eine Meldung, in der sie Bakunin als russischen Spion verleumdete. Dagegen wendeten sich die revolutionären Freunde Bakunins an die englische Öffentlichkeit mit einer Erklärung, in der sie schrieben, dass „dieselbe Verleumdung“ Bakunins ihren Ursprung erst in der *NRhZ* nahm. Dieses Blatt habe sogar gewagt, „George Sand als Zeugen anzurufen“ (MEW 28, S. 280).

Darüber hinaus beeilte sich Marx, am 30. August 1853 an das Blatt eine Erklärung zu schicken, in der er behauptete, seine Nachricht sei auf eine Havas Meldung, eine direkte Meldung von der französischen Nachrichtenagentur Havas, und auf eine „private Korrespondenz“ eines ihm gut bekannten „polnischen Flüchtling[s]“ zurückgegangen (MEW 9, S. 294). In seiner Erklärung in der Zeitung *Morning Advertiser* vom 2. September 1853 behauptete Marx, dass er „diese Behauptung“ veröffentlicht habe, „weil sie uns gleichzeitig von zwei einander völlig

---

<sup>270</sup> [http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn\\_NRhZ268\\_1849.txt.xml](http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn_NRhZ268_1849.txt.xml) (abgerufen am 22.09.2019).

unbekannten Korrespondenten zugegangen war“ (ebd., S. 295).<sup>271</sup> Nachdem Marx seine Erklärung an das Blatt geschickt hatte, schrieb er auch einen Brief am 3. September 1853 an Engels. Aus diesem Brief ist zu verstehen, dass diese Verleumdung doch nicht von einem „polnischen Flüchtling“, wie Marx in der Zeitung *The Morning Advertiser* vorgab, sondern diesmal von Ewerbeck stamme (MEW 28, S. 281ff.).

Nach Marx Erklärung vom 2. September 1853 wurde im *Morning Advertiser* am 4. September 1853 der von einem „ausländischen Korrespondenten“ geschriebene Artikel *Wie man Geschichte schreiben soll* veröffentlicht. Der Verfasser forderte hier Marx erneut, den fragwürdigen Brief des polnischen Flüchtlings, der Bakunin beschuldigte, zu veröffentlichen:

Es gehört ein schwach entwickeltes revolutionäres Empfinden dazu, um auch nur für einen Augenblick zu vergessen, wie Herr Marx es vergessen hat, daß Bakunin nicht aus dem Stoff ist, aus dem Polizeispitzel gemacht werden. Warum veröffentlichte er nicht wenigstens, [...] einfach den Brief des polnischen Flüchtlings, der Bakunin beschuldigte? (MEW 9, S. 301).

Marx konnte den scheinbaren Brief des polnischen Flüchtlings, der Bakunin beschuldigte, nicht veröffentlichen, obwohl er dazu mehrfach aufgefordert wurde. Angesichts solcher Widersprüche erscheint die Existenz des Briefs sehr zweifelhaft, und es ist deswegen gut denkbar, dass dieser Brief gar nicht von Pariser Korrespondenten, sondern von Marx selbst produziert wurde.

Die späteren Rechtfertigungen Marxens, wie er in einem Brief vom 3. März 1860 an Lassalle schrieb, die Pariser lithographierte Korrespondenz habe diese „Denunziation *allen* Zeitungsredaktionen in die Hand“ gespielt, auch wenn er sie nicht gedruckt hätte (MEW 30, S. 498), stimmt schon deshalb nicht, „weil keine andere Redaktion außer der Marxschen Zeitung“ von dieser angeblichen „Havas Meldung Gebrauch“ gemacht hatte (Pfitzner 1931, S. 262). Marx verteidigte am 3. September 1853 im Entwurf seiner Erklärung, die er an *Morning Advertiser* zu schicken beabsichtigte, die Publizierung der Verleumdungen gegen Bakunin, indem er sich diesmal brüstete, sein Blatt sei „das revolutionärste Blatt Deutschlands“ gewesen, das „interessiert“ sei, die Diffamierungen zu veröffentlichen (MEW 28, S. 285).

In seinem Brief an Lassalle verriet Marx den Namen des von ihm gut bekannten „polnischen Flüchtlings“. Er sei diesmal doch nicht Ewerbeck, sondern Wladyslaw Koscielski (1818–1895) gewesen. Koscielski sei „nach Durchsicht der Briefe“, die Marx von Paris erhalten habe, „so

---

<sup>271</sup> Es ist zu bemerken, dass Marx 1848 die Verleumdung in seine Zeitung keinesfalls in der Konjunktivform brachte, und auch nicht von einer „Behauptung“ sprach, wie er 1853 schrieb. Im Juli 1848 schrieb er, dass „man“ ihnen „versicherte“, wie zuvor zitiert wurde, „George Sand hat diese Papiere einigen ihrer Vertrauten gezeigt“: [http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn\\_NRhZ036\\_1848.txt.xml](http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn_NRhZ036_1848.txt.xml) (abgerufen am 11.01.2019).



überzeugt“ gewesen, dass Marx es seine „Pflicht als Redakteur“ gesehen habe, „die Denunziation“ in der *NRhZ* zu drucken (MEW 30, S. 498).

Trotz aller nachherigen Beschönigungsversuche von Marx ist das Urteil doch gerechtfertigt, dass er wesentlich aus politischen und finanziellen Beweggründen handelte. Denn Marx bekam gerade von demselben Geschäftsmann und „Demokrat“ Koscielski, der „einer der besten und nützlichsten Freunde“ der *NRhZ* war (ebd.), merkwürdiger Weise nach der Verleumdung gegen Bakunin in der *NRhZ* eine erhebliche Summe. Nachdem Marx Ende August 1848 in Berlin Koscielski besuchte, „übersandte“ dieser am 18. September 1848 an Marx 2.000 Taler (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 177).

„Verleumdet, verleumdet“, sagt ein französisches Sprichwort, „und etwas wird immer hängenbleiben“. Genau in diesem Sinne bewarf Marx in der *NRhZ* Bakunin mit Schmutz. Denn er wusste erfahrungsgemäß sehr wohl, dass solche Vorwürfe besonders an Russen nachhaltiger denn an einem Angehörigen irgendeiner anderen Nation kleben bleiben. Diese Verleumdung traf Bakunin noch dazu im Kreis derer, die ihm im Mai 1848 rückhaltloses Vertrauen entgegengebracht hatten. Durch diese Denunziation gelang Marx „mehrere Wochen“ Bakunins „Tätigkeit vollständig“ zum Erliegen zu bringen. So wurde er durch Marx' Verleumdung zum politischen Stillsitzen, zum Warten, zur „Untätigkeit“ verdammt (Bakunin 1924, S. 212). Das Beispiel am Bakunin zeigt Marx' Bestreben, „Ehre und Ansehen der Angegriffenen so zu untergraben, daß sie unweigerlich dem Verdammungsurteil der öffentlichen Meinung anheimfallen, und so politisch unmöglich“ werden mussten (Kühn 1961, S. 123).

Marx setzte diffamierende Angriffe auf Bakunin bewusst publizistisch ein, um bei den demokratischen Republikanern Verdacht über Bakunin hervorzurufen und dadurch sein politisches Wirken in Berlin entsprechend den Wünschen der herrschenden Klassen ins Leere laufen zu lassen. Die „infame Verleumdung“ Bakunins als Agent Russlands in der *NRhZ* (Tscherkessoff 1906, S. 20) geschah bezeichnender Weise in einer Zeit, in der Bakunin „in voller revolutionärer Organisation begriffen war“.

Es gibt hier keinen Zweifel an der Absicht von Marx, Bakunins „weitreichenden Pläne für 1848/1849“ (Nettlau 1898, S. 190) und seine revolutionäre Tätigkeit zu vereiteln. Nachdem Marx gegen seine gefährlichen Gegner, die auch die bekanntesten gefährlichsten Gegner der Bourgeoisie waren, wie u.a. Gottschalk und Bakunin, durchaus erfolgreich bekämpft hatte, konnte er endlich die Früchte seines Kampfes sammeln, nämlich von „Geldmännern“ Geld zu beschaffen. So begann er in der zweiten Hälfte August mit der „Werbereise“ für seine Zeitung (Herres 2006, S. 17).

### 3.2. August 1848: Marx auf der preußischen Nationalversammlung versus Weitling auf dem Arbeiterkongress

Marx reiste vom 23. August bis zum 12. September 1848 nach Berlin und Wien und wiederrum nach Berlin. Zuerst hielt er in Berlin auf und führte „mehrere Besprechungen mit Führungspersönlichkeiten“ der Bourgeoisie (MEGA I/7, S. 1645).<sup>272</sup> Er nahm auch „an einer Sitzung der Preußischen Nationalversammlung“ teil und wohnte während seines Aufenthalts in eleganten Hotels in Berlin (Raddatz 1975, S. 144).<sup>273</sup> Es ist jedoch auffallend, dass über die Inhalte Marx' Besprechungen und seine Besuche in Berlin kaum Informationen zu finden sind (MEGA I/7, S. 1645), während über seine unwichtigen Angelegenheiten eine Fülle von Informationen herbeiströmt.

Während seines Aufenthalts in Berlin nahm Marx, wo der Berliner Arbeiterkongress vom 23. August bis zum 3. September tagte, nicht am Berliner Arbeiterkongress, sondern an Sitzungen der Preußischen Versammlung teil (Wernicke 1978, S. 172f.). Er hielt während seines Aufenthalts in Wien Ende August/Anfang September 1848 im Wiener Demokratischen Verein und im Arbeiterverein Vorträge, in denen er behauptete, dass das demokratische Prinzip sich im Reichstag befinde. „Niemand wundert sich hier“, so kommentiert die *NRhZ*, „daß die Berliner ‚theoretischen‘ sogenannten Demokraten sich praktisch mit den Fürsten zu ‚vereinbaren‘ suchen“ (MEGA I/7, S. 774).<sup>274</sup>

Marx' Reisen dienten „primär der Werbung um Aktionäre, Abonnenten und dem Erschließen anderer (auch dubioser) Geldquellen“ (Nippel 2018, S. 48). Er reiste durch Deutschland und Österreich, um „die gänzlich geleerte Kasse der Zeitung neu auffüllen zu können“ (Mayer 1934, S. 332). Auch zu diesen Reisen sind auffallender Weise in der Literatur kaum Daten zu finden. So ist oft unbekannt, außer Koscielski, der Marx' Kasse mit 2.000 Taler befüllte, wer diese Personen und Geldquellen waren und wieviel sie für die Kasse der Zeitung gezahlt hatten.

Während Marx in Berlin die bürgerlichen Abgeordneten in der preußischen Nationalversammlung politisch beriet, beteiligte sich Weitling am Berliner Arbeiterkongress, der zwischen dem 23. August und 3. September 1848 in derselben Stadt stattfand. Aus dem Berliner Arbeiterkongress ging die *Allgemeine Arbeiterverbrüderung*, die erste überregionalen Vereinigung deutscher Arbeiterorganisationen hervor. Das Blatt der *Arbeiterverbrüderung*

---

<sup>272</sup> Marx unternahm auch im April 1849 nach Bremen und Hamburg Reisen, um Geld von Geldmännern für seine Kasse zu sammeln.

<sup>273</sup> Marx gab „100 Taler“ (MEW 27, S. 129), was etwa dem Jahreseinkommen von einem Arbeiter entsprach, auf seiner dreiwöchigen Reise nach Berlin und Wien aus.

<sup>274</sup> [http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn\\_NRhZ094\\_1848.txt.xml](http://www.deutschestextarchiv.de/NRhZ/?d=nn_NRhZ094_1848.txt.xml) (abgerufen am 14.09.2019).

wusste sich den Pionieren der Bewegung verpflichtet und erinnerte an die Anwesenheit Weitlings auf dem Berliner Gründungskongress (Seidel-Höppner 2014, S. 1112ff.).

Viele Gründer und Akteure der *Arbeiterverbrüderung* waren Kommunisten, die von Weitling persönlich oder durch seine Schriften für die Arbeiterbewegung gewonnen worden waren, wie die Hamburger, Berliner und Leipziger Kommunisten (Seidel-Höppner/ Rokitjanski 1985, S. 84). Seidel-Höppner, die seit drei Jahrzehnten u.a. Weitlings Rolle in der Revolution quellenkritisch untersucht, beweist, dass Weitling in der Revolution entsprechend „seinen emanzipatorischen Grundsätzen“ mit „ungebrochener Energie“ um „selbstständige Organisation und überregionale Vernetzung der Arbeitervereine zum Zweck ihrer politischen Einflussnahme“ politisch aktiv war (Seidel-Höppner 2014, S. 1116f.).

Die Mitglieder des Berliner Handwerkervereins hatten führend an der Gründung der Arbeiterverbrüderung bzw. deren Berliner Vorgängerorganisation, am *Central-Comitee der Arbeiter*, teilgenommen. Der Berliner Arbeiterkongress fand demgemäß im Gebäude des Berliner Handwerkervereins. Während des Ablaufs des Arbeiterkongresses überfiel in der Nacht vom 27. August 1848 ein 400 bis 600 Mann starkes Aufgebot von Konstablern und Bürgerwehr das Gebäude des Berliner Handwerkervereins und begann mit einer „rigorosen Suchaktion“ in der Hoffnung auf einer „Verschwörungsfährte“ zu spüren. Denn nach einer anonymen Anzeige sollten dort „nicht weniger als 148.000 scharfe Patronen“ versteckt sein. Doch die ganze polizeiliche Aktion ging ins Leere (Wernicke 1999, S. 188f.).

Der Präsident des Kongresses war der Professor Christian Gottfried Daniel Nees von Esenbeck. Als zweiter Präsident fungierte Stephan Born. Wie zuvor erwähnt wurde, rief Christian Lüchow doch vor Stephan Born schon am 29. März 1848 zusammen mit Christian Hätzel den *Central-Arbeiter-Club* ins Leben und gehörte „als Initiator und provisorischer Präsident“ dieses ersten *Zentralkomitees für Arbeiter* „zu den Geburtshelfern der ersten legalen Berliner Arbeiterorganisation“, die sich „als politische Bewegung“ verstand (Seidel-Höppner 2014, S. 1140). Diese „alte Garde“ setzte sich auch im Leipziger Zentralkomitee der *Arbeiterverbrüderung* durch (Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 96).

Am Arbeiterkongress nahmen 35 Arbeitervereinigungen aus Berlin, Breslau, Hamburg, Leipzig, Königsberg, München und anderen großen Städten teil (9911, S. 43). Hinzu kamen 31 Delegierte mit Schwerpunkten in Sachsen, den altpreußischen Provinzen und Norddeutschland. Die Kommunisten aus Hamburg waren auf dem Berliner Arbeiterkongress mit drei Funktionären vertreten und gründeten gleich nach dem Kongress am 11. September ein

provisorisches Lokalkomitee der deutschen *Arbeiterverbrüderung* in Hamburg, dem sich 12 Gewerke anschlossen (Berg 1981, S. 54).

In solch überregionaler Organisation aller Arbeiter erfüllte sich jener nationale Zusammenschluss, dem Mitglieder des *Bundes der Gerechtigkeit* „mit ihrem unterirdischen Netzwerk seit einem Jahrzehnt nicht gefahrlos“ vorgearbeitet hatten (Seidel-Höppner 2014, S. 1115). Für die Bestrebungen des Arbeiterkongresses im August 1848, wie u.a. für Aktionseinheit der Arbeiter im Kampf gegen das Kapital und die Befreiung aus eigener Kraft, setzten sich Weitling und seine Genossen schon ein Jahrzehnt vor der Revolution „theoretisch und praktisch“ ein. Das „Wichtigste“ im Sozialkatalog des Kongresses, nämlich Forderungen wie Recht auf Arbeit, staatliche Kranken- und Altersversorgung, unentgeltliche Ausbildung und Erziehung der Jugend, Erbschaftsbeschränkung, gehörte zum „kleinen sozialpolitischen Einmaleins“ im Minimalprogramm des *Bundes der Gerechtigkeit* seit 1838 (Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 84). Die *Arbeiterverbrüderung* war sowohl „eine wichtige Etappe im Selbstständigkeitsstreben“ der Arbeiter als auch ein „Meilenstein“ zur Ablösung des Proletariats von der Bourgeoisie (Wernicke 1978, S. 179f.).

### **VIII. Herbst/Winter 1848: Kampf der Kommunisten für Verselbstständigung der Arbeiterbewegung**

Im Kapitel VIII werden Marx/Engels' Behauptungen, das Proletariat sei in der Revolution von 1848/1849 „unentwickelt, herangewachsen in vollständiger geistiger Knechtung, unorganisiert und noch nicht einmal fähig zu selbständiger Organisation“ gewesen (MEW 21, S. 17f.), durch die Analyse der zeitgenössischen Dokumente buchstäblich widerlegt. Es wird gezeigt, dass Moll und Schapper sich für eine Vereinigung von „Bauern und Arbeitern“ einsetzten, um sie „von den Feudallasten, vom Wucher und dem Druck des Kapitals“ zu befreien, während Marx/Engels im Herbst 1848 in der *NRhZ* den Versuch unternahmen, das Wasser ländlicher Unzufriedenheits- und Protestpotentiale auf die Mühlen der Bourgeoisie zu leiten.

Auch die von Engels und von der marxistischen Forschung vertretene These, Moll/Schapper und Bundesmitglieder seien während der Revolution von 1848/1849 in Köln unter vollem Einfluss von Marx gewesen, wird anhand der zeitgenössischen Dokumente eindeutig entkräftet. Es wurde ebenfalls gezeigt, dass der Kampf der Kommunisten zur Verselbstständigung der Arbeiterbewegung trotz seiner Widersacher Schritte machte. Die Behauptung von Marx/Engels, Weitling habe seinen Einfluss auf die Arbeiterbewegung in Deutschland verloren, wird ebenso durch die Darlegung der politischen und organisatorischen Aktivitäten von Weitling während der Revolution von 1848/1849 eindeutig widerlegt.

In diesem Kapitel werden zuerst die revolutionäre Agitation von Moll/Schapper im Herbst 1848 für Arbeiter und Bauer und die entgegengesetzte politische Positionierung von Moll und Marx zu Ereignissen im September 1848 dargelegt. Dann werden Weitlings Rolle auf dem 2. Berliner Demokraten- und Arbeiterkongress und die Unterhandlungen der Kommunisten zu einem „Kommunistenkongress“ im Oktober 1848 dargelegt. Die Reorganisationsversuche der Zentralbehörde des *Bundes* durch Moll, der ab Ende Dezember 1848 nach seinem endgültigen Bruch mit Marx die Initiative von London aus ergriff, werden auch in diesem Kapitel behandelt. Anschließend werden die Konflikte zwischen Stephan Born und Marx/Engels geschildert und deren Gründe dargelegt.

### **1. Aufruf von Moll und Schapper zur Organisation der Arbeiter und Bauern**

Die politische Stagnation in Köln, die nach der Niederschlagung des Pariser Juniaufstandes und nach den Verhaftungen von Gottschalk/Anneke eingetreten war, ließ in der zweiten Hälfte August 1848 mit der Verhärtung der politischen Atmosphäre allmählich ihren Platz der Wiederbelebung. In der Zwischenzeit müssten Moll/Schapper auch erkannt haben, dass ihre Vorträge im Arbeiterverein mehr schädlich als gut waren. So hörten sie mit ihren langweiligen Vorträgen auf und begannen in der zweiten Augushälfte mit der Organisation der Arbeiter und Bauer. Ihre kritischen Äußerungen gegen die bourgeoisiefreundliche politische Linie von Marx/Engels machten sich in dieser Zeit bemerkbar. Sie unterstrichen in ihren Reden immer mehr die Notwendigkeit einer „Organisation im geheimen“ (BdK 1, S. 840) und betonten zugleich, dass die Feudalherren und Kapitalisten zusammen die Feinde des arbeitenden Volkes seien (ebd., S. 829). Für Moll/Schapper war die politische Arbeit in Arbeitervereinen von „absoluter Priorität“ (Schieder 2018, S. 52).<sup>275</sup>

Moll/Schapper wurden mit Sicherheit nicht von Marx/Engels aufgefordert, mit der revolutionären Agitation und Organisation der Arbeiter und Bauer zu beginnen. Während Marx in der Augushälfte von 1848 auf der Reise zu seinen Geldmännern nach Berlin war, drückte Schapper auf dem Kölner Demokratenkongress vom 13./14. August seine kommunistischen Gedanken aus. So habe der Arbeiter „das Recht, dem Kapital seine Macht zu brechen“. Aber nicht nur für den Arbeiter in den Städten gelte dies, sondern auch für die Bauer:

Schließen wir uns an die Bauern an! Die Bauern sind gequält entweder durch die Feudalität oder wo das nicht ist, durch den Wucher, also wiederum durch das Kapital, das sie niederzudrücken

---

<sup>275</sup> Schapper erhielt noch von Marx die Aufforderung, die Stelle als „Korrektor“ der *NRhZ* „um 500 Taler jährlichen Gehalt“ anzunehmen. Es ist dabei anzumerken, dass Schapper seine Arbeit bei der *NRhZ* nur, wie er später vor Gericht in Mannheim aussagte, „als berufliche Tätigkeit“ betrachtete, während er seine Arbeit im Kölner Arbeiterverein als politische Tätigkeit bezeichnete (Kuhnigk 1980, S. 154).

sucht. [...] Sprechen wir zu den Bauern von den materiellen Interessen! Ideen ziehen nicht bei einem Menschen, der kein Brot zu essen oder den Buckel voll Schulden hat (Dowe 1972, S. 183).

Moll/Schapper setzten sich an die Arbeit, das Rheinland und Westfalen mit einem engmaschigen Netz von Arbeitervereinen zu umspannen und stellten ihre Hauptkraft der kommunistischen politischen Arbeit unter den rheinischen Arbeitern zur Verfügung, während Marx/Engels ihre ganze Zeit auf das Vorwärtstreiben der Bourgeoisie richteten.<sup>276</sup>

Die Richtlinien der politischen Arbeit unter Bauern wurden schon von Moll in der Komiteesitzung des Arbeitervereins vom 24. August dargelegt. Demnach sei bei der Organisation neben dem städtischen auch das ländliche Proletariat zu berücksichtigen. Die Staatsdomänen sollten zum Wohle aller verwaltet werden, um jedem, der arbeiten wolle, die Existenz zu garantieren (ZAV 1848, S. 168). Während der Abwesenheit von Marx, der für die Geldbeschaffung für seine Zeitung auf der Reise zu geldkräftigen Männern war, nahm Schapper auf der Komiteesitzung des Kölner Arbeitervereins vom 28. August eine radikale politische Position ein, als ein Mitglied meinte, man könnte aus den jetzigen Verhältnissen ohne große Schwierigkeiten gelangen, wenn man besonders die Erziehung berücksichtige. Nach Schapper würden diese Ansichten der „fourieristisch, philanthropischen Duldsamkeit“ mit der Bourgeoisie ganz in Frieden leben. Doch es sei klar, dass die Bourgeoisie dem Proletariat feindlich gegenüberstehe. Deswegen sollte das Proletariat mit denselben Waffen gegen sie kämpfen und „mit der langmütigen Duldsamkeit“ endlich aufhören (BdK 1, S. 834f.).<sup>277</sup>

Während Marx/Engels im September 1848 in der *NRhZ* den Versuch unternahmen, das Wasser ländlicher Unzufriedenheits- und Protestpotentiale auf die Mühlen der Bourgeoisie zu leiten, setzten sich Moll/Schapper für eine Vereinigung von „Bauern und Arbeitern“ ein, um sie „von den Feudallasten, vom Wucher und dem Druck des Kapitals“ zu befreien (ZAV 1848, S. 172). Mehrere Berichte im Blatt des Kölner Arbeitervereins beweisen, dass der Verein unter der Leitung von Moll/Schapper ab September 1848 Versuche machte, mit der Landbevölkerung Kontakte zu knüpfen (Czobel 1925, S. 434f.). So wurde auf dem Lande neue Arbeitervereine gegründet (ZAV 1848, S. 171f.). Die *Zeitung des Arbeitervereins* gratulierte am 3. September

---

<sup>276</sup> Gerhard Becker will wissen, dass Moll und Schapper während der Revolution in Köln unter vollem Einfluss von Marx gewesen seien, und im Sommer 1848 in den ideologischen Diskussionen im Arbeiterverein „marxistische“ Ideen vertreten hätten (Becker 1963, S. 92ff.).

<sup>277</sup> Zeitgleich löste der preußisch-dänische Waffenstillstand von Malmö, der am 26. August 1848 zwischen Dänemark und Preußen abgeschlossen wurde, in Deutschland eine politische Krise aus. Die Frankfurter Nationalversammlung hatte das Abkommen am 5. September zunächst abgelehnt, am 16. September aber dann wieder angenommen (Seypel 1985, S. 98).

1848 dem auf dem Lande, in dem Ort Worringen bei Köln, neu gegründeten Arbeiterverein mit folgenden Worten:

Die Kapitalisten finden immer Mittel und Wege, die Lasten, welche auf sie fallen sollten, wieder auf die Schultern des Volkes hinüberzuwälzen. [...] In dem Bauern- und Arbeiterstande liegt die revolutionäre Kraft Deutschlands. [...] Die revolutionäre Kraft aber ist in der jetzigen Zeit die allein heilbringende. Wenn die Bauern und Arbeiter sich vereinigen, wenn sie kräftig zusammenhalten, so werden sie bald von den Feudallasten, vom Wucher und dem Druck des Kapitals befreit sein (ebd., S. 172).

Die „revolutionäre Kraft Deutschlands“ liege, so drückten Moll/Schapper aus, in dem „Bauern- und Arbeiterstande“, während Marx/Engels vorgaben, dass die Bourgeoisie die „einzig revolutionäre Klasse“ sei (MEW 4, S. 202) und dass die Bauer und Arbeiter nur „der exploitierte Arm der Bourgeois“ bleiben, „ihre Schlachten schlagen, ihre Kattune und Bänder weben und ihr Proletariat rekrutieren“ müssten (ebd., S. 499).

Auf der Generalversammlung des Kölner Arbeitervereins vom 3. September 1848 wurden zahlreiche Reden gehalten, unter denen die Ausführungen Molls und Schappers von besonderer Bedeutung sind. Schapper machte hier auf stark zunehmende reaktionäre Strömungen aufmerksam. Denjenigen, die sagten, dass der Ausbeutungsstil der Bourgeoisie „zivilisierter“ und „feiner“ sei als der Ausbeutungsstil des feudalen Adels, antwortete Schapper, dass die arbeitende Klasse doch weder von der Bourgeoisie noch vom Adel, sondern „gar nicht“ ausgebeutet werden wolle (BdK 1, S. 841).

Dagegen empfiehlt Marx auch im Winter 1849 den arbeitenden Klassen und Besitzlosen, dass sie von den Krümeln des historischen Marsches der Bourgeoisie profitieren sollten. Er rief, mit Gottschalk gesprochen, „mit der salbungsvollen Heuchelei eines Fastenpredigers“ den „Arbeitern und Kleinbürgern“ zu, dass es „vorteilhaft“ sei, „den Mächtigen dieser Erde“, nämlich der Bourgeoisie, „anzuschließen“ (FA 1849, S. 51) und „lieber in der modernen bürgerlichen Gesellschaft“ zu leiden als in „einer vergangenen Gesellschaftsform“ (MEW 6, S. 195).

Auf der Generalversammlung des Kölner Arbeitervereins vom 3. September 1848 ergriff Joseph Moll im Gegensatz zu Marx/Engels Partei für die gefangengehaltenen Gottschalk und Anneke und wies auf die Notwendigkeit einer „Organisation im geheimen“ hin:

Bürger! Ihr kennt alle die Maßregeln, welche die reaktionäre Partei, welche die Polizei mit ihren Schergen gegen uns anwenden; die Bürger Gottschalk und Anneke sitzen schon über zwei Monate im Kerker. [...] [S]o mag die Polizei einen nach dem anderen einstecken, die Vereine

auflösen, die Presse beschränken, es wird ihr nicht gelingen, die Organisation zu unterdrücken; wenn die öffentlichen Vereine alle aufgelöst werden, so wird die Organisation im Geheimen fortbestehen und dieses könnte der hochlöblichen Polizei gefährlich werden (ZAV 1848, S. 172f.).

Auch Gottschalks Genossen brachten sich im September 1848 trotz der Angriffe des Staates wieder auf die Beine. So gab am 10. September 1848 Annekes Frau Franziska Mathilde ein täglich erschienenes demokratisch/revolutionäres Blatt mit dem Titel *Neue Kölnische Zeitung für Bürger, Bauern und Soldaten* heraus. Die Zeitung stellte sich die Aufgabe, unter den arbeitenden Klassen und besitzlosen in der Stadt und auf dem Lande sowie in der Armee revolutionäre Propaganda in allgemeinverständlicher Form zu betreiben. Da Anneke zu jener Zeit zusammen mit Gottschalk im Gefängnis saß, lieferte er aus dem Gefängnis seine Beiträge für die Zeitung (Kühn 1934, S. 129). Es liegt nahe, dass in dieser Zeit zwischen Gottschalks Anhängern und Moll/Schapper eine Annäherung stattfand. Auch die deutschen Kommunisten in Paris nahmen wieder Kontakt mit dem Kölner Arbeiterverein auf (BdK 1, S. 843).

Am 13. September sammelte sich auf dem Frankenplatz in Köln anlässlich eines Aufrufes der Demokratischen Gesellschaft eine große Menschenmenge. Hier wurde die Bildung eines Sicherheitsausschusses „zur Wahrung der Interessen des in den bestehenden gesetzlichen Behörden nicht vertretenen Teiles der Bürgerschaft“ vorgeschlagen (ebd., S. 845f.). Der Antrag wurde fast einstimmig angenommen. Unter den 30 Männern, die anschließend in den Sicherheitsausschuss gewählt wurden, befanden sich von der Demokratischen Gesellschaft etwa Marx, Engels, Dronke, Wolff, Bürgers und der Advokat Schneider II und vom Arbeiterverein Moll, Schapper und Wächter, der Offizier der 9. Kompanie (Stein 1921, S. 69). Auch Gottschalk und Anneke, die im Gefängnis saßen, wurden auf Vorschlag von Ernst Dronke vom Kölner Arbeiterverein in den Sicherheitsausschuss gewählt (Ter-Akopjan 1965, S. 380). Obwohl die Mehrheit der Mitglieder des Sicherheitsausschusses zum Bürgertum gehörte, fiel bei der Bourgeoisie der Sicherheitsausschuss besonders dadurch in Misskredit, dass ihm Leute angehörten, wie Wächter, Moll und Schapper, die sich wie Gottschalk und Anneke für eine Aufhebung des Eigentums offen ausgesprochen hatten. So forderte die Bürgerwehr auf, insbesondere Moll und Wächter aus dem Sicherheitsausschusses zu entfernen, „womit der Hauptgrund der Unruhe in Köln“ beseitigt wäre (Kühn 1934, S. 143ff.).

Am 17. September 1848 organisierte diesmal der Kölner Arbeiterverein eine gewaltige Demonstration in Worringen, um politische Agitation auch auf dem Lande zu verbreiten. An der Worringer Versammlung, an der sich auch Soldaten der Kölner Garnison beteiligt haben



sollen,<sup>278</sup> nahmen in Köln ca. 10.000 Arbeiter teil (BdK 1, S. 845ff.). Die Arbeiter in Worringen sagten hier den Kölnern ihre Hilfe zu, falls es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Volk und dem Militär komme. „In der Tat“, so die Arbeiterzeitung *ZAV*, „warten die Worringer nur der Aufforderung zu erscheinen“ (ZAV 1848, S. 189). Schapper, Moll, Wächter und Dronke hielten hier revolutionäre Reden. Am 24. September wurde im Auftrag der gerichtlichen Behörden gegen sie wegen „Theilnahme an einem Complotte“<sup>279</sup> ein Justizverfahren eingeleitet. Demnach sollten der Hauptmann Wächter, die beiden Vorsitzenden des Arbeitervereins Schapper und Moll, der „rote“ Becker und die Redaktionsmitglieder der *Neuen Rheinischen Zeitung*, nämlich Wolff, Engels und Dronke, verhaftet werden (RhBA II/2, S. 419).

## **2. Molls Aufruf zum Barrikadenaufbau versus Marx' Aufruf zur Gehorsamkeit**

Die von Köln ausgehende Bewegung in der Rheinprovinz erreichte in den letzten Septembertagen 1848 ihren Höhepunkt, als Schapper und der „rote“ Becker früh am Morgen des 25. September 1848 von der Polizei festgenommen wurden. Nach diesen Verhaftungen läuteten die Arbeiter sofort „mit der schwersten Glocke des Domes Sturm“ (RhBA II/2, S. 442f.). Denn wenn Sturm läuten würde, wie auf der Worringer Versammlung vom 17. September beschlossen worden war, bedeutete dies, dass die Landleute aufgefordert waren, nach Köln zu ziehen, um bei der Vertreibung der Garnison mitzuwirken (BdK 1, S. 848f.). Mehreren Arbeitern aus Worringer wurde jedoch, wie die *ZAV* vom 12. Oktober berichtete, am 25. September der Eingang in die Stadt Köln verweigert. Das geschehe wohl, weil „man dort an jenem Tage Männer, welche die Wahrheit gesagt hatten“, einkerkern wolle (ZAV 1848, S. 208).<sup>280</sup>

Während einige junge Arbeiter am 25. September 1848 Sturm läuteten, rückte das Militär vor. Die Arbeiter versammelten sich vor Molls Haus, um ihn vor einer Festnahme zu schützen. Nach den Schilderungen der Augenzeugen sei Moll, dem das Volk der Polizei gegenüber Liebe erwies, der Festnahme dadurch entgangen, indem eine rasch versammelte Volksmenge sich seiner Verhaftung durch die Polizei widersetzte. Auch der Kommandant Wächter, der schon im Wagen der Polizei saß (Becker 1963, S. 134), wurde von Bürgergardisten seiner Kompanie und

---

<sup>278</sup> Ein General in Köln schrieb am 7. Oktober 1848 an den Kriegsminister einen Bericht, in dem er auf „ein Übel“ aufmerksam machen wollte, nämlich, dass die „von der anarchistischen Partei aufgehende und leider mehr und mehr sich verbreitende politische Vergiftung der Unteroffiziere und Soldaten [...] in höchstem Grade verderblich und staatsgefährlich“ zu werden drohe (Kühn 1934, S. 221).

<sup>279</sup> [https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10487145\\_01039\\_u001/1](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10487145_01039_u001/1) (abgerufen am 01.11.2019).

<sup>280</sup> Engels, Dronke und Wolff sind nichts passiert. Dronke und Engels ist es gelungen, aus Köln zu fliehen. Wolff verließ Köln nicht einmal und stellte sich ab November 1848 wieder für die *NRhZ* zur Verfügung (Dowe 1970, S. 199). Auch Engels kehrte Mitte Januar 1849 wieder nach Köln zurück und war weiter in der *NRhZ* tätig (Kluchert 1985, S. 195).

von Arbeitern befreit.<sup>281</sup> So mussten die Polizeibeamten „unverrichteter Sache abziehen“ (RhBA II/2, S. 436f.).

Die Arbeiter betrachteten die Verhaftungsbefehle der staatlichen Behörden „mit Recht“ als eine „Herausforderung“. So kam es zu Konflikten zwischen Volk und Militär. Um den Weg zum Zeughaus zu sperren, begannen die Arbeiter, Barrikaden zu bauen. Dagegen ließ ein preußischer Offizier sie durch eine Truppe zerstreuen (Becker 1963, S. 134). Das Militär erklärte in Köln sofort den Belagerungszustand und versuchte, die von Arbeitern errichteten Barrikaden zu räumen. Dabei wurden das Militär und die Polizei von Arbeitern mit Steinen beworfen. Daraufhin wurde auch die Bürgerwehr alarmiert. Auf den Befehl des Bürgerwehrkommandanten standen gegen 10.00 Uhr einige Hundert Mann am Rathaus zur Verfügung und griffen ebenfalls die versammelten Arbeiter an. Moll rief dagegen die Arbeiter zu einer Volksversammlung auf dem Alten Markt auf. Der Polizeidirektor verbot sofort die Versammlung und verlangte erneut Amtshilfe von der Bürgerwehr. Inzwischen demonstrierten Tausende Arbeiter vor dem Polizeipräsidium gegen das Versammlungsverbot. Dabei wurde die Wohnung des Polizeidirektors zerstört (Seyppel 1985, S. 106f.).

Trotz des Verbots wurde die von Moll aufgerufenen Versammlung am Mittag desselben Tages abgehalten. Die ganze Stadt war in stürmischer Bewegung. Die staatlichen Behörden verlangten von der Bürgerwehr, bei der Wiederherstellung der gesetzlichen Verhältnisse und der Verhaftung der Flüchtigen sich den Anweisungen zu fügen. Die „meuterischen“ Bürgerwehrkompagnien schritten nicht ein; sie wandten sich sogar gegen die „[G]ehorsamen“ und zwangen diese, die Versammlung zuzulassen (RhBA II/2, S. 437). So hielt der mit Haftbefehl gesuchte Moll am Mittag des 25. September auf dem Platz eine revolutionäre Rede und forderte die Freilassung von Hermann Becker und Karl Schapper (Stein 1921, S. 72). Die Volksversammlung beschloss indessen, eine weitere Versammlung am Abend desselben Tages zu machen und am nächsten Tag Andreas Gottschalk zu befreien. Während der Versammlung sei ein verkleideter Polizeikommissar von Arbeitern erkannt, tätlich angegriffen und unter den Augen von mehr als Tausende Angehörigen der Bürgerwehr „tödlich“ misshandelt worden (Kühn 1934, S. 206f.). Der Korrespondenz der *Augsburger Allgemeinen Zeitung* schloss seinen Bericht über die Ereignisse vom 25. September 1848 mit einem Satz: „Wir haben morgen entweder den Belagerungszustand oder die Republik.“<sup>282</sup>

---

<sup>281</sup> Der Tapezierer Mauß und der Bäcker Schmitz wurden wegen der „Gefangenenbefreiung“ angeklagt und zu einem Monat Gefängnis verurteilt (Kühn 1934, S. 139).

<sup>282</sup> [https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10504373\\_01405\\_u001/1](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10504373_01405_u001/1) (abgerufen am 01.11.2019).

Als die am Nachmittag auf dem Rathaus zusammengerufenen Bürgerwehrkommandanten sich in Anbetracht der „Gehorsamsverweigerung“ ihrer Männer nicht in der Lage erklärten, die Ruhe in der Stadt aufrechtzuerhalten (Seyppel 1985, S. 108), ließ die Kommandantur zusätzlich 16.000 preußische Soldaten am Rhein auffahren.<sup>283</sup> So wurde das Drängen der Militärkommandantur und der Polizeidirektion immer heftiger.

Unter Molls Führung begannen die Arbeiter als Gegenmaßnahmen mit Hilfe von Pflastersteinen, Bauholz vom Dom etc. mit dem „Barrikadenbau“ (Nicolaevsky 1961, S. 223), um den Weg zum Zeughaus zu sperren und setzten sich „mit Gewalt in Besitz von Waffen (Dowe 1972, S. 193).<sup>284</sup> Nach einem Bericht der *Deutschen Zeitung* vom 29. September wurden „Waffenläden erbrochen und ausgeplündert“.<sup>285</sup> Militärischen Berichten zufolge wurden zwei „Individuen“ verhaftet, die nach „Plünderung eines Waffenladens mit einer roten Fahne“ in Gesellschaft der mehreren „untersten Volksschichten“ angehörigen Personen die Stadt durchzogen und „sich der Arretierung durch den Gebrauch von Dolch und Messer widersetzen“ (Kühn 1934, S. 218). Als mehrere Aufständische durch ein Militärkommando verhaftet wurden, wurde auch „ein Teil der verhafteten durch bewaffnete Leute wieder befreit“ (RhBA II/2, S. 442f.). „Ein Haufe Blousenmänner mit rother Fahne“, schrieb die *Augsburger Allgemeine Zeitung* vom 1. Oktober 1848, versuchte den Posten vor dem königlichen Bankgebäude zu überwäligen. Die Arbeiter wurden aber von der preußischen Armee zurückgedrängt.<sup>286</sup>

Am Abend sammelte sich auf dem Alten Markt ein „Volkshaufe[n]“, und „die Häupter der Umsturzparteien“ hielten auf dieser zweiten Volksversammlung Reden. Sie forderten auf, Gewalt mit Gewalt zu beantworten, welches mit „Jubel und Begeisterung“ aufgenommen wurde (Kühn 1934, S. 206f.). Über Moll und Wächter schrieb am 11. Oktober 1848 Marx' Freund Carl Cramer aus der *Demokratischen Gesellschaft* in seinem Blatt *WaR* nichts Freundliches:

Es bewährte sich auch hier [beim Barrikadenbau am 25.9.], dass gewissen Volksführern [gemeint ist Moll und Wächter] doch alle Menschenkenntnis mangelt, da sie glauben, einzig und allein mit der Aussicht auf ein leibliches Wohl die Massen in Kampf und Tod führen zu können. Der Hunger,

---

<sup>283</sup> [https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10504374\\_00007\\_u001/1](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10504374_00007_u001/1) (abgerufen am 29.11.2019).

<sup>284</sup> Der Kölner Regierungspräsident und Marx' Freund Wittgenstein berichtete von der Beteiligung der Bürgerwehrangehörigen am Barrikadenbau, dass „ein, wengleich geringer Teil“ der Bürgerwehr sich „dem anarchischen Treiben“ angeschlossen und sich auch an dem Barrikadenbau selbsttätig beteiligt habe (RhBA II/2, S. 442).

<sup>285</sup> [https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10505475\\_00791\\_u001/1m](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10505475_00791_u001/1m) (abgerufen am 29.11.2019).

<sup>286</sup> [https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10504374\\_00007\\_u001/1](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10504374_00007_u001/1) (abgerufen am 29.11.2019).

die Verzweiflung vermag freilich viel, aber vom Hunger predigen hilft gar Nichts (WaR 1848, Nr. 30).

Moll schein sich darin zu gefallen, dass er „den Mittelpunkt bildete, um den sich der Zusammenlauf“ drehe. Neben dem Versuch, die Not der Arbeiter zu verharmlosen, warf Cramer den Kommunisten vor, dass sie die Arbeiter für ihre Zwecke ausgenutzt und geopfert hätten, was gar nicht im Interesse der Arbeiter liege. So versuchte Cramer die Arbeiter von ihren Führern abzuspalten, was für die Demokratische Gesellschaft im Ganzen zutrifft.

„Wo aber das Volk einmal eine etwas ernste Miene machte, weil man seine Rechte antastete“, schrieb Moll dagegen in einem Brief vom 10. Oktober 1848, den er nach seiner Flucht aus Köln nach London an den Kölner Arbeiterverein schickte, erklärten „die Bannerführer und Haupt-Don-Quixote“ der Bourgeoisie sich „nicht imstande zu sein, die Ruhe und Ordnung herstellen zu können“ (ZAV 1848, S. 215),<sup>287</sup> und ließen die preußische Armee in die Stadt Köln marschieren. Mit „Haupt-Don-Quixoten“ meinte Moll u.a. den Advokaten Schneider II, der mit Marx zusammen die Präsidentschaft der Demokratischen Gesellschaft bekleidete. Als Bürgerwehrkommandanten sich in Anbetracht der „Gehorsamsverweigerung“ ihrer Männer nicht in der Lage erklärten, in der Stadt die Ruhe zu bewahren, alarmierte Schneider II am 25. September 1848 sofort seine Compagnien, machte bei dem Bürgerwehrkommando Anzeige, um die Ruhe wiederherzustellen (Kühn 1834, S. 210) und rief noch 16.000 preußischen Soldaten am Rhein auffahren.<sup>288</sup>

So tauchte am Abend des 25. September das Gerücht unter den auf dem Alten Markt versammelten Arbeitern auf, dass einige Kompagnien Soldaten im Anmarsch seien, um die Versammlung auseinanderzutreiben und die morgens „verunglückte Verhaftung des Moll mit Hilfe der Waffen“ zu vollziehen. Diese Nachricht machte einen sichtlich überraschenden Eindruck auf die Anwesenden. Mehrere Stimmen riefen: „Zu den Waffen! Barrikaden!“ Moll habe Anleitung gegeben, an welchen Straßenecken in diesem Falle Barrikaden errichtet werden müssten (ebd., S. 213). So begannen die Arbeiter mit dem Bau von Barrikaden, und in kurzer Zeit wurde das gesamte Viertel um den Alten Markt mit umgestürzten Bauwagen, Laternenpfählen, aufgehäuften Pflastersteinen usw. unpassierbar gemacht (Seyppel 1985, S. 108).

Oberst Engels warnte das Generalkommando, dass der Aufstand über Nacht ausbrechen könne, da ständige Agitation die Gemüter in Bewegung halte. Es müsse „mit Abfall eines Teils der

---

<sup>287</sup> Molls wichtiger Brief wurde in der ZAV vom 19. Oktober 1848 veröffentlicht (ZAV 1848, S. 215f.).

<sup>288</sup> [https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10504374\\_00007\\_u001/1](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10504374_00007_u001/1) (abgerufen am 29.11.2019).

Bürgerwehr und Übertritt zu den Aufständischen“ gerechnet werden. „Die Wähler“, so Oberst Engels, „rechnen damit, daß ein Teil des 25. Infanterie-Regiments auf ihrer Seite steht“ (Kühn 1934, S. 197). Diese Bedenken waren bezüglich einiger Bürgerwehrkompagnien nicht unbegründet. Vor allem die Bourgeoisie, die die Septembervorgänge quasi als Entscheidungsschlacht zwischen Anarchie und Ordnung wahrgenommen hatte (RhBA II/2, S. 440f.), hatte erkennen müssen, dass die Bürgerwehr kein verlässliches Mittel mehr zur Sicherung der bürgerlichen Zustände, sondern teils sogar ein Instrument der „Republikaner und Anarchisten“ (ebd., S. 441ff.) sein könnte.

Als das Militär beschloss, sich zuerst zurückzuhalten und mit der Aufräumung der Barrikade bis zum Morgen zu warten, eilte Marx zusammen mit Bürgers und Schneider II in das Lokal des Arbeitervereins und „auf den Barrikaden“, wie er später schrieb, um „den Arbeitern“ zu deklarieren, dass die „Demokraten“ „unter keiner Bedingung“ einen „Putsch“ wollten (MEW 5, S. 421). Auch Berichten von Oberst Engels zufolge ging Marx als Präsident der Demokratischen Gesellschaft mit dem zweiten Präsidenten derselben Gesellschaft, Advokat Schneider II, am Abend des 25. September zur Arbeiterversammlung (Kühn 1934, S. 219), die Marx selbst in dem Hauptversammlungsort der Demokraten gegen die von Moll aufgerufene Volksversammlung am Alten Markt organisierte (Seyppel 1985, S. 108), und rief dort die Arbeiter zur Ruhe und Gehorsam auf. Heinrich Bürgers, der auch mit Marx zusammen zur Beschwichtigung der Arbeiter zum Versammlungsort ging, erzählte in seinen Erinnerungen, Marx habe dort im Namen des Demokratischen Kongresses erklärt habe, „dass die Demokraten unter keinen Umständen, am wenigsten jetzt, einen Putsch wollten“ (Kühn 1934, S. 140).

Als der Moment der Entscheidung kam, ganz zu schweigen vom bewaffneten Widerstand gegen die Belagerung der preußischen Armee, zog Marx es vor, seine Macht gegen die Arbeiter einzusetzen. So verließen die meisten Arbeiter verzweifelt und frustriert die Barrikaden und gingen nach Hause. Die „Demokraten“ wichen „feig“ zurück und legten sich lieber „in ihre Betten“ (Stein 1921, S. 74). Die Bürgerwehr wurde aufgelöst und die Bürgerwehrmänner wurden aufgefordert, ihre Waffen sofort abzugeben. Obwohl ein proletarischer Teil der Bürgerwehr verweigerte, die Waffen abzugeben, gaben die meisten am nächsten Tag ihre Waffen ab (RhBA II/2, S. 443f.).

Generalmajor Kaiser und Oberst Engels stellten später mit Zufriedenheit fest, dass von den 5428 ausgegebenen Gewehren nur noch 370 fehlten (Kühn 1934, S. 218). „Weite Kreise von mittlerem und höherem Bürgertum“ begrüßten die „Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung“ und sandten Oberst Engels eine Dankadresse (Herres 1998a, S. 85). So war nach Marx’

Beschwichtigungsmanövern in der ganzen Stadt „nicht ein Schuss“ gefallen (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 179).

Während Moll auf Barrikaden stand, die Arbeiter zur Solidarisierung mit den festgenommenen Karl Schapper und Hermann Becker rief und deren Freilassung forderte, gab Marx selbst nach der Verhaftung Schappers den Arbeitern, deren Anführer entweder festgenommen oder auf der Flucht waren, das Ultimatum, dass ein Aufstand „sinnlos“ sei, weil „keine große Frage die Gesamtbevölkerung in den Kampf“ treibe und „jede Emeute“ daher scheitern müsse (MEW 5, S. 421). Doch zahlreiche zeitgenössische Zeitungen, wie u.a. *Allgemeine Zeitung*,<sup>289</sup> *Deutsche Zeitung*,<sup>290</sup> *Illustrierte Zeitung Leipzig* berichteten, was in Köln am 25. September 1848 in der Realität geschah. Das war „ein Angriff auf die gesetzliche Autorität“ der Arbeiter und Besitzlosen, der sofort „in einer Menge von Straßen der Barrikadenaufbau“ begann und unter den „größten Gewalttätigkeiten, unter Plünderung von Privat- und öffentlichem Eigentum, unter Läuten der Sturmglocke und Beschädigung des Straßenbeleuchtungsapparats“ fortgesetzt wurde (Kühn 1934, S. 212f.).

Während Moll den „Barrikadenbau“ leitete (Stein 1921, S. 73), warnte Marx die Arbeiter davor, die Sicherheitskräfte zu provozieren und verhinderte einen Volkswiderstand unter dem Vorwand, dass das Volk für den Aufstand noch immer nicht reif sei. In seinen Augen waren die Verletzungen der Rechte der Arbeiter und die Verhaftungen ihrer Anführer „keine große Frage“. Wenn die Arbeiter sich gegen Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung wehrten, betrachtete Marx diesen Widerstand als „Emeute“ und hielt ihn für „sinnlos“. Dieses Argument wurde von ihm benutzt, um die revolutionären Arbeiter, deren Führung festgenommen worden war, tatenlos zusehen zu lassen.

Marx lehnte jede Aktion ab, die für herrschende Klassen gefährlich war und gerade deswegen die Besitzlosen elektrisieren konnte. Er lehnte jeden Widerstandsversuch der Arbeiter und Besitzlosen strikt ab, der Mut erforderte und den Tod missachtete. Doch die Kampfgeschichte der Besitzlosen zeigt, dass die Revolutionen immer mit dem wahnsinnigen Mut einer Handvoll

---

<sup>289</sup> Die *Allgemeine Zeitung* war eine liberal/gemäßigte Zeitung. In der Revolution von 1848/1849 gewann sie an Umfang, Eigenständigkeit und Bedeutung weit über Süddeutschland hinaus. Neben vielen bekannten bürgerlichen Persönlichkeiten schrieben auch Fritz Anneke und Mathilde Franziska Anneke für diese Zeitung.

<sup>290</sup> Die *Deutsche Zeitung* wurde 1846 von oppositionellen badischen Abgeordneten gegründet. Sie verstand sich im Vorfeld der Revolution von 1848/1849 als Leitorgan des aufgeklärten bürgerlichen Liberalismus. Die Zeitung verlor durch die Radikalisierung der Märzrevolution jedoch ihre liberale Bedeutung und wurde vom Verbündeten der Liberalen zu ihrem Gegner. So wurde die Bourgeoisie, wie kommunistische Revolutionäre es taten, als „Geldsäcke“ bezeichnet. Das Blatt hatte auch aufgerufen, den Beamten- und Adelsstaat zu stürzen.

Tapferer beginnen.<sup>291</sup> Als die Arbeiter in Köln gegen die Festnahme ihrer Anführer Widerstand leisten wollten, stigmatisierte Marx den Arbeiterwiderstand als „Putsch“ und forderte die Arbeiter auf, Gehorsam zu leisten (MEW 5, S. 421). Für Marx galt es dagegen als „gewaltige Ereignisse“, wenn die herrschenden Klassen untereinander Interessenkonflikte haben. Er betrachtete den Interessenkampf zwischen zwei unterdrückerischen und ausbeuterischen Klassen, nämlich den Interessenkampf zwischen Adel und Bourgeoisie, als „Entscheidungskampf“ (ebd., S. 421f.).

Während Marx willig war, die aufständischen Arbeiter vor „Unbesonnenheiten“ und „putschistischen Exzessen“ zu warnen, forderte er in der gleichen Zeit von der Bourgeoisie „Mut“ zur „revolutionäre[n] Tat“. Nach Marx fehle es der Bourgeoisie am „guten Willen“ ganz „sicher nicht“; ihr fehle aber nur „der Mut, der Mut“ (ebd., S. 401). Am 8. November 1848 schrieb er in der *NRhZ*, dass es für die Bourgeoisie „nur ein Mittel“, nämlich „den revolutionären Terrorismus“, gebe (ebd., S. 457).

Marx forderte im November 1848 von der Bourgeoisie „Mut“ zum „revolutionären Terrorismus“ (ebd. S. 421) und rief die Arbeiter auf, ihr Blut für die Bourgeoisie zu vergießen und zugunsten des Bürgertums den Widerstand gegen den Adel zu organisieren (MEW 6, S. 21), während er am 25. September 1848 die Arbeiter und Besitzlosen, deren Rechte angetastet und deren Anführer verhaftet worden waren, zu Gehorsam und Unterwürfigkeit rief (MEW 5, S. 421). Er suchte am 25. September, die Arbeiter von der Solidarisierung mit ihren Anführern zurückzuhalten und verhinderte so „practical efforts of the workers“ (Noyes 1966, S. 110), indem er im entscheidenden Moment, als es darauf ankam, sich zum Herrn der Situation zu machen, von den Arbeitern das Einhalten der preußischen Gesetze forderte.

### 3. Marx' Rechtfertigung gegen die Kritik der „Feigheit“

Die republikanisch/demokratische Zeitungen, u.a. die *Allgemeine Zeitung* und die *Deutsche Zeitung*, kritisierten nach dem 25. September 1848 in ihren Seiten die Feigheit der Kölner bürgerlich/konstitutionellen Demokraten. Der Korrespondent der *Allgemeiner Zeitung* schrieb in der Ausgabe vom 30. September, dass die Kölner „Demokraten“ trotz ihrer „Betrunkenheit“, hier wird wohl Marx gemeint, nicht gewagt hätten, „ihre Barricaden“ zu verteidigen.<sup>292</sup>

---

<sup>291</sup> Die *Arbeiterpartei Kurdistans* (PKK), die im Jahr 1978 etwa von 20 Studenten gegründet worden war, rief das kurdische Volk am 15. August 1984 durch eine erste militärische Aktion in von der Türkei besetzten Nordkurdistan zum bewaffneten Aufstand gegen den türkischen Staat. Dieser Aufruf, der zunächst nur von einer kleinen Gruppe befolgt wurde, fand innerhalb weniger Jahren unter der kurdischen Bevölkerung beachtliche Unterstützung. So verfügt die PKK gegenwärtig über eine Guerillaarmee, Jugend-, Ausland- und Frauenorganisationen sowie eine legale Partei, die von Millionen von Kurden und Kurdinnen gewählt wird.

<sup>292</sup> [https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10504373\\_01437\\_u001/1](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10504373_01437_u001/1) (abgerufen am 28.11.2019).

Auch in der Ausgabe der *Deutschen Zeitung* vom 29. September wurde geschrieben, dass in Köln zwar Barrikaden gebaut, aber nicht verteidigt worden seien. Die Bürgerwehr benehme sich zum Teil noch „muthloser“ als das Frankfurter Parlament.<sup>293</sup> In der Ausgabe desselben Blattes vom 30. September wurde die „Muthlosigkeit der Bürgerwehr“ weiter verspottet. In Köln habe sich dem „schmächliche[n] Treiben soviel Großsprecherei und Feigheit“ zugestellt, dass es zum „Gespötte und Gelächter“ werden müsse. Die Kölner hätten mit der Abgabe ihrer Waffen an das Militär ihre „Ehre“ verloren:

Köln hat sich nicht bloß schlecht benommen, es hat sich auch lächerlich gemacht, und kein Kölner kann auf die Erlebnisse der letzten Tage zurückblicken, ohne daß ihm die Röthe des Zorns und der Scham in die Wange steigt.<sup>294</sup>

So sah sich Marx dazu gezwungen, sich gegenüber der Kritik der „Feigheit“ zu rechtfertigen, da er gerade derjenige war, der mit seinen bürgerlichen Demokraten auf die Arbeiterversammlungen ging und dort die Arbeiter zur Ruhe und Gehorsam aufrief. Marx rechtfertigte in seinem Artikel vom 13. Oktober in der *NRhZ* das Verhalten der „sogenannten Demokraten“, nämlich Bürgers, Schneider II und sich selbst, und wies die Kritik der „Feigheit“ zurück.<sup>295</sup> Es sei nach Marx nichts „lächerlicher“ als der „Vorwurf der Feigheit“ (MEW 5, S. 421).

Da bei Marx der Angriff die beste Verteidigungsstrategie war, wählte er für seinen Artikel die Überschrift *Kölnische Revolution* aus. Mit dieser Überschrift wollte er den Eindruck erwecken, dass er von dieser „lustigen Revolution“ (ebd., S. 419) nichts hielt. Doch Marx war am 25. September 1848 mit seiner Mission, nämlich die Arbeiter in Gehorsam und Unterwürfigkeit zu halten, so beschäftigt, dass seine Zeitung an diesem Tag nicht erscheinen konnte.

Bezeichnender Weise kritisierte Marx in seinem erwähnten Artikel vom 13. Oktober 1848 die staatlichen Behörden nicht gerade wegen der Verhaftungen von Arbeiterführern und ihres gewaltsamen Vorgehens den Arbeitern gegenüber, sondern ganz im Gegenteil. Er kritisierte die staatlichen Behörden gerade deswegen, weil diese für Verhaftungen der Arbeiterführer einen

---

<sup>293</sup> [https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10505475\\_00791\\_u001/1](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10505475_00791_u001/1) (abgerufen am 28.11.2019).

<sup>294</sup> [https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10505475\\_00801\\_u001/1](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10505475_00801_u001/1) (abgerufen am 28.11.2019).

<sup>295</sup> Anfangs 1850 musste sich Marx erneut gegen die Kritik der „Feigheit“ rechtfertigen, als Techow ihn wegen seiner Rolle 1848 in Köln zur Rede stellte. Techow sagte, man mache Marx „vielfach und mit Recht zum Vorwurf“, dass er „während der Zeit der Bewegung mehrfach die Hände in den Schoss gelegt, und unter dem Vorwand, dass für ihre Zwecke dabei doch nichts herauskomme, die Arbeiter von derselben zurückgehalten hätten“. Darauf erwiderte Marx mit großer „Lebhaftigkeit“, dass „die Geschichte in Köln him- und zwecklos, und unausführbar gewesen“ sei, denn sie sei „immerhin zunächst Bourgeois-Revolution“ (Vogt 1859, S. 150).



Montag, „an dem bekanntlich der größte Teil der Arbeiter unbeschäftigt“ sei, gewählt und so „zu gewalttätigem Widerstand“ veranlasst hätten:

Man hatte zur Ausführung dieser Maßregeln einen Montag gewählt, einen Tag, an dem bekanntlich der größte Teil der Arbeiter unbeschäftigt ist. Man mußte also vorher wissen, daß die Verhaftungen große Gärung unter den Arbeitern hervorrufen und selbst zu gewalttätigem Widerstand die Veranlassung bieten konnten (ebd., S. 420).

Während Moll am 25. September 1848 wegen der Verhaftungen der „Volksredner“ (BdK 1, S. 852) die Arbeiter zum Barrikadenbau rief, fand Marx die Verhaftungen in Ordnung, wenn die staatlichen Behörden sie nicht an einem Montag, „an dem bekanntlich der größte Teil der Arbeiter unbeschäftigt“ sei, und deswegen die Zeit hatte, dagegen Widerstand zu leisten, durchgeführt hätten. Nach Marx wäre ein Arbeiteraufstand nichtzustande gekommen, wenn die Verhaftungen der Arbeiterführer an einem anderen Tag, an dem die Arbeiter beschäftigt gewesen wären, stattgefunden hätten. So riet Marx den Behörden, ihre zukünftigen Verhaftungen an den Tagen durchzuführen, an denen Arbeiter beschäftigt seien und so keine Zeit hätten, gegen die Verhaftungen ihrer Anführer Widerstand zu leisten (MEW 5, S. 420).

#### **4. Molls politische Bilanzziehung aus den Ereignissen des 25. September 1848**

Moll zog in seinem Brief vom 10. Oktober 1848 aus London, den er bekanntlich nach seiner Flucht nach London an den Kölner Arbeiterverein geschrieben hatte, eine ausführliche politische Bilanz aus den Ereignissen des 25. September.<sup>296</sup> Er bewertete die Ereignisse des 25. September grundsätzlich anders als Marx und verurteilte daher die Feigheit „der Demokraten“ und ihrer Bürgerwehr, die Marx mit Leib und Seele verteidigte, aufs Schärfste:

Wo aber das Volk einmal eine etwas ernste Miene machte, weil man seine Rechte antastete, da erklärten die Bannerführer und Haupt-Don-Quixote, nicht imstande zu sein, die Ruhe und Ordnung herstellen zu können, und gleich lief die ganze Krämerwelt, die Nachtmütze über die Ohren ziehend, sich unters Bett oder sonst wo verkriechend (ZAV 1848, S. 215).<sup>297</sup>

---

<sup>296</sup> Martin Hundt stellt hier eine wichtige Frage zu Molls Brief. Es sei „unerfindlich und aus der Bundestraktion nicht erklärlich, warum man keine Ansprache an den Bund richtete, in der doch das Anliegen klar und einsichtig vor den Mitgliedern entwickelt werden konnte“. Da Hundt strikt ablehnt, dass die Zentralbehörde im Mai 1848 von Marx aufgelöst wurde, kann er seine eigene Frage nicht beantworten und hält die Situation für unverständlich (Hundt 1993, S. 515). Man konnte keine Ansprache an den *Bund* richten, da Marx den *Bund* schon zerstückelte.

<sup>297</sup> Gustav Adolph Schlöffel, der im Juni 1849 bei einem Gefecht mit preußischen Truppen ums Leben kam, erkannte schon Mitte April 1848 an der Bürgerwehr, mit der die Regierung Camphausen/Hansemann die Forderung des Volkes nach Bewaffnung zurückdrängte, das kontrarevolutionäre Gesicht der Bourgeoisie. Er schrieb am 15. April 1848 im Volksfreund, dass die Bürgerwehr „eine gegen das Volk bewaffnete Schutztruppe der Geldsäcke“ sei, „die in der Berliner Stadtvogtei mehr Verhaftete abliefern als die Preußische Polizei je zuvor“ (Seidel-Höppner 2014, S. 1141).

Während Moll die Abgabe der Gewehre, die von den Herrschenden als „gefährliche[s] Spielzeug“ (BdK 1, S. 852) für Arbeiter betrachtet wurden, scharf kritisierte, fand Marx es ganz in Ordnung, dass die Bürgerwehr „die Waffen freiwillig ablieferte“ (MEW 5, S. 421). Das absolute Preußentum und seine „Kollegen“ könnten, so zeigte Moll in seinem Brief das konterrevolutionäre Gesicht der Bourgeoisie am 25. September, „niemals bessere Handlänger bekommen hätten als die Kölner Bürgerwehr“, denn diese „Don Quixote“ trieben „mit gefällttem Bajonett das muntre, unschuldige Volk“ auseinander. Sie rühmten sich „ihrer Heldentaten“, wie sie als „10 und 12 bewaffneter Bourgeois über einen Arbeiter hergefallen und ihn blutig geschlagen“ hätten (ZAV 1848, S. 215).<sup>298</sup>

Nachdem mehrere Revolutionäre vom Staat ins Gefängnis geworfen worden waren, war Moll mehr denn je von der Reorganisation des *Bundes der Kommunisten* überzeugt. Er betrachtete insbesondere nach den lehrreichen Ereignissen vom 25. September 1848 die selbständige Organisation der Arbeiter und Bauer als eine absolute Notwendigkeit, setzte sein Vertrauen ganz auf die Arbeiter und Besitzlosen, rief sie auf, sich derart zu organisieren, dass sie alle „Kartätschenhelden Deutschlands“ die Stirn bieten könnten. Sie sollten alle Wege nutzen, „um selbständig zu werden“ und ihre „Feinde wie Freunde“ kennenzulernen, um auch „die Phrasenhelden“ von ihren „wahren Freunden“ zu unterscheiden:

Mag Verein auf Verein unterdrückt, mag ein Volksredner nach dem andern eingesteckt werden, und wenn die Preß- und Versammlungsfreiheit wieder ganz aufgehoben, ganz Deutschland in Belagerungszustand erklärt würde – der Same, welcher einmal festen Boden unter dem Proletariat und hauptsächlich unter dem Landvolk gefaßt hat, wird seine Früchte tragen, und wenn die ganze reaktionäre Sippschaft mit Pfaffen, Jesuiten, Krämer[n], Beamten und der ganzen privilegierten Kaste nichts als mähten und ausrotteten, es wird ihr nicht gelingen, die Frucht zu vertilgen (BdK 1, S. 852).

Das Proletariat und die Landbauer würden „sich in Zukunft nicht mehr für Gott, König und Vaterland verdummen und ausbeuten zu lassen“:

[Proletariat und Landbauer] werden nicht mehr geduldig Hungers krepieren, sondern nicht eher ruhen noch rasten, bis man ihnen ihre Rechte bewilligt oder bis sie sie mit Gewalt erlangt haben; die kurze Zeit hat ihnen hinlänglich bewiesen, daß dem Volke kein Heil wird, bis es sich

---

<sup>298</sup> In der *Zeitung des Arbeitervereins* vom 12. Oktober 1848 kritisierte ein Verfasser in einem Artikel *Ein Abend in der Demokratischen Gesellschaft* die bürgerlichen Demokraten und ihre Bürgerwehr. Die „Reaction“ habe den Rednern in der Demokratischen Gesellschaft „die Zunge gelähmt“, weil jeder derselben Furcht vor Verhaftung habe und „keiner mehr des lieben Molls ‚Sprache der Wahrheit‘ redete“. In der Bürgerwehr gebe es „im größten Teil nur Memmen, feige Verräter“. Sie hätten gesagt: „Meine Herren, ich rathe zur Abgabe der Waffen, ich habe abgedankt“ (ZAV 1848, S. 206).

selbstständig zeigt, es wird sich weder auf die sogenannten Volksvertreter noch auf die sogenannten Maulhelden oder Phrasendemokraten verlassen, [...] solange das Volk nicht selbstständig, sich auf andere verläßt, so ist's verlassen und wird verlassen bleiben (ZAV 1848, S. 215).

Sogar in England, wo die Bourgeoisie vollkommen herrsche, habe das „englische Bourgeoisregiment“ selbst die „friedfertigen Chartisten“ zu lebenslänglicher Deportation verurteilt. Auch in Deutschland hätten die Arbeiter „von einer konstitutionellen Monarchie, wo eine infame Bourgeoisie herrscht“, das zu erwarten (ebd., S. 216). Moll stellte kristallklar fest, dass das Volk, das „nicht selbstständig“ ist und „sich auf andere verläßt“, „verlassen und wird verlassen bleiben“ wird. Aus diesem Grund forderte er das arbeitende Volk auf:

Haltet so oft Generalversammlungen in den Städten und in den umliegenden Dörfern, sucht Euch auf alle mögliche, Aufklärung zu verschaffen, um selbstständig zu werden, und Eure Feinde wie Freunde kennenzulernen, und auch um die Phrasenhelden von Euren wahren Freunden zu unterscheiden (ebd., S. 215).

Moll hob anhand von Kölner und Londoner Beispielen das konterrevolutionäre Gesicht der Bourgeoisie stark hervor und ließ damit der Politik von Marx/Engels, die ein Zusammengehen der Arbeiter mit der Bourgeoisie als eine Voraussetzung für die Revolution propagierten, keinen Spielraum. Die Arbeiter und Bauer müssten alle Möglichkeiten, die sie in der Hand haben, nutzen, um sich „unabhängig“ von der Bourgeoisie zu organisieren und unabhängig zu handeln. So kam Moll zu den Ansichten Weitlings zurück.

## **5. Organisation der deutschen Arbeiterbewegung durch Weitling und Moll**

Anfang Oktober 1848 gab Weitling die Wochenschrift *Der Urwähler* in Berlin heraus. Schon im Leitartikel in der ersten Nummer des Blattes *Die alte Propaganda an die Junge* rief Weitling die Einheit der Kräfte der Arbeiter und Besitzlosen und warnte sie vor Täuschung:

Nun aber sind wir eine große Masse geworden und können Großes bewirken. Das können wir um so mehr, je besser wir wissen, was wir bezwecken wollen, um so mehr, je einiger wir handeln, um das zu bezwecken, was wir als gut anerkannt haben. Daran werden wir aber vielfach gehindert. Unsere prinzipiellen Gegner hindern uns daran, unsere Vorurtheile und Leidenschaften hindern uns daran, ja selbst unsere zeitweiligen Interessen hindern uns daran gegenseitig. Das mächtigste Mittel dieser verschiedenen Verhinderungen ist die Täuschung. Also Krieg der Täuschung! Krieg den Vorurtheilen! (Urwähler 1848, S. 3).

Mit der Radikalisierung der politischen Atmosphäre in Berlin kam es am 16. Oktober 1848 zu einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen der Bürgerwehr und den Arbeitern, bei dem nicht

weniger als 12 Menschen auf beiden Seiten starben (Wernicke 1999, S. 194). *Der Urwähler* schlug Alarm, zeigte gleich in der ersten Nummer den Armeebefehl Wranglers an (Urwähler 1848, S. 8), rief die Arbeiter zur Wachsamkeit und erklärte die „Volkswehr“ als „sicherste Gewähr der Freiheit“ (ebd., S. 16).

„Anders als man gewöhnlich liest“, stellt Seidel-Höppner fest, „hält sich Weitlings politischer Einfluß im Inneren der deutschen Staaten im Vormärz“ ungebrochen. „Ziemlich konkurrenzlos“ waren auch in der Revolution von 1848/1849 „die Ausstrahlungskraft seiner Werke“ und „das Charisma seiner Persönlichkeit“ (Seidel-Höppner 2014, S. 1100). Weitling schrieb im Juli 1850 in der *RdA* über die politische Tätigkeit der Kommunisten in der Revolution von 1848/1849 in Deutschland wie folgt:

So fanden wir im Jahre 1848 und 1849 in allen großen Städten Deutschlands die frühern Mitglieder der deutschen Vereine in Frankreich, der Schweiz und London, so wie ihre in Deutschland geworbenen Gleichgesinnten theils an der Spitze der Bewegung, theils im thätigen Antheil derselben begriffen (RdA 1850, S. 101).<sup>299</sup>

Berlin gehörte zu den ersten „Bastionen“ der Kommunisten in Deutschland. So wählte Weitling Berlin als sein „Domizil“, als er Mitte Juli nach Deutschland kam. Doch er suchte und erneuerte „überall die Beziehung zu den alten Bundesmitgliedern“ (Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 78). Mit seiner Ankunft in Deutschland begann gleichzeitig auch seine politische Tätigkeit. Er verteilte Flugschriften, die vorbildliche Aktionen revolutionärer Kader propagierten, in Frankfurt am Main, in Baden, namentlich in Heidelberg, wo im Juni 1848 der erste Arbeiterkongress stattfand. Sein Adressbuch bezeugt Verbindungen in mehr als zehn deutsche Städte, u.a. Hamburg, Berlin, Köln, Frankfurt am Main, Leipzig, Darmstadt, Lübeck (Barnikol 1931, S. 51ff.).<sup>300</sup> Dank seiner langjährigen Einbindungen „in den Kreis entschiedener Bundesmitglieder“, u.a. Hätzel und Lüchow in Berlin, Weller in Leipzig, Martens in Hamburg (Seidel-Höppner 2014, S. 1119), erstrebte Weitling im Herbst 1848, die politische Atmosphäre in der Arbeiterbewegung zu radikalieren. Die Hamburger Kommunisten um Martens und die Leipziger Kommunisten um Weller befanden sich „auf der gleichen Linie wie die Berliner Kommunisten um Hätzel“ und die Kölner Kommunisten um Gottschalk. Rolf Weber muss,

---

<sup>299</sup> Weitling startete die Geschichte der ersten deutschen „sozialen Bewegung“ mit der Gründung der geheimen *Gesellschaften* von Paris im Jahre 1838: „[U]nd von hier [breitete sie sich] aus durch Emissäre und Schriften zunächst nach der Schweiz und dann nach Deutschland, nach London, Brüssel und Amerika.“ Wer diese Bewegung seit 12 Jahren mit Aufmerksamkeit verfolge, dem werde es klar werden, „welche ungeheure Bedeutung solche winzig kleinen Gesellschaften durch die überzeugende Gewalt der Grundsätze“ erreichen können. „Das Felleisen auf dem Rücken“ reisten immer mehr „freiwillige Emissäre“ von Stadt zu Stadt, „überall für dieselbe Sache wirkend und überall die besten Kräfte um sich gruppierend“ (RdA 1850, S. 101).

<sup>300</sup> Weitling führte ein genaues Tagebuch über seine Kontakte, die er später aus Sicherheitsgründen teilweise vernichtete (Barnikol 1931, S. 51ff.).

wenn auch nicht ganz, zugeben, dass „diese Linie der Taktik“ der *NRhZ* „nicht voll entsprochen“ habe (Weber 1970, S. 320).

In einem am 20. September 1848 datierten Brief vom Friedrich Schlotterbeck<sup>301</sup> an Willich ist zu lesen, dass die Mitglieder des von Marx für aufgelöst erklärten *Bundes der Kommunisten*, die von Anfang an gegen Marx/Engels und ihre bourgeoisiefreundliche Linie kämpften, untereinander doch in Verbindung standen. So schrieb Schlotterbeck an Willich, dass die Proletarier sich nicht mehr anschmieren lassen wollen, „denn sie sind schon genug angeschmiert worden“. Er berichtete in seinem Brief über die Adresse von Pariser Kommunisten, nämlich Reininger, Ewerbeck, Hess und Scherzer. Anlässlich der Volksversammlung vom 13. September 1848 in Köln, bei der ein Sicherheitskomitee gewählt worden war, schrieb Schlotterbeck an Willich, dass seine „2 Mitglieder“ sich „im Gefängnis“ befinden. Er meinte damit Willichs „Freunde Gottschalk und Anneke“ (Koszyk/Obermann 1975, S. 208ff.). Schlotterbeck berichtete auch von Gottschalks Sekretär Jansen, der auch aus Köln fliehen musste und sich danach an der bewaffneten Arbeiterkompagnie beteiligte (ebd., S. 167). Jansen schrieb ebenfalls am 21. September aus Strasbourg an Willich in Besançon, der „eine fast ausschließlich aus Arbeitern bestehende Revolutionsarmee“ kommandierte (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 206).<sup>302</sup> Nach Jansen seien „die Tüchtigsten“ trotz der Niederlage in Frankfurt am Main der Ansicht, dass „jetzt gerade der Zeitpunkt zum Handeln“ gekommen sei: „Wir haben drüben mehrfache Verbindungen angeknüpft. Bis Sonntag sind wahrscheinlich Verbindungen den Rhein hinunter bis Köln und Düsseldorf angeknüpft“ (Obermann 1973, S. 129).

Bekanntlich waren Moll und Schapper, die von Köln aus engem Kontakt mit London unterhielten, mit der Auflösung der Zentralbehörde des *Bundes* im Mai 1848 durch Marx „nie so ganz einverstanden“. Sie konnten jedoch kurz nach der Ankunft in Köln einen Bruch mit Marx nicht im Auge fassen (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 191). Doch sie wurden nach einer etwa fünfmonatigen Erfahrung mit Marx gegenüber seiner bourgeoisiefreundlichen Politik immer kritischer. So nahmen die Konflikte im Spätsommer 1848 zwischen Moll/Schapper und Marx in Köln zu. Während Moll/Schapper „das Abgewürgtwerden der demokratischen Kräfte in Deutschland schon zu einer Zeit“ vorausgesehen hatten, war Marx

---

<sup>301</sup> Friedrich Schlotterbeck war ein Tapezierer aus Baden, gehörte zu den führenden Mitgliedern der Arbeiterkolonne und vertrat zeitweilig Willich. Er war Mitglied der Gemeinde des Bundes in La Chaux-de-Fonds in der Schweiz (Koszyk/Obermann 1975, S. 167).

<sup>302</sup> Willichs „General-Liste der Kolonne in Besançon“ enthält 261 Namen mit Angabe des Berufs und des Geburtslandes. Die Mitglieder der Kolonne kamen aus siebzehn Staaten und zwei freien Städten des Deutschen Bundes, außerdem waren Dänemark mit einem Teilnehmer und Polen mit zwei Teilnehmern vertreten (Obermann 1973, S. 130ff.).

immer noch engagierter Präsident der „immer schillernder“ werdenden *Demokratischen Gesellschaft* der Kölner Bourgeoisie. Er stand der Bourgeoisie nah und war weit entfernt von den Arbeitern, „die er nie für sich zu erwärmen verstand“ (Kuhnigk 1980, S. 175). Moll und Schapper wurde es wohl klar, dass sie die Arbeiterbewegung von den immer lästiger werdenden, immer drückenderen Bindungen befreien und politisch verselbstständigen mussten. Insbesondere Moll sah nach den belehrenden Ereignissen im September 1848 das konterrevolutionäre Gesicht der Bourgeoisie deutlicher als Schapper. So setzte Moll sein Vertrauen ganz auf die Arbeiter und Besitzlosen. Diese Erfahrung steckte hinter dem Willen, der den *Bund der Kommunisten* wiederaufzubauen strebte.

Von „Haftbefehlen verfolgt“ kam Moll Anfang Oktober 1848 „auf illegalem Wege“ in London an (Hundt 1993, S. 513f.). Hier schrieb er seinen bereits erwähnten historischen Brief vom 10. Oktober 1848 an den Kölner Arbeiterverein. In seinem Brief trat die Kritik an der politischen Linie von Marx/Engels während des fünfmonatigen Zeitraums zwischen April und September 1848 in Köln in zwei Hauptpunkten hervor. Erstens die Notwendigkeit der Reorganisation des illegalen *Bundes der Kommunisten* und zweitens die Feststellung, dass die Unterstützung der Bourgeoisie ein schwerer politischer Fehler war (ZAV 1848, S. 215f.):

[D]ie kurze Zeit hat ihnen [dem Proletarier und dem Landbauer] hinlänglich bewiesen, daß dem Volke kein Heil wird, bis es sich selbstständig zeigt, es wird sich weder auf die sogenannten Volksvertreter, noch auf die sogenannten Maulhelden oder Phrasendemokraten verlassen, welche zu jeder Zeit das Maul voller schönen, glatten Worten haben, doch wenn die Zeit des Handelns kömmt, mit der Tat das zu beweisen, was sie so lange mit Worten gepredigt haben, welche dann nie zu Haus noch sonst wo zu finden sind (wem die Kappe nicht passt, braucht sie sich nicht aufzusetzen), solange das Volk nicht selbstständig, sich auf andere verläßt, so ist's verlassen und wird verlassen bleiben (ebd., S. 215).

Am Ende seines Briefes rief Moll die Kommunisten und Arbeiter nochmals zum Wiederaufbau der illegalen Organisation auf und erklärte, dass das arbeitende Volk die Früchte dieser Organisation innerhalb eines Jahres, sogar innerhalb von sechs Monaten, sehen werde. Er schloss seinen Brief mit den Worten: „Hoffentlich und wahrscheinlich bin ich bald wieder in Eurer Mitte. Bis daran Euer treue Bruder“ (ebd., S. 216).

Und tatsächlich gründete Moll in London mit den ehemaligen Mitgliedern des *Bundes* die von Marx im Mai 1848 aufgelöste Zentralbehörde der „Revolutionären Partei“ (BdK 1, S. 876). So wurde deutlich, dass Marx' Strategie, „die Entwicklung einer unabhängigen proletarischen Partei zu verhindern, gescheitert war“ (Stedman Jones 2012, S. 26). Die Londoner

Zentralbehörde beschloss im Oktober 1848, die illegale Organisation der Kommunisten wiederaufzubauen (Nicolaevsky 1961, S. 223).

Die Bildung der Zentralbehörde des *Bundes der Kommunisten* im März 1848 in Paris ergab sich in der Tat aus einer politischen Vereinbarung zwischen zwei Gruppen, nämlich Marx/Engels und Schapper/Moll, von denen die erstere im Mai 1848 die Zentralbehörde und damit den übriggebliebenen Rest des *Bundes* für aufgelöst erklärte, um die revolutionäre Opposition gegen ihre bourgeoisiefreundliche Politik zum Schweigen zu bringen. Es gab jedoch keinen legalen Beschluss zur Auflösung des *Bundes*, da eine Auflösung in den Statuten nicht vorgesehen war (ebd., S. 223f.). Außer Marx/Engels hielten fast alle Mitglieder des *Bundes* es daher für ihr Recht, ihn wieder in seinen ursprünglichen Zustand zu versetzen, nämlich in die Form, in der sie vor dem Eintritt von Marx/Engels bestanden hatte. Es ist von großer Bedeutung, dass Moll der wiederhergestellten Organisation einen neuen Namen, nämlich die „revolutionäre Partei“ gab, deren Statuten in der Überschrift „Bundesstatuten der revolutionären Partei“ hießen (BdK 1, S. 876).

Der Entwurf der neuen Statuten wurde wohl im Oktober oder jedenfalls vor Mitte November „völlig unabhängig von Marx/Engels“ verfasst (Schieder 2018, S. 47). Mit einer Änderung in den Statuten wurde der Kampf für die arbeitenden Klassen geöffnet und weitergefasst, indem der verengte und in die Zukunft verlegte Kampf zwischen Industrieproletariat und Bourgeoisie aufgehoben wurde. Der Zweck der „Revolutionären Partei“ war nicht mehr die „Aufklärung“ des Proletariats nach der Festsetzung der bürgerlichen Herrschaft, sondern die „Einführung“ einer „Republik“ (BdK 1, S. 876ff.). Durch diese Änderungen in den von Marx/Engels 1847 verfassten Statuten befreite Moll die Organisation der Kommunisten von einer hohlen Universalität. Hier verwies er auf konkrete Aufgaben anstatt auf abstrakte, allgemeine Phrasen. Nach Molls Entwurf wählten die deutschen Kommunisten nicht die Welt, sondern Deutschland als den Ort des Kampfes und zielten „nicht [auf] die konstitutionelle Monarchie“, sondern die soziale, demokratische Republik (Wermuth/Stieber 1853, S. 67), in der die Herrschaft des Kapitals zerstört wird. In dieser Republik werden alle Klassen und Schichten gleich; genauer gesagt, nur Arbeiter, Kopf- und Handarbeiter, werden Bürger dieser Republik.

Gemäß den im Juni 1847 verabschiedeten alten Statuten konnten Mitglieder des *Bundes* zwar nicht in „antikommunistische“ Organisationen eintreten, sie konnten aber Mitglieder liberaler/politischer Organisationen werden (BdK 1, S. 626), da Marx Mitglied und sogar Präsident von liberalen/bürgerlichen Organisationen war, wie der Brüsseler Demokratischen Gesellschaft und der Kölner Demokratischen Gesellschaft, während er gleichzeitig auch der

„Chef“ des *Bundes* war. Moll ersetzte im November 1848 diesen Artikel durch einen Artikel der „Enthaltung der Teilnahme an jeder anderen politischen Verbindung“. Demnach dürfe ein Mitglied der illegalen „Revolutionären Partei“ einer anderen politischen Organisation nicht angehören. Die Mitglieder führen, wie in den Statuten des *Bundes der Gerechtigkeit*, wieder auch Bundesnamen. Nach einem anderen geänderten Artikel wird ein Mitglied aus der Organisation ausgestoßen, wenn die Bedingungen der Mitgliedschaft verletzt werden (ebd., S. 877). Die „ausgestoßenen Individuen“ und „verdächtigen Subjekte“ sind zu überwachen und „unschädlich“ zu machen. Nach einem anderen geänderten Artikel wird jeder „Verrat“ mit „Tod“ bestraft (ebd., S. 879). Die Art der Veränderung der Statuten des *Bundes* durch Moll erlaubt interessante Rückschlüsse. In den Statuten ist „die so hart umstrittene, rein marxistische Formulierung des Zieles“, nämlich die Unterstützung der Bourgeoisie, „völlig verschwunden“ (Fehling 1922, S. 76).<sup>303</sup>

Die neu gegründete Londoner Zentralbehörde plante Mitte November 1848 Moll „mit einem englischen Pass versehen“ nach Deutschland zu senden (BdK 1, S. 1138). Er sollte die Verbindungen mit den örtlichen Gemeinden wiederherstellen, neue Mitglieder für die „Revolutionäre Partei“ gewinnen, die von der Londoner Zentralbehörde ausgearbeiteten neuen Statuten bestätigen lassen und einen Kongress zu organisieren. Die betreffenden Aktivitäten erstreckten sich auf Frankreich und die Schweiz (Hundt 1993, S. 514), wo 1847 die Bundesgemeinden wegen ihrer revolutionären Opposition gegen ein Zusammengehen mit der Bourgeoisie und mit Marx/Engels aus dem *Bund* ausgeschlossen worden waren, konzentrierten sich aber insbesondere auf Deutschland. Moll hatte den Plan, die neue Organisation auf eine breitere Grundlage zu stellen, um sich mit Weitling, Gottschalk und anderen Kommunisten, die „nur durch die Initiative von Marx“ ausgeschaltet worden waren, wieder zu vereinigen (Schraepler 1972, S. 336). Die späteren Ereignisse bestätigen, dass insbesondere Moll und hinterher auch Schapper durch diese Zieländerung sich von Marx/Engels trennten und praktisch zur politischen Linie von Weitling/Gottschalk/Willich kamen.

### **5.1. Weitlings Rolle auf dem 2. Demokraten- und Arbeiterkongress in Berlin**

Nach dem ersten Demokraten- und Arbeiterkongress, der im Juni 1848 in Frankfurt stattfand und auf dem Gottschalk eine wichtige Rolle spielte, tagte der zweite Kongress in der Zeit vom

---

<sup>303</sup> Martin Hundt bewertet diese Veränderungen als einen „Rückfall in älteste verschwörerisch-sektiererische Tradition“, obwohl ihm wiederum „nicht ersichtlich“ sei, aus „welchen praktischen Erfahrungen diese Rigorosität in Fragen der Mitgliedschaft“ resultiere (Hundt 1993, S. 517).



26. bis 30. Oktober 1848 diesmal in Berlin.<sup>304</sup> Am Demokraten- und Arbeiterkongress nahmen zahlreiche Kommunisten teil, u.a. Wilhelm Weitling, Karl Bruhn, Hermann Kriege, Hermann Ewerbeck aus Paris, Louis Heilberg<sup>305</sup> aus Brüssel, Ottokar Weller aus Leipzig und der Abgeordnete des Kölner Arbeitervereins Friedrich von Beust.<sup>306</sup> Am Kongress beteiligten sich auch Stephan Born und bekannte demokratische Republikaner, wie u.a. Gottfried Kinkel, Julius Fröbel, Arnold Rüge und Eduard von Reichenbach (Schraepler 1972, S. 318ff.).

Am dritten Kongresstag wurde „mit Weitling, Louis Heilberg und Friedrich von Beust“ eine Kommission als Berichterstatter gebildet. „Unter dem Druck der Arbeitervereine“ hielt der Kongress daran fest, dass „nur in der demokratisch-sozialen Republik die Lösung der sozialen Frage möglich ist“ (Seidel-Höppner 2014, S. 1163ff.). In dem von Beust im Namen der Kommission verlesenen Gutachten wurden Leitsätze zum Sieg des Proletariats aufgestellt. Demnach sollten Grund und Boden ebenso gesellschaftliches Eigentum werden wie das gesamte kapitalistische Privateigentum. Durch Beseitigung der materiellen und geistigen Privilegien erhielten „alle Menschen die gleichen Möglichkeiten, ihre körperlichen und geistigen Bedürfnisse zu befriedigen“, und alle Menschen seien verpflichtet, durch Arbeit zur Entwicklung der Gesellschaft beizutragen. Nach Seidel-Höppner habe „niemand“ dieses Dokument „über die soziale Frage so vehement verteidigt, sich so zäh und durchaus flexibel für seine Annahme eingesetzt, wie Weitling“ (ebd., S. 1172ff.). Auf dem Berliner Demokratenkongress vom Oktober 1848 vertrat Weitling die „kommunistischen Interessen“ (Wermuth/Stieber 1853, S. 27f.). Er erklärte sich hier ausdrücklich damit einverstanden und könnte das Dokument unterzeichnen und wünsche, „daß der Congreß es auch thun möge“ (Verhandlungen 1848; zit. nach Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 107).

Nach dem Berliner Demokraten- und Arbeiterkongress schrieb Weitling über die Differenzen zwischen bürgerlich/republikanischen Demokraten und Kommunisten in der letzten Nummer des *Urwählers*, in dem er auf die „Zersplitterung“ der Kommunisten aufmerksam machte:

---

<sup>304</sup> Nach preußischen Polizeidirektor Stieber hatten die Kommunisten in den beiden Kongressen im Jahr 1848 in Frankfurt am Main und Berlin „als äußerste Linke“ gewirkt (RdA 1852, S. 381).

<sup>305</sup> Bekanntlich unterstützte der „sehr einflussreiche“ Kommunist Louis Heilberg aus Brüssel ebenfalls den bewaffneten Kampf in Baden (Hundt 1993, S. 336).

<sup>306</sup> In der Generalversammlung des Kölner Arbeitervereins vom 22. Oktober 1848 wurden die Mitglieder aufgefordert, einen Vertreter für den am 26. Oktober in Berlin stattfindenden Demokratischen Kongress zu benennen. Es bestehe jedoch hierbei die Frage, ob der Arbeiterverein für sich allein oder in Verbindung mit der Demokratischen Gesellschaft jemanden hinsenden solle. Die Mehrheit entschied sich für das erstere, nämlich „selbstständig zu handeln“. Marx' Anhänger und Vizepräsident Röser musste den Antrag akzeptieren, dass der Arbeiterverein für sich allein einen Deputierten wähle und nach Berlin zum Kongress besichtige. Der Verein müsse sich selbstständig vertreten, umso mehr, als Köln zum Bezirksort vom Zentralkomitee ernannt sei (FBA 1848, S. 6). So wurde Beust, der Freund von Gottschalk und Anneke, zum Demokraten- und Arbeiterkongress geschickt.

Aber weder die Bürgerwehr, wie sie ist, weder die National-Versammlung noch die demokratischen Kongresse sind Körper, von welchen sich eine bestimmte einheitliche Bewegung erwarten läßt. Man betrachtet diese Körper immer von der falschen Voraussetzung der Einheit und sie sind doch nur Repräsentanten unserer Zersplitterung (Urwähler 1848, S. 35).

Auf dem zweiten Demokraten- und Arbeiterkongress waren Vertreter von 260 Vereinen und Gesellschaften aus insgesamt 140 Städten anwesend. Die Zahl der Teilnehmer belief sich anfangs auf 120. Wegen der auftretenden radikalen Tendenzen waren am Schluss aber nur noch 50 bis 60 Kommunisten anwesend. Nach dem Kongress wies Ewerbeck in einem Brief vom 2. November 1848 an den Pariser Deutschen Verein auf die „Uneinigkeit“ der Kongressteilnehmer. Wohl deswegen versuchte die *NRhZ* den Kongress und seine Teilnehmer, so Ewerbeck, „lächerlich zu machen“. Das Blatt sei „deshalb tadelnswert“ (Koszyk/Obermann 1975, S. 216f.).

## **5.2. Unterhandlungen der Kommunisten zu einem „Kommunistenkongress“**

Nach dem Demokraten- und Arbeiterkongress fand in Berlin auch „eine illegale Tagung“ der Kommunisten statt (Weber 1970, S. 313), um einen Kongress der Kommunisten in Berlin vorzubereiten. Bevor Moll mit seiner Missionsreise nach Deutschland begann, teilte er in seinen Briefen an aus dem *Bund* ausgeschlossenen Bundesgemeinden und Bundesmitgliedern, die die Auflösung des *Bundes der Kommunisten* „überhaupt nicht zur Kenntnis“ genommen hatten (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 191), den Beschluss eines Kongresses mit.

Bekanntermaßen schickte die im Oktober 1848 in London neu gegründete Zentralbehörde Moll im November 1848 nach Deutschland (BdK 1, S. 1138), um u.a. die Verbindungen mit den örtlichen Gemeinden wiederherzustellen und einen Kongress zu organisieren (Hundt 1993, S. 514). So schrieb Moll schon in der ersten Oktoberhälfte an Ewerbeck in Paris, dass der Kommunistenkongress im Dezember 1848 in Berlin einberufen werde. Als Ewerbeck spätestens am 23. Oktober zum Demokraten- und Arbeiterkongress nach Berlin abreiste, „kannte er bereits die Londoner Pläne“ und entwickelte auf ihrer Grundlage „eine Reihe eigener Initiativen“ (ebd., S. 515), wie seine Briefe an Hess belegen. Er berichtete am 1. November 1848 Hess vom „Kommunisten-Kongress“, der in vier Wochen in Berlin stattfinden müsse. Er habe über den Kommunistenkongress mit allen Personen gesprochen, die er für nötig halte (BdK 1, S. 863f.).

Tatsächlich unterhandelte Ewerbeck auf dem Demokraten- und Arbeiterkongress mit den Kommunisten, die dorthin gekommen waren, und verabredete mit ihnen, im Dezember 1848 einen Kongress in Berlin einzuberufen. Höchst interessant ist dabei, dass Ewerbeck hier nicht

von einem Kongress des *Bundes*, sondern ausdrücklich von einem „Kommunisten-Kongress“ sprach und darüber Hess informierte. Dieser Kongress hatte das Ziel, die kommunistischen Strömungen, die von Marx/Engels aus dem *Bund* ausgeschlossen worden waren, zusammenzubringen. Martin Hundt sieht deswegen in den Unterhandlungen von Ewerbeck zu einem „Kommunisten-Kongress“ in Berlin und seine Verbindungen zu Weitling, Hess, Moll und Willich eine „regelrechte Verschwörung“ gegen Marx/Engels (Hundt 1993, S. 518). Die Verhaftungen und weitere Ereignisse im November und Dezember 1848, wie Weitlings Ausweisung aus Berlin, ließen den Kongress nicht zustande kommen. Aber „der Wille“, die Zersplitterung der Kommunisten zu beenden und ihre Kräfte zusammenzubringen, war stark und gegenwärtig (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 193).

Bereits im Oktober 1848 schloss Ewerbeck aus Paris Verbindungen mit Willich in Besançon (Hundt 1993, S. 519). Das führende Bundesmitglied August Gebert, der in der Arbeiterkompanie mit Willich in Besançon war, schrieb Ende 1848 in seinem schon erwähnten Brief an Engels in Bern, dass er an Ewerbeck „mehrere Briefe“ geschrieben und auch von ihm erhalten habe. Die „Kolonne“, in der die Kommunisten unter der Führung Willich standen, habe außerdem den Antrag an Ewerbeck gestellt, dass er dafür Sorge, eine Vereinigung der revolutionär/demokratischen Kräfte in Frankreich mit dem Wehrbund *Hilf Dir*<sup>307</sup> zustande zu bringen. Worauf dieser erwidert habe, er würde tun, was er könne, wenn sich in Paris besser zu rühren wäre. Gebert schrieb weiter, dass die Kolonne auch mit Lyon, „wo ein ziemlich starker Verein ist, in Korrespondenz“ stehe. Sie wollten suchen, so Gebert, „mit Hilfe von Pariser und Lyoner in allen größern Städten Frankreichs die Verbindung ins Leben zu rufen“ (BdK 1, S. 890). Gebert kritisierte Engels, dass „durch Petitionieren, Parlamentieren“ (ebd., S. 886f.), was Marx/Engels den Kommunisten dringend empfahlen (MEW 4, S. 20f.), „nichts erreicht werden“ könne. „Dieses“, so Gebert, „haben wir zur Genüge kennengelernt“. Darum solle man suchen, in den Vereinen es dahin zu bringen, alle, die „waffenfähig“ seien, sich zu verpflichten, „an den nächsten Kämpfen teilzunehmen“ (BdK 1, S. 886f.). Martin Hundt interpretiert „die

---

<sup>307</sup> August Willich, Johann Philipp Becker und Julius Standau gründeten am 2. Oktober 1848 in einer Zusammenkunft in der Schweiz den *Wehrbund Hilf Dir*, der das Ziel hatte, die Vereine in der Schweiz und in Frankreich zu vereinigen (Bauer 1989, S. 29). Der *Wehrbund* stellte sich die Aufgabe, bei einer Erhebung in Deutschland mitzuwirken und die im Ausland lebenden Kommunisten und demokratischen Republikaner für eine bewaffnete Teilnahme an den Kämpfen vorzubereiten. Eine Reihe von unter kommunistischer Führung stehenden deutschen Arbeitervereinen in der Schweiz schloss sich dem *Wehrbund* direkt an. Darüber hinaus übten die staatlichen Behörden der Schweiz auf sie einen starken Druck aus und drohten mit Auflösung. In der Organisation vom *Wehrbund Hilf Dir* arbeiteten viele Kommunisten aktiv mit. Philipp Becker übernahm die politische und August Willich die militärische Leitung des *Wehrbundes*, während Standau für die organisatorischen Aufgaben verantwortlich war. Der straff organisierte *Wehrbund*, der in seinen Reihen „linke kleinbürgerliche Demokraten und Kommunisten vereinte“, trug im Ganzen einen „revolutionär-demokratischen Charakter“ (BdK 1, S. 1139f.). Nach Hundt sei der *Wehrbund Hilf Dir* „keinesfalls frei von putschistischen Tendenzen“ (Hundt 1993, S. 519).

kritischen Töne“ von Geberts Brief „als indirektes Echo auf unmittelbare vorangegangene oppositionelle Briefe aus Berlin“ (Hundt 1993, S. 519). Doch Gebert gehörte von Anfang an der revolutionären Linie Weitlings an.

Von Molls Aktivitäten wusste neben Ewerbeck auch Karl Bruhn, der bekanntlich auch am Demokraten- und Arbeiterkongress in Berlin teilgenommen hatte. Deutlich zeigen sich die Wirkungen der Organisierung der „Revolutionären Partei“ in Bruhns Brief vom 2. Dezember 1848 an Johann Becker in der Schweiz. Er berichtete, dass er in Hamburg auf eine Verbindung, die „von London geleitet“ werde, gestoßen sei:

[E]in Emissär<sup>[308]</sup> von dort war einige Tage vor meiner Ankunft von Berlin hier, er ging nach dem Nordosten, ich werde suchen, ihn zu Euch zu senden, damit eine Verschmelzung stattfindet; da ich Mitglied dieser Verbindung bin, arbeite ich für dieselbe, d.h. werbe – doch wird nach London geschrieben wegen der Vereinigung. Hätte ich die Mittel, würde ich zu Euch reisen und dann auch London berühren (Koszyk/Obermann 1975, S. 225f.).<sup>309</sup>

Nach der illegalen Tagung der Kommunisten im Oktober 1848 kamen im November und Dezember auch die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz, etwa jene in Basel, Bern, Biel, Burgdorf, La Chaux-de-Fonds, Freiburg, Genf, Lausanne, Le Locle, Luzern, Fruntrut, Thun, Vevey und Zürich, überein, sich zu einheitlichem, politischem Handeln zu vereinigen (Hundt 1993, S. 557).<sup>310</sup> Dieses Streben wurde durch Weitlingianer energisch gefördert, da die Schweiz ihre Hochburg war (Koszyk/Obermann 1975, S. 167). Bekanntlich traten sie von Anfang an für eine politische Verselbständigung der arbeitenden Klassen gegenüber der Bourgeoisie, für eine entschiedene Verfechtung der sozialen Interessen der Arbeiter und für einen Anschluss an die im Sommer 1848 in Berlin konstituierte *Arbeiterverbrüderung* ein. Die deutschen Kommunisten unter der Führung Gustaw Oeboms leiteten in Bern „die dirigierende Gemeinde in der Schweiz“ (BdK 1, S. 582). Auf ihre Initiative war es zurückzuführen, dass sich die deutschen Arbeitervereine der Schweiz auf einem Kongress in Bern im Dezember 1848 erstmals selbständig zu einer Vereinigung zusammenschlossen und mit dem Zentralkomitee der *Arbeiterverbrüderung* in Leipzig in Verbindung traten.

---

<sup>308</sup> Es handelt sich hier um Joseph Moll.

<sup>309</sup> Das langjährige Bundesmitglied Bruhn schrieb Becker außerdem, er arbeite daran, dass Heinzen „zum Reichparlament gewählt wird“ und seine Broschüre *Der deutsche Hunger und die deutschen Fürsten* „in mehreren 1000 Exemplaren gedruckt und verteilt werden“ (Koszyk/Obermann 1975, S. 225.). Wie schon erwähnt wurde, gefiel Engels dagegen der „blutdürstiger Radikalismus“ von Heinzen gar nicht. Das fand Engels für die „Interessen der deutschen Demokratie im höchsten Grad schädlich“ (MEW 4, S. 311f.).

<sup>310</sup> Martin Hundt behauptet, dass auch Engels zu dieser Vereinigung beigetragen habe (Hundt 1993, S. 557). Doch das „faule Hocken“ in der Schweiz, wie Engels selbst in einem Brief vom 7./8. Januar 1849 an Marx schrieb, „wo man doch nichts Eigentliches tun kann und ganz außerhalb der Bewegung steht“, wurde Engels „unerträglich“. Deswegen wollte er wieder nach Köln zu seiner Schreibtätigkeit zurück (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 5).

Auch in Deutschland entwickelten die Kommunisten schon vor Joseph Moll eine beachtliche Initiative beim Aufbau der „Revolutionären Partei“ und bei legal agierenden Arbeitervereinen wie in der *Arbeiterverbrüderung*. Weitling zeigte selbst im Oktober 1848 in seinem Leitartikel der ersten Nummer des *Urwählers* die „intakte Fäden und Eingebundensein in diese Bewegung“ (Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 96). Er schrieb hier, dass die Kommunisten sich „mit Geduld, Aufopferung und Ausdauer“ zur Arbeiterbewegung „die Bahn“ gebrochen hatten (Urwähler 1848, S. 3). Politisch beabsichtigte Weitling nach seiner Ankunft im Juli 1848, in Deutschland „den ökonomischen Tageskampf der Arbeiter mit den Grundfragen ihrer Klassenemanzipation womöglich zu synchronisieren“ (Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 92). Als „Interessenanwalt der deutschen Arbeiter“ sah Weitling im Herbst 1848, so Seidel-Höppner, „in der Arbeiterverbrüderung das von der Revolution entbundene legitime Kind der illegalen Vorarbeit deutscher Auslandsbünde“ (Seidel-Höppner 2014, S. 1211). Die freiwilligen Emissäre von diesen Auslandsbünden, so schrieb Weitling später, reisten von Stadt zu Stadt, „überall für dieselbe Sache wirkend und überall die besten Kräfte um sich gruppierend“ (RdA 1850, S. 101).

Die Akten der Berliner Polizeibehörden von 1850 bestätigen, dass sich Weitling nach seiner Ankunft im Juli 1848 in Berlin „sofort mit Hätzel in Verbindung“ setzte (Wermuth/Stieber 1853, S. 27, 44ff.). Hätzel gründete bekanntermaßen mit Lüchow, mit dem Weitling während seines Berliner Aufenthalts zusammenwohnte (Seidel-Höppner 2014, S. 1106), revolutionäre Zellen. Hätzel und Lüchow organisierten in der Arbeiterbewegung auch eine starke Opposition gegen Stephan Born, der die Arbeiter unter dem Zeichen der bürgerlichen Demokratie zu formieren suchte. Born strebte „keinesfalls“ danach, das Proletariat von der bürgerlichen Klasse zu lösen, sondern er wollte die Arbeiter an die bürgerliche Gesellschaft anschließen. Seine sozial- und bildungspolitische Tätigkeit wurde in erster Linie nicht als Alternative, sondern als „Ergänzung“ bürgerlicher Politik geplant (Schieder 1983, S. 335). Die Kommunisten, u.a. Schlöffel, Hätzel und Lüchow, bildeten dagegen „einen direkten Gegenpol zum Ökonomismus“ Borns in Berlin (Wernicke 1988, S. 249). Während Born den Ansichten von Marx/Engels entsprechend die Interessen der Arbeiter „mit den Interessen der Kapitalisten“ zu vereinigen suchte (Koenigswald 1981, S. 233ff.), lehnte Hätzel Borns Bemühungen um ein politisches Bündnis zwischen den Arbeitern und der Bourgeoisie strikt ab.

Auch in der Leipziger Verbrüderung setzte sich Ende 1848 dank der hellwachen und energischen Propaganda Weitlings *Urwählers* eine „Akzentverlagerung auf politische Fragen“ langsam durch (Seidel-Höppner 2014, S. 1154). Im Zentralorgan der *Arbeiterverbrüderung*

wandte sich Ottokar Weller im Oktober 1848 gegen den Vorrang von Borns Strategie (Weber 1970, S. 321).<sup>311</sup>

Hätzel forderte im Oktober 1848 „vor allen Dingen eine gründliche politische Bildung der Arbeiterklasse“ und hielt hierfür das „von früherer bewährte“ illegale Kettensystem der Versammlung der Arbeiter in kleinen Clubs, die vor allem in der Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle spielten, für erfolgversprechender als große Volksversammlungen. Der von Hätzel empfohlene, ursprünglich Politische Club ist derselbe, „zu dessen eingeschriebenen Mitgliedern im Oktober Weitling gehört“ (Höppner/Rokitjanski 1985, S. 96). Erst im Dezember 1848, wie Hätzel 1850 im Polizeiverhör aussagte, nahm dieser mit Moll Kontakt auf (Wermuth/Stieber 1853, S. 50f.). Hätzel hat nämlich „erst nach dem März und zur Zeit der Anwesenheit Weitlings, der Abgeordneter zu den 1848 hier abgehaltenen demokratischen Congressen war, für den Bund gewirkt“ und zehn Gemeinden in Berlin gestiftet (Seidel-Höppner 2014, S. 1622).

Moll reiste erst in der zweiten Hälfte November 1848 nach Hamburg und traf sich dort u.a. mit Weitlings Anhänger Martens.<sup>312</sup> Er fuhr von Hamburg nach Berlin, traf sich im Dezember 1848 mit Hätzel, in dem er „einen Gleichgesinnten fand“ (Hundt 1993, S. 523), und besprach mit ihm den Aufbau der „Revolutionären Partei“. Er reiste Ende Dezember 1848 auch nach Leipzig, um sich mit Weller, der ebenfalls mit Weitling im engeren Kontakt stand, und mit den Funktionären der *Arbeiterverbrüderung* zu treffen.

Es ist dokumentarisch belegt, dass Weitling mit Martens in Hamburg, Hätzel in Berlin und Weller in Leipzig vor der Abreise Molls nach Deutschland schon engere politische Verbindungen hatte. Bezeichnender Weise kontaktierte Moll bei seiner Missionsreise dieselben Kommunisten, die auch vor der Revolution Marx/Engels' Unterstützungspolitik zur

---

<sup>311</sup> Weller war der Sohn eines Augenarztes, studierte 1843 in Leipzig Medizin und war bald politisch aktiv. Ende 1844 wurde er Spitzelberichten zufolge als „Kommunist“ bezeichnet. 1845 gab er sein Studium auf und lernte den Beruf eines Buchhändlers. Er wurde Mitglied des *Bundes der Gerechtigkeit*, stand „mit Weitling in Verbindung und besorgte den Vertrieb der literarischen Producte des letzteren“ (Wermuth/Stieber 1854, S. 137). Tatsächlich gründete Weller 1847 einen eigenen Verlag, um mit viel Geschick, Umsicht u.a. Werke von Wilhelm Weitling, Andreas Gottschalk, Ernst Dronke, Ludwig Feuerbach, Bruno Bauer und Karl Grün in den Grenzen der Pressverordnung von 1844 legal zu verlegen und drucken zu lassen. Er gilt als der erste Bibliograph und seine *Bibliographie* als die erste Bibliographie der deutschen Arbeiterbewegung. Weller nannte seine erste *Bibliographie der Wegweiser* auf dem Gebiet der freien demokratischen Literatur. Der Wegweiser erschien in den Jahren 1847 bis 1850 mehrmals einzeln als Flugschrift. Er veröffentlichte sein Werk 1850 in der Verlagspublikation, dem *Neujahrs-Almanach für Unterthanen und Knechte* nochmals. Bemerkenswert ist dabei, dass Weller das *Manifest* und die *Neue Rheinische Zeitung* von Marx/Engels in die *Bibliographie* der Arbeiterbewegung nicht aufnahm (Weller 1967, S. 33ff.).

<sup>312</sup> In der von Martens geleiteten Hamburger Bundesgemeinde, die Schapper als die „alte Clique“ bezeichnete, herrschten „Weitlings Theorien“ (Hundt 1993, S. 317).

Bourgeoisie ablehnten und mit Weitling zusammenarbeiteten (Seidel-Höppner 2014, S. 1226).<sup>313</sup>

Martin Hundt muss zugeben, dass die achtmonatigen politischen Aktivitäten Molls so gut wie nie untersucht wurden. Molls fast achtmonatige politische Tätigkeit in Deutschland bleibt für die Forschung seltsamerweise immer noch unerschlossen. Obwohl Molls politische Tätigkeiten vom November 1848 bis Mai 1849 „einen wichtigen Platz“ in der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung einnehmen, wurde sie trotzdem bisher „kaum genauer“ erforscht, sodass über seine Kontakte, Reiseroute und Organisationstätigkeit fast kaum Informationen vorhanden sind (Hundt 1993, S. 523). Der Grund für dieses Desinteresse könnte wohl die Befürchtung sein, die politische Annäherung Molls zu Weitling und Willich ans Licht zu tragen.

### **5.3. Der endgültige Bruch zwischen Marx und Moll**

Bevor Moll im Dezember 1848 nach Köln ging, unterrichtete er im November den aus der Haft gerade entlassenen Karl Schapper über die Entschlüsse der Londoner und forderte ihn auf, in Köln eine Gemeinde zu gründen. Röser sagte 1853 im Gefängnis aus, dass das erste Treffen in Köln zur Besprechung der Londoner Ereignisse schon vor Molls Ankunft von Schapper einberufen wurde (BdK 1. S. 969). Für Na'aman besteht daher „kein Zweifel“, dass Moll „ganz im Einvernehmen mit Schapper“ gehandelt habe (Na'aman 1965, S. 31). So rief Schapper gleich nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis die alten Bundesmitglieder in Köln zusammen, brachte noch einige der tätigsten Mitglieder des Arbeitervereins hinzu, darunter auch Röser, um ihnen „über geheime Angelegenheiten Mitteilungen zu machen“ (Nicolaevsky 1961, S. 223). Laut Röser's Aussagen nahmen am Treffen Schapper, Schuhmacher Müller, Schneider Haude, Schneider Meyer, Kaufmann Reiff, Barbier Bedorf, Schneider Nothjung und Christian Joseph Esser teil (BdK 1, S. 969):

Schapper sagte nur, daß früher ein Bund bestanden, den Marx aufgelöst, mit dessen Auflösung er aber nie einverstanden gewesen und daß er nach den Oktroyierungen vom Jahre 1848,

---

<sup>313</sup> Die Historikerin Waltraud Seidel-Höppner hat eine umfassende „politische Biographie“ von Weitling vorgelegt. Mit dieser ausführlichen Untersuchung hat sie in der Tat über Weitling zahlreiche langlebige, sich in der Fachliteratur bis heute haltende Irrtümer und Verfälschungen erkannt und korrigiert. Es ist jedoch in hohem Maße bedauerlich, dass sie in ihrer Arbeit auch den seltsamen Versuch unternimmt, Weitling mit Marx in Versöhnung zu bringen, um die Kritik am Zusammengehen von Marx mit der Bourgeoisie zu vermeiden. Es schadet m.E. der verdienten Rezeption und weiteren Verbreitung von Seidel-Höppners wichtigen Forschungsergebnissen. So seien die Kommunisten in Hamburg, Berlin und Leipzig, wie u.a. Martens, Hätzler, und Weller, „Marxanhängern“ gewesen (Seidel-Höppner 2014, S. 1226). Sie erbringt jedoch für ihre Behauptung keine Beweise. Dagegen ist die enge Zusammenarbeit von Martens, Hätzler und Weller mit Weitling nicht von der Hand zu weisen, wie sie selbst belegt.

wodurch Presse- und die Redefreiheit schon sehr beschränkt, welche Beschränkungen gewiß noch vermehrt würden, er an der Zeit halte, den Bund wieder zu organisieren, daß Moll, wie wir wüßten, geflüchtet, dort mit den alten zurückgebliebenen Bundesmitgliedern eine Gemeinde gegründet, daß diese Gemeinde eine neue Zentralbehörde gewählt [...], und daß er von dieser Zentralbehörde den Auftrag erhalten habe, in Köln auch ohne Bewilligung des Marx eine Gemeinde zu gründen (Röser 1853; zit. nach Blumenberg 1964, S. 89f.).

Schapper habe im Treffen gefragt, nachdem er den Anwesenden die Organisation sowie den Zweck des *Bundes* mitgeteilt hatte, ob sie willens seien, dem *Bund* beizutreten und mit ihm eine Gemeinde zu gründen. Die Mehrheit der Anwesenden hätte sich für eine Reorganisation des *Bundes* ausgesprochen. Der neukonstituierten Kölner Bundesgemeinde traten nur die Mitglieder bei, die bei dem Auflösungskonflikt mit Marx im Mai 1848 Schapper und Moll zur Seite gestanden hatten. Sie forderten gleichzeitig ein neues Statut. Darüber hinaus habe Schapper „sofort“ versprochen, nach London zu schreiben und das Statut kommen zu lassen, welches er ihnen dann sofort vorlegen würde (BdK 1, S. 969f.).

Bald nachher erschien Joseph Moll als Emissär der neugebildeten Zentralbehörde in Köln. Ende Dezember 1848 fand im Redaktionslokal der *NRhZ* eine Versammlung über Fragen der Organisation und ihre Kampfziele statt. An der Versammlung waren Schapper, Marx, Nothjung, Schuhmacher Müller, Reiff, Bedorf, Haude, Esser, Wolff, Moll und Röser zugegen. Nach Rösers Aussagen vertrat Marx hier seinen bekannten Standpunkt, dass die Rede- und Pressefreiheit eine illegale Organisation überflüssig mache, während Schapper in den Oktroyierungen des Vorjahres schon die Anzeichen kommender Unterdrückung gesehen habe, denen man rechtzeitig zuvorkommen müsse (Röser 1853; zit. nach Blumenberg 1964, S. 89f.):

Die Debatte drehte sich um die Frage, ob der Bund zu organisieren oder nicht. Marx erklärte wieder, daß bei der noch bestehenden Rede- und Pressefreiheit der Bund überflüssig wäre. Schapper und Moll dagegen erklärten die Organisation für durchaus nötig (BdK 1, S. 970).

Der *Bund* sei nach Marx „kein konspirierender, sondern ein propagierender“ und könne deshalb „unter den derzeitigen Verhältnissen offen propagieren“; jede „Geheimhaltung“ sei unnötig (BdK 2, S. 449).

Zu diesem Konflikt äußerte sich 1852 auch Edgar Bauer, der Bruder von Bruno Bauer, in London in seinen *Konfidentenberichten*, dass Schapper und Moll Ende 1848 Marx vorschlugen, „einen festgegliederten Geheimbund“ zu stiften. Marx antwortete jedoch dagegen, „die Verschwörung sei unnütz, solange die Wirksamkeit in freier Rede und Schrift stehe“ (Bauer 1989, S. 28). Während die Angriffe der feudalmonarchistischen Reaktion und liberalen



Bourgeoisie gegen arbeitende Klassen und Besitzlosen offensichtlich zunehmen, vertrat Marx hier gegen Moll seinen altbekannten politischen Standpunkt, dass Rede- und Pressefreiheit eine illegale Organisation „überflüssig“ machten (BdK 1, S. 970).<sup>314</sup> So leistete Marx erneut einen „energischen“ Widerstand gegen die Organisationsbestrebungen der Kommunisten, indem er sie als „traditionelle Neigung zu kindischer Geheimbundspielerei abkanzelte“ (Kuhnigk 1980, S. 175).

Die „Statuten der revolutionären Partei“ bildeten ebenfalls einen Konfliktpunkt zwischen Moll und Marx, der sich auch gegen die „Statuten der revolutionären Partei“ erklärte, „weil das Statut zur Konspiration hinneige“. So wollten „Marx und Konsorten“ sich auch von den Statuten distanzieren (BdK 1, S. 970f.). Marx' Widerstand richtete sich hier sowohl gegen die Organisation der Revolutionären Partei der Kommunisten als auch gegen den neuen Entwurf der Statuten, der u.a. den Kommunisten es untersagte, mit der Bourgeoisie zusammenzuarbeiten.

Nach Na'aman hätten sich die politischen Gegensätze zwischen Marx/Engels und Moll/Schapper praktisch nicht offen manifestiert, solange sie im Ausland waren (Na'aman 1965, S. 14). Als sie jedoch anfangen, in Köln Politik zu treiben, zeigten sich die Gegensätze insbesondere zwischen Marx und Moll, die sich zuvor im Ausland nicht so stark offenbart hatten, mit aller Macht. Marx' Schweigen und Molls früher Tod im badischen Aufstand verdeckten lange Zeit diesen tiefen Riss zwischen Moll/Schapper und Marx/Engels (ebd., S. 33). Ende 1848 brach die Unzufriedenheit der Arbeitslosen und Notstandsarbeiter offen aus. Ihre wachsende Gewaltbereitschaft richtete sich immer mehr gegen staatliche Einrichtungen, wie Gerichtsvollzieher, die städtische Verwaltung und die Vertreter der Bourgeoisie (Herres 1998b, S. 26). Gerade deswegen stellte sich Marx gegen die Bestrebungen der Kommunisten und Arbeiter um den Aufbau einer eigenen Organisation. So formulierte er in der *NRhZ* vom 29. Oktober 1848 sein Ziel auf die bürgerliche Gesellschaft noch einmal deutlich: Die „eigentliche Opposition“ seiner Zeitung beginne „erst in der trikoloren Republik“ (MEW 5, S. 443). Doch das hinderte Moll nicht daran, mit Marx zu brechen und mit Kommunisten am Aufbau der Revolutionären Partei und an der Organisation der Arbeiterbewegung zu arbeiten.

---

<sup>314</sup> Martin Hundts bloße Behauptung, Molls Versuch der illegalen Organisation der „Revolutionären Partei“ in Deutschland zwänge die Arbeiterbewegung in die Form einer engen Geheimorganisation (Hundt 1993, S. 516), hat keine Aussagekraft, denn alle illegalen Organisationen der damaligen Zeit gründeten entsprechend ihrer Tradition entweder selbst legale Vereine und Organisationen oder die Parteimitglieder arbeiteten in den vorhandenen legalen Vereinen oder Organisationen.

## 6. Stephan Borns praktischer Unterschied zu Marx/Engels

Über Stephan Born äußerten sich Marx/Engels in späteren Jahren auffallend kritisch, obwohl dieser ihre theoretischen und politischen Ansichten teilte. Laut der von Carl Vogt im Jahre 1859 veröffentlichten *Techows Briefe* habe sich Marx in einem Gespräch mit Techow über Born beschwerend geäußert. Demnach verdanke Born seinem Freund Engels und ihm selbst seine ganze politische Bildung, aber er sei ein „eitler Narr“, der auf eigene Hand eine Rolle habe spielen wollen, der zuerst im *Bunde* „das Zeichen der Insubordination“ gegeben und deshalb habe ausgeschlossen werden müssen (Vogt 1859, S. 154). In seiner *Geschichte des Bundes der Kommunisten* schrieb 1885 auch Engels über Born nichts Freundliches. Demnach gründete Born 1848 in Berlin eine *Arbeiterverbrüderung*, die sich mit den verschiedenartigsten „Krethi und Plethi“ gleich „verbrüdete“, um nur „einen Haufen“ zusammenzubekommen. Nach Engels liefen daher in den Veröffentlichungen der *Arbeiterverbrüderung* die im *Manifest* vertretenen Ansichten „kunterbunt“ mit „Zunfterinnerungen und Zunftwünschen, Abfällen von Louis Blanc und Proudhon“ durcheinander (MEW 21, S. 219).<sup>315</sup>

Born verteidigte sich in seinen 1898 geschriebenen Erinnerungen gegen Beschuldigungen von Marx/Engels. Engels habe über Born die „gehässigen Worte“ geschrieben, müsse wohl damit meinen, dass Marx/Engels längst mit Born gebrochen hätten. Das war nach Born „durchaus nicht der Fall“. Denn als Born im Winter 1848/1849 Marx/Engels in Köln besucht habe, habe „niemand“ ihm „nur durch eine Miene irgendwelche Unzufriedenheit zu erkennen“ gegeben (Born 1898, S. 196f.). Born schrieb in seinen Erinnerungen ganz aufrichtig, dass er ein Ziel verfolgt habe und dass er darin „ganz Marxianer und ein zuverlässiger Schüler des Meisters“ gewesen sei. Dieses Ziel bestand daraus, „die auf den Sieg des liberalen Bürgertums gerichteten Anstrengungen, d.h. dessen Bestrebungen, um seine in Deutschland erst zu schaffende Herrschaft im Staate nach Kräften zu unterstützen“ (ebd., S. 121f.).

Wenn Born sagt, dass er in der 1848er Revolution in Berlin „ganz Marxianer und ein zuverlässiger Schüler des Meisters“ gewesen ist und die bürgerliche Klasse wie Marx/Engels unterstützte, ist diese Aussage durchaus korrekt.

Born ging unmittelbar nach der Märzrevolution nach Berlin und hielt auf der am 6. April 1848 einberufenen ersten Arbeiterversammlung eine Rede. Er war auch an der Gründung des Zentralkomitees für Arbeiter beteiligt und wurde dessen Präsident und Herausgeber seines publizistischen Organs *Das Volk*. Born betonte in seinem Vorwort zu den am 19. April

---

<sup>315</sup> Die Gründe von Engels giftigen Äußerungen über Born könnten u.a. darin liegen, dass Born einige seiner Intrigen, die in dieser Arbeit zuvor behandelt wurden, nicht bis ins Grab für sich beibehalten hatte.

verabschiedeten Statuten des Zentralkomitees für Arbeiter, dass die Arbeiter kein Interesse an einer neuen Revolution hätten. Er sprach sich wie Marx/Engels gegen einen revolutionären Umsturz der Arbeiter und Besitzlosen aus. In einem Aufruf von 1848 heißt es:

Wir wissen sehr wohl, daß wir bei dem unklugen Versuch einer Revolution in die sehr nahe Gefahr kommen würden, alles das noch zu verlieren, was wir eben erst errungen, und Deutschland in eine Anarchie zu versetzen, in welcher aber, wissen wir es wer zur Herrschaft gelangen kann? Hier begegnen sich unsere Interessen mit den Interessen der Kapitalisten, wir wollen beide den Frieden, wir müssen ihn wollen! (Koenigswald 1981, S. 233ff.).

„Versehen mit dem geistigen Rüstzeug von Marx“ (Schraepler 1972, S. 304) begann Born, in Berlin den Arbeitern zu propagieren, dass die Interessen der Arbeiter sich „mit den Interessen der Kapitalisten“ begegnen, da sie „beide den Frieden“ wollen würden. Er schrieb damals neben seiner Zeitung *Das Volk* auch für die *Neue Rheinische Zeitung* Korrespondenzen aus Berlin und stand mit Marx im Briefwechsel (Born 1898, S. 123).<sup>316</sup> Auf die Forderungen von Marx in Köln antwortete Born am 11. Mai 1848 aus Berlin, dass er entsprechend den Forderungen von Marx das Proletariat „von unnützen Krawallen“ abhalte. Er berichtete Marx über seine Bemühungen um ein politisches „Bündnis“ zwischen Arbeitern und der Bourgeoise wie folgt:

Ich stehe hier so ziemlich an der Spitze der Arbeiterbewegung. Der Bourgeois haben Vertrauen zu meinem Vermittlungstalent [...], sie haben gegen meine Ausweisung Parthei genommen. Ich bin hier Vorsitzender eines quasi Arbeiterparlaments von Abgeordneten aus sehr vielen Gewerken und Fabriken. Der Handelsminister hat sich jetzt mit uns in Verbindung gesetzt (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 444f.).<sup>317</sup>

Borns Briefe an Marx beweisen, dass Born anfangs in mehreren Punkten „unter dem Einfluss von Marx“ stand. So war er gegen „wilden Aktionismus, gegen das Ausspielen der Klassengegensätze, gegen eine Radikalisierung der Revolution“ und engagierte sich für die Organisierung der Gewerkschaften und Genossenschaften. Er wollte nämlich die

---

<sup>316</sup> Gleich in der ersten Nummer des *Volks* vom 25. Mai 1848 wurde der von den französischen Blanquisten veranstaltete Besetzung der Nationalversammlung vom 15. Mai 1848 entsprechend den Auffassungen von Marx/Engels als „wahnsinniges“ Unternehmen verurteilt. „Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen,“ heißt es von den Führern jener Unternehmung, „sie wollen es noch nicht wissen, daß das Bedürfnis nach einer Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse wohl vorhanden sein kann, daß aber die Umgestaltung nicht eher möglich ist, als bis die geschichtlichen Bedingungen zur Lebensfähigkeit einer neuen Ordnung der Dinge vorhanden sind“. Das Blatt scheute sogar davor nicht zurück, Sätze zu drucken, wie: „Was schadet es, daß Leute wie Barbès, Blanqui, der alte Courtois, der unfähige Albert jetzt zur Unthätigkeit gezwungen sind, daß sie ihr Spiel verloren haben?“ Das Volk brauche solche Führer, die so ganz und gar die Zustände verkannt hätten, nicht mehr, es schaffe neue Kräfte aus sich heraus (Das Volk 1848, S. 3).

<sup>317</sup> Welche „Krawalle“ unnütz waren, behielt sich Born demnach vor, selbst zu beurteilen. Doch jeder „Krawall“ wies darauf hin, dass „die Volksmassen mit dem Ergebnis der mit ihrem Blut erkämpften Revolution nicht zufrieden waren“, sondern mehr Rechte, wie die echte Volksbewaffnung, für das Volk erlangten (Wernicke 1978, S. 156f.).

Arbeiterbewegung „mit der bürgerlichen Wertwelt“ vereinigen (Nipperdey 1991, S. 621). So gewann er das „Vertrauen“ der Bourgeoisie zu seinem „Vermittlungstalent“ (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 444f.). Ende Mai 1848 wurde in einem programmatischen Artikel in der von Born herausgegebenen Zeitung *Das Volk* die reformistische These von Marx/Engels hervorgehoben, dass das deutsche Proletariat gemeinsam mit der Bourgeoisie handeln müsse. Die Verfasserin Fanny Imle sieht den theoretischen Standpunkt des von Born herausgegebenen Blattes *Das Volk* aus einem bejahenden Gesichtspunkt ähnlich:

Maßgebend für die politische Haltung des Blattes war die Einsicht, daß die Zeit für die Befreiung der Arbeiterklasse noch nicht gekommen war, sondern daß erst der Boden erkämpft werden mußte, auf dem sich die Arbeiter für ihre Befreiung durch das Mittel der Organisation schulen konnten, daß erst die Bahn frei gemacht werden mußte für die wirtschaftliche Entwicklung, welche die gesellschaftlichen Vorbedingungen für die Arbeiterbefreiung zu schaffen berufen sei. Von diesem Gesichtspunct aus wurden die Arbeiter aufgerufen, das liberale Bürgertum im Kampf gegen alle réactionären Mächte zu unterstützen (Imle 1902, S. 71).

Imle stellt fest, dass im Frühling 1848 in diesem Blatt „nichts [gestanden,] was das Bürgertum [...] hätte abschrecken können“ (ebd., S. 71f.). In der ersten Nummer des *Volkes* vom 25. Mai 1848 wurde verkündet, dass das Blatt seine Aufgaben darin sehe, das Bürgertum „im Kampfe gegen die Aristokratie, gegen das Mittelalter, gegen die Mächte von ‚Gottes Gnaden‘“ zu unterstützen (ebd., S. 74). Born verzichtete auf den Weg der Revolution; er wollte vielmehr den Weg der friedlichen Reform betreten (Adler 1885, S. 326). „In Idee und Kurs“ war er daher „rein marxistisch“ (Meyer 1951, S. 518), und von Marx/Engels lernte er, das Proletariat mit der Bourgeoisie zu verknüpfen. Er wollte „kein revolutionäres Vorgehen“, hatte nicht die Absicht, die alte Gesellschaft umzustürzen, um eine neue zu gründen, sondern er wollte nur „den Weg der Reform“ gehen (Balsler 1962, S. 235). Seine auf Integration in die bürgerliche Gesellschaft gerichteten Tendenzen störten Marx/Engels gar nicht.

Anders als Marx/Engels jedoch wollte Born von der Bourgeoisie im Gegenzug für seine Unterstützung nicht in ferner Zukunft, sondern gleich einige gewerkschaftliche und organisatorische Zugeständnisse bekommen. Born stand also in diesem Punkt „nicht unter der unmittelbaren Kontrolle von Marx/Engels“ (Konjuschaja 1961, S. 60). Sie machten Born deswegen den „Vorwurf“, dass dieser „ohne ihr Kommandowort einzuholen, ganz und gar auf eigene Faust“ gehandelt habe (Born 1898, S. 196). Denn er forderte gleichzeitig, was den praktischen Unterschied zwischen Born und Marx/Engels bildete, für seine Unterstützung der Bourgeoisie, für die Anschließung der Arbeiter an das kapitalistische System einige

Verbesserungen, wie soziale Absicherung der Arbeiter in der neu organisierten kapitalistischen Ordnung, was für den damaligen Entwicklungsstand des Kapitalismus, da er sich noch nicht fest etabliert hatte, für das Bürgertum nicht ungefährlicher gewesen wäre.

Born stellte hier das praktische Handeln über abstrakte theoretische Erörterungen und entfernte sich in dieser „praktischen Arbeit“ von Marx/Engels (Stadelmann 1962, S. 158). Er ging im Gegensatz zu Marx/Engels praktisch ans Werk und wollte nicht abwarten, um reformistische Forderungen zu stellen, bis die bürgerliche Gesellschaft sich ganz und gar entwickelt und gefestigt hatte. Born kümmerten nicht „entfernte Jahrhunderte“, worauf Marx/Engels die Revolution der arbeitenden Klassen und Besitzlosen verschieben wollten, sondern ihn kümmerte die gegenwärtige Zeit, wo jede Stunde ihm „dringende Aufgaben und Arbeit in Fülle darbot“ (Born 1898, S. 122). Born verlangte aber von der Bourgeoisie im Gegenzug für seine Unterstützung soziale Zugeständnisse für Arbeiter. Marx/Engels fanden Borns Forderungen und organisatorische Bemühungen mitten in der Revolution für die Bourgeoisie wohl gefährlich. Deswegen hielten sie sich trotz Borns Unterstützung für die Bourgeoisie von ihm fern und nahmen von der praktischen Organisation der Arbeiter, nämlich von der *Arbeiterverbrüderung*, „keine Notiz“ (Balsler 1962, S. 203).<sup>318</sup>

Der Unterschied zwischen Marx/Engels und Born war also daher nicht theoretisch oder politisch, sondern ganz und gar praktisch. Born verlangte von der Bourgeoisie im Gegenzug für seine Unterstützung gleichzeitig auch ein Entgegenkommen hinsichtlich einiger sozialer Forderungen der Arbeiter und ging „auf Distanz zum Bürgertum“ (Nippel 2018, S. 54). Er wollte zwar die Arbeiter ins kapitalistische System einführen, dafür aber müssten die Kapitalisten „bedeutende Opfer“ bringen (Documente des Socialismus II, S. 64). Das merkte Ernst Dronke und teilte Ende April 1848 Marx unmittelbar mit, dass Stephan Born ihm in Berlin „eine etwas zweifelhafte Rolle zu spielen“ scheine (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 438).

Marx/Engels forderten dagegen von Kommunisten und den arbeitenden Klassen die bedingungslose Unterstützung der Bourgeoisie. Sie hatten tiefe Besorgnis, dass sich die *Arbeiterverbrüderung* verselbstständigen und nicht für die Interessen der Bourgeoisie, sondern für die Interessen der arbeitenden Klassen auf die politische Bühne treten könnte. Ihre

---

<sup>318</sup> Nach Mehring hätten Marx/Engels in der Revolution von 1848/1849 auf die Arbeiterbewegung deswegen „geringe Beachtung“ geschenkt, weil sie „die gemeinsamen Interessen der Bourgeoisie und des Proletariats“ sichern wollten. Das sei auch „das Notwendigste“ gewesen, indem es den Boden schuf, worauf „das Proletariat seinen Tanz mit der Bourgeoisie beginnen konnte“ (Mehring 1960, S. 192f.). Gerhard Beckers will wissen, dass Marx/Engels in der Revolution von 1848/1849 doch „beharrlich für die politische, ideologische und organisatorische Verselbstständigung des Proletariats“ gewirkt hätten (Becker 1963, S. 252ff.). Seine Behauptung beweist sich jedoch bei einer Nachprüfung als „Legende“ (Schieder 1963, S. 264).

Befürchtungen vor *Arbeiterverbrüderung* waren nicht ohne Grund. Denn die Kommunisten in Deutschland entwickelten ab Herbst 1848 eine beachtliche Initiative sowohl beim Aufbau der „Revolutionären Partei“ als auch bei legal agierenden Arbeitervereinen wie in der *Arbeiterverbrüderung*. Es war eine Tatsache, dass „innerhalb nur weniger Monate“ über zehntausende Arbeiter in Deutschland (Hundt 1993, S. 566) eine Massenorganisation, nämlich die *Arbeiterverbrüderung*, bildeten, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen.

Dagegen waren Marx/Engels gegen die Selbstständigkeitsbestrebungen der Arbeiter, denn sie sahen darin ein Hindernis für ihre bourgeoisiefreundliche Politik: „Die Arbeiter fangen an, sich etwas zu regen, noch sehr roh, aber massenhaft. Sie haben sofort Koalitionen gemacht. Das aber ist *uns* gerade im Wege“, schrieb Engels schon Ende April 1848 in einem Brief an Marx (MEW 27, S. 126).

Die *Arbeiterverbrüderung* konnte im rheinischwestfälischen Gebiet keinerlei propagandistische Tätigkeit treiben. Es ist zu vermuten, dass Marx mit Born in dieser Hinsicht Absprachen getroffen hatte (Balser 1962, S. 203ff.). Erst im April 1849, nachdem der Kölner Arbeiterverein aus den Verbänden der bürgerlichen demokratischen Vereine Deutschlands ausgetreten war, schloss er sich „als letzter“ Arbeiterverein der *Arbeiterverbrüderung* an (Seidel-Höppner 2014, S. 1205).

## **IX. Herbst/Winter 1848/1849: Konflikte zwischen Marx und der Arbeiterführung**

Das Kapitel IX untersucht die Konflikte zwischen Marx und der Kölner Arbeiterführung im Zeitraum von Herbst/Winter 1848/1849. Hier wird Engels' bodenlose Behauptung, die Mitglieder des *Bundes* der Kommunisten hätten in der Revolution von 1848/1849 einen „Führer“ gehabt, nämlich Marx, „dem sich alle willig unterordneten“ (MEW 21, S. 16), durch die Darlegung der Konflikte zwischen Kölner Kommunisten und Marx nochmals eindeutig widerlegt.

Es wird gezeigt, dass Marx nach der Übernahme der Präsidentschaft des Arbeitervereins im Herbst-Winter 1848/1849 versuchte, den Kölner Arbeiterverein den Interessen der Bourgeoisie völlig unterzuordnen. Durch die Analyse der Artikel, die in dem in diesem Kapitel untersuchten Zeitraum von Marx geschrieben wurden, wird gezeigt, dass Marx sich hier ganz und gar auf die deutsche Bourgeoisie und deren „Sieg“ konzentrierte, während er sich gegen die Verselbständigungsbestrebungen der Kölner Arbeiter wandte, indem er sie von der in ganz

Deutschland organisierten *Arbeiterverbrüderung* mit Hilfe von seiner Präsidentschaft des *Arbeitervereins* fernhielt.

Folgend wird durch die Analyse der Artikel in der Arbeiterzeitung, die in den Händen der von der Bourgeoisie ins Gefängnis gesteckten Gottschalks Anhänger lag, gezeigt, dass Gottschalks Anhänger in der Arbeiterzeitung an der Bourgeoisie und an der bourgeoisiefreundlichen Politik von Marx scharfe Kritik ausübten. Im Weiteren wird geschildert, dass Marx deswegen Maßregeln gegen Kommunisten ergriff, indem er eine „Zensurkommission“ im *Arbeiterverein* gründen ließ, um die Kritik der Arbeiterzeitung an „Geldsäcken“ zu verhindern.

Anschließend werden im Kapitel IX die Verteidigungsreden von Gottschalk und Marx vor Gericht in Bezug auf den Standpunkt zur Bourgeoisie und zu den arbeitenden Klassen einem Vergleich unterzogen. Hier wird gezeigt, dass sich Gottschalk in seiner Verteidigungsrede vor Gericht Ende 1848 „für das Volk der Armen, der Unterdrückten und der Geknechteten“ einsetzte, während Marx sich in seiner Rede im Februar 1849 gänzlich auf die Seite der „Geldsäcke“ stellte und in den Mittelpunkt seiner Rede die entschiedene Verteidigung der politischen und ökonomischen Interessen der Bourgeoisie stellte.

### **1. Als Präsident des Arbeitervereins kämpft Marx gegen Arbeiterführung**

Am 3. Oktober 1848 wurde der Belagerungszustand, der wegen des Arbeiteraufstands vom 25. September in Köln ausgerufen worden war, aufgehoben. Doch die politische Atmosphäre radikalisierte sich in Köln, wie auch in ganz Deutschland. Nach Molls Flucht und Schappers Inhaftierung wurde Marx' Anhänger Röser vorübergehend zum Präsidenten des Arbeitervereins und Gottschalks Anhänger W. Prinz zum Redakteur der Vereinszeitung ernannt. Marx wusste, dass seine kleine Gruppe gegenüber Gottschalks Anhängern zu schwach war. So erklärte er sich in der Komiteesitzung des Arbeitervereins vom 16. Oktober bereit, „provisorisch bis zur Freilassung Dr. Gottschalks“ die Präsidentschaft des Kölner Arbeitervereins zu übernehmen. Hier musste er Gottschalk „trotz persönlichen und sachlichen Differenzen“ als den „eigentlichen Präsidenten des Arbeitervereins“ bezeichnen. Das ist „ein Beweis“ dafür, so Dieter Dowe, „wie stark die Anhänglichkeit der Arbeiter an Gottschalk noch immer“ gewesen sein müsse. Marx übernahm auf der Generalversammlung vom 22. Oktober 1848 die Präsidentschaft des Kölner Arbeitervereins, um mit deren Hilfe „Gottschalks Einfluss bis zu dessen Freilassung untergraben“ zu können, „was bei einer eventuellen Präsidentschaft eines Gottschalks-Anhängers kaum möglich gewesen sein dürfte“ (Dowe 1970, S. 200).

Seltsamerweise war Marx sowohl der Präsident der bürgerlichen Demokratischen Gesellschaft als auch der Präsident des Arbeitervereins in Köln. Seine fragliche Doppelpräsidentschaft brachte selbstverständlich eine Desorganisation im Arbeiterverein mit sich, sodass die Beteiligung an den Versammlungen des Arbeitervereins sehr zu wünschen ließ. So musste Röser in den Komiteesitzungen die „Lauheit“ einiger Komiteemitglieder rügen (FBA 1848, S. 2).

In der in den Händen von Gottschalks Anhänger Prinz liegenden *Zeitung des Kölner Arbeitervereins* vom 19. Oktober 1848 wurde ein Rundschreiben des *Zentralkomitees für die deutschen Arbeiter* in Leipzig vom 18. September gedruckt. Das Zentralkomitee wurde bekanntlich auf dem vom 23. August bis 3. September 1848 in Berlin abgehaltenen Arbeiterkongress gewählt. Das Rundschreiben forderte nun alle Arbeiter und Arbeitervereine Deutschlands auf, sich nach den Beschlüssen des Kongresses zu organisieren und durch Assoziationen die „Macht des Kapitals“ zu brechen. Denn in Deutschland sei es wie in Frankreich – obwohl die französische Arbeiterbewegung vorübergehend unterdrückt worden sei – unverkennbar, dass die Arbeiterbewegung täglich an Geltung gewinne. Wie bereits erwähnt, kontaktierte Moll die leitenden Funktionäre der *Arbeiterverbrüderung* in Leipzig über Weitlings Anhänger Ottokar Weller. Es ist bemerkenswert, dass Molls historischer Brief vom 10. Oktober und das Rundschreiben des *Zentralkomitees für die deutschen Arbeiter* zur gleichen Zeit in derselben Nummer der Vereinszeitung veröffentlicht wurden (ZAV 1848, S. 213).

Das Rundschreiben forderte die Arbeiter in Deutschland auf, es anzustreben, „ein starker Körper“ zu werden, der jedem Sturme trotze, der vorwärts und immer vorwärtsbringe, und in seiner Bewegung Alles niederhalte und forträume, was einer freien und besseren Gestaltung der Dinge im Wege stehe. Die Arbeiter könnten nur durch die Organisation „zu einer realen Macht“ werden. Sie könnten nur vereint „das Kapital“ und seine jetzige, „alle Freiheit erdrückende Gewalt“ aufheben. Das Zentralkomitee habe daher die Verpflichtung übernommen, die Interessen der deutschen Arbeiter „nach allen Seiten hin“ zu vertreten. So forderte das Zentralkomitee alle Arbeiter auf, überall Lokalkomitees zu bilden und sich dann Bezirkskomitees anzuschließen, damit eine Generalversammlung zusammenberufen werden könne. Mit dem Appell endete das Rundschreiben: „Seid einig, dann seid ihr stark, scheut keine Hindernisse. Ihr werdet sie alle überwinden, aber nur durch vereinte Kraft.“ Die Kampfparole dieses Appells, „Wir Arbeiter müssen uns selbst helfen“, die nun mit dem Rundschreiben des *Zentralkomitees für die deutschen Arbeiter* durch ganz Deutschland hallte, hatte die Bedeutung,



eine neue Initiative zur Schaffung einer selbstständigen Arbeiterpartei darzustellen (ebd., S. 213f.).

Da Marx den Unabhängigkeitsbestrebungen der Arbeiter wie zuvor „ablehnend“ gegenüberstand (Dowe 1970, S. 201), obwohl Köln zu einem Zentralort innerhalb der neugegründeten *Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung* ernannt worden war, reagierte er als der Präsident des Kölner Arbeitervereins nicht auf die Bestrebungen des Leipziger Zentralausschusses. In der Rheinprovinz gab es zwischen Arbeitervereinen nicht einmal einen regionalen Zusammenschluss. Nur durch den Zentralausschuss der rheinischen bürgerlichen Vereine und unter ihrer Kontrolle standen die Arbeitervereine im Rheinland miteinander im indirekten Kontakt (BdK 1, S. 828ff.). Diese politische Konstruktion entsprach exakt dem politischen Zweck von Marx. Er wollte nämlich keineswegs eine starke selbständige Arbeiterbewegung. Aus diesem Grund wollte er ohne seine Kontrolle keinen überregionalen Zusammenschluss der deutschen Arbeiterbewegung. Da Marx sich von Anfang an wegen seiner bourgeoisiefreundlichen Politik gegen die politischen Verselbständigungsbestrebungen der Arbeiter richtete, drängte er den Kölner Arbeiterverein, nachdem er zum Präsidenten des Arbeitervereins geworden war, sich der bürgerlichen Demokratischen Gesellschaft unterzuordnen und brachte den Arbeiterverein mit den bürgerlichen Vereinen „in fairly close alliance“ (Noyes 1966, S. 284).

Nach Na'aman haben Marx/Engels in der Revolution von 1848/1849 „eine Tendenz“ bewiesen, „jede spontane Arbeiterbewegung zu vergewaltigen“ (Na'aman 1978, S. 26). Doch sie hatten nicht nur gegen „spontane Arbeiterbewegung“ eine Abneigung, sondern sie hatten auch insbesondere gegen organisierte Arbeiterbewegung unter der Führung der revolutionären Kommunisten eine starke Feindschaft.

Als „anerkannte[s] Haupt“ der bürgerlichen Demokraten, wie sein Freund Carl Cramer ihn würdigend nannte, bestrebte Marx während seiner Präsidentschaft des Kölner Arbeitervereins die Arbeiter für die Interessen der Bourgeoisie mitzureißen. Über die Unterordnung des Arbeitervereins unter die bürgerliche Demokratische Gesellschaft schrieb Cramer Anfang November 1848 in seinem Blatt *Wächter am Rhein* mit voller Zufriedenheit. Demnach hätten die „jüngsten Ereignisse“ für Köln „das Gute“ gehabt, „dass sich viele genähert, die sich in jüngster Zeit ferne standen“ (WaR 1848, Nr. 43). Die kommenden Ereignisse bestätigten Marx' Freund Cramer erneut, wie Marx den Arbeiterverein für die Interessen der Bourgeoisie weiter im Einsatz hielt.

### **1.1. Marx' Appelle an die Bourgeoisie: Setzt „den revolutionären Terrorismus“ ein und macht den Bauern „zum Werkzeug in der Hand“**

Nachdem Friedrich Wilhelm IV. am 9. November 1848 die Berliner Nationalversammlung von Berlin nach Brandenburg verlegt hatte, um seine Position gegen die Bourgeoisie in der „Vereinbarung“ zu verstärken, stellte sich die bürgerliche Kammer in Berlin umgehend „auf den Boden des Gesetzes“ (MEW 6, S. 143), gab füglich die Gewehre ab und leistete kaum Widerstand. Weitling kritisierte die feige Haltung der Bourgeoisie im Frühjahr 1849. Die Monarchie habe im November 1848 der Bourgeoisie „kühn und trotzig den Fehdehandschuh ins Gesicht“ geworfen:

[H]at sie ihn aufgehoben? Bewahre! Sie, deren Bürgerwehr im sogenannten Interesse der Ordnung ein Dutzend unbewaffnete Arbeiter hinhordete, ließ ihre Nationalversammlung verfolgen, und endlich sich von Wranglers Armee entwaffnen, ohne den mindesten Widerstand zu versuchen, ein Beispiel von Feigheit, das in der Geschichte durch nichts überboten wird. Diesen Tag zeigte es sich deutlich, daß die Berliner Linken und Maulkünstler [...] warten wollten, bis ihnen Andere die Kastanien der Revolution aus dem Feuer bringen (Weitling 1955, S. 300).

„Die Partei der Kommunisten hat“ nach Weitling „überhaupt als solche mit der Sache wenig zu tun“. Sie könne ja nach dem Vorgefallenen „weder für die Nationalversammlung noch für die Bürgerwehr“ eine große Sympathie zeigen (ebd., S. 300f.). Dagegen zeigte Marx wie gewöhnlich für die Bourgeoisie große Sympathie. Er stellte sofort sein Blatt *NRhZ* und auch das Blatt des Kölner Arbeitervereins ganz und gar auf die Seite „der modernen bürgerlichen Gesellschaft“, während er gegen die Organisation der revolutionären Partei der Kommunisten unter den Arbeitern und Bauern richtete und Selbstständigkeitsbestrebungen der Arbeiter und Besitzlosen mit allen Mitteln kämpfte.

Während seiner Präsidentschaft des Arbeitervereins schrieb Marx in der *NRhZ* zahlreiche Artikel, in denen er sich ganz und gar auf die deutsche Bourgeoisie, ihre „revolutionäre Partei“ und deren „Sieg“ konzentrierte. Während Marx von Arbeitern Gehorsam forderte, ermunterte er die Bourgeoisie, sich dem Adel mutig entgegenzustellen, nachdem der König ab September seine Position gegen seinen Bündnispartner, nämlich gegen die Bourgeoisie, allmählich gestärkt hatte. So forderte Marx beispielsweise in seinem Artikel *Sieg der Kontrerevolution zu Wien* in der *NRhZ* vom 7. November 1848 allein und einzig die Bourgeoisie auf, den „revolutionären Terrorismus“ ins Werk zu setzen, um die „mörderischen Todeswehen der alten Gesellschaft, die blutigen Geburtswehen der neuen Gesellschaft“ abzukürzen, zu vereinfachen

und zu konzentrieren. Dafür gebe es nur ein Mittel, nämlich „den revolutionären Terrorismus“ (MEW 5, S. 457).

Während Marx sich der Reorganisation der „Revolutionären Partei“ der Arbeiter und Besitzlosen, die er im Mai 1848 mit Hilfe von seiner ominösen und selbst beschenkten „diskretionären Vollmacht“, die ihn bevollmächtigte, „alle Bundesangelegenheiten nach eigenem Gutdünken“ zu entscheiden (BdK 1, S. 969), aufgelöst hatte, energisch widersetzte, schrieb er im Dezember 1848 vier Artikel unter dem Titel *Die Revolution und die Konterrevolution* (MEW 6, S. 105ff.), in denen er seine ganze Aufmerksamkeit „vor allem der Bourgeoisie und ihren Vertretern in Regierung und Parlament“ widmete (Kluchert 1985, S. 180f.). Marx versuchte hier die Probleme der deutschen Bourgeoisie zu lösen. So unterrichtete er sie ausführlich, wo ihre wahren Interessen liegen und wie sie ihre eigenen Interessen noch wirksamer fördern könnten. In diesen Artikelserien sammelte Marx unter dem Begriff „Konterrevolution“ bzw. „Reaktion“ jene gesellschaftlichen und politischen Kräfte zusammen, die er „Aristokratie“, „König“, „Feudalherrn“, „Hof“, „Thron“, „feudale Partei“, „Soldateska“ benannte. Dagegen verkörperte sich bei Marx die „revolutionäre Partei“ allein und einzig in der „Bourgeoisie“, vor allem in der preußischen Bourgeoisie (MEW 6, S. 120f.). Er brandmarkte die Konterrevolution, die er als „feudal“ bezeichnete, forderte aber energisch eine „noch größere Konterrevolution“, die er „bürgerliche Revolution“ nannte (Khella 1995, S. 145).

Um das Wasser ländlicher Protestpotentiale und die Kampfbereitschaft der Bauern auf die Mühlen der Bourgeoisie zu leiten, titulierte er Bauern hier als „Bundesgenossen“ der Bourgeoisie, die ihnen „den Hof“ machen müssten, um „dem Hofe Opposition“ machen zu können (MEW 6, S. 105). Es ist bezeichnend, dass Marx die Bauern in seinen Ausführungen nur an dieser einen Stelle erwähnt, indem er sie nach wie vor nicht als handelnde politische Akteure, sondern nur als „Werkzeuge in der Hand“ einer herrschenden Klasse sah.

Nach Marx habe die französische Bourgeoisie zuerst mit der Befreiung der Bauern begonnen. Mit den Bauern habe sie Europa erobert. Die preußische Bourgeoisie sei dagegen, so bedauerte er zutiefst, „so sehr in ihren *engsten* nächstliegenden Interessen“ befangen, dass sie selbst diesen „Bundesgenossen“ verscherzt, und sie nicht zu einem Werkzeug in ihrer Hand, sondern, „zu einem Werkzeuge in der Hand der feudalen Konterrevolution“ gemacht habe (ebd., S. 121).

Da die deutsche Bourgeoisie jedoch die Bauern nicht von der Hand „der feudalen Konterrevolution“ befreit und für sich nicht „zum Werkzeug in der Hand“ gemacht habe, betrachtete Marx dies als einen Verrat an der „historischen Aufgabe“ der Bourgeoisie. Um die arbeitenden Klassen zum „Werkzeuge in der Hand“ der Bourgeoisie zu machen, sprach Marx in

seinen Artikelserien dieses Mal auch von einem „Volk“. Das Volk umfasse auch „*alle Fraktionen* des Bürgertums, deren Interessen und Ideen dem Proletariat verwandt“ seien. Er sah hier also keine gegensätzlichen Interessen zwischen den Arbeitern und „alle[n] Fraktionen des Bürgertums“, sondern nur verwandte „Interessen und Ideen“ zwischen beiden (ebd., S. 108). Während die englische und französische Bourgeoisie „das unendliche Selbstgefühl“ hätten, „an der Spitze der Schöpfung“ zu stehen, so Marx, sei die deutsche Bourgeoisie „so träg, feig und langsam“. Obwohl Marx doch ganz genau wusste, warum die deutsche Bourgeoisie „so träg, feig und langsam“ handelte (ebd., S. 108f.) und er selbst deren Verhalten in der Wirklichkeit auch von ganzem Herzen bejahte, verschwieg er dies.

Die richtige Antwort kam von Weitling im November 1849 in Hamburg. Die Bourgeoisie schließe überall mit der Monarchie eine „Allianz“, weil „die kommunistische Partei bereits eine Macht geworden war, welche selbst die vereinigte Partei monarchisch und republikanisch gesinnter Bourgeois auf die Dauer nicht niederhalten können, eine Macht, gegen deren Aufkommen alle politischen und privilegierten Mächte sich genötigt sahen, eine Allianz zu schließen, eine Allianz gegen den sozialen Kommunismus“ (Weitling 1955, S. 300).

Obwohl Marx sehr genau wusste, dass seit mindestens 1830 die deutsche Bourgeoisie, wie er selbst schrieb, „eine *friedliche Transaktion mit der Krone*“ wollte, verschwieg er wissentlich diese eiskalte Wahrheit, kritisierte dagegen scheinheilig die Zurückhaltung der Bourgeoisie und erklärte, sie habe gegen ihre eigene Natur gehandelt und in den Verrat an ihrer „historischen Aufgabe“ begangen. Doch die „Schwärmerei der deutschen und speziell der preußischen Bourgeoisie für die *konstitutionelle Monarchie*“ (MEW 6, S. 104ff.) teilte auch Marx selbst. Deswegen begrüßte er die Bourgeoisie in seinem *Manifest* als „höchst revolutionäre“ Kraft (MEW 4, S. 464) und bekämpfte die Kommunisten mit allen Mitteln, die sich von dieser „Schwärmerei“ fernhielten.

Das Bündnis zwischen Bourgeoisie und Monarchie gegen die arbeitenden Klassen und Besitzlosen begann schon nach der Julirevolution von 1830 in Frankreich und festigte sich mit der Verbreitung der kommunistischen Agitation in den 40er Jahren. So forderte der Bankier David Hansemann, wie schon verschiedentlich erwähnt wurde, mit Blick auf die Pariser Julirevolution 1830 in einer Denkschrift an den preußischen König dringend zu umfassenden verfassungs- und gesellschaftspolitischen Reformen auf, um „der Gefahr revolutionärer Umwälzungen beizeiten vorzubeugen“. Die Bourgeoisie kannte seitdem den „gefährliche[n] Geist der geringeren Volksklassen“ und die Gefahr vom „Pöbel“ (RhBA I/1, S. 12f.). Deswegen wollten Marx/Engels der Bourgeoisie bei der Verwandlung des absoluten Königtums in ein

bürgerliches Königtum „so viel als möglich ohne Revolution auf gütlichem Weg“ (MEW 4, S. 352) unter die Arme greifen.

Der Bankier Ludolf Camphausen, der im März 1848 zusammen mit der „Krone“ eine Regierung bildete, der in den Augen der Arbeiter und Kommunisten deswegen, wie das Blatt *Freiheit Arbeit* schrieb, ein „Fürstendiener“ war (FA 1849, S. 123) und dessen Hausfenster Ende Juni 1848 von ihnen „mit Steinwürfen“ zertrümmert wurden (WaR 1848, 1. Dz. Nr. 4), gehörte nach Marx auch Ende Dezember 1848 den „Männern des Volkes“ an. Während die revolutionäre Arbeiterführung Camphausen als der Vertreter der „Geldaristokraten“ bezeichnete, war dieser für Marx/Engels „unser denkender Geschichtsfreund“ (MEW 6, S. 71), wie Marx ihn in der *NRhZ* vom 3. Dezember benannte.

## 1.2. Marx eilt mit Steuerverweigerungskampagne der Bourgeoisie zur Hilfe

Nachdem Friedrich Wilhelm IV. die Berliner Nationalversammlung am 9. November 1848 von Berlin nach Brandenburg verlegt hatte, um seine Position gegen die Bourgeoisie in der „Vereinbarung“ zu verstärken, schrieb Marx am 12. November allererst: „Wir verweigern die Steuern.“ Nach Marx schulde man einer „hochverräterischen Regierung“ keine „Steuern“ (MEW 6, S. 11f.).<sup>319</sup> Am nächsten Tag, am 13. November, stand in der *NRhZ* die vermeintliche Nachricht, dass die Bürgerwehr „ihre Waffen nicht abgeben“ werde. Der Kampf erscheine „unvermeidlich“ und es sei die Pflicht der Rheinprovinz, „mit Männern und Waffen der Berliner Nationalversammlung zu Hülfe zu eilen“.<sup>320</sup>

Zusammen mit dem Advokat Schneider II rief Marx am 14. November im Namen des bürgerlichen rheinischen Kreisausschusses „die gesamte Bevölkerung zur Steuerverweigerung“ auf, bis die preußische konstitutionelle Versammlung abberufen und ihre gesetzgeberische Souveränität anerkannt wurde. Marx vergaß dabei nicht, von jeder „gewaltsame[n] Widersetzlichkeit“ abzuraten. Er forderte hier also hauptsächlich, „keine Steuern an die kontrerevolutionäre Regierung“, nämlich an die Krone, zu zahlen (BdK 1, S. 867ff.). Da die Arbeiter und Besitzlosen kein Geld hatten, galt dieser Aufruf selbstverständlich nur für die Bourgeoisie.

Die *NRhZ* vom 14. November drückte, wie das Blatt der Demokratischen Gesellschaft *WaR*, ihre Zufriedenheit damit aus, dass die Berliner Ereignisse „allen Spaltungen der politischen

---

<sup>319</sup> Gleich am 13. November 1848 schrieb Marx aus Köln an Ferdinand Lassalle in Düsseldorf und wollte von ihm u.a., dass dieser an seine Frau 200 Taler schicke, da er „einen Erscheinungsbefehl“ erhalten habe und man glaube „allgemein, daß ich morgen verhaftet werde“ (MEGA<sup>2</sup> II/2, S. 168). Wie bekannt, wurde Marx nicht verhaftet.

<sup>320</sup> [http://www.deutschestextarchiv.de/nrhz/?d=nn\\_nrhz142i\\_1848.txt.xml](http://www.deutschestextarchiv.de/nrhz/?d=nn_nrhz142i_1848.txt.xml) (abgerufen am 23.11.2019).

Parteien“ in Köln endlich ein Ende gemacht hätten. Die Arbeiter stünden endlich mit der Bourgeoisie „Hand in Hand“ der „Kontrevolution“ entgegen. Der *NRhZ* zufolge gebe es

nur eine Partei, der die ganze Stadt angehört, nur eine Partei, die voller Entrüstung über das Attentat der Kontrevolution, fest entschlossen ist, ihr Hand in Hand mit der Nationalversammlung, aufs Entschiedenste entgegenzutreten.<sup>321</sup>

Als das Ministerium Brandenburg die Berliner Nationalversammlung am 15. November vertagt und nach Brandenburg verlegte, gab Marx in einem Extrablatt der *NRhZ* vom 15. November der Bourgeoisie weiter Mut. Demnach begehe das Ministerium einen neuen „Hochverrat“, die konstitutionelle Nationalversammlung habe dagegen doch „ihren Sitz im Volke“. Niemand liefere die Waffen ab, von verschiedenen Gegenden seien „Bewaffnete der Nationalversammlung zur Hülfe geeilt“. Der Kampf scheine also „unvermeidlich“ und es sei „die Pflicht der Rheinprovinz mit Männern und Waffen der Berliner Nationalversammlung zu Hülfe zu eilen“.<sup>322</sup> Marx forderte in der *NRhZ* die „Bürger“ ebenfalls auf, nach Berlin Geld zu schicken (MEW 6, S. 21).

Als Anneke Anfang Juni 1848 in einer Generalversammlung der Demokratischen Gesellschaft für die „Vorkämpfer der Freiheit“, nämlich für die unter bitteren Umständen in Besançon lebende Arbeiterkompagnie Willichs, zur geldlichen Unterstützung forderte, lehnten „Marx und seine Demokraten“ Annekes Antrag nach „längerer Debatte“ einstimmig ab (ZAV 1848, S. 61). Als die Kölner Arbeiter erst kurz zuvor, Ende September gegen die Festnahme ihrer Anführer Moll, Schapper und Wächter Widerstand leisten wollten, eilte Marx zusammen mit Bürgers und Advokat Schneider II in das Lokal des Arbeitervereins, um zu erklären, dass sie „unter keiner Bedingung“ einen „Putsch“ wollten (MEW 5, S. 421). Er stigmatisierte hier den Arbeiteraufstand als „Putsch“ und forderte die Arbeiter auf, dem Staat Gehorsam zu leisten, während er einen Monat später im November 1848 für die Unterstützung der Bourgeoisie Geld und bewaffnete Männer nach Berlin schicken wollte und von der Bourgeoisie „den revolutionären Terrorismus“ einzusetzen forderte (ebd., S. 457).

Da der Gottschalks Anhänger W. Prinz Ende Oktober 1848 durch einen seltsamen ‚Zufall‘ aus der Leitung der *Zeitung des Arbeitervereins* entfernt wurde, schrieb am 16. November auch das Blatt des Arbeitervereins unter Marx’ Präsidentschaft Ähnliches, was unter Gottschalks Leitung nicht vorstellbar gewesen wäre: „Haltet mit allen, die es mit der Nationalversammlung in Berlin halten“. [...] [I]hre Feinde sind unsere Feinde [...]. [H]altet mit allen, soweit sie Freunde der

---

<sup>321</sup> [http://www.deutschestextarchiv.de/nrhz/?d=nn\\_nrhz142i\\_1848.txt.xml](http://www.deutschestextarchiv.de/nrhz/?d=nn_nrhz142i_1848.txt.xml) (abgerufen am 23.11.2019).

<sup>322</sup> [http://www.deutschestextarchiv.de/nrhz/?d=nn\\_nrhz142i\\_1848.txt.xml](http://www.deutschestextarchiv.de/nrhz/?d=nn_nrhz142i_1848.txt.xml) (abgerufen am 23.11.2019).

Nationalversammlung sind“ (FBA 1848, S. 26). Marx' Anhänger Gerhard Röser erklärte in der Komiteesitzung des Arbeitervereins vom 23. November, dass sich „alle Partheien gegen den Absolutismus“ vereinigen müssten. Doch das Komiteemitglied Danz kritisierte Röser, dass die Arbeiter jetzt „ihre Rechte“ erkämpfen müssten. Marx' Anhänger Röser antwortete dagegen, es sei „jetzt nicht an der Zeit für die Interessen der Arbeiter“ zu handeln (ebd., S. 43).

Marx erklärte am 17. November 1848 in der *NRhZ* in fettester Schrift weiter: „Von dem heutigen Tage an sind also die Steuern aufgehoben!!! Die Steuereinzahlung ist Hochverrat, die Steuerverweigerung erste Pflicht des Bürgers!“ (MEW 6, S. 30). Erst nach Marx' Aufruf riefen die Berliner Abgeordneten am 18. November gegen den Angriff der Monarchie die Steuerverweigerung auf. Er war einer der Hauptinitiatoren der Steuerverweigerungskampagne in Köln (Rubel 1968, S. 28), bevor die Berliner Abgeordneten am 18. November dazu aufriefen. So trug die *NRhZ* etwa 25 Nummern hindurch, direkt hinter dem Kopf des Blattes in größten Lettern, die Aufschrift: „Keine Steuern mehr!!!“ Diese Steuerverweigerungskampagne war sicherlich der „einzige Aufruf“, den Marx je „in seinem Leben persönlich auszulösen versuchte“ (Hunt 1974, S. 209). Doch die Aktion fand ein stilles Ende, weil auf der bürgerlichen Seite, so bewertete das Blatt *WaR* am 19. November 1848, sich niemand mehr so recht eine Wirkung verspreche und deshalb nur noch halbherzig mitmache, was die Aktion gänzlich zum Scheitern verurteile. Der „laute Aktionismus der Kölner Demokraten“ käme „zu spät“ (*WaR* 1848, Nr. 45).

### **1.3. Bürgerliche Forderungen auf der Tagesordnung des Arbeitervereins**

Im Kölner Arbeiterverein hatten sich mit dem Beginn von Marx' Präsidentschaft im Oktober einige Veränderungen vollgezogen. Den Arbeiterverein traf erst ein seltsamer Zufall: Der Drucker der *Zeitung des Arbeitervereins* wurde nämlich wegen zweier vorheriger Artikel über Verhaftungen von Gottschalk und Anneke verurteilt (Stein 1921, S. 79). Da der Verein die Kautions von 4.000 Talern für seine Zeitung nicht aufbringen konnte, musste er die Zeitung am 22. Oktober mit ihrer 40. Nummer einstellen (Dowe 1970, S. 200). Ab 26. Oktober 1848 erschien die *Zeitung des Arbeitervereins* unter einem neuen Titel: *Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit*. Der Verleger des Blattes war diesmal nicht mehr Gottschalks Anhänger Prinz, sondern Marx' Anhänger Röser, der gleichzeitig auch das Amt des Vizepräsidenten des Arbeitervereins bekleidete. In den Komiteesitzungen, wie etwa jene vom 2. November, wurde nun nicht mehr politische und ökonomische Fragen der Arbeiter behandelt, sondern hauptsächlich nur über die Einigkeit und Unteilbarkeit Deutschlands debattiert (FBA 1848, S. 19). In den Zeilen des

Vereinsorgans ist sogar „es lebe die Nationalversammlung“ zu lesen (ebd., S. 32), was unter der Leitung Gottschalks nicht vorstellbar gewesen wäre.

Marx war es in dieser Zeit gelungen, den Kölner Arbeiterverein mit Hilfe seiner Präsidentschaft in den Dienst der Bourgeoisie zu stellen. Auf den Versammlungen der Demokratischen Gesellschaft am 12. und 13. November wurde ein „sogenanntes Volkskomitee“ gewählt, um zur Durchsetzung der Beschlüsse der Nationalversammlung zu koordinieren. Bemerkenswerterweise umfasste die Mitglieder dieses 25-köpfigen Komitees ein „breiteres politisches Spektrum“; sie waren nämlich neben Mitgliedern des Arbeitervereins auch Mitglieder der bürgerlichen Demokratischen Gesellschaft, wie u.a. Karl Marx, Franz Raveaux und zahlreiche „Konstitutionelle“ (Herres 1998a, S. 91).

Trotz der heftigen Opposition von Gottschalks Anhängern gelang es Marx in der Novemberkrise, eine gänzliche Unterordnung des Arbeitervereins unter die bürgerlichen Demokratischen Gesellschaft durchzusetzen. Gegen die revolutionäre Opposition im Arbeiterverein hielt Schapper nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis in der Komiteesitzung des Arbeitervereins vom 23. November eine widersprüchliche Rede, in der er im Wesentlichen sagte, dass das Bürgertum und das Proletariat sich nur insoweit vereinigen lassen, als es den „gemeinsamen Kampf“ gegen den Adel gebe. Sei dieser gestürzt, so Schapper, „dann trennen sie sich, weil ihre besondere[n] Interessen sich schnur-stracks entgegenlaufen“. Während die Bourgeoisie selbst, um für ihr Herrschaftsinteresse kämpfe, kämpfe das Proletariat, um sich den Weg zur Herrschaft anzubahnen (FBA 1848, S. 44):

So wie aber die Bourgeoisie in ihrem Rechte ist, gegen die Feudal-Regierung, den Adel anzukämpfen, und ihn dem Bürgertum zu unterwerfen, ebenso sind wir es, gegen die Bourgeoisie anzukämpfen und sie der allgemeinen Menschheit zu unterwerfen. Denn an die Stelle des Geburts- den Geldadel setzen, hieße nur eine falsche Herrschaft wechseln aber nicht aufheben (ebd.).

Doch ab 2. November bis Ende Dezember 1848 wurden im Arbeiterverein systematisch die Forderungen der Bourgeoisie Punkt für Punkt, wie die Forderung vom einigen und unteilbaren Deutschland, den Arbeitern diktiert. Auffallender Weise ist der Umfang der Protokolle der Komiteesitzungen und damit die Wiedergabe ihres Inhalts im Vergleich zur Zeit der Präsidentschaft Gottschalks äußerst kurz, und deshalb sagen sie über die Argumentationen der Redner fast gar nichts (ebd., S. 19, 30).

Im Artikel *Die Feinde der Arbeiter* in der Vereinszeitung vom 23. November wurde verkündet, dass „[j]eder Feind der Arbeit“ gleichzeitig auch „ein Feind der Arbeiter“ sei. Daher seien die



„Müßiggänger“, nämlich „die Lumpenbourgeoisie und das Lumpenproletariat“, die ersten Feinde der Arbeiter. Hier werden bezeichnenderweise „Lumpenbourgeoisie“ und das „Lumpenproletariat“, das in der Tat aus Arbeitern besteht, die nur keine Arbeit haben, auf die gleiche Stufe gesetzt. Dagegen scheint dem Verfasser die Bourgeoisie, die nicht „Lumpen“ ist, kein Feind der Arbeiter zu sein. Der Autor plädierte „für die Einführung einer neuen Staatsform“, in der er eine Aussicht „wenigstens auf Nahrung und Erziehung“ habe. So empfahl er den Arbeitern, dass sie für den „Vorteil der Herren“ arbeiten und „Hand in Hand mit ihnen“ stehen, „weil es unserer Sache Vorteil ist“. Die Sache der Arbeiter sei nach dem Verfasser dieses Artikels nicht mehr die Befreiung der Arbeiter und Besitzlosen von der Ausbeutung und Unterdrückung durch herrschende Klassen, sondern nur der „Vorteil“, wie „Nahrung und Erziehung“. Das „Bourgeoisregiment“ sei nicht zu vermeiden, so der Verfasser, „wir haben nur die Wahl, ob wir es mit oder ohne Monarchie haben wollen“ (ebd., S. 34).

In einem anderen Artikel *Das Elend der arbeitenden Klasse* in der *FBA* vom 26. November wurde über den „hoffnungslose[n]“ Zustand des unglücklichen und braven Arbeiters in einer weinerlichen Sprache geklagt. Das „Schicksal der arbeitenden Klasse“ sei seit langem „höchst“ beklagenswert. Deshalb greife die Hand, „die sonst nur das friedliche Werkzeug der Industrie“ geführt habe, „zur blutigen Waffe“. Nach ausführlicher Schilderung der Unbehaglichkeit und Hoffnungslosigkeit der Arbeiter zeigte der Verfasser am Ende des Artikels den Weg zur Lösung. Die gegenwärtige Lage der arbeitenden Klasse könne nämlich „nur durch großartige Opfer der Reichen“ gelöst werden (ebd., S. 38).

Der aufrichtige demokratische Republikaner Herrmann Becker, der am 25. September mit Schapper zusammen auch ins Gefängnis gebracht worden war, schrieb nach seiner Freilassung in einem Manuskript, wie der Kölner Arbeiterverein unter Marx' Präsidentschaft in sechs Monaten unpolitisch wurde:

Als ich im Dezember in Freiheit gesetzt war, ging ich auch in den Arbeiterverein, wo ich Aufträge von Gottschalk auszurichten hatte. Hier fand ich alles verändert, fast nur neue Gesichter, von Teilnahmen am politischen Leben wollte keiner mehr hören (Becker 1849; zit. nach Kühn 1934, S. 151).

Zahlreiche Historiker stellen fest, ohne die tatsächlichen Gründe offen zu legen, dass Marx/Engels während der Revolution in Köln „an einer eigenen Organisation der Arbeiter durchaus uninteressiert“ waren. Doch Marx/Engels bekämpften während der Revolution von 1848/1849 die Führung der Arbeiterbewegung aktiv und wandten sich auch gegen politische Verselbständigungsbestrebungen der Arbeiter, indem sie immer wieder von den Arbeitern

verlangten, „Hand in Hand“ mit der Bourgeoisie zu gehen (Herres 2018, S. 127). Der Arbeiterverein hatte im Juni 1848 ca. 8.000 Mitglieder. Es ist zweifellos Marx' Verdienst, dass die Mitgliederzahl des Kölner Arbeitervereins innerhalb sechs Monaten von 8.000 im Juni 1848 auf 700 im Dezember 1848 drastisch sank.

## 2. Gottschalks und Marx' Reden vor Gericht

### 2.1. Gottschalks Eintreten für arbeitende Klassen und Besitzlose

Gegen Ende des Jahres 1848 begann der Prozess gegen Andreas Gottschalk, Friedrich Anneke und Christian Josef Esser vor dem Kölner Geschworenengericht. Die Voruntersuchung war von den Justizbehörden wissentlich hinausgezögert worden, da es sich seit Ausbruch der Revolution um den ersten politischen Prozess in Preußen handelte und der preußische Staat diesen Prozess nicht in einer Zeit starker politischer Spannungen stattfinden lassen wollte (Anneke 1848, S. 5f.).<sup>323</sup> Die erste Sitzung des Prozesses gegen Gottschalk, Anneke und Esser begann am 21. Dezember. An dem Tag wurden aus Angst vor den Arbeitern drei Kompanien Soldaten im Hofe des Justizgebäudes aufgestellt. Die Angeklagten wurden „mit zusammengeschlossenen Händen aus ihren Kerkern in die Schranken geführt“ (ebd., S. 21). Die Zuhörer strömten in Massen in den Gerichtssaal.

Das Anklagematerial des Staatsprokurators stützte sich vornehmlich auf die Berichte in der *Zeitung des Arbeitervereins* und auf die Angaben von Polizeikommissaren und Spitzeln, die den großen Versammlungen im September in Gürzenich, wie auch den früheren Zusammenkünften im Juni in Köln beigewohnt hatten (ebd., S. 4). Alle drei Angeklagten wurden beschuldigt,

im Laufe des Jahres 1848 zu Köln ein Komplott, um Zwecke der Veränderung und des Umsturzes der betreffenden Regierung und der Erregung eines Bürgerkrieges durch Verleitung der Bürger, sich gegeneinander zu bewaffnen, gemacht, oder doch durch Reden in öffentlichen Versammlungen, durch gedruckte Schriften und angeheftete Plakate zu Attentaten mit solchen Zwecken geradezu gereizt zu haben (ebd., S. 8).

Der Staatsanwalt schrieb in der Anklageschrift gegen Gottschalk, Anneke und Esser, dass die Arbeiter aus der *Zeitung des Arbeitervereins* (ZAV) „die gefährliche, dem Proletariat schmeichelnde, auf Communismus und Umsturz des Bestehenden hinarbeitenden Tendenzen des Vereins“ erfahren hätten (ebd., S. 10). Nach der Anklageschrift des Staatsanwalts trage

---

<sup>323</sup> Fritz Annekes Ehefrau Mathilde Franziska Anneke veröffentlichte Ende 1848 über den Prozess gegen Gottschalk, Anneke und Esser eine Broschüre unter dem Titel *Die politische Tendenz-Prozess gegen Gottschalk, Anneke und Esser*.

Gottschalk selbst als der Präsident des Vereins und als der Herausgeber der Vereinszeitung die Verantwortung für die in jeder Nummer anzutreffenden Artikel, in denen „der Hass der Arbeiter gegen die Besitzenden aufgestachelt, alle bestehende Autorität herabgewürdigt, und offen die Republik gepredigt wird“ (ebd., S. 20). So wies er in seiner Anklagerede auf eine Verlautbarung des Arbeitervereins hin, in der Folgendes gesagt wurde:

Folgt unbedingt Euren Führern, Sie werden Euch, wenn es Zeit ist, sagen: [...] Das sind unsere Waffen [und] unsere Führer, das unser Blei. Einer der bekanntesten Führer der englischen Arbeiter sagte ihnen in einer Rede: Arbeiter, Ihr habt wenig oder gar keine Waffen; aber eine Waffe habt Ihr, die ist billig und unscheinbar und bringt große Dinge zur Welt. Wollt Ihr, daß ich Euch die Waffe nenne: Es ist ein Döschen Zündhölzer und etwas geteerter Strick. Es brennt so schön und ist kaum zu löschen (Kühn 1934, S. 155).

In dem militärisch stark gesicherten Gerichtsgebäude machte Gottschalk am 23. Dezember 1848 eine politische Verteidigung (Gottschalk 1849, S. 4).<sup>324</sup> In seiner Rede prangerte er nicht nur die Fürsten an, sondern auch „jene zahlreiche Klasse von reichen Bürgern und Beamten, die nur deshalb das Spielzeug des konstitutionellen Königtums wollen, damit sie unter der Unverantwortlichkeit der Krone die Ausbeutung des Volkes fortsetzen können“ (ebd., S. 11).

Wie Weitling 1842/1843 den Kommunismus vor Gericht in Zürich verteidigte, machte auch Gottschalk eine ähnliche Verteidigung des Kommunismus vor Gericht, indem er sich zu der „Lehre des Wagnisses“ bekannte, für welche „*Jesus Christ* am Kreuz“ gestorben sei, für welche „ein *Hieronymus* und *Huss* den Scheiterhaufen“ bestiegen hätten und „*Thomas Münzer* sein „jugendlich[es] Haupt auf den Block des Henkers“ gelegt habe. Das sei jene „Lehre des Wagnisses, der Entsagung, der Liebe, der allgemeineren Brüderlichkeit“, das sei jene „Lehre des Wagnisses, die alle Menschen als die gleichberechtigten Kinder Gottes“ erkenne (ebd., S. 23).

Gottschalk verteidigte in seiner Rede die Mitangeklagten und den *Kölner Arbeiterverein*. Sie hätten im Arbeiterverein besprochen, dass die Pest des Elends, die unter den Armen wuchere, auch die Reichen und Unterdrücker erreichen und sie und ihre Kinder vertilgen werde. Weil Gottschalk und seine Genossen so sprachen, waren sie „„Aufwiegler“ und „ehrgeizige Ruhestörer““. So habe ihrer Verhaftung „ein Hohngeschrei aller Wucherer und Geldwechsler“ gefolgt (ebd., S. 24). Den ausschlaggebenden Grund seiner Verhaftung und die seiner Genossen drückte Gottschalk mit folgenden kristallklaren Worten vor Gericht aus:

---

<sup>324</sup> Gottschalks Verteidigungsrede erschien 1849 unter dem Titel *Meine Rede vor dem Geschworenengericht zu Köln am 23. 12. 1848* ungekürzt im Druck.

Unser Verbrechen [...] war, daß wir uns eine andere Bühne für unsere rednerischen Übungen gesucht, als die Staatsbehörde, daß wir nicht in *Bürgervereinen* sondern in *Arbeitervereinen* gesprochen, daß wir nicht den Reichen und Vornehmen, sondern den Armen und Niedrigen nachgegangen. Unsere Verbrechen war, daß wir *so gemein* gewesen, unsern leeren Titel von uns zu werfen, daß wir *so frevelhaft* gewesen gegen unsere heuchlerischen Schriftgelehrten und reichen Mammonsdienner zu reden.<sup>[325]</sup> Unser Verbrechen war, daß wir uns das erhabenste Muster zur Nachahmung genommen, daß die Welt gesehen, daß wir die Perlen der politischen Weisheit der Anklagebehörde vor die Säue der Arbeit geworfen, denn ihr ist ja das Volk der Armen nur ein *roher ‚Haufen‘*, nur Koth und Schmutz. Unser größter Frevel war, daß wir Wahrheit gesprochen, daß wir den Schleier vor den Augen der Armen zerrissen (ebd., S. 25).

Seine Verhaftung habe Gottschalk nicht überrascht. Denn als das „Arbeitervolk von Paris seine Mahnung an die Versprechungen des 24. Februar in häuserhohen Barrikaden schrieb und in einem Meer von Blute erlag“, wollte die Bourgeoisie glauben machen, die Revolution sei zu Ende gekommen, sie dürfe wieder an die Herstellung des alten Polizeistaates denken und mit ihren unsittlichen Mitteln auch die früheren, üppigen, Früchte der Unsittlichkeit ernten. Da glaubten, so Gottschalk, „Angeber ein des Lohnes würdiges, des Lohnes sicheres Geschäft zu üben; da verhaftete man, die man für die Gefährlichsten hielt, weil sie die Unbestechlichsten gewesen“ (ebd., S. 26). Gottschalk wusste, dass er „auf die Bank der Angeklagten“ geführt worden war, weil er es wagte, „für das Volk der Armen, der Unterdrückten und der Geknechteten zu denken, zu fühlen und zu leben“ (ebd., S. 29).

Nach der politischen Verteidigungsrede Gottschalks wurde den Geschworenen für jeden der Angeklagten folgende Frage vorgelegt:

Ist der Angeklagte schuldig, im Laufe des Jahres 1848 durch Reden in öffentlichen Versammlungen sowie durch Druckschriften seine Mitbürger zur gewaltsamen Änderung der Staatsverfassung, zur bewaffneten Auflehnung gegen die königliche Macht, zur Bewaffnung eines Teiles der Bürger gegen die anderen geradezu gereizt zu haben, ohne daß jedoch jene Anreizungen Erfolg gehabt haben? (Günther 1849; zit. nach Herres 1998d, S. 102).

Die Geschworenen verneinten in allen Fällen die Schuldfrage. So musste der Staat „unter dem Druck der öffentlichen Meinung“ die Angeklagten freisprechen (MEW 6, S. 663). Gottschalk wurde freigesprochen, obwohl der Staatsprokurator, von dem parteiischen Vorsitzenden des Gerichts unterstützt, nichts unversucht gelassen hatte, den Mann, der sich seiner Meinung nach

---

<sup>325</sup> Gottschalk meinte mit „heuchlerischen Schriftgelehrten und reichen Mammonsdienner“ Marx/Engels und ihr Blatt *NRhZ*. Denn gleich nach dem Erscheinen der *NRhZ* kritisierte Gottschalk das Blatt, es sei widersprüchlich, dass die *NRhZ* sich als Organ der Demokratie ankündigt, „während sie sich in den Händen eingefleischter Aristokraten, und zwar der gefährlichen von Allen, der Geldaristokraten, befindet“ (ZAV 1848, S. 79f.).

„an den rohen Haufen, an die untersten, urteilslosesten Volksschichten“ gewandt hatte, in den Kerker zu bringen (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 186). Am Mittag des 23. Dezember 1848 erfolgte nach einstimmigem Beschluss der Geschworenen Freispruch in allen Punkten der Anklage. So wurden die „stark nach außen hervorgetretenen Arbeiterführer Gottschalk, Anneke und Esser“ sofort freigelassen (Kühn 1934, S. 106).

Das Komitee des Arbeitervereins plante, „den Führer des Arbeitervereins Dr. Gottschalk durch einen Fackelzug zu ehren“. Die Demonstration wurde jedoch verboten, denn „einem Manne“, so lautete die Begründung, den die Staatsprokuratoren „für schuldig“ befunden hatten, dürfe man „keine Achtungsbezeugung zu Theil werden lassen“ (FA 1849, S. 3). Der Stadtkommandant Oberst Engels verteidigte das Verbot mit den Worten: „Wenn auch diese Leute von den Geschworenen freigesprochen sind, so werden doch die Behörden, die sie als Schuldige haben verhaften lassen, eine solche Demonstration zu ihren Gunsten nicht gestatten“ (Stein 1921, S. 88). Die staatlichen Behörden wollten Gottschalk im Gefängnis länger sitzen lassen, wäre der öffentliche Druck auf Gottschalks Freilassung nicht so stark gewesen. Er wurde zwar freigelassen, aber die Gefahr, wieder festgenommen zu werden, bestand weiter. So verließ er Ende Dezember 1848 Köln und ging zuerst nach Bonn. Dort blieb er jedoch nicht lange, sondern reiste im Januar 1849 über Brüssel nach Paris, „um hier die Republik zu studieren und sich näher mit den französischen Kommunisten“ bekannt zu machen. Bei seinem langen Aufenthalt besuchte er Blanqui im Gefängnis und lernte besonders Blanqui, Proudhon und Raspail zu schätzen (FA 1849, S. 84).

## **2.2. Marx' Parteinahme für bürgerliche Herrschaft**

Der erste Prozesstermin der Anklage gegen Marx und seine *Neue Rheinische Zeitung* war nicht ganz zufällig am 20. Dezember 1848, zeitgleich mit Gottschalks Prozessbeginn, festgelegt. Danach wurde er jedoch auf den 7. Februar 1849 vertagt. Marx wurde also erst im Februar 1849 der Form halber vor Gericht gestellt, als die Pressefreiheit schon gänzlich vernichtet worden war, sodass die Krone, so kritisierte *Freiheit Arbeit* im März 1849, „in ihrem Übermute“ sogar „die blasse Polemik einer Rheinischen Zeitung [Marx' Blatt *NRhZ*] nicht mehr dulden“ wollte. „Nun wir sind“, schreibt der Verfasser, im Gegensatz zu Marx' Blatt *NRhZ* „nicht etwa seit heute, sondern seit dem 25. Februar des vorigen Jahres, nämlich ab der Pariser Revolution vom 24. Februar 1848, auf den vollständigsten Übermut der Junker und Wucherer gerüstet“ (FA 1849, S. 87).

Die Anklage gegen Marx und seine *NRhZ* im Februar 1849 lautete darauf, die Ehre des Untersuchungsgerichts verletzt zu haben. Der Advokat Schneider II, mit dem Marx bekanntlich

die Präsidentschaft der Demokratischen Gesellschaft teilte, war auch Marx' Verteidiger vor Gericht (MEW 6, S. 224). Marx stellte sich im gegen ihn gerichteten Prozess auf die Seite des „napoleonische[n] Despotismus“ und von hier aus griff er nicht die preußische Bourgeoisie, sondern nur den „preußische[n] Despotismus“ an (ebd., S. 226f.). Unter dem Schutz der Bourgeoisie erfolgte am 8. Februar 1849 der Freispruch für Marx, die Mitangeklagten Engels und die Zeitungsherausgeber.

An demselben Tag wurde gegen ihn wegen des Aufrufs zur Steuerverweigerung erneut eine Klage erhoben. Im Mittelpunkt von Marx' Rede vor Gericht stand diesmal die entschiedene Verteidigung der politischen und ökonomischen Interessen der Bourgeoisie. Er versuchte aber hier die Interessenkonflikte zweier herrschender und ausbeuterischer Klassen, nämlich die Interessenkonflikte zwischen Monarchie und Bourgeoisie, als einen Konflikt zwischen dem „Volk“ und der „Krone“ vorzugeben. Demnach habe sich das „Volk“ in diesem Konflikt „schon gegen die Krone“ und „für die Nationalversammlung“ entschieden (ebd., S. 242). Die Nationalversammlung sei „vom Volke gewählt“ und sei „von vornherein souverän“ und „konstituierend“ gewesen (ebd., S. 245f.). Die von Marx bei indirekten Wahlen unterstützten bürgerlichen Deputierten der konstitutionellen Nationalversammlung, wie Camphausen und Hansemann, die in der Revolution mit der Krone gegen das arbeitende Volk in einem gemeinsamen Bündnis gestanden hatten, waren in den Augen von Marx „die erwählten Vertreter des Volkes“ (ebd., S. 249).

Unter dem Schutz der Bourgeoisie stehend kritisierte Marx in seiner Rede die Verlegung der Nationalversammlung durch die „Krone“ von Berlin nach Brandenburg. So habe die „Krone“ also „nicht das Recht, weder die Vereinbarerversammlung zu verlegen noch sie zu vertagen“. Gegen die „Krone“ stand Marx auf der Seite der „Berliner Vereinbarer“ und war fest entschlossen, die „Würde der Nationalversammlung“ und der „Volksvertreter“ zu verteidigen. Denn „man“ habe sie auf jede Weise zu „demütigen“ gesucht, „auf die allerinfamste Weise“ verfolgt und „gleichsam eine wilde Jagd auf sie angestellt“ (ebd., S. 249f.).

Marx bedauerte, dass die Bourgeoisie wegen ihrer „Vereinbarungssucht“ ihre Interessen gegen die Krone nicht mutig vertreten hätte. Doch sie sei stark genug, sie solle gegen die Krone mutiger auftreten und ihre Interessen entschieden verteidigen. Die „Vereinbarungssucht der Bourgeoisie“ sei es, „die sie alle Positionen verlieren ließ, die sie schließlich den Angriffen der Krone aussetzte, ohne daß eine Nation in ihrem Rücken stand“. So habe sie sich „von einer revolutionären Nationalversammlung zu einer zweideutigen Gesellschaft von Vereinbarern“ herabgewürdigt (ebd., S. 251). Marx beklagte sich weiter darüber, dass die Versammlung der

Krone gegenüber so „wenig kampfbegierig, so sehr vermittlungslustig“ gewesen sei, obwohl die Krone „keine Vermittlung“ gewollt hätte (ebd., S. 251f.).

Doch auch Marx und sein Freund Engels waren von Anfang an, wie ihre vorherigen zahlreichen Schriften beweisen, für „eine gütliche Verständigung, eine Vermittlung mit der Krone“ (ebd., S. 252). Denn die „Herren Bourgeois“ wussten „besser“, schrieb Marx schon ein Jahr zuvor Ende November 1847, „wo sie der Schuh drückt“:

Sie wissen, daß der Pöbel in Revolutionen frech wird und zugreift. Die Herren Bourgeois suchen daher soviel als möglich ohne Revolution auf gütlichem Weg das absolute Königtum in bürgerliches zu verwandeln (MEW 4, S. 352).

Daher bezweckten Marx/Engels, den „Herren Bourgeois“ bei der Verwandlung des absoluten Königtums in ein bürgerliches Königtum „so viel als möglich ohne Revolution auf gütlichem Weg“ Hilfe zu leisten. Die Bourgeoisie wurde 1848 gerade durch diese „Vereinbarung“ mit der Krone „in den Kreis der regierenden Klassen“ aufgenommen (Droz 1983, S. 91). Sie hatte ihre ökonomische Macht durch die Anteilhabe an der Macht gestärkt. Die deutsche Bourgeoisie hatte das Ziel erreicht, ein konstitutionelles System einzuführen. Die Vereinbarung war „wahrlich überaus erfolgreich für die deutsche Bourgeoisie“ (Kuczynski 1982, S. 247). Marx kritisierte vor Gericht scheinheilig die „Vereinbarung“ der Bourgeoisie mit der „Krone“. Denn er schrieb später, Ende Juli 1849, aus Paris an Weydemeyer, dass er mit dem „jetzige[n] Stand der Dinge“ ganz zufrieden war, da die „Dinge“ der Bourgeoisie „sehr gut“ vorangehen (MEW 27, S. 506).

Im Gegensatz zu Gottschalk verlor Marx Ende Februar 1849 vor Gericht kein einziges Wort „für das Volk der Armen, der Unterdrückten und der Geknechteten“ (Gottschalk 1848, S. 29), und für den antagonistischen Konflikt zwischen den Besitzern und Besitzlosen und Reichen und Armen. Er äußerte sich vor Gericht nur über den Konflikt zwischen zwei herrschenden, ausbeuterischen und unterdrückerischen Klassen, nämlich über den Konflikt zwischen Geburts- und Geldaristokraten. Nach Marx gebe es in Deutschland nur einen Konflikt und einen Kampf, nämlich den Konflikt „zwischen der Nationalversammlung und der Krone“; den Kampf „zwischen feudalen und bürgerlichen Gesellschaften“ (MEW 6, S. 249ff.):

Es war der Kampf der alten feudal-bürokratischen mit der modernen bürgerlichen Gesellschaft, der Kampf zwischen der Gesellschaft der freien Konkurrenz und der Gesellschaft des Zunftwesens, zwischen der Gesellschaft des Grundbesitzes mit der Gesellschaft der Industrie, zwischen der Gesellschaft des Glaubens mit der Gesellschaft des Wissens (ebd., S. 252f.).

Marx stand bei diesem Kampf gänzlich und mit Leib und Seele auf der Seite der „Geldsäcke“, wie die deutsche Arbeiterführung die Bourgeoisie nannte. Nach Marx dürfe die Bourgeoisie nicht dulden, dass die Landwirtschaft durch feudale Privilegien, die Industrie durch bürokratische Bevormundung beschränkt werde. Es widerstrebe dies ihrem Lebensprinzip der freien Konkurrenz der bürgerlichen Gesellschaft. Es gebe keinen Frieden zwischen feudalen und bürgerlichen Gesellschaften. Die materiellen Interessen und Bedürfnisse der Bourgeoisie bedingen einen „Kampf auf Leben und Tod“ (ebd., S. 254). Nach dieser hervorragenden Verteidigung der vielseitigen Interessen der „Geldaristokraten“ bekam Marx zusammen mit anderen Angeklagten auch in diesem Prozess einen Freispruch.

### **3. Streit zwischen Marx und Arbeiterführung über Februarwahlen von 1849**

Am 5. Dezember 1848 deutete der Friedrich Wilhelm IV. mit der Oktroyierung einer liberalen preußischen Verfassung und Ausschreibung von Wahlen und einer zweiten preußischen Abgeordnetenkommission neuerliche Kompromissbereitschaft mit der Bourgeoisie an. Nach dieser oktroyierten Verfassung fanden im Januar/Februar 1849 die Wahlen zur Zweiten Kammer statt, die wiederum indirekt sein sollten, wie schon die Wahlen im Mai 1848. Aus den rheinischen Städten sandten vor allem führende Kaufleute, Grundbesitzer und Beamte Dankadressen an den preußischen König „für die Verleihung einer freisinnigen Verfassung“ (Herres 1998a, S. 94f.).

Als Marx' Anhänger Röser vorschlug, in der Komiteesitzung des Kölner Arbeitervereins vom 11. Dezember über die oktroyierte Verfassung der Herrschenden zu diskutieren, stellte Bedarf, der ein führendes Mitglied des von Marx aufgelösten *Bundes der Kommunisten* war, den Antrag, die Diskussion über die Verfassung zu beseitigen, „weil überhaupt dieser Wisch nicht Wert“ sei, Zeit dafür zu verlieren. Bedarfs Antrag wurde einstimmig angenommen (FBA 1848, S. 62). Auch in der Komiteesitzung des Arbeitervereins vom 18. Dezember kritisierte ein Arbeiter die von der Bourgeoisie veranstalteten Feierlichkeiten zur Ehre der oktroyierten Verfassung. Dort existiere nur „eine ziemliche Anzahl kriechender Heuler“ (ebd., S. 72).

In der Komiteesitzung des Kölner Arbeitervereins vom 15. Januar 1849 schlug der aus dem Gefängnis frisch freigelassene Anneke vor, dass der Arbeiterverein eigene Vertreter aufstellen solle. Marx sprach sich gegen Annekes Vorschlag und schlug stattdessen, wie bei den letzten Maiwahlen von 1848, die Unterstützung der bürgerlichen Kandidaten vor (BdK 1, S. 896f.). Laut Protokoll der Komiteesitzung war Marx der Meinung, dass der Arbeiterverein nicht in der Lage sei, eigene Kandidaten durchzubringen. Es handele sich für Marx

nicht darum, in prinzipieller Hinsicht etwas zu tun, sondern der Regierung, dem Absolutismus, der Feudalherrschaft Opposition zu machen, dazu seien aber auch einfache Demokraten, sog.



Liberalen, hinreichend, die ebenfalls mit der jetzigen Regierung bei weitem nicht zufrieden seien. Man müsse die Sache einmal nehmen wie sie sei. Da es nun wichtig sei, dem jetzigen absoluten System eine möglichst starke Opposition zu machen, erfordere es schon der gesunde Verstand, wenn man einsähe, seine eigene prinzipielle Meinung nicht bei den Wahlen durchsetzen zu können, daß man sich mit einer anderen Partei, die ebenfalls Opposition macht, vereinige, um nicht unsern gemeinschaftlichen Feind, das absolute Königtum, siegen zu lassen (MEW 6, S. 579).

So drängte Marx den Kölner Arbeiterverein zur Beteiligung an den Wahlkomitees. Um zwischen dem Arbeiterverein und der bürgerlichen Demokratischen Gesellschaft „eine engere Verbindung“ herzustellen (Stein 1921, S. 94), wurden Schapper und Röser als Delegierte ernannt. Sie sollten sich an den Ausschusssitzungen der Demokratischen Gesellschaft beteiligen und darüber Bericht erstatten (FA 1849, S. 13).

Auch am 18. Januar 1848 standen die Wahlen auf der Tagesordnung der Komiteesitzung des Arbeitervereins. Im Gegensatz zu Marx und seinem Kreis verlangte hier Anneke erneut, wie die revolutionären Vertreter der Arbeiterbewegung in Deutschland, nicht die „blassen Demokraten“, die „nur schwätzen und protestieren können und wohl gar glauben damit sei vollkommen genug geschehen“, zu unterstützen, sondern ihre eigenen Kandidaten aufzustellen, die „Haare auf den Zähnen“ hatten, und „ein lebendiger Protest gegen diese Verfassung“ sind. Doch Marx bestand auf der Unterstützung der bürgerlichen Kandidaten, weil die „eigentliche Zeit“ der Arbeiter „noch nicht“ gekommen sei (ebd., S. 17). So wurden die bürgerlichen Kandidaten Raveaux und Advokat Schneider II von Marx zur Unterstützung und Wahl empfohlen.

Unter Gottschalks Präsidentschaft vertrat der Arbeiterverein im Frühjahr 1848 den Standpunkt zur indirekten Abgeordnetenwahl, die „junge ledige Arbeiter, Gesellen, Tagelöhner und Literaten nach Gutdünken politisch“ entrechtet und dagegen „Kapitalisten, Kaufleute, Wucherer, Juristen, Pfaffen“ an die politische Macht bringt, wie Weitling 1849 zum Punkt brachte (Weitling 1955, S. 358), die Wahlenthaltung. Unter Marx' Präsidentschaft vertrat der Arbeiterverein im Februar 1849 den entgegengesetzten Standpunkt. Als Vorsitzender des Arbeitervereins setzte sich Marx für den Sieg der bürgerlichen Kandidaten ein. Er hielt die Präsidentschaft des Vereins bis zur Sicherung dieser Resultate in der Hand. Erst danach überließ er im Januar seine Präsidentschaft Schapper, obwohl dieser schon im November 1848 aus dem Gefängnis freigelassen worden war (Czobel 1928, S. 435f.). Trotz der heftigen Opposition der revolutionären Kommunisten gelang es Marx, den Kölner Arbeiterverein ein Anhängsel der bürgerlichen Vereine zu machen, sodass im Januar 1849 der Arbeiterverein an Wahlen vom 22.

Januar bis 5. Februar 1849 teilnahm und „vorbehaltslos“ die bürgerlichen Kandidaten unterstützte (ebd., S. 436).

Marx beteiligte sich auf der Seite der Bourgeoisie stehend am Wahlkampf aktiv und unterstützte sie durch seine Beiträge in der *Neuen Rheinischen Zeitung*. Mit Marx' Unterstützung hatte die Bourgeoisie unter den 61 rheinischen Abgeordneten die Majorität. In Köln selbst gehörten von 344 Wahlmännern mehr als 200 ihrer Partei an (Becker 1963, S. 184 f.). So bedankte sich der Vorstand des *liberal konstitutionellen Clubs* bei Marx für seinen Beitrag zu diesem Erfolg. Victor Bahr schrieb am 25. Januar 1849 an Marx folgendes:

Wir erlauben uns, Ihnen hiermit ergebenst anzuzeigen, daß von den gewählten 21 Wahlmännern für die zweite Kammer hiesigen Orts wenigstens 18 zur liberalen Parthei gezählt werden können, und ersuchen Sie höflich dieses Ergebnis gütig in Ihrem geschätzten Blatte aufnehmen zu wollen (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 164).

Auch Constantin Zöller aus Ruhrort berichtete am 26. Februar 1849 Marx mit großer Freude, dass der neu gegründete Demokratische Verein in seiner ersten Sitzung schon 82 Mitglieder hatte und an „deren Spitze die ersten Kaufleute und Beamte Ruhrorts stehen“ (ebd., S. 263). Die Bourgeoisie wusste ganz genau, wem sie ihren Erfolg bei den Wahlen zu verdanken hatte.

Im Gegensatz zu Marx, der die Arbeiter dazu zwang, die Vertreter der Bourgeoisie zu wählen, rief der aus dem Frankfurter Demokraten- und Arbeiterkongress vom Juni 1848 entstandene Zentrallausschuss der deutschen Demokraten am 3. Oktober 1848 an das deutsche Volk auf, die Frankfurter Abgeordneten in Urwählversammlungen abzuberaufen und neue direkte Wahlen zu verlangen. Diese Forderungen wurden allgemein von Kommunisten wie auch Weitling in Berlin unterstützt, um die Wahlen für die kommunistische Propaganda zu nutzen. So schlugen die Berliner Kommunisten und der Demokratische Club in diesen Tagen Weitling als Kandidaten für die Wahlen zur preußischen Abgeordnetenkammer vor, um die revolutionäre Propaganda voranzutreiben (Seidel-Höppner 2014, S. 1159f.).

Weitling richtete seine Propaganda gegen das indirekte Wahlgesetz, das „junge ledige Arbeiter, Gesellen, Tagelöhner“ und die Armen vom Wahlrecht ausschließt. Doch nicht die arbeitenden Klassen, sondern die „Kapitalisten, Kaufleute, Wucherer, Juristen, Pfaffen“ sollten vom Wahlrecht ausgeschlossen werden (Weitling 1849, S. 358). So schlug er im Oktober 1848 in der ersten Nummer seiner Zeitschrift *Urwähler* ein provisorisches revolutionäres Wahlrecht vor, dass die selbstverwaltete Organisation der sozialen Lebens- und Produktionsverhältnisse einem Sozialparlament übertragen werden soll (Urwähler 1848, S. 3ff.).

In seinen Propagandaschriften warnte Weitling die Arbeiter insbesondere vor „Schönrednern“ und „Maulhelden“. Die Arbeiter sollten sich nicht auf Persönlichkeiten, sondern auf Grundsätze orientieren. Er schlug dafür eine „alljährliche Wahl“ vor (ebd., S. 6), am besten „Direktentscheidung wichtiger Gesetze in Urwählerversammlungen und das Recht des Volkes, die Nationalversammlung aufzulösen und neu zu berufen“ (Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 100).

Nach Weitling würden bürgerliche Wahlen für das Leben der Arbeiter und Besitzlosen keine Verbesserung bringen. Er verwies dabei auf die Schranken des bürgerlichen Wahlmodus und die Erfahrungen in Frankreich, der Schweiz und den USA:

Sehen wir uns in die Geschichte um. Die Schweiz ist seit 500 Hundert Jahren eine Republik, Amerika seit 70 Jahren, Frankreich zum zweiten Male seit einem halben Jahre. Was ist in diesen Ländern durch die Wahlen [...] erreicht worden? Nichts! Reichthum und Elend nehmen zu gerade wie bei uns. Es fällt den Herren Repräsentanten vom goldenen Kalbe kaum ein, Maßregeln dagegen zu ergreifen, oder nur Gesetze in diesem Interesse zu berathen. Der Wille der ungeheuren Masse des theils dürftigen, theils blutarmen Volkes, (besonders in Frankreich) hat sie freilich zu Volksvertretern gemacht, derselbe dumme Wille, der alle Unwissenden zu Betrogenen macht (Urwähler 1848, S. 5).

Mit einer in den Polizeiakten erwähnten Rede im Demokratischen Club stellte sich Weitling seinen Wählern vor. Die zeitgenössische Presse verwies während der Vorbereitung der Wahlen auf eine Broschüre, die Weitling für Urwähler verfasste, deren Extrakt er bei dieser Gelegenheit im Demokratischen Club in Berlin vortrug. Der Einmarsch Wrangels am 10. November hinderte Weitling, seine revolutionäre Propaganda weiterzuführen. „Nach Wrangels Einzug“, schrieb er später, „wurde ich verwiesen und ging nach Hamburg“ (RdA 1851, S. 109).

Offenbar stand Mitte Dezember in der *Mannheimer Abendzeitung* eine Korrespondenz aus Berlin, dass der „bekannte socialistische Schriftsteller und Agitator W. Weitling“, der seit dem Sommer dort gelebt habe, „als Candidat für die bevorstehenden Wahlen aufzutreten“ beabsichtigte (Seidel-Höppner 2014, S. 1159f.).<sup>326</sup> Die *Mannheimer Abendzeitung* vom 19. Dezember 1848 berichtete über das alternative Wahlprogramm von Weitling, in dem er die arbeitenden Klassen aufforderte, ihre eigenen Kandidaten zu wählen und „die Parteien der Phrasen und des einseitigen politischen Freiheitsdusels“ fallen zu lassen:

---

<sup>326</sup> Immerhin gelangten 50 Arbeiter bei den Urwahlen in Berlin am 22. Januar 1849 auf die Wahllisten zur zweiten preußischen Kammer (Seidel-Höppner 2014, S. 1163).

An die Ernährer und die Belehrer des Volks! [...] Bürger! Das Volk ist wiederum berufen, die Wahl derjenigen Männer vorzunehmen, welchen es für die Organisation der Gesamtinteressen das meiste Zutrauen schenkt. Damit es sich aber in dieser Wahl nicht täusche, ist es nothwendig, daß es sich gründlich darauf vorbereite und sich wenigstens die nothwendigste Kenntnis einer Organisation seiner Gesamtinteressen durch Prüfung der ihm gemachten Vorlagen aneigne. Dies ist umso nothwendiger als alle [...]. Gewalten der Throne, der Kanonen, der Kirchen und der Geldsäcke [können] ungeheure Mittel aufbieten [...], um eine Aufklärung in dieser Sache zu hintertreiben. Alle in der Sache der Freiheit durch Leiden und Erfahrungen geprüften und bewährten Männer legten Euch daher Allen stets dringend ans Herz, die Schärfe Eures Verstandes und die Gefühle Eures Herzens auf die extremsten Forderungen zu concentriren, und alle Rücksichten auf [...] die Parteien der Phrasen und des einseitigen politischen Freiheitsdusels fallen zu lassen. Laßt uns entschlossen *Alles* vertheidigen, was sich unwiderlegbar für die Menschheit als wahr und gut herausstellt (ebd., S. 1160).<sup>327</sup>

Lüchow, dessen Wohnung Weitling mit ihm teilte, war im Berliner Wahlkomitee und kämpfte entsprechend dem Wahlprogramm der Kommunisten für „die Einführung des direkten Wahlrechts“ (Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 95). Auch Ottokar Weller billigte im Oktober 1848 in seiner Zeitschrift *Volksfreund* „die Wahlenthaltungen aus Protest gegen das indirekte Wahlrecht als Volksvertretung“ in Leipzig, da in ihr „nur Juristen und Kapitalisten die Mehrheit haben“ (Weber 1970, S. 97). Nach Weller müsse das Volk sich vor allem „sein Recht“ erobern; es darf nicht „Vertreter der Bourgeoisie“, sondern es müsse „Männer seines Vertrauens“ wählen (Seidel-Höppner 2014, S. 1154). Ebenfalls das Berliner Bezirkskomitee der *Arbeiterverbrüderung* forderte am 19. Februar 1849 in einer Adresse entsprechend Weitlings Position, „diejenigen von der Wahlberechtigung“ auszuschließen, „die mehr als 2000 Taler Einkommen haben oder so hohes Gehalt von einem angestammten Herrscherhause beziehen oder andern Ordensschmuck tragen“ (Documente des Sozialismus II, S. 31).

#### **4. Marx' Maßregeln gegen Kommunisten im Kölner Arbeiterverein**

##### **4.1. Zensurkommission gegen Kritik der Arbeiterzeitung an „Geldsäcken“**

Nach der Neuorganisation des Komitees des Arbeitervereins unter Marx' Präsidentschaft im Herbst 1848, wo auch die Mitgliederzahl drastisch reduziert wurde, hatten Marx' Anhänger die Mehrheit im Komitee (Dowe 1970, S. 213). Aber die revolutionären Arbeiter hatten es nach der Freilassung Gottschalks Ende Dezember 1848 zumindest geschafft, in die Presseverhältnisse des Arbeitervereins zu intervenieren. Tatsächlich erschien die

---

<sup>327</sup> Korrespondenz aus Berlin in der Mannheimer Abendzeitung vom 15. Dezember 1848, 19. Dezember 1848, S. 3001; zit. nach Seidel-Höppner 2014, S. 1160.

Arbeiterzeitung nach einer längeren Pause erst am 14. Januar wieder unter dem neuen Titel *Freiheit Arbeit*. Gottschalk und seine Genossen hatten durch ihre Intervention gegen die bourgeoisiefreundliche Politik von Marx eine revolutionäre Opposition im Arbeiterverein von neuem erweckt. So machten Gottschalks Anhänger im Blatt des Kölner Arbeitervereins ab Mitte Januar 1849 trotz aller Intrige von Marx wieder die Stimme der arbeitenden Klassen und Besitzlosen hörbar. Da *Freiheit Arbeit* die Unterordnung der Arbeiter unter das Bürgertum grundsätzlich ablehnte, griff sie schon in der ersten Nummer die Vertreter der Bourgeoisie „aufheftigste“ an (Stein 1921, S. 89f.). Am 14. Januar 1849 wurde die Bourgeoisie, namentlich Schneider II und Raveaux, und vor allem ihr entschiedener Unterstützer Marx durch einen Leitartikel kritisiert:

Als man nach dem März das Volk um die nächste Frucht seines Blutes, um sein Wahlrecht betrog, da habt ihr [...] geschrien und unschädlich getobt, und als Euer tolles Heulen die verdiente Verachtung fand, da griffet Ihr nicht nach dem Schwerte, um die noch junge Tyrannei zu vernichten, da hülltet Ihr Euch nicht einmal in das Schweigen des revolutionären Trotzes – nein, Ihr [...] suchtet [...] Eure Männer, die Männer des Volkes nanntet Ihr sie, [...] diese habt Ihr gesucht, durch allerlei kleine Mittel in die beiden dem Volke entrückten und darum ihm feindlichen Versammlungen zu bringen (FA 1849, S. 1).

Als das Volk am 25. September Barrikaden baute, um den Belagerungszustand abzuwehren, hätten diese „Maulhelden“, so der Verfasser des Leitartikels, „sich beeilt, „demütigt um Verzeihung bittend, die Waffen zu strecken“:

Thut Alles, was Ihr vermöget; ich verachte Euch, nur wisse das unwissende Volk, dass Ihr nicht seine Freunde, daß Ihr seine schlimmsten Feinde seid, daß das leere Getön von Freiheit und Volkswohl es entmannt und Euch nur so lange dient, als Ihr nicht mit Volksstellen versorgt seid. [...] Über Euch ist die Volksbewegung längst hinaus; die Schwierigkeiten der Zeit haben sich [...] bereits so vermehrt, daß nur Fähigkeiten und Muth, daß Feigheit und Intriquen gar keine Geltung mehr haben (ebd. S. 2).

Der Redakteur der Zeitung *Freiheit Arbeit* war Gottschalks Anhänger W. Prinz, der die bürgerlichen „Verbündeten“ des unter Marx' Präsidentschaft stehenden Arbeitervereins in seinem Blatt angriff. Es störte Marx selbstverständlich sehr, dass das Blatt des *Arbeitervereins* sich der Unterordnung der Arbeiter unter die Bourgeoisie widersetzte. Marx konnte nicht erlauben, dass im Blatt des *Arbeitervereins* seine volle Unterstützung für die Bourgeoisie heftig kritisiert wurde (Fehling 1922, S. 75). Deswegen wollte er Prinz „als Beamten des Vereins über sein Betragen in letzter Zeit, seine vorgenommenen Veränderungen mit der Zeitung“ zur Rechenschaft ziehen (FA 1849, S. 13).

So stellte Marx mit Hilfe von Schapper, der nach der Freilassung aus dem Gefängnis ohne Molls Anwesenheit sich wieder vorläufig Marx annäherte, in der Komiteesitzung vom 15. Januar 1849 den Antrag, Prinz „als Redakteur des offiziellen Organs des Vereins eine Redaktionskommission beizugeben, die darüber zu wachen habe, daß dieses Organ auch wirklich die Interessen des Vereins vertrete und im Sinne unserer Partei geleitet werde“. Schapper, Röser und Reiff wurden zu dieser, mit dem Redakteur Prinz gesprochen, „Zensurkommission“ ernannt (ebd., S. 35). Diese organisatorischen Maßnahmen bezweckten, ein Riegel gegen die Kritik der Vereinszeitung *Freiheit Arbeit* an der Bourgeoisie einzusetzen.

Da Marx der Richtigkeit seiner Revolutionstheorie „nicht allzu sehr vertrauen“ konnte, wie Gottschalk in seinem offenen Brief vom 25. Februar 1849 an Marx feststellte, bediente er sich „nicht eben turnierfähiger Waffen“ (ebd., S. 51f.), mit Weitling gesprochen, um „die andern zu verdrängen“, die ihre Überzeugungen „nicht dem Einfluss des Geldes“ opfern wollten (BdK 1, S. 307). Wie sich Marx 1842 als „Zensor“ und Chefredakteur der *Rheinischen Zeitung* dem „Einschmuggeln kommunistischer und sozialistischer“ Ideen durch Moses Hess widersetzte (MEW 27, S. 412) und ebenfalls 1846 die „Sichtung“ in der kommunistischen Partei (BdK 1, S. 301ff.) forderte, um die Ansichten des von ihm als nicht „tauglich“ abgestempelten Weitlings, der die Unterstützung der Bourgeoisie seitens der Kommunisten und Arbeiter ablehnte (ebd., S. 307), zu verdrängen, bildete er auch am 15. Januar 1849 eine „Zensurkommission“ im Kölner Arbeiterverein (FA 1849, S. 35), um die Kritik der Arbeiterführung, namentlich Gottschalks und seiner Genossen, an der Bourgeoisie zu verhindern.

Höchst merkwürdig ist dabei, dass der in der Arbeiterzeitung kritisierte Advokat Schneider II, der mit Marx zusammen die Präsidentschaft der bürgerlichen Demokratischen Gesellschaft teilte und am 25. September 1848 die preußische Armee in die Stadt Köln zur Unterdrückung des Arbeiteraufstandes marschieren ließ, der Komiteesitzung des Arbeitervereines vom 15. Januar auch beiwohnte.<sup>328</sup> Er sprach dort über die an ihm gerichtete Kritik in dem Artikel in der Zeitung *Freiheit Arbeit* und wies die angeblich „ihm in den Mund gelegten Worte [...] mit Entschiedenheit“ zurück. Da Schneider II aber eingesehen habe, dass „der Verein selbst mit dessen Abfassung nicht einverstanden ist“, wolle er sich nicht mehr auf diesen Artikel einlassen (ebd., S. 13).

---

<sup>328</sup> In den Beilagen von *MEW* 6 stand das Protokoll der Komiteesitzung vom 15. Januar 1849. Der Paragraph wurde dort merkwürdigerweise ausgelassen, dass Schneider II in der Sitzung des Arbeitervereines vom 15. Januar beiwohnte (MEW 6, S. 578f.).

Gegen den Artikel, in dem die bürgerlich/konstitutionellen Demokraten Schneider II, Raveaux und ihre bereitwilligen Unterstützer kritisiert wurden, protestierte Marx' Anhänger Reiff im Namen des Arbeitervereins in der Komiteesitzung vom 29. Januar 1849. Er erklärte, dass die von Marx zusammengestellte Kommission an diesem Artikel keinen Anteil habe und wies alle Verantwortlichkeit von der Kommission zurück. Auch Marx' Anhänger Röser fand es „unbegreiflich“, wie der Redakteur des Vereinsorgans Prinz diesen Artikel aufnehmen könne. Dieser Artikel sei „doch einzig und allein durch den früheren Artikel entstanden“ und daher sollten „derartige unzeitgemäße Sachen“ nicht mehr vorkommen. Die Arbeiter hätten sich „bei der Wahl der Wahlmänner mit den Demokraten vereinigt“, weil sie überzeugt seien, so Röser, „nicht genug Männer unserer eignen Parthei durchbringen zu können“. Wie Marx hielt auch Röser die Kritik an Wahlmännern der bürgerlichen Demokraten „für eine unverzeihliche Inkonsequenz“ in „unserer Zeitung“. Marx' Anhänger Nothjung verlangte Ende Januar 1849 vom Redakteur Prinz, alle Artikel vor dem Druck fertig geschrieben der von Marx zusammengestellten Kommission vorzulegen. Das war offensichtlich Marx' altbekannte „Sichtung“. Prinz hielt es für unmöglich, alle Artikel vorzulegen. Diese Unmöglichkeit wurde jedoch von Marx „bestritten“. So beschloss die „Zensurkommission“, *Freiheit Arbeit* „nicht mehr [als] das Organ des Vereins“ anzuerkennen (FBA 1849, S. 4).

Mit diesen Vorgängen war ein Krisenzustand im Arbeiterverein geschaffen. Der Konflikt, der seit Gottschalks Verhaftung im Arbeiterverein schwelte, nahm eine drastische Zuspitzung. Die von Marx gegründete „Zensurkommission“ beschloss, Anfang Februar 1849 ein zweites Blatt des Arbeitervereins herauszugeben. So erschienen ab diesem Zeitpunkt zwei Zeitungen, nämlich einerseits *Freiheit, Arbeit* (FA) unter Prinz, andererseits *Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit* (FBA) unter der Redaktion von Esser. Während im Blatt *FBA* öfter zu lesen war, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht „durch Umsturz“, sondern „durch allmähliche Veränderung“ zu besseren seien, „und diese Veränderungen“ langsam gehen würden (ebd., S. 30), fehlen die Leitartikel im Arbeiterzeitung *Freiheit Arbeit* über „die große Politik“, sprich bürgerliche Politik, „ganz“. Sie kritisierte mit einer „beißen Ironie“ (Fehling 1922, S. 75) die volle Unterstützung der Bourgeoise durch die *NRhZ* und *FBA*.

Die Parteinahme von Schapper, Röser und Reiff für Schneider II und Raveaux kritisierte *Freiheit Arbeit* am 11. Februar 1849 ebenfalls und fragte, ob es wirklich Not sei, „den Lesern der *Neuen Rheinischen Zeitung*“ im Namen der Kölner Arbeiterverein zu sagen, sie würden „solch ‚niederträchtiges Zeug‘ niemals schreiben?“ *Freiheit Arbeit* fragte Schapper, Röser und

Reiff weiter, ob sie wirklich glaubten, das Publikum der *NRhZ* würde ihnen die Urheberschaft jener Briefe im Blatt *Freiheit Arbeit* „aufhalsen?“:

Ach, hätten Sie vor einigen vier Wochen der Arbeiterzeitung so eifrig sich noch angenommen, die Sie sechs Monate hindurch mit den duftigsten Blüten der Rheinischen Zeitung hatten nähren dürfen (FA 1849, S. 35).

Zudem fragte das Blatt, warum Schapper, Röser und Reiff nicht in der Presse auftraten, wo ihre „Schützlinge“ angegriffen worden waren, dagegen im Lokal des Arbeitervereins? Weiter stellte die Zeitung an die oben genannten drei Personen die Frage:

Warum treten Sie, Mitglieder des Arbeitervereins, heute für, warum traten Sie damals nicht gegen Herrn Raveaux auf, als er höchst selbst den Arbeiterverein wegen seiner fremden Elemente verdächtigte und denunzierte? (ebd.)

Statt Raveaux' grundlose Beschuldigung gegen den Arbeiterverein zu widerlegen und zu vernichten, beeilten sich die Kommissionsmitglieder, im Voraus „um Entschuldigung“ zu bitten, „wenn man etwa Sie im Verdachte haben sollte, Herren Raveaux angegriffen zu haben“. Die *Freiheit Arbeit* könne die Unschuld der Kommissionsmitglieder bezeugen. Denn sie hätten den Mut nicht gehabt, Raveaux anzugreifen, als dieser in seiner amtlichen Eigenschaft Hecker, Struve, Willich und alle badischen Republikaner als „Anarchisten“ verdächtigt hätte, wie sollten sie es heute tun? Die *Freiheit Arbeit* wollte auch von Schapper, Röser und Reiff wissen, „warum diese Ausnahmemäßregel für die Prinz'sche Zeitung“ *Freiheit Arbeit* gelte und warum „sie nicht für die Zeitung des Herrn Marx“ bestehe. Die Männer, gemeint sind hier Marx und Engels, die schon im *Bunde* die Zensur, „soweit ihre Macht reichte“, einsetzten, suchten sie „wieder einzuführen“ (ebd., S. 36).

#### **4.2. Vom kämpferischen Kölner Arbeiterverein zum harmlosen Lesezirkel**

Marx machte im Winter 1848/1849 den Kölner Arbeiterverein ohne Anwesenheit von Gottschalk und Moll und mit Hilfe von Schapper zu einem „Instrument“, um die Unterstützung der Arbeiter für die vielfältigen Interessen der bürgerlichen Klasse zu gewinnen. So wurden in den Versammlungen des Vereins den Arbeitern Vorträge gehalten. Wie Schapper als „Sonderbeauftragter“ von Marx diese Aufgabe anging, berichtete ein kritisches Vereinsmitglied über die Komiteesitzung des Arbeitervereins vom 11. Januar 1849 in der Vereinszeitung *Freiheit Arbeit* Folgendes:

Hierauf hält der Bürger Schapper einen längeren Vortrag über die Tagespolitik mit geschichtlichen und statistischen Bemerkungen, welcher die übrige Zeit beinahe ganz ausfüllt,



und fügt am Schlusse das Versprechen hinzu, künftig eine statistische Übersicht der sämtlichen Völker und Volksstämme Europas geben zu wollen (FA 1849, S. 7).

In der Komiteesitzungen von 8. und 12. Januar sprach hauptsächlich Schapper über Frankreich Italien, Ungarn. Auch die Artikel der oktroyierten Verfassung gehörten wochenlang zur Tagesordnung der Komiteesitzungen (ebd., S. 15f.). Bei diesen Sitzungen waren die Interessen der Arbeiter, ihre Forderungen und die Kritik an Marx' Politik des Zusammengehens mit der Bourgeoisie nicht mehr zu hören.

Der Hilfssekretär des Arbeitervereins Jacob Sürth trat am 5. Februar 1849 unter diesen Umständen aus dem Arbeiterverein zurück. Die *Freiheit Arbeit* veröffentlichte seine Rücktrittserklärung an die Mitglieder des Arbeitervereins. Demnach habe Sürth zuerst Schapper mitgeteilt, dass er als Hilfssekretär vom Arbeiterverein zurücktreten wolle. Dieser habe ihn zwar „nach der Ursache“ gefragt, aber ihm vorbehalten, sie öffentlich auszusagen. Sürth wollte aus dem Verein austreten, denn erstens erlaubten seine Gesundheitsverhältnisse ihm nicht, den Versammlungen regelmäßig beizuwohnen und seine Gesinnung mündlich auseinanderzusetzen

und zweitens, weil Vorrechte eingeräumt worden sind, wodurch drittens, zu wenig Mitglieder, welche sich konsequent bleiben, einfinden, um den bezahlten oder unbezahlten Schweifweblern, einiger, dem Vereine in seinen Motiven widersprechenden Personen, Widerstand zu leisten (ebd., S. 46).

Sürth machte diese Erklärung, da er von mehreren Vereinsmitgliedern befragt worden sei, warum er von dem Arbeiterverein zurücktrete. Ferner höre er auch, dass seine „Erklärung vom 5. Februar, dem Arbeitervereine noch nicht mitgeteilt worden ist“. Auch Mancher könnte versucht werden, so Sürth, „in Betreff meiner Tendenz Zweifel zu hegen“ (ebd.).

Ab Februar 1849 erboten sich „die Herren Marx/Engels“, im Arbeiterverein alle 14 Tage „soziale Vorlesungen“ zu halten, und zwar, da sie so großzügig waren, waren diese für die Mitglieder sogar „unentgeltlich“ (FBA 1849, S. 7). Um zwischen den Arbeitern und dem Bürgertum eine engere Verbindung herzustellen, wurde in der Komiteesitzung vom 15. Februar auf Engels' Antrag ebenfalls eine Kommission aus Schapper, Röser und Reiff gebildet, die an den Sitzungen der Demokratischen Gesellschaft teilnahm (ebd., S. 20). Der Kölner Arbeiterverein und die bürgerliche Demokratische Gesellschaft hielten zusammen in Köln und anderen Orten der Rheinprovinz auch mehrere Banketten ab (MEW 6, S. 581ff.).

Ende Februar 1849 wurde der Kölner Arbeiterverein neu organisiert. Die neuen Statuten des Vereins hatten das Ziel, die revolutionären Arbeiter aus dem Verein ganz fernzuhalten. Nach

dem ersten Artikel der Statuten verfolgte der Arbeiterverein den Zweck, „die Ausbildung seiner Mitglieder in politischer, sozialer und wissenschaftlicher Beziehung durch Anschaffung von Büchern, Zeitungen, Flugschriften und durch wissenschaftliche Vorträge und Besprechungen“ zu fördern (FBA 1849, S. 18). Aus dem kämpferischen Kölner Arbeiterverein wurde im Winter 1849 so ein harmloser Lesezirkel. Doch über Hamburg wehte ein stärkerer revolutionärer Wind, dessen Stärke im April 1849 die anderen Städte Deutschlands beherrschte und endlich auch Köln erreichte, sodass der Kölner Arbeiterverein sich von den bürgerlichen Vereinen trennen musste.

## **X. Winter/Frühling 1849: Kampf der Kommunisten um Organisation der Arbeiterbewegung**

Das letzte Kapitel des Hauptteils B, das die letzte Phase der Revolution von 1848/1849 in Deutschland, den Zeitraum vom Winter/Frühling 1849, untersucht, richtet seinen Blick auf den Kampf der Kommunisten um die Organisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Die von Engels behauptete These, die Kommunisten hätten sich gegenüber der „losgebrochenen Bewegung der Volksmassen als ein viel zu schwacher Hebel“ erwiesen (MEW 21, S. 218), wird hier widerlegt, indem gezeigt wird, dass viele Gründer und Akteure der *Arbeiterverbrüderung* Kommunisten waren, die Weitling persönlich oder durch seine Schriften für die Arbeiterbewegung gewonnen hatte. So wird auch die von Marx/Engels und von der marxistischen Forschung aufgestellte Behauptung, Weitling habe nach seiner Auseinandersetzung mit Marx 1846 in Brüssel seinen Einfluss auf die Arbeiterbewegung in Deutschland verloren, durch die Darlegung von Weitlings Agitation für die Organisation der *Arbeiterverbrüderung* ebenfalls widerlegt und dagegen wird gezeigt, dass der *Kölner Arbeiterverein* der einzige Arbeiterverein in ganz Deutschland war, der unter Marx' Präsidentschaft der *Arbeiterverbrüderung* nicht beitreten durfte.

Außerdem werden hier die scharfsinnigen Kritiken der führenden Vertreter der Kommunisten, wie u.a. Weitling und Gottschalk, an Marx' sogenannter „Bündnispolitik“ mit der Bourgeoisie dargelegt. Ein besonderes Interesse legt das Kapitel X auf Gottschalks offenen Brief an Marx, in dem Gottschalk ihn als einen heuchlerischen „Fastenprediger“ bezeichnete, der von den Arbeitern verlange, sich „freiwillig“ in das „Fegefeuer“ der „Kapitalherrschaft“ zu stürzen, um irgendwann „der Hölle des Mittelalters zu entgehen“ (FA 1849, S. 52). Anschließend werden noch die Standpunkte von Marx/Engels und der Arbeiterführung zum badischen „Revolutionskrieg“ einem Vergleich unterzogen.

## 1. Weitlings Beitrag zur Organisation der deutschen Arbeiterbewegung

Nach der Verweisung aus Berlin ging Weitling im November 1848 nach Hamburg. Diese Stadt war die erste „Hochburg der deutschen Arbeiterbewegung“. Wie schon erwähnt wurde, bildete Weitlings Anhänger Martens 1839 hier die erste Gemeinde des *Bundes der Gerechtigkeit* in Deutschland (Seidel-Höppner 2014, S. 1188). So pflegte Weitling in Hamburg gleich vielfältige Kontakte zu demokratischen wie zu Arbeitervereinen sowie zu führenden Mitgliedern der *Arbeiterverbrüderung*. Da er sich in Hamburg nicht anmeldete, erfuhr die Polizei vorerst nicht über seinen Aufenthalt in der Stadt. Doch der Berliner Polizeichef berichtete den Hamburger Behörden von Weitlings Aufenthalt, sodass diese ihm nach sieben Wochen den Aufenthalt verweigerten (Barnikol 1929, S. 224ff.). Da zu Beginn des Jahres 1849 eine beachtliche Radikalisierung in den Positionen des Hamburger Vereins eingesetzt hatte, traten am 8. Januar 1849 sämtliche demokratische Vereine Hamburgs, also die Bürger-, Bildungs- und Arbeitervereine, entschieden „für ihn vereint in die Schranken“ und mobilisierten Protestaktionen. Die Aktionen waren jedoch vergeblich. Weitling musste am 15. Januar seinen Wohnsitz nach Altona verlegen, von wo aus er dennoch weiter in Hamburg warb und revolutionierte (Seidel-Höppner 2014, S. 1190).

Die Erfahrungen in der Revolution befreiten einen Teil der Kommunisten, die zuvor unter dem Einfluss der von Marx/Engels verbreiteten Illusionen und falschen Vorstellungen standen, von diesen. Dazu leistete Weitling einen beachtlichen Beitrag. Der Grundgedanke von Weitlings Hamburger Agitation, die sowohl schriftlich als auch mündlich durchgeführt wurde, war die Konzentration und Koordinierung der kommunistischen Kräfte, der Aufbau der Volksbewaffnung und auch die Politisierung und Organisierung der Arbeiterbewegung. Dieser Grundgedanke beseelte im Frühjahr 1849 mehr oder minder alle Kommunisten in Deutschland. So begann im Frühjahr 1849 „eine Akzentverlagerung auf politische Fragen“ (ebd., S. 1154).<sup>329</sup>

Die revolutionäre Tendenz Weitlings fand auch ihren Ausdruck in einer Reihe von regionalen Arbeiterkongressen, die im Winter 1848/1849 und im Frühjahr 1849 in verschiedenen Teilen Deutschlands stattfanden. Das Streben nach Zusammenschluss der Arbeitervereine ging über den Rahmen lokaler Arbeitervereine hinaus. Es war eine Tatsache, dass „innerhalb nur weniger Monate“ über zehntausende Arbeiter in Deutschland (Hundt 1993, S. 566) eine

---

<sup>329</sup> Die Verbreitung der *Garantien der Harmonie und Freiheit* setzte 1848 der Staatsapparat in Panik. Das Buch wurde aus den Regalen gesammelt und Buchhändler wurden über ihre Kontakte mit dem Autor und seinen Büchern ausgefragt (Barnikol 1931, S. 60f.). Ottokar Weller verbreitete Anfang 1849 illegal die in Hamburg gedruckte dritte Auflage von *Garantien* in Leipzig. Mehrere Exemplare dieser Auflage fielen zwar der sächsischen Polizei in die Hände, sie konnte aber Weller und seine Genossen nicht aufspüren (Wermuth/Stieber 1854, S. 137).

Massenorganisation, nämlich die *Arbeiterverbrüderung*, bildeten, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen.

Anfang 1849 nahm der Einfluss der Kommunisten in der *Hamburger Arbeiterverbrüderung* stark zu.<sup>330</sup> So beriefen das Hamburger Bezirk Komitee und das Leipziger Zentralkomitee der Arbeiterverbrüderung den Norddeutschen Arbeiterkongress ein (Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 138). Der Kongress tagte vom 10. bis 15. Februar 1849 im Lokal des Hamburger Arbeitervereins. Unter den zweiunddreißig Abgeordneten, die fünf Bezirkskomitee und vierzehn Arbeitervereine vertraten, wie u.a. Leipzig, Hamburg, Hannover, Bremen, Lübeck, Mecklenburg, saß auch Weitling als Delegierter der Nordamerikanischen Arbeitervereine, obwohl er „als Illegaler in Hamburg“ war. Weitling unterstützte den Protokollführer des Kongresses bei der Vorbereitung. Diese „Tatsache“, so Seidel-Höppner „weiß die Forschung erst seit drei Jahrzehnten“ (Seidel-Höppner 2014, S. 1203).<sup>331</sup>

Am Abend des 14. Februar schloss der Kongress seine Beratungen mit einer öffentlichen Kundgebung. Dem Rechenschaftsbericht folgten 2.500 Teilnehmer in der Hamburger Tonhalle „bis zum Schlusse“. Seidel-Höppner betrachtet den Hamburger Kongress als einen „Höhepunkt der Vereinigungsbestrebungen der norddeutschen Arbeiterbildungsvereine mit dem Leipziger Zentralkomitee der *Arbeiterverbrüderung*“. Der norddeutsche Arbeiterkongress im Februar 1849 habe, wie der zwei Wochen zuvor abgeschlossene Heidelberger Vereinigungskongress, binnen fünf Monaten den Berliner Gründungskongress im September 1848 „durch seine revolutionär demokratische Haltung“ übertroffen (ebd., S. 1208).

Auf dem Norddeutschen Arbeiterkongress in Hamburg hatten die Kommunisten, die sich von der politischen Linie von Marx/Engels distanzieren, wichtige Positionen gewonnen (Breuilly/Sachse 1984, S. 271) und stellten revolutionäre Forderungen. Auf dem Kongress erklärte kein Delegierter mehr, dass die Arbeiter mit der Bourgeoisie Hand in Hand gehen müssten. Alle waren, wie im Abschlussbericht ausgedrückt wurde, „durchdrungen von der Ueberzeugung, daß mit den alten Mächten der Gesellschaft, mit dem Privilegium, dem Capital, keine ehrliche Verständigung möglich sei“. Nicht um Kapital für die Arbeiter handele es sich;

---

<sup>330</sup> Aktive Beförderer der *Arbeiterverbrüderung* in Hamburg waren u.a. Tabakarbeiter. Sie missbilligten, dass das Berliner Zentralkomitee der Tabakarbeiter sich der *Arbeiterverbrüderung* nicht angeschlossen hatte. So forderten sie das Berliner Zentralkomitee auf, diese Versäumnung „sofort“ nachzuholen und dafür zu sorgen, „daß sämtliche Zigarrenarbeitervereine Deutschlands dieser *Verbrüderung* beitreten“ und dieselbe mit allen zum Gebot stehenden Kräften fördern und unterstützen, damit die „Zersplitterung“ der Arbeiter aufhöre (Laufenberg 1911, S. 128).

<sup>331</sup> Seidel-Höppner stellt zurecht fest, dass Weitlings Rolle in der Revolution von 1848/1849 und sein Verhältnis zur *Arbeiterverbrüderung* in Deutschland „bis Mitte der achtziger Jahre zu den Grauzonen der Forschung“ gehörte. So bescheinigen bis vor wenigen Jahrzehnten „die meisten Darstellungen“ von „namhaften Historikern“ in Bezug auf die Rolle Weitlings in der Revolution „theoretische und politische Sterilität“ (Seidel-Höppner 2014, S. 1116).

„die Arbeit muß Herrscherin des Capitals werden“ (Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 134).<sup>332</sup> Gerade diesen kommunistischen Geist atmete der Norddeutsche Arbeiterkongress im Februar 1849 (Seidel-Höppner 2014, S. 1202ff.). Franz Schwenniger (1822–?),<sup>333</sup> Mitglied des Zentralkomitees und Präsident des Kongresses, zählte den Hamburger Kongress „unstreitig zu den wichtigsten“, „welche wir abgehalten hatten“ (Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 133f.).

Im Abschlussbericht des Kongresses wurde demgemäß scharfe Kritik an den Vertretern der Bourgeoisie ausgeübt. Die Herren der Bourgeoisie hätten zwar nichts dagegen, dass „das Volk den alten feudalen Schutt wegräume“, aber nicht glaubten, dass „das Volk im Stande sei, einen neuen Bau aufzuführen, wenn sie nicht den Plan dazu liefern“. Er warnte auch die „arbeitende Klasse“ vor den Fehlern, „welche dem unermeßlichen Vertrauen des Volkes auf die liberalen Koryphäen und die gelehrten Staatspfuscher bisher zuzuschreiben sind“, wenn sie im entscheidenden Kampf um Freiheit oder Knechtschaft nicht unterliegen wolle (ebd., S. 137f.).

Weitling war am 18. Februar 1849 auf dem vierten Stiftungsfest des Hamburger Arbeitervereins ebenfalls anwesend und hielt dort eine Rede. Der belgische *Le Peuple* berichtete im Frühjahr 1849 von „dem berühmtesten Sozialisten Deutschlands“, von Weitling (Seidel-Höppner 2014, S. 1101). Über 2.500 Arbeiter und Mitglieder politischer Vereine waren der Einladung gefolgt. „An der Tribüne“, so kommentierte das Stiftungsfest eine an die *NRhZ* geschickte, aber nicht abgedruckte Korrespondenz vom 21. Februar 1849, deren Verfasser unbekannt ist, „drängten sich die Blauen in Massen“ (BdK 1, S. 910). Die Zeitung des Hamburger Arbeitervereins *Tagwächter* berichtete von dem Ereignis mit einer „gönnenhaften Freundlichkeit“. Dagegen äußerte sich ein anonymer Korrespondent der *NRhZ* „erheblich kritischer“ über den Ablauf des Stiftungsfests des Bildungsvereins der Arbeiter und attackierte scharf die revolutionäre Propaganda der Redner, dass sie versucht hätten, „die Arbeiter vor ihren ideologischen Karren zu spannen“ (Breuilly/Sachse 1984, S. 272).

Seidel-Höppner stellt fest, dass auf dem norddeutschen Arbeiterkongress „der spezifisch proletarische Akzent schärfer“ als „in den Berliner und Leipziger Beschlüssen“ auffiel. Für diesen „spezifisch proletarischen Akzent“, der sich auf dem Hamburger Regionalkongress

---

<sup>332</sup> Das Protokoll vom Norddeutschen Arbeiterkongress wurde im *Mecklenburgischen Bürgerfreund* am 18. Februar 1849 veröffentlicht. Die Aussagen stammen hier aus dem von Seidel-Höppner zitierten Protokoll (Seidel-Höppner 2014, S. 1204).

<sup>333</sup> Schwenniger war Delegierter auf dem Berliner Arbeiterkongress im August/September 1848 und wurde Mitglied des Zentralkomitees der *Arbeiterverbrüderung* in Leipzig. Er hatte anfänglich neben Born „wesentlichen Anteil“ an der ökonomistischen Orientierung des Berliner Arbeiterkongresses und der *Arbeiterverbrüderung*. Seinen Fehler hat er jedoch als Präsident des Norddeutschen Arbeiterkongresses im Februar 1849 in Hamburg „korrigiert“ (Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 166). Er wurde 1849 wegen Teilnahme am Dresdener Maiaufstand im Juni 1849 fünf Monate inhaftiert und aus Sachsen ausgewiesen (Wermuth/Stieber 1854, S. 120).

abzeichnete und von dem Mitglied des Zentralkomitees der *Arbeiterverbrüderung* Franz Schwenniger unterstützt wurde, hatte Weitling lange gekämpft. Die Zugehörigkeit vieler Anhänger Weitlings zur *Arbeiterverbrüderung*<sup>334</sup> und seine Detailkenntnis u.a. von Interna deuten darauf hin, dass seine Einflussnahme auf die Organisation nicht erst im Februar 1849, sondern mit seinem Auftreten auf dem Gründungskongress im August/September 1848 begann. Seidel-Höppner schreibt, dass Weitlings Vorarbeit für die überregionale und selbstständige Organisation der *Arbeiterverbrüderung*, „sein mittelbarer wie direkter Einfluss“ auf sie und „seine Zugehörigkeit zur Allgemeinen Deutschen Verbrüderung“ bis vor zwei Jahrzehnten „Brachland der Forschung“ waren. Die Untersuchungen von Seidel-Höppner zeigen, dass Weitling mit den meisten führenden Vertretern der *Arbeiterverbrüderung* seit langem auf vertrautem Fuße stand (Seidel-Höppner 2014, S. 1210ff.). Aus diesem Grund stieß Weitlings Kritik den seit September 1848 in Basis und in der Führung der *Arbeiterverbrüderung* vor sich gehenden Klärungsprozess an und gab ihm eine revolutionäre Richtung. Die Historikerin schreibt über die Rolle Weitlings in der Radikalisierung und Politisierung der *Arbeiterverbrüderung* Folgendes:

Nichts hinderte ihn, die bereits ablesbare politische Enge der Allgemeinen Arbeiterverbrüderung, die anfänglich die Illusion des Ausgleichs der Klassengegensätze hegte, bereits auf dem Gründungskongreß entgegenzusetzen und alles zu tun, um sie zu politisieren (ebd., S. 1217).

Weitling und seine Genossen wussten aus der langjährigen Erfahrung der politischen Tätigkeit in den Arbeitervereinen, dass die *Arbeiterverbrüderung* der Kommunisten „einen fruchtbaren Boden“ bieten konnte, um die arbeitenden Klassen für die Revolution zu organisieren. Ein Agent der Polizei berichtete später dem Berliner Polizeipräsidium über engere Beziehungen von Weitling zu Arbeitern wie folgt:

Die Weitling-communistische Verbindung hat seit längerer Zeit schon einen fruchtbaren Boden in der Arbeiterverbrüderung gefunden und steht auch jetzt noch im engsten Zusammenhange mit derselben, namentlich wird von Leipzig aus, wo sich die Spitze befindet dafür agiert (Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 141).

Daher gehorchte sein formeller Beitritt im Februar 1849 seiner „politischen Logik“ (Seidel-Höppner 2014, S. 1212). Weitling schrieb am 20. Februar 1849 nach dem Norddeutschen Arbeiterkongress an deutsche Kommunisten in Paris Folgendes:

---

<sup>334</sup> Weitling sprach im Februar 1849 von 200 zur *Arbeiterverbrüderung* gehörigen Handwerker- und Arbeitervereinen (Weitling 1955, S. 297). Er schrieb Mitte 1851 von 500 Vereinen und 370 Abonnenten der Zeitschrift der *Arbeiterverbrüderung* (RdA 1851, S. 67).

Ich betheilige mich von nun an mit an der *Verbrüderung*, weil ich sehe, daß dieselbe noch die unsern Bestrebungen zusagendste Parthei ist. Die Demokratie ist in ihren Entwicklungen weniger einig, und man möchte fast sagen, prinzipienlos verfahren, *auch kann man durch die Arbeitervereine nur allein für sie wirken* (Weitling 1849; zit. nach Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 167).

Weitlings Mitarbeit ab Frühjahr 1849 in dem Organ der *Arbeiterverbrüderung*, so Seidel-Höppner, ist von der Forschung ebenfalls „völlig unerschlossen“ (Seidel-Höppner 2014, S. 1192). Seine politische Linie zeigte sich aber gleich nach seinem Eintritt im Februar 1849 in der Zeitschrift der *Arbeiterverbrüderung* offensichtlich. Der Artikel *Die zehn Gebote der Arbeiter*, der am 9. März 1849 in der Zeitschrift *Verbrüderung* veröffentlicht wurde, trug mit Sicherheit Weitlings Unterschrift.<sup>335</sup> Seine späteren Äußerungen bestätigen auch die tiefe Verbundenheit zur *Arbeiterverbrüderung*. Er schrieb im Juni 1851: „Wir hatten in Deutschland eine weitverzweigte Arbeiterbewegung, die ‚Verbrüderung‘“ (RdA 1851, S. 67).

Die *Arbeiterverbrüderung* erreichte in kurzer Zeit eine Mitgliederzahl von 170 lokalen Arbeitervereinen, die jeweils für sich Kongresse organisierten und politische Verbindungen knüpften. Etwa „12.000 bis 15.000 Arbeiter“ gehörten im Frühjahr 1849 diesen Vereinen an (Balsler 1962, S. 73ff.). Es ist auffallend, dass der Kölner Arbeiterverein unter Marx' Präsidentschaft der einzige Arbeiterverein in ganz Deutschland war, der der *Arbeiterverbrüderung* nicht beitrug (Seidel-Höppner 2014, S. 1135). Dazu trug sicherlich bewusste Zurückhaltung und Distanzierung von Marx entscheidend bei.

In Hamburg gründete Weitling außerdem den *Befreiungsbund*, der mit 800 Mitgliedern die „zahlenstärkste kommunistische Lokalorganisation der Revolutionszeit“ war (Seidel-Höppner 1989, S. 55). So schrieb Weitling nicht ohne Grund: „Ich gründete einen Kommunistenbund, mit einem Erfolg, der meine Erwartungen um das Zehnfache übertraf“ (RdA 1851, S. 110). Wermuth/Stieber berichteten, dass der *Befreiungsbund* eine „rein kommunistische Tendenz“ hatte, „dessen Zweck die Revolutionierung aller europäischen Staaten, namentlich Deutschlands, der Umsturz aller bestehenden Staatsregierungen und die Einführung der kommunistisch-demokratischen Staatsform“ war (Wermuth/Stieber 1853, S. 27f.).

Weitlings *Befreiungsbund* war „keine Elitepartei“. Denn er wollte im *Befreiungsbund* die Masse der Arbeiter für kommunistische Grundsätze gewinnen (Seidel-Höppner 2014, S. 1217). Die überlieferten persönlichen Zeugnisse und Verhörprotokolle zeigen, dass etliche Mitglieder

---

<sup>335</sup> Die Redaktion der *Verbrüderung* ließ von Weitlings Artikel „besondere Abdrücke“ machen und verkaufte das Stück zu 5 Pfennig. Auswärtige Vereine konnten je 100 Stück zu 1 Taler, 500 Stück zu 5 Taler, „doch nur gegen bar oder Postvorschuss“ von der Redaktion entnehmen (Documente des Sozialismus II, S. 31).

des *Befreiungsbundes* sich im Polizeiverhör „uneingeschüchtert“ zu dessen kommunistischen Grundsätzen bekannten und sich von Weitlings Büchern beeindruckt erklärten (Breuille/Sachse 1984, S. 304f.). In den Versammlungen, denen Weitling beiwohnte, sprachen nach den Verhörakten der Polizei meistens Handwerksarbeiter (Marsiske 1986, S. 120). Der Polizeichef Wermuth fasste 1850 in seinem Bericht zusammen, dass Weitling „natürlich allenthalben Proselyten suchte, besonders aber sein Augenmerk auf die Arbeiter gerichtet zu haben schien und wenigstens in dieser Classe die meisten Anhänger fand, bis das heimliche Treiben im August in Hamburg zur Kenntnis der Behörden kam“ (Wermuth 1850; zit. nach Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 146).<sup>336</sup>

## 2. Marx im Feuer der Kritik der Kommunisten

### 2.1. Weitlings Kritik an „Intelligenz“ und ihren „Bündnisgenossen“

Im Frühjahr 1849 kritisierte Weitling die von Marx/Engels in Deutschland vertretene sogenannte „Bündnispolitik“ mit der Bourgeoisie, die sie unter ihrem Einfluss stehende Kommunisten diktierten, im Nachwort der dritten Auflage seiner *Garantien*. Zuerst begann Weitling mit der Analyse der 48er Revolution in Paris, die er als „soziale Prinzipien Schlacht“ zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat betrachtete. Er nahm hier die Niederschlagung der Junirevolution als eine positive Lehre, um die historische Notwendigkeit der Verselbstständigung der Arbeiterbewegung gegenüber der Bourgeoisie zu betonen. Die „soziale Prinzipien Schlacht“ zwischen bürgerlicher Republik und Proletariat zeigte der Welt,

dass die kommunistische Partei bereits eine Macht geworden war, welche selbst die vereinigte Partei monarchisch und republikanisch gesinnter Bourgeois auf die Dauer nicht niederhalten können, eine Macht, gegen deren Aufkommen alle politischen und privilegierten Mächte sich genötigt sahen, eine Allianz zu schließen, eine Allianz gegen den sozialen Kommunismus (Weitling 1955, S. 299).

In diesen Kämpfen kam die „notwendige Scheidung der Prinzipien der sozialen und kommunistischen Partei von den Prinzipien der Bourgeoisie“ zustande. Es gewann jedoch „die Notwendigkeit dieser Scheidung nicht überall Überzeugung“. Die „Intelligenz“, mit der Weitling Marx/Engels meinte, hielt ein „Bündnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie gegen die Fürsten zunächst für notwendiger“:

---

<sup>336</sup>Nicht nur in Hamburg unter der Leitung von Weitling, sondern auch in Berlin unter der Leitung von Hätsel hatten die Kommunisten bemerkbare Wirkungen. Mit gerechtem Stolz berichtet Hätsel, dass sie „bereits 100 Mitglieder in zehn Gemeinden“ zählen und „von jetzt an über etwa zwölf Taler monatlich“ zu gebieten haben würden (Hundt 1993, S. 523).



Wir deutschen Kommunisten bildeten [...] unter dem weiten Mantel der Demokratie eine und dieselbe Partei mit der frühern politischen Partei, gegen die wir einst kämpften und welche stets einen Zustand verteidigte, dessen Anhänger man unter der Benennung Bourgeoisie ebenso gut bezeichnen kann als unter der Benennung der Demokratie (ebd., S. 300f.).

Das arbeitende Volk sei in diesem „Bündnis“ nicht mehr über seine „wahren Interessen“ belehrt, sondern es sei „mit Beifall haschenden Phrasen durch Tagesneuigkeiten“ ausgehalten worden. Dadurch sei das arbeitende Volk allerdings in Gärung erhalten, „aber in dieser Gärung verdampfte nach und nach seine revolutionäre Energie“, indem es zur Überzeugung gekommen sei, dass „die Handlungen seiner Vielredner das nicht bewährten, was die Worte so glühend in Aussicht stellten“ (ebd., S. 299f.).

„Man verrechnete sich“ mit dem „Bündnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie“, stellte Weitling scharfsinnig fest; denn in diesem „Feldzugpläne waren bald Freund und Feind nicht voneinander zu erkennen“, und stellte die berechtigte Frage, die er auch selbst beantwortete:

Was hat uns dies Opfer der Einheit gebracht, was genützt? [...] Dieselbe Masse, welche wir unter die Fahnen der Demokratie scharten, hätten wir unter die Fahnen des Kommunismus scharen können. Und diese Masse hätte dann die Bewegung besser verstanden, dafür mehr Zutrauen gehabt und mehr Mut darin entwickelt (ebd., S. 300f.).

Weitlings Appell an Kommunisten, arbeitende Klassen und Besitzlosen war wachrufend: „[K]eine Verschmelzung mehr mit widerstrebenden Elementen“ (ebd., S. 301). Und seine Kritik ist als ein vernichtendes Urteil über die sogenannte „Bündnispolitik“ zu bewerten, die Marx/Engels ihr lebenslang den Kommunisten und Arbeitern als einzige und notwendige Strategie diktierten.

## **2.2. Gottschalks Kritik an Marx' irreführenden Schriften in der NRhZ**

Marx verkündete am 1. Januar 1849 in seinem Artikel *Die Revolutionäre Bewegung* in der *NRhZ* seine zukünftige Prognose, indem er, mit Gottschalk gesprochen, „die deutsche Revolution nach der Schablone der vollendeten Tatsachen“ verschnitt (FA 1849, S. 52). Es war in Marx' Artikel zu verstehen, dass er die Revolution in Deutschland und überhaupt in Europa nun von England abhängig machte:

Aber jede französisch-soziale Umwälzung scheidet notwendig an der englischen Bourgeoisie, an der industriellen und kommerziellen Weltherrschaft Großbritanniens. Jede partielle soziale Reform in Frankreich, und auf dem europäischen Kontinent überhaupt, ist und bleibt, soweit sie definitiv sein soll, ein hohler frommer Wunsch (MEW 6, S. 150).

England scheine „der Fels, an dem die Revolutionswogen scheitern“ könne. Denn England beherrsche den Weltmarkt. Eine Umwälzung der nationalökonomischen Verhältnisse in jedem Land des europäischen Kontinents ohne England sei „der Sturm in einem Glase Wasser“ (ebd., S. 149). Er machte in seinem Artikel auch die politischen Akteure seiner Lösung für das Problem bekannt, die das alte England stürzen würden:

nur [...] durch einen *Weltkrieg*, der allein der Chartistenpartei, der organisierten englischen Arbeiterpartei, die Bedingungen zu einer erfolgreichen Erhebung gegen ihre riesenhaften Unterdrücker bieten kann. Die Chartisten an der Spitze der englischen Regierung — erst mit diesem Augenblicke tritt die soziale Revolution aus dem Reiche der Utopie in das Reich der Wirklichkeit (ebd., S. 149f.).

Doch jedem nüchternen Beobachter der englischen Verhältnisse Mitte des 19. Jahrhunderts, wie schon verschiedentlich erwähnt wurde, war unverkennbar, dass England ein denkbar ungeeigneter Boden für eine Revolution sein musste, da die sozialen und politischen Reformen der britischen Monarchie eine unumkehrbare Stufe erreicht hatten, die zwar verzögert, aber nicht mehr rückgängig gemacht werden konnten. Auch Marx/Engels wussten es ganz genau, dass der englische Boden für eine Revolution auf keinen Fall geeignet war. Gerade deswegen, wie sie öfter taten, behaupteten sie das Gegenteil, indem sie Chartisten in England als die politischen Akteure einer Weltrevolution hervorhoben.

Wie schon in dieser Arbeit erwähnt wurde, drückte Harney als eine führende Person der Chartistenbewegung bereits 1846 seine begründeten Zweifel an seiner eigenen Bewegung und gleichzeitig an der von Marx/Engels formulierten bodenlosen Behauptung des baldigen Kommens einer Revolution in England unmissverständlich aus (BdK 1, S. 298). Der aufrichtige Harney schrieb in einem Brief vom 30. März 1846 an Engels, dass die Chartisten „die Revolution bei öffentlichen Versammlungen“ zwar begrüßen können, „aber das ist alles“. Denn trotz aller Gespräche über „Bewaffnung“ im Jahr 1839 bewaffneten sie sich nicht und sie würden sich auch weiter nicht bewaffnen (MEGA<sup>2</sup> III/ 1, S. 523f.).

Der Chartismus gab in den Jahren von 1843 bis 1847 „kaum merkbare Lebenszeichen“ von sich, erst die Französische Revolution von 1848 brachte ihn „auf die Beine“ (Beer 1913, S. 406). Das dauerte aber nur eine kurze Zeit. Nach dem 10. April 1848<sup>337</sup> ging es mit dem Chartismus sichtbar wieder abwärts (Weisser 1981, S. 17). In dem damals führenden

---

<sup>337</sup> Wie schon erwähnt wurde, sammelten sich am 10. April 1848 Hunderttausende Arbeiter unter der Führung der Chartisten, um dem Parlament eine Petition selbst zu überreichen. Der Chartistenführer O’Conner riet auf der Demonstration von einem Massenzuge ab, da die Regierung bereit wäre, mit Waffengewalt entgegenzutreten. Durch diese „Abwiegelung“ O’Connors, so schrieb Lessner, der an der Demonstration teilnahm, verschwand die Einigkeit der Demonstranten, und dabei erschoss die Polizei mehrere Chartisten (Lessner 1975, S. 69f.).

Industriestaat England bekam das Proletariat immerhin seinen Anteil von dem aus den kolonisierten Ländern ausgebeuteten Reichtum und lebte zum Teil auf Kosten der vielen Hundert Millionen Menschen der kolonisierten Völker. Englische Arbeiter waren auch davon überzeugt, dass nicht eine Revolution, sondern weitere politische und ökonomische Reformen, die seit 1832 vorangetrieben wurden, ihre materielle Lage verbessern könnten. Daher ist die Behauptung von Marx, „europäische Revolution“ ginge von England aus, als eine beabsichtigte Irreführung zu bewerten.

In einem anderen Artikel *Montesquieu LWI* in der *NRhZ* vom 21./22. Januar 1849 gab Marx der deutschen Bourgeoisie neue Taktiken, um ihre politische Position gegen ihre Feinde, nämlich gegen die absolute Monarchie und Arbeiter, zu stärken, da die Wahlen zur zweiten Preußischen Nationalversammlung vor der Tür standen. Die Bourgeoisie war wegen ihrer Angst vor dem „Pöbel“ bereit, sich mit dem Absolutismus abzufinden (MEW 6, S. 182ff.). Marx erinnerte hier die Bourgeoisie daran, dass ihre Interessen mit den Interessen des Absolutismus nunmehr unvereinbar seien und ihre Angst vor einer „roten Republik“ der Realität nicht entspreche. Wie in seinem *Manifest* versuchte er auch in diesem Artikel die Angst der Bourgeoisie vor einer „roten Republik“ und vor dem Kommunismus als grundlos darzustellen. Bei Wahlen handle es „um nichts weniger als Republik und rote Republik“. Die Bourgeoisie solle für die Stärkung seiner Position und für die Verteidigung seiner vielsichtigen Interessen im Bündnis mit dem „Könige“ noch mutiger auftreten:

Es handelt sich in dieser Angelegenheit also um nichts weniger als um einen Kampf gegen die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, wie er in Frankreich stattfindet und in England sich vorbereitet. Es handelt sich vielmehr um den Kampf gegen eine politische Verfassung, welche die ‚bürgerlichen Eigentumsverhältnisse‘ gefährdet, indem sie den Repräsentanten der ‚feudalen Eigentumsverhältnisse‘, dem Könige von Gottes Gnaden, der Armee, der Bürokratie, den Krautjunkern und einigen mit ihnen verbündeten Finanzbaronen und Spießbürgern das Staatsruder überantwortet (ebd., S. 190f.).

Marx unterrichtete die Bourgeoisie, wo ihre wahren Interessen lagen und was sie machen sollte, um ihre Interessen am besten zu verteidigen. Er wollte, dass die Bourgeoisie ihre eigenen Interessen besser vertrete:

Wollt ihr den alten *Absolutismus* samt einem neu aufgefrischten *Ständewesen* – oder wollt ihr ein bürgerliches *Repräsentativsystem*? Wollt ihr eine politische Verfassung, die den ‚bestehenden sozialen Verhältnissen‘ vergangener Jahrhunderte entspricht, oder wollt ihr eine politische Verfassung, die den ‚bestehenden sozialen Verhältnissen‘ eures Jahrhunderts zusagt? (ebd., S. 190).

Marx erklärte noch weiter, wie das feudale Preußen die Interessen der bürgerlichen Klasse verletzt habe und weiter verletze, wie es die Entwicklung der großen modernen Industrie hemme, den Außenhandel einenge, die deutsche Industrie der Konkurrenz der englischen schutzlos ausliefere, wie das Behördenapparat, wie es in allem, im Großen wie im Kleinen, auf die Interessen der feudalen Klassen zugeschnitten sei. Es sei das eigene Klasseninteresse der Bourgeoisie, diesen feudalen Staat zu zertrümmern. Das sei die Aufgabe, die ihr die Geschichte gestellt habe, diese Revolution sei ihre Revolution. Als der entschiedene Verteidiger der Interessen der Bourgeoisie gab Marx hier vor, dass die Revolution erst einmal die Revolution für die Bourgeoisie sein müsse und gar nichts anderes sein könne (ebd., S. 182ff.).

In seiner ursprünglichen Vorstellung, die Marx bis zum Ende seines Lebens behielt, sollte die Revolution die Bourgeoisie an die Macht bringen. Die politische Verfassung dieser bürgerlichen Herrschaft solle hier die konstitutionelle Monarchie sein: „Die preußische Märzrevolution sollte das konstitutionelle Königtum in der Idee und die Bourgeoisieherrschaft in der Wirklichkeit schaffen“ (ebd., S. 108). Für Marx war die „bürgerliche Revolution“ in Deutschland nichts anderes als der Übergang vom monarchischen Absolutismus zum parlamentarischen Verfassungsstaat auf monarchischer Grundlage. Mit anderen Worten verstand er unter der „bürgerlichen Revolution“ in Deutschland lediglich „die Herstellung einer konstitutionellen Monarchie“ (Schieder 2020, S. 108). „Dieses ans-Ruder-kommen“ der Bourgeoisie, wie die Arbeiterkommunisten im Juni 1848 feststellten, nannten Marx/Engels „die deutsche Revolution und Freiheit“ (ZAV 1848, S. 85). Immer, wenn Marx von einer bürgerlichen Revolution sprach, meinte er in Wirklichkeit „die Herstellung einer konstitutionellen Monarchie“ (Schieder 2020, S. 108). Marx war also nicht Mal ein demokratischer Republikaner, geschweige denn ein Kommunist. Genau aus diesem Grund kämpfte er sowohl gegen Kommunisten als auch demokratische Republikaner, die miteinander ein Bündnis bildeten, um gegen das Bündnis von Adel und Großbürgertum zu kämpfen.

Gottschalk verurteilte den bourgeoisiefreundlichen Standpunkt von Marx in einem öffentlichen Brief mit dem Titel *An Herrn Karl Marx, Redakteur der Neuen Rheinischen Zeitung* in der Zeitung *Freiheit Arbeit* vom 25. Februar 1849. Er wählte dafür insbesondere den bereits erwähnten Artikel *Montesquieu LWI* von Marx aus, in dem dieser seine Ansichten von den Aufgaben der Revolution und von der Rolle der Klassen mit einer unmissverständlichen Eindeutigkeit formuliert hatte. Daher lässt Gottschalks öffentlicher Brief an Marx „das Wesentliche des Streites zwischen Marx und Gottschalk auf das klarste“ erkennen (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 189).

Gottschalk verurteilte Marx, dass dieser mit seiner *Rheinischen Zeitung*, mit seinem „ganzen persönlichen Auftreten“ nur „Unfähigkeiten“, sprich die Bourgeoisie, geschützt, befördert und „in die revolutionäre Partei eingeschwärzt“ habe. Dabei nahm Gottschalk nicht Akt von „Schaufechten“ von Marx „gegen Junker und junkerhafte Börsenspekulanten“. Denn er wusste zu gut, „wie leicht es seit Börne<sup>[338]</sup> geworden [ist], solche Riesen, wie unsere Fürsten und ihre Stützen zu kritisieren, beweist die Menge unserer *Rheinischen Zeitungen*“ (FA 1849, S. 51f.):

Wir erinnern Sie bloß, daß der letzte derselben, Herr Raveaux, unter Ihren Fittig [Flügel] Wahlkandidat gewesen, und daß Sie bei der Weihe des Herrn Schneider als Pate gestanden. Wären wir Herr Karl Schapper, wir würden Sie fragen: welcher sträflicher Leichtsinns konnte Sie veranlassen, Ihre ‚große Zukunft‘ mit Männern zu kompromittieren, die von der Partei der Zukunft als Unfähigkeiten von sich ab und in das Lager der Gegner gewiesen werden müssen?

Gottschalk wies hier darauf hin, dass Schapper und alle, denen der „Sturz der heutigen Verhältnisse Ernst ist“, von Marx’ „Phrasen“ hätten beirren lassen, nachdem dieser behauptet hatte, er sei „revolutionär“ (ebd., S. 52). Die Kommunisten müssten doch nur die Aufgabe haben, den Aufbau proletarischer Organisationen anzustreben und für die Interessen der Arbeiter und Besitzlosen zu kämpfen. Er griff daher auf die von Marx den Arbeitern diktierte Unterstützung der Bourgeoisie bei Wahlen in Januar/Februar 1849 auf das Schärfste an:

Und jetzt, nachdem wir einsehen, daß wir uns geirrt, daß wir von keinem andern Volke als dem eigenen, daß wir, die revolutionäre Proletariatsparthei, von keiner andern Klasse als unserer eigenen, irgend Etwas zu erwarten, daß wir also Nichts zu thun haben, als die Revolution permanent zu machen, jetzt empfehlen Sie uns so anerkannte Schwächlinge und Nullen, auf die noch keine Parthei hat rechnen dürfen und rechnen wollen; werfen Sie Personen in die Öffentlichkeit, die man mit offenem Visier und ohne um Entschuldigung zu bitten nicht empfehlen kann, wenn man nicht die Absicht hat, der Gegenwart volles Spiel zu lassen, um sich für alle Fälle möglich zu halten (ebd.).

Gottschalk setzte sich ebenfalls „mit der irrigen Prophezeiung Marxens über die Wirkungen der europäischen Revolutionen“ auseinander (Stein 1921, S. 96). Er lehnte das Abfolge-Schema von „bürgerlicher“, „kleinbürgerlicher“ und „proletarischer“ Revolution strikt ab. Mit diesem Schema machte Marx, mit Gottschalk gesprochen, „den Ausbruch der Revolution in Deutschland von einer Revolution der französischen ‚Kleinbürger‘, die Revolution des

---

<sup>338</sup> Karl Ludwig Börne (1786–1837) war ein deutscher Kritiker und Publizist. Er kritisierte in seinen Schriften die absolute Monarchie und unterstützte dagegen die Bourgeoisie. Für Engels war Börne „der Bannerträger deutscher Freiheit“ (MEW 1, S. 438).

Proletariats in Frankreich von einer Revolution des Proletariats in England, den Sieg der proletarischen Revolution überhaupt von einer noch erst zu erwartenden Entwicklung der Industrie und Herrschaft der Bourgeoisie abhängig“ (FA 1849, S. 51f.). In den Augen des modernen „Jeremias“ Marx, der „den Untergang der Bourgeoisie geweissagt“ wissen glaubte, waren die „Männer der Tat“, die Marx’ bourgeoisiefreundliche Politik bekämpften, nur diejenigen, die in „subalternem Krakeel“<sup>339</sup> sich „selbstgefällig herumtreiben“ (MEW 6, S. 195). Darauf antwortete Gottschalk wie folgt:

Wir ‚Männer des subalternen Krakeels‘ sind keine Propheten. Wir wissen nicht, was aus unserer Revolution werden wird. Für uns gibt es außer der von Ihnen als notwendig hingestellten Möglichkeit einer Bourgeois Herrschaft auch noch andere Möglichkeiten, z. B. eine neue Revolution, eine Permanenz derselben (FA 1849, S. 52).

Die Kommunisten sollten nach Gottschalk hier und jetzt handeln und für die „Permanenz der Revolution“ in Deutschland kämpfen. Denn die ‚große Zukunft‘ der Bourgeoisie gehe zu Ende und beginne, „mit der Revolution des Februars die Unsrige“.<sup>340</sup>

In seinem Artikel *Montesquieu* hatte Marx die „Arbeiter und Kleinbürger“ nicht vergessen und auch für sie Aufgaben gestellt. So rief er, mit Gottschalk gesprochen, „mit der salbungsvollen Heuchelei eines Fastenpredigers“ den „Arbeitern und Kleinbürgern“ zu, dass es „vorteilhaft“ sei, sich „den Mächtigen dieser Erde anzuschließen“ (ebd., S. 51):

Leidet lieber in der modernen bürgerlichen Gesellschaft, die durch ihre Industrie die materiellen Mittel zur Begründung einer neuen, euch alle befreienden Gesellschaft schafft, als daß ihr zu einer vergangenen Gesellschaftsform zurückkehrt, die unter dem Vorwand, eure Klassen zu retten, die ganze Nation in mittelalterige Barbarei zurückstürzt! (MEW 6, S. 195).

Gottschalk bezeichnete Marx als einen heuchlerischen „Fastenprediger“, der von den Arbeitern verlange, sich „freiwillig in das Fegefeuer einer dekrepiden Kapitalherrschaft“ zu stürzen, um irgendwann „der Hölle des Mittelalters zu entgehen“. Er stellte hier an Marx die ausschlaggebende Frage, die zuerst 1846 von Weitling, später 1850 von Willich/Schapper an Marx gestellt wurde:

Wozu aber eine Revolution, wozu sollen wir, Männer des Proletariats, unser Blut verspritzen, müßten wir wirklich, wie Sie Herr Prediger uns verkünden, um der Hölle des Mittelalters zu

---

<sup>339</sup> Den Terminus und die abwertende Beschreibung der Besitzlosen und Arbeiter, wie „Männer des subalternen Krakeels“, „niederste Volksklasse“, „Pöbel“ oder „Lumpenproletariat“ in den staatlichen Quellen, benutzte auch Marx gegen die Arbeiterführung, arbeitende Klassen und Besitzlosen.

<sup>340</sup> Diese Revolution brauche, so Gottschalk, „keinen Kritiker, keinen Geschichtsschreiber dessen, was wir noch nicht getan haben“ (FA 1849, S. 52).

entgehen, uns freiwillig in das Fegfeuer einer dekrepiten Kapitalherrschaft stürzen, um von dort in den nebelhaften Himmel Ihres ‚kommunistischen Glaubensbekenntnisses‘ zu gelangen (FA 1849, S. 52).

Die Frage, „wozu sollen wir, Männer des Proletariats, unser Blut verspritzen“, wurde und wird immer wieder überall dort, wo die Geschichte die Revolution auf die Tagesordnung gesetzt hat, dem „wissenschaftlichen Sozialismus“ gestellt (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 191). Hier kritisierte Gottschalk Marx' bourgeoisiefreundliche Revolutionstheorie, die dieser als „Versicherung“ (MEW 4, S. 512) gegen die Revolution der arbeitenden Klassen und Besitzlosen erfunden hatte. So forderte Marx von den Arbeitern und Besitzlosen, dass sie, mit Gottschalk gesprochen, „in das Fegfeuer einer dekrepiten Kapitalherrschaft stürzen“, um von dort in den „nebelhaften Himmel eines kommunistischen Glaubensbekenntnisses“ zu gelangen. Die Kritik, die Gottschalk in scharfer Form an Marx'scher Unterstützung der „Kapitalherrschaft“ ausübte, zeigte den Kern der Sache auf (FA 1849, S. 52). Marx' bloße Behauptung, dass das Proletariat zunächst durch das „Kaudinische Joch“ des Kapitalismus (MEW 19, S. 389) zum Sozialismus gelangen würde und die Kommunisten der Bourgeoisie deshalb beim Machtangriff helfen müsse, hielt Gottschalk für bürgerlich und wies sie daher entschieden zurück.

Marx schrieb in seinem Artikel *Montesquieu* „den Arbeitern und Kleinbürgern“ einerseits vor, dass sie „lieber in der modernen bürgerlichen Gesellschaft“ leiden sollten. Wenn sie aber das, was Marx ihnen predigte, nicht tun würden, bedrohte er sie diesmal mit einer Rückkehr „zu einer vergangenen Gesellschaftsform“, nämlich „in mittelalterige Barbarei“ (MEW 6, S. 195). Es ist hier wichtig zu bemerken, dass Marx mit der Bedrohung eines Rücksturzes in die „Barbarei“ nicht dem Mut, sondern der Angst der Besitzlosen und Arbeiter zuzuft.

Gottschalk teilte Marx' Angst vor dem Rücksturz „in mittelalterige Barbarei“ offenbar nicht. Laut eines verschollenen Briefes von Liebknecht vom 26. Oktober 1889 an Engels soll Gottschalk folgende Äußerung getan haben: „Ich bin hier im Namen von 20.000 Proletariern, denen es ganz gleichgültig ist, ob wir [bürgerliche] Republik oder Monarchie haben“ (MEW 37, S. 585). Im Februar 1849 antwortete Gottschalk in seinem offenen Brief an Marx, dass es für die „revolutionäre Proletariatsparthei“ keine „Furcht“ gebe. „Natürlich“ hätten Marx und „die Seinigen“ dagegen „solche Furcht“. Gottschalk und die „revolutionäre Proletariatsparthei“ teilten „am allerwenigsten“ ihre Furcht „vor einem Rückfalle in mittelalterliche Barbarei“:

[W]ir wissen [...], daß ihre Furcht vor einem Rückfalle in ‚mittelalterliche Barbarei‘ nicht die Furcht vor einer kleinen Arbeiterzeitung, sondern für die Existenz einer großen Zeitung ist, und

daß für sie die europäische Revolution, die im Februar begonnen, in einen geheimen Kultus für Herrn Karl Marx und die Seinigen ausläuft, der mit den kleinlichsten Umtrieben gegen Entheiligung geschützt werden muss (FA 1849, S. 52).

Um sich gegen die Kritik der „revolutionäre[n] Proletariatspartei“ an seiner politischen Position zu schützen, behauptete Marx, dass Engels und er selbst „sicher die letzten [seien], die die Herrschaft der Bourgeoisie wollen“. Sie hätten zuerst in Deutschland ihre Stimme gegen sie erhoben, „als die jetzigen ‚Männer der Tat‘ in subalternem Krakeel sich selbstgefällig herumtrieben“ (MEW 6, S. 195). Gottschalk nehme dagegen „nicht Akt davon“, ob Marx die Herrschaft der Bourgeoisie nicht wolle, denn dieser werde nicht, wie ein zweiter Camphausen, „die Politik des ‚guten Willens‘ erneuern“. Ihm ist Marx' Behauptung ebenfalls gleichgültig, ob dieser sich „mit Recht oder Unrecht das Verdienst“ anmaße, in Deutschland seine „Stimme zuerst gegen die Herrschaft der Bourgeoisie“ erhoben zu haben,

denn der, welchem es wirklich zusteht, wird sich niemals auf das historische Recht eines vergangenen Verdienstes als eines Titels für die Gegenwart berufen – er überlässt dieses den Junkern und Herrn Marx (FA 1849, S. 51).

Marx sei „nicht Ernst mit der Befreiung der Arbeiter und Besitzlosen“. Denn er glaube in Wirklichkeit nicht „an die Sache“ der Arbeiter und Besitzlosen, die er „zu vertreten“ vorgebe:

Das Elend des Arbeiters, der Hunger des Armen hat für Sie nur ein wissenschaftliches, ein doktrinäres Interesse. Sie sind erhaben über solche Misere. Als gelehrter Sonnengott bescheinen Sie bloß die Parteien. Sie sind nicht ergriffen von dem, was die Herzen der Menschen bewegt (ebd., S. 52).

Marx glaube nicht „an die Empörung des arbeitenden Volkes, deren steigende Fluten schon dem Kapital den Untergang zu bereiten anfangen“. Er glaube ebenfalls nicht „an die Permanenz der Revolution“. Trotzdem verschneide er jeden Tag „die deutsche Revolution nach der Schablone der vollendeten Tatsachen“. Am Ende seines an Marx gerichteten öffentlichen Briefes fällt Gottschalk ein klares Urteil über Marx, dass „seine Kritik der Revolution“ doch nur „die Kehrseite“ seiner „Unfähigkeit für die Revolution“ sei. Deshalb solle „das arbeitende Volk“ wissen, dass Marx „weder sein Freund noch der Freund der Revolution“ sei und sein könne (ebd., S. 52f.).

Mit dieser scharfen Kritik hatten die Angriffe der revolutionären Kommunisten auf Marx „ihren Höhepunkt“ erreicht (Stein 1921, S. 97). Marx verzichtete auf eine Entgegnung. Er musste Gottschalks Kritik ignorieren, denn er vermied es öfter, den Streit mit den revolutionären Kommunisten in der Öffentlichkeit auszutragen. Er polemisierte nämlich öffentlich „nicht nach



links“ (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 192). Im August 1848 vermied er es in Köln ebenfalls, mit Weitling vor der Öffentlichkeit zu diskutieren, da er wohl aus Erfahrung wusste, dass er seine bourgeoisiefreundliche Linie vor Arbeitern und Besitzlosen nicht verteidigen konnte. Als er bekanntlich am 8. März 1848 in Paris auf der öffentlichen Versammlung der Schaffung einer bewaffneten Legion widersprach, musste er die Zurufe, die ihn als „Feigling“ bezeichneten (Rühle 1928, S. 174), auch ignorieren.

### **2.3. Kampf der „Freiheit Arbeit“ gegen das „Organ der Verleumdung“ NRhZ**

Bis Ende Februar 1849 brachte Marx den Arbeiterverein zum Gehorsam und schaffte so das von der Bourgeoisie gewünschte politische Stillschweigen in Köln. Laut der Komiteesitzung vom 5. März 1849 war die Zahl der Mitglieder des Arbeitervereins nach der Annahme der neuen Statuten mit 464 nur sehr unbedeutend (FBA 1849, S. 35f.). Das wusste Oberst Engels in Köln zu schätzen. Er fand es in einem Bericht vom 27. Februar 1849 „auffallend“, dass die *NRhZ* „keinen neuen Artikel“ mehr gegen die „unbequeme Soldateska“ erlassen habe (Kühn 1934, S. 227). Marx antwortete in einem Brief vom 5. März 1849 an Oberst Engels, dass ihm die „gütige Schlussbemerkung“ vom Oberst über die *NRhZ* gefiel. Er versicherte dem Oberst Engels in Köln, die *NRhZ* habe „durch ihr Stillschweigen über die letzten im Militär selbst vorgefallenen Reibungen“ gezeigt, wie sehr sie „die herrschende Aufregung der Gemüter zu berücksichtigen weiß“ (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 17).

Doch die Kritik Weitlings und Gottschalks im Februar 1849 an Marx radikalisierte die politische Sprache der Nachfolgezeitung des Arbeitervereins *Freiheit Arbeit*. Die Seiten des Blattes sind mit der Kritik an Marx, seiner Zeitung und seinen bürgerlichen „Gesinnungsgenossen“ gefüllt. So unterstrich ein anonymen Verfasser in der *Freiheit Arbeit* vom 4. März 1849, dass das Blatt *FA* im Gegensatz zu *NRhZ* unter dem Begriff „Reaktion“ nicht nur die „Krone“, sondern insbesondere auch die Bourgeoisie verstehe (FA 1849, S. 60). Für Marx und für sein Blatt *NRhZ* zählte dagegen die Bourgeoisie zum „Volk“. In Marx' Augen vertritt nur die Bourgeoisie, vor allem die preußische Bourgeoisie, die „revolutionäre Partei“ und übernehme allein die Führung des Volkes. Unter dem Begriff „Reaktion“ versteht Marx nur „Aristokratie“, „König“, „Feudalherrn“, „Hof“, „Thron“, „feudale Partei“, „Soldateska“ (MEW 6, S. 120f.).

Der Verfasser der *Freiheit Arbeit* stellte fest, es töne von allen Seiten Deutschlands und fast jede Spalte der „radikalen Blätter“ wiederhole es auch, dass alle sich vor der „Reaktion“ wahren müssten. Doch diejenigen, die das „furchtbare Wort Reaktion“ am meisten im Munde führen, seien jene „selbst, die sich einen Schreck einjagen“. Denn diese Leute, welche den Rechtsstaat

vor Augen hätten, wollten nur „die Freiheit ihrer Kaste“, nicht jedoch „die Freiheit des Volkes“. Nach den Aufführungen des Verfassers der *Freiheit Arbeit* geht es klar hervor, dass er unter dem Begriff „Volk“, im Gegensatz zu Marx, keinesfalls die Bourgeoisie, sondern nur die arbeitenden Klassen und Besitzlosen versteht (FA 1849, S. 60).

Nach dem Verfasser der *Freiheit Arbeit*, der das Verhältnis zwischen „Geburts- und Geldaristokraten“ mit klaren Worten analysierte, wollten diejenigen, die von der „Freiheit“ sprechen, in der Tat nur „das Recht des besitzenden Standes“. Früher tobten die „Geldaristokraten“ gegen die Fürsten, „weil diese allein den Geburtsaristokraten Schutz boten; sie versöhnten sich aber so gleich mit den Fürsten, als diese sich den Rechtsstaat, den konstitutionellen Zwitter, erklärten“. Als die Fürsten „dem Rechte der Geldleute“ Gewähr böten, wären „die Forderungen Beider“ befriedigt. Die Reaktion verbinde sich nicht bloß mit der monarchischen Regierungsform; sie wohne auch in der republikanischen Form. Denn die besitzende Klasse wolle die Freiheit der Presse, der Assoziation, der Justiz etc. nur für sich; das Volk traktiere sie dagegen mit Kautionen, Pressprozessen, Prozessen wegen aufregender Reden. Das Gesetz des Volkes sei noch nicht da, das Volk sei noch unterjocht: „das heißt: Reaktion!“ (ebd., S. 60f.).

Das Blatt *Freiheit Arbeit* druckte am 25. März 1849 die Rede von Gottschalk in der Sitzung des Demokratischen Vereins zu Bonn am 20. März 1849. In seiner Rede kritisierte Gottschalk diejenigen, die Verleumdungen gegen Herwegh verbreiteten (ebd., S. 83):<sup>341</sup>

[J]a heute, wo Verleumdungen nicht bloß von den monarchischen Partheien, sondern auch von ihrem demokratischen Nachwuchse mit Beifall und Ehren belohnt werden, heute, wo man gierig nach dem Vorwurf der Feigheit greift, weil man ihm missgönnte der mit Recht von den Knechten Gehasste und Beneidete zu sein, erkläre ich ihn für einen der Wenigen, die mit dem revolutionären Willen auch eine entsprechende schöpferische Kraft vereint haben. [...] Wie die Herren der N. Rhein. Zeitung, die wie Ertrinkende ihre Anstrengungen machen, ihre Unfähigkeit über das Wasser der Revolution zu erhalten, sollten Herweghs olympischen Zorn erregen können! (Gottschalk 1898, S. 319f.).

Gottschalk sprach in der Hoffnung, dass die Arbeiter aus den „traurigen Lehren eingedenk“ nicht mehr „Schönrednern, sondern Männern wie Blanqui, Proudhon und Raspail ihre Geschicke anvertrauen werden“. Diese seien „die Einzig“, die „mit eigener schöpferischer

---

<sup>341</sup> Am 10. April 1849 stand in der *NRhZ* eine Meldung vom 5. April, wo behauptet wurde, dass Herwegh „keinem einzigen der 350 Gefangenen der Pariser Legion“ auch „nur an eines Centimes Werth Unterstützung“ habe zukommen lassen. [http://www.deutschestextarchiv.de/nrhz/?d=nn\\_nrhz268\\_1849.txt.xml](http://www.deutschestextarchiv.de/nrhz/?d=nn_nrhz268_1849.txt.xml) (abgerufen am 22.09.2019).

Kraft den Aufschwung des Volkes zu erhalten verstehen werden“. „Revolutionär“ sei nur, „wer die Freiheit und Wohlfahrt Aller zu verbürgen das Herz“ habe. Die Forderung nach „Freiheit und Wohlfahrt Aller“ müsse „mit Ausdauer“ gestellt werden, denn die Verwirklichung dieses Grundsatzes werde den Klassen zugutekommen, „die heute am meisten leiden, den arbeitenden Klassen“ (FA 1849, S. 84).

Ab dem 22. März 1849 wurde auf der Titelseite der Zeitung *Freiheit Arbeit* folgendes geschrieben: „So lange die Preßfreiheit in der bisherigen Weise noch fortbesteht, wird die kleine Zeitung ‚Freiheit Arbeit‘ alle reaktionären Partheien von jenen der ‚Neuen Preußischen‘ an bis zu den der ‚Neuen Rheinischen‘ incl. mit Entschiedenheit bekämpfen“ (ebd., S. 79). Das Blatt kritisierte den „sich im Wein“ betrinkenden Marx bezüglich seiner Unterstützung für die Bourgeoisie bei den Wahlen im Februar 1849 in einem Leitartikel *Unsere Lage* vom 29. März 1849 wie folgt:

Unser Vereinsrecht war schon längst vernichtet, als unsere heutigen Demokraten, solche, die auf das Wohl der ‚Rothen Republik‘ im Wein sich betrinken, sich zu Denuncianten der Arbeitervereine machten und fades Geschwätz an die Stelle der revolutionären Debatte treten musste (ebd., S. 87).

Was da wohl zu erwarten sei, „wenn ein C. Marx, der ‚rothe Republikaner‘“, im Februar 1849 bei den Wahlen den bürgerlichen Raveaux als „einen Mann der Notwendigkeit“ empfehle? An dieser Stelle richtete der Verfasser seine Kritik direkt an Marx und seine Zeitung:

Von einer ‚Parthei der Zukunft‘, deren Stammführer wir eben genannt, erwarten wir Nichts für die Zukunft, wohl aber von der Anarchie, von den Schwierigkeiten, die sie im bürgerlichen Verein mit der Monarchie bereiten. Wir wünschen nur noch mehr Energie auf der Seite der Regierungen; die Reaktion war uns im vorigen Jahre bereits viel zu gelind. Sie hat noch immer einen zu großen Respekt vor unseren politischen Schriftstellern. Sie darf dreist die Zensur wiedereinführen, und keiner dieser Helden der Intelligenz wird den Muth haben, die Zensur auf verbotenem Weg zu umgehen oder gar Zensurwidriges zu verbreiten (ebd., S. 88).

In diesem Artikel ist die Ähnlichkeit der Ansichten des Verfassers mit Weitlings Ansichten nicht zu übersehen. Es ist zu vermuten, dass Weitling das Blatt mit seinen Artikeln kräftig unterstützte, denn Weitling schrieb in einem Brief vom 20. Februar 1849 an die Pariser Kommunisten, dass er „die soziale Demokratie erst nach der Lösung der sozialen Frage und nach der kommunistischen Verwirklichung derselben möglich“ sehe, „nicht vorher, was wir aber vorher brauchen, ist Anarchie, Revolution, Diktatur. Ja, leider auch auf einige Zeit die Schrecken der revolutionären Diktatur“ (Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 167). Sein Begriff von der Anarchie ist theoretisch eine klare Absage an das „historische Recht“ der

Bourgeoisie, und politisch wendet er sich auch gegen „Berufung auf den Rechtsboden“. Sein Begriff von der Anarchie bedeutet „Bruch mit dem herrschenden Unterdrückungsapparat auf revolutionärem Wege“ (ebd., S. 167f.).

Entsprechend Weitlings Ansichten setzte der Verfasser von *Freiheit Arbeit* seinen frontalen Angriff auf Marx und auf seine „Thätigkeit“ in der *NRhZ* sowie in den Vereinen wie folgt fort:

Die revolutionäre Thätigkeit unserer Demokraten hört auf, wenn die Freiheit der Presse und das Vereinsrecht beseitigt sind; denn ihre ganze revolutionäre Thätigkeit besteht in eiteln hohlen Worten. Sollen wir darüber trauern? Keineswegs. [...] Carnevalsredner und Stubengelehrten machen keine Revolution; große und deshalb rücksichtsvolle Zeitungen, selbst wenn sie Organe der Demokratie sind, sind wesentlich reaktionär – setzen wir also alle unsere Hoffnungen auf die Reaktion: Denn sie ist die einzige bewegende Kraft, solange die Masse des Volkes mit Worten sich abfüttern lässt (FA 1849, S. 88).

In einem anderen Artikel, *Die Linke in der zweiten Kammer*, in der Ausgabe der Zeitung *Freiheit Arbeit* vom 29. März 1849 wurden die „Phantasten“ der *Neuen Rheinischen Zeitung* und die Herren Steuerverweigerer weiter kritisiert. Sie seien alle nun zusammen und würden sich bemühen, „aus purer Dankbarkeit für die Gesinnungsgenossenschaft jener Helden des politischen Bewusstseins, die Unfähigkeit der entschlafenen Vereinbarungsversammlung zur offiziellen Anerkennung“ zu bringen. Obwohl sie gleich in den ersten Tagen „misshandelt, reglementmäßig eingeschnürt“ worden seien, blieben sie und wiederholten „dieselben abgetriebenen Redensarten, um, wie sie sich ausdrücken, Konflikte zu vermeiden“. Am Ende schrieb der Verfasser: „Wir aber wollen Konflikte, wir wollen wissen, ob aller Muth auf der Seite der Reaktion allein ist“ (ebd., S. 89).

In einem weiteren Artikel vom 7. April 1849 wurde Schneider II, nämlich ein „Freund und Gesinnungsgenosse des ‚europäischen Kritikers‘ Marx“, erneut kritisiert:

Die Reicheren unter den Spießbürgern Kölns konnten im vorigen Jahre sich noch rühmen: Wir brauchen uns doch nicht geradezu unseres Deputierten vor den andern zu schämen, man hat doch noch einen Minister, einen Gesandten aus ihm machen können. Aber mit diesem Deputierten der ärmeren Spießbürger, dem Freunde und Gesinnungsgenosse des ‚europäischen Kritikers‘ Marx, wird der Hof es nicht einmal für nöthig halten, einen Bestechungsversuch zu unternehmen, so unbedeutend ist er! (ebd., S. 95f.).

Köln habe „mit dem Dom und der Rheinischen Zeitung“ sein vollzähliges Kontingent zur deutschen Blamage gestellt. Werfe man zusammen die Herren Camphausen, Wittgenstein, Raveaux, Schneider, D'Ester, schmelze sie zusammen zu einer Größe und beurteile danach die

geistige Höhe, „den Bildungsstand Kölns“. Ihre Grundsätze und Ansichten regten, so der Verfasser, „unsern tiefsten Ekel“ auf. Innerhalb dieser „Heroen“ bewege sich „die politische Einsicht Köln’s, die Demokratie der Rheinischen Zeitung, die Parthei der Kölnischen und mehrerer anderer Zeitungen“ (ebd., S. 96).

Der anonyme Verfasser kritisierte hier ebenfalls das als „Heilmittel“ empfohlene allgemeine Stimmrecht. „Wird es etwa besser werden“, fragte er, „wenn alle Proletarier wählen und wählbar sind? Das Gegenteil zeigte er als Beispiel die Wahlen in Frankreich. Dieses prägnante Beispiel zeige, dass allein durch die Wahlen „kein besserer Geist in die Leitung“ der Angelegenheiten der Arbeiter kommen werde. Die Arbeiter müssten lernen, „auf sich allein zu vertrauen“ (ebd., S. 96f.). Wie alle revolutionären Kommunisten lehnte bekanntlich auch Blanqui den formalen Demokratismus, die bürgerliche Legalität und die „parlamentarische“ Delegierung von Volksrechten ab. Er bekämpfte auch schein-demokratische Manifestationen und Wahlmanöver. Vertrauen schenkte er nur dem Volk (Bravo 1971, S. 255).

In der Zeitung *Freiheit Arbeit* vom 7. April 1849 war auch eine „kritische Anmerkung zu einem Artikel von Karl Marx“ zu lesen. Demnach jammere Marx in seinem Artikel in der *NRhZ* vom 30. März 1849 über die Berliner Versammlung. Das Blatt erinnerte seine Leser daran, dass der „moderne Jeremias“ Marx durch seine volle Unterstützung doch „sein Bestes für die damalige Zusammensetzung der zweiten Kammer gethan hat“ (FA 1849, S. 98).

Am 15. April 1849 veröffentlichte *Freiheit Arbeit* aus dem französischen Journal *Le Peupl* ein Protestschreiben gegen „einen Akt unbeschreiblicher Willkür“ gegenüber Willich (ebd., S. 101). Bekanntlich ging Willich, der unmittelbar nach der Revolution infolge einer „ersten Erhebung des Volkes von Köln“ am 3. März 1848 zusammen mit Gottschalk und Anneke verhaftet wurde, nach seiner Freilassung nach Baden, organisierte dort eine Arbeiterkompanie und kämpfte mit den Waffen in der Hand gegen die Unterdrücker der Freiheit. Der Ausgang dieses Kampfes zwang ihn, mit seiner Kompanie nach Besançon zu ziehen. Er hatte dort mit seiner Kolonne beschlossen, dem Kampf Italiens gegen seine Unterdrücker Hilfe zu eilen. In der Hoffnung, ein deutsches Hilfskorps zu bilden, reiste er nach Lyon mit einem Pass, der ihm in Frankreich frei zu reisen gestattete. Dort wurde er jedoch nachts unter einem beliebigen Vorwand ergriffen und ins Gefängnis gesteckt. Auch seine Papiere, unter welchen sich „Empfehlungsschreiben an Proudhon“ befand, wurden beschlagnahmt (ebd., S. 100f.).

Die Kommunisten und demokratischen Republikaner, wie u.a. Hess, Reininger, Herwegh, Everbeck, Rempel, Henze und Beust, veröffentlichten Ende März in verschiedenen sozialistischen Blättern eine Protesterklärung. Hess und einige Kommunisten begaben sich

Anfang April 1849 auch zu Proudhon, der die Protesterklärung gegen die unwürdige Behandlung Willichs, der wie „ein Galeerensträfling mit einem Eisenband um den Hals langsam und etappenweise von Gefängnis zu Gefängnis zur schweizerischen Grenze“ transportiert wurde, ebenfalls abdruckte.

Marx druckte die Protesterklärung gegen die unwürdige Behandlung Willichs in der *NRhZ* natürlich nicht ab. Stattdessen benutzte er die Gelegenheit, „um einigen Koth auf Unterzeichner derselben zu werfen“, wie *Freiheit Arbeit* am 15. April 1849 anmerkte. Das Blatt erinnerte seine Leser daran, dass „Herr C. Marx“ gemeinsam mit „seinem Freunde Herrn Schneider“ im Juni 1848 auch „nicht ratsam fand“, eine Kollekte für Willich zu erlauben (ebd., S. 101). Anneke kritisierte damals ihn und die Demokratische Gesellschaft, wo er neben dem Arbeiterverein auch Mitglied war, und erklärte nach diesem Vorfall seinen Austritt (ZAV 1848, S. 60).

*Freiheit Arbeit* druckte am 29. April 1849 eine Erklärung vom Büro des ehemaligen Pariser Arbeitervereins ab. In der Erklärung wurde Marx' Zeitung erneut heftig kritisiert, da diese in ihrem Büro eine „Bemerkung“ zum deutschen Pariser Arbeiterverein „fabrizierte“. Demnach seien die Pariser so „feig“ gewesen, dass sie sich während der Junirevolution von 1848 „in die Keller“ verkrochen hätten. In der Erklärung des ehemaligen Pariser Arbeitervereins wurde die „Redaktoren“ der *NRhZ* nicht nur als „irrig“, sondern auch als „absichtlich erlogen“ bezeichnet. Die *NRhZ* mache sich mit solchen Angriffen zu einem „Organ der Verleumdungen und Schmähsucht“. Das Büro des ehemaligen Pariser Arbeitervereins wies die „Verleumdungen“ der *NRhZ* „ohne Schonung“ zurück. Es sei gerade ihnen, also den sozialistischen Blättern, so setzten die Pariser Kommunisten ihre Kritik fort, ebenfalls in der „Willich'schen Angelegenheit [...] und nicht, wie das ‚Organ‘ orakelt“, den Pariser demokratischen bürgerlichen Journalen, gelungen, Willichs Sache zur Sprache zu bringen. Am Ende der Erklärung wurde daran noch erinnert, dass der „Correspondenz-Fabrikant“ der *NRhZ* im März 1848 „in einer Generalversammlung des Pariser Arbeitervereins, sowie einem Bankett“, das „in Verbindung mit den französischen Sozialisten gefeiert“ wurde, „als stummer Gast beiwohnte“, eine mindere „tiefsinnige Wirksamkeit in Deutschland“ (FA 1849, S. 110). Bekanntlich sprach sich Marx in der erwähnten Versammlung gegen die Schaffung einer bewaffneten Legion aus und wurde deswegen von Teilnehmern als „Feigling“ bezeichnet (Rühle 1928, S. 174), darauf er nicht antworten konnte. Die erwähnte „fabrizierte Korrespondenz“ der *NRhZ* wurde am 4. April 1849 auch in einer *Entgegnung* der Vereinigungskommission von Reininger, Nette, Ewerbeck, Schmitt und Scherzer kritisiert, da dieses Blatt gegen die *deutschen Demokraten zu Paris* „Injurien“ und Verleumdungen ausstreue (Silberner 1967, S. 255ff.).

### 3. April 1849: Austritt des Kölner Arbeitervereins aus bürgerlichen Verbänden

Im April 1849 zeigte der unermüdliche Kampf der deutschen Kommunisten um die Verselbständigung der Arbeiterbewegung seine Früchte auch in Köln. Der Kölner Arbeiterverein trat aus den Verbänden der demokratischen Vereine Deutschlands aus und schloss sich „als letzter“ Arbeiterverein in Deutschland der *Arbeiterverbrüderung* an (Seidel-Höppner 2014, S. 1205). Der Kampf der in der *Arbeiterverbrüderung* organisierten revolutionären Arbeiterbewegung und „die heftigen Angriffe Gottschalks und seiner Anhänger“ auf Marx’ „Bündnispolitik“ mit der Bourgeoisie zwangen den Kölner Arbeiterverein zum Austritt aus den bürgerlichen Verbänden (Czobel 1928, S. 436). Marx, Schapper und einige andere mussten auch aus der bürgerlichen Demokratischen Gesellschaft austreten. Damit wurde „ein vernichtendes Urteil über ihre bisherige Unterstützungspolitik“ zur Bourgeoisie gefällt (Fehling 1922, S. 76).

Am 12. April 1849 stand in Annekes *Neuer Kölnischen Zeitung* eine Notiz, dass das Komitee des Kölner Arbeitervereins die Arbeitervereine des Rheingebiets zu einem regionalen Zusammenschluss auffordere, „überzeugt von der Fruchtlosigkeit des Bemühens“ und „durchdrungen von der Notwendigkeit, eine enge Verbrüderung der ganzen arbeitenden Klasse, die nur ein und dasselbe Interesse hat, herbeizuführen“ (Becker 1963, S. 158).

Daraufhin traten am 14. April 1849 Marx und seine Leute „auf den Wunsch des Arbeitervereins, der nur in Verbindung mit Arbeitervereinen treten will“, aus der bürgerlichen Demokratischen Gesellschaft aus, die „zu viele heterogene Elemente in sich“ schließe. Sie seien nun der Ansicht, dass eine engere Verbindung der Arbeitervereine, da dieselben aus den gleichen Elementen bestehen, vorzuziehen sei (BdK 1, S. 929). „Marx und seine Leute“ mussten im April 1849 „die Verbindung mit der bürgerlichen Demokratie“, die sie noch im Februar 1849 so sehr befürwortet hatten, vorläufig lösen (Stein 1921, S. 99). Wolfgang Schieder bemerkt, dass Marx’ Austritt aus der Demokratischen Gesellschaft seiner „gesamten bisherigen politischen Strategie“ in der Revolutionszeit widerspreche (Schieder 2018, S. 58).

Verbunden mit heftigen Angriffen gegen die Demokratische Gesellschaft löste sich der Kölner Arbeiterverein offiziell von ihr. Annekes *Neue Kölnische Zeitung* kritisierte in ihrer Ausgabe vom 15. April 1849, die Demokratische Gesellschaft ziehe es vor, in „den allgemeinen Gewässern der Demokratie, die heutzutage ganz die Stelle des alten Liberalismus’ eingenommen hat, zu schwimmen“ (Kühn 1934, S. 160). Das Organ der Demokratischen Gesellschaft *Wächter am Rhein* bedauerte es am 20. April 1849 dagegen und billigte nicht so sehr „den ersten Schritt in betreff des Lossagens von der demokratischen Verbindung

überhaupt“. Man könne sich doch „gemeinschaftlich Hand in Hand gehen“. Am wenigsten hätten sie jedoch gewünscht, „daß eine solche Sonderung mit feindlichen Angriffen“ seitens des Arbeitervereins stattgefunden hätte (WaR 1849, Nr. 45).

Nach dem Beschluss des Komitees des Kölner Arbeitervereins wurde auch in der Generalversammlung des Kölner Arbeitervereins vom 16. April 1849 beschlossen, „aus dem Verband der demokratischen Vereine Deutschlands auszutreten“ und sich dagegen „dem Verband der deutschen Arbeitervereine, deren Zentralausschuss sich in Leipzig befindet, anzuschließen“ (FBA 1849, S. 83f.).<sup>342</sup> So brach im April 1849 die von Marx geleitete sogenannte „Koalition“ mit der Bourgeoisie. Die „radikale Arbeiterschaft“ in Köln suchte sich innerhalb ihrer Klasse eine Organisation, „in der sie die grundsätzlichen kommunistischen Ziele rein und unverfälscht“ zu bewahren bezweckte (Kühn 1934, S. 106). Der Kölner Arbeiterverein löste sich organisatorisch von der bürgerlichen Richtung und ließ auch „keinen Zweifel“ daran, dass er „keinen Wert mehr darauflegte, eine gemeinsame Organisation“ mit den bürgerlichen Demokraten aufrechtzuerhalten (ebd., S. 162 f.).

Das bedeutete im Klartext, dass Marx hauptsächlich durch die zu jener Zeit in Deutschland von Kommunisten organisierte *Arbeiterverbrüderung* und „durch die heftigen Angriffe Gottschalks und seiner Anhänger“ in Köln zum Austritt aus dem bürgerlichen Verein „gezwungen“ wurde (Czobel 1928, S. 436). Als der Kölner Arbeiterverein die Initiative zu einem regionalen Zusammenschluss aller rheinischen Arbeitervereine übernahm, konnte er mit großer Wahrscheinlichkeit dagegen nichts tun. Dieser Beschluss des Arbeitervereins zeigte, dass die Trennung von den bürgerlichen Demokraten, deren Interesse im Gegensatz zu den Interessen der arbeitenden Klassen stehen, schon von vornherein geplant war. Denn die entscheidenden Beschlüsse wurden in der Abwesenheit von Marx gefallen. Er wurde auch auf dem Aufruf vom 23. April ausdrücklich als „abwesend“ aufgeführt (BdK 1, S. 934).

Nach den Beschlüssen der Generalversammlung des Arbeitervereins vom 23. April 1848 habe der vom Komitee des Arbeitervereins gewählte provisorische Ausschuss zur „Abhaltung eines Kongresses der Arbeitervereine Rheinlands und Westfalens“ in Köln beschlossen. Aus dem Kreis Ausschuss der demokratischen Vereine der Rheinprovinz sei kürzlich „eine Anzahl Mitglieder“ ausgeschieden und auch der Arbeiterverein habe „gleichzeitig“ seinen Austritt aus den Verbänden der rheinisch-demokratischen Vereine erklärt. Dieser Schritt sei durch die „Überzeugung“ veranlasst worden, dass „bei den verschiedenartigen Elementen in gedachten

---

<sup>342</sup> Die Leipziger Kommunisten, u.a. Weller, begrüßten ausdrücklich die organisatorische Trennung des Kölner Arbeitervereins von den bürgerlichen Verbänden (Weber 1970, S. 318).



Vereinen für die Interessen der arbeitenden Klassen oder der großen Masse des Volks wenig Ersprißliches“ zu erwarten stehe. Desto dringender erscheine ein festes Aneinanderschließen der gleichartigen Elemente, ein kräftiges Zusammenwirken aller Arbeitervereine. Zu diesem Zweck habe der Kölner Arbeiterverein als erste Maßregel die Niedersetzung eines Ausschusses für sämtliche Arbeitervereine der Rheinprovinz und Westfalens als notwendig erachtet und zu Mitgliedern desselben die Unterzeichnenden mit dem Auftrage ernannt, die zur Erreichung obigen Zwecks erforderlichen Schritte zu veranlassen (ebd., S. 930ff.).<sup>343</sup>

#### **4. Schärfende innere Streitigkeiten und Spaltung des Kölner Arbeitervereins**

Die Trennung von den bürgerlichen Demokraten wirkte jedoch keineswegs „besänftigend auf die Opposition“ (Stein 1921, S. 99). Der Streit wurde ganz im Gegenteil so groß, dass der Verein, dessen Mitgliederzahl Ende März 1849 etwa auf 400 sank, auseinanderbrach. Im April 1849 schaltete Marx, der, mit Gottschalk gesprochen, „die kleinen Mittel“ und „die unwürdigen Verbindungen“ nicht verschmähe und sich „nicht eben turnierfähiger Waffen“ bediene, anstatt auf die Kritik Gottschalks zu antworten, die „kleinlichen, persönlichen Intrigen“ ein, um Gottschalk „hämisch zu verdächtigen“ (FA 1849, S. 51).

Mitte April 1849 antwortete Gottschalk auf die gegen ihn gerichteten Vorwürfe.<sup>344</sup> Er habe es leider mit Bedauern erkannt, dass der Arbeiterverein sich unter der Präsidentschaft von Marx zu faden Kundgebungen herablassen habe, „als die Arbeiter, die da wußten, daß sie nur von einer dauernden Erhebung des Volkes, die Waffen in der Hand, irgendetwas zu erwarten haben, statt in revolutionärem Trotz zu verharren bis der entscheidende Augenblick gekommen, zu heuchlerischen Vermittlungen mit jenen sich verleiten ließen, die im vorigen Jahr ihre Waffen und ihre Verfolgungen gegen sie gerichtet hatten“ (Stein 1921, S. 98).

Doch die unter dem Einfluss von Marx stehende Arbeitervereinszeitung ging am 22. April 1849 mit einem „Schmutz Inserat“ (FA 1849, S. 114) gegen Gottschalk vor.<sup>345</sup> Dabei drehte sie, „recht plump allerdings, den Spieß um“ (Stein 1921, S. 97). Gottschalk wurde hier von zwei berüchtigten Personen, wohl im Auftrag von Marx, in einem von ihm produzierten

---

<sup>343</sup> Marx löste im April 1849 scheinheilig seine Verbindung mit den Demokraten. Es ist dabei auffallend, dass der Aufruf erst nicht in der *Neuen Rheinischen Zeitung*, sondern in der von Anneke herausgegebenen *Neuen Kölnischen Zeitung* veröffentlicht wurde.

<sup>344</sup> Gottschalks Schrift *An die Arbeiter Kölns und Umgegend, zu Händen des Herrn M. Breuer und L. Ley* wurde zuerst am 15. April 1849 in der *Neuen Kölnischen Zeitung* veröffentlicht, dann erschien sie am 27. April im Verlag des Druckers J. A. Brocker-Everaerts (Stein 1921, S. 98).

<sup>345</sup> Der „Rufmord an Gottschalk“ und „ausgestreute Gerüchte“ gegen ihn und den Arbeiterverein waren immer im Umlauf. In der Komiteesitzung des Arbeitervereins vom 17. Juli 1848 teilte ein Vereinsmitglied das in Düsseldorf ausgestreute Gerücht mit, das den „Rufmord an Gottschalk“ zielte. Demnach sei Gottschalk darum arretiert worden, „weil er Geld, welches er aus Paris für die hiesigen Arbeiter erhalten haben soll, für sich behalten habe“ (ZAV 1848, S. 127).

„Schmachbrief“ angegriffen. M. Breuers und Leo Leys warfen angeblich „im Namen vieler Kameraden“ Gottschalk vor, dass er den Verein stets nur zur Befriedigung seines eigenen Ehrgeizes und zu seinen Zwecken, „wer weiß, welche“, habe missbrauchen wollen. Vielleicht sei bei ihm nur die Sucht nach Ruhm und Ansehen für seine Tätigkeit maßgebend gewesen (FBA 1849, S. 82f.).

Die *Freiheit Arbeit* antwortete auf den „Schmachbrief“ des Blattes *FBA*, indem sie das Blatt daran erinnerte, dass dieser Vorwurf nicht neu sei, denn ähnliches hätten die bürgerlichen Gegner Gottschalks in der *Kölnischen Zeitung* bereits am 30. April 1848 behauptet (FA 1849, S. 114).<sup>346</sup> Auch Gottschalk schrieb am 1. Mai 1849 an Herwegh über den „Schmachbrief“ der wohl von Marx beauftragten berüchtigten Personen Folgendes:

[...] bin ich von zwei, von welchen der eine weder lesen noch schreiben kann, angegriffen worden. Damit man mir nicht vorwerfe, ich sei zu vornehm, Arbeitern zu antworten, habe ich dieses Mal mir Gewalt angetan und einen persönlichen Angriff der Entgegnung wertgehalten (Herwegh 1898, S. 266ff.).

Wenn Gottschalk vermutete, dass dieser Angriff in Wirklichkeit von Marx ausging, so erkannte er „die Lage richtig“ (Dowe 1970, S. 224f.). Gottschalk wurde ebenfalls in einer Resolution des Komitees des Arbeitervereins in der *FBA* vom 29. April 1849 heftig angegriffen, weil er Marx in der Zeitung *Freiheit Arbeit* als „einen Freund und Gesinnungsgenossen des Abgeordneten zu Frankfurt Franz Raveaux“ zeigte.<sup>347</sup> Die Angriffe auf Gottschalk gipfelten in den Vorwürfen,

daß der Verein das Betragen Dr. Gottschalks seit seiner Freisprechung vom hiesigen Geschworenengerichte in keiner Weise billigt und mit Entschiedenheit und Entrüstung die Zumutung zurückweist, sich im Interesse der roten Monarchie mißbrauchen zu lassen, oder sich durch hämische, persönliche Angriffe auf einzelne Personen irreleiten zu lassen, oder sich einen Präsidenten mit einem Schweifwedelkomitee aufoktroieren zu lassen, oder einen freiwillig Verbannten zurückzurufen, der die Gnade des Königs und des Volkes zugleich anruft, um erlöst zu werden, oder überhaupt sich von irgend einem Menschen gleich dummen Jungen behandeln zu lassen (MEW 6, S. 586f.).

Gottschalk gebe „die Arbeiter selbst als nur eine ihm blind gehorchende Maschine“ aus. Er verrate „eine despotische Gesinnung“ und verstieße „gegen die allereinfachsten

---

<sup>346</sup> <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/periodical/zoom/8272240> (abgerufen am 21.12.2021).

<sup>347</sup> Dagegen wurde Marx in einer Resolution des Komitees des Arbeitervereins in Schutz genommen, Marx habe sich in der Komiteesitzung vom 8. Februar 1849 derart ausgedrückt, „daß er, wenn er auch augenblicklich die Kandidatur Raveaux und Schneider II unterstützte, weit davon entfernt sei, mit diesen Leuten in prinzipieller Hinsicht übereinzustimmen“ (FBA 1849, S. 87).

demokratischen Grundsätze“. Er habe bei der „neuen Organisation die Partei der eigentlichen Proletarier verlassen und sich den Kleinbürgern in die Arme“ geworfen (ebd., S. 585).

Die Konflikte im Arbeiterverein spitzten sich so zu, dass zahlreiche Mitglieder des Arbeitervereins gegen Ende April ihren Rücktritt ankündigten. Sie schlossen sich dann zu einem eigenen Verein *Zur Erlangung der Freiheit und Wohlstand für Alle* zusammen an,<sup>348</sup> sandten am 26. April an Gottschalk ein Schreiben und forderten ihn auf, die Präsidentschaft des Vereins zu übernehmen. Die Arbeiter stellten in ihrem Schreiben mit „trauriger Gewissheit“ fest, dass der Arbeiterverein nach Gottschalks Verhaftung wegen der von Marx als eine „unbedingte Notwendigkeit“ vorgegebene Politik von „Hand in Hand gehen des Arbeitervereins mit dem hiesigen demokratischen Verein“ dementsprechend „bedeutend zurückgegangen“ sei (FA 1849, S. 112).

Die Arbeiter Breuer, Pütz, Schmitz und Britz, die früheren Mitglieder des von Gottschalk gegründeten Kölner Arbeitervereins, protestierten zudem im „Namen vieler Arbeiter“ mit einer Erklärung in *Freiheit Arbeit* vom 6. Mai 1849 gegen das „Schmutz-Inserat“ (ebd., S. 114) in der *NRhZ* und in der *FBA* gegen Gottschalk (MEW 6, S. 586f.). In der Protesterklärung wurde das Komitee des Arbeitervereins kritisiert, dass dieses, „um in den Augen des Publikums für seine Bestrebungen den Schein der Rechtlichkeit zu gewinnen“, es gebilligt habe, ein sogenanntes „Schmutz-Inserat gegen den Hr. Dr. Gottschalk“ in der *NRhZ* und in der *FBA* zu veröffentlichen. So suche das Komitee des Arbeitervereins sich verpflichtet zu fühlen, „die gemeinen Schimpfreden“, die dieses Komitee auch in seinen Versammlungen „unaufhörlich“ über Gottschalk ergehen lasse, „auf jede mögliche Weise zu rechtfertigen“ (FA 1849, S. 114).

Die früheren Mitglieder des Arbeitervereins wollten mit ihrer Erklärung zeigen, „daß nur sehr wenige Arbeiter die Ab- und Ansichten des Comités theilen“ und dass das „Schmutz-Inserat“ gegen Gottschalk „als bloße Gemeinheiten“ zurückweisen würden. Die „Entrüstung“, welche die „Schmähschrift“ gegen Gottschalk in der *Neuen Rheinischen Zeitung* und in der Zeitung *Freiheit Brüderlichkeit Arbeit* unter Arbeitern hervorgerufen habe, habe gezeigt, dass die große Mehrzahl der Arbeiter die Ansichten der *NRhZ* und *FBA* nicht teile (ebd.).

Hans Stein sieht die Bedeutung des Arbeitervereins für die Geschichte des *Bundes* und für die allgemeine Geschichte des Sozialismus darin, dass der Verein „bis zu einem gewissen Grade

---

<sup>348</sup> Die Devise des Vereins war ein Spruch von Blanqui. Dieser Spruch, „wenn das Volk hungert, darf niemand essen“ (FA 1849, S. 119), zeigte noch einmal deutlich, wo die Gegensätze wurzelten. Alle Funktionäre des „Vereins Freiheit und Wohlstand für Alle“ hatten im Gegensatz zum Kölner Arbeiterverein eine Amtsdauer von einem Jahr (ebd., S. 129f.). Wie lange der Verein noch bestand, ist nicht bekannt. Auf jeden Fall musste er Ende Juni 1849 dem Vereinsgesetz zum Opfer gefallen sein (Dowe 1970, S. 226).

die Vorstufe zu dem antimarxistischen Oppositionskern“ gewesen sei. Für Stein saßen im Kölner Arbeiterverein „Männer vom Geiste Weitlingscher Proletariats Diktatur, die Marxens kühl abwägender Geschichtsbetrachtung unfreundlich gegenüberstanden“ (Stein 1921, S. 59). Auch die quellenmäßig belegte Geschichte des Kölner Arbeitervereins ist geprägt von den Konflikten der deutschen Arbeiterführung mit Marx/Engels.

Das ideologische, politische und organisatorische selbständige Auftreten der Arbeiterbewegung wurde nach der Verhaftung der revolutionären Arbeiterführung im Juli 1848 von Marx/Engels so in die Falle gestellt, dass sie nicht „in und mit einem Arbeiterverein“, sondern mit ihrer *NRhZ* und mit ihrer bürgerlichen Demokratischen Gesellschaft agierten, da ihr Programm die Herstellung der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland als politisches Ziel hatte (Sieferle 1979, S. 83ff.). Sie interessierten sich daher für den Kölner Arbeiterverein nur deshalb, weil sie ihn für die Unterstützung der bürgerlichen Klasse ausnutzen und daher von den bourgeoisiefindlichen Kommunisten fernhalten wollten.

### **5. Konträre Standpunkte zum badischen „Revolutionskrieg“**

Ab 1849 zeigten der preußische Staat und seine Polizei in Deutschland der Arbeiterführung ein größeres Interesse, da die Kommunisten und republikanischen Demokraten sich auch in den Städten auf einen bewaffneten Kampf vorbereiteten. Hätzels sammelte Anfang 1849 in Berlin Geld, um Waffen, Granaten und Sprengstoff zu kaufen (Wermuth/Stieber 1853, S. 46f.). Er versuchte auch, sich Informationen über die Stärke der Berliner Garnison zu verschaffen. So wurde in Berlin „bei Kommunisten erst- und einmalig Waffen und Munition“ gefunden, sodass sogar der König in „panischem Schrecken vor Attentaten“ lebte (Na'aman 1965, S. 34).

Die Polizei kam jedoch im März 1849 auf die Spur der Kommunisten. Am 30. März fand eine Durchsuchung in der Wohnung Hätzels statt. Es wurden belastende Dokumente wie die „*Bundesstatuten der revolutionären Partei*“, eine Anzahl Gewehre, Pistolen, Hieb- und Stichwaffen und eine Aufstellung über die Verteilung der Truppen in Berlin gefunden (Wermuth/Stieber 1853, S. 46ff.). Daraufhin wurden in den Monaten April und Mai 1849 auch in Köln mehrmals bei Anneke und in den Verkehrslokalen Haussuchungen abgehalten. Annekes *Neue Kölnische Zeitung* schrieb am 29. April 1849, dass aus Berlin ein Polizist nach Köln beordert worden sei, „um dem in Berlin entdeckten hochverräterischen Verschwörungsbund zur Einführung der demokratisch-sozialen Republik näher auf die Sprünge zu kommen“ (Stein 1921, S. 101).

Im Mai 1849 kam es zu neuen Aufständen, wie etwa die Aufstände in Elberfeld, Düsseldorf, Solingen und Iserlohn. Diese Aufstände waren Teil der Bewegung, die mit den bewaffneten Aufständen in der bayerischen Pfalz und in Baden sowie in Dresden begonnen hatte (Mommsen 1998, S. 156). Das preußische Militär ging sehr brutal gegen die Aufständischen vor. Die Niederschlagung des Dresdener Maiaufstandes wirkte sich in den nachfolgenden Aufständen negativ auf die Kampfbereitschaft aus und stärkte die Zurückhaltung und Kompromissbereitschaft (Klessmann 1974, S. 290ff.).

Zentren der Aufstandsbewegung des Rheinlands und Westfalens waren Elberfeld und Iserlohn. Als bei der vom Volk inszenierten Befreiungsaktion von 69 Solinger Arbeitern, die wegen Maschinenstürmerei im Gefängnis auf ihren Prozess warteten, ein Gefangener vom Militär erschossen wurde, kam es zur direkten Konfrontation. Barrikaden wurden gebaut und der das preußische Bataillon kommandierende Hauptmann fiel, als er die Eröffnung des Feuers auf die Rebellen befahl. Danach zogen sich die Truppen zurück, und die Stadt war in der Hand der Aufständischen, die anstelle der städtischen Behörden einen Sicherheitsausschuss bildeten. Gleichzeitig entwickelte sich der Kampf in Iserlohn. Insgesamt kam es bei diesen Kämpfen zu 100 Toten, darunter viele Arbeiter (ebd., S. 298ff.).

In Köln radikalisierte sich im Mai 1849 die politische Atmosphäre ebenfalls. Immer wieder kam es zu nicht genehmigten Versammlungen. Engels fühlte sich wie immer verpflichtet, die Arbeiter vor Aktionen zu warnen. Er mahnte in der *NRhZ* vom 4. Mai 1849 die Arbeiter, wie er auch im Juni 1848 gemahnt hatte, vor „Regierungsprovokationen“. Die Arbeiter Kölns könnten nach Engels durch ihr „ruhiges Verhalten“, durch ihre „unerschütterliche Gleichgültigkeit“ gegenüber der Regierung „jeden Vorwand zu Gewaltschritten“ nehmen. Die Regierung bezwecke „nur einen *solchen* Losbruch“, der „für uns im ungünstigen, für die Regierung im günstigen Moment geschieht“. Wie sein Freund Marx fand auch Engels die Zeit immer „ungünstig“ für einen Widerstand gegen die preußische Regierung. Er beendete seinen Artikel mit einer Bedrohung: „*Arbeiter Kölns, denkt an den 25. September!*“ (MEW 6, S. 468).

Was war am 25. September 1848 geschehen, wovor Engels Angst hatte? Am 25. September 1848 befreiten die Arbeiter ihre Anführer Moll und Wächter aus den Händen der Polizei. So kam es zu Konflikten zwischen Volk und Militär. Um den Weg zum Zeughaus zu sperren, begannen die Arbeiter, Barrikade zu bauen. Moll rief die Arbeiter zu einer Volksversammlung auf (Becker 1963, S. 134). Trotz des Verbotes erschienen die Arbeiter auf der von Moll aufgerufenen Versammlung (RhBA II/2, S. 437). So hielt am 25. September der mit Haftbefehl gesuchte Moll auf dem Platz eine revolutionäre Rede (Stein 1921, S. 72). Die Arbeiter bauten

Barrikaden und so war in kurzer Zeit das gesamte Viertel um den Alten Markt mit umgestürzten Bauwagen, Laternenpfählen, aufgehäuften Pflastersteinen usw. unpassierbar gemacht (Seyppel 1985, S. 108). Sie hatten zwar bei diesem Kampf eine Niederlage erlitten, aber sie hatten immerhin gekämpft.

Im Gegensatz zu Engels zogen die Arbeiter aus ihren Kampferfahrungen vom 25. September eine positive Lehre, wie in der *Freiheit Arbeit* vom 10. Juni 1849 deutlich ausgedrückt wurde: „Die Freiheit ist kein Plakat, welches man an den Straßen liest. Sie ist eine lebendige Macht, die man in sich und um sich fühlt“ (FA 1849, S. 125).

Am 6. Mai 1849 versuchte Engels in der *NRhZ*, die Arbeiter diesmal wegen der in Köln stattfindenden Kongresse zur „Vernunft“ zu bringen. Er erzählte in seinem Artikel, wie im Juni 1848, Gerüchte von den „Vorbereitungen der Militärbehörde“. Es seien „Maßregeln“ getroffen worden, „die geradezu den Anschein haben, als wolle man Unruhen provozieren“. Man spreche „ebenfalls wieder von *Verhaftungen*“. Er wiederholte seine Warnung am Ende seines Artikels nochmal, es sei „von der höchsten Wichtigkeit“, dass „die *Arbeiter* von Köln alles aufbieten“, damit dem Militär „*auch nicht der mindeste Verwand*“ gegeben werde, „hinter den sie ihre Gewaltstreiche verstecken können“ (MEW 6, S. 471f.).<sup>349</sup>

Es scheint so, dass die Kölner Arbeiter die leeren Warnungen und Bedrohungen von Engels nicht ernst nahmen. Am 14. Mai 1849 teilte der Oberst Friedrich Engels eine besonders alarmierende Nachricht mit, dass in der Nacht eine mit „Infanteriegewehren bewaffnete Bande von 40 bis 50 Mann die Telegrafestation bei Straßenhof vollständig“ zerstört habe. Die „Bande“ sei dabei „ganz militärisch“ verfahren, indem sie den Haupttrupp zurückhielt und eine Vorhut von 16 bis 20 Mann gebildet habe (Kühn 1934, S. 237). Das musste beunruhigend auf die Kölner Behörde gewirkt haben, weil in Behördenkreisen mit Erhebungen gerechnet wurde, und ein reibungsloser Telegraphenverkehr war deswegen besonders wichtig, um auf schnellstem Wege die benötigten Verstärkungen herbeizurufen. Durch diese Aktion wurde die Verbindung nach Berlin lahmgelegt (Schraepler 1972, S. 343).

Carl Vogt kritisierte 1859 Marx zurecht, dass dieser unter dem „Vorwande absoluter Prinzipienherrschaft, jedem ernsteren Streben entgegen und der Reaktion in die Hände“ gearbeitet habe. Es sei bekannt, wie die *NRhZ* im Jahre 1849 „von jeder Teilnahme an der

---

<sup>349</sup> Am 6. Mai 1849, an dem Engels ausgerechnet über hypothetische „Vorbereitungen der Militärbehörde“ berichtete, um die Arbeiter weiter in Schach zu halten, fand in Köln ein Provinzialkongress sämtlicher Arbeitervereine Rheinlands und Westfalens statt (FBA 1849, S. 83f.). Der Kongress wurde mit 120 Abgeordneten aus 26 Vereinen unter dem Präsidium Schappers abgehalten. Merkwürdigerweise „sagen die Quellen darüber nichts Näheres aus“ (Dowe 1970, S. 237).

Bewegung abmahnte“ (Vogt 1859, S. 137). Tatsächlich forderten Marx/Engels in jedem ausschlaggebenden Moment, wie im entscheidenden Augenblick im Mai 1849, die Arbeiter auf, sich zu bücken und gegen die Unterdrückung der Herrschenden keinen Widerstand zu leisten. Sie strebten danach, die Interessen der Arbeiter den Interessen der Bourgeoisie unterzuordnen. Deswegen forderten sie die Arbeiter ständig auf, die Bourgeoisie abzuwarten, bis die bürgerliche Nationalversammlung sich als „souverän“ erkläre und die Bourgeoisie den Kampf mit dem Adel aufgenommen hätte. Sogar in der letzten Nummer der *NRhZ* vom 19. Mai 1849 vergaßen Marx/Engels nicht, Arbeiter „vor jedem Putsch“ zu warnen. Es kam zum wiederholten Mal ein Appell an die Arbeiter Kölns, sich von Aktionen fernzuhalten:

Wir warnen euch schließlich vor jedem Putsch in Köln. Nach der militärischen Lage Kölns wäret Ihr rettungslos verloren [...]. Der Belagerungszustand in Köln würde die ganze Rheinprovinz demoralisieren, und der Belagerungszustand wäre die notwendige Folge jeder Erhebung von eurer Seite in diesem Augenblicke. Die Preußen werden an eurer Ruhe verzweifeln (MEW 6, S. 522f.).

In der Realität sind Aufständen und Rebellionen, die Marx/Engels als „Putsch“ über Bord werfen wollten, für arbeitende Klassen und Besitzlosen ein Lernprozess. Denn die für unmündig gehaltenen Arbeiter und Besitzlosen haben nur in den Aufständen und Rebellionen die Möglichkeit, die Kompetenz zur Mitgestaltung von Politik und Gesellschaft zu gewinnen.

Im Gegensatz zu Marx/Engels organisierten Weitling und Martens im Mai 1849 in Hamburg unter der harmlos klingenden Bezeichnung eines „Spazierganges“ des Arbeiterbildungsvereins eine Massenkundgebung (Berg 1981, S. 58; Voss Louis 1987, S. 36) zur Solidarität mit dem Kampf in Süddeutschland. Weitling stand hier mit den anderen Kommunisten an der Spitze der Bewegung und gehörte als „Ausgewiesene[r] und Illegale[r]“ zu den Hauptrednern der Massenkundgebung am 28. Mai 1849, zu der der Arbeiterbildungsverein aufgerufen hatte, an der 4.000–5.000 Menschen teilnahmen (Breuilly/Sachse 1984, S. 278) und wo auch die roten Fahnen mitgeführt wurden. Es herrschte eine revolutionäre Stimmung in Hamburg. Auf der anschließenden Kundgebung rief Weitling zur Einigkeit der revolutionären Kräfte der Arbeiter und Besitzlosen auf und warnte vor den Konsequenzen einer Zersplitterung der Bewegung. Auf der Versammlung wurde auch die Hamburger Regierung dafür kritisiert, dass sie sich der Volksbewaffnung widersetzt hatte (ebd., S. 335).

Karl Bruhns Brief vom 2. Dezember 1848 bestätigt die Verbindung zwischen der nord- und süddeutschen revolutionären Bewegung.<sup>350</sup> „Unklar“ finden jedoch Seidel-Höppner und Rokitjanski, ob „das Verhältnis“ zwischen Weitlings *Befreiungsbund* und dem *Bund der Kommunisten* bestand. Dazu bedürfe es weiterer Untersuchungen. „Jedenfalls“, geben sie dann doch zu, „arbeiteten in Berlin wie in Hamburg Mitglieder des Bundes der Kommunisten mit Weitling“ zusammen (Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 149).<sup>351</sup> Weitlings *Maßregeln in der nächsten Revolution*, seine eigene Aussage zur Verbindung zu den Führern der radikalen Demokraten in Hamburg und Schleswig-Holstein (RdA 1851, S. 110), die Aktivitäten des *Befreiungsbundes* im Volkswehr und Weitlings Zusammenwirken in Presse und Klub sprechen dafür, dass Weitling in dieser Zeit in jene von Radikaldemokraten und Kommunisten organisierte Bewegung fest eingebunden war (Seidel-Höppner 2014, S. 1227f.).

Marx' Ausweisung vom 11. Mai 1849 wurde ihm am 16. Mai zugestellt. Demnach habe Marx als der Redakteur der *Neuen Rheinischen Zeitung* wegen „Aufreizung zur Verachtung der bestehenden Regierung“ sein „Gastrecht“ missbraucht. Er müsse Deutschland binnen 24 Stunden verlassen (MEW 6, S. 503). Da kam es dann Marx gelegen, mit der Herausgabe der Zeitung gleich aufzuhören. Denn im Frühjahr 1849 waren die „pecuniären Verlegenheiten“, welche sich der Herausgabe der *NRhZ* entgegenstellten, unüberwindlich geworden.<sup>352</sup> Selbst die Setzer wurden „auführerisch“, und als sie einmal längere Zeit keinen Lohn erhalten hatten, zeigten sie ihren Entschluss, nun bald feiern zu wollen, durch die mit großen Lettern in der Druckerei aufgehängte Inschrift an: „In Geldsachen hört die Gemütlichkeit auf“ (Bauer 1989, S. 28). Am 19. Mai 1848 erschien die letzte Nummer der *Neuen Rheinischen Zeitung* (MEW 6, S. 505) und verließen Marx/Engels Köln.

Karl Schapper verließ ebenfalls am 25. Mai 1849 Köln in Richtung seiner Heimat Nassau. Er gründete dort Arbeitervereine und hielt auf Versammlungen radikale Reden. Ihm wurde

---

<sup>350</sup> Karl Bruhn schrieb an Johann Philipp Becker, der in Süddeutschland mit Willich zusammenkämpfte, dass „in der Holsteinischen Armee ein ungeheures revolutionäres Element ist“ (Koszyk/Obermann 1975, S. 226).

<sup>351</sup> Ob Weitling über Karl Bruhn, so unsicher sind Seidel-Höppner und Rokitjanski wieder, mit dem bekanntlich „seit Oktober 1848 von der Schweiz her agierenden *Wehrbund Hilf Dir* in Verbindung“ stand, „bedarf“ nach ihrer Meinung „noch Untersuchung“ (Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 150f.). Doch wie bewiesen wurde, stand Weitling seit Oktober 1848 mit Bruhn in Verbindung (Becker 1974, S. 434), der wiederum in direkter Verbindung mit *Wehrbund Hilf Dir* stand. Weitlings Beziehung zu Karl Bruhn ist auch in einem Brief von Eduard von Reichenbach (1812–1869), der am 29. Oktober 1848 auf dem Demokratenkongress Mitglied des neuen Zentrallausschusses gewählt wurde, dokumentarisch belegt. Reichenbach fragte in seinem Brief vom 6. April 1849 an Bruhn, ob sein „Brief mit dem Manuskript an Weitling [...] übergeben“ worden sei (Becker 1974, S. 434). Es könnte sich um einen Beitrag Weitlings für die Zeitschrift *Verbrüderung* handeln.

<sup>352</sup> Marx unternahm von Mitte April bis Anfang Mai 1849 eine Reise durch mehrere Städte Nordwestdeutschlands und Westfalens, um Geldmittel zur weiteren Herausgabe der *Neuen Rheinischen Zeitung* bei den Kaufmännern zu erlangen. Er schrieb am 23. April aus Hamburg, wo er „Kaufmann Rohde“ als Briefadresse gab, an Engels in Köln, dass er in Bremen „nichts“ bekommen habe (MEW 27, S. 135). Er bekam auch in Hamburg nicht die gewünschten Geldmittel.



vorgeworfen, in einer öffentlichen Versammlung vom 12. Juni 1849 gesagt zu haben, „man solle die Waffen ergreifen, sich nicht fürchten vor dem Champagnersäufer und dem Kartätschenprinz“. So wurde er des „Hoch- und Landesverrats“ bezichtigt und noch dazu wegen Majestätsbeleidigung angeklagt (Kuhnigk 1980, S. 198).<sup>353</sup> Am 13. Juni 1849 wurde Schapper erneut festgenommen und nach achtmonatiger Haft erst am 15. Februar 1850 freigesprochen.

Im Frühsommer 1849 kehrte Gottschalk nach dem Tod seiner erkrankten Schwester nach Köln zurück und praktizierte hier als Armenarzt weiter. Als die Stadt im Sommer 1849 von einer schweren Cholera-Epidemie heimgesucht wurde, ging er „als erster und tagelang einziger Arzt“, in die verseuchten Armenviertel (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 191). Er steckte sich an und starb am 8. September 1849 nach eintägigem Krankenlager. Sein Leichenbegängnis gestaltete sich zu einer großartigen Kundgebung. „Schon um 4 Uhr“, so berichtete Hölscher,<sup>354</sup> „wogte eine unzählige Menschenmasse in der Umgegend des Sterbehauses, um 5 Uhr waren alle nahen Straßen gedrängt voll von Leidgenossen, die dem Toten die letzte Ehre“ erweisen wollten. Man strömte „haufenweise zu dem Paradebette des Volksmannes und es schien, als ob man aller Furcht vor Ansteckung spottete, die bei Choleraleichen bekannter Weise“ stattfinden sollte. Der Zug bewegte sich zum Friedhof. „Mitten in einem weiten Feld, wo die armen Leute bestattet werden, da hatte man sein Grab gemacht, da nun legte man ihn hin, mitten unter jenem Arbeitsvolke, für das er gelebt und mit dem er gelitten“ habe (Hölscher 1849; zit. nach Stein 1921, S. 105).

Nach Gottschalks Tod verbreiteten die Herrschenden über ihn immer noch Gerüchte, um ihn in den Augen der Arbeiter und Besitzlosen zu diskreditieren. Diesmal erklärte die Sanitätskommission der Stadt Köln, Gottschalk sei ein „bezahlter Arzt“ gewesen, er habe während der Cholera-Epidemie täglich 5 Taler erhalten, außerdem habe ihm die Stadt Köln in der letzten Zeit einen Wagen gestellt und ihn zu den Kranken gefahren (Stommel 1964, S. 105). All den abwertenden Zitaten, die in der Literatur über Gottschalk in so reichem Maße

---

<sup>353</sup> Während Schapper im Gefängnis war, starben Schappers Frau Susanna und ihr neu geborenes Baby gleich nach der Geburt in Köln (Kuhnigk 1980, S. 209f.). Die drei anderen Kinder wurden von Lassalle und Freiligrath aufgenommen, bis Schapper aus dem Gefängnis entlassen wurde (BdK 2, S. 30).

<sup>354</sup> Hölscher war Kandidat der Mathematik und seit Mitte 1844 zur Ausbildung als Feldmesser und Katasterarbeiter in Köln bei der Regierung, Abteilung für die Verwaltung der direkten Steuern, Domänen und Forsten beschäftigt. Im September 1849 gab er im Selbstverlag eine Schrift heraus mit dem Titel *Kommunismus*, die ihm seine Stelle kostete. Er wurde „wegen regierungsfeindlicher Ideen“ entlassen (Stein 1921, S. 105). Alexander Günther bestätigt Anfang November 1849, dass H. Hölscher der Herausgeber der Biografie-Broschüre von Gottschalk sei. Er habe dabei jedoch die „Unvorsichtigkeit“ begangen, „ein Buch über den Communismus zu schreiben“, was seine Amtssuspension zur Folge hatte (Günther 1849; zit. nach Herres 1998d, S. 124f.).

Verwendung finden, ist ein einziges entgegengesetzt. Georg Herwegh schrieb nämlich am 15. September 1849 an seine Frau:

Der Gottschalk ist auch heimgegangen, ein Opfer der Cholera und seines *dévouement* [Hingabe]. Sein Tod hat mir bittere Tränen gekostet. Er war eine der edelsten und energischsten Naturen, denen ich begegnet (Herwegh 1898, S. 295).

Das Urteil von Gottschalks Genossen, Arbeitern und Tagelöhnern drang jedoch nicht in die historische Literatur über seine Zeit, wohl aber das seiner bürgerlichen und marxistischen Gegner Gottschalks.

In Hamburg beschlagnahmte am 19. August 1849 die Polizei Weitlings Papiere bei einer Hausdurchsuchung. Denn Weitlings allernächsten Kampfgefährten Carl Starke, bei dem Weitling wohnte, war in der von Weitling gegründeten Volkswehr aktiv und „compromittirte“ mit Johann Bögewitz zusammen „bei den Exzessen gegen die in Hamburg einmarschierende preußische Militär“ (Wermuth/Stieber 1854, S. 123f.). Die aus Schleswig-Holstein zurückgekehrten preußischen Truppen marschierten im August 1849 in Hamburg ein. Die „ungemein aufgeregte Bevölkerung“ machte den Versuch, der Truppe durch Sperrung des Stadttores den Eintritt zu wehren. Gegen Abend wuchs der Aufstand. Als der Oberst der Bürgergarde seine Bürgermänner nach dem Alarmplatz rief, stieß ein Teil der Gardisten zu der Menge (Laufenberg 1911, S. 146).<sup>355</sup>

Die „Preußen Katastrophe“, so nannte Weitling sie in der *RdA*, sei durch den „Ungehorsam einiger Leutnants des Bundes in Hamburg“ herbeigeführt worden, „welche für alle Fälle angemessene Ordre hatten, nur keine Ordre zum Losschlagen, weder von mir, dem sie allen zu folgen hatten, noch von den Führern der Demokraten in Hamburg, noch von den Führern in Schleswig-Holstein“. Nach der „Preußen Katastrophe“, schrieb er 1851 in der *RdA*, „entging ich durch die Wachsamkeit der Bundesmitglieder dem Gefängnis“ (RdA 1851, S. 110). Seine Genossen stellten in den Straßen Wachen aus, um ihn zu retten und zu verstecken. Das Hamburger Bezirkskomitee der *Arbeiterverbrüderung* meldete am 20. August 1849 dem Leipziger Zentralkomitee folgendes: „Den Weitling und einige andere hat man auch schon nachgespürt, sind aber entwischt“ (Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 152f.). Als Weitling

---

<sup>355</sup> Schon vor der „Preußen Katastrophe“ liefen gegen Weitling und den *Befreiungsbund* polizeiliche Ermittlungen. Der „Hausknecht“ Carl Wilhelm Theodor Timm wurde am 4. August 1849 wegen der Verletzung eines Bürgersohnes verhaftet. Bei der Hausdurchsuchung fand die Polizei die Beweise dafür, dass Timm dem *Befreiungsbund* als Mitglied und der Volkswehr als Feldwebel, also zwei „gesetzwidrigen Vereinen“ angehörte. Die „sofort eingeleitete Untersuchung“ und ein Auslieferungsantrag liefen bereits bei der für Weitling zuständigen Polizeibehörde, bevor die Preußen kamen. Die Polizei konnte ihn jedoch nicht vorher festnehmen, da er nicht auffindbar war (Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 153).

in der zweiten Hälfte von August 1849 auch aus Hamburg vertrieben wurde, hatte er in seinem Reisegepäck u.a. bezeichnenderweise einige Nummern des Schlöffels Blatt *Der Volksfreund* und Gottschalks Blatt *Freiheit Arbeit* (Seidel-Höppner 2014, S. 1229).

Die in Hamburg veröffentlichten Flugschriften, die Neuauflage von Weitlings Broschüre *Ein Nothruf an die Männer der Arbeit und Sorge*, die neue dritte Auflage seiner Broschüre *Menschheit*, die dritte, überarbeitete Auflage seiner *Garantie* im Februar 1849 sprechen jedenfalls für ein „lebhaftes Interesse“ an seinen Werken in der Revolution von 1848/1849. Die „Hamburger Verhörprotokolle“ der Mitglieder des *Befreiungsbundes* belegen ebenfalls den Einfluss Weitlings Schriften auf kommunistische Arbeiterkader (ebd., S. 1222). Weller, der u.a. diese Schriften annoncierte, schätzte seine Werke höher „als alle politischen Freiheitsredner“ (Weller 1967, S. 30ff.) und übernahm die Verbreitung Weitlings Schriften (Weber 1970, S. 325).<sup>356</sup> Die von Zensurbehörden zusammengestellten Verbotslisten beweisen, dass die Nachauflagen Weitlings Bücher in der Revolutionszeit „die Spitzenpositionen“ hatten (Seidel-Höppner 2014, S. 1100).

Der Hamburger Polizeisenators bezeugt in seinem Ende 1849 verfassten Ermittlungsbericht, dass Weitling sich „des ihm gewordenen Auftrags mit großer List und leider auch mit Erfolg zu entledigen gewußt“ habe, „indem er unter der Maske eines wissenschaftlichen Arbeitens sich hingehenden harmlosen Literaten heimlich hier und in Altona Sektionen errichtet und eine nicht unbeträchtliche Anzahl Mitglieder demselben zugeführt hat. Dieser Ermittlungsbericht wendete sich an „sämtliche Sicherheitsbehörden Deutschlands“ mit dem Ersuchen, „diesem gefährlichen Treiben unausgesetzt schärfte Aufmerksamkeit“ zu widmen (Barnikol 1929, S. 225ff.).

Über die Aktivitäten von Marx/Engels in Deutschland nach dem Weggang aus Köln „liegen nur die Darstellungen von Engels“ in der Schrift zur „*Reichverfassungskampagne*“ (Nippel 2018, S. 57) und in seiner Würdigung von Wilhelm Wolff, die er 1876 verfasst hatte, vor (MEW 19, S. 83f.). Es wurden außer diesen strittigen Darstellungen, die von späteren Untersuchungen über den badischen Aufstand widerlegt worden sind (Sperber 2013, S. 247), keine Dokumente überliefert. Nach Engels Schilderungen fuhren Marx und er selbst zunächst nach Frankfurt, denn sie wollten dort einige linke Abgeordnete „mit dringenden Worten“ dafür gewinnen (Hundt 1993, S. 583), dass die badische „*Revolutions-Armee*“ (Wermuth/Stieber 1854, S. 72) „zum Schutz der Nationalversammlung“ in Richtung Frankfurt marschiere. Sie appellierten

---

<sup>356</sup> Trotz des Verbots Weitlings *Evangelium* im Buchhandelsvertrieb wurden dreihundert Exemplare Anfang 1848, bevor Weitling nach Europa kam, von Zürich aus nach Deutschland heimlich geschmuggelt und verbreitet (Seidel-Höppner 2014, S. 1222).

auch an Einheiten der Aufständischen in Mannheim und Ludwigshafen, loszumarschieren, um die bürgerliche Nationalversammlung zu schützen. Ebenso in Karlsruhe versuchten sie vergeblich, den Landesausschuss der badischen Volksvereine, der praktisch als De-facto-Regierung nach der Flucht von Großherzog und Regierung war, wiederum für den Schutz der Nationalversammlung zu gewinnen (MEW 19, S. 83f.).

Marx kontaktierte dann in der Pfalz, die ihre Unabhängigkeit von Bayern erklärt hatte, die dortige provisorische Regierung, bei der sein „alter Freund“ d’Ester als Berater arbeitete. Er ließ sich von d’Ester „namens des nur noch auf dem Papier bestehenden Zentralausschusses der Demokraten“ eine Vollmacht geben (Nippel 2018, S. 58) und ging mit dem „Mandat des demokratischen Zentralausschusses“ nach Paris, um vermeintlich „bei den französischen Sozial-Demokraten die deutsche revolutionäre Partei zu vertreten“ (MEW 7, S. 146). Doch in dem Feuilleton der *Kölnischen Zeitung*, wie Marx in einem Brief vom 7. Juni 1849 aus Paris an Engels in Kaiserslautern selbst zitierte, stand die folgende Meldung über seine Gespräche mit den demokratischen Republikanern:

Auf Herrn Marx, den Redakteur der [*Neuen*] *Rheinischen Zeitung*, ist man nicht gut zu sprechen. Derselbe soll der provisorischen Regierung erklärt haben, seine Zeit sei noch nicht gekommen; er werde sich vorläufig zurückziehen (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 26).

In Paris erklärte Marx dennoch in einem offenen Brief an die Presse, dass er sich nur zwecks wissenschaftlicher Forschungen in Paris aufhielte. Er schrieb in Paris an den Redakteur der Zeitung *La Presse* eine Erklärung, die am 30. Juli 1849 erschien. Hier machte er deutlich, dass er „nicht“, wie es die Zeitung behauptete, „als Flüchtling gekommen, sondern aus freien Stücken“, nämlich „mit einem ordentlichen Paß und dem alleinigen Ziel“, um die Materialien für seine „bereits vor fünf Jahren begonnene Arbeit über die Geschichte der politischen Ökonomie zu ergänzen“ (MEW 6, S. 529).

Marx wollte jedoch auf jeden Fall verhindern, dass die „elenden Deutschen“, sprich die deutschen Kommunisten in Paris, mit denen er „jedes Zusammentreffen“ vermeide, die Meldung der *Kölnischen Zeitung* über ihn erfahren. Denn die „elenden Deutschen“ würden diese Meldung „breit durch Paris zu schlagen suchen“. Daher diktierte er Engels seine Version der Geschichte. Marx halte es außerdem „deshalb für gut“, wenn Engels und seine Freunde in der *Karlsruher* oder *Mannheimer Abendzeitung* geradezu „in einem Korrespondenzartikel“ erzählen, dass Marx „als Repräsentant des *demokratischen Zentralkomitees* zu Paris“ sei (MEW 27, S. 138).

Nach Marx' Abreise in Richtung Paris blieb Engels zuerst in Deutschland. Er schrieb in einem Brief vom 23. August 1849 aus der Schweiz an Weydemeyer in Frankfurt, dass er selbst in Hessen und in der Pfalz „so viel Arretierungen“ erlebt hätte (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 45). So sei er von den hessischen Truppen „als der Teilnahme am Aufstande verdächtig“ und „verhaftet“ worden (MEW 7, S. 146). Die provisorischen Regierungen hielten Engels als einen preußischen Spion fest.

Es ist höchst bemerkenswert, dass die preußischen Behörden Engels als „einen unschuldigen preußischen Zeitungsherausgeber“ gegen die „Schreckensherrschaft“ der Aufständischen in der Pfalz, nämlich gegen provisorische Regierungen, in Schutz nahmen. Nach dem Badischen Aufstand urteilten die preußischen Militärgerichte die Aufständischen in mehr als 3.000 Prozessen ab. Die bayerischen Justizbehörden veranstalteten einen Schauprozess gegen die Revolutionäre, nachdem die Preußen einige Jahre später in der Pfalz ihre Ordnung wiederhergestellt hatten. Die preußischen Behörden untermauerten bezeichnenderweise ihre Anklagen mit einem Pamphlet, das beweisen sollte, dass die Aufständischen in der Pfalz eine „Schreckensherrschaft“ entfesselt hätten, indem sie beispielsweise „einen unschuldigen preußischen Zeitungsherausgeber“, der niemand war außer Friedrich Engels, verhaftet hätten (Sperber 2013, S. 247).

Es gehört nicht zur Aufgabe der vorliegenden Arbeit, Einzelheiten des bewaffneten Kampfes in Süddeutschland zu schildern. Es muss jedoch die Teilnahme der Kommunisten an diesem Kampf nochmals hervorgehoben werden. In Baden kämpften in der Volkswehr, die etwa 6.000 Freiwillige zählte, meist Arbeiter u.a. aus Hamburg, Berlin, Köln, Polen, Ungarn, Frankreich und insbesondere aus der Schweiz. In der Volkswehr in Baden kämpfte neben Fritz Anneke auch Jean Joseph Jansen, der bekanntlich nach Gottschalks Verhaftung der Präsident des Kölner Arbeitervereins war und gegen den auch ein Haftbefehl verordnet wurde. Nach dem Haftbefehl verließ Jansen Köln, ging zu Willich und nahm am Badischen Aufstand teil. Er fiel am 21. Juni 1849 in die Hände der Preußen und wurde am 20. Oktober erschossen (Czobel 1925, S. 326ff.).

Auch Leutnant Bernigau, der den Begründern der Kölner Bundesgemeinde angehörte und sich nach seiner Entfernung aus dem Dienst ganz in den Dienst der entstehenden sozialistisch-kommunistischen Bewegung stellte (Stommel 1949, S. 66f.), war eine führende Persönlichkeit der revolutionär gesinnten Offiziere. Er war ebenfalls neben Gottschalk „einer der Kölner Abgesandten zum zweiten demokratischen Kongresse“ vom Juni 1848, wo „die Kölner die allerradikalste Gruppe bildeten“. Im revolutionären Krieg kommandierte Bernigau ein Landwehrbataillon, geriet in preußische Gefangenschaft und wurde am 20. Oktober 1849 in

Rastatt ebenfalls erschossen (Czobel 1925, S. 323.). So fielen die führenden Kommunisten aus dem Kölner Arbeiterverein, der ehemalige Leutnant Bernigau und der Geometer Jansen, den standrechtlichen Erschießungen (ebd., S. 327).

In der Volkswehr gab es ein Mannheimer und Karlsruher Arbeiterbataillon, eine Schwäbische und eine Flüchtlingslegion. Das Arbeiterbataillon, in dem 800 Mann „unter roten Fahnen“ u.a. die Kommunisten Joseph Moll, Gebert aus der Schweiz, Haude und Müller aus dem Kölner Arbeiterverein marschierten, kommandierte August Willich (Hundt 1993, S. 587f.). Gustav Schlöffel, der treue Anhänger Weitlings, fiel am 21. Juni 1849 „in der Schlacht bei Waghäusel“ in Baden. Nur eine Woche später, am 28. Juni 1849, fiel auch Joseph Moll im „Revolutionskrieg in Baden“ (Wermuth/Stieber 1853, S. 70).

In den Augen des preußischen Staates waren die badischen Revolutionäre entweder Verführte oder Verführer, jedenfalls moralisch verwerfliche Subjekte. Es ist hier zu bemerken, dass auch Marx/Engels entsprechend ihrer politischen Haltung die ganze badisch-pfälzische Revolution, bei der viele Kommunisten, wie u.a. Moll, Schlöffel, Jansen, Bernigau, gefallen waren, überhaupt nur für einen „Ulk“ hielten (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 36).

Da Marx wusste, dass er ein „Reputationsproblem“ (Nippel 2018, S. 58) gegenüber der revolutionären Bewegung hatte, verständigte er sich schon im Juli/August 1849 mit Engels brieflich darauf, dass dieser seine Erinnerungen über den pfälzisch-badischen „Ulk“ nach seinen Wünschen niederschreibe. Ihm schien Engels' Beteiligung als Journalist am badischen „Ulk“ u.a. aus dem Grund sinnvoll gewesen zu sein, dass er dadurch „die schönste Gelegenheit“ erhalten habe, darüber „eine Geschichte oder ein Pamphlet“ zu schreiben.

Für Engels war es auch wichtig, dass „einer von der NRhZ dabei war“, wie dieser in einem Brief vom 25. Juli 1849 an Jenny Marx schrieb, da „alles demokratische Lumpenpack in Baden und in der Pfalz“ gewesen sei und nun „mit nichtgetanen Heldentaten renommiert“ habe. Es würde nach Engels „wieder geheißen haben: die Herren der NRhZ seien zu feig sich zu schlagen“ (MEW 27, S. 501). Um die Feigheit der „Herren der NRhZ“ zu verschleiern, suggerierte Engels in seiner Geschichte der „Reichsverfassungskampagne“ „eine Einheit“ zwischen NRhZ und ‚Partei des Proletariats‘, „die es während des Revolutionsjahres nicht gegeben hatte“ (Nippel 2018, S. 59).

Im Gegensatz zu Marx/Engels wurde in einem anonymen Artikel in der letzten Nummer der *Freiheit Arbeit* vom 24. Juni 1849 die Bewegungen in der Pfalz und in Baden begrüßt, da die „Blicke aller Deutschen voll banger Hoffnung“ auf den Kampf in der Pfalz und in Baden gerichtet seien: „Sie haben endlich einsehen gelernt, daß sie von unverständenen Redensarten

zu Taten und von der Schärfe des Wortes, die im gesinnungstüchtigen Schimpfen sich kundgab, zu der Schärfe des Schwertes und der Sensen kommen mussten“ (FA 1849, S. 131). Der revolutionäre Krieg in Baden, an dem sich zahlreiche Kommunisten und Arbeiter beteiligten, wurde im Mai und Juni 1849 vom preußischen Staat mit militärischen Mitteln niedergeschlagen. Die revolutionären Kräfte in Südwestdeutschland, die bisher die Revolution vorangetrieben hatten, erlitten zwar eine Niederlage. Sie hinterließen jedoch im demokratischen Traditionsbewusstsein bleibende Spuren.

„Wir führen auf rein bürgerlichem Wege noch einmal den Krieg der Bourgeoisie gegen den feudalen Absolutismus. [Denn] [d]as goldne Kalb [der Bourgeoisie] ist mächtiger als alle die andern Kälber, die auf den Thronen der Welt sitzen.“

Karl Marx – Juli 1849

„Eine Republik der Arbeiter ist möglich und muß für den Arbeiter ein angenehmeres Leben bieten, als eine Republik aus Arbeitern und privilegierten Müßiggängern bestehend, welche letztere die Arbeit unter dem Joche der Geldsäcke halten. Oder glaubt ihr, die Arbeiter würden heulen und flennen, wenn es morgen keine Müßiggänger mehr gäbe? Nicht die Probe. Aber was würden die Müßiggänger anfangen, wenn sie für sich eine Republik bilden sollten? Jedenfalls würden sie an zu arbeiten fangen.“

Wilhelm Weitling – Januar 1850

## **C. Konflikte zwischen der Arbeiterführung und Marx/Engels nach der Revolution von 1848/1849**

### **I. Herbst/Winter 1849/1850: Verschärfung der Konflikte**

Das Kapitel I vom Hauptteil C beginnt mit der Darstellung und Bewertung der Konflikte zwischen den führenden Bundesmitgliedern und Marx, nachdem sie nach der Niederschlagung der Revolution von 1848/1849 in London angekommen waren. Zuerst werden die im Zeitraum von Herbst/Winter 1849 in London verschärften Konflikte zwischen der Arbeiterführung und Marx/Engels im Flüchtlingskomitee, im Arbeiterverein und im *Bund der Kommunisten* behandelt. Folgend geht das Kapitel I der Frage kritisch nach, warum, wie und auf welche Weise Marx in London wieder Mitglied der Zentralbehörde des *Bundes der Kommunisten* wurde, die er bekanntlich im Mai 1848 mitten in der Revolution mit Hilfe seiner diktatorischen Vollmacht auflöste.

In diesem Kapitel werden außerdem Weitlings politisch/organisatorische Tätigkeiten unter deutschen Arbeitern in den USA geschildert und das politische Programm seiner Zeitschrift *Republik der Arbeiter* (RdA), die „die Partei der Arbeit unter einer Fahne“ zu sammeln bezweckte, dargelegt. Auch Marx/Engels' Monatszeitschrift *Neue Rheinische Zeitung – Politisch-ökonomische Revue* (NRhZ-Revue), von der Marx/Engels als ein „literarisches und kaufmännisches Unternehmen“ sprachen, wird geschildert, und es findet eine



Auseinandersetzung mit den dort erschienenen Streitschriften von Marx/Engels gegen Kommunisten und demokratische Republikaner statt.

Anschließend wird in einem Exkurs nach der Autorschaftsfrage der Schriften der Französischen Revolution nachgegangen. Hier wird die vermeintliche Marx' Autorschaft der Schriften über die Französische Revolution in Frage gestellt und dabei die These vertreten, dass Marx die Schriften von Ernst Dronke über die Französische Revolution mit seinen national-ökonomischen Ideen vermischte und unter seinem eigenen Namen in der *NRhZ-Revue* vom März bis Oktober 1850 veröffentlichte.

### **1. Konflikte im Londoner Flüchtlingskomitee, im Arbeiterverein und im Bund**

Weitling flüchtete am 24. August 1849 mit Hilfe seiner Genossen aus Hamburg und ging nach London, nachdem die Polizeibehörden am 19. August 1849 in der Wohnung seines Kampfgenossen August Starke eine Haussuchung durchgeführt und zwei Koffer mit Materialien und Büchern von Weitling beschlagnahmt hatten (Barnikol 1929, S. 225ff.). Auch Marx verließ Paris und kam gegen Ende August 1849 in London an.

London war nach der Niederschlagung der Revolution der Sammelpunkt der Emigranten Europas. Die Stadt nahm die Flüchtlinge der „verschiedensten politischen Richtungen“ Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Polens und Ungarns auf, nach denen „wegen ihrer Gesinnung“ durch die Polizeibehörden gefahndet wurde (Schraepler 1972, S. 350ff.). Die britische Regierung „offered asylum, but not the means of giving the refugees their daily bread“ (Lattek 2006, S. 42). Die Not der politischen Emigranten in London war deswegen außerordentlich groß. Die Mehrzahl von ihnen lebte unter kümmerlichen Verhältnissen völlig verarmt. Den deutschen politischen Flüchtlingen in London ging es jedoch besonders schwer, denn sie waren arbeitslos, ihre Unterkunftsverhältnisse waren sehr prekär, und es blieb ihnen manchmal keine andere Wahl, als in Parks oder auf der Straße zu schlafen (Sperber 2013, S. 271ff.).

In den zahllosen Marx-Biografien wurde immer wieder erzählt, dass Marx in London im „Flüchtlingselend“ gelebt habe. Es ist richtig, dass er in den ersten Monaten seines Aufenthalts in London kein luxuriöses Leben führte, wie er es während der Revolution von 1848/1849 in Köln geführt hatte. Wie schon erwähnt wurde, hatte er in Köln, abgesehen von den astronomischen Summen, die er bei seinen Werbungsreisen zu Geldmännern von ihnen für seine „Geschäfte“ bekam, 1.500 Taler Jahresgehalt (Gemkow 2008, S. 523). Das war ein „Spitzengehalt, denn mehr als 400 Taler erzielten damals in Köln nur um 5% der Einwohner“.

Marx hatte also „ausgerechnet im Revolutionsjahr“ in Köln mit seinem Unternehmen *NRhZ* „eine bürgerliche Existenz“ aufgebaut (Nippel 2018, S. 47f.). Ein solches Leben hatte Marx in London zwar nicht, jedoch bekamen er und seine Gattin immer wieder durch ihre „moralische Erpressungen“ höhere Geldsummen u.a. von ihren Freunden und Verwandten. Da Marx „ständig über seine Verhältnisse“ lebte (ebd., S. 61f.) und ein Luxusleben wie in Köln zu führen versuchte, reichten die bekommenen größeren Geldsummen selbstverständlich nicht aus. Doch von ein paar monatlichen kurzen Unterbrechungen abgesehen, wie von Herbst 1849 bis Anfang 1850, wohnte Marx mit seiner Familie in London „immer in weiträumigen bis luxuriösen Häusern, zumeist von zwei Dienstboten versorgt“ (Raddatz 1975, S. 157).

Das Geld war immer das Hauptthema in Marx' Leben und daher auch in seinen Briefen. Es ist bekannt, wie Ende Juli 1849 Dronke aus Paris an Weydemeyer schrieb, dass Marx und Dronke schon von Paris aus „an zahllose Leute in Deutschland“ geschrieben hatten, „um die Geldmittel“ für Marx aufzutreiben (Koszyk/Obermann 1975, S. 262). Marx schrieb im Juli 1849 in Paris selbst an mehrere Personen Briefe, in denen er seine „Geldnoth als eine äußerst dringliche“ schilderte. In einem Brief an Lassalle verlangte Marx von diesem für seine „Sache“ absolute „Discretion in Beschaffung des Vorschusses“, während er „in derselben Sache“ jedoch auch an andere Personen schrieb, was Lassalle, wie er in seinem Brief vom 30. Juli 1849 an Marx bemerkte, merkwürdig fand (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 374f.).<sup>357</sup>

Wie bereits erwähnt wurde, war die Not der deutschen politischen Emigranten in London außerordentlich groß. So unternahm das führende Bundesmitglied Sebastian Seiler Anfang September 1849 gleich nach seiner Ankunft in London den Versuch, die Hilfe für die deutschen politischen Emigranten zu organisieren. Er schrieb einen *Aufruf zur Gründung einer Hilfskasse für deutsche politische Flüchtlinge in London* und schlug den deutschen liberalen Zeitungen in Europa und Amerika vor, diesen Aufruf zu veröffentlichen, mit der Spendensammlung zu beginnen und die Gelder an den Kassierer des Londoner Arbeitervereins einzusenden (Rokitjanski/Worobjowa 1980, S. 317). Marx beteiligte sich im September 1849 an den Flüchtlingsarbeiten, weil er selbst dringend an Geld kommen wollte (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 72).

Am 18. September 1849 wurde auf einer Generalversammlung des Londoner Arbeitervereins ein Komitee zur Unterstützung deutscher Flüchtlinge gewählt, dem neben zwei Republikanern – der Gesandte der badischen provisorischen Regierung Karl Blind und der österreichische Professor Anton Füstler – auch Karl Marx, Heinrich Bauer und Karl Pfänder angehörten (BdK

---

<sup>357</sup> Lassalle fand seltsam, dass Marx einerseits von ihm absolute „Discretion in Beschaffung des Vorschusses“ verlangte und andererseits jedoch „in derselben Sache“ nicht nur an ihn, sondern u.a. auch an Freiligrath und Daniels schrieb und ihn „davon kein Wort“ wissen ließ (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 374f.).

2, S. 34ff.). In London existierten auch mehrere Unterstützungskomitees für Flüchtlinge aus Polen, Italien und Ungarn. Im Gegensatz zu anderen Unterstützungskomitees bekam das deutsche Flüchtlingskomitee von Engländern jedoch keine Unterstützung, da Marx wollte, dass die Unterstützungsgelder nicht an eine seriösere Bankadresse, sondern an Heinrich Bauer geschickt werden sollten (ebd., S. 36). Es belastete das deutsche Flüchtlingskomitee, schrieb Dronke in seinem Anfang November 1849 datierten Brief an Weydemeyer, dass „die Deutschen in London fast nichts bekommen“:

Die Ungarn und Italiener haben in England, d.h. von Engländern, schon mehrere Tausend Pfund erhalten, und zwar bloß deshalb [...], weil sie vernünftig genug war[en], in die italienischen und ungarischen Unterstützungskomitees die reichsten Bankiers der City als Kassierer zu ziehen; [...] und da die Engländer wohl an einen Bankier, nicht aber an unsern Freund ‚Schuhmacher H. Bauer‘ Geld schicken (Koszyk /Obermann 1975, S. 276f.).

Dass Marx für sich und für seine Zeitschrift *NRhZ-Revue* dringend Geld suchte (MEW 27, S. 139ff.), bestätigt auch Dronkes Brief. Er teilte Weydemeyer Informationen über Marx mit, die er von seinen Bekannten in London, mit denen er im Briefwechsel stand, bekommen hatte. Demnach soll Marx in London seinen Bekannten gesagt haben, „die *Revue* sei ‚fertig‘ und werde in 2 Tagen von Stapel laufen“. Marx' Behauptung schien ihnen aber nicht glaubwürdig, „da kein Geld in London vorhanden gewesen“ sei (Koszyk/Obermann 1975, S. 276).

Marx brauchte also dringend Geld für sich selbst und für seine eigenen Geschäfte.<sup>358</sup> So unterbrach er die Zusammenarbeit mit anderen Flüchtlingsgruppen in Fragen der praktischen Hilfe für die Flüchtlinge, indem er programmatische Erklärungen und parteipolitische Debatten in der Unterstützungsorganisation ins Feld führte. Dabei lehnte er alle Annäherungsvorschläge ab, denn er wollte die wichtigsten Stellen im Flüchtlingskomitee mit seinen eigenen Männern besetzen und beanspruchte auch hier, wie im *Bund der Kommunisten*, für sich die „uneingeschränkte Führung“, um die Kontrolle der Verwaltung und Verteilung der Unterstützungsgelder zu bestimmen. Das führte selbstverständlich zu scharfen politischen Konflikten und so wurde seine Forderung nach „uneingeschränkter Führung“ abgelehnt. Blind und Fuster verließen inzwischen London (Schraepler 1972, S. 360). Auf die Ablehnung seiner Forderung reagierte Marx schnell, indem er seinen bisherigen Ausschuss am 3. Dezember 1849 in ein *Sozial-Demokratisches Unterstützungskomitee für deutsche Flüchtlinge* umwandelte und

---

<sup>358</sup> Der Journalist Telling, der 1848/1849 für Marx' Blatt *NRhZ* aus Wien korrespondierte, aber dafür von ihm zu wenig Geld bekam, schrieb am 27. September 1849 aus Düsseldorf an Marx in London, ob dieser „in London die N. Rh. Z. mit braunschweigischen Geldern“ restauriere (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 394).

August Willich<sup>359</sup> und Friedrich Engels, die schon aus der Schweiz in London angekommen waren, hineinwählen ließ. Doch der Vorsitzende des Ausschusses blieb Marx selbst, und als dessen Schriftführer wählte er Engels (BdK 2, S. 49ff.).

Gegen Ende des Jahres 1849 begab sich Willich nach London, nachdem er aus der Schweiz ausgewiesen worden war (Schneider 1904, S. 35). Er war fest entschlossen, den Kampf gegen „die Tyrannei der Großen“ (ZAV 1848, S. 102) fortzusetzen. Neben Willich kamen in London noch andere Mitkämpfer an, die ebenfalls an den bewaffneten Kämpfen in Baden und der Pfalz teilgenommen hatten (Schraepler 1972, S. 360). Während Marx als „Gelehrte“ für sich lebte, teilte Willich Leiden und Freuden der Proletarier in London (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 223). Die Unterstützung der Bundesmitglieder, Arbeiter und ärmeren deutschen Flüchtlinge durch Willich war Marx/Engels ziemlich unangenehm, denn im Gegensatz zu ihnen lebte Willich im Gemeindehaus zusammen mit den geflüchteten Mitkämpfern und genoss die solidarische Atmosphäre (ebd., S. 231). Er teilte den Hunger und die Entbehrungen der Bundesmitglieder und Arbeiter, die Marx/Engels „Flüchtlingspöbels“ (MEW 27, S. 562)<sup>360</sup> benannten.

Durch Willichs Initiative wurden für die geflüchteten deutschen Arbeiter in London Gemeinschaftsunterkünfte und Beschäftigungswerkstätte gegründet. Der 48er Carl Mayer schrieb aus der Schweiz in einem Brief vom 9. März 1850 an Carl Vogt in Nizza das, was ihm ein aus London herbeigekommener Flüchtling erzählte:

Die Noth sey jetzt so ziemlich gehoben. Die Flüchtlinge leben auf gemeinschaftl. Kosten u. daher billig. Sie haben Schuster- u. Schneiderwerkstätten etabliert u. für die Uebrigen eine Bürstenbinderei, in welchem Metier sich leicht jeder einarbeiten könne (Jansen 2004, S. 85ff.).

Marx lebte in dieser Zeit bekanntlich als „Gelehrter“ für sich. Über das Wohlbefinden von „Marx und seine[n] speziellen Freunde[n]“ (Bauer 1989, S. 30) schrieb Sebastian Seiler am 21. Januar 1850 aus London an Weydemeyer in Frankfurt: „Marx wird täglich dicker; selbst Engels' Taille schwillt allmählich an; dasselbe Wunder ereignet sich bei Schramm, dem Garanten der Revue!“ (Koszyk/Obermann 1975, S. 307). Sebastian Seilers Brief vom 4. April 1850 an Marx bestätigt, dass Marx' „Hauskalamitäten“ schon längst „glücklich beigelegt“

---

<sup>359</sup> Willich unterschrieb zwar am 23. April, am 14. Juni und sogar noch am 30. Juli 1850 mit Marx, Engels, Pfänder und Bauer gemeinsame Erklärungen des Sozialdemokratischen Flüchtlingskomitees in London (BdK 2, S. 165ff.), jedoch bedeutet das keinesfalls, dass es zwischen ihnen in dieser Zeit keine Spannungen gab.

<sup>360</sup> Der Schuhmacher Bögewitz und der Tapezierer Starke, die, wie Polizeidirektor Stieber schrieb, die „Hauptgehilfen des Weitlings bei dem Hamburger Treiben“ waren, mussten im August 1850 nach London fliehen, da sie von der Polizeibehörde zu Hamburg „steckbrieflich“ verfolgt wurden. Sie lebten in London auch mit Willich im Gemeindehaus zusammen (Wermuth/Stieber 1854, S. 123f.).

waren. Daher sollte Marx auch für Seiler „mit einigen Banknoten“ herhalten oder wenigstens dem Mitglied der Zentralbehörde des *Bundes* Lehmann durch die Marx geliehenen „15 Schillinge den Mund“ stopfen, da Lehmann im Vereinslokal Seiler „so unverschämt“ getreten habe. Aus Seilers Brief geht klar hervor, dass Lehmann schon im April 1850 wegen der Flüchtlingsgelder Marx und Seiler beschuldigte. So schrieb Seiler an Marx: „Wir werden zuletzt die Blouse anziehen und Willichsche Zwiebeln fressen müssen, um nicht als Exploiteurs zu gelten. Mich macht das Alles sehr verdrießlich“ (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 509f.).<sup>361</sup>

Das Flüchtlingskomitee unter der Verwaltung von Marx/Engels wurde von allen Seiten kritisiert, da es „in parteiischer Weise die Gelder“ verteile. Gegen die lauter werdende Kritik veröffentlichte das Flüchtlingskomitee am 20. April 1850 eine Erklärung, in der diese Anschuldigungen als bloße „Gerüchte“ dementiert wurden (BdK 2, S. 163f.). Auch Engels reagierte als Schriftführer des Komitees empört auf die Kritik. Er berichtete am 25. April 1850 Weydemeyer von den verschiedenen deutschen Blättern, die schrieben, „unser Komitee fräße die Flüchtlingsgelder selbst auf“. Wenn Weydemeyer diese Blätter gelesen hätte, wollte Engels von Weydemeyer wenigstens erwarten, „wärest Du längst für uns aufgetreten“ (MEW 27, S. 530f.).

Der in der Schweiz in Exil lebende demokratische Republikaner Ludwig Simon, der wegen Hochverrats vom preußischen Staat zur Todesstrafe verurteilt worden war, schrieb in einem Brief vom 27. April 1851 an einen seiner Freunde über die Verwaltung Londoner Flüchtlingsgelder durch Marx/Engels auch nicht Erfreuliches:

Marx u. Engels sind übrigens bei den Arbeitern, selbst denen der Emigration, en décadence [im Niedergang], man spricht sogar recht unrespectirlich von der durch sie besorgten Verwaltung der Londoner Flüchtlingsgelder u. damit in Verbind[ung] stehendem persön[lichen] Champagnergenuß. [...] So viel ist sicher, die Mehrzahl der Arbeiter hält diese Couleure für ehrgeizig, ohne Herz für's Volk u. dasselbe zur Befriedigung eitler Pläne misbrauchend (Jansen 2004, S. 205).

Inzwischen kam auch das führende Bundesmitglied August Gebert aus der Schweiz in London an. Er berichtete am 28. April 1850 Reininger aus der Pariser Bundesgemeinde über „Zwistigkeit unter der Partei selbst“ (BdK 2, S. 169f.). Dronke teilte am 7. Mai 1850 Engels mit, dass von Paris aus nach Berlin geschrieben worden sei, Marx teile „die Gelder meist an

---

<sup>361</sup> Sebastian Seiler war im Gegensatz zu den engen Bundesgenossen Weitlings, wie Niels Lorents Petersen und August Becker, „ein unzuverlässiger Charakter, machte überall Schulden und verdiente sich sein Geld vornehmlich als Sensationsschriftsteller“ (Schraepler 1972, S. 65f.). Marx merkte sich wohl Seilers Charaktereigenschaften und nutzte sie für sich aus.

persönliche Freunde“ aus, wie an den „rothen Wolff“, der gar kein Flüchtling sei, sondern nach Deutschland zurückkömme. Marx entziehe so den hilfsbedürftigen Flüchtlingen ihre Unterstützung. Das sei in Berlin öffentlich erzählt oder vorgelesen worden (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 541). Engels wollte trotzdem immer noch, schrieb er in einem Brief vom 13. Mai 1850 an Theodor Schuster, dass dieser für die Weiterleitung von Geldern an sein Komitee Sorge. Die „Zusendungen“ der Gelder sollten „an Marx oder Pfänder“ weitergeleitet werden (ebd., S. 533). Marx profitierte von der Arbeit im Flüchtlingskomitee vielmehr, da er dadurch auch für sich einen engen Kontakt mit den Mitgliedern des Arbeitervereins und des *Bundes der Kommunisten* verschaffte.

## **2. Marx' rätselhafter Wiedereintritt in die Zentralbehörde des Bundes**

Nachdem Marx aus dem revolutionären und illegalen *Bund der Gerechtigkeit*, „unter vielen Mühen“ und Intrigen einen „verstückelten“ *Bund der Kommunisten* geschaffen und selbst seine übrig gebliebene Zentralbehörde mitten in der Revolution von 1848/1849 für aufgelöst erklärt hatte, fand er in London wieder eine „Untergrundverschwörung“ vor (Lichtheim 1969, S. 220), als er gegen Ende August 1849 hier ankam. Die Zentralbehörde des *Bundes* verfügte im Herbst 1849 wenigstens noch über Beziehungen in Deutschland, Frankreich und der Schweiz (Schraepfer 1972, S. 358f.). Marx schrieb 1860 in seiner Streitschrift *Herr Vogt* dazu Folgendes:

Als ich im Spätsommer 1849 [...] in London eintraf, fand ich die Trümmer der dortigen Zentralbehörde rekonstituiert und die Verbindung mit den wiederhergestellten Kreisen des Bundes in Deutschland erneuert (MEW 14, S. 440).

Franz Mehring will wissen, dass der *Bund* im Sommer 1849 in London „naturgemäß“ aufs Neue entstanden sei (Mehring 1963, S. 270). Das Wort „naturgemäß“ findet Shlomo Na'aman jedoch „gar nicht am Platze“, denn es setze „eine harmonische Zusammenarbeit der Kommunisten“ voraus (Na'aman 1965, S. 30), die in der Geschichte des *Bundes* nie der Fall war. Das Wiederaufleben des *Bundes* in London war also von Anbeginn mit ideologischen, politischen und organisatorischen Konflikten belastet. Bemerkenswerterweise fanden gleich nach Marx' Ankunft in London zwei stürmische, bis zu Schlägereien führende Auseinandersetzungen im Londoner Arbeiterverein statt. Etwa eine Woche nach Marx' Ankunft in London berichtete am 3. September 1849 der Londoner Korrespondent der *Schweizerischen National-Zeitung* über Konflikte unter den deutschen Emigranten (Rokitjanski/Worobjowa 1980, S. 317).

Aus den Londoner Erinnerungen Weitlings geht ebenfalls hervor, dass schon mit Marx' Ankunft politische Konflikte und Auseinandersetzungen im Londoner Arbeiterverein und im *Bund* angingen. Er bezog sich hier auf eine heftige Auseinandersetzung im Arbeiterverein:

Ich erfahre vom Schneider Becker<sup>[362]</sup> daß Uneinigkeiten im Bunde ausgebrochen seien, daß man von Seite Pfänders und Bauers zu Verleumdungen und giftigen lügenhaften Beschuldigungen seine Zuflucht nehme um den Einfluß anderer zu ruiniren oder zu verhindern. Ich erfahre von Allen daß aber wieder ein heftiger dieser Art die Gesellschaft in zwei spalte (ebd., S. 313).

Es gebe eine Partei Beckhaus. Er solle Deputierter des Ständehauses und Volkshauses in Wien gewesen sein.<sup>363</sup> Weitling bemerkte, dass die Arbeiter ihm mehr Sympathie schenkten als den unter dem Einfluss von Marx stehenden Pfänder und Bauer. Im Gegensatz zu Pfänder und Bauer bestehe diese Gruppe jedoch „aus den jüngern Mitgliedern“ und sei daher „natürlich nicht organisiert und vorbereitet“ gewesen. So erlitten die unerfahrenen und unorganisierten jungen Arbeiter, die gerade in London ankamen und mit vielen existenziellen Problemen kämpfen mussten, eine Niederlage gegenüber der „durch Marx und Blind“ verstärkten Partei „H. Bauers“. Diese „Partei“, so Weitling, „begann den Kampf mit der Frage ob es wahr sei daß Backhaus ausgetreten sey“. Für Weitling war diese Frage eine „[h]euchlerische Frage“: „Blos um sich den Schein zu geben daß man den Austritt gar nicht erwartet habe, gar nicht fürchte“ (ebd., S. 313f.).<sup>364</sup> So kam es zu einer gründlichen „Reinigung“ im Londoner Arbeiterverein, bei der etwa 17 der einflussreichen Vereinsmitglieder ausgeschlossen wurden (BdK 2, S. 45). Unter den ausgeschlossenen Arbeitern waren Mitglieder wie Dohl und Göbel, die beiden jahrelang der Leitung des Londoner Arbeitervereins angehört hatten. Auch die altbewährten Kommunisten und langjährigen Bundesmitglieder Becker und Heidekker wurden aus dem Londoner Arbeiterverein ausgeschlossen (Hundt 1993, S. 606).

Wie und auf welche Weise Marx wieder Mitglied der Zentralbehörde des *Bundes der Kommunisten* in London wurde, den er bekanntlich selbst zerstückelte, hält Na'aman für

---

<sup>362</sup> Friedrich Christof Becker war schon seit der Gründung des *Bundes der Geächteten* 1836 in Paris Bundesmitglied und ein altbewährter Kommunist wie Heidekker (Hundt 1993, S. 606).

<sup>363</sup> Nach Ausbruch der Märzrevolution machte sich Wilhelm Backhaus als Deputierter Wiener Aula u.a. durch seine „aufreizende Reden in Linz sehr bemerkbar“. Im November kam er nach Erfurt zurück, „wo bald darauf der bekannte Aufruhr“ ausbrach, „welcher durch Waffengewalt“ gekämpft werden müsse. Backhaus entflohen aus Erfurt und ging 1849 nach London (Wermuth/Stieber 1854, S. 21).

<sup>364</sup> Weitling blieb im Herbst 1849 in London. Die von Rokitjanski und Worobjowa 1980 veröffentlichten Aufzeichnungen und Rückerinnerungen Weitlings, die er gleich nach seiner Ankunft im Januar 1850 in New York aus seinem Londoner Aufenthalt im Herbst 1849 in seinem Tagebuch niederschrieb, gaben Aufschlüsse über die Konflikte zwischen Marx und anderen Mitgliedern des *Bundes der Kommunisten* im Londoner Arbeiterverein (Rokitjanski/Worobjowa 1980, S. 307).

„durchaus unklar“. Auf dem „statutenmäßigen Weg“, schreibt er, „ist es sicher nicht geschehen, wenn solche damals überhaupt tätig waren“. Er hält es für wahrscheinlich, dass Marx dafür sich „direkt mit Bauer und Eccarius in Verbindung“ gesetzt habe (Na’aman 1965, S. 36), als er Pfänder, Bauer und Eccarius unterstützte, damit diese die Leitung des Londoner Arbeitervereins trotz der Opposition der revolutionären Arbeiter weiter in der Hand halten. Wohl als Gegenleistung räumten dieselbe Personen Marx „den Platz in der Zentralbehörde“ ein (ebd., S. 38). Na’aman vermutet, dass „Marxens Wiedereingreifen“ in den *Bund* Ende des Jahres 1849 geschehen sei (ebd., S. 33). Für Marx blieb in London wohl auch von Interesse, in eine große Gemeinde des *Bundes der Kommunisten* wiedereinzutreten, um sie unter seiner Kontrolle zu halten und so die revolutionären Aktivitäten des *Bundes* zu verhindern. Marx trat nämlich im *Bund* „im Wesentlichen nur noch mit dem Bemühen in Erscheinung, dessen geheime Aktivitäten“ zu verhindern (Schieder 2018, S. 46).

In seiner Streitschrift *Herr Vogt* behauptet Marx, dass Willich auf seinen „Vorschlag in die Zentralbehörde aufgenommen“ worden sei, da Engels ihm Willich „empfohlen“ habe (MEW 14, S. 440). Diese Behauptung von Marx ist höchst erklärungsbedürftig, denn er wurde ja erst Ende Dezember 1849 auf dubioser Weise wieder in den *Bund* aufgenommen, wogegen Willich während der Revolution mit den Mitgliedern des *Bundes* in Deutschland, Frankreich und der Schweiz, die der Auflösung des *Bundes* durch Marx nicht zustimmten, sowohl politisch als auch organisatorisch stets in Verbindung stand.

Willich, der sich seine Anerkennung bei den Arbeitern durch sein Auftreten in Deutschland, Besançon und der letzten deutschen Revolution in Baden erworben hatte, brauchte keinesfalls Engels’ vermeintliche Empfehlung für die Zentralbehörde des *Bundes*. Ganz im Gegenteil, Marx/Engels brauchten dringend Willich, um seine Anerkennung unter den Arbeitern für ihre eigenen Zwecke auszunutzen. Es war nämlich den Bundesmitgliedern bekannt, dass sich Marx/Engels in der Revolution nicht für die Interessen der arbeitenden Klassen, sondern die des Bürgertums eifrig einsetzten und daher sich die heftige Kritik der Kommunisten einstecken mussten. Da es sich jedoch in kurzer Zeit zeigte, dass es ihnen nicht gelang, Willich unter ihrer Kontrolle zu halten und ihn zum „blinden Gehorsam“ zu bringen, begannen sie, ihn „um jeden Preis“ auszuschalten, worauf die Führung des *Bundes* nach ihrem vollständigen Bruch mit Marx/Engels im September 1850 hinwies (Wermuth/Stieber 1853, S. 267). Da Willich im Gegensatz zu Marx/Engels als Adliger und langjähriger Offizier das Leben eines einfachen Arbeiters führte (Dlubek 2003, S. 931f.), sprach sich Marx verächtlich über Willichs Verhalten



aus und verspottete diesen sowohl in seinen Briefen als auch in seinen öffentlichen Aufsätzen ständig (MEW 9, S. 489ff.).

Als Leiter der Kölner Bundesgemeinde stand Willich bekanntlich mit Anneke und Gottschalk in der Führung und Organisierung des Kölner Aufstands vom 3. März 1848. Er war ebenfalls im März/April 1848 taktischer Führer der legendären *Arbeiterlegion*, die von Mai bis 1849 an den bewaffneten Kämpfen in der Pfalz und Baden partizipierte und den Rückzug der geschlagenen Republikaner auf Schweizer Territorium deckte:

Neben einem wahren Löwenmute im offenen Kampfe bekundete Willich eine gewaltige revolutionäre Energie. Er unternahm Streifzüge, auf denen er alle irgend brauchbaren Pferde sowie alle irgend aufzutreibenden Lebensmittel requirierte, die Regierungskassen wegschleppte, die von der badischen revolutionären Regierung ausgeschriebenen Steuern erhob und die von derselben dekretierten Zwangsanleihe betrieb (Adler 1885, S. 262).

Kurzum war Willich, schreibt Frolinde Balsler, „der einzige“ von allen Intellektuellen auch unter den Londoner Kommunisten, der tatsächlich als Arbeiter gelebt und gearbeitet hatte (Balsler 1962, S. 223). Willich war der „markanteste[...]“ politische Charakter der 1848er Revolutionäre. Die Öffentlichkeit kannte ihn als den revolutionären Politiker und Offizier, der „Augenblicke der Mutlosigkeit“ durchmachte. Er strebte nicht bloß die Herrschaft der Bourgeoisie wie Marx/Engels, sondern die „grundlegende soziale Umgestaltung“ an (Dlubek 2003, S. 931). Daher brauchte Willich keinesfalls Engels' Empfehlung.

### **3. Weitlings politische Tätigkeiten versus Marx' literarische Geschäfte**

#### **3.1. Republik der Arbeiter: „die Partei der Arbeit unter einer Fahne“**

Weitling kehrte Ende 1849 von London nach New York zurück. Hier gab er gleich nach seiner Ankunft im Januar 1850 zusammen mit den dorthin ausgewanderten Bundesmitgliedern eine Zeitschrift heraus, um die kommunistischen Ideen auch in den USA zu verbreiten. Er machte mit der Zeitschrift *Republik der Arbeiter* (RdA) „pflichtgemäß“ den Versuch, „die Partei der Arbeit unter einer Fahne zu sammeln“. In der *Erklärung des Titels* der Zeitschrift begründete er seine Wahl wie folgt:

Ich wähle die *Republik der Arbeiter*, vielleicht treffe ich damit den Nagel auf den Kopf. Eine Republik der Arbeiter ist möglich und muß für den Arbeiter ein angenehmeres Leben bieten, als eine Republik aus Arbeitern und aus privilegierten Müßiggängern bestehend, welche letztere die Arbeit unter dem Joche der Geldsäcke halten (RdA 1850, S. 1).

In kurzer Zeit hatte die Zeitschrift 400 Abonnenten. In den ersten Monaten erreichte sie eine verkaufte Auflage von ungefähr 1.000 Exemplaren pro Nummer, stieg dann auf 2.000 und am Ende des Jahres auf 4.000 Exemplare, von denen eine bedeutende Zahl „in die entferntesten Bundesstaaten der USA“ und nach Europa verschickt wurde. Ab April 1851 wurde die Zeitschrift in eine Wochenschrift umgewandelt. Zu diesem Erfolg trug die Arbeit der Kommunisten in den Bundesgemeinden in den USA entscheidend zu. *Die Republik der Arbeiter*, die zwischen 1850 und 1855 in New York erschien, kann als das „erste langlebige überregionale Arbeiterblatt Nordamerikas“ gelten (Seidel-Höppner 2014, S. 1484).

Durch die *RdA* wirkte Weitling nicht nur auf die Kommunisten und Arbeiter in den USA, sondern er wirkte auch auf den *Bund der Kommunisten* in Paris, London, Deutschland und der Schweiz durch dieses Blatt, das in diesen Ländern „vielfach den Eingang fand“ (Adler 1885, S. 260). Weitling sorgte nämlich in sieben Ländern Europas und in 16 Staaten Nordamerikas für eine Verbreitung sozialer, sozialistischer und kommunistischer Anschauungen.

In der ersten Nummer der *RdA* vom Januar 1850 berichtete ein Korrespondent am 10. November 1849 aus Hamburg über die Untersuchung gegen die Mitglieder des *Befreiungsbundes*, der bekanntlich Anfang 1849 von Weitling in Hamburg gegründet worden war. Die Untersuchung gehe ihren vollen Gang und werde umso strenger betrieben, da mehrere der eingezogenen als Mitglieder einer illegalen „communistischen Verbindung“ erkannt worden seien, die am 12. August 1849 beim Angriff auf die preußische Armee in Hamburg beteiligten. Diese kommunistische Verbindung wirke „für einen ganz bestimmt vorgezeichneten Zweck“, indem „jeder Aufgenommene sich für bestimmte revolutionäre Grundsätze und Maaßregeln“ unterschreibe. Die Angeklagten wurden zu zwischen zwei und acht Jahren verurteilt (RdA 1850, S. 12f.).

In der *RdA* wurden Berichte von Korrespondenten aus Frankreich, England, Deutschland, der Schweiz, den skandinavischen Ländern, Brasilien und sogar Australien veröffentlicht. „Entschieden wichtiger aber waren Korrespondentenberichte“ von Andreas Scherzer aus Paris, von Neils Petersen aus Brüssel und von August Willich aus London. Entsprechend der Parteeinstellung des revolutionären Kommunismus widmete die *RdA* auch den Ideen vieler sozialistischer, kommunistischer und revolutionärer Denker aus Europas breitem Raum. Ebenfalls schrieben Mathilde Franziska Anneke und ihr Mann Fritz Anneke, der bekanntlich 1848 mit Willich und Gottschalk die Kölner Bundesgemeinde und Kölner Arbeiterverein bildete, für diese Zeitschrift (Bravo 1979, S. XIIIff.).

Weitling diskutierte in der *RdA* Lehren von Robert Owen, Étienne Cabet, Charles Fourier und Louis Blanc über Arbeiterorganisation, Führung der Arbeiter, Übergangsperiode, Frauenemanzipation und Erziehung. In der Frage der Frauenemanzipation war seine zentrale These, dass die notwendige Emanzipation der Frauen nicht unabhängig sei, sondern mit der gesamten sozialen Umwälzung der Arbeitswelt verbunden werden müsse. So schrieb auch Mathilde Anneke für die Zeitung Artikels über die Frauenemanzipation. Sie war in zur damaligen Zeit „die wichtigste Exponentin“ der deutsch-amerikanischen Frauenbewegung, leitete die Vereine zur *Verbesserung der Frauen* und gab auch die deutsche *Frauen-Zeitung* heraus (RdA 1852, S. 276).

Ebenfalls deutlich und weitblickend war von Anfang an Weitlings Position gegenüber den schwarzen Menschen und der Sklaverei. Er gab zahlreiche Stellungnahmen ab und veröffentlichte diverse Appelle zugunsten der „farbigen Bevölkerung“, ob sie Sklaven waren oder nicht. Seine Appelle richteten sich gegen die Diskriminierung und Ausbeutung der Schwarzen und forderten Freiheit und Gleichheit für alle Arbeiter (ebd., S. 148f.).

Weitling war auch derjenige Kommunistenführer gewesen, der 1850 zum ersten Mal eine Art der „*Arbeiterumfrage*“ mit detaillierten Fragen über die Arbeitsbedingungen durchgeführt und diese in einer erschöpfenden Statistik erfasst hatte. Er warf die Frage einer „Statistik“ über die soziale Lage des Arbeiters (ebd., S. 154f.) sowohl in der Gesellschaft als auch am Arbeitsplatz zu einem „weit früheren“ Zeitpunkt auf, „als andere Organisationen oder Gruppen“ dies viel später taten (Bravo 1979, S. XVIIIff.).

Neben der Herausgabe der Zeitschrift rief Weitling gleichzeitig eine neue Organisation der deutschen Arbeiter ins Leben. In den ersten Nummern der *RdA* behandelte er die Frage der Arbeiterorganisation. Als ersten Schritt dafür betrachtete er einen Arbeiterkongress, auf dem die Voraussetzungen für eine Arbeiterorganisation geklärt werden sollten. Der Kongress sollte alle Arbeiterassoziationen, Gewerkschaften und gemeinschaftlichen Kolonien in Verbindung bringen. Weitling gelang es dank der Bundesgemeinden in den USA in kurzer Zeit auf der Grundlage des von ihm entworfenen Programms, eine Bewegung zu schaffen und zu organisieren (ebd., S. XIX).

In New York herrschten 1850 harte soziale Auseinandersetzungen wie der Streik der New Yorker Schneider, wo Weitlings Ideen ihren fruchtbaren Boden fanden. So wurde im August 1850 auf einer Versammlung von etwa 2000 Arbeitern ein Konstitutionskomitee des *Arbeiterbundes* gewählt, das aus 13 Personen, darunter Weitling selbst, bestand und die Aufgabe hatte, die neue Assoziation zu gründen (RdA 1850, S. 126f.).

Der *Arbeiterbund* hatte in kurzer Zeit Tausende Mitglieder. Er organisierte vom 22. bis 28. Oktober 1850 in Philadelphia entsprechend den Forderungen des Konstitutionskomitees einen Arbeiterkongress, in dem Weitling eine „hervorragende Rolle“ spielte (Bravo 1979, S. XX). An diesem Kongress beteiligten sich 44 Delegierte, die ungefähr 4.400 Mitglieder vertraten. Der Kongress beschloss, die *Republik der Arbeiter* zum offiziellen Organ der Arbeiterbewegung zu machen und ihr den Untertitel *Centralblatt der Propaganda für die Verbrüderung der Arbeiter*<sup>365</sup> beizufügen. Der Arbeiterkongress nahm insbesondere die Fragen und Themen der Kommunisten und Arbeiter in seine Tagesordnung programmatisch auf, wie die Organisation der Partei, die Errichtung von Kooperativen und Vorschläge in Bezug auf die Assoziation zu gewerkschaftlichen Zwecken (RdA 1850, S. 169ff.). Weitling erhielt mit dem *Arbeiterbund* Verbindungen aufrecht, verfasste Zirkularbriefe, leitete die Propaganda, war für das Zentralblatt verantwortlich und redigierte es. Ihm verdanken die arbeitenden Klassen und Besitzlosen „ihre erste politisch selbständige überregionale internationalistische Organisation“ auch in den USA (Seidel-Höppner 2014, S. 1483).

### 3.2. NRhZ-Revue: ein „literarisches und kaufmännisches Unternehmen“

Das politische „Aktionsfeld“ von Marx waren weder Vereinssitzung noch Volksversammlung und auch „schon gar nicht der Straßenkampf“. Es war einzig und allein „der Schreibtisch“ (Schieder 1991, S. 54). Demgemäß schrieb er schon Ende Juli 1849 aus Paris an Engels, er habe „Unterhandlungen“ eingeleitet, „um eine politisch-ökonomische Zeit[Monats]schrift“ zu Stande zu bringen. Diese Zeitschrift müsse allerdings „hauptsächlich“, so versicherte Marx Engels, „von uns Beiden“ geschrieben werden. Er empfahl Engels, der sich damals in der Schweiz aufhielt, „eine Geschichte oder ein Pamphlet“ über den „Ulke“, mit dem Marx den revolutionären Krieg in Baden meinte, zu schreiben. Denn das werde Engels „Geld einbringen“ (MEW 27, S. 139).<sup>366</sup> „Ein Teil der Gelder ist mir sicher“, versicherte Marx ihm in seinen folgenden Briefen aus Paris, um „ein deutsches Journal“ in London zu stiften. Sie müssten sich in London lediglich „auf ein literarisches und kaufmännisches Unternehmen werfen“.<sup>367</sup> Zu

---

<sup>365</sup> Wie schon im zweiten Kapitel dieser Arbeit ausführlich behandelt wurde, beteiligte sich Weitling am Berliner Arbeiterkongress, der zwischen dem 23. August und 3. September 1848 in Berlin stattfand. Er war auf diesem Berliner Gründungskongress der *Arbeiterverbrüderung* anwesend und spielte auch später eine hervorragende Rolle in der *Arbeiterverbrüderung* (Seidel-Höppner 2014, S. 1112ff.). Dem Untertitel der *RdA* fügte er wohl deswegen noch *Centralblatt der Propaganda für die Verbrüderung der Arbeiter* hinzu.

<sup>366</sup> Marx schreibt am 1. August 1849 auch an Joseph Weydemeyer, dass er dieses Mal von Leske „sofort“ und „zwar gut“ bezahlt werden wolle. Denn seine finanzielle Lage erlaube ihm nicht, die alte Rechnung mit Leske zu regeln (MEW 27, S. 506).

<sup>367</sup> Den obigen Satz schreibt Marx französisch: „Il faut nous lancer dans une entreprise litteraire et mercantile, j'attends tes propositions“ (MEW 27, S. 141).

seinen lukrativen Plänen erwartete Marx von Engels, mit dem er in London „Geschäfte machen“ wollte, gute Vorschläge (ebd., S. 141ff.).

Auch Engels wollte mit seiner „humoristischen Geschichte“ des Revolutionskrieges in Süddeutschland so schnell wie möglich an Geld kommen. Deswegen suchte er dringend einen Verleger. So schrieb er am 23. August 1849 an Weydemeyer, dass er „nach 4 Wochen einer glorreichen Campagne“, bei der er angeblich als Adjutant von Willich figuriere,<sup>368</sup> „eine heitre Geschichte des ganzen pfälzisch badischen Ulks“ (BdK 2, S. 30), obwohl er sich nach seinen eigenen Aussagen im Revolutionskrieg nur mit der Rolle des Zuschauers begnügte (MEW 7, S. 151f.), verfassen wolle. Da Weydemeyer besser wisse, welche Buchhändler geeignet wären, „um wegen solch einer Geschichte, die natürlich ganz ungefährlich“ werde, und bei der keine Konfiskationen oder Prozesse riskiert werden dürfen, zu unterhandeln. Der Verleger müsse aber auf alle Fälle Geld haben, um Engels zu bezahlen (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 45). Engels teilte am 24. August 1849 auch Jakob Lukas Schabelitz (1827–1899) mit, dass er seine „Memoiren über die pfälzisch badische Revolutionsposse“ schreibe. Er habe sich an dieser „von vorn herein verlorenen Affaire politisch“ beteiligt und sich in Karlsruhe und Kaiserslautern „ganz gemüthlich über die Schnitzer und die Unschlüssigkeit der provisorischen Regierungen lustig gemacht“. Mit diesem „Ding“ wolle er nun „Geschichte“ machen. Da er bisher keinen Verleger gefunden habe, wollte er von Schabelitz wissen, ob dieser für sein „Ding“ die „zahlenden Verleger“ finde, so Engels „denn Geld muß ich haben“ (ebd., S. 46). Marx/Engels wollten also in ihrer *NRhZ-Revue* lediglich für ihr Geld und für ihre Rechnung schreiben.

Aus Ernst Dronkes Brief vom 25. Juli 1849 an Weydemeyer ist herauszulesen, dass Marx neben Engels auch Dronke, der sich wie Marx in derzeit in Paris aufhielt und mit diesem in Verbindung stand, Hoffnungen machte, zusammen eine „Broschürenfabrik“, nämlich den *Verlag der Redaktion der Neuen Rheinischen Zeitung*, zu gründen. So hoffte Dronke darauf, „sobald als möglich mit Marx Broschüre über Kapital und Lohnarbeit und einer Sammlung Leitartikel“ den Anfang zu machen (Koszyk/Obermann 1975, S. 262). Aus Dronkes Brief vom 21. Februar 1850 an Engels ist zu erfahren, dass auch Engels ihn aufgefordert habe, „für die

---

<sup>368</sup> In einem Brief vom 25. Juli 1849 an Jenny Marx schreibt Engels, dass er zu Willich gegangen und dann zu seinem „Adjutant“ geworden sei (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 30). Außer Engels' bloße Aussagen gibt es jedoch keinen einzigen Beweis, dass er Willichs „Adjutant“ war. Er erwähnte dabei auch mit keinem Wort, dass die provisorischen Regierungen im Süddeutschland ihn als ein preußischer Spion mehrmals verhafteten. Nach der Niederschlagung der Revolution nahmen bekanntlich die preußischen Behörden in einem Schauprozess Engels als „einen unschuldigen preußischen Zeitungsherausgeber“ gegen die „Schreckensherrschaft“ der Aufständischen in der Pfalz in Schutz (Sperber 2013, S. 247).

*Revue* etwas zu schicken“ (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 486). Doch am Ende des Tages erschien der Name des talentierten Journalisten Ernst Dronke keinesfalls in den Seiten der *NRhZ-Revue*.

Im Januar 1850 wollte Marx Konrad Schramm nach Amerika schicken, damit dieser dort Geld für *NRhZ-Revue* auftreibe. Weydemeyer, Freiligrath, Ewerbeck, Dronke, Lassalle und Schramm wurden für die Geldsammlung zur *NRhZ-Revue* mobilisiert. Aus dem Briefwechsel von Marx mit diesen Männern ist es ersichtlich, dass es in diesen Briefen ganz und gar um das Geld für Marx' *NRhZ-Revue* geht (ebd., S. 60). Im Namen der Zentralbehörde des Bundes schrieb Schramm in einem Brief vom 28. Januar 1850 an die Bundesgemeinde in La Chaux-de-Fonds in der Schweiz, dass die Mitglieder ihr „Bestes für die *NRhZ-Revue*“ tun, um „Geldmittel aufzutreiben“ und es für den aus London dorthin geschickte Emissär „bei seiner Ankunft in Bereitschaft zu halten“ (BdK 2, S. 75ff.). Dieser Forderung Schramms kam die Bundesgemeinde in La Chaux-de-Fonds wohl nicht.

Als Fortsetzung der *Neuen Rheinischen Zeitung* kündigten Marx/Engels am 15. Dezember 1849 in London die Erscheinung der *NRhZ* mit dem Untertitel *Politisch-ökonomische Revue* an. „Die *Revue*“, so hieß es in der Ankündigung vom 15. Dezember 1849, „gestattet ein ausführliches und wissenschaftliches Eingehen auf die ökonomischen Verhältnisse, welche die Grundlagen der ganzen politischen Bewegung bilden“. Eine Zeit des scheinbaren Stillstandes wie die jetzige, müsse benutzt werden, „um über die durchlebte Periode der Revolution aufzuklären, über den Charakter der ringenden Parteien, über die gesellschaftlichen Verhältnisse, welche die Grundlage der ganzen politischen Bewegung bilden“ (MEW 7, S. 5).

Die *NRhZ-Revue* erschien jedoch mit Verspätung erst im März 1850. Schramm war als Herausgeber und Garant verantwortlich (BdK 2, S. 56f.). Bis Ende Mai erschienen vier Hefte. Danach kam es zu einer Unterbrechung, denn das Interesse an ihr war von Anfang an gering. Das redaktionelle Aussehen ließ zu wünschen übrig, und die Belieferung der Abonnenten war schleppend. Die monatliche Zeitschrift blieb nichts anderes als das selbständige publizistische Unternehmen von Marx/Engels. Da fast alle Beiträge in der *NRhZ-Revue* ihre Namen tragen, blieb die Zeitschrift „langweilig“ (Schraepler 1972, S. 375). Marx' Freunde schrieben an Marx über die Erfolglosigkeit der *NRhZ-Revue*. Dronke berichtete am 7. Mai 1850 aus Frankfurt, dass es „mit dem Vertrieb der *Revue* [...] gar nicht“ gut gehe (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 542). Auch Georg Weerth schrieb am 2. Juni 1850 an Marx, dass er über die *NRhZ-Revue* „viel Unerfreuliches“ gehört habe. In Mainz sei „fast kein einziges Exemplar zum Vorschein“ gekommen (ebd., S. 557). Ende November 1850, nachdem Marx/Engels aus dem *Bund der*

*Kommunisten* ausgeschlossen worden waren, veröffentlichten sie noch ein Doppelheft. Mit diesem Heft musste die *NRhZ-Revue* ihr Erscheinen endgültig einstellen.

Nach Martin Hundt sei „die organisatorische Bindung“ der *NRhZ-Revue* dem *Bund der Kommunisten* völlig „unbestreitbar“ (Hundt 1978, S. 262). Sie sei ein „faktisches Bundesorgan“ gewesen (Hundt 1993, S. 611). Doch die *NRhZ-Revue* war keinesfalls Bundessache, sondern sie war ganz und gar „Privatsache [...]“ von Marx/Engels, wie Ernst Dronke sie in einem Brief vom 7. Mai 1850 an Engels folgerichtig benannte (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 542).

Die ersten drei Hefte der Monatszeitschrift *NRhZ-Revue* sind fast ausschließlich mit der französischen Revolution und Engels' Geschichte der deutschen „*Reichsverfassungskampagne*“ befüllt. In seiner „*Reichsverfassungskampagne*“ verspottete Engels die Revolutionäre und machte sich über die Vorkehrungen, die die Aufständischen für den Abwehrkampf gegen die anrückenden preußischen Truppen trafen, auf anstößige Art lustig (Schraepler 1972, S. 346f.).

Engels befasste sich in seiner Geschichte mit dem „Revolutionskrieg in Baden“, den sogar auch die Polizeidirektoren Wermuth/Stieber richtig als solchen bezeichneten (Wermuth/Stieber 1853, S. 70), unter dem Titel *Die deutsche Reichsverfassungskampagne*. Doch dieser von Engels wohl absichtlich erfundene Name passt zu den Zielen des bewaffneten Kampfes in Süddeutschland eindeutig nicht, denn in Baden kam es beispielsweise zur Revolution, obwohl der Großherzog die Reichsverfassung anerkannt hatte (Nippel 2018, S. 57). Das war auch keine „Kampagne“, sondern, mit Wermuth/Stieber gesprochen, ein „Revolutionskrieg“ (Wermuth/Stieber 1853, S. 70). In seiner Darstellung gab Engels außerdem vor, er habe „die einzige Stellung angenommen, die die *Neue Rheinische Zeitung* in dieser Bewegung einnehmen konnte: Die des Soldaten“. Die „Partei des Proletariats“ habe sich besonders stark in den Kämpfen engagiert. In seinen Erzählungen suggerierte Engels eine vermeintliche „Einheit“ zwischen der *NRhZ* und der „Partei des Proletariats“ (MEW 7, S. 184), die es „während des Revolutionsjahres nicht gegeben hatte“ (Nippel 2018, S. 59).

Marx/Engels griffen im Mai 1850 im vierten Heft ihrer *NRhZ-Revue* Gottfried Kinkel an, als dieser gerade im Zuchthause saß. Obwohl Marx/Engels selbst entsprechend dem Ziel des deutschen Großbürgertums auf eine konstitutionelle Monarchie abzielten, warfen sie Kinkel vor, dass dieser kein demokratischer Republikaner, sondern ein „reiner Reichsverfassungskämpfer“ gewesen sei. Kinkel habe „nie etwas weitergewollt als die Reichsverfassung“ (MEW 7, S. 299f.). Ihr schroffer Angriff auf Kinkel wurde von Kommunisten und demokratischen Republikanern als schändlich bewertet, da sie „vom sichern Port aus“ über einen Mann herfielen, der im Zuchthaus saß und lebenslänglich sitzen sollte,

weil er als Freiheitskämpfer in Süddeutschland kämpfte, wo Marx nicht war, während dem Häftling Kinkel jede Möglichkeit genommen war, sich vom Gefängnis aus auf Marx' Angriff zu antworten (Mehring 1960, S. 203).

Im revolutionären Krieg in Süddeutschland war Kinkel in Willichs Arbeiterbataillon eingetreten. Hier hielt er sich tapfer und wurde in den letzten Gefechten durch einen Streifschuss am Kopf verwundet und dann gefangengenommen. Das Kriegsgericht beschuldigte ihn des Hochverrats. So wurde Kinkel wegen seiner Teilnahme an den Revolutionskämpfen in Baden 1849 zu lebenslanger Zuchthausstrafe verurteilt. Er wurde aber dann in der Nacht vom 6. auf den 7. November 1850 von seinem Freund Carl Schurz in einer „gewagten Aktion“ mit Unterstützung eines Gefängniswärters aus dem Zuchthaus in Spandau befreit. Die beiden gelangten Ende 1850 nach London (Keßler 2006, S. 50ff.).

Wie in dieser Arbeit schon behandelt wurde, griff Marx nicht das erste und auch nicht das letzte Mal auf Kinkel an. Es wäre schon im August 1848 auf dem Demokratenkongress in Köln bei einer „freundschaftlichen“ Abendsitzung, so schrieb Ferdinand Freiligrath, „fast zur Holzerei“ gekommen, als „Männer der Rheinischen Zeitung“ hier auf Kinkel angriffen (Koszyk/Obermann 1975, S. 200). Marx/Engels griffen auf Kinkel an, weil er im Gegensatz zu ihnen ein republikanischer Verbündeter von Kommunisten war und den bewaffneten Kampf in Baden unterstützte. Dies war auch im Mai 1850 in der *NRhZ-Revue* der wahre Grund für Marx' Angriff auf Kinkel. Während Marx/Engels und der preußische Staat auf Kinkel angriffen, fand dieser unter den demokratischen Republikanern und Kommunisten starke Unterstützung. So bemerkte der Oberpräsident der Provinz Preußens August Eichmann in einem Brief vom 23. Mai 1850 an Innenminister von Manteuffel, dass im Verlauf des Kinkel-Prozesses sich herausgestellt habe, „wie viele Genossen die Landesverräter haben und wie sie sich nicht scheuen, ihre Gesinnung kundzugeben“ (Schraepler 1972, S. 402f.).

### **3.3. Exkurs: Ist Marx der Autor der Schriften über Französische Revolution?**

Die lebhafteste Resonanz fanden in der *NRhZ-Revue* die Untersuchung der Revolution in Frankreich vom Februar 1848 bis zum November 1849, die als Artikelserie unter dem Namen von Karl Marx veröffentlicht wurde. Sie erschien erst vom März 1850 bis Oktober 1850 in der *NRhZ-Revue* und wurde später in der New Yorker Zeitung *Reform* vom 4. bis 18. Mai 1853 nachgedruckt. Engels schrieb 1895 im Vorwort dieser Artikelserie, die er neu herausgab und mit dem kräftigen Titel *Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850* schmückte, dass sie „Marx' erster Versuch“ gewesen sei, „ein Stück Zeitgeschichte vermittelt seiner materialistischen Auffassungsweise aus der gegebenen ökonomischen Lage zu erklären“



(MEW 7, S. 511).<sup>369</sup> Auch Mehring findet die Abhandlungen über die Französische Revolution „die glänzendsten Steine in dem Juwelenschrein“ von Marx’ „kleineren historischen Schriften“ (Mehring 1960, S. 201). Nach Schraepler sei die Artikelserie ebenfalls „die erste und gleichzeitig eindrucksvollste Schrift von Marx“ gewesen (Schraepler 1972, S. 363).

Doch die inhaltliche Übereinstimmung, die zwischen der unter dem Namen von Marx publizierten Artikelserie über die Revolution in Frankreich und den Pariser Korrespondenzen Ernst Dronkes ins Auge springt, ist nicht zu übersehen. Einige Historiker wollen diese inhaltliche Ähnlichkeit als Marx’ vermeintliche Wirkung auf Dronke ansehen. „Höchstwahrscheinlich“, will Ter-Akopjan wissen, gebe Dronke in seinen Artikeln Marx’ „Ansicht“ wieder, die dieser ihm gegenüber angeblich „mündlich“ geäußert habe (Ter-Akopjan 1965, S. 542).

Höchstfragwürdig dabei ist jedoch, dass weder im Briefwechsel zwischen Marx/Engels noch anderswo in Marx’ Schriften von der Artikelserie über Frankreich die Rede war, bis sie im März 1850 unter dem Namen von Marx in der *NRhZ-Revue* plötzlich erschien. Dagegen kündigte Engels in seinen Briefen sowohl an Marx als auch an Weydemeyer und Schabelitz an, dass er „eine heitre Geschichte des ganzen pfälzisch badischen Ulks“ verfassen wolle (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 45).

Marx schrieb am 1. August 1849 an Weydemeyer selbst, er habe lediglich vor, eine Broschüre über den Arbeitslohn und „eine kleine politische Vorrede über den jetzigen Status quo dazu“ zu schreiben (MEW 27, S. 506). Von der Französischen Revolution war hier auch keine Rede. Er hatte ebenfalls in der Revolution von 1848/1849 fast kaum über die politischen Verhältnisse in Frankreich geschrieben, da er bekanntlich mit der politischen Beratung der Bourgeoisie und deren Vertreter in der Preußischen Versammlung und in der Frankfurter Nationalversammlung sehr beschäftigt war.

Letztlich gab Engels in einem Brief vom 22. Dezember 1849 an Schabelitz einen detaillierten Inhalt des ersten Heftes der *NRhZ-Revue*, wo die Artikelserie über die Französische Revolution ebenso nicht auftaucht:

---

<sup>369</sup> Engels setzte 1892 im Vorwort zum von ihm unter einem neuen Namen herausgegebenen Buch *Klassenkämpfe in Frankreich* einen Schlussstrich unter der revolutionären Taktik der Kommunisten. Seiner Meinung nach sei „die Zeit der Überrumpelungen“ schon vorbei. Marx und er selbst hätten es aus der „Geschichte der letzten fünfzig Jahre“ gelernt. Die Kommunisten und Arbeiter hätten mehr Erfolg und „weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz“. Die Arbeiter bekämen bei der Gesetzlichkeit „pralle Muskeln und rote Backen“ (MEW 22, S. 525). Engels hielt 1892 die „Rebellion alten Stils“ für veraltet (ebd., S. 518f.) und warf sie als Anachronismus über Bord.

Das erste Heft enthält außer der allgemeinen Einleitung (von Marx) einen 1. Artikel von mir über die Reichsverfassungscampagne, einen Artikel vom kleinen Wolff über die letzten Tage des Frankfurter und Stuttgarter Parlaments, eine Revue der Ereignisse von Marx und mir, und wo möglich die erste einer Reihe Vorlesungen über Ökonomie die Marx hier im Arbeiterverein hält (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 55).

Engels behauptete erst 1895 in der Einleitung zu *Klassenkämpfen in Frankreich 1848 bis 1850*, dass Marx im „Herbst und Winter 1849/50“ in London mit der „Arbeit“, nämlich mit dem Schreiben über die Revolution in Frankreich, begonnen hätte. In seinem Brief von Ende Dezember 1849 an Schabelitz erwähnt er jedoch mit keinem Wort die angeblich von Marx im „Herbst und Winter 1849/50“ in London begonnene Arbeit (MEW 7, S. 511).

Dagegen war Ernst Dronke vom 20. März bis Anfang April 1848 in Paris, arbeitete bei der Junirevolution im Sommer 1848 im Rheinland als Korrespondent der *NRhZ* und hatte die Möglichkeit, sich frei zu bewegen. Er verließ wie Moll am 26. September 1848 Köln und floh ins Ausland, um einer drohenden Verhaftung zu entgehen. Im Oktober 1848 kam er in Paris an und blieb dort fünf Monate. In dieser Zeit war Paris „sein Zuhause“ (Frost 1989, S. 43). Dronke besuchte in Paris „Arbeiterklubs“ und beobachtete „aufmerksam die Stimmung der Pariser Massen“. Als begabter und „erfahrener Journalist“ notierte er sich sofort „jedes treffende Witzwort“, in dem „diese Stimmung sich Luft“ machte und berichtete den Lesern in seinen „lebendig und glänzend“ geschriebenen Korrespondenzen (Ter-Akopjan 1965, S. 382). Allein zwischen 25. Oktober 1848 und 29. Januar 1849 lieferte Dronke der *NRhZ* insgesamt 24 Artikel über Frankreich (ebd., S. 379).<sup>370</sup> Ebenfalls von Mitte Juni 1849 bis Mitte April 1850 schrieb er mehr als achtzig Korrespondenzen aus Paris für die *Frankfurter Deutsche Zeitung* über die französischen Verhältnisse (ebd., S. 542). Er stellt in seinen Artikeln die „Sachverhalte klar und anschaulich“ dar, ergreift „entschieden Partei“ und kleidet dabei alles „in ein leicht konsumierbares Gewand“. Seine „gefällige Sprache“ verhindert auch keineswegs „polemische Ausfälle, die an Schärfe nichts zu wünschen übriglassen“ (Singer 1986, S. 107f.).

Marx' Schreibweise war das Gegenteil von Dronkes Stil. Stephan Born erwähnt in seinen Erinnerungen Engels' Beschwerden über Marx' Schreibweise. Als Born im Winter 1849 Marx/Engels in Köln besuchte, habe Engels über Marx am „bittersten“ geklagt. „Er ist kein Journalist“, so schüttelte Engels sein Herz über Marx' journalistische Unfähigkeit aus, „und

---

<sup>370</sup> Für seine Artikel in der *NRhZ* bekam Dronke nur wenig Geld von Marx. Er geriet in Paris in größte materielle Bedrängnis und musste Schulden machen (Ter-Akopjan 1965, S. 381). Viermal habe er Marx „dringend um einiges Geld ersucht“ (MEGA<sup>2</sup> III/2, S. 510), bekam jedoch Nichts von ihm. So schreibt Dronke am 5. Dezember 1848 nochmals an Marx, dass er seit einem Monat ohne Geld in Paris sitze, während Marx für andere „Eseln“ sofortige „Vorauszahlungen“ mache (ebd., S. 525).

wird nie einer werden“. Über einem Leitartikel, den ein anderer in zwei Stunden schreibe, hocke er einen ganzen Tag, als handle es sich um die Lösung eines tiefen philosophischen Problems; „er ändert und feilt; und ändert wieder das Geänderte“, sodass seine Artikel „niemals zur rechten Zeit fertig werden“ (Born 1898, S. 198f.).<sup>371</sup>

Dronkes Versuch eine Geschichte der Revolution in Frankreich zu schreiben, geht sicherlich auf seine eigenen Beobachtungen und seine zahlreichen Gespräche mit Informanten in der Zeit nach der Junirevolution, in der sich Dronke tatsächlich in Paris aufhielt, zurück (Singer 1986, S. 121). Schon Anfang November 1849 schrieb Dronke aus Paris an Weydemeyer in Frankfurt, dass er aus einem Buch über die Französische Revolution von 1848, an dem er arbeite, „Kapitel“ schicken und ihn „vielleicht bald auch mit Verlagsverhandlungen“ plagen wolle (Koszyk/Obermann 1975, S. 276). Die Geschichte der Französischen Revolution wollte Dronke als Artikelserie in Weydemeyers *Deutsche Zeitung* und auch als Buch erscheinen lassen.<sup>372</sup> Das auslaufende Jahr 1849 benutzte er so weit wie möglich für die Abfassung seines Buches. So schrieb er am 6. Dezember 1849 Weydemeyer, er müsse für sein erwähntes Buch weiter „bis in den Anfang des neuen Jahres Ruhe“ zum Schreiben haben (ebd., S. 283).

Dronke konnte jedoch für sein Buch *Die Geschichte der Pariser Junischlacht* „absolut keinen Unternehmer finden“, schrieb er am 21. Februar 1850 an Engels (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 485).<sup>373</sup> Um einen Verleger zu finden, änderte er sogar den Namen seines Buches um „Pariser Rev[olutions]-Mem[orien]“. Die *Pariser Revolutions-Memorien* und ebenso die *Geschichte der Junischlacht* sind seltsamerweise „aus nicht bekannten Gründen“ verschollen. Von diesen Büchern Dronkes bleibt „lediglich ein Fragment ‚Blanqui‘ betitelt“ erhalten (Singer 1986, S. 111).<sup>374</sup>

---

<sup>371</sup> Marx' Schreibweise bezeichnet schon seine Lehrer im Trier Gymnasium als „Überladenheit mit Ungehörigem“ und als „übertriebenes Suchen nach seltenen Ausdrücken“, wobei „der Darstellung an den vielen Stellen die nötige Klarheit und Bestimmtheit“, oft sogar die „Richtigkeit“ fehlen (Grünberg 1925a, S. 431ff.).

<sup>372</sup> Dronke wollte in einem Brief vom Anfang Februar 1850 an Weydemeyer, dass dieser die Exemplare der *NRhZ* von Oktober und November 1848, wo er intensiv über die Französische Revolution schrieb, zu ihm zusende (Koszyk/Obermann 1975, S. 310f.).

<sup>373</sup> Dronke führte in Paris, berichtete er am 21. Februar 1850 Engels, „ein wahres Hundeleben“. Er schrieb von Zeit zu Zeit an die *Frankfurter Neue Deutsche*, eigentlich nur noch „Brodés halber“, denn der „dicke Bierfiedler Lüning ist der gemeinste Bourgeois geworden“, seit er sein Blatt in die Hände von Löwenthal gegeben habe (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 485).

<sup>374</sup> Am 24. März 1850 wurde Dronke in Paris verhaftet und am nächsten Tag wurde er mit der Voraussetzung wieder freigelassen, Frankreich binnen einer Woche zu verlassen (Koszyk/Obermann 1975, S. 332f.). Unter den in seiner Wohnung beschlagnahmten Unterlagen befanden sich u.a. Bilder von Blanqui und Schriften zu seinem Buch über die Französische Revolution von 1848. Er ging zuerst nach Frankfurt und dann in die Schweiz. Diese beschlagnahmten Schriften tauchten bisher nicht auf. Seine Bücher, die 1848/1849 in Genf erschienene *Bruderhand* und die 1850 in Vivis erschienene *Erimyen*, sind auch „unauffindbar“ (Schneider 1904, S. 2).

Am 24. Juni 1852 schrieb Lassalle an Marx, dass Dronke schon „seit lange“ ihm „über L. Bonaparte (der 18. Brumaire betitelt?)“ und deren „baldiges Erscheinen“ signalisierte. Dronke habe nämlich Lassalle versprochen, ein Exemplar zu schicken, was er bisher nicht bekommen habe. Lassalle wusste, wie er Marx schrieb, dass der *18. Brumaire* eine „Sache“ von Dronke war (MEGA<sup>2</sup> III/5, S. 420).

Ter-Akopjan wies auf Verwechslung von Dronke und Marx bei der ersten Ausgabe von Marxschen Werken in russischer Sprache auf (Ter-Akopjan 1965, S. 379). Stil und Geist der Artikel von Dronke seien so ähnlich mit Stil und Geist der Artikel von Marx, sodass „in der Frage der Autorschaft Irrtümer“ gekommen seien (ebd., S. 540). Doch Ter-Akopjans leeres Argument, Stil und Geist der Artikel von Dronke seien so ähnlich mit Stil und Geist der Artikel von Marx, widerlegt Marx selbst in einem Brief an Engels. Marx wusste schon, dass sein Stil von Dronkes Stil wesentlich verschieden war. Deswegen wollte er 1852, dass Dronke das Machwerk *Die großen Männer des Exils*, in dem Marx/Engels Kommunisten und demokratische Republikaner diskreditieren und ins Lächerliche ziehen, mitschreibe, „wodurch mein Stil plus ou moins [mehr oder weniger] verschwindet“ (MEGA<sup>2</sup> III/5, S. 115.).

Ter-Akopjan nimmt richtig an, dass Dronke „an der Verarbeitung des Materials“ für die Schmähschriften von Marx in der ersten Hälfte der 1850er beteiligt war. Dronkes „literarische Eigenart“ und „treffende und sarkastische Bemerkungen über Politiker“ seien in diesen Schriften zu spüren (Ter-Akopjan 1965, S. 391). Er verschweigt dabei jedoch bewusst, dass Marx Dronkes „literarische Eigenart“ reichlich bei der Artikelserie über die Revolution in Frankreich in der *NRhZ-Revue* ausgenutzt und davon profitiert hatte, und behauptet sogar das Gegenteil, dass Dronke in seinen Artikeln Marx' „Ansicht“ wiedergebe, die Marx ihm gegenüber angeblich „mündlich“ geäußert hätte (ebd., S. 542).

Doch Dronke war schon vor der Revolution von 1848/1849 ein sehr bekannter und talentierter Journalist. Er wurde 1845 wegen der kommunistischen Tendenzen seiner Schriften aus Berlin und später auch aus Leipzig ausgewiesen. So berichtete Moses Hess in einem Brief vom 5. November 1846 an seine Frau Sybille Pesch, dass Dronke „in der letzten Zeit Kommunist“ geworden sei (Hess 1959, S. 168). Ende November 1846 wurde Dronke festgenommen und im April 1847 wegen Majestätsbeleidigung, Beleidigung des Berliner Polizeipräsidenten und Kritik an den Landesgesetzen in seinen Publikationen zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt (Ter-Akopjan 1965, S. 369ff.). Dronke bezeichnete sich am 6. Mai 1847 vor Gericht als „Communist“ und bekannte sich selbstbewusst und unumwunden zu seinen Ansichten:

Die Korrekturen-Kammer hat an die Spitze ihres Erkenntnisses den Satz gestellt, dass das Buch den radicalsten Communismus enthalte. [...] Ich kann wohl fragen, was denn dieses Gespenst des Communismus, dessen gesetzliche Definiton leider noch nicht existiert, wohl eigentlich bedeute, dass man es neuerdings bei allen Verfolgungen herausbeschwören sucht. [...] Es kömmt mir durchaus nicht in den Sinn, meine Gesinnungen hier am Ort zu verlügen; ich verhehle durchaus nicht, dass ich Communist bin, und wäre selbst hier am Ort als Angeklagter geneigt, die Tendenz des Communismus und dessen Richtigkeit, Rechtmässigkeit und Notwendigkeit zu vertheidigen, sofern man dies in verständiger Weise geltend gemacht hätte (Dronke 1847; zit. nach Frost 1989, S. 32).

Im Mai 1847 sprach Dronke deutlich „am Ort“ von der Angst der Herrschenden vor dem „Gespenst des Communismus“, bevor Marx/Engels in ihrem *Manifest* das abschrieben. Er bekannte sich im Gegensatz zu ihnen selbstbewusst zu dem revolutionären Kommunismus, der bei Herrschenden Angst und Schreck hervorrief. Während Dronke im Gefängnis war, besuchte ihn im Januar 1848 Willich als der Vorstand der Kölner Bundesgemeinde und half ihm bei seiner Flucht am 11. März 1848 aus der Haft (Ter-Akopjan 1965, S. 375).

Nachdem Dronke wieder auf freiem Fuß gewesen war, lernte Engels ihn kennen und bearbeitete ihn intensiv, um ihm seine „wahren“ sozialistischen Ideen auszutreiben. Nach einem „brainwashing“ berichtete er am 18. März 1848 Marx über Dronke Folgendes:

Der Dronke war vor seiner Flucht durch Willich und Konsorten in den Bund aufgenommen worden. Ich hab' ihn hier einem neuen Examen unterworfen, ihm unsre Ansichten vorgetragen, und da er sich einverstanden erklärte, ihn bestätigt. Man hätte nichts andres tun können, selbst wenn mehr oder weniger Bedenken dagewesen wären. Indes ist der Kerl sehr bescheiden, sehr jung und scheint sehr zugänglich, so daß ich glaube, daß er mit einiger Aufsicht und einigem Studium gut werden wird. Er revozierte mir gegenüber alle seine früheren Schriften. Er wohnt leider bei Moses, der ihn einstweilen bearbeiten wird, aber das hat bekanntlich nichts zu sagen (MEW 27, S. 121f.).

Dronke scheint zwar der „Partei Marx“ sich persönlich unterworfen zu haben (Na'aman 1965, S. 24), jedoch haben die Originalität und Qualität seiner politischen Analyse keinerlei Gemeinsamkeiten mit Marx/Engels, wie in dieser Arbeit verschiedentlich gezeigt wurde. Marx war bewusst, wie er am 17. August 1849 aus Paris an Engels schrieb, dass Dronke „ein ganz kleines Männchen aus der Schule E. Meyens“ sei (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 43). Er beschwerte sich schon 1842 bei Ruge über Meyens „Einschmuggeln kommunistischer und sozialistischer“

Ideen in die *Rheinische Zeitung* (MEW 27, S. 412).<sup>375</sup> Wohl wissend bezeichnete Marx in einem Brief vom 7. September 1853 an Engels auch Dronke als „kleinen‘ Blanqui“ (MEW 28, S. 286). Das hinderte Marx jedoch keinesfalls daran, da Dronke „sehr bescheiden“ und „sehr zugänglich“ war (MEW 27, S. 122), seine „Journalistischen Fähigkeiten“ (Singer 1986, S. 107f.) für sich völlig auszunutzen und davon zu profitieren, in dem er Dronkes Schriften über die Französische Revolution mit seinen national-ökonomischen Ideen vermischte und unter seinem eigenen Namen in der *NRhZ-Revue* vom März bis Oktober 1850 veröffentlichte.

Mit Ausnahme einiger weniger Kapitel trägt jeder bedeutende Abschnitt der Artikelserie *1848 bis 1849* merkwürdigerweise die Überschrift „Niederlage der Revolution“ (MEW 7, S. 11). Marx macht hier wissentlich keinen Versuch, die Französische Revolution von 1848 selbst vor dem Hintergrund der Subsistenzaufländen von 1846/1847 zu bewerten. So gibt er als Ursache der Februarrevolution von 1848 die „Welthandelskrise“ an, während er die Subsistenzauflände fast kaum erwähnt (ebd., S. 15). In Wirklichkeit erreichten die Subsistenzauflände von 1846/1847 in Frankreich und teilweise auch in Deutschland, wie im ersten Kapitel dieser Arbeit schon behandelt wurde, so ein großes Ausmaß, dass sie sich noch einmal zur vorherrschenden Form des Kampfes der Arbeiter und Besitzlosen machten (Meyer 1999, S. 15).

In der Artikelserie wurden die Zusammenhänge zwischen Klasseninteressen, Parteibildungen, Verfassungs-, Steuer- und Wirtschaftspolitik thematisiert, wo die „dualistische Analyse der Ökonomie und der Klassenverhältnisse“ nicht zu übersehen waren (Deppe 2008, S. 47f.). Marx fügte hier seine nationalökonomischen Ansichten über eine proletarische Revolution hinzu, die mit den Ansichten Dronkes im Widerspruch standen und daher die Kontraste im Buch bildeten:

Die Entwicklung des industriellen Proletariats ist überhaupt bedingt durch die Entwicklung der industriellen Bourgeoisie. Unter ihrer Herrschaft gewinnt es erst die ausgedehnte nationale Existenz, die seine Revolution zu einer nationalen erheben kann, schafft es selbst erst die modernen Produktionsmittel, welche ebenso viele Mittel seiner revolutionären Befreiung werden. Ihre Herrschaft reißt erst die materiellen Wurzeln der feudalen Gesellschaft aus und ebnet das Terrain, worauf allein eine proletarische Revolution möglich ist (MEW 7, S. 20).

---

<sup>375</sup> Eduard Meyen (1812–1870) war ein Korrespondent der *Rheinischen Zeitung*, deren Chefredakteure bekanntlich Marx war. 1842 kam es zum Streit und Bruch zwischen beiden, da Meyens „sanskülotische“ Form Marx, wie er am 30. November 1842 schrieb, gar nicht gefiel. So erklärte Marx ihm, dass er „das Einschmuggeln kommunistischer und sozialistischer Dogmen [...] für unpassend, ja für unsittlich“ halte (MEW 27, S. 412). Doch Meyen kam Marx' Forderung nicht nach. Er engagierte sich auch im *Zentralverein* für das Wohl der arbeitenden Klassen. Ab 1844 war Meyen Korrespondent der *Trierschen Zeitung* in Berlin und musste eine zweimonatige Haft verbüßen. Im Jahr 1847 wurde er verhaftet. Meyen war während der Revolution von 1848/1849 Mitglied im *Zentralverein*. Er war Delegierter und einer der Mitgestalter des zweiten Demokratenkongress vom Oktober 1848 in Berlin. Nach der Revolution arbeitete Meyen in London mit Willich zusammen (Köppen 2003, S. 96).

Dieser Dualismus fiel Eduard Wiss auf, wie er 1854 in der *Republik der Arbeiter* bemerkte, da Marx zwar so „gewandt und scharfsinnig [...] in seiner Analyse ökonomischer und socialer Zustände“ sei; so „absurd“ wird er jedoch, wenn er „die ganze kulturgeschichtliche Entwicklung des Menschengeschlechts allein und ausschließlich von der Entwicklung ökonomischer Verhältnisse abhängig“ mache (RdA 1854, S. 132).

Das Lob von Wiss, „gewandt und scharfsinnig“ in der „Analyse ökonomischer und socialer Zustände“ zu sein, verdient doch nicht Marx, sondern allein und einzig Dronke, dessen Artikel über Frankreich in der *NRhZ* 1848/1849 „literarische Meisterwerke“ waren, in denen sich „der politische Scharfblick eines reifen Revolutionärs“ offenbarte (Ter-Akopjan 1965, S. 379). Da Marx das *Blanqui* betitelte Kapitel von Dronkes Buch nicht in die Artikelserie nahm und deswegen nur dieses Kapitel bei Dronke übrigließ, füllte er Blanquis Platz, nämlich den Platz der politischen Akteure, mit seinen bürgerlichen nationalökonomischen Ideen.

In dem zitierten Paragraphen schrieb Marx aber gewiss von Dronke ab, um seine feindlichen Ansichten gegen revolutionäre Kommunisten zu verdecken:

[...] gruppiert sich das *Proletariat* immer mehr um den *revolutionären Sozialismus*, um den *Kommunismus*, für den die Bourgeoisie selbst den Namen *Blanqui* erfunden hat. Dieser Sozialismus ist die *Permanenzerklärung der Revolution*, die *Klassendiktatur* des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur *Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt* (MEW 7, S. 89f.).<sup>376</sup>

Marx bekämpfte in der Wirklichkeit „vorher und nachher“ und in der Tat sein lebenslang den blanquistischen „Revolutionarismus“ (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 215). Er schrieb 1849/1850 Dronkes Ansichten über Blanquisten ab, da er es wohl für nötig hielt, „Wahrheit und Lüge, Wirkliches und Erfundenes“ zusammenzuwerfen und nach „gewissenloser Willkür seinen Zwecken dienstbar“ zu machen, wie die Bundesmitglieder in den USA Ende Dezember 1853 in ihrer Erklärung ihren politischen Standpunkt zu „sich Parthei nennenden Clique Marx und Engels“ (RdA 1854, S. 13) zum Ausdruck brachten.

In der Realität betrachtet Marx die revolutionären Blanquisten „wie die Diebe und die Prostituierten“ (MEW 7, S. 274), während er die ausbeuterische und unterdrückerische Bourgeoisie als „höchst revolutionär“ vorgibt (MEW 4, S. 464). Für Marx, der in dem im Mai 1850 erschienenen Heft der *NRhZ-Revue* seine wahre Ansicht über die revolutionären

---

<sup>376</sup> Zur „Klassendiktatur des Proletariats“ schrieb Marx weiter nicht mehr, da der Raum dieser Darstellung nicht erlaube, „diesen Gegenstand weiter auszuführen“ (MEW 7, S. 89f.). Er äußerte sich jedoch auch später an anderen Stellen nicht mehr dazu.

Kommunisten ausdrückte, ist der „Hauptcharakterzug“ im Leben der „Konspirateurs“, sprich im Leben der revolutionären Blanquisten, „ihr Kampf mit der Polizei, zu der sie grade dasselbe Verhältnis haben wie die Diebe und die Prostituierten“ (MEW 7, S. 274).

Für Dronke dagegen, wie er am 1. Dezember 1850 an Marx schrieb, sind die Blanquisten „die einzig wirkliche Partei“ des Proletariats (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 684). Er schrieb am 7. Mai 1850 an Engels, also auch nach der Junischlacht von 1848, dass die „avancirte Partei“ in Paris lediglich die Partei der Blanquisten ist:

Wer hier mit an die Spitze kömmt, ist keiner der provisorischen Halbgötter, Albert, Louis Blanc oder der ‚Bayard Barbès‘, sondern *Blanqui*. Es sind unter den Pariser Chefs zwar noch viele, die die ‚Gefahr eines Kampfes‘ nicht wagen wollen, sondern die Steuerverweigerung organisiren; indeß diese Clique kannst Du zählen: es sind dieselben, die das Letzte mal bei der Wahl des sozialistischen Candidaten für Girardin gestimmt haben (ebd., S. 541f.).

Wie zuvor stellt Dronke auch nach der Revolution von 1849/1850 fest, dass die bisherigen „sozial demokratischen Schwätzer oder systematischen Narren“ also „völlig todt“ seien, während „Blanqui’s Anhang unter den Arbeitern enorm“ geworden sei (ebd., S. 486).

## **II. Erste Hälfte von 1850: Theoretische politische und organisatorische Kontroversen zwischen der Arbeiterführung und Marx/Engels**

Das Kapitel II behandelt die theoretischen, politischen und organisatorischen Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterführung und Marx/Engels in der ersten Hälfte vom 1850. Zuerst wird durch die Analyse der Schriften von Marx/Engels und der Arbeiterführung dargelegt, dass der Standpunkt der Führung der Arbeiterbewegung nach wie vor keineswegs zur politischen Position von Marx/Engels passte. Es wird gezeigt, dass Marx/Engels sich keinesfalls auf dringende Aufgaben der Revolution vorzubereiten bezweckten, während auf der Tagesordnung der Arbeiterführung die Vorbereitung auf politische, ideologische und militärische Revolutionskämpfe stand. Folgend wird die Märzansprache des *Bundes* ausführlich analysiert und festgestellt, dass die revolutionären Kommunisten in der Märzansprache die bourgeoisiefreundliche Politik von Marx/Engels in der Revolution von 1848/1849 scharf verurteilten, indem sie die Arbeiter aufforderten, sich „durch die heuchlerischen Phrasen“ der Bourgeoisie „keinen Augenblick an der unabhängigen Organisation der Partei des Proletariats“ irremachen zu lassen. Bei der Analyse wird auf die politische Übereinstimmung von Weitlings Kritik und der Kritik der Märzansprache des *Bundes* an Marx/Engels’ bourgeoisiefreundlicher Strategie aufmerksam gemacht.



Der Analyse der Märzansprache folgt die Untersuchung der Gründung des internationalen Kampfbundes *Die Weltgesellschaft der Kommunistischen Revolutionäre* durch Blanquisten und die deutsche Arbeiterführung. Hier wird die Ansicht vertreten, dass Marx/Engels in die *Revolutionäre Weltgesellschaft* eintraten, um die Pläne der Kommunisten zu revolutionären Aktionen zu zerstören, denn Marx schloss eine Freundschaft mit dem Polizeispitzel Bangya, während er mit Blanquisten im Komitee der illegalen revolutionären *Weltgesellschaft* zusammensaß.

Danach werden im Kapitel II staatliche Repressalien gegen den Einfluss der Kommunisten auf Arbeitervereine in Deutschland und der Schweiz geschildert. Folgend wird die Initiative von Kommunisten und demokratischen Republikaner, nämlich die *Revolutionäre Zentralisation*, in der Schweiz dargestellt. Hier wird die Ansicht vertreten, dass die revolutionäre Führung der deutschen Arbeiterbewegung mit der *Revolutionären Zentralisation* eine Alternative gegen die Mehrheit von Marx und seinen speziellen Freunden in der Zentralbehörde des *Bundes* in London zu bilden suchte, da diese durch ihre diktatorische Macht in der Zentralbehörde alle revolutionären Pläne der Führung der deutschen Arbeiterbewegung verhinderten.

Anschließend wird sich im Exkurs mit den Seltsamkeiten der „Juniansprache“ und deren Autorschaftsfrage auseinandergesetzt. Die Analyse der Dokumente zeigt, dass die sogenannte „Juniansprache“ im Gegensatz zur Märzansprache nicht die offizielle und legitime Ansprache des *Bundes* ist, sondern dass sie aus den Informationen über die geheimen Pläne und Tätigkeiten der Kommunisten und demokratischen Republikaner stammt, die Marx/Engels von ihren speziellen Freunden Wolff und Schramm bekommen hatten, um die geheimen Pläne, Tätigkeiten und Namen der Kommunisten und demokratischen Republikaner in der sogenannten „Juniansprache“ öffentlich anzuzeigen.

### **1. Warten oder Vorbereiten auf die Revolution?**

In nicht wenigen Arbeiten über Marx wurde behauptet, dass dieser nach der Niederschlagung der Revolution „von viel zu leidenschaftlicher aufrührerischer Gesinnung“ gewesen sei und sich deswegen den „Illusionen“ und „Hoffnungen“ auf eine zweite Revolution hingeeben hätte (Schraepfer 1972, S. 357). Marx/Engels seien immer noch, „und darin unterschieden sie sich nicht im geringsten“ von den anderen Emigranten, von einem „baldigen Wiederaufflackern der Revolution fest überzeugt“ gewesen (ebd., S. 364). Marx habe auch „seine Auffassung des Sozialismus scharf von jeder bürgerlichen Spielart“ abgegrenzt und daher festgestellt, dass „die Arbeiterklasse eindeutig zur Herrschaft“ berufen sei (ebd., S. 363).

Doch seine Aussagen in einem Brief, den Marx schon Ende Juli 1849 aus Paris an Weydemeyer in Frankfurt schrieb, lassen mehr als deutlich erkennen, dass Marx mit dem „jetzige[n] Stand der Dinge“ ganz zufrieden war, da die „Dinge“ der Bourgeoisie „sehr gut voran“ gehen:

So fatal unseren persönlichen Verhältnissen momentan der jetzige Stand der Dinge, so gehöre ich doch zu den satisfaits [Zufriedenen]. Les choses marchent très bien [Die Dinge gehen sehr gut voran] und das Waterloo, das die offizielle Demokratie erlebt hat, ist als ein Sieg zu betrachten (MEW 27, S. 506).<sup>377</sup>

Da „die Dinge“ der Bourgeoisie „sehr gut“ vorangehen, würden die „Regierungen von Gottes Gnaden“ die Rolle übernehmen, so vermutete Marx, „uns an der Bourgeoisie zu rächen und sie zu züchtigen“ (ebd.). Sicher wussten die „Regierungen von Gottes Gnaden“, dass Marx ihnen gegenüber auf der Seite der Bourgeoisie stand. Marx bekräftigte in einem weiteren Brief vom 31. Juli 1849 aus Paris an Ferdinand Freiligrath in Köln seinen politischen Standpunkt nochmals mit kristallklaren Worten:

Wir führen auf rein bürgerlichem Wege noch einmal den Krieg der Bourgeoisie gegen den feudalen Absolutismus. Das goldne Kalb ist mächtiger als alle die andern Kälber, die auf den Thronen der Welt sitzen (ebd., S. 504).

Da das mächtige „goldne Kalb“ in Besitz der Bourgeoisie steht, führt Marx „noch einmal den Krieg der Bourgeoisie gegen den feudalen Absolutismus“ fort. Für ihn ist es, mit Gottschalk gesprochen, „vorteilhaft“, sich „den Mächtigen dieser Erde anzuschließen“. Ihn interessiert das „Elend des Arbeiters“, „der Hunger des Armen“ (FA 1849, S. 51) deshalb nicht, da sie im Gegensatz zur Bourgeoisie das „goldne Kalb“ nicht besitzen und auch nicht besitzen werden. Er führt deswegen „noch einmal den Krieg der Bourgeoisie gegen den feudalen Absolutismus“ und für eine konstitutionelle Monarchie fort.

Am 17. August 1849 teilte Marx Engels mit, dass „auf eine baldige revolutionäre Resurrektion“ zu hoffen sei. Da die „industrielle Bourgeoisie noch revolutionärer“ als früher agiere, soll Engels „auf eine baldige revolutionäre Resurrektion“ in England hoffen (MEW 27, S. 140). Er schien damit zufrieden zu sein, dass die „Chartisten und Freetrader vereinigt“ handelten:

---

<sup>377</sup> Die Schlacht bei Waterloo vom 18. Juni 1815 war die letzte Schlacht Napoleon Bonapartes. Die britischen Truppen besiegten an diesem Tag mit Unterstützung des preußischen Heeres Napoleons Truppen. Napoleons Niederlage beendete seine Herrschaft und führte sofort mit seiner endgültigen Abdankung zum Ende des Französischen Kaiserreichs. Marx betrachtete die Waterloo-Schlacht von 1815, die über 53.000 Tote gefordert hatte und deswegen die Landschaft in Waterloo nach der Schlacht mit den Leichen und Verwundeten der Arbeiter und Besitzlosen übersät waren, „als ein Sieg“ der „offizielle[n] Demokratie“ (MEW 27, S. 506).

Harney und Palmerston scheinbar befreundet. In dem letzten in London gehaltenen Meeting O'Connor und Colonel Thompson eine Seele. Dieser ökonomische Feldzug gegen Feudalismus und heilige Allianz von unberechenbaren Folgen (ebd., S. 140f.).

„Ich zweifle kaum“, schrieb Marx am 19. Dezember 1849 an Weydemeyer, dass in paar Monaten die Welt brenne. In „Weltbrand“ sieht Marx lediglich, dass „endlich die Chartisten mit der Bourgeoisie gegen die Aristokratie“ gemeinsames Handeln aufgenommen hatten. „Großartig“ werde dieser Konflikt und „revolutionär-stürmischer“ werde die äußere Form der Agitation, wenn also „die Tories anstatt der Whigs ins Ministerium kommen“ (ebd., S. 515f.).

In Bezug auf die parlamentarischen Wahlen in England schrieb Marx am 27. Juni 1850 an Weydemeyer Folgendes:

Der heutige Tag ist wichtig. Es ist möglich, daß das Ministerium heute stürzt. Dann beginnt hier eine wirklich revolutionäre Bewegung (ebd., S. 535).

Marx glorifizierte die Chartisten deswegen, weil sie seit Jahren im englischen Parlament ganz friedlich und gemeinsam „mit der Bourgeoisie gegen die Aristokratie“ handelten (MEW 27, S. 515f.). So werde England unter der Führung der Chartisten, schrieb er auch Ende November 1848 in der *NRhZ*, „dem Kontinent die Revolution diktieren“ (MEW 6, S. 78), während die Londoner Bundesgemeinde die Blamage der Führung der Chartisten vom 10. April 1848 kritisierte und selbst in England eine illegal/revolutionäre Organisation, die hinter den legalen Vereinen stehen musste, forderte (ZAV 1848, S. 83).

Auch Dronke betrachtete die Lage des englischen Proletariats und der Chartisten von Grund auf verschieden als Marx/Engels. Ende Dezember 1849 gab er in einem Brief an Weydemeyer die damals herrschende Meinung der revolutionären Kommunisten über Chartisten und über das englische Proletariat wieder:

[I]n *England selbst* hat die Revolution keine Initiative zu erwarten, denn das englische Proletariat ist das entnervteste, lumpigste, feigste Proletariat der Welt [...]. Wir haben das am 10. April [18]48 gesehen, wo Wellington mit elenden 1100 Soldatenungefähr 50.000 Proletarier nach Hause jagte, und wir werden es noch öfter sehen (Koszyk/Obermann 1975, S. 298).

Es ist eine Tatsache, dass in England sowohl die Chartisten als auch die sozialen Klassen einer sozialen Revolution verhältnismäßig fernstanden, während in Frankreich massive soziale Kämpfe der arbeitenden Klassen und Besitzlosen stattfanden und die revolutionären Blanquisten diese Kämpfe organisierten. Deshalb glaubte Dronke „nimmermehr“, dass das englische Proletariat sich um den Sturz der englischen Bourgeoisie Mühe geben werde. Dronke vertrat in einem Brief vom 21. Februar 1850 an Engels diese Ansicht, nämlich, dass die

europäische Revolution „nie [...] durch eine revolutionäre Initiative in England selbst vollbracht“ werde. Daher habe er „keine große Sehnsucht nach dem Londoner Proletariat, welches am 10. April vor 1100 Soldaten ausriß“ (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 485f.).

Obwohl Marx in seinem schon erwähnten Brief vom 19. Dezember 1849 an Weydemeyer von einem „Herannah einer ungeheuren industriellen, ackerbauenden und kommerziellen Krise“ in Europa erzählte, schrieb er in demselben Paragrafen auch seine wahre Ansicht, dass der Handel in Europa „da gerade jetzt“ in aufsteigender Linie gehe und daher die Arbeitermassen in Frankreich, Deutschland usw. „vielleicht in der Phrase, sicher aber nicht en réalité, revolutionär“ seien (MEW 27, S. 516).

Die Entdeckung der kalifornischen Goldgruben erschien Marx/Engels folgenreich für die europäische Bourgeoisie. Sie betrachteten die Entdeckung der Goldgruben „noch wichtiger als die Februarrevolution“ (MEW 7, S. 220). So gaben sie der Bourgeoisie der „europäischen zivilisierten“ Länder für sie notwendige und nützliche Ratschläge. Demnach müsste die Bourgeoisie der „europäischen zivilisierten“ Länder „die Produktions- und Verkehrsweise nach den aus den modernen Produktivkräften hervorgehenden Bedürfnissen der Produktion“ selbst umwälzen und dadurch „die Erzeugung neuer Produktivkräfte“ möglich machen, „welche die Superiorität der europäischen Industrie“ sichern könnte (ebd., S. 221).

In einem schon erwähnten Brief, den Schramm im Namen der Zentralbehörde des *Bundes* am 28. Januar 1850 an die Bundesgemeinde in La Chaux-de-Fonds<sup>378</sup> in der Schweiz schrieb, sah Schramm,<sup>379</sup> der in diesen Jahren oft „as Marx’s mouthpiece“ fungierte (Lattek 2006, S. 53), es deswegen als nicht nötig an, Vorbereitungen für eine Revolution zu treffen, da „im Augenblick in Deutschland und Frankreich die Geschäfte und Fabriken sehr gut“ gingen (BdK 2, S. 76f.). Auch die Aussagen von „Marx’ Sprachrohr“ Schramm zeigen deutlich, dass Marx und seine speziellen Freunde im Gegensatz zu der Führung der revolutionären

---

<sup>378</sup> Die Bundesgemeinde La Chaux-de-Fonds war auf dem starken Arbeiterverein gestützt und suchte, eine führende Stellung unter den deutschen Arbeitervereinen in der ganzen Schweiz zu erlangen. Nach Schneider hatte der „kommunistische“ Arbeiterverein in La Chaux-de-Fonds über 60 Mitglieder. Er stand insbesondere mit dem in Lausanner und Genfer Arbeitervereinen „in den innigsten Beziehungen durch fortwährende Korrespondenzen“ (Schneider 1904, S. 9). Mit den Polizeiangriffen auf den Kongress der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz vom 20. Februar 1850 in Murten wurden zahlreiche kommunistische Arbeiter festgenommen und ihre Vereine verboten (BdK 2, S. 103f.).

<sup>379</sup> Marx knüpfte in London enge Kontakte insbesondere mit dem Kaufmann und Journalist Konrad Schramm, der „auf Befehl von Marx“ in die Zentralbehörde aufgenommen wurde, nachdem Marx seinen Platz in derselben versichert hatte (RdA 1851, S. 155). Schramm predigte 1848 in Hamburg „die Abschaffung aller Fürsten“ aber keinesfalls die Abschaffung der Bourgeoisie. Er wurde 15. Juni 1849 wegen der Desertion aus der Armee zu zwei Jahren Haft verurteilt. Aus dem Gefängnis floh er am 8. September und ging nach London (Wermuth/Stieber 1853, S. 30).

Arbeiterbewegung nach wie vor keinesfalls auf dringende Aufgaben der Revolution sich vorzubereiten bezweckten.

Willichs Schreiben vom 1. Februar 1850 an die Bundesgemeinde in La Chaux-de-Fonds steht im engen Zusammenhang mit Schramms Schreiben und vertritt die entgegengesetzte Richtung zur politischen Strategie von Marx/Engels. Wie Weitling betrachtet auch Willich den gegenwärtigen Kampf „des arbeitenden Volkes“ als eine Nachfolge der Widerstands- und Kampftraditionen zum Wege des Kommunismus. Er bindet die gegenwärtige Bewegung, die gleichzeitig ein Lern- und Wahrnehmungsprozess der Interessen „des arbeitenden Volkes“ ist, an ihre geschichtliche Widerstandstradition:

Das Proletariat, die unendliche Mehrzahl der Menschen, die Enterbten, [...] die Besitzer aller schaffenden Kräfte und die Beraubten innerhalb alles von ihnen Geschaffenen – die von ihren Unterdrückern Gehaßten und Verachteten. Aber ein Erbe haben sie uns Proletariern nicht nehmen können, das Erbe unserer proletarischen Vorfahren, aller großen Märtyrer für die ewigen rechte der Menschheit. Durch die blutige und finstre Geschichte der Tiermenschen geht leuchtend und wärmend die Bahn *dieser* unserer Ahnen. Wo man auch diese Bahn mit Meeren von Blut hat bedecken wollen, so viele dieser großen Proletarier man am Kreuze oder in den Flammen hat töten wollen, immer ist ihr Geist in ihren Erben wieder auferstanden, immer breiter ist die leuchtende Bahn geworden, immer größer die Zahl der Erben (BdK 2, S. 79).<sup>380</sup>

Im Gegensatz zu Marx, der in den seit Tausenden Jahren andauernden Kämpfen und Widerständen der arbeitenden Klassen gegen Ausbeutung und Unterdrückung lediglich „schädliche Revolten“ und nichts anderes „außer Lärm“ ansieht (BdK 1, S. 304), nimmt Willich hier im Namen des Kommunismus das historische Erbe der seit Tausenden Jahren andauernden Widerstandstradition des „arbeitenden Volkes“ in Besitz. Wie Weitling betont auch Willich, da sie derselben kommunistischen Tradition angehören, bei jeder Gelegenheit die „blutrote Fahne aller großen Märtyrer“, wie u.a. Thomas Münzer, Schneider Johann von Leiden Babeuf, Buonarotti, Barbès, Raspail (Weitling 1971, S. 176). Ganz im Gegensatz zu Marx/Engels betrachten Weitling und Willich die geschichtliche Entwicklung des Kommunismus, als Parallele der Gegenwart. Im Mittelpunkt Willichs Schreibens vom 1. Februar 1850 stand die Vorbereitung auf politische, ideologische und militärische Revolutionskämpfe:

Wir haben einen Eroberungskrieg zu führen [...]. Nur wenn wir eine Welt zu erobern haben, werden wir den Mut und die Kraft zu haben. [...] Was sollen uns alle kleinen Rücksichten und

---

<sup>380</sup> Wie Weitling nimmt auch Willich die „Tiermenschen“, die Unterdrücker und Ausbeuter, „die schlimmer als die Tiger und Hyänen“ seien, politisch nicht in die Menschheit auf. Sie hätten kein Recht, unter Menschen zu existieren (BdK 2, S. 79).

Vorsichten? Glaubt ihr, man könne dadurch die zu Freunden gewinnen, die nicht entschieden unser sind? [...] Wehe der Revolution, wenn wir nicht unter unserer Fahne fechten, werden wir zerschmettert werden (BdK 2, S. 80ff.).

Willich wollte in Deutschland im Gegensatz zu Marx/Engels „die rote Fahne wehen lassen“. Dafür sei die erste Aufgabe der Arbeiter, „einig“ und sich „selbst treu“ zu bleiben. Sie müssten sich nicht benutzen lassen, sondern für ihren „eigenen Zweck zu den Waffen“ greifen:

Das erste: laßt Euch nicht zersplittern, das zweite: kein Vertrauen, zu irgendwem es auch sei, als zu Euch und unserem Prinzip; wer diesem ergeben ist, der mag uns dienen, wer darin zweifelhaft ist, darf keinen Einfluß auf die geringste unserer Handlungen haben. [...] Ein rücksichtsloses, festes Zusammenschließen unserer Partei ist jetzt unsere Lebensbedingung – unter den Umständen werde ich in militärischer Weise viel leisten können bei der neuen Bewegung, sonst aber wachsen uns die Philister über den Kopf (ebd. S. 83f.).

Willichs Brief vom 1. Februar 1850 zeigt, dass der Standpunkt der Führung der Arbeiterbewegung nach wie vor keineswegs zur politischen Position von Marx/Engels passte.

## **2. Kritik an Marx/Engels' bourgeoisiefreundlicher Strategie**

### **2.1. Weitling: „keine Verschmelzung mehr mit widerstrebenden Elementen“**

Es ist an dieser Stelle vonnöten, vor der Bewertung der Märzansprache an die Mitglieder des *Bundes* von 1850 auf die schon behandelte Vorrede Weitlings in der dritten Auflage der *Garantien der Harmonie und Freiheit* im Frühjahr 1849 einen kurzen Blick zu werfen, um die politisch/inhaltliche Ähnlichkeit der beiden Schriften aufzuzeigen. Bekanntlich übte Weitling im Frühjahr 1849 in dieser Vorrede eine scharfe Kritik am von der „Intelligenz“ für notwendig vorgegebenen „Bündnis“ zwischen Proletariat und Bourgeoisie aus. Er betonte hier erneut die historische Notwendigkeit der Verselbstständigung der Arbeiterbewegung gegenüber der bürgerlichen Klasse. Für Weitling bestand die Aufgabe der Kommunisten darin, die Instrumentalisierung des Proletariats durch die Bourgeoisie zu verhindern (Weitling 1955, S. 366):

„Die *Intelligenz*“ [hielt] [...] ein Bündnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie gegen die Fürsten zunächst für notwendiger. Man verrechnete sich. In diesem Feldzugsplane waren bald Freund und Feind nicht voneinander zu erkennen. Das Volk wurde nicht mehr über seine wahren Interessen belehrt, sondern mit Beifall haschenden Phrasen durch Tagesneuigkeiten unterhalten. Es wurde an Führer gewöhnt, deren größtes Verdienst darin bestand, dem Volke bei jeder Gelegenheit ihre nichts sozialprinzipiell enthaltende Maulfertigkeit aufzudringen. Das Volk wurde dadurch allerdings in Gärung erhalten, aber in dieser Gärung verdampfte nach und nach

seine revolutionäre Energie, indem es sich überzeugte, dass die Handlungen seiner Vielredner das nicht bewährten, was die Worte so glühend in Aussicht stellten (ebd., S. 299).

Weitling stellte hier mit kristallklaren Worten fest, dass die politische Strategie und Taktik des *Manifests* gescheitert sind:

Wir deutschen Kommunisten bildeten [...] unter dem weiten Mantel der Demokratie eine und dieselbe Partei mit der frühern politischen Partei, gegen die wir einst kämpften und welche stets einen Zustand verteidigte, dessen Anhänger man unter der Benennung Bourgeoisie ebenso gut bezeichnen kann als unter der Benennung Demokratie. Was hat uns dies Opfer der Einheit gebracht, was genützt? [...] Wir haben mit dem Prinzip des einigen Handelns nichts gewonnen. [...] Dieselbe Masse, welche wir unter die Fahnen der Demokratie scharten, hätten wir unter die Fahnen des Kommunismus scharen können. Und diese Masse hätte dann die Bewegung besser verstanden, dafür mehr Zutrauen gehabt und mehr Mut entwickelt (ebd., S. 299f.).

Zum Schluss appellierte Weitling an die Kommunisten, dass sie „keine Verschmelzung mehr mit widerstrebenden Elementen“ versuchen sollten:

Wir sind Menschen, sind Deutsche, sind Demokraten, aber sind wir auch Kommunisten. Wir bezeichnen durch dieses Wort einen Zustand, in welchem alle Glieder der Gesellschaft die Mühen und Genüsse des Lebens gerecht geregelt mit einander teilen; wir bezeichnen dadurch, daß wir selbst der höchsten, nie vollkommen erreichbaren Konsequenz dieses Zustandes nachstreben, ja selbst Freuden und Leiden miteinander teilen wollen, wenn diese Möglichkeit gefunden wird (ebd., S. 301).

Auch Hess teilte, wie die anderen revolutionären Kommunisten, den Standpunkt von Weitling und Gottschalk. Für Hess handelt es sich bei der Revolution hauptsächlich darum, „ob das Volk seine Angelegenheiten selbst verwalten oder von der Bourgeoisie beherrscht, bevormundet, tyrannisirt und exploitirt werden“ soll. Er bewertet 1848 in einem Artikel die Märzrevolution in Deutschland und kam zum Schluss, dass die Herren der Bourgeoisie „das Volk“ für „unmündig“ erklären und „mit dem Blute der Arbeiter erkämpften demokratischen Institutionen“ ganz sachte und allmählich wieder „eskamotieren“ möchten:

Nur wenn das Volk seine Angelegenheiten selbst verwaltet, können diejenigen sozialen Reformen ins Werk gesetzt werden. [...] Die Interessen der großen Mehrzahl, die Interessen der Arbeiter sind keineswegs identisch mit den Interessen jener kleinen Minorität, welche direkt oder indirekt vom Profit der Arbeit lebt (Hess 1848; zit. nach Mönke 1964, S. 81).

Daher hält Hess in der Bewegung von 1848 „das Streben des Volkes“ für wesentlich, „sich von der Herrschaft und Bevormundung“ der Bourgeoisie zu befreien. Nach Hess haben die Arbeiter ihre Mündigkeit schon durch Taten bewiesen, aber die „Herren“ der Bourgeoisie wollen davon

nichts wissen. Der Streit der Bourgeoisie, ob das Volk mündig oder unmündig sei, kann nach Hess gegen die bürgerliche Klasse am Ende nur „mit den Waffen in der Hand“ durchgefochten werden (ebd., S. 81f.).

## **2.2. Bundesführung: Nie wieder zum „Anhängsel“ der Bourgeoisie**

Wie Weitling und Hess zog auch die Zentralbehörde des *Bundes* in der Märzansprache von 1850 Konsequenzen aus den Erfahrungen in der Revolution von 1848/1849. Ähnlich wie Weitling und Hess forderte die Märzansprache an die Mitglieder des *Bundes*, dass das Proletariat nie „wieder zum Anhängsel der offiziellen bürgerlichen Demokratie“ herabsinken dürfe wie in der Revolution von 1848/1849 (Wermuth/Stieber 1853, S. 255), wo „die frühere feste Organisation des Bundes bedeutend gelockert“ wurde. Ein großer Teil der Mitglieder habe in dieser Zeit geglaubt, „die Zeit der geheimen Gesellschaften vorüber und das öffentliche Wirken allein hinreichend“. So ließen sie ihre Verbindungen mit der Zentralbehörde „erschaffen und allmählich einschläfern“. Doch die Arbeiterpartei müsse „möglichst organisiert, möglichst einstimmig und möglichst selbständig“ auftreten, „wenn sie nicht wieder, wie 1848 von der Bourgeoisie exploitiert und ins Schlepptau genommen werden soll“ (ebd., S. 251f.).

Durch diese Politik bestehe der *Bund der Kommunisten*, gleichgesetzt mit „Arbeiterpartei“, in Deutschland nicht mehr, während sich die bürgerliche Partei in Deutschland seit 1848 organisiert und die Arbeiter unter ihre „Herrschaft“ und „Leitung“ gebracht habe. Diesem Zustand müsse ein Ende gemacht, „die Selbstständigkeit der Arbeiter“ müsse hergestellt werden. Die Ansprache stellte die „Vernichtung des Einflusses der bürgerlichen Demokraten auf die Arbeiter und sofortige selbständige und bewaffnete Organisation der Arbeiter“ als die „Hauptpunkte“ fest, die das Proletariat und somit der *Bund* im Auge zu behalten habe (ebd., S. 254f.).

Das Hauptproblem bestehe daher in der Klärung der politischen Position des geheimen *Bundes* in der nächsten Revolution. Das Proletariat dürfe, wie in der Revolution von 1848/1849, nicht „wieder zum Anhängsel der offiziellen bürgerlichen Demokratie“ herabsinken. Die organisatorische Vereinigung mit der Bourgeoisie müsse „auf das entschiedenste“ zurückgewiesen werden. Stattdessen müssten die Arbeiter, vor allem der *Bund*, dahin wirken, „eine selbständige geheime und öffentliche Organisation der Arbeiterpartei“ zu erstellen und jede Gemeinde zum Mittelpunkt und Kern von Arbeitervereinen zu machen, in denen „die Stellung und Interessen des Proletariats unabhängig von bürgerlichen Einflüssen“ diskutiert werden. Die Arbeiter müssten „der bürgerlichen Abwiegung entgegenwirken“ und während



des Kampfes und nach dem Kampf ihre eigenen Forderungen bei jeder Gelegenheit aufstellen. Um „energisch und drohend“ entgegentreten zu können, müssten sie „bewaffnet und organisiert“ sein. „Die Bewaffnung des ganzen Proletariats mit Flinten, Büchsen, Geschützen und Munition“ müsse sofort durchgesetzt, der Wiederbelebung der alten, gegen die Arbeiter gerichteten Bürgerwehr müsse entgegentreten werden (ebd., S. 255f.).<sup>381</sup>

Das Proletariat müsse dafür sorgen, überall Arbeiterkandidaten aufzustellen, die möglichst aus „Bundesmitgliedern“ bestehen müssten und deren Wahl mit allen möglichen Mitteln zu betreiben sei. Selbst da, „wo gar keine Aussicht zu ihrer Durchführung vorhanden ist, müssten die Arbeiter ihre eigenen Kandidaten aufstellen, um ihre Selbständigkeit zu bewahren, ihre Kräfte zu zählen, ihre revolutionäre Stellung und Parteistandpunkte vor die Öffentlichkeit zu bringen“. Sie dürfen sich hierbei nicht „durch die Redensarten der Demokraten“ bestechen lassen. Bei allen solchen Phrasen komme es schließlich darauf an, dass das Proletariat geprellt werden solle (ebd., S. 257).

Diese Ausführungen bedeuteten eine scharfe Kritik an der bourgeoisiefreundlichen Strategie von Marx/Engels in den Jahren 1848/1849. Das war also „das Gegenteil“ von dem, was Marx den Kommunisten und Arbeitern von Anfang an gepredigt hatte (Schieder 2018, S. 64).

Für diese von revolutionären Kommunisten in der Märzansprache scharf verurteilte bourgeoisiefreundliche Politik waren allein Marx/Engels verantwortlich. Wie im zweiten Kapitel der vorliegenden Arbeit ausführlich behandelt wurde, arbeiteten diese in der Revolution mit der Bourgeoisie zusammen und verhinderten gleichzeitig mit allen Mitteln einen von der bürgerlichen Klasse unabhängigen Kampf der Arbeiter und ihrer selbständigen Organisation. Nach Nicolaevsky kritisierte die Märzansprache Marx/Engels zwar nicht mit ihren offenen Namen, die sie für die Politik von 1848 verantwortlich machte:

But the political content of the accusation leaves no room for doubt about the people against whom it is directed. The questions of supporting the democrats at the elections and of the communists' joining the Democratic Party, of conducting the political struggle under the banners of that party, etc., were the central subjects of discussions in 1848–1849 inside the League and within the workers' movement everywhere, especially in Cologne. And it was Marx who was the most consistent proponent of the alliance with the democrats. Thus, he called the *Neue Rheinische Zeitung* not the organ of the proletariat, let alone the organ of the Communist League, but the ‘organ of democracy’; he became assistant chairman of the Democratic Society

---

<sup>381</sup> Hier muss Martin Hundt zugeben, dass die Märzansprache vieles von „der Taktik Blanquis vom März 1848 abgelauscht“ habe (Hundt 1993, S. 631).

and supported such moderates as Franz Raveaux in the elections. And it was against Marx that the left-wing's accusations were made, within as well as outside the League, which claimed that he had turned the worker's movement into an appendage of the Democratic Party (Nicolaevsky 1961, S. 220f.).

Die Märzansprache forderte die Arbeiter zum Schluss auf, sich „durch die heuchlerischen Phrasen“ der Bourgeoisie „keinen Augenblick an der unabhängigen Organisation der Partei des Proletariats“ irremachen zu lassen. „Die Revolution in Permanenz“ müsse der „Schlachtruf“ der Arbeiter sein (Wermuth/Stieber 1853, S. 259). Insgesamt hob die Märzansprache die organisatorische, politische und theoretische Selbstständigkeit des Proletariats in allen Phasen des revolutionären Prozesses hervor. So vertrat die Märzansprache von 1850 den politischen Standpunkt, den Weitling, Gottschalk, Hess und die führenden Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung in der Revolution vertreten hatten.

Es ist an dieser Stelle angebracht, zu fragen, wie Marx/Engels dem „im Geiste ausgesprochen blanquistisch“ (Lichtheim 1969, S. 219) geschriebenen Dokument zustimmen und ihren Namen darunter schreiben konnten,<sup>382</sup> obwohl sie während der Revolution das Gegenteil dieser Ansichten vertreten hatten.

Diesen Gegensatz betrachtet Bernstein als „das Produkt eines intellektuellen Fehlers, eines Dualismus in ihrer Theorie“ (Bernstein 1899, S. 30). Einige Historiker behaupten, dass Marx/Engels nach dem Scheitern der Revolution ihre langfristig angelegte Revolutionstheorie korrigiert hätten. Sie seien vorwiegend von der Tradition Babeuf-Blanqui beeinflusst gewesen. So glaubt Na'aman zu wissen, dass die Märzansprache „allem Anschein nach radikalste Geistesprodukt von Marx“ sei (Na'aman 1965, S. 41). Eine andere Version solcher Behauptungen geht davon aus, dass Marx unter dem Einfluss von Niederlage und Exil vorübergehend sein Gleichgewicht verloren und so widersprüchliche Aussagen zu blanquistischen Strategien, wie die Permanenz-Erklärung der Revolution und die Klassendiktatur des Proletariats, abgegeben habe (Schraepler 1972, S. 373).

Für Nicolaevsky besteht dagegen „kein Zweifel“, „that this document did not express the private opinion of Marx and Engels but rather the compromise accepted by the various factions

---

<sup>382</sup> Marx behauptete in einem Brief vom 13. Juli 1851 an Engels (MEW 27, S. 278) und 1853 in seiner Denunziationsbroschüre *Der Ritter vom edelmütigen Bewusstsein*, dass die Märzansprache 1850 von ihm gemeinsam mit Engels verfasst worden sei (MEW 9, S. 507). Engels schrieb jedoch später, sie sei von ihm und Marx nur „redigiert“ worden (MEW 21, S. 220). Während Marx hier die Autorschaft der Ansprache mit den Worten „von uns beiden verfaßte“ übernimmt, ist Engels in diesem Punkt, so Nicolaevsky, „much more circumspect“ und spricht nur von der Bearbeitung dieses Dokuments durch ihn und Marx. Nicolaevsky weist darauf hin, dass die Märzansprache „only with important reservations“ Marx/Engels zugeschrieben werden könne (Nicolaevsky 1961, S. 219f.).

of the League” (Nicolaevsky 1961, S. 219f.). Denn ihre wahren „privaten“ politischen Ansichten sowohl in ihrer *NRhZ-Revue* als auch in ihrem damaligen Briefwechsel zeigen unmissverständlich, dass Marx/Engels selbst nach wie vor in keiner Weise revolutionäre Strategien befürwortet hatten. 1850 war also kein Jahr, so Hunt, „which Marx and Engels wrote and worked in a ‚Blanquist‘ mode“ (Hunt 1974, S. 638).

Tatsächlich hielt Marx „während des Winters von 1849/1850 im Londoner Arbeitervereine Vorträge über das Manifest“ und Nationalökonomie, wie Röser 1853 bei seinem Verhör über den Inhalt eines von Marx an ihn geschriebenen Briefes aussagte (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 739).<sup>383</sup> Mit diesen Vorlesungen hatte Marx wohl vor, die „Leidenschaften zu dämpfen“ und aus den Arbeitern „Doktrinäre“ zu machen (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 156), während französische und deutsche Kommunisten den Arbeitern den Gebrauch der Waffen zu lehren hatten.

Wilhelm Liebknecht fand es „schade“, dass Marx diese Vorträge wegen der „Weitlingianer“, sprich wegen der kommunistischen Revolutionäre, doch beenden musste (Liebknecht 1896, S. 37f.). Das zeigt nur, wie sehr Marx’ Position sich im *Bund der Kommunisten* zwischen Mai 1848 und März 1850 verändert hatte. Inzwischen wussten die Arbeiter, dass ihr Elend nicht durch Vorträge über Nationalökonomie abzuschaffen ist. Sie betrachteten daher diese Vorträge als „sinnlose Zeitvergeudung“ (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 221). Sie wussten, dass in dem Labyrinth solcher spekulativen Vorträge jede praktische Energie der Arbeiter zu erlahmen drohte. In den Augen der entschiedenen Mitglieder des *Bundes*, so beobachtete Edgar Bauer während seines Aufenthalts in London, sei Marx nur das „schriftstellerische Element“, welches „bekanntlich immer nur Zweifel säend, verwirrend, hemmend“ wirkte (Bauer 1989, S. 32).

Richard Hunt stellt fest: „Marx and Engels never really embraced the Blanquist strategy of Revolution” (Hunt 1974, S. 240). Im schon erwähnten Brief, den Klein gegen Ende Juli 1850 aus London Röser in Köln überbrachte, habe Marx geschrieben, dass der Kommunismus „überhaupt nur auf dem Wege der Bildung“ und der „allmählichen Entwicklung für möglich“ sei. Der Kommunismus habe „vier Phasen“, die er bis zu seiner Einführung durchzulaufen habe

---

<sup>383</sup> Röser sagte 1853 im Kölner Prozess aus, dass Marx ihm „gleich nach Neujahr 1850“ geschrieben und geraten habe, in Köln eine Gemeinde zu errichten. Daraufhin habe er sich damals sofort bereit erklärt und auch „ein Statut“ gefordert. Marx verwies darauf, dass Statuten erst entworfen werden müssten, da diejenigen von 1847 nicht mehr zeitgemäß seien und die Mollschen von 1848 in London nicht mehr gebilligt werden könnten. So riet er Röser, das *Manifest* als Richtschnur zu nehmen (BdK 2, S. 445).

(MEGA<sup>2</sup> III/ 3, S. 739f.). Röser gab in seiner Aussage den Inhalt von Marx' Brief, in dem dieser seine Ansichten über den Kommunismus erklärte, wie folgt wieder:

Er [Marx] sagt, gegenwärtig geht das Kleinbürgerthum und Proletariat zusammen gegen das Königthum bis zur nächsten Revolution. Diese Revolution wird nicht von ihnen gemacht, sie geht aus der Macht der Verhältnisse, dem allgemeinen Elende hervor. Die periodisch wiederkehrenden Handelskrisen befördern dieselbe. Nach der nächsten Revolution, wo die Kleinbürger am Ruder sind, fängt erst die eigentliche Thätigkeit und Opposition der Communisten an. Es folgt hiernach die Socialrepublik, alsdann die social-communistische, um endlich der rein communistischen Platz zu machen (ebd. S. 740).

Marx behielt hier seine „vier Phasen“-Theorie der Revolution nach wie vor bei. Demnach sei die Revolution ein historischer Prozess, in dem das Proletariat erst die Macht ergreifen könne, nachdem dieser Prozess ganz bestimmte, nicht zu überspringende Stadien durchlaufen hätte. Die Kommunisten wollten dagegen auf vermeintliche Entwicklungsgesetze der Gesellschaft, die Marx als „Versicherung“ (MEW 4, S. 512) gegen die Revolution der arbeitenden Klassen und Besitzlosen erfunden hatte, nicht warten.

Die „fundamentalen Gegensätze“ innerhalb des *Bundes der Kommunisten* bestanden also nach wie vor (Schieder 1991, S. 58), wo auch die Märzansprache von 1850 zustande kam. Es bleiben dann hier einige Fragen zu beantworten, wie Marx unter die Märzansprache, die die „blutrünstigste aller Schriften“ ist (Hunt 1974, S. 235f.), seinen Namen setzen könnte? Und warum er denn dieses „Zigzag“ (Nicolaevsky 1961, S. 221) in seinem ideologischen und politischen Leben benötigte?

Nach Hunt habe die Mehrheit der Mitglieder des *Bundes*, die sich unter Willichs Führung sammelte, Marx/Engels zu einer selbstkritischen öffentlichen Bekanntmachung ihrer eigenen früheren Strategien in Deutschland gezwungen, zumindest in einer solchen „offiziellen“ Veröffentlichungen wie die Märzansprache des *Bundes* (Hunt 1974, S. 235ff.). Marx/Engels waren also gezwungen, ihre Namen unter revolutionäre Taktiken in der Märzansprache zu setzen, die sie in Wirklichkeit niemals befürworteten.

Die Märzansprache wurde in den Tagen entworfen, in denen Marx/Engels eine ganz schwache Position im *Bund* hatten. Carl Mayer aus der Schweiz schrieb in einem Brief vom 9. März 1850 an Carl Vogt in Nizza, „daß Engels u. Marx daselbst von allen Fractionen der Emigration u. von den deutschen Arbeiter-Vereinen excludirt seyen“. Willich dagegen „stehe an der Spitze der dortigen Communisten“ (Jansen 2004, S. 85f.). Ziemlich isoliert standen also Marx/Engels unter dem Druck der revolutionären Kommunisten und waren wegen ihrer Unterstützung der

bürgerlichen Klasse in der Revolution nicht in der Lage, ihre eigene „Langzeitperspektive“ der Revolution ganz durchzusetzen (Sieferle 1979, S. 95). So führten Marx/Engels im Frühjahr 1850, währenddessen sie eine ganz schwache Position im *Bund* hatten, eine „double line“-Strategie (Hunt 1974, S. 353).

Wie schon verschiedentlich erwähnt wurde, schrieb Marx 1842, dass der Mensch dem Kommunismus „sein Herz zerreißen“ und seine Ideen „nur besiegen“ könne, indem „er sich ihnen unterwirft“ (MEW 1, S. 108).<sup>384</sup> In diesem Sinne mussten Marx/Engels im Frühjahr 1850 sich den revolutionären Thesen der Kommunisten in der Märzansprache unterwerfen. Wie Marx nach seinem Ausschluss aus dem *Bund* in einem Brief vom 11. Februar 1851 an Engels schrieb, mussten sie das „System wechselseitiger Konzessionen“ ins Spiel bringen, die „Halbheiten“ von ‚Straubingern‘ dulden und der „Pflicht“ nachgehen, „vor dem Publikum seinen Teil Lächerlichkeit in der Partei mit all diesen Eseln“ nehmen (MEW 27, S. 185).

Im Frühjahr 1850 mussten Marx/Engels, wie sie selbst schrieben, mit revolutionären Kommunisten vorübergehende „Konzessionen“ machen und ihre „Halbheiten“ dulden. Die revolutionären Ansichten in der Märzansprache, das Bündnis mit Blanquisten waren in ihren Augen eine „Lächerlichkeit“. Sie mussten aber ihrer „Pflicht“ nachgehen und „mit all diesen Eseln“, sprich den revolutionären Kommunisten, Blanquisten und Arbeitern, „vor dem Publikum“ noch eine Weile mitzumachen scheinen. Sie schmeichelten deswegen einerseits der Führung der deutschen Arbeiterpartei, wie Willich, mit dem sie keinerlei politische Gemeinsamkeiten hatten, während sie andererseits gegen sie heimlich intrigierten. Edgar Bauer<sup>385</sup> schreibt dazu Folgendes:

Freilich war es für Marx, der keinen Prätendenten, und am wenigsten einen solchen, den er geistig überschaut, neben sich dulden mag, nicht bequem, nur als eine zweite Sonne zu

---

<sup>384</sup> Es stellte sich seltsamerweise bald heraus, dass die Märzansprache, deren Inhalt ja nur wenigen Eingeweihten bekannt sein konnte, schon wenige Tage nach ihrer Erstellung den Weg in das Wiener Außenministerium fand (Schraepfer 1972, S. 406f.).

<sup>385</sup> Wilhelm Liebknecht erzählte in seinen Erinnerungen von einer Geschichte, in der Marx und Edgar Bauer die Hauptrolle spielten. Demnach hatten sich Liebknecht, Marx und Bauer einmal ausgedacht, in London jede Kneipe zu besuchen und jedes Mal ein Glas zu trinken. Schließlich gerieten sie in einem Lokal mit einigen Engländern in Streit, wurden hinausgeworfen und liefen erheblich betrunken in den Straßen Londons herum. Sie zerschlugen dabei einige Straßenlaternen, bis sie von der Polizei entdeckt wurden und nur durch eine wilde Flucht die Verfolger abschütteln konnten (Liebknecht 1976, S. 258ff.). Daher ist anzunehmen, dass Marx mit Edgar Bauer ziemlich enge Kontakte hatte. Marx kannte ihn sogar von seiner Studienzeit in Berlin. Bauer war auch ein Mitarbeiter der *Rheinischen Zeitung*, deren Redakteur Marx 1842/1843 übernahm. Marx schrieb in einem Brief vom 20. Dezember 1854 an einen Bekannten, dass Bauer häufig in seiner Familie verkehrte und dort sogar jede Woche zu Gast war (MEW 28, S. 610). Bauer wurde 1858 von Wilhelm Liebknecht als Mitglied des Arbeiterbildungsvereins eingetragen. Gleichzeitig war er auch Mitglied der *International Association*, wurde in kurzer Zeit deren Sekretär und arbeitete die Statuten der *Association* aus (MEW 29, S. 377). Bauer verfasste zwischen November 1852 und Mai 1861 für dänische Polizeibehörden mehr als hundert Berichte über politische Aktivitäten von Emigranten in London (Gamby 1985, S. 27ff.).

erscheinen. Aber es war auch nicht leicht, Willich zu beseitigen, und es war nicht ratsam, ihn zu beleidigen. Marx und seine speziellen Freunde schmeichelten ihm, nannten ihn den zukünftigen General der Deutschen Republik (Bauer 1989, S. 30).

Marx/Engels hatten, wie Engels im Februar 1851 in seiner Antwort Marx zustimmte, „seit soundso viel Jahren“ bewusst so getan, als ob „Krethi und Plethi“ ihre „Partei“ seien, obwohl sie „gar keine Partei“ hätten (MEW 27, S. 189). Auch im Frühjahr 1850 mussten sie so tun, als ob sie mit „Krethi und Plethi“ auf derselben Seite wären.

### 3. Die „Weltgesellschaft der Kommunistischen Revolutionäre“

Der Märzansprache an die Bundesgemeinden folgte die Gründung des internationalen Kampfbundes. Mitte April 1850 wurde in London die *Société Universelle des Communistes Révolutionnaires* [Weltgesellschaft der Kommunistischen Revolutionäre] gegründet.<sup>386</sup> Ihre Statuten trugen die Unterschriften von Vidil und Adam, den Vertretern der Blanquisten in London, von Willich, Marx, Engels für den *Bund der Kommunisten* und von Harney, dem Chartisten (BdK 2, S. 162). Sie bildeten auch sogleich das Zentralkomitee der *Weltgesellschaft der Kommunistischen Revolutionäre*. Zu dieser Gesellschaft vereinigten sich nicht die Mitglieder des Geheimbundes selbst, sondern nur ihre Leiter, es war „ein Geheimbund höherer Ordnung“ (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 214f.).

Ihr Programm und ihr organisatorischer Aufbau sind von großer Bedeutung. Der erste Paragraph des Grundvertrages der Assoziation lautet: „Das Ziel der Assoziation ist der Sturz [Entrechtung] aller privilegierten Klassen, die Unterwerfung dieser Klassen unter die Diktatur der Proletarier, indem die Revolution in Permanenz erhalten wird bis zur Verwirklichung des Kommunismus, der die letzte Organisationsform der menschlichen Familie sein wird.“ Erreicht wird dieses Ziel, auf das die Mitglieder der Gesellschaft schwören, durch die Bildung einer Verbindung „der Solidarität zwischen allen Fraktionen der kommunistischen revolutionären Partei“, indem sie „alle nationalen Schranken verschwinden läßt“ (BdK 2, S. 161f.).<sup>387</sup>

Auffallend sind im Grundvertrag die Formulierungen, wie die „menschliche Familie“ und die „Verwirklichung des Kommunismus“. Das gleichzeitige Vorkommen der Thesen Blanquis, wie die „Diktatur des Proletariats“ und die „Revolution in Permanenz“, sind auch ein kräftiges Zeichen dafür, anzunehmen, dass es hier insgesamt um die spezifischen Begriffe des

---

<sup>386</sup> Im originellen Dokument, das von Willich französisch geschrieben wurde, ist der Name der Organisation *Société Universelle Communistes Révolutionnaires* (BdK 2, S. 161f.).

<sup>387</sup> Die Beschlüsse der *Weltgesellschaft* verlangten zu ihrer Gültigkeit eine Zweidrittelmehrheit, und die Aufnahme neuer Mitglieder konnte überhaupt nur einstimmig erfolgen (BdK 2, S. 161f.).

Bündnisses von Blanquisten und des *Bundes Kommunisten* mit Ausnahme von Marx/Engels handelt. Die Formulierungen zeigen unmissverständlich, dass nur die Blanquisten den politischen Geist der damaligen Zeit beherrschten und dass es hier keineswegs um eine Formulierung von Marx/Engels handeln kann (Sieferle 1979, S. 95).

Obwohl die Existenz der illegalen *Weltgesellschaft der Kommunistischen Revolutionäre* in der Öffentlichkeit streng geheim bleiben sollte, wurde seltsamerweise in der höchst fraglichen „Juniansprache“ auf die Neugründung dieser Organisation eingegangen:

Von den französischen Revolutionären hat sich namentlich die eigentliche proletarische Partei, deren Chef Blanqui ist, an uns angeschlossen. Die Delegierten der Blanquischen geheimen Gesellschaften stehen in regelmäßiger und offizieller Verbindung mit den Delegierten des Bundes, denen sie wichtige Vorarbeiten für die nächste französische Revolution übertragen haben (BdK 2, S. 200).

Die Blanquisten bereiteten während der Jahre 1850/1851 eine bewaffnete Erhebung vor. So schreibt Liebknecht in seinen Erinnerungen, dass die Blanquisten in London an der Oxford Street einen „Fechtsalon“ zur Schulung und Vorbereitung der Revolutionäre auf den nächsten Aufstand eingerichtet hatten (Liebknecht 1896, S. 61).

Nach Lattek sei in dieser Zeit zwischen den Blanquisten und den deutschen Kommunisten eine gemeinsame Erklärung verfasst worden. Über die Zusammenarbeit der Blanquisten mit den deutschen Kommunisten berichtete Barthélemy in einem Brief vom 4. Juli 1850 an Blanqui im Gefängnis:

We have begun, jointly with the German communists, to draft a revolutionary manual, which contains point by point all the measures that the people must take immediately after the revolution to ensure success and to avoid a repetition of what happened in February. We intend to turn the manual into a little book that we can distribute among the workers so that each one will know what to do to ensure the victory of the people [...]. Let us know if we can convey our manuscript to you [...] so you can put the final touches to it (Barthélemy 1850; zit. nach Lattek 2006, S. 56).<sup>388</sup>

Die Verbindung des *Bundes* zu Blanquisten, die Marx/Engels vor der Revolution mit viel Mühe und Intrige abgebrochen hatten, wie Engels 1885 selbst schrieb, um den „konspiratorischen Charakters“ des *Bundes*, sprich revolutionären Charakter des *Bundes*, abzustreifen (MEW 21,

---

<sup>388</sup> Nach Lattek wurden Teile des von Barthélemy erwähnten blanquistischen Handbuchs über die „wichtigen Vorbereitungsaufgaben für die nächste französische Revolution“ „in eine Liste von Maßnahmen in Bezug auf die nächste Revolution“ von deutschen Kommunisten aufgenommen (Lattek 2006, S. 56), die der *Bund* nach dem Bruch mit Marx/Engels herausgab.

S. 218),<sup>389</sup> hatten die deutschen Kommunisten während der Revolution von 1848/1849 wiederhergestellt. Wie Dronke schrieb, unterstützten und begleiteten die Blanquisten, die „einzige revolutionär-kommunistische Kraft“ waren, schon im März 1848 bewaffnete demokratische Legion (Dronke 1850; zit. nach Singer 1986, S. 126ff.). Daher kam die Verbindung zwischen Blanquisten und deutschen Kommunisten nicht erst 1850 in London, sondern am Anfang der Revolution mitten im Krieg zustande und wurde dann in London verstärkt. Willich war hier „der Hauptinitiator“ der *Weltgesellschaft*, da das französische Original des Dokuments in seiner Handschrift vorliegt (Lattek 2006, S. 52).<sup>390</sup>

Dieser Tatsache mussten sich Marx/Engels im Frühling 1850 wegen ihrer sehr schwachen politischen Position im *Bund* für eine kurze Zeit unterwerfen. Sie mussten „die ganze Episode nur wenige Monate“ aushalten (Lichtheim 1969, S. 220). Daher war „früher oder später“ ein Bruch mit den „Ultralinken“ unvermeidbar. Denn Marx/Engels war der von ihnen „vorher und nachher“, in Wirklichkeit eigentlich ihr lebenslang „schroff bekämpfte Revolutionarismus“ von Grund auf fremd (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 215).

Die Existenz der *Weltgesellschaft der Kommunistischen Revolutionäre* beweist nicht, dass Marx/Engels von den Blanquisten überzeugt worden waren (Lattek 2006, S. 224). Ganz im Gegenteil, mit den Blanquisten ein Bündnis zu schließen, hielten Marx/Engels für eine „Lächerlichkeit“ (MEW 27, S. 185). Hier ist nur Richard Hunts These von einer „Doppellinie“ in Marx' Handlungen und Aussagen, nämlich die Diskrepanz zwischen seinen „öffentlichen“ und „privaten“ Ansichten, von Bedeutung (Hunt 1974, S. 353); denn Marx' „private“ Ansichten, die in der *NRhZ-Revue* oder in seinem Briefwechsel zum Ausdruck kamen, beweisen, dass er auch in seiner angeblich „radikalsten Phase“ in keiner Weise dazu neigte, sich für die kommunistische *Weltgesellschaft* einzusetzen (Lattek 2006, S. 224).<sup>391</sup>

Marx/Engels traten in die *Revolutionäre Weltgesellschaft* ein, um die Pläne der Kommunisten zu revolutionären Aktionen zu zerstören. Bezeichnenderweise schloss Marx in der gleichen

---

<sup>389</sup> Engels schrieb in seiner Geschichte, dass Londoner Kommunisten, wie Schapper und Moll, englische Chartisten als „unrevolutionär“ beiseitegelassen hätten. Später brachte er „die Londoner Leiter des Bundes“ mit Chartisten in Verbindung. Doch sie blickten immer noch „auf Paris als die revolutionäre Mutterstadt“. Es dauerte jahrelang, dass die deutschen Kommunisten „aus der Abhängigkeit von den Pariser Verschwörern“, nämlich von den revolutionären Kommunisten, „herausgekommen“ seien (MEW 21, S. 210).

<sup>390</sup> 1928 veröffentlichte Rjazanov dieses Dokument, um Marx' vermeintliche Zusammenarbeit mit französischen Blanquisten in London im Frühjahr 1850 zu belegen. Sein Hauptziel war es dabei, Lenins Position gegenüber Kautsky zu stärken. Es wurde seitdem so interpretiert, dass dieses Dokument Marx' Tendenz zum Blanquismus nach der Revolution weitgehend beweise (Rjazanov 1928, S. 140ff.).

<sup>391</sup> Nach Nicolaevsky/Maenchen-Helfen habe der „Zusammenbruch“ seiner „unermeßlichen Hoffnungen“ auf die Revolution Marx den Blick so getrübt, dass dieser es hinnahm, mit den Blanquisten, deren „Revolutionarismus“ er „vorher und nachher“ bekämpft habe, „ein Bündnis“ zu schließen (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 215).



Zeit, Ende April oder Anfang Mai 1850 (Rosdolsky 1937, S. 229ff.), mit „Allerweltspitzel“ János Bangya (Mehring 1960, S. 226)<sup>392</sup> eine Freundschaft. „Ich selbst“, schrieb er 1860 in seinem Streitschrift *Herr Vogt*, „hatte Bangya mit seinem damaligen Freunde [...] 1850 in London kennengelernt“ (MEW 14, S. 574).<sup>393</sup> „Zu dieser Zeit“ war „Bangya zweifellos bereits ein Konfident der österreichischen Polizei“ (Rosdolsky 1937, S. 232). Marx schloss eine Freundschaft mit Bangya, während er sich mit Blanquisten im Komitee der illegalen revolutionären *Weltgesellschaft* zusammensetzte.

Das Bündnis mit Blanquisten war für Marx/Engels keinesfalls ein ideologischer „Kompromiss“ mit der revolutionären Führung im *Bund*. Die Frage, ob Marx sich dem Blanquismus zugewandt habe, muss hier entschieden verneint werden (Lattek 2006, S. 57). Marx/Engels mussten entsprechend ihrer „double line“-Strategie (Hunt 1974, S. 353) vorübergehend „a large portion of humble pie“ essen (ebd., S. 240). In ihren „privaten“ Briefen und Schriften in der *NRhZ-Revue* wurde mehr Kritik an revolutionären Taktiken geäußert als in ihren öffentlichen Äußerungen. Ein paar positive öffentliche Bemerkungen über Blanquisten, die sie von Ernst Dronke abschreiben mussten, ließen sie später beiseite.

Während Marx/Engels auf die Ziele der *Revolutionären Weltgesellschaft*, den „Sturz aller privilegierten Klassen“ und die „Diktatur der Proletarier“ mit Blanquisten und Willich zusammen beschworen, gaben sie in ihrer *NRhZ-Revue*, wie auch in ihrem privaten Briefwechsel ihre ursprüngliche feindliche Abneigung gegen die kommunistischen Revolutionäre freien Lauf. Ihre scheinheilige „gemeinsame Beschwörung“ der „Revolution in Permanenz“ konnte zwar „die fundamentalen Gegensätze“ zwischen ihnen und der revolutionären Arbeiterbewegung „eine Weile verdecken“, jedoch nicht aufheben (Schieder 1991, S. 58).

Während Marx zusammen mit Blanquisten im Komitee der illegalen revolutionären *Weltgesellschaft* saß, nahm er in der im April 1850 erschienenen *NRhZ-Revue* seine Rezension zu den Broschüren von Adolphe Chenu und Lucien de la Hodde<sup>394</sup> zum Anlass, um seinen feindlichen Standpunkt zu den kommunistischen Revolutionären, die er gefälligst als

---

<sup>392</sup> Bangya war einer der wichtigsten Agenten in London, diente gleichzeitig der französischen, österreichischen und preußischen Polizei und „war als ein guter Freund von Marx häufiger Gast in seinem Haus“ (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen-Helfen 1963, S. 228).

<sup>393</sup> Bangya war 1850 für zwei Monate, im April und Mai, in London und kehrte erst im Juni nach Hamburg zurück (Rosdolsky 1937, S. 232).

<sup>394</sup> Die Rezensionen wurden 1850 in den Heften 2 und 4 der *Neuen Rheinischen Zeitung. Politisch-ökonomische NRhZ-Revue* anonym veröffentlicht. Noch zu Lebzeiten von Engels, im Jahre 1886, hatte die Redaktion der *Neuen Zeit* die Rezension der Broschüren von Adolphe Chenu und Lucien de la Hodde unter dem Namen von Marx/Engels erneut veröffentlicht (MEW 7, S. 590).

„Verschwörer“ oder „Konspirateur“ sehen wollte, darzustellen und in indirekter Weise auf die revolutionären Kommunisten und ihre Tätigkeiten anzugreifen (MEW 7, S. 266ff.).

Es verstehe sich nach Marx von selbst, „daß diese Konspirateurs“ sich nicht darauf beschränken, „das revolutionäre Proletariat überhaupt zu organisieren“. Ihr Geschäft bestehe gerade darin, „dem revolutionären Entwicklungsprozeß vorzugreifen, ihn künstlich zur Krise zu treiben, eine Revolution aus dem Stegreif, ohne die Bedingungen einer Revolution zu machen“. Die einzige Bedingung der Revolution sei für diese die „hinreichende Organisation ihrer Verschwörung“. Sie seien „die Alchimisten der Revolution und teilen ganz die Ideenzerrüttung und die Borniertheit in fixen Vorstellungen der früheren Alchimisten“. Sie werfen sich auf „Erfindungen“, die „revolutionäre Wunder“ verrichten sollen: „Brandbomben, Zerstörungsmaschinen von magischer Wirkung“. Mit solcher „Projektenmacherei“ beschäftigt, hätten diese „Verschwörer“ also „keinen andern Zweck als den nächsten des Umsturzes der bestehenden Regierung“ und „verachten aufs tiefste die mehr theoretische Aufklärung der Arbeiter über ihre Klasseninteressen“ (MEW 7, S. 273f.).<sup>395</sup>

Die „Länge und Betonung“ seiner Kommentare zu Revolutionären, in Marx' Sprache zu „Verschwörern“, deuten sicher darauf hin, dass der Vorwurf sowohl gegen die deutschen kommunistischen Revolutionäre als auch gegen die Blanquisten gerichtet war (Lattek 2006, S. 54). Doch wie Meyer feststellt, ist nichts „historisch weniger zutreffend“ als die Gleichsetzung von Blanquismus und Putschismus, denn in den 1830er und 40er Jahren waren die Volksmassen so zahlreich auf der Straße und im Aufstand begriffen, wie nie sonst in der Geschichte des 19. Jahrhunderts (Meyer 1999, S. 253).<sup>396</sup> Der Insurrektionalismus war damals ein Massenphänomen, das erst unter dem Einfluss Marx' bourgeoisiefreundlicher Ansichten in der Arbeiterbewegung zurückgedrängt wurde. Die Blanquisten gingen von der Selbstorganisation revolutionärer Avantgarden, zugleich aber von der Eigendynamik sozialer Bewegungen aus. Die revolutionäre Aktion sollte den Durchbruch für einen Massenaufstand schaffen. Der Wille wurde deswegen als revolutionäre Triebkraft betrachtet, weil der Prozess der Revolution nicht determiniert erschien und weil die Möglichkeit einer egalitären Gesellschaftsordnung vorausgesetzt wurde (ebd., S. 253f.).

---

<sup>395</sup> Wie Marx' „theoretische Aufklärung der Arbeiter über ihre Klasseninteressen“ aussieht, zeigt am deutlichsten sein Artikel in der *NRhZ* im Frühjahr 1849, wo er die Arbeiter dringend aufforderte: „Leidet lieber in der modernen bürgerlichen Gesellschaft“ (MEW 6, S. 195).

<sup>396</sup> Blanquismus wartet noch darauf, dass seine Geschichte geschrieben wird. Es dürfte aber kaum möglich sein, „eine genaue und detaillierte Untersuchung über die revolutionäre Taktik Blanquis, weder der vor 1848 noch der nachherigen, anhand der Akten des Staates anzustellen“, denn die polizeilichen Akten aus der Epoche der Julimonarchie sind seltsamerweise verschwunden. Auch die Akten der zweiten Republik wurden bei den Bränden von 1871 vernichtet (Bourgin 1930, S. 271).

Es ist unverkennbar, dass Blanquisten im 19. Jahrhundert ohne Wenn und Aber die politischen Akteure der Revolution der arbeitenden Klassen und Besitzlosen in Europa waren. Marx/Engels verschwiegen mit voller Absicht diese historische Tatsache und erklärten stattdessen, dass die Arbeiterklasse in Frankreich in der Revolution keine Führung hätte (MEW 5, S. 114ff.). In seiner Rezension in der *NRhZ-Revue* wagte Marx sogar, den Revolutionären vorzuwerfen, dass die „Konspirateurs“ zur Polizei „grade dasselbe Verhältnis [...] wie die Diebe und die Prostituierten“ hätten. Das sei ihr „Hauptcharakterzug“. Er setzte hier kommunistische Revolutionäre mit Dieben und den Prostituierten auf die gleiche Stufe, während er mit dem Polizeiagenten János Bangya eine Freundschaft schloss.

Marx wütete in seiner Rezension in der *NRhZ-Revue* darüber, dass kommunistische Revolutionäre durch „Brandbomben, Zerstörungsmaschinen von magischer Wirkung“ und „Emeuten“ wirken wollten (MEW 7, S. 273f.), während er selbst ganz freundliche publizistische und politische Kampfgemeinschaft mit dem ungarischen Politiker und Publizist Bertalan Szemere (1812–1869) hatte, der dem bürgerlichen Kreisen angehörte, während der Revolution von 1848/1849 als der erste Innenminister Ungarns amtierte und im Dezember 1848 sogar als Reichskommissar ein Guerillakorps bildete. Szemere äußerte sich damals über den „Terrorismus“ Folgendes:

Ich preise die Humanität unserer Revolution, ich halte sie jedoch nicht für eine Tugend, sondern für eine Schwäche: Nur der Terrorismus oder richtiger die Strenge, aber nur eine konsequente Strenge, kann uns retten“ (Schraepfer 1972, S. 370).

Engels forderte ebenfalls mitten in der Revolution von 1848/1849 den preußischen Staat auf, dass dieser „einen Vernichtungskampf und rücksichtslosen Terrorismus“ (MEW 6, S. 286), in dem Millionen Arbeiter im Interesse der bürgerlichen Herrschaft sterben könnten, gegen die slawischen Völker führen müsste.

Was in den Augen von Marx/Engels den herrschenden Klassen recht war, war den Arbeitern und Besitzlosen unrecht.

Obwohl die *Weltgesellschaft der Kommunistischen Revolutionäre* illegal war und nicht versuchte, über den engen Kreis einiger weniger Führer hinaus zu expandieren, schloss sie ihre Wirkung auf größere und öffentlichere Organisationen doch nicht aus. Die „Solidaritätsbeziehungen zwischen allen Teilen der kommunistischen Partei“, die sie bilden sollte, könnten beispielsweise ein Netz entsprechender Komitees sein. So ließ sie Raum für Nicht-Blanquisten, ihre Statuten zu unterzeichnen (Lattek 2006, S. 55f.).

Das ärgerte Marx/Engels, dass die *Weltgesellschaft der Kommunistischen Revolutionäre* ihre Wirkung auf größere und öffentlichere Organisationen zu verbreiten versuchte. Am 6. Mai 1850, nur wenige Wochen nach der Gründung der *Weltgesellschaft*, drohten Marx/Engels François Pardigon (1826–1879),<sup>397</sup> Sekretär der blanquistischen *Gesellschaft der französischen sozialistischen Demokraten in London*, in ihrem Brief mit dem sofortigen Abbruch „jede[r] Verbindung“ zu Blanquisten (MEW 27, S. 532). In ihren Aussagen ist die unmittelbare und direkte Ermahnung der Blanquisten besonders bemerkbar.

Während Marx/Engels im Zentralkomitee der *Weltgesellschaft* mit Willich und Barthélemy saßen, versuchten sie mit aller Kraft diese *Weltgesellschaft* „nur auf dem Papier“ existieren zu lassen (Lichtheim 1969, S. 219). Sie erklärten kurz nach ihrem Ausschluss aus dem *Bund der Kommunisten* im September 1850 in einem Brief vom 9. Oktober 1850 an die Blanquisten Adam, Barthélemy und Vidil, dass die *Revolutionäre Weltgesellschaft* „schon lange als de facto aufgelöst“ gelte. „Das einzige“, was noch zu tun sei, wäre in ihren Augen „die Vernichtung des Grundvertrages“. So schlugen sie den Blanquisten vor, sich für die „Verbrennung des Grundvertrages“ bei Engels' Wohnung zu treffen (MEW 7, S. 415). Doch die revolutionäre *Weltgesellschaft* wurde nach dem Ausstieg von Marx/Engels aus dieser Organisation von Barthélemy und Willich auf deutsch-französischer Basis unter dem öffentlichen Namen *Internationales Sozialdemokratisches Komitee* weitergeführt (Lattek 2006, S. 55ff.).

#### **4. Staatliche Repressalien gegen den Einfluss der Kommunisten auf Arbeitervereine in Deutschland und der Schweiz**

Die Kommunisten konnten sich unter den arbeitenden Klassen nur dadurch organisieren, wenn sie in den zahlreichen Arbeiter- und Volksvereinen in Verbindung kamen, da diese über einen Rückhalt in breiten Volkskreisen verfügten. Um dem Einfluss der Kommunisten auf Arbeitervereine entgegenzuwirken, gründeten im Oktober 1849 bürgerliche Elemente mit einigen Arbeitern in Hannover die *Norddeutsche Arbeitervereinigung*, die im Oktober 1849 unabhängig von der *Arbeiterverbrüderung* zu einem Zusammenschluss der Vereine in Hannover, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Oldenburg sowie in den Hansestädten unter ihrer Führung aufrief (Pelger 1968, S. 161).

Dagegen verteidigten die Kommunisten, die in Arbeitervereinen politisch tätig waren, das Erbe von 1848 und versuchten, es weiterzuvermitteln. Das galt in erster Linie für den

---

<sup>397</sup> Der Blanquist François Pardigon war Jurastudent und Mitglied mehrere illegalen Organisationen. Er gehörte zur revolutionären Führung der Pariser Junirevolution von 1848, über die er eine Broschüre veröffentlichte (Hundt 1993, S. 636). In London war er Sekretär der blanquistischen *Gesellschaft der französischen sozialistischen Demokraten*.

„einflussreichsten und bedeutendsten“ Hamburger Arbeiterverein, dessen Präsident das führende Bundesmitglied und Weitlings Freund Joachim Friedrich Martens war. Die organisierten Arbeiter in Hamburg lehnten diese „norddeutsche Sonderentwicklung“ aus „grundsätzlichen Erwägungen“ ab (Breuilly/Sachse 1984, S. 323), sodass der Hamburger Arbeiterverein aus Protest dieses Alleingangs keine Delegierte zum Kongress beschickte. Martens begründete den Grund des Protestes in einem Schreiben vom 14. Dezember 1849,

weil wir der *Verbrüderung* angeschlossen, weil wir es für Ehrenpflicht hielten, mit allen unseren Kräften für diese *Verbrüderung* zu wirken und zu streben und so eine große Verbindung der deutschen Arbeiter anzubahnen. Ihr habt diese Verbrüderung ignoriert, Ihr habt ein zweites Organ geschaffen, obwohl das erste nur mit Mühe sich halten konnte [...]. Wir hoffen, Freunde, daß Ihr diese, unsere Aufrichtigkeit, als Brüder zu würdigen wissen werdet; wir hoffen, daß Ihr so rasch wie möglich Eure Kreisverbindung der Verbrüderung unterordnen werdet, und sind als dann mit Freuden bereit, Hand in Hand mit Euch unseren großen, unseren schönen Zielen zuzustreben (Balser 1962, S. 656).

Die Hamburger Kommunisten unter der Leitung von Martens organisierten im Januar 1850 im dortigen Bezirkskomitee der *Arbeiterverbrüderung* eine Unterstützungskasse, wodurch die Mitgliederzahl auf 1000 anwuchs (Hundt 1993, S. 608).<sup>398</sup> Neben ihrer eigentlichen Funktion sollte die Kasse auch eine „getarnte Fortsetzung der Arbeit des Bezirkskomitees“ ermöglichen, da dessen Auflösung aufgrund der politischen Lage zu befürchten war (Voss-Louis 1987, S. 41). Obwohl die Lage der Arbeiter durch den Sieg der reaktionären Kräfte allgemein kritisch war, machte die *Arbeiterverbrüderung* anfangs 1850 beachtliche Fortschritte (Schraepler 1972, S. 394). Sie war in dieser Zeit eine wirkliche Organisation der arbeitenden Klassen, obwohl Engels sie abwertend als „ein[en] reine [n] Sonderbund“ bezeichnete, der „größtenteils nur auf dem Papier“ bestanden hätte (MEW 21, S. 219).

Frolinde Balser stellt fest, dass der Einfluss von Marx/Engels auf die *Arbeiterverbrüderung* auszuschließen ist (Balser 1962, S. 219ff.). Wie schon im zweiten Kapitel der vorliegenden Arbeit ausführlich behandelt wurde, war Weitling selbst Anfang 1849 Mitglied der *Verbrüderung* (Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 167). Er schrieb im Juni 1851: „Wir hatten in Deutschland eine weitverzweigte Arbeiterbewegung, die ‚Verbrüderung‘“ (RdA 1851, S. 67). Der preußische Polizeidirektor Stieber bestätigte 1852 ebenfalls, dass die Kommunisten mit den verschiedenen Arbeitervereinen sowohl in Deutschland als auch im Ausland

---

<sup>398</sup> Auch im Münchner Arbeiterverein stieg die Mitgliederzahl bis Ende 1849 etwa 2000. Es gab Kommunisten unter ihnen, die im November beim Zentralkomitee der *Arbeiterverbrüderung* in Leipzig nach der Verbindung zur Zentralbehörde in London anfragten (BdK 2, S. 53).

Verbindungen hatten, durch welche sie „über Tausende von Arbeitern in einer völlig systematischen Weise“ zu gebieten hatten. Unter den Arbeitervereinen erkenne man deutlich fünf Gruppen, nämlich die englische, die schweizerische, die französische, die norddeutsche und die süd- und mitteldeutsche *Arbeiterverbrüderung* (RdA 1852, S. 381). „Man tut Stieber unrecht“, schreibt Na’aman, „wenn man meint, er habe den Verdacht, daß die Kongresse der Verbrüderung als Deckmantel für illegale Tätigkeit dienten, frei erfunden“ (Na’aman 1965, S. 62f.).

Wie schon erwähnt wurde, wirkte Weitling durch seine Zeitschrift *Republik der Arbeiter* (RdA) auf Mitglieder des *Bundes der Kommunisten* in Frankreich, England, Deutschland und der Schweiz. In Paris und London, in den Städten Deutschlands und der Schweiz fand dieses Blatt „vielfach den Eingang“ (Adler 1885, S. 260). Weitling trug 1850 durch seine Zeitschrift *RdA* dazu bei, in Europa „Kräfte wach und wirksam“ zu halten, die sonst „zum Verstummen“ verurteilt gewesen wären (Bravo 1979, S. XIIIff.).

Insbesondere fand das Blatt in der Schweiz eine gewisse Verbreitung und wurde in den Arbeitervereinen geschätzt und gelesen. In einer Korrespondenz vom 20. März 1850 aus Bern wurde berichtet, dass die Zeitschrift *Republik der Arbeiter* die Arbeiter „sehr angesprochen“ und in den Vereinen „mit vielen Vergnügen“ gelesen wurde. Es wurde betont, dass das Blatt den Arbeitern „eine sehr erwünschte Anleitung“ gegeben habe, um „ihr Vereinswesens zu regulieren und zu organisieren“. Die in Bern bestehenden Vereine richteten sich nach in diesem Blatt „ausgesprochenen Grundsätzen, welchen es aber bis dahin an der nötigen Kenntnis fehlte, um sich zu organisieren“, welche Kenntnis nun aber das Blatt „im vollen Maße liefert, und darum auch dazu benutzt wird“ (RdA 1850, S. 78).

In der Schweiz verfasste auch Moses Hess Ende 1849 den *Roten Katechismus*.<sup>399</sup> Mit dieser Broschüre wollte Hess die „permanente Revolution“ bis zum vollendeten Sieg der arbeitenden Klassen in Europa propagieren. Nach den Erfahrungen der 48er Revolution schrieb er ungefähr Ende 1849 und Anfang 1850 die anonyme Propagandabroschüre *Roter Katechismus für das deutsche Volk*, deren Herausgabe der Verlag *Hoffmann und Campe* „entrüstet ablehnte“ (Lademacher 1960, S. 224).

---

<sup>399</sup> Ein Heftchen von 16 Seiten, das anscheinend durch die finanzielle Unterstützung der Schweizer Gemeinde in Frankfurt am Main illegal gedruckt wurde, ist von dem Komitee in Chaux-de-Fonds heimlich verbreitet worden (BdK 2, S. 676). Dronke berichtete am 1. Dezember 1850 Marx, dass Hess seinen „Katechismus“ auch ins Französische übersetzt habe. Er habe den „Rothen Katechismus“ in Frankfurt drucken, übersetzen und nach Paris schicken lassen (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 685).

Der *Rote Katechismus* war als Instrument der kommunistischen Propaganda meisterhaft durchgearbeitet. Hess führte auch hier die Abgrenzung des Proletariats von der Bourgeoisie in aller Schärfe durch: „Schwarz-Rot-Gold bedeutet ein vom Pfaffen- und Geldaristokratentum verdorbenes Volkstum [...] und die Beseitigung der Volksherrschaft und der Revolution durch eine Konstitution.“ Mit der Bourgeoisie dürfe „nimmermehr“ eine Revolution gemacht werden. Die Revolution müsse die Arbeiterklasse zur Verwaltung des von ihnen erarbeiteten Reichtums bringen. Sie solle so lange fortgesetzt werden, bis die Arbeiter sich „der politischen Herrschaft“ bemächtigt haben. Das „Schmarotzertum“, die „indirekten Arbeiterfresser, die ihre Zinsen verzehren oder spekulieren“, werde aufhören (Zlocisti 1921, S. 259).<sup>400</sup>

Deutsche Kommunisten in der Schweiz hatten also die „Wendungen“ von Marx/Engels „von vornherein“ nicht mitgemacht (Na’aman 1965, S. 35).<sup>401</sup> Fast in allen bedeutenderen Städten der Schweiz existierten deutsche Arbeitervereine. Anfang 1850 entstanden unter verschiedenen Namen wie deutscher Bildungs-, Sing- oder Lese-Verein mit ganz harmlosen Statuten immer neue Vereine (Schneider 1904, S. 4). Alle diese Vereine verfolgten kommunistische Zwecke: Aufhebung der Erbschaft, des Eigentums als solchem, Verminderung der Arbeitsstunden, Paralyse des Kapitals, Verwertung der Produkte durch die Produzenten, Verbannung aller Nichtarbeiter, fortwährende enge Verbrüderung aller europäischen Arbeiter (ebd., S. 8). Die deutschen Kommunisten in der Schweiz waren der Ansicht, dass die Arbeiter „die Büchse“ nicht eher niederlegen dürften, bis ihre Macht fest gegründet sei. Der Arbeiter sei fortan „nicht mehr Sklave des Kapitals“; wer massig arbeite, der müsse ohne Sorgen gut und schön leben können, da die Güter der Erde für alle gleich da seien, während die vornehmen Müßiggänger kein Recht auf die Erzeugnisse des Bodens haben. Diese kommunistische Richtung impften ihnen besonders Weitlings Werke ein (ebd., S. 7). Nach Schneider seien die Arbeiter in der Schweiz „ohne die Lektüre der verderblichen Kommunistenwerke“ von Weitling „ganz harmlos“ geblieben (ebd., S. 27).<sup>402</sup>

---

<sup>400</sup> Marx stürmte 1853 in seinen *Enthüllungen* über den Kommunistenprozess in Köln gegen Hess auch deswegen an: „Moses Heß, der Fraktion angehörig, der Verfasser des roten Katechismus, dieser unglücklichen Parodie des Manifestes der kommunistischen Partei, Moses Heß, der seine Schriften nicht nur selbst schreibt, sondern selbst vertreibt, er wußte genau, an wen er Partien von seinem ‚Roten‘ abgelassen hatte“ (MEW 8, S. 462).

<sup>401</sup> Als Engels in der Schweiz als Flüchtling Ende des Jahres 1848 sich aufhielt, wurden „seine Bewegungen von den dortigen Kommunisten mit Argwohn“ beobachtet (Na’aman 1965, S. 35). Er hat dort wohl nicht viel Anklang gefunden, wie sich aus dem Ton seiner Briefe an Marx ergibt. Das „faule Hocken im Ausland, wo man doch nichts Ordentliches“ tun könne und „ganz außer der Bewegung“ stehe, so Engels in seinem Brief anfangs 1849, „scheußlich unerträglich“ sei (MEW 27, S. 133).

<sup>402</sup> In diesen Vereinen befanden sich Weitlings Schüler, wie Joseph Jäckli aus Freiburg, der sich bei allen badischen Aufständen beteiligte. Er wurde während des letzten Aufruhrs gefangen genommen und in die Kasematten von Rastatt verbracht. Nach 27 Wochen wurde er wegen seiner Wunden freigelassen und ging in die Schweiz. Dieser „gefährliche Mensch“ propagiere laut Schneider „fortwährend“ und sende insbesondere nach Freiburg „revolutionäre Schriften“ (Schneider 1904, S. 8).

Um eine straffere Organisation der deutschen Arbeitervereine zu schaffen, lud ein öffentliches Sendschreiben der Arbeitervereine in der Schweiz ein, einen Kongress zu beschicken, der am 20. Februar 1850 in Murten in der Schweiz stattfinden sollte (BdK 2, S. 103f.). Infolge einer Denunziation verhaftete die Schweizer Polizei jedoch bereits am Reisetag, dem 19. Februar 1850, in Murten alle Delegierten unter der Beschuldigung eines Plans von einem bewaffneten Einfall nach Baden (Hundt 1993, S. 610). Gegen sie wurde eine Untersuchung eingeleitet. Die schweizerischen Behörden stellten zuerst fest, dass sich die deutschen Arbeiter in der Schweiz „behufs einer neuen Revolution, welche nicht nur die Throne, sondern auch die sozialen Einrichtungen zunächst Deutschlands“ vernichten sollte, organisiert hätten. Die Untersuchung stellte dann fest, dass die revolutionäre Propaganda in der Schweiz „hauptsächlich von Ausländern und Fremden“ betrieben werde. Zuletzt wurde verkündet, dass die Arbeitervereine in enger Verbindung mit den Flüchtlingen gestanden hätten. So wurden 296 Mitglieder der 16 Arbeitervereine aus der Schweiz ausgewiesen und ihre Namen den deutschen Regierungen übermittelt, während der Rest der deutschen Arbeitervereine „unter polizeiliche Aufsicht“ gestellt wurde (Mehring 1897, S. 422).

Ebenfalls in Deutschland wurden schon seit Herbst 1849 Vorbereitungen getroffen, um einen Kongress der *Arbeiterverbrüderung* im Februar 1850 in Leipzig zu organisieren. So wurden Anfang Februar 1850 in Orts- und Bezirksorganisationen die Delegierten, darunter zahlreiche Kommunisten, gewählt (Hundt 1993, S. 608). Der illegale Arbeiterkongress fand vom 20. bis 26. Februar 1850 in Leipzig statt. Er hatte die Aufgabe, innerhalb der arbeitenden Klassen ein wirkliches Zusammengehörigkeitsgefühl auf fachlicher Grundlage zu schaffen. Hier waren insgesamt 250 Vereine vertreten. Auf dem Arbeiterkongress wurde ein geheimes Zentralkomitee gewählt (Balsler 1962, S. 530 ff.). Im ausgewählten Zentralkomitee befand sich auch Schwenniger (Hundt 1993, S. 609), der bekanntlich im Februar 1849 den Norddeutschen Arbeiterkongress zusammen mit Weitling in Hamburg organisierte (Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 166).

Anfang Mai 1850 fand in Hamburg eine Generalversammlung der Demokraten- und Arbeitervereine in Norddeutschland statt. Das führende Bundesmitglied Karl Bruhn war hier anwesend und vertrat den schleswig-holsteinischen Arbeiter-Gesamt-Verein. Dort wurde ein Ausschuss gebildet, der den Anschluss des Gesamtvereins an das Leipziger Zentralkomitee der *Arbeiterverbrüderung* vorbereiten sollte (Pelger 1968, S. 201). Bruhn berichtete aus Hamburg, dass die „einflussreichsten Mitglieder der Arbeiterverbrüderung“ in Norddeutschland dem



*Bund* angehörten. Sie hätten auf Bauer- und Tagelöhnervereinen in Schleswig-Holstein und Mecklenburg direkten Einfluss:

Wo, wie in Schleswig-Holstein und Mecklenburg, Bauern- und Tagelöhnervereine bestehen, ist es den Bundesmitgliedern gelungen, direkten Einfluß auf sie zu gewinnen und sie teilweise ganz in ihre Hand zu bekommen. Die sächsischen, fränkischen, hessischen und nassauischen Arbeiter- und Tagelöhnervereine stehen ebenfalls größtenteils unter Leitung des Bundes. Die einflussreichsten Mitglieder der Arbeiterverbrüderung gehören auch dem Bunde an. Die Zentralbehörde macht alle Gemeinden und Bundesmitglieder darauf aufmerksam, daß dieser Einfluß auf die Arbeiter-, Turn-, Bauern- und Tagelöhnervereine etc. von der höchsten Wichtigkeit ist und überall gewonnen werden muß (Wermuth Stieber 1853, S. 263).

Der Hinweis in der „Juniansprache“ auf die Bauern- und Tagelöhnervereine in Schleswig-Holstein und Mecklenburg, die unter direktem Einfluss von Bundesmitgliedern standen, denen es gelungen sei, diese teilweise ganz in ihre Hand zu bekommen, bezieht sich unzweideutig auf die Angaben in Karl Bruhns Brief vom Anfang Mai 1850 an Konrad Schramm (BdK 2. S. 172ff.), worauf auch Schieder hinweist (Schieder 1968, S. 35). Obwohl Marx/Engels Bruhns Mitgliedschaft in ihrer „Juniansprache“ für beendet erklärten, nahmen sie die politischen Darstellungen in seinen Briefen an Schramm als Bundestätigkeit in Deutschland in ihre „Juniansprache“ auf (Wermuth/Stieber 1853, S. 260).

Die Aufnahme von Bruhns Berichten über die *Arbeiterverbrüderung* in die „Juniansprache“ hatte verheerende Folgen. Diese „Juniansprache“ landete nämlich, bevor ihre Tinte sogar noch nicht getrocknet war, höchst seltsamerweise am 19. Juni 1850 in die Hände der Polizei in Leipzig. Der Leiter der politischen Polizei zu Dresden ließ am 5. Juli 1850 in der *Freimütige Sachsen-Zeitung* Teile dieser zweifelhaften „Ansprache“ unter dem Titel „Die Arbeitervereine in Deutschland und deren revolutionäre Bestimmungen“ ohne Angabe der Herkunft abdrucken (BdK 2, S. 648). Der Polizeileiter zog daraus die Folgerung, dass „die Sicherheitsbehörden sehr leicht die Gefahr erkennen“ werden, „welche aus der ferneren Duldung der Arbeiterverbrüderung für die Ruhe in Deutschland entspringen“ müsse und daher gewiss nicht säumen, alles aufzubieten, „um durch rechtzeitige Vorkehrungen großes Unheil von unserm gemeinsamen Vaterlande abzuwenden“ (Balsler 1962, S. 220).

Die deutschen Bundesbehörden beobachteten die Verbindungen zwischen den Kommunisten und Arbeiter- und Volksvereinen sehr sorgfältig. Das Hannoversche Innenministerium ging davon aus, dass „bei den Handwerksburschen unter dem Vorwande der Gründung wohlthätiger Anstalten Geldsammlungen bewirkt und zu den Zwecken der revolutionären Partei verwendet werden“. Um dagegen zu wirken, befürwortete er „eine festgesetzte umsichtige Überwachung

der Arbeitervereine“ in den einzelnen Bezirken. Denn wie in einem behördlichen Schreiben darauf hingewiesen wurde, sei in Arbeitervereinen die Unterstützung für durchreisende Vereinsmitglieder ein Hauptthema der Verhandlungen gewesen (Schraepler 1972, S. 401):

Es ist bekannt, daß die Umsturmänner von Profession es sich zu einer vorzüglichen Aufgabe gemacht hatten und noch machen, des Arbeiterstandes als der nicht besitzenden Klasse für ihre politischen Zwecke sich zu bedienen und die Leitung der sogenannten Arbeiterverbrüderung in Deutschland in die Hände zu nehmen, wobei nach außen zunächst nur der Zweck der Bildung dieses Standes und der Behebung seiner Notstände als Lockspeise für Nichteingeweihte und Mittel zur Verdächtigung energisch vorschreitender Regierungen vorbehalten wird (Rüdinger 1933, S. 10).

So diente die Veröffentlichung der Berichte von Bruhn über die politische Tätigkeit der Kommunisten in den Arbeitervereinen der Begründung für die Verbotsmaßnahmen gegen die sächsischen Arbeitervereine und das Zentralkomitee der *Arbeiterverbrüderung* durch eine Verordnung (BdK 2, S. 648). Demnach sehe sich das Ministerium des Innern unter diesen Umständen veranlasst, die bestehenden Arbeitervereine aufzulösen und jede fernere Teilnahme daran zu untersagen. Den Bestimmungen dieser Verordnung unterliegen insbesondere die an mehreren Orten bestehenden Arbeitervereine, die sich fast ohne Ausnahme der *Arbeiterverbrüderung* angeschlossen und „fast über ganz Deutschland“ ausbreitet hatten. Das Zentralkomitee der *Arbeiterverbrüderung* wurde so auseinandergetrieben. Es löste sich am 12. Juni 1850 selbst mit allen Bezirkskomitees auf, um dem Verbot zuvorzukommen. Trotzdem wurden in Preußen am 16. Juni 1850 alle Arbeitervereine verboten (Dokumente des Sozialismus II 1902, S. 35).<sup>403</sup> In einem Handbuch *Anzeiger für die politische Polizei Deutschlands auf die Zeit vom 1. Januar 1848 bis zur Gegenwart*, das 1855 veröffentlicht wurde, wurde darauf hingewiesen, dass jeder Polizeibeamte durch dieses Handbuch „endlich“ wenigstens „mit den Hauptfraktionen des Communismus“, mit der „Geschichte der drei französischen Revolutionen“ und auch „mit der Geschichte der revolutionären Verbindungen Deutschlands“ bekannt sein solle (Anzeiger 1855, S. XI).

## **5. Revolutionäre Zentralisation gegen Krone und Großbürgertum**

Kommunisten, Sozialisten und demokratische Republikaner sagten übereinstimmend aus, dass in allen Teilen Deutschlands, etwa in Berlin, Köln, Trier, Thüringen, auch unter dem Militär, insbesondere dem preußischen, gut organisierten illegalen Klub existierten, dass aber jetzt deren weitere Organisation und Zentralisation wirklich ins Leben treten müsse (Schneider

---

<sup>403</sup> 29. Juni 1850 musste auch die Zeitschrift *Verbrüderung* ihr Erscheinen einstellen. Der Redakteur der Zeitschrift Karl Gangloff wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Nachfolger der *Verbrüderung* wurde der *Prometheus* (Dokumente des Sozialismus II 1902, S. 35).

1904, S. 15). So gründeten sie in der Schweiz eine illegale Organisation, die sich *Revolutionäre Zentralisation* nannte. In ihren Reihen vereinigten sich demokratische Republikaner, Sozialisten und Kommunisten. An der Spitze ihres Zentralkomitees, das seinen Sitz in Zürich hatte, stand Tzschirner, einer der Anführer des Dresdener Aufstandes im Mai 1849. Eine große Rolle spielten in dieser Organisation u.a. Karl Bruhn, Karl Schurz, Franz Sigel, Gustav Techow, Johann Philipp Becker und Alexander Schimmelpfennig (Schraepler 1972, S. 415).

Mit Schweizer Initiative suchte die revolutionäre Führung der deutschen Arbeiterbewegung, im *Bund* eine Alternative gegen die Mehrheit von „Marx und seine[n] speziellen Freunde[n]“ (Bauer 1989, S. 30) in der Zentralbehörde des *Bundes* in London zu bilden, da diese durch ihre diktatorische Macht in der Zentralbehörde alle revolutionären Pläne der Führung der deutschen Arbeiterbewegung verhinderten und „unter keiner Bedingung die Macht aus den Händen geben“ wollten (Wermuth/Stieber 1853, S. 264).

Der offene „Widerspruch“ zwischen Marx/Engels und der Führung der deutschen Arbeiterbewegung stellte sich heraus, schrieb Willich später, „als von den in London anwesenden Männern der Revolution [...] die Einladung zu einer Versammlung“ an der Zentralbehörde des *Bundes* gerichtet wurde. Es handelte sich dabei um eine Einladung zu einer Versammlung am 3. Januar 1850, die an Flüchtlinge in London „ohne Unterschied der Parteifractionen“, etwa an Heinzen und Struve, mit denen Willich während der Revolution in einem Bündnis gegen die Krone und das Großbürgertum in Deutschland zusammengekämpft hatte, gerichtet war. Willich setzte sich hier für die Annahme des Vorschlags ein. Da die Mehrheit der Zentralbehörde jedoch in Marx' Hände lag, wurde die Einladung abgelehnt (BdK 2, S. 562f.). Willich schrieb später über dieses erste offene „Zerwürfnis“ vom Ende 1849 Folgendes:

Ich wollte darauf eingehen; ich verlangte, daß unsere Parteistellung und Organisation gesichert, aber der Eklat innerer Zerwürfnisse in der Emigration nach außen hin nicht verbreitet werden sollte. Ich wurde niedergestimmt, die Einladung abgelehnt, und von dem Tage an datieren die ekelhaften Zerwürfnisse in der Londoner Emigration (MEW 9, S. 497).<sup>404</sup>

---

<sup>404</sup> Marx' Denunziationsbroschüre *Der Ritter vom edelmütigen Bewußtsein* gegen Willich wurde im November 1853 geschrieben und mit Unterstützung von Weydemeyer im Januar 1854 in New York als Broschüre herausgegeben. Marx versuchte hier, Willichs Kritiken in seinem Entgegnungsschreiben *Doktor Carl Marx und seine Enthüllungen*, das in den Nummern 33 und 34 des *Belletristischen Journal und New-Yorker Criminal-Zeitung* vom 28. Oktober und 4. November 1853 veröffentlicht worden war, zu widerlegen.

Das am 19. Januar 1850 datierte Schreiben des Bundesmitglieds Heinrich Müller,<sup>405</sup> der die Bundesgemeinde in La Chaux-de-Fonds in der Schweiz leitete, zeigte, dass die führenden Bundesmitglieder sich für die Gründung der *Revolutionären Zentralisation* einsetzten. Müller schrieb, dass die „jetzige Zeit“ es nicht erlaube, „lange auf Systemen herumzureiten“. Die Kommunisten müssten „alles Extreme abstreifen [...], um zur Einigung aller revolutionären Kräfte zu gelangen, denn ohne diese richten wir nie [et]was aus“ (BdK 2, S. 71). Ebenfalls kritisierte Willich weiter in einem Schreiben vom 1. Februar 1850 an die Bundesgemeinde in La Chaux-de-Fonds „alle kleinen Rücksichten und Vorsichten“ von Marx/Engels und fragte, ob man dadurch diejenigen zu Freunden gewinnen könne, „die nicht entschieden unser sind“ (ebd., S. 80ff.).

Im Frühjahr 1850 waren die Konflikte und Differenzen in der Londoner Zentralbehörde nicht nur den Bundesmitgliedern in der Schweiz, in London und Paris, sondern auch in Deutschland schon bekannt. Ein Brief von Marx an Röser in Köln, in dem er „seinen Ärger über Willich & Consorten“ aussprach, bestätigt die Konflikte zwischen Marx/Engels und der „Männer der Tat“ ebenfalls:

Marx sagte, daß er während des Winters von 1849/50 im Londoner Arbeitervereine Vorträge über das Manifest gehalten und darin dargethan habe, daß der Communismus erst nach einer Reihe von Jahren eingeführt werden könne, daß derselbe mehrere Phasen durchzumachen und daß er überhaupt nur auf dem Wege der Bildung und der allmählichen Entwicklung könne eingeführt werden, daß aber Willich mit seinem Schund – so nannte es Marx – ihm heftig opponirt (MEGA<sup>2</sup> III/ 3, S. 739).

Mitte Februar 1850 wurde Karl Schapper in Wiesbaden wieder auf freien Fuß gesetzt. Wenige Tage nach seiner Freisprechung, am 18. oder 19. Februar 1850, war er in Köln und hatte sich umgehend mit Röser in Verbindung gesetzt. Es fand hier zwischen Schapper und den Bundesmitgliedern „eine Diskussion über den Bund und die Notwendigkeit der Wiedereinführung der Propaganda“ statt. Zum Gegenstand der Unterhandlungen von Schapper mit den Kölnern gehörte wohl auch das Vorhaben, den *Bund* von Köln aus in Deutschland zu organisieren (BdK 2, S. 588f.).

---

<sup>405</sup> Heinrich Müller war vermutlich 1840 in Paris Mitglied des *Bundes der Gerechtigkeit* geworden und lebte 1847 in Brüssel, wo er Mitglied des Arbeitervereins war. Er stand 1848 mit Moses Hess im Briefwechsel. Nach Ausbruch der Revolution ging er nach Köln, wo er im Kölner Arbeiterverein politisch tätig war. Müller verließ Köln zusammen mit Haude und nahm in der Arbeiterbataillon an dem revolutionären Krieg in Baden teil (BdK 2, S. 575). Er ging dann in die Schweiz, leitete dort die Bundesgemeinde in La Chaux-de-Fonds und war gleichzeitig der Präsident des Arbeitervereins (ebd., S. 576). Ende Februar 1850 wurde er festgenommen, nachdem alle Arbeitervereine in der Schweiz verboten worden waren.

Danach erschien Anfang März 1850 der „mit einem englischen Passe versehene Emissär“ Heinrich Bauer in Köln und zeigte Röser sein Mandat als Emissär, welches nicht von der Zentralbehörde des *Bundes*, sondern „bloß von Marx“ unterzeichnet war (MEGA<sup>2</sup> III/ 3, S. 738). Er brachte mit sich auch die Märzansprache. Interessanterweise fand in der Märzansprache die starke Betonung auf die revolutionäre Tat auch bei der Kölner Bundesgemeinde eine einstimmige Akzeptanz. Der Text wurde in sechs Stücke geteilt und multipliziert, was als bedeutungsvolles Zeichen des Zeitgeistes angesehen werden kann (RdA 1852, S. 371).

Bauer reiste dann in verschiedene Städte Deutschlands. Er hatte bei seiner Durchreise versucht, die schon vorhandenen früheren Adressen wieder zu besuchen (Na'aman 1965, S. 62f.), wo er jedoch auf reichliche Kritik der Bundesmitglieder stieß. Seine Reise war daher für Marx/Engels erfolglos. Diese vertuschten jedoch Bauers Erfolglosigkeit mit der Bemerkung in ihrer „Juniansprache“, er habe nur „die zuverlässigsten Leute in den Bund aufgenommen und ihrer größeren Lokalkennntnis die Ausdehnung des Bundes überlassen“. Haude aus der Arbeiterführung des *Bundes* aus London teilte dagegen mit, dass Bauer auf seiner Reise zurückberufen worden sei, weil man unzufrieden mit ihm gewesen sei (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 673).

Im April 1850 schrieb Karl Bruhn in einem Brief an seinen Gewährsmann, dass er Schapper in Wiesbaden besucht habe. Dieser habe ihm gesagt, „Kommunismus sei Revolution und daß die Zentralbehörde für Deutschland in Köln, dort sagten sie mir dasselbe“ (BdK 2, S. 564). Aus Bruhns Aussagen geht klar hervor, dass es Schappers Plan war, der die Ergreifung der politischen Initiative zur Organisation in ganz Deutschland durch die in Deutschland lebenden Bundesmitglieder vorsah (ebd., S. 588f.), um die diktatorische Macht von Marx/Engels in der Londoner Zentralbehörde des *Bundes* zu brechen. Auch die Kölner sagten Bruhn „dasselbe“. Der Emissär Bauer habe aber Bruhn das Gegenteil gesagt, damit war Bruhn doch nicht einverstanden:

[E]rst müssen wir diese [die Revolution] haben, eher wir dieselbe ausbeuten können. Mit S[apper] in W[iesbaden] ging es gut, er sagte mir, Kommunismus sei Revolution [...], nun sagt aber der Emissär [Heinrich Bauer] *nein* (ebd., S. 564).

Den „Revolutionsfabrikanten à la Bruhn“ in Deutschland, wie Weydemeyer ihn in einem Brief an Marx benannte, war es „klar bewußt“, was er eigentlich mit der Revolution anfangen wollte (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 564). Bruhn betonte die „Hervorhebung der Revolution“ und kritisierte Marx/Engels und den in Deutschland reisenden Emissär Heinrich Bauer. Nach Bruhn schenkten diese der Revolution keine Beachtung, sondern dachten „nur an die Ausbeutung derselben“.

Die Kommunisten müssten doch „für die Revolution arbeiten – aber nicht für einzelne Personen“. Die „Herren“, nämlich Marx/Engels und ihre speziellen Freunde, hätten dagegen „seit 48 alles liegen lassen“. Die Märzansprache, die Bauer nach Deutschland mitbrachte, solle man benutzen, „um für die Vorbereitung der Revolution zu wirken“ (BdK 2, S. 564f.).

Als Bauer gegen Ende April 1850 nach seiner Rundreise wieder nach Köln kam, wurde eine Gemeindeversammlung organisiert. Auf der Versammlung wurde von einigen Teilnehmenden die Frage aufgeworfen, „ob die Zentralbehörde noch als solche anzuerkennen wäre“, da Marx ja den *Bund* aufgelöst habe und die Londoner Gemeinde nicht berechtigt sei, eine neue zu bilden“ (ebd., S. 449). Sie forderten auch die „sofortige Einberufung eines Bundeskongresses, und zwar in Deutschland“. Die Forderung eines Bundeskongresses, der über die Lage des *Bundes* entscheide, war die allgemeine Forderung der revolutionären Kommunisten, denn sie wussten, dass bei einem Kongress „das wirkliche Kräfteverhältnis“ den Ausschlag geben (Na’aman 1965, S. 37) und dadurch die diktatorische Macht von Marx/Engels in der Zentralbehörde gebrochen werden müsste. Marx/Engels hielten dagegen einen Bundeskongress „für jetzt durchaus unmöglich“ (Wermuth/Stieber 1853, S. 264), denn auch sie wussten, dass sie bei einem Bundeskongress ihre Position in der Zentralbehörde mit Sicherheit verlieren würden.

Da Marx/Engels die Zentralbehörde des *Bundes* in der Hand hatten, entwickelte die revolutionäre Führung des *Bundes* mit den demokratischen Republikanern in der Schweiz auch die Initiative der *Revolutionären Zentralisation*. Wie schon erwähnt wurde, beteiligte sich das führende Mitglied des *Bundes* Karl Bruhn, der sich im Februar/März 1850 in der Schweiz aufhielt, an der Gründung der *Revolutionären Zentralisation* (BdK 2, S. 564f.), denn man verlange nach Bruhn derzeit im Allgemeinen, dass „die revolutionären Kräfte vereinigt werden sollen“. Wenn „die Hauptsache“ Revolution sei, solle man die Prinzipienfragen fallen lassen und sich auf den „Feind“ konzentrieren (ebd., S. 175).

Sogar Weydemeyer, so schrieb Dronke in einem Brief an Engels, nehme gegen Bruhn keine entschiedene Position ein, als dieser ihn im Frühjahr 1850 in Frankfurt besuchte. Als Bruhn Weydemeyer zum Beitreten in die *Revolutionäre Zentralisation* aufgefordert habe, „bat er sich 8 Tage Bedenkzeit aus“. Weydemeyer ließ auch dem Republikaner Carl Schurz „Reisegeld“ geben, als dieser sich ihm direkt „als ‚Agent‘ der Schweizer vorstellte“ (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 595).

Als auch einige Mitglieder der Kölner Bundesgemeinde versuchten, sich mit der *Revolutionären Zentralisation* in Verbindung zu setzen, schimpfte Marx sie als „Sonderbündelei“ (ebd., S. 586), denn wie die *Revolutionäre Zentralisation* waren auch die

Kölner der Meinung, dass die für die Flüchtlinge ausgegebenen Ressourcen sinnvoller für politische Propaganda verwendet werden sollten (BdK 2, S. 96f.). Marx ärgerte sich in einem Brief vom 25. Juni 1850 an Heinrich Bürgers über die „Kölner“. Da sie „*immer* sehr thätig in dem *postfestum Klugsein*“ seien. Köln könne sich so gut wie jeder andere Ort zu einem beliebigen Centrum erklären. Es werde „sogar besser wie irgendein anderer Ort der „spinozistischen Erklärung“ entsprechen, „wo die Peripherie mit dem Centrum“ zusammenfalle (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 84).

Allerdings beschwerte sich Marx' alter Freund Roland Daniels in einem Brief vom 28. Juni 1850 an Marx über das allzu herrische Wesen von Marx:

Ich finde es zum wenigsten taktlos, mir dergleichen Beleidigungen zuzuwerfen aus einer Entfernung, die es Dir unmöglich macht, meinen Mut direkt auf die Probe zu stellen: Ich muß es Deiner Ehrenhaftigkeit anheimgeben, künftig alle Bemerkungen über meine Handlungsweise zu unterlassen (ebd., S. 571).

Auch Röser als Vorsitzender des leitenden Kölner Kreises beschwerte sich darüber, dass in jüngster Zeit von einem Mitglied der Zentralbehörde „schwere Anklagen“ gegen die Arbeit des Kölner Kreises gerichtet worden seien, dem Mangel an Tätigkeit und Energie vorgeworfen wurde. Er erhob in einem Schreiben vom 18. Juli 1850 an die Zentralbehörde des *Bundes* einen starken Protest, dass das Bemühen der Kölner Gemeinde „als der Versuch einer Sonderbündelei, einer Auflehnung gegen die anerkannte Zentralbehörde ausgelegt“ wurde. Eine so „grundlose und zugleich gehässige Insinuation“ habe die Kölner Gemeinde „mit dem tiefsten Unwillen“ erfüllen müssen (BdK 2, S. 231).

Anfang April 1850 offenbarte Bruhn ahnungslos, obwohl er ein erfahrener Revolutionär war, seine „sehr kühne[n] Pläne“ für den Überfall auf einen Feldzug der Truppen des Deutschen Bundes in Frankreich in einem Brief an Schramm (ebd., S. 155f.). Bruhn kannte Schramm, da dieser gemeinsam mit Bruhn im Frühjahr 1849 einige Monate im Hannoverschen Gefängnis saß. Doch Schramm stellte sich in London auf die Seite von Marx/Engels und wurde von ihnen sofort in die Zentralbehörde des *Bundes* aufgenommen (Schraepler 1972, S. 384). Völlig ahnungslos von dem politischen Standpunkt Schramms offenbarte Bruhn ihm die Pläne der Kommunisten in Deutschland.

Bruhn hielt Schleswig und Holstein für die geeigneten Gebiete, von denen aus ein „Losbruch“ in Deutschland organisiert werden könnte, weil dort die Kommunisten auf Arbeitervereinen Einfluss hatten und der Geist der Armee in diesem Gebiet demokratisch sei (BdK 2, S. 155):

Denn können wir erst sicher auf die Armee von etwa 34 000 Mann rechnen, so haben wir einen ausgezeichneten Kern, mit dem wir beginnen können, und an den sich dann alle Kräfte anschließen können (ebd., S. 156).

Dieser „Revolutionsarmee“ würden sich dann Kämpfer aus allen Gegenden Deutschlands anschließen. Er plante, den Kampf erst richtig aufzunehmen, wenn die Franzosen sich in Deutschland festgesetzt hätten. Deswegen sei es „dringend nötig, die möglichst energischen Maßregeln zu ergreifen, namentlich um die so sehr notwendige gute Verpflegung der Revolutionsarmee zu sichern“ (ebd., S. 156f.).

Inzwischen trat in der Schweiz Marx' treuer Gefolgsmann Wilhelm Wolff wohl auf Marx' Auftrag in die Zentralbehörde der *Revolutionären Zentralisation* ein, um sie zu überwachen und Marx/Engels über deren Geheimnisse zu informieren. Er berichtete in einem Brief vom 9. Mai 1850 Engels, er habe erst Anfang Februar bemerkt, dass hier etwas im Gange sei oder vorbereitet werde. Man stelle ihm die „Sache als noch im Zustande des Projektes“ vor. Er habe jedoch gemerkt, „daß schon längere Zeit darüber studiert und gedoktert“ worden sei. Die Statuten der Zentralisation hätten außer einigen unwesentlichen Paragraphen mit London, gemeint ist hier wohl mit Marx/Engels, „nichts“ gemein. Bruhn sei auch in der Schweiz gewesen, habe daran „Anteil“ genommen und dort auch „über Marx' Herrschsucht“ eine Rede gehalten. Als Agent von Marx/Engels gab Wolff seitenlang detaillierte Informationen über diese Organisation, wie über ihre Sektionen. Er schrieb dabei Engels fast alle Namen der Mitglieder der illegalen *Revolutionären Zentralisation*, die er kannte. Am Ende seines Berichts schrieb Wolff Engels: „Ihr kennt jetzt die Verhältnisse und werdet daher wohl nicht auf eine Allianz mit dieser Gesellschaft [...] eingehen“ (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 543f.).

Nachdem Marx/Engels aus dem Bericht Wolffs vom 9. Mai 1850 von den Tätigkeiten der *Revolutionären Zentralisation* und von der politisch/organisatorischen Aktivitäten von Bruhn erfahren hatten (BdK 2, S. 185f.), schickten sie sofort Dronke in die Schweiz, um ihre Aktivitäten zu verhindern und ihre Auflösung zu verlangen.

In seinem Brief vom 3. Juli 1850 gab Dronke über den Zweck und das Programm der *Revolutionären Zentralisation* aufschlussreiche Informationen. Demnach sei ihr Zweck die „Herbeiführung (!) der Revolution für eine sozial-demokratische Republik“. Die Organisation verlange, „ein kommunistisches Programm an die Spitze zu stellen“. Sie erkenne „die Notwendigkeit einer Vereinigung aller wahrhaft revolutionären Elemente“ an. Die *Revolutionäre Zentralisation* instruiere ihre Emissäre dahin, dass sie bei Bildung von Sektionen in Deutschland Mitglieder, welche zum Eintritt in die kommunistische Verbindung „geeignet



(!!) scheinen, auf den Bestand einer vorzugsweis im proletarischen Interesse eingerichteten Organisation aufmerksam zu machen“ (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 576f.).

Gerade jetzt, meinten die Mitglieder der *Revolutionären Zentralisation*, sei die Organisierung aller brauchbaren Kräfte nötig, um wieder loszuschlagen. Auch die Märzansprache der Zentralbehörde des *Bundes* forderte auf, den Kampf in Deutschland weiterzuführen. Die zu diesem Zwecke gesandten Emissäre sollten beim Ausbruch der Revolution die nötigen Maßregeln vorbereiten, wie etwa die Beschlagnahme der öffentlichen oder größeren Privatkassen, überhaupt aller Staatsmittel, die sofortige Verhaftung aller Volksfeinde, der Verdächtigen und Staatsdiener, die Überlieferung derselben an die „Volkswut“, die Einsetzung einer Diktatur, die rasche Entwicklung eines Revolutionsheeres aus den Arbeitern und aufständischen Soldaten, die Absendung zuverlässiger, energischer Kommissäre in alle Teile des Landes, um die Revolution zu verbreiten und durchzuführen.

Nach Beschlüssen der *Revolutionären Zentralisation* sollten jetzt alle von Deutschland kommenden Gelder nicht mehr zur Unterstützung der Flüchtlinge, sondern zu revolutionären Zwecken verwendet werden (Schneider 1904, S. 15f.), was zu Plänen von Marx/Engels keinesfalls passte. So nannten sie in ihrer „Juniansprache“ diese Organisation als „buntscheckig“ und erklärten die führenden Bundesmitglieder, die diese Organisation mitgegründeten, als „ehemalige“ Bundesmitglieder (Wermuth/Stieber 1853, S. 261). In der „Juniansprache“ wurde behauptet, dass Bruhn aus dem *Bund* ausgeschlossen worden sei, weil er eine „zwischenträgerische Stellung“ zwischen der *Revolutionären Zentralisation* in der Schweiz und dem *Bund der Kommunisten* eingenommen habe (ebd., S. 260). Bruhns „Verstoßung“ durch Marx/Engels fand bei den Bundesgemeinden keinesfalls Zustimmung. Als Schramm Anfang August 1850 den Leiter der Hamburger Bundesgemeinde Martens in Hamburg besuchte, sagte dieser Schramm, dass Bruhn „einen sehr großen Einfluß“ habe und „täglich mehr Boden gewinne“ (BdK 2, S. 244).

## **6. Seltsamkeiten der „Juniansprache“ und deren Autorschaftsfrage**

Wolfgang Schieder stellt die These auf, dass die „Juniansprache“ „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ nicht von Marx/Engels redigiert oder gar verfasst worden sei (Schieder 2018, S. 64). Es gebe „keinen direkten Beleg“ für eine mögliche Autorschaft von Marx/Engels. Ein „Original oder gar das Manuskript des Textes“ sei bis heute nicht aufgefunden worden. Er weist auf den „widersprüchlichen Charakter“ der „Juniansprache“ hin (Schieder 1968, S. 34) und vermutet, dass Konrad Schramm an der Abfassung der Ansprache beteiligt gewesen sei, da „Bruhns Informationen ja an ihn gerichtet waren“ (ebd., S. 35).

Die schon behandelten Briefe von Karl Bruhn an Konrad Schramm wurden von Marx/Engels als Informationsquelle für die „Juniansprache“ verwendet. Denn der Hinweis auf den Einfluss der Bundesmitglieder in Arbeitervereinen in der „Juniansprache“ (BdK 2, S. 156f.) bezieht sich auf die Angaben Bruhns in seinen Briefen an Schramm, worauf auch Schieder hinweist. Es wurde nachgewiesen, dass die Angaben über die schleswig-holsteinischen Verhältnisse in der „Juniansprache“ aus den Briefen von Bruhn, die er im April und Mai 1850 an Schramm schrieb, übernommen wurden (Schieder 1968, S. 34f.).

Auch Wilhelm Wolffs Briefe an Engels, in denen reichliche Informationen über die *Revolutionäre Zentralisation* standen, wurden ebenfalls in der „Juniansprache“ als Quelle benutzt, worauf Schieder jedoch nicht eingeht. Es gab in der „Juniansprache“ auffallende Informationen über die illegale *Revolutionäre Zentralisation*, ihre Mitglieder und ihre Organisierungsbemühungen in der Schweiz und in Deutschland. Die Berichte von Marx' Anhänger Wolff in seinen Briefen an Engels im Mai 1850 bildeten m.E. die Grundlage für die Informationen in der Darstellung der *Revolutionären Zentralisation* in der „Juniansprache“ (BdK 2, S. 644).

Marx/Engels äußerten sich gegenüber Gustav Techow, der sie im August 1850 in London besuchte, dass sie ursprünglich nicht die Absicht gehabt hätten, das Juni-Zirkular abfassen zu lassen. „Da es geschehen“, sei es ihnen lieb (Vogt 1859, S. 145). Marx sprach in einem Brief vom 13. Juli 1851 an Engels über die „Juniansprache“ von 1850, nämlich über das „von uns verfaßte Aktenstück“ oder über die „von uns beiden verfaßte“ Ansprache (MEW 27, S. 278f.). Auch zahlreiche Historiker wie die Verfasser der *BdK* behaupten, ohne zu beweisen, dass die „Juniansprache“ „von Marx/Engels verfasst und beschlossen worden“ sei (BdK 2, S. 646). In den neu herausgegebenen Ausgaben von MEGA mussten sie sich jedoch ein bisschen selbst korrigieren, da es für die Autorschaft von Marx/Engels „keinen direkten Beleg“ gebe (MEGA<sup>2</sup> 1/10, S. 924).

Sowohl Wilhelm Wolff als auch Konrad Schramm waren spezielle Freunde von Marx/Engels. Die Informationen über die geheimen Pläne und Tätigkeiten der Kommunisten und demokratischen Republikaner in Wolffs Briefen an Engels wie auch in Bruhns Briefen an Schramm gaben reichliche Hinweise auf die Verfasserfrage der „Juniansprache“ von 1850. Marx/Engels nutzten nämlich die Informationen, die sie von Wolff und Schramm bekommen hatten, um die Namen der Mitglieder der illegalen *Revolutionären Zentralisation* und ihre geheimen Pläne in ihrer „Juniansprache“ öffentlich anzuzeigen. Diese Männer, so warfen Marx/Engels ihnen vor, seien „entschieden schädliche Sonderbündeleien“. Diese Männer

könnten nach Marx/Engels nur den Zweck haben, „die Arbeiterpartei abermals zu Zwecken zu mißbrauchen, die ihr fremd oder direkt feindlich“ seien. Sie seien in der letzten Bewegung an der Regierung gewesen und hätten ihre Stellung dazu benutzt, „die Bewegung zu verrathen und die Arbeiterpartei, wo sie selbstständig auftreten wollte, niederzudrücken, diese Leute müssen unter allen Umständen ferngehalten werden“ (Wermuth/Stieber 1853, S. 262).

Die „Juniansprache“ landete also höchst seltsamerweise am 19. Juni 1850, wie Märzansprache, in den Händen der Polizei in Leipzig (BdK 2, S. 647). Sie ließ dann Teile dieses Dokumentes am 5. Juli 1850 in einer Zeitung in Dresden abdrucken (ebd., S. 648). So wurde der „ganze Inhalt“ der „Juniansprache“ auch die Namen darin, „in allen Blättern abgedruckt“ (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 613).

Schon gegen Ende Juli 1850 schrieb Dronke an Engels, er habe von Techow erfahren, dass auch in der *Karlsruher Zeitung* ein „Rundschreiben der L[ondoner] C[entral] B[ehörde] an sämtliche deutsche Gemeinden“ abgedruckt sei, welches die Polizei in Leipzig abgefasst habe. Die Authentizität des abgedruckten Aktenstücks zu bestreiten, war Dronke nicht möglich, „da schon die Mittheilungen über Bruhn und [...] Schurz die Behauptung eines Polizei-Puffes nicht zuließen.“ Techow aus der Führung der *Revolutionären Zentralisation* sei „ganz wütend über die Art, wie in diesem Aktenstück von Sigel und Becker gesprochen wurde“ und habe ihm erklärt, dass in der Schweizer Zentralbehörde ein Bundesmitglied sitze, „welches Alles berichtet“ (BdK 2, S. 246). Dieses Bundesmitglied war niemand anderes als Marx' spezieller Freund Wilhelm Wolff.

Techow sprach, schrieb Vogt in seiner Streitschrift gegen Marx, dass die „Juniansprache“ von „einem Parteigänger Marx's, dem sogenannten Parlaments Wolf abgefasst“ und „der hannöver'schen Polizei in die Hände“ gespielt worden sei. Als Techow im August 1850 in London mit Marx/Engels zum Gespräch kam, äußerte er auch ihnen gegenüber, dass die Führung der *Revolutionären Zentralisation* den Verdacht hege, die „Juniansprache“ sei von Marx/Engels selbst veröffentlicht worden. Sie alle seien empört, wie in der „Juniansprache“ „einzelne Namen dabei kompromittirt und degradirt“ wurden (Vogt 1859, S. 144).

Dronke hielt in seinem schon erwähnten Brief vom Ende Juli 1850 an Engels die „ganze Geschichte“ mit der „Juniansprache“ „für eine Gemeinheit“. Diese „Geschichte“ sei „höchst fatal“, denn sie werde „jedenfalls Verhaftungen“ nach sich ziehen (BdK 2, S. 247), was er dabei nicht im Unrecht annahm. Wie schon erwähnt wurde, nahm der preußische Staat die Veröffentlichungen der „Juniansprache“ in den bürgerlichen Zeitungen in Deutschland als Grund für seine Verbotsmaßnahmen gegen die Arbeitervereine und die *Arbeiterverbrüderung*

in Deutschland (ebd., S. 648). Dronke schrieb am 20. September 1850 an Engels weiter, dass in der Schweiz „die Bande“ der ordinären „Knoten“, nämlich die Revolutionäre, „in Betreff des confiscirten Aktenstücks“ die „Erklärung“ verbreitet hätten, Marx habe das Aktenstück „selbst veröffentlicht“ (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 649).

Marx beschwerte sich später in einem Brief vom August 1851 merkwürdigerweise an Hermann Ebner, der ein „Geheimagent der österreichischen Polizei“ war, als Journalist in Frankfurt bei Löwenthals Verlag arbeitete (MEW 27, S. 714) und sich insbesondere für Marx' Informationen über politische Emigranten in London sehr interessierte, darüber, dass Willich/Schapper ihn „wegen seiner Verschwägerung mit dem preußischen Minister von Westphalen“<sup>406</sup> „als Spion“ verdächtigt hätten (ebd., S. 577).

Die Kommunisten und demokratischen Republikaner verdächtigten Marx als „Spion“ doch nicht „wegen seiner Verschwägerung mit dem preußischen Minister von Westphalen“, sondern sie verdächtigten ihn insbesondere wegen des „konfiszierten Aktenstücks“ und wegen der geheimen Dokumente und Briefe, die er durch seine speziellen Freunde in die Hände bekam und sie als „Juniansprache“ veröffentlichen ließ. Diese landete dann, bevor ihre Tinte sogar noch nicht getrocknet war, höchst seltsamerweise am 19. Juni 1850 in die Hände der Polizei in Leipzig. Wie in dieser Arbeit verschiedentlich gezeigt wurde, streute ständig doch Marx selbst den Verdacht der Agententätigkeit gegen Revolutionäre und Kommunisten, darunter Weitling, Gottschalk, Bakunin und Willich, um möglichen Verdächtigungen gegen sich selbst etwas entgegenzusetzen.

### **III. Zweite Hälfte von 1850: Der Weg zum „vollständigen Bruch“ der „Proletarierpartei“ mit Marx/Engels**

Das Kapitel III untersucht die drastisch sich verschärfenden Konflikte und den darauffolgenden vollständigen Bruch zwischen der Bundesführung und Marx/Engels in der zweiten Hälfte von 1850. Zuerst werden Marx/Engels' Ausschaltungsversuche gegen August Willich behandelt, indem gezeigt wird, dass Marx/Engels durch ihre Spione sowohl im Arbeiterverein als auch im *Bund* gegen Willich intrigante Aktionen in die Tat umsetzten, um ihn zu eliminieren.

Folgend wird in diesem Kapitel den theoretischen, politischen und organisatorischen Gründen des Bruchs der Arbeiterführung mit Marx/Engels nachgegangen. Das Kapitel sieht hier einen der Kernpunkte der Differenzen zwischen der Arbeiterführung und Marx/Engels darin, dass

---

<sup>406</sup> Marx' Schwager Ferdinand von Westphalen (1799–1876) leitete die preußische Geheimpolizei, wurde interessanterweise am 19. Dezember 1850 preußischer Innenminister und diente in der Regierung bis 1858 König Wilhelm IV.

Marx/Engels die ewige „Oppositionspartei der Zukunft“ etablieren wollten, während die Arbeiterführung die Revolutionspartei der Gegenwart im Hier und Jetzt zu organisieren bezweckte. Folglich wird die Kritik von Eduard Wiss an „reaktion[er]“ Revolutionstheorie von Marx, die Wiss 1854 in seiner in der *Republik der Arbeiter* veröffentlichten Artikelserie zum Ausdruck brachte, ausführlich dargelegt. Anschließend wird der politische Standpunkt der Bundesgemeinden in europäischen Ländern und in den USA bezüglich des Bruchs der Bundesführung mit Marx/Engels behandelt.

### **1. Ausschaltungsversuche von Marx/Engels gegen August Willich**

Als Schapper am 1. Juli 1850 wieder in London eintraf, fand er den Londoner Arbeiterverein sowie die Zentralbehörde und den Londoner Kreis des *Bundes der Kommunisten* „mehr als schlecht“, da dort nur „Hader und Zwietracht, Besserwisserei und Profillierungssucht“ herrschten (Kuhnigk 1980, S. 215). In einer am 14. August 1850 datierten Korrespondenz aus London wurde berichtet, dass sich revolutionäre Arbeiter in London dem „unter den Einfluß von Karl Marx gekommenen Arbeiterverein“ anschließen wollten. Sie wurden jedoch von Marx/Engels „auf ihre Statuten verwiesen und auf eine diplomatische Weise abgefertigt“. „So sind wir nun genötigt“, schrieben revolutionäre Arbeiter, „von diesem Verein getrennt, für die bestimmte Schule, der wir angehören, zu wirken“ (RdA 1850, S. 151).

Die Ansprache des *Bundes* vom 1. Oktober 1850 bewertet diese Lage nach dem endgültigen Bruch mit Marx/Engels im September 1850 wie folgt:

Als Schapper nach London kam und sah, daß an die Stelle des Prinzips Personen getreten waren, daß mit auswärtigen Mitgliedern nur persönliche und nicht mehr Bundesbriefe gewechselt wurden,<sup>[407]</sup> daß durch die beständigen persönlichen Intrigen nichts mehr für die Organisation des Bundes geschah und derselbe in Gefahr stand, dadurch gänzlich zu verfallen (Wermuth/Stieber 1853, S. 269).

Marx/Engels beschuldigten sogar Wilhelm Liebknecht, wie dieser in seinen Erinnerungen schrieb, dass er durch seine Tätigkeit im Londoner Arbeiterverein gegen „unsere Prinzipien verstoßen und den Anhängern von Weitling taktisch und theoretisch verwerfliche Konzessionen“ gemacht habe (Liebknecht 1896, S. 39). Da Marx/Engels, glaubt Mehring zu wissen, „mit klarem und kühlem Blick den wirklichen Hergang der Dinge“ beobachtet hätten,

---

<sup>407</sup> Schon 1846 forderten Marx/Engels nur Schapper persönlich, aber nicht die Bundesbehörde zur Mitarbeit im Korrespondenzkomitee auf. Doch dieser lehnte es schon damals entschieden ab, „allein“ mit ihnen in Korrespondenz zu treten. So informierte Schapper die „tüchtigsten hiesigen Kommunisten“ über das Korrespondenzkomitee (BdK 1, S. 347).

gerieten sie „in immer schrofferen Gegensatz“ zu den Bundesmitgliedern in London (Mehring 1960, S. 212).

Aus der Schweiz brüstete sich Dronke in einem Brief vom 18. Juli 1850 an Engels, dass er Gustav Techow nach einem etwa einstündigen Diskurs für Marx/Engels gewonnen habe. So wolle Techow ihnen „seinen Einfluß aufbieten, daß die Züricher ihre Sachen in Deutschland aufgäben und sich für die Schweiz unter L[upus]“, Wilhelm Wolff, stellen (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 594f.). Ende Juli 1850 schrieb er Engels weiter, dass Techow im August nach London komme. Er glaubte zu wissen, dass Marx/Engels Techow „trotz alledem und alledem mit einiger Vorsicht leicht bearbeiten“ könne (ebd., S. 609). So trafen sich Marx, Engels und Schramm im August 1850 in einer Londoner Weinstube mit Techow, der bekanntlich ein sich an die Revolution angeschlossener preußischer Artillerieoffizier war, als der Chef des pfälzischen Generalstabes in der Badischen Revolution mit Willich zusammengekämpft hatte und auch der Führung der *Revolutionären Zentralisation* angehörte.<sup>408</sup>

Marx, Engels und Schramm tranken mit Techow zuerst Porto, dann roten Bordeaux, dann Champagner. Nach dem Rotwein sei Marx „vollständig besoffen“ gewesen und wurde „offenherziger“, wie er es sonst nicht gewesen wäre. Er habe „über die Narren, welche ihm seinen Proletarier-Katechismus [das Kommunistische Manifest] nachbeten, so gut wie über die Communisten à la Willich“ ausgelacht (Vogt 1859, S. 152). Techow hatte die Überzeugung, dass „der gefährlichste persönliche Ehrgeiz in ihm alles Gute zerfressen hat“ (ebd., S. 158f.). Ähnliche Ansicht hatte auch Heinzen: „In dem ganzen Marx steckt nicht ein Gran Positivität“ (Heinzen 1874, S. 69).

Über diese Begegnung mit Marx schrieb Techow ausführlich an Alexander Schimmelpfennig,<sup>409</sup> der ebenfalls der Führung der *Revolutionären Zentralisation* angehörte. Techows Briefe, die Vogt 1859 „unverstümmelt, nur mit Auslassung einiger Eigennamen“ veröffentlichte (Vogt 1859, S. 141), enthalten „eine recht genaue Chronologie der letzten Zuspitzung der Gegensätze“ (Förder 1988, S. 268) zwischen der Führung der

---

<sup>408</sup> Gustav Techow war Sohn eines Berliner Hofrats und wurde Oberleutnant. Er wurde 1848 zu 15 Jahren Festungsstrafe verurteilt, weil er „beim Sturme der Waffen auf das Berliner Zeughaus“ keinen Widerstand den Arbeitern gegenüber geleistet und es „ohne Weiteres übergeben hatte“. Er wurde Anfang Mai 1849 in Magdeburg aus dem Gefängnis entlassen, „eilte sofort auf den Schauplatz des pfälzischen Aufstandes“ und wurde steckbrieflich gesucht (Wermuth/Stieber 1854, S. 129). Danach ging er in die Schweiz und organisierte die Revolutionäre Zentralisation mit den Anführern der Badischen Revolution. Später ging er nach Australien. Bismarck verweigerte ihm sogar 1888 „aus persönlicher Bosheit“ den Pass nach Deutschland (Lattek 2006, S. 249).

<sup>409</sup> Alexander Schimmelpfennig war ein 1848 republikanischer preußischer Leutnant, kämpfte in den Feldzügen Schleswig-Holstein und Baden und schloss sich 1849 der Revolutionären Zentralisation in der Schweiz an. Er stand Willich und Kinkel nahe (Lattek 2006, S. 243). Schimmelpfennig stiftete auch in Paris mit den demokratischen Republikanern das Revolutionskomitee (MEW 14, S. 446).

Arbeiterbewegung und Marx/Engels. Marx' späterer Versuch, den Bericht Techows zu widerlegen, „mislang nämlich gründlich“ (Schieder 2018, S. 68), da Marx gegen Vogt auf dem gerichtlichen Weg aus Angst vor einer Niederlage nicht vorgehen wollte, veröffentlichte er 1860 seine Streitschrift *Herr Vogt*, wo er zwar im Rahmen seiner Schrift auf die Techow'schen Ausführungen einging (MEW 14, S. 435 ff.), ohne sie jedoch zu widerlegen.

Marx kam Anfang August 1850 bei dem Gespräch mit Techow zur Hauptfrage, was dieser von Marx/Engels' Programm halte, ob er auf Grund desselben sich ihnen anschließen wolle, dann solle er sogleich in das Zentralkomitee eintreten (Vogt 1859, S. 149). Marx/Engels versuchten Techow, den und dessen Kampfgefährten sie vor kurzem in ihrer „Juniansprache“ verleumdeten, in die Zentralbehörde aufzunehmen. Wie schon erwähnt wurde, seien nach Marx/Engels diese „Männer“ „entschieden schädliche Sonderbündeleien“. Sie seien der Arbeiterpartei „fremd oder direkt feindlich“ und müssten „unter allen Umständen ferngehalten werden“ (Wermuth/Stieber 1853, S. 262). Um „eine militärische Größe“ gegen Willich in der Hand zu haben, wollten Marx/Engels nun Techow in die Zentralbehörde aufnehmen, obwohl dieser in der Revolution ein Waffenfreund Willichs in Baden war.

Auf Äußerungen von Marx/Engels bezugnehmend bezeichnete Techow in seinem Brief vom 26. August 1850 an Schimmelpfennig Folgendes als Grund des Gesprächs:

Sie wollen mich mit aller Gewalt haben [...]. M[arx] sagte mir, sie brauchten nothwendig noch eine militärische Größe neben Willich, um vor Einseitigkeiten geschützt zu sein, und bot mir daher ohne Weiteres an, in das Central-Comite einzutreten (Vogt 1859, S. 142f.).

Techow war im Gegensatz zu den anderen, die bisher von Marx/Engels in den *Bund* aufgenommen worden waren, ein aufrichtiger Revolutionär. Er lehnte den Eintrittsvorschlag in den *Bund* definitiv ab, obwohl er vor dem Gespräch mit Marx dazu geschlossen war, in den *Bund der Kommunisten* einzutreten, denn er hatte den „Grund von Marx/Engels Bemühungen“ und ihre „Absicht“, ihn „Willich als Rivalen gegenüber zu stellen“, durchschaut. Sie wollten ja Techow nur deswegen in den *Bund* aufnehmen, „um dadurch ihre Position gegen ihn [Willich] zu verstärken“ (ebd., S. 158f.).

Marx ließ im Sommer 1850 dann die Gerüchte verbreiten, um Kommunisten und demokratische Republikaner, wie Bruhn und Techow gegen Willich, gegeneinander auszuspielen. So habe Bruhn Marx Briefe geschrieben, die jedoch bisher nicht aufgetaucht sind, in denen er sich über „Willichs militärisches Talent erlustigte“ (MEW 9, S. 496). Marx ließ auch von Dronke schreiben, Techow habe über Willich „die wegwerfendsten Äußerungen“ gemacht. Willich

schrieb 1853 in seinem Artikel *Doctor Carl Marx und seine Enthüllungen* in der *New-Yorker Criminal-Zeitung* darüber Folgendes:

Als Techow im Herbst 1850 nach London kam, – *ließ* Marx sich von Dronke schreiben, Techow habe über mich die *wegwerfendsten Äußerungen* gemacht; der Brief wurde verlesen. Techow kam an, wir sprachen uns als Männer gegeneinander aus, die im Briefe gemachten Mitteilungen waren erfunden!! (ebd., S. 495).

Marx/Engels verspotteten Willichs kommunistische „Träumereien“, sagten Techow gegenüber, dass Willichs kommunistische „Träumereien“ und „seine Fantasien“ ihnen „so lächerlich“ seien, wie irgendein anderer. „In Alles“, merkte Techow, „was sie über ihn sprachen, mischte sich eine unverkennbare Schärfe“ (Vogt 1859, S. 146).

In der Realität fanden Marx/Engels Willichs Revolutionspläne doch nicht „lächerlich“, sondern ganz und gar gefährlich für ihre Verbündeten, nämlich für die Bourgeoisie, denn wenn Willichs Revolutionspläne „lächerlich“ gewesen wären, hätten sie dagegen nicht alle ihre Intrigen in die Tat umgesetzt.<sup>410</sup>

Die späteren intriganten Aktionen, die Marx durch seine Spione sowohl im Arbeiterverein als auch im *Bund* gegen Willich in die Tat umsetzte, erreichten ein immer unerfreulicherer Stadium. Marx suchte hier „natürlich die Schuld auf Willich zu schieben“, wie in der Oktoberansprache des *Bundes* von 1850 festgestellt wurde (Wermuth/Stieber 1853, S. 267). Nach Marx verwickelte Willich „den Bund in die Revolutionsspielereien“ (MEW 14, S. 440). So setzten sich Marx/Engels gegen die „Revolutionsmacherei“ von Willich „aufs entschiedenste“ ein (MEW 21, S. 222).

Die Intrigen von Marx/Engels gegen Willich vermehrten sich mit der Zeit so sehr, dass im Arbeiterverein, im *Bund* und im Flüchtlingskomitee „die heftigsten Szenen“ vorfielen, die mehrmals fast in „allgemeine Prügeleien“ ausgeartet waren. Unter diesen Umständen bekamen „eine Menge alter tüchtiger Mitglieder [...] einen Ekel an diesem Zustand und zogen sich zurück“. Schapper fand, wie es in der Oktoberansprache stand, am 1. Juli 1850, „schon am ersten Abend“ seiner Ankunft, in London „Gelegenheit“, zu bemerken, „mit welchem Hass“

---

<sup>410</sup> Engels charakterisierte Willich in einem Brief vom 25. Juli 1849 an Jenny Marx, dass Willich neben Techow „der einzige Offizier“ war, „der etwas taugte“. Er fand ihn „im Gefecht brav, kaltblütig, geschickt und von raschem, richtigem Überblick“, außer dem Gefecht aber sei er ein „langweiliger Ideologe und wahrer Sozialist“ gewesen (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 30f.). 1885 nannte er Willich nun nur noch einen „Gemütskommunisten“, der sich im Londoner Exil 1849–50 „in instinktivem, geheimem Gegensatz“ gegen die „kritische Richtung“ von Marx gestellt habe: „[E]r war vollständiger Prophet, von seiner persönlichen Mission als prädestinierter Befreier des deutschen Proletariats überzeugt und als solcher direkte Prätendent auf die politische nicht minder als auf die militärische Diktatur. Dem früher von Weitling gepredigten urchristlichen Kommunismus trat somit eine Art von kommunistischem Islam zur Seite“ (MEW 21, S. 220).



Willich angegriffen wurde. Als er dagegen protestierte, wurde er „augenblicklich von der Clique mit eben derselben Gehässigkeit“ verfolgt (Wermuth/Stieber 1853, S. 267).

In der Oktoberansprache des *Bundes* wurde berichtet, dass im August 1850 bei einem Vorfall in einer Sitzung des Flüchtlingskomitees „ein vollständiger Bruch“ eintrat, indem die hiesigen Arbeiter und Flüchtlinge „mit einer fast an Einstimmigkeit grenzenden Majorität“ erklärten, „nicht länger mehr“ mit Marx/Engels und ihre kleine Gruppe zusammenbleiben zu können. Nach dieser Erklärung wurde Willich in einer Sitzung des Flüchtlingskomitees von Marx und seinen speziellen Freunden so heftig angegriffen, dass er aus dem Flüchtlingskomitee, das in den Händen von Marx/Engels und ihren speziellen Freunden lag, austreten musste. Als Willich dann seinen Austritt im Arbeiterverein anzeigte, „fiel man mit unbeschreiblicher Wut über ihn her, verdrehte seine Worte, schimpfte über jeden, der nicht unmittelbar zu Gunsten Marx' und Engels' sprach“, sodass es ganz nahe daran war, dass diese Leute sich „eine körperliche Züchtigung von Seiten der Arbeiter“ zugezogen hätten, und die „Gesellschaft trennte sich in der größten Aufregung“ (ebd., S. 267f.):

Indem Marx und Engels fortliefen, hielten sie noch Schapper die Fäuste vor das Gesicht und riefen außer sich: ‚Dir werden wir dies gedenken!‘ Diese Drohung wurde von den Arbeitern mit allgemeinem Gelächter beantwortet (ebd., S. 268).

Dass auch Techow gleich am Anfang seines Gesprächs mit Marx „eine Missstimmung zwischen Willich einerseits und Marx und seinem Anhang andererseits“ bemerkte, berichtete er in einem Brief vom 3. September 1850 an Schimmelpfennig. Gegen Ende August 1850 sei die „Sache“ zum „Klappen“ gekommen. Irgendeine „gleichgültige Veranlassung“ in einer Sitzung der Zentralbehörde habe „das Signal“ gegeben, sodass Marx und sein Anhang „ihren Champion Schramm gegen Willich losgelassen“ hatten (Vogt 1859, S. 156).

Schramm sprang nämlich in der Sitzung sofort gegen Willich auf, „schimpfte ihn Canaille und drohte ihm ins Gesicht zu speien, wenn er sich nicht mit ihm auf Pistolen schlage“. Die „Provokationen“ seien derart gewesen, dass die „unzweideutige Absicht“ daraus hervorging, Willich zu einem Duell zu nötigen. Marx beschloss, Willich „um jeden Preis und durch jede Mittel zu beseitigen“ (Wermuth/Stieber 1853, S. 267f.). Nach Techows Beschreibung des Vorgangs habe Schramm Willich „mit den pöbelhaftesten Invektiven angegriffen, schließlich zum Duell gefordert“ (Vogt 1859, S. 156).<sup>411</sup> Willich habe die Forderung angenommen,

---

<sup>411</sup> Nach Marx' Forderung schrieb auch Engels erst am 23. November 1853 seine Version des Vorganges. Demnach sei Schramm „einfach wütend“ über „schamloses Auftreten“ von Willich gewesen und „zur größten Überraschung“ von Marx zwingen Willich „zum Duell“. Seine Haltung sei „spontaner“ als sonst gewesen. Er habe sich nur „auf persönliches Zureden von Marx, der weitem Skandal vermeiden wollte“, entfernt (MEW 14, S. 444).

namentlich „aus Rücksicht auf die Franzosen“;<sup>412</sup> mit denen die deutsche Arbeiterpartei „in Verbindung stehen, sonst hätte S[chramm] wohl kaum diese Ehre verdient“, bemerkte Techow. „Um nicht gehängt oder deportiert zu werden“, wollten sie die Sache in Ostende abmachen (ebd., S. 156f.). Techow und Barthélemy setzten sich als Sekundanten für Willich ein (MEW 14, S. 443).

Marx musste für Schramm einen Begleiter suchen und stellte ihm Heinrich Ludwig Miskowsky, mit dem er während dieser Ereignisse schriftlich in Verbindung stand, Schramm zur Verfügung. Willich schrieb in seinem Entgegnungsschreiben vom 28. Oktober 1853 auf Marx' Behauptungen in der *Criminal Zeitung*, dass Schramm in Ostende „in Begleitung eines ehemaligen russischen Offiziers“ angekommen sei, „der in der ungarischen Revolution nach seiner Aussage zu den Ungarn“ übergegangen sei (MEW 9, S. 503).

Das Duell wurde ursprünglich in Ostende geplant. Vor dem Duell schrieb Schramm am 9. September aus Ostende an Marx in London. Aus seinem Brief ist herauszulesen, dass die Blanquisten „es zu gefährlich“ fänden, „die Angelegenheit in Ostende zu regeln“. Denn es gebe „ein paar deutsche Fürsten an diesem Ort und alle Polizisten von Ostende und Umgebung sind auf den Beinen“ (MEGA<sup>2</sup> III/3, S.632f). In der Oktoberansprache des *Bundes* wurde auch berichtet, dass die Behörden und die Polizei „durch eine Privatkorrespondenz aus London“ im „Precurseur“ benachrichtigt worden seien. So waren „ein preußischer Prinz“ und eine „Anzahl preußischer Offiziere“ in Ostende gegenwärtig. Doch Willichs Begleiter Barthélemy vereinbarte blitzschnell, mit Schramms Begleiter Miskowsky nach Antwerpen zu fahren und die „Angelegenheit“ am Mittwoch, dem 11. September, dort zu beenden. Schramms Begleiter „stimmte dem zu“, beschwerte sich Schramm bei Marx über ihn, „ohne mich vorher zu fragen“. Schramm war gezwungen, nach Antwerpen zu kommen (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 632f.).<sup>413</sup> So konnte Willich „der Verhaftung nur durch schnelle Abreise“ nach Antwerpen entgehen (Wermuth/Stieber 1853, S. 267f.).

Das Duell fand im belgischen Antwerpen mit Pistolen statt. Schramm wurde beim Duell leicht am Kopf verwundet, während Willich unverletzt blieb. Als Techow die Pistole zum zweiten

---

<sup>412</sup> Bevor Schramm Willich zum Duell provoziert hatte, hatte Barthélemy ein Duell mit dem Franzosen Songeon verabredet, das in Belgien stattfinden sollte. Beide Duelle sollten nun an einem Tage stattfinden (MEW 9, S. 505).

<sup>413</sup> Schramm schrieb seinen Brief vom 9. September 1850 an Marx auf Englisch. Er schien, mit seinem von Marx ihm zur Verfügung gestellten Begleiter Miskowsky gar nicht zufrieden zu sein und beschwerte sich bei Marx über ihn: „You can not imagine how disagreeable a travelling companion our hero is, he speaks to everybody, takes everybody by his collar (the ladies by their mantilla or shawl) speaks about politics, having allways the expressions in his mouth he learned in London twenty four hours ago. Moreover, he is allways hungry and thirsty and allways at an irregular time. Yesterday he did not want to go to the table d'hôte costing fs 2 but afterwards I had to pay for ham and wine he took no less than fs 5“ (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 632).

Mal laden wollte, habe Schramm Willich die Hand geboten und ihm versichert, dass er keinen „persönlichen Groll“ gehabt habe (Vogt 1859, S. 160f.).<sup>414</sup> Als Schramm ferner „die Stellung Willichs auf dessen Aufforderung in der Partei anerkannte“, schlug Willich in die dargereichte Hand ein und nahm die Versöhnung an. Dies verhinderte jedoch weder Schramm noch seine „Coterie“, später in London die „abscheulichsten Verleumdungen“ über den Hergang des Duells auszustreuen. „Aus dem Ganzen ging hervor“, so wurde in der Oktoberansprache des *Bundes* festgestellt, „daß Schramm daran gewagt wurde, um Willich durch das Duell der Verhaftung zu beseitigen“. Wie schon erwähnt wurde, waren vor dem Duell „ein preußischer Prinz“ und eine „Anzahl preußischer Offiziere“ im ursprünglich geplanten Ostende gegenwärtig, da sie schon „durch eine Privatkorrespondenz aus London“ benachrichtigt worden waren. Aber Willich entging dank der Wachsamkeit von Barthélemy „der Verhaftung nur durch schnelle Abreise“ nach Antwerpen (Wermuth/Stieber 1853, S. 268f.). Techow wünschte sich deswegen, das Ding wäre ernsthafter geworden, denn „der Denkwort ist zu leicht“ für Schramm und diejenigen, „die hinter ihm stehen“ (Vogt 1859, S. 160f.).

Schramms Begleiter Miskowsky blieb in dieser Zeit mit Marx schriftlich in Verbindung. Sein erster Brief, den er wohl gleich nach dem Duell schrieb, ist jedoch nicht überliefert. Er bat in seinem zweiten Brief vom 15. September 1850 Marx dringend darum, dass dieser seinen „Namen von jeder Öffentlichkeit in dieser Beziehung entfernt“ halte. Er habe „aus dem Antwerper Flämischen Handelsblatte“ gelesen, dass man Schramm „nach dem civil Spital in Anvers gebracht“ habe. (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 641). Drei Jahre später behauptete derselbe Miskowsky wohl auf Marx' Forderung in seiner öffentlichen Erklärung vom 24. November 1853, er sei „bei Schramm“ zurückgeblieben, habe „ihm seine Wunde“ gewaschen und verbunden „ohne Rücksicht auf sieben Menschen“, die das Duell mit ansahen und für ihn „gefährlich werden“ könnten (MEW 9, S. 504).

Die widersprüchlichen Aussagen von Miskowsky in seinem privaten Brief an Marx und in seiner öffentlichen Erklärung springen ins Auge. Er schrieb gleich nach dem Duell in seinem Brief vom 15. September 1850 an Marx, er habe aus dem „Antwerper Flämischen Handelsblatte“ gelesen, dass man Schramm „nach dem civil Spital in Anvers gebracht“ habe. Aus seinen Aussagen ist es herauszulesen, wie auch Willich am 28. Oktober 1853 in seinem schon erwähnten Entgegnungsschreiben bemerkte, dass Miskowsky „nach dem Duell spurlos verschwand“ (ebd., S. 503), sodass er die weitere Entwicklung des Vorgangs von Zeitungen

---

<sup>414</sup> Schramms Begleiter Miskowsky behauptete dagegen erst am 24. November 1853, dass Schramm während des Duells „mutig, unerschrocken und ganz gleichgültig“ gewesen sei (MEW 9, S. 504).

„entnommen“ habe. Drei Jahre später, am 24. November 1853, behauptete er in seiner öffentlichen Erklärung jedoch das Gegenteil, dass er „bei Schramm“ zurückgeblieben sei, „ihm seine Wunde“ gewaschen und verbunden habe (ebd., S. 504).

Schon vor der erwähnten Sitzung der Zentralbehörde am 5. September 1850, auf der Schramm Willich zum Duell forderte, war in der Londoner Bundesgemeinde beschlossen worden, die grundsätzlichen Auseinandersetzungen vor die Generalversammlung des Kreises London zu bringen. Willich forderte deswegen auf der Sitzung der Zentralbehörde vom 5. September 1850 Marx auf, dass dieser mit dem Aufschub der Generalversammlung endlich aufhören solle. „Die Versammlung ist angesagt“, schrieb Willich und verlangte, dass sie nach dem Beschluss der Zentralbehörde stattfinde (BdK 2, S. 262f.).

Die Zentralbehörde des *Bundes*, in der Marx über die Mehrheit verfügte, traf dagegen keinerlei Anstalten, die von den Mitgliedern des *Bundes* gewünschte Versammlung einzuberufen. Marx hatte alle Vorschläge Willichs mit der spöttischen Bemerkung zurückgewiesen: „Ihr könnt machen, was ihr wollt, wir werden doch die Majorität haben.“ Die Sitzung der Generalversammlung wurde „unter alle[n] möglichen Ausflüchten“ verschoben, „wahrscheinlich in der Hoffnung, daß Willich nicht mehr aus Belgien zurückkommen werde“ (Wermuth/Stieber 1853, S. 269). Marx ließ die anberaumte Sitzung immer wieder verschieben, da er wusste, dass er mit seinen speziellen Freunden nur in der Zentralbehörde die Mehrheit hatte. Dagegen besaßen die revolutionären Kommunisten in der ganzen Organisation sowohl im Ausland als auch in Deutschland die Mehrheit. Eine Generalversammlung würde Marx’ „Majorität“ in der Zentralbehörde mit Sicherheit zunichte führen. Die Kommunisten besaßen auch in London gegenüber Marx/Engels den stärkeren Anhang im *Bund*, im deutschen Arbeiterbildungsverein und unter den deutschen Flüchtlingen.

Nach dem Duell mit Schramm kam Willich nach London und setzte am 14. September 1850 in der Londoner Behörde des *Bundes* einen entsprechenden Mehrheitsbeschluss durch, um Marx zum Handeln zu zwingen. Die „größte Majorität der Bundesmitglieder“ verlangte hier „energisch“, dass der Sitzungstag durch die Kreisbehörde bestimmt werden solle, um „endlich einmal“ aus dieser ganzen Organisation gefährdenden Stellung herauszukommen. Erst nachdem Willich am 14. September in der Londoner Behörde des *Bundes* einen entsprechenden Mehrheitsbeschluss durchgesetzt hatte, sah sich Marx zum Handeln gezwungen (BdK 2, S. 265f.). Um die Umfunktionierung der Sitzung der Zentralbehörde zu einer Generalversammlung, die er bisher mit allen Intrigen verhinderte, zu Fall zu bringen, setzte er

an, dass die Sitzung der Zentralbehörde doch nicht an dem gewohnten Versammlungsort, sondern in einem anderen Lokal stattfand (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 636).

Diese Falle gegen Willich hatte Marx Carl Pfänder zu verdanken. Dieser schrieb Marx am 14. September in „großer Eile“, dass sie nicht „im gewöhnlichen Lokal“, also im Saal des Arbeitervereins, zusammenkommen sollen. Denn dort „könnte es leicht der Fall sein“, dass die „Reaktion“, sprich die Führung der Arbeiterbewegung, Marx und seine „Majorität“ im Zentralkomitee zu fangen versuche und gegen sie „leicht die Generalversammlung berufen“ könne. Sie „würden dann in der Brühe sitzen, oder hätten den günstigen Augenblick zum Handeln verloren“. Um dem zuvorzukommen, solle Marx den Ort des Treffens ändern. So beschloss Marx durch eine „diplomatische Wendung“ die ganze Sache auf ein für ihn „günstigeres Feld“ zu bringen und die Aufgabe in seinem Sinne zu erledigen (ebd., S. 636f.).

## **2. „Staatsstreich im Kleinen“ von Marx/Engels am 15. September 1850**

Am 15. September 1850 berief die von Marx geleitete „Majorität“ der Zentralbehörde eine außerordentliche Sitzung der Zentralbehörde ein (BdK 2, S. 266f.), um einer Generalversammlung, die Willich für den 16. September angeregt hatte, zuvorzukommen. Mit diesen bemerkenswerten Intrigen ist es Marx/Engels gelungen, bei der Sitzung vom 15. September 1850 „die Majorität“ der Zentralbehörde weiter in der Hand zu halten. An der Sitzung nahmen anfangs Marx, Engels, Schramm, Pfänder, Bauer, Eccarius, Schapper, Willich, Lehmann teil. Fränkel war entschuldigt. Doch Willich und Lehmann protestierten gegen Marx' „Gesetzwidrigkeit“ und verließen die Sitzung, da Marx die Zentralbehörde am 15. September 1850 „in pleno“ versammelte und „das Machwerk“ vorlegte (RdA 1851, S. 155). Nur Schapper nahm an der Sitzung der Zentralbehörde bis zum Ende teil und meldete sich zu Wort. Das Sitzungsprotokoll wurde von Engels geschrieben.<sup>415</sup>

Marx stellte in der Sitzung sein folgendes in drei Artikel zerfallendes „Machwerk“, nämlich die Verlegung der Zentralbehörde von London nach Köln, die Neuauffassung der Statuten und die Bildung zweier Londoner Kreise, „die in absolut keiner Beziehung zueinander stehen und nur das Band haben, daß sie im Bund sind und mit derselben Zentralbehörde korrespondieren“ (BdK 2, S. 267). Er schrieb erst 1860 in seiner Rechtfertigungsschrift *Herr Vogt über den Bruch*

---

<sup>415</sup> Erst Boris Nicolaevsky brachte 1956 das ganze Original-Protokoll der Sitzung der Zentralbehörde am 15. September 1850 ans Licht. Marx hatte 1852 in seiner Schrift *Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß* nur einen Auszug aus diesem Protokoll veröffentlicht (MEW 8, S. 412). Nicolaevsky veröffentlichte 1956 den vollständigen Text des Protokolls unter Zugrundelegung zweier Handschriften in der Zeitschrift *International Review of Social History* (Nicolaevsky 1956, S. 234ff.). Erst dann wurde 1982 der Text auch im zweiten Band der BdK vollständig veröffentlicht (BdK 2, S. 266ff.).

mit der Führung der deutschen Arbeiterbewegung in der Sitzung der Zentralbehörde des *Bundes* vom 15. September 1850 Folgendes:

Am 15. September 1850 fand eine Spaltung im Schoße der Zentralbehörde statt. Ihre Majorität, mit Engels und mir, verlegte den Sitz der Zentralbehörde nach Köln, wo seit lange der ‚leitende Kreis‘ für Mittel- und Süddeutschland bestand und sich außer London das bedeutendste Zentrum intellektueller Kräfte vorfand. Wir traten gleichzeitig aus dem Londoner Arbeiterbildungsverein aus. Die Minorität der Zentralbehörde, mit Willich und Schapper, stiftete dagegen einen Sonderbund, der sowohl die Verbindung mit dem Arbeiterbildungsverein unterhielt als auch die seit 1848 gebrochenen Verbindungen mit der Schweiz und Frankreich wieder aufnahm (MEW 14, S. 440).

Dagegen schrieb Edgar Bauer in den 1850er Jahren in London, als er ein enger Freund von Marx war und als Polizeiagent der dänischen Polizei ausführliche Berichte über die politische Emigration in England lieferte (Gamby 1985, S. 27ff.), dass Marx an „eine Organisation der communistischen Partei“ in Köln nicht dachte. Diese Tatsache „wussten mittlerweile alle“. Denn seitens Marx wurde „kein Wort von Versuchen“ unternommen, „ein Netz communistischer Associationen“ in Deutschland auszubereiten (Bauer 1989, S. 28).

In der Oktoberansprache des *Bundes* von 1850 wurde auch berichtet, dass Schapper nach seiner Ankunft in London Anfang Juli 1850 schnell einsah, wie die Organisation des *Bundes* „durch die beständigen persönlichen Intrigen“ von Marx/Engels in „Gefahr stand“, gänzlich zu verfallen. Bekanntlich stellte Schapper schon im Juli 1850 auf der Sitzung der Zentralbehörde den Antrag, dem Kreis Köln die oberste Leitung des *Bundes* zu übergeben und „in kürzester Zeit“ einen Bundeskongress zusammenberufen zu lassen. Schapper forderte in seinen Anträgen, die er unmittelbar nach seiner Ankunft Anfang Juli 1850 in London gestellt hatte, die oberste Leitung des *Bundes* vorübergehend dem Kreis Köln zu übergeben und durch denselben „in kürzester Zeit“ einen Bundeskongress zusammenberufen zu lassen (Bittel 1955, S. 57).

Schappers Anträge auf die Berufung eines sofortigen Bundeskongresses und die vorübergehende Übergabe der obersten Leitung des *Bundes* dem Kreis Köln wurden im Sommer 1850 von Marx „mit dem Bemerkten beseitigt“, dass in Köln „keine Kräfte zur Leitung des Bundes“ seien (Wermuth/Stieber 1853, S. 269). Im Jahr 1860 sprach er dagegen, dass Köln im Jahr 1850 „das bedeutendste Zentrum intellektueller Kräfte“ gewesen sei (MEW 14, S. 440). Auch der Antrag, „so viele Kräfte als möglich aus Deutschland“ zur Zentralbehörde hinzuziehen, wurde von Marx im Sommer 1850 ebenfalls abgewiesen (Wermuth/Stieber 1853, S. 269).

Marx stellte also den im Juli 1850 gestellten Antrag von Schapper erst am 15. September 1850 nun selbst, nachdem er sich vorher noch heftig gegen eine Neuwahl der Zentralbehörde durch eine einzuberufende Generalversammlung der Mitglieder gewehrt hatte. Es sei daher „klar“ gewesen, so die Oktoberansprache des *Bundes* von 1850, dass der Beschluss der „Majorität“ der Zentralbehörde vom 15. September, die oberste Leitung des *Bundes* dem Kreis Köln zu übertagen, „ganz eigene Motive“ haben müsste:

Die Motive sind, die Londoner Arbeiter durch die Zentralbehörde in Köln aus dem Bund entfernen zu lassen, da sie dort Einfluss genug zu besitzen glauben, um ihre Persönlichkeiten allein geltend zu machen (Wermuth/Stieber 1853, S. 269).

Die Führung des *Bundes* weist in der Maiansprache von 1851 auch darauf hin, dass Marx, Engels, Eccarius, Pfänder, Schramm und Bauer schon vor der Sitzung der Zentralbehörde vom 15. September 1850 eine „geheime Sitzung“ hielten, auf der beschlossen wurde, die Zentralbehörde nach Köln zu verlegen und den *Bund* in London in zwei voneinander unabhängige Kreise zu zerteilen. Der listige Versuch von Marx, die Zentralbehörde von London nach Köln zu verlegen, wurde von Willich und Schapper sofort durchschaut. Daher ist es vollkommen angemessen, dass die Arbeiterführung das Vorgehen von Marx/Engels auf der Sitzung der Zentralbehörde vom 15. September als den „Staatsstreich im Kleinen“ bezeichnete, „der den Einfluß von Marx sichern sollte“ (RdA 1851, S. 155).

Für Marx' Anhänger Weydemeyer in Frankfurt war die Verlegung der Zentralbehörde nach Köln der „beste“ Beschluss, den Marx/Engels fassen konnten, wie er in einem Brief vom 13. Oktober 1850 an Marx schrieb. Als er von Willichs Eintritt in die Zentralbehörde erfahren habe, habe er zwar gehofft, dass dieser durch den „Umgang“ von Marx/Engels „von seinen Privatphantastereien kuriert“ worden wäre. Willich sei jedoch „über den Kasernen-Kommunismus“, der Weitlings Ansichten näherstehe, nicht hinausgekommen. „[T]rotz aller Verschiedenheit“ zwischen Weitling und Willich falle Weydemeyer doch eine „frappante Ähnlichkeit zwischen ihnen in so vielen Punkten“ immer mehr auf (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 655f.).

Obwohl es sich bei diesem Vorgehen von Marx offensichtlich um „ein satzungswidriges Verfahren handelte“ (Schieder 2018, S. 69), behaupteten „Marx und Konsorten“, die „Sache statutengemäß“ abgemacht zu haben (BdK 2, S. 271). Doch Marx erklärte in demselben

Protokoll die im Oktober 1848 von Moll neu verfassten Statuten, nämlich die „bisherigen Statuten des Bundes“, für „aufgehoben“ (ebd., S. 267).<sup>416</sup>

Die Verlegung der Zentralbehörde nach Köln halte Marx „wegen der Einheit des Bundes“ für „nötig“, denn „außer den persönlichen Gegensätzen“ seien „auch prinzipielle Gegensätze“ im *Bund* hervorgetreten. In der letzten Debatte über die Frage nach der „Stellung des deutschen Proletariats in der nächsten Revolution“ seien von „Mitgliedern der Minorität“ Ansichten ausgesprochen, die „sogar dem *Manifest*“ (ebd., S. 268) zu widersprechen wagten, in dem Marx mit Engels an die Kommunisten dringend appellierte, die Bourgeoisie zu unterstützen (MEW 4, S. 470). An die Stelle der universellen Anschauung des *Manifestes* sei nach Marx die deutsche nationale getreten und dem „Nationalgefühl der deutschen Handwerker“ geschmeichelt. Statt der „materialistischen Anschauung des Manifestes“ sei die „idealistische“ hervorgehoben worden. Statt der „wirklichen Verhältnisse [sei] der Wille als Hauptsache in der Revolution“ hervorgehoben worden (BdK 2, S. 268).

Nach dem von Engels geschriebenen Protokoll soll Schapper von der „Minorität“ in der Zentralbehörde gesagt haben: „Wir müssen gleich zur Herrschaft kommen, oder wir können uns schlafen legen.“ Nach Engels' Protokoll brauche die „Minorität“ das Wort „Proletariat“<sup>417</sup> nur „als bloße Phrase“ und erkläre „alle Kleinbürger als Proletarier“. Die „Minorität“ in der Zentralbehörde vertrete nach Marx „de facto die Kleinbürger und nicht die Proletarier“. Nach seiner Meinung setze die „Minorität“ der Zentralbehörde an die Stelle der „wirklichen revolutionären Entwicklung [...] die Phrase der Revolution“ (ebd., S. 268f.).

Sogar die Verteidiger des *Manifestes* seien von verschiedenen Bundesmitgliedern „als Reaktionäre“ bezeichnet worden. Die „Majorität“ der Zentralbehörde habe daher „das Recht, den Kreis London aufzulösen und die Mitglieder der Minorität als mit den Prinzipien des Bundes im Widerspruch auszustoßen“ (BdK 2, S. 268f.). Marx machte auch später der Führung der deutschen Arbeiterbewegung Vorwürfe (MEW 8, S. 412). Die Ursache des Bruches sei, dass die „Minorität“ statt der „materialistischen Anschauung“ seines *Manifestes* „die

---

<sup>416</sup> Aus Marx' Aussagen in der Sitzung geht hervor, dass beide Satzungen von 1847 und 1848 während des gesamten Zeitraums von Herbst 1849 bis Herbst 1850 im *Bund* in London als wirksam angesehen worden waren. Marx musste, gewiss vorübergehend, die von Moll im Oktober 1848 zu Stande gebrachten Statuten anerkennen, die er im Herbst 1848 in Köln gegenüber Moll und Schapper für „putschistisch“ hielt (Nicolaevsky 1956, S. 244) und sich davon distanzierte, da das Statut zur „Konspiration hinneige“ (BdK 1, S. 970f.).

<sup>417</sup> Marx/Engels brauchen den Begriff „Proletarier“ nur für solche öffentlichen Erklärungen. In ihrem Briefwechsel, wo sie ihre wahren Ansichten über Kommunisten und arbeitende Klassen zum Ausdruck bringen, benutzen sie kaum den Begriff „Proletarier“. Stattdessen verwenden sie dafür u.a. „Schafköpfe“, „Hundebande“, „Dummköpfe“, „Knoten“, „Esel“ und „Straubinger“, die nach Marx „zu allem fähig“ seien (MEW 27, S. 351). So empfiehlt er Engels, „traue keinem Straubinger“ (ebd., S. 357). Nach dem Bruch mit Marx/Engels schrieb die Führung des *Bundes*, dass die Proletarier in Marx/Engels' Augen nur „Kerls, Esel, Schwamm, Pack“ seien (Wermuth/Stieber 1853, S. 267).



idealistische“, statt der wirklichen Verhältnisse, den Willen „als Hauptsache in der Revolution“ hervorgehoben habe (ebd., S. 598). Die „Minorität“ habe nämlich die „Notwendigkeit der Bourgeoisieherrschaft“ nicht akzeptiert (BdK 2, S. 268).

Schapper blieb weiter in der Sitzung und erklärte seinen Protest gegen Marx und seine speziellen Freunde in der Zentralbehörde. Nach dem Protokoll, das von Engels geschrieben wurde, habe Schapper gesagt, dass das Proletariat in Deutschland sich wie in Frankreich von der konstituierenden und der gesetzgebenden Nationalversammlung „Montagne“ und der Presse trennen müsse. Auch die Kommunisten, „die im Proletariat organisieren“ und „die Partei prinzipiell vertreten“, müssten sich wie in Frankreich von der Bourgeoisie trennen. Es handle sich in den Revolutionen darum, „ob wir im Anfang selbst köpfen oder geköpft werden“. Schapper soll nach dem von Engels geschriebenen Protokoll u.a. Folgendes gesagt haben (BdK 2, S. 269):

In Frankreich werden die Arbeiter drankommen und damit wir in Deutschland. Wäre das nicht der Fall, so würde ich mich allerdings schlafen legen [...]. Kommen wir dran, so können wir solche Maßregeln ergreifen, welche dem Proletariat die Herrschaft sichern (ebd.).

Dagegen forderte Marx weiter die Unterstützung der Bourgeoisie durch Kommunisten und Arbeiter und betonte die „Notwendigkeit der Bourgeoisieherrschaft in Deutschland“. Bei der Abstimmung des Protokolls lehnte Schapper ab, die Beschlüsse von Marx/Engels anzuerkennen und verweigerte seine Unterschrift zu Engels' Protokoll (ebd., S. 269f.).

Die „Majorität“ der Zentralbehörde, zu der Marx, Engels, Schramm und die drei in London „ansässigen verheirateten“ Arbeiter, nämlich der Schuhmacher Bauer, der Schneider Eccarius und der Maler Pfänder, gehörten, unterzeichnete das Protokoll. „Auf welche Weise diese drei Leute bewogen wurden, mit Marx, Engels und Schramm zu stimmen“ wollte die Führung des *Bundes*, so im Rundschreiben vom Oktober 1850, den Bundesmitgliedern „mündlich“ mitteilen, da sie sonst hierüber „allein einige Bogen vollschreiben“ müsste. Es wurde nur mitgeteilt, dass Bauer „noch vor kurzer Zeit bei mehreren Gelegenheiten Marx und Engels öffentlich als Lumpen“ erklärt habe (Wermuth/Stieber 1853, S. 269). Pfänder, Bauer und Eccarius, die zuvor eher auf der Seite von Willich und Schapper gestanden hatten, wurden laut Maiansprache des *Bundes* von 1851 von Marx/Engels „insgeheim umgestimmt“. Eccarius sei beispielsweise dadurch an die Seite gezogen worden, „indem man ihn als den einzigen wirklich intelligenten Proletarier erklärte“ (ebd., S. 276). Tatsächlich attestierte Marx später Eccarius, dass dieser „einer der größten Denker des deutschen Proletariats“ sei (MEW 9, S. 510).

Obwohl der Londoner Arbeiterverein „fast schon geschlossen“ hinter Willich und seinen Genossen stand, betitelte Marx sich selbst und seine speziellen Freunde als „Majorität“ (MEW 14, S. 440). Doch die Führung der Arbeiterbewegung besaß zwar in der Zentralbehörde die „Minorität“, aber in den Londoner Bundesgemeinden, im Arbeiterbildungsverein und unter den Emigranten besaß sie im Gegensatz zu Marx/Engels die absolute Majorität. So sollten Marx und seine speziellen Freunde bald ihren Austritt aus dem Arbeiterverein erklären, um einen Ausstoß durch die Führung der „Proletarierpartei zuvorzukommen“. Solange der *Bund* und der Arbeiterverein in London das „diktatorische und insolente Auftreten“ von Marx/Engels, so bewertete die Führung des *Bundes* in der Maiansprache von 1851 den Austritt von Marx und seine „Clique“, geduldet hätten, erhielten dieselben „Lob“. Als Marx/Engels es aber „doch endlich zu buntrieben und ihnen deswegen eine kräftige Opposition entgegentrat“, wurden sie „gemein und flegelhaft“. Sie mussten dann „einen eiligen Rückzug“ antreten, um „einer förmlichen Ausstoßung zu entgehen“ (Wermuth/Stieber 1853, S. 276).

Willich und Schapper beriefen gleich am 16. September eine Generalversammlung der Londoner Bundesgemeinde ein, auf der Marx/Engels und ihre „Konsorten“ mit einem einstimmigen Beschluss aus dem *Bund* ausgeschlossen wurden. Zu der Versammlung waren Marx und seine „Konsorten“ zwar eingeladen, aber sie erschienen nicht. Die Ausgeschlossenen waren insgesamt 10 Personen von 500 Mitglieder. Marx/Engels und ihre „speziellen Freunde“ mussten im September 1850 nach ihrer Ausstoßung aus dem *Bund* ihren Austritt auch aus dem Flüchtlingskomitee erklären (BdK 2, S. 271ff.).

Die Generalversammlung wählte auch vier alte Mitglieder, Willich, Schapper, Fränkel und Lehmann bis zum nächsten Bundeskongress wieder in die Zentralbehörde und ergänzte sie noch mit August Schärttner, Oswald Dietz und August Gebert (Wermuth/Stieber 1853, S. 270). So wurden „*das Bourgeoiselement* und die *proletarische Partei* [...] unter den *gleichen* Umständen voneinander geschieden“, wie der Blanquist Adam am 30. September 1850 auf der Sitzung der blanquistischen *Gesellschaft der geächteten Demokraten [und] Sozialisten* den Ausschluss von Marx/Engels aus dem *Bund der Kommunisten* bewertete (MEW 9, S. 517).

Nach dem Bruch mit Marx/ Engels klagte der Londoner Arbeiterverein Pfänder und Bauer, die wie auch Marx/Engels aus dem Arbeiterverein ausgeschlossen worden waren, wegen Beschlagnahme von £ 16 von der Londoner Arbeiterbildungsverein an. Im Mai-Rundschreiben des *Bundes* von 1851 wurde darauf hingewiesen, dass Pfänder und Bauer, die früher „bei allen Gelegenheiten ihren Hass öffentlich gegen Marx und Engels“ ausgesprochen hatten, „die aber

jetzt sich zu ihnen gesellten, um unter ihren Schutz den Arbeiter-Verein um 16 Pfd.Sterl. zu bestehlen“ (RdA 1851, S. 155).

Mit Vergnügen schrieb Marx am 23. November 1850 an Engels, dass Bauer und Pfänder „ihren Prozeß“ gewonnen hatten (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 92). Er berichtete am 2. Dezember 1850 Engels über den Prozessgewinn weiter, dass im Arbeiterverein über den Verlust der 16 £ durch gerichtlichen Spruch „großer Ärger“ herrsche:

Lehmann namentlich schäumt. Sein Zorn will sich nicht legen, bis Bauer und Pfänder in allen Zeitungen Europas öffentlich als Diebe und Missetäter gebrandmarkt. Der kleine Bauer behauptet jetzt natürlich mit verbissenem sittlichem Grimm, daß die Herauszahlung jeden Pfennigs, sei es an [den Londoner Arbeiterverein], sei es an eine öffentliche Armenbox, eine unverzeihliche Beleidigung gegen die englischen Gerichte [...] sein würde (MEW 27, S. 147).

Oswald Dietz aus dem Londoner Arbeiterverein habe, so berichtete Marx am 22. Januar 1851 Engels sorgfältig weiter, eine Erklärung „gegen Pfänder und Bauer“ gemacht (MEW 27, S. 165). Anschließend berichtete er Engels am 24. Februar 1851, dass die Arbeiter geschrien hätten: „Der hat unsrer Kasse 19 sh. gestohlen.“ Er fand es daher besser, dass ihre Verbündeten Bauer und Pfänder „natürlich nicht antworten“ sollten. Für sie fand Marx „in diesem Augenblick das Schweigen allerdings das ratsamste“ (ebd., S. 199).

## **2.1. „Oppositionspartei der Zukunft“ oder Revolutionspartei der Gegenwart**

Es ging beim Bruch der Führung der deutschen Arbeiterpartei mit Marx/Engels nicht um den sofortigen Sieg des Kommunismus oder um eine „rein proletarische Revolution“, wie im von Engels geschriebenen Protokoll vom 15. September 1850 behauptet wurde (BdK 2, S. 268), sondern es ging den führenden Köpfen der revolutionären Arbeiterbewegung allein und einzig um den Bruch der „Proletarierpartei“ mit der Bourgeoisie und um die politische und organisatorische Verselbstständigung der Arbeiter. Die „kommunistische Partei“ wollte, dass das deutsche Proletariat in der nächsten Revolution „möglichst organisiert, möglichst einstimmig und möglichst selbständig“ auftreten müsse, „wenn sie nicht wieder, wie 1848 von der Bourgeoisie exploitiert und ins Schlepptau genommen werden soll“, wie sie auch in der Märzansprache von 1850 zum Ausdruck brachte (Wermuth/Stieber 1853, S. 252).

Die Führung des *Bundes* sah sich nach dem vollständigen Bruch mit Marx/Engels im September 1850 genötigt, in einem Rundschreiben, in dessen Mittelpunkt die politisch/ideologischen Gründe des Bruchs mit Marx/Engels standen, Bericht zu erstatten. Das Rundschreiben vom Oktober 1850 zeigt erneut deutlich, dass die „kommunistische Partei“ sich nicht von der Marx'schen Auffassung vom Beiseitelegen der Revolution überzeugen ließ (ebd., S. 266). Die

Bundesführung fand die Geschehnisse in London zwar im Augenblick „höchst unangenehm“, diese würden jedoch „für die feste Organisation der Proletarierpartei in Zukunft von dem größten Vorteil sein“. Denn die kommunistische Partei könne sich nicht mehr unter die „Botmäßigkeit von Chefs“ stellen, wie dies einst geschehen war. Das Volk müsse „in jeder Beziehung selbstständig werden, um sich emanzipieren zu können“.

Die „Journalisten und Halbgelehrte“ Marx/Engels seien jedoch „schnurstracks entgegen“. Sie vertreten nicht die Interessen des arbeitenden Volkes, sondern die der Bourgeoisie. Ihre Absicht ginge dahin, „die Stelle der alten Mächte“, nämlich die Stelle der Aristokratie, einzunehmen und „das Volk nach wie vor am Gängelbande“ zu führen. Die sogenannte „Partei der Intelligenz“ wolle also herrschen. Diese Leute verhindern jede „Tätigkeit und Einigung“ der revolutionären Kräfte, sobald sie „an der Spitze eines organisierten Bundes stehen“. Diese „Journalisten und Halbgelehrte“ hätten sich „an die Spitze der Organisation“, an „der deutschen kommunistischen Partei“ gestellt, „noch mehr, sie haben behauptet, daß sie allein diese Organisation bildeten“. In ihren Augen seien doch „die Arbeiter Nullen“, die nur dadurch Wert erhalten hätten, dass erstere denselben als Einheit vorstanden. „Solange sich die Arbeiter diese Stellung gefallen ließen, erteilte man ihnen alles Lob, sobald sie jedoch anfangen, den blinden Gehorsam zu verweigern, waren sie Kerls, Esel, Schwamm, Pack“ (ebd., S. 266f.).

Die Bundesführung hielt ebenfalls im Rundschreiben vom Marx und seine speziellen Freunde für „unverschämt“, da sie „uns als abtrünnige als Überläufer in das Lager des Kleinbürgerthums“ verschreien. Marx wolle den Kommunistenbund nur „als Fußschemel“ gebrauchen, „um auf demselben zum Cheftum der kommunistischen Partei, zu einem neuen Dalai-Lama-Thron emporzusteigen“. Die „Partei der Intelligenz“ wolle „wenigstens noch 50 Jahre Opposition“ machen, das heißt „rein kritisierend auftreten, während wir der Ansicht waren und noch sind, daß bei gehöriger Organisation unserer Partei wir schon bei der nächsten Revolution solche Maßregeln durchsetzen können, die den Grundstein zu der Arbeitergesellschaft legen“ (RdA 1850, S. 155).

Eduard Wiss kritisierte 1854 in der *Republik der Arbeiter* ebenfalls „diese kleine charakterlose Fraktion“, die „fünfzig Jahre auf die Revolution mit der erhabenen Nichtswürdigkeit des Hegelschen Weltgeistes“ warten wolle, „statt an die tätige Menschenkraft zu appellieren und ihre bezwingende Gewalt wach zu rufen“ (RdA 1854, S. 107).

Aus den Aussagen von Peter Röser vom Jahr 1853 geht ebenfalls hervor, dass beide Parteien bei der Frage über die Einführung des Kommunismus „entschiedene Gegner ja Feinde“ geworden seien. Nach Röasers Aussagen bezwecke „Schapper-Willich“, den Kommunismus

„mit der Gewalt der Waffen“ einzuführen, während Marx ihn „nur auf dem Wege der Bildung und der allmächtigen Entwicklung für möglich“ halte. Nach Marx gebe es „vier Phasen“, die der Kommunismus bis zu seiner Einführung zu durchlaufen habe:

Er [Marx] sagt, gegenwärtig geht das Kleinbürgerthum und Proletariat zusammen gegen das Königthum bis zur nächsten Revolution. Diese Revolution wird nicht von ihnen gemacht, sie geht aus der Macht der Verhältnisse, dem allgemeinen Elende hervor. Die periodisch wiederkehrenden Handelskrisen befördern dieselbe. Nach der nächsten Revolution, wo die Kleinbürger am Ruder sind, fängt erst die eigentliche Thätigkeit und Opposition der Communisten an. Es folgt hiernach die Socialrepublik, alsdann die social-communistische, um endlich der rein communistischen Platz zu machen (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 740).

Während die „Partei der Intelligenz“ innerhalb der künftigen bürgerlichen Gesellschaft zur „Oppositionspartei der Zukunft“ zu werden plante (MEW 8, S. 461) und deswegen mit der Bourgeoisie Hand in Hand gehen wollte, bestrebte die „Proletarierpartei“ in der Gegenwart an dem Sturz der jetzigen politischen Gewalten zu arbeiten. Die Bundesführung hielt daher die Marx'sche langfristig angelegte „vier Phasen“-Revolutionstheorie (MEGA<sup>2</sup> III/ 3, S. 740) für eine „gelehrte Spekulation“. Es sei ein Irrtum in der Auffassung der historischen Entwicklung, die Klassen, auch den Sieg ihrer Interessen, aufeinander folgen zu lassen: „Kapitalisten, Mittelklasse, Proletariat“ (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, S. 218f.).

Engels plädierte im April 1850, also in seiner vermeintlich ‚radikalsten‘ Phase, für das Zusammengehen des Proletariats mit der Bourgeoisie. Obwohl er praktisch den Fabrikbesitzern angehörte, sprach er im Namen der Arbeiter, die erfahren hätten, dass „die industriellen Bourgeois [...] allein imstande“ seien, „im gegenwärtigen Augenblick an die Spitze der Bewegung“ zu treten, und dass es „vergeblich“ wäre, ihnen „in dieser progressiven Mission entgegenzuarbeiten“. Die Arbeiter „fühlen“, dass ihre Zeit erst kommen könne, wenn die Industriellen sich abgenutzt hätten. Die Arbeiter hätten deshalb den „richtigen Instinkt“, den Entwicklungsprozess, der der industriellen Bourgeoisie die Herrschaft geben und damit ihren Sturz vorbereiten müsse, zu beschleunigen. Engels plädierte im April 1850 in der *NRhZ-Revue* ebenfalls dafür, dass in England durch die Erringung des allgemeinen Stimmrechts die „politische Herrschaft der Arbeiterklasse“ durchgesetzt werden könne, was der Theorie des revolutionären Kommunismus von Grund auf widersprach: „[D]as allgemeine Stimmrecht in

dem zu zwei Dritteln von industriellen Proletariern bewohnten England ist die ausschließliche politische Herrschaft der Arbeiterklasse“ (MEW 7, S. 241).<sup>418</sup>

Die Bundesführung nahm im Rundschreiben vom Mai 1851 auch gegen diese bourgeoisiefreundlichen Ansichten von Engels Stellung. Es wurde darauf erneut aufmerksam gemacht, dass nur das Proletariat und die Besitzlosen im Stande seien, „mit den Waffen in der Hand gegenüber dem Königthum und der großen Bourgeoisie stehen können“. Alle Art der Bourgeoisie erkläre dagegen, dass sie sich „mit den Arbeitern gegen den gemeinschaftlichen Feind“, nämlich gegen die absolute Monarchie, verbinden wollen, um unter der konstitutionellen Monarchie zusammenzuleben. Ihre Führer, bestehend „aus Doktoren, sentimentalen Professoren, Zeitungsschreibern [...], Advokaten und Ex-Parlamentsmitgliedern“, würden bei solchen Anerbietungen gewöhnlich „mit den alten Phrasen“ kommen, dass man sie nicht überstürzen dürfe, dass die Menschheit in ihrer Entwicklung „keine Sprünge“ mache, dass die Arbeiter „erst“ Hand in Hand zusammen mit der Bourgeoisie „den gemeinschaftlichen Feind“, nämlich die absolute Monarchie, beseitigen müssten und dass die Arbeiter dann „durch das allgemeine Stimmrecht auf friedlichem Wege“ zu ihrem Recht gelangen könnten, da sie ja doch die „große Majorität“ bildeten (RdA 1851, S. 154).

Genauso Marx behauptete in seinem Artikel vom 25. August 1852 in der *New York Daily Tribune*, dass das „allgemeine Wahlrecht“ für die Arbeiterklasse Englands „gleichbedeutend mit politischer Macht“ sei, da „das Proletariat“ dort „die große Majorität“ bilde. „Das Durchsetzen des allgemeinen Wahlrechts wäre daher in England“, so verhiess Marx den Proletariern, „in weit höherem Maße eine Errungenschaft sozialistischen Inhalts als irgendeine Maßnahme, die auf dem Kontinent mit dieser Bezeichnung beehrt worden ist“. So sei die „politische Herrschaft der Arbeiterklasse“ ein „unvermeidliches Ergebnis“ des Wahlrechts der Arbeiterklasse (MEW 8, S. 342ff.).

Die Bundesführung merkte in ihrem Rundschreiben vom Mai 1851 an, dass Marx/Engels für das allgemeine Wahlrecht „besonders breit“ eintreten. Bekanntlich gaben Marx/Engels in ihren Artikeln vor, dass das „allgemeine Wahlrecht“ für die Arbeiterklasse „gleichbedeutend mit politischer Macht“ sei, da sie ja die „große Majorität“ bildeten. Doch Marx/Engels

---

<sup>418</sup> Engels erklärt in seinem Artikel *Die englische Zehnstundenbill* auch jede „Beschränkung der Arbeitszeit“ für eine „durchaus reaktionäre Maßregel“. Die Arbeiter müssten nach Engels bis zum Tode arbeiten. Denn die ganze kapitalistische Entwicklung Englands sei gebunden, „an den Fortschritt der Industrie“. Alle Institutionen, „die diesen Fortschritt hemmen, die ihn beschränken oder nach außer ihm liegenden Maßstäben regeln und beherrschen wollen, sind reaktionär, sind unhaltbar und müssen ihm erliegen“. Die „revolutionäre Kraft“ der Bourgeoisie werde sich „wahrlich nicht in das gemäßigte Bett der Zehnstundenbill eindämmen lassen“ (MEW 7, S. 240ff.).

„verstummen“, so die Bundesführung, wenn ihnen erwidert werde, dass das allgemeine Stimmrecht, das sie den Proletariern versprochen, „auch eben nur ein Mittel“ sei, um sie „hinter das Licht zu führen“, dass in ihren Augen dasselbe so lange eine „Illusion“ sei und bleibe, als die große Menge von der kleinen Masse der Besitzenden abhängig sei, und dass das allgemeine Stimmrecht erst dann eine Wahrheit werde, wenn das bürgerliche Eigentum aufgehört habe zu existieren. Die National-Versammlungen in Frankreich und Deutschland beweisen doch seit 1848 den Arbeitern, wohin das allgemeine Stimmrecht führe, solange ihre „Feinde den Geldsack ausschließlich in Händen haben“ (RdA 1851, S. 154).

„Die ganze Absicht“ dieser „Zeitungsschreiber“ gehe dahin, die Arbeiter mit schönen „Phrasen über ihre wahren Interessen zu täuschen“. So warnte die Zentralbehörde des *Bundes der Kommunisten* in ihrem Rundschreiben vom Mai 1851 die Arbeiter davor, dass sie „wach“ sein und sich von diesen „Zeitungsschreibern“ nicht täuschen lassen sollten. Die Arbeiter sollten den „Leuten der Geldsäcke“, die sie „zur Vereinigung mit ihnen auffordern“, erklären,

daß die Arbeiter stark genug sind für sich selbst, daß sie sich mit Niemanden vereinigen, und daß sie nur solche in ihre Reihen aufnehmen, die für die völlige Befreiung der arbeitenden Klassen in politischer und socialer Beziehung eintreten.

Die Arbeiter werden „nicht a la in 48 mit einer allgemeinen Umarmung und sentimentaler Thränenvergießung“ mit der Bourgeoisie schließen, sondern „so lange draufhauen, als noch irgend Etwas von dem alten Krame“ vorhanden sei (ebd., S. 154f.).

Engels gab 1885 allzu scheinheilig zu, dass Willich „in die Revolutionsmacherei“ hineinfiel und dass auch Schapper „aus altem Revolutionsdrang sich betören ließ, daß die Mehrzahl der Londoner Arbeiter [...] ihnen [...] folgte“ (MEW 21, S. 222). In Wahrheit wurde jedoch die bourgeoisiefreundliche Strategie von Marx/Engels durch die Bundesmitglieder entlarvt und abgelehnt. Ihnen war es unverkennbar, dass Marx/Engels keinesfalls für Interessen der Arbeiter und Besitzlosen zu kämpfen bezweckten, da ein solcher Kampf niemals nach dem Geschmack von diesen „Zeitungsschreibern“ war. Schon 1849 gab Weitling in der Vorrede zur 3. Auflage der *Garantien der Harmonie und Freiheit* eine Erklärung über Gelehrten der Bourgeoisie: „Sie sind zu stolz, sie haben kein Gefühl für den Armen und Arbeiter“ und sie haben dagegen „Aussichten auf einen privilegierten Stand, darum benutzen sie die Politik nicht zugunsten der Armen“ (Weitling 1955, S. 289).

## 2.2. Eduard Wiss' Kritik an „reaktion[er]“ Revolutionstheorie von Marx

Die Untersuchung der französischen Revolution vom Februar 1848 bis zum November 1849 wurde bekanntermaßen als Artikelserie in der *NRhZ-Revue* veröffentlicht. Wie schon in der vorliegenden Arbeit behandelt wurde, vermischte Marx hier seine Ansichten über die Nationalökonomie mit Dronkes Analysen der politischen Verhältnisse in Frankreich und veröffentlichte sie unter seinem eigenen Namen vom März bis Oktober 1850 in der *NRhZ-Revue* (MEW 7, S. 12ff.).

Im *Manifest* von 1848 verkündete Marx bekanntlich, dass die ökonomische und politische Herrschaft der Bourgeoisie die Grundbedingung für eine Revolution des Proletariats geben würde (MEW 4, S. 449). In der *NRhZ-Revue* von 1850 plädierte er nun dafür, dass die „Entwicklung des modernen Proletariats“ überhaupt durch die Entwicklung der industriellen Bourgeoisie bedingt sei. Unter der Herrschaft der industriellen Bourgeoisie gewinne das Proletariat erst die ausgedehnte nationale Existenz, die seine Revolution zu einer nationalen erheben könne. Das Proletariat schaffe selbst erst die modernen Produktionsmittel, „welche ebenso viele Mittel seiner revolutionären Befreiung werden“. Die bürgerliche Herrschaft „reißt erst die materiellen Wurzeln der feudalen Gesellschaft aus und ebnet das Terrain, worauf allein eine proletarische Revolution möglich ist“ (MEW 7, S. 20). Er leitet hier die Revolution ganz und gar aus der objektiven Entwicklung der materialen Produktivkräfte ab. Eine Revolution, so verkündete Marx unumwunden, wäre nur aussichtsreich, wo die modernen Produktivkräfte und die bürgerlichen Produktionsformen miteinander in Widerspruch gerieten. „Eine neue Revolution ist nur möglich“ schreibt er im Oktober 1850 in der *NRhZ-Revue*, „im Gefolge einer neuen Krisis“ (ebd., S. 103) und vertagte dieses Mal „die Revolution bis zur nächsten Wirtschaftskrise“ (Schraepfer 1972, S. 411).

Engels versteigt sich in seinem Brief vom 13. Februar 1851 sogar zu der Behauptung, dass die Revolution „ein reines Naturphänomen“ sei, „das mehr nach physikalischen Gesetzen“ geleitet werde, „als nach den Regeln, die in ordinären Zeiten die Entwicklung der Gesellschaft bestimmen“. Oder vielmehr, diese Regeln würden in der Revolution einen viel „physikalischeren Charakter“ annehmen, die materielle Gewalt der Notwendigkeit trete heftiger hervor. Die Organisationen, die bestimmte Zwecke verfolgen, werden wie in einen Strudel hineingerissen. Nach Engels solle man versuchen, sich demgegenüber „unabhängig“ zu halten, um den Ablauf der Geschehnisse beobachten zu können. Die kommunistische Revolution, die sich ohne menschliches Zutun von selbst ergebe, wolle nichts weiter sein als



der theoretische und praktische Vollzug eines mit mechanischer Präzision abrollenden realen Prozesses (MEW 27, S. 190).

So lösten Marx/Engels 1850 in der *NRhZ-Revue* den zunächst 1848 im *Manifest* postulierten, engen historischen Zusammenhang zwischen bürgerlicher und proletarischer Revolution definitiv auf. Um die Kommunisten für die Unterstützung der Bourgeoisie zu überreden, wurde im *Manifest* bekanntlich behauptet, dass „die deutsche bürgerliche Revolution“ also nur „das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein“ könne. Kommunisten und Arbeiter müssten in der Revolution für die Herrschaft der Bourgeoisie kämpfen, um sie „unmittelbar“ danach zu stürzen (MEW 4, S. 493).

An die Stelle dieser haltlosen Behauptung trat ab 1850 in der *NRhZ-Revue* nun die nächste haltlose Behauptung, wonach die kapitalistische Entwicklung der Produktivkräfte der modernen großen Industrie die Bedingung und die Triebkraft einer proletarischen Revolution bilden sollte. So wurde die Zukunft der proletarischen Revolution nun mit der „unvermeidlichen weltweiten Durchsetzung des Kapitalismus“ verbunden (Deppe 2008, S. 49). Weitling bemerkte im März 1851 in der *RdA*, dass Marx/Engels die Revolution für unmöglich hielten, wenn „die Industrie nicht bedeutend“ entwickelt sei (RdA 1851, S. 41). Marx/Engels wollten nun die Kommunisten im Glauben lassen, dass mit der Entwicklung der Industrie auch die proletarische Revolution auf die Tagesordnung der Geschichte treten werde.

Im April 1850 schrieb Marx in der *NRhZ-Revue*, England erlebe zum ersten Mal „gleichzeitig Handelskrise“ und „eine industrielle Krisis und eine Ackerbaukrisis“. Die Wirkungen dieser „Doppelkrise“ würden „durch die gleichzeitig bevorstehenden Konvulsionen des Kontinents beschleunigt, ausgedehnt, feuergefährlicher“. So würden „die kontinentalen Revolutionen“ durch den „Rückschlag der englischen Krise auf dem Weltmarkt einen ungleich prononcierteren sozialistischen Charakter“ erhalten (MEW 7, S. 293f.). Im Oktober 1850 stellte er in der Artikelserie über die Französische Revolution nun einen Zusammenhang von der ökonomischen Krise und der Revolution dar und verallgemeinerte ihn, indem er die ökonomische Krise als die einzige Bedingung für die Revolution bestimmte.<sup>419</sup> Von dieser Hypothese gelangt er zu dem Schluss: „Eine neue Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krisis“:

---

<sup>419</sup> Hier wiederholte Marx seine altbekannte These, dass die „Welthandelskrise“ von 1847 die Ursache der Februar- und Märzrevolution von 1848 gewesen sei. Auch Engels führte 1895 im Vorwort dieselbe These ins Feld, dass „die Welthandelskrise von 1847 die eigentliche Mutter der Februar- und Märzrevolutionen“ gewesen sei (MEW 7, S. 511).

Bei dieser allgemeinen Prosperität, worin die Produktivkräfte der bürgerlichen Gesellschaft sich so üppig entwickeln, wie dies innerhalb der bürgerlichen Verhältnisse überhaupt möglich ist, *kann von einer wirklichen Revolution keine Rede sein*. Eine solche Revolution ist nur in den Perioden möglich, wo diese beiden Faktoren, die modernen Produktivkräfte und die bürgerlichen Produktionsformen, miteinander in Widerspruch geraten (ebd., S. 440).

Nach Marx „erzeugen“ nur ökonomische Krisen „auf dem Kontinent Revolutionen“. Nach seiner Meinung stehe Europa ab Sommer 1850 jedoch nicht mehr in einer ökonomischen Krise, sondern es stehe an der Schwelle einer neuen „Prosperität“ (ebd., S. 97, 440). Bis zur nächsten wirtschaftlichen Krise müsse also abgewartet werden. Wenn die Krise in Europa nochmal auftauche, dann werde alles wieder in revolutionären Bahnen verlaufen.

Eduard Wiss bezog 1854 in seiner schon behandelten Artikelserie *Die Elementaren Richtungen der Zeit in der Republik der Arbeiter* ausführliche Stellung gegen die Revolutionstheorie von Marx. Die Ausführungen über Marx' sogenannte Revolutionstheorie, so gibt auch Mario Bravo zu, „waren recht scharfsinnig“ und entsprachen „in der Tat Weitlings Position“ (Bravo 1979, S. XXIX).

Wiss hielt die Revolutionstheorie von Marx für mechanistisch und deterministisch und in der Tat gar für konservativ und reaktionär, da die Willensimpulse der revolutionären politischen Akteure dabei durch den Determinismus dieser Lehre gedämpft und entkräftet werden. Marx gehöre daher „faktisch“ den „reaktionären Parteien“ an, welche jede persönliche, „revolutionäre Tat zu schwächen und zu spotten suchen“ (RdA 1854, S. 108). Die ökonomisch-kritische Richtung, so Wiss, „die in Deutschland besonders von Marx und seinen blinden Anhängern“ vertreten werde, trete den Menschen „mit vielem Pomp von Unfehlbarkeit und mit der Selbstüberschätzung“ entgegen:

Gleich den Neptunisten, die noch auf der Bildung der Erde aus den Niederschlägen des Wassers, aus den ‚Klassen-Gegensätzen‘ der Erdschichten beharren, wenn die Erde unter ihnen lebt, sich fortwälzt und im Kreise dreht, wenn die flammende Laws schon bis an den Rand des Kraters tritt, und plötzlich im Meere neue Wuseln emportauchen, gleich diesen sprechen sie von ‚Entwicklung der Klassengegensätze‘ und ihren Niederschlagen, von Handelskrisen und Prosperität und berechnen nach der Bildung der Gesellschaftsschichten die Neubildung der Gesellschaft in dem Augenblick, wo die Revolution mit ihrem elementaren Impulse in den Völkern wirkt, wo der vulkanische Mensch sich erhebt auf seiner vulkanischen Erde und die erstarrten Produkte seiner Vergangenheit durchbricht, ihren tyrannischen trotz und die drückenden Schichten ihrer Klassengegensätze mit unterirdischem Feuer schmelzt und vernichtet (ebd., S. 107).

Marx leite die Entwicklung der Menschheit von Gegensätzen der Industrie und Handelskrisen ab und mache sie davon abhängig. Wenn „die ganze Folgenreihe industrieller Erscheinungen, der Handelskrisen und der Prosperität in dieser Einseitigkeit“ jedoch als „notwendige mechanische Konsequenzen eines angenommenen, herrschenden Systems der Industrie“ aufgefasst werden würde, so würde „die ganze Entwicklung des menschlichen Geschlechts ein Rechenexempel, eine Maschine, in der der Mensch selbst zu Grunde“ gehe. Denn eine „Rechenmaschine“, wie Marx sie erfunden zu haben glaubte, könne nur Rechnungen, „häufiger noch Verrechnungen“ produzieren:

Wäre die Geschichte nicht vernünftiger als Marx' kleines Gehirn, so verlief sie in endlose, spanische Erbfolgekriege der Klassen, in jenen Kampf der beiden Münchhausen'schen Wölfe, die sich gegenseitig bis auf die Schwänze auffressen. Handelskrisen – Revolutionen – und dann unbekannte Maßregeln der Fabrikarbeiter. Welch für Ideen! Handelskrisen sind genug, aber sehr wenig Revolutionen. Welche Unbedeutendheit der Auffassung, welche Kleinkrämerei mit der Geschichte, welche Unkenntnis des Menschen (ebd., S. 108).

Marx leugne hier gänzlich die „tatsächlich schöpferische Gewalt der menschlichen Willens- und Geisteskräfte“, die aber eben an die Gesetze der materiellen Welt gebunden seien, und lasse die Entwicklungsgeschichte der Menschheit, teils von der „mechanischen Abwicklung äußerlicher Verhältnisse, von Handelskrisen und Prosperität“, teils von „puren Zufälligkeiten, wie von einem ‚Glas Wasser‘“<sup>420</sup> oder „einer fürstlichen Indigestion“ lediglich bestimmt werden. Diese Richtung sehe man beispielsweise in den „philosophisch-politischen Faiseurs“ und „in den kritisch-ökonomischen Nichtstuern und Fatalisten der Marxschen Dogmatik“ (ebd., S. 149). Bei Marx sei alles nur „blinkende Außenseite“. Der „Kern“ seiner Revolutionstheorie sei „hohl“. Es lese sich alles vergnüglich, aber man habe nichts davon; „keine neue Erkenntnis und nur immer dieselbe einseitige, dürftige Anschauung der Welt“ (ebd., S. 108).

Marx' Prämissen seien „teils falsch, teils einseitig und unzureichend“. Er deduktivere „von dem formellen Menschen, von dem Klassenmenschen“ aus und müsse folgerecht die Entwicklung der Menschheit auch „von formellen Gegensätzen, von Gegensätzen der Industrie, von Handelskrisen“ usw. abhängig machen. Er müsse auf diesem Wege „bis zur absurden Konsequenz“ kommen, dass man da, wo noch kein verzweifelt Proletariat bestehe, eigentlich dieses zu helfen schaffe, die Bourgeoisie konsolidieren und unterstützen, Elend erzeugen und

---

<sup>420</sup> Wiss bezieht sich hier auf Marx' Artikel *Die Revolutionäre Bewegung* vom 1. Januar 1849 in der *NRhZ*. Hier machte Marx die Revolution in Deutschland und überhaupt in Europa von England abhängig. Eine Umwälzung der nationalökonomischen Verhältnisse in jedem Lande des europäischen Kontinents ohne England sei „der Sturm in einem Glase Wasser“ (MEW 6, S. 149f.).

die großen Industriellen noch reicher machen müsse, damit „die Arbeiter zum Klassenbewußtsein“ kommen und durch dieses für den Kommunismus reif würden (ebd., S. 132):

Jene Marxische Dogmatik, welche alle gesunde Anschauung der Wirklichkeit aufhebt, und jedes aus den Tatsachen induzierte, unbefangene Urtheil abzuschneiden strebt, zeigt sich auch in seiner Auffassung der Zeitpolitik, einem Felde, wo der Meinung, der Hypothese ein viel größerer Spielraum gelassen ist, weil die Personen und die Verhältnisse noch im Fluß der Entwicklung sind, weil die Bedeutung der Thatsachen noch in ihren ferneren Wirkungen, in der Zukunft liegt. Hier, wo ein korrekter Denker zweifelnd und vorsichtig urtheilt, ist eine solche commandofertige, unfehlbare Dogmatik blendender, und findet bei dem großen Haufen derer, die sich die schwere Arbeit des Denkens so gerne ersparen lassen, den Glauben einer gewissen Sicherheit und Unfehlbarkeit (ebd., S. 138).

Marx' Revolutionstheorie fordere von den „Entwicklungen des Geldmarktes“ „sittliche und geistig befreiende, wie die ökonomische Erlösung der Menschen“. Wiss setzt seine Kritik an Marx' Revolutionstheorie wie folgt fort:

Was gerade unser ganzes gesellschaftliches Leben mit der Schärfe eines unorganischen Giftes vergiftet, die Herrschaft des Geldwesens über den Menschenwillen und die Menschenkraft wird von Marx dem gesunden Leib des Volkes eingepflichtet. Mechanische Verhältnisse, wie die Konjunkturen von Handelsbilanzen, von Krisen und Prosperität sollen nicht bloß Veranlassung, es soll der Impuls der Revolution sein, sie sollen die proletarische Revolution machen. Lächerlicher Irrthum! Wie lange wird Marx noch [darauf] herumreiten und seine Nachtwächter in allen Winkeln denselben Ton duten lassen (ebd., S. 108).

Es sei „un glaublich, wie in diese Marx'schen Kategorien, wie in ‚spanische Stiefeln‘ die große Geschichte der Menschen eingezwängt und aller sonnenklare, offenkundige Sachverhalt der Dinge verschoben und verdreht wird“. Nach Wiss mache doch erst der Mensch die Verhältnisse, dann würden die Verhältnisse den Menschen machen, aber doch „nur äußerlich, wie ein Verhältnis eine formelle Macht es eben nur kann, nur temporär, nicht wesentlich“ (ebd., S. 116). Die Revolution sei „ein organischer Akt freier Menschenwillen“ und könne „nur durch organische Faktoren, durch bestimmte Phasen des Bewusstseins, durch einen allgemeinen Entschluss in einem Volke, zur leitenden Idee, zum bewussten Willen, durch die Gunst äußerer Bedingungen zur Tat werden“. Das treibende Element der Revolution sei die positive Erkenntnis eines Neuen, eine neue Wissenschaft oder eine neue Religion, „je nachdem der neue Inhalt von den Völkern und Individuen in der Form des Verstandes oder in der Form des Gemütes und der Vorstellung“ erfasst werde:

Das Volk hat den König nicht gestürzt, ehe nicht vor seinen Augen die Republik als leuchtende Fernsicht ausgetaucht war, es wird die Tyrannei des privaten Eigentums nicht vernichten, ehe nicht in seinem Verstande und in seiner Seele die organische Idee einer neuen Gesellschaft in der Gemeinschaft der Arbeit und des Genusses zur positiven Forderung, zu einer nicht mehr zu verscheuchender Sehnsucht geworden ist (ebd., S. 107).

Wiss beendete seine Ausführungen mit der Widerlegung der Marx'schen „Phrase“, die jede historische Entwicklung auf die Ökonomie und die „industriellen Schwankungen“ reduziere. Es liege doch zwischen dem revolutionären Geiste, der Überzeugung von der Unhaltbarkeit und schreienden Ungerechtigkeit der Zustände und dem Entschluss, sie gewaltsam zu ändern, eine „Kluft“, die nur auf „mächtige Antriebe“ hin übersprungen werde:

Eine öffentlich verübte Grausamkeit, ausgeübt von der herrschenden Gewalt, das die Gemüter mit der Furcht gleicher Gefahr schreckt, das skandalöse Leben der Herrschenden, das den sauren Schweiß des Volkes vergeudet, der tyrannische Übermut des Beamten, Hungersnot und Arbeitslosigkeit können dann die Überzeugung zum Willen und diesen zum Entschluss treiben (ebd., S. 150).

Meist seien es solche Übel in ihrer Gesamtwirkung. Marx hebe aber nur eine Seite, nämlich die Arbeitslosigkeit, hervor, mache diese nicht nur zur Veranlassung, sondern zur leitenden Idee der Revolution. So schiebe er dem Volke seine spiritualistische Einseitigkeit unter, indem er die Revolutionen von dem ökonomischen und näher von den industriellen Schwankungen allein abhängig mache (ebd.). Dieser „rhetorische Dusel“ sei aber ebenso „zeugungsunfähig, wie die blasierte, politische und ökonomische Kritik, welche an ihrem Schreibtisch wartet, bis eine Handelskrise mit einer Revolution ins Kindbett kommt“ (ebd., S. 163).<sup>421</sup>

Diese fatalistische Auffassung der Revolution von Marx/Engels trägt nichts zum Kampf der Kommunisten gegen das ausbeuterische System bei. Ganz im Gegenteil, Marx/Engels wollten von der Führung des *Bundes*, dass sie sich von dem „wissenschaftlichen“ Kommunismus überzeugen lasse, damit sie die revolutionäre Arbeit beiseiteschiebe und abwarte, bis die Revolution der ökonomischen Krise des Kapitalismus notwendig folge. Doch die Führung des *Bundes* lehnte Marx/Engels' bourgeoisiefreundliche Theorie, die die Politik der revolutionären Kommunisten bestimmen soll, entschieden ab.

---

<sup>421</sup> Nachdem Marx Wiss' Artikelserie gelesen hatte, schrieb er in einem Brief vom 6. Mai 1854 an Engels, was er nun zu tun hatte. Da Eduard Wiss in der *Republik der Arbeiter* „einen wütenden Angriff“ auf seine Ideen gemacht habe, fand Marx bei seinem Freund Polizeispitzel Edgar Bauer ein Rendezvous „passend“, um sich „einige Aufschlüsse“ über Wiss und „jetzigen Aktionär in dem Weitlingschen Glückseligkeitsstall“ von ihm zu holen (MEW 28, S. 357f.), statt den Versuch wagen, Wiss' Kritik zu widerlegen. Er schrieb am 3. März 1860 auch an Lassalle über Wiss' Artikelserie, dass Wiss in Weitlings Zeitschrift „ein halb Dutzend blödsinniger Artikel“ gegen ihn veröffentlicht habe (MEW 30, S. 497).

### 3. Stellungnahmen der Bundesgemeinden zum Bruch mit Marx/Engels

In seiner Streitschrift *Herr Vogt* schreibt Marx, dass die „Minorität der Zentralbehörde“ nach dem Bruch mit ihm „einen Sonderbund“ gestiftet habe (MEW 14, S. 440). Seine Bezeichnung „Sonderbund“ ist allerdings „irreführend“, denn er sieht sich selbst und Engels als „Alleinerben“ des *Bundes* an, während er den Rest des *Bundes* als „Sonderbund“ etikettierte (Schieder 1991, S. 63). Mit der Benennung „Sonderbund“ bezweckt Marx die „faktische Majorität“ der revolutionären Kommunisten als „illegitime, reaktionäre Minderheit“ abzustreiten (Nippel 2018, S. 71). Von Anfang an lehnte Willich, wie er Ende Oktober 1853 in seiner Broschüre *Doctor Carl Marx und seine Enthüllungen* in der *New Yorker Zeitung* schrieb, die „Parteistellung innerhalb des Proletariats zwischen der Partei Marx und Willich-Schapper“ ab, die „nach der Bezeichnung des Herrn Marx“, aber „nicht der meinigen“ war (MEW 9, S. 495).

Der *Bund der Kommunisten* war nach dem endgültigen Bruch mit Marx/Engels im September 1850 „virtually identical with that of the group around Willich and Schapper“, die „in fact“ von Arbeitern und anderen politischen Organisationen als „the official continuation of the League“ gesehen wurden (Lattek 2006, S. 94).

Zur „Partei Marx“ gehörte von Anfang an, wie die preußischen Polizeianten Wermuth/Stieber genau erkannt hatten, neben Marx nur Engels, sodass die Partei von ihnen schließlich als die „Partei Marx-Engels“ bezeichnet wurde (Wermuth/Stieber 1853, S. 103ff.). Für den ganzen *Bund der Kommunisten* waren Marx/Engels überhaupt bloß eine „Marx-Engelssche Clique“, etwa 15–20 Mann stark. Diese „literarische Clique“ hatte nicht einmal eine organisatorische Existenz (ebd., S. 276) und wollte „das Interesse des Arbeiters verleugnen“ (ebd., S. 70). Marx bestimmte allein oder allenfalls in Übereinstimmung mit Engels darüber, wer zur Partei gehört und wer nicht. Wer einmal der Partei zugerechnet wurde, von dem wurde eine bedingungslose Unterwerfung erwartet. Es handelte sich insofern bei der „Partei Marx“ um eine autoritär geführte Gesinnungsgemeinschaft, bei der abweichendes Verhalten von Marx streng sanktioniert wurde. Marx ließ sogar bei der Aufnahme eines Mitglieds in seine Partei die Messung seines Schädels überprüfen. Liebknecht schreibt in seinen Erinnerungen über seine Aufnahme „in das Allerheiligste“ der „Partei Marx“: „Also, mein Schädel wurde offiziell von Karl Pfänder untersucht und es fand sich nichts, was meiner Zulassung in das Allerheiligste des Kommunistenbundes entgegengestanden hätte“ (Liebknecht 1896, S. 36).

Aus den im Jahr 1851 in London von den preußischen Polizeianten beschlagnahmten authentischen Bundesdokumenten ging hervor, dass der *Bund der Kommunisten* „die ganze

Masse der Arbeiter für sich“ hatte. Der *Bund* war im Sommer 1850 in Köln, Berlin, Braunschweig, Hannover, Frankfurt am Main, Leipzig, Stuttgart, Brüssel, Verviers, Lüttich, Paris, Lyon, Marseille, Genf, St. Gallen, La Chaux-de-Fonds, Locle, Bern, Lausanne, Dijon, Straßburg, Valenciennes, Metz, Basel, London, New York und Philadelphia „vollständig organisiert“. Ferner resultierte aus denselben Dokumenten die Entdeckung, „daß alle anscheinend harmlosen Vereine, wie Gesangvereine, Arbeiterbildungsvereine, Turnvereine und dergleichen, unter dem geheimen Einfluss von Bundesmitgliedern“ ständen (RdA 1852, S. 381).

Nach dem Bruch mit Marx/Engels nahm die Zielrichtung der Kommunisten gegen sie schärfere Konturen an. Im November 1850 bezog Weitling mit seinem Artikel *Die nächste Revolution* zum endgültigen Bruch der Proletarierpartei mit Marx/Engels Stellung (RdA 1850, S. 161ff.), indem er sich gegen sie, „wobei Engels von Weitling beinahe ignoriert wurde“ (Bravo 1979, S. XXI), stellte.<sup>422</sup> Er verurteilte diejenigen, die den Namen „Kommunist“ annahmen, aber „die Sache selbst verfälschten und verdrehten“. Diesen Menschen traue Weitling „nun einmal den Muth nicht zu“, „im entscheidenden Augenblicke zum Siege“ zu führen. Denn wo „Lüge, Intrige, Sophistik im Kampfe als Mittel für irgendeine Sache nicht verschmäht werden“, könne „das Herz unmöglich diejenige Energie nähren, welche in ihrer Aufwallung den Muth gebiert, welcher für das Gelingen dieser Sache, für den Sieg derselben zu allen Opfern fähig ist“. Den „gedungenen Verräther[n]“ und „Betrügern“, die die Arbeiter „mit honigsüßen Worten in der Stunde des Sieges wieder zur Nachsicht und Ruhe zu beschwichtigen, und dann mit beißendem Hohne, auf's Reue an die alten Zustände zu sesseln wußten“, sei „jede Falschheit, jede Heuchelei zum Mittel, das sie zu erreichen strebten, willkommen“. Daher sollten die Arbeiter diese „Betrüger“ gut kennen, um sich nicht in ihre Falle stürzen zu können (RdA 1850, S. 162).

Kommunisten müssten nach Weitling „mit den Waffen in der Hand die alten Gewalten“ bekämpfen. Die „reine Demokratie“ komme erst nach der Beseitigung aller Ungleichheiten der gesellschaftlichen Verhältnisse, und sie sei erst nach der Einführung des kommunistischen Sozialismus möglich (ebd., S. 163). Anfangs komme mit den Wochen der „blutrothen Republik“ die Diktatur des Proletariats. Sie könne erst das Werk der Revolution vollenden und die wahre Demokratie begründen. Der radikale kommunistische Sozialismus könne mit dem Ungleichen keinen Frieden machen. Er werde „in seinem Gefolge einen langen Krieg führen, und ein furchtbares Blutbad ihn begleiten“:

---

<sup>422</sup> Weitling wurde in der Liste der politischen Konferenzen 1858–1861 als „Mitglied und Emissär des Communistenbundes“ New York geführt. Er gehörte 1855 und 1857 zum Personenkreis der politisch Überwachten (Seidel-Höppner/Rokitjanski 1985, S. 75).

Ohnedem ist überhaupt das tabak-priesende,-rauchende. und -kauende Menschengeschlecht nicht zu einer so gewaltigen Reform zu bringen. [...] Schlagen wir sie nicht todt, so müssen sie uns todt schlagen und zu Tode hungern (ebd., S. 162).

Wie Weitling stellte sich auch Moses Hess auf die Seite der Führung des *Bundes*. Er trennte sich schon 1846 von Marx/Engels, deren Gedanke „jede zielstrebige Organisation a priori“ ausschaltet, da sich alles „nach fest bestimmten Gesetzen aus den Produktionsverhältnissen“ herausentwickle (Zjoeisti 1921, S. 255). Hess wandte sich 1851 in seinem Artikel *Das Jüngste Gericht über die alte soziale Welt* gegen Marx. Wie Schapper trat er in seinem Artikel als Anwalt des revolutionären Kampfgeistes gegenüber Marx auf. Hier schrieb Hess ironisch über Marx/Engels, sie „wissen alles! Aber sie können nicht handeln“. Marx/Engels „haben den nebelhaften Standpunkt der deutschen Philosophie mit dem engen und kleinlichen Standpunkt der englischen Ökonomie vertauscht“ (Documente des Socialismus 1902, S. 540).

Neben dem Londoner Sitz der Zentralbehörde war Paris das wichtigste Zentrum des *Bundes*. Hier hatte der *Bund* 1850 drei bis vier Gemeinden, die zu einer Kreisorganisation zusammengeschlossen waren. Diesem Kreis unterstanden auch Gruppen in Valenciennes, Metz und Straßburg (Eckert 1965, S. 282). Die Mitglieder dieser Gemeinden waren von revolutionären Kommunisten geprägt; „Karl Marx“, dessen Namen in schriftlichen Dokumenten „an keiner Stelle“ auftauchte, schien ihnen „so gut wie unbekannt geblieben zu sein“ (ebd., 289).

Eine ungezeichnete, am 2. Januar 1851 datierte Korrespondenz aus Paris nahm zum Ausschluss von Marx/Engels aus dem *Bund der Kommunisten* Stellung. Die am 2. Februar 1851 in der *Republik der Arbeiter* veröffentlichte Korrespondenz begrüßte den Ausschluss von Marx/Engels aus dem *Bund* und warnte die Arbeiter zugleich vor „Heuchlern“ und „Scheindemokraten“, damit der Sieg bei einer nächsten Revolution nicht wieder in die „Klauen neuer Ausbeuter“ falle, sondern in die Hände wahrer Volksvertreter, die es „aufrichtig meinen und ehrlich handeln, die nicht schwelgen, während die Arbeiter hungern“. Die Bundesmitglieder aus Paris schrieben an Weitling zum Schluss Folgendes:

Die bitteren Erfahrungen der letzten Jahre dienen uns als genügendes Beispiel, die Augen zu öffnen und neuen Täuschungen vorzubeugen. Auf allen Seiten fangen die Arbeiter an, selbstständig zu handeln und solche Leute zu entfernen, die bis jetzt durch ihren Ehrgeiz und Eigennutz die Zwietracht unter den Arbeitern aufrecht zu erhalten wußten. So sind in London Karl Marx, Engels und Konsorten aus den Arbeiter Verein geschieden. Ihr schmutziges Betragen kam völlig an den Tag. Der Einfluß, welchen sie noch auf mehrere Arbeiter hier in Paris, Belgien, und der Schweiz ausübten, ist verschwunden, und die Scheidewand, welche sie



zwischen Deinen Freunden und ihren Anhängern gesetzt hatten, aus dem Wege geräumt (RdA 1851, S. 27f.).

Auch andere Bundesgemeinden, etwa in Genf, La Chaux-de-Fonds, Berlin und Hamburg, wo die Weitlingianer immer stark waren, nahmen Position gegen die „Partei Marx“. Im Herbst 1850 war der *Bund* wieder in ganz Frankreich, in der Schweiz, Belgien organisiert. Der *Bund* bildete auch in Deutschland die Mehrheit (Na'aman 1965, S. 57). Nach dem vollständigen Bruch mit Marx/Engels gelang es dem *Bund der Kommunisten*, ein weites Netz aufzubauen. Dieses Netz, das Lattek „remarkable“ findet (Lattek 2006, S. 101), verband die Zentralbehörde mit den Bundesgemeinden auf dem Kontinent insbesondere in der Schweiz, Frankreich, Belgien und Deutschland sowie in den Vereinigten Staaten. So begannen die führenden Kommunisten, wie Weitling in New York, Scherzer in Paris, Hess in Genf, Reininger in Mainz, Martens in Hamburg, Hätzel in Berlin, Martius in Leipzig und Petersen<sup>423</sup> in Brüssel, den *Bund* wieder auf- und auszubauen.<sup>424</sup> Aus Genf schrieb Ernst Dronke am 1. Dezember 1850 an Marx, dass in der Schweiz die Sache für ihn doch „dünn gesät“ sei. Das „Knotenthum“, sprich der *Bund der Kommunisten*, sei stark unter den deutschen Geflüchteten vertreten (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 684).

Dronkes Briefe verraten erneut, wie sehr die Schweizer Gemeinden unter dem Einfluss von Weitling und Hess standen.<sup>425</sup> Doch Dronke verschwieg es in seinen Briefen an Marx und Engels, dass auch er selbst öfter auf der Seite der revolutionären Kommunisten stand, wie Marx' Freund Wolff am 23. Oktober 1850 aus Zürich davon Engels berichtete. Demnach habe Wolff „seit langem keine directe Nachricht“ von Dronke erhalten. Dieser sei in Genf gewesen und

---

<sup>423</sup> Der Leiter der Brüsseler Bundesgemeinde Niels Lorents Petersen, der seit 1842 in fast allen Städten Europas für den *Bund* wirkte, grenzte sich von Marx/Engels scharf ab und berichtete, dass „deutscher Seits keine Verbindung als Gemeinde mit Marx, Engels besteht“ (Lahme 1984, S. 189).

<sup>424</sup> Nach Gebert, der der Zentralbehörde des *Bundes der Kommunisten* angehörte, sei der *Bund* im Juli 1852 in fünf Kreisen organisiert gewesen, nämlich in London mit dem Zentralkomitee und drei Gemeinden, in Paris mit vier Gemeinden und 51 Mitgliedern in den Departements, in Berlin mit sechs Kreisen und mit weiteren neun Gemeinden im restlichen Preußen und Sachsen, mit 27 Gruppen in Braunschweig, Hannover und Bremen und mit zehn Kreisen in Hamburg und ganz Holzstein und Mecklenburg. Auch die süddeutschen Kreise seien im Begriff gewesen, sich in Frankfurt, Mainz und Stuttgart zu konstituieren. In Frankreich habe der *Bund* 1.800 Mitglieder, in Norddeutschland 1.500 und in Süddeutschland 1.400. Nach Gebert bildeten die Bundesmitglieder den intelligenteren Teil der Arbeiterklasse, sodass der *Bund* „das gesamte gebildete Proletariat“ umfasste (Gebert's report, (2?) July 1852, minutes of League meetings, Schapper-Willich file, Potsdam 8534, ff. 96–7; zit. nach Lattek 2006, S. 243).

<sup>425</sup> Den Polizeiberichten zufolge stand Hess an der Spitze des leitenden Kreises zu Genf (Silberner 1966, S. 313). Als Schriftführer der Genfer Bundesgemeinde richtete er im Februar/März 1851 Berichte an die Zentralbehörde des *Bundes* (Zjoeisti 1921, S. 253).

„unzertrennlich[er] Begleiter“ von Moses Hess geworden. Dronke habe letzthin dem von dortigen Flüchtlingen veranstalteten Bankett beigewohnt (ebd., S. 662).<sup>426</sup>

Dagegen war die „Partei-Marx“ auf einige kleine Kreise in einigen wenigen Städten Deutschlands beschränkt, die kaum Einfluss auf die Arbeiter hatten. Nach dem Ausschluss von Marx/Engels blieben in Deutschland außer der Kölner Gemeinde, in der auch Arbeiterkommunisten nicht fehlten, fast alle Gemeinden bei der „Proletarierpartei“ (Wermuth/Stieber 1853, S. 72). Nach seinem Ausstoß aus dem *Bund* informierte Marx seinen Anhänger Gerhard Röser, der die Kölner Gemeinde leitete, über den Bruch. Er schickte ihm auch eine Abschrift des Sitzungsprotokolls vom 15. September und forderte ihn auf, in Köln eine Zentralbehörde zu bilden (ebd., S. 283). Röser schrieb am 25. September 1850 aus Köln an Marx, dass die Kölner Bundesgemeinde aber erst den Bericht von Eccarius abwarten wolle, bevor sie einen bestimmten Beschluss über den „[u]nglückseligen Zwist“ fassen könne. Röser fände es „besser“, wenn Marx doch an der Spitze geblieben wäre (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 646). Er erklärte sich aber dann bereit, die Zentralbehörde in Köln zu bilden.

Als Haude als Emissär des *Bundes* im Herbst 1850 nach Köln kam und von Röser verlangte, in der Kölner Bundesgemeinde sich selbst vorzustellen und seine Ansichten darzulegen, wurde er durch Röser hintergangen und so von den Kölner Bundesmitgliedern ferngehalten. Röser versprach zwar Haude, ihn in der abendlichen Gemeindesitzung vorzustellen, machte aber mit Marx' Anhänger Peter Nothjung „heimlich Rücksprache“, damit er Haude von den Bundesmitgliedern fernhielt. Während Nothjung „den ganzen Tag“ Haude begleitete und ihn „nicht aus den Augen“ ließ, lud Röser mit Bürgers sofort „sämtliche Gemeindemitglieder“ zu einer Sitzung ein, ohne ihnen von Haudes Besuch zu erzählen (BdK 2, S. 456).

In der Sitzung legte Röser den Gemeindemitgliedern das von Engels geschriebene Sitzungsprotokoll vom 15. September 1850 vor. Nach Röser's Aussagen wurde dieses Protokoll in der Sitzung angenommen. Er ließ auch die Kölner „Zentralbehörde“ auswählen, wo er selbst „als Präsident“ und Bürgers „als Sekretär“ der „Zentralbehörde“ ausgewählt wurden. Danach schickte Röser „sämtliche Mitglieder“ der Kölner Bundesgemeinde nach Hause und traf sich mit Haude. Als Haude „die Kölner Gemeinde zu sprechen [...] wünschte“, verweigerten Röser,

---

<sup>426</sup> Dronke nahm auf einer Arbeiterversammlung das Wort und sagte, die jetzige Umwälzung müsse den Gebildeten, den Aristokraten und den Bourgeois das Messer durch die Kehlen ziehen und die Arbeit zur Herrschaft bringen. Auch ein Arbeiter wollte bei der nächsten Revolution gar nichts von dem Bourgeois wissen, sondern gleich beim Ausbruch derselben die Arbeiterherrschaft. Wegen dieser bewegten Debatte habe der Wirt die Polizei requiriert, um diesem „wildem Treiben“ ein Ende zu machen. Die Arbeiter wurden von dem Wirt aufgefordert, sich zu entfernen. Dronke schrie hier den Wirt an: „Du Reaktionär! du erkennst noch das Eigentum an!“ So begann „ein roher physischer Kampf“, der sich noch in den Straßen fortsetzte (Schneider 1904, S. 24f.).

Nothjung und Bürgers ihm seinen Wunsch. So musste Haude ihnen den Beschluss des *Bundes der Kommunisten* vorlesen, dass „Marx und Konsorten in London aus dem Bunde ausgestoßen“ seien. Die Kölner sollten die von der Londoner Gemeinde neugewählte Zentralbehörde anerkennen oder laut Beschluss derselben auch ausgestoßen werden (ebd., S. 456f.). In der Maiansprache des *Bundes* von 1851 wurde über die Kölner Behörde Folgendes berichtet:

[D]ie zwölf Bundesmitglieder in Köln, die Engels unverzüglich beauftragt hatte, eine neue Zentralbehörde zu wählen, gingen leider in die ihnen gestellte Falle und nachdem sie auf unsere schriftlichen und mündlichen Aufforderungen, sich den Statuten zu fügen, nicht eingegangen waren, wurde der dortige Kreis von der gesetzlich gewählten Zentralbehörde aufgelöst. Nach zwei Monaten antworten die Kölner mit der Ausschließung des Kreises London (RdA 1851, S. 155).

Röser, Nothjung und Bürgers schlossen drei Bundesmitglieder aus der Kölner Behörde aus, „weil denselben nicht ganz“ wegen ihrer Opposition getraut wurde, wie Wilhelm Haupt am 1. Oktober 1850 Marx berichtete (MEGA<sup>2</sup> III/ 3, S. 650). Schapper erwähnte schon in der Sitzung vom 15. September 1850, dass er in Köln „Bekannte und Freunde“ habe, die ihm „mehr folgen“ als Marx/Engels (MEW 8, S. 600). Na’aman hält es auch für möglich, dass diese ausgeschlossenen Mitglieder Anhänger von Willich/Schapper gewesen sein könnten (Na’aman 1965, S. 57). Obwohl drei Bundesmitglieder aus der Kölner Bundesgemeinde ausgeschlossen worden waren, deutete auch das im Dezember 1850 aus Köln herausgegebene Rundschreiben zumindest auf eine nicht ganz begeisterte Unterstützung der Marx’schen Politik hin. Denn hier kritisierte die Kölner Gemeinde nicht nur Willich/Schapper, sondern auch Marx/Engels, dass „beide Parteien den Weg der Statuten“ verlassen hätten, „denn hiernach hätten beide an den Kongreß appellieren müssen“ (BdK 2, S. 325).

Marx’ besondere Vertrauensstellung erlangte in Deutschland nicht Röser, sondern vor allem Wilhelm Haupt, den er im Herbst 1850 in seine Gruppe aufnahm und gleich danach nach Hamburg schickte. Nach Röser war Haupt „bloß ein Bundesmitglied“. Er wurde aber von Marx als Emissär nach Deutschland geschickt, um in Hamburg eine neue Gemeinde zu bilden (ebd., S. 455), da die Hamburger Gemeinde unter Martens Leitung „durch eine ausgeprägte Neigung zur Rhetorik des weitlingschen Kommunismus“ gekennzeichnet war. Marx und seine Ideen hatten im Umkreis von Martens keine Resonanz (Breuilly/Sachse 1984, S. 318).

Haupt hatte in Hamburg keinen Erfolg, sodass er sich in einem Brief vom 31. Oktober 1850 bei Marx darüber beklagte, dass es nur wenige Arbeiter gebe, mit denen etwas anzufangen sei. Die meisten hätten danach verlangt, „daß man ihnen schöne Phrasen macht und ihnen à la Weitling,

Willich nur die handwerklichsten Ideen ausbreitet“ (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 667). So machte Haupt dem Emissär Nothjung den Vorschlag, „in eine neue Organisation die ganze Kraft zu legen“, wie er in einem Brief vom 3. Dezember 1850 an Marx berichtete (ebd., S. 687). Haupt bildete in Hamburg zwar eine Gemeinde, die jedoch mehr „einen sektiererischen Charakter“ und kaum „Anziehungskraft“ hatte (Breuilly/Sachse 1984, S. 317).

Martens und die Mitglieder des Hamburger Arbeitervereins hatten sich von Haupt ferngehalten, wie Haupt selbst in seinen Briefen an Marx berichtete (BdK 2, S. 498f.). Als Vorsitzender der Hamburger Gemeinde und ein erfahrener Revolutionär hatte Martens zu Wilhelm Haupt ein distanziertes Verhältnis. Da Haupt ihm als unzuverlässig erschien, worüber er nicht im Unrecht war, ließ Martens bei Haupt den Eindruck erwecken, dass er selbst und die Mitglieder des Arbeitervereins nicht mehr wirklich an kommunistischen Aktivitäten beteiligt wären. Martens war mit seinem Spiel gegenüber Haupt so erfolgreich, dass Haupt seine Haltung „als politischen Kleinmut“ interpretierte (Breuilly/Sachse 1984, S. 316).

Marx' Anhänger Haupt berichtete am 31. Oktober 1850 Marx, dass Karl Bruhn „auf ganz gemeine Weise“ auf Marx und Schramm schimpfe. Mit ihnen wolle Bruhn „nichts mehr zu thun haben“. Denn sie seien „nicht honorig“. Nach Haupt sei Bruhn doch „ein verlorenes Schaf“ (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 668). Haupt schrieb am 3. Dezember 1850 aus Hamburg an Marx weiter, dass Bruhn „fortwährend“ mit der Hamburger Gemeinde und Martens „in Verbindung“ geblieben sei. Er habe den „besseren Teil“ der Hamburger Gemeinde an sich gezogen und diesem Teil eine „entschiedene Abneigung“ gegen Marx/Engels „einzupflanzen gewußt“. Es sei besser, „die ganze alte Schmiere aufzugeben“ und diese „im Grunde doch Anticomunisten über Bord zu werfen“ (ebd., S. 686f.). In seinem Antwortschreiben empfahl Marx Haupt, dass dieser sich über die Hamburger Bundesgemeinde weiter informiere und „dem Kerl“ Bruhn „scheußliche Drohungen“ mache (ebd., S. 709).<sup>427</sup>

Der Kreis Braunschweig, von dem die einzigen Originaldokumente des *Bundes* überliefert sind, stand auch unter dem Einfluss von revolutionären Kommunisten, wie die in Briefen verwendeten Formulierungen und zitierten Lektüre darauf andeuten (Eckert 1965, S. 310ff.). Die Literatur, die die Braunschweiger Bundesgemeinde aus Paris erhielt, zeige nach Lattek „eine große und überwiegende Sympathie“ für Blanquisten und Weitlings Werke (Lattek 2006, S. 103).

---

<sup>427</sup> Nach Haupt's Aussagen bat Marx ihn außerdem darum, „eine Anleihe“ für ihn in Hamburg zu machen, doch so, dass sein Name nicht genannt werde. Da es Haupt in Hamburg nicht gelang, Geld für Marx zu sammeln, sandte er ihm „einiges Geld aus eigener Tasche“ (BdK 2, S. 499).

Dagegen hielt Marx in London mit seinen speziellen Freunden bis Januar 1851, also nur noch drei weitere Monate, Sitzungen. Er schrieb am 6. Januar 1851 aus London an Engels in Manchester:<sup>428</sup> „Gestern in der Kreissitzung erschien Wolff; nicht aber Liebknecht und Schramm, [...] habe ich die Scheiße aufs unbestimmte vertagt“ (MEW 27, S. 156).

#### **IV. 1851/1852: Revolutionäre Pläne der Bundesführung und Durchkreuzungsversuche von Marx/Engels**

Das Kapitel IV behandelt Durchkreuzungsversuche und Intrigen von Marx/Engels gegen revolutionäre Pläne der Führung des *Bundes der Kommunisten* im Zeitraum von 1851/1852, nachdem diese aus dem *Bund* ausgeschlossen worden waren. Folgend werden Verhaftungen der Bundesmitglieder und die Prozesse in Deutschland und Frankreich geschildert. Auch Marx' besondere Verhältnisse zu den Polizeiagenten János Bangya und Hermann Ebner werden in diesem Kapitel thematisiert. Anschließend legt das Kapitel IV die politischen Stellungnahmen der Kommunisten zu den Diffamierungen, Verleumdungen und Intrigen von Marx/Engels gegen Kommunisten dar.

Zuerst wird gezeigt, wie revolutionäre Kommunisten im Frühjahr 1851 sowohl unter den deutschen Arbeitern als auch bei Blanquisten und Chartisten eine große Anerkennung genossen, während Marx/Engels wegen ihrer bourgeoisiefreundlichen Strategie in der Revolution von 1848/1849 in einer totalen politischen Isolation standen. Es wird dargelegt, dass Marx/Engels nach ihrem Ausschluss aus dem *Bund* im September 1850, neben der Beschäftigung mit ihren nationalökonomischen Geschäften, durch ihre „Spione“ im Arbeiterverein und im *Bund* sich weiterhin über Aktivitäten und revolutionäre Pläne der Bundesführung regelmäßig und ausführlich informieren ließen, obwohl sie vorgaben, dass sie ihre „Isolation“ genießen und von der „Bande von Esel[n]“, sprich Arbeiterführung, nichts wissen wollten.

Durch die Analyse der zahlreichen Briefe von Marx/Engels wird erwiesen, dass Marx durch seine „Spione“ im Londoner Arbeiterverein und im *Bund* Einzelheiten über die Pläne der Kommunisten, Republikaner erfährt und strebte danach, ihre Vorhaben zu durchkreuzen, wie er beispielsweise jede Gelegenheit nutzte, um das im Frühjahr 1851 in London zustande

---

<sup>428</sup> Erst als der Kölner Prozess im Oktober 1852 begann, tauchten Marx/Engels wieder auf. Unmittelbar nach dem Urteil des Kölner Prozesses im November 1852 löste Marx seine nur auf dem Papier bestehende Gruppe auch offiziell auf, die „seit Verhaftung von Bürgers-Röser“ im Mai 1851 „faktisch schon aufgehört“ hatte, zu existieren, wie Marx in seinem Brief vom 17. November 1852 selbst schrieb (MEW 28, S. 195).

gekommene breitere Bündnis zwischen Blanquisten, Chartisten und den deutschen Kommunisten zu zersprengen.

Es wird dargelegt, dass die Führung des *Bundes* in London versuchte, neben einem internationalen Bündnis mit Blanquisten und Chartisten noch ein Bündnis mit den deutschen demokratischen Republikanern gegen die Adel- und Geldaristokratie in Deutschland zustande zu bringen und so eine Revolutionsanleihe zu starten, womit man die Organisation der brauchbaren revolutionären Kräfte in Deutschland zustande bringen könnte. Die Analyse der zahlreichen Briefe zeigt, dass Marx/Engels auch die Revolutionsanleihe bekämpften, indem sie versuchten, durch ihre Spione im Arbeiterverein von ihnen selbst produzierte Gerüchte zu verbreiten, um die Bündnispartner gegeneinander auszuspielen. Marx/Engels' Briefe belegen, dass diese in den Jahren 1851/1852 alle ihre Intrigen gegen den Versuch der Revolutionsanleihe einsetzten, um sie zum Scheitern zu bringen und das Bündnis zwischen Kommunisten und demokratischen Republikanern zu sprengen.

Obwohl Marx mit allen Mitteln versuchte, „dem Wirken“ von Willich „ein[en] Damm“ entgegenzusetzen (MEW 27, S 544), wie im Kapitel IV gezeigt wird, musste er also bald erkennen, dass sogar auch die Kölner, die angeblich zu Marx' Gruppe zählte, gegen seinen Willen und ohne sein Wissen Verbindungen zum *Bund der Kommunisten* aufrechterhalten und sogar dessen Propagandamaterial verbreitet hatte. So führte Marx seine weiteren Intrigen ins Feld. Die Folge davon waren Verhaftungen und Prozesse gegen Kommunisten in Deutschland und Frankreich. Anschließend werden die Ansichten, die die Kommunisten über die „zweideutige und intrigante Stellung“ von Marx und seinen speziellen Freunden in der Arbeiterbewegung zur Sprache brachten, dargelegt.

### **1. Marx/Engels' Isolierung versus Willich/Schappers Anerkennung in London**

Nachdem Marx/Engels aus dem *Bund der Kommunisten* im September 1850 rausgeworfen worden waren, standen sie in einer totalen politischen Isolation in London. Marx gestand selbst in einem Brief vom 11. Februar 1851 an Engels seine politische Isolation, dass er „fast nur“ mit Wilhelm Pieper (1826–1899), der sein Privatsekretär und gleichzeitig der Privatlehrer von Rothschilds Kindern war, „zusammen“ sei und „ganz zurückgezogen“ lebe (MEW 27, S. 185). Die „öffentliche, authentische Isolation, worin wir zwei, Du und ich, uns jetzt befinden“, schrieb er Engels, entspreche „ganz unserer Stellung und unsren Prinzipien“ (ebd., S. 184f.). Engels antwortete am 13. Februar 1851 Marx, dass er ebenfalls von der „Bande von Esel[n]“ und den „bornierten Hunde[n]“, die Marx und ihn „für ihresgleichen“ gehalten haben, nichts wissen und „eine gewisse Einsamkeit“ bevorzugen wolle (ebd., S. 189).

Nachdem Marx/Engels aus dem *Bund* ausgeschlossen und von Blanquisten und auch sogar von Chartisten gemieden worden waren, fragte Engels von seiner „Fabrikantenpfründe“ (Kuhnigk 1980, S. 219) in Manchester aus bei Marx an:

Wir können uns übrigens [...] nicht einmal sehr beklagen, daß die petits grands uns scheuen; haben wir nicht seit soundsoviel Jahren getan, als wären Krethi Plethi unsre Partei, wo wir gar keine Partei hatten und wo die Leute, die wir als zu unsrer Partei gehörig rechneten, wenigstens offiziell, [...] auch nicht die Anfangsgründe unsrer Sachen verstanden? [...] eine ‚Partei‘, d.h. eine Bande von Eseln, die auf uns schwört, weil sie uns für ihresgleichen hält? Wahrhaftig, es ist kein Verlust, wenn wir nicht mehr für den ‚richtigen und adäquaten Ausdruck‘ der bornierten Hunde gelten, mit denen uns die letzten Jahre zusammengeworfen hatten (MEW 27, S. 190).

Wilhelm Pieper berichtete in einem Brief vom 27. Februar 1851 an Engels weiter, Marx lebe in London „sehr zurückgezogen“ und seine „einzigsten Freunde“ seien „John Stuart Mill“, der die Harmonie zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse predigte, und „Lloyd“, nämlich der englische Bankier und Ökonom Lord Samuel Jones Overstone, gewesen (ebd., S. 169). Während die Führung des *Bundes der Kommunisten* sich auf eine Mehrheit im Arbeiterbildungsverein und in der Londoner Bundesgemeinde stützte und neben Blanquisten auch zu den Chartisten enge Verbindungen knüpfte, lebte Marx im Kreis der englischen Bourgeoisie, „die ihm ihre Salons öffneten und die Möglichkeit gaben, in London Beziehungen anzuknüpfen“ (Schraepfer 1972, S. 414). Es ist hier zu bemerken, dass auch Willich und Schapper wie Marx/Engels „Söhne gut situerter Familien“ waren; ihre Lebensweise war jedoch im Gegensatz zu Marx/Engels nichts anderes als das Leben eines Arbeiters (Sperber 2013, S. 279).

Die revolutionären Kommunisten standen im Frühjahr 1851 in einer ziemlich starken Position Marx/Engels gegenüber. Nach dem Bruch mit Marx/Engels war die Zentralbehörde des *Bundes* in London im Besitz der Kassen, der Akten und Adressen des *Bundes*. Auch die Bundesgemeinden in fast allen Orten erkannten sie „als die rechtmäßige Oberbehörde des Bundes“ (Wermuth/Stieber 1853, S. 72):

The Willich-Schapper faction, [...] were active for more than two years longer both in London and on the Continent, figuring prominently in police reports as its emissaries kept in touch with the Swiss, French and some German League groups and circles. Other London exile and Chartist societies had closer contacts with it than with Marx's associates. It is therefore not surprising that Willich, not Marx, was the best-known communist among the German exiles in London at the time (Lattek 2006, S. 94).

Wie schon erwähnt wurde, blieb auch der Londoner Arbeiterverein in den Händen der revolutionären Kommunisten. In London stand „the great majority of League members“ hinter Willich und Schapper (ebd., S. 94f.). Neben dem traditionellen Hauptsitz des Arbeitervereins gründeten sie noch zwei weitere Sektionen in London. Die deutschen Kommunisten wurden selbstverständlich von den anderen revolutionären Exil-Organisationen als legitime Vertreter der deutschen Arbeiter anerkannt. In London galten nicht Marx/Engels, sondern Willich und seine Genossen in den Augen der sozialistischen Öffentlichkeit und der politischen Exile als die „roten 48er“ (ebd., S. 4).

Während Schapper für die Beziehungen zwischen dem *Bund der Kommunisten* und der Chartisten übernahm, war Willich dafür verantwortlich, die Verbindungen des *Bundes* zu den Blanquisten weiter auf- und auszubauen. In diesem Sinne ergänzten Willich und Schapper die „foreign relations“ des *Bundes*. Der *Bund* stand nicht nur mit den Blanquisten und Chartisten, sondern auch mit den politischen Flüchtlingen aus Italien, Polen und Ungarn in Verbindung (ebd., S. 110f.).

## **2. Exkurs: Marx/Engels' literarische Geschäfte für ihr zukünftiges Kapital**

Marx brüstete sich in einem Brief vom 27. Juni 1851 an Weydemeyer, dass er sich in London im Gegensatz zu Willich, „mit ökonomischem und historischem Material“ geplagt habe. Er sei „meist von 9 Uhr morgens bis abends 7 Uhr auf dem Britischen Museum“ gewesen (MEW 27, S. 559).<sup>429</sup> Engels schrieb schon am 29. Januar 1851 an Marx, dass dieser mit der „Vollendung und Publizierung der Ökonomie“ eilen solle. Denn wenn man einen Artikel von Marx „über die Grundrente überhaupt in eine englische Review“ bringen könne, würde das ein „enormes Aufsehn“ erregen. Engels übernahm dabei „die Übersetzung“ ins Englische auf sich (ebd., S. 171). Weiter schrieb Engels am 13. Februar 1851 an Marx, dass dieser und er selbst gegen den gesamten „Emigrationspöbel“, sprich gegen revolutionäre Kommunisten und demokratische Republikaner in London, „in dicken Büchern“ „mit der Ökonomie“ antworten sollten (ebd., S. 191).

---

<sup>429</sup> Da Marx, wie Engels selbst am 9. Juli 1851 an Dronke schrieb, „wenig englisch spricht“ (MEW 27, S. 560), halfen Engels und Marx' Privatsekretär Wilhelm Pieper ihm bei seinen Artikeln für *New York Tribune*. Es ist bekannt, dass Engels in den 1850er Jahren zahlreiche Artikel im Namen von Marx schrieb. Als Marx im Sommer 1851 von dem Redakteur von *New York Tribune* aus den USA das Angebot erhielt, Korrespondent der *New York Tribune* zu werden, sandte Engels seine eigene Artikelserie *Revolution and Counter-Revolution* (Rubel 1968, S. 45ff.). Am 8. August 1851 wollte Marx von Engels, dass dieser ihm „einen englisch geschriebenen Artikel über die deutschen Verhältnisse“ liefere, da die *New York Tribune* ihn „gegen Honorar zum Mitarbeiten“ aufgefordert habe. So „wäre das ein famoser Anfang“ bei der *New York Tribune* (MEW 27, S. 296). In den 1850er Jahren lieferte Marx als „Europa-Korrespondent“ für die *New York Tribune*, die seinerzeit eine der auflagenstärksten Zeitungen der Welt war, mit Hilfe von Engels und Pieper insgesamt fast 500 Arbeiten, die „oftmals gar als Leitartikel ohne Namenszeichnung von der Redaktion abgedruckt“ wurden (Hubmann 2009, S. 165).



Schon viel früher wollte der „Fabrikantensohn“ Engels von Marx, dass dieser „ein paar größere Werke“ schreibe, da das jetzt „vor allem nottue“, um den „vielen Halbwissenden“ einen „gehörigen Anhaltspunkt“ zu geben. Er empfahl ihm 1845 dringend, so in einem Brief vom 20. Januar 1845, sein „nationalökonomische[s] Buch“ fertigzustellen. Denn es wäre „für den jetzigen Augenblick“ und für „die deutsche Bourgeoisie schlagender und wirksamer“. Das Buch müsse „bald“ heraus (ebd., S. 16).

Anfang April 1851 berichtete Marx Engels von seinen „Bibliothekstudien“. Nach seiner Ansicht habe die Nationalökonomie „seit A. Smith und D. Ricardo keine Fortschritte mehr“ gemacht. Marx wollte nun die bürgerliche Nationalökonomie im Sinne von Smith und Ricardo weiterentwickeln (ebd., S. 228). So kontaktierte er seinen früheren Verleger Zacharias Löwenthal in Frankfurt,<sup>430</sup> um seine Schriften über die bürgerliche Nationalökonomie bei seinem Verlag drucken zu lassen. Den Kontakt mit Löwenthal nahm Marx durch Hermann Ebner auf, der im Jahr 1850 ein „Geheimagent der österreichischen Polizei“ war und als Journalist in Frankfurt am Main bei Löwenthals Verlag arbeitete (ebd., S. 714).

Marx informierte am 24. November 1851 Engels, Ebner habe ihm geschrieben, dass Löwenthal „den Versuch mit Einem Bande“ machen und mit der „Geschichte der Ökonomie“ anfangen wolle. Ebner schreibe auch, dass Löwenthal nur „niedrig“ zahlen könne. Das wollte aber Marx sich nicht „gefallen“ lassen. Zwingt Löwenthal ihn jedoch, seinen „ganzen Plan zu verderben“, so müsse er Marx auch so zahlen, als dieser „direkt in seinem Auftrage schriebe“ (ebd., S. 370). Wilhelm Pieper, der bekanntlich Marx' Privatsekretär und gleichzeitig der Privatlehrer von Rothschilds Kindern war, empfahl Marx am 17. November 1851 auch, dass dieser mit der „Geschichte der Oekonomie“ anfangen solle. Da „alle gerne“ von Marx das haben wollten; „sie hegen die größten Erwartungen“ daran. Deswegen müsse Marx sich wohl entschließen, „die Geschichte als ersten Band zu geben“ (MEGA<sup>2</sup> III/4, S. 497).

Engels schrieb am 27. November 1851 an Marx, was dieser machen solle. Engels' Brief ist inhaltlich von Wert und verdient hier ausführlich zitiert zu werden, da es sich hier wohl um die Verhandlungen über das zukünftige „Kapital“ handelte. Engels wollte, dass Löwenthal sich „für zwei Bände verpflichten“ müsste. So würde Marx „diesen Raum auch nötig haben, teils wegen des zu antizipierenden Kritischen“, teils um sein „Honorar“ für sich „einigermaßen

---

<sup>430</sup> Der Name Löwenthal tauchte schon Anfang 1845 im Briefverkehr zwischen Marx und Engels auf (MEW 27, S. 16). Marx schrieb am 9. Mai 1845 an Löwenthal in Frankfurt, dass dieser „wieder einen Wechsel“ auf ihn ausstellen und Exemplare der *Heiligen Familie* sofort nach Paris schicken solle (ebd., S. 436). Marx/Engels wandten sich auch im September 1846 wieder an Löwenthal, um die *Deutsche Ideologie* bei seinem Verlag drucken zu lassen, was nicht zustande kam (ebd., S. 47).

rentabel zu machen. Dann kämen als 3. Band die Sozialisten und als 4.“ (MEW 27, S. 373). Engels beriet Marx als ein erfolgreicher Geschäftsmann, denn die „Eintreibung der Gelder, was die Hauptsache ist“ (ebd., S. 295), war sein Fachgebiet:

Für jeden Louis d'or, den er Dir am Bogen abzieht, zwingst Du ihm so viel Bogen mehr auf, daß dies doch wieder herauskommt und füllst diese Extrabogen mit Zitaten etc., die Dich nichts kosten. 20 Bogen a 3£ oder 30 Bogen a 2£ machen immer 60£, und 10 Bogen kostenfrei und ohne Zeitverlust zusammenzubringen aus Petty, Stewart, Culpeper und andern Kerlen, das ist doch wahrhaftig leicht, und Dein Buch wird um so viel ‚behrender‘ (ebd., S. 374).

Die „Hauptsache“ sei, dass Marx „die Gelegenheit jetzt noch“ nutze und wieder „mit einem dicken Buch vor dem Publikum“ debütiere, und sogar „am besten mit dem unverfänglichsten, der Historia“. Er pfeife dann den Buchhändlern, „wenn sie niedrig bieten“. Engels zog ebenfalls den in Frankfurt lebenden Löwenthal als Buchhändler vor; mit ihm sei ohnehin später immer mehr als mit andern auszurichten, „weil man den Ebner hat, der ihm in Frankfurt auf dem Nacken sitzt“ (ebd., S. 375). Engels' Vertrauen zu Ebner ist durchaus bemerkenswert, da dieser damals ein „Geheimagent der österreichischen Polizei“ war (ebd., S. 714) und gleichzeitig als Journalist in Frankfurt bei Löwenthals Verlag arbeitete.

### **3. Partei Marx: „Hochschule der Verleumdung und Verdächtigung aller Leute“**

Neben seinen literarischen Geschäften interessierte sich Marx von Anfang an sehr genau für die Aktivitäten des *Bundes der Kommunisten* in London, obwohl Engels und er selbst vorgaben, dass sie ihre „Isolation“ genießen und von der „Bande von Esel[n]“ nichts wissen wollten (MEGA<sup>2</sup> III/4, S. 42). So gab Engels in einem Brief vom 9. Juli 1851 Dronke vor, dass die „zahllosen Privatgemeinheiten des Packs“ ihnen „gleichgültig“ sein könnten (MEW 27, S. 562). Er gab am 7. August 1851 ebenfalls Weydemeyer vor:

Wir lassen die ganze Bande natürlich treiben, was sie wollen – ihr ganzes Treiben beschränkt sich natürlich auf Rodomontieren, Verrückte-Pläne-Schmieden und Schimpfen über uns – und kann uns gleichgültig sein (ebd., S. 569f.).

Doch die tagtäglichen präzisen Berichte über „Verrückte-Pläne“ der Kommunisten in ihrem Briefwechsel zeigen am besten, dass die revolutionären Pläne der Kommunisten Marx/Engels keinesfalls „gleichgültig“ waren. Engels schrieb Weydemeyer weiter, dass sie Willich und seine „Bande“ nicht zu „beobachten“ brauchen, denn „das tut die preußische Polizei für uns“ (ebd., S. 570).

Es ist bemerkenswert, darauf hinzuweisen, dass die preußische Polizei im Frühjahr 1851 eine Filiale in London errichtete, um die Kommunisten zu überwachen. Nach einem am 23.

September 1851 datierten Brief eines Bundesmitglieds aus London habe die preußische Polizei schon im März 1851 in London „eine geheime Fremden Polizei“ errichtet (RdA 1852, S. 390). Auch Marx/Engels ließen sich durch ihre „Spione“ über die politischen Aktivitäten der demokratischen Republikaner und Kommunisten in London regelmäßig und ausführlich informieren, wie zahlreiche ihrer Briefe aus den 1850er Jahren belegen.

### 3.1. Marx' „vollständiges Spioniersystem“ gegen die Führung des Bundes

Schon im Oktober-Rundschreiben von 1850 berichtete die Führung des *Bundes*, dass Marx gegen sie „ein vollständiges Spioniersystem“ in London organisiert habe. „Die Intrigen“, welche sowohl im Arbeiterverein als auch im *Bund* gegen Willich und Schapper ins Feld geführt wurden, wurden durch Marx' spezielle Freunde, wie Schramm, Pieper, Wolff, „deren besondere Aufgabe schien, zu hetzen und die Partei zu spalten“, organisiert (Wermuth/Stieber 1853, S. 267). Alexander Herzen, der mit Marx in derselben Zeit in London lebte, schrieb in seinen Erinnerungen über Marx und seine Umgebung Folgendes:

[...] Sie machten aus ihrem erfolglosen Patriotismus und ihren ungeheuerlichen Präntionen eine *Hochschule* der Verleumdung und Verdächtigung all der Leute, die mit größerem Erfolg als sie selbst auf dem Schauplatz erschienen (Herzen 1962, S. 201).

Marx ließ sich durch sein „vollständiges Spioniersystem“ über die politischen Bündnisse und Tätigkeiten der deutschen Kommunisten regelmäßig unterrichten. Er schrieb in seinen Briefen Tag für Tag detaillierte Informationen über die politischen Aktivitäten, Pläne und Vorhaben des *Bundes der Kommunisten*. Diese Informationen, die Marx durch seine Spione bekam, teilte er in seinen Briefen Engels mit, der sie sofort mit größtem Vergnügen weiterleitete (MEW 27, S. 320ff.).<sup>431</sup>

Engels sammelte auch selbst Informationen über die Aktivitäten des *Bundes* und gab sie in seinen Briefen an Marx weiter. So berichtete er am 27. Juni 1851 Marx über die Zentralbehörde des *Bundes der Kommunisten*, dass der „große Willich [sich] [...] mit Haude, Gebert und anderm unbekanntem Pack“ jetzt „gepaart“ habe (ebd., S. 274). Marx antwortete am 14. August 1851 Engels, dass Willich „natürlich vereinendes Mitglied der *Verbrüderung der Emigration*“

---

<sup>431</sup> Durch seine Spione im Arbeiterverein bekam Marx Tag für Tag Berichte. „Über die gestern abend gehaltne Sitzung“ schrieb er am 13. September 1851 Engels, „hab' ich noch keinen Bericht erhalten“ (MEW 27, S. 339). Wozu brauchte Marx diese Berichte, und an wen er sie außer Engels weiterleitete, lässt Marx offen.

sei. Diese „*Verbrüderung*“ habe ihre erste Generalversammlung gehabt. „Wir hatten einen Spion da“, schrieb er Engels (ebd., S. 315).<sup>432</sup>

In der Tat traute Marx „keinem Straubinger“ (ebd., S. 357), da sie alle „zu allem fähig“ seien (ebd., S. 351). Er brauchte sie jedoch, denn mit den „Straubingern“, schrieb er triumphierend am 1. Dezember 1851 an Engels, „werde ich jedenfalls neue Krisen in der elenden Schneider- und Bummlerherberge hervorrufen“ (ebd., S. 377f.). Marx meinte mit „der elenden Schneider- und Bummlerherberge“ den *Bund der Kommunisten* und den deutschen Arbeiterverein in London.

Mit seinen eigenen Aussagen bestätigt Marx selbst, dass er in Arbeitervereinen stets „neue Krisen“ hervorzurufen werde. Als Willich 1853 jedoch in seinem Entgegnungsschreiben *Doctor Carl Marx und seine Enthüllungen* in der *New-Yorker Criminal-Zeitung* schrieb, dass einige „Anhängern von Marx [...] intrigierten“, um „den Verein zu sprengen“, bezeichnete er in seiner Denunziationsbroschüre Willichs Aussagen als „Lüge“ (MEW 9, S. 508f.).

### **3.2. Februar 1851: Marx' Provokation gegen die Zusammenarbeit der französischen und deutschen Kommunisten**

Nach seiner Flucht aus dem Gefängnis kam Emmanuel Barthélemy, der bekanntermaßen der wichtigste blanquistische Anführer der Pariser Junirevolution von 1848 war, Anfang 1850 in London an. Wie schon behandelt wurde, gründeten hier die französischen und deutschen Kommunisten im April 1850 die *Weltgesellschaft der Kommunistischen Revolutionäre*, die Marx nach seinem Ausstoß aus dem *Bund der Kommunisten* „schon lange als de facto aufgelöst“ erklärte (MEW 7, S. 415). Doch nach dem Ausstieg von Marx/Engels aus der *Revolutionären Weltgesellschaft* wurde sie von Barthélemy und Willich „auf deutsch-französischer Basis“ weitergeführt (Lattek 2006, S. 112f.).<sup>433</sup> Die Führung des *Bundes* setzte hier die praktische Tradition des revolutionären Kommunismus fort, die in gewisser Hinsicht dazu beitrug, ein revolutionäres Bündnis gegen die Allianz der Monarchie und des Großbürgertums in Europa zu ermöglichen (ebd., S. 5f.). Gegen Ende 1850 gelang es den deutschen und französischen Kommunisten, ein *Internationales demokratisch-sozialistisches Comité* zu gründen, dem auch radikale Mitglieder der ungarischen und polnischen Emigration angehörten. Die Bewegung war daher „viel breiter und toleranter gegenüber anderen Gruppen“.

---

<sup>432</sup> Marx/Engels zettelten eine Verleumdungskampagne gegen Willich an und streuten abwechselnd das Gerücht, Willich sei homosexuell und gleichzeitig ein Ehebrecher. So schrieb Engels in einem Brief vom 11. Juni 1852 an Weydemeyer, dass Willich „weit mehr Sympathie für junge blonde Schneidergesellen als für hübsche Frauenzimmer“ habe (MEW 28, S. 531f.).

<sup>433</sup> Barthélemy begleitete auch einen Emissär des *Bundes der Kommunisten* im Dezember 1850 nach Paris und stellte ihm dort einigen blanquistischen Führern vor (Lattek 2006, S. 112f.).

Das *Internationale demokratisch-sozialistische Komité* organisierte im Frühjahr 1851 internationale Versammlungen und veröffentlichte mehrere Manifeste in London (ebd., S. 112f.).

Die Führung des *Bundes der Kommunisten* betrachtete die Gründung des *Internationalen demokratisch-sozialistischen Komités* als großen Verdienst der deutschen Kommunisten (BdK 2, S. 373). Von allen Gemeinden des *Bundes* war der Internationalismus „most pronounced“ im Londoner Hauptquartier (Lattek 2006, S. 113), sodass die Londoner Kommunisten die Feier deutschnationaler Ereignisse dezidiert ablehnten, da die Arbeiter „seit langem über die Nationalitätenfrage“ hinausgegangen seien (Wermuth/Stieber 1853, S. 281). In einem ausführlichen Manifest des *Internationalen demokratisch-sozialistischen Komités*<sup>434</sup> vom 16. November 1850 wandte sich diese Organisation „an die Demokraten aller Nationen“. Es wurde hier insbesondere vor der Entfesselung eines nationalen Krieges gewarnt (MEW 27, S. 147ff.):

Nein, Bürger! Keinen nationalen Krieg mehr! Die Barrieren, die die Despoten zwischen den Nationen, die sie unter sich geteilt, errichtet haben, sind fortan für uns gefallen. [...] Völker haben nur noch eine Fahne, auf der wir mit dem fruchtbaren Blut unserer Märtyrer geschrieben haben: Demokratische und soziale Weltrepublik (ebd., S. 150f.).

Im Manifest des *Internationalen demokratisch-sozialistischen Komitees* wurde festgestellt, dass die Regierungen zahlreiche Truppen, in Österreich, in Preußen, in Bayern, in Hannover, in Württemberg, in Sachsen, kurzum in allen Staaten Deutschlands insgesamt „eine Heeresmacht von ungefähr einer Million dreihundertdreißigtausend Kämpfern“ bildeten, die nur „auf das Signal zum Angriff“ warten. Angesichts dieser Gefahr müssten die Kommunisten und die demokratischen Republikaner alles vorbereiten, um der Gefahr zuvorzukommen (MEW 27, S. 150).

Marx ließ das Manifest des *Internationalen demokratisch-sozialistischen Komitees* vollständig ins Deutsche übersetzen und schickte es auch Engels. Da das Manifest der Kommunisten eindeutig gegen nationale Kriege gerichtet war, verspotteten Marx/Engels die Kommunisten deswegen in ihren Briefen (ebd., S. 147ff.). Marx zitierte in seinem Brief vom 2. Dezember 1851 die Bewertungen der reaktionären Zeitungen über dieses Manifest gänzlich bejahend, es sei ein Manifest von „zweitrangigen Größen“. Das Manifest sei „ohne Chic, ohne Stil, mit den

---

<sup>434</sup> Das Manifest des *Internationalen demokratisch-sozialistischen Komitees* wurde von der Gesellschaft der geächteten französischen sozialistischen Demokraten, den Delegierten der ständigen Kommission der Sektion der polnischen Demokratie, den Mitgliedern des Sozial-demokratischen deutschen Flüchtlingskomitees und des Deutschen Arbeitervereins sowie von den Delegierten der ungarischen Demokratischen Gesellschaft in London unterschrieben (MEW 27, S. 151).

armseligsten Rednerblumen von Schlangen und Meuchelmördern und Metzeleien!“ abgefasst worden. Mit „Meuchelmördern und Metzeleien“ meinte er wohl den französischen Kommunistenführer und Revolutionär Emmanuel Barthélemy, der die Junirevolution von 1848 leitete. Auch nach Engels habe die „Großsprecherei“ dieser Männer im Manifest „ihren vollendeten Ausdruck“ erreicht (ebd., S. 151ff.).<sup>435</sup>

Durch seine „Spione“ im Londoner Arbeiterverein und im *Bund* ließ Marx Einzelheiten über die Pläne der Kommunisten, Republikaner und oppositionellen Leuten erfahren und „strebte danach, ihre Vorhaben zu durchkreuzen“ (Schraepfer 1972, S. 448). So berichtete er am 10. Februar 1851 Engels, dass Blanquisten am 24. Februar ein Bankett geben wollen, zu dem nicht Marx/Engels, sondern französische, deutsche und englische Sozialisten und Kommunisten eingeladen wurden (MEW 27, S. 182). Am nächsten Tag, am 11. Februar 1851, schrieb er Engels über dasselbe Thema Folgendes:

Soeben erfahre ich, daß heute abend ein Meeting stattfand. Auf der Tribüne saßen: Präsident Schapper usw., Louis Blanc und die übrigen Mitglieder des neuen Völkerbundkomitees. Unter den vordersten Reihen des Auditoriums saß Harney mit Frau. [...] Schapper hielt mit Beifall, in englischer Sprache, seine unvermeidliche Rede: Krieg bis aufs Messer (MEGA<sup>2</sup> III/4, S. 37).

Wie eben erwähnt wurde, strebten deutsche und französische Kommunisten in London größere Bündnisse zu bilden, um ihre Freunde zu vermehren und ihr Lager zu verstärken. Diese Strategie führte zu einem stärkeren Einfluss der Kommunisten auf die internationalistischen politischen Aktivitäten und auf Chartisten im Jahr 1851. Die Einflussnahme der Kommunisten beunruhigte Marx/Engels sehr. Er fand es sehr gefährlich, dass die Chartisten sich politisch den revolutionären Blanquisten und deutschen Kommunisten näherten. Der Chartistenführer „Harney“, schrieb er mit voller Bitterkeit, halte auf der Versammlung „eine lange und [...] gute Pauke, worin er schließlich Blanqui, Barbès und zu guter Letzt Louis Blanc als den sozialistischen Messias“ leben ließe. Dabei erwähne Harney Engels und ihn gar nicht. Harney „poussiere“ nicht mit ihnen, sondern mit „Schapper-Willich“ (MEW 27, S. 184).

Besonders die enge politische Zusammenarbeit zwischen deutschen und französischen Kommunisten unter der Führung von August Willich und Emmanuel Barthélemy war für Marx/Engels „völlig unerwünscht“ (Lattek 2006, S. 57). Die Blanquisten unter der Führung Barthélemys genossen in den Jahren 1850/1851 große Anerkennung bei den Arbeitern und

---

<sup>435</sup> Bei einem polnischen Bankett Ende November 1850 sagten Barthélemy und Schapper, dass die Arbeiter der meisten europäischen Länder im Begriff seien, ein Bündnis zu schließen. Marx berichtete in einem Brief vom 2. Dezember 1850 an Engels spöttisch auch über dieses Bankett (MEW 27, S. 147ff.).

Besitzlosen in London. In den Augen der Herrschenden und von Marx/Engels war Barthélemy dagegen „meurtrier“ [Mörder] und „galérien“ [Galeerensklave] (MEGA<sup>2</sup> III/4, S. 58).<sup>436</sup>

Als das *Internationale demokratisch-sozialistische Komitee* Ende 1850 die Feier der europäischen Revolution am 24. Februar einberief, inszenierten Marx/Engels Verwicklungen, um das Bündnis und das *Komitee* in die Luft zu sprengen. Im Rundschreiben des *Bundes der Kommunisten* vom Mai 1851 wurde über Marx/Engels' Verhalten Folgendes berichtet:

In der Mitte Januar beschloss das internationale Comite, die [...] Feier der europäischen Revolution am 24. Februar. Louis Blanc und Landolphe, denen Marx und Engels früher auf jede Weise den Hof gemacht, bei denen sie uns verleumdet hatten, [...] traten mit uns in Verbindung und schloßen sich uns an. Jetzt wurde die Wuth der Clique, die sich vollkommen isoliert und außer aller Bewegung saß, grenzenlos (RdA 1851, S. 155).

Tatsächlich berichtete Marx verbittert in einem Brief vom 23. Februar 1851 an Engels, dass selbst Harney, der bekanntlich den radikalen Flügel der Chartisten vertrat, über tausend Tickets verkauft habe, wodurch die Veranstaltung zu einem „Londoner Event“ geworden sei. „Dank Dear“ Harney sei „dies Bankett zu einer Chartistenangelegenheit“ geworden (MEW 27, S. 195), wovor sich Marx sehr fürchtete. Zu diesem Bankett war „Herr Marx“, wie Willich später in seinem Artikel in der *New Yorker Criminal Zeitung* vom 28. Oktober 1853 schrieb, „natürlich nicht zugezogen“ (MEW 9, S. 515). Zu dieser internationalen Veranstaltung, die eine der größten Veranstaltungen der internationalen Organisationen in diesen Jahren war (Lattek 2006, S. 57f.), wurden nicht Marx/Engels, sondern der *Bund der Kommunisten*, nämlich Willich, Schapper und 250 deutsche Kommunisten, eingeladen. Ebenfalls nahmen die Führung der Chartisten, wie Harney und O'Connor, sowie Hunderte von weiteren Chartisten an dieser Versammlung teil

Marx/Engels nutzten nun diese Gelegenheit aus, um das Bündnis zwischen Blanquisten, den deutschen Kommunisten und Chartisten durch ihre vorgeplante Provokation zu zersprengen.

---

<sup>436</sup> Barthélemy gab Ende 1849 und Anfang 1850 zusammen mit Blanqui, Eugène Sue, Ménard, Lacambre und Pardigon die Zeitschrift *de la Démocratie socialiste* mit dem Titel *Les Veillées du Peuple* heraus. Er wurde 1855 wegen des mysteriösen Mordes an zwei Engländern in London gehängt. Seine Hinrichtung wurde bisher nie entdeckt (Lattek 2006, S. 112). Wilhelm Liebknecht, der ein Bewunderer von Barthélemy war, schrieb in seinen Erinnerungen, dass Barthélemys Prozess „ein sensationeller Prozess“ war. Die Juristen seien sich einig, dass es ein Totschlag sei, denn Mord erfordere nach englischem Recht Vorbedacht. Aber es sei klar, dass Barthélemy „nicht daran dachte, zu morden, als er das Haus betrat, er wurde angegriffen und handelte in Selbstverteidigung“. Trotzdem wurde Barthélemy „zum Tode verurteilt“ und am 22. Januar 1855 erhängt (Liebknecht 1896, S. 75ff.). The *People's Paper* deutete am 27. Januar 1855 über die Hinrichtung Barthélemys an: „There is a mystery which we could solve, but dare not. We know why Barthélemy perished, and who sacrificed him“ (Lattek 2006, S. 246f.).

Marx schrieb mitten in der Nacht von 24. Februar 1851 aus London an Engels in Manchester Folgendes:

Es ist jetzt 1 Uhr nachts. Vor einer Stunde ungefähr stürzt Pieper hier herein, ohne Hut, zerzaust, zerrissen. Die Sache verhält sich wie folgt. Heut abend fand das Meeting oder Bankett in der City statt. *Willich präsierte*. [...] Unser Dear [Harney] trug ein rotes Bändchen. Anwesend an 700 Mann, 150 Franzosen ungefähr, 250 Deutsche, 200 Chartisten und der Rest Polen und Ungarn. [...] Die Reden sollen spottschlecht gewesen sein (MEGA<sup>2</sup> III/4, S. 49).

Schramm und Pieper aus dem „Spioniersystem“ von Marx hatten Karten gelost, „um sich den Ulk“ anzusehen. Sie kamen nämlich auf die Feier, um dort eine Provokation zu stiften. Sie hatten außerdem von Marx den Auftrag erhalten, Harney, der in ihren Augen sich „zum Hauptkolporteur der Herren Straubinger“ gemacht und dagegen „Marx sorgfältig vermieden“ habe, „auf dem Banquet zu überwachen“. Pieper beschrieb in einem Brief vom 26. Februar 1851 an Engels die Provokation aus seiner Sicht. Demnach ließ Marx Schramm und ihn zum Bankett gehen, um über die „Verbindung Harneys mit den deutschfranzösischen Galeeren und Kasernenlummeln“ zu berichten. Denn Harney sei selbst „am unermüdlichsten“ gewesen, „das Banquet zu Stande zu bringen“. Er verlas sogar „die Adresse der fraternal democrats“ auf dem blanquistischen Banquet und „schloß sich dem Schapperschen war to the knife an“ (ebd., S. 57f.).

Pieper und insbesondere Marx’ „Sprachrohr“ Schramm benahmen sich auf dem Bankett entsprechend dem Auftrag von Marx sehr provozierend. Im Mai-Rundschreiben des *Bundes* von 1851 wurde berichtet, dass der „Bravo Schramm“ und „ein gewisser Piper, Lehrer bei Rothschild“ zur Versammlung gekommen seien, um sie zu stören:

Als die Reden anfangen, durchschritt Schramm mit insultierenden und provozierenden Mienen die Reihen der Gäste, da nun hierauf nicht geantwortet wurde, um jede Störung zu vermeiden, pflanzte er sich breit der Tribüne gegenüber auf, nahm ein Papier und machte Noten. Obgleich seine Gebärden immer insultierender wurden, übersah man dies dennoch, und erst, als bei dem Gesang der Marseillaise Jedermann aufstand und seine Hut abnahm und Schramm allein mit dem Hut auf dem Kopf in der Mitte des Saales sitzen blieb, ging ein Arbeiter zu ihm und ersuchte ihn, sich allgemeinen Ordnung zu fügen. Dieser Mensch antwortete hierauf: ‚Wenn Sie mich nicht in Ruhe lassen, so schlage ich Ihnen hinter die Ohren.‘ Jetzt traten mehrere Franzosen hervor, und forderten ihn auf, den Hut abzunehmen, statt zu folgen, schrie er ganz laut: ‚Ich ich ... auf Euch und eure Marseillaise!‘ Das Maß war voll. Pfeilgeschwindigkeit flog er zur Thür hinaus und erhielt im Hof von den Arbeitern eine gehörige und wohlverdiente körperliche Züchtigung (Wermuth/Stieber 1853, S. 277f.).



Marx schrieb in seinem erwähnten Brief vom 24. Februar 1851 an Engels über die von ihm selbst vorbereitete Provokation, dass die Arbeiter auf dem Bankett auf Schramm und Pieper zeigend „spy, spy, Haynau, Haynau“ riefen (MEGA<sup>2</sup> III/4, S. 49f.).

Es ist hier passend, zu fragen, wer Haynau war und warum die Arbeiter auf Marx' spezielle Freunde zeigend den Namen von „Haynau“ und „spy“ riefen. Der österreichische General Julius von Haynau (1786–1853) war in ganz Europa aufgrund der Grausamkeiten bei der Unterdrückung der Erhebungen in Italien und Ungarn als „Hyäne von Brescia“ und „Blutrichter von Arad“ bekannt geworden. Er unterdrückte 1848 die revolutionären Bewegungen in Italien und Ungarn. Im September 1850 kam Haynau in London an. Gegen ihn wurden hier gewaltige Demonstrationen organisiert (Herres 2018, S. 140). Bei seinem Besuch einer Londoner Brauerei wurde er sogar von Arbeitern verprügelt (Sperber 2013, S. 276). Marx verrät in seinen Briefen den Lesern nicht, warum die Arbeiter auf Schramm und Pieper zeigend den Namen von „Haynau“ riefen. Anscheinend wussten die Kommunisten und Arbeiter in London mittlerweile, dass Schramm und Pieper nur im Auftrag von Marx handelnde Spione waren. Da diese Männer dem „Spioniersystem“ von Marx angehörten, wurden sie am 24. Februar 1851, wie der reaktionäre General Julius von Haynau, von Arbeitern verprügelt. An der „Prügelei“ hätten nach Marx' Ansicht „200 Subjekte“ teilgenommen, „Deutsche, Franzosen und die Herrn fraternal“ (MEW 27, S. 199).

Die von Marx geplante Provokation war also perfekt. Marx tat alles, um „die Geschichte in ganz Deutschland“ zu verbreiten. Er wollte insbesondere den aufrichtigen Republikaner Hermann Becker in Köln auf seine Seite ziehen, wovon noch die Rede sein wird, da Becker mit Schimmelpfennig aus der *Revolutionären Zentralisation* im Kontakt stand. Um Beckers Verbindung zu demokratischen Republikanern und Kommunisten zu zerstören, ließ Marx Ende 1850 Schramm sowohl im Namen von Willich an Becker als auch im Namen von Becker an Willich fingierte Briefe schreiben. Dann forderte er Becker auf, diese vom Pseudowillich Schramm geschriebenen Briefe zu ihm zu schicken (ebd., S. 237), denn Marx plante durch diese fingierten Briefe, Willich gegenüber „ein großartiges Gegenstück“ zu errichten (ebd., S. 556). Da Hermann Becker die fingierten Briefe an Marx nicht schicken wollte, nutzte Marx auch die durch seine Spione inszenierte Provokation auf dem internationalen Bankett in London aus, Becker zur Sendung der Briefe zu zwingen. Marx schrieb am 28. Februar 1851 an Becker in Köln Folgendes:

Ich begreife Dein Schweigen nicht. Hättest Du mir die Briefe von Willich, um die ich Dich ersuchte, zugeschickt, so hätte ich die nachfolgenden Sauereien nicht zu berichten. Ich muß

noch immer um sofortige Sendung dieser Briefe bitten. [...] Es handelt sich von dem Londoner Bankett vom 24. Februar, wo zwei unserer Freunde und Parteigenossen öffentlich ‚gehaynaut‘ worden sind unter dem Präsidium des wackeren Ritters von Willich (ebd., S. 545).

Marx ersuchte hier, Becker zu beeinflussen, indem er die politischen Konflikte zwischen ihm und der Führung des *Bundes der Kommunisten* aus seiner Sicht schilderte. Ohne ein einziges Wort über seine totale politische Isolation in London zu verlieren, schrieb er Becker, dass Schapper und Willich in London sich „mit Vidil und Barthelemy [...] und dem Auswurfe der polnischen, ungarischen und italienischen Emigration“ vereinigt hätten. Sie „ließen sich von diesem Gesamtmob zu einem europäischen Zentralkomitee stempeln“. Er verschwieg dabei ganz bewusst die Chartisten zu erwähnen, weil sogar auch die Chartisten nicht ihn, sondern Willich und Schapper als Vertreter der deutschen Arbeiterpartei anerkannten. Da auf dem Londoner Bankett vom 24. Februar ihre „zwei Freunde“, nämlich Schramm und Pieper, „öffentlich ‚gehaynaut‘ worden“ seien, schrieb Marx am Ende seines Briefes wiederum, müsse man endlich „diese feigen, verleumderischen, infamen Meuchelmörder“, sprich die revolutionären Kommunisten, vor dem deutschen Proletariat und „wo es nur sonst tunlich“, brandmarken. „Notwendig“ dazu sei, dass Becker „sofort die Briefe“ an ihn schicke (ebd., S. 545ff.).

Für die Führung des *Bundes der Kommunisten* war klar, dass Marx mit dieser perfekten Provokation sein Ziel erreicht habe. Er habe trotz des friedlichen Charakters der Festversammlung durch die pure Frechheit seiner Männer Erfolg gehabt. Schramm habe „den Zweck seiner Meister“ erreicht (Wermuth/Stieber 1853, S. 277f.). Was die Spaltungen jedoch anbetreffe, so versicherte die Führung des *Bundes*, „welche die Spione in unserer Parthei hervorzurufen suchen, so sind wir auf unserer Hut und wir können euch versichern, daß sie ihren Zweck nicht erreichen werden“ (RdA 1851, S. 163).

Marx wollte sofort die „gerichtliche Prozedur“ gegen die deutschen Kommunisten, Blanquisten und Chartisten starten. Für die europäische Bourgeoisie und auch für Marx war es gefährlich, dass Blanc und Harney sich den revolutionären Blanquisten politisch annäherten. Er schrieb am 26. Februar 1851 an Engels, dass Schramm und Pieper vor Gericht gehen und Blanc und Harney dort denunzieren müssten. Dabei freute er sich, „welches Fr[esse]n für die Times, namentlich da Barthélemy, der Galérien, der meurtrier u.s.w., als Angeklagter und provocateur à l'assassinat [Mordhetzer] erscheinen würde“. Die *Times* werde „jubilieren“ (MEGA<sup>2</sup> III/4, S. 59).

Die politische Anziehungskraft der revolutionären Kommunisten war 1850/1851 in London so stark, dass die Chartisten sich nicht mit Marx/Engels, sondern mit Blanquisten und mit den deutschen Kommunisten verbündeten. Das machte Marx am meisten wütend. Seine besondere Wut konzentrierte sich auf den aufrichtigen Chartistenführer Harney. Es handelte sich hier um „sein Verhältnis zu Schapper und Willich“, denn Harney habe sich „hundskommunen Feinden“ von Marx/Engels „als Anhang konstituiert“; er habe sie verleugnet, da er nach dem Vorfall mit Schramm und Pieper nicht sofort öffentlich in dem Meeting eine Revanche gegeben und dann sich sofort zurückgezogen habe. Stattdessen habe Harney bei seinen Freunden Willich und Schapper alles getan, um die Sache als irrelevant darzustellen (ebd., S. 59f.). Genau genommen durchschaute Harney die von Marx geplante und durch seine „Spione“ auf dem Bankett vorgeführte Provokation und machte nicht mit, was Marx in der Tat auf ihn wütend machte.

Marx schrieb am 1. März 1851 an Engels weiter, dass es „von Seiten der Chartisten“ immer noch „keine Aussicht auf öffentliche Satisfaktion“ gebe. „Briefe verwirren, verschleppen, richten nichts aus“, schrieb er an Engels (MEW 27, S. 213.). „Freund Harney“ scheine Marx sich mit Schapper darauf zu verlassen, dass die Sache ruhig vorübergehe, denn er habe es nicht Mal der Mühe wert gehalten, „die nötigen steps“ ihnen gegenüber zu tun und die „nötigen Konzessionen“ zu machen. „Ungebrochen“ wollte Marx deshalb „diesen Dreck doch nicht vorübergehn lassen“ (MEGA<sup>2</sup> III/4, S. 59). So musste der aufrichtige Chartistenführer Harney wohl wegen Drohungen von Marx/Engels im Frühsommer 1851 England verlassen. Sie betrachteten nun Ernest Jones als ihren „engsten britischen Verbündeten“ (Lattek 2006, S. 108f.), der bekanntlich auf der großen Chartisten-Demonstration vom 10. April 1848 die Chartisten aufforderte, sie ordentlich zu beenden, worauf die Einigkeit der Demonstranten verschwand und die Polizei mehrere Chartisten erschoss (Lessner 1975, S. 70).

Marx/Engels beabsichtigten in der gesamten revolutionär/kommunistischen Bewegung in Europa „Zwiespalt“ zu stiften. So riefen sie nicht nur in der Führung der deutschen und englischen Arbeiterbewegung „Zwiespalt“ hervor, sondern sie versuchten auch, wie im Mai-Rundschreiben des *Bundes* von 1851 bemerkt wurde, sich in die politischen Fragen der französischen Arbeiterbewegung einzumischen, um auch dort „Zwiespalt“ zu stiften (Wermuth/Stieber 1853, S. 279).

Es geht hier um einen umstrittenen Brief Blanquis, den er „schon im Januar“ 1850, also bevor Blanqui von den durch das *Internationale Komitee* organisierten Feiern der „europäischen Revolution“ etwas wusste, an Barthélemy schrieb. Blanqui analysierte hier die Fehler der Revolution von 1848 und zog daraus die notwendigen Maßnahmen für revolutionäre

Regierungen. Außerdem kritisierte er die Mitglieder der Provisorischen Regierung vom Februar 1848, darunter auch Louis Blanc. Wie im Mai-Rundschreiben des *Bundes* von 1851 stand, habe die Bundesführung diesen „eigenhändigen“ Brief Blanquis an Barthélemy „selbst gelesen“. Sie habe den Eindruck, dass Blanqui diesen Brief „in einem Moment der Aufregung und des Ärgers geschrieben“ habe, weil es in dieser Zeit unter französischen Kommunisten politische Streitigkeiten gebe. Der Bundesführung zufolge möge Blanc zwar während der Revolution von 1848 nicht die gehörige Energie gezeigt haben, die von ihm verlangt werden konnte, er sei jedoch in ihren Augen „wenigstens kein Volksverräter“. Außerdem sei die Führung des *Bundes* mit Blanc „durch das Komitee der französischen Gesellschaft“ nämlich durch Blanquisten, „in Verbindung getreten“ und ihn daher „als Bruder“ anerkannt. So wurde Blanc „in die Banquett-Kommission gewählt“ (ebd., S. 278).

Blanqui habe tatsächlich sein Aktenstück *Avis au peuple* an seine Schwester nach Paris geschickt, „ohne jedoch die Absicht zu haben, dasselbe veröffentlichen zu lassen“. Kurz darauf erhalte Blanqui von Barthélemy einen Brief, in dem Barthélemy ihn ersuche, „einen Toast zu dem Banquett“ zu liefern. Er bat ihn „jedoch unter Auseinandersetzung unseres Verhältnisses zu Louis Blanc [...] jede persönliche Attaque gegen denselben zu vermeiden“. Blanqui lasse durch seine Schwester den *Avis au peuple* Barthélemy zuschicken, „um denselben, wie er ausdrücklich sagt, über seine Ansichten von Louis Blanc aufzuklären, nicht aber, um den *Avis au peuple* als Toast an dem Banquett vorzulesen“. Blanqui unterstützte Barthélemy tatsächlich. In einem Privatbrief, der kurz nach dem Vorfall geschrieben wurde,<sup>437</sup> erklärte Blanqui, er habe Barthélemy nur seine Meinung über Blanc mitteilen wollen, und der Brief sei nicht zur Veröffentlichung bestimmt gewesen (Lattek 2006, S. 116):

So wurde in der Sitzung der Banquett-Kommission Blanquis Toast diskutiert und mit Stimmenmehrheit beschlossen, seine Kritik an Blanc auf der Veranstaltung nicht vorzulesen, um das Bündnis nicht in Gefahr zu bringen. Zudem habe die Bankettkommission schon im Januar einstimmig beschlossen,

bei dieser Feier jeden Geist der Koterie zu verbannen, sich über jede persönliche Zuneigung oder Abneigung zu erheben; nur an das Interesse unserer Sache, an die Verherrlichung unserer Grundsätze zu denken, und jeden Toast, der irgendwelche persönliche Abspiegelungen auf Leute unserer Partei enthielte, zurückzuweisen (Wermuth/Stieber 1853, S. 278f.).

---

<sup>437</sup> Blanqui to Maublanc, 27 March 1851, Bibliothèque Nationale, Paris, MSS. Blanqui, N.A.F. 9583, ff. 392–93; zit. nach Lattek 2006, S. 248.

„Offizielle Freunde Blanquis“ veröffentlichten jedoch den *Avis au peuple* in Paris, unter dem Titel *Toast Blanquis für das Banquett der Gleichen am 24. Februar* mit der Kritik an Blanc, und zwar in der *Patrie*, einer reaktionären Zeitung (ebd., S. 279). Marx/Engels teilten ebenfalls sowohl in ihrem Briefverkehr als auch in ihren öffentlichen Erklärungen lang und breit den „Jubel“ der reaktionären Zeitung *Patrie* mit und bezeichneten die revolutionären Kommunisten als „Flüchtlingsmob“. Engels triumphierte, dass der „ganze [...] Knalleffekt“ der vom *Internationalen Komitee* organisierten Feier der europäischen Revolution durch diese Veröffentlichung von Blanquis Brief verdorben sei. So ließen Marx/Engels Pieper den *Avis au peuple* von Blanqui ins Deutsche übersetzen, fügten ihm, wie Willich später schrieb, eine „das Fest schmähende Einleitung, in welcher Schapper und Willich als Volksverführer bezeichnet wurden“ (MEW 9, S. 515), hinzu und ließen den Toast „in 30 000 Exemplaren in Deutschland und England“ als Flugschrift verbreiten (MEW 27, S. 561).

Ihre Einleitung in dieser Flugschrift machte es hinreichend deutlich, wen sie mit der Übersetzung von Blanquis Brief anzugreifen suchten. Sie bezeichneten hier das *Internationale Komitee*, dem Willich, Schapper, Barthélemy, Vidil und Harney angehörten, als „elende Betrüger des Volkes“ und als „ein Komitee des europäischen Zentralmobs“ (MEW 7, S. 568) und benannten den *Bund der Kommunisten* „Europäische Canaille“ (RdA 1851, S. 155).<sup>438</sup>

Die Bundesführung sagte schon in ihrem Mai-Rundschreiben von 1851 genau voraus, dass Marx/Engels versuchen werden, diese „Geschichte“ nun „zu neuen Intrigen“ zu benutzen, indem sie die Führung des *Bundes* als Anhänger L. Blancs darstellten:

Sie wollen uns als die Anhänger L. Blancs, als die moderierten, dem Kleinbürgerthum sich hinneigenden Kommunisten darstellen, sich selbst aber als die Anhänger Blanqui's, als die revolutionären Kommunisten, als die wirklichen Vertreter des Proletariats. Wir erklären dies einfach als eine Infamie (Wermuth/Stieber 1853, S. 279).

Blanqui hatte als der revolutionäre Kommunist, als der wahre Repräsentant des Proletariats, eine „große moralische Autorität“ sowohl bei den französischen als auch bei den deutschen Kommunisten. Die Frage des Festhaltens an seinen Lehren wurde zum „Prüfstein echter proletarischer revolutionärer Prinzipien“ (Lattek 2006, S. 116). So wollte die Zentralbehörde des *Bundes* im Mai-Rundschreiben von 1851 ihren Standpunkt gegenüber Blanqui und Blanc nochmals klar machen, nämlich, dass sie sich keineswegs für Blanc und gegen Blanqui erklärt habe. Das langjährige Bündnis mit den französischen Blanquisten sei ein unwiderlegbarer

---

<sup>438</sup> Engels versuchte in einem an den Redakteur der *Times* gerichteten Brief vom 5. März 1851, sich selbst als Verteidiger von Blanqui auszugeben (MEW 7, S. 466ff.).

Beweis dafür, dass die Führung des *Bundes* auf der Seite der „kompromisslosesten“ revolutionären Arbeiterpartei Frankreichs stand. Die Ansichten, die Blanqui in seinem *Avis au peuple* ausspreche, entsprächen „vollkommen“ ihren Ansichten (Wermuth/Stieber 1853, S. 279). Damit meinte die Führung des *Bundes* die in Blanquis Brief geäußerten notwendigen Maßnahmen für revolutionäre Regierungen. Blanqui bekannte sich hier zur revolutionären Gewalt und Organisation der arbeitenden Klassen und Besitzlosen, wie Weitling, Gottschalk und Willich:

Waffen und Organisation – das ist das entscheidende Element des Fortschritts, das einzig ernste Mittel, dem Elende ein Ende zu machen. Wer Eisen hat, hat Brot. Man sinkt auf die Knie vor den Bajonetten, man fegt waffenlose Haufen wie Spreu hinweg. Frankreich, gespickt mit bewaffneten Arbeitern – das ist die Ankunft des Sozialismus. Vor dem bewaffneten Proletariate wird alles verschwinden, Hindernisse, Widersetzlichkeiten, Unmöglichkeiten. Aber für die Proletarier, die sich mit lächerlichen Straßenpromenaden, mit Freiheitsbäumen, mit wohlklingenden Advokatenphrasen die Zeit vertreiben lassen, gibt es zuerst Weihwasser, dann Beleidigungen, endlich Kartätschen und immer Elend! Das Volk mag wählen! (MEW 7, S. 569f.).<sup>439</sup>

Während Marx 1846 von revolutionären Auffassungen Weitlings nichts wissen wollte und den Kommunisten und Arbeitern eine „streng wissenschaftliche Idee“ (BdK 1, S. 303) und die Beschäftigung mit bloßer Theorie predigte, veröffentlichte derselbe Marx 1851 Blanquis Brief, in dem Blanqui die Beschäftigung des Volks mit bloßen „Theorien“ als eine elende „Fehlgeburt“ verurteilte (MEW 7, S. 569), um sich gegenüber der Bundesführung „als die Anhänger Blanqui’s, als die revolutionären Kommunisten, als die wirklichen Vertreter des Proletariats“ vorzugeben (Wermuth/Stieber 1853, S. 279). Gleichzeitig gaben Marx/Engels in ihrem Briefverkehr doch ihre wahre Freude über die Gerüchte gegen revolutionäre Blanquisten in reaktionären Blättern freien Lauf.

Engels schrieb am 10. März 1851 Marx sehr amüsiert: „Barthélemy ist schön blamiert.“ Er fand sehr „schön“ und „ein Trost“ für Marx und sich selbst, dass die reaktionär-bürgerliche Zeitungen Barthélemy blamierten (MEW 27, S. 216). Auch Marx zitierte am 17. März 1851 die Gerüchte der reaktionären Blätter über die Kommunisten lang und breit und fragte Engels; „Ist das nicht super“ (ebd., S. 221). Dieser antwortete am 19. März 1851 ihm, dass die „Geschichte mit dem Toast Blanqui“ sich „wirklich über die Maßen schön“ entwickle. Es werde

---

<sup>439</sup> Im Gefängnis von Belle-Ile (1850–1857) antwortete Blanqui auf die Frage „Was soll die Revolution leisten?“: „Die Zerstörung der gegenwärtigen, auf Ungleichheit und Ausbeutung beruhenden Ordnung; den Sturz der Unterdrücker; die Befreiung des Volkes vom Joch der Reichen“ (Bravo 1971, S. 254f.).

sich schon jemand finden, der Lust habe, „seine Nase in diesen Dreck zu stecken, selbst auf die Gefahr hin, an die frische Luft gesetzt zu werden“ (ebd., S. 222).

Es ist hier angebracht die Frage, die Weitling schon 1846 gestellt hatte, nochmals zu erwähnen. Er schrieb nämlich in einem Brief vom 16. Mai 1846 an Kriege, dass er den Angriff von Marx/Engels an die Angehörigen der kommunistischen Bewegung nicht einsehe und daher frage, welches Interesse eine Partei haben könne, „ihre Waffen gegen sich selbst zu richten“ (BdK 1, S. 1042). Weitling stellte schon sehr früh fest, dass Marx/Engels nicht den Feind, nämlich die Monarchie und das Großbürgertum, sondern die Angehörigen der revolutionären Bewegung bekämpften. Dieselbe Frage stellte sich auch die Führung des *Bundes* in ihrem Mai-Rundschreiben von 1851 in Bezug auf die behandelten Auseinandersetzungen mit Marx/Engels,

ob mit Leuten [mit Marx/Engels], die stets desorganisierend aber nie organisierend auftreten, welche Allen, die für unsere Sache arbeiten, ohne zuvor von Ihnen die Sanktion hierzu erhalten zu haben, nicht allein hindernd in den Weg treten, sondern sogar sie noch auf das Schmählichste verleumden, eine Wiedervereinigung stattfinden kann? Ob diese [Männer] überhaupt bei ihrem jetzigen Auftreten im Interesse des Proletariats arbeiten oder gegen dasselbe (Wermuth/Stieber 1853, S. 279).

Die Zentralbehörde des *Bundes der Kommunisten* machte hier ihren Standpunkt zu Marx/Engels klar:

[W]ir sind [...] dem Bund eine [...] Aufklärung schuldig, theils um demselben unsere hiesige Stellung klar zu machen, theils um allen möglichen infamen, Intrigen, welche hier angesponnen werden, von vornherein entgegenzutreten. Unsere erbittertsten Feinde hier sind unstreitig die Marx-Engels'sche Cligue. Selbst unfähig, das Geringste zu organisieren, oder etwas [P]raktisches durchzuführen, scheint ihre Aufgabe darin zu bestehen, jeder Organisation, jeder Ausführung hindernd in den Weg zu treten (ebd., S. 276).

Die Führung des *Bundes* würde Marx/Engels gar nicht mehr erwähnen, wenn ihr „nicht von verschiedenen Seiten die Nachricht“ zugegangen wäre, dass diese Männer „unverschämt“ genug seien, die Mitglieder der Zentralbehörde des *Bundes* als „abtrünnige Kommunisten, als Überläufer in das Lager des Kleinbürgertums zu verschreien“ (ebd.). Trotzdem wollte die Führung des *Bundes* „keine öffentlichen Erklärungen“ gegen Marx/Engels erlassen,

theils weil wir diese Katzbalgereien vor der Öffentlichkeit für unsere Sache im höchsten Grade für schädlich halten, theils weil wir glauben, unsere Zeit zu anderen Dingen verwenden zu

müssen, als mit dieser Bande der kritischen Kritiker einen Federkrieg zu beginnen (ebd. S. 279f.).

Tatsächlich war die Führung des *Bundes* in London sehr beschäftigt. Sie versuchte nach wie vor, so das Mai-Rundschreiben des *Bundes* von 1851, „im Interesse unserer Partei eine Einigung der hiesigen Emigration“, nämlich mit demokratischen Republikanern, gegen die Adel- und Geldaristokratie zustande zu bringen, obwohl diese auch ihrerseits hofften, „die Arbeiterpartei leichten Kaufs in den Sack zu schieben“, um sie zu ihrem Zweck benutzen zu können (ebd., S. 280).

### **3.3. Deutsche Revolutionsanleihe und ihre Widersacher Marx/Engels**

Im Februar 1851 tauchten in der deutschen Presse Hinweise auf eine Annäherung zwischen August Willich und Gottfried Kinkel auf. Carl Schurz, der Kinkel im Herbst 1850 in einer gewagten Aktion aus dem deutschen Zuchthaus befreit hatte und zusammen mit ihm Anfang 1851 in London ankam, spielte in dieser Annäherung eine bedeutende Rolle (Lattek 2006, S. 118). Schurz war der Meinung, dass die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und demokratischen Republikanern notwendig sei, denn ohne Arbeiter sei in Deutschland die Organisation einer revolutionären Bewegung nicht möglich und die Arbeiter seien von Kommunisten unter Willichs Führung organisiert (ebd., S. 86).

So stifteten die deutschen demokratischen Republikaner am 27. Juli 1851 den deutschen *Emigrations-Klub*, zu dessen leitenden Mitgliedern u.a. Kinkel, Schurz, Reichenbach und Schimmelpfennig zählten. Auch Willich erklärte sich bereit, mit Rücksicht auf eine Revolutionierung in Deutschland ein Bündnis mit ihnen zu schließen. Daraufhin traten diesem Klub Willich und Schärttner aus der Zentralbehörde des *Bundes der Kommunisten* bei. Die Organisation wollte eine Art Dachverband für die revolutionären deutschen Emigranten in Europa und Amerika sein. Von dieser Stelle aus wurde der Gedanke der *Deutschen Revolutionsanleihe* gefördert (Schraepler 1972, S. 450).

Die demokratischen Republikaner und Kommunisten, die sich für die Organisierung der revolutionären Kräfte in Deutschland einsetzten, sahen sich nun vor die dringende Aufgabe gestellt, eine Summe von zwei Millionen Dollar für die Revolutionsanleihe zu sammeln, womit man die Organisierung der brauchbaren Kräfte in Deutschland zustande bringen wollte, wie der Italiener Mazzini, der den Anfang gemacht hatte, eine Revolutionsanleihe ausschreiben zu lassen. So beschlossen auch deutsche Republikaner und Kommunisten zuerst eine Geldsumme von 20.000 Talern aufzubringen, die als „Grundstock“ der Revolutionsanleihe dienen sollte (Mehring 1960, S. 226). Eine wirkliche finanzielle Unterstützung konnte aber nur aus Amerika



kommen, wo Auswanderer aller europäischen Länder sich aufhielten, die unter Umständen bereit waren, die nötigen Mittel zu beschaffen, um in ihren Heimatländern ein solches Unternehmen zu unterstützen. Für die Aufgabe, eine propagandistische Rundreise in die USA anzutreten, schien der Professor Gottfried Kinkel geeignet zu sein. So ging Kinkel im September 1851 in die USA, um Spenden für eine Befreiungsarmee zu sammeln. Er reiste vom 14. September 1851 bis zum 25. Februar 1852 mit der Mission durch die Vereinigten Staaten, um Gelder für die Organisierung der revolutionären Kräfte in Deutschland zu sammeln (Keßler 2006, S. 54).

Die deutschen Kommunisten unter Weitlings Führung, die Verbindungen in den meisten amerikanischen Großstädten hatten und in den Arbeitervereinen in den USA organisiert waren, unterstützten dort die Revolutionsanleihe. Im März 1852 veröffentlichte Weitling in seiner wöchentlichen Zeitschrift *Republik der Arbeiter* in New York einen Aufruf an die Arbeiter, in dem aufgefordert wurde, einen Arbeitstag als Beitrag zur deutschen Revolutionsanleihe zu opfern (RdA 1852, S. 89). Er veröffentlichte im September 1852 auch das Zirkular des Komitees der deutschen Revolutionsanleihe zur Förderung der revolutionären Kräfte in Deutschland (ebd., S. 290).<sup>440</sup>

Marx/Engels bekämpften auch die Revolutionsanleihe. Sie versuchten durch ihre Spione im Arbeiterverein nicht nur Informationen über Pläne und Aktivitäten der Revolutionäre und demokratischen Republikaner zu sammeln, sondern sie ließen dadurch auch von ihnen selbst produzierte Gerüchte verbreiten, um die Bündnispartner gegeneinander auszuspielen. So ersuchte Marx durch seine Spione im Arbeiterverein, Kinkel und Willich gegeneinander auszuspielen. Er schrieb am 25. August 1851 an Engels, dass er durch seinen Spion im Arbeiterverein „wissen lassen, Kinkel habe 160 £ St.“ für sich erhalten, „die er wochenlang verheimlicht und die er nun mit Willich zu teilen gedenke“ (MEW 27, S. 326).<sup>441</sup>

Im Sommer 1851 setzten Marx/Engels alle ihren Intrigen gegen den Versuch der Revolutionsanleihe ein, um sie zum Scheitern zu bringen und das Bündnis zwischen Kommunisten und demokratischen Republikanern zu sprengen, weil sie selbst im Bündnis des Großbürgertums und der Krone standen. In Bezug auf den deutschen *Emigrations-Klub*, dessen leitenden Mitgliedern bekanntlich Kinkel, Schurz, Reichenbach, Schimmelpfennig, Willich

---

<sup>440</sup> Nach Martin Hundt sei „der objektive Antikommunismus des Sonderbunds“, sprich der *Bund der Kommunisten*, sowohl in der „prinzipienlosen Kooperation mit vulgärdemokratischen Kräften und anderen abenteuerlichen Bestrebungen wie auch in der Aktiven Unterstützung“ von Weitling in der *Republik der Arbeiter* zu sehen, da Willich zu den Gründungsmitgliedern der Revolutionsanleihe gehörte (Hundt 1993, S. 757).

<sup>441</sup> Edgar Bauer schrieb im November 1852 in seinen *Konfidentenberichten*, dass Marx auch in der Revolutionsanleihe versucht habe, Kinkel und Willich gegeneinander auszuspielen (Gamby 1985, S. 33ff.).

und Schärttner angehörten (Schraepler 1972, S. 450),<sup>442</sup> sprach Marx in einem Brief vom 2. August von 1851 an Weydemeyer über diese Männer verächtlich. Er zeigte hier deutlich seinen feindlichen Standpunkt zu „großen Männern“, sprich Kommunisten und demokratischen Republikanern. Dann beklagte er sich, dass „die großen Männer“ ihn hassen. Er ließ hier jedoch die Frage offen, warum diese Männer sich von ihm fernhalten wollten:

Soeben erfahre ich, daß die großen Männer, Rüge und Clique, Kinkel und Clique, Schapper, Willich und Clique und die Vermittler dieser Größen, Fickler, Goegg und Clique sich zu einem Schwamm zusammentun. [...] Das Zement übrigens, das diesen Teig zusammengekittet, ist der Haß gegen die „Clique der N[eu]en Rheinischen Z[eitung]“, speziell gegen mich. Ein Dutzend zusammen sind sie die wahren Kerls (MEW 27, S. 566).

Marx/Engels bekämpften durch ihre speziellen Freunde auch in den USA die Revolutionsanleihe. So forderte Marx seinen Anhänger Adolf Cluß in den USA auf, Einzelheiten über Kinkels Agitationsreisen aus dem „Revolutions-Bund-Lager“ aus den USA zu berichten. Im Auftrag von Marx führte Cluß zusammen mit Weydemeyer in den USA einen Angriff gegen die Revolutionsanleihe (MEW 28, S. 100ff.). Auch Engels schrieb am 27. August 1851 an Marx, dass er „Kinkel und Willich“ durch seinen „Brief da drüben“, nämlich durch seinen Brief an Cluß und Weydemeyer in den USA, „ein Beinchen gestellt [habe], woran sie denken werden“ (MEW 27, S. 328). Dagegen habe Kinkel, berichtete Marx' Anhänger Cluß am 20. Juli 1852 aus den USA, öffentlich geäußert, „Marx und Engels sind keine Revolutionäre, wohl aber zwei Lumpen, die in London von den Arbeitern aus den Wirtshäusern herausgeworfen wurden“ (MEGA<sup>2</sup> III/5, S. 429).

Die Einnahmen, die Kinkel in Amerika erzielen sollte, entsprachen zwar nicht den Erwartungen und hätten wohl kaum zur Finanzierung der Organisierung der revolutionären Kräfte ausgereicht. Aber dennoch kamen diese Gelder Jahre später der deutschen Arbeiterbewegung zugute. Am 12. März 1872 sagte August Bebel im Leipziger Hochverratsprozess aus:

Hätten wir nicht von anderer Seite [...] Geld bekommen, hätte nicht Dr. Ladendorf in Zürich uns aus einem Revolutionsfonds, der zu Anfang der fünfziger Jahre von Gottfried Kinkel unter den Emigranten in Amerika gesammelt worden ist, über 900 Taler zur Verfügung gestellt, [...] so wäre es uns nicht möglich gewesen zu leisten, was wir geleistet haben (Bebel 1872; zit. nach Schraepler 1972, S. 451).

---

<sup>442</sup> Nach Karl Obermann sei die „Fraktion Willich-Schapper“ so „völlig ins Fahrwasser der kleinbürgerlichen bzw. Vulgär-Demokraten“ geraten (Obermann 1988, S. 76f.).

Auch Mehring musste zugeben, dass die gesammelten Gelder „fünfzehn Jahre später“ dazu dienten, „der Presse der deutschen Sozialdemokratie in ihren Anfängen über manche Schwierigkeiten fortzuhelfen“ (Mehring 1960, S. 226).

### 3.4. Marx' „Kölner Bannbulle gegen Willich und Konsorten“

Wie verschiedentlich erwähnt wurde, unternahmen die deutschen Kommunisten nach der Niederschlagung der Revolution den Versuch, mit den demokratischen Republikanern, mit denen sie schon in der deutschen Revolution von 1848/1849 trotz ihrer Unentschlossenheit und Inkonsequenz im Süd- und Norddeutschland gegen Krone und Großbürgertum zusammengekämpft hatten, weiterhin eine demokratische Front gegen dieselben Gegner zu bilden, um den revolutionären Kampf in Deutschland fortzusetzen. So bildeten bekanntlich im Frühjahr 1850 in der Schweiz lebende demokratische Republikaner, Sozialisten und Kommunisten die *Revolutionäre Zentralisation*.

Dagegen verschärfen sich im Sommer 1850 die vorhandenen Konflikte zwischen den „Männern der Tat“ und den von der Führung des *Bundes* als eine „literarische[...] Clique“ genannten Marx/Engels, denn die Kommunisten unter der Führung Willichs waren weiterhin nicht bereit, den revolutionären Kampf aufzugeben, um wie Marx „sich zurückzulehnen und Artikel zu lesen, zu diskutieren und zu schreiben“ (Nicolaevsky/Maenchen-Helfen 1963, 231). Die Kommunisten wollten nicht ihre Hände in den Schoss legen und den vermeintlichen gesetzmäßigen Verlauf der Gesellschaft abwarten. Sie wollten sich nämlich „nicht mehr von Advokaten und Halbgebildeten“ lenken lassen, sondern sie wollten ihre „Rechnung diesmal allein machen“ (Schneider 1904, S. 20).

So reisten im August 1850 etwa fünfzig Kommunisten aus London nach Hamburg ab, wo das führende Bundesmitglied Karl Bruhn „sowohl als Gemeine wie als Unterofficiere [...] viel Leute in die Armee hineingeschmuggelt“ habe (BdK 2, S. 245), um eine Volkserhebung in Deutschland zu organisieren, berichtete Schramm am 2. August 1850 aus Hamburg Marx in London, der ihn wohl zur Überwachung der Bundesmitglieder dorthin geschickt hatte.

Die militärische Vorbereitung besprach Bruhn mit Willich, der im Sommer 1850 mit Alexander Schimmelpfennig aus der *Revolutionären Zentralisation* für die Organisation der revolutionären Kräfte in Deutschland unterhandelte (Lattek 2006, S. 243). In seinem schon erwähnten Begegnungsschreiben bemerkte Willich, dass er auch vorhatte, „selbst nach Preußen zu reisen“. Marx erfuhr jedoch durch seine Spione im Arbeiterverein und im *Bund* von Willichs Vorhaben und, so Willich, „benachrichtigt von einem der Seinen, war es, der meine

beabsichtigte Abreise weiterwissen ließ“ (MEW 9, S. 512f.).<sup>443</sup> Die im Sommer 1850 aus London abgereisten Kommunisten wurden sofort denunziert und ausgewiesen, aber ihre Bereitschaft, bei einem Aufstand die Waffen zu ergreifen, hatte sich offenbar gezeigt (Lattek 2006, S. 225).

Die Entschlossenheit der Bundesführung zu einer möglichen revolutionären Initiative in Deutschland führte sie zur Konzentration auf die Landwehr, die sich hauptsächlich aus Arbeitern, Bauern, Tagelöhnern, Kleinbürgern zusammensetzte und deswegen für revolutionäre Agitation und Propaganda empfindlich werden könnte (BdK 2, S. 172ff.). Die Bundesführung wollte die Mobilisierung der Landwehr im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen Preußen und Österreich ausnutzen. So setzte sie sich im Herbst 1850 mit dem Kölner Kreis in Verbindung, weil sie taktische Pläne zur Erhebung der Kölner Garnison ausarbeitete und auch nicht abgeneigt war, an weiteren militärischen Operationen in führender Position mitzuwirken. Willichs Agitation und Propaganda in der Landwehr bezweckte, dass sich die preußischen Truppen der revolutionierten Landwehr anschließen würden, wenn diese ihre Ausschüsse in Köln konstituiert hätte. Willich hatte für seinen Plan gute Gründe, denn wie im zweiten Hauptteil B dieser Arbeit ausführlich behandelt wurde, waren die Kommunisten während der Revolution von 1848/1849 in der Armee in Köln organisiert (Czobel 1925, S. 322f.).<sup>444</sup>

Zurzeit der Mobilmachung der Armee im Herbst 1850, als das Kölner Landwehr-Bataillon ausrücken sollte, wurde an verschiedenen Stellen in Köln das Plakat *Deutsche Männer und preußische Untertanen* angeheftet (Wermuth/Stieber 1853, S. 130). Die Bundesmitglieder und Republikaner verteilten dieses Plakat, über dessen Autor sich zwar nichts Genaueres sagen ließ, jedoch der Einfluss Willichs unverkennbar zu sein schien (Schraepler 1972, S. 436).

---

<sup>443</sup> Es ist interessant zu wissen, dass Marx genau in derselben Zeit, wie bereits behandelt wurde, in einer Sitzung der Zentralbehörde seinen speziellen Freund Schramm gegen Willich losließ (Vogt 1859, S. 156). Schramm „schimpfte ihn Canaille und drohte ihm ins Gesicht zu speien, wenn er sich nicht mit ihm auf Pistolen schlage“. Die „Provokationen“ waren derart gewesen, dass die „unzweideutige Absicht“ daraus hervorging, Willich zu einem Duell zu nötigen. Marx beschloss im Sommer 1850, Willich „um jeden Preis und durch jede Mittel zu beseitigen“ (Wermuth/Stieber 1853, S. 267f.).

<sup>444</sup> Willich war bekanntlich wegen seiner kommunistischen Ansichten aus der Armee ausgeschlossen. Schon 1848 sah die Kölner Bundesgemeinde eine ihrer Hauptaufgaben darin, „eine revolutionäre Agitation in der preußischen Armee, in erster Linie unter den rheinländisch-westfälischen Truppen, zu entfalten“ (Czobel 1925, S. 322.). Diese Agitation blieb auch nicht wirkungslos. Es gelang den Kommunisten, „Propagandaschriften unter das Militär“ zu bringen (Obermann 1953, S. 111). So wurde die Kölner Bundesgemeinde Anfang 1848 durch ihre Verbindungen mit der Armee zum Mittelpunkt der revolutionären Propaganda. Deswegen wurden den Soldaten verboten, die Generalversammlungen des Arbeitervereins zu besuchen. Es fanden staatliche Repressionen gegen Soldaten und Offiziere im Militär statt, die den „politischen Club“, nämlich den Arbeiterverein, besuchten (Czobel 1925, S. 322f.). Trotzdem ließen Soldaten sich davon nicht abschrecken, „den Versammlungen beizuwohnen und sich an den Debatten zu beteiligen“, obwohl Viele aus der Armee entlassen oder sogar verhaftet wurden (Günther 1848; zit. nach Herres 1998d, S. 87).

Die Kölner schickten im Herbst 1850 Hermann Becker, Lessner, Otto und Nothjung als Emissäre, „die vorzüglich die durch die Mobilmachung hervorgerufene Missstimmung im Volke“ hatten benutzen sollen (RdA 1852, S. 371). Die Polizei konnte später feststellen, dass der Chemiker Otto, der den Kölnern nahestand und gleichzeitig mit dem Leipziger Emissäre der Zentralbehörde des *Bundes* Kontakt aufnahm (ebd., S. 388), mit der Verteilung dieser Schrift befasst war. Es wurde sogar vermutet, dass das Plakat und die Flugschrift *Deutsche Männer und preußische Untertanen* in der Druckerei von Hermann Becker hergestellt worden waren (Wermuth/Stieber 1853, S. 131f.).

Der Aufruf *Deutsche Männer und preußische Untertanen* war an die Landwehr gerichtet. Hier wurde die Mobilmachung der Armee durch den preußischen Staat als eine Maßregel dargestellt, die nur den Zweck habe,

Geld in die leeren Kassen zu schaffen, den Ruin der betrogenen und ausgesogenen Völker zu vollenden, und die Kraft des Landes in die Soldatenjacke zu zwingen, um sie in dem Musterstaate der Disciplin zu brechen, in Dummheit oder Gleichgültigkeit zurückzuschauern und dann [...] auf den letzten Herd der europäischen Freiheit - Frankreich loszulassen (ebd., S. 131).

Auf den Aufruf, der sowohl als Plakat wie auch als Flugschrift verbreitet wurde, folgte vor allem in den Rheinlanden ein Protest gegen die angekündigten Mobilmachungsmaßnahmen in Preußen:

So erwäget denn, ob Ihr die Hand bieten wollt zum Ruine Eurer Familien, zur Verarmung Eures Volkes, zur Vermehrung Eures Druckes, zur Vernichtung aller Freiheit – und wollt Ihr das nicht, wie wir hoffen, dann bedenkt, daß man Euch die Waffen in die Hand gedrückt hat und es ein Mittel gibt, einem Unwesen und allem Elend ein Ende zu machen (RdA 1852, S. 380).

Unabhängig von Marx/Engels arbeiteten die Kölner Bundesmitglieder im Herbst 1850 mit den demokratischen Republikanern zusammen. Schon im Sommer 1850 schimpfte Marx die Kölner als „Sonderbündelei“ (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 586), da einige Mitglieder dort es möglich hielten, in einem Bündnis mit den demokratischen Republikanern gegen Großbürgertum und Krone zusammen zu kämpfen (BdK 2, S. 148ff.).

Zu diesen demokratischen Republikanern gehörte vor allem Hermann Becker, der zwar kein Kommunist, aber ein aufrichtiger Republikaner war. Becker sagte 1852 vor Gericht offen aus, er sei „aus politischen“ und „auch aus sozialen Gründen [...] Republikaner“ (RdA 1852, S. 452). Dagegen war er kein „Hampelmann“ von Marx. Röser bestätigte auch in seinen Aussagen von 1853/54 im Gefängnis, dass Becker „sich in einem Zerwürfnis mit Marx seit längerer Zeit“

befand (ebd., S. 459).<sup>445</sup> Nach Rösers Aussagen reiste Kinkels Freund Carl Schurz im Herbst 1850 durch Deutschland „im Auftrage“ der *Revolutionären Zentralisation* und besuchte Becker in Köln. Schurz hatte eine interessante „Hauptaufgabe“ in Köln, nämlich Becker für die *Revolutionäre Zentralisation* zu gewinnen. In dieser Zeit wurde Becker auch von Kinkels Frau „häufig“ besucht (BdK 2, S. 482).

Alles geschah „hinter dem Rücken von Marx“ (Schraepler 1972, S. 494), bis er gegen Ende des Jahres 1850 erkennen musste, dass die Kölner doch die „Konsorten“ von Willich waren. Marx saß auf glühenden Kohlen. Er musste handeln. So habe „Karl“, schrieb seine Gattin Jenny Marx am 19. Dezember 1850 Engels, „eine Masse Briefe zu schreiben“. Diese Briefe nannte sie „Kölner Bannbulle gegen Willich und Konsorten“, mit „Konsorten“ meinte sie gewiss demokratische Republikaner, wie Hermann Becker. Diese „Briefe“ seien von London aus nach Köln „eingedrückt“. Denn Willich sei „soweit“ gegangen, dem „roten Becker“, nämlich Hermann Becker, „Dekrete zur Übergabe an die Kölner Landwehr“ zu senden, worin er ihnen befehle, „sich zu empören, in jeder Kompanie eine provisorische Regierung zu ernennen und sämtliche Zivil- und Militärbehörden abzusetzen und nötigenfalls erschießen zu lassen“ (MEW 27, S. 612).

In der Realität ließ Marx im Dezember 1850 Schramm, wie Marx/Engels in ihren Briefen selbst schrieben, diese Briefe im Namen von Willich an Hermann Becker in Köln und genauso im Namen von Hermann Becker an Willich in London schreiben (ebd., S. 183), um Willich und Becker gegeneinander auszuspielen und so die revolutionären Pläne von Kommunisten und demokratischen Republikanern zu durchkreuzen. Er wollte durch seine fingierten Briefe „dem Wirken“ von Willich „ein Damm“ entgegenwerfen (ebd., S. 544), wie er selbst schrieb.

Es ist wichtig zu bemerken, dass Marx hier nicht nur eine Falle gegen Willich, sondern auch gegen Becker, den er scheinheilig als seinen Freund erklärte, kaltblütig stellte, denn der „von den Kölnern allgemein geachtete“ Hermann Becker, so respektvoll sprach auch Weitling 1852 von ihm, sei „nie vollkommen einverstanden mit der von Marx und Konsorten gelehrten Verhöhnung der Männer, welche in ihrer Propaganda für den Kommunismus ein Herz voll Gefühl durchblicken ließen“ (RdA 1852, S. 413). Marx wollte auch Becker durch seine „Bannbulle“ rächen, die er ihm gegen Ende Dezember 1850 schickte.

---

<sup>445</sup> Wie schon behandelt wurde, ermöglichte der aufrichtige Republikaner Hermann Becker schon im Juli 1848 Weitling auf der Versammlung der Demokratischen Gesellschaft eine Rede zu halten (Kühn 1934, S. 108), obwohl Marx über Beckers freundliche Verhaltensweise Weitling gegenüber sehr empört war und Weitlings öffentliches Auftreten zu verhindern suchte. Aber Becker ließ sich von Marx nicht beirren und erwiderte, dass jedem dieselbe Rednerbühne zugänglich sei (Hackenberg 1899, S. 53).

Ende Januar 1851 verfassten Willich und Schimmelpfennig in London einen Aufruf, der an die Offiziere und Soldaten der preußischen Armee in Deutschland gerichtet war. Hier wurde gegen das preußische Offizierskorps der Vorwurf erhoben, sie sei mit dem Makel belastet, gegen die badischen Freiheitskämpfer zu Felde gezogen zu sein. Es wurde der Geist der Befreiungskriege heraufbeschworen und der Wille zur Entscheidung gefordert:

Von tausend Lippen hören wir den grimmen Fluch, der Euch gekaufte Sklaven nennt, die ohne den Mut eigener Überzeugung ihrem Eigennutze, ihrer Eitelkeit die Hoffnung der Welt und das Glück der Völker hinzuschlachten bereit sind (ebd., S. 372).

Willich und Schimmelpfennig forderten zum Schluss ihres Aufrufs Offiziere und Soldaten der preußischen Armee auf, ihre Seite zu wählen:

Auf der einen Seite kommandiert Euch der Fürst, dessen Lohn mit Verachtung begleitet ist, und auf der anderen Seite ruft Euch das Volk als Brüder und Führer in seine Mitte. Wählt, da noch zu wählen ist, zwischen Knecht und Befreier, zwischen Schande und Ehre, zwischen dem Untergang eines Toren und künftigem Glück oder Heldentod. Die Geschichte hat ihren Griffel erhoben; an Euch wird es sein, ihre Taten und Namen zu diktieren (Wermuth/Stieber 1853, S. 129ff.).

Dieser Aufruf erregte die Aufmerksamkeit der deutschen Regierungen. Er wurde ganz besonders in Preußen beachtet, aber auch an den österreichischen Ministerpräsidenten und Außenminister weitergeleitet. Willichs politische Agitation unter der Landwehr wurde für die preußische Armee immer bedrohlicher und gefährlicher (Schraepler 1972, S. 433f.).<sup>446</sup> In den polizeilichen Fahndungsschreiben und Agentenberichten der 50er Jahre spielte Willich eine erhebliche Rolle. Seine revolutionäre Tätigkeit und vor allem seine Versuche, dadurch auf die preußische Armee und die Landwehr einzuwirken, waren sehr gefürchtet (Balsler 1962, S. 223).

Engels fand die Aufrufe, Dokumente und Revolutionspläne von Willich „höchst komisch“. Doch wenn diese Revolutionspläne „höchst komisch“ gewesen wären, warum setzten dann Marx und er selbst alle Intrige im Lauf, diese Dokumente in ihren „Händen“ zu bekommen, um die Pläne der Revolutionäre zum Scheitern zu bringen (MEW 27, S. 561).

Marx forderte am 1. Februar 1851 vom „rothen“ Becker die schon erwähnten Briefe, die er bekanntlich im Dezember 1850 Schramm im Namen von Willich an Becker schreiben ließ: „Du wirst mich aufs höchste verpflichten, wenn Du mir die Briefe von Willich zuschickst“, schrieb er an Becker. Marx halte es auch für „nötig“, dass Becker durch ihn oder direkt an Willich einen

---

<sup>446</sup> Marx berichtete am 21. Mai 1851 Engels: „Willich und Schimm[el]pfennig haben an ‚Ihre Brüder in der preußischen Armee‘ den unvermeidlichen Aufruf erlassen“ (MEW 27, S. 264).

Zettel zugehen lasse, worin er weitere Korrespondenz mit diesem „höflichst“ beende. Um Becker zur Sendung der von ihm selbst fingierten Briefe zu zwingen, drohte Marx ihn zuvor damit, „was wäre fataler und zugleich lächerlicher, als wegen eines Spaßes, der auf der Marotte des ‚Zimmermanns‘ [Willich] getrieben wird, ans Kreuz genagelt zu werden“ (ebd., S. 543). Am 10. Februar 1851 fragte Marx erneut Engels: „Noch ein Schlag! Was sagst Du dazu?“ (ebd., S. 182). Mit dem neuen „Schlag“ meinte er gewiss die fingierten Briefe, die er Ende 1850 Schramm schreiben ließ:

Du erinnerst Dich des Briefs, den Schramm im Namen von Hermann Becker an Willich schrieb, worin er ihm die Militärdiktatur anbot, die Presse abschaffte und leichte Schlagschatten auf Schappers Moralität warf. Willich, der ungebildete, der viermal gehörnte Esel, ist in die Falle gegangen (ebd., S. 183).<sup>447</sup>

Marx rühmte sich hier, wie Willich 1852 schrieb, ihn „mit falschen Briefen aus *Deutschland* mystifiziert zu haben“. Doch Frau Kinkel habe vorher „einen längeren berichtigenden Brief“ an Willich geschrieben. Becker habe in Köln die Besorgung übernommen und Frau Kinkel mitgeteilt, der Brief sei besorgt. So habe Willich den Brief „nie“ gesehen. „Hat ihn *Herr Marx*, Becker oder die Post *bewahrt*?“ (MEW 9, S. 494).

Marx behauptete in seinem erwähnten Brief vom 10. Februar an Engels, Willich habe Becker mit Briefen „bombardiert“; er habe „auch schon einen Emissär zur Absendung bereit“ und „dem Becker den Auftrag gegeben, eine Revolution in Köln zu machen“, wonach er sich bereit erkläre, „die oberste Leitung zu übernehmen“. Er werde in einigen Tagen diese Briefe von Becker erhalten und dann „die Minen springen lassen“, schrieb Marx Engels jubelnd (MEW 27, S. 182f.).

In seiner totalen politischen Isolation in London, wo die französischen Sozialisten und sogar englischen Chartisten ihn mieden und stattdessen sich „mit dem Comité Willich-Schapper vereint“ hatten, brütete Marx seinen Plan aus, um Willich und Schapper „anders [zu ]schlagen“, nämlich durch fingierte Briefe. „Wir sind auf dem kürzesten Weg“, schrieb er am 10. Februar 1851 an Engels, „den Unteroffizier und Zimmermann Willich verrückt, literaliter verrückt zu machen“ (MEGA<sup>2</sup> III/4, S. 36). „Die Geschichte mit Willich“ fand Engels „unbezahlbar“, wie er in seinem Brief vom 12. Februar 1851 an Marx sehr erheitert schrieb. Er möchte „die sittliche

---

<sup>447</sup> Marx schrieb zuerst am 2. Dezember 1850 Becker, er wisse, dass Becker durch seinen Brief im Sommer 1850 sich „sehr beleidigt gefühlt“ habe. Er wolle jedoch nicht Becker, sondern seine „andern Kölner Freunde beleidigen“ (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 94). Mit diesem ‚Versöhnungsbrief‘ bezweckte Marx, wohl den Weg zu seiner nächsten Falle gegen Becker und Willich zu bahnen.



Entrüstung sehn, wenn die Bombe platzt“. Ihm scheine, dass Marx „seit einiger Zeit wieder gute Spione“ im Londoner Arbeiterverein habe (MEW 27, S. 187).

Um Becker zur Sendung der Briefe zu zwingen, produzierte Marx unwahre Geschichten über Willich. So schrieb er am 8. Februar 1851 an Becker, dass Willich seinen Freunden in London, nämlich den gefährlichen Blanquisten, vor allem mit „seinem ungeheuren Einfluß in Köln“ imponiere. Es werde „also um so nötiger“, so Marx, „daß Du mir die Briefe schickst, damit dem Wirken des ‚Zimmermannes‘ [Willichs] ein Damm entgegengeworfen wird“ (ebd., S. 544). Marx bedrängte Becker weiter, weil dieser nicht willig war, Briefe an ihn zu schicken: „Ich begreife Dein Schweigen nicht“ schrieb er am 28. Februar 1851 an Becker:<sup>448</sup> „Es handelt sich von dem Londoner Bankett vom 24. Februar, wo zwei unserer Freunde und Parteigenossen“, nämlich Schramm und Pieper, „öffentlich ‚gehaynaut‘ worden sind unter dem Präsidium des wackeren Ritters von Willich“. Man müsse endlich „diese feigen, verleumderischen, infamen Meuchelmörder vor dem deutschen Proletariate, und wo es nur sonst tunlich, zu brandmarken“. „Notwendig dazu ist“, schrieb er Becker nochmals am Ende seines Briefes, dass dieser „sofort die Briefe“ an ihn schicke (ebd., S. 547).

Marx erhielt die fingierten Briefe, die er Ende Dezember 1850 Schramm im Namen von Willich an Becker schreiben ließ, erst am 8. März 1851 (ebd., S. 215) und schickte sie am 17. März 1851 an Engels (ebd., S. 219). Nachdem Engels sie erhalten und gelesen hatte, schrieb er am 19. März 1851 Marx, dass ihm „kaum begreiflich“ sei, wie der „Schafskopf“ Willich „den Schr[amm]schen Brief als Antwort auf seinen ersten ansehen konnte“. Er fragte Marx: „Aber worauf antwortet Willich in dem dritten, jubelnden, siegesgewissen, nur am Geld hapernden Brief? Hat ihm Schr[amm] einen zweiten geschickt oder hatte Becker auf W[illich]s 2ten Brief geantwortet?“ (ebd., S. 222f.)<sup>449</sup>

Engels schrieb am 11. Juli 1851 Dronke, dass während der Novembermobilmachung von 1850 „fingierte Briefe“ an Willich geschickt worden seien. Er verschwieg dabei jedoch ganz und gar, dass Marx Schramm diese „fingierte[n] Briefe“ im Namen von Hermann Becker schreiben ließ und dann an Willich schickte:

---

<sup>448</sup> An demselben Tag, nämlich am 28. Februar 1851, an dem Marx Becker in seinem Brief bedrohte, dass dieser Briefe ihm schicken müsse, ehrten die *Hamburger Nachrichten* Willich als „spartanischen“ und „ehrenwerten“ Soldaten. Im Allgemeinen sehe man, dass die revolutionären Massen allmählich von der Erkenntnis durchdrungen werden, dass die Revolution von allen Schriftstellern, Priestern, Intellektuellen und Rednern sehr wenig geholfen sei; man sollte weniger plaudern und schreiben, sondern viel marschieren und kämpfen; wer der beste Kämpfer sei, sei der beste Mann (*Hamburger Nachrichten* 1851; zit. nach Lattek 2006, S. 240).

<sup>449</sup> In demselben Brief freute sich Engels als Börsenspekulant darüber, dass die „Eisenbahnspekulation [...] wieder brillant“ sei. Die Aktien seien seit Anfang des Jahres „meist 40% gestiegen“. Das sei wohl für seine Geschäfte „vielversprechend“ (MEW 27, S. 222).

Während der Novembermobilmachung – wurde Willich durch fingierte Briefe in die größte Ekstase geritten und wollte mit der preußischen Landwehr die Welt revolutionieren. Die höchst komischen Dokumente und Revolutionspläne darüber sind in unsern Händen. Sie werden seinerzeit benutzt werden (ebd., S. 561).

In seinem Entgegnungsschreiben *Doctor Carl Marx und seine Enthüllungen* in der *New-Yorker Criminal-Zeitung* erklärte Willich diese Briefe für „vorgeschützt“ und bezeichnete Marx als „Falschmünzer“ (MEW 9, S. 494). „Was die von Marx angegebene Korrespondenz mit Becker anbetrifft“, schrieb Willich in seinem Artikel, „so ist das darüber gesagte falsch“ (ebd., S. 513).

Willich wusste, dass Marx diese Briefe, wie dieser in seinem Briefwechsel mit Engels selbst schrieb, „Pseudobecker“ Schramm schreiben ließ (ebd., S. 237). In seinem öffentlichen Pamphlet lehnte Marx jedoch Willichs Aussage vehement ab, und bezeichnete ihn als Lügner (ebd., S. 494), obwohl er selbst Schramm beauftragte, im Namen von Willich an Becker in Köln „fingierte Briefe“ zu schreiben und dann auf „hinterhältige Weise“ suchte (Fehling 1922, S. 81), ihm diese Briefe zu entlocken und deren Inhalte weiterzuleiten.

Obwohl Marx/Engels mit allen Mitteln versuchte, „dem Wirken“ von Willich „ein[en] Damm“ entgegenzusetzen (MEW 27, S. 544), gelang es dennoch Willich, wie aus Marx' Briefen an Engels herauszulesen ist, da Marx durch sein „Spioniersystem“ über Revolutionäre sich sehr sorgfältig informierte, einige demokratische Republikaner für den *Bund der Kommunisten* zu gewinnen (MEGA<sup>2</sup> III/4, S. 118ff.). So reiste Schimmelpfennig im Auftrag von Willich/Schapper „mit einem verfälschten Pass“ von Paris nach Deutschland und kam Anfang März 1851 in Köln an, nachdem er vorher Norddeutschland, dabei auch Braunschweig bereist hatte, um nähere Instruktionen zu geben. Sein Auftrag ginge insbesondere dahin „die Gesinnung der preußischen Offiziere zu erforschen“. Auch Schimmelpfennig traf in Köln Becker und Röser (BdK 2, S. 482).

Marx berichtete beunruhigt am 15. April 1851 Engels über Schimmelpfennigs Reise:

Der Schimmelpfennig ist in Deutschland herumgereist und hat da überall sehr gegen uns intrigiert, im gemeinsamen Interesse von Willich-Schapper, Ruge-Kinkel, Becker-Sigel. Besonders an den Sitzen der Kinkelbegeisterung und ganz speziell in Westfalen, Osnabrück, Bielefeld usw., wo die Kerls uns nie grün waren, ist der Klatsch unendlich (MEW 27, S. 237).

Marx wurde immer mehr beunruhigt, dass die Kommunisten ihr Wirkungsfeld erweiterten. Er schrieb im Mai 1851, dass Willich nun Franz Sigel (1824–1902)<sup>450</sup> und Amand Goegg (1820–1897)<sup>451</sup> aus der *Revolutionären Zentralisation* für den *Bund der Kommunisten* gewinnen habe (MEGA<sup>2</sup> III/4, S. 118ff.). Er schrieb Engels weiter, Goegg „ist hier, wurde von Willich et Co. sofort abgefangen und hielt Vorlesungen“ im Arbeiterverein (ebd., S. 118). Marx berichtete in demselben Monat Engels weiter, dass auch Sigel in London sei und dort in den Arbeiterverein eingetreten sei. Er seufzte: „Die verschiedenen Banden fallen immer mehr zusammen“ (ebd., S. 121). Beunruhigt bestätigte Engels Marx, dass „Krieger, Willich, Schimmelpfennig und Sigel, sich mehr und mehr zusammenfinden“. Dieses „Soldatenpack“ habe einen „unbegreiflich schmutzigen Korpsgeist“. Es sehe die Londoner Arbeiterverein als „ein Bataillon“ an, „das fix und fertig und geschlossen herübermarschieren wird“ (MEW 27, S. 265).

Die Agitation und Propaganda von Willich und Schimmelpfennig an die deutschen Soldaten beunruhigte neben Marx/Engels auch Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg. Die preußische Regierung nutzte die Gelegenheit, um wieder einmal in London wegen der Emigranten vorstellig zu werden. Anfang April 1851 übergab General von Wrangel, Oberbefehlshaber in den Marken, dem britischen Gesandten in Berlin, Earl of Westmorland, eine Abschrift des Aufrufs mit dem Hinweis, dass dieser aus London gekommen sei (Schraepler 1972, S. 433f.). Engels fand „sehr gut“, dass die preußische Regierung nun „auf diesen Offizierkorpsgeist aus der alten Kaserne und von der Offizierstafel her aufmerksam gemacht wird“ (MEW 27, S. 265).

Gegen den Willen von Marx und auch ohne sein Wissen hielten die Kölner, wie im Kölner Prozess 1852 bekannt wurde, weiter gewisse Verbindungen zur Führung des *Bundes der Kommunisten* und der *Revolutionären Zentralisation* aufrecht. Demgemäß wurde deren Propagandamaterial durch die Kölner Gemeinde vervielfältigt und an ausgesuchte Anschriften in Militärkreisen geschickt (Schraepler 1972, S. 433). Der leitende Kreis des *Bundes der Kommunisten* in La Chaux-de-Fonds in der Schweiz wandte sich am 8. Mai 1851 an die Kölner und versuchte, die dortige Gemeinde zu bewegen. Er schlug vor, zusammen einen Kongress einzuberufen, „um die näheren Gründe der Spaltung zu untersuchen“ und möglicherweise eine neue Zentralbehörde zu wählen:

---

<sup>450</sup> Sigel hatte als ehemaliger Offizier und demokratischer Republikaner an der revolutionären Bewegung 1848/1849 in Baden teilgenommen. Er war der Stellvertreter des Oberbefehlshabers der badischen Revolutionsarmee. Nach der Niederschlagung der badischen Revolution ging er in die Schweiz und England (MEW 27, S. 735).

<sup>451</sup> Goegg war ein führender Kopf der badischen Revolution. Er war 1849 während des badisch-pfälzischen Aufstands der Finanzminister der badischen Revolutionsregierung. Nach der Niederschlagung der Revolution arbeitete er weiter mit den demokratischen Republikanern zusammen (Schraepler 1972, S. 560).

Mögen wir nie vergessen, daß wir nur stark und unüberwindlich sind, wenn die Eintracht unter uns thront, mögen wir nie vergessen, daß Uneinigkeit unser gefährlichster Feind ist, welcher unseren Arm lähmt, und uns unfähig macht zum Handeln. Sind wir aber Einer für Alle, und Alle für Einen, dann erst fühlen wir die Kraft in uns, die modernen Grundsätze der jetzigen Gesellschaft zu stürzen, und auf ihren Trümmern das Fundament einer neuen Welt zu gründen. (Wermuth/Stieber 1853, S. 75).

Marx musste also bald erkennen, dass sogar auch die Kölner Gruppe, die angeblich zur „Marx-Partei“ zählte, gegen seinen Willen und ohne sein Wissen „gewisse Verbindungen zu der Gruppe Willich-Schapper aufrechterhalten und sogar deren Propagandamaterial“ verbreitet hatte. Marx musste schnell handeln, da die Kölner seiner Macht immer mehr entglitten (Schraepfer 1972, S. 494). Er berichtete Engels von den Geschehnissen in Deutschland. Dieser wusste gewiss, welche Maßnahmen sie dagegen ergreifen mussten. So schrieb Engels am 9. Mai 1851 Marx, was mit den Kölnern geschehen sollte:

Die einzigen Leute, die uns in Deutschland gefährlich werden könnten wären Meuchelmörder, und seit der Gottschalk todt ist hat Keiner in Deutschland die Courage uns dergl. Leute auf den Hals zu schicken. Et puis, haben wir uns nicht auch 1848 in Köln unsre Stellung erst erobern müssen, und lieben wird uns der Demokratische, rothe oder selbst communistische Mob doch nie (MEGA<sup>2</sup> III/4, S. 115).

Wie und mit welchen Mitteln und Methoden Marx/Engels während der Revolution von 1848/1849 in Köln gegen „Gottschalk“, „Meuchelmörder“ und den „communistische[n] Mob“ ihre „Stellung erst erobern“ versuchten, wurde im zweiten Kapitel der vorliegenden Arbeit ausführlich gezeigt. Sie setzten dieselbe intrigante Aktion diesmal gegen „Willich und seine Konsorten“ fort.

#### **4. Die Verhaftungswelle in Deutschland und Frankreich**

Am 10. Mai 1851 wurde Peter Nothjung aus der Kölner Gemeinde aufgrund der Hinweise des Polizeiagenten János Bangya in Leipzig verhaftet (Rosdolsky 1937, S. 235). Vor seiner Verhaftung hielt Nothjung sich mehrere Tage in Berlin auf, wo er mit dem demokratischen Republikaner Alexander Schimmelpfennig „vielfach verkehrte“. Basierend auf dem bei Nothjung gefundenen Brief Schimmelpfennigs aus Paris vom 13. April 1851 anzunehmen, so vermuten die preußischen Polizeibehörden, „daß sich Nothjung in Berlin auch mit der Verbreitung der bekannten Schimmelpfennig-Willichschen Ansprache an die preußischen Officiere befaßt hat“ (Wermuth/Stieber 1854, S. 90f.). Das bestätigte auch der wohlhabende Kölner Notar und Abgeordnete des ersten preußischen Abgeordnetenhauses Adolph Bernbach

in einem Brief vom 24. Juni 1851 an Marx, dass Nothjung in Berlin doch „etwas auf Abwege geraten zu sein“ scheine (BdK 3, S. 37).<sup>452</sup>

Bei Nothjung wurden Propagandamaterial und Dokumente, darunter die Statuten des *Bundes der Kommunisten*, sowie unchiffrierte Listen mit rund 50 Namen und Adressen der Bundesmitglieder aus ganz Deutschland gefunden. Die bei der Verhaftungswelle in Leipzig, Dresden, Berlin und Hamburg festgenommenen führenden Bundesmitglieder, wie etwa Martius, Gangloff, Kollbeck, Lüchow, Kannegießer, Schwenniger und Martens, gehörten bekanntlich nicht der „Partei-Marx“, sondern dem *Bund der Kommunisten* an.<sup>453</sup> Auch in Köln wurden Roland Daniels, Abraham Jacoby, Johann Jacob Klein, Carl Wunibald Otto, Albert Erhard Bürgers, Gerhard Röser und Hermann Becker verhaftet (BdK 2, S. 305ff.).

Unmittelbar nach den Verhaftungen in Deutschland beeilte sich Marx Willich als eines Polizeiagenten zu kolportieren. Er schrieb am 28. Mai 1851 Engels: „Diese Maßregeln der Polizei gegen die Emissäre usw. verdanken wir ganz und gar dem elenden Geschrei der Esel in London“ (BdK 3, S. 22). Kurze Zeit darauf schrieb er diesmal Weydemeyer Folgendes:

Ich weiß jetzt aus sichrer Quelle, daß Verrat und Denunziation bei den Verhaftungen unsrer Freunde im Spiel ist. Ich bin moralisch überzeugt, daß die Herr Willich und Schapper und ihre nichtswürdige Lumpenhundenbande direkt in dieser Infamie mitspielen (MEW 27, S. 557).

Zur gleichen Zeit sandte die preußische Regierung weitere Spione nach London und Paris, um die Aktivitäten des *Bundes der Kommunisten* auszuforschen und möglichst viele von dessen Mitgliedern verhaften zu lassen. Wie schon erwähnt wurde, errichtete die preußische Polizei vor einigen Monaten im März 1851 in London „eine geheime Fremden-Polizei“ (RdA 1852, S. 390). Das Ziel der preußischen Polizei war die Führung des *Bundes der Kommunisten*. So fiel im Mai 1851 fast das vollständige Archiv des *Bundes* in die Hände der preußischen Polizei. Aus einem am 23. September 1851 datierten anonymen Brief eines Bundesmitglieds aus London ging hervor, dass sich János Bangya, der schon im Frühling 1850 Marx kennenlernte,

---

<sup>452</sup> Adolph Bernbach (1822–1875) war Verbindungsmann zwischen Marx und den Angeklagten des Kölner Prozesses von 1852 (Wermuth/Stieber 1854, S. 26). Er war aber auch „ein wohlhabender Kölner Notar“ und „1849 zum Abgeordneten des ersten preußischen Abgeordnetenhauses“ gewählt worden. Was sind zum Beispiel hier, fragt Nicolaevsky, Marx' Gründe, Bernbach „in die Liga aufzunehmen“? Er war „überhaupt kein Kommunist“ (Nicolaevsky 1961, S. 213). Es gibt hier m.E. jedoch keinen Widerspruch seitens Marx, denn er nahm bisher immer insbesondere diejenigen in den *Bund*, die mit Weitling gesprochen „von uns früher nicht aufgenommen worden wären“ (RdA 1852, S. 413). Marx wollte sich wohl über die Verbindungen von Kölner, wie Beckers Verbindung zu Schimmelpfennig, die er für seine Pläne sehr gefährlich fand, durch Bernbach informieren lassen (Wermuth/Stieber 1854, S. 26).

<sup>453</sup> Schramm berichtete Marx in einem Brief vom 2. August 1850 aus Hamburg die Verhaftung des Bundesmitglieds Martius in Leipzig, da die Post einen Brief an ihn eröffnet habe, der ein Rundschreiben von London enthalte (BdK 2, S. 246).

im Mai 1851 in London aufhielt und persönlich mit Polizeirat Stieber und einem anderen Polizeibeamten in London getroffen habe (MEW 28, S. 326). In einem Brief, der während des Kölner Prozesses im Jahr 1852 zur Verlesung kam, wurde auch Marx' „Vertrauensmann“ Wilhelm Haupt von der Bundesführung als „Spion“ bezeichnet:

Ein Spion ersten Ranges, Namens Reuter, ist jetzt auf unserer ‚schwarzen Liste‘, ebenfalls der Euch wohlbekannte Haupt. [...] Brüder! wetzt die Dolche! Wir können nimmer ungestraft diese Verrätereien und diese Spionage an unserer Parthei ausüben lassen. Bluten müssen diese Hunde unter dem planmäßigen Dolche wie in Italien (RdA 1852, S. 390).<sup>454</sup>

Die Unterlagen wurden im Auftrag Wilhelm Stiebers von dem Polizeispitzel Reuter aus aufgebrochenem Schreibtisch von Dietz, der der Sekretär und Archivar der Zentralbehörde des *Bundes* war, entwendet. Marx konnte damit jeden Vorwurf gegen sich abweisen, weil er mit dem *Bund* unter Willich Führung offiziell nichts mehr zu tun hatte. So berichtete er am 13. Oktober 1851 Engels, Dietz sei „das Pult erbrochen und so die Briefe entwendet worden“. Der Spion sei der seit lange im Dienst der Polizei befindliche Haupt aus Hamburg gewesen. Marx sei aber „überzeugt“ davon, dass Haupt „weder Spion ist noch jemals Spion war“ (MEW 27, S. 357).

Marx versuchte noch, durch Haupt kuriose Gerüchte über Willich verbreiten zu lassen, die sogar Engels nicht ganz glaubwürdig fand. Demnach habe Willich, so schrieb Marx am 19. Oktober 1851 Engels, „fortwährend in Zusammenhang mit dem expreußischen Unteroffizier Berthold“ Folgendes unternommen:

Haupt hatte dieses Vieh [Berthold] in Hamburg bei einem Kaufmann untergebracht, B[erthold] den Kaufmann bestohlen, [...] der vielleicht den Ertrag mit seinem Freund Willich teilte. [...] Wenn man diese Geschichte ins Publikum bringt, wird der ‚edle‘ Willich Augen machen. Nun wäre es wichtig, nicht nur den Haupt aufzufordern, uns aufzuklären über die geheimen und öffentlichen Verdächtigungen gegen ihn; sondern, wenn er unschuldig ist, muß er eine öffentliche Erklärung machen, erzählen, die ganze Geschichte beruhen auf der Verleumdung von Willich, und gleichzeitig dessen Zusammenhang, vielleicht als Partner, mit dem Spitzbuben Berthold andeuten (ebd., S. 364).

Marx wollte seine selbst produzierte Geschichte gegen Willich durch Weerth verbreiten lassen. So fragte er Engels, ob Weerth bereit wäre, den „in diesem Sinn abgefassten Brief an Haupt“ mitzugeben. Das sei „wichtig“. Engels teilte am 27. Oktober 1851 Marx Weerths Ablehnung

---

<sup>454</sup> Haupt war, so behauptete der Staatsprokurator 1852 in Köln, „durch Drohungen des Bundes“ gezwungen, Deutschland zu verlassen (RdA 1852, S. 371).

mit. Weerth könne also „selbst keinen Brief hinnehmen“ und er habe auch „keine Lust [...], in diese Bundesgeschichte irgendwie verwickelt zu werden“ (ebd., S. 364ff.).

Engels schrieb dann selbst an Haupt „anonym“, da er seine Handschrift kenne, um ihm von Marx selbsterfundene „Geschichte mit B[er]th[ol]d als wahrscheinlichen Grund des ganzen Geredes unter den Fuß“ zu geben. Da sogar Engels die von Marx erfundene Geschichte für „zu unwahrscheinlich“ hielt, wollte er den „Zusatz“, dass „Willich möglicherweise“ das Geld mit Berthold geteilt habe, „indes fortlassen“ (ebd., S. 367),

denn 1. wird Haupt sich hüten, dergleichen Insinuationen mit seinem Namen zu unterschreiben, 2. ist die Geschichte zu unwahrscheinlich, da Herr B[erthold] nicht der Mann ist, mit entfernten Freunden und speziell mit W[illich], den er au fond haßte, zu teilen, und 3. würde 8 Tage nachher dies in allen Zeitungen als eine neue Verleumdung, die Herr Marx in die Welt geschickt, von den andern geschildert und an das Gefühl der Philister für den verleumdeten Biedermann Willich appelliert werden (ebd., S. 367f.).

Während Willich abgesehen von Marx/Engels von keinem einzigen Menschen als ein „Spion“ oder „Verleumder“ bezeichnet wurde, wurde Marx sowohl von revolutionären Kommunisten als auch von verschiedenen republikanischen Personen, u.a. von Schimmelpfennig, Techow, Freiligrath, Heinzen und Vogt, mehrmals beschuldigt, dass er der Polizei die Geheimnisse des *Bundes der Kommunisten* geliefert habe. Sogar Marx' Anhänger beschuldigten ihn, dass dieser seine eigenen Leute „zur Haft gebracht habe“. Marx schrieb am 8. Oktober 1853 an Engels selbst, dass Franz Joseph Daniels, der Bruder von Roland Daniels, in London sei aber zu ihm nicht gehen möchte, „weil ich seinen Bruder durch Bangya zur Haft gebracht habe, die sonst nicht stattgefunden hätte“. Nach Marx sei aber diese „Schweinerei“ doch „rein durch das hier- und dorthin kolportierte Knurren der Herrn Dronke-W. Wolff“ veranlasst (MEW 28, S. 301). Dronke und W. Wolff waren derzeit bekanntlich doch Marx' Freunde.

So stand am 30. September 1851 in der *Allgemeinen Augsburger Zeitung* eine Korrespondenz von 26. September aus Köln. Hier wurde Marx für die Verhaftung von seinem eigenen Anhänger Johann Jakob Klein verantwortlich gemacht. Klein sei verhaftet und „gleichfalls beschuldigt dem Communistencomplot mit anzugehören“, denn Marx habe der Baronin von Beck politische Geheimnisse über die Tätigkeit des *Bundes der Kommunisten* anvertraut, die den Regierungen zugekommen wären und die als Grund für die Verhaftung von Mitgliedern des *Bundes* dienten (ebd., S. 659f.):

Man glaubt hier daß sowohl die hiesigen Verhaftungen als diejenigen in Paris ihren Ursprung in den Denunciationen der sogenannten Baroness Beck haben, durch die man zuerst auf die

Mission des Schneiders Nothjung aufmerksam gemacht worden seyn dürfte. Besagte Person soll in London mit Marx und seinen wenigen ihm treu verbliebenen Anhängern in sehr vertrautem Verkehr gestanden haben.<sup>455</sup>

Marx schrieb am 4. Oktober 1851 dagegen, selbstverständlich erst nach dem zwielichtigen Tode der Baronin von Beck in der Untersuchungshaft der englischen Polizei, einen Protestbrief gegen den Bericht an die *Kölnische Zeitung*, da der Kölner Korrespondent der *Allgemeinen Zeitung* Marx' Beziehungen zu Baronin von Beck ursächlich verantwortlich für die Verhaftungen in Deutschland mache. Dies sei alles „die Masse von perfid-albernem, geschmacklos-lügenhaftem Klatsch deutscher Zeitungen“ gewesen. Marx lehnte hier die Anschuldigung vehement ab und behauptete stattdessen, dass er die Baronin von Beck „nur zweimal“ gesehen habe, „und zwar in Gegenwart von Zeugen“. „Beide Mal“ handele es sich „ausschließlich um literarische Zumutungen“, die er abweisen müsse. Er habe danach „nie wieder von der Frau Baronin gehört“. Die „deutschen Flüchtlinge“, sprich die deutschen Kommunisten, hätten dagegen „täglich mit der Frau von Beck“ verkehrt (MEW 8, S. 109).

Doch Marx machte die Bekanntschaft mit Wilhelmine von Beck<sup>456</sup> Ende März/Anfang April 1851 in London. „Wenn du Einzelnes wissen willst“, schrieb er in einem Brief vom 2. April 1851 an Engels, „über Intrigen, Schlachten, Persönlichkeit, so brauchst Du mir bloß die Briefe zu schicken – offen – mit der Adresse: An Frau Baronin von Beck. Ich habe mit ihr angebunden. Wir müssen es ausnutzen“ (MEW 27, S. 228f.).

Marx gab Engels die Adresse der Spionin Frau von Beck, damit dieser an ihre Adresse Briefe schicken soll, und ließ jedoch dabei die Frage offen, um welche Briefe es sich hier handelte, die Engels an Frau von Beck schicken sollte. Die Briefe, die Engels an Frau von Beck zurückschicken sollte, könnten wohl die fingierten Briefe gewesen sein, die Marx Schramm im Namen von Becker an Willich schreiben ließ, denn Marx schickte die fingierten Briefe am 17. März 1851 an Engels. Dieser antwortete am 19. März 1851 Marx, dass er „die heitern Briefe des Ritters von Willich“ gelesen habe (ebd., S. 219). Möglicherweise wollte Marx am 2. April 1851 von Engels, dass dieser die fingierten Briefe, die ja von ihnen „seinerzeit benutzt werden“

---

<sup>455</sup> So berichtete *Augsburger Allgemeine* von „sehr vertrautem Verkehr“ zwischen Marx' Anhängern und Baronin von Beck. Korrespondenz aus Köln, 26. September, in: *Augsburger Allgemeine Zeitung*, Nr. 273, 30. September 1851, S. 4366.

<sup>456</sup> Wilhelmine von Beck war Ende August 1851 in Birmingham wegen Verdachts der Hochstapelei verhaftet worden und starb plötzlich, bevor sie vom Untersuchungsrichter verhört werden sollte, „in den Händen der englischen Polizei [...] inmitten ihrer Prellereien“ (MEW 27, S. 334f.). In ihren Papieren fanden sich Belege über ihre Agententätigkeit für die britische Polizei während der ersten Wochen der Weltausstellung in London im Mai 1851 (Wurzbach 1856, S. 214ff.).



müssten (ebd., S. 561), an Baronin von Beck sende, mit ihm Marx „in sehr vertrautem Verkehr“ gestand.

Die Kunst der List und der Manipulation schien Marx wohl das höchste Kriterium der Intelligenz eines Menschen zu sein. Marx fühlte sich nach seinen eigenen Aussagen mit der Baronin von Beck zwar „angebunden“; aber er hielt sie für „zu dumm, um die Wahrheit verbergen zu können“. Denn er habe mit ihr „Experimente in dieser Beziehung gemacht“. Um welche „Wahrheit“ handelte es sich hier, die Baronin von Beck hätte „verbergen“ müssen, damit Marx sie nicht für „zu dumm“ hätte halten können, verrät er seinen Lesern nicht. Marx lässt auch die Frage offen, welche „Experimente“ er mit der Baronin von Beck „in dieser Beziehung“ gemacht hatte, um zu dem Ergebnis zu kommen, sie für „zu dumm“ zu halten. Doch er wollte trotzdem „sie ausnutzen“ (ebd., S. 228f.).

Engels teilte am 1. September 1851 in einem Brief an Marx sehr erleichtert mit, dass „die wirkliche Hurre und angebliche Baronin Beck“ endlich „in den Händen der englischen Polizei in Birmingham inmitten ihrer Prellereien Todes verblichen“ sei. „Die Sache“ fand Engels „sehr schön“, denn er erinnerte Marx daran, dass „dies gemeine Subjekt“, nämlich Baronin von Beck, die Aushändigung von Dokumenten „über eine in London bestehende deutsche kommunistische Assoziation“ erklärt habe (ebd., S. 334f.).

Hier springt wieder der markante Unterschied zwischen den öffentlichen Erklärungen und privaten Schreiben von Marx/Engels in demselben Thema ins Auge, wie es öfter bei ihnen der Fall ist. Während Marx in seinem Brief vom 2. April 1851 an Engels von „Experimenten“ in der „Beziehung“ zu Frau Baronin von Beck sprach (ebd., S. 228f.), behauptete er erst nach dem zwielichtigen Tod der Baronin von Beck in der Untersuchungshaft der englischen Polizei in seiner öffentlichen Erklärung vom 4. Oktober 1851, dass er sie angeblich „nur zweimal“ gesehen habe, „und zwar in Gegenwart von Zeugen“ (MEW 8, S. 109).

Carl Vogt schrieb 1859 in seiner Streitschrift gegen Marx, dass jeder, „der sich mit Marx und seinen Genossen in irgendeiner Weise in politische Umtriebe einlässt, [...] früher oder später der Polizei in die Hände [fällt]; diese Umtriebe sind von Anfang an der geheimen Polizei verrathen, bekannt und werden von dieser ausgebrütet, sobald es Zeit scheint“ (Vogt 1859, S. 166f.). Auch Karl Heinzen schrieb in seinen Erinnerungen, Marx sei ein „wahrer Lieferant für Gefängnisse“, ein „Agent der Polizei und Polizeilieferant“ (Heinzen 1874, S. 440f.). Der berühmte Dichter Ferdinand Freiligrath beschuldigte Marx ebenfalls, dass dieser über den *Bund der Kommunisten* „der Polizei irgendetwas auf dem Präsentierteller“ gereicht habe. Marx lehnte

in seinem Brief vom 29. Februar 1860 Freiligraths Anschuldigung ab. Sie sei eine „bloße Idee“ und beruhe daher auf „großen Missverständnissen“ (MEW 30, S. 489f.).

Am 4. September 1851 fanden in Paris Verhaftungen statt. Allein 200 deutsche Kommunisten und Arbeiter wurden wegen eines vermeintlichen französisch-deutschen Komplotts verhaftet. Nach einer sechsmonatigen „Untersuchung, Durchsuchung, Nachspürung und Spionage“ fanden die französischen Gerichte die Namen von 24 deutschen Arbeitern heraus, von denen 13 festgenommen wurden (RdA 1852, S. 102). Vier Tage nach den Verhaftungen in Paris schrieb Engels am 8. September 1851 Marx bezüglich der Verhaftungen in Paris Folgendes:

Diesmal scheint die Clique Hippopotamus [Schapper] ins Pech geraten zu sein; was ich von den deutschen verhafteten Namen kenne, sind lauter alte Weitlingianer in Paris aus der Epoche von 1847 und früher. Es scheinen da mehrere Mogeleyen durcheinanderzulaufen. Der schwäbische Heiland [Konrad Schramm] scheint sich auch unter den Glücklichen zu befinden (MEW 27, S. 337).

Seltsamerweise war Marx' Vertrauensmann Konrad Schramm auch „unter den Glücklichen“ in Paris. Marx berichtete am 13. Oktober 1851 Engels von seiner Erklärung gegen den „Klatsch“ in der *Kölnischen* und der *Augsburger Zeitung*. Er musste diese Erklärung abgeben, da das „Geschwätz“ gegen ihn „zu toll“ gewesen sei. Er berichtete Engels weiter, dass die Polizei bei Schramm auch „eine Kopie des Protokolls“ gefunden habe, „worin sich die Verhandlungen befinden, die sein Duell mit Willich veranlaßten, das Protokoll desselben Abends, wo er Willich insultierte und aus der Sitzung lief“. Die Sache sei von Schramms Hand geschrieben und ohne Unterschrift. Die Polizei habe jedoch herausgefunden, „daß er S[chramm] heißt und nicht ‚Bamberger‘, auf dessen Paß er sich in Paris aufhielt“. So ziehe Schramm mit dem bei ihm gefundenen Protokoll ihre Namen „in den Dreck“ hinein (ebd., S. 356).

Marx lässt das im Dunkeln, was sein spezieller Freund Schramm mit einem falschen Pass in Paris zu suchen hatte. Engels schrieb in seinem Antwortbrief vom 15. Oktober 1851 an Marx, er halte es für „gar nicht angenehm“, dass das „Protokoll mit den erbaulichen Zänkereien wegen der Trustengelder von B[auer] und Pf[änder]“ durch Schramms Inkompetenz „in die Hände dieser Herren“ landete (ebd., S. 360).

Schon im Sommer 1851 wollte Marx von Schramm, der diese „alten Protocolle“ besaß, unbedingt zurückholen. Dagegen wollte Schramm wohl wegen seiner eigenen Sicherheit und

für seine eigene „Rechtfertigung“ sie ihm nicht zurückgeben.<sup>457</sup> Marx schrieb am 31. Juli 1851 an Engels, dass er beschlossen habe, die „nötigen Maßregeln“ zu ergreifen, um die im Besitz von Schramm stehenden Bundesdokumente herauszuholen. So vereinbarte Marx mit Schramm ein privates Treffen und nahm dabei Wolff, Liebknecht und Pieper zum Treffen mit. Als Marx von Schramm die Dokumente forderte, wollte dieser sie ihm immer noch nicht zurückgeben, „da er sie zu seiner Rechtfertigung“ brauche. Schramm habe gesagt, dass er so gut wie Marx und Engels der *Bund* sei, auch er könne „rettende Taten“ vollbringen. Er wisse gar nicht, ob Marx Vorsteher des Kreises in London sei. Marx wollte jedoch auf jeden Fall die Papiere haben. So brachte er Schramm „durch Drohung und glatte Worte dahin“ ihm „das versiegelte Paket abzuliefern“ (MEW 27, S. 291f.). Marx erhielt zwar Bundesdokumente, aber nicht alle Dokumente und Protokolle, wie das „Protokoll mit den erbaulichen Zänkereien wegen der Trustengelder von B[auer] und Pf[änder]“.

Engels fand in seinem gerade erwähnten Brief an Marx die Geschichte mit dem Schramm „nicht sehr angenehm“, denn es wäre besser gewesen, wenn Marx und er selbst „aus dieser Sauerei ganz herausgehalten worden wären“. Da es nicht der Fall sei, verdiene Schramm „den Hintern ausgehauen“ dafür, daß er „solche Sachen“, nämlich wie das „Protokoll mit den erbaulichen Zänkereien wegen der Trustengelder von B[auer] und Pf[änder]“, mit sich herumschleppe. Jedenfalls sei es ihm recht, dass er provisorisch dafür „brummen müsse und 6 Monate wegen falschen Passes“ bekommen werde (ebd., S. 360).<sup>458</sup>

Aus einem vorherigen Marx' Brief vom 23. September 1851 an Engels ist zu erfahren, dass sich unter den von der Polizei beschlagnahmten Dokumente auch „ein kurzes Legitimationsschreiben“ für Schramm befand. „Das Fatale“ war für Marx, dass sein „Name drunter steht“, berichtete Marx beunruhigt (ebd., S. 351), sodass die deutschen Zeitungen *Augsburger* und *Kölnische* die Verhaftungen in Paris schon wieder ihnen „in den Hals“ geschoben haben. Auch „der elende Willich et Co.“ verbreite, schrieb Marx weiter, „wir hätten den Dreck in Paris durch Bekannte von uns denunzieren lassen. [...] K[onrad] Schramm ist auch eingesteckt“ (ebd., S. 347).

---

<sup>457</sup> Schon am 31. Dezember 1850 fragte Schramm Marx, warum dieser ihm plötzlich damit „pressirt“ und ob er selbst „vielleicht schon aus dem B[und] herausgeschmissen“ sei. „Nach den Erfahrungen des letzten Jahres“, nämlich nach dem Duell mit Willich, sei Schramm „die Lust vergangen“, sich „noch einmal mit Willich einzulassen“. Er drückte seine Enttäuschung über Marx aus, er hätte es „doch nicht für möglich gehalten“, dass Marx u.a. mit Eccarius „zusammen gegen ihn conspiriren“ würde (MEGA<sup>2</sup> III/3, S. 712).

<sup>458</sup> Schramm wurde im September 1851 verhaftet, im Oktober 1851 freigelassen und ging nach London (BdK 3, S. 119).

Der Briefwechsel zwischen Marx/Engels bekräftigt die im Auftrag von Marx ausgeübte Agententätigkeit von Konrad Schramm mit dem falschen Pass von Louis Bambergers in Paris.<sup>459</sup> Das bedeutete, dass Schramm in Paris mit einem falschen Pass, so schrieb Engels am 23. September 1851 Marx, „gehörig in Cafés gebrüllt“ habe (ebd., S. 343). Die Zentralbehörde des *Bundes der Kommunisten* warnte im Mai-Rundschreiben von 1851 die Bundesmitglieder genau deswegen davor, insbesondere „an öffentlichen Orten sich nicht mit unbekanntem und mit revolutionären Phrasen“ um sich werfenden Personen in Diskussionen einzulassen:

In öffentlichen Wirtshäusern treten sie ultra-revolutionär auf, suchen anwesende Flüchtlinge und Arbeiter ins Gespräch zu ziehen. [...] Bei solchen Tiraden sitzen gewöhnlich einige Galgengesichter ruhig in einer Ecke, fangen jedes Wort, welches von Flüchtlingen gesprochen wird, auf, und überbringen es brühwarm den Gesandtschaften (Wermuth/Stieber 1853, S. 282).

Im Sommer 1851 fand der Kongress des *Bundes der Kommunisten* in London statt. Auf dem Kongress wurde das Zirkular *Maßregeln vor, während und nach der Revolution* angenommen. Im September 1851 fiel auch dieses Zirkular bei der Verhaftung von Mitgliedern der Pariser Gemeinde des *Bundes* der französischen Polizei in die Hände. Das Zirkular wurde in der französischen Presse und Auszüge daraus auch in der *Kölnischen Zeitung* vom 19. September 1851 veröffentlicht (MEW 27, S. 659).<sup>460</sup> Nach den Verhaftungen der Mitglieder der Pariser Bundesgemeinde und nach den Veröffentlichungen der geheimen Dokumente des *Bundes* schrieb Engels am 19. September schadenfroh an Marx: „Das Dokument Willich im ‚Debats‘ ist wunderschön!“ (ebd., S. 341). Aber die Auszüge aus dem Dokument in der *Kölnischen Zeitung* seien, schrieb er im nächsten Brief am 23. September 1851 an Marx, „viel schöner als in den französischen Blättern“ (ebd., S. 343).

Der Pariser Prozess begann erst sechs Monate später am 24. Februar 1852. Am Ende des Prozesses wurden 11 Angeklagte zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die Angeklagten Cherval und Gipperich wurden zu 8 Jahren, Scherzer und Nette zu 3 Jahren Gefangenschaft verurteilt. Auch zahlreiche deutsche Arbeiter wurden aus Frankreich ausgewiesen. So wurde der *Bund der Kommunisten* in Paris „fast vollständig demontiert“ (RdA 1852, 102f.). Willich schrieb in einem Brief vom 14. Mai 1852 an Weitling, dass in der Tat auch das französische Gouvernement „ein kommunistisches Komplott nötig“ hätte, „um die Bourgeoisie zu

---

<sup>459</sup> Louis Bamberger, dessen Name in der Marx-Engels-Korrespondenz oft auftaucht, stand jahrelang im Dienst vom „Diamantenherzog“ Karl von Braunschweig, der das *Manifest* von Marx/Engels in seinem Blatt *Deutscher Londoner Zeitung* vom 3. März 1848 bis 28. Juli 1848, also fast fünfmonatelang fortsetzend nachdrucken ließ (Schraepfer 1972, S. 230). Marx hatte in London auch mit Louis' Vater, dem Bankier Simon Bamberger, wegen Geldangelegenheiten „oft zu tun“ (Dénes 1966, S. 46).

<sup>460</sup> Im Zirkular wurden Fragen über die ersten Maßregeln, die nach dem Umsturz zu ergreifen sind, in den Bundesgemeinden diskutiert und nach Abstimmung formuliert (Wermuth/Stieber 1853, S. 294).

erschrecken“. Es gehöre dies mit zu den Vorbereitungen des Dezember-Coups. So produzierten das französische Gouvernement und die preußische Polizei ein „kommunistisches Complot“ gegen die französische Regierung (ebd., S. 181).

Nachdem Ewerbeck, der langjährige Leiter des Pariser Kreises, 1849 zurückgetreten war, übernahmen den Vorsitz der Pariser Gemeinden Scherzer, Reiningen und Cherval. Willich berichtete in einem Brief vom 14. Juni 1852 an Weitling, dass Cherval ein „Mouchard“ sei. Sein „kühnes Auftreten vor Gericht“, seine „strenge Verurteilung“, seine Flucht seien „im Einverständnis mit der Polizei“ geschehen, „um ihm für die Zukunft eine Stellung in der Parthei zu verschaffen“ (ebd., S. 227).<sup>461</sup> Cherval, dessen richtiger Name Josef Krämer lautete, gebärdete sich äußerst radikal und war stets bemüht, Öl ins Feuer zu gießen. Zur preußischen Polizei, für die er spionierte, stand er in guten Beziehungen (Schraepler 1972, S. 437).

Merkwürdigerweise wurden im Februar 1852 im Pariser Kommunistenprozess von Cherval an die Londoner Zentralbehörde des *Bundes* geschickte Korrespondenzen und Berichte als Beweisstücke verwendet (Vogt 1859, S. 172). Scherzer schrieb Ende 1853 an Weitling, Cherval und Gipperich seien „eifrige Anhänger von Marx und Engels bis zur Stunde“, als ein Emissär des *Bundes* im Herbst 1850 nach Paris kam und von der „Ausstoßung“ von Marx/Engels berichtete (RdA 1854, S. 13). Charles Fleury, sein richtiger Name war Carl Krause, war ebenfalls „ein preußischer Spitzel“. Fleury „schleuste in der Willichs Gemeinsamunterkunft mit Cherval und Wilhelm Hirsch ein“. Willich war 1852 klar, dass sie Agenten waren (Wermuth/Stieber 1853, S. 276f.).

Nicht nur Cherval betrieb gegen die Pariser Bundesgemeinde und gegen deutsche Republikaner in Paris Spitzeltätigkeiten, sondern auch der Spitzel János Bangya ließ sich wohl Ende September 1850, also nach dem Bruch der Führung des *Bundes der Kommunisten* mit Marx/Engels, in Paris nieder und wurde in relativ kurzer Zeit Mitglied des aus Ungarn, Österreichern und Deutschen zusammengesetzten Filial-Komitees der demokratischen Republikaner in Paris. Mit der Zeit erweckte aber Bangya in den Kreisen der Emigration Misstrauen, und es wurden ungefähr im Sommer 1851 Stimmen laut, „die ihn direkt als Spion der österreichischen, bzw. der französischen Regierung“ bezeichneten. Im Zusammenhang mit der Aufdeckung der „deutschen sozialen Konspiration“ in Paris im September 1851 prangerte die Zentralbehörde des *Bundes* Bangyas „Spitzeltätigkeit“ öffentlich an (Rosdolsky 1937, S. 233ff.).

---

<sup>461</sup> Ein Versuch Chervals, 1852 im Londoner Arbeiterverein Fuß zu fassen, scheiterte. Er wurde „ausgestoßen und für infam erklärt“ (Schraepler 1972, S. 483).

Bangyas mysteriöse ‚Flucht‘ nach England und seine Beteiligung bei der ‚Entdeckung des Komplotts‘ seien, schrieb Rosdolsky, „vielfach auch in öffentlichen Blättern besprochen worden“. Die Sache wirbelte in der gesamten Emigration großen Staub auf, und Bangyas Name erschien schließlich in der vom *Bund der Kommunisten* publizierten *Liste der in den Flüchtlingskreisen wirkenden Werkzeuge der Kontinentalregierungen*. Bangya lehnte die Anschuldigung bezüglich der Verhaftungen der deutschen Kommunisten in Paris vehement ab und brachte seinem Hauptankläger, nämlich den demokratischen Republikaner Schimmelpfennig, „eine gerichtliche Klage auf Diffamation bei den englischen Gerichten“ an (ebd., S. 236f.).

Marx nahm hier seinen speziellen Freund Bangya sofort in Schutz. Ihm sei mitgeteilt worden, dass Bangya bezüglich der Verhaftungen der deutschen Kommunisten in Paris „*durchaus unverdächtig*“ sei (MEW 28, S. 88). Doch selbst Marx bekam von Bangya Informationen über die Pariser Gemeinde des *Bundes* und über ihre Aktivitäten. Über die Tätigkeit der Zentralbehörde des *Bundes* in London und deren Propagandamaßnahmen gab Bangya Marx ebenfalls Auskunft (Schraepler 1972, S. 457).

### **5. Marx' Verbindungen zu Polizeiagenten János Bangya und Hermann Ebner**

David Rjazanov fiel während seiner Untersuchung des von Bernstein und Mehring erstmal 1913 herausgegebenen ersten Bandes des Briefwechsels zwischen Marx/Engels auf, dass die „unzähligen“ Stellen, „die die Herausgeber aus den Briefen, ohne jegliche Mitteilung hiervon, herausgestrichen haben“. Dabei handelte es sich lediglich um die Briefe, die er persönlich mit dem Original vergleichen konnte. Darunter sei „nicht ein Brief, in dem die blasphemischen Hände keine Veränderungen vorgenommen hätten“. Obwohl Rjazanov anfangs an der „Säuberung der Briefe“ von Marx/Engels selbst teilgenommen hatte (Rjazanov 1925, S. 396f.), veröffentlichte er denselben Briefwechsel zwischen Marx/Engels in seiner Marx/Engels-Ausgabe 1929–1931 diesmal vollständig und unzensiert. So ließ er „annähernd 200“ Briefe „aus der Londoner Zeit der 1850er Jahre“ veröffentlichen. Dazu gehören insbesondere die Briefe, die Marx' Verhandlungen mit dem Polizeispitzel János Bangya beweisen (Nippel 2020, S. 490f.). Während im von Bernstein und Mehring herausgegebenen Briefwechsel zwischen Marx und Engels der „Name Bangya“ also „nicht einmal erwähnt“ wurde (Schraepler 1972, S. 462), tauchten Marx' Verhandlungen mit dem Polizeispitzel Bangya in den von Rjazanov veröffentlichten Briefen doch auf (Nippel 2020, S. 489).

Marx machte im April oder spätestens im Mai 1850 in London die Bekanntschaft mit János Bangya. Es steht fest, wie er auch selbst in seiner Streitschrift *Herr Vogt* schrieb, dass Marx ab

Frühjahr 1850 mit Bangya in Verbindung stand (MEW 14, S. 574). Zu dieser Zeit war Bangya zweifellos bereits ein Konfident der österreichischen Polizei (Rosdolsky 1937, S. 232). Die beiden schlossen bald eine enge Freundschaft. Es ist bemerkenswert, dass Marx in der gleichen Zeit u.a. damit beschäftigt war, zusammen mit den Blanquisten in London die *Weltgesellschaft der Kommunistischen Revolutionäre* zu gründen (BdK 2, S. 162).

Bangya besuchte Marx „höchstwahrscheinlich“ auch im Mai 1851, als die Verhaftungen in Deutschland stattfanden. In den Kreisen der Emigration wurde dadurch Misstrauen erweckt, und es waren bekanntlich im Juni–Juli 1851 Stimmen laut geworden, die Bangya „direkt als Spion der österreichischen, bzw. der französischen Regierung anklagten“ (Rosdolsky 1937, S. 235). Bangya stand 1851/1852 auch auf der „Lohnliste“ des preußischen Polizeileiters Stieber (Herres 2003, S. 151). Carl Wilhelm Saegert, der geheime Berater des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV., notierte am 10. Oktober 1852 in seinem Tagebuch: „Oberst Bangya, Mitglied im Communist. Bund, Oestreichs Agent, auch zeitweilig Stieberscher“.<sup>462</sup>

Dass Bangya tatsächlich für die österreichische, französische und preußische Polizei gearbeitet hatte, ist aktenkundig bekannt. Es ist auch aktenkundig bekannt, dass Marx sich von Bangya auch 1852 alle möglichen Informationen geben ließ. „Offen“ bleibe jedoch nach Nippel, „was Marx seinerseits Bangya mitteilte, ob er andere gefährdete, und wenn ja, ob fahrlässig oder absichtlich“. Letztere Kritik sei schon im Nachgang zum Kölner Kommunistenprozess gemacht und später wiederholt worden. Ins „Zwielicht“ habe sich Marx selbst gebracht. Deshalb seien auch in der Erstausgabe des Briefwechsels von Marx/Engels im Jahr 1913 die „Passagen zu Bangya gestrichen“ (Nippel 2018, S. 72f.).

Während Marx also Bakunin 1848 und Willich 1852 öffentlich mit bössartiger Absicht als Agent denunzierte, verkehrte er selbst problemlos mit wirklichen Agenten wie János Bangya, Hermann Ebner und Edgar Bauer.<sup>463</sup> Marx empfahl am 25. März 1852 Weydemeyer in New York, dass dieser Bangya zum Mitredakteur nehmen sollte, denn er sei sicher „ein gutmütiger Kerl“ (MEW 28, S. 511).

Aus Bangyas Brief vom 25. August 1852 an Marx geht hervor, dass Marx im April 1852 ihm sogar „den Antrag“ stellte, ihn in seine „geheime Gesellschaft einzuführen“. Auch Bangya hatte

---

<sup>462</sup> Das Original des Berichts wurde von einem Auszug in Otto Maenchen-Helfens Brief an Boris Nikolaevsky vom 22.9.1936 zitiert. GStA PK BPH Rep. 192 NL Saegert, Nr. 5; zit. nach Herres 2003, S. 151.

<sup>463</sup> Edgar Bauer, der seit 1852 als Journalist in London arbeitete und regelmäßig Berichte an die dänische Polizei lieferte, führte mehrere Gespräche mit Marx, der selbst 1854 schrieb, dass Edgar Bauer in seinem Haus sogar jede Woche zu Gast sei. Er gab Marx Auskünfte über die aktuellen Ereignisse in der politischen Emigration in London (MEW 28, S. 610). Edgars Dossiers sind erst in den 1980er Jahren „entdeckt“ worden (Nippel 2018, S. 72). Erik Gamby gab erst 1985 das Buch über Bauers Agententätigkeit heraus.

Gründe für die Zusammenarbeit und Informationsaustausch mit Marx: „1. halte ich Sie für den einzigen fähigen deutschen Mann. 2. haben wir dieselben Feinde. 3. habe ich für Sie eine Art Sympathie stets gefühlt“ (MEGA<sup>2</sup> III/5, S. 471). Marx’ „wahrer Freund“ und „Allerweltspitzel“ Bangya machte in seinem Brief vom 14. Juli 1852 an diesen gegen Willich Vorwürfe:

Was nun die Verläumdungen aus dem Munde Willichs et Consorten anbelangt, diese würdige ich gar keiner Aufmerksamkeit, es kann mir nur zur Ehre gereichen, wenn ein Schmutzkäfer a la Willich mich beschmutzt – den der Schmutz ist nur auf einen reinen Körper sichtbar, ihn den Willich kann man nicht mehr beschmutzen den er ist ein mobiler Dreckklumpen (MEGA<sup>2</sup> III/5, S. 438).

Marx ließ Bangya ihm alle möglichen Informationen über Kommunisten und demokratische Republikaner Europas geben. So gab Bangya ihm Informationen über die Pariser Bundesgemeinde (MEW 28, S. 83ff.), über die Tätigkeit der Zentralbehörde des *Bundes* und deren Propagandamaßnahmen. Am 30. August 1852 berichtete Bangya seinem „wahr[e]n Freund“ Marx, dass Kinkel und Willich einen Emissär, der Gebert heiße und „vom Arbeiter Klubb Willichs“ sei, nach Deutschland abgesendet hätten:

[D]ieser Mann hat in Magdeburg die Communisten Gemeinde versammelt, 3 Tage nacheinander wurden Berathungen gehalten an welchen 26-30 Mitglieder Theil nahmen [...], gegen Marx und Engels wurde mit großer Erbitterung debattirt, -nebst mehreren administrativen und Organisations Fragen kam man auf die Frage: wie und auf welche Art eine Druckerei zu verschaffen wäre? Es fand sich ein armer Buchdrucker der in, oder um Magdeburg herum etablirt ist und mit diesen wurde ein Vertrag geschlossen. Derselbe stellt seine Officin zur Verfügung der Propaganda die Firma wird jedoch wie sie war beibehalten, dafür wurden ihn 100 Thaler sogleich ausbezahlt und nach einem Jahr werden ihn noch 350 Thaler ausbezahlt.

Bangya informierte Marx weiter, dass in Antwerpen Mitte September eine Versammlung für die Revolutionsanleihe stattfinden werde. Er solle diese Warnung nehmen und „davon jenen Gebrauch“ machen, der ihm „zweckmäßig“ erscheine (MEGA<sup>2</sup> III/5, S. 474).

Auch Marx gab den Polizeiagenten János Bangya und Hermann Ebner über die Aktivitäten der kommunistischen und republikanischen Emigranten Informationen, die er durch sein „Spionsystem“ erhielt. Marx’ Informationsaustausch mit Polizeiagenten, wie Bangya und Ebner, trug erheblich zu seinem politischen Ausschluss aus der internationalen Emigrantenszene bei. So berichtete er am 30. April 1852 Engels, dass es in einem von Kommunisten und demokratischen Republikanern, nämlich von Willich, Schapper, Techow und Schimmelpfennig unterzeichneten Gutachten im Hinblick auf die „ganz machtlose [...] Partei“ Marx geheißen habe, es „seien Polizeispione unter uns, die alles der preußischen



Regierung anzeigen“ (MEW 28, S. 61). Willich berichtete in seinem Brief vom 9. Juni 1852 an Weitling ebenfalls von Aktivitäten der Geheimpolizei unter den kommunistischen Organisationen in London (RdA 1852, S. 227).

Die österreichische Staatspolizei stellte in einem internen Bericht von Juli 1852 fest, dass Marx „sich ganz unter dem Einfluße österreichischer Vertrauensorgane befindet“:

Eines der Hauptmittel, der Propaganda der deutschen Factiosen hindernd zu begegnen und den Erfolg ihrer Tätigkeit zu lähmen, lag in der klugen Benützung der Spaltungen derselben, welche namentlich durch die Einwirkung des Leiters der deutschen Communisten in England, Marx, der sich ganz unter dem Einfluße österreichischer Vertrauensorgane befindet.<sup>464</sup>

Marx gab Bangya im April 1852, so berichtete er Engels am 30. April 1852, „einige Federskizzen der großen deutschen Männer in London“. Dieser Brief sei „einem deutschen Buchhändler vorgelesen worden“, ohne dass man ihm seinen Namen genannt hätte. Dieser Buchhändler verlange jetzt von Marx „Charakterbilder“ dieser Herren und soll, „wie B[angya] sagt, parat sein, 25 Pfd.St. für einige Druckbogen zu geben. Natürlich anonym oder Pseudonym“ (MEW 28, S. 62). Bangya bot in seinem Brief vom 6. Mai 1852 Marx dann an, einen Bericht über die deutschen Emigranten in London bei einem Berliner Verlag unterzubringen:

Beim Erscheinen der Brochure erhalten Sie 24 Exemplare. Die Broschüre wird also 5–6 Bogen stark. Es wird gebethen das Werk je eher fertig zu machen damit es, wo möglich, in Juni unter der Preße sein könne (MEGA<sup>2</sup> III/5, S. 342).

So machte Bangya Marx ein anreizendes Angebot für ihn. Diesem Angebot konnte Marx keinesfalls widerstehen. So schrieb er an demselben Tag an Engels, dass er gerade von Bangya ein Angebot erhalten habe:

Der Buchhändler in Berlin hat jetzt also den definitiven Vorschlag gemacht: 25 Pfund für 5–6 Bogen Charakterbilder, 24 Freiexemplare. Ich erhalte von B[angya] das Geld, sobald ich ihm das Manuskript abliefere. Aber der Mann verlangt Eile. Mein Plan ist: Einstweilen mache ich mit Dronke, wodurch mein Stil plus ou moins [mehr oder weniger] verschwindet, das Brouillon [Konzept]. Nach 14 Tagen ist es dann vielleicht möglich, mit Dir die Sache [*Die großen Männer des Exils*] ready [fertig] zu machen (ebd., S. 115f.).<sup>465</sup>

---

<sup>464</sup> Wie schon erwähnt wurde, wurde das Original des Berichts von einem Auszug in Otto Maenchen-Helfens Brief an Boris Nikolaevsky vom 22.9.1936 zitiert. Hoover Institution Archives, Stanford, CA, Boris Nicolaevsky Collection; zit. nach Herres 2003, S. 151.

<sup>465</sup> Das Pamphlet von Karl Marx und Friedrich Engels *Die großen Männer des Exils* wurde zu Lebzeiten von Marx/Engels nicht veröffentlicht. Es erschien erstmalig 1930 in der Sowjetunion in russischer Sprache (MEW 9, S. 577).

Marx bekam hier von dem inzwischen in London eingetroffenen talentierten Journalist Ernst Dronke große Unterstützung. Auch Engels half ihm, obgleich er gewisse Bedenken hatte. Dieser wusste nämlich, dass „trotz aller Ano- und Pseudonymität doch jeder merkt, [von welcher Seite diese Pfeile kommen]“, und die Verantwortung auf sie beide fallen würde. Möglicherweise werde die Broschüre, schätzte Engels hier richtig ein, „in Deutschland unter dem jetzigen Regime gedruckt, als Unterstützung der Reaktion erscheinen“. Aber er fand, „25 Pfund sind schon einen kleinen Skandal wert“ (MEW 28, S. 64f.). Marx war nun stark beschäftigt. Er reiste sogar im Juni 1852 nach Manchester, um mit Engels Einzelheiten des Pamphletes *Die großen Männer des Exils* unter vier Augen festzulegen.

Bangya schrieb am 8. Juni 1852 an Marx, um zu wissen, wie weit Marx mit seiner Arbeit sei, bis wann werde er in London sein, bis wann er „mit den paar Character Skizzen fertig sein und bis wann das festgesetzte Honorar hier bestellen“ solle (MEGA<sup>2</sup> III/5, S. 390). Er half Marx eifrig auch bei der Materialsammlung für seine „literarische Tätigkeit“ (Vogt 1859, S. 157):

Ich habe einen Deutschen den Auftrag gegeben, er soll mir alle Mitglieder der Kinkelschen und Agitationsclubenpartei zusammenschreiben und bei jeden eine kurze Anmerkung machen. Diese Liste werde ich dann Ihnen übergeben, damit Sie nach Ihrem Gutachten die geeigneten Persönlichkeiten für Ihre Brochure herausziehen (MEGA<sup>2</sup> III/5, S. 391).

Bangya stand nicht nur mit Karl Marx, sondern auch mit seiner Gemahlin Jenny Marx und Engels im Briefwechsel (Rosdolsky 1937, S. 238f.). Er schrieb am 21. Juni 1852 an Jenny Marx, um ihr Bescheid zu geben, dass er von ihrem „Herrn Gemahl ein Schreiben erhalten“ habe, der ihn in Kenntnis setze, „daß seine Arbeit geendet sei und nur noch ins Reine abzuschreiben ist“ (MEGA<sup>2</sup> III/5, S. 541).

Die Zusammenstellung des Materials für den Polizeispitzel Bangya bereitete Marx grenzenloses Vergnügen: „Wir lachen Tränen bei der Einmarinierung dieser Stockfische“, schrieb er fröhlich seiner Frau (MEW 28, S. 524). Er verfasste „spöttisch und schadenfroh“ ein Pamphlet über die in London lebenden demokratischen Republikaner und Kommunisten, u.a. Kinkel, Struve und Willich, die zusammen gegen die Krone und das Großbürgertum kämpften. Marx verkaufte sein „Machwerk“ dem Polizeiagenten Bangya, der es wiederum der österreichischen und preußischen Polizei ablieferte. Es blieb bisher unbekannt, was Marx dort schrieb, weil die preußische Polizei es „nie verraten“ hatte (Kuhnigk 1980, S. 223). Engels behauptet in einem Brief vom 10. Oktober 1852 an Marx, sie hätten das Pamphlet „fürs Publikum geschrieben und nicht für das Privatvergnügen der Berliner oder sonst einer Polizei“ (MEGA<sup>2</sup> III/6, S. S. 39).

Im Pamphlet gaben Marx/Engels über die revolutionären und demokratisch/republikanischen Gruppen in London mit Spott und Hohn reichliche Informationen. Es gab wohl „kein namhaftes Mitglied der deutschen Emigration, das hier nicht seinen Teil abbekam“ (Schraepler 1972, S. 454). Techow schätzte also richtig ein, dass „die ekelhaften Intrigen und gemeinen Klatschereien, welche Marx und Comp. bisher im Kleinen organisirt hatten, wahrscheinlich im Grossen spielen, namentlich auch in ihrer literarischen Thätigkeit“ gehen (Vogt 1859, S. 157).

Marx zeigte sich in seinen Behauptungen in diesem Pamphlet immer niederträchtiger: „Die großen Männer des 1848er Deutschlands standen im Begriff“, schrieb er in seinem Machwerk, „ein schäbiges Ende zu nehmen, als der Sieg der ‚Tyrannen‘ sie sicherstellte, sie ins Ausland verschlug und zu Märtyrern und Heiligen machte. Die Konterrevolution hat sie gerettet“ (MEW 8, S. 267).

In seinem Machwerk verfasste Marx einen Text über Willich unter dem Titel *Ritter vom edelmütigen Bewusstsein*. Willich wurde hier von Marx als der Chef der niederen Flüchtlinge abgebildet, der sich ein Freikorps geschaffen habe, „dessen Masse entweder von vornherein aus dem Lumpenproletariat besteht oder sich ihm bald assimiliert“. Ihm verleihe Willich durch seinen „Kasernenkommunismus“ eine Weihe, die sich durch Verachtung einer bürgerlichen Tätigkeit auszeichne. Dieser „Ritter vom edelmütigen Bewußtsein“ sei als „Don Quichote und Sancho Pansa in einer Person ebenso verliebt in den Schnappsack wie in seine fixen Ideen“ (ebd., S. 320ff.).

Marx lieferte also in die Hände der preußischen Regierung in Deutschland über die Revolutionäre reichliches Material, das sie gegen die Emigranten aller Schattierungen auswerten konnte (Schraepler 1972, S. 465). Hier machte man ihm nicht nur die Beziehungen zu Bangya, sondern auch den Inhalt des Manuskripts zum Vorwurf und beschuldigte ihn, der Polizei Material über Kommunisten und demokratischen Republikaner geliefert zu haben, und zwar an einen Spitzel, nämlich Bangya, dessen Gefährlichkeit in London von Kommunisten schon im Sommer 1850 erkannt worden sei (Rosdolsky 1937, S. 240). Wilhelm Wolff berichtete am 7. November 1852 Engels: „Willich und Comp, kolportiren überall herum, die Broschüre sei an die Polizei verkauft worden“ (MEGA<sup>2</sup> III/6, S. 303).

Marx rechtfertigte sein Machwerk: „Die Tagesschreier waren hier angegriffen, natürlich nicht als staatsgefährliche Revolutionäre, sondern als konterrevolutionäre Strohwische“ (MEW 9, S. 40f.). In seinen Augen waren u.a. Techow, Schimmelpfennig, Schapper und Willich „konterrevolutionäre Strohwische“. Doch diese Männer waren „staatsgefährliche Revolutionäre“, und genau deswegen kämpften Marx/Engels „in den 1850er Jahren so intensiv“

gegen sie. Sie waren „in der Tat die großen Männer des Tages“ (Lattek 2006, S. 72ff.). Diese Männer, wie Willich, Schimmelpfennig, Kinkel, Techow, wurden im Gegensatz zu Marx/Engels sowohl im Exil als auch in Deutschland von dem preußischen Staat staatsbrieflich gesucht und waren „staatsgefährliche Revolutionäre“.

Marx ging 1860 in seiner Rechtfertigungsschrift *Herr Vogt* auf den Fall Bangya ein, indem er bodenlos behauptete, dass dieser ihm ein Manuskript unterschlagen und einer deutschen Regierung ausgeliefert hätte (MEW 14, S. 574). Er ging dabei jedoch auf den Inhalt des Manuskripts nicht ein und erwähnte auch mit keinem Wort, dass er selbst derjenige war, der das Pamphlet auf Bangyas Bestellung geschrieben hatte und von diesem auch bezahlt worden war (Schraepler 1972, S. 462).

Bekanntlich hatte Marx neben Bangya auch mit Hermann Ebner enge Kontakte geknüpft. Mit Ebner, der sich in Frankfurt als Journalist ausgab, hatte er im Frühjahr 1851 Kontakt aufgenommen, weil dieser einen Verlagsvertrag für sein Buch über „Ökonomie“ vermitteln könne. Ebner war in der Tat, wie schon erwähnt wurde, ein langjähriger „Geheimagent der österreichischen Polizei“ (MEW 27, S. 714). Marx lieferte Ebner im August 1851 einen Text mit ausführlichen Informationen über Kommunisten, demokratische Republikaner und oppositionelle Personen in London, wie Willich, Kinkel, Struve (ebd., S. 571f.).<sup>466</sup>

So bedankte sich Ebner bei Marx in einem Brief vom 30. Oktober 1851 für seine „trefflichen Mittheilungen über die dortigen Zustände der Emigration“ und bat ihn darum, weitere Informationen zu liefern:

Für Ihre trefflichen Mittheilungen über die dortigen Zustände der Emigration meinen besten Dank und Sie werden mich sehr verbinden, geehrtester Herr Marx, wenn Sie mich von Zeit zu Zeit durch kleine Relationen von der dortigen Wendung der Dinge unterrichten wollen (MEGA<sup>2</sup> III/4, S. 490).

Marx' Privatsekretär Pieper, der zu jener Zeit in Frankfurt am Main mit Ebner verhandelte, wollte ebenfalls von Marx Informationen. Er schrieb am 17. November 1851 an Marx: „Ich erwarte einige Zeilen von Dir, besonders einige Kossuthiana. Was Kuckuk? Barthélémy-Kossuth? Bitte, sagen Sie mir mehr darüber“ (ebd., S. 499). So machte Marx in seinem Brief vom 2. Dezember 1851 an Ebner weitere Mitteilungen über das Bündnis der deutschen

---

<sup>466</sup> Der Text über politische Flüchtlinge in London, den Marx im Sommer 1851 dem Journalisten und gleichzeitig Polizeiaagenten Hermann Ebner in Frankfurt verkaufte, landete bei der österreichischen Polizei und wurde erst 1956 aus deren Akten veröffentlicht. Er erhielt in MEGA<sup>2</sup> den Titel *Skizzen über die deutsche kleinbürgerliche Emigration in London im Sommer 1851* (MEGA<sup>2</sup> I/11, S. 86ff.).

Kommunisten mit demokratischen Republikanern und über ihre „Revolutionsanleihe“ (MEW 27, S. 586ff.). Ebner bat Marx auch am 29. Dezember 1851 um weitere Informationen:

Sie werden mich weiter sehr verpflichten, wenn Sie die Güte hätten, mir die, gewiß jetzt sehr veränderte Physiognomie der Herren, in der, bei Ihnen gewohnten geistreichen Weise, zu skizzieren (MEGA<sup>2</sup> III/4, S. 546).

Christopf Stölz schrieb 1971 in seiner Dissertation *Die Ära Bach in Böhmen*, auf einem dokumentarischen Beweis gestützt, dass Marx im Sommer 1852 für den österreichischen Geheimdienst Nachrichten über die demokratische Emigration in England geliefert habe:

Die Verbindungen, die zu Karl Marx in der Londoner Emigration angeknüpft wurden, waren erfolgreicher. Er lieferte für den Bachschen Geheimdienst Dossiers über die demokratische Emigration in England (Stölzl 1971, S. 257).

Stölz begründete seine These auf einer Aktennotiz von 1852 aus dem Bestand des Informationsbüros des Haus-, Hof- und Staatsarchivs in Wien:

[E]s ist nun, durch Vermittlung des Frankfurter Korrespondenten [Hermann Ebner] und Freiligraths, mit dem seit 10 Jahren vertraulicher Verkehr unterhalten wird, auch der bekannte Sozialdemokrat Karl Marx für Mitteilungen über das Treiben der politischen Flüchtlinge in England gewonnen worden, die umso mehr Ausbeute versprechen, als er von seinem Standpunkt der bitterste Gegner obgedachter Parteihäupter ist und ihm alles dran liegt, dieselben in jeder Weise [...] zu bekämpfen und bloßzustellen. [...] Dem Marx und so auch dem Freiligrath wurde eine Retribution von 20-24fl für wertvolle Aufsätze der Art in Aussicht gestellt, wodurch zur Bekämpfung der Flüchtlingssmachinationen in England sehr scharfe Waffen gewonnen sind (HHSTA, I.B. 1852/31; zit. nach Stölzl 1971, S. 257).

Marx scheute sogar nicht, Briefe, die er durch sein „Spioniersystem“ in die Hände bekam, heimlich zu öffnen, um sich über deren Inhalte zu informieren und weiterzuleiten. So schrieb er im September 1852 an Engels, dass er einen an Willich gerichteten Brief von Barthélemy in die Hände bekam und ihn heimlich öffnen ließ, um sich über dessen Inhalt zu unterrichten. Er ließ dann einen „Auszug“ dieses Briefes abschreiben und schickte ihn auch an Engels (MEW 28, S. 147).

Nach Karl Heinzen war die „Intrigen- und Verleumdungssucht“ der „Marx/Engels Clique“ in der Emigration in London weit bekannt. Für Heinzen war Marx ein „lügnerischer Intrigant“ (Heinzen 1864, S. 425),

und sie werden wahrscheinlich denken, daß sie noch gut genug davongekommen sind, wenn die Marxsche Berührung sie bloß in Skandalgeschichten und nicht in's Gefängniß gebracht hat.

Denn dieser Mensch ist überall ein wahrer Lieferant für Gefängnisse auf Kosten Derer geworden, die an ihn glaubten. Und einem solchen Menschen konnten die Arbeiter Vertrauen schenken, bloß weil er ihnen die Ehre anthat, sie als ‚Klasse‘ absondern zu wollen, um sie für sich benutzen zu können! Und diesen Agenten der Reaktion und Polizeilieferanten konnten Revolutionäre als Mann der Revolution betrachten! (Heinzen 1874, S. 440f.).

Der demokratische Republikaner Heinzen dachte, dass Kommunismus Marx bloß „als Mittel“ gedient habe, „etwas Apartes“ zu repräsentieren und „eine ‚Partei‘ figurieren zu lassen, die allen anderen opponierte“. Der „Hauptehrgeiz“ von Marx bestehe bloß darin, „für Andere, die etwas schaffen wollen, ein Hinderniß zu sein und als solches anerkannt zu werden“. Der „Wunsch, Förderungsmittel zu sein“, stellte Heinzen fest, „liegt nicht in einer solchen Natur“ (Heinzen 1874, S. 441ff.).

## **6. Der „sogenannte Kommunistenprozess“ in Köln und andere Prozesse**

Wie schon behandelt wurde, fanden im Mai 1851 die Verhaftungen in Deutschland statt. Als am 4. Oktober 1852 endlich die öffentliche Hauptverhandlung in Köln begann, hatten fast alle Angeklagten 15 bis 18 Monate in Einzelhaft verbracht. Die Verteidigung führten die Anwälte: Schneider II, Schürmann, Esser I, Nacken und von Hontheim. Die „fast sämtlich elegant“ gekleideten Angeklagten waren Peter Gerhardt Röser, Johann Heinrich Georg Bürgers, Peter Nothjung, Hermann Heinrich Becker, Karl Wunibald Otto, Roland Daniels, Wilhelm Joseph Reiff, Johann Jakob Klein, Abraham Jakobi, Johann Ludwig Albert Erhardt und Friedrich Lessner (RdA 1852, S. 369f.).<sup>467</sup>

Der Polizeirat Stieber erschien als erster Zeuge. Er begann mit der Schilderung seiner Agententätigkeit in London. Er sei im Frühling 1851 wegen der Weltindustrierausstellung von der preußischen Regierung nach London geschickt worden. Sein Kommissorium, behauptete er, habe anfangs keinen politischen Charakter gehabt; erst in Folge der Verhaftung Nothjungs im Mai 1851 in Leipzig sei ihm der Auftrag gegeben worden, „sorgfältige Recherchen über die Verbindungen des Bundes in London“ zu machen, namentlich einen gewissen Oswald Dietz zu überwachen, bei diesem das Archiv und die ganze Korrespondenz des *Bundes der Kommunisten* lägen. Gleich bei seiner Ankunft in London habe sich ihm ein Mensch als Agent angeboten und

---

<sup>467</sup> Die Wochenzeitung *Belletristisches Journal und New Yorker Criminal Zeitung* veröffentlichte vom 5. November bis zum 3. Dezember 1852 vom Prozess lange Rechenschaftsberichte, die sich auf von Marx gelieferten Dokumente stützten. Weitling verfolgte den Kölner Prozess von Anfang bis zum Ende und schrieb in den Ausgaben der *Republik der Arbeiter* von 47, 48, 49, 50, 51 und 52 Berichten und druckte die zahlreichen Dokumente des *Bundes*, die er aus der *New Yorker Criminal Zeitung* entnahm. Dabei fügte er keine „erläuternde oder kritisierende Bemerkungen“ bei. Er behielt sich „aber eine Beleuchtung des ganzen Reportes und Prozesses und ein Raisonement“ darüber von seinem Standpunkt aus vor und machte dies am Ende des Prozesses (RdA 1852, S. 369).

genaue Mitteilungen über die dortige „kommunistische Verschwörung“, insbesondere über die politischen Flüchtlinge, versprochen. Dieser Agent habe ihm erklärt, es würde ihm leicht möglich sein, die gewünschten Papiere zu beschaffen. Am 5. August 1851 erhielt Stieber, nach Berlin zurückgekehrt, in einem „dicken Packete“ die Papiere von London überschickt, und wenn er auch anfangs an deren Echtheit zweifelte, so sei dieser Zweifel sehr bald zerstreut worden und „ich sah“, wie er sich ausdrückte, „das ganze Gewebe einer weitverzweigten Arbeiterverschwörung, welche von London aus systematisch geleitet wurde, klar vor meinen Augen enthüllt“ (ebd., S. 380f.).

Dem Staatsprokurator zufolge soll der *Bund der Kommunisten* während der Revolution von 1848/1849 „Triebfeder [...] der Ereignisse des Jahres 1848“ gewesen sein. Er sei in Köln für „die Entstehung der Arbeiter- und [...] Handwerker-Vereine, [...] die Wahl eines Sicherheitsausschusses [...] und die Erbauung von Barricaden“ verantwortlich gewesen. Die Anklage stütze sich dabei vornehmlich auf Protokolle des Kölner Arbeitervereins, vierteljährliche Zirkularansprachen der Kongressverhandlungen des *Bundes*, eine Menge Originalberichte und die ganzen Statuten des *Bundes* (Bittel 1955, S. 50ff.).

Als sehr belastendes Material wurde im Kölner Prozess die von Andreas Gottschalk 1848 veröffentlichte *Zeitung des Arbeitervereins* und die darauffolgende *Zeitung Freiheit Arbeit* von 1849 dem Blanquis Kernspruch „*Wenn das Volk hungert, darf Niemand essen*“ und „an der Spitze das Bild eines Arbeiters mit einer rothen Fahne in der Hand“ präsentiert. Die Bedeutung der letzteren erkläre den „rothen Katechismus“, die „fortdauernde Revolution bis zum völligen Sieg der arbeitenden Klasse“ und die „rothe Republik“ (RdA 1852, S. 396).

Als ein weiteres, sehr belastendes Material wurde am 12. Oktober 1852 ein von Willich in Besançon verfasstes Schreiben gegen Angeklagten im Kölner Prozess vorgelesen:

Euch Arbeitern gilt es, wenn ich Euch zurufe: ‚Handelt!‘ denn Ihr seid es, denen die Früchte des jetzigen Weltkampfes gerade zu Gute kommen werden. Ja, Ihr armen Betrogenen und Enterbten, die Ihr seid; Ihr seid es, welche mit Ihrem Herzblute den goldenen Schatz der Freiheit, des Wohlstandes und der Bildung erringen müssen. Die Zeit ist erfüllt. Überall erheben sich unsere Brüder, die bis dahin mühselig und beladen unter dem Joche des Elends seufzten. Das ewige Feuer der gleichen Menschenrechte hat ihren Geist erhellt, ihr Herz erwärmt, ihren Arm gestählt. Das Weltgericht hat begonnen. – Ihr werdet stark sein, die zu überwinden, die uns zwingen wollen, uns zu hassen, uns zu unterdrücken; die uns zwingen wollen, wie Thiere um das Stück Brod mit einander zu kämpfen, uns für das Stück Brod zu verkaufen, statt daß wir in brüderlicher Eintracht uns gegenseitig stark und glücklich machen könnten (ebd., S. 372).

Der Hauptangeklagte war Marx' Anhänger Gerhardt Röser, der am 7. Oktober vernommen wurde. Weitling schenkte in seinem Bericht Röser's Aussagen eine besondere Aufmerksamkeit, denn man erhalte aus diesen Aussagen über die Theorie des Kommunismus von Marx „eigentlich zum ersten Mal bestimmt in Worten formulierte Begriffe“. Nach Röser's Ansicht habe der *Bund* „lediglich auf dem friedlichen Wege der Propaganda sein Ziel“ angestrebt. Dagegen wurden ihm aus verschiedenen Manifesten Stellen vorgelegt, die das Gegenteil beweisen sollen, namentlich eine Belobung der Barrikadenkämpfe (ebd., S. 371).<sup>468</sup> Doch die „Partei Marx“ wollte den Kommunismus „durch Propaganda“ erreichen, während seine Gegner Willich/Schapper „den Weg der Revolution und der Guillotine gehen wollten“ (Nicolaevsky 1961, S. 217).

Röser stand hinter seiner Aussage bis zum Ende des Prozesses. In seiner Absetzung vom 3. Januar 1854 erzählte er von einem Brief, den er von Marx erhielt. Er gab den Inhalt von Marx' Brief wieder, der eine genaue Darstellung von Marx' Ansichten über revolutionäre Wege und auch deren Unterschied vom revolutionären Kommunismus enthielt:

Die Schapper-Willich-Anhänger wollen, dass der Kommunismus in der gegenwärtigen Entwicklungsphase eingeführt wird, wenn nötig durch die Waffengewalt während der bevorstehenden Revolution. [...] Marx hält den Kommunismus nur für einen Fortschritt in Bildung und allgemeiner Entwicklung für möglich; in einem seiner Briefe an uns hat er die vier Phasen markiert, durch die wir vor seiner Verwirklichung gehen müßten. Er erklärt, daß das Kleinbürgertum und das Proletariat bis zur bevorstehenden Revolution gegen die Monarchie zusammenmarschieren. Diese Revolution wird nicht von ihnen ausgeführt werden, sondern wird als Folge von Beziehungen zwischen den Menschen entstehen und aus der Armut herauswachsen. Sie wird durch die periodischen Handelskrisen unvermeidlich gemacht werden. Nach der nächsten Revolution, wenn das Kleinbürgertum an die Macht kommt, werden die Kommunisten anfangen, selbständig zu handeln und in Opposition zu treten. Dann wird die soziale Republik, dann die sozialistisch-kommunistische Republik kommen, und schließlich wird der Boden für eine rein kommunistische Republik gerodet werden (Nicolaevsky 1961, S. 218).

Auf dem Kölner Prozess von 1852 wurde auch Hermann Becker vernommen. Er sprach vor Gericht über seine demokratisch/republikanische Tätigkeit offen. In seinem Verhör lehnte er jedoch „auf das Entschiedenste“ ab, „dem Bunde angehört oder auch nur Kenntnis von seiner

---

<sup>468</sup> Röser zeigte vor Gericht „die größte Ruhe und Unbefangenheit, seine Antworten, die er in wohlgesetzter, fließender Rede“ gab, waren „klar und bestimmt“. Er gab zu, dass Emissäre ausgesendet worden seien, weigerte sich jedoch, außer Nothjüng die Namen zu nennen und erklärte ausdrücklich, dass Becker weder Emissär noch überhaupt Mitglied des *Bundes* gewesen sei. Er bemerkte, dass er sich mehrerer Punkte nicht mehr will erinnern können (RdA 1852, S. 371).



Existenz und seiner Tendenz“ gehabt zu haben. Er widerlegte „klar und schlagend“ eine große Menge gegen ihn vorgebrachter Beweise über seine Mitgliedschaft im *Bund*. Es sei der Regierung „nicht unbekannt“, so kommentierte Weitling, dass „Dr. Beckers öffentliches Wirken“ durch seine *Westdeutsche Zeitung* ihr gefährlich war. Becker habe in den Jahren 1848 bis 1850 an dieser Zeitung „einen großen Theil seines Vermögens“ geopfert. Das habe „die Regierung nicht vergessen“. Es konnte ihr daher nichts willkommener sein, als das „Auffinden einiger Scheingründe“, um ihn zu bestrafen (RdA 1852, S. 413).

Diese willkommenen Scheingründe gab Marx der Regierung, indem er „Pseudowillich“ Konrad Schramm (MEW 27, S. 237) im Namen von Willich an Becker Briefe schreiben ließ, die Becker in die Hände der Polizei lieferten. Marx scheute sich sogar nicht davor, Ende 1852 in seinen *Enthüllungen* zu behaupten, dass „Willichs Freund und Wohltäter“ Hentze nach Köln zum Prozess gefahren sei, „um gegen Becker [...] falsche Aussage zu machen, Becker sei 1848 Bundesmitglied gewesen“ (MEW 8, S. 462).

Becker selbst sagte vor Gericht aus, dass er „nicht in Arbeitervereine, sondern in dem politischen Verein der demokratischen Gesellschaft und dem Klub der Arbeiter und Arbeitgeber gewirkt“ habe. Er sei zwar „nie ein Werkzeug der Kommunisten gewesen“; er habe aber auch „niemals“ erklärt, „ein Feind der Kommunisten“ und „ein Feind des Arbeitervereins“ zu sein. Er sei „aus politischen“ und „auch aus sozialen Gründen [...] Republikaner“ (RdA 1852, S. 452). Auch Röser erklärte 1852 vor Gericht ausdrücklich, dass Becker weder Emissär noch überhaupt Mitglied des *Bundes* gewesen sei (ebd., S. 371).

Marx' spezieller Freund Bürgers sagte in seiner Vernehmung aus, dass der Zweck des *Bundes* nicht die Hervorrufung einer neuen Revolution sei. Der *Bund* sollte nach seiner Ansicht das Proletariat lediglich aufklären. Mit einem Wort wollte Bürgers am Ende seiner Vernehmung klarmachen, dass der *Bund* nicht daran denke, „auf dem Wege der Konspiration Geschäfte zu machen“, sondern dass sein Gedanke sei, „ein Prinzip, welches er als die Grundlage aller politischen Bewegungen unter den civilisirten Nationen betrachtet, mit den Mitteln des politischen Kampfes geltend zu machen“ (ebd., S. 404f.).

Der Advokat Schneider II, der während der Revolution von 1848/1849 zusammen mit Marx Ko-Vorsitzender der bürgerlich Demokratischen Gesellschaft in Köln gewesen war, übernahm im Kölner Prozess die Verteidigung der Hauptangeklagten Röser und Bürgers. Nach Weitling war Schneiders Verteidigungsrede „von allen Reden der Anwälte die bedeutendste“, weil sie die Anklage „in die richtige Position zurückwirft“. Schneider II stellte folgerichtig fest, dass das öffentliche Ministerium sich „hartnäckig“ weigere, „eine prinzipielle Spaltung“ zwischen

Marx/Engels und Willich/Schapper anzuerkennen, und benutze die von der Schapper-Willich'schen Partei ausgegangenen Aktenstücke dazu, diese Marx/Engels unterzuschieben (ebd., S. 403f.). Schneider II setzte seine Verteidigungsrede wie folgt fort:

[D]er Vorwurf, daß man die Arbeiter unter verschiedenen Vorspiegelungen zu verlocken suche, kann denjenigen nicht gemacht werden, die im Gegentheile den Arbeitern nicht verhehlt haben, daß ihnen auch bei der nächsten Revolution noch nicht geholfen und erst noch eine lange Reihe von Kämpfen zu bestehen sein würde (ebd., S. 404f.).

Auch die eigenen Aussagen von Marx' Anwalt Schneider II bestätigen eindeutig, dass Marx für die Geschehnisse in den Revolutionsjahren in Köln nicht verantwortlich war. Die *Zeitung des Arbeitervereins* von 1848 und die *Zeitung Freiheit Arbeit* von 1849 wurden bekanntlich von der Führung der deutschen Arbeiterbewegung, die gegen die bourgeoisierefreundliche Politik von Marx in Köln kämpften, veröffentlicht. Die Kommunisten wirkten unter der Führung Gottschalks gegen den Willen von Marx und gründeten den Kölner Arbeiterverein. Die „Erbauung von Barricaden“ im September 1848 (Bittel 1955, S. 50ff.) wurde auch von Moll und seinen Genossen organisiert. Marx war, wie schon im zweiten Kapitel dieser Arbeit ausführlich behandelt wurde, definitiv gegen die „Erbauung von Barricaden“. Während der Revolution von 1848/1849 hatte nicht Marx, sondern die revolutionären Kommunisten eine entscheidende Rolle in der Kölner Revolutionsbewegung gespielt. Der Prozess war daher „eine späte Abrechnung mit der Revolution von 1848, die von der Anklagebehörde auf eine Verschwörung der Kommunisten zurückgeführt wurde“ (Herres 2003, S. 147).

Weitling hob in seinen Ausführungen hervor, dass fast keiner der Angeklagten vor Gericht in Köln die kommunistischen Ideen verteidigten. Er habe in diesem Prozess die „ergreifenden Ergüsse beherzter Kommunisten“, die „in den Herzen der Millionen zündenden Worte streng gläubiger und fest überzeugter Kommunisten“ vermisst. In diesem ganzen Prozess habe er „kein Herz auf der Zunge, ‚kein Märtyrer-Flämmchen‘ aufflackern sehen“. Mit wenigen Ausnahmen seien alle Worte der Verteidigung nur darauf berechnet, sich einer Verurteilung zu entziehen (RdA 1852, S. 413).

Während fast keiner der Angeklagten der „Partei-Marx“ vor Gericht in Köln kommunistische Ideen verteidigte, bekannten sich die Mitglieder des *Bundes der Kommunisten*, nämlich Scherzer in Paris, Reininger in Mainz, Hätzels in Berlin und Martens in Hamburg, vor Gericht zum Kommunismus. Während Angehörige der „Partei-Marx“ bei der Polizei ausführliche Aussagen machten und einige sogar, wie Marx' Vertrauensmann Wilhelm Haupt, zum Informanten der Polizei wurden, lehnte z.B. Martens jedes Ansinnen ab, mit der Polizei

zusammen zu arbeiten und als Zeuge in Köln bei den Prozessen aufzutreten, obwohl während seiner Haft im Jahr 1851 eines seiner Kinder starb (Breuilly/Sachse 1984, S. 314).

Am Ende des Kölner Prozesses im November 1852 wurden Röser, Bürgers und Nothjung zu sechs, Reiff, Otto, und Becker zu fünf und Lessner zu drei Jahren Festungshaft verurteilt. Röser, der mit zwei weiteren Angeklagten zur Höchststrafe von sechs Jahren verurteilt worden war, war insgesamt 7,5 Jahre in Haft. Nach fast 18-monatiger Untersuchungshaft wurden Ehrhardt, Daniels, Jacoby und Klein freigesprochen (Bilz 1995, S. 117).<sup>469</sup>

Der Kölner Prozess von 1852 ging so in die Geschichte ein. Weitgehend unbekannt sind hingegen die vielen anderen politischen Prozesse, so auch völlig zu Unrecht der Prozess gegen den *Bremer Todtenbund*. Dieser Prozess fand in den 1850er Jahren eine ähnliche öffentliche Aufmerksamkeit wie der Kölner Prozess. Der *Todtenbund* organisierte zwar auch Bildungsarbeit unter seinen Mitgliedern, beabsichtigte aber hauptsächlich, den Senat während einer Sitzung zu überfallen und die Senatoren kurzerhand zu erstechen (Hüttner 2015, S. 218).

Am 23. Mai 1852 nahm die Polizei in Bremen zahlreiche Hausdurchsuchungen bei namentlich bekannten Repräsentanten der Arbeitervereine vermutlich wegen einer Denunziation vor. Es folgte auf der Grundlage vorgefundener Mitgliederlisten eine Verhaftungswelle, der etwa 100 Personen zum Opfer fielen. Angesichts einer Bremer Bevölkerung von 50.000 Einwohnern Mitte des 19. Jahrhundert war dies eine enorme Anzahl. In der Mehrzahl handelte es sich um Zigarrenarbeiter, die verhaftet und verhört wurden. Die Untersuchungsbehörden stellten aufgrund der beschlagnahmten Dokumente und durch Aussagen Verhafteter fest, dass sie auf die Spur eines revolutionären Geheimbundes mit Namen „Der Todtenbund“ gestoßen waren. Die verhafteten Mitglieder wurden vor Gericht gestellt und in einem sich über eineinhalb Jahre hinziehenden, nicht öffentlichen Prozess verurteilt. Am 11. Oktober 1853 verhängt das Obergericht der Freien und Hansestadt Bremen über den Zigarrenmacher Nicolaus Heinrich Kolby und weitere 81 Mitangeklagte wegen „Verbrechens wider den Staat und Übertretung des Vereinsverbots“ Gefängnis- und Zuchthausstrafen zwischen 8 Tagen und 7 Jahren. Das Urteil wurde publiziert und erregte in der Öffentlichkeit großes Aufsehen (Diers/Steffens 2015, S. 21f.).

---

<sup>469</sup> Röser wurde nicht amnestiert. Er musste „seine ganze Zeit aufessen und erhielt nur unregelmäßig kleine Summen, um seine Ernährung“ zu ergänzen. Aus den Polizeiakten geht hervor, dass Röser am 11. November 1858 in Stettin aus Fort Preußen entlassen wurde. Er kam in Köln in einem schlechten Gesundheitszustand an. Auffälligerweise trat Röser 1865 der Gruppe Lasalle bei und griff Marx öffentlich an (Nicolaevsky 1961, S. 218). Liebknecht schrieb am 25. März 1865 an Engels: „Röser, der uns in Barmen angreift, droht Parteigeheimnisse preiszugeben, wenn ihm kein Geld geschickt wird“ (MEGA<sup>2</sup> III/13, S. 356).

Weitlings Kampfgenosse Niels Lorents Petersen berichtete in einem Brief im Juni 1853 über den Prozess im Mai 1853 gegen das führende Bundesmitglied Johann Georg Reininger in Mainz (Wermuth/Stieber 1853, S. 81).<sup>470</sup> Als Reininger im September 1851 eine Reise in seine Heimat unternahm, wurde er als kommunistischer Emissär in Mainz verhaftet. Vor Gericht stand Reininger zu seinen politischen Ideen. Als ein entschiedener Weitlingianer bekannte er sich zum Kommunismus. Während der sechstägigen Verhandlungen waren die Galerien des Assisen Saales „gedrängt voll von Zuhörern aus allen Ständen“, denn es handelte sich nicht nur um die „Schauer-Geheimnisse des Kommunismus“, so kommentierte Petersen die Ansicht des Staatsanwalts über Kommunisten, sondern auch „die berüchtigte Person des Berliner Polizeidirektors Stieber“ war zu sehen. Er war „auch in diesem Fall der große Kommunisten-Denunziant“ und sagte auf dem Prozess gegen Reininger aus.

Der Chef der Kriminalpolizei Stieber war sicher, dass Weitling „der gefährlichste von Allen“ war. Weitling habe sich „dem großen Kommunisten-Bunde angeschlossen“, nachdem Marx/Engels aus dem *Bund* ausgeschlossen worden waren. Der Staatsanwalt nannte die Kommunisten wörtlich: „Abscheuliche Bösewichter“. Aus dem Kommunismus leite sich die überhandnehmende Unsittlichkeit und Unsicherheit des Eigentums und des Lebens her. „Charakteristisch und in hohem Grad bedeutsam“ fand Petersen dagegen die Verteidigung des Reiningers Anwalts Görz, der den Kommunismus gegenüber diesem „himmelschreienden Unsinn“ des Staatsanwalts entsprechend den Ansichten der revolutionären Kommunisten definierte: „Der Kommunismus ist so alt wie die Welt und zu keiner Zeit hat man nöthig gehabt, sich vor ihm zu fürchten“ (RdA 1853, S. 277).

## **7. Antwort der Kommunisten auf Marx' Diffamierungen in Enthüllungen**

Unmittelbar nach der Verurteilung der Kölner Angeklagten am 12. November 1852 erklärte Marx seine in der Wirklichkeit nichtexistierende „Partei“ für „aufgelöst“. Als Motiv der Auflösung erwähnte er in einem Brief vom 19. November 1852 an Engels, dass nach den Verhaftungen im Mai 1851 ihre „Partei“ in Deutschland „faktisch schon aufgehört“ habe, zu existieren. Er hielt die „Fortdauer“ der „Partei“ „auch auf dem Kontinent für nicht mehr zeitgemäß“ (MEW 28, S. 195). Die „Versammlungen, Beschlüsse und Handlungen der Partei“

---

<sup>470</sup> „Dieser Mann“, schrieben die Polizeidirektoren Wermuth/Stieber über Reininger, „ist einer der tätigsten Emissäre“ der kommunistischen Partei. Seine Werkstatt in Paris war eine „Haupt-Pflanzschule der kommunistischen Propaganda“ (Wermuth/Stieber 1853, S. 81).

gehören seit 1852, so schrieb Marx am 29. Februar 1860 an Freiligrath, „ins *Reich der Träume*“ (MEW 30, S. 491).<sup>471</sup>

Auch Engels schrieb 1885, dass er selbst und Marx „unmittelbar nach der Verurteilung“ ihren „Bund“ auflösten (MEW 21, S. 223f.).<sup>472</sup> Marx/Engels fühlten sich also befugt, ihre „Partei“ aufzulösen, obwohl im von Bürgers verfassten Statut ihrer „Partei“ vom 1. Dezember 1850 geschrieben wurde, dass der Bund „unauflöslich“ sei, „so lange die proletarische Revolution ihr Endziel nicht erreicht hat“ (Wermuth/Stieber 1853, S. 248).

Schon während des Kölner Prozesses schrieb Marx am 25. Oktober 1852 an Engels, dass sie gleich nach dem Prozess „1 oder 2 Druckbogen“ an das Publikum zur Aufklärung drucken lassen müssten, da ein „günstigerer Moment“ nicht wiederkomme, müsse man natürlich darauf sehen, dass die Sache selbst „kommerziellen Wert“ haben werde (MEW 28, S. 162f.). So verfasste Marx im November und Dezember 1852 die *Enthüllungen über den Kölner Kommunisten-Prozeß zu Köln*, um den „kommerziellen Wert“ der Sache auszunutzen.

In dieser Schrift bezeichnet Marx den *Bund der Kommunisten* als eine „Propagandagesellschaft“ (MEW 8, S. 414). Nach seiner Ansicht gehöre es nicht zur Aufgabe

---

<sup>471</sup> Nachdem Karl Marx 1851 Helene Demuth, die Jenny Marx nach der Geburt der zweiten Tochter 1845 von ihrer Mutter Caroline Westphalen als das beste „Geschenk“ bekam (Zimmermann 1984, S. 79), geschwängert hatte, erklärte sich Engels für die Vaterschaft, um den Skandal des Ehebruchs von Marx mit der „Lohnabhängigen“ im eigenen Haus nicht öffentlich werden zu lassen. Dabei übernahm Engels jedoch keinerlei Verantwortung und kümmerte sich kaum um den Sohn Frederik von Karl Marx und Helene Demuth (ebd., S. 85). Das Baby wurde sofort von seiner Mutter entfernt und zu einer Familie in Pflege gegeben. Denn niemand wollte „diesen ‚Sündenfall‘ ständig vor Augen haben“ (Krosigk 1975, S. 127). So verstieß Karl Marx seinen einzigen überlebenden und unehelichen Sohn Freddy Demuth, „damit die Ehe mit der Aristokratin ungestört blieb“. Marx' unehelicher Sohn Frederik machte eine Lehre und heiratete früh, bekam aber keine Kinder (Zimmermann 1984, S. 85f.). Als Kautskys frühere Frau Luise 1890 zur neuen Sekretärin und Haushälterin von Engels wurde, erfuhr sie von Engels selbst, dass Frederik der Sohn von Marx war. Engels ermächtigte seine Sekretärin Luise, hiervon Mitteilung zu machen, wenn ihm Schädlichkeit gegen Frederik vorgeworfen werden sollte. Noch wenige Tage vor seinem Tode gestand Engels das Geheimnis auch seinem Freund Samuel Moore, dass nicht er, sondern Marx der Vater von Frederik Demuth gewesen sei. Moore gab Bebel davon Kenntnis. Er musste es wissen und konnte entscheiden, ob die Öffentlichkeit es erfahren sollte. Die Führung der Sozialdemokratie war ängstlich bemüht, den „Fehltritt“ von Marx vor der Öffentlichkeit zu verbergen (Krosigk 1975, S. 129). Laut Louise Kautsky sei „Freddy“ sehr dunkelhaarig gewesen und sah Marx „lächerlich ähnlich“ aus (ebd., S. 128ff.) Als Marx' unehelicher Sohn Frederik 1929 starb, hinterließ er erstaunlicherweise einen hohen Geldbetrag von 2.000 Pfd. Sterling, was er mit seinem bescheidenen Job kaum aufhäufen konnte. Es liegt nahe, dass er dieses Geld als „Schweigegeld“ könnte bekommen haben (Zimmermann 1984, S. 85f.).

<sup>472</sup> Engels war ab Ende 1850 in Manchester „kaufmännisch“ tätig. Schon Anfang Dezember 1850 gratulierte Jenny Marx ihn, dass dieser schon „auf dem besten Wege“ zu einem großen „Cotton-lord“ in Manchester sei (MEW 27, S. 152). Ab 1854 war er an der Börse von Manchester zugelassen, die den britischen Baumwollmarkt bestimmte. „Du bist jetzt also Börsenmitglied und altogether respectable“ gratulierte Marx ihn (MEGA<sup>2</sup> III/7, S. 136). Er war in Manchester „ein durchaus geachteter Herr der Manchester-Society, Mitglied des vornehmen Albert-Clubs, der Manchester Foreign Library und der Börse.“ Er besaß mehrere Wohnungen. In seiner repräsentativen Stadtwohnung bewirtete er „seine Geschäftsfreunde, Industrielle, Adel und Gentry Manchesters mit erlesenen Weinen und Champagner“. Hier beteiligte er auch an den „Vergnügungen der Oberschicht“, speziell an den „Fuchsjagden“, für die er ein eigenes Reitpferd kaufte (Raddatz 1980, S. 37). Andererseits brüstete er sich, dass er eine Frau aus der proletarischen Herkunft gewählt habe. Doch Engels heiratete Lizzy Burns erst, als sie auf dem Totenbett lag, um ihr „den letzten Wunsch“ zu erfüllen (Krosigk 1975, S. 129).

des *Bundes*, die Revolution vorzubereiten, für sie zu agitieren und organisieren; kurz, revolutionäre Tätigkeit zu treiben. Die Kommunisten sollten nach Marx „die Auflösung des preußischen Staates“ der bürgerlichen Gesellschaft überlassen. Er hält sich hier von jeglichen revolutionären Aktivitäten, nämlich zum Sturze der bestehenden aristokratisch-bürokratischen Regierungen fern, da er deren Beseitigung bekanntlich als historische Aufgabe der Bourgeoisie sehen wollte. Nach Marx sollten die Kommunisten nicht die Bildung der Revolutionspartei der Gegenwart bezwecken, sondern sie sollten sich mit der Bildung „der Oppositionspartei der Zukunft“ (ebd., S. 461f.) erst nach der Etablierung und Festsetzung der bürgerlichen Gesellschaft beschäftigen. So predigte er erneut die Strategie der Anpassung an die kapitalistische Gesellschaft.

Marx stellte in seiner Broschüre den Dokumenten, die von dem *Bund der Kommunisten* unter Willich/Schapper veröffentlicht wurden, diejenigen gegenüber, die von ihm verfasst oder die in seinem Auftrage veröffentlicht worden waren, um zu beweisen, dass seine „Partei“ für den Preußischen Staat harmlos und ungefährlich war. So hätten sich nach Marx die Ansprachen der Zentralbehörde des *Bundes* von 1850 ausschließlich mit dem Verhältnis der Kommunisten nicht zur gegenwärtigen, sondern zur künftigen Regierung der Bourgeoisie beschäftigt (ebd., S. 414).

Willich/Schapper hätten sich dagegen vor allem damit beschäftigt, die „sektiererische Geheimorganisation“ der Revolution wieder auf die Beine zu stellen (ebd., S. 462f.). Sein Kommunismus-Verständnis schließe dagegen eine „Verschwörung“ aus. Die Kommunisten sollten nach Marx nur erstreben, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft „die Oppositionspartei der Zukunft“ zu sein (ebd., S. 461). Er wünsche sich „nichts Besseres“, wie er im August 1850 Techow bei einem Gespräch selbst sagte, „als ewig in der Opposition zu bleiben“ (Vogt 1859, S. 149).

Bei den in Basel und Boston 1853 anonym veröffentlichten *Enthüllungen* nutzte Marx die Gelegenheit, für die Verhaftungen in Deutschland die Führung des *Bundes der Kommunisten* verantwortlich zu machen. Ihre „geheimbündlerische Geschäftigkeit“ habe den preußischen Behörden einen willkommenen Anlass geboten. Während des Prozesses hätten sie „durch ihr Schweigen [...] gemeinsame Sache mit der preußischen Polizei“ gemacht (MEW 8, S. 462). Doch Hermann Becker schrieb 1856 aus der Festung Weichselmünde an Emil Joseph Kattner, dass Willich sich während des Kölner Prozesses für die Angeklagten einsetzte, mit dem von Stieber bezahlten Fälscher zu einem englischen Polizeigericht ging, ihn die Fälschung bestätigen ließ und sie „in dreifacher Ausfertigung nach Köln“ schickte. Er kannte aber leider

„die besonderen Vorsichtsmaßnahmen nicht, welche nöthig waren und *keine einzige ist an ihre Adresse gekommen*“ (Becker 1856; zit. nach Jansen 2004, S. 412f.).

Obwohl Marx das wusste, verschwieg er es gänzlich, denn er bezweckte hier auf die zynischste Weise die Kommunisten als Verräter, verkaufter Spione, Reaktionäre etc. öffentlich zu verdächtigen und zu verleumden. Demnach habe der „Sonderbund“ alle Entdeckungen und auch die Verurteilung seiner Gruppe veranlasst und stehe „in Verbindung mit der Polizei“. Der Polizeidirektor Herr Stieber sei „der Geburtshelfer dieser Partei“ gewesen und habe „sie in den Kölner Prozeß eingeführt“ (MEW 8, S. 415).

Auch Wilhelm Hirsch gab im April 1853 in seiner Rechtfertigungsschrift *Die Opfer der Moucharderie*<sup>473</sup> einen gegen Willich verfassten Brief in die Öffentlichkeit, nachdem er wegen seiner Agententätigkeit aus dem Londoner Arbeiterverein ausgeschlossen worden war. Er stand „mit Marx und seinen Freunden noch in engster Verbindung“, wie Willich in seiner Erklärung in der *New Yorker Criminal Zeitung* vom 13. Mai 1853 bemerkte:

Eine Verbindung, die es ihm nicht erlaubte, diesen Brief anders, als mit Bewilligung, oder vielmehr, auf Anordnung des Herrn Marx zu schreiben. [...] Jedenfalls ist es Thatsache, daß während und nach dem Ausschluss des Hirsch aus dem Arbeiterverein derselbe mit den Anhängern von Marx gemeinschaftlich arbeitete; ja, als derselbe bei dem Kölner Prozesse dorthin ging, noch in freundschaftlicher Weise an mehreren von ihnen schrieb.<sup>474</sup>

Wie Willich in seiner Erklärung in der *New Yorker Criminal Zeitung* vom 13. Mai 1853 schrieb, benutzte Marx den „sogenannten Kommunistenprozess“ in Köln, um „die niedrigsten Insinuationen“ gegen ihn zu verbreiten, die dazu bestimmt scheinen, den Schlussstein zu einem von Marx und „seinen Agenten“ seit Jahren gegen Revolutionäre ins Werk gesetzten „Verleumdungssystem“ zu bilden. Willich schrieb Ende Oktober und Anfang November 1853 seinen Aufsatz *Doctor Carl Marx und seine Enthüllungen* in der *Belletristisches Journal und New-Yorker Criminal-Zeitung*, um die „Umtriebe des Herrn Marx und seiner Agenten“ (ebd.) gegen deutsche Kommunisten ans Licht zu führen.

Das führende Bundesmitglied Niels Lorents Petersen bewertete Marx' *Enthüllungen* im Weitlings Blatt *Republik der Arbeiter* vom 4. September 1853. Nach Petersen wolle diese

---

<sup>473</sup> Hirschs Bekenntnisse wurden unter dem Titel *Die Opfer der Moucharderie* in der *New-Yorker Criminal-Zeitung und Belletristisches Journal* in den Nummern 3, 4, 5 und 6 vom 1., 8., 15. und 22. April 1853 gedruckt.

<sup>474</sup> <https://web.a.ebscohost.com/ehost/archiveviewer/archive?vid=49&sid=af691e64-8a9f-444d-b765-0d27fdbc2429%40sessionmgr4008&bdata=Jmxhbmc9ZGUmc210ZT1laG9zdC1saXZl#kw=true&acc=false&lpId=div130&ppId=divp7&twPV=&xOff=528&yOff=276&zm=6&fs=&rot=0&docMapOpen=true&pageMapOpen=true&AN=65323522&db=h9k> (abgerufen am 22.11.2021).

Schrift eine Art Rechtfertigung der „Marx'schen Parthei“ liefern, kehre sich aber moralisch und politisch gegen den Autor selbst, weil er zu viel Persönliches ins Feld führe:

In der Broschüre wird gegenüber allen andern Nuancen der Demokraten, Socialisten und Communisten die Marx'sche Parthei auf's glänzendste gerechtfertigt und in ein so tadelloses Licht gestellt, daß man zu dem Glauben versucht wird, es sei auf eine Satire der besagten Parthei abgesehen. Die plumpen Ausfälle jedoch gegen die Personen anderer Partheien, wie die ganze gemeine Entstellung von Thatsachen und die lügenhafte Berichtigung so vieler Vorfälle und Verhältnisse belehren uns eines Andren. Es ist nur darauf abgesehen gewesen, Verdächtigungen einzelner Persönlichkeiten und Andersdenkender unter das Publikum zu bringen (RdA 1853, S. 332).

Die „persönlichen Freunde, politischen und prinzipiellen Parteigenossen, sowie die Waffengeführten“ Willichs nahmen ebenfalls am 23. Dezember 1853 in einer Versammlung in den USA zum Konflikt zwischen Willich-Schapper und der „sich Parthei nennenden Clique Marx und Engels“ Stellung. Sie erklärten in einem Beschluss ihre Unterstützung für Willich und bezeichneten dagegen Marx/Engels als „Intriganten“, die sich aus der Arbeiterbewegung heraushalten sollten. Sie setzten sich in der Versammlung mit den „Verleumdungen der Marx-Engelschen Clique gegen Willich“ auseinander.

Zuerst wurde die „Entstellung der Thatsachen“ von Marx, welche derselbe sich erlaubt habe, scharf verurteilt. Marx' Beschuldigung in den *Enthüllungen über den Cölner Kommunisten-Prozeß*, „die Parthei Willich und Schapper [habe] mit der Polizei in Verbindung gestanden und Verrath an den Cölner Kommunisten geübt“, wurde verschmäht, denn „Röser bewies schlagend, wer der Verräther war und wer mit der Polizei in Verbindung handelte“. Sie legten am Ende ihrer Versammlung einstimmig folgende Beschlüsse vor:

1. Die persönlichen Freunde, politischen und prinzipiellen Parteigenossen, sowie die Waffengeführten A. Willichs erklären, daß sie demselben, trotz aller Angriffe und Verleumdungen gegen seine Partheystellung sowohl, als auch gegen seinen Charakter, als einem erprobten Kämpfer für politische und materielle Freiheit ihr vollstes Vertrauen schenken.
2. Die systematisch gegen Willich und andere Männer der Revolution von der sich Parthei nennenden Clique Marx und Engels geschleuderten Angriffe, welche auf Unwahrheit und Entstellung von Thatsachen gegründet sind, haben bis jetzt nur den Feinden der revolutionären Parthei in die Hände gearbeitet [...].
3. Willich hatte in doppelter Beziehung als Partheimann und militärischer Führer vollkommenen Recht, die Initiative zu ergreifen zur Herstellung einer revolutionären militärischen Organisation, und er hat dadurch der Revolution einen wesentlichen Dienst erwiesen (RdA 1854, S. 12).



Dagegen sei die „zweideutige und intrigante Stellung“ von Marx und seinen näheren Freunden in der Arbeiterbewegung ja bekannt genug. Bekannt sei auch, dass Marx die Arbeiter nur „als eine zur Selbsthilfe und Selbstregierung unfähige Masse“ betrachte. Diese Einsicht wäre allein hinreichend, einem die „intrigante Tätigkeit eines Marx“ zu erklären. „Wie natürlich zugleich“, dass er dabei „Wahrheit und Lüge, Wirkliches und Erfundenes“ zusammenwerfe und nach „gewissenloser Willkür seinen Zwecken dienstbar“ mache (ebd., S. 13).

Eduard Wiss bemerkte 1854 in der *RdA*, dass Marx' Revolutionstheorie „ein Trank aus Wahrheit und Trug gemischt“ sei. Dieser „Trank“ habe „immer die Gefahr, in seiner Wirkung unwachsamen Köpfe zu verwirren“ (ebd., S. 116). Auch der demokratische Republikaner Karl Heinzen bezeichnete Marx bezüglich seiner Verleumdungen gegenüber den Kommunisten und demokratischen Republikanern als „ein Genie der Verunglimpfung“ (Heinzen 1864, S. 425).

Weitling schreibt auch unmittelbar nach dem Ende des Kölner Prozesses, nämlich gegen Ende 1852, seine Schlussbemerkungen, in denen er Marx als Hauptverantwortlicher für das Ende des *Bundes* bezeichnet. Für Weitling sei die „strenge Einheit“ des *Bundes* von Karl Marx, der sich „im Jahre 1844 noch verächtlich über den Werth solcher Verbindungen“ ausdrückte, zerbrochen worden. Beginnend im Jahr 1846 mit einem „Angriff gegen Herrmann Kriege's Wirken“ in Amerika bestrebe sich Marx seit dieser Zeit „jeden neben ihm im Bunde stehenden Agitator zu bekämpfen.“ Er und seine „Konsorten“ bewirkten „Trennungen in der Schweiz, Frankreich und Deutschland, in Folge eines Ausschluss-Dekretes, nach welchem Weitling sowie die Schweizer-Kommunisten und die Hälfte der Pariser aus dem Bund“ ausgeschlossen wurden. Dies dauerte bis zum Bruch mit Marx, der und seine „Konsorten“ in London endlich aus dem *Bund* ausgeschlossen wurden, „worauf sich die getrennten Vereine wieder aneinanderschlossen“. Weitling führte wie folgt fort:

Karl Marx infulerte schon seit 8 Jahren [einen] Teil des Bundes mit seinen Ansichten und man hat während dieser Zeit von keinem einzigen Versuch der Art gehört, während von den geheimen Gesellschaften binnen 9 Jahren neun Anfälle [Angriffe, Attacken] auf das Leben Louis Philipps gemacht wurden (RdA 1852, S. 413).

Vor der Beteiligung von Marx und „Konsorten“ sei der *Bund* hauptsächlich ein „für Belehrung organisierter“ gewesen. In den Versammlungen seien alle Fragen einer künftigen, vernünftigen „Organisation der Gesellschaft“ besprochen worden.

Aber die gelehrten Kritiker a la Marx und dieser letztere hauptsächlich, verwarfen alle Systeme, ohne sie zu widerlegen und ohne auf die Fragen der Zukunft überzeugende Antworten zu geben (weil dieselben ihnen, nicht den gewünschten Einfluß gewährten.) Sie lehrten den Atheismus,

sprachen über Hegel und [...] zogen Leute in den Bund, welche von uns früher nicht aufgenommen worden wären (ebd.).

Da nun die Systeme, d.h. die Pläne einer künftigen, sozialen Organisation diesen „Führern a la Marx“ stets zuwider gewesen seien, sei auch darüber die Besprechung so geführt worden, dass man nie gewusst habe, was eigentlich vor dem Kampf und nach dem Sieg erstrebt werden sollte:

Unter solchen Umständen [...] ist [...] das Klickenwesen eines solchen geheimen Bundes keinen Pfifferling werth. Es nützt nichts, es kompromittiert nur. Die Begeisterung wird hochtrabende Prahlerei, das Gefühl wird mit Füßen getreten, der Verstand konfus gemacht und eine feste, kräftige, geheime, zu künftigen, nützlichen und aufopfernden Thaten vorbereitende Organisation wird unmöglich (ebd., S. 413f.).

Marx sieht in Weitlings Kritik, so in einem Brief vom 29. Januar 1853 an Engels, lediglich „das Gift“ des „Schneiderkönigs“ über „die Partei Marx et Co“ (MEW 28, S. 209).

Das führende Bundesmitglied Niels Lorents Petersen schrieb in seinem Bericht vom 4. September 1853 in der *RdA*, dass die „sogenannten Gelehrten“, die sich vorgeben, zur Arbeiterpartei zu zählen; in der Wirklichkeit doch der Einigung der Arbeiter entgegenwirken: „Statt einer Parthei zu schaffen, bilden sie, je nach ihren eigentümlichen Privatgelüsten, lauter Partheilchen und Fraktionen.“ Während sie in den Reihen der Arbeiter stehen, „dennoch nur immer in ihrer Weise und nach ihren eigensinnigen und dunkelhaften Meinungen“, verfahren sie alles „auf Zersplitterung“ hinauszuführen. Die „sogenannten Gelehrten“, wie Marx/Engels, kommen unter Arbeitern auf, um sie „in so viele Fraktionen zu spalten“ (RdA 1853, S. 332).

Die Kommunisten und Arbeiter „in so viele Fraktionen zu spalten“, war auch eines der „Hauptmittel“ der Staatspolizei, um die Propaganda der Kommunisten „hindernd zu begegnen“, wie die österreichische Staatspolizei in einem internen Bericht vom Juli 1852 Marx dafür als konkretes Beispiel gab. Demnach sei eines der Hauptmittel, der Propaganda der „deutschen Faktiösen hindernd“ zu begegnen und den Erfolg ihrer Tätigkeit zu lähmen, die „in der klugen Benützung der Spaltungen derselben, welche namentlich durch die Einwirkung des Leiters der deutschen Communisten in England, Marx, der sich ganz unter dem Einfluße österreichischer Vertrauensorgane befindet“.<sup>475</sup>

---

<sup>475</sup> Auszug aus dem Brief von Otto Maenchen-Helfens an Boris Nikolaevsky vom 22. September 1936. Maenchen-Helfens hatte 1935/1936 im Auftrage des *Internationalen Instituts für Sozialgeschichte Amsterdam* umfangreiche Recherchen im Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv unternommen: Hoover Institution Archives, Stanford, CA, Boris Nicolaevsky Collection; zit. nach Herres 2003, S. 151.

## V. Fazit

Die vorliegende Dissertation beschäftigte sich mit den Konflikten in den Verhältnissen zwischen der Führung der organisierten deutschen Arbeiterbewegung und Marx/Engels im Zeitraum von 1847–1852. Im Gegensatz zu bisherigen Arbeiten, in denen die Kontroversen zwischen der Arbeiterführung und Marx/Engels nur belanglosen Platz finden und in denen ein positives Bild von Marx/Engels und dagegen ein durchwegs negatives Bild der Arbeiterführung gezeichnet wurden, wurden in dieser Arbeit die Verhältnisse zwischen der Arbeiterführung und Marx/Engels ins Zentrum der Untersuchung gesetzt und umfassend neu bewertet.

Konkret liegt der Arbeit die These zugrunde, dass die Konflikte zwischen der Arbeiterführung und Marx/Engels als einen Entscheidungskampf zweier wesentlich verschiedener Linien und Konzeptionen über die Strategie und Taktik in der Revolution in Deutschland zu betrachten sind. Dabei sieht die Arbeit den ausschlaggebenden Gegensatz zwischen der Führung der deutschen Arbeiterbewegung und Marx/Engels im untersuchten Zeitraum darin, dass die Arbeiterführung in der Revolution von 1848/1849 eine unabhängige und selbstständig handelnde Partei blieb und für die Interessen und Bedürfnisse der arbeitenden Klassen und Besitzlosen kämpfte, während Marx/Engels „gemeinsam mit der Bourgeoisie“ (MEW 4, S. 492) um eine Bourgeoisie-Herrschaft kämpften und Kommunisten und Arbeiter für dieses Ziel zu gewinnen bezweckten.

Während die deutsche Arbeiterführung sowohl die Monarchie als auch die Bourgeoisie bekämpfte, da ihr bewusst war, dass die neu aufsteigende Bourgeoisie die Absicht hatte, „die Stelle der alten Mächte“, nämlich die Stelle der Aristokratie, einzunehmen und „das Volk nach wie vor am Gängelbände“ zu führen (Wermuth/Stieber 1853, S. 266), setzten sich Marx/Engels, wie in der Arbeit gezeigt wird, mit Leib und Seele für die Interessen der Bourgeoisie ein und versuchten, die Kommunisten und Arbeiter zum „Anhängsel“ des Bürgertums zu machen.

Diese ausschlaggebende Differenz war also der Ursprung aller Konflikte zwischen der Arbeiterführung und Marx/Engels und spielt in den fortwährenden Konflikten immer wieder die entscheidende Rolle, sodass dieser intensive Kampf schließlich im September 1850 zum Ausschluss von Marx/Engels aus dem *Bund der Kommunisten* führte.

Die Recherche der Konflikte in den Verhältnissen zwischen der deutschen Arbeiterführung und Marx/Engels zeigt unverkennbar, dass die Konflikte von Anfang an in ihren Verhältnissen innewohnten. Als die Bourgeoisie im Jahr 1842 den 24-jährigen Marx zum Hauptredakteur ihrer *Rheinischen Zeitung* machte, nahm dieser in seinem Leitartikel einen antikommunistischen Standpunkt und alarmierte seine bürgerlichen Leser über den

revolutionären Kommunismus, der durch Weitlings Schriften in Deutschland bekannt wurde. Denn die Julirevolution von 1830 brachte den Kommunismus, der nach der Ermordung des französischen Kommunisten François Noël Babeuf im Jahr 1797 unterdrückt worden war, wieder zur Tagesordnung Europas. Auguste Blanqui, der Vertreter des revolutionären Kommunismus, bemerkte, dass das Volk durch die Julirevolution „seine Unterdrücker erkannt“ und sein „Ressentiment“ dadurch weiter bis hin zur „Revolte“ verändert hatte.

In Deutschland bemerkte erst der führende Vertreter des Großbürgertums David Hansemann das „Ressentiment“ des Volkes gegen aufsteigende, unterdrückerische und ausbeuterische Bourgeoisie. Mit Blick auf die Julirevolution von 1830 machte er in demselben Jahr den preußischen König in seiner berühmten Denkschrift an ihn „auf die Gefahr“ der „niederen Klassen“ aufmerksam. Er schlug hier dem König im Namen des deutschen Großbürgertums vor, in Kompromisse einzugehen, um eine „Pöbelrevolution“ zu verhindern. Das deutsche Großbürgertum entschied sich also schon 1830, gegen den gefährlichen Geist „der geringeren Volksklassen“ und gegen einen „Pöbel-Aufstand“ mit dem König zusammenzuhalten und hatte keinesfalls vor, gegen die Monarchie „revolutionär“ aufzutreten. Die Gründe der Kompromisse zwischen dem Königtum und dem Großbürgertum waren die Kämpfe der arbeitenden Klassen und der revolutionären Kommunisten gegen das bestehende System. Arbeitende Klassen und Besitzlosen waren nämlich mit der Julirevolution von 1830 in Frankreich auf die politische Bühne getreten.

Auch deutsche Arbeiter wurden nach der Julirevolution von 1830 zum Teil politisch aktiv. Die ersten Diskussionen unter deutschen Arbeitern fanden erst 1833–1834 in den politischen Vereinen im Ausland, wie im *Bund der Geächteten*, unter dem Einfluss der französischen Neobabouvisten statt. Es ging bei diesen Diskussionen zuerst um die Menschen- und Bürgerrechte. Ab 1837 war aber dann die Gütergemeinschaft zum Bekenntnis des *Bundes der Gerechtigkeit*, den die deutschen Kommunisten, wie Weitling, Schapper und Moll, im Jahr 1837 in Paris gründeten.

Wie in der Arbeit dargelegt wird, bestimmten Weitlings Theorien in diesen Jahren die politischen Diskussionen in der organisierten deutschen Arbeiterbewegung. Seine revolutionären Ansichten wurden Anfang der 1840er Jahre für die Bourgeoisie besonders bedrohlich, da er, wie alle revolutionären Kommunisten der Zeit, die bürgerliche Klasse als eine neu aufsteigende, ausbeuterische und daher noch gefährlichere Klasse bezeichnete. Der revolutionäre Kommunismus, der sich in Frankreich durch Blanqui und in Deutschland durch Weitling unter den arbeitenden Klassen bemerkbar machte, betrachtete die „Geldaristokraten“

für das arbeitende Volk als die „gefährlichsten von allen“ und versetzte sie somit in Schreck und Angst.

So traf 1842 der „ganze Knäuel“ der deutschen Bourgeoisie eine durchdachte Entscheidung und machte den 24-jährigen Marx zum Chefredakteur der bürgerlichen *Rheinischen Zeitung*, um ihn dann als Vertreter eines „wissenschaftlich“ bekleideten Projekts gegen den revolutionären Kommunismus ins Feld zu führen. Bekanntlich verfasste dieser gleich nach seinem Antritt als Chefredakteur einen antikommunistischen Artikel, in dem er zielbewusst schrieb, dass er seine Studien dazu zu benutzen beabsichtige, um dem revolutionären Kommunismus, der ja nur durch die „theoretische“ Entstellung und Verzerrung seiner Lehre ungefährlich zu machen ist, „sein Herz zu zerreißen“ (MEW 1, S. 108). Die Bourgeoisie traf also aus ihrer Perspektive die richtige Wahl, indem sie Marx die führende Rolle in ihrem Projekt einräumte und mit ihm ein „kaufmännisch[es]“ Unternehmen startete (Dowe 1970, S. 57f.). Die Gründe des kaufmännischen Unternehmens der Bourgeoisie mit Marx liegen in den Ängsten der Bourgeoisie vor dem revolutionären Kommunismus, der in derzeit unter den arbeitenden Klassen und Besitzlosen eine konkrete Macht war.

Revolutionäre Kommunisten betrachten die „Geldaristokraten“ als die „gefährlichsten von Allen“ (ZAV 1848, S. 80) und grenzen arbeitende Klassen und Besitzlosen von ihrem ideologischen, politischen und organisatorischen Gebiet ab. Sie legen auf die Einheit und Organisation der arbeitenden Klassen und Besitzlosen großen Wert. Sie gründen illegal revolutionäre Organisationen sowie die Massenorganisationen, führen permanente Revolution und organisieren die revolutionäre Gewalt der arbeitenden Klassen und Besitzlosen. Der Kommunismus ist für sie, wie Weitling schon 1842 schrieb, „so alt wie die Welt“ (Weitling 1931, S. 58). Insbesondere Weitlings Ansicht, dass der Kommunismus jederzeit möglich und „so alt wie die Welt“ ist, erschreckt die Bourgeoisie am meisten. Der revolutionäre Kommunismus ist, wie in der Arbeit gezeigt wird, nicht nationalistisch; er ist daher ein großes Hindernis für bürgerliche nationale Kriege, in denen sich Völker gegenseitig für die Interessen der Bourgeoisie abschlachten. Der revolutionäre Kommunismus ist gegen die Kolonialkriege der Bourgeoisie; er ist ebenfalls ein Hindernis für die Ausplünderung und Kolonialisierung der Welt durch die europäische Bourgeoisie. Der revolutionäre Kommunismus bekämpft auch Rassismus und Sklaverei.

Um dem Wirken des revolutionären Kommunismus, der nicht nur die Monarchie, sondern auch Bourgeoisie bekämpfte, einen Damm entgegenzuwerfen und ihn für die Bourgeoisie ungefährlich zu machen, erfand Marx ab 1844 mit Engels zusammen zuerst den

„demokratischen“, dann „philosophischen“ und am Ende „wissenschaftlichen“ Kommunismus. Marx/Engels erfanden in ihren Studien gegen die bourgeoisiefindlichen Thesen des revolutionären Kommunismus bourgeoisiefreundliche Antithesen, die die Bourgeoisie für „höchst revolutionär“ erklären (MEW 4, S. 464) und ihre Herrschaft als historisch notwendig legitimieren. Diese „Antithesen“ bezeichneten sie dann als „wissenschaftlichen“ Kommunismus.

Insbesondere Engels versuchte ab 1844 die führenden Mitglieder des *Bundes der Gerechtigkeit* in London vom „konspirativen“ Weg abzubringen, um sie für den bourgeoisiefreundlichen Weg zum „wissenschaftlichen“ Kommunismus zu gewinnen.

Nach Weitlings Ankunft im Herbst 1844 in London fanden zwischen Weitling und Schapper aus der Londoner Bundesgemeinde über die Taktik und Strategien der bevorstehenden Revolution intensive Diskussionen statt. Die Londoner Diskussionen von 1845 zeigen, dass Schapper im Gegensatz zu Weitling revolutionäre Propaganda der Kommunisten unter Arbeitern und Besitzlosen zeitweilig ablehnte und auch die Unterstützung der Bourgeoisie durch Kommunisten nicht ausschloss. Die Londoner Führung des *Bundes* zeigte sich Ende 1845 für die bourgeoisiefreundlichen Ansichten von Marx/Engels in Bezug auf die politische Strategie und Taktik der Revolution, wie in der Arbeit dargelegt wird, beeinflussbar.

Marx/Engels sahen im Frühjahr 1846 ihre erste dringendste Aufgabe darin, den von ihnen als „primitiven“ und „rohen“ Kommunismus etikettierten revolutionären Kommunismus zu bekämpfen. So griff Marx in der Hälfte von 1846 Weitling in Brüssel an, da dieser seine bourgeoisiefreundliche Strategie entschieden ablehnte. Marx versuchte dann mit allen Mitteln, Weitling aus der Führungsschicht der Arbeiterbewegung auszuschließen, seinen ideologisch-politischen Einfluss auf die deutsche Arbeiterbewegung in Europa zu zerstören und die Londoner Führung des *Bundes* von der „allgemeinen Richtigkeit“ des sogenannten „wissenschaftlichen“ Kommunismus zu überreden.

Es ging Marx/Engels hier nämlich allein und einzig darum, die Kommunisten und Arbeiter für das Bürgertum zu gewinnen. Wie Engels im Februar 1846 schrieb, müssten Arbeiter „notwendigerweise ein Instrument in der Hand des Bürgertums“ sein (MEW 2, S. 580). Das Proletariat dürfte nicht für seine eigenen Interessen kämpfen, sondern es müsste als Soldat im Dienst der Bourgeoisie stehen. Auch Bauern hätten nach Engels nur eine einzige Rolle, nämlich „der verlängerte Arm der Bourgeoisie“ zu sein; um Schlachten für sie zu schlagen und ihr Proletariat zu rekrutieren. Die arbeitenden Klassen würden nach Engels mit der bürgerlichen Klasse vieles, gegen sie jedoch nichts erreichen (MEW 4, S. 502).

Es ging hier Marx/Engels, wie in der Arbeit dargelegt wird, keinesfalls um Wissenschaftlichkeit einer Theorie, denn sie arbeiteten 1847 mit der Londoner Führung des *Bundes* zusammen, obwohl diese keine wissenschaftliche Theorie besaßen, aber eine vorläufige Unterstützung der bürgerlichen Klasse zeitweilig nicht ausschlossen. Die vorübergehende Unterstützung der Bourgeoisie begründete die Londoner Führung definitiv nicht mit einer wissenschaftlichen Analyse der objektiv-historischen Bedingungen, sondern mit dem fehlenden kommunistischen Massenbewusstsein und mit subjektiven Bedingungen (Brandenburg 1977, S. 155). Wie in der Arbeit analysiert wird, belegen Schappers Aussagen in seinem Briefwechsel mit Marx in den Jahren 1846/1847, dass die Londoner Führung die Theorie von Marx/Engels doch nur als eine weitere Möglichkeit für die kommunistische Theoriebildung, aber sicher nicht als eine wissenschaftliche Theorie betrachtete, die unter den anderen kommunistischen Theorien das „Monopol“ beanspruchen dürfte, wie Marx/Engels behaupteten.

Durch die Analyse der Schriften von Marx/Engels im Jahr 1847 in der *Brüsseler Zeitung* kommt die Dissertation zum Ergebnis, dass bei diesen Schriften definitiv nicht um die „wissenschaftliche Einsicht“, sondern allein und einzig darum geht, die Kommunisten davon zu überreden, dass bei der Verwirklichung des Kommunismus nicht die Kampfpraktiken des Proletariats, sondern die formulierten Einsichten des bourgeoisiefreundlichen Kommunismus von Marx/Engels entscheidend sind, die unter allen Umständen die bürgerliche Gesellschaft als eine Vorstufe zum Kommunismus bestimmen. Marx/Engels sehen in ihren Schriften in der *Brüsseler Zeitung* lediglich in der Bourgeoisie die revolutionäre Kraft Deutschlands. Sie bezeichneten dagegen die politisch aktiven Volksklassen ihrer Zeit, nämlich Bauer, Tagelöhner, Handwerksarbeiter, als „reaktionär“ und „unfähig“ für die Revolution.

Die Programmdiskussionen des *Bundes der Kommunisten* zwischen den beiden Kongressen von 1847, die in der Arbeit ausführlich dargelegt und analysiert werden, verliefen „widersprüchlich und alles andere als geradlinig“ (Hundt 1993, S. 361). Denn das Echo der bourgeoisiefreundlichen Ansichten von Marx/Engels war bei den Bundesmitgliedern nicht wirksam. Außer der Londoner Führung führten die Gemeinden des *Bundes* in Paris, Hamburg, Mainz, Amsterdam, Berlin, Stuttgart, Leipzig, Lyon, Bern eine revolutionäre Opposition gegen das Bündnis von Moll/Schapper aus der Londoner Zentralbehörde mit Marx/Engels. Fast alle Bundesgemeinden in Deutschland, in Europa und in den USA, wie in der Arbeit dargelegt wird, standen unter dem politischen Einfluss von durch Weitlings Ideen ergriffenen Mitgliedern und sahen in Bauern- und Arbeiterstände die revolutionäre Kraft Deutschlands, während sie die

Bourgeoisie, im Gegensatz zu Marx/Engels, nicht als „höchst revolutionär“, sondern als „die gefährlichsten von Allen“ bezeichneten.

Die von Marx/Engels aufgestellten Behauptungen, die deutsche Arbeiterführung sei Anfang 1847 von der Richtigkeit der von ihnen vertretenen „wissenschaftlichen[n] Einsicht in die ökonomische Struktur als einzig haltbare theoretische Grundlage“ überzeugt gewesen und das *Kommunistische Manifest* stelle daher „eine Verschmelzung“ ihrer Theorie mit der deutschen Arbeiterbewegung dar, werden in der vorliegenden Dissertation grundsätzlich widerlegt. Die in der Arbeit durchgeführte Analyse des *Kommunistischen Manifests* von Marx/Engels zeigt deutlich, dass diese Schrift keine „Urkunde der Verschmelzung“ des „wissenschaftlichen“ Kommunismus mit der Führung der deutschen Arbeiterbewegung, sondern das Zerrbild der revolutionären Lehre der Führung der deutschen Arbeiterbewegung darlegt und daher keinesfalls die politischen Ziele der Arbeiterführung ausdrückt.

Im *Manifest* entleerten Marx/Engels den Inhalt des revolutionären Kommunismus, der in Deutschland durch Weitling, Gottschalk und Willich vertreten war, und füllten ihn mit ihren bourgeoisiefreundlichen Ansichten ein. Demnach beruhe die Revolution des Proletariats nicht auf dessen eigenem Kampf, sondern die objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung würden die Revolution als unausweichlich vorprogrammieren. Die Revolution komme dann mit historischer Notwendigkeit und universaler Reichweite. Der „Untergang“ der Bourgeoisie und „der Sieg des Proletariats“ seien „gleich unvermeidlich“ (MEW 4, S. 474). Bis dahin müsse das Proletariat nur die Bourgeoisie unterstützen und könne gar nichts unternehmen, da ein Eingreifen des Proletariats in den festgelegten Gang der Geschichte nicht möglich wäre.

Marx/Engels verdamnten in ihrem *Manifest* mit Hilfe ihrer bourgeoisiefreundlichen Revolutionstheorie die damaligen gegenwärtigen Freiheits- und Gleichheitsbestrebungen der arbeitenden Klassen und Besitzlosen unter der Führung der revolutionären Kommunisten als „utopisch“ und sogar „schädlich“, da diese im Gegensatz zu ihnen den Kommunismus als eine Frage der Gegenwart betrachteten und daher den Kapitalismus nicht als eine notwendige Voraussetzung für den Kommunismus akzeptierten.

Marx gab bekanntlich im Februar 1848, also mitten im Schreibprozess seines *Manifestes*, der Bourgeoisie nochmals die „Versicherung“, dass „der deutsche Kommunismus“, nämlich Marx' Version des Kommunismus, der „entschiedenste Gegner“ des von ihm als „utopisch“ gebrandmarkten revolutionären Kommunismus sei und daher „weit entfernt, die geschichtliche Entwicklung auszuschließen, sich vielmehr auf sie begründet“. Marx' Version des



Kommunismus setzt nämlich für die Revolution eines Landes zwangsläufig die „geschichtliche Entwicklung“ vor, die in der Tat die „Versicherung“ gegen jede Revolution der arbeitenden Klassen und Besitzlosen bedeutet.

In ihrem *Manifest* verbreiteten Marx/Engels bewusst das von ihnen selbst produzierte Märchen, dass nur die Bourgeoisie „höchst revolutionär“ sei (ebd., S. 464). Deswegen sollte „die Kommunistische Partei“ in Deutschland „gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie“ kämpfen. Doch sie wussten, dass die Herren Bourgeois seit 1830 suchen, „soviel als möglich ohne Revolution auf gültlichem Weg das *absolute* Königtum in *bürgerliches* [Königtum] zu verwandeln“ (ebd., S. 352). Sie verschwiegen dabei bewusst die von der Bourgeoisie schon im Jahr 1830 getroffene Entscheidung und behaupteten stattdessen, dass die Bourgeoisie „höchst revolutionär“ sei und „die Kommunistische Partei“ in Deutschland „gemeinsam mit der Bourgeoisie“ kämpfe, obwohl in derzeit die Bourgeoisie „reaktionärer, aggressiverer und imperialistischer als der Feudalismus“ (Khella 1995, S. 125) und daher die „gefährlichste von Allen“ war (ZAV 1848, S. 79f.).

Marx/Engels betrachten in ihrem *Manifest* lediglich das Industrieproletariat, das damals „in Deutschland so dünn gesät“ war (Becker 1848; zit. nach Hackenberg 1899, S. 54) und in der Revolution von 1848/1849 faktisch die Bourgeoisie unterstützte, als „revolutionär“. Die politisch aktiven und daher für herrschende Klassen eine konkrete Gefahr bildenden Bauern, Handwerksarbeiter und Besitzlosen etikettieren sie dagegen als „reaktionär“, denn sie seien vom geschichtlichen Prozess zum „Untergang“ verurteilte Schichten der alten Gesellschaft, die „das Rad der Geschichte“ zurückdrehen wollten (MEW 4, S. 471f.).

In den Revolutionsjahren von 1848/1849 standen Marx/Engels im Bündnis des Großbürgertums mit der Monarchie. Sie gaben sich zwar mal als Kommunisten und mal als Republikaner aus. Doch sie waren nicht einmal demokratische Republikaner, geschweige denn Kommunisten! Marx/Engels waren, wie das deutsche Großbürgertum, nur konstitutionelle Monarchisten oder monarchische Demokraten. Denn sie waren nur gegen die absolute, aber ganz und gar für eine konstitutionelle Monarchie. Wie die in dieser Arbeit behandelten Konflikte zwischen der Arbeiterführung und Marx/Engels allzu deutlich beweisen, setzten sich Marx/Engels in der Revolution von 1848/1849 mit aller Kraft für die konstitutionelle Monarchie ein, die ebenfalls das politische Ziel des Großbürgertums war.

Die Forderung der Bourgeoisie nach einem vereinten „Großdeutschland“ war das Ziel von Marx/Engels. So setzten sie in den Revolutionsjahren von 1848/1849 in der *Neuen Rheinischen Zeitung* ihre ganze Energie für einen „hypergroßdeutschen Wirtschaftsraum“ ein, auf dem sich

die kapitalistische Entwicklung Deutschlands vollstrecken konnte. Als Wortführer der Expansion des deutschen Kapitals riefen Marx/Engels in der *NRhZ* tagtäglich zum nationalen Krieg für ein Großdeutschland über weite Gebiete auf.

Als ein leidenschaftlicher Russen- und Slawenhasser predigte Engels in der *NRhZ* dafür, dass „der Russenhass die erste revolutionäre Leidenschaft“ der Deutschen sei und dass die deutsche Bourgeoisie nur durch den „Terrorismus“ gegen die slawischen Völker ihre Position sicherstellen könnte. Er wollte, wie in der Arbeit dargelegt wird, unbedingt einen „Kampf, unerbittlichen Kampf auf Leben und Tod“ gegen Russland und das Slawentum und forderte zu einem „Vernichtungskampf und rücksichtslosen Terrorismus“ auf. Der Krieg musste um des nationalen Einheitsstaats willen geführt werden. Engels sah im Abschlachten nationaler Kriege, in denen Millionen Arbeiter im Interesse der bürgerlichen Herrschaft sterben könnten, nur den Funken eines Großdeutschlands.

Dagegen bildeten Kommunisten in der Revolution von 1848/1849 mit den demokratischen Republikanern gegen „die Tyrannei der Großen“, nämlich gegen Monarchie und Großbürgertum, eine Einheitsfront der revolutionären Kräfte, die die Interessen der Arbeiter, Besitzlosen, Bauern und kleinbürgerlichen Schichten in Deutschland zu vertreten bezweckte. Wie in der vorliegenden Arbeit geschildert wird, kämpften die Vertreter der deutschen Arbeiterpartei, wie Weitling, Gottschalk, Willich, Bruhn, Hess, Moll und Schapper, mit den demokratischen Republikanern, wie Struve, Hecker, Kinkel, Heinzen, Techow und Schimmelpfennig in einem Bündnis gegen die Krone und das Großbürgertum.

Die Ansichten und Handlungen der revolutionären Kommunisten zeigen deutlich die Gründe der Angst der Bourgeoisie vor dem revolutionären Kommunismus. Da Kommunisten und demokratische Republikaner das Großdeutschland-Konzept der Bourgeoisie in Gefahr bringen könnten, wollten Marx/Engels diese auf der politischen Bühne Deutschlands keinesfalls zulassen. Marx versuchte deswegen durch die Veröffentlichungen in der *NRhZ* gegen die führenden Vertreter der revolutionären Kräfte, wie die Diffamierungen gegen Bakunin, Willich und Kinkel, die Einheitsfront der revolutionären Kräfte zu zerstören.

Die Dissertation schildert und analysiert die von Grund auf entgegengesetzten Ansichten und Standpunkte von Marx/Engels und die der revolutionären Arbeiterführung während der Revolution von 1848/1849. In der Arbeit wird belegt, dass die Kölner Kommunisten unter der Führung von Gottschalk, Willich und Anneke den Kölner Arbeiteraufstand vom 3. März 1848 gegen „Börsen-Männer“ und „Geldspekulanten“ durchführten und den Kölner Arbeiterverein

gründeten, während Marx/Engels zusammen mit „Börsen-Männern“ und „Geldspekulanten“ die Kölner Demokratische Gesellschaft gründeten.

Die Analyse der Schriften, die in den von der deutschen Arbeiterführung während der Revolution von 1848/1849 herausgegebenen Zeitungen veröffentlicht wurden, belegt deutlich, dass die Arbeiterführung für die Rechte und Interessen der Arbeiter in Deutschland kämpfte, dass sie sich für „ganze Freiheit“, nicht nur für „Pressfreiheit“ einsetzte, und dass sie von Marx/Engels als „höchst revolutionär“ vorgegebene „Geldaristokraten“ doch für die „gefährlichsten von Allen“ hielt. Dagegen setzten sich Marx/Engels in ihrem Blatt *NRhZ*, im „Organ der Demokratie“, vom ersten Tage an für die entscheidenden politischen Ziele des Großbürgertums, nämlich für den Krieg gegen Russland und für einen Unitärstaat in Großdeutschland ein. Die Analyse der von Marx/Engels während der Revolution von 1848/1849 geschriebenen Schriften widerlegt eindeutig die Behauptung von Marx/Engels, sie hätten in der Revolution von 1848/1849 durch die *NRhZ* die Führung der deutschen Arbeiter ausgeübt. Die Analyse zeigt unwiderlegbar, dass die *NRhZ* von Marx/Engels keinesfalls „den Standpunkt des Proletariats“ vertrat, sondern sie war „in den Händen eingefleischter Geldaristokraten“.

In der Arbeit wird gezeigt, dass Marx die Vergeltungsmaßnahmen gegen die Arbeiterführung ergriff, indem er mitten in der Revolution durch seine diktatorische Vollmacht Gottschalk und die Kölner Bundesgemeinde aus dem *Bund* ausschloss und die mit Moll und Schapper zusammen gebildete Zentralbehörde trotz der Gegenstimme von ihnen auflöste, da die Arbeiterführung in Köln die Bourgeoisie bekämpfte.

In der Dissertation wird anhand der konkreten Beispiele festgestellt, dass Marx/Engels durch ihre Schriften in der *NRhZ* den arbeitenden Klassen und Besitzlosen auf keinem Fall Mut für den Kampf gegen die „Reaktion“ gaben, sondern dass sie arbeitende Klassen und Besitzlosen mit der Gewalt des preußischen Militärs drohten und sie unaufhörlich vor einer Erhebung warnten, als das Misstrauen der Arbeiter sich gegen die bürgerliche Klasse in Köln breitmachte.

In der Arbeit wird von Engels aufgestellte haltlose Behauptung, die *NRhZ* sei die „einzige“ Zeitung gewesen, die während der Junirevolution von 1848 den Standpunkt des Pariser Proletariats verteidigt und seine Fahne hochgehalten habe, durch die Analyse seiner Schriften, die er nach der blutigen Niederschlagung der Junirevolution im Juni/Juli 1848 in der *NRhZ* schrieb, eindeutig widerlegt. Es wird gezeigt, dass Engels in seinen Schriften die militärischen Siege der bürgerlichen Generale bereitwillig lobte und dagegen Desinformationen über die

entscheidende Rolle der revolutionären Kommunisten in der Pariser Junirevolution von 1848 verbreitete, während deutsche Arbeiterführung mit der Junirevolution solidarisierte.

In der Dissertation wird die bodenlose Behauptung von Marx/Engels, Weitling habe seinen Einfluss auf die Arbeiterbewegung in Deutschland verloren (MEW 21, S. 214), durch die Darlegung der politischen und organisatorischen Aktivitäten von Weitling während der Revolution von 1848/1849 eindeutig widerlegt. Die Arbeit stellt durch die Analyse der zeitgenössischen Dokumente fest, dass Weitling und Kommunisten in der Revolution von 1848/1849 bei der Organisation der ersten überregionalen Vereinigung deutscher Arbeiter, nämlich bei der Organisation der *Allgemeinen Arbeiterverbrüderung*, eine bedeutende Rolle spielten. So werden von Marx/Engels aufgestellte haltlose Behauptungen, das Proletariat habe in der Revolution von 1848/1849 „unentwickelt, herangewachsen in vollständiger geistiger Knechtung, unorganisiert und noch nicht einmal fähig zu selbständiger Organisation“ gewesen sei (ebd., S. 17f.), und die Kommunisten hätten sich gegenüber der „losgebrochenen Bewegung der Volksmassen als ein viel zu schwacher Hebel“ erwiesen (ebd., S. 218), ebenfalls widerlegt.

In der Arbeit wird auch die von Engels vertretene These, die Bundesmitglieder, wie Schapper und Moll, seien während der Revolution von 1848/1849 unter vollem Einfluss von Marx gewesen, durch revolutionäre Agitation von Moll/Schapper im Herbst 1848 für Arbeiter und Bauer und die entgegengesetzte politische Haltung von Moll und Marx zu revolutionären Ereignissen im September 1848 widerlegt.

Die dargelegten Konflikte zwischen Marx und der Kölner Arbeiterführung in der Revolution von 1848/1849 widerlegen ebenfalls Engels bodenlose Behauptung, die Mitglieder des *Bundes der Kommunisten* hätten in der Revolution von 1848/1849 einen „Führer“ gehabt, nämlich Marx, „dem sich alle willig unterordneten“. Es wird in der Arbeit dokumentarisch gezeigt, dass Marx nach der Übernahme der Präsidentschaft des Arbeitervereins im Herbst/Winter 1848/1849 versuchte, den Kölner Arbeiterverein den Interessen der Bourgeoisie völlig unterzuordnen. Durch die Analyse der von Marx verfassten Artikel wird belegt, dass sich Marx ganz und gar auf die Interessen der deutschen Bourgeoisie und deren „Sieg“ konzentrierte. Dagegen wandte er sich gegen die Verselbständigungsbestrebungen der Arbeiter, indem er den Kölner Arbeiterverein von der in ganz Deutschland organisierten *Arbeiterverbrüderung* mit Hilfe seiner Präsidentschaft fernhielt.

Die Artikel in der Arbeiterzeitung *Freiheit Arbeit* beweisen, dass revolutionäre Kommunisten an der Bourgeoisie und an der bourgeoisiefreundlichen Politik von Marx scharfe Kritik ausübten. Um dies zu verhindern, wie in der Arbeit gezeigt wird, ergriff Marx Maßnahmen

gegen Kommunisten im Arbeiterverein, indem er eine „Zensurkommission“ gründen ließ, um die Kritik der Arbeiterzeitung an „Geldsäcken“ zu verhindern.

Die Analyse der Verteidigungsreden von Gottschalk und Marx vor Gericht in Bezug auf den Standpunkt zur Bourgeoisie und zu den arbeitenden Klassen zeigt es erneut deutlich, dass Gottschalk Ende 1848 in seiner Verteidigungsrede vor Gericht sich „für das Volk der Armen, der Unterdrückten und der Geknechteten“ einsetzte, während Marx Anfang 1849 in seiner Rede sich gänzlich auf die Seite der „Geldsäcke“ stellte und die Verteidigung der politischen und ökonomischen Interessen der Bourgeoisie das Hauptthema seiner Rede machte.

Die in der Revolution von 1848/1849 von den führenden Vertretern der Arbeiterbewegung geäußerten Kritiken an Marx' sogenannter „Bündnispolitik“ mit der Bourgeoisie zeigen erneut deutlich, dass die Arbeiterführung diese Politik entschieden ablehnte und Marx als einen heuchlerischen „Fastenprediger“ bezeichnete, der von den Arbeitern verlange, mit Gottschalk gesprochen, sich „freiwillig“ in das „Fegefeuer“ der „Kapitalherrschaft“ zu stürzen, um irgendwann „der Hölle des Mittelalters zu entgehen“ (FA 1849, S. 52).

Auch nach der Niederschlagung des Revolutionsversuchs in Deutschland schrieb Marx im Juli 1849 weiter, dass Engels und er selbst „auf rein bürgerlichem Wege noch einmal den Krieg der Bourgeoisie gegen den feudalen Absolutismus“ führen würden. Denn das „goldne Kalb“ der Bourgeoisie, so begründete Marx ihre Unterstützung für die Bourgeoisie, „ist mächtiger als alle die andern Kälber, die auf den Thronen der Welt sitzen“ (MEW 27, S. 504).

So verschärften sich nach der Niederschlagung der Revolution von 1848/1849 die Konflikte zwischen der Arbeiterführung und Marx/Engels im Flüchtlingskomitee, im Arbeiterverein und im *Bund der Kommunisten* auch in London. Während Marx/Engels keineswegs vorhatten, sich auf dringende Aufgaben der Revolution vorzubereiten, stand eine solche Vorbereitung auf politische, ideologische und militärische Revolutionskämpfe auf der Tagesordnung der Arbeiterführung.

Die bourgeoisierefreundliche Strategie von Marx/Engels und ihr Kampf gegen die Schaffung selbständiger proletarisch-kommunistischer Organisationen waren auch nach der Niederschlagung der Revolution die ausschlaggebenden Konfliktpunkte zwischen ihnen und den revolutionären Kommunisten in London. Diese Strategie, die sie gegen revolutionäre Kommunisten ins Feld führten, spielte in den Auseinandersetzungen mit der Führung der revolutionären Arbeiterbewegung zuerst mit Weitling, dann mit Gottschalk, Hess und Willich-immer wieder die ausschlaggebende Rolle.

Die „kommunistische Partei“ vertrat auch nach der Niederschlagung der Revolution von 1848/1849 weiterhin den Standpunkt, dass das deutsche Proletariat in der nächsten Revolution „möglichst organisiert, möglichst einstimmig und möglichst selbständig“ auftreten müsse, „wenn sie nicht wieder, wie 1848 von der Bourgeoisie exploitiert und ins Schlepptau genommen werden soll“, wie sie auch in der Märzansprache von 1850 zum Ausdruck brachte. Während revolutionäre Kommunisten also die Revolutionspartei der Gegenwart organisierten und sich „durch die heuchlerischen Phrasen“ der Bourgeoisie „keinen Augenblick an der unabhängigen Organisation der Partei des Proletariats“ irremachen ließen (Wermuth/Stieber 1853, S. 259), predigten Marx/Engels ihnen dagegen ständig, eine „Oppositionspartei der Zukunft“ zu sein (MEW 8, S. 461).

Marx/Engels setzten sich nach der Niederschlagung der Revolution von 1848/1849 in London zum Ziel, die von ihnen als „Revolutionsspielerei“ etikettierte Vorbereitung der Kommunisten auf Revolutionskämpfe zu verhindern, da diese für die Bourgeoisie und den preußischen Staat eine tatsächliche „Gefahr“ bilden könnten. Sie traten in die hauptsächlich von deutschen und französischen Kommunisten gegründete *Revolutionäre Weltgesellschaft* im Frühling 1850 lediglich ein, um die Pläne der Kommunisten zu revolutionären Aktionen zu zerstören. Marx schloss z.B. eine Freundschaft mit dem Polizeispitzel Bangya, während er sich mit Blanquisten im Komitee der illegalen revolutionären *Weltgesellschaft* zusammensetzte.

Nachdem Marx/Engels im September 1850 aus dem *Bund der Kommunisten* ausgeschlossen worden waren, setzten sie ihre Durchkreuzungsversuche und Intrigen gegen revolutionäre Pläne der Führung des *Bundes der Kommunisten* weiter in die Tat um. Sie versuchten in London durch ihr „Spioniersystem“ nicht nur im *Bund der Kommunisten* und im deutschen Arbeiterverein, sondern auch in der gesamten revolutionär/kommunistischen Bewegung in Europa, „Zwiespalt“ zu stiften und sie in die vollkommene Wirkungslosigkeit zu stecken.

So riefen sie nicht nur in der Führung der deutschen und englischen Arbeiterbewegung „Zwiespalt“ hervor, sondern sie versuchten auch, sich in die politischen Fragen der französischen Arbeiterbewegung einzumischen, um auch dort „Zwiespalt“ zu stiften. Die analysierten zahlreichen Briefe von Marx/Engels zeigen, dass Marx durch seine „Spione“ im Londoner Arbeiterverein und im *Bund* Einzelheiten über die Pläne der Kommunisten und Republikaner erfuhr, und strebte danach diese Pläne zu zerstören, wie er z.B. jede Gelegenheit ausnutzte, um das im Frühjahr 1851 in London zustande gekommene Bündnis zwischen Blanquisten, Chartisten und den deutschen Kommunisten zu zersprengen.

Ebenso versuchten Marx/Enges, wie ihre Briefe belegen, das Bündnis der Kommunisten mit den deutschen demokratischen Republikanern zu zersprengen, indem sie durch ihre Spione im Arbeiterverein von ihnen selbst produzierte Gerüchte verbreiteten, um die Bündnispartner gegeneinander auszuspielen, als dieses Bündnis gegen die Adel- und Geldaristokratie eine Revolutionsanleihe startete, um die Organisierung der brauchbaren revolutionären Kräfte in Deutschland zu ermöglichen. Marx/Engels' Briefe belegen, dass diese in den Jahren 1851/1852 alle ihren Intrigen gegen den Versuch der Revolutionsanleihe einsetzten, um sie zum Scheitern zu bringen und das Bündnis zwischen Kommunisten und demokratischen Republikanern zu sprengen.

Wie in dieser Arbeit durch zahlreiche Beispiele im Briefwechsel von Marx/Engels gezeigt wird, versuchten diese die Arbeiterführung mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln zu zerstören. Deswegen wurde „die Marx-Engels'sche Clique“ von der Arbeiterführung „unstreitig“ als ihre „erbittertsten Feinde“ bezeichnet, die selbst „unfähig, das Geringste zu organisieren, oder etwas [P]raktisches durchzuführen“. Ihre Aufgabe scheint darin zu bestehen, so stellte die Arbeiterführung 1851 fest, „jeder Organisation, jeder Ausführung hindernd in den Weg zu treten“ (Wermuth/Stieber 1853, S. 276).

Gegen die revolutionäre Führung des *Bundes* kämpften Marx/Engels gezielt mit allen Mitteln, nämlich durch Verleumdung, Intrige und Denunziationen. Wie in der vorliegenden Arbeit geschildert wird, engagierten sie sich stark dafür, die Personen im Bündnis von Kommunisten und demokratischen Republikanern in London durch Intrigen, Gerüchte und vage Behauptungen gegeneinander zu hetzen. Deswegen wurden sie von den Kommunisten und demokratischen Republikanern nicht zu Unrecht als „Intriganten“ bezeichnet. Die in dieser Arbeit dargelegten Ansichten der Kommunisten über die „zweideutige und intrigante Stellung“ von Marx und seinen speziellen Freunden zeigen, dass den Kommunisten die „intrigante Tätigkeit eines Marx“, der die „Wahrheit und Lüge, Wirkliches und Erfundenes“ zusammenwirft und nach „gewissenloser Willkür seinen Zwecken dienstbar“ macht (RdA 1854, S. 13), schon bewusst war.

Die dargelegten Forschungsergebnisse zeigen, dass der von Marx/Engels behauptete Prozess der „Verschmelzung“ ihrer Theorie und der revolutionären Arbeiterbewegung vor, während und nach der Revolution von 1848/1849 definitiv nicht stattfand, weil die Theorie der Arbeiterführung, nämlich der revolutionäre Kommunismus in diesem Zeitraum, also in einem „Knotenpunkt“ der Geschichte, eine konkrete Macht unter den arbeitenden Klassen und Besitzlosen und gerade deswegen ein „Schreckgespenst“ für die herrschenden Klassen war,

während der „wissenschaftliche“ Kommunismus von Marx/Engels lediglich ein Projekt war, das gegen den „wirklich existierenden Kommunismus“ der Zeit ins Feld geführt wurde. Die Analyse zeigt eindeutig, dass die politischen Ziele, Absichten und Bestrebungen der Führung der deutschen Arbeiterbewegung und Marx/Engels von Grund auf verschieden sind und zwischen Marx/Engels und der Arbeiterführung von Beginn an andauernde unlösbare Konflikte stattfanden. Diese Konflikte führten dann im September 1850 zum Ausschluss von Marx/Engels aus dem *Bund der Kommunisten*.

In der vorliegenden Dissertation wird gezeigt, dass im Zentrum der theoretischen und politischen Ansichten von Marx/Engels die Interessen und Forderungen der Bourgeoisie liegen. In ihren Schriften analysieren sie die Zustände für die Bourgeoisie präzise und sehr realistisch, finden Lösungen für ihre Probleme und geben ihr dabei gute Ratschläge. Ihre Auffassungen über Interessen und Forderungen der Arbeiter sind dagegen illusorisch, erlogen und irreführend.

Es wird ebenfalls gezeigt, dass die Vertreter des revolutionären Kommunismus, wie Arbeiter für sie öfter zum Ausdruck bringen, die „Sprache der Wahrheit“ sprechen (ZAV 1848, S. 206). Sie setzen sich für arbeitende Klassen, Besitzlosen, Frauen, unterdrückte Völker, Sklaven und Schwarzen ein und konzentrieren sie sich in ihren theoretisch/politischen Schriften ganz und gar auf deren Befreiung, deren Interessen, deren Bedürfnisse und Forderungen. Die Lösung und Heilmittel für die Probleme der Bourgeoisie sind dagegen in ihren Schriften nicht zu finden.

In der Dissertation ausführlich behandelte ideologische, theoretische, politische und organisatorische Ansichten von revolutionären Kommunisten und Marx/Engels müssen zum Schluss als Forschungsergebnisse hervorgehoben werden, denn sie zeigen die himmelweiten Unterschiede zwischen der Arbeiterführung und Marx/Engels.

Revolutionäre Kommunisten betrachten die Bourgeoisie, die in ihren Augen „Geldsäcke“ und „Geldaristokraten“ sind, als die „gefährlichsten von Allen“ (ZAV 1848, S. 80) für das arbeitende Volk. Es geht den revolutionären Kommunisten nicht darum, gegen die feudale Klasse die bürgerliche Klasse zu unterstützen, da sie beide als unterdrückerisch und ausbeuterisch sehen. Es geht ihnen einzig und allein um die „Verselbstständigung des Proletariats“ in seinem Kampf um seine eigenen Interessen. Für revolutionäre Kommunisten sind nur arbeitende Klassen im Stande, „mit den Waffen in der Hand dem Königthum und der großen Bourgeoisie die Spitze zu bieten“. Für sie ist wichtig, dass das arbeitende Volk „in jeder Beziehung selbstständig“ werden muss und dass es in einem realen revolutionären Krieg gegen seine Unterdrückung und für seine Befreiung mit allen Mitteln kämpft (Wermuth/Stieber 1853, S. 274). Die Hauptziele der Revolution sind dabei die Abschaffung des Eigentums und die



Gründung der Gütergemeinschaft. Nicht die Herrschaft der Bourgeoisie, sondern die Verwirklichung der Gütergemeinschaft ist das Ziel der revolutionären Kommunisten. Für dieses Ziel sind der Wille und die Organisation des arbeitenden Volkes entscheidend. Die Gütergemeinschaft ist daher unabhängig von bestimmten sozialen oder ökonomischen Entwicklungsstand der Produktivkräfte.

Dem Ziel der revolutionären Kommunisten sind Marx/Engels „schnurstracks“ entgegen. Ihre Absicht geht dahin, das Volk „nach wie vor am Gängelbände zu führen“ (ebd., S. 266). Marx/Engels finden die Gütergemeinschaft „primitiv“ und zeigen dem Proletariat dagegen den Weg zur Bourgeoisie, die sie als die „revolutionierende Klasse“, „die Vertreterin der ganzen Gesellschaft“ (MEW 3, S. 47f.) und auch „höchst revolutionär“ vorgeben (MEW 4, S. 464). Das Proletariat soll nach Marx/Engels ganz und gar hinter der Bourgeoisie stehen und für ihre Interessen kämpfen. Demgemäß warnt Engels im Januar 1848, also am Vorabend der Revolution, arbeitende Klassen vor einem selbstständigen Auftreten gegenüber der Bourgeoisie. Das arbeitende Volk sollte nach Engels lieber „der exploitierte Arm der Bourgeois“ bleiben, es sollte „ihre Schlachten schlagen, ihre Kattune und Bänder weben und ihr Proletariat rekrutieren“. Denn die Bourgeoisie sei „stark“, so argumentiert er seine Rechtfertigung und Legitimierung der Herrschaft der Bourgeoisie, arbeitende Klassen aber seien „schwach“ gegenüber der Bourgeoisie, weil diese reicher sei und „den Hebel aller politischen Macht“ in ihren Händen habe. Engels vergisst zugleich nicht, arbeitende Klassen mit den folgenden Worten zu drohen, falls sie selbstständig gegenüber der Bourgeoisie auftreten: „Mit den Bourgeois können sie viel, gegen die Bourgeois nichts“ (ebd., S. 499).

„Der Kern des Kommunismus“ ist für revolutionäre Kommunisten „ein Zustand, wo alles gemeinschaftlich ist“ und in dem es jedem möglich sei, seine Kräfte zu entwickeln, seine Bedürfnisse zu befriedigen, wo keiner auf Kosten des anderen ein Vorrecht habe, noch einen Besitz, wo alle der gemeinschaftlichen Sache ihre Arbeit hingeben, weil „die Mittel zur Arbeit auch allen gemeinschaftlich sind“ (BdK 1, S. 667). Der Kern des Kommunismus kann daher für revolutionäre Kommunisten nicht in der freien Entwicklung liegen, denn sie führt zur Bevorzugung der von der Natur besser ausgestatteten Individuen und impliziert in sich gesellschaftliche Ungleichheiten (ebd., S. 235). Die Spaltung der Gesellschaft in Reiche und Arme bildet die Grundlage des Denkens der revolutionären Kommunisten. Diese Einteilung gilt auch für alle anderen Nationen. Sie stellen hier der Internationale der Mächtigen die Internationale der Armen und Entrechteten entgegen (Weitling 1842, S. 74ff.).

Marx/Engels rechtfertigen und legitimieren dagegen die „freie Konkurrenz“ der bürgerlichen Gesellschaft, weil sie nach ihrer Ansicht „der einzige Gesellschaftszustand ist, in dem die große Industrie“ aufkommen könne (MEW 4, S. 368). Für sie ist nicht das „Hervorheben der Klassengegensätze“, sondern „die politische Ökonomie“ und „die bürgerliche Gesellschaft“ wirklich „kommunistisch“ (ebd., S. 512). Auch nur diejenigen, die die „wissenschaftliche Einsicht in die ökonomische Struktur der bürgerlichen Gesellschaft als einzig haltbare theoretische Grundlage“ anerkennen, gelten in den Augen von Marx/Engels als Kommunisten (MEW 14, S. 439). Unter der „wissenschaftliche[n] Einsicht“ wollen Marx/Engels die Legitimierung und Rechtfertigung der bürgerlichen Herrschaft verstehen und reduzieren damit die Wissenschaft auf die Unterstützung der Bourgeoisie.

Revolutionäre Kommunisten wollen nicht im Wartezimmer der Geschichte auf die Revolution warten. Sie bezwecken auch nicht, die Revolution den angeblichen Gesetzen der Geschichte zu überlassen, sondern sie wollen die Revolutionspartei der Gegenwart im Hier und Jetzt organisieren, denn für sie ist die Revolution immer eine gangbare Möglichkeit. Der Kommunismus ist, schreibt Weitling 1842, „so alt wie die Welt“ (Weitling 1931, S. 58). Insbesondere diese Ansicht von Weitling, dass der Kommunismus jederzeit möglich und „so alt wie die Welt“ ist, erschreckt die Bourgeoisie am meisten.

Gerade deswegen setzt der „wissenschaftliche“ Kommunismus von Marx/Engels für die Revolution eines Landes zwangsläufig die „geschichtliche Entwicklung“ vor, die in der Tat die „Versicherung“ gegen jede Revolution der arbeitenden Klassen und Besitzlosen bedeutet (MEW 4, S. 512). Die Entwicklung der Produktivkräfte würde nach Marx/Engels allein den Kapitalismus überwinden. Die Arbeiter müssten nur zuschauen, bis die kapitalistische Entwicklung der Produktivkräfte für die Revolution bereit sei. Für Engels ist eine „Revolution“ nur „ein reines Naturphänomen“, das „nach physikalischen Gesetzen“ geleitet werde (MEW 27, S. 190).

Deutsche Kommunisten sind Anhänger der Lehre von im Jahr 1797 ermordeten Babeuf, haben enge Beziehungen zu französischen Blanquisten (Lichtheim 1969, S. 177) und halten dagegen englische Chartisten für reformistisch. Für revolutionäre Kommunisten sind der „Wille“ der Führung und die Organisierung der arbeitenden Klassen und Besitzlosen für die Revolution entscheidende Faktoren. Sie erkennen daher „die Nothwendigkeit einer festen Organisation“ (Wermuth/Stieber 1853, S. 266). Für revolutionäre Kommunisten ist auch die Einheit des arbeitenden Volkes sehr wichtig; Arbeiter, Bauern, Handwerksarbeiter und Besitzlosen bilden die revolutionären Kräfte des Volkes. Nicht eine bestimmte Schicht, sondern alle Armen sowie

diejenigen, die sie unterstützen wollen, sind für revolutionäre Kommunisten als die realen Kräfte der Revolution zu zählen. Sie halten es daher für „geradezu selbstmörderisch“, wenn die kommunistische Partei die verhassten Klassenunterschiede wie eine „wahre Prädestination“ festhält, statt eine vielfach gemischte Partei zu schaffen und die fähigen Kämpfer aus allen Klassen zu erobern (RdA 1854, S. 123).

Da der Wille des revolutionären Kommunismus der Logik der ökonomischen Gesetze ihres „wissenschaftlichen“ Kommunismus in die Quere läuft, etikettierten Marx/Engels ihn als „Putschismus“. Nach ihrer Ansicht seien auf „Willen“ und „Führung“ der kommunistischen Parteien beruhende Revolutionen „Putschismus“ und „Verschwörung“. So sind Blanquisten und deutsche Kommunisten für Marx/Engels nur „Putschisten“ und „Verschwörer“ (MEW 7, S. 274). Dagegen halten sie die Chartisten, die keine Revolution des Proletariats, sondern lediglich eine Reform des englischen Parlaments innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft forderten, für die Befreier der Menschheit (MEW 4, S. 414ff.).

Marx/Engels wollten den Kommunismus entsprechend den Interessen und Bedürfnissen der Bourgeoisie neu definieren. So erfanden sie die „gezwungene[n] Antithesen“ (RdA 1854, S. 108) gegen die Thesen des revolutionären Kommunismus, indem sie die Revolution nur an objektive Bedingungen, die aus der vermeintlichen Eigenbewegung der ökonomischen Verhältnisse hervorgehen, knüpften. Eine Revolution müsse demnach durch „objektiv gesellschaftliche Prozesse“, nämlich „durch die Entwicklung der Verhältnisse“ nun „allmählich“ vor sich gehen (BdK 1, S. 474). Nach Engels seien auf Willen und Führung beruhenden Revolutionsversuche nicht nur nutzlos, sondern auch schädlich. Er wisse, dass „Revolutionen nicht absichtlich und willkürlich gemacht werden“, sondern dass sie „überall und zu jeder Zeit die notwendige Folge von Umständen“ seien, „welche von dem Willen und der Leitung einzelner Parteien wie ganzer Klassen ganz und gar nicht abhängen“ (ebd., S. 473). Nach Marx/Engels führe der festgelegte Gang der Geschichte zwangsläufig zum Kommunismus. Der bourgeoisiefreundliche Kommunismus von Marx/Engels macht dadurch den politischen Kampf überflüssig und will durch den ökonomischen Fatalismus bei den Kommunisten und arbeitenden Klassen den blinden Glauben an den endgültigen Sieg der eigenen Sache erzeugen (RdA 1854, S. 108).

Mit ihrem bourgeoisiefreundlichen Kommunismus wollten Marx/Engels die Aufmerksamkeit der Arbeiter und Besitzlosen von dem revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie ablenken und sie auf die Produktionsverhältnisse und auf die wirtschaftliche Entwicklung leiten. Nach Marx/Engels liege die Hauptaufgabe der Kommunisten nur darin, die innere Struktur der

bürgerlichen Gesellschaft und deren wesentlichen Tendenzen zu analysieren. Von dieser Position aus seien „alle revolutionären Anstrengungen, alle Organisationsversuche und alle Streitigkeiten um die richtige Strategie“ in der künftigen Revolution „überflüssig“ und „zum Scheitern verurteilt“ (Sieferle 1979, S. 98).

Für revolutionäre Kommunisten hängt die politische Priorität einer Gruppe in den Volksmassen allein von ihrer kämpferischen Haltung im Widerstand gegen die Unterdrückung und Ausbeutung ab (Weitling 1971, S. 127ff.). Daher sind deklassierte Besitz- und Arbeitslose, die sich mit dem fortschreitenden Kapitalismus vermehren und für das Bürgertum zu einer drohenden Gefahr werden, zu revolutionären Kräften des Volkes zu zählen; denn sie sind nämlich „brod- und arbeitslose Arbeiter“ (RdA 1854, S. 132). Weitling versuchte in diesem Sinne die Delinquenz der Unterschichten, die in damaliger Zeit ein massenhaftes Verhalten des Proletariats darstellte, als revolutionäre und berechtigte Aktion zu legitimieren, um dadurch städtische Besitz- und Arbeitslose für die Revolution zu gewinnen (Meyer 1989, S. 178f.).

Dagegen verschmähte Marx politisch aktive Teile des Volkes, nämlich deklassierte Besitz- und Arbeitslose, und versah sie mit dem Etikett „Lumpenproletariat“. Während er das in der damaligen Zeit praktisch fast kaum existierende Industrieproletariat als „wirklich revolutionär“ vorgab, disqualifizierte er „mit ‚biedermännischer‘ Süffisance die Unglücklichsten der Unglücklichen“ (RdA 1854, S. 138) und gleichzeitig für die Bourgeoisie tatsächlich gefährliche Unterschichten als „Lumpenproletariat“ und „reaktionär“ (MEW 4, S. 472).

Revolutionäre Kommunisten haben keine nationalen Forderungen, sondern sie zielen in erster Linie zugunsten der arbeitenden Klassen und Besitzlosen auf eine Veränderung der politischen und sozialen Grundlagen und Einrichtungen der Gesellschaft. Ihnen fehlt das „nationale Moment ganz“. Sie sind entschieden gegen die „nationalen Fehden“ und warnen die Arbeiter daher vor nationalen Kriegen. Nach Weitling hegen herrschende Klassen alle „Vorurteile und Leidenschaften“ gegen Arbeiter und Besitzlose, um sie „im Namen der Vaterlandsliebe und der Nationalität zu einer willenlosen Maschine zu formen“. Die „Beute des Sieges“ bei diesen Kriegen, stellt er fest, teilen sich die „Mächtigen“, die Kriegskosten jedoch sind für das arbeitende Volk. So fordert Weitling das arbeitende Volk auf, die Waffen gegen ihre eigenen Unterdrücker zu richten (Weitling 1842, S. 77f.).

Dagegen sind Marx/Engels, mit Michail Bakunin gesprochen, „ausgezeichnete deutsche Patrioten“ (Bakunin 1921, S. 69). Sie fordern entsprechend den politischen Hauptzielen der Bourgeoisie einen „hypergroßdeutschen Wirtschaftsraum“. Da der „Einheit“ Deutschlands nach Marx/Engels nur der Krieg gegen Russland helfen könnte, setzen sie sich für einen

Nationalkrieg gegen Russland ein. In der Revolution von 1848/1849 verdammen sie in ihren Artikeln in der *NRhZ* die russischen und slawischen Völker. Für Engels ist „der Russenhass die erste revolutionäre Leidenschaft“ der Deutschen, und dass die deutsche Bourgeoisie nur durch den „Terrorismus“ gegen die slawischen Völker sich sicherstellen könnte. Sie fordern die Bourgeoisie auf, einen „Vernichtungskampf“ gegen Russland und slawische Völker zu führen (MEW 6, S. 286).

Revolutionäre Kommunisten stellen sich entschieden auf die Seite der schwarzen Menschen und kämpfen gegen die Sklaverei. Weitling gibt in seiner Zeitschrift, in der *Republik der Arbeiter*, in den USA zahlreiche Stellungnahmen gegen die Sklaverei ab und veröffentlicht diverse Appelle zugunsten der „farbigen Bevölkerung“, ob sie Sklaven sind oder nicht. Seine Appelle richten sich gegen die Diskriminierung und Ausbeutung der Schwarzen und „farbigen Bevölkerung“. Er verurteilt die amerikanische Freiheit, in der die Schwarzen versklavt werden. „Zum Teufel mit solch einer Freiheit und solch einer Republik“, schreibt er in der *Republik der Arbeiter* und hält die Sklaverei für die „Erbschande der Menschheit“ (RdA 1852, S. 148f.).

Dagegen verteidigt Marx auf der Seite der plündernden und kolonialistischen Bourgeoisie stehend „die gute Seite“ der „direkten Sklaverei“. Marx/Engels unterstützen die kolonialistische Ausplünderung der Welt durch die europäische Bourgeoisie und rechtfertigen sie die „direkte Sklaverei“ durch ihre Erfindung des „wissenschaftlichen“ Kommunismus als eine „ökonomische Notwendigkeit“. Auf der Seite der Bourgeoisie stehend rechtfertigt Marx z.B. die direkte Sklaverei der Schwarzen als „eine ökonomische Kategorie von höchster Bedeutung“ (MEW 27, S. 458). Marx/Engels freuen sich über die kolonialistischen Erfolge der Bourgeoisie und deren „gewaltige Fortschritte“. Sie freuen sich, dass die Bourgeoisie in Europa und Amerika sehr erfolgreich ist und dass die bürgerliche „Zivilisation“ sogar selbst in den „barbarischsten Ländern“ Asiens „glorreiche Fortschritte“ macht (MEW 4, S. 501f.).

Revolutionäre Kommunisten wenden sich „an das weibliche Geschlecht“. Im Jahr 1841 schreiben sie in ihrem Programmartikel, dass die Frauen „doch die große Mehrzahl“ der Gesellschaft bildet und ihre Lage „öfters noch schlimmer“ als die Lage der Arbeiter ist. Revolutionäre Kommunisten kämpfen mit Frauen zusammen. 1848 waren beispielsweise Frauen Mitglieder des Kölner Arbeitervereins, während die Aufnahme der Frauen in die Kölner Demokratische Gesellschaft, deren Präsidenten Marx und Schneider II führten, verboten war.

Auch die Rolle der Jugend in der Arbeiterbewegung halten revolutionäre Kommunisten für sehr wichtig (Hülferuf 1841, S. 3ff.). Da die Revolutionen „immer auch Jugendrevolten“ sind (Hachtmann 2013, S. 21), nennt Weitling die Namen der Zeitschriften, die er Anfang 1840er

Jahre in der Schweiz herausgibt, *Der Hülfesruf der deutschen Jugend* und *Die Junge Generation*. In den Londoner Debatten von 1845 hebt er gegen Schapper die Bedeutung der Jugend in der Revolution hervor und verteidigt die jugendliche „Unvernunft“ gegen vermeintliche Lebenserfahrung, die in der Revolution zum Ballast werden können. Für Weitling schreitet die Jugend mit ihrer „Unvernunft“ oft viel vernünftiger zur Tat als die Alten mit ihrem Wissen; weil bei der Jugend „flammen Gefühle deutlicher, richtiger als der Verstand sie aus allen Erfahrungen und Büchern zusammenstoppelt“. „Gar oft schon“, stellt er fest, „blamierte eine kühne Tat der Jugend tausend verehrte Phrasen des allzu bedächtigen Alters“ (BdK 1, S. 228).

Außer verächtlichen und sexistischen Sprüchen über Frauen in ihren Briefwechseln schreiben Marx/Engels in ihren Arbeiten über Frauen kein Wort. Auch über die Rolle der Jugend in der Revolution ist bei Marx/Engels nichts zu finden.

Revolutionäre Kommunisten lehnen einen „sinnlosen Atheismus“ als ein „einseitiges Prinzip“ ab. Ihr Ziel ist es definitiv nicht, die Religion zu bekämpfen, sondern die Macht der Religion für den Kommunismus zu nutzen. Aus diesem Grund nimmt Weitling, anders als Marx und bürgerliche Aufklärer, keine Protestposition der Religion gegenüber. „Aufdringen“ soll man keinen Glauben, schreibt er, „freilassen“ ist das Beste. Denn es wird nach Weitling zu allen Zeiten Leute geben, „die sich über Religion und Moral gern hören lassen“. Der „Probstein muß aber immer sein: ist es auch für alle gut?“ (ebd., S. 233f.). Weitling schält aus dem historischen Jesus einen politischen „Revolutionär“ heraus (Schieder 1963, S. 279) und macht die Lehre des Christentums zum Mittel, um „die Augen“ der Arbeiter und Besitzlosen zu öffnen (Weitling 1977, S. 41), weil diese damals zu Hause als Buch nur die Bibel hatten.

Marx/Engels teilen die philosophische Religionskritik der Bourgeoisie. Für sie sei die Religion lediglich die Herrschaftsideologie der feudalen Klasse; sie sei in diesem Sinne reaktionär. Für Marx/Engels sei die Religion zu einem Anachronismus geworden, entspreche der geschichtlichen Realität nicht und müsse durch die Philosophie aufgehoben werden. Ein Zeitraum ohne Religion stehe unweigerlich bevor (Marx/Engels 1951, S. 41).

Wie in der vorliegenden Dissertation ausführlich dargelegt wurde, bezweckten Marx/Engels in ihren Schriften, die sie in den 40er und 50er Jahren schrieben, den Einfluss der verschiedenen Gestaltungen des kommunistischen Prinzips von Babeuf, bis Blanqui, Weitling, Gottschalk, Hess und Willich, auf die sich konstituierende deutsche Arbeiterbewegung stützten, zurückzudrängen und zu bekämpfen. So bezichtigten sie Weitling, Gottschalk und Willich als „Propheten“, „Verrückte“, „Utopisten“ und „Putschisten“. Damit zielten sie vor allem auf den von diesen Personen vertretenen revolutionären Kommunismus, da im Gegensatz zu ihnen alle

diese Repräsentanten des revolutionären Kommunismus Adel- und vor allem Geldaristokratie bekämpften.

Der deutschen Arbeiterführung gegenüber vertreten Marx/Engels keine „wissenschaftliche Einsicht“, sondern sie beabsichtigten von Anfang an eine „Prinzipien-Änderung“ des Kommunismus (MEGA<sup>2</sup> III/<sup>2</sup>, S. 236). Sie führten gegen die Thesen des revolutionären Kommunismus, der die Neugestaltung und Umwandlung der vorhandenen gesellschaftlichen Verhältnisse bezweckte, ihre „gezwungene[n] Antithesen“ (RdA 1854, S. 108) unter dem pseudowissenschaftlichen Gewand ins Feld, um die Unterstützung der Bourgeoisie zu rechtfertigen und die bürgerliche Herrschaft zu legitimieren.

Auch die über 175-jährigen Erfahrungen haben mehrmals gezeigt, dass die Behauptung von Marx/Engels, das Proletariat werde mit Notwendigkeit ein revolutionäres Bewusstsein entwickeln, „keine wissenschaftliche Prognose, sondern eine völlig unbegründete Prophezeiung“ ist. Dieses Urteil kann ebenfalls auf die historische Sendung des Proletariats, auf die Deutung der Revolution als Folge des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen usw. zutreffen (Kolakowski 1977, S. 422), denn die bisherigen Erfahrungen haben mehr als deutlich gezeigt, dass die Analyse der Krise der bürgerlichen Gesellschaft nicht den arbeitenden Klassen und Besitzlosen, sondern vielmehr den Kapitalisten geholfen hat, um aus ihren Krisen herauszukommen.

Nach Marx/Engels' Sozialismustheorie würde sich der Sozialismus erst nach dem Kapitalismus realisieren und damit zur Realität der arbeitenden Klassen werden. Doch das ist im vergangenen 20. Jahrhundert nicht der Fall gewesen, und der Sozialismus musste stattdessen mit einem starken kapitalistischen Block zusammenleben, wie Weitling 1854 voraussah.

Bekanntlich behaupten Marx/Engels eine Weltrevolution. Demnach müsse der Klassenantagonismus in den industriell entwickelten Ländern aufgrund der Produktionsverhältnisse sich mit historischer Notwendigkeit verschärfen und in eine revolutionäre Situation übergehen (MEW 4, S. 468ff.). Es hat bisher jedoch nie solche Revolution gegeben und es wird auch nie eine solche Revolution geben. Im Gegensatz zu ihren bloßen Behauptungen fanden die Revolutionen im 20. Jahrhundert nicht in den industriell fortgeschrittenen, sondern in den halbfeudalen Ländern statt.

Die bourgeoisiefreundliche Revolutionstheorie von Marx/Engels hat für arbeitende Klassen und Besitzlosen ganz und gar nicht zu sagen. Dagegen kann die Lehre des revolutionären Kommunismus Lösungen für die gegenwärtigen theoretischen Probleme der sozialistischen Bewegung bieten. Deswegen sollte die soziale und politische Theorie des revolutionären

Kommunismus, zu deren Unterdrückung und Verdrängung Marx/Engels mit ihrem bourgeoisiefreundlichen Sozialismus einen Beitrag geleistet hatten, ans Tageslicht kommen. Die in dieser Dissertation durchgeführten historischen Ausgrabungsarbeiten sollten daher als eine Abhandlung über die an den Rand gedrängte und unterdrückte Theorie des revolutionären Kommunismus und dagegen eine Kritik an der bourgeoisiefreundlichen Revolutionstheorie von Marx/Engels verstanden werden. Anregend und vorbereitend in solcher Richtung zu wirken und dazu einen Beitrag zu leisten, war das Anliegen der vorliegenden Dissertation.



## Abkürzungsverzeichnis

- BdK:** Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), 1970-1984, Drei Bände. Berlin
- FA:** Freiheit Arbeit, Zeitung des Arbeitervereins zu Köln ,1849, Köln
- FBA:** Freiheit Brüderlichkeit Arbeit, Zeitung des Arbeitervereins 1849, Köln
- MEGA:** Marx-Engels-Gesamtausgabe, 1975ff. Berlin
- MEW:** Marx, Karl/Engels, Friedrich, Werke,1956ff., Berlin
- NRhZ:** Neue Rheinische Zeitung, Organ der Demokratie, 1848/1849, Red. Karl Marx, Köln
- NRhZ-Revue:** Neue Rheinische Zeitung. Politisch-ökonomische Revue, 1850, Redakteur Karl Marx, Hamburg
- RdA:** Die Republik der Arbeiter, 1850–1855, Redakteur Wilhelm Weitling, New York
- RhBA:** Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830–1850, Hrsg. von Joseph Hansen
- WaR:** Wächter am Rhein, Organ der Kölner Demokratischen Gesellschaft
- ZAV:** Die Zeitung des Arbeiter-Vereins zu Köln, 1848, Redakteur Andreas Gottschalk, Köln

## Quellen- und Literaturverzeichnis

### Quellen

#### Amtliche und halbamtliche Berichte

Anzeiger für die politische Polizei Deutschlands auf die Zeit vom 1. Januar 1848 bis zur Gegenwart (1855): Ein Handbuch für jeden deutschen Polizeibeamten von [Mülle]r [Dresden und Bang, Nürnberg], Dresden.

Bauer, Edgar (1989): Konfidentenberichte über die europäische Emigration in London 1852–1861, Karl-Marx-Haus, Trier.

Bluntschli, [Johann Caspar] (1843): Die Kommunisten in der Schweiz nach den bei Weitling vorgefundenen Papieren. Wörtlicher Abdruck des Kommissionalberichtes an die Hohe Regierung des Standes Zürich. Orell, Fübli und Co, Zürich.

Gamby, Erik (1985): Edgar Bauer. Junghegelianer, Publizist und Polizeiagent; mit Bibliografie der E.-Bauer-Texte und Dokumentenanhang, Karl-Marx-Haus, Trier.

Schneider, Jakob (1904): Eine Denkschrift über das Treiben der deutschen Flüchtlinge in der Schweiz, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde*, Bd. 3, Zürich, S. 1–36.

Wermuth, [Karl Georg Ludwig] /Stieber, [Wilhelm] (1853): Die Communisten-Verschwörungen des 19. Jahrhunderts. Im Amtlichen Auftrage zur Benutzung der Polizeibehörden der sämtlichen deutschen Bundesstaaten auf Grund der betreffenden gerichtlichen und polizeilichen Akten dargestellt, Bd. 1, Berlin (Nachdruck: 1969 Hildesheim).

Wermuth, [Karl Georg Ludwig] /Stieber, [Wilhelm] (1854): Die Communisten-Verschwörungen des 19. Jahrhunderts. Im Amtlichen Auftrag zur Benutzung der Polizeibehörden der sämtlichen deutschen Bundesstaaten auf Grund der betreffenden gerichtlichen und polizeilichen Akten dargestellt, Bd. 2, Berlin (Nachdruck: 1969 Hildesheim).

#### Einzeldokumente und Dokumentensammlungen

Andréas, Bert/ Mönke, Wolfgang [Hrsg.] (1968): Neue Daten zur „Deutschen Ideologie“. Mit einem unbekanntem Brief von Karl Marx und anderen Dokumenten, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 8, S. 5–159.

- Andréas, Bert [Hrsg.] (1969): Gründungsdokumente des Bundes der Kommunisten (Juni bis September 1847), [Veröffentlichungen der Staats- und Universitätsbibliothek] Hamburg.
- Andréas, Bert/Grandjonc, Jacques/ Pelger, Hans (1981): Die Deutsche-Brüsseler-Zeitung, in: *Deutsche-Brüsseler-Zeitung*. 1. Januar 1847–27. Februar 1848, Bruxelles.
- Anneke, Mathilde Franziska (1848): Der politische Tendenz-Prozess gegen Gottschalk, Anneke und Esser Verhandelt von dem Assisen-Hofe zu Köln am 21., 22., und 23. Dezember 1848. Herausgegeben nach den Akten, nach Mittheilungen der Angeklagten und nach stenographischer Aufzeichnung der mündlichen Verhandlungen, Verlag der Expedition der Neuen Kölnischen Zeitung, Köln.
- Balsler, Frolinde (1962): Sozialdemokratie 1848/1849. Die Erste Deutsche Arbeiterorganisation „Allgemeine Arbeiterverbrüderung“. Quellen. Zwei Bände, Klett, Stuttgart.
- BdK 1 (1970): Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien, Band 1 (1836–1849), hrsg. von Herwig Förder, Martin Hundt, Jefim Kandel, Sofia Lewiowa, Dietz, Berlin.
- BdK 2 (1982): Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien, Bd. 2. (1849–1851), hrsg. von Herwig Förder, Martin Hundt, Jefim Kandel, Sofia Lewiowa, Dietz, Berlin.
- BdK 3 (1984): Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien, Bd. 3. (1851–1852), hrsg. von Herwig Förder, Martin Hundt, Jefim Kandel, Sofia Lewiowa, Dietz, Berlin.
- Bittel, Karl (1955): Der Kommunistenprozess zu Köln 1852 im Spiegel der zeitgenössischen Presse, hrsg. und eingel. von Karl Bittel, Rütten&Löning, Berlin.
- Dokumente des Sozialismus. Hefte für Geschichte, Urkunden und Bibliografie des Sozialismus, hrsg. von Eduard Bernstein (1901–1905), Bd. I–V, Berlin.
- Dokumente zur Geschichte des Jahres 1848, Deutsche republikanische Aufrufe vom März 1848, in: *Bulletin of the International Institute of Social History* (1937–1955), Vol. 1, No. 1 (April 1937), S. 36–40; <https://www.cambridge.org/core/journals/bulletin-of-the-international-institute-of-social-history/article/dokumente-zur-geschichte-des-jahres-1848/A8D25D1F97982ACB3B421479468E71CC> (letzter Zugriff am 22.01.23).
- Dokumente zur Geschichte des Jahres 1848, Augenzeugenberichte über die Kölner Märzereignisse des Jahres 1848, in: *Bulletin of the International Institute of Social History* (1937–1955), Vol. 1, No. 1 (April 1937), S. 40–47;

[https://www.jstor.org/stable/pdf/44627250.pdf?refreqid=excelsior%3A953e6800572c5ee67d6e3e2fe280d0c2&ab\\_segments=&origin=](https://www.jstor.org/stable/pdf/44627250.pdf?refreqid=excelsior%3A953e6800572c5ee67d6e3e2fe280d0c2&ab_segments=&origin=) (letzter Zugriff am 02.02.2023).

Barthélemy, Emmanuel (2016): The Insurrection of June in the Temple Neighborhood, from *Les Veillées du Peuple*, issue 2, Marc 1850, in: CrimethInc Historical Research Society (2016), S. 12-16: [Emmanuel Barthélemy: Proletarian Fighter, Blanquist Conspirator, Survivor of the Galleys, Veteran of the Uprisings of 1848, Fugitive, Duelist, Ruffian, &—Very Nearly—Assassin of Karl Marx](#) (letzter Zugriff am 20.01.2023).

[Gottschalk, Andreas] (1848): Der sogenannte Aufruhr am 3. März 1848 zu Cöln, Authentische Darstellung, Brocker-Everaerts, Köln.

Grünberg, Carl (1921): Die Londoner Kommunistische Zeitschrift und andere Urkunden aus den Jahren 1847/48, in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, Bd. 9, Verlag Hirschfeld, Leipzig, S. 249–341.

Grünberg, Carl (1925a): Marx als Abiturient. Urkundliche Mitteilungen, in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, Bd. 11, Verlag Hirschfeld, Leipzig, S. 424–444.

Grünberg, Carl (1925b): Bruno Hildebrand über den kommunistischen Arbeiterbildungsverein in London, in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, Bd. 11, Verlag Hirschfeld, Leipzig, S. 445–459.

Grünberg, Carl (1926): Urkundliches aus den Universitätsjahren von Karl Marx, in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, Bd. 12, Verlag Hirschfeld, Leipzig, S. 232–239.

Hanisch, Ernst (1976): Karl Marx und die Berichte der österreichischen Geheimpolizei, Karl-Marx-Haus, Trier.

Herres, Jürgen (1998d): Köln 1848–1850 in Augenzeugenberichten. Die Korrespondenz des Lehrers Alexander Günther in der *Hamburger Modezeitung Jahreszeiten*, eingeleitet und bearbeitet von Jürgen Herres, in: *Geschichte in Köln*, Nr. 44, S. 71–137: [http://www.juergen-herres.de/jh-rhein/Koeln1848\\_quel.html](http://www.juergen-herres.de/jh-rhein/Koeln1848_quel.html) (letzter Zugriff 20.01.2023).

Hirsch, Wilhelm (1853): Die Opfer der Moucharderie, in: *New-Yorker Criminal-Zeitung und Belletristisches Journal*, Nr. 3, 4, 5 und 6 vom 1., 8., 15. und 22. April 1853.

- Huber, Ernst Rudolf (1975): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 2, Der Kampf um Einheit und Freiheit 1830 bis 1850.
- Nettlau, Marx (1919): Marxanalekten, in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, Bd. 8, Verlag Hirschfeld, Leipzig, S. 389–401.
- Nettlau, Max (1922): Londoner deutsche kommunistische Diskussionen von 1845, nach dem Protokollbuch des C[ommunistischen] A[rbeiter] B[ildungs] V[ereins], in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, Bd. 10, Verlag Hirschfeld, Leipzig, S. 362–391.
- RhBA I/1 (1919): Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung, Band I/1, 1830–1845, gesch. und hrsg. von Joseph Hansen, Essen.
- RhBA II/1 (1942): Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung, Bd. II/1, Januar 1846–April 1848, gesch. und hrsg. von Joseph Hansen, Bonn.
- RhBA II/2 (1976): Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung, Bd. II/2, April 1848–Dezember 1848, gesch. und hrsg. von Joseph Hansen, Köln/Bonn.
- Willich, August (1853): Doctor Karl Marx und seine Enthüllungen, in: *Belleristisches Journal und New Yorker Criminal Zeitung*, Nummer 33, 28. Oktober 1853.

### **Briefe, Erinnerungen und Reden**

- Anneke, Mathilde Franziska (2004): *Annekes Briefe an Friedrich Hammacher (1846–1849)*, Argument-Verlag, Berlin.
- Annenkow, Pawel W. (1971): Eine russische Stimme über Karl Marx, in: *Die neue Zeit. Revue des geistigen und öffentlichen Lebens*. Verlag Detlev Auvermann, Stuttgart, Heft 5, S. 236–241.
- Born, Stephan (1898): *Erinnerungen eines Achtundvierzigers*, Verlag von Heinrich Meyer Leipzig.
- Gottschalk, Andreas (1849): *Meine Rede vor dem Geschworenengerichte zu Köln am 23. Dezember 1848*, Verlag Sulzbach, Bonn.
- Gottschalk, Andreas (1898): Auszug aus einer am 20. März 1849 von Dr. Gottschalks in Köln gehaltenen Rede, in: Herwegh, Marcel (1898): *Briefe von und an Georg Herwegh*. Albert Langen's Verlag, München, S. 317–320.
- Heinzen, Karl (1874): *Erlebtes*, Bd. 2, Selbstverlag des Verfassers, Boston.

- Herwegh, Marcel (1898): Briefe von und an Georg Herwegh 1848. Albert Langen's Verlag, München.
- Herzen, Alexander (1962): Mein Leben. Memoiren und Reflexionen, hrsg. von Eberhard Reißner, Bd. 3, Aufbau-Verlag, Berlin.
- Hess, Moses (1959): Briefwechsel, hrsg. von Edmund Silberner unter Mitwirkung von Werner Blumenberg, Mouton & Co., Gravenhage.
- Jansen, Christian [Hrsg.] (2004): Nach der Revolution 1848/1849: Verfolgung, Realpolitik, Nationsbildung: politische Briefe deutscher Liberaler und Demokraten 1848–1861, Droste, Düsseldorf.
- Koszyk, Kurt/ Obermann, Karl [Hrsg.] (1975): Zeitgenossen von Marx und Engels: ausgewählte Briefe aus den Jahren 1844 bis 1852, Verlag van Gorcum, Assen.
- Lessner, Friedrich (1975): Ich brachte das „Kommunistische Manifest“ zum Drucker, Dietz, Berlin.
- Liebknecht, Wilhelm (1896): Karl Marx zum Gedächtnis. Ein Lebensabriss und Erinnerungen, Würlein, Nürnberg.
- Liebknecht, Wilhelm (1976): Erinnerungen eines Soldaten der Revolution. Zusammengestellt und eingeleitet von Heinrich Gemkow und Günter Lerch, Dietz, Berlin.
- Liebknecht, Wilhelm (1963): Wilhelm Liebknecht Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels, hrsg. und bearbeitet von Georg Eckert, Mouton & Co, The Hague.
- MEW (1956–1990): Marx, Karl/Engels, Friedrich, Werke (Briefwechsel), hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 27–40, Berlin.
- Meysenbug, Malwida (1875): Memoiren einer Idealistin, 2. Band, Schuster, Berlin.
- Rokitjanski, Jakow/Worobjowa, Olga (1980): Begegnungen Wilhelm Weitlings mit Karl Marx im Herbst 1849. Unveröffentlichte Erinnerungen Weitlings, in: *Marx-Engels-Jahrbuch*, Bd. 3, S. 307–317.
- Weber, Rolf [Hrsg.] (1973): Revolutionsbriefe 1848/1849, Verlag Philipp Reclam, Leipzig.
- Vogt, C. Karl (1859): Mein Prozess gegen die Allgemeine Zeitung. Stenographischer Bericht, Dokumente, und Erläuterungen, Genf.

### **Zeitgenössische Zeitungen und Zeitschriften**

*Die Augsburger Allgemeine Zeitung* (1807–1865), hrsg. G. Kolb/J.A. Altenhöfer, [https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10504373\\_01405\\_u001/1](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10504373_01405_u001/1) (letzter Zugriff am 30.01.2023).

*Belletristisches Journal und New-Yorker Criminal-Zeitung*, New York: <https://web.a.ebscohost.com/ehost/archiveviewer/archive?vid=49&sid=af691e64-8a9f-444d-b765-0d27fdbc2429%40sessionmgr4008&bdata=Jmxhbmc9ZGUmc2l0ZT1laG9zdC1saXZl#kw=true&acc=false&lpId=div130&ppId=divp7&twPV=&xOff=528&yOff=276&zm=6&fs=&rot=0&docMapOpen=true&pageMapOpen=true&AN=65323522&db=h9k> (letzter Zugriff am 22.01.2023).

*Die Deutsche Brüsseler Zeitung* (1847-1848), hrsg. von Adalbert von Bornstedt, Brüssel, Deutsche-Brüsseler-Zeitung. 1. Januar 1847 – 27. Februar 1848. Faksimile mit Einführung und Anmerkungen von Bert Andréas; Jacques Grandjone; Hans Pelger. Edition Culture et Civilisation, Bruxelles o. J. [1981].

*Die Deutsche Zeitung Frankfurt* (1848), hrsg. von Rudolf Rohbauer, Frankfurt am Main. [https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10505475\\_00053\\_u001/1](https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10505475_00053_u001/1) (letzter Zugriff am 22.01.2023).

*Freiheit Arbeit* (1849): *Organ des Kölner Arbeitervereins*, red. von W. Prinz, 14. Januar–24. Juni 1849, Nr. 1–33, Köln. Nachgedruckt (1972), Bläschke&Ducke GmbH, Darmstadt.

*Freiheit Brüderlichkeit Arbeit* (1848): *Organ des Kölner Arbeitervereins*, red. W. Prinz und verl. P. G. Roeser, 26. Oktober– 31. Dezember 1848, Nr.1-20, Köln, Nachgedruckt (1979), Detlev Auvermann.

*Freiheit Brüderlichkeit Arbeit* (1849): *Organ des Kölner Arbeitervereins*, red. von Chr. Josef Esser, 8. Februar 1849 – 24. Juni 1849, Nr. 1–32, Köln. Nachgedruckt (1979), Detlev Auvermann.

*Der Gesellschaftsspiegel* (1845–1846): *Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart*, hrsg. von Moses Hess, Elberfeld.

*Der Hülfesruf der deutschen Jugend* (1841), hrsg. und red. von einigen deutschen Arbeitern [Wilhelm Weitling], [u.a.] Bern.

- Die Junge Generation* (1842–1843), hrsg. und red. von einigen deutschen Arbeitern [Wilhelm Weitling], Genf.
- Die Kölnische Zeitung* (1802/1945): *Wirtschafts- und Handelsblatt*, hrsg. Joseph DuMont, Köln: <https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/periodical/titleinfo/9715712> (letzter Zugriff am 02.02.2023).
- Locomotive Zeitung für politische Bildung des Volkes* (1848): Berlin, hrsg. von Held, Friedrich Wilhelm: <http://opacplus.bsb-muenchen.de/title/10008125/ft/bsb10612758?page=281> (letzter Zugriff am 02.02.2023).
- Die Neue Kölnische Zeitung für Bürger, Bauern und Soldaten* (1848–1849), hrsg. von Mathilde Anneke, Köln.
- Die Neue Rheinische Zeitung. Organ der Demokratie* (1848–1849), hrsg. und verantwortliche Red. Karl Marx, Köln: <https://www.deutschestextarchiv.de/nrhz/> (letzter Zugriff am 02.02.2023).
- Die Neue Rheinische Zeitung -politisch ökonomische Revue* (1850), hrsg. und verantwortliche Red. Karl Marx, London, Hamburg, New York.
- Die New Moral World* (1834–1845), red. von Robert Owen, London: [https://ncse.ac.uk/periodicals/search/?q=New+Moral+World+&mode=or&start\\_year=1806&end\\_year=1890&order\\_by=issue\\_date#jumptoresults](https://ncse.ac.uk/periodicals/search/?q=New+Moral+World+&mode=or&start_year=1806&end_year=1890&order_by=issue_date#jumptoresults) (letzter Zugriff am 02.02.2023).
- Der Northern Star* (1837–1852), red. von Feargus O'Connor, London: <https://ncse.ac.uk/periodicals/ns/> (letzter Zugriff am 02.02.2023).
- Das Probeblatt Kommunistische Zeitschrift* (1847), red. von Karl Schapper, London, Nr. 1[September 1847], S. 1–15; [Neudruck u.a. in] *BdK*, Bd. 1, S. 501–524.
- Die Republik der Arbeiter* (1850–1855): *Centralblatt der Propaganda für die Verbrüderung der Arbeiter*, hrsg. und red. von Wilhelm Weitling. Nachgedruckt mit einer Einleitung von G. Mario Bravo (1979), Topos Verlag, Vaduz/Liechtenstein.
- Rheinische Jahrbücher zur gesellschaftlichen Reform* (1845–1846), hrsg. von Hermann Püttmann, Leske, Darmstadt.
- Die Rheinische Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe* (1841–1843), red. von Karl Marx, Köln.



*Der Telegraph für Deutschland* (1843–1848), hrsg. von Julius Campe, red. von Karl Gutzkow, Hamburg: <https://digitale-sammlungen.llb-detmold.de/periodical/pageview/6964713> (letzter Zugriff am 02.02.2023).

*Der Urwähler* (1848): *Organ des Befreiungsbundes*. Eine Wochenschrift, hrsg. und red. von Wilhelm Weitling. Mit einer Einleitung zum Nachdruck von Theodor, E. Mohl (1972), Verlag Detlev Auvermann, Oldenburg.

*Das Volk* (1848): *Organ des Central-Komitees für Arbeiter*, hrsg. von Stephan Born, Berlin: <https://babel.hathitrust.org/cgi/pt?id=mdp.39015034614464&view=1up&seq=15> (letzter Zugriff am 02.02.2023).

Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus (1967): Zeitschriften aus der Frühzeit der deutschen Arbeiterbewegung (1834–1847), bearb. und eingel. von Werner Kowalski, Akademie-Verlag, Berlin.

*Der Wächter am Rhein* (1848-1849): *Ein Blatt zur Besprechung der öffentlichen Angelegenheiten*, red. von Carl Cramer, Köln: <http://digital.ub.uni-duesseldorf.de/ihd/periodical/titleinfo/3603012> (letzter Zugriff am 02.02.2023).

*Die Zeitung des Arbeitervereins zu Coeln* (1848), [hrsg. von Andreas Gottschalk], Brocker-Everaerts, Köln: <https://www.digitale-sammlungen.de/de/view/bsb10688252?page=5> (letzter Zugriff am 02.02.2023).

### **Zeitgenössische Literatur**

Becker, August (1843): Was wollen die Kommunisten? Eine Rede, im Auszug vorgetragen, vor einer am 4ten August 1844 im Lokal des s.g. Kommunisten-Vereins zu Lausanne, von Mitgliedern verschiedener Arbeiter-Vereine abgehaltenen Versammlung, gedruckt von S. Irmel, Langenthal/Bern.

Becker, August (1932): Geschichte des religiösen und atheistischen Frühsozialismus. Erste Auflage 1847, Mühlau, Kiel.

Heinzen, Karl (1848): Die Helden des teutschen Kommunismus. Dem Herrn Karl Marx gewidmet. Druck und Verlag von Jenni Sohn, Bern.

[Herwegh, Emma] (1849): Zur Geschichte der deutschen demokratischen Legion aus Paris: von einer Hochverräterin, Verlag Levysohn, Grünberg: <https://opacplus.bsb-muenchen.de/title/BV020240787> (letzter Zugriff am 03.02.2023).

- Marx, Karl /Engels Friedrich (1951): Marx, Karl/Engels, Friedrich (1951): Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. Band 1. Dietz, Berlin.
- Marx, Karl /Engels Friedrich (2008): The Communist Manifesto, With an introduction by David Harvey, Pluto Press, London.
- Morell, Karl (1848): Der badische Aufstand in seinem innern Zusammenhange mit der Reformbewegung Deutschlands, Scheitlin und Zollikofer, St. Gallen.
- Seiler, Sebastian (1843): Der Schriftsteller Wilhelm Weitling und der Kommunistenlärrn in Zürich, Druck und Verlag von Jenni Sohn, Bern.
- Seiler, Sebastian (1850): Das Complot vom 13. Juni 1849, oder der letzte Sieg der Bourgeoisie in Frankreich: ein Beitrag zur Geschichte der Gegenwart, Hoffmann und Campe, Hamburg.
- [Stein, Lorenz] (1848): Die socialistischen und communistischen Bewegungen seit der dritten französischen Revolution: Anhang zu Steins Socialismus und Communismus des heutigen Frankreichs, Verlag Otto Wigand, Leipzig/Wien.
- Weitling, Wilhelm (1842): Garantien der Harmonie und Freiheit, Verlag L. Alex. Michod Vivis.
- Weitling, Wilhelm (1844): Kerkerpoesien. Bei Hoffmann und Campe, Hamburg.
- Weitling, Wilhelm (1845a): Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte, 1. Auflage 1838, Jenni Sohn, Bern.
- Weitling, Wilhelm (1845b): Das Evangelium eines armen Sünders, Jenni Sohn, Bern.
- Weitling, Wilhelm (1929): Gerechtigkeit. Ein Studium in 500 Tagen. Bilder der Wirklichkeit und Betrachtungen des Gefangenen. Erstausgabe von Ernst Barnikol, Mühlau, Kiel.
- Weitling, Wilhelm (1931): Klassifikation des Universums. Eine frühsozialistische Weltanschauung. Nebst Anhängen Weitlings Adressbuch und Hamburger Versammlungsreden 1848–49, hrsg. von Ernst Barnikol, Mühlau, Kiel.
- Weitling, Wilhelm (1955): Garantien der Harmonie und Freiheit. Mit einer Einleitung von Bernhard Kaufhold, Akademie-Verlag, Berlin.
- Weitling, Wilhelm (1971): Das Evangelium des armen Sünders und die Menschheit wie sie ist und wie sie sein sollte, mit einem Essay hrsg. von Wolf Schäfer, Rowohlt, Hamburg.

Weitling, Wilhelm (1977): *Gerechtigkeit. Ein Studium in 500 Tagen. Bilder der Wirklichkeit und Betrachtungen des Gefangenen*. Zweitausgabe von Ahlrich Meyer mit einem Nachwort, Kramer Verlag, Berlin.

Weitling, Wilhelm (1991): *Grundzüge einer allgemeinen Denk- und Sprachlehre*, hrsg. und eingeleitet von Lothar Knatz, Peter Lang, [u.a.] Frankfurt a. Main.

[Weller, Emil Ottokar] (1967): *Demokratisches Taschenbuch für 1848, Wegweiser zur sozialistischen Literatur (1847/1850)*, Zentralantiquariat der DDR, Leipzig.

Wolff, Adolf (1851): *Berliner Revolutions-Chronik. Darstellung der Berliner Bewegungen im Jahre 1848 nach politischen socialen und literarischen Beziehungen*. Band 1. Verlag Stempel, Berlin.

Wurzbach, Constant (1856): *Biographisches Lexikon des Kaisertums Österreich*, Universitäts-Buchdruckerei von L.C. Zamarski, Wien.

Zimmermann, Wilhelm (1851): *Die deutsche Revolution*, Kunstverlag, Karlsruhe.

### **Gesammelte Schriften**

*Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, hrsg. von Carl Grünberg (1911–1930), 30 Bände, Verlag von C. L. Hirschfeld, , Leipzig.

*Archiv für Sozialgeschichte*, hrsg. von der Friedrich Ebert Stiftung 1961–2007, 47 Bände: [http://library.fes.de/Archiv\\_für\\_Sozialgeschichte-online/inhalt/online.htm](http://library.fes.de/Archiv_für_Sozialgeschichte-online/inhalt/online.htm) (letzter Zugriff am 03.02.2023).

Bakunin, Michael (1921): *Gesammelte Werke*, Band I, Verlag der Syndikalist, Berlin.

Bakunin, Michael (1924): *Gesammelte Werke*, Band III, Verlag der Syndikalist, Berlin.

*Beiträge zur Marx-Engels-Forschung*, hrsg. von der Marx-Engels-Abteilung im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Heft 1–29, Berlin. *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung*. Neue Folge 2005, Berlin.

Hess, Moses (1921): *Sozialistische Aufsätze (1841–1847)*, hrsg. von Theodor Zlocisti, Welt Verlag, Berlin.

Hess, Moses (1961): *Philosophische und Sozialistische Schriften 1837–1850*. Eine Auswahl, hrsg. und eingel. von Auguste Cornu und Wolfgang Mönke, Akademie-Verlag, Berlin.

Hess, Moses (1962): *Ausgewählte Schriften*, ausgewählt und eingeleitet von Horst Lademacher, Joseph Melzer Verlag, Köln.

*Marx-Engels-Jahrbuch*, hrsg. von den Instituten für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU und der SED, Bd. 1–13, Berlin.

MEGA<sup>2</sup> (1975–1989): Marx, Karl/ Engels, Friedrich: Historisch-kritische Gesamtausgabe, Werke, Schriften, Briefe, hrsg. von Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam, Dietz, Berlin, 1992ff.

MEW (1956–1990): Marx, Karl/Engels, Friedrich: Marx-Engels-Werke, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 1–41, (43 Teile), Berlin.

Mönke, Wolfgang (1964): *Neue Quellen zur Hess-Forschung: mit Auszügen aus einem Tagebuch*, aus Manuskripten und Briefen aus der Korrespondenz mit Marx, Engels, Weitling, Erwerbeck u.a., Akademie-Verlag, Berlin.

### **Neuere Literatur**

Adler, Georg (1885): *Die Geschichte der ersten Sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland mit besonderer Rücksicht auf die einwirkenden Theorien. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der sozialen Frage*, Verlag von Eduard Trewendt, Breslau.

Andréas, Bert (1978): *Marx' Verhaftung und Ausweisung Brüssel Februar/März 1848*, Karl-Marx-Haus, Trier.

Asmus, Helmut (1977): *Die Rheinische Zeitung und der rheinpreußische Bourgeois-Liberalismus*, in: Bleiber, Helmut [Hrsg.] (1977): *Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland 1789–1871*, Akademie-Verlag, Berlin, S. 135–167.

Ball, Hugo (1919): *Zur Kritik der deutschen Intelligenz*, der Freie Verlag, Bern.

Barnikol, Ernst (1929): *Weitling der Gefangene und seine ‚Gerechtigkeit‘. Eine kritische Untersuchung über das Werk und Wesen des frühsozialistischen Messias*, Mühlau, Kiel.

Barnikol, Ernst [Hrsg.] (1931): *Einführung*, in: Weitling, Wilhelm (1931): *Klassifikation des Universums*, Mühlau, Kiel, S. 5–18.

Becker, Gerhard (1963): *Karl Marx und Friedrich Engels in Köln 1848/1849. Zur Geschichte des Kölner Arbeitervereins*, Rütten&Loening, Berlin.

Becker, Gerhard (1964): *Die propagandistische Tätigkeit der Kommunisten im Kölner Arbeiterverein 1848/1849*, in: Förder, Herwig [Hrsg.] (1964): *Aus der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Akademie-Verlag, Berlin, S. 201–233.

- Becker, Gerhard (1988): Stephan Born als Korrespondent der „Neuen Rheinischen Zeitung“, in: Hundt, Martin [Hrsg.] (1988): *Bund der Kommunisten 1836–1852*, Akademie-Verlag, Berlin, S. 209–227.
- Beer, Marx (1913): *Geschichte des Sozialismus in England*, Dietz, Stuttgart.
- Beloussowa, N. (1965): Joseph Moll, in: Kandel, E.P. [Red.] (1965): *Marx und Engels und die ersten proletarischen Revolutionäre*, Dietz, Berlin, S. 42–75.
- Benjamin, Walter (1980): *Gesammelte Schriften*, Band 1.2, Suhrkamp, Frankfurt a. Main.
- Berg, Hermann (1981): *Entstehung und Tätigkeit der Norddeutschen Arbeitervereinigung als Regionalorganisation der Deutschen Arbeiterverbrüderung nach der Niederschlagung der Revolution von 1848/1849*, (Hochschulschrift), Bonn.
- Berghausen, Gregor (1995): Das politische Engagement des Kölner Großbürgertums 1815 bis 1848 – ein Überblick, in: *Geschichte in Köln*, 1995, Vol. 38 (1), S. 31–52, Böhlau Verlag.
- Bergmann, Jürgen (1975): Diskussionsbeiträge, in: Büsch, Otto/ Herzfeld, Hans [Hrsg.] (1975): *Die frühsozialistischen Bünde in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Vom „Bund der Gerechten“ zum „Bund der Kommunisten“ 1836–1847. Ein Tagungsbericht*, Colloquium Verlag, Berlin, S. 36–38.
- Bergmann, Jürgen (1984): *Soziallage, Selbstverständnis und Aktionsformen der Arbeiter in der Revolution von 1848*, in: Volkmann, Heinrich/ Bergmann, Jürgen [Hrsg.] (1984): *Sozialer Protest: Studien zu traditionellem Widerstand und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung*, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 283–303.
- Bernstein, Eduard (1898): *Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft*, in: *Die Neue Zeit*, Jg. 16, Bd. 1, S. 484–497; 548–557.
- Bernstein, Eduard (1899): *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, Dietz, Stuttgart.
- Bernstein, Eduard (1922): *Der Sozialismus einst und jetzt. Streitfragen des Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart*, Dietz/Vorwärts, Stuttgart/Berlin.
- Best, Heinrich (1984): *Struktur und Wandel kollektiven politischen Handelns: Die handelspolitische Petitionsbewegung 1848/1849*, in: Volkmann, Heinrich/ Bergmann, Jürgen [Hrsg.] (1984): *Sozialer Protest: Studien zu traditionellem Widerstand und*

- kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 169–197.
- Bilz, Fritz (1995): Arbeit, Kampf und Tabakqualm. Der Kölner Zigarrenarbeiter Peter Gerhard Röser 1814–1865. Die Arbeiterbewegung in den Rheinlanden, Einhorn-Press, Köln.
- Birker, Karl (1973): Die deutschen Arbeiterbildungsvereine 1840–1870. Publikationen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Colloquium Verlag, Berlin.
- Bleiber, Helmut (1965): Zur Problematik des preußischen Weges des Kapitalismus in der Landwirtschaft, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Jg. 13, S. 57–73.
- Blumenberg, Werner (1964): Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten die Aussagen des Peter Gerhardt Röser, in: *International Review of Social History*, Nr. IX, pp. 81–122.
- Bock, Helmut (1988): Rheinpreußische Arbeiterunruhen. Von den Anfängen der Bewusstwerdung des Widerspruchs zwischen Bourgeoisie und arbeitenden Klassen, in: Hundt, Martin [Hrsg.] (1988): *Bund der Kommunisten 1836–1852*, Akademie-Verlag, Berlin, S. 120–134.
- Bourgin, Georges (1930): Blanquis Anweisungen für den Straßenkampf, in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, Bd. 15, Verlag Hirschfeld, Leipzig, S. 270–300.
- Brandenburg, Alexander (1977): Theoriebildungsprozesse in der deutschen Arbeiterbewegung 1835–1850, Soak-Verlag, Hannover.
- Brandenburg, Alexander (1995): Arbeiterkommunismus und Marxismus. Martin Hundt's „Geschichte des Bundes der Kommunisten 1836 bis 1852“, in: *Internationale Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 2/95, S. 215–221.
- Bravo, G. Mario (1971): Das Revolutionsbild der Sozialisten vor Marx, in: Kossok, Manfred [Hrsg.] (1971): *Studien über die Revolution*, Akademie-Verlag, Berlin, S. 245–269.
- Bravo, G. Mario (1979): Einleitung; Republik der Arbeiter; Weitling, Wilhelm (1979), New York, Liechtenstein, S. I–XXXV.
- Bravo, G. Mario (1981) August Becker am Vorabend der Revolution (August 1846 bis Ende 1847), in: *International Review of Social History*, Vol. 26 (3), S. 302–324.

- Breuilly, John/ Sachse, Wieland (1984): Joachim Friedrich Martens (1806–1877) und die deutsche Arbeiterbewegung, Diss., Schwartz, Göttingen.
- Breuilly, John (1989): Ökonomischer Ausbeutung und sozialer Protest, in: Knatz, Lothar/ Marsiske, Hans-Arthur [Hrsg.] (1989): Wilhelm Weitling. Ein deutscher Arbeiterkommunist. Ergebnisse Verlag, Hamburg, S. 135–156.
- Brugger, Otto (1932): Geschichte der deutschen Handwerkervereine in der Schweiz 1836–1843: die Wirksamkeit Weitlings (1841–1843), Haupt, [u.a.] Bern.
- Bruinessen, van Martin (2003): Agha, Scheich, Staat. Politik und Gesellschaft Kurdistans, Parabolis, Berlin.
- Buddensieg, Hermann (1934): Wilhelm Weitling und der frühe deutsche Sozialismus. Bündischer Verlag, Heidelberg.
- Caspary, Anna (1902): Ludolf Camphausens Leben. Nach seinem schriftlichen Nachlass, Cotta, Berlin.
- Conze, Werner (1954): Vom „Pöbel“ zum „Proletariat“. Sozialgeschichtliche Voraussetzungen für den Sozialismus in Deutschland, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Jan 1, 1954, Vol. 41(4), S. 333–364.
- Conze, Werner (1963): Der Beginn der deutschen Arbeiterbewegung, in: Besson, Waldemar/ Gaertringen, Friedrich Hiller [Hrsg.] (1963): Geschichte und Gegenwartsbewusstsein, Festschrift für Hans Rothfels, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, S. 321–338.
- Conze, Werner/ Groh, Dieter (1966): Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung, Ernst Klett Verlag, Stuttgart.
- Cornu, Auguste (1967): Die Herausbildung des historischen Materialismus, Akademie-Verlag, Berlin.
- Cornu, August (1968): Karl Marx und Friedrich Engels. Leben und Werk. Bd. 3, 1845–1846, Aufbau Verlag, [u.a.] Berlin.
- Czobel, Ernst (1925): Zur Geschichte des Kommunistenbundes. Die Kölner Bundesgemeinde vor der Revolution, in: Grünberg, Carl [Hrsg.] (1925): *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, Bd. 11, Verlag Hirschfeld, Leipzig, S. 299–335.
- Czobel, Ernst (1928): Der Kölner Arbeiterverein (1848/1849), in: Marx-Engels Archiv. Zeitschrift des Marx-Engels-Instituts, Erster Band, Frankfurt a. Main, S. 429–437.

- Dénes, Tibor (1966): Lehr- und Wanderjahre eines jungen Schweizers (1845–1848): Jakob Lukas Schabelitz, Herzog Karl II. von Braunschweig und die Deutsche Londoner Zeitung, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, 1966, Vol. 16 (1), S. 34–79.
- Deppe, Frank (2008): Demokratie und Sozialismus. Karl Marx und die politischen Auseinandersetzungen seiner Zeit, in: Hirsch, Joachim/ Kannankulam John/ Wissel, Jens [Hrsg.] (2008): *Der Staat der Bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx*, Nomos, Baden-Baden, S. 41–62.
- Diers, Andreas/ Steffens, Rudolf (2015): Bremer „Todtenbund“, „Pflanzschule des Communismus“: in: Der Aktenbestand im Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Bremen, in: <https://docplayer.org/79706577-Inhalt-archive-in-not-prof-dr-reinhard-kluge-die-alternative-peter-weiss-bibliothek-in-berlin-hellersdorf-dr.html> (letzter Zugriff am 02.02.2023).
- Dipper, Christof (1980): *Die Bauernbefreiung in Deutschland 1790–1850*, Kohlhammer, [u.a.] Stuttgart.
- Dlubek, Rolf (2003): August Willich: Vom preußischen Offizier zum Streiter für die Arbeiteremanzipation auf zwei Kontinenten. In: Bleiber, Helmut [Hrsg.] (2003): *Akteure eines Umbruchs: Männer und Frauen der Revolution von 1848/1849*, Fides Verlag, Berlin, S. 923–1003.
- Dorphalen, Andreas (1970): Die Revolution von 1848 in der Geschichtsschreibung der DDR, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 210 (2), S. 324–368.
- Dowe, Dieter (1970): *Aktion und Organisation. Arbeiterbewegung, sozialistische und kommunistische Bewegung in der preußischen Rheinprovinz 1820–1852*, Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover.
- Dowe, Dieter (1972): Die erste sozialistische Tageszeitung in Deutschland: der Weg der „Trierischen Zeitung“ vom Liberalismus über den „wahren Sozialismus“ zum Anarchismus (1840-1851), in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 12, S. 55–107.
- Droz, Jacques (1983): Deutsche Revolutionen von 1848, in: Langewiesche, Dieter [Hrsg.] (1983): *Die deutsche Revolution von 1848/1849*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, S. 91–114.



- Drünert, Ellen (1979): Die religiös-ethische Motivation des Kommunismus bei Wilhelm Weitling (Dissertation), Versuch einer Analyse. (Dissertation Erziehungswissenschaft PHR Bonn), Bonn.
- Eckert, Georg (1965): Aus der Korrespondenz des Kommunistenbundes (Fraktion Willich-Schapper), in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 5, S. 273–322.
- Engelberg, Ernst (1978): Theorie und Praxis des Formationswechsels, in: Engelsberg, Ernst/Küttler, Wolfgang [Hrsg.] (1978): Formationstheorie und Geschichte. Studien zur historischen Untersuchung und Gesellschaftsformationen im Werk von Marx, Engels und Lenin), Topos Verlag, Vaduz/Liechtenstein, S. 91–153.
- Engelberg, Ernst (1988): Einiges über den historisch-politischen Charakter des Bundes der Gerechten, in: Hundt, Martin [Hrsg.] (1988): Bund der Kommunisten 1836–1852. Akademie-Verlag, Berlin, S. 52–64.
- Engelsing, Rolf (1966): Lebenshaltungen und Lebenshaltungskosten im 18. und 19. Jahrhundert in den Hansestädten Bremen und Hamburg, in: *International Review of Social History*, Vol. 11, No. 1 (1966), S. 73–107.
- Fehling, W. August (1922): Karl Schapper und die Anfänge der Arbeiterbewegung bis zur Revolution von 1848. Von der Burschenschaft zum Kommunismus. Ein Beitrag zur Geschichte des Handwerkerkommunismus, unveröffentlichte Dissertation, Rostock.
- Felix, David (1982): Marx as Provincial Politician, in: *Central European History*, Vol. 15, No. 4, S. 332–350.
- Förder, Herwig (1960): Marx und Engels am Vorabend der Revolution. Die Ausarbeitung der politischen Richtlinien für die deutschen Kommunisten (1846–1848), Akademie-Verlag, Berlin.
- Förder, Herwig (1988): Zu einigen Fragen der Reorganisation des Bundes der Kommunisten nach der Revolution von 1848/1849, in: Hundt, Martin [Hrsg.] (1988): Bund der Kommunisten 1836–1852, Akademie-Verlag, Berlin, S. 252–288.
- Friedensburg, Wilhelm (1923): Stephan Born und die Organisationsbestrebungen der Berliner Arbeiterschaft bis zum Berliner Arbeiter-Kongress (1840–September 1848), Verlag Hirschfeld, Leipzig.
- Friedenthal, Richard (1981): Karl Marx. Sein Leben und seine Zeit, Piper Verlag, München/Zürich.

- Frost, Alphonso (1989): Ernst Dronke. His Life and His Works, Peter Lang, [u.a.] Bern.
- Gailus, Manfred (1984): Soziale Protestbewegungen in Deutschland 1847–1849, in: Volkmann, Heinrich/ Bergmann, Jürgen [Hrsg.]: Sozialer Protest: Studien zu traditionellem Widerstand und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 76–106.
- Gailus, Manfred (1990): Straße und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens 1847–1849, Vandenhoeck/Ruprecht, Göttingen.
- Geiss, Imanuel [Hrsg.] (1972): Tocqueville und das Zeitalter der Revolution. Auszüge aus Tocquevilles ‚Erinnerungen‘, Nymphenburger Verlag, München.
- Gemkow, Heinrich (2008): Aus dem Leben einer rheinischen Familie im 19. Jahrhundert. Archivalische Funde zu den Familien von Westphalen und Marx, in: *Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte* (2008), 34 Jg., S. 497–524.
- Gouldner, Alvin W. (1983): Artisans and intellectuals in the German revolution of 1848, in: *Theory and Society*, Vol. 12, Issue 4, pp. 521–532.
- Grandjone, Jacques (1975): Ideologische Auseinandersetzungen im *Bund der Gerechten*, in: Die frühsozialistischen Bünde in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Vom Bund der Gerechten zum Bund der Kommunisten. Ein Tagungsbericht [bearb. und hrsg. v. Otto Büsch et al.], Colloquium Verlag, Berlin, S. 81–93; 191–193.
- Güner, Gülser (2012): Der Ausschluss Wilhelm Weitlings aus dem Kommunistischen Korrespondenzkomitee, Diplomarbeit, Freie Universität Berlin.
- Hachtmann, Rüdiger (2004): Zwischen bürgerlichem Bildungsverein und moderner Arbeiterbewegung – der Berliner Handwerkerverein in den Jahren 1843 bis 1847, in: Schöck-Quinteros, Eva/ Kloft, Hans/ Kopitzsch, Franklin/ Steinberg, Hans-Josef [Hrsg.] (2004): Bürgerliche Gesellschaft. Idee und Wirklichkeit. Festschrift für Manfred Hahn zum 65. Geburtstag, Trafo Verlag, Berlin, S.143–178.
- Hachtmann, Rüdiger (2013): Die Revolution von 1848 - eine Jugendrebellion? in: Hachtmann, R./ Kitschun, S./ Herwig, R. [Hrsg.] (2013): 1848. Akteure und Schauplätze der Berliner Revolution, Centaurus Verlag & Media, Freiburg, S. 21–40.
- Hackenbergh, Karl (1899): Der rote Becker, ein deutsches Lebensbild aus dem neunzehnten Jahrhundert, Baedeker, Leipzig.

- Haefelin, Jürg (1986): Wilhelm Weitling. Biographie und Theorie. Der Züricher Kommunistenprozess von 1843, Peter Lang, [u.a.] Frankfurt a. Main.
- Hamerow, S. Theodore (1958): Restoration, Revolution, Reaction, Economics and Politics in Germany 1815–1871, Princeton University Press/ New Jersey.
- Hamerow, S. Theodore (1983): 1848, in: Langewiesche, Dieter [Hrsg.] (1983): Die deutsche Revolution von 1848/1849, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, S. 115–133.
- Hamerow, S. Theodore (2016): Restoration, Revolution, Reaction: Economics and Politics in German 1815–1871, Princeton University Press, Princeton, New York.
- Hammacher, Emil (1911): Zur Würdigung des „wahren“ Sozialismus, in: *Archiv der Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung* (1911), Bd. 1, S. 41–100.
- Hammen, J. Oscar (1949): Economic and Social Factors in the Prussian Rhineland in 1848, in: *The American Historical Review* (1949), Vol. 54, No. 4, pp. 825–840.
- Hansen, Joseph (1906): Gustav von Mevissen, Ein rheinisches Lebensbild 1815–1899, 2 Bände, Reimer Verlag, Berlin.
- Hansen, Joseph (1918): Preußen und Rheinland von 1815 bis 1915. Hundert Jahre politischen Lebens am Rhein, Marcus & Webers Verlag, Bonn.
- Herres, Jürgen (1998a): Köln 1848/1849. Revolution in Köln, Janus Verlagsgesellschaft, Köln.
- Herres, Jürgen (1998b): Das preußische Rheinland in der Revolution von 1848/1849 in: Lennartz, Stephan/ Mölich, Georg [Hrsg.] (1998): Revolution im Rheinland. Veränderungen der politischen Kultur 1848/1849, Aschendorff Verlag, Köln, S. 13–36.
- Herres, Jürgen (1998c): Sozialismus und Kommunismus in ihrer Bedeutung für die Revolution, in: Rill, Bernd [Hrsg.] (1998): 1848 – Epochenjahr für Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland, Hanns-Seidel-Stiftung, München, S. 257–275.
- Herres, Jürgen (2003): Der Kölner Kommunisten Prozess von 1852, in: *Geschichte in Köln* 50 (2003), Greven Verlag, Köln, S. 133–155.
- Herres, Jürgen (2006): Karl Marx als politischer Journalist im 19. Jahrhundert, in: *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung*, Neue Folge 2005, Berlin, S. 7–28.
- Herres, Jürgen (2018): Marx und Engels. Porträt einer intellektuellen Freundschaft, Reclam, Ditzingen.

- Herres, Jürgen (2020): Karl Marx in den europäischen Revolutionen von 1848/1849, in: Martin Endreß, Christian Jansen [Hrsg.] (2020): Karl Marx im 21. Jahrhundert. Bilanz und Perspektiven, Campus Verlag, Frankfurt a. Main/New York, S. 119–153.
- Hollander, Samuel (2010): Marx and Engels on Constitutional Reform vs. Revolution: Their ‚Revisionism‘ Reviewed, in: *Theoria: A Journal of Social and Political Theory*, Vol. 57, No. 122, Democracy and Exchange (March 2010), pp. 51–91.
- Hollander, Samuel (2011): Friedrich Engels and Marxian Political Economy, Cambridge University Press, Cambridge.
- Horkheimer, M./Adorno, T. W. (1988): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Fischer, Frankfurt a. Main.
- Höppner, Joachim (1987): Babouvismus, in: Höppner, Joachim/ Seidel-Höppner, Waltraud [Hrsg.] (1987): Theorien des Vormarxistischen Sozialismus und Kommunismus, Pahl-Ruhgenstein, Köln, S. 23–29.
- Hubmann, Gerald (2009): Reform oder Revolution? Zur politischen Publizistik von Marx, in: Bouvier, Beatrix [Hrsg.] (2009): Was bleibt? Karl Marx heute, Studienzentrum Karl-Marx-Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung, Trier, S. 159–174.
- Hundt, Martin (1973): Wie das „Manifest“ entstand, Dietz, Berlin.
- Hundt, Martin (1978): Zur Geschichte der Neuen Rheinischen Zeitung. Politisch-ökonomische Revue, in: *Marx-Engels-Jahrbuch*, Bd. 1, S. 259–288.
- Hundt, Martin (1986): Zur Entwicklung der marxistischen Revolutionstheorie nach der Revolution von 1848/1849, in: *Marx-Engels-Jahrbuch*, Bd. 10, S. 31–64.
- Hundt, Martin (1987): Zum Spannungsverhältnis von Propagandagesellschaft und Aktionspartei im Bund der Kommunisten, in: *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung*, Heft 21, S. 67–74.
- Hundt, Martin (1988): Die Programmdiskussion im Bund der Kommunisten, in: Hundt, Martin [Hrsg.] (1988): Bund der Kommunisten 1836–1852, Akademie-Verlag, Berlin, S. 181–190.
- Hundt, Martin (1989): Kalifornisches Gold in der „Neuen Rheinischen Zeitung“, in: *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung*, Heft 28, S. 217–224.
- Hundt, Martin (1993): Geschichte des Bundes der Kommunisten 1836–1852, Peterlang, [u.a.] Frankfurt a. Main/Berlin.

- Hundt, Martin (1994): Revolutionsfixiertheit contra Institutionalisierung? Der Bund der Kommunisten in der Problematik verschiedenartiger Kontinuitätslinien zwischen Ende des 18. und Mitte des 19. Jahrhunderts, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Jg. 20, Heft 4, S. 497–505.
- Hunt, Richard (1974): *The political ideas of Marx and Engels 1. Marxism and totalitarian democracy 1818–1850*, University of Pittsburgh Press, Pittsburgh.
- Hüttner, Bernd (2015): Blauer Dunst und rote Fahnen? Tabak-Arbeiterinnen im Bremen des 19. Jahrhunderts, in: Jacob, Frank/Dworok, Gerrit [Hrsg.] (2015): *Tabak und Gesellschaft. Vom braunen Gold zum sozialen Stigma*, Baden-Baden, Nomos Verlag, S. 213–220.
- Jansen, E. Hans (1928): *Das Proletariat im Vormärz in den Anschauungen deutscher Denker*, Reismann Grone GmbH, Essen.
- Joho, Wolfgang (1932): *Wilhelm Weitling. Der Ideengehalt seiner Schriften, entwickelt aus den geschichtlichen Zusammenhängen (Dissertation)* Buchdruckerei E. Bechstein, Wertheim am Main.
- Joho, Wolfgang (1958): *Traum von der Gerechtigkeit. Die Lebensgeschichte des Handwerksgesellen, Rebellen und Propheten Wilhelm Weitling*, Verlag Neues Leben, Magdeburg.
- Kaler, Emil (1971): Wilhelm Weitling: seine Agitation und Lehre im geschichtlichen Zusammenhang dargestellt. (1887, Hottingen/Zürich), in: *Sozialdemokratische Bibliothek*, Leipzig, S. 3–104.
- Kaufhold, Bernhard (1955): Einleitung, in: Weitling, Wilhelm (1955): *Garantien der Harmonie und Freiheit*, Akademie-Verlag, Berlin, S. VII–XLVII.
- Kautsky, Karl (1906): Das Kommunistische Manifest als Plagiat, in: *Neue Zeit*, Nr. 47, Stuttgart, S. 693–702.
- Kautsky, Karl (1965): Friedrich Engels. Zu seinem siebzigsten Geburtstag, in: Leni Hoffmann [Hrsg.]: *Mohr und General, Erinnerungen an Marx und Engels*, Dietz, Berlin, S. 515–540.
- Kautsky, Karl (2020): *Erinnerungen und Erörterungen*, De Gruyter Mouton, Berlin/Boston.
- Kaypakkaya, İbrahim (1992): *Seçme Yazılar*, Umut Yayıncılık, İstanbul.

- Kellermann, Philippe (2018): Anarchismus versus Marxismus zwischen 1872 und 1914, in: *Berliner Debatte Initial*, 2018 (2), S. 64–76.
- Kern, Rudolf (2014): Victor Tedesco – ein früher Gefährte von Karl Marx in Belgien: sein Leben, Denken und Wirken in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Waxmann, Münster/ New York.
- Keßler, Walter (2006): Carl Schurz. Kampf, Exil und Karriere, Greven Verlag, Köln.
- Khella, Karam (1995): Mythos Marx. Eine Geschichts- und Theorierevision, Theorie und Praxis Verlag, Hamburg.
- Kıvılcımlı, Hikmet (1996): Tarih Tezi. Tarih Devrim Sosyalizm, Sosyalist Bibl., İstanbul.
- Klages, Helmut (1962): Das Verhältnis von Theorie und Praxis bei Karl Marx, in: *Soziale Welt* (1962), 13. Jg., H. 3/4, S. 267–278.
- Knatz, Lothar (1984): Utopie und Wissenschaft im frühen deutschen Sozialismus. Theoriebildung und Wissenschaftsbegriff bei Wilhelm Weitling, Verlag Peter Lang, [u.a.] Frankfurt a. Main.
- Knatz, Lothar/ Marsiske, Hans-Arthur (1984): Journal Article. The Wilhelm Weitling Papers: Neue Quellen und Dokumente aus dem Nachlass Wilhelm Weitlings in der Public Library, New York, in: *International Review of Social History*, pp. 62–91, Cambridge University Press: Vol. 29, No. 1 (1984) (letzter Zugriff am 12.01.2023).
- Knatz, Lothar/ Marsiske, Hans-Arthur (1989): Wilhelm Weitling. Geschichte – Theorie – Perspektive. Eine Einleitung, in: Knatz, Lothar/ Marsiske, Hans-Arthur (1989) [Hrsg.] (1989): Wilhelm Weitling. Ein deutscher Arbeiterkommunist, Ergebnisse Verlag, Hamburg, S. 9–27.
- Knatz, Lothar (1991): Einleitung, in: Ders. [Hrsg.]: Weitling, Wilhelm (1991): Grundzüge einer allgemeinen Denk- und Sprachlehre, Peter Lang, [u.a.] Frankfurt am Main, S. 5–50.
- Kocka, Jürgen (1986): Traditionsbindung und Klassenbildung. Zum sozialhistorischen Ort der frühen deutschen Arbeiterbewegung, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 243, S. 333–376.
- Kocka, Jürgen (1987): Bürgertum und Bürgerlichkeit als Probleme der deutschen Geschichte vom späten 18. zum frühen 20. Jahrhundert, in: Kocka, Jürgen [Hrsg.] (1987): Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, S. 21–63.

- Koenen, Gerd (2017): Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus. C.H. Beck, München.
- Koenen, Gerd (2020): Karl Marx und die „Diktatur des Proletariats“. Eine historische Kontextualisierung, in: Endreß, Martin/ Jansen, Christian [Hrsg.] (2020): Karl Marx im 21. Jahrhundert Bilanz und Perspektiven, Campus Verlag, Frankfurt a. Main/New York, S. 181–212.
- Kolakowski, Leszek (1977): Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung – Entwicklung – Zerfall, Bd. 1, R. Piper & Co. Verlag, München.
- Konjuschaja, R. P. (1961): Die Tätigkeit von Karl Marx und Friedrich Engels in der Revolution 1848/1849 und ihre Bedeutung für den Aufbau der proletarischen Partei, in: Aus der Geschichte des Kampfes von Marx und Engels für die proletarische Partei. Eine Sammlung von Arbeiten, Dietz, Berlin, S. 25–115.
- Korsch, Karl (1974): Politische Texte, hrsg. und eingel. von Erich Gerlach und Jürgen Seifert, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. Main/Köln.
- Koszyk, Kurt (1958): Adalbert von Bornstedt. Spitzel und Publizist, in: *Publizistik. Zeitschrift für die Wissenschaft von Presse, Rundfunk, Film, Rhetorik, Werbung und Meinungsbildung*, 3. Jahrgang, S. 173–179.
- Kowalski, Werner (1962): Vorgeschichte und Entstehung des Bundes der Gerechten, Rütten & Loening, Berlin.
- Kowalski, Werner (1967): Einleitung, in: Kowalski, Werner [Hrsg.] (1967): Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus. Zeitschriften aus der Frühzeit der deutschen Arbeiterbewegung (1834–1847), Akademie-Verlag, Berlin, S. XI–CVI.
- Köppen, Karl Friedrich (2003): Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, De Gruyter, Oldenburg.
- Krausnick, Michail (1993): Die eiserne Lerche, Der Lebensweg des Georg Herwegh, Beltz & Gelberg, Basel.
- Krosigk, Lutz Graf von Schwerin (1975): Jenny Marx. Liebe und Leid im Schatten von Karl Marx, Staats-Verlag, Wuppertal.
- Kuczynski, Jürgen (1982): Rez. Manfred Kossok, Vergleichende Geschichte der neuzeitlichen Revolutionen, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Jg. 30, S. 245–249.

- Kuczynski, Thomas (1995): Das Kommunistische Manifest (Manifest der Kommunistischen Partei) von Karl Marx und Friedrich Engels. Von der Erstausgabe zur Leseausgabe. Mit einem Editionsbericht, Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier.
- Kuhnigk, Armin M. (1980): Karl Schapper. Ein Vater europäischer Arbeiterbewegung, Camberger Verlag, Limburg.
- Kunina, W. (1965): George Julian Harney, in: Kandel, E.P. [Red.] (1965): Marx und Engels und die ersten proletarischen Revolutionäre, Dietz, Berlin, S. 421–440.
- Kuypers, Julien (1962): Karl Marx' belgischer Freundeskreis (1845 bis 1848). Einige Notizen aus belgischen Archiven, in: *International Review of Social History*, vol. VII, S. 446–458.
- Kühn, Walter (1934): Der junge Hermann Becker. Ein Quellenbeitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinpreussen, Diss., Vereinigung v. Freunden d. Stadt- u. Landesbibl., Gießen.
- Lademacher, Horst (1960): Die politische und soziale Theorie bei Moses Heß, in: *Archiv für Kulturgeschichte* (1960), Bd. 42, S. 194–230.
- Lahme, Hans-Norbert (1984): Niels Lorents Petersen: Eine Skizze seines Lebens in der Arbeiterbewegung, in: *International Review of Social History* (1984), 29, S. 172–214.
- Landauer, Gustav (1919): Aufruf zum Sozialismus, Verlag Paul Cassirer, Berlin.
- Langewiesche, Dieter (1980): Republik, konstitutionelle Monarchie und soziale Frage. Grundprobleme der deutschen Revolution, in: *Historische Zeitschrift*, Vol. 230 (1), S. 529–548.
- Langewiesche, Dieter (1988): Liberalismus in Deutschland, Suhrkamp, Frankfurt a. Main.
- Lattek, Christine (2006): Revolutionary Refugees: German Socialism in Britain, 1840–1860, Routledge, London/New York.
- Laufenberg, Heinrich (1911): Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung, Auer, Hamburg.
- Lautenschlager, Friedrich (1915): Die Agrarunruhen in den badischen Standes- und Grundherrschaften im Jahre 1848, Winter, Heidelberg.
- Lenk, Kurt (1981): Theorien der Revolution, Wilhelm Fink Verlag, München.



- Leuschner, Udo (1970): Vom Intelligenzblatt zur demokratischen Kampfpresse. Mannheimer Zeitungen bis 1850, Hornung/Steinbach, Mannheim.
- Lewiowa, Sofia (1965): Karl Schapper, in: Kandel, E.P. [Red.] (1965): Marx und Engels und die ersten proletarischen Revolutionäre, Dietz, Berlin, S. 76–119.
- Lewiowa, Sofia (1980): Der Bund der Kommunisten – eine Etappe des Kampfes von Marx und Engels für eine proletarische Partei, in: *Marx-Engels-Jahrbuch*, Bd. 3, S. 47–84.
- Lichtheim, George (1969): Ursprünge des Sozialismus, Bertelsmann, Gütersloh.
- Lucet, Anatole (2018): Gustav Landauers Auseinandersetzung mit dem „Vorwärts“, in: *Berliner Debatte Initial* 29 (2018) 2, Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, S. 77–90.
- Mader, Klaus (1989): Wilhelm Weitlings politische Theorie Entwicklung und Vergleich zum rezipierten politisch-literarischen Umfeld, Dissertation, München.
- Marsiske, Hans-Arthur (1986): Wider Umsonstfresser. Der Handwerkerkommunist Wilhelm Weitling, Ergebnisse Verlag, Hamburg.
- Marsiske, Hans-Arthur (1990): Eine Republik der Arbeiter ist möglich. Der Beitrag Wilhelm Weitlings zur Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten von Amerika 1846–1856. Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg.
- Marsiske, Hans-Arthur (1997): Der erste deutsche Kommunist Wilhelm Weitling (1808–1871) – der vergessene Pionier der Arbeiterbewegung, in: *Sozialistische Zeitung* (SoZ Magazin), Jg. 12, Nr. 26, Weihnachten 1997, S. 22–24.
- Marx, Jenny (1965): Kurze Umriss eines bewegten Lebens, in: Hoffmann, Leni [Hrsg.]: Mohr und General, Erinnerungen an Marx und Engels, Dietz, Berlin, S. 204–236.
- Mäuer, Jürgen Wolfgang (2007): Jenny Marx oder: Leben wider den Zeitgeist, Dietz Verlag, Berlin.
- Mayer, Gustav (1934): Friedrich Engels. Eine Biographie. 2 Bände, Haag.
- McLellan, David (1973): Karl Marx. Leben und Werk, Edition Praeger GmbH, München.
- Mehring, Franz (1897): Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Von der Julirevolution bis zum preußischen Verfassungstreite (1830 bis 1863), Dietz, Stuttgart.

- Mehring, Franz (1902): Aus dem literarischen Nachlass von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle, Gesammelte Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels, Bd. 2. Juli 1844 bis November 1847, Dietz, Stuttgart.
- Mehring, Franz (1908): Einleitung zu Wilhelm Weitling, in: Weitling, Wilhelm (1908): Garantien der Harmonie und Freiheit, hrsg. von Franz Mehring. Jubiläums Ausgabe. Vorwärts, Berlin, S. I–LII.
- Mehring, Franz (1913): Aus dem literarischen Nachlass von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle, Gesammelte Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels, Bd. 3. Mai 1848 bis Oktober 1850, Dietz, Stuttgart.
- Mehring, Franz (1960): Karl Marx. Geschichte seines Lebens. Gesammelte Schriften, Bd. 3. Dietz, Berlin.
- Mehring, Franz (1963): Aufsätze zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Gesammelte Schriften, Bd. 4, Dietz, Berlin.
- Meiser, Wolfgang (1991): Das „Manifest der Kommunistischen Partei“ vom Februar 1848. Neue Forschungsergebnisse zur Druckgeschichte und Überlieferung, in: *Marx-Engels-Jahrbuch*, Bd. 13, S. 117–129.
- Melis, François (2000): Neue Rheinische Zeitung Organ der Demokratie: Edition unbekannter Nummern, Flugblätter, Druckvarianten und Separatdrucke. Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 57, Saur Verlag, München.
- Melis, François/ Herres, Jürgen (2016): Einführung, in: Karl Marx Friedrich Engels Gesamtausgabe (MEGA), erste Abteilung, Werke Artikel, Entwürfe, Bd. 7, hrsg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung, Amsterdam, S. 859–930.
- Mettele, Gisela (1998): Bürgertum in Köln 1775–1870, Gemeinsinn und freie Assoziation, Oldenbourg Verlag, München.
- Meyer, Ahlrich (1974): Nachwort, in: Weitling, Wilhelm. Garantien der Harmonie und Freiheit, Reclam, Stuttgart, S. 293–379.
- Meyer, Ahlrich (1989): Zur Diebstahltheorie Weitlings, in: Knatz, Lothar/ Marsiske, Hans-Arthur [Hrsg.] (1989): Wilhelm Weitling. Ein deutscher Arbeiterkommunist, Ergebnisse Verlag, Hamburg, S. 167–172.
- Meyer, Ahlrich (1999): Die Logik der Revolten. Studien zur Sozialgeschichte 1789–1848, Verlag Schwarze Risse, Berlin/Hamburg.

- Meyer, Hermann (1951): Karl Marx und die deutsche Revolution von 1848, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 172 (3), S. 517–534.
- Mielcke, Karl (1931): Deutscher Frühsozialismus. Gesellschaft und Geschichte in den Schriften von Weitling und Hess, Cotta, Berlin.
- Mohl, Theodor, E. [Hrsg.] (1972): Utopie und Wissenschaft. Wilhelm Weitling und Karl Marx im Vormärz und in der 48er Revolution, in: Weitling, Wilhelm (1972) *Der Urwähler. Organ des Befreiungsbundes*, Detlev Auvermann, Oldenburg, S. IX–XXXVIII.
- Mommsen, Wilhelm (1964): Größe und Versagen des deutschen Bürgertums. Ein Beitrag zur politischen Bewegung des 19. Jahrhunderts, insbesondere zur Revolution 1848/1849, Oldenburg, München.
- Mommsen, Wolfgang (1998): 1848 Die ungewollte Revolution. Die revolutionären Bewegungen in Europa 1830–1849, Fischer Verlag, Frankfurt a. Main.
- Moritz, Wolfram (1981): Wilhelm Weitling: Religiöse Problematik und literarische Form, Peter Lang, [u.a.] Frankfurt a. Main.
- Na'aman, Shlomo (1965): Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten in Deutschland in der zweiten Phase seines Bestehens, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 5, S. 5–82.
- Na'aman, Shlomo (1978): Zur Entstehung der deutschen Arbeiterbewegung. Lernprozesse und Vergesellschaftung 1830–1868, SOAK-Verlag, Hannover.
- Nathan, Helene (1912): Preußens Verfassung und Verwaltung im Urteile der rheinischen Politiker, insbesondere der rheinischen Abgeordneten des Frankfurter Parlaments, Dissertation, A. Marcus & E. Webers Verlag, Bonn.
- Neef, Helmut (1983): Vier Tage rote Fahnen in den Straßen von Paris. Die Kämpfe der Pariser Proletariats 1848 im Spiegel deutschsprachigen Presse, Dietz, Berlin.
- Nettlau, Max (1898): Michael Bakunin in den Jahren 1848–1849, in: *Socialistische Monatshefte* (1898), Heft 4, S. 187–195.
- Nettlau, Marx (1901): Michael Bakunin. Eine biographische Skizze, Verlag von Paul Pawlowitsch, Berlin.
- Nicolaevsky, Boris/ Maenchen-Helfen, Otto (1933): Karl und Jenny Marx: ein Lebensweg, Verlag Bücherkreis, Berlin.

- Nicolaevsky, Boris (1956): Toward a history of the Communist League, 1847-1852, in: *International Review of Social History*, Vol. 1, No. 2, Amsterdam, pp. 234–252.
- Nicolaevsky, Boris (1961): Who Is Distorting History? (“Voprosy Istorii” and Karl Marx in 1848–1849), in: *Proceedings of the American Philosophical Society*, Vol. 105, No. 2, pp. 209–236.
- Nicolaevsky, Boris/ Maenchen-Helfen, Otto (1963): Karl Marx. Eine Biographie, Dietz Verlag, Hannover.
- Nippel, Wilfried (2018): Karl Marx, Verlag C.H.Beck, München.
- Nippel, Wilfried (2020): Die Arbeit an einem Gesamtwerk von Marx: Engels, Bernstein, Kautsky, in: Endreß, Martin/ Jansen, Christian [Hrsg.] (2020): Karl Marx im 21. Jahrhundert Bilanz und Perspektiven, Campus Verlag, Frankfurt a. Main/New York, S. 457–509.
- Nipperdey, Thomas (1991): Deutsche Geschichte (1800–1866), Bürgerwelt und starker Staat, Verlag C.H. Beck, München.
- Noyes, P. H. (1966): Organization and Revolution: Working Class Associations in the German Revolutions of 1848–1849, University Press, Princeton.
- Obermann, Karl (1953): Die Deutschen Arbeiter in der Revolution von 1848, Dietz, Berlin.
- Obermann, Karl (1955): Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten 1849 bis 1852, Dietz, Berlin.
- Obermann, Karl (1959): Über den Anteil von Marx und Engels an der politischen Bewegung zur Vorbereitung der Revolution von 1848, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Jg. 7, S. 1028–1064.
- Obermann, Karl (1968): Zum Anteil des deutschen Proletariats und des Bundes der Kommunisten an der Vorbereitung der Revolution von 1848, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Jg. 16, Berlin, S. 1023–1033.
- Obermann, Karl (1970): Die soziale Zusammensetzung der Bürgerwehr in Köln 1848/1849, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte/ Economic History Yearbook* (1970), pp. 141–158.
- Obermann, Karl (1973): Zur Zusammensetzung einiger Freischaren in der Revolution von 1848/1849, in: *Zeitschrift Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte/ Economic History Yearbook* (1973), S. 125–145.

- Obermann, Karl (1988): Die Verlegung der Zentralbehörde des Bundes nach Köln, in: Hundt, Martin [Hrsg.] (1988): *Bund der Kommunisten 1836–1852*, Akademie-Verlag, Berlin, S. 76–86.
- Obschernitzki, Doris [Hrsg.] (2003): *Frankreichs deutsche Emigranten. Texte von und Erinnerungen an Jacques Grandjonc (1933–2000)*, Verlag Hentrich&Hentrich, Teetz.
- Offe, Claus (2006): *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie*, Campus Verlag, Frankfurt a. Main/ New York.
- Pelger, Hans (1968): Zur demokratischen und sozialen Bewegung in Norddeutschland im Anschluss an die Revolution von 1848, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 8, S. 161–288.
- Pfützner, Josef (1931): Michael Bakunin und Preussen im Jahre 1848, in: *Jahrbücher für Kultur und Geschichte der Slaven* (1931): Neue Folge, Bd. 7, H. 3, S. 231–284.
- Post, Werner (1969): *Kritik der Religion bei Karl Marx*. Kösel, München
- Quarck, Max (1970): *Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/1849*, Auvermann, unveränd. Neudr. der Ausg. Leipzig 1924, Leipzig.
- Raddatz, Fritz (1975): *Karl Marx. Eine politische Biografie*, Hoffman und Campe, Hamburg.
- Ramus, Pierre (1906): Friedrich Engels als Plagiator, in: *Die Urheberschaft des Kommunistischen Manifests*, Freier Arbeiter-Verlag, Berlin, S. 25–40.
- Rasche, Ulrich (2013): Mommsen, Marx und May. Der Doktorhandel der deutschen Universitäten im 19. Jahrhundert und was wir daraus lernen sollten, in: *Forschung und Lehre* 3 (2013), S. 196–199.
- Reding, Marcel (1957): *Der politische Atheismus*, Styria Verlag, [u.a.] Köln.
- Reppen, Konrad (1955): *Märzbewegung und Maiwahlen des Revolutionsjahres 1848 im Rheinland*, Bonner historische Forschungen, Bd. 4, Ludwig Röhrscheid Verlag, Bonn.
- Rjazanov, David (1925): Neueste Mitteilungen über den literarischen Nachlaß von Karl Marx und Friedrich Engels, in: Grünberg, Carl [Hrsg.] (1925): *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, Bd. 11, Verlag Hirschfeld, Leipzig, S. 385–400.
- Rjazanov, David (1928) Zur Frage des Verhältnisses von Marx und Engels zu Blanqui, in: *Unter dem Banner des Marxismus*, 2. Jg., S. 140–149.

- Rjazanov, David (1973): Marx und Engels nicht nur für Anfänger, Rotbuch, Berlin.
- Rokitjanski, Jakow (1979): Engels' Notizen in Georg Adlers Buch. Die Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland, in: *Marx-Engels-Jahrbuch*, Bd. 2, S. 339–368.
- Ros, Guido (1983): Marx, Engels und die Deutsche-Brüsseler-Zeitung Betrachtungen zum Reprint einer deutschen Emigrantenzeitung des Vormärz, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 23, S. 574–590.
- Rosa, Hartmut (1994): Ideengeschichte und Gesellschaftstheorie: Der Beitrag der ‚Cambridge School‘ zur Metatheorie, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Vol. 35 (2), Westdeutscher Verlag, S. 197–223.
- Rosdolsky, Roman (1937): Karl Marx und der Polizeispitzel Bangya, in: *International Review of Social History*, Bd. 2. Leyden, S. 229–245.
- Rosdolsky, Roman (1964): Friedrich Engels und das Problem der „geschichtslosen“ Völker (Die Nationalitätenfrage in der Revolution 1848–1849 im Lichte der „Neuen Rheinischen Zeitung“), in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 4, S. 87–282.
- Rosen, Zwi (1983): Moses Hess und Karl Marx. Ein Beitrag zur Entstehung der Marxschen Theorie, Christians, Hamburg.
- Rubel, Maximilien (1968): Marx-Cronik/ Daten zu Leben und Werk, Carl Hanser Verlag, München.
- Ruttmann, Ulrike (2001): Wunschbild – Schreckbild – Trugbild: Rezeption und Instrumentalisierung Frankreichs in der deutschen Revolution von 1848/1849, Franz Steiner Verlag, Stuttgart.
- Rüdinger, Karl (1933): Die Arbeiterbewegung in Bayern 1848–1850. Ein Beitrag zur Geschichte der Achtundvierziger Bewegung in Bayern, Phil. Diss., Verlag Bottrop I. W. Postberg, München.
- Rühle, Otto (1928): Karl Marx. Leben und Werk, Avalun Verlag, Dresden.
- Rytkönen, Seppo (1979): Der deutsche Frühsozialismus, Suomalainen Tiedekatemia, Helsinki.
- Sandkühler, Hans-Jörg (1984): Geschichte, gesellschaftliche Bewegung und Erkenntnisprozess, Akademie-Verlag, Frankfurt a. Main.

- Schäfer, Wolf [Hrsg.] (1971): Zum Verständnis der Texte. Wilhelm Weitling im Spiegel der wissenschaftlichen Auseinandersetzung, in: Wilhelm Weitling (1971): Das Evangelium des armen Sünders. Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte, Rowohlt, Hamburg, S. 180–203.
- Schäfer, Wolf (1985): Die unvertraute Moderne. Historische Umrissse einer anderen Natur- und Sozialgeschichte, Fischer, Frankfurt a. Main.
- Schieder, Theodor (1950): Das Problem der Revolution im 19. Jahrhundert, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 170, (2), Akademie-Verlag Oldenbourg, S. 233–271.
- Schieder, Wolfgang (1963): Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution 1830, Klett Verlag, Stuttgart.
- Schieder, Wolfgang (1965): Auf dem Wege zu einer neuen Marxlegende, in: *Neue Politische Literatur* 10, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main, S. 259–270.
- Schieder, Wolfgang (1968): Der Bund der Kommunisten im Sommer 1850. Drei Dokumente aus dem Marx-Engels-Nachlass, in: *International Review of Social History*, XIII, S. 29–57.
- Schieder, Wolfgang (1983): Die Rolle der deutschen Arbeiter in der Revolution von 1848, in: Langewiesche, Dieter [Hrsg.] (1983): Die deutsche Revolution von 1848/1849, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, S. 322–340.
- Schieder, Wolfgang (1991): Marx als Politiker, Piper, [u.a.] München.
- Schieder, Wolfgang (1994): Der Mythos vom „wahren Sozialismus“, in: Liede, H. / Lehnert, J-P. [Hrsg.] (1994): Sozialismus- das Ende einer Utopie, Centre Universitaire de Luxembourg, Luxembourg, S. 123–130.
- Schieder Wolfgang (2018): Karl Marx. Politik in eigener Sache, Theiss, Darmstadt.
- Schieder Wolfgang (2020): Karl Marx und die Arbeiterbewegung seiner Zeit, in: Endreß, Martin/ Jansen, Christian [Hrsg.] (2020): Karl Marx im 21. Jahrhundert Bilanz und Perspektiven, Campus Verlag, Frankfurt a. Main/New York, S. 107–117.
- Schippel, Marx (1904): Über den Brüsseler Freihandelscongress von 1847 und die Marxsche Rede, in: *Socialistische Monatshefte* (1904), Heft 7, S. 526–533.
- Schlüter, Hermann (1907): Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung in Amerika, Dietz, Stuttgart.

- Schmidt, Klaus (2002): Andreas Gottschalk. Armenarzt und Pionier der Arbeiterbewegung. Jude und Protestant, Greven Verlag, Köln.
- Schmidt, Walter (1987): Zur Wirksamkeit des Brüsseler deutschen Zeitung- und Korrespondenzbüros, in: Schmidt, Walter [Hrsg.] (1987): Der Auftakt der deutschen Arbeiterbewegung. Beiträge der ersten Periode ihrer Geschichte 1836–1852, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin, S. 113–125.
- Schraepfer, Ernst (1972): Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830–1853. Die politische Tätigkeit deutscher Sozialisten von Wilhelm Weitling bis Karl Marx, Walter de Gruyter, [u.a.] Berlin.
- Schroeder, Klaus-Peter (2018): Theodor Mommsen, die Heidelberger Juristische Fakultät und ihre „Doktorfabrik“, Jedermann-Verlag, Heidelberg.
- Schwann, Mathieu (1915): Camphausen als Wirtschaftspolitiker. Veröffentlichungen des Archivs für Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsgeschichte, Band III, Baedeker, Essen.
- Schwann, Stanislaw (1959): Die Neue Oder-Zeitung und Karl Marx als ihr Korrespondent, in: *International Review of Social History*, Volume 4, Issue 1, S. 59–90.
- Schwerz, F. (1944/1945): Das erste Auftreten von Kommunisten in Zürich, in: *Rote Revue: sozialistische Monatsschrift*, Band 24, (1944–1945) Heft 1, S. 25–30.
- Seidel-Höppner, Waltraud (1961): Wilhelm Weitling: Der erste deutsche Theoretiker und Agitator des Kommunismus, Dietz, Berlin.
- Seidel-Höppner, Waltraud/ Rokitjanski, Jakob (1985): Weitling in der Revolution 1848/1849. Unbekannte Dokumente, in: *Jahrbuch für Geschichte*, Bd. 32, Berlin, S. 65–170.
- Seidel-Höppner, Waltraud (1986): Einführung zu einigen theoretischen und methodischen Fragen der neueren Weitling-Forschung, in: Hans-Arthur Marsiske [Hrsg.] (1986): „Wider die Umsonstfresser“. Der Handwerkerkommunist Wilhelm Weitling, Ergebnisse Verlag, Hamburg, S. 9–27.
- Seidel-Höppner, Waltraud (1987): Aufklärung und revolutionäre Aktion. Ein Grundproblem im Arbeiterkommunismus und bei Marx, in: Höppner, Joachim/ Seidel-Höppner, Waltraud [Hrsg.] (1987): Theorien des Vormarxistischen Sozialismus und Kommunismus, Pahl-Ruhgenstein, Köln, S. 117–188.
- Seidel-Höppner, Waltraud (1988): Arbeiter und Intellektuelle in der „Archäologie proletarischer Kopfarbeit“, in: Bleiber, Helmut [Hrsg.] (1988): Demokratie,



Antifaschismus und Sozialismus in der deutschen Geschichte, Akademie-Verlag, Berlin, S. 135–155.

Seidel-Höppner (1989): Wilhelm Weitling -Leben und Werk- eine optimistische Tragödie, in: Knatz, L/Marsiske, H. A. [Hrsg.] (1989): Wilhelm Weitling. Ein deutscher Arbeiterkommunist, Hamburg, S. 28–80.

Seidel-Höppner, Waltraud (2008): Der liberale Selbstbetrug – Wie der Magdeburger Schneidergeselle Wilhelm Weitling zum Vordenker des freiheitlichen Sozialismus wurde. Eine Hommage zu seinem 200. Geburtstag: <http://www.zeit.de/2008/42/A-Weitling> (letzter Zugriff am 18.01. 2023).

Seidel-Höppner, Waltraud (2014): Wilhelm Weitling (1808-1871). Eine politische Biographie. Zwei Bände, Peter Lang, [u.a.] Frankfurt a. Main.

Seyppel, Marcel (1985): Die Kölner Bürgerwehr 1848, in: *Geschichte in Köln* (1985), Vol.17(1), Böhlau Verlag, S. 75–116.

Seyppel, Marcel (1991): Die Demokratische Gesellschaft in Köln während der Revolution von 1848/1849. Städtische Gesellschaft und Parteientstehung während der bürgerlichen Revolution, Janus Verlagsgesellschaft, Köln.

Sieferle, R. Peter (1979): Die Revolution in der Theorie von Karl Marx, Ullstein, Frankfurt a. Main/ Berlin/ Wien.

Silberner, Edmund (1963): Der „Kommunistenrabbi“ und der „Gesellschaftsspiegel“, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 3, S. 87–107.

Silberner, Edmund (1964): Moses Hess als Begründer und Redakteur der Rheinischen Zeitung, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 4, S. 5–44.

Silberner, Edmund (1966): Moses Hess. Geschichte seines Lebens, Leiden E.J. Brill, Netherlands.

Silberner, Edmund (1967): Zur Hess-Bibliographie: mit zwei bisher unveröffentlichten Manuskripten über Marx, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 6/7, S. 241–314.

Singer, Hans-Jürgen (1986): Ernst Dronke. Einblicke in sein Leben und Werk, Görres, Koblenz 1986

Skinner, Quentin (1978): The foundation of modern political thought, Cambridge University Press, Cambridge.

- Skinner, Quentin [Hrsg.] (1985): *The Return of Grand Theory in the Human Sciences*, Cambridge.
- Skinner, Quentin (2007): Umwege über Chatsworth oder Wie ich Ideenhistoriker wurde, in: *Zeitschrift für Ideengeschichte*, Heft I/2 Sommer 2007, hrsg. von Frank Druffner & Marcel Lepper, S. 79–88.
- Skinner, Quentin (2017): Wahrheit, Überzeugung und Interpretation, in: *Ideengeschichte heute*, (2017), Vol.112, Transkript Verlag, Bielefeld, S. 55–68.
- Sperber, Jonathan (2013): *Karl Marx. Sein Leben und sein Jahrhundert*, Verlag C.H. Beck, München.
- Sperber, Jonathan (2020): Karl Marx zwischen 19. und 20. Jahrhundert, in: Endreß, Martin/Jansen, Christian [Hrsg.] (2020): *Karl Marx im 21. Jahrhundert Bilanz und Perspektiven*, Campus Verlag, Frankfurt a. Main/New York, S. 49–68.
- Stadelmann, Rudolf (1962): *Die deutsche Revolution von 1848/1849*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.
- Stadelmann, Rudolf (1983): Das Jahr 1848 und die deutsche Geschichte, in: Langewiesche, Dieter [Hrsg.] (1983): *Die deutsche Revolution von 1848/1849*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, S. 21–38.
- Stedman Jones, Gareth (2012): *Das Kommunistische Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels. Einführung, Text, Kommentar*, Verlag C.H. Beck, München.
- Stedman Jones, Gareth (2017): *Karl Marx. Die Biographie*, Fischer Verlag, Frankfurt a. Main.
- Stein, Hans (1921): *Der Kölner Arbeiterverein (1848–1849): ein Beitrag zur Frühgeschichte des rheinischen Sozialismus*, Diss., Verlag Gilsbach & Co, Köln
- Stein, Hans (1937): Der Amsterdamer Arbeiterbildungsverein von 1847 und die Vorläufer der modernen sozialen Bewegung in Westeuropa, in: *International Review of Social History*, Volume 2, Issue 1, S. 105–170.
- Stephens, Joseph Rayner (1887): *Die Chartistenbewegung in England*, Verlag der Volksbuchhandlung, Hottingen-Zürich.
- Stommel, Karl (1949): *Sozialistisch-kommunistische Bewegungen im Rheinland vor der Revolution 1848/1849*, Phil. Diss., [Maschienenschrift] Bonn.

- Stommel, Karl (1964): Der Armenarzt Dr. Andreas Gottschalk, der erste Kölner Arbeiterführer, 1848, in: *Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein*, Vol. 166, S. 55–105.
- Stölzl, Christoph (1971): Die Ära Bach in Böhmen sozialgeschichtliche Studien zum Neoabsolutismus 1849–1859, Univ., Diss., München/Oldenburg.
- Strube, Julian (2015): Sozialismus, Katholizismus und Okkultismus im Frankreich des 19. Jahrhunderts. Die Genealogie der Schriften von Eliphaz Lévi, Univ. Diss., Heidelberg.
- Thomas, A. (1903): Blanqui im Jahre 1834, in: Bernstein, Eduard [Hrsg.] (1903): *Documente des Socialismus. Hefte für Geschichte, Urkunden und Bibliographie des Sozialismus II. Band*, Stuttgart, S. 205–209.
- Tennstedt, Florian (1981): Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, Vandenhoeck/Ruprecht, Göttingen.
- Ter-Akopjan, N. (1965): Ernst Dronke, in: Kandel, E.P. [Red.] (1965): *Marx und Engels und die ersten proletarischen Revolutionäre*, Dietz, Berlin, S. 367–391, 542.
- Tocqueville, Alexis (1954): *Erinnerungen*, Koehler Verlag, Stuttgart.
- Tscherkesow, Wladimir (1906): Die Urheberschaft des Kommunistischen Manifests, in: Tscherkesow, Wladimir/ Ramus, P. [Hrsg.] (1906): *Die Urheberschaft des Kommunistischen Manifests*, Freier Arbeiter-Verlag, Berlin, S. 9–20.
- Tunçay, Mete (1989): Der Laizismus in der türkischen Republik, in: Blaschke, Jochen/ Bruinessen, v. Martin [Hrsg.] (1989): *Islam und Politik in der Türkei*, Leske Budrich, Berlin, S. 53–94.
- Tyszka, Carl von (1914): Löhne und Lebenskosten in Westeuropa im 19. Jahrhundert (Frankreich, England, Spanien, Belgien), Verlag Duncker & Humblot, München/Leipzig.
- Valentin, Veit (1968): *Geschichte der deutschen Revolution von 1848–49*, in 2 Bänden, Scientia Verlag, Aalen.
- Voss-Louis, Angelika (1987): Hamburgs Arbeiterbewegung im Wandel der Gesellschaft 1842–1890, *Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte*, Beiheft 3, Christians, Hamburg.
- Weber, Rolf (1970): *Die Revolution in Sachsen 1848/1849: Entwicklung und Analyse ihrer Triebkräfte*, Akademie-Verlag, Berlin.

- Weisser, Henry (1971): III. Chartist Internationalism, 1845–1848, in: *The Historical Journal*, Vol. 14 (1), pp. 49–66.
- Weisser, Henry (1981): Chartism in 1848: Reflections on a Non-Revolution, in: *Albion, a Quarterly Journal Concerned with British Studies*, Vol. 13, No. 1, pp. 12–26.
- Wernicke, Kurt (1978): Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung 1830–1849, Bezirksleitung Berlin der SED.
- Wernicke, Kurt (1988): August Hätzel reorganisiert den Bund der Kommunisten in Berlin, in: Hundt, Martin [Hrsg.] (1988): *Bund der Kommunisten 1836–1852*, Akademie-Verlag, Berlin, S. 248–251.
- Wernicke, Kurt (1999): Vormärz März Nachmärz. Studien zur Berliner Politik und Sozialgeschichte 1843–1853, Luisenstädtischer Bildungsverein, Berlin.
- Wirtz, Rainer (1981): Widersetzlichkeiten, Excesse, Crawalle, Tumulte und Skandale: soziale Bewegung und gewalthafter sozialer Protest in Baden 1815–1848, Ullstein, [u.a.] Frankfurt a. Main.
- Wirtz, Rainer (1984): Bemerkungen zum „Sozialen Protest“ in Baden 1815–1848. Determinanten, Motive und Verhaltensmuster, in: Volkmann, Heinrich/ Bergmann, Jürgen [Hrsg.] (1984): *Sozialer Protest. Studien zu traditioneller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung*, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 36–55.
- Wollstein, Günther (1977): Das „Grossdeutschland“ der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848–49, Droste, Düsseldorf.
- Zimmermann, Ruth (1984): *Jenny Marx und ihre Töchter: Frauen im Schatten des Revolutionärs*, Herder Bücherei, Freiburg.
- Zlocisti, Theodor (1921): *Moses Hess. Der Vorkämpfer des Sozialismus und Zionismus 1812–1875*, Welt Verlag, Berlin.

### Internetquellen

- Erster Opiumkrieg, in: Academic dictionaries and encyclopedias: [http://de.academic.ru/dic.nsf/dewiki/406622/Erster\\_Opiumkrieg](http://de.academic.ru/dic.nsf/dewiki/406622/Erster_Opiumkrieg) (letzter Zugriff am 29.01.2023).
- Die Retro-Bibliothek, Nachschlagewerke zum Ende des 19. Jahrhunderts: <http://www.retrobibliothek.de/retrobib/seite.html?id=105910&imageview=true> (letzter Zugriff am 29.01.2023)

Engels, [Friedrich] / Schapper, Karl: Der Congreß an den Bund (London, 15 December "1848" [1847]): <https://inlibris.com/item/bn47303/> (letzter Zugriff am 29.01.2023).

Willich, August: Belleristisches Journal und New Yorker Criminal Zeitung, 13. Mai 1853, in: [https://web.a.ebscohost.com/ehost/archiveviewer/archive?vid=49&sid=af691e64-8a9f-444d-b765-](https://web.a.ebscohost.com/ehost/archiveviewer/archive?vid=49&sid=af691e64-8a9f-444d-b765-0d27fbdc2429%40sessionmgr4008&bdata=Jmxhbmc9ZGUmc2l0ZT1laG9zdC1saXZl#kw=true&acc=false&lpId=div130&ppId=divp7&twPV=&xOff=528&yOff=276&zm=6&fs=&rot=0&docMapOpen=true&pageMapOpen=true&AN=65323522&db=h9k)

[0d27fbdc2429%40sessionmgr4008&bdata=Jmxhbmc9ZGUmc2l0ZT1laG9zdC1saXZl#kw=true&acc=false&lpId=div130&ppId=divp7&twPV=&xOff=528&yOff=276&zm=6&fs=&rot=0&docMapOpen=true&pageMapOpen=true&AN=65323522&db=h9k](https://web.a.ebscohost.com/ehost/archiveviewer/archive?vid=49&sid=af691e64-8a9f-444d-b765-0d27fbdc2429%40sessionmgr4008&bdata=Jmxhbmc9ZGUmc2l0ZT1laG9zdC1saXZl#kw=true&acc=false&lpId=div130&ppId=divp7&twPV=&xOff=528&yOff=276&zm=6&fs=&rot=0&docMapOpen=true&pageMapOpen=true&AN=65323522&db=h9k)  
(abgerufen am 22.01.2023).